

Rottelak

* 11

Rottelk
*



5537, 8

*AM

~~533~~

~~533~~

Staats-Lexikon

oder

Encyclopädie

der

Staatswissenschaften

in Verbindung mit vielen der angesehensten
Publicisten Deutschlands

herausgegeben

von

Carl von Rotteck und Carl Welcker.



Neunter Band.

A l t o n a ,

Verlag von Johann Friedrich Hammerich.

1 8 3 9.

Historisches Recht. Verhältniß zum natürlichen Rechte, zur gesetzgebenden Gewalt und zum Reformsysteme. — Wenn der berühmte Ausspruch eines fast vergötterten Denkers: „Alles, was ist, ist vernünftig; alles Vernünftige ist wirklich“ — ein Ausspruch, welchen man zwar, als die öffentliche Meinung sich allzu entschieden dagegen auflehnte, hinterher etwas anders zu deuten suchte, als er lautet, doch vergebens, da die Worte klar und bestimmt sind — wenn, sagen wir, jener Ausspruch wirklich ein wahrer ist, alsdann gibt es freilich kein natürliches, allgemeines und ewiges Recht, sondern bloß ein historisches, particuläres und zeitliches; und es erscheinen zugleich alle gegen einmal Bestehendes gerichteten Lehren, Beschwerden, Reformbegehren oder Versuche als thörichtes oder als verbrecherisches Beginnen. Durch das Bestehen selbst ist die Vernünftigkeit des Bestehenden ausgesprochen, und was sich ihm entgegensetzt oder an dessen Stelle zu treten verlangt, kündigt, eben als noch nicht seiend, sich als unvernünftig an und muß daher zurückgehalten, unterdrückt, wohl auch als verbrecherische Tendenz behandelt werden. Indessen ist doch unmöglich zu leugnen, daß das, was jetzt besteht, nicht immer oder von jeher bestand, sondern daß es einen Anfang hatte, daß vor ihm etwas Anderes bestanden hat, welches durch das jetzt Bestehende verdrängt ward, ja daß die ganze Geschichte nichts Anderes zeigt, als eine Reihe von Veränderungen, welche theils allmählig, geräuschlos und friedlich, theils aber auch plötzlich, gewaltsam, umwälzend in's Dasein getreten sind. Verschließt man dieser hellleuchtenden Wahrheit nicht starrsinnig seine Augen, so muß man anerkennen, daß, wenn die Hegel'sche Lehre mit Consequenz verfolgt wird, man zu der Ansicht gelangt: alles Bestehende sei nur so lange vernünftig, als es besteht, und die gelungene Einführung von etwas Anderem sei der Beweis, daß dieses Andere für jetzt besser, als das früher Bestandene, d. h. daß es jetzt vernünftig sei. Von diesem Standpuncte nun wird man zwar die gegen etwas Bestehendes vorgetragenen Lehren stets für etwas Verwerfliches, ja

Strafbares, weil Unvernünftiges und Rechtswidriges, erkennen müssen; aber die thätlichen Bestrebungen zur Einführung einer Aenderung müssen, sobald sie gelingen, als etwas Verdienstliches, weil das jetzt Vernünftige in Herrschaft Stehendes, erkannt, und wenn sie nicht gelingen, bloß als verunglückte Probe der Vernünftigkeit einer verlangten Neuerung angesehen, mithin, als aus bloßem Irrthume geflossen, mit Nachsicht aufgenommen werden. Dabin also, nämlich zur Ermunterung jedes revolutionären Strebens und jeder gewaltsamen, auf Umsturz des Bestehenden gerichteten Unternehmung, führt die Hegel'sche, in diesem Puncte der beliebten Haller'schen Restaurationspolitik verwandte Lehre; und es macht diese logisch richtige Folgerung aus den Principien beider dieser Schulen wenigstens so viel klar, daß die Systeme beider an einem inneren und wesentlichen Selbstwiderspruche krank liegen, und daß die sogenannte Legitimität, oder überhaupt das historische Recht, dessen Behauptung und Befestigung beide sich zum Ziele gesetzt haben, durch keine andere Lehre mehr, als durch ihre eigene gefährdet, ja daß es dadurch bis auf die Grundfesten erschüttert und dem Umsturze Preis gegeben wird.

Das Kriterium der Vernünftigkeit oder Unvernünftigkeit menschlicher und geselliger Zustände oder Einrichtungen muß also — wenn wir uns nicht in Widersprüche oder in die allergefährlichsten Folgerungen verlieren wollen — wo anders gesucht werden, als im Bestehen oder Nichtbestehen; wir müssen uns nach Principien dafür umsehen; das bloße Factum des Bestehens oder Nichtbestehens genügt nicht. Es besteht, leider! nur allzu Vieles, was schlecht, ja was heillos ist; und allzu Vieles, was gut und segenbringend sein würde, ringt noch vergebens nach Anerkennung und Verwirklichung; ja, gerade der Starrsinn, womit man alles Bestehende, ohne Unterschied — weil es einmal historisches Recht sei — festhalten (oder auch früher Bestandenes, welches aber dem Zeitgeiste gewichen, wiederherstellen) will, ist die Quelle unsäglichen Uebels, und Heilung kann nur aus sorgfältiger Unterscheidung dessen, was Erhaltung verdient, und dessen, was Abschaffung, hervorgehen. Laßt uns daher durch den imponirenden Titel: „historisches Recht“ uns nicht blenden, sondern forschen wir unbefangen und ernst nach dem Wesen und Gehalte dieses vergötterten Rechts.

Was ist historisches Recht? — Im weiteren Sinne gehört dazu alles das, was jemals, zu irgend einer Zeit oder an irgend einem Orte, als Recht gegolten hat oder gilt. Im engeren Sinne, und zumal in Bezug auf die großen Fragen oder den großen Principienstreit unserer Tage, versteht man darunter bloß das durch einen längeren Bestand gewissermaßen geheiligte, und im engsten, für die praktische Anwendung wichtigsten Sinne vorzugsweise nur dasjenige Recht, welches zur Zeit des Ausbruchs der französischen Revolution factisch bestand, ohne Unterschied,

ob es noch heute wirklich besteht, oder ob es durch die Umwälzungen unserer Tage außer Geltung gesetzt ward. Wir nehmen es im engeren Sinne, nämlich für das auf längerem factischen Bestande beruhende, ohne Unterschied aber, welches sein Ursprung und welches sein Inhalt sei, wofern nur es wirklich als Recht behauptet und als solches anerkannt oder doch geduldet worden. Es gehören als dazu nicht bloß die durch ein irgendwo eingeführtes oder in Geltung befindliches positives Recht aufgestellten und von der Staatsgewalt gehandhabten Regeln oder Grundsätze, sondern auch die bloß durch Gewohnheit, Herkommen, factische Usurpation, oder überhaupt durch die Folge von Ereignissen entstandenen Verhältnisse und Zustände, und zwar nicht nur im Allgemeinen, sondern auch im Besonderen, d. h. den bestimmten Häuptern, Familien, Körperschaften, Ständen, Gemeinden, Provinzen und Staaten zustehenden concreten Besitz an Gerechtsamen, Gütern und Ländern. Wesentlich ist an ihm also nichts, als: 1) der längere Bestand, über dessen Dauer jedoch keine nähere Bestimmung gegeben werden kann. Nur überhaupt, daß die Zeit es befestigt, gewissermaßen geheiligt habe, wird gefordert. 2) Daß es wirklich als Recht sich geltend gemacht habe und mache, zum Unterschiede nämlich von anerkanntermaßen bloß factischen Zuständen, z. B. von etwa bloß durch Kriegsgewalt, ob auch die längste Zeit hindurch, über ein Volk oder Land verhängten Zuständen oder von noch bestrittenen, d. h. noch unbefestigten, noch im Kampfe liegenden Ansprüchen und Verhältnissen, oder von nach Gegenstand und Zweck sich als bloß vorübergehend ankündenden Ordnungen und Maßregeln. Als Recht jedoch macht ein Zustand oder ein Verhältniß sich schon dadurch geltend, daß von einer Seite deren Rechtsbegründung behauptet und von der anderen entweder gar nicht, oder doch ohne Wirkung widersprochen wird. Es kann also gleichwohl eine bloße Anmaßung der Gewalt auf einer, und eine bloß auf Unkunde, Schwäche oder Feigheit beruhende Duldung auf der anderen Seite gewesen sein, was dem jetzt als historisches Recht geachteten Verhältnisse den Ursprung gab; und es ist also mit nichts dadurch, daß etwas als historisches Recht erscheint, schon ausgesprochen, daß es auch wirkliches, d. h. vernunftmäßig anzuerkennendes, sei.

Nach einer heut zu Tage sehr beliebten Vorstellung zwar ist im historischen Rechte überall nur der Volks- oder Nationalgeist zu erkennen, d. h. es ist solches Recht nichts Anderes, als der Ausdruck der Volksgesinnung oder des Volkswillens; es hat sich von selbst aus den eigenthümlichen Naturanlagen und dem Leben eines Volkes entwickelt und herangebildet; und demnach ist es ein thörichtes oder ein frevelhaftes Beginnen, solchem historischen Rechte ein sogenanntes natürliches oder rein vernünftiges entgegenzusetzen und jenes durch dieses verdrängen zu wollen.

Diese Vorstellung jedoch, wie eine unbefangene Betrachtung au-

genscheinlich lehrt, ist durchaus falsch und unhaltbar. Das historische Recht gerade in seinen wichtigsten Partieen ist, man kann es ohne Scheu behaupten, nirgends oder fast nirgends aus dem Geiste oder Gemüthe eines Volkes hervorgegangen, sondern es hat vielmehr — überall oder doch größtentheils — seinen Ursprung gefunden in dem Mißbrauche der Gewalt oder der List, gegenüber einem gedankenlosen oder eingeschüchterten, durch Schrecken niedergeworfenen oder durch Blendwerk verführten Volke. Glückliche Kriegshäupter oder verschmierte Priester legten etwa den schwachen oder stupiden Massen das Joch auf den Hals und dictirten denselben ein auf den Vortheil ihrer eigenen Personen, Familien oder Kasten berechnetes Recht, d. h. sie setzten ein solches durch Uebermacht oder Bethörung in Herrschaft und erstickten glücklich jede etwa dagegen sich erhebende Stimme des Freiheitsinstincts und der Ahnung eines natürlichen Rechts. Und wenn dann eine Reihe von Jahren oder eine Folge von Geschlechtern hindurch eine mit Gewalt oder Arglist den Völkern aufgedrungene Einsetzung fortbestanden hatte, so erschien jedes weitere Widerstreben dagegen als Verbrechen. Das rein factisch Entstandene und Fortbestehende galt für wahres Recht; und die von den Eindrücken der Kindheit oder überhaupt der sie umgebenden Erscheinungen beherrschten und der Mittel und Wege zur Erlangung besserer Erkenntniß beraubten Völker achteten es auch als Recht, ertrugen dessen Druck geduldig, und wurden dann erst durch dieses Recht in jene Geistes- und Gemüthsform gepreßt, welcher — nach der verkehrten Ansicht der historischen Rechtslehrer — dasselbe entsprungen sein soll.

Ist wohl das historische Recht, welches die Heloten in Sparta oder überhaupt die Sklaven in alter und neuer Zeit zu Sachen herabwürdigte, dem Geiste der solchem Rechte Unterworfenen entsprungen? — Dem Geiste der Unterdrückten wohl, doch nicht jenem der Unterdrückten; und wenn auch die Letzten allmählig mit ihrem Zustande sich befreundeten oder sich in denselben, als in eine unabwendbare Nothwendigkeit, fügten, ja, wenn endlich durch die längere Dauer der Sklaverei selbst ihrem Charakter der Stempel der Knechtschaft aufgedrückt ward, so wäre doch abenteuerlich, zu sagen, ihrem Geiste sei das Sklavenrecht entsprungen. Eben so, wo Priesterherrschaft historisches Recht ist. Anfangs wohl mag die Einfalt des noch rohen Volkes der Priesterlist die Gründung solcher Herrschaft erleichtert haben. Aber später hat das von den Priestern selbst gegründete und künstlich fortgeführte System der Geistesunterdrückung das Volk in bleibende Unmündigkeit versetzt; und das auf den blinden Glauben desselben gebauete Recht ward also von den Priestern, deren Herrschsucht und Habgier es diente, erschaffen, nicht aber vom Volke. Dasselbe ist von dem Despoten-Rechte der Soldatenreiche, überhaupt der durch Eroberung und Schrecken gegründeten, sei es von Sultanen oder von Adelskassen beherrschten, zu sagen. Ueberall also oder fast überall ward das positive oder historische Recht

dictirt durch die Gewalt und wohl beifällig aufgenommen von jenen, denen es Vortheil brachte; von den Uebrigen aber, die es unterdrückte, also in der Regel weitaus von den Meisten, nur entweder aus Zwang, oder gedankenlos, oder an der Möglichkeit des Widerstrebens verzweifelnd ertragen. Aus dem Geiste der *Paria* ist das historische Recht der Hindus nicht hervorgegangen, so wenig, als das germanische Abelsrecht aus dem freien Willen der dadurch herabgewürdigten Bürger und Bauern.

Wohl gibt es auch Parteen des historischen Rechts, die einen edleren Ursprung haben, als Gewalt oder Erschleichung auf einer und Unwissenheit, Furcht oder Schwäche auf der anderen Seite. In den der Periode des Feudalunwesens vorangegangenen Verfassungen und Gesetzen der altgermanischen Völker waltet größtentheils ein ächter Volksgeist, ein lichter — ob auch in Folge der Rohheit noch in beschränktem Kreise sich bewegender — Verstand und ein gerader, das wahre Recht und dessen Schirm sich zum Ziele setzender Sinn. Ueberhaupt aber, wo immer in alter oder neuer Zeit ächt republicanische, d. h. dem Gesamtwillen ein lauterer Organ verleihende Verfassungen waren oder sind, mögen die Gesetze und historischen Rechte als Ausdruck der Volksgefinnung, als natürliche Darstellung der aus den jeweiligen Zuständen der Völker (nach Lage, Lebensweise, Gesittung u. s. w.) natürlich hervorgegangenen Ansichten und Bedürfnisse gelten; und sie sprechen darum — ob auch die Mängel jener Zustände nicht minder als die Vorzüge derselben sich darin abspiegeln — die Achtung der Rechtsliebenden an. Sodann sind auch manche Gesetze, wohl auch ganze Gesetzbücher, der Weisheit einzelner Männer entfloßen, oder sie sind — wie zumal das römische Recht — die Frucht der Jahrhunderte hindurch gesammelten und vervollkommeneten Ansichten und Erfahrungen geistreicher Bearbeiter der Rechts-Wissenschaft gewesen. Doch selbst solche, dem unmittelbaren Ursprunge nach achtungswürdige, dort dem verständigen Gesamtwillen der Völker, hier der persönlichen Weisheit Einzelner entquollene historische Rechte führen gewöhnlich noch mancherlei aus entfernteren Quellen, nämlich aus früheren factischen Zuständen der Unterdrückung oder der Wildheit oder der Bethörung stammende Gebrechen mit sich, und fordern daher, wenn von der ihnen zu zollenden Achtung die Rede ist, zur vorläufigen Sichtung ihres Inhalts auf.

Schon diese wenigen und nächstliegenden Betrachtungen zeigen die Verlehrtheit einer unbedingten Verehrung oder gar blinden Anbetung des historischen Rechts, und sie machen geneigt zu ernsterer Erwägung der Ansprüche, welche jenem gegenüber das natürliche Recht erhebt. Auch erscheint diese Erwägung als unabweislich, sobald man nur einen Blick wirft auf die tausendfältige Ungebuhr der historischen Rechte und auf die lange Leidensgeschichte der beharrlich unter dem Joche derselben gehaltenen Nationen.

Das historische Recht ist es, welches Jahrtausende hindurch die

Slaverei, die Herabwürdigung der Menschen zu Sachen, in Uebung erhielt und noch heut zu Tage weithin darin erhält. Es hat das Kastensystem in's Dasein gerufen und — unter mehr oder minder crassen Formen — darin bewahrt bis zum heutigen Tage. Es hat die Unterscheidung der Bürger derselben Erde, desselben Landes in die Classen der Vornehmen und Geringen, der Bevorrechteten und der Unterdrückten, der zum Genuße und zur Herrschaft und der zur Entsaugung und zum Dienen erblich Berufenen geschaffen und geheiligt. Es hat an die Stelle der natürlichen Gleichheit das Privilegium begünstigter Classen und diesem gegenüber die bürgerliche und politische Unvollbürtigkeit der Gemeinen gesetzt, und selbst noch zwischen den letzten mancherlei rechtsbeschränkende und freiheitstödtende Scheidewände, z. B. mittelst der Innungs- oder Zunftgerechtsame, aufgeführt. Es hat hier den Thronen Allmacht verliehen und dort dem Uebermuth einer Adelskaste oder der wilden Leidenschaft der Massen das Heil des Staates Preis gegeben. Es hat die Wohlthaten der bürgerlichen Gesellschaft ausschließend oder vorzugsweise einigen bevorzugten Ständen zugewendet und die Lasten derselben vorzugsweise auf die Schultern der übrigen gewälzt. Es hat den Priestern Herrscherstühle errichtet und die Völker — mittelst Bannbullen, Inquisition und Censur — zum Geisteschlummer verdammt. Es hat selbst die Greuel der Auto da fe's geheiligt und die Bürger desselben Staates wegen Unterschiedes kirchlicher Lappalien einander feindselig gegenübergestellt. Es hat die empörendsten Gewaltthaten — wie die Beraubung und Knechtung der Schiffbrüchigen — und eben so die schamlosesten Lüste — wie die vom Grundherrschaften angesprochene „erste Nacht“ — mit dem entweihten Stempel des Rechts versehen und selbst die Menschenfresserei in seinen Schutz genommen. Es erhält noch heut zu Tage in England das Matrosenpressen und die „neunschwänzige Kake“, auch einen nicht geringen Ueberrest der „verfaulten Flecken“ und die abenteuerlichsten Herrscheransprüche der „Hochkirche“, so wie in den amerikanischen Freistaaten die Slaverei der Schwarzen aufrecht, und setzt in Deutschland der Reinheit eines vernünftigen Repräsentativsystems die noch unvertilgten Trümmer der Patrimonial- und Lehensherrlichkeit und das daraus gebildete, fast monströse Grund- und Standesherrlichkeitsrecht entgegen.

War es ein Wunder, daß der Geist der Neuzeit, der durch die Fortschritte der Wissenschaft und der Civilisation zur Erkenntniß der Vernunftwahrheiten und zur Achtung der Menschenwürde erhobene, gegen die tausendfältige Ungebühr des historischen Rechts sich auflehnte und die — obschon vermischt mit mancherlei Gutem, doch in vorherrschender Erscheinung darin enthaltene — Masse von Ungereimtheiten und Härten, von theils abgeschmackten, theils tyrannischen Anmaßungen und Uebungen, von Hindernissen des öffentlichen Wohles wie des Privatglücks zu bekämpfen, daß er dem Altare des knechtisch verehrten historischen Rechts gegenüber jenen des die freie Huldigung der

Verständigen und Guten in Anspruch nehmenden natürlichen Rechts aufzurichten unternahm? Daß er, die Unheilbarkeit der historischen Rechtszustände erkennend, ein ganz neues Gebäude der socialen Ordnung auf der Grundfeste eines rein vernünftigen Rechts zu errichten versuchte? Wahrlich nein! Er mußte vielmehr es thun, wenn er nicht dem Lichte, von welchem er doch ausgegangen, sich als Abtrünniger entgegenstellen wollte.

Der Geist der Neuzeit hat aber wirklich den Kampf gegen das historische Recht, nämlich gegen desselben Ungebühr unternommen, und solcher Kampf, d. h. das in die Schranken Treten des Vernunftrechts gegen das historische, macht den Charakter der — allererst in Frankreich emporgeloberten, dann aber durch die ganze civilisirte Welt gewanderten — Revolution aus. Die, leider! nur allzu häufig erschienenen Ausschweifungen, Zerthümer und selbst Gräßlichkeiten der Revolution lassen wir bei unserer Betrachtung, welche blos die Hauptrichtung oder das Endziel der Revolution zum Gegenstande hat, zur Seite, und auf die Erörterung der Frage beschränkend: Welchen Anspruch hat das Vernunftrecht gegenüber dem historischen? Welches ist das den beiden Rechten zur Beherrschung anzuweisende oder einzuräumende Gebiet? Nach welchen Principien ist der zwischen beiden ausgebrochene, heut zu Tage mit erneuerter Hefigkeit geführte Streit zu schlichten?

Das der „Revolution“ feindselig entgegenstehende und darum als „Reaction“ auftretende System anerkennt blos das historische Recht, namentlich das alt historische und insbesondere das mittelalterliche. Alle Forderungen der Reform, alle Bestrebungen — ob auch auf gesetzlichem Wege — dazu zu gelangen, erklärt es für revolutionär und also verdammtlich; alle Neuerungen im Sinne des Vernunftrechts sind ihm ein Greuel; und wo dergleichen bereits Statt fanden, da sieht es nur in der Rückkehr zum Alt historischen den Weg des Heils.

Revolution und Reaction sind uns hiernach blos die gewissermaßen conventionelle Benennung der beiden Hauptrichtungen der Neuzeit, jene nämlich die der Bestrebung nach der Herrschaft des Vernunftrechts, diese die der Vergötterung des historischen. Dort wie hier haben wir also blos die Hauptlösung: „Herrschaft des Vernunftrechts“ und „Herrschaft des historischen Rechts“ vor Augen, und sehen daher ab von jeder Verunstaltung solches Hauptcharakters, dort durch rücksichtsloses, gewalthätiges, Gutes wie Schlechtes lediglich als bestehend anfeindendes Treiben, Zerstoren, Ummwälzen, Wüthen; hier von der zum Zwecke der Restauration alles Alten oder auch zur Befriedigung des Hasses und der Rachsucht organisirten persönlichen Verfolgung, auch maßlosen Geistesunterdrückung u. s. w., überhaupt also von den durch Fanatismus, Selbstsucht und blinde Leidenschaft erzeugten Auswüchsen bei

zwei Systeme, welche, wenn auch eines derselben als das vorzüglichere sich darstellt, gleichwohl eines wie das andere in ihrer Reinheit aufgefaßt, eine aufrichtige Vertheidigung allerdings zulassen. Uebrigens kommt der Name der Revolution, wie jener der Reaction eigentlich nur der praktischen Tendenz zu; die bloß theoretische wird geeigneter mit jenem der Schule belegt, welcher sie angehört, deren es hiernach gleichfalls zwei, nämlich die rechtsphilosophische oder vernunftrechtliche und die rechtshistorische gibt.

Zwischen den zwei Systemen oder Schulen in der Mitte will sich aber noch ein drittes, gewissermaßen als vermittelndes geltend machen, das System der Reform nämlich, welches darin besteht, daß zwar, wenn das historische Recht dem Vernunftrechte oder dem Gemeinwohle widerstreitet, man auf dessen Abschaffung oder Verbesserung bedacht sein solle; doch dürfe dieselbe niemals plötzlich oder gar gewaltsam und nie nach rein theoretischen Principien geschehen, sondern nur langsam, allmählig, in Ruhe und Frieden und immer so, daß vom Historischen nur das bereits Veraltete, d. h. was sich bereits selbst überlebt hat oder nach entflohenem Geiste zur bloß todten Form geworden ist, abgeschafft, und sodann das neu Einzuführende stets auf den Grund des Historischen erbauet, das Letzte also gewissermaßen nur zeitgemäß fortgebildet, verbessert, vorangeführt werde.

Dieses letzte System jedoch, so einschmeichelnd seine Worte klingen, läßt uns, wenn genauer betrachtet, durchaus ohne Trost oder Befriedigung. Es ermangelt gleichmäßig der Bestimmtheit und Klarheit, wie der Begründung, ist der verschiedensten Deutung empfänglich, auch in mehrfachem Selbstwiderspruche befangen und mag, je nachdem man es erklärt, zur Rechtfertigung revolutionärer wie reactionärer Bestrebungen dienen. Was ist veraltet oder abgestorben im Staate und darf also oder soll abgeschafft, aus dem Staatskörper herausgeschnitten und entfernt werden? — Der Anhänger der vernunftrechtlichen Schule oder der Revolution (in dem oben mit diesem Worte verbundenen Sinne) wird sagen: Alles ist veraltet und dem Tode verfallen, was mit der in der Nation aufgekommenen besseren Erkenntniß im Widerstreite steht, Alles, worüber die verständige öffentliche Meinung ihr verdammendes Urtheil gesprochen hat und was also keinen Halt mehr in Geist und Gemüth des Volkes besitzt. Dieses Alles wollen wir sonach abschaffen, zwar nicht auf einmal oder über Nacht, sondern Eines nach dem Anderen, in gemessenem Gange und auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung; aber auch nicht zögernd, säumend, hinhaltend, sondern mit Entschiedenheit und mit der dem Bedürfnisse und der nach Abhülfe rufenden öffentlichen Stimme entsprechenden Beschleunigung. Auch soll der historische Boden mit nichts verlassen werden; Alles, was früher darauf erbauet worden, soll, wenn es gut ist, bleiben, selbst in baulichem Stande erhalten werden, und auch die Neubauten sollen thunlich in

Uebereinstimmung oder passendem Zusammenhange mit den älteren, als gut befundenen und darum beibehaltenen, Gründungen stehen. — Dagegen aber wird der Freund des historischen Rechts oder der Reaction das System der Reformen gleichfalls nützlich annehmen und mit den demselben abgeborgten Phrasen selbst den starresten Widerstand gegen vernunftrechtliche Neuerungen beschönigen können. Alles, wird er sagen, was nicht abgeschafft werden kann, ohne Widerstand aufzuregen oder Beschwerden hervorzurufen, stellt sich eben dadurch als noch lebensfrisch oder zum lebendigen Fleische gehörig dar; und sollte auch bei einer oder der anderen Einsetzung des historischen Rechts einige Abnahme der Kraft gegen frühere Zeiten zu bemerken sein, so mögen Heilmittel dieselbe wiederherstellen. Jedenfalls wollen wir nichts übereilen. Mit Vorsicht und Behutsamkeit, ohne Antastung irgend welcher Rechte und Interessen, ohne Störung des Friedens oder der Zufriedenheit, also nur allmählig, nach hinreichender Vorbereitung und mit allseitiger Einwilligung sollen die Reformen Statt finden, d. h. also im Grunde: sie sollen gar nicht Statt finden, sondern die Aussicht auf ein nimmer zu erreichendes, weil vor dem sich Nähernden stets gleichmäßig zurückweichendes, Ziel soll die einzige Befriedigung der Nationen sein.

Das System der Reformen, als ein Zwitterssystem, geeignet nicht zur Versöhnung, sondern nur zur Verschleierung der entgegengesetzten Tendenzen und an und für sich principlos, weil Recht mit Bestand, Vernunftmäßigkeit mit Lebenskraft verwechselnd, weisen wir entschieden zurück. Auch sind seine Anhänger größtentheils entweder bloß verkappte Reactionsmänner, die aber doch — aus Scheu vor der öffentlichen Meinung — die Stirne nicht haben, sich ganz offen und unbedingt gegen jede Verbesserung im Sinne des Vernunftrechts zu erklären, oder zwar gutmüthige, aber schwache Menschen, die da gern in Ruhe und in Frieden mit der ganzen Welt lebten, vor jedem Aufbrausen und jeder Bewegung zittern, den schönen Versprechungen der schlauen Gegner trauen, die eitle Hoffnung auf eine bessere Zukunft, als Ersatz für eine gedrückte Gegenwart, hinnehmen und, in unklaren Begriffen befangen, an die Möglichkeit der Vereinbarung von Entgegengesetztem, an die Möglichkeit aufrichtiger Versöhnung zwischen Reaction und Revolution glauben. Dieses einschläfernde, bethörende, in alle Ewigkeit nicht zum Guten führende System der Reformen hat vor Allem in Deutschland großen Anhang gefunden, eben weil bei uns die Gutmüthigkeit vorherrscht und weil es bequem ist, der schwierigen oder bedenklichen Wahl zwischen Entgegengesetztem durch Ergreifung eines Mittelweges auszuweichen, gestützt auf den der Mittelmäßigkeit zusagenden Gemeinplatz: *in medio virtus et veritas*.

Wohl sagen auch wir uns los von entgegengesetzten Verirrungen und Uebertreibungen und suchen zwischen beiden die rechte, solchergestalt den Weg der Wahrheit und des Rechts bezeichnende Mitte. Zwischen diesem Wege aber und irgend einem ande-

ren, der dann nicht mehr der rechte sein kann, ist uns jeder Vergleich verhaßt. Ist also die Frage: was wir höher schätzen, das vernünftige oder das historische Recht, welchem von beiden wir also die oberste Herrschaft wünschen; so ist unsere Antwort kurz und entschieden: dem Vernunftrechte. Ueberall also, wo das historische Recht dem vernünftigen widerstreitet, soll jenes weichen, also abgeschafft oder mit dem vernünftigen und mit dem Gemeinwohle in Uebereinstimmung gesetzt werden; das vernünftige Recht dagegen bedeckt mit seiner Hegide auch das historische, welches ihm befreundet oder entsprechend ist; aber es soll nie und nirgends seine ewigen Ansprüche einem unlauteren historischen zu Liebe aufgeben.

Hiernach bekennen wir uns nicht nur zum Principe der Revolution in dem früher davon aufgestellten Sinne, nämlich Kampf des vernünftigen Rechts gegen das ihm widerstreitende historische (versteht sich ein nur auf dem Wege des Rechts und des Gesetzes zu führender, von Verkehrtheiten, Ausschweifungen und Fanatismus freier, eben weil vernünftiger und im Dienste des vernünftigen Rechtes zu führender, Kampf), sondern wir bekennen uns noch weiter zum Radicalismus, d. h. zu dem die völlige Erreichung des Zieles, also die vollkommene Herrschaft des Vernunftrechtes sich zur Aufgabe setzenden Systeme, und treten hiernach dem Conservatismus, d. h. dem schlechthin die Erhaltung alles Bestehenden, ohne Unterschied, ob es gut oder schlecht sei, bezweckenden Systeme diametralisch entgegen. Auch drücken wirklich Radicalismus und Conservatismus die Gegensätze der beiden in Frage stehenden Parteien richtiger und verständlicher aus, als Revolution und Reaction; schon darum, weil Revolution, wie man das Wort gewöhnlich nimmt, den Nebengriff des Gewaltsamen und Plötzlichen mit sich führt und daher den Recht und Frieden Liebenden billiges Bedenken erregt, während der Radicalismus nur das Ziel des Strebens, welches wohl auch friedlich zu erreichen ist, ankündet, und weil Reaction nothwendig auf eine frühere Action (also Revolution oder revolutionäre Bestrebung) sich bezieht, während der Conservatismus (wie z. B. in China) gar wohl bestehen kann, ohne jene, ja seiner Natur nach mehr ihr zu vorzukommen, als erst sie wieder zu bändigen strebt.

Daß wir aber dem „conservativen“ Systeme nicht das „destructive“ entgegensetzen, sondern bloß das radicale, geschieht darum, weil ein destructives System, d. h. ein auf Umsturz, als solchen, gerichtetes, allem Bestehenden, ohne Unterschied, ob gut oder schlecht, bloß als bestehend den Krieg erklärendes System, als wirkliche Lehre oder ausgesprochene Tendenz (also abgesehen von dem verbrecherischen Treiben einzelner Bösewichter) gar nicht vorhanden ist, sondern bloß im Wege der verleumderischen Anklage den Liberalen oder Radicalen zur Last gelegt wird. Ein conservatives System wohl gibt es, d. h. eine erklärte Tendenz zur Erhaltung al-

les Bestehenden, weil bestehend; und ein solches mag sogar mit Aufrichtigkeit angenommen oder vertheidiget werden, weil nämlich der Umsturz auch nur des Schlechten doch als Umsturz, welcher dann, wie man fürchtet, auch das Gute, wenigstens das den selbstlichen Interessen Schmeichelnde treffen kann, erschreckt und die Betheiligten zum Widerstande auffordert. Aber ein System des Umsturzes kann nur Tollheit oder Nuchlosigkeit sein. Der Radicalismus dagegen, welcher nur das Schlechte, das Ungerichte, das Gemeinschädliche abgeschafft und von Grund aus oder mit der Wurzel ausgerottet haben will, ist eine Fahne, zu welcher jeder Ehrenmann sich bekennen darf, und zwischen welcher und jener des conservativen Systems mithin ein ehrlicher Krieg Statt finden kann. Die Loosung auf einer Seite ist: natürliches oder Vernunftrecht, und auf der anderen Seite: historisches Recht.

Wenn wir nun in diesem Kriege Partei für die Radicalen nehmen, so liegt uns ob, zur Abwendung böswilliger oder thörichter Mißdeutungen, uns näher darüber zu erklären, in welchem Sinne wir solche Kriegsführung des natürlichen gegen das historische Recht verstehen.

1) Eine große Partie der historischen Rechte, nämlich alle wohl erworbenen Privatrechte, sind sofort als auch vernunftrechtlich gültig anzuerkennen, mithin unantastbar (vorbehaltlich etwa der im jus eminens der Staatsgewalt enthaltenen Befugnisse). Wohl erworbene Privatrechte aber nennen wir alle diejenigen, welche unter einem jeweils als gültig anerkannten privatrechtlichen Titel in das Seinige des Erwerbers gekommen sind. Solche Titel sind: ursprüngliche Erwerbung durch Occupation und Formgebung, sodann Vertrag, weiter Erbschaft und endlich auch Verjährung (d. h. Verjährung nicht schlechthin als lange gedauerter Besitz, ohne Unterschied, ob dieser vermöge öffentlichen oder vermöge Privatrechts Statt fand, sondern bloß Verjährung im streng privatrechtlichen Sinne). Dabei wird jedoch Zweierlei vorausgesetzt, einmal nämlich, daß der Inhalt des Rechtes dem Vernunftrechte nicht widerspreche, und dann, daß, wofern dem mit dem angeblich wohl erworbenen Rechte Angethanen ein Pflichtiger gegenübersteht, der Erwerbstitel wirklich auch gegen diesen laute. In Ermangelung der ersten Voraussetzung (wie z. B. bei dem angeblichen Rechte der Leibherrlichkeit, bei dem jus primae noctis, bei dem Strandrechte u. s. w.) ist gar kein wahres Recht vorhanden, sondern eine bloß factische (ob auch von der Gesetzgebung oder von der Staatsgewalt zeitlich geduldet) Ausübung; in Ermangelung der zweiten aber (z. B. bei einem etwa erkauften Zehnt-, oder anderen grundherrlichen, lediglich auf Gesetz oder Herkommen beruhenden Rechte) ist der Titel zwar gegen denjenigen, von welchem man das Recht erwarb, nicht aber gegen denjenigen, dessen Pflichtigkeit in Sprache ist, privatrechtlich gültig. Der Letzte ist fortwährend bloß durch das Gesetz (z. B. der Zehnt-

pflichtige durch das Gesetz, welches die allgemeine Zehntpflicht als Steuer einführt), mithin vermöge öffentlichen Rechtes pflichtig.

2) Auch das bloß vermittelt einer vom Gesetze ertheilten, d. h. bloß auf dem Gesetze ruhenden Berechtigung Erworbene, d. h. in's Eigenthum oder in Besitz Gebrachte, ist unwiderruflich mein, wie z. B. die bereits bezogenen Zehntgarben oder die vermöge gesetzlichen Grundherrlichkeitsrechts bereits empfangenen Steuern und Abgaben aller Art. Doch nicht also das Bezugsrecht selbst, in so fern dieses nämlich nur vermöge Gesetzes oder Herkommens besteht, nicht aber vermöge eines erweislich vorliegenden wirklichen (ausdrücklich oder stillschweigend geschlossenen) oder wenigstens aus guten Gründen zu vermuthenden Vertrages. (Ein vom Gesetz bloß gedichteter oder ein ohne hinreichenden Wahrscheinlichkeitsgrund willkürlich vorausgesetzter Vertrag nämlich kann nicht hinreichen, der Berechtigung den Charakter einer wahrhaft privatrechtlichen zu verleihen.) Das Bezugsrecht selbst, sagen wir, in so fern es bloß auf einem Gesetze oder einem demselben gleich zu achtenden Herkommen beruht, kann eben so, wie es eingeführt ward durch ein Gesetz, auch wieder abgeschafft werden durch ein solches. Denn Niemand kann ein Recht haben auf die Fortdauer eines Gesetzes, also auch nicht auf die Fortdauer einer bloß auf dem Gesetze ruhenden Gerechtsame; und nur in dem — wohl selten vorkommenden, sondern mehr nur idealen — Falle, daß die Staatsgewalt oder die Gesamtheit ein von ihr gesetzgebend erschaffenes Recht dem oder den damit Bekleideten eigens durch Vertrag garantirt hätte, kann, wegen der solchergestalt dazu gekommenen privatrechtlichen Natur der Gerechtsame, dieselbe gegenüber der Staatsgewalt behauptet, oder doch, wenn die Abschaffung gleichwohl geschieht, ein verhältnißmäßiger Ersatz dafür gefordert werden. Kein Gesetz bindet die Gesamtheit oder die Staatsgewalt selbst, d. h. von ihrem stets freien Willen hängt die Fortdauer oder die Abschaffung eines jeden ab; sie ist nicht einmal berechtigt, sich die Hand für die Zukunft zu binden, und selbst ein Vertrag, den sie in solchem Sinne schließen würde, enthielte stillschweigend die Clausel: „unbeschadet des gemeinen Wohles, und zumal unbeschadet der Rechte der nachfolgenden Geschlechter.“ Sobald also die Staatsgewalt erkennt, daß eine früher von ihr statuirte Gerechtsame solchen Rechten oder dem Gemeinwohl widerspricht, oder daß sie — ob auch zur Zeit der Statuirung vielleicht zweckmäßig und gut — wegen etwa veränderter Umstände für die Gesamtheit nachtheilig oder für die Pflichtigen allzu drückend geworden ist; so hat sie nicht nur die Befugniß, sondern die Schuldigkeit, dieselbe abzuschaffen oder, den Forderungen des natürlichen Rechtes, oder auch der Billigkeit, der Humanität und überhaupt der Politik gemäß, zu reformiren. Nur darf ein solcher Beschluß der Abschaffung oder der Reform keine rückwirkende Kraft ansprechen, d. h. das in Gemäßheit des abgeschafften Gesetzes schon früher, nämlich so lange

es noch bestand, Erworbene (mithin bona fide und justo titulo Erworbene) bleibt unangetastet durch die Reform.

3) Wenn hiernach selbst in der privatrechtlichen Sphäre, für welche man im weiten Sinne diejenige achten kann, welche durch das Civilgesetz umschrieben ist, namentlich bei denjenigen Rechten, welche, oder in so fern sie bloß oder unmittelbar auf positiver Gesetzverfügung beruhen, Abschaffung oder Modification mittelst Aenderung der Gesetze jeweils unbedenklich Statt finden kann, ja in den oben angedeuteten Fällen Statt finden soll und muß: so ist dasselbe und noch mit stärkerem Grunde zu sagen von denjenigen historischen Rechten, welche nicht nur nach ihrem Ursprunge oder Fundamente, sondern auch nach Gegenstand und Inhalt offenbar dem öffentlichen Rechte angehören. Ohne hier in eine umständliche Erörterung über die Grenzen der beiderseitigen Gebiete einzugehen (als welche bei ihrer Wichtigkeit und Vielseitigkeit besonderen Artikeln vorbehalten bleiben muß), können wir doch als dem öffentlichen Rechte angehörig allernächst diejenigen bezeichnen, welche man die bürgerlichen im engeren Sinne nennt, d. h. welche das Gesetz den Staatsbürgern, als solchen (nicht schon überhaupt als Rechtssubjecten oder Personen, welche im Staate leben, schlechthin), verleiht. Auch unter den gewöhnlich dem Privatrechte beigezählten und darum in's Civilgesetzbuch aufgenommenen gibt es manche, welche ihrem tiefer liegenden Charakter nach dem öffentlichen Rechte (ganz oder wenigstens zum Theil) angehörig sind. Doch waltet darüber Streit ob, in welchen wir uns hier nicht einlassen wollen. Wir reden jetzt also nur von denjenigen Rechten, welche den Staatsbürgern, als solchen, überhaupt oder den verschiedenen Bürger = Classen, oder auch einzelnen Corporationen oder Familien, oder den verschiedenen Kirchen u. s. w. in ihrem gegenseitigen Verhältnisse und in jenem zur Staatsgesamtheit zustehen, z. B. von den Rechten des Adels, von den Gerechtsamen der Zünfte und Zunftgenossen, als solchen, von den gemeindebürgerlichen Rechten, von den etwa zur Beförderung der Industrie und des Handels verliehenen Privilegien, als Monopolen u. s. w., von den Steuer- oder Milizpflichtigkeiten und Befreiungen, von den privilegierten Gerichtsständen u. s. w. Und dann rechnen wir dazu ganz vorzüglich die sogenannten politischen Rechte, welche nämlich in der indirecten oder directen Theilnahme an der Staatsgewalt oder an dem Ausdrücke des Gesamtwillens bestehen, als active und passive Wahlrechte, landständische Rechte, überhaupt Verfassungs-Formen und Rechte. Von solchen Rechten nun sind mehrere schon im natürlichen oder allgemeinen (Gesellschafts- oder Staats-) Rechte gegründet, z. B. das der (wohlverstandenen) Gleichheit vor dem Gesetze und Richter, dann der Verhältnißmäßigkeit in Tragung der Staatslast, das Auswanderungsrecht, das der Gewissensfreiheit u. s. w. Das historische Recht also, wenn es dieselben auch anerkennt und gewährt, hat sie gleichwohl nicht er-

schaffen, und wenn sie unantastbar sind, so fließt dieses aus der Heiligkeit des Vernunft-Rechtes, welchem das historische hier nur beipflichtet und dadurch eine praktische Befräftigung verleiht. Was aber die rein historischen Rechte dieser Art betrifft, so ist klar, daß sie für die damit Bekleideten durchaus kein selbstständiges oder der fortwährend freien Gewalt der Gesetzgebung entrücktes Besizthum begründen, sondern in Bezug auf Gestaltung, Maß und Fortbestand immerfort von dem Ermessen derselben Auctorität, die sie schuf, d. h. also von dem — bloß den Forderungen des ewigen oder natürlichen Rechts und der politischen Weisheit unterthanen — Gesamtwillen oder der gesetzgebenden Staatsgewalt abhängig bleiben. Sie bestehen nämlich bloß aus Festsetzungen, welche die Gesamtheit in ihrem eigenen Interesse, d. h. Behufs der Erstrebung des Staatszweckes, gemacht hat, wobei sie also keineswegs sich selbst für die Zukunft die Hände binden wollte noch durfte, sondern nothwendig die Freiheit sich vorbehielt, jeden Augenblick — sei es wegen veränderter Umstände, sei es wegen (mit dem Fortschreiten der politischen Kenntniß und Erfahrung) geänderter Ueberzeugung von dem, was das Klügste und Beste sei — die frühere Festsetzung zu widerrufen und etwas Anderes zu statuiren. Die Statuirung also, als Gesetz, ist wohl verbindlich für alle der Staatsgewalt unterworfenen Bürger und Bürgerclassen, nicht aber für die Staatsgewalt oder Gesamtheit selbst, als welche hier (gleich einem Einzelnen) in Sachen ihres eigenen Rechtes jeden Augenblick einen anderen Entschluß fassen oder ein anderes Mittel zu dem von ihr erstrebten Endzwecke wählen, und solchen Entschluß sodann ihren Unterthanen gesetzgebend verkünden kann.

4) Von dieser Grundregel jedoch gibt es einige Ausnahmen. Es ist nämlich die Staatsgewalt nicht nur in ihrem Walten beschränkt durch die ewigen Gesetze des Vernunftrechtes und überhaupt durch die das Gebiet des wahren Gesamtwillens umschließenden Grenzen (s. „Gesellschaft und gesellschaftlicher Gesamtwille“), wornach — falls die Verfassung diesem Gesamtwillen tüchtige und lautere Organe verliehen — Verletzungen des Rechtes oder des Gemeinwohles ihm ganz unnatürlich, ja seinem Begriffe widersprechend sind; sondern es geschieht wohl auch, und ist sehr gut, wenn es geschieht, daß — um den factisch möglichen Irrthümern oder Unlauterkeiten der jeweiligen Organe des Gesamtwillens vorzubeugen — gewisse, für vorzüglich wichtig und heilsam erachtete oder einer näheren Gefahr der Antastung durch Gewaltmißbrauch ausgesetzte Partieen des historischen öffentlichen Rechtes mit einer weiteren, künstlichen Garantie des Fortbestandes umgeben werden. Solche Garantie kann bestehen, entweder in einem mit den durch das Gesetz mit gewissen Rechten bekleideten Personen oder Persönlichkeiten eigens geschlossenen Verträge, welcher die Unwiderruflichkeit des verliehenen Rechtes festsetzt

und dasselbe dergestalt — obschon dem Ursprunge und Inhalte nach öffentlichem Rechte angehörig — noch weiter unter die Hegide des unantastbaren Privatrechts stellt; oder in der constitutionellen Festsetzung gewisser erschwerender, mithin vor Uebereilung oder Ueberlistung, überhaupt vor Befangenheit des Augenblickes schirmender Formen für die Abschaffung oder Abänderung bestimmter Rechte. So wird die Stätigkeit der monarchischen Verfassung und das historische Recht des Fürstenhauses vorsichtiger Weise durch eigene Grundverträge, die zwischen diesem Hause und der Staatsgesamtheit geschlossen werden, gewährleistet, so auch das kirchliche und bürgerliche Recht der einzelnen Religionskörper u. s. w. Oder es wird auch den solche Rechte bestimmenden Grundgesetzen zugleich der Charakter von Verträgen ertheilt; oder auch man begnügt sich damit, daß man dergleichen Festsetzungen unter die Hegide der Constitution stellt, und — was überall die Klugheit fordert — für die Abänderung von Constitutionsartikeln ganz andere und schwierigere Formen vorschreibt, als für jene von gemeinen Gesetzen.

5) Was nun die gesetzgebende (oder nach Umständen die constituirende) Auctorität in der ihr durch die voranstehenden Sätze zur Beherrschung angewiesenen und zugleich mit den gehörigen Schranken umgebenen Sphäre in Bezug auf historische Rechte verfügt, dasselbe ist mit Recht verfügt und unterliegt daher — ob auch mitunter dem Vorwurfe der Unklugheit oder der irrigen Berechnung, oder auch der Härte — doch keiner auf die „Heiligkeit der historischen Rechte“ zu gründenden rechtlichen Einsprache. Abschaffung und beliebige Abänderung dieser Rechte stehen fortwährend in jener Auctorität Macht und Belieben; und sie hat bei der Ausübung ihrer Gewalt niemals das Interesse der bisher Berechtigten, sondern blos — oder wenigstens ganz vorzugsweise nur — das Gesamtinteresse zu berücksichtigen. Hat sie dabei einen Irrthum begangen, was bei der Beschränktheit der menschlichen Einsicht und der Unvollkommenheit aller dagegen zu ersinnenden constitutionellen Cautelen nie ganz vermeidlich ist, und wird sie namentlich durch Erfahrung eines Besseren belehrt; so steht ihr auch wieder die Rückkehr zu dem voreilig Abgeschafften oder die abermalige Statuirung von etwas Anderem frei; und überall und immer ist es nicht das historische Recht, als solches, was ihre Macht beschränkt oder was deren Anwendung das leitende oder bestimmende Gesetz zu geben hat, sondern blos — die politische Weisheit.

6) Diese politische Weisheit nun hat allerdings das historische Recht, wie überhaupt alles factisch Vorhandene im Staate sorgfältig zu beachten, weil sie ja nur in bestimmten Staaten oder für dieselben, nicht aber für ein Utopien wirksam sein kann und soll. Sie wird daher nicht minder als alle anderen Zustände (wie z. B. jene der Aufklärung, Cultur, Sitte und Wirthschaft des

Volks, oder seine Zahl, seine natürliche Classeneintheilung, seine kirchlichen Verhältnisse u. s. w.), so auch seine historischen Rechts = Zustände in Betrachtung und Erwägung ziehen, weil ja nur aus der Kenntniß alles dessen, was da wirklich ist, sich ein zuverlässiges Urtheil fällen läßt über die aus dem Zusammenhange und der Wechselwirkung alles Vorhandenen hervorgehenden Mängel, Gebrechen und Bedürfnisse, so wie die beste, sicherste und leichteste Art der Heilung oder Abhülfe. Die Gesetzgebung also, wenn sie das Werk solcher Heilung oder Verbesserung der öffentlichen Zustände unternimmt, wird allerdings auf dem Boden des wirklich Vorhandenen (also nicht bloß auf jenem des bestehenden historischen Rechtes, sondern auf jenem aller im Staate bestehenden Verhältnisse und Dinge) ihr neues Gebäude aufführen; doch — was wir mit Nachdruck bemerken — nicht bergestalt, daß sie alle noch fest dastehenden Mauern des alten Gebäudes stehen lasse, oder nur auf die noch vorhandenen Fundamente derjenigen, welche bereits eingestürzt sind oder den Einsturz drohen, den neuen Bau setze; sondern so, daß sie zwar die noch guten und brauchbaren Theile des alten Gebäudes erhalte, sich auch, wo es dem Zwecke genügt, auf die Ausbesserung des schadhafte gewordenen beschränke, und selbst die fehlerhaften, zur Niederreißung verdammten Theile noch so lange stehen lasse, ja selbst durch künstliche Stützen so lange gegen Einsturz bewahre, als derselbe auch noch andere, der Erhaltung werthe Theile mit sich reißen kann, oder so lange, als nicht die nöthigen Vorbereitungen zum neu aufzuführenden Baue getroffen sind; daß sie aber, wo solche Schonungs = oder Zögerungsgründe nicht vorhanden sind, rasch und ernst die Hand an's Werk lege und unerbittlich Alles niederreiße und sammt den Grundmauern vertilge, was dem als nothwendig oder heilsam erkannten Neubau im Wege steht. Also wird, um diese Lehre durch einige Beispiele zu erläutern, eine weise Politik, wenn sie die Abschaffung der mancherlei Ungebühren und Verkehrtheiten des historischen Rechtes — z. B. jene der aus dem mittelalterlichen Feudalsysteme stammenden Adels- und Grundherrlichkeitsrechte, oder der kirchlichen, mit der bürgerlichen Freiheit im Streite liegenden Rechte u. s. w. — sich zur Aufgabe gesetzt hat, allerdings, bevor sie Hand an's Werk legt, untersuchen, wie tief im Leben des Volkes die verwerflichen Einsetzungen noch wurzeln, und wie mächtig die bei deren Fortbestand Betheiligten seien, wie vielen Widerstand daher die Abschaffung erfahren, wie vielerlei Interessen sie verletzen, oder auch auf welche Hinderungen, vielleicht gar von Seiten des Auslandes oder einer Bundesautorität, sie stoßen werde. Sie wird dann die ihr selbst zu Gebote stehenden Kräfte mit jenen des vorauszusehenden Widerstandes vergleichen und darnach ihren Plan des Angriffes einrichten. Sie wird, wenn sie wesentlichen Hemmnissen oder Gefahren entgegensieht, gern die Hand zu einem Vergleiche bieten, d. h. die Einwilligung der Betheiligten in die wünschenswerthe Abschaffung mit einigen — der Lage der Dinge,

d. h. den einheimischen und auswärtigen Verhältnissen entsprechenden — Opfern erkaufen; ja sie wird selbst der Humanität und Billigkeit, oder der Beruhigung der Gemüther willen solche Opfer durch einige Entschädigung der im Genuße der abzuschaffenden Rechte Befindlichen bringen, ohne jedoch eine wahre Schuldigkeit solches Loskaufs anzuerkennen. Sie wird ferner, bevor sie an Abschaffung, z. B. der Zehnten oder der adelichen Gerichtsbarkeit oder der bürgerlichen Zunftrechte u. s. w., die Hand legt, oder wenigstens gleichzeitig damit, die nöthige Fürsorge für den jetzt aus anderen Mitteln als dem Zehent zu unterhaltenden Kirchenbau und zu bestreitenden Gehalt der Pfarrer und Schullehrer, oder für die jetzt von Staats wegen zu pflegende Justiz oder für eine den Interessen der Volkswirtschaft entsprechende Gewerbsordnung treffen; sie wird selbst von den Adels- und Zunftrechten so Vieles noch beibehalten, als nach den Cultur- und industriellen Zuständen des Volkes noch gut oder nützlich erscheinen mag u. s. w. Aber sie wird auch überall, wo ein klar erkanntes natürliches Recht die Abschaffung einer historischen Einsetzung fordert, dieselbe ohne Zagen und Zaudern in's Werk richten; sie wird das als Unrecht Erkannte sofort und vollständig und mit der Wurzel austreten, z. B. nicht bloß den Namen der Leibeigenschaft aufheben und ihre Lasten fortbauern lassen, sondern, so schnell als irgend möglich, die völlige Befreiung der bisherigen Sklaven von dem nur allzu lange getragenen Joche verordnen; überall, so schnell als möglich, die Barbarei der mittelalterlichen Geseze und Gewohnheiten tilgen, z. B. die Folter abschaffen, die Kerker der Inquisition zerstören u. s. w.; überall endlich, und so schnell als möglich, die Gesamtheit der Bürger in den Vollgenuß der ihnen gebührenden und allzu lange durch historisches Unrecht vorenthaltenen natürlichen Menschen- und Bürgerrechte einsetzen.

7) Am Allerwenigsten kann gebilligt werden die seltsame Lehre des Reformsystems, daß nur das bereits Veraltete, dem natürlichen Absterben Nahe, am Baume der historischen Rechte dürfe herausgeschnitten werden, nicht aber das noch in Lebensfrische und Kraft Befindliche. Nach unserer Meinung kommt es, wenn von Erhaltung oder Abschaffung die Rede ist, nicht darauf an, ob etwas neu oder alt, lebensfrisch oder dahinwiegend sei, sondern ob recht oder unrecht, gut oder schlecht. Das Unrechte, das Schlechte muß abgeschafft oder ausgerottet werden, so frisch es noch grüne, ja, um so entschiedener muß man es bekämpfen, je mehr Widerstandskraft es noch besitzt. Wird wohl ein fluger Gärtner, bevor er das wuchernde Unkraut ausrottet, warten, bis es welk geworden, oder wird er am Fruchtbaume bloß das bereits dürr gewordene Holz ausschneiden? Fürwahr nein! Letzteres zwar wird er auch wegnehmen, weil es noch immer schädlich und dabei häßlich ist; aber den größeren Eifer wendet er an, das noch frische, das noch im Emporkommen begriffene Unkraut zu tilgen, und am Baume die wilden, regelwidrig wachsenden, die Krone verunstalt-

tenden, den fruchttragenden Aesten die Kraft raubenden Schosse, so lebenskräftig sie auch seien, wegzuschneiden. Wie im Garten, so im Staate. Eine weise Regierung wird, um eine verderbliche Einsetzung abzuschaffen, nicht warten, bis sie von selbst zerfallen, mithin unschädlich geworden ist. Vielmehr wird sie den Entschluß der Abschaffung bloß von dem Erkennen der Gemeinschädlichkeit oder Ungerechtigkeit der Einsetzung und dann noch von der Unmöglichkeit oder Ausführbarkeit des Abschaffens abhängig sein lassen. Wenn die Sklaverei erst in der neuesten Zeit aufgetaucht, eine terroristische kirchliche oder politische Inquisition oder ein geisttödtender Preßzwang erst gestern in's Leben geführt, die abenteuerliche Herrschaft einer „Hochkirche“ erst im Werden begriffen, das Matrosenpressen und die neunschwänzige Rake erst neu erfunden wäre, so müßte man sich beeilen, diese Dinge aus der Welt zu schaffen, bevor sie noch viel Unheil gestiftet hätten, nicht aber ihr heillofes Wirken fortwähren lassen, bis nach und nach sie durch innere Fäulniß dem Absterben entgegengeführt worden. Umgekehrt wird die weise Regierung eine an sich gute und wohlthätige Institution, welche etwa durch Ungunst der Zeiten in Verfall gerathen oder durch eingeschlichene Mißbräuche um ihr Ansehen gekommen, oder wegen Verlustes früherer Hülfquellen jetzt der Kräfte zu lebensfrischer Wirksamkeit entbehrend ist, anstatt sie vollends abzuschaffen, vielmehr neu zu beleben oder zu bekräftigen suchen, weil, wenn die Institution wirklich gut ist, ihr völliges Absterben ein Uebel wäre.

Die Verehrung des historischen Rechts äußert sich nicht nur durch Heilighaltung des wirklich noch bestehenden oder erst allerneuest umgestürzten, sondern auch durch emsige Erforschung des wann immer, auch in der grauesten Vorzeit, bestanden und durch Anpreisung des letzten als Quelle oder Erklärungsgrund, ja selbst als Ergänzung oder Berichtigung des noch heut zu Tage geltenden. Wir wollen den wissenschaftlichen Werth solcher Forschungen, welche allerdings auf einer der wichtigsten Seiten der Menschen- und Völkergeschichte ein höchst interessantes Licht werfen, nicht im Mindesten verkleinern. Nur erklären wir uns gegen die praktische Bedeutsamkeit, die man denselben zu geben sich von verschiedener Seite bemüht. Es ist eine Abenteuerlichkeit, zu meinen oder zu behaupten, die allerneuest wieder aufgefundenen Institutionen des Gajus, oder überhaupt die in neuester Zeit scharfsinniger als je beleuchtete römische Rechtsgeschichte dürfte von praktischem Einflusse sein auf die Anwendung des römischen Rechtes in den Ländern, wo dasselbe noch Gesetzeskraft hat, allernächst also in den Ländern deutscher Zunge, allwo es als sogenanntes „gemeines Recht“ noch seine Auctorität behauptet. Denn nicht der „Wille des Gesetzgebers,“ welchem ursprünglich das römische Recht entfloß, sondern der Wille oder die Absicht desjenigen, welcher dasselbe bei uns in Herrschaft setzte oder welcher es

noch fortwährend in mehr oder minder ausgedehnter Geltung erhält, kann für uns maßgebend bei seiner Anwendung sein. Nur so, wie das römische Gesetzbuch zu Kaiser Maximilian's I. Zeit verstanden und ausgelegt ward, ist es der deutschen Nation als verbindend vorgelegt und von ihr angenommen worden; und mit nichts hat dieselbe auch zum Vornhinein alle in irgend einer späteren Zeit von gelehrten Alterthumsforschern zu machenden Entdeckungen von römischen Rechtsantiquitäten, oder die darauf zu bauenden neuen Erklärungen der Pandekten oder des Coder als eine für das Recht der nachfolgenden Geschlechter entscheidende Norm anerkannt. Im Gegentheile, je weiter zurück man mit solchen Forschungen schreitet, desto weniger passend auf die heutigen Zustände der Völker, also auch desto weniger dem Willen des für diese heutigen Völker als Auctorität anzuerkennenden Gesetzgebers — d. h. also dem Nationalwillen — entsprechend werden die daraus abgeleiteten Folgerungen sein. Der Rechtszustand unserer Staatsbürger kann nicht abhängig gemacht werden von den Grübeleien der die altrömische Rechtsgeschichte bearbeitenden Professoren.

Eben so kann die deutsche Rechtsgeschichte, während der vielen Jahrhunderte der mittelalterlichen Barbarei, keine gültige Entscheidungsquelle für die Rechtsverhältnisse der Gegenwart sein. Daraus, daß hier oder dort in deutschen Ländern, seien es mehrere oder weniger, vor einer Reihe von Jahrhunderten irgend etwas als Recht gegolten hat oder factisch als solches geltend gemacht ward, folgt nicht, daß es auch heute noch oder wieder, oder gar überall, so weit die deutsche Zunge reicht, als Recht gelten müsse. Die Idee eines aus der altdeutschen Rechtsgeschichte, d. h. aus den in derselben vorherrschenden Erscheinungen, abzuleitenden gemeinen oder allgemeinen deutschen Rechts bedroht die Nation mit ganz maßlosem Rechtselende.

Freilich hat die deutsche Rechtsgeschichte auch ihre schöneren Seiten. In der ältesten Zeit zumal, aber auch überhaupt, so lange noch die Ulo dial = Verfassung bestand, war der Charakter des öffentlichen wie des Privatrechts ein freiheitlicher; und selbst noch unter der Herrschaft des Lehenwesens und in den Zeiten der tiefsten Barbarei erhielten sich oder bildeten sich mehrere der Freiheit günstige Institute und Uebungen. Der Fürstenmacht stand wesentlich beschränkend gegenüber jene der Stände, in deren Versammlungen auch die Abgeordneten des dritten oder Bürgerstandes eine wahrhaft zählende Stimme erhoben. Die hergebrachten einzelnen Freiheiten der verschiedenen Volksclassen, Provinzen oder Orte gaben einigen Ersatz für den Mangel allgemeiner grundgesetzlicher Freiheit, und selbstständige Vereine, errichtet unter den Genossen derselben Interessen und Rechte schirmten dieselben gegen Gewaltmißbrauch oder willkürliche Bedrückung. Der Zustand der unbedingten Unterwerfung aller Classen unter die Allmacht der Regierungsgewalt ist nicht auf das alt-historische Recht gegründet, wiewohl die Freunde des Absolutismus

ihn gerne dem neuen Repräsentativsysteme gegenüber als solches aufstellen möchten. Darum ist es auch wirklich gut und von eindringlicher Wirkung, daß man, wenn zur Steuer des Absolutismus und Feudalismus den Forderungen der Neuzeit, d. h. des Vernunftrechts, die Ansprüche des Historischen entgegengesetzt werden, auch auf diesem Boden den Streit aufnehmen, und aus der Rechtsgeschichte zeige, daß in der deutschen Nation der freiheitliche Zustand älter als der unfreie, und daß, je weiter man zurückgeht in die früheren Zeiten, desto mehr demokratischer Natur die Verfassungen und Rechte gewesen. Dadurch wird wenigstens der auf das historische Recht sich berufende Anspruch der Aristokraten und Absolutisten siegreich zurückgewiesen, und die Forderung der Freiheit gewissermaßen als Zurückforderung eines früher schon besessenen und nur widerrechtlich verlorenen Zustandes dargestellt.

So viel Gewicht jedoch solche historische Argumente haben, und so vielen Dank die Männer der Wissenschaft verdienen, welche sie uns geliefert haben und liefern: so gestehen wir doch, daß es nicht die Haupt-Argumente sind, worauf wir die Forderung der Freiheit stützen. Freilich gehört eine freche Stirne dazu, den Deutschen des neunzehnten Jahrhunderts zuzumuthen, sich gefallen zu lassen, was ihre Vorfahren vor achtzehnhundert Jahren nicht würden ertragen haben, oder ihnen vorzuenthalten eine Freiheit, deren die Urväter schon sich erfreuend und auch würdig waren: doch einen entscheidenden Beweis für die Triftigkeit unserer Ansprüche, oder eine nothwendige Unterstützung unserer Forderung erkennen wir darin nicht. Wir würden Freiheit und Recht begehren, selbst wenn unsere Vorfahren von jeher oder seit Jahrtausenden in Unterdrückung und Knechtschaft geschmachtet hätten; und wir würden von alten und uralten Rechtszuständen nicht einen Punct zurückverlangen, wenn man uns überzeuge, daß die neueren und neuesten besser, d. h. dem vernünftigen Rechte und dem Gemeinwohle entsprechender seien.

Nicht auf dem rechtshistorischen Boden also, sondern auf dem vernunftrechtlichen und auf jenem einer gesunden, die Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft mehr als die Zustände der Vergangenheit erwägenden Politik muß der Streit geführt werden, wenn er eine befriedigende Entscheidung erhalten soll. Das einmal als solches erkannte natürliche oder vernünftige Recht soll überall und in jeder Sphäre thunlichst verwirklicht und gesichert werden durch positive Gesetze und Einrichtungen; alles demselben widerstrebende historische Recht ist der Abschaffung anheim gefallen; und eines so hohen Grades von bürgerlicher und politischer Freiheit, als jedes Volk nach seinen und seiner verschiedenen Classen jeweiligen Culturzuständen und übrigen Verhältnissen fähig ist, desselben soll es theilhaft gemacht und zugleich seine Heranbildung zu fortwährend höheren Stufen erstrebt werden (s. „Naturrecht“).

Mottet.

Hobbes, s. Naturrecht.

Hochverrath, s. am Ende des Buchstabens H.

Hodegetik oder Methodik des Studiums. Wenn wir der Hodegetik hier einen kurzen Artikel widmen und ihr eine Stelle in dem Staatslexikon vindiciren, so geschieht dieses nicht, um den Begriff und das Wesen dieser Wissenschaft ausführlich zu erörtern, sondern bloß um vom Standpuncte der Staatspädagogik aus auf die Wichtigkeit und Nothwendigkeit hodegetischer Vorträge auf unseren Universitäten aufmerksam zu machen, wodurch ganz vorzüglich so manche Gebrechen, die man unserem deutschen Universitätswesen nicht ohne Grund zum Vorwurfe macht, entfernt werden könnten. Erwägt man, wie allgemein heut zu Tage von Seiten der Regierungen, wie der Volksvertreter eine alle Classen der bürgerlichen Gesellschaft durchdringende bessere Unterrichts- und Erziehungsmethode als das wichtigste Problem unter allen Staatsfragen der Gegenwart anerkannt wird, und wie viel in der neuesten Zeit für das gesammte Schulwesen überall geschehen ist und fortwährend geschieht; so ergibt sich von selbst, daß die Universitäten, als der Schlußstein oder die Spitze (wie man will!) des Ganzen, nicht hinter der allgemeinen Bewegung der Zeit zurückbleiben und in dem bisherigen Schlendrian verharren dürfen, sondern ihrerseits vielmehr mit dem leuchtenden Beispiele vorangehen müssen, eifrigst alle erkannten Mängel und Fehler immer mehr und mehr abzustellen zu streben. Was die unmittelbare Fortbildung der Wissenschaften an und für sich betrifft, so wird man freilich unseren deutschen Universitäten, obgleich dieselben nicht mehr wie früher die alleinigen Depositärinnen derselben sind, wohl schwerlich den Vorwurf machen, hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben zu sein, und nach wie vor stehen die Matadore der akademischen Lehrer so ziemlich in allen Fächern an der Spitze der Literatur. Allein was die eigentliche Haupttendenz der Universitäten als Staatsanstalten betrifft, nämlich die Aufgabe, theils durch mündlichen Unterricht die künftigen Volksreligionslehrer und Seelsorger, die Richter, Gesetzgeber und Staatsmänner, die Heilkünstler, Philologen, Pädagogen u. s. w., u. s. w. zu bilden, theils durch die Eigenthümlichkeit des ganzen akademischen Lebens für die universelle und besonders die moralische oder Charakterbildung der Studirenden gehörig zu sorgen und diese zu fördern, so wird selbst der eifrigste Vertheidiger der Idee oder des wahren Wesens unserer Universitäten nicht in Abrede stellen können und wollen, daß in dieser Hinsicht das erscheinende oder wirkliche Universitätsleben noch Vieles zu wünschen übrig läßt und weiter als billig hinter jener Idee zurückgeblieben ist. Sehr zu bedauern ist, daß nicht von Seiten der Universitäten selbst ein gehöriges Bestreben zu zeitgemäßen Verbesserungen gezeigt, oder daß dasselbe, wo es sich allerdings (wie z. B. in Schriften einzelner Professoren, so wie in der Abschaffung des rohen Landsmannschaftsunwesens durch die Studirenden selbst in der sogenannten Burschenschaft) bemerklich machte, nicht

gehörig beachtet und gewürdigt ward, so daß endlich Angriffe auf die Universitäten von solchen geschahen, die, außer ihnen stehend und deshalb weder ihre Idee noch ihre Erscheinung richtig zu beurtheilen vermögend, das Kind mit dem Bade ausschütten, eine totale Reform des Universitätswesens, namentlich Aufhebung der Corporativverfassung, Abschaffung des bisherigen Kathedervortrags und Einführung der sogenannten dialogischen Methode u. s. w. wollten und beantragten. Es ist bekannt, daß neuerdings namentlich der Seminar-director Düsterweg in Berlin gehässige, übertriebene Angriffe auf die deutschen Universitäten und meist sehr verkehrte Vorschläge zu ihrer Verbesserung veröffentlicht, wie die Gegenschriften von Alschewski, Leo, Bencke, Mayerhoff, Thiersch u. A. zur Genüge gezeigt. Und eben so bekannt, wie sehr durch gewisse Staatsmaaßregeln die akademische Freiheit, namentlich die Lern- oder Hörfreiheit der Studenten, sehr geschmälert worden, weil man ihren Mißbräuchen von Staats wegen vorbeugen zu müssen glaubte. Allein auch für die Universitäten gilt das bekannte Wort: Gott hilft nur denen, die sich selbst helfen! Von Außen, durch Staatsgebote oder Privatangriffe, wird weder das Lehren der Lehrer, noch das Hören der Hochschüler und ihr übriges akademisches Leben und Wesen besser, sondern nur wenn eine richtige Einsicht oder die wahre Methodik des akademischen Lehrens, Lernens und Lebens beiderseits erkannt und praktisch geübt wird. Für diese Erkenntniß sind nun auch bereits zwei Wissenschaften aufgestellt, die akademische Didaktik und die Hodegetik, von denen übrigens bloß die letztere bis jetzt ausführlich bearbeitet worden, während es für die erstere nur geistreiche Vorarbeiten (in gelegentlichen Aeußerungen der ausgezeichnetsten Schriftsteller über das Universitätswesen und namentlich über den Kathedervortrag) *) gibt. Uebrigens bietet die Hodegetik, mit der wir es hier vor Allem zu thun haben, in so fern einen Ersatz für die Didaktik, als auch sie das Wesen des Kathedervortrags zu erörtern hat, um die Studenten in den Stand zu setzen, bei der Wahl ihrer Lehrer nach richtigen Principien zu verfahren. Wären nun diese hodegetischen Lehren allgemein bekannt und von den Studenten beherzigt, so würde dieses zugleich auf den Vortrag der Docenten wohlthätig zurückwirken; denn es ist eine sehr richtige und beherzigungswerthe Behauptung Schelling's, daß von den Anforderungen der Studirenden an den Vortrag der Lehrer die Erfüllung derselben größtentheils abhängt; nicht zu gedenken, daß ja jährlich aus der Studentenwelt Privatdocenten hervorgehen, die doch sicher den Ansprüchen, die sie selbst als Studenten an den akademischen Vortrag gemacht, zu entsprechen suchen werden. Was nun die übrigen Gründe betrifft, welche es höchst wünschenswerth, ja unumgänglich nöthig machen, daß in jedem Semester Vorträge über die Hodegetik

*) Literarische Notizen hierüber s. in Scheidler's Grundriß der Hodegetik S. 105 ff. Vergl. desselben Idee der Universität S. 260 ff.

gehalten und besucht werden, so ergibt sich dieses zunächst schon im Allgemeinen aus einer kurzen Exposition des Begriffes und Wesens, namentlich der Darlegung des Inhalts dieser Disciplin.

Die Hodegetik ist am Füglichsten zu erklären als der zu einem organischen Ganzen (System) geordnete Inbegriff der Grundbegriffe, Grundsätze und Regeln oder Maximen, aus denen sich die richtige Methode des Studirens im engeren und weitern Sinne (d. h. sowohl der stufenweisen Ausbildung des Erkenntnißvermögens durch regelmäßige Erlernung der Wissenschaften mittelst der Benützung der akademischen Vorträge und sonstigen akademischen Bildungsmittel, als auch der Ausbildung der Gesamtheit der Anlagen oder Fähigkeiten durch die übrigen auf der Universität sich darbietenden Lebensverhältnisse und Einrichtungen) begründen und entwickeln läßt. Sie soll dem Studirenden auf der akademischen Laufbahn als Führer dienen, ihm den richtigen Weg zur Erreichung seines Zieles zeigen, so wie ihm Irr- und Irwege ersparen, worauf auch die bekannte Etymologie des Wortes Hodegetik, so wie die gleichgeltenden Bezeichnungen Isagogik, allgemeine Propädeutik der Wissenschaft hindeuten. Zu diesem Ende hat die Hodegetik zunächst die zwei Cardinalbegriffe der Wissenschaft und der Universität, so wie des Verhältnisses beider zum Leben selbst zu erörtern, woran sich dann die eigentlichen hodegetischen Lehren anschließen, die in zwei Hauptgruppen zu sondern sind, je nachdem sie nämlich entweder auf das akademische Studium im engeren Sinne oder auf das übrige akademische Leben des Studenten in Hinsicht seiner übrigen, namentlich physischen, moralischen, ästhetischen, religiösen, politischen Ausbildung, so wie seiner ökonomischen und geselligen Lebensverhältnisse sich beziehen. Die Methodik des akademischen Studiums sensu strictiore enthält die nöthigen Belehrungen heils über das Wesen und die zweckmäßige Benützung der sogenannten Vorlesungen (Wahl, Zahl und Folge derselben, Wahl der Lehrer, Repetitionen) und öffentlichen Uebungsstudien (sogenannte praktische Collegia, Seminarien, Examinatoria, Disputatoria, Klinika u. s. w.), heils über die zweckmäßigste Einrichtung des Privatstudiums durch Lectüre, eigene Ausarbeitungen u. s. w. u. s. w. — Klar ist, daß die richtigen Ansichten und Maximen in Betreff aller dieser Punkte nicht bei dem Studirenden schon vorausgesetzt werden können, da die Hodegetik selbst sie aus einer Menge anderer Disciplinen (namentlich der Logik, Psychologie, Ethik, Religionsphilosophie, Aesthetik, Politik, Oekonomie, aus der allgemeinen Encyclopädie der Wissenschaften, Geschichte der Literatur und insbesondere der Universitäten) entlehnt, welche der Studirende erst nach und nach kennen lernen könnte, wenn er dazu neben seinen Berufsstudien Zeit genug übrig hat. Eben so klar ist, daß die Hodegetik nicht etwa durch die Ermahnungen, Anweisungen oder gute Rathschläge, Bitten und Beschwörungen überflüssig gemacht wird, womit Abiturienten von Seiten ihrer Lehrer, Vormünder, Eltern und Freunde zur Akademie entlassen zu werden pflegen. Man wird

denselben zwar ihren Nutzen nicht absprechen wollen, aber doch auch von ihnen keine lange nachhaltige Wirkung hoffen können, da sie auch und für sich in aphoristischer, fragmentarischer Form dargeboten werden und, wie aus subjectiven Gefühlen hervorgegangen, so auch nur auf diese wiederum berechnet sind; Gefühle aber, auch die edelsten, lehrt nichts und haben keine wahrhafte Dauer, ja, wie Einer unserer ersten Psychologen richtig bemerkt, „gerade auf solche Stunden, in denen die Seele von ihren erhabensten und göttlichsten Gefühlen durchdrungen war, folgen am Leichtesten solche, in denen sich ihr die entgegengesetzten aufdringen.“ Die Hodegetik dagegen stellt alle ihre Lehren und Regeln systematisch geordnet (wie eine Phalanx) auf, wendet sich an die Vernunft, an die eigene Ueberzeugung des Studirenden, will ihn nicht bloß überreden, gibt ihm klare, feste Begriffe und eine „standhafte“ oder nachhaltige akademische Lebens- und Weltansicht; so daß sich hier Jean Paul's Wort anwenden läßt: „Gefühle sind Sterne, die bloß bei hellem Himmel leuchten, aber die Vernunft ist ein Compass, der jederzeit die rechte Richtung angibt.“ — Insbesondere ist aber noch geltend zu machen, daß die Hodegetik das eigentliche Correlat der akademischen Freiheit, dieses wahren Lebensprincips unserer Universitätswesens, ist, indem sie die Mißbräuche dieses letzteren möglichst verringert, sonach zur Aufrechterhaltung dieses gerade wesentlichen Instituts am Meisten beiträgt. Soll einmal einerseits akademische Freiheit fortbestehen (und darüber sind alle Sachkundige einverstanden) und soll doch dem Studirenden anderseits gegen die damit gegebenen möglichen Irr- und Umwege Schutz verliehen werden, so kann dieses eben nur durch die Hodegetik auf die wirksamste Weise geschehen. Deshalb und aus den schon vorher entwickelten Gründen sollte von Universitäts- und von Staats wegen überall, wo nicht eine eigene Professur der Hodegetik gegründet, so doch in jedem Semester Vorlesungen darüber zu halten und resp. zu besuchen, zur unerläßlichen Pflicht gemacht werden; und wo dieses nicht geschieht, sollte in den Ständeversammlungen dieser Punct zur Sprache gebracht werden, da als eines der wichtigsten Probleme der Staatspädagogik anzusehen ist und überdies auch tief in das Familien- und Volksleben überhaupt eingreift, da von dem guten oder übeln Verlaufe der Universitätsperiode meist das ganze übrige Leben abhängt.

Dr. Karl Hermann Scheidler.

Hof; Hofstaat; Hofämter; Hofnarr; Hofgericht; Hofkammer zc. — Zu allen Zeiten hat sich die höchste Macht gern mit der größten Pracht umgeben. Darin folgte sie nicht bloß einer eiteln Lust am äußerlichen Gepränge, sondern gewiß auch einem richtigen Gefühle für die Mittel ihrer Selbsterhaltung. In der That würde denjenigen, die an der Spitze der Gesellschaft mit der höchsten Würde und Gewalt bekleidet sind, diese Gewalt gar bald entsinken, wollten sie aufhören, dieselbe vor den Augen der untergebenen Menge zur Schau zu stellen. Der regierende Fürst, die Glieder seiner Fa-

nille und die mit der nächsten Sorge um ihre Personen betraute Gesellschaft und Dienerschaft wird unter dem Namen Hof (aula, cour) begriffen, indem man die Benennung des Raumes, der den fürstlichen Palast und seine Nebengebäude umfaßt, auf den Inbegriff ihrer Bewohner ausgedehnt hat. Nur durch Abstufungen wird die fürstliche Würde und Gewalt sichtbar, und wenigstens die scheinbare Höhe derselben wird um so größer erscheinen, je zahlreicher die Stufen der Auszeichnung und des Ranges sind, die hinauf bis zum Throne führen. Darum trat von jeher in monarchischen Staaten die Tendenz hervor, selbst unter den näheren Umgebungen der Fürsten mannigfache Abmarkungen festzustellen. Immer mußte jedoch die Art und Weise, wie dieses geschah, zum großen Theile von dem Grade der materiellen Kultur und hiernach von dem Stoffe abhängen, der sich zur Auszeichnung verschiedener Classen und Rangstufen, zur Ausbildung einer mehr oder minder gegliederten Hierarchie des Hofstaates darbot; von dem Gehalte der gerade vorherrschenden Meinungen und Vorurtheile, so wie zeitweise von der Persönlichkeit der einzelnen Monarchen. Auch die längere oder kürzere Dauer der Monarchieen selbst, die größere oder geringere Stabilität der öffentlichen Zustände mußten hierbei von großem Einflusse sein. Wie man Jahrhunderte lang an den gothischen Domen und Thürmen gebauet und Sierrath auf Sierrath gehäuft hat, so hat man von Geschlecht zu Geschlecht dem Glanze, womit man die Throne der Fürsten umgab, immer schreiendere Farben, immer neue Schattirungen hinzugefügt, wenn nur der Grund, worauf die Throne ruheten, lange genug unerschüttert blieb. Aber weil nicht, wie dort, die Idee des Ganzen für alle Zukunft schon festgestellt und der Plan entworfen war, wornach sich alles Einzelne ihm anfügen mußte; weil hier vielmehr der Willkür und Laune der Individuen und Zeiten ein freier Spielraum blieb: so mußten endlich die Hofordnungen und der ganze Complexus von Formen, worin die Höfe sich bewegten, als ein seltsames Schnörkelwerk, als ein Mischmasch der Moden, des Geschmacks und der Geschmacklosigkeit der verschiedensten Zeiten und Generationen erscheinen. Besonders in unserer gegenwärtigen Periode, die überall den Maßstab der Zweckmäßigkeit anlegt und bei aller Unabhängigkeit, die sie dem Gebiete des Schönen einräumt, doch weniger als jemals geneigt ist, eine Offenbarung der Idee dieses Schönen selbst da anzuerkennen, wo das augenfällig Zweckwidrige zum Vorscheine kommt — besonders in dieser jetzigen kritischen Periode wird darum der von den Höfen zur Schau gestellte Pomp meistens seine Absicht verfehlen.

Bei dem Einflusse so mancher Zustände und Verhältnisse auf die Gestaltung der Höfe und des Hoflebens muß dieses letztere sehr vielfältig erscheinen. Wie groß ist doch der Unterschied zwischen dem einfachen Hofstaate des kriegerisch nomadischen Khans einer Horde von Tataren oder Mongolen und dem eines Beherrschers des himmlischen Reiches der Mitte, den in zahllosen abgemessenen Kreisen Tausende

von Prinzen und Prinzessinnen, von Fuschinen und Concubinen, von Hofmandarinen, Dienern und Sklaven umringen! Wie groß ist der äußere Unterschied zwischen dem rohen Puge des mit einigen bunten Federn geschmückten und von einigen nackten Sklaven umgebenen armen Negerfürsten, der in seinem Bettelstolze der Sonne ihre Wärme zu wandeln gebietet, und der Pracht eines Ludwig's XIV., der in Schooße des künstlichsten Luxus über das ganze willfährig gehorchende Europa das Scepter der Sitte und Mode ausstreckt! Gleichwohl lassen sich für ganze Epochen der Geschichte und für ganze Reihen monarchischer Staaten, die wesentlich auf derselben Culturstufe stehen, sehr durchgreifende Aehnlichkeiten in den Formen des Hoflebens gewahren. So finden wir in den ostasiatischen Staaten, wo unter der Herrschaft eines friedlichen und patriarchalisch-bürgerlichen Despotismus so wie unter dem dauernden Einflusse eines uralten Herkommens die Volksmasse in scharf geschiedene Stände und Classen sich ausprägen konnte, daß auch der Hofstaat der Fürsten nach vielfachen Abstufungen gegliedert ist, wie unermesslich übrigens der Abstand zwischen dem Herrscher selbst und der ihn umgebenden Menge bleibt. Dagegen in den Staaten des muhamedanischen Staatengebietes, unter der Herrschaft eines militärischen Despotismus, wo noch Jahrhunderte lang nach der Umwälzung durch den Islam selbst ein erobernder Volkstamm den anderen verdrängte, wo bei diesen Erschütterungen des Volksleben nirgends Zeit hatte, zu krystallisiren und in bestimmten Abstufungen sich darzustellen, besteht neben allem Aufwande von orientalischem Pompe und Luxus nur der Eine Unterschied zwischen Herrn und Sklaven, so daß selbst die nächste Umgebung der Despoten alle in sich gleicher Sklavenhaufe erscheint, ohne andere, als etwa rein persönliche Auszeichnungen der Einen vor den Anderen. In der allumfassenden römischen Weltmonarchie, besonders unter den späteren Kaisern, wurde für den Hof derselben schon ein System ziemlich fein ausgesponnener Unterschiede von Würden und Aemtern erdacht; und wie das administrative System im Reiche Constantin's des Großen künftigen Zeiten vielfach zum Vorbilde diente, so wurde auch von der Verfassung des kaiserlichen Hofes für die germanischen Fürstenhöfe in der Folge Manches entlehnt. So lange die germanischen Fürsten auf Krieg und Eroberung auszogen und in der Hauptsache nur Heerführer waren, war zugleich ihr Hofstaat ein kriegerisches Gefolge zu ihrem Schutze und mit Rath und That ihnen zur Hand, so in den Angelegenheiten des Gemeinwesens, wie für ihre besonderen persönlichen Anliegen und Interessen. Konnten doch als noch das Heer der Staat war, die Functionen der Beamten des Hofes, Staates und Heeres nicht scharf geschieden sein. Auch später erhielt sich in der Hauptsache derselbe Zustand, als zwar das monarchisch-kriegerische Wanderleben theilweise aufhörte, aber doch die Fürsten bald da, bald dort ihre Residenz aufschlugen, und es die Unbill der Zeiten dringend gebot, zu jeder Stunde zu Schutz und Trug ge-

hört zu sein. Damals sammelte sich noch zur Begleitung der Fürsten ihre berittene Dienerschaft unter der Hoffahne. Später geschah dieses nur bei besonderen feierlichen Gelegenheiten, und jetzt kommt die Hoffahne nur noch bei Processionen als Fahne der Hofkirche an katholischen Höfen vor*). Alle zur Hoffolge Verpflichteten waren in eine auszeichnende kriegerische Tracht gekleidet. Dafür hatten im 13. Jahrhunderte die Fürsten ihre Lieblingsfarben, gewöhnlich die Hauptfarben ihres Wappens. Schon früher, namentlich unter der 2. und 3. Dynastie der fränkischen Könige, war es gebräuchlich, daß diese für die größeren und feierlichen Versammlungen ihrer Dienerschaft besondere Kleider gaben, die — weil auf Kosten der Könige geliefert — Livrée hießen. Davon kommen die noch gebräuchlichen Hofuniformen, so wie die Hoflivreen, wie jetzt die Tracht der niederen Dienerschaft genannt wird. Selbst der an den meisten Höfen als ein wesentlicher Bestandtheil der Hofuniform vorgeschriebene Bierdegen ist nur das von der modernen Cultur bis zur Caricatur abgeschliffene alte Ritter- oder Knappenschwert. Endlich stammen von jener halb-militärischen Lebensweise die jetzt ziemlich veralteten Ausdrücke „Hofburg“ und „Hoflager“ für den Ort, wo gerade der Fürst Residenz hält. Nur in Oesterreich sind diese Ausdrücke noch gebräuchlich, wie es denn charakteristisch für dieses Reich ist, daß sich, wie in der Verfassung des Staates, so in der des Hofes, besonders viel aus älteren Zeiten Stammendes erhalten hat, was durch die neue französische Hofordnung und Hofsitte nicht völlig verdrängt werden konnte.

In derselben Periode der Bewegung für die Regenten, da überall zur Beschwichtigung der gährenden Elemente ihre Schutz und Recht spendende Gegenwart als nothwendig galt; da noch die Staaten selbst keine festere Consistenz und keine bestimmte Gliederung erworben hatten, die den Machthabern ein ruhig örtliches Beharren möglich gemacht hätte; da es selbst an den äußerlichen Hülfsmitteln fehlte, um von einem Punkte aus allen Gliedern des Staatskörpers den maßgebenden höchsten Willen rasch und nachdrücklich zu verkünden — in dieser Periode mußte das Hofleben wechselnd und schwankend sein. Es bestand noch kein gleichförmiger Typus, wornach es sich hätte modelliren können. Die Völker des neuen Europas fingen erst an, eine Existenz und eine festere Grundlage für künftige ruhige Entwicklung sich zu erkämpfen. So lange es sich bei ihnen um Sein oder Nichtsein handelte, war namentlich von jenem feineren Luxus nicht die Rede, der erst durch einen dauernden Besitz und durch den lange aufgehäuften Gewinn einer ungestört schöpferischen Arbeit möglich wird. Wie die Lebensweise der Völker eine einfach ungekünstelte war, so auch die der Höfe; und weniger durch die größere Feinheit der Genüsse, als

*) In Hannover ist es noch gebräuchlich, daß von den königlichen Vasallen der Lehensseid auf die Hoffahne abgelegt wird.

durch ihre Quantität in einem weiteren Kreise konnte die reichere milie vor der minder wohlhabenden sich auszeichnen. Wenn also Karl der Große in seinem Hofhalte einer besonderen Sparsamkeit und Frugalität sich befleißigte; wenn er seine Kinder und Hofleute mit gutem Beispiele ihnen vorangehend, zur Arbeitsamkeit und Gehaltsamkeit anzuhalten suchte und ihm gleichzeitige Schriftsteller ein gebührendes Lob zollten: so muß man doch immerhin einräumen, daß seine jetzt als so einfach erscheinende Lebensweise zum guten Theile durch den allgemeinen Charakter seiner Zeit bestimmt war. Dies hinderte übrigens schon damals nicht, bei außerordentlichen Gelegenheiten alle mögliche Pracht zu entfalten; wie denn unter Anderem bekannt ist, daß Karl der Große zum Empfange der Gesandten des griechischen Kaisers Nicephorus auf seinem Schlosse zu Selz im Saale mit einem Glanze sich umgeben hatte, vor dem selbst der Orient erbleichen mußte. Unter den Hohenstaufen war die dauernde Entfaltung einer größeren Pracht schon mehr zur leitenden Maxime geworden, und das Beispiel des kaiserlichen Hofes fand an vielen anderen Höfen der christlichen Regenten mehr oder weniger Nachahmung. Der schönste Glanz der Throne war aber das geistige Licht, das sich um sie sammelte und als eine aufhellende und erwärmende Sonne nach allen Richtungen ergoß. Wie Karl in seinem Palaste zu Aachen eine Akademie gegründet und durch Berufung der ausgezeichnetsten Gelehrten verschiedener Nationen an seinen Hof, eines Anselm aus England, eines Peter von Pisa und so vieler Anderer der Wissenschaft einen Mittelpunkt geschaffen hatte; so wurde der Thron der Hohenstaufen zum Altare, den die begeisternden und erheiternden Künste mit ihren Gaben schmückten, wo deutsche Sängere mit den Dichtern Neapels und Siciliens zum gemeinschaftlichen Cultus der Schönheit sich vereinigten. Von Karl dem Großen an bis zu diesem Glanzpunkte des Mittelalters hatte sich die Gesellschaft mehr und mehr in jene Stände zerlegt, deren Name noch jetzt uns geblieben ist, wenn auch ihre frühere Bedeutung wesentlich sich verändert hat. Allein es war dieses nur eine ganz natürliche Gliederung nach einem alles Leben durchdringenden Principe, ohne daß man noch durch künstliche Schranken selbst das wesentlich Gleichartige willkürlich von einander getrennt und geschieden hätte. Nach der ganzen Stellung und Ordnung der verschiedenen Classen der Gesellschaft, selbst nach allen äußeren Bedingungen der Entwicklung konnten die höheren geistigen Interessen und die ausgeprägte geistige Kraft nur in den frei emporragenden höheren Ständen zum Vorscheine kommen; und nur in seinen höchsten Zweigen konnte der Baum der Erkenntniß die Blüthe der Kunst und die Frucht der Wissenschaft tragen. Mit dem Adel des Standes oder der Geburt fiel also der des Geistes nahe zusammen, und wenn die Fürsten die geistigen Notabilitäten, die sie an ihren Höfen versammelten, meist aus den Ständen des Adels oder der Geistlichkeit nahmen, so geschah es nur, weil sie kaum anderswo zu entdecken waren.

Dagegen hatte noch kein festes Herkommen sich gebildet, das die Regenten in ihrem gewöhnlichen Umgange ausschließend auf eine bestimmte Klasse der Gesellschaft beschränkt hätte.

Es war natürlich, daß dieses beschränkende Herkommen, dessen strenge Befolgung die natürliche Wirkung erzeugte, auch den Geist der Fürsten selbst zu beschränken und ihn in die Vorurtheile eines endlich sterbenden Standes zu verstricken, in späterer Zeit gehässig und lächerlich erscheinen mußte, als der Besitz der intellectuellen Güter nichts weniger mehr als ein Monopol der höheren Classen der Gesellschaft war. Zwar mochten die Pares curiae und die Ministerialen, woraus der eigentliche Adel sich bildete, schon frühe darauf Anspruch machen, weil sie die nächste Umgebung der Fürsten waren, zugleich ihre einzige Gesellschaft zu sein. Aber dieser Anspruch konnte lange zu keinem Rechte erwachsen und die Fürsten fuhren fort, neben dem Adel und der hohen Geistlichkeit auch ausgezeichnete Männer aller Classen, namentlich Gelehrte und Künstler, an ihren Hof zu ziehen. Erst durch den Einfluß des spanischen Hofes wurde die ausschließende oder vorzügliche Beschränkung ihres Umganges auf Glieder des höheren Adels zu einem europäischen Herkommen, das sich später, seit Ludwig XIV., noch mehr befestigte. In Spanien, wo glühende Leidenschaften gähren und das Bedürfniß künstlicher Schranken und zämnender Formen für die geselligen Verhältnisse um so deutlicher hervortrat; wo neben der Gliederung in einzelne Stände aus der Stellung der Altchristen zu den Neuchristen und dieser zu den Mauren und Juden eine eigenthümliche Hierarchie des Stolzes sich gebildet hatte; wo vor Allen der König, der erste Streiter der christlichen Kirche im langen erbitterten Kampfe gegen die Mauren, durch die besondere Weihe der Religion in einem Glanze erschien, der ihn weit über die gemeine Menge erhob — in Spanien war es, wo endlich der Stolz dieser Könige, zu Ende des 16. und zu Anfange des 17. Jahrhunderts, zu der Ansicht kam, die Würde des Fürsten für erniedrigt zu halten, selbst wenn ihm gewöhnliche Handreichungen und Dienste durch Andere, als durch Glieder des höheren Adels geleistet würden. Hiermit hing die Entstehung eines Theiles der Hofämter, wie der Kammerherren, Kammerjunker 2c., zusammen, wozu nur Edelleute ernannt wurden. Doch hatte schon früher und unabhängig davon eine Hierarchie der Hofämter sich ausgebildet, die im Geiste des Lehenwesens häufig zu Erbämtern gemacht und an fürstliche und gräfliche Familien zu Lehen gegeben wurden. So hatten für die Krönung des römisch-deutschen Kaisers die Kurfürsten *) ihre Erz-Ämter, die sie ihrerseits als Erb-Ämter an reichsfürstliche oder gräfliche Familien zu Lehen gaben. Später wurde dieses von anderen deutschen Regenten nachgeahmt, wie denn überhaupt die kaiserliche Hofverfassung derjenigen der

*) S. „Kurfürsten“.

einzelnen Fürsten nicht weniger zum Vorbilde und Muster diene, als die Verfassung des Reiches derjenigen der einzelnen Gliederstaaten*).

Am spanischen Hofe kam auch zuerst ein äußerst strenges Hofceremoniell (Hofetikette) auf, ein bis in's Einzelne ausgebildetes System von Formen, worin das ganze Leben am Hofe sich bewegen mußte. Ein für besonders wichtig gehaltener Theil dieser Etikette ist die Bestimmung der Hoffähigkeit, oder die Bezeichnung der Personen und Kategorien von Personen, welchen das Recht und in mancher Beziehung die Pflicht zukommt, entweder regelmäßig oder bei gewissen Gelegenheiten am Hofe zu erscheinen. Durchweg bezwecken die durch die Etikette festgesetzten Formen, die einmal anerkannte stufenweise Ueberordnung fort und fort zur Anschauung zu bringen. Besonders aber gilt es, in allen Handlungen, so wie in jeder schriftlichen oder mündlichen Rede, die irgend nähere Beziehung auf den Regenten selbst hat, den weiten Abstand zwischen diesem und selbst seinen näheren Umgebungen fühlbar zu machen; hierdurch aber die Untermüthigkeit unter die Befehle des Oberhauptes, so wie den Stolz und die Eitelkeit auf diesen Gehorsam und auf diese Dienstbeflissenheit zu weichen und in eine unvertilgbare Lebensgewohnheit zu verwandeln. Alle die verschiedenen Hofordnungen, wodurch außer dem Ceremoniell auch der Hofetat**) bestimmt wird, darf man als eine ausgebildete Art von Gesindeordnungen betrachten, die für die höchsten Kreise der Gesellschaft berechnet sind; und als eine Sammlung von Vorschriften zur Erweckung eines eigenthümlichen Bedientenenthusiasmus, der seine Befriedigung in der unbedingten Hingebung unter einen fremden Willen findet. Neben diesem Willen wird er nicht leicht etwas Höheres anerkennen, als etwa die aus Herkommen, Mode und Willkür entstandenen Gebote einer äußerlichen Ehre, deren Beachtung selbst für das Oberhaupt eine Verbindlichkeit bleibt, der er sich vielleicht schwerer, als den Forderungen der allgemeinen Sittlichkeit würde entziehen können. Dieses Gewohnheitsrecht der Ehre, wodurch für die verschiedenen Stellungen und Verrichtungen am Hofe alle Grenzen des für anständig und schicklich Geltenden schärfer abgesteckt werden, ist die Ergänzung der geschriebenen Hofordnungen. Man erinnert sich an jenen französischen Hofkoch, der sich entleibte, weil das Mißrathen einer Pastete sein in der Vormüßigkeit des Königs stehendes Gewissen schmergenug drückte, um ihn zur Verzweiflung zu treiben. Auch sonst noch ist die Geschichte der Höfe reich genug nicht bloß an Opfern einer strengen Etikette, sondern auch an Beispielen eines Fanatismus des Gehorsams, der, unabhängig von einer auf Ueberzeugung gegründeten

*) S. Klüber, Deffentl. Recht des deutschen Bundes (3. Aufl. S. 669).

**) Unter Hofetat wird zuweilen nur das Personale der Hofbeamten und Dienerschaft, oder nur das Budget der Einnahmen und Ausgaben am Hofe, zuweilen aber auch das Eine und das Andere verstanden.

Hochachtung gegen den Herrscher, ja selbst unabhängig von persönlicher Neigung und Liebe, einzig und allein in der Macht einer Gewohnheit wurzelt, die dem ganzen Leben und allen Zwecken des Lebens eine ununterbrochene Beziehung auf Eine Person oder Familie gibt.

Mit der Vermählung der spanischen Erbtochter an Philipp I., Karl's V. Vater, kam die spanische Etikette zunächst an den kaiserlichen Hof und dadurch in viele andere europäische Staaten. Zugleich wurde das Spanische die Hofsprache im kaiserlichen Hause und in den ihm zunächst stehenden Häusern. Als solche erhielt es sich daselbst von Anfang bis Ende des 16. Jahrhunderts; für das folgende Jahrhundert gaben die häufigeren Verbindungen mit Italien dem Italienischen das Uebergewicht. Als sodann unter Richelieu die französische Politik für ganz Europa maßgebend geworden war; besonders als Ludwig XIV., alle Beschränkungen der höchsten Machtvollkommenheit beseitigend, seinen monarchischen Absolutismus proclamirt und seinen Hof zum Mittelpuncte gemacht hatte, von dem aus die Fäden einer stets feiner sich ausspinnenden Diplomatie über alle Staaten sich zogen; als zugleich geistvolle Schriftsteller, um den Thron des allgewaltigen Monarchen versammelt, der französischen Sprache die höchste Ausbildung, Feile und Fügbarkeit für eine leichte und spielende Conversation gegeben hatten: verdrängte das Französische, besonders seit dem Rymweger Frieden von 1678, nicht bloß das Lateinische als Staatssprache, sondern verbreitete sich auch als Hofsprache an allen europäischen Höfen, am Spätesten jedoch am kaiserlichen Hofe. In seiner anmaßlichen und ausschließenden Herrschaft behauptete es sich bis zu Anfange des jetzigen Jahrhunderts. Auch ein neues Ceremoniell verpflanzte sich damals vom Hofe von Versailles in alle Residenzstädte des monarchischen Europas. Die Formen, die es einführte, waren zwar, der schwerfälligen spanischen Grandezza gegenüber, etwas leichter und gefälliger, aber doch immer noch beengend und abgemessen genug, wie dieses dem ernstesten Ludwig XIV. entsprach, der bekanntlich so sehr auf beständige Repräsentation hielt, daß er in seinen späteren Jahren nirgends mehr als in seiner großen Perücke sich zeigen mochte. Mit dieser Neuerung wurde übrigens das schon früher herrschende Princip einer ausschließlichen Befähigung des Adels zum näheren geselligen Verkehre mit den Regenten und mit den Gliedern ihrer Familie keineswegs aufgehoben oder gemildert, sondern erhielt vielmehr wiederholte Anerkennung und Gewähr. Unter einigen durch Nationalität oder geschichtliche Ueberlieferung bestimmten Modificationen, die namentlich dem englischen Hofleben in mancher Beziehung einen eigenthümlichen Charakter bewahrt haben, hat sich diese französische Etikette, eine Ausgeburt des absolutesten Herrscherthums, bis in die neueste Zeit, selbst an den Höfen der constitutionellen Regenten, erhalten. Endlich bildete sich am französischen Hofe jenes ganze System der Nebenordnung und Unterordnung der Hofämter bestimmter aus, wie es noch jetzt besteht, wenn gleich in den letzten Jahrzehnten der ganze Apparat von Aemtern und

Functionen weniger häufig, als früher, in Anspruch genommen wird. Es verlohnt sich der Mühe, hierauf mit einigen Worten einzugehen, um mit darnach zu ermessen, in wie weit das Hofleben aus dem Volkleben hervorgegangen und mit diesem verzweigt ist; oder in wie weit mit Grund von der allzu sorgsam Zucht einer schädlichen Schmaroderpflanze und von verderblicher Ueberwucherung die Rede sein mag.

An der Spitze des ganzen Hofwesens steht der Minister des Hauses; in Oesterreich der Haus- und Hofkanzler. Damit ist in mittleren Staaten gewöhnlich das Departement der auswärtigen Angelegenheiten verbunden, während in den kleineren die einschlagenden Geschäfte von der höchsten Administrationsbehörde oder von einem besonderen Beamten besorgt werden. Neben der Leitung des gesammten Hofwesens gehören zum Ministerium des Hauses die Hofsachen im weitern Sinne, oder die Angelegenheiten der regierenden Dynastie, wie der Abschluß und die Handhabung der Hausverträge, der Verkehr mit auswärtigen Regentenfamilien u. s. w. Für die Besorgung der Hofsachen im engeren Sinne, oder alles dessen, was unmittelbar zum Unterhalte und Glanze des Hofes dient, ist indessen das Ministerium des Hauses nicht sowohl vollziehende, als in höchster Instanz überwachende Behörde. Die höchsten Vollziehungsbeamten dafür sind die verschiedenen Oberhofchargen, deren jeder eine Reihe von Aemtern und Bedienungen untergeordnet ist. Nach ihren verschiedenen Zwecken lassen sich hiernach mehrere Classen derselben unterscheiden. Die eine Classe ist im Oberhofmeisteramte (Oberhofmeisterstabe) begriffen. Dieses hat es mit Ueberwachung und Wahrung des Ceremoniells zu thun und darum auch mit dem nicht immer leichten Geschäfte der Unterhaltung der fürstlichen Familie durch Anordnung der Lustbarkeiten und Feiertlichkeiten. Dahin gehören die Präsentations-, Gratulations- und andere Couren; die Levers, Assemblies mit oder ohne Spiel, in größeren oder kleineren Cercles; die Hofconcerte und Hofbälle; die engeren Familien- und Gallatafeln; die Jagd- und Landparteen; die Geburts-, Hochzeits- und Trauerceremonien u. dgl. Die höchste Leitung dieser Geschäfte hat der Obersthofmeister; doch ist zur besonderen Handhabung des Ceremoniells oft ein besonderer Oebceremonienmeister mit mehreren Untergebenen angestellt. Hier und da, wie am jetzigen französischen und spanischen Hofe, gibt es einen oder mehrere Beamte, die ausschließend die Einführung der fremden Gesandten zu besorgen haben. Wo der Hof ausgedehnter, oder die Furcht vor der Langenweile größer war, hatte man wohl auch einen eigenen *maitre du plaisir*, der jedoch zuweilen nur mit der Anordnung der Schauspiele und der außerhalb des Schlosses zu veranstaltenden Lustbarkeiten beauftragt war. Zu derselben Classe von Hofbeamten ist sodann das gewöhnliche Gefolge der Fürsten zu zählen, ihre Generals- und Flügeladjutanten, die einen Theil des Militärhofstaates bilden, wozu an mehreren Höfen noch außerdem besondere Ordonnanzofficiere, adeliche Garben und Leibgarden gehören. Mitunter ist die Schaar dieser Gene-

als Adjutanten, sowohl der wirklich diensthruenden, als der aides de camp honoraires beträchtlich genug; unter Anderem in Frankreich, wie denn überhaupt der Hof des Bürgerkönigs noch ein ziemlich militärisches Aussehen hat. Dieses erinnert an das frühere kriegerische Gefolge der Fürsten, das aber jetzt in moderner Weise abgekürzt und nicht viel mehr ist, als ein zierlicher militärischer Rahmen von glänzenden Uniformen und gepugten Waffen, der nicht gerade mit militärischem Talente ausgefüllt sein muß, wenn auch zuweilen unter den Generaladjutanten Männer von Verdienst und Erfahrung sich befinden, oder solche, die neben ihrer Adjutantur wichtige Stellen im activen Heere bekleiden. Dem Hofstaate der Gemahlin des regierenden Fürsten und zuweilen der Wittve des Regenten steht meistens eine Oberhofmeisterin vor, unter welcher die verheiratheten oder unverheiratheten, meistens im Schlosse selbst wohnenden und einen besonderen Gehalt beziehenden Hofdamen der Fürstinnen als Gesellschafterinnen dienen. Sie theilen sich zuweilen in eine erste Classe der Ehren Damen oder Staatsdamen, in England ladies of the bedchamber, und in eine zweite der Palastdamen. Den ersten Rang unter allen Hofdamen hatte am französischen Hofe die dame d'atour. Mitunter sind noch besondere Hoffräuleins (Ehrenfräuleins) angestellt, die im Range niedriger als die Hofdamen stehen.

Wäre das mittelalterliche Institut der Hofnarren, das nicht bloß für einen besonderen Abschnitt der Culturgeschichte, sondern auch zur schärferen Contrastirung älterer und neuerer Zeit überhaupt von so großem Interesse ist, nicht schon vor Ausbildung der jetzigen Hierarchie der Hofämter verschwunden, so hätte man diese eigenthümliche Art von Beamten gleichfalls zum Oberhofmeisterstabe zählen müssen. Jahrhunderte lang fanden sie sich an allen weltlichen und geistlichen Höfen, und man darf wohl behaupten, daß erst der unergögliche Ernst eines strengen Ceremoniells den privilegiirten Vertreter des freien und ungebundenen Scherzes, daß endlich der Ceremonieenmeister den Hofnarren verdrängt und seine Stelle eingenommen hat. Ueber ihre Entstehung sind gelehrte Forschungen angestellt worden und mannigfache ziemlich überflüssige Conjecturen zum Vorscheine gekommen. Eine eigene „Geschichte der Hofnarren“ hat Flögel (Leipzig und Liegnitz, 1789) hinterlassen. Shaftesbury leitete ihren Ursprung aus dem Despotismus der Großen, Addison und Home aus dem Stolge der Menschen. Die letztere Ansicht läuft beiläufig auf die naive Offenbarung hinaus, die der humoristische Dichter des „gestiefelten Katers“ dem Könige in den Mund legt *). Zu allen Zeiten hat übrigens das Talent, durch Witz und Neckereien Andere zu erheitern, so wie die Resignation, sich selbst zum Besten zu geben, ihre Anerkennung gefunden. Namentlich reicht nach den verschiedensten Zeugnissen

*) S. v. Tieck's Schriften Bd. V. S. 228.

der Gebrauch an Höfen, sich besondere Lustigmacher zu halten, in ein fernes Alterthum, in die Zeiten der beiden Dionyse, Alexander's des Großen und der ersten römischen Kaiser hinein. Auch der Lustigmacher in Xenophon's Gastmahl, die griechischen und römischen Parasiten, die Lessing in seiner Dramaturgie mit dem Harlekin der Neuren vergleicht; selbst die cynischen und stoischen Philosophen an den späteren Kaiserhöfen des römischen Reiches, die nicht selten den natürlichen Narren unter der Maske des Philosophen verbargen, wie die Hofnarren den natürlichen Philosophen unter der Maske des Narren — sie Alle gehörten zu jener großen Schaar der freien Künstler, die ihre Existenz auf das Vergnügen und die Unterhaltung gründeten. Aber erst das Mittelalter, das alles im gesellschaftlichen Leben Vorfindliche gliederte und zu tastbaren Formen ausprägte, hat jene freie Kunst zu einem gleichsam zünftigen Gewerbe, wenigstens zu einem förmlichen Lebensberufe und einer besonderen Art von Hofdienst gemacht. Vorzüglich in Frankreich wurde es mit der Ernennung zum *fou du roi en titre d'office*, wie hier die eigens bestallten Hofnarren hießen, sehr förmlich genommen. Doch war von keinem ausschließenden Vorrechte einer Narrheit von Amts wegen für das männliche Geschlecht die Rede; denn mitunter kamen auch Hofnarrinnen vor, wie am Hofe Heinrich's IV. von Frankreich und an einem sächsischen Fürstenhofe im Anfange des 18. Jahrhunderts. Die eigentlichen Hofnarren kamen nach den Kreuzzügen auf. Darum haben Einige hierin eine dem Oriente entlehnte Sitte erblicken wollen. Andere wollten ihren Ursprung mit dem Verfalle der Troubadours und Minnesänger im 13. und 14. Jahrhunderte in Zusammenhang bringen, weil damals manche Dichter mit Talent für das Komische durch die Noth gezwungen worden seien, an den Höfen ein Unterkommen zu suchen.

Einem noch ganz rohen Geschmacke entsprach es, daß man sich durch Neckereien gegen Halbverrückte und an dem Unsinne ergözte, den diese erwiderten; oder daß man sich monströse Zwerge in seltsamen Trachten, sogar widerlich Verwachsene zur Seite stellte, um sie den eigenen körperlichen und geistigen Vorzügen zur Folie dienen zu lassen. Dann aber nahmen auch kluge Männer, um der Vortheile der Stellung willen, die Miene der Thorheit an. So wurden die Hofnarren in späterer Zeit mehr activ und passiv zugleich, und eben sowohl Schützen mit den Bolzen des Wises, als Zielscheiben des Spottes und Hohnes der Fürsten und des Hofgesindes. Man verlangte von ihnen, daß sie, wie John Falstaff, nicht bloß selbst witzig, sondern auch Ursache waren, daß sich Andere witzig zeigen konnten. In diesem Sinne äußerte Karl's V. Rath, Doctor Lamprecht, jeder Fürst müsse eigentlich zwei Narren haben, einen, den er verire, und den anderen, der ihn verire. Für die Hofnarren erfand der deutsche Volkswitz bald eine Menge von Namen, als Hofgecken, Hoffchnakenmacher, Poffenreißer, Schalksnarren, Freudenmacher, lustige, kurzweilige oder Tischräthe u. s. w. Auch war man bald auf ein ausgezeichnetes, bunt-

scheßiges Aeußere für sie bedacht. Auf dem geschorenen Kopfe hatten sie die meist bunte Narrenkappe, Gugel, Kugel, Kogel etc., genannt von cucullus, einer Art runder Mützen, die aber im früheren Mittelalter auch sonst gebräuchlich waren und darum vom 15. Jahrhunderte an für die Hofnarren mit drei Eselsohren, auch wohl mit einem Hahnekamme ausgeschmückt wurden. Als dann bei der gewöhnlichen Tracht der Ritter und Hofleute die Schellen außer Mode kamen *), trugen sie die Hofnarren an Kappe, Wamms, Schuhen oder um ihren großen Halskragen. Nach Erasmus von Rotterdam waren diese Schellen zugleich ein Abglanz des Majestätsnimbus, der selbst die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Hofnarren heiligte; eine Art von Warnungsglocken und ein Zeichen, daß sie, wie weit sie das Privilegium der Narrenheit ausdehnten, von Niemandem beleidigt werden durften. Endlich hatten sie als Scheinwaffe den Narrenkolben (marotte), der wohl Anfangs nur ein Rohrkolben von der gewöhnlichen Schilfpflanze (Typha L.) war, die beim Volke noch jetzt das „Narrenscepter“ heißt, später aber in eine lederne, mit einem Narrenkopfe versehene Keule sich verwandelte. Der Charakter der Scherze dieser Hofnarren war natürlich nach ihrer Individualität und nach der ihrer Fürsten, aber auch nach der Nationalität sehr verschieden. So waren die Lustigmacher am französischen Hofe, wie ein Brusquet und Angely, zum Theile sehr gewandte Hofleute und geistreich elegante Erzähler. In England war der King's fool Heinrich's VIII., J. Heywood, zugleich als ein fruchtbarer dramatischer Schriftsteller und als Epigrammatist bekannt; so wie auch Serggan, der „famous jester“ der Königin Elisabeth, seinen eigenthümlich britischen Humor hatte. Von größerem Schrote und mitunter derb zotenhaft waren die Narren an den deutschen Höfen. Nur der lustige Rath Maximilian's I., Kunz von Rosen, stand auf höherer Stufe und war so sehr durch Anhänglichkeit an den Kaiser als durch seinen die politischen Verhältnisse oft so hell beleuchtenden Witz bekannt. Als ächt deutscher Typus erscheint der bekannte Klaus der Narr, oder Klaus von Kanstat, der nach einander an 5 sächsischen Fürstenhöfen amtierte, und dessen Leben und Schwänke zahlreiche Auflagen erlebten. So hoch stand sein grobkörniges Salz im Werthe, daß im Inventarium über eine Erbschaft sächsischer Fürsten sein Besitz auf nicht weniger als 80,000 Thaler angeschlagen wurde **). Das Institut der Hofnarren erhielt schnell große Ausdehnung, artete aber mehr und mehr aus. Fast jeder Edelmann wollte ihrer einen oder selbst mehrere haben. Auch ließen sich Viele von irgend Jemandem den Titel „Narr“ geben und durchzogen unter dieser schützenden Firma, mancherlei Unfug verübend, das Land,

*) In dem halb deutschen, halb lateinischen Kirchenliede des Petrus Dresdensis von 1410 heißt es noch: „Da die Schellen klingen in regis curia.“

**) Klüber a. a. O. S. 670. b.

so daß selbst der Reichstag von 1495—1575 sich veranlaßt sah, durch mehrere Anordnungen das Narrenwesen in gemessene Schranken zu weisen und besonders gegen die bloßen Titularnarren Verbote zu erlassen. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts verschwanden die Hofnarren, als die neuere französische Hofsitte allgemeiner wurde. Nur im russischen Reiche, das überhaupt die verschiedenen Phasen des Bildungsganges der europäischen Monarchie am Spätesten durchlief, dauerte noch ihre gute Zeit. Unter Peter dem Großen, der ihrer im Ganzen beinahe hundert, oft zwölf auf einmal hatte und der so besonderes Gefallen am Classificiren fand, waren sie förmlich in Classen eingetheilt: in wirklich Geisteschwache oder Verrückte, die aus Mitleid unterhalten wurden; und nach mehreren Abstufungen in Narren zur Strafe, weil sie sich entweder in ihren früheren Aemtern Thorheiten hatten zu Schulden kommen lassen, oder weil sie sich nährisch gestellt, um sich einer Ahndung zu entziehen, oder weil sie ohne Nutzen in fremde Länder gegangen waren *). Selbst die Kaiserin Anna hatte noch 6 Narren, worunter der schon von Peter dem Großen zum Könige der Samojeden ernannte portugiesische Jude da Costa; die Meisten aber waren Große des russischen Reichs, wie der Fürst Galitzin, der ohne Erlaubniß im Auslande die Religion gewechselt, und der lustige Fürst Wolchonsky, dem man den Titel eines Aufsehers der kaiserlichen Windhunde gegeben hatte. Auch geistvolle und zum Theil gelehrte Männer, die durch treffenden Witz und heitere Laune das Ergötzen des einen oder anderen Hofes wurden, wie der bekannte Philolog und Hofpoet Taubmann und der kursächsische Generalleutenant Knau; oder pedantische Gelehrte, die sich unwillkürlich einem Hofe zum Besten gaben, wie unter Fr. Wilhelm I. von Preußen der bekannte von Gundling, werden nicht selten, aber mit Unrecht, unter die Zahl der bestallten Hofnarren gerechnet. Wenn diese übrigens bei den Fürsten abkamen, so wollte doch noch das Volk bei festlichen Aufzügen und selbst bei feierlich religiösen Handlungen seine besonders privilegierten und verpflichteten Narren haben. Unter Anderem war dieses noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts bei einer Procession in Brüssel der Fall, ob man gleich die Sache nicht mehr so sehr in's Große trieb, wie am Narrenfeste, Eselsfeste und bei anderen mittelalterlichen Possenspielen an christlichen Festen, wodurch sich früher Volk und Geistlichkeit die Religion pikant gemacht hatten **).

Die Hofnarren in ihrem bunten Thorengewande, diese Vermittler zwischen den Fürsten und der stets so hofscheuen Wahrheit, hatten gewiß einen heilsamen Einfluß in einer Zeit, wo es der Volksstimme

*) Wie sehr die Narrheit am Hofe Peter's des Großen in's Große und Grobe getrieben wurde, darüber vergl. u. A. „Geschichte des Groteskkomischen“ von Flögel. Leipzig und Kleg., 1788. S. 245 u. f.

**) S. Flögel, a. a. O. S. 159 u. f.

Bei dem völligen Mangel oder der geringen Ausbildung der Presse an einem Organe fehlte, um vernehmlich bis zu den Ohren der Herrscher zu bringen. Das eigentlich Charakteristische bei diesem Institute bleibt aber immer, daß auch hier ein förmlich Organisirtes, ein besonderer Stand mit eigenen Vorrechten und Verbindlichkeiten, gegründet war. Es war damit, ganz im Geiste des Mittelalters, eine Art Aristokratie der Nartheit geschaffen, wenn gleich das Narrenscepter nur durch eigenthümliches Verdienst erworben werden konnte. Von einer solchen organisch versuchten Ausscheidung eines besonderen Elements der Thorheit aus dem strengen Ernste des Lebens weiß die neuere Zeit nichts mehr. Mit der Abschaffung so mancher Privilegien ist auch das frühere Vorrecht der Nartheit ein Recht Aller geworden; auch hierin wurde die Aristokratie durch die Demokratie verdrängt. Aber wenn gleich die Thorheit nicht mehr als ein halbzünftiges Geschäft erscheint, sondern, einer freien Concurrenz anheimgegeben, vielleicht sich mehr und mehr verdünnt hat, so konnte sie doch nicht aus dem Leben selbst heraus und mag dieses nur desto mehr in allen seinen Theilen durchdrungen haben. Darum ist eine trübe Mischung entstanden, wie sie in der jetzigen Periode der Gährung nicht anders möglich ist; und eine Alles zersetzende und in Zweifel stellende Ironie, die doch meist nur ein graues und unerquickliches Zustemmilieu zwischen Ernst und Scherz ist. In diesem Sinne hatte Jean Paul so treffend gesagt: „Der wahre Scherz fehlt uns nur aus Mangel am wahren Ernste.“ Das Mittelalter dagegen hatte seinen kecksten Scherz neben dem heiligsten Ernste. Wie sehr ein fortdauernder Kampf der persönlichen Gelüste und Interessen die Oberfläche des Lebens stürmisch bewegte; so hatte es doch seinen unerschütterlich festen religiösen und politischen Glauben an die einmal gewordenen Institute der Kirche und des Staats. Auf diesem festen Grunde konnte die ausgelassenste Laune desto freier ihre farbigen Schwingen entfalten. Jetzt aber ist das Amt der Hofnarren schon darum unmöglich geworden, weil zwei politische Hauptparteien sich entgegenstehen; weil es sich im Staate um Sein oder Nichtsein von gar manchen früher für unantastbar geachteten Stellungen und Zuständen handelt; weil man am Hofe glauben würde, selbst in jedem freimüthigen Scherze einen Mangel der ängstlich geforderten Ehrerbietung, einen Angriff auf die sorglich bewachten Vorrechte und eine versteckte politische Feindschaft zu entdecken. Und doch war es so übel nicht, da es selbst an den Höfen noch Leute gab, die nicht bloß, wie Lichtenberg sagt, vom Wahrsagen, sondern auch vom Wahrschlagen leben konnten; da man den Fürsten ihre lustigen Råthe, die Vertreter der Sprech-Freiheit, noch nicht genommen und dem Volke das Gegentheil der Preß-Freiheit gegeben hatte.

Einer zweiten Classe von Hofämtern, dem Oberkammererämte, steht der Oberst- oder Oberkammerherr vor. Er ordnet und beaufsichtigt den meistens nach einem Turnus Statt findenden Dienst der ihm untergebenen Kammerherren, Kammerjunker, Hofjunker und Pa-

gen. Es liegt im Berufskreise dieser Beamten, ihren Herrn theils Gesellschaft, theils die nicht ganz gemeinen Handreichungen zu leisten. Sie sind sublimirte Bediente, die nach einem strengen Gebote der Etikette dem Adel angehören müssen. Zum Zeichen, daß ihnen das Vertrauen der Herrschaft die Zimmer derselben geöffnet hat, tragen die Kammerherren im Dienste auf der rechten Seite oberhalb der Rockschöße einen goldenen Zierrath, den sogenannten Kammerherrenschlüssel. Regelmäßig speist der dienstthuende Kammerherr an der herrschaftlichen Tafel; bei außerordentlichen Festen aber hat er an der nur von fürstlichen Personen besetzten Gallatafel hinter dem Stuhle des Fürsten zu stehen und die Speisen zu reichen*). Selbst die Speisen, die in abgemessener Reihe durch die Hände der Lakaien, Pagen und Kammerherren in die des Hofmarschalls gelangen, der sie zerlegt, haben also gleichsam symbolisch eine Reihe von Rangstufen zu durchlaufen, ehe sie die Lippen der Höchststehenden berühren. Meist sind die Kammerherren nicht besoldet, oder doch nur die ältesten oder die wirklich dienstthuenden. Eine Zeit lang suchten die Kurfürsten in der Ernennung von Kammerherren ein besonderes Prærogativ vor den übrigen altfürstlichen Häusern des deutschen Reichs, wogegen sich aber diese zu Nürnberg im Jahre 1700 ausdrücklich verwahrten, „weil zwischen den Kurfürsten und Fürsten des Reichs keine weitere Distinction, als was die Kur anbelange, zu machen sei, und daß auch die Reichsfürsten um so mehr dergleichen Chargen bei ihren Höfen zu introduciren hätten, damit den Kurfürsten nichts nachgegeben und auch hierin sich ihnen gleich aufgeführt werde**).“ In weiterer Rangfolge abwärts stehen zunächst den Kammerherren die Kammerjunker, als deren Assistenten; die Hofjunker, zu kleineren Bedienungen bestimmte junge Adelige von 12 — 18, am früheren sächsischen Hofe aber wohl auch von 40 Jahren; die früher in besonderen Unterrichtsanstalten erzogenen Pagen oder Edelknaben, die jedoch um der Kostspieligkeit solcher Anstalten willen in neuerer Zeit meist abgeschafft und durch gewöhnliche Lakaien ersetzt wurden. Nur zur Bedienung vornehmer Fremden bietet man auch jetzt noch, als Ersatz dieser Pagen, junge Edelleute aus Cadettenhäusern und anderen Militärschulen zu außerordentlichen Hofdiensten auf. Analog mit dem Hofstaate der regierenden Fürsten haben deren Gemahlinnen oder Wittwen in ihrem meistens abgesonderten Hofstaate Kammerdamen und Kammerfräuleins, zuweilen auch dienstthuende Kammerherren; während die nicht regierenden Prinzen gewöhnlich statt der Kammerherren Hof- oder Gesellschaftscavaliers haben. Sind fremde Regenten auf

*) Am alten französischen Hofe mußte auch derjenige, bei dem sich der König zu Gaste geladen hatte, den Kammerherrn machen, und hinter dem Stuhle des Monarchen stehend, diesem die Speisen reichen. (S. Mémoires etc. par le Comte de Ségur. Paris, 1824. T. I. p. 31.)

**) S. J. F. von Moser's Hofrecht. Frankf. u. Leipzig, 1755.

besuch am Hofe, so fordert es die Etikette, daß ihnen die Dienste der Kammerherren angeboten werden.

Die Aufsicht und Handhabung der Oekonomie des Hofes liegt dem Hofmarschallsstabe ob. Ein Oberhofmarschall, in England wird Steward, und an größeren Höfen mehrere Hofmarschälle, haben in höchster Instanz über Reinlichkeit und Ordnung im Hauswesen zu wachen, über Hofkellerei, Küche und Conditorei, auch wohl über die Hofgärtnerei und das ganze in diesen Zweigen angestellte Personal. Meistens sind auch dem Oberhofmarschalle die Kammerdiener untergeordnet, so wie der ganze Haufen der Hoflakaien und niederen Dienerschaft. Endlich gehört zu den Oberhofchargen der Oberstallmeisterstab, mit seinen Ober-, Reise- und Unterstallmeistern u. s. w. bis zu den Stallknechten und Stalljungen herab; und öfter ein Hofjagddepartement mit seinen Oberhofjägermeistern, Jagdjunkern, Büchsenspannern, Hofjägern und Wildmeistern. Zwischen den von solchen besetzten Hofchargen der verschiedenen Departemente und dem übrigen Dienstpersonal stehen gewöhnlich noch einige Hof-, Jagd- oder Stallfouriere. An größeren Höfen hat jeder der verschiedenen Geschäftszweige eine besondere Kanzlei und eine Hofbuchhalterei zur Verwaltung der Hofcasse, woraus unmittelbar die Ausgaben des Hofes bestritten werden und wohin sowohl das Einkommen aus dem Schatzkullgute fließt, als auch Alles, was der Fürst aus nicht privat-schlichem Titel bezieht. An kleineren Höfen besteht für das ganze Hofwesen eine Hofkanzlei mit Hofsecretären, Kanzlisten und Copisten; und für die Hofcasse ist zuweilen ein besonderer Hofcassier oder Hofcasseverwalter angestellt.

Diese Oberhofchargen mit dem ganzen ihnen untergeordneten Personal bilden den engeren und eigentlichen Hofstaat. Im weiteren Sinne aber umfaßt er noch eine große Menge von Berufszweigen, Beamten und Stellen *). Es gehören dahin Oberhofmeister und Erzieher, Gouvernanten und ihre Gehülfen und Gehülfinnen zur Erziehung der Prinzen und Prinzessinnen; Hofgeistliche, Hof- und Leibärzte, Hof- und Leibchirurgen; Hoffiscalc, zur Wahrung der Rechte des Hofes und zur juristischen Vertretung der Hofbeamten; Hofagenten, zur Besorgung der Lieferungen an Hof, was jedoch öfter ein bloßer Titel ist; Hofbaubeamte; hier und da auch wohl Hofdichter **); und zahlreiche Angestellte an den mit den Höfen in engerer oder weiterer Verbindung stehenden künstlerischen und

*) Am Zahlreichsten ist wohl am kais. österr. Hofe der innere und äußere Hofstaat, der aus einem Personal von beiläufig 4,800 Individuen besteht.

**) Das Amt der Hofdichter, die gewöhnlich noch eine andere Hofstelle bekleiden, wurde nach dem Mittelalter üblich, als der seiner eigenen Poesie entbehrende Adel sich mit dieser überhaupt nicht mehr befassen mochte. Nicht selten haben sich die Hofpoeten zu Lustigmachern her.

wissenschaftlichen Instituten, als Hoftheatern, Hofcapellen oder Kamermusiken, Kunstsammlungen, Hofbibliotheken 2c. *). Eine besondere Wichtigkeit hatte während längerer Zeit der Hofklerus durch seinen großen Einfluß auf die Regenten. Schon frühe, im neunten Jahrhunderte, errichteten diese und der hohe Adel häufig eigene Hofcapellen (Schloßkirchen) mit besonderen Hofgeistlichen (Hofcapellane) aber erst nach manchen Schwierigkeiten gestatteten die Päpste zu Ende des 13. und zu Anfange des 14. Jahrhunderts den Fürsten, sich Hofbeichtväter auszuwählen, an der Stelle der früher dazu bestimmten Bischöfe. Anfangs erhielten Mönche verschiedener Orden Stellen der Beichtväter an den fürstlichen Höfen, bis sich später Jesuiten derselben fast ausschließlich zu bemächtigen und hierdurch einer Zeit, wo noch weit mehr von der Person der Regenten und ihrer Umgebungen abhing, zu so großer Bedeutung zu gelangen mußten. Mit der Stelle der Beichtväter war und ist häufig noch jetzt an katholischen Höfen das Amt eines Almoseniers verbunden. Nach der Reformation wurden aus den Beichtvätern Oberhofprediger und Hofprediger, denen zugleich die Seelsorge für die ganze Hofgemeinde übertragen wurde. In kirchlicher Beziehung gehören zu dieser Hofgemeinde auch die besonderen Hofgewerke und Hofhandwerker. Diese sind hier und da noch von einigen Lasten und Abgaben befreit; auch werden ihnen wohl sonst noch einige Begünstigungen zu Theil. Häufig besitzen jedoch ihre Auszeichnung nur im Namen, und seltsam genug sind es die an manchen deutschen Höfen noch jetzt gebräuchlichen Titel von „Leibschneidern“, „Hofhühneraugenoperateurern“ und dergleichen, die man als wohlfeiles Mittel zum Rißel der Eitelkeit erfunden hat. Mehr in früherer Zeit, als gegenwärtig, wo der fürstliche Aufwand größtentheils aus festen Civillisten bestritten wird, hier und da aber auch jetzt noch sind die Höfe mit einem Theile ihres Unterhalts auf die Dienste und Lieferungen besonders verpflichteter Bauern angewiesen, so daß der Hofstaat, in seiner weiteren Ausdehnung einen Theil aller Stände und Classen der Gesellschaft in sich aufnehmend, in Wahrheit einen Staat im Staate bildet. Auch alle Ritter- und Damenorden zählt man in so fern zum Hofstaate, als die Beamten und Mitglieder derselben schon als solche für verpflichtet gelten, wenigstens bei außerordentlichen Feierlichkeiten den Glanz der Höfe zu vermehren. Nächstdem unterscheidet man die eigentlichen Verdienstorden von den Hoforden, indem die letzteren, wobei schon dem Grundsatz nach das Verdienst nicht besonders berücksichtigt wird, als bloße Hofehren und aus rein persönlicher Gunst der Monarchen verliehen werden. In Ruß-

*) Die mehreren hier genannten Hofämter sind bald der einen, bald der anderen Oberhofcharge untergeordnet, wie z. B. am Wiener Hofe die Hofbibliothek und Hofmusik dem Obersthofmeisterstabe; dagegen das Naturalien- und physikalische Cabinet, die Gemäldegallerie und das Hoftheater dem Stabe des Oberstkämmerers. Oft sind dafür besondere Directionen errichtet.

land, wo übrigens nach den in diesem Reiche herrschenden allgemeinen Principien die Hoffähigkeit nicht sowohl von der Geburt, als von Amt und Rang abhängt, gibt es nicht weniger als fünf solcher Hoforden. In Oesterreich werden das im Jahre 1430 gestiftete goldene Vließ, so wie an Frauen der Sternorden, in Preußen der schwarze Adlerorden und die ersten Classen des rothen als Hofehren verliehen *).

Noch gibt es mehrere Behörden und Aemter in Deutschland, die früher zum Hofe gehörten, als Civil-, Militär- und Hofstaat in einander verschmolzen und dieser selbst eine wandernde Staatsverwaltung war. Jetzt aber erinnert meistens nur der Name an das frühere Verhältniß. Nach altem Herkommen und Sitte hatten die Regenten selbst das Recht und die Pflicht einer obersten Leitung der Justizverwaltung. So war das kaiserliche Hofgericht das unmittelbar vom Kaiser abhängige und von ihm persönlich, oder von seinem Pfalzgrafen oder Hofpfalzgrafen präsidirte Gericht am jedesmaligen Hoflager. Später fixirten sich diese kaiserlichen Hofgerichte in dem Reichskammergerichte, das außerhalb der kaiserlichen Residenz gegründet wurde, da eine fortschreitende Gliederung des Staatsorganismus zur Trennung der Justiz vom Hofe führte. Doch bestand noch in der schwäbischen Reichsstadt Rothweil, als eine den Reichsgerichten untergeordnete Instanz, bis zum Jahre 1806 ein kaiserliches Hofgericht, wofür Maximilian II., nach dem Muster der Kammergerichtsordnung von 1555, im Jahre 1572 die jüngste Hofgerichtsordnung erlassen hatte. Theils nach Herkommen, theils nach ausdrücklichen Reichsgesetzen **) wurden nach dem Muster des Reichskammergerichts in den einzelnen Gliederstaaten solche von ständigen Beamten dirigirte Hofgerichte errichtet. Da jedoch der den Fürsten zunächst stehenden Behörde, dem Hofrath oder der Regierung, meistens noch die Criminaljustiz und in Civilsachen eine Entscheidung in höchster Instanz blieb, so kamen in mehreren deutschen Staaten die Hofgerichte in die Stellung von Mittelgerichten und blieben darin, selbst nachdem die vollständige Trennung der höheren Justiz- und Verwaltungsbehörden erfolgt und zugleich für die Criminalsachen ein fester Instanzenzug angeordnet war ***). In anderen Staaten Deutschlands verschwand der Name „Hofgericht“, und es kamen für die Mittelgerichte andere Bezeichnungen auf, als Appellationsgericht, Oberlandesgericht, Justizcanclei u.; nur im Großherzogthume Baden heißt noch jetzt das höchste Gericht Oberhofgericht. Ähnliche Umwandlungen erfuhr die Bedeutung des Wortes „Hofrath“, der ursprünglich ein vom Fürsten in

*) Zu vergl. Klüber a. a. D. S. 671.

**) Reichsabs. v. 1570 §. 68; Reichsbep.-Abs. v. 1600 §. 15.

***). Im Königreiche Sachsen bestand bis zum Jahre 1835 zu Leipzig unter dem Namen Oberhofgericht ein solches Mittelgericht.

Regierungssachen zu Rath gezogener Rechtsgelehrter, dann aber einem Regenten unmittelbar untergeordnete allgemeine Verwaltungs- und Justizbehörde war. Später blieb dieser Name nur noch da und dort den Finanz- und Regierungscollegien oder den einzelnen Mitgliedern derselben, oder kam als bloßer Titel, besonders für Gelehrte, in Gebrauch *). Ganz übereinstimmend mit dem Wortlaute hatte man im Mittelalter unter „Hofkammer“ das zur Aufbewahrung des dem Fürsten gehörigen Geldes bestimmte Zimmer, in der Folge aber häufig die oberste Behörde verstanden, der die Verwaltung des Privateinkommens des Regenten anvertraut war; so wie endlich in einigen deutschen Ländern das Collegium, das die Einkünfte des Staates unter Aufsicht des Finanzministeriums zu administrieren hat. In neuerer Zeit ist der Ausdruck Hofkammer fast überall abgekommen und hat nur in wenigen Ländern sich erhalten, wie in Oesterreich, wo noch eine allgemeine Hofkammer besteht.

Die Errichtung und Einrichtung des Hofstaates hängt von dem Willen des Souveräns ab **). In Deutschland aber steht das Recht einen Hofstaat zu halten, außer den Regenten und den selbstständigen Gliedern ihrer Familien, zugleich den Standesherrn zu, wie denn die für ihre staatsrechtlichen Verhältnisse hauptsächlich maßgebende bayerische Declaration vom 19. März 1807 ausdrücklich von ihren Hofbedienten spricht. Was sodann die rechtliche Stellung der zum Hofe Gehörigen selbst betrifft, so haben diese noch in mehreren Staaten einen sogenannten befreiten Gerichtsstand, woher auch der Name „Hofbefreite“ kommt ***). Durch die ganze Geschichte des deutschen Rechts sehen wir das Princip eines Gerichts durch Gleiche festgehalten, und als sich die Volksmasse in schärfer gesonderte Stände und Classen zerlegte, entstanden um so zahlreichere Arten von Gerichten. Aber nach demselben Gange der Entwicklung, der mit der factischen zugleich die rechtliche Bedeutung einer Trennung in einzelne Stände verwischte und diese mehr und mehr in einander verschmolz; der die frühere ständische Verfassung da und dort verdrängte und die sogenannte Repräsentativverfassung an ihre Stelle setzte; der den Grundsatz der allgemeinen Rechtsgleichheit im Gegensatz des Vorrechts zum Bewußtsein der neueren Zeit und wenigstens theilweise zur Anerkennung brachte — ganz nach demselben Bildungsgange müssen auch jene sogenannten privilegierten Gerichtsstände wegfallen, ohne daß hiermit der uralte Rechtsgrundsatz des Gerichts durch Gleiche selbst wegfällt, welcher vielmehr jetzt nur, nach dem veränderten Gehalte unseres Volkslebens, eine veränderte Anwendung finden soll. Und

*) Ueber Reichshofrath, so wie Hofkriegsrath s. „Justizverfassung“ und „Oesterreich“.

**) Klüber a. a. O. S. 327.

***) Im engeren Sinne versteht man unter „Hofbefreiten“ die mit einem solchen privilegierten Gerichtsstande begünstigten Hofhandwerker.

so sind denn wirklich in den meisten constitutionellen deutschen Staaten, die auf dem Grundsatz der Rechtsgleichheit fußen wollen, jene früheren privilegierten Gerichtsstände für die Mitglieder besonderer Hofgemeinden endlich aufgehoben worden.

Nach einem weiteren Geseze der Entfaltung des Staatsorganismus mußten sich die Staatsämter mehr und mehr von den Hofämtern abscheiden. Diese fortschreitende Emancipation des Staates vom Hofe zeigt sich in Deutschland in einem veränderten Sprachgebrauche. Es ist noch nicht gar lange, daß die Staatsbürger, namentlich aber die Staatsdiener, den Regenten sehr allgemein und vorzugsweise als „Herren“ bezeichneten und so mit den Hofdienern in wesentlich gleiche Kategorie sich stellten, indem sie mehr auf eine Abhängigkeit von der Person des Regenten hinwiesen, als von der Gesamtheit und den Gesezen, wodurch diese beherrscht wird. Diese Terminologie der Unterwürfigkeit, die an ein ähnliches Verhältniß, wie an das des Knechts zu seinem Hofherrn erinnerte, ist in neuerer Zeit noch nicht völlig, aber doch beinahe verschwunden. Aus demselben Grunde hat das Princip, daß „Hofdiener keine Staatsdiener sind,“ eine weitere Geltung erhalten müssen *). Hiernach können in constitutionellen Staaten die Hofdiener, den Volksvertretern gegenüber, nicht derselben Verantwortlichkeit wie die Staatsdiener unterliegen. Ist indessen ein Theil der Civilliste zu einem besonderen Zwecke verwilligt, dessen Erfüllung nicht bloß ein Privatinteresse des Regenten, sondern zugleich ein allgemeineres Gesellschaftsinteresse berührt, wie z. B. zur Erhaltung und Ausdehnung einer dem Publicum geöffneter Hofbibliothek, so kann der Minister des Hauses für die zweckgemäße Verwendung verantwortlich gemacht werden. Auch versteht es sich von selbst, daß die im Allgemeinen stets zur Erhaltung eines gewissen Glanzes und einer für zweckmäßig gehaltenen Repräsentation verwilligte Civilliste nicht ausschließend oder größtentheils in anderer Weise, wie etwa zur Vergrößerung des Privatvermögens des Fürsten, benutzt werden dürfte, und daß auch in dieser Beziehung der Minister des Hauses einer gewissen Verantwortlichkeit unterliegt. Sodann läßt sich wohl behaupten, weil doch immer die Stellung des Fürsten und seiner Umgebung mit Rücksicht auf das Interesse des Landes festgesetzt ist, daß in Deutschland die Bestimmung früherer Reichs- und Landesgeseze, wornach Staatsbürger vor Fremden bei Besetzung der Hofämter ein Vorrecht haben sollen, noch jetzt zur analogen Anwendung kommen könne, und daß in constitutionellen Staaten ein offener Mißbrauch in dieser Beziehung das verfassungsmäßige Einschreiten der Repräsentanten rechtfertigen würde. Aus demselben Grunde sind die Hofbeamten zwar nicht als Staatsdiener, aber doch in mancher Beziehung als öffentliche Diener anzusehen. Darum kann von ihnen eben sowohl,

* *) Klüber a. a. D. S. 659.

wie von Gemeindebeamten, daß crimen de residuis begangen werden *). Endlich ist an den Höfen, nach Herkommen und Brauch, Oberhofchargen eine ausgedehntere Polizeigewalt über ihre Untergebenen eingeräumt, als sie ein Hausvater durch einfache Hausordnung Einem oder Einigen seiner Privatdiener einräumen könnte. Was die sonst noch behaupteten Unterschiede in der rechtlichen Stellung Hofdiener und Privatdiener betrifft, so sind sie nur Folge der eigenthümlichen Natur des Hofdienstvertrages und der Absicht, die hiernach auf Seiten der Contrahenten unterstellt werden muß. Namentlich hierbei von Einfluß, daß wenigstens ein Theil der Hofbeamten, anders wie das gewöhnliche Gesinde, den Gebrauch seiner Kräfte auf Lebenszeit vermiethet, wodurch unter Umständen bei Dienstentlassung so wie bei unverschuldetem Eintritte von Dienstunvermögen, ein Anspruch auf Ersatz oder Pension begründet wird.

Wie die rechtliche Stellung der Hofbeamten sind auch die Hofverfassungen und selbst die Hofordnungen im ganzen christlich monarchischen Europa wesentlich dieselben, so groß übrigens der Unterschied zwischen der Verfassung und Gesetzgebung der verschiedenen Staaten sein mag. Dieser letztere Unterschied beruht wenigstens zum großen Theile auf Naturgründen, und die Natur ist in ihren Erzeugnissen immer mannigfaltig. In weit höherem Grade sind dagegen Hofverfassungen und Ordnungen der Höfe ein Product der Willkür, und so weit diese waltet, wird Einförmigkeit möglich. So hatte sich das Hofleben durch allseitig bereitwillige Nachahmung erst in die zu Madrid und dann in die zu Versailles ausgehöhlten Formen einpassen lassen. Nur versteht es sich, daß sich der Hofstaat wenigstens auf die Dauer nach dem Einkommen der Hofhaltenden richten muß, und daß namentlich an den Höfen der kleineren Fürsten, oder der Prinzen und Prinzessinnen aus Seitenlinien mehrerlei Functionen denselben Hofbeamten übertragen sind. Auch finden sich selbst an den größeren Höfen mehrfache Abweichungen in der Vertheilung der Amtsbefugnisse unter die einzelnen Oberhofchargen. Dieses Alles betrifft jedoch keine wesentlichen Verschiedenheiten, und so sehr hat vielmehr der Trieb zur Nachahmung selbst die kleineren Höfe beherrscht, daß wir fast überall dieselbe Lebensweise sich wiederholen sehen, zuweilen in so verjüngtem Maßstabe, daß sich der unbefangene Beobachter dieses felerlichen Eises im Kleinlichen eines komischen Eindrucks nicht erwehren mag. Darum war namentlich in Deutschland, wo die Multiplication der Brüche von Höfen und Hofhaltungen am Weitesten ging oder geht, die Schilderung des Hoflebens in den kleineren Staaten von jeher eine sehr natürlich sich darbietendes Hauptthema der geistvollsten Satyren unserer Nation. Und in Folge dieser ängstlich Kleinlichen Sorgen

*) Martin, Lehrb. des gem. deutschen Criminalrechts 2. Aufl. §. 23. Anm. 5.

Das ganze Leben nach spanischem oder französischem Schnitte einrichten, ist es gekommen, daß, wie jeder besondere Hof einen Staat bildet, so auch alle Hofstaaten Europas eine sehr gleichartige Bevölkerung von Hofleuten umfassen, bei welchen das eigenthümliche nationale Gepräge mehr als bei jeder anderen Classe der Gesellschaft verwischt ist und welche, in alle Länder zerstreut, sich durch Lebensweise, Sitten und Ansichten einander ähnlich sind. Nur beruht die Ähnlichkeit auf einer unterwürfigen Verzichtleistung auf jenes nationale Gepräge nach den Geboten eines tyrannisch einförmigen Herrschens.

Es ist nicht ohne Interesse und dient zur Veranschaulichung des besonderen Charakters der Höfe und des allgemeineren der Zeiten, wenn man jene oft so seltsamen aber phantasiereichen Lustbarkeiten an den Höfen des Mittelalters *) mit den so abgezirkelten und erfindungsarmen Hofesten der neueren Zeit vergleicht; wenn man sich den ganzen steten Wechsel des früheren und die Monotonie des jetzigen Hoflebens vor Augen stellt. Diese einförmige Weise des Hoflebens konnte sich erst mit der Fixirung der Höfe in bestimmten Residenzen ausbilden. Hier stand zugleich die Entfaltung einer dauernd größeren Pracht in Verbindung, während man diese früher meist nur bei außerordentlichen Gelegenheiten zur Schau stellte. Die eigentliche Glanzperiode der Höfe begann zu Ende des 16. und im 17. Jahrhunderte und währte bis gegen Ende des achtzehnten. Es ist dieselbe Periode, worin der monarchische Absolutismus mehr und mehr zur Herrschaft kam, man suchte besonders den Glanz der Höfe dadurch zu erhöhen, daß man den hohen Adel immer mehr anzog und ihn eben dadurch in seiner persönlichen Abhängigkeit von den Fürsten brachte. Und diese Abhängigkeit ging so natürlich und fast instinctartig aus den Verhältnissen hervor, daß man einen Richelieu nicht gerade als ihren Erfinder, sondern nur etwa als den Staatsmann bezeichnen kann, der sie zuerst mit dem deutlicheren Bewußtsein seines Zweckes und darum mit größerer Consequenz, als vor ihm geschah, befolgt hat. Finden wir auch unter ähnlichen Verhältnissen auch in außereuropäischen Staaten ganz ähnliche Maximen in Anwendung, wie z. B. in Japan, wo der mächtige feudaldähnliche Landesadel genöthigt wird, sechs Monate Jahre am Hofe des Kaisers Residenz zu halten und daselbst einen Theil seiner Weiber und Kinder als Geiseln für seine Unterwürfigkeit zurückzulassen. In Europa gelang es bald in weiterem, bald in engerem Kreise, den Landadel in abhängigen Hofadel zu verwandeln und diesen und denselben monarchischen Absolutismus über ganze Nationen, oder nur über einzelne Bruchtheile derselben auszudehnen. Vielleicht ist es nur von unscheinbar kleinen Umständen ab, daß die jetzigen Herrschenden Fürsten des deutschen Bundes nicht die Oberhofmarschälle

*) Vergl. u. A. Fildes a. a. O. S. 198 u. f.

ober Oberstkammerherren an einem deutschen Kaiserhofe geworden sind. Vielleicht lag auch der Grund in dem in Deutschland lange einheimischen lebhafteren Gefühle für persönliche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit; so daß wir noch jetzt, so weit uns die politische Zerspaltung unseres Vaterlandes als ein Uebel erscheint, über die „Fehler unserer Tugenden“ zu klagen haben. Ueberall beruhte jedoch, ob nun in weiterem oder engerem Kreise, die Entstehung des Absolutismus und des größeren Glanzes der Höfe darauf, daß der Adel seine politische Bedeutung als besonderer Stand verlor und daß damit zugleich die Kraft der ständischen Verfassung überhaupt gebrochen wurde. Mit der Vermehrung dieses Glanzes der Höfe hängt also gerade der Verfall des Adels zusammen. Diesem war schon lange das stolze Selbstgefühl des Ritterthums entschwunden, als ein Friedrich II. im Bewußtsein seiner persönlichen Geisteskraft sich vermessen durfte, das schon abgenutzte Mittel bei Seite zu werfen und den unumschränkten Selbstherrscher zu machen, ohne noch durch einen kostspieligen Glitterstaat die Augen der Menge blenden zu müssen. Er entfernte den eigentlichen Hofstaat von seiner Person, befreite sich von den lästigsten Fesseln der Etikette oder duldete sie höchstens bei besonderen feierlichen Gelegenheiten *). Nach seinem Beispiele lehrte man nun überhaupt, an den Höfen zu etwas größerer Einfachheit zurück, ohne doch damit den revolutionären Sturm beschwören zu können, der bald zum Ausbruch kam. Von jetzt an wurde es mit der Entfernung der Bürgerlichen aus der höheren Sphäre der Höfe, worauf man bis zur französischen Revolution sehr pünktlich gehalten, nicht mehr ganz so streng genommen, und der Kreis der Hoffähigkeit in der neueren Zeit etwas erweitert. Namentlich läßt man jetzt an den meisten Höfen die bürgerlichen Präsidenten der Landescollegien für hoffähig gelten, so wie die wirklichen Räte und alle Officiere, doch meistens nur für ihre Person nicht auch für ihre Familien. Zugleich wurde es wieder gewöhnlich ausgezeichnete Gelehrte, Künstler und Deputirte zuweilen an die Hofetafel zu ziehen. Hier und da läßt man indessen solche Bürgerliche zwar für tafelfähig, aber nicht für coursfähig gelten. Auch in der Sprache sind seit Anfang dieses Jahrhunderts einige Veränderungen eingetreten, da man sich an den Höfen, namentlich an den deutschen der Landessprache mehr bedient. Damit ist jedoch noch keineswegs die französische Sprache völlig verdrängt, die vielmehr neben jener gesprochen wird. Uebrigens läßt sich an mehreren Höfen gerade in den letzten Jahren wieder eine rückgängige Bewegung bemerken, da man von Neuem auf strengere Absonderung zu halten und die noch sehr geringe Nachgiebigkeit und Annäherung an den nach Umfang und Inhalt

*) „Etiquette? Ah! nous ne connaissons guère ici ce mot là“ sagt Hr. von Solz zum Grafen von Ségur, als dieser in Potsdam bei Friedrich II. Audienz verlangte. (Mémoires par Ségur T. II. S. 180.)

überwiegenden nicht abelichen Theil der Gesellschaft zu bereuen scheint. Ueberhaupt wird die Monarchie, freilich in noch höherem Grade die unumschränkte, als die constitutionelle, einer solchen Umgestaltung der Monarchen und zahlreicher künstlicher Stufen, die bis zu seinem höheren Standpunkte führen, sich auf die Dauer nicht ganz ent schlagen können; wie geschäftig auch eine solche Absonderung in einer Zeit erscheinen muß, die sich immer mehr gewöhnt, nicht in gemachten socialen Stellungen, sondern einzig in dem persönlichen und allerdings auch in dem natürlichen Vermögen der Individuen den Maßstab ihrer Würdigung zu suchen. Man meint jedoch, so lange als möglich auf eine kurzfristige Menge rechnen zu müssen, welcher die Gestalt des Gebieters nur darum erhoben erscheint, weil sie das Postament, worauf sie gestellt ist, für einen Bestandtheil derselben gelten läßt. Hatte doch selbst der vielgewaltige Napoleon, da er einmal den für die Welt und ihn selbst so infeligen Scheit zum unumschränkten Herrschertume gethan, eines klugen Hofstaates und selbst eines bis in's Kleinliche ausgebildeten Ceremoniells, wofür ihm der deutsche Kaiserhof manches Muster an die Hand gab, nicht entbehren mögen.

Die unumschränkte Gewalt war auch im achtzehnten Jahrhundert für den, der den Namen des Herrschers führte, nur ein leeres Wort, wenn dieser nicht zugleich durch seine persönlichen Gaben an der Spitze der ihn umgebenden Aristokratie des Hofes stand. Während der Glanzperiode der europäischen Höfe war dieses nur ausnahmsweise der Fall. Darum sah man die Regenten als Spielball in den Händen ihrer Günstlinge, Mätressen und Hofleute, und wo die Adelliken als Stand an politischem Gewichte verloren hatten, suchten sie durch Benützung der an den Höfen ihnen zugewiesenen Stellung als Einzelnre wieder zu gewinnen. So spalteten sich die Höfe in besondere Courteen, und ein Spiel von Ränken und Intriguen begann, dem das Volk lange genug mit stumpfer Gleichgültigkeit zusah, ob es gleich hauptsächlich allen Verlust aus diesem Spiele zu tragen hatte. Fast nachweg waren nur selbstliche Interessen und persönliche Rücksichten die Fäden dieses Getriebes. Allein es gibt eine Natur des Volkslebens, der sich auf die Dauer selbst die Höfe nicht entziehen können. Aus einer längeren Reihe von Erfahrungen in diesem Volksleben bilden sich endlich Regeln, denen man sich der Strafe unterwerfen muß. Die Herrschaft des subjectionen Willens, der ausschließende Einfluß persönlicher Neigungen und Gelüste verschwindet allmählig in der Anerkennung jener Regeln; und gegenüber der Herrschaft der Gesetze, der politischen Maximen und der mehr ausgebildeten politischen Systeme tritt nun die Macht der Billität und Laune in den tieferen Hintergrund. Dieses gilt selbst von den unumschränkten Monarchen. Ist sich doch auch im russischen Reiche, das am Spätsten in dem Kreis der europäischen Cultur eintret, schon jezt gewahren, daß der Despotismus der Herrschtaune, der ungemessene Einfluß einzelner Günstlinge und die beständigen Schwankungen durch stets wiederkeh-

rende Palastrevolutionen, wenn nicht verschwunden, doch im Abnehmen begriffen sind. Wenn aber das Volksleben der Stufe dieser Entwicklung sich nähert; wenn die alle socialen Verhältnisse durchdringende Besonnenheit des männlichen Alters den Nationen die kindliche Hingebung in den Willen eines Einzigen oder eines Hofes fortan unmöglich macht, so muß auch das Verhältniß der Höfe zum Volke ein anderes werden. Die Höfe erscheinen dann nicht mehr als die Schministen im Drama der Weltgeschichte, sondern nur noch als Decoration in dem gerade laufenden Acte derselben; und selbst die Frage, ob sie überhaupt noch als zweckmäßig gelten können, mag nunmehr in zunehmendem Kreise zur Erörterung kommen.

Ähnliche Veränderungen, wie hinsichtlich des politischen Einflusses der Höfe und aus ganz ähnlichen Gründen, haben überhaupt in ihrer Stellung auf dem Gebiete der materiellen, der sittlichen und geistigen Cultur eintreten müssen. Ueberall ist den Höfen, sei nun die Bestreitung ihres Aufwandes eine Civilliste festgesetzt oder nicht, ein verhältnißmäßig beträchtlicher Theil des Nationaleinkommens zugewiesen. Dafür sind sie wesentlich als Consumenten zu betrachten, da sie auf eine positiv fördernde Weise höchstens nur beiläufig und zufällig in die Production der materiellen Güter eingreifen können. Immer wird also durch die Existenz der Höfe eine gewisse Masse Kraft in Anspruch genommen werden, die sich sonst zum großen Theile der materiellen Production zugewendet hätte, und es läßt sich also annehmen, daß dadurch das Nationalvermögen und Nationaleinkommen im Ganzen vermindert wird. Hiernach allein läßt sich jedoch der ganze nationalökonomische Einfluß der Höfe noch lange nicht bemessen. Die Schaustellung eines ausgezeichneten Glanzes bedingt eine stärkere Consumtion kostspieliger Luxusartikel, und die Erzeugung dieser letzteren erfordert gleichfalls einen gewissen Aufwand von Kraft, die anderen Zweigen der Production, deren Früchte einer zahlreicheren Menge gut gekommen wären, entzogen wird. Dieser Luxus der Höfe findet dann auch in anderen Kreisen der Gesellschaft mehr oder weniger Nachahmung, und um so weiter muß sich die bezeichnete Wirkung erstrecken. Hiermit hängt es zum Theile zusammen, daß in den monarchischen Staaten, den demokratischen gegenüber, selbst noch größere Unterschiede der Lebensweise, als des Vermögens, zu bemerken sind. Zwar werden durch die Ausbreitung eines solchen künstlichen Luxus einige neue Nahrungszweige geschaffen. Weil jedoch bei der Consumtion, die nicht auf Gegenstände der ersten Nothwendigkeit oder des augenblicklichen Nutzens bezieht, überhaupt eine größere Willkür der Wahl gestattet ist, so wird ein großer Theil des Aufwandes der Höfe, nach dem Wechsel der Moden und der individuellen Launen und Gelüste, unwechelnder sein und bald diese, bald jene Richtung nehmen. Findet jetzt ein Regent seine Liebhaberei an prachtvollen Gebäuden, so wird vielleicht bald er selbst oder sein Nachfolger eine besondere Lust an glänzendem Theater, kostspieligen Festivitäten u. dergl. Es entstehen all-

damit plötzliche Veränderungen in der Art der Consumtion, wodurch
 neue Erwerbszweige künstlich in die Höhe getrieben werden, um bald
 darauf, unter manchen ökonomischen Schwankungen und Zerrüttungen,
 wieder zu verkümmern und zu versiegen. Mit daraus erklären sich
 die besonders misslichen ökonomischen Verhältnisse in vielen europäischen
 Residenzen, wie dafür die Statistik des Pauperismus so manche Be-
 weise aufzuweisen hat. Endlich kann auch wohl durch den Einfluß des
 Hofes die ganze Industrie eines Landes ein eigenes Gepräge erhalten,
 wodurch ihr Werth im allgemeinen Völkerverkehre nicht gerade erhöht
 wird. So hatte sich in Frankreich, als noch daselbst der Hof Alles
 und das Volk nichts war, die Industrie lange Zeit und vorzugsweise
 auf die Verfertigung kostbarer Luxuswaaren beschränkt, wie der Sobe-
 rans, schwerer Seidenzeuge, kostbarer Bijouterie- und Modewaaren, sel-
 ter Porcellane u. dergl. Ist doch — charakteristisch genug — die
 Porcellanfabrik von Sevres eine Schöpfung der berühmtesten Mätresse
 Ludwig's XV., der Marquise von Pompadour! In England dage-
 gen, wo von jeher die Nation wenigstens neben dem Hofe zählte, eben
 so in der demokratischen Schweiz hatte der Gewerbefleiß, zu seinem weit
 größeren Vortheile auf die Bedürfnisse der Massen speculirend, eine
 verhältnißmäßig viel größere Menge von allgemein unentbehrlichen oder
 doch in weiten Kreisen verkäuflichen Producten erzeugt und hiernach
 die Völker zu Abnehmern bekommen, während die französische In-
 dustrie ihren Hauptabsatz nur unter den höchsten Classen, namentlich
 in den Höfen, suchte und fand. In der neueren Zeit sind jedoch dem
 Aufwande der letzteren etwas festere Grenzen gezogen worden. Da
 zugleich mit der Zunahme der Bevölkerung und des Nationalreichtums,
 so wie mit der Ausdehnung und Erleichterung des Völkerverkehrs, die
 gewerblichen Bedürfnisse und Ansprüche der Nationen größer und man-
 nigfaltiger geworden sind, so ist auch die Industrie selbst in viel grö-
 ßerem Umfange, als früher, in den Dienst der Nationen getreten und
 geht weit mehr um die Gunst der Völker, als der Höfe bemühet. Wie
 groß also noch immer die ökonomische Abhängigkeit sein mag, worin
 ein Theil der Residenzbewohner von den Höfen steht, oder zu stehen
 meint, so läßt sich doch im Allgemeinen behaupten, daß die Industrie
 sich popularisirt und daß sie hiernach mehr und mehr in eine un-
 abhängige Stellung kommen muß. Damit hängt auch zusammen, daß
 früher der französische Hof, da er noch ein Mittelpunkt der Anziehung
 für die französische Nation selbst, wie für die ganze vornehme euro-
 päische Welt war, weit und breit als Gesetzgeber der Mode anerkannt
 wurde. Noch jetzt kann man Paris als eine Hauptstadt der Mode
 betrachten, aber lange nicht mehr mit jener ausschließenden Herrschaft,
 wie in der Zeit Ludwig's XIV. bis zum Ausbruche der Revolution.
 Und selbst jener leicht französische, in beständiger Unruhe schaffende Er-
 findungsgeist, der einen ewigen Wechsel der Trachten, der Genüsse und
 Formen des gesellschaftlichen Lebens erzeugt und dadurch wenigstens die
 Oberfläche der Industrie mit immer veränderlicher Farbe färbt — selbst

dieser acht französische Erfindungsgeist hat jetzt seinen Sitz nicht sowohl am Hofe des Bürgerkönigs, als unter den Bürgern selbst. Dem selbst das, was der sogenannte gute Ton in der Gesellschaft fordert, wird nun gleichsam vertragsmäßig im Volke selbst bestimmt, durch eine beständige Wechselwirkung zwischen dem Speculationsgeiste der Producenten und Verkäufer mit den Ansichten und Gelüsten der Consumenten. Und so hat denn der reisende Geist der Zeit die Herrschaft eines wachsenden demokratischen Elements selbst in diesem Gebiete eingeführt und den Höfen den mit fast unumschränkter Gewalt geführten Scepter der Mode entrißen.

Es wäre eine sehr einseitig kümmerliche Ansicht, wollte man den Maßstab für die Beurtheilung der Höfe nur in dem Aufwande finden, den sie verursachen, oder überhaupt nur in ihrem Verhältnisse zu den materiellen Interessen der Gesellschaft. Wird doch dieser Aufwand weit mehr als bloß entschuldigt sein, wenn sie etwa den Völkern ein Muster der Sitte und Sittlichkeit sind, wenn sie im Dienste des Schönen oder mit der Leuchte der Wissenschaft ihnen voranschreiten. Man muß also, um ihre ganze sociale Stellung zu ermessen, die Betrachtung noch auf die anderen Kreise der Cultur ausdehnen und die im Laufe der Zeit, darin eingetretenen Spuren der Veränderung verfolgen. Auf die Höhe der Gesellschaft gestellt, mußten die Höfe eben sowohl die Augen derselben auf sich ziehen, als sich ihnen selbst von diesen Standpuncte aus ein freieres Ueberblick über die socialen Verhältnisse öffnete, wenigstens so lange, als noch nicht ein allzu dicht gewordene Majestätsnimbus sie in eine eigene trübe Atmosphäre eingehüllt hatte. Um so leichter fand die „ungeschmiedete Fessel“ der feineren Sitte, die sie an den Höfen sich ausbildete, mehr oder minder in den unteren Rängen der Gesellschaft Eingang, und gewiß diente es ihr zum Heile, daß die wilden Leidenschaften allmählig gezügelt und gezähmt, daß die überalhin verlegende Rohheit in gemessene Schranken gewiesen wurde. An den Höfen selbst ging aber die feinere Sitte aus der Stellung eines anerkannten Höheren, die allen Untergeordneten ein rücksichtsvolles Benehmen zur ersten Pflicht machte, sehr natürlich hervor; und so wurden sie die Quelle einer besonderen socialen Tugend, der Höflichkeit (*courtoisie*), die gerade von ihnen ihren Namen hat *). „In den Monarchien,“ sag-

*) So wenigstens nach der gewöhnlichen und wohl auch richtigeren Annahme; denn freilich gibt es noch andere etymologische Erklärungen des Wortes „Höflichkeit“. Insbesondere unter *Courtoisie* versteht man zwar im engeren Sinne nur den Gebrauch willkürlich angenommener Ausdrücke und Formeln in Geschäftsstyle, zur Bezeichnung der äußeren Würde und gegenseitigen Verhältnisse der Staatsgenossen und Staatsbehörden; allein auch in diesem Sinne ist sie ja nur eine stereotyp gewordene Höflichkeit in einem besonderen Bereiche des geselligen Verkehrs. Wenn man ferner zuweilen behauptet, daß man, streng genommen, nur im Verhältnisse gegen Untergeordnete oder gegen Gleichstehende höflich sein könne, weil die Höflichkeit da aufhöre, wo sie nicht mehr als Verdienst anzurechnen sei, sondern als Pflicht erscheine, so beruht dieses auf

Montesquieu *), „ist die Höflichkeit am Hofe einkrimisch. Die weit überzogene Größe eines Einzelnen macht alle Andern klein. Daher die Rücksichten, die man aller Welt schuldig ist; daher die Höflichkeit, die den so sehr daran schmeichelt, die selbst höflich sind, als den Andern, gegen die sie es sind, weil sie erkennen läßt, daß man dem Hofe umgehört, oder daß man verdient, ihm anzuhören.“ Sodann heißt es sehr treffend in einer unmittelbar vorhergehenden Stelle: „Gewöhnlich entspringt die Höflichkeit aus der Lust, sich auszuzeichnen. Wir sind höflich aus Stolz; wir fühlen uns geschmeichelt, solche Manieren zu haben, welche zeigen, daß wir keinem niedrigen Stande angehören und nicht gewohnt sind, mit Leuten solchen Standes umzugehen.“

Die nächste Aufgabe der Höflichkeit ist die Vermeidung alles Verächtlichen, und so versteht man denn unter Hofton jenen glatten und geschliffenen Ton der Unterhaltung und Geschäftsbehandlung, der vor Allem nirgends anzustoßen hat und darum nur mit leichter Berührung an der Oberfläche der Dinge hingleitet. Unbedingt würde man reiz stößen, wenn man für die ganze Summe der kleinen gegenwärtigen Rücksichten im geselligen Verkehr, welche einzeln so unbedeutend sind, aber deren Mangel im Ganzen so schwer empfunden werden müßte, nur jenen monarchischen Ursprung an den Höfen annehmen wollte. Ist erst eine größere Masse durch einen allgemeiner verbreiteten Wohlstand aus einer niederdrückenden Sklaverei des physischen Bedürfnisses befreit und ihr für die höheren Genüsse des Geistes und Verzens eine sichere Basis zu Theil geworden, so wird auch unter allen Umständen das Verlangen entstehen, im geselligen Leben mancherlei Formen des Schickslichen und Anständigen gelten zu lassen, wodurch diese Genüsse erst allseitig möglich gemacht und selbst alle feineren Gesehle gesont werden. Hat man also vielleicht Ursache, den heutigen Republicancrn Nordamerikas den Vorwurf einiger Rohheit und Rücksichtslosigkeit im Umgange zu machen, so ist der Grund nicht sowohl in ihrem demokratischen Principe der Staatsbürgerlichen Gleichheit, als vielmehr darin zu suchen, daß hier der bewältigende Kampf der Massen gegen die Naturkräfte noch lange nicht bis zu dem Grade, wie in den meisten europäischen Staaten, durchgekämpft ist, daß darum noch die materiellen Interessen und der minder verfeinerte Egoismus überwiegen. Könnte man doch auch diesem einzelnen Beispiele, von der feinen Bildung der Athenerien an bis zu dem geselligen Leben in den Demokratien neuerer Zeit, gar manches Widersprechende entgegenfallen!

Nach zwei Eiten hin kann die sociale Tugend der Höflichkeit

stärker Unterdrückung. Nur als zwingende Rechtspflicht kann die Höflichkeit gefordert werden, wohl aber als eine Pflicht der Sitte, und deshalb kann sie im Verhältnisse von Untergeordneten zu Uebergeordneten gar wohl gegenständig sein. — Ueber Courttoise im deutschen Runde f. Klüber a. a. O. S. 119.

*) De l'esprit des lois T. I. Liv. 4. c. 2.

ausarten. Ihrer Natur nach ist diese geschmeidig, und weil sie vor Allem alles Verlegende und Anstößige zu vermeiden hat, so muß sie sie den wechselnden Umständen und Persönlichkeiten anzufügen wissen. Dieses ist der Geist der Höflichkeit, und sie hat den Geist schon aufgegeben, wenn sie nur, als ein leeres und starres Formenwerk, die lebliche Hülle einer steifen Etikette zurückläßt, die nicht mehr die reiche Mannigfaltigkeit der besonderen Fälle und Individualitäten beachtet, sondern nach allgemeinen Abstractionen das gesellige Leben ihren Regeln tyrannisch unterwirft *). Wohl mögen die meisten Bestimmungen der Etikette historisch zu erklären und zu rechtfertigen sein; aber auch hier gilt, was Goethe so treffend vom Rechte sagt, daß Vernunft zum Unsinne, daß die frühere Wohlthat zur Plage wird. Es kommt damit ein beengender Zwang in das gesellige Leben, der — wie alle Zwang — Heuchelei und Lüge erzeugt. Gleichwohl finden wir an allen Höfen eine solche beengende Etikette, namentlich an den Höfen der unumschränkten Monarchen und am Strengsten in den eigentlichen Despotieen. Es ist ein unvermeidliches Uebel, der trübe und kalte Schatten, den immer der Glanz der höchsten Gewalt wirft. Will man den Einzelnen die freie Bestimmung ihres Benehmens gegen die Machthaber überlassen, so wäre der Abstand zwischen ihnen und ihren Unterthanen gar bald verschwunden. Die Aufrechthaltung des Geistes der Unterwürfigkeit macht vielmehr eine bestimmte Weise der Auszeichnung und Verehrung der Regenten erforderlich. Aber dieses ist nicht möglich, wenn nicht die vorgeschriebenen Huldigungen auch von den Regenten selbst in einer eben so fest bestimmten Weise entgegengenommen und empfangen werden. Darum werden nicht bloß die Umgebungen der Fürsten, sondern auch diese selbst die Sklaven ihrer Etikette und in desto höherem Grade, je unbeschränkter sie sind. So äußert denn die Beschränkung der Freiheit des Volkes ihren Einfluß auf Alles im Volke, den absoluten Herrscher nicht ausgenommen; und so muß wohl die höhere Freiheit, die sich die Nationen erkämpfen, selbst den Monarchen zu gut kommen. Zwar gibt es auch eine Etikette des Volkes, und vielleicht ist das Wenigste dessen, was man so nennen darf, durch Nachahmung der Etikette der Höfe entstanden. Jene Tausende von Regeln des äußerlichen Verhaltens im gewöhnlichen Leben, oder bei außerordentlichen Gelegenheiten sind vielmehr im Volksleben selbst aus ursprünglich gewiß nicht verwerflichen Gründen entsprungen und nur zum Theile und dann erst zur Last und Thorheit geworden, als die Regel blieb, während die Verhältnisse und Zustände, denen sie angemessen war, sich verändert hatten. Allein ein anderer Theil von überflüssigem Zwange, von herkömmlicher Noth und halb freiwilligen

*) Ueber Höflichkeit im Verhältnisse zu Etikette theilt K. W. Böttiger in „Literarische Zustände und Zeitgenossen“ (Bd. I. S. 31 u. 32) einige interessante Bemerkungen von Nebel's mit.

Prin, die unserm geselligen Leben aufschüßet wurden, stammt aus der Nachahmung des Beispiels der Höfe. Besonders geschah dieses in Europa während des monarchischen Absolutismus, nach Ludwig XIV. in die zur französischen Umwälzung, in der Zeit des Höfe und Pöbels, des Pöbels und des Ministers. Seitdem hat aber der revolutionäre Geist — und er hat damit wenig mehr zum Heile, als zum Uebelle geteilt — der monarchische Willkür der absoluten Herrschaft, wosunter sich die verschiedenen Classen der Gesellschaft vertheilt hatten, schloß und dem geselligen Verkehr freiere Bahn gebrochen. Und wenn gleich das Leben selbst immer neue Regeln des Schickslichen und Unschickslichen in das Bewußtsein treten läßt; wenn es sich mitunter so gar tadelnswürdigen Gehens in freiwilligen Schwestern unterwirft, so geschieht dieses doch in neuerer Zeit weniger, als sonst, nach dem Vorbilde der Höfe, die überhaupt den Massen gleichgültiger gesprochen und mehr und mehr gendigt worden sind, auch die Herrschaft der Sitten und Bräuche mit dem Volke in ungleichen Grade zu theilen.

Es gibt eine Höflichkeit, die weniger aus Gewohnung oder vollständiger Verrechnung hervorragt, als aus einem lieblichen Herzen, das mit seinen gasten Gefühlsfäden überall die ganze Lage dessen umfaßt, mit dem man in Verbindung kommt, und hiernach rathenmäßig das Entsprechende und Angemessene zu wählen, das unangenehm Auffällige zu vermeiden weiß. Und diese stillere Poesie des Herzens, die nicht gerade in Leidenschaft aufklimmt und zu außerordentlichen Thaten beiführt, wohl aber den irdischen Kleinverkehre mit immer neuen Reizen schmückt, ihn belebt und erwehrt; diese Anwendung des christlichen Gebotes, daß man nicht Anderen thue, was man sich selbst nicht gethan wünscht, auf die laufenden geselligen Verhältnisse — sie ist in Wahrheit die einzig erquickliche Art der Höflichkeit. Allen es sind nicht die Höfe, wo man diese Art suchen darf. Hier ist die Höflichkeit nichts Unmittelbares, was aus der Seele entspringt und mit aufsteigender Hinarbeitung die ferne Persönlichkeit in ihrer wahren Eigenthümlichkeit ergreift und berücksichtigt. Denn für den Hofmann sind es nicht die Personen, sondern ihre socialen Stellungen, wodurch ihm das Benehmen vorgeschrieben wird. Dennoch muß er mit seinen vorgeschriebenen Rücksichten stets an eine bestimmte Persönlichkeit, besonders an die des Regenten, sich wenden, und weil diese meistens viel tiefer, als ihr Rang steht, so wird schon darum seine Höflichkeit fast unvernünftig in der Verweise oder halbverweifte Lüge und Schmeichelei ausarten. Darum wird dem Hofmann selbst durch seine Stellung die Verstellung zur Nothwendigkeit gemacht, denn von der Unwahrheit, die ihm die Götter verschreibt, ist der Schritt zur freiwilligen Lüge nicht weit. Auch wird leicht durch die beständige, wenigstens äußerliche Unterwerfung unter alle Launen des Herrn alle innere Selbstständigkeit vernichtet; die moralische Prostitution wird zur Gewohnheit gemacht und alles eigenthümliche Gepräge des Charakters ausgelöscht. So bleibt

dem Hofmanne von den Tugenden, ja zuweilen auch von den Laster- meistens nur der Schein übrig. Aller Ehrgeiz dieser Höflinge, an ihre Ausdauer und Beharrlichkeit gilt nur dem Einen Streben, sich in der Gunst derjenigen, die ihnen die größte Ausbeute versprechen, den ersten Platz streitig zu machen. Dafür wird das Spiel der Ränke und Intriguen in Bewegung gesetzt, das, wie jedes Spiel, wobei viel gewonnen oder verloren werden kann, bei Vielen zur herrschenden Leidenschaft, ja zum einzigen Lebens-Reize wird. Diesen Charakter der Charakterlosigkeit, der zum Bodensatz eine grobe Selbstsucht und Egoismus hat, woraus nur glänzende Blasen in die Höhe steigen, hat sich unser deutsches Volk mit dem Worte „Hofschranze“ bezeichnet und selbst in das mildere Wort „Höfling“ spielt sich eine ähnliche Bedeutung hinein. Auf gleiche Weise haben aber auch die ausgezeichnetsten Denker und Dichter der verschiedensten Nationen und Zeiten ein Shakespeare wie ein Jean Paul, ein Chesterfield oder ein Montesquieu, die Hofleute und das Hofleben geschildert. In folgenden kurzen Worten suchte der Letztere die Aeußerungen der „Geschichtschreiber aller Zeiten und Länder über den beklagenswerthen (miserable) Charakter der Hofleute“ zusammenzufassen: „Ehrgeiz im Verborgenen; Niederträchtigkeit im Stolge; das Verlangen, sich ohne Arbeit zu bereichern; Haß gegen die Wahrheit; Schmeichelei, Verrath und Treulosigkeit; heilloses Spiel mit allen Versprechen und Verpflichtungen; Verachtung der Bürgerpflichten; Furcht vor der Tugend des Fürsten und Hoffnung auf seine Schwäche; ja, was noch mehr ist, eine beständige Verhöhnung jeder Tugend — das ist, so glaube ich, der Charakter der meisten Hofleute aller Orte und Zeiten*).“ Und gar manche dieser Eigenschaften hat eine sittlich verschrobene Politik der Hofleute sogar zum Vorzuge gerechnet! In diesem Geiste lautet die Lehre, die Richelieu in seinem politischen Testamente den Monarchen hinterließ, daß sie nicht leicht Männer aus unteren Ständen zu ihren vertrauten Dienern wählen möchten, weil diese allzu streng redlich und nicht biegsam genug für das Schlechte seien. Fügt man dem Allen noch bei, daß die Hofleute, ein spielender Fliegenschwarm im Abglanze der Majestät, sich gewöhnen, im erborgten Schimmer ihrer Auszeichnung zu suchen; daß sie selbst von Amtes wegen verpflichtet sind in einem Strudel betäubender Lustbarkeiten sich umzutreiben, um so die vergebliche Mühe zu machen, mit der Zeit zugleich die hoffähige Tochter derselben, die Langeweile, zu tödten; daß ihnen mühelos und ungesucht Alles sich darbietet, was die Sinne aufreizt und kitzelt, und daß endlich die beständige Wiederholung dieses Kitzels die Blasirtheit erzeugt — so läßt sich damit das freilich nicht sehr schmeichelhafte Bild vervollständigen, das Montesquieu von den Höfen seiner Zeit und der vorhergehenden Zeiten entworfen hatte.

*) Montesquieu, de l'esprit des lois T. I. Liv. 3. c. 5.

Es ist klar, daß der sittliche Einfluß solcher Höfe auf das Volk nicht eben ein heilsamer sein konnte. Indessen war der Einfluß der kühnen Eigenschaften, die Montesquieu hervorhebt, vielleicht nicht verwerflich, weil sie größtentheils vor den Augen der Menge verborgen; weil sie der Sphäre des Hoflebens mehr eigenthümlich angehören; weil sich in anderen Kreisen der Gesellschaft weniger Aufzucht zu ihrer Ausbildung, weniger Stoff zu ihrer Anwendung findet. Viel ansehnlicher wirkte dagegen das augenfällige Beispiel eines unnützigen Aufwandes für geschmacklosen Glanz, sinnlos Pracht und jede Art von Schwelgerei. Man erinnere sich an den Hof der Regentenschaft und eines Ludwig's XV. von Frankreich; an den des August's II. und III. in Polen, wodurch diese aus Neigung, wie in Preußen, dem polnischen Adel ein Beispiel der Ueppigkeit gaben, zu ihm zugleich reichlich und gehorsam zu machen. Kommt gleich während des achtzehnten Jahrhunderts die Demoralisirung in einem großen Theile des monarchischen Europas, besonders in Frankreich, wo endlich die revolutionäre Anwendung der hippokratischen Heilmittel in Eisen und Feuer nothwendig machte, nicht ausschließend und ist nicht hauptsächlich den Höfen zur Last; so haben sie doch an ihrem Theile beigetragen, das endlich überfließende Maß des Uebels zu füllen. Im Hinblick auf das jetzige Hofleben dürfte man übrigens die scharfen Züge, womit dieses Montesquieu geschildert, zwar noch immer treffend und ähnlich, aber doch vielleicht übertrieben finden. Worin liegt der Grund hiervon? Zum Theil wohl darin, daß man in neuerer Zeit an den Höfen zu einer etwas einfacheren, den sittlichen Gehalt nicht mehr so schnell aufreibenden Lebensweise übergegangen ist; dann aber auch in ihrer wesentlich veränderten Stellung zum Volk. In der Zeit der absoluten Monarchien war es die Person des Regenten, von der ausschließend alle Gnade und Macht ausging, und man sammelte sich um diese Quelle, um sie zu trüben und zu trüben zu fischen. Jetzt aber, bei der fortschreitenden Emancipation des Staats vom Hofe, und nachdem die öffentliche Meinung die Macht geworden, kann man gar wohl in Unabhängigkeit und nicht in Opposition mit den Höfen — als Staatsdiener, Abgeordneter und Schriftsteller, als Commercieller und Industrieller — auf zahlreicheren, theils guten, theils schlimmen Wegen zu Einfluß und Nutzen gelangen. Denn freilich wird kaum sich leugnen lassen, daß auch die Corruption weniger ausschließend als sonst an die Höfe sich knüpft; daß sie unter mannigfacher lockenden Gestalten in die Bureau's der Staatsdiener, in die Kammern der Abgeordneten, in die Versammlungen der Wähler gedrungen ist; daß die Krankheit, die früher besonders im Haupte ihren Sitz zu haben schien, über eine größere Oberfläche des Staatskörpers sich ausgebreitet hat. Gibt es doch jetzt neben aufrichtigen Volksfreunden wohl auch Volksschmeichler, für die es unter der unumschränkten Monarchie selbst an allen ungünstigen Bedingungen der Existenz fehlt. Immer dürften jedoch

diese Schmeichler des Volks vor denen der Fürsten den Vorzug zu dienen, weil diese mit niedrigerer Unterwürfigkeit den persönlichen Launen ihrer Herren fröhnen, während jene die Interessen des Gemeinwessens wenigstens zum ostensibeln Vorwande machen müssen, wobei denn häufiger einiger wahrer Enthusiasmus mit unterläuft. Nach dem Allen haben nun aber die Höfe in moralischer Beziehung in eine für das Volk mehr indifferente Stellung kommen müssen und, in der stürmischen Zeit der Revolutionen schneller alternd*), haben sie für die Nationen zum Theil selbst die Macht und den Reiz der Verführung verloren.

„An den Höfen,“ sagte Montesquieu, „findet man Allem eine ausgesuchte Feinheit des Geschmacks, die aus dem beständigen Mitgenuß an einem reichen Ueberflusse entspringt; aus der Mannigfaltigkeit der Vergnügungen und noch mehr aus der Sättigung damit aus dem bunten Wechsel und sogar aus der Verwirrung der sich kreuzenden Launen und Phantasieen, denen man, wenn sie nur Unterhaltung versprechen, immer zugänglich bleibt.“ Gewiß hätte sich das Bedürfnis der Abwechslung im Genuße, selbst ohne irgend welche Rücksichten, die Höfe wenigstens zeitweise zu Schützern und Pflegern von Kunst und Wissenschaft, zu Schulen eines verfeinerten Geschmacks auch für die Auswahl der geistigen Genüsse und Güter machen müssen. Und blicken wir zurück in die frühere Geschichte der europäischen Höfe, wird man kaum behaupten wollen, daß die höheren Interessen des Geistes selbst ohne den Schirm zahlreicher Machthaber ein gleich fröhliches Gedeihen gehabt haben würden. Wie die Klöster um die Cultur des Bodens die augenscheinlichsten Verdienste hatten, so die Höfe um die der Künste und Wissenschaften. Allein wie das Gedeihen der Landwirthschaft nicht mehr von den Klöstern abhängt, so auch die der Künste und Wissenschaft nicht mehr von den Höfen. Sie haben der künstlichen Stütze nicht mehr nöthig, und die zärtlich erstickende Sorge in der Treibhauswärme der Höfe wird ihnen jetzt vielmehr schädlich werden. Selbst in der für die Kunst gedeihlichsten Periode des Mittelalters konnte diese nicht anders, als im Boden des Volkslebens wurzeln und aus dem alle socialen Verhältnisse durchdringenden Volksglauben ihre geistige Nahrung ziehen. Die fürstlichen Häuser der Hohenstaufen, der Este, die Medicäer u. A. hatten nicht erzeugen, sondern nur gegen die äußeren Stürme schützen können so wie die Mauer des Hauses die Rebe schützt, die es als freundliche Pflanze umrankt. Ungereimt bleibt also die Behauptung derjenigen die, im Widerspruche mit Vernunft und Geschichte, die Höfe oder die Monarchien zur ausschließenden Geburtsstätte des Schönen machen wollen; so oft auch der ängstliche Eifer, lokale Gefinnungen zur Sache zu stellen, gerade in unserer Zeit solche Behauptungen wiederholt

*) Am angeführten Orte T. I, l. 4. c. 2.

II. In derselben Periode des Mittelalters, wo so manche Höfe wetteiferndem Bestreben um die Pflege von Künsten und Wissenschaften sich bemühten, opferten doch diese ihre Selbstständigkeit nicht auf, weil ihre Eigentümlichkeit zugleich die herrschende Eigentümlichkeit der ganzen Zeit war, der sie anwachten. Erst nach dem hundertjährigen Kriege, als die Unumschränktheit der Monarchien gewandert und das politische Gewicht nicht blos des Volkes, sondern auch der einzelnen Stände vernichtet war, traten sie in förmlichen Hofstaat und übernahmen es als Knechte und Räuber, die kaiserlichen Häuser glänzender herauszuputzen. Fortan wurde aber zugleich der Einfluß der Höfe auf sie weit mehr hemmend, als fördernd. Schon in Verderbung des Französischen, als allgemeiner Hof- und diplomatischer Sprache, mußte der rascheren Entfaltung der Nationalsprachen, und darum der Nationalliteraturen, ihrer Blüthe und Frucht, vielzähligen Eintrag thun. Auch sah man damals unter Ludwig XIV. jene Härte und zumeist nach dem Bilde des Herrschers selbst zugeschnittene künstlich neufranzösische Poesie entstehen, die nicht weniger, wie später die französische Revolution, ihre Wüste durch Europa machte. Immer mußte jedoch Ludwig XIV., weil er selbst Geist besaß, diesen auch an anderen zu schälen und zu wecken; während schon Ludwig XV., anfang, die talentvollsten Schriftsteller der Nation zu fürchten und zu verstoßen. Der Hof des Erstern konnte in Wahrheit noch für das Haupt des Staatskörpers gelten; der seines Nachfolgers war nur noch die Perücke desselben. Uebrigens zeigte jene Stellung Ludwig's XV. eben die wichtigsten Repräsentanten des Geistes der Nation eine große Umkehr der Verhältnisse, schon damals verkündigend, daß dieser Geist an Band der Dienstbarkeit, das ihn an den Hof geknüpft, zerprengt, daß er sich unabhängig von ihm gemacht hatte, ja daß er sogar im Stande war, sich in Opposition mit ihm zu setzen. Wenn dann auch später wieder große Könige, ein Friedrich II., ein Joseph II., eine Katharina II., die hervorragendsten Talente um sich zu versammeln und für sich zu gewinnen suchten, so war dieses eine freiwillige Huldigung, die der Geist dem Geiste, wie eine unabhängige Macht zu anderen, darbrachte. Endlich sah man noch eine merkwürdige Versammlung der größten Geister der deutschen Nation am kleinen Hofe in Weimar, die bis in die neueste Zeit reicht, deren Entstehung jedoch der vorrevolutionären Periode angehörte. Gewiß hat damit der Despot Carl August sich selbst einen dauernden Ruhm gewonnen. Allein wie hoch man den Gewinn anschlügt, der aus dem Zusammenleben einer ausgezeichneten Männer, aus ihrem zahlreicheren persönlichen Beisitzbrunnen entspringen mochte, so bleibt es doch eine Frage, ob gerade aus der besonderen socialen Stellung, die ihnen zu Weimar beschieden wurde, überwiegende Vorteile für die geistige Gesamtproduction hervorgegangen sind; ob nicht geistiger Gewinn und Verlust sich wenigstens die Waage hielten; ob nicht eben so viel Anlaß zur Vergrübung, als zur gedeihlichen Entwicklung und Offenbarung intellectueller Kräfte

gegeben würde? Wie man übrigens für den besonderen Fall der Frage beantworte, so ist doch gewiß, daß der allgemeine Bildungsgang zur größeren Unabhängigkeit von Literatur und Kunst geführt hat. Sind doch jetzt schon die allgemeinen socialen Zustände von der Art, um den geistigen Kräften Sicherheit und selbst Pflege zu wahren. Schon lange und kaum zu irgend einer Zeit durfte man an den Höfen den Sitz der strengen und ernsten Wissenschaften suchen und wenn früher die bürgerliche Stellung der eigentlichen Gelehrten häufiger vom Hofe aus bestimmt wurde, so kann es nach dessen schärferer Trennung vom Staate, nur noch ausnahmsweise der Fall sein. Auf dem besonderen Felde der Politik sehen wir streitenden Geister in Parteien zerfallen, die mit gegenseitigem Mißtrauen sich betrachten. In diesem Kampfe sucht wohl auch die conservative Partei durch Gewährung äußerer Vortheile sich manche Talente dienstbar zu machen. Aber da es sich wesentlich um die Gestaltung des Staats und etwa nur beiläufig um die des Hofes handelt, so hierbei Alles weniger die Sache des letzteren, als der Staatsgewalt. Die schönen Künste, deren Stoff Wort oder Ton sind, hatten eine geistige Umwälzung, die der politischen voranging, begonnen und zur ihre Unabhängigkeit erkämpft. Namentlich hat die Poesie, die besonders gedrungen sein wird, die Bewegung des Völkerlebens zu spiegeln, das Mißtrauen der Machthaber geweckt. Es erklärt sich also aus doppeltem Grunde, wenn man insbesondere in der neueren deutschen Literatur bemerkt hat, daß die Zahl der schöngeistigen Schriftsteller, die weder durch Einkommen, noch durch Amt oder Titel irgend einer näheren Verbindung mit den Höfen oder selbst mit der Staatsgewalt stehen, jetzt weit beträchtlicher ist, als sie etwa noch in einem Jahrzehente war. Auch wenn Dichter oder Tonkünstler „nur bloß der inneren“ Stimme gehorchen und nicht immer singen, wie der Vogel singt; so werden sie doch, sind sie nicht aller künstlerischen Ehre bahr, jetzt mehr auf das Lob und den Lohn eines urtheilssfähigen Publicums, als nur auf den besonderen Beifall der Höfe ihr Augenmerk richten. Denn die als legitim anerkannte absolute Herrschaft des Geschmacks, auf deren Existenz noch ein Montesquieu hinweisen konnte, ist diesen entzogen, und im Volke selbst findet fortan die Kunst wieder ihre freiwilligen Geschworenengerichte. Und wie können sie auch jetzt noch als Schulen des Geschmacks die möglichst festgebliebenen und von der Bewegung der Geister am weitesten abgehenden Höfe gelten lassen, da selbst der ganze Modus des äußerlichen Auftretens derselben, den herrschenden Moden und Bräuchen der neuen Gesellschaft gegenüber, gar oft als veraltet erscheint? So wird der Maler am Wenigsten in der Pracht und dem Luxus, den die Höfe zur Schau stellen, sich seine Musterbilder des Schönen suchen wollen. Zwar sind noch die Malerei und die plastischen Künste, weil doch die Kunst auch nach Brot gehen muß, zumeist an die Unterstützung der Machthaber gebunden. Immer läßt sich jedoch in der Gründung zahl-

der Kunstvereine, die aus dem Volke hervorgehen, wie unzulänglich sie jetzt noch sein mögen, das Bestreben nicht verkennen, jeder Kunst eine von Einzelnen unabhängige Stellung zu verschaffen. Es gewiß wird in Wahrheit eine neue Blüthe derselben nicht eher treten, bis sie wieder als Blüthenkrone der Völkerstämme, nicht er als ein Strauß gemachter Blumen nur die Höfe schmückt.

Die Geschichte der Höfe läßt erkennen, daß auch sie nur einzelne Glieder in einer zusammenhängenden Kette von Gliedern sind; daß sie in herrschenden Geistes der verschiedenen Perioden, wie sehr sie widerstehen mögen, erkaßt und in ihrer zeitlichen Gestalt und Geltung rändert werden. Im Verlaufe der umwandelnden Zeit, besonders ist der in alle gesellschaftlichen Zustände so tief eingreifenden französischen Umrüstung, ist endlich die Stellung der Höfe fast umgekehrt worden. Sie sind jetzt mehr passiv als activ, mehr bestimmt als bestimmend. Wenn sie früher an der Spitze der geistigen Bewegung standen, zu einer Zeit, wo dieses allerdings minder schwierig war, so nahmen sie später nur dieser Bewegung angehören. Wer dürfte er hoffen wollen, ob für alle Zukunft der wachsende Baum der politischen Erkenntniß die Fürstentrone in seinem Gipfel tragen wird? Wohl ist aber schon jetzt, daß vor den schärfen wägenden Blicken des Gewichts der Höfe nur davon abhängt, in wie weit sie den Geist der Nationen in sich aufzunehmen wissen, und daß kein äußerlicher Pomp den Mangel desselben zu ersetzen, oder nur zu verbergen vermag.

Hofwyls Bildungsanstalten und deren Geistesmanual von Zellerberg. Der Tugend des Staatsdieners gemäß beschränken wir uns auf die Darstellung der Bedeutung, welche die Hofwyl'schen Bildungsanstalten aus dem Standpunkte der Land- und Staatswirtschaftslehre, so wie der Staatsökonomie und für die höheren Interessen der Civilisation überhaupt haben, ohne uns hier auf das eigentlich Pädagogische derselben einzulassen zu können. Es ist gerade das Eigenthümliche Hofwyl's, ob es, obwohl das alleinige Werk eines Privatmannes, nicht, wie die anderen modernen Erziehungsanstalten allgumal, zunächst im Privatinteresse und für bloße Privatbildung, sondern gleich von Anfang an mit den Bestimmungen, den öffentlichen Interessen des Staats und der Menschheit zu dienen, gegründet ward, und daß es dort zu Grunde gelegten und in Ausführung gebrachten pädagogischen Principien als die einer Art, zu den wesentlichsten Bedürfnissen unserer Zeit gehörenden Staatspädagogik angesehen werden müssen. Daß diese höhere Bedeutung Hofwyl's in der That auch schon längst von einer bedeutenden Anzahl der ausgezeichnetsten Fürsten, Staatsmänner und Staatsgelehrten anerkannt worden ist, darüber ist nichts anderwärts, eine große Anzahl bestimmter Thatsachen namhaft

gemacht worden; hier mag es genügen, an die desfallsigen, schon Jahre 1830 ausgesprochenen gewichtigen Worte des als Philosoph und Philanthropen so rühmlich bekannten Staatsraths de Geran zu erinnern²⁾, weil diese, wie die ähnlichen von H. Ischoffe³⁾, den höchsten und allgemeinsten Gesichtspunct, unter welchem die Hofwyl-Bildungsanstalten aufgefaßt werden müssen, auf das Deutlichste zeichnen.

Da diese Hofwyl'schen Bildungsanstalten ganz Fellenberg's eigen Werk, und nicht aus äußeren Veranlassungen oder Beziehungen, sondern lediglich aus der Idee, welche ihren Stifter sein ganzes Leben hindurch erfüllt und begeistert hat, hervorgegangen sind, so scheint schon darum passend, einige Notizen über Fellenberg's Leben, Bildungsgang und geistige Individualität voranzuschicken, bevor wir der Würdigung desselben übergehen können, was durch ihn und seine Anstalten für die Land- und Staatswirthschaft, das Volksschulwesen und die Humanitätsinteressen überhaupt in Hofwyl bereits geleistet worden, und was in Zukunft in dieser Hinsicht zu erwarten ist. Es scheint uns nämlich in letzterer Beziehung noch eine neue Aufgabe für Hofwyl bevorzustehen, wenn, der schon vor 30 Jahren öffentlich erklärten Absicht⁴⁾ und neuerdings wiederholt gethanen Anerbieten zufolge⁵⁾, Hofwyl zu einer Staatsanstalt erhoben sein und eine Umgestaltung, dergleichen ja schon manchen anderen ursprünglich Privatanstalten (wie z. B. den Franke'schen Stiftungen in Halle) zu Theil wurde, und die für Hofwyl möglich ist, sobald die gehörigen Privatlebensschaffen, die diese Umgestaltung bisher verzögerten, zustimmt, und richtigere Ein- und Ansichten über das wahre Inter-

2) „Si en arrivant à Hofwyl on est frappé du beau spectacle qu'offre le système de ces nombreux établissemens, créés par un seul particulier, conduits par une persévérance de trente ans à un aussi vaste développement, et si l'on éprouve une douce satisfaction en considérant le tableau de paix, d'ordre, d'activité, d'harmonie qui s'y déploie de toutes parts, on est introduit bientôt aux plus hautes méditations, lorsqu'on pénètre et se saisit la pensée qui a dirigé cette grande création. Cette pensée en effet n'est puisée tout entière dans un ordre de considérations générales sur le présent de la société en Europe, et sur ses besoins les plus essentiels. On ne faut donc pas se borner à chercher à Hofwyl un établissement comme un institut ordinaire d'éducation, une ferme expérimentale: il faut y voir l'essai d'une grande amélioration européenne, un essai tenté et donné pour préparer une régénération morale dans notre âge.“ (Notices sur les établissemens d'Hofwyl, extraites du bulletin de la Société pour l'instruction intermédiaire à Paris, 1830.)

3) In dem Vorworte zu dem Aufsatze: zur Berichtigung der Urtheile über den Em. von Fellenberg und seine Anstalten in Hofwyl, in Pöhl's Jahrbüchern 1830.

4) Landwirthschaftliche Blätter von Hofwyl 1808 Heft 1. S. 32. Fellenberg's Leben und liter. Briefwechsel Th. II. S. 448.

5) Mittheilungsblätter für Freunde der Schulverbesserung u. s. w. 1835 Nr. 13.

des Berner Volkes in dieser Hinsicht denjenigen, die hierüber zu entscheiden haben, durch die aufgeklärte öffentliche Meinung und die Macht der Publicität zu Theil geworden oder aufgeschwungen sein werden.

Der Stifter von Hofwyl⁶⁾, Philipp Emanuel von Fellenberg, geboren Ende Juni 1771 zu Bern, stammt aus einer dortigen alten angesehenen Patricierfamilie. Sein Vater, durch sein Talent und Gelehrsamkeit eben so ausgezeichnet, als durch Biederkeit des Charakters, war zuerst Professor der Rechtswissenschaft, dann Mitglied des Berner souveränen Rathes, auch Landvogt zu Wildenstein im Argau, später Senator in Bern, und zeigte sich in seinem öffentlichen Leben stets als Freund und Vertheidiger des von der Majorität des damaligen Patriciats auf das Ungerechteste bedrückten Volkes, wozu er in seinem Sohne von früher Jugend an eine gleiche Gesinnung erregte und befestigte. Dasselbe that seine edle Mutter (eine adelin und respective Urenkelin der beiden berühmten holländischen Literairen Cornelius und Martin Haerpertzjoon van Tremp), indem sie ebenfalls schon im zarten Alter Fellenberg in die Wohnungen der Armen und Hülflosen führte, den Keim aufopfernder Menschenliebe in ihm wirkte und durch ihr oft wiederholtes Wort: „Die Reichen haben genug Freunde; sei Du der Armen Freund!“ so wie durch ihr eigenes Beispiel frühzeitig in ihm den Entschluss erregte und befestigte, den höchsten Interessen des Vaterlandes und der Menschheit im Leben zu widmen. Zum Behufe seiner wissenschaftlichen Ausbildung ward er in das damals unter dem Namen einer Kriegsschule bekannte Institut Pfeffel's in Colmar und später nach Gießen geschickt. Im Jahre 1789 bezog er die Universität Tübingen, wo er unter Anleitung des berühmten Hofrathes anfänglich der Jurisprudenz, später dem Studium der philosophischen und politischen Wissenschaften widmete. Zurückgekehrt in seine Vaterstadt, setzte er zunächst sein Studium der classischen Literatur und der Kant'schen Philosophie für seine ganze Lebensansicht und pädagogischen Grundprincipien in großer Verehrung fort, ohne die gewöhnliche Staatsencyclopädie zu beginnen, und machte eine Reihe von Jahren hinreichend vielfache Reisen in der ganzen Schweiz, Tirol und Süddeutsch-

6) Die meisten bisher veröffentlichten biographischen Nachrichten und Charakterisierungen über Fellenberg sind nicht nur sehr unvollständig, sondern auch zum Theil ganz irrig. Dieses gilt namentlich von den im Conversationslexikon enthaltenen (die in den Blättern für literar. Unterhalt. 1830. Nr. 342 ff. in Böhl's Jahrbüchern für Geschichte und Staatskunst, in dem schon erwähnten von Hölke mitgetheilten Auszuge ihrer Berichtigung erhalten haben), sowie von den in Queblinburg vor einigen Jahren erschienenen Bildnissen und Beschreibungen der berühmtesten Pädagogen (XX). Zuverlässigere und die frühere Entwicklung Fellenberg's besonders interessante Notizen enthalten Woodbridge's American annals of Education and Instruction 1830. Bd. I. p. 17. Lange's Feldgärtner-Colonien 1837. Th. II. und Haner's Erzählungen aus der Schweizergeschichte 1838 Th. IV. S. 668 ff.

land, auf welchen er durch eigene Anschauung die Bedürfnisse und Noth der unteren Volksklassen kennen lernte, und zugleich mit Landwirtschaft, ihren Vorzügen und bestehenden Mängeln näher bekannt machte, auf deren Wichtigkeit sein großer Landsmann Rudolph Eschiffeli, bereits einige Jahrzehente zuvor aufmerksam gemacht hatte, die Fellenberg übrigens auf eine eigenthümliche Weise in ihre höchsten Beziehungen auffaßte.

Von entschiedener Bedeutung war ohne Frage für Fellenberg seine schon sehr frühzeitig gemachte Bekanntschaft mit dem Pestalozzi⁷⁾, und das damals allgemeine angeregte Interesse für Volksunterricht und Erziehung. Was Pestalozzi von sich selbst berichtet⁸⁾, wie ihm schon in seiner Jugend die Anschauung des realen Lebens die Ueberzeugung aufgedrungen, daß die Fundamente des häuslichen und bürgerlichen Lebens, Sittlichkeit und Religiosität immer mehr und mehr zerstört, die Gefahr der Verarmung und durch bewirkten Entfittlichung der niederen Volksklassen täglich vermehrt würden, und daß nur durch eine Wiederherstellung einer soliden Wohlfahrtsbasis, mittelst einer Verbesserung der Volkserziehung und der ökonomischen Lage der niederen Stände, zu helfen sei: dasselbe fand bei Fellenberg nur in noch höherem Grade Statt, die mittlerweile ausgebrochene französische Revolution von dem trüben Zustande der europäischen Civilisation nur zu deutliche Beweise Tage gefördert hatte; wovon Fellenberg durch eine im Jahre 1797 nach Paris unternommene Reise und durch längeren Aufenthalt dort sich auf das Unzweideutigste überzeugte. Auch nach dieser Reise, da er sich fortwährend vom Staatsdienste entfernte, bis die in Folge der Revolutionirung der Schweiz durch das französische Directorium im Jahre 1798⁹⁾ entstandenen Unruhen ihn nöthigten, unmittelbar einen Theil an den politischen Ereignissen zu nehmen. Als Berner Jägerofficier bei der Erhebung des mit Bern verbündeten Luzerner Landsturmes in Entlibuch¹⁰⁾ zeigte er so viel Eifer für die Behauptung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, daß durch den französischen Commissär Mingaud ein Preis auf sein Kopf gesetzt und er genöthigt wurde, einige Zeit lang im Ausland eine Zuflucht zu suchen. Späterhin erwies er sich als Quartiercommandant der oberen Bezirke des Cantons Bern nicht weniger als für die Volkswohlfahrt, die er auch mit gutem Geschick zu wahrnehmen mußte. Gegen das Ende des Jahres 1798 überbrachte er den

7) Vergl. P. Pestalozzi's bis dahin unedirte Briefe (an Fellenberg) u. s. w. Bern, 1834.

8) Sämmtliche Schriften Bd. XI. S. 195.; vergl. IX. 51.

9) Vergl. Napoleon's Darstellung hiervon im 6. Bande des *Mémoires* von St. Helena, und Panharts Erzählungen aus der Schweizergeschichte von Basel, 1838. Bd. IV. S. 517.

10) Panhart a. a. D. S. 584.

die Franzosen in's Unglück gestürzten Unterwaldenern reiche Beisteuern
 des Bern an Kleidung und Lebensmitteln. Bald nachher ward er von
 der damaligen schweizerischen Centralregierung mit wichtigen Aufträgen
 nach Paris gesandt; dort setzte er nach seinem letzten Kampfe mit
 Rußland und Napoleon den Plan fest, dessen Ausführung er selbst
 Leben und Vermögen gewidmet hat. Von Paris zurückgekehrt, er-
 kaufte er im Jahre 1799 zu diesem Zwecke das 2 Stunden nördlich
 von Bern gelegene, damals 320 Berner oder 440 Magdeburger
 Morgen enthaltende (jetzt seinem Areal nach verdoppelte) Landgut
 Hofwyl (oder Wolhof), welches er durch seine dafelbst angelegten
 Bildungsanstalten, die gleich näher charakterisirt werden sollen, zu
 einem der merkwürdigsten und berühmtesten Orte seines Vaterlandes
 machte. Hinsichtlich seiner ferneren äußeren Lebensverhältnisse ist nur
 zu bemerken, daß er, einzig dem freigewählten Berufe der Volks-
 erziehung und Humanitätsentwicklung im umfassendsten Sinne des Wor-
 tes lebend und dabei von den meisten Gliedern seiner zahlreichen
 Familie auf das Glückseligste unterstützt, nunmehr seit bald 40 Jahren
 ausgesetzt alle seine Kräfte, so wie sein bedeutendes erworbenes Vermögen
 von ungefähr 400,000 Fr.) mit vollster und unbedingtester Hingebung
 der großen Sache einer ächten Civilisation gewidmet und eine wohl-
 verdiente, obwohl von ihm keineswegs angestrebte, europäische, ja
 selbst außereuropäische Celebrität erlangt hat, wie wohl kaum ein ande-
 rer Privatmann seit Pestalozzi. Dieses konnte jedoch nicht ver-
 ändern, daß er nicht in seinem speciellen Vaterlande früher von der
 aristokratischen, seine Schritte für Volksbildung und Volkswohlfaht
 täglich beargwohnenden und hemmenden Regierung, in der neuesten
 Zeit aber noch um Vieles schlimmer von der ultrademokratischen Partei
 (den bekannten Demagogen) und ihren eben so feilen als rohen Zeitungs-
 schreibern vielfach angefeindet, verleumdete und verlästert worden ist;
 das Schicksal, das er mit vielen ausgezeichneten Männern, nament-
 lich mit seinem großen Vorgänger Pestalozzi¹¹⁾ theilt, das ihn über-
 haupt nicht einen Augenblick inne machen konnte, sondern nur dazu
 diente, ihn zur Befiegung aller Hindernisse noch mehr zu ermuntern
 und zu stärken. Uebrigens wurde er in Folge der Regeneration der
 Schweiz im Jahre 1830 Mitglied des Verfassungs- und nachher des
 großen Rathes, so wie des Erziehungsdepartements, und im Jahre
 1833 als Landammann erster Staatsbeamter der Republik, welche
 Stelle er jedoch bald wieder niederlegte, um ungestörter der Haupt-
 aufgabe seines Lebens, nämlich seinen Hofwyl'schen Bildungsanstal-
 ten sich widmen zu können, die wir nun, so viel es der beschränkte
 Raum gestattet, näher zu betrachten haben.

Vorher wir dieselben einzeln charakterisiren können, scheint es

11) Vergl. von Lürf's Briefe aus Mönchsbuchser über Pestalozzi
 Band 2. S. 161. 239. Feustler, Pestalozzi's Verdienste. Basel, 1838.
 S. 99.

zweckmäßig, erst dasjenige, was ihre eigentliche Idee oder ihr wahres Wesen ausmacht, im Allgemeinen kurz zu entwickeln, woraus sich zugleich ergeben wird, welche besondere Bedeutung denselben in politischer Beziehung beizulegen ist. Zunächst nämlich haben diese Hofwyl'schen Bildungsanstalten (wie auch schon angedeutet worden) keineswegs wie andere Erziehungsinstitute, bloß die Tendenz, einzelnen Individuen oder Ständen die Vortheile einer verbesserten Unterrichtsmethode zuzuwenden, sondern sie sind gleich von Anfang an darauf berechnet gewesen, dem allgemeinen Civilisationsverderben unserer Zeit entgegenzuwirken, und zwar durch die thatsächlich erprobte Darlegung einer alle verschiedenen Stände des Volkes oder Staates berücksichtigenden Erziehung. Fellenberg's Ausgangspunct war eine vollkommen klare Einsicht in den Thatbestand und die Ursachen jenes Verderbens (worüber er sich von Anfang an auf das Bestimmteste ausgesprochen hat)¹²⁾, zugleich verbunden mit der auf ächter Religiosität beruhenden Ueberzeugung, daß Gott die Menschheit mit den nöthigen Anlagen und Kräften ausgerüstet habe, um in ächter Civilisation oder Cultur ihre Bestimmung, die empfangenen Triebe nach Glückseligkeit, Vervollkommenung und Sittlichkeit in harmonischer Unterordnung befriedigen zu können, wofür jene Anlagen und Kräfte durch eine das physische, so wie das geistuelle, moralisch-religiöse und industrielle Leben aller Volksclassen gehörig fördernde Erziehung gehörig zur Entwicklung gebracht werden. Gleichergestalt geht Fellenberg von der Ueberzeugung aus, daß die einmal gegebenen oder bestehenden Verhältnisse, als in der Willen der göttlichen Weltordnung begründet, gehörig zu achten seien, ein Punct, in welchem sich sein Erziehungssystem sehr wesentlich von allen früheren, namentlich von denen Rousseau's, der sogenannten Philanthropen, so wie auch Pestalozzi's, Fichte's u. s. w. unterscheidet, welche sämmtlich dieses Bestehende oder das sogenannte Positive in Staat und Kirche viel zu wenig würdigten und zum Theile gar verkannten. Ueberhaupt kann Fellenberg, wegen seiner steten Beziehung der Pädagogik auf den Staat, im wahren umfassenden Sinne als dem organisch gegliederten Systeme aller zur Realisirung der gesammten Zwecke der Menschheit auf einem bestimmten Gebiete unter einer höchsten Gewalt vereinigten Familie und sonstigen Gesellschaften, und wegen dieser allein sicheren Basis des Ausgehens von dem Gegebenen, so wie endlich wegen seiner alle Volksclassen oder Stände umfassenden oder berücksichtigenden Institute, mit Recht als der Gr

12) Landwirthschaftliche Blätter von Hofwyl 1808 ff. Heft I. Borr. N. 18 ff. II. 12 ff. III. 51 ff. Vergl. Fellenberg's Aeußerungen in *Malteser Weltkunde* 1828. Bd. XII. S. 55; ferner seine Schrift: *Der dreimonatliche Bildungscurs*, der 1832 hundert Schullehrern in Hofwyl erteilt worden. Bern, 1833. S. 158 ff. Vergl. Capo d'Istria, *Rapport prés. à S. l'Emp. Alexandre* p. 8. 67. Villevieille l. c. p. 21. 32.

er einer höchst praktischen Staatspädagogik angesehen werden; der Begriff, der zwar schon in dem classischen Alterthume vorkommt und mit ausgezeichnetem Erfolge von demselben verwirklicht worden ist (man denke nur an Sokrates und Pythagoras, so wie an Platon's und Aristoteles' Hauptwerke über die Politik), der jedoch zu seiner wahren Vertiefung und Vereinbarung mit den höchsten Forderungen der Humanität nur erst durch das Christenthum gelangen konnte, welches Fellenberg auf das Bestimmteste als Basis und Ausgangspunkt aller seiner Bestrebungen anerkannt hat¹³⁾.

Als eine der wichtigsten Eigenthümlichkeiten der Hofwyl'schen Bildungsanstalten muß ferner ohne Frage angesehen werden, daß in ihnen die physische und ökonomische Basis des ganzen civilisirten Volks- und Staatslebens, und die bürgerliche Berufskraft überhaupt auf eine Weise beachtet und mit den höchsten Interessen der Humanität in Verbindung gebracht sind, welche nicht nur bisher noch nie in dieser Art in einem Erziehungs-Institute vorgekommen, sondern auch hinsichtlich der Aufgabe, dem Civilisationsverderben gründlich und mit Erfolg entgegenzuwirken, der sorgsamsten Aufmerksamkeit würdig ist, da die Erfahrung zur Genüge lehrt, wie die Vernachlässigung jener Grundbänge im Großen und Kleinen sich auf das Empfindlichste nicht. Nachdem Fellenberg den Gründen jenes Verderbens nachforschte, erkannte er als einen der nächsten und hauptsächlichsten den Hand in Hand gehenden sittlichen und ökonomischen Verfall oder die entsetzliche Verarmung¹⁴⁾, und hielt, wie auch Pestalozzi schon angedeutet hatte¹⁵⁾, es für dringend nothwendig, nicht nur für besseren Elementar-Unterricht, sondern vorzüglich für eine wahre Volks-Erziehung zu sorgen, und zwar Letzteres durch Förderung des sittlich-religiösen und industriell-ökonomischen Lebens, der durch den rechtlichen Erwerb und die Arbeit selbst, woran die unteren Volksclassen schon ihre Subsistenz wegen gewiesen sind, deren höhere Bedeutung und Wichtigkeit für die höchsten Interessen des Menschenlebens jedoch erst in der Hofwyl'schen Bildungsanstalt in vollem Umfange erkannt und zur äußeren Darstellung gebracht worden ist. Es darf in dieser Hinsicht nicht unbeachtet bleiben, daß das Wifflingen über ökonomischen Pläne und Bestrebungen Pestalozzi's für Fellenberg ein sehr lehrreiches, warnendes Beispiel war, wie Fellenberg dieses nicht ausdrücklich anerkannt hat, indem er die Wichtigkeit einer unab-

13) Darstellung des religiösen Bildungsganges der Erziehungsanstalten in Hofwyl. Aarau, 1822. Ebd. Blätter IV. 74. Vergl. den citirten Aufsatz in Ratten's Weltkunde 1828. Th. XII; ferner Harnisch, Volksschullehrer u. V. Hft I. S. 193; Villiville, des instituts d'Hofwyl p. 38. 157 u. v. Woodbridge, American Annals of education and instruction. 31. Vol. I. p. 448. 497.

14) Randm. Blätter I. 18. III. 51. IV. 95.

15) Heusler a. a. D. S. 55. 75.

hängigen äußeren Lage für die Erreichung echter Humanitäts- und Vaterlandszwecke auf das Klarste nachwies¹⁶⁾.

Indem Fellenberg in den erwähnten Beziehungen den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft näher in's Auge faßte, glaubte er wahrzunehmen, daß der sogenannte Mittelstand (noch kraftvoller durch ursprüngliche Unverdorbenheit, reicher an häuslichen Tugenden und mit zweckmäßigen Bildungsanstalten besser versehen) weniger das Bedürfniß einer verbesserten Erziehung verrathe, als die beiden Extrem der Gesellschaft, die niederen Volksklassen und die sogenannten höheren Stände¹⁷⁾. Wenn der schon von Pestalozzi angestellte, nicht durchgeführte Versuch gelang, den Kindern der ärmsten und achtetsten Mitglieder der Gesellschaft eine solche Erziehung zu ertheilen die mit der ihrer Lage angemessenen intellectuellen Ausbildung moralisch-religiöse und zugleich die industrielle auf die Art verband daß sie durch ihre mittlerweile gelieferten Arbeiten die Kosten ja wenigstens größtentheils ersetzen konnten, so war damit die Möglichkeit bewiesen, die großen Volksmassen, deren Unwissenheit, Rohheit und zunehmende Demoralisation die größte Besorgniß erwecken müssen, wenigstens in den künftigen Generationen dem Civilisationsverderben zu entreißen, und mit den Quellen der Armuth zugleich die einer großen Zahl von Verbrechen zu verstopfen. Gleichergestalt mußte die gelungene intellectuelle und moralische Erziehung der Kinder der wohlhabendsten und einflußreichsten Stände dem Staate eine Pflanzschule edler Bürger liefern, die, für die höhere Bestimmung der Menschheit begeistert und im Besitze der äußeren Mittel, ihre Ideen verwirklichen zu können, ihre höchste Freude in Förderung der gesammten Volksbildung finden würden. Beide genannten Extreme mußten nicht länger, wie bisher der Fall war, durch eine unübersteigliche Kluft getrennt bleiben, sondern sich gegenseitig kennen und achten lernen. Die Reichen einerseits mußten die Mühe, Last und die Entbehrungen aber auch die Freude, Heiterkeit und Zufriedenheit der Armen, welche aus dem Gefühle treuer Pflichterfüllung nothwendig entspringt, wahrnehmen, um mit echt christlichem Geiste dahin zu wirken, daß die minder vom Glück Begünstigten durch ihre Mitwirkung und Hülfe eine menschliche Entwicklung und Freude an ihrem Dasein zu Theil werde! Andererseits mußten die Armen, indem sie durch ihre Arbeit sich selbstständig zu ernähren angeleitet wurden und dabei zugleich erkannten, wie wichtig und unentbehrlich dazu die Mitwirkung derjenige ist, welche bereits im Besitze der Capitalien (im umfassenden national-ökonomischen Sinne dieses Wortes) sind und ihre Glücksgüter auf eine dem allgemeinen Besten ersprießliche Weise benutzen, eben so an begründetem Selbstgeföhle erstarren, als von der herrschenden Wohlthat befreit werden, das äußerlich glänzendere Loos der Begüterten zu

16) D. dreimonatl. Bildungscurs u. s. w. S. 234.

17) Vergl. den citirten Aufsatz in Pöllig' Jahrbüchern 1831. S. 144.

die weltliche Auge zu betrachten. Beide Classen sollten sich vielmehr als nothwendige, sich gegenseitig ergänzende Glieder eines größeren Ganzen ansehen, achten und lieben, und so zu der höchst christlichen Aufgabe der Erreichung eines Gottesreiches auf Erden das Ihrige beitragen lernen.

Für diesen doppelten Zweck, so wie für den einer Verbesserung der ökonomischen Basis des Staatslebens, gab und gibt es noch jetzt, wenigstens für den europäischen Continent, kein besseres Mittel, als eine mit einer sogenannten Musterwirthschaft verknüpfte landwirthschaftliche Lehr- und Erziehungsanstalt zunächst für diejenigen, die als künftige Gutsbesitzer oder Gutsverwalter den bedeutendsten Stand der eigentlichen Staatsbürger ausmachen und ihrem Einfluß auf die angeordnete Weise segensreich geltend zu machen im Stande wären, verbunden mit einer ebenfalls landwirthschaftlichen Aemerschule, in welcher auch die ärmsten, verlassenen Kinder, die, ihrem Schicksale überlassen, in der Regel nur eine Pflanzschule für die künftige Bevölkerung der Gefängnisse und Zuchthäuser sind in ihrer Noth jedenfalls gefährliche Feinde der bürgerlichen Gesellschaft werden, gleicher Weise durch eine angemessene Erziehung und die Möglichkeit, ihrem Unterhalt sich selbst erwerben zu können, mit ihrem Losse zufrieden zu stellen sein werden. Denn unleugbar ist es von der größten Wichtigkeit, daß Alle, und namentlich das sogenannte Volk, die große Mehrzahl, die ihre Kräfte und Zeit vorzugsweise dem Erwerbe widmen muß, diesem Berufe mit voller Lust und Liebe und aus allen Kräften lebe, daß es nicht blos im todtten Mechanismus und Schlendrian die geistigen Anlagen ungebraucht liegen lasse und in einer dumpfen Dummheit nur vegetire, in welchem Falle auch an gar keine hohe religiöse oder christliche Ausbildung zu denken wäre¹⁸⁾.

Daß aber für diesen Zweck der Landbau, auf den in Europa das Volk oder die große Mehrzahl vorzugsweise hingewiesen ist, wofür nur wahrhaft rationell betrieben wird, unter allen Beschäftigungen am Meisten geeignet ist, die intellectuelle und ästhetische, so wie die moralische und religiöse Ausbildung zu fördern, ist leicht nachzuweisen. Ein rationeller Betrieb desselben entwickelt nicht blos durch die bei ihm unerlässliche Genauigkeit und Schärfe der Beobachtungen, sondern auch die Mannigfaltigkeit der Vergleichen, Schlüsse und Combina-

18) Sehr richtig sagt Heilenberg in der Schrift: Der dreimonatliche Bildungscurs u. s. w. S. 176: „Die Gemüthsbildung des Volkes, seine Ethik, seine Religiosität, der Charakter und der Erfolg seines Familienlebens und seines Vaterlandslebens, mit einem Worte, alle Zweige seiner Entwicklung hängen wesentlich von dem Schicksale seines Berufslebens ab; bei einem gewissen Grade des Uebelstandes in diesem, in Folge dessen das Volk sich des Lebens nur wenig bemußt werden kann, gelangt es endlich dahin, nur an den Teufel und nicht an einen höchst weisen und allgütigen Gott, als an den himmlischen Vater und Verforg der Menschheit, glauben zu können. Was daraus erfolgt ist, ist seit einiger Zeit wiederholt in Irland wahrzunehmen gewesen.“

tionen, die stets der Individualität der einzelnen Fälle angepasst sein müssen, und wobei aller bloße Mechanismus wegfällt, auf das Besteigtigste den Verstand, sondern erhebt und verebelt auch das Herz oder Gemüth in ästhetischer und religiöser Beziehung, indem er den Sinn für das Schöne und Erhabene der Natur erweckt und das Bewußtsein der Abhängigkeit von der höheren leitenden Macht der Vorsehung stets rege erhält; und eben so stählt er den Willen und die Thatkraft in der unverzagten und ausdauernden Bewältigung der Hindernisse so wie schon durch die Einfachheit der Lebensweise und die Arbeit selbst ¹⁹⁾.

Zugleich gibt dieser Beruf jeder Individualität den nöthigen Spielraum, sich gehörig zu entwickeln; dem Geistreichen die Gelegenheit seinen Geist in jenen nie abgeschlossenen Combinationen, Verbesserungen und Erfindungen durch die That auszusprechen, und eben dem weniger begabten oder geringeren Talente, nach dem Maße seiner geistigen Kraft angemessen zu wirken, da auch das geringste landwirtschaftliche Geschäft stets einen gewissen Grad von Aufmerksamkeit und Ueberlegung fordert; nicht zu gedenken, daß bei diesem Berufe auf die Größe des Wirkungskreises weit weniger ankommt, indem bei rationaler Behandlung auch das kleinste Bauerngut seinem Besitzer so viel auf zu thun geben kann, als das größte Rittergut. Auch ist es gerade dieser Beruf, der den zwei Hauptübeln unseres Civilisationsverbens auf das Heilkräftigste entgegenwirkt, einmal der physischen Abschwächung, die bekanntlich bei den übrigen Gewerben in der Regel nur immer mehr zunimmt, während dem Landmanne gerade bei Vervollkommnung des Landbaues vorkommende Uebung der physischen Kraft ²⁰⁾ nothwendig zur Stärkung gereichen muß, und sodann der, um es kurz auszudrücken, socialen Verfaßtheit, dem unbefriedigten Hin- und Herschwanke, der daraus hervorgehenden Unzufrieden-

19) Vergl. Landwirtschaftliche Blätter a. a. D. S. 63. Note, wo es unter Anderem heißt: „Die Leidenschaften, welche im Müßiggange gähren, mildern und verlieren sich allmählig, wenn die Menschen sich in befriedigende ländliche Wirkungskreise zerstreuen und da vollauf beschäftigt sind. Wer weniger Worten, als mit nützlichen Thaten sich abgibt, der zerfällt nicht so leicht in seinem Nebenmenschen. Im Fortgange der vervollkommenen ländlichen Arbeit findet die Eifersucht weniger Nahrung und löst sich höchstens in Wetteifer auf. Der gebildete Landmann, der Pein des Hasses überhoben, sitzt in seinem zur Gewohnheit gewordenen Wohlwollen eine Wonne, die dem natürlichen Menschen, selbst bei der siegreichsten Leidenschaft, gebricht. Das einfache und arbeitsame Leben des Landmannes begünstigt mehr, als irgend eine andere Lebensart, die Erfüllung der häuslichen Pflichten, aus deren zarter Pflege der beglückendste Reiz unseres Daseins entspringt. Im ländlichen Aufenthalte, wo nur da, finden sich noch die patriarchalischen Sitten, von welchen die Verderbnis dieser Zeiten uns so weit entfernt hat. Glückliche Ehegatten, einträchtige Familien genießen da noch einer Heimath, wie sie anderswo nur selten mehr gefunden werden kann u. s. w.“ Vergl. Pictet, Cours d'agriculture anglaise T. III.

20) Landw. Blätter Heft III. S. 46. 52 ff.

te mit dem Bestehenden und der Neuerungssucht; denn dieser werden auch der Landmann, welcher (wie Zachariä²¹⁾ richtig bemerkt) der eborene Freund der Ordnung ist, unübersteigliche Schranken setzt²²⁾. Noch in einer anderen, bisher in der Regel ganz unbeachteten gebliebenen Beziehung machte Zellenberg auf die Nothwendigkeit einer rationellen Behandlung nicht allein des Landbaues, sondern auch des Landbauers aufmerksam, indem er zeigte²³⁾, wie dem vervollkommenen Betriebe seines Berufes der Landwirth weit mehr des guten Willens und des Geschickes bedürfe, welcher er sich zur Ausführung seines Vorhabens nothwendig bedienen muß, und daß er mit ganz Ungebildeten unmöglich vortheilhaft auskommen könne, da seinerseits vielmehr Menschenkenntniß und Weisheit in dem Beharren gegen die in der Regel allen Neuerungen abholden Arbeiter die Aneignung größerer technischer Fertigkeit, so wie möglichst höhere Bildung derselben innerhalb ihres Berufskreises nothwendig gesetzt werden müsse, wenn der Zweck erreicht werden soll. Zellenberg sagte auch, wie auf diese Weise das materielle niedere Interesse des Jägers mit den immateriellen höchsten Interessen der Diensthofen auf das Innigste verknüpft sei²⁴⁾. Wie es denn zu den wichtigsten und höchsten Seiten der Zellenberg'schen Landwirthschaft gehört, daß in ihr auch das niedrigste Geschäft in seinem Zusammenhange mit den höchsten Endzwecken der Menschheit aufgefaßt, Alles ohne Ausnahmen zu Ehren gezogen und nichts für zu gering und werthlos geachtet, sondern immer und überall auf Verebelung der Menschheit, und gerade in den niederen Ständen am Meisten, hingearbeitet wird, während die übrigen berühmtesten landwirthschaftlichen Systeme und Theorien allzumal immer nur das Materielle als letzten Zweck, und als den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen die Verebelung der Mensch-

21) Hierzig. Bührer vom Staate Bd. I. 240. Vergl. Ward's bekannte Schrift über den Charakter der Bauern.

22) Zellenberg sagt hierüber a. a. O. S. 60: „Die auf zahllosen Punkten vertheilte praktische Einwirkung, die auf diese Weise zu der Bildung der Gewohnheiten des Landwirthes beiträgt, ist von unübersehendem Belange. Diese Gewohnheiten üben beinahe allgemain die größte Gewalt auf den Menschen aus, sie charakterisiren besonders die Individualitäten des Landwirths mit einer solchen Übermacht, daß ich nicht umhin konnte, einer menschenfreundlich bildenden Organisations des Landbaues, besonders in dieser Richtung, ein großes Gewicht beizulegen. Was alle Tage, alle Stunden wiederkommt, wirkt, so kleinlich es auch scheinen mag, im Ganzen unendlich viel zuverlässiger, als das seltene Große, und kein Gegner entzagt dieser Einwirkung. Sie führt ganz unmerklich und auf unendlich verschiedenen Punkten zum Ziele hin, und erst wenn der Sieg davongetragen ist, wird der Angriff beobachtet. Da liegt die Lösung des Räthsels einer unübersteiglichen Weltbildung und Weltveredelung, welche nur durch das, was unmittelbar auf jeden Menschen wirkt, befriedigend und zuverlässig werden kann.“ Vgl. Ward's ähnliche Bemerkungen in den Wanderjahren B. XXI. S. 52.

23) Landw. Blätter IV. S. 19 ff.

24) Landw. Blätter III. S. 72 ff.

Pferde- und sonstigen Viehrassen ansehen — ein Vorwurf, von dem man nicht bloß die englische Schule, sondern auch die Thaer'sche keineswegs freisprechen kann²⁵⁾. Dagegen ist es gerade der Hauptgrundsatz Fellenberg's, daß der rationelle Betrieb der Landwirtschaft lediglich und allein geeignet sei, die niedere Volksklasse mit wahrer Lust und Liebe zu dem ihr von der Vorsehung angewiesenen Berufe zu erfüllen, wofür dieselbe nur so frühzeitig wie möglich durch zweckmäßigen Unterricht zur Erkenntniß der Erscheinungen der sie umgebenden ländlichen Natur geleitet und ihr Auffassungsvermögen an denselben so geübt und entwickelt wird, daß ihrer Beobachtung in dem ihr angewiesenen Spielraume zuletzt gar nichts mehr entgehen könne. Zugleich ist bei einem solchen rationellen Betriebe keineswegs eine Uebersiedelung zu besorgen²⁶⁾, dieselbe vielmehr als die sicherste Basis nicht nur des Volkswohlstandes überhaupt, sondern auch der politischen Selbstständigkeit des Staates²⁷⁾ anzusehen²⁸⁾.

Hieraus erklärt sich nun, wie Fellenberg darauf geführt wurde auf seinem durch eine dreißigjährige lehenmännische Behandlung äußerst verwahrlosten, aber eben deswegen zu Fellenberg's Endzwecke recht passenden²⁹⁾ Bülhose zunächst eine Muster- und Versuchswirtschaft zu gründen, in welcher er die durch fortgesetzte Beobachtungen auf seinen vielfachen Reisen und durch wiederholtes eigenes Nachsinnen gewonnenen Ansichten über die nöthigen und möglichen Verbesserungen der Landwirtschaft praktisch ausführte und sie durch die dort gegebenen landwirtschaftlichen Feste³⁰⁾ zur allgemeinen Kunde zu bringen suchte. Hieran schloß sich dann gleichsam von selbst die Landwirtschaft

25) Auf diese sehr irrationelle Vernachlässigung der anthropologischen und psychologischen Grundlage der Landwirtschaft hat neuerdings auch F. S. Schulze (Director der landwirtschaftlichen Akademie in Greifswalde) aufmerksam gemacht: über Wesen und Studium der Cameralwissenschaft 1826.

26) Bülow, Der Staat und die Industrie 46. Vgl. derselbe, D. Staat u. d. Landbau S. 56 ff.; Lange, Feldgärtnerei-Colonien I. 60. 167.

27) Pölig, Staatswissenschaft II. 170. Bülow, Der Staat und d. Landbau S. 11.

28) Auf diese für die Schweiz insbesondere wichtigen Punkte hat Fellenberg schon vor 30 Jahren und späterhin wiederholt die Aufmerksamkeit seiner Landsleute hinzulenken gesucht. Er ist fest überzeugt, daß die Schweiz bei gehörigem rationellen Betriebe des Landbaues eine doppelt so große Bevölkerung ernähren könnte, während sie jetzt eine große Menge Getreide einführt und sich ohne Noth vom Auslande abhängig macht. Landw. Bl. IV. 30. Mittheilungsblatt 1835 S. 148 ff.

29) Dieses meist sehr gut nach Schwegler (Director des landw. Instituts zu Hohenheim) in seiner bekannten Schrift: Beschreibung und Resultate der Fellenberg'schen Landwirtschaft. 1816. S. 28. Vergl. Ch. Pictet, Lettres à Mr. Vial p. 8.

30) Besonders beschrieben sind dieselben in den gemeinnützigen schweizerischen Nachrichten. Bern, 1807 Nr. 87 ff.; ferner in der Monatschrift: „Der Bauernfreund“. Frauenfeld, 1810. Heft IV. S. 207; und Gautheron, Lettres à Mr. Charles Pictet sur la fête célébrée à Hofwyl le 23. mai 1807. Genève, 1808.

die Lehranstalt, und an diese die höhere wissenschaftliche Erziehungsanstalt, so wie die landwirthschaftliche Versuchsanstalt, und an diese später, nachdem erwähnter Maßen für die extreme der Gesellschaft geforgt war, noch die sogenannte Real- oder Elementarschule sammt der *Normal-Schule* für Schullehrer und der Erziehungsanstalt armer Mädchen, welche Bildungsanstalten zusammengekommen jenes schöne Ensemble bildeten in sich abschließenden Erziehungsstaates bilden, der bis jetzt (1817) noch einzig in seiner Art dastand und dessen einzelne Zweige nicht zu näher, so weit dieses für den mehrerwähnten Hauptzweck nöthig, trachtet werden sollen.

Was zunächst die landwirthschaftlichen Institute zu betrifft, welche aus dem angegebenen Grunde die Basis des Ganzen bilden, betrifft, so haben diese die allgemeine Aufmerksamkeit in dem Grade auf sich gezogen, wie wohl nirgends bei ähnlichen Anstalten der Fall gewesen. Schon im Jahre 1808 begab sich der vorz. und bald darauf der jetzt regierende König von Baiern selbst nach Hofswol, um dieselben in Augenschein zu nehmen; dergleichen die damaligen Kronprinzen von Oesterreich, Baiern und Dänemark, die jetzigen Herzöge von Weimar, Nassau, Mecklenburg, Schwaben und Jülich, die Fürsten von Thurn und Taxis, von Dietrichstein u. s. w. die meisten europäischen Regierungen ließen sich durch ihre Gesandten der Schweiz amtliche Berichte abstaten, welche zum Theile durch den Druck veröffentlicht wurden, und mehrere derselben richteten ähnliche Anstalten in ihren Staaten ein. Gleichzeitig erschienen eine Menge Schriften über dieselben, unter denen, nächst den von Zellenberg selbst herausgegebenen landwirthschaftlichen Blättern von Hofswol³¹⁾, die des Staatsraths Pictet³²⁾, und das schon erwähnte Werk von Schweizer, welches als Hauptschrift über diesen Gegenstand gilt³³⁾, besonders zu nennen sind³⁴⁾, und auf welche wir in Beziehung auf das Detail

31) Zarau 1806—1817. 5 Hefte.

32) In der préface zu seinem *Cours d'agriculture anglaise*; ferner in seiner *correspondance avec son Exc. Mr. le Général Vial*; in seiner *lettre à ses collaborateurs* in der *bibliothèque britannique* (später bibl. universelle) vol. I. 173. 232. 293. vol. II. p. 25.

33) Mit letztem sind übrigens zu vergleichen die in der vorigen Note schon angeführten Pictet'schen Beschreibungen, insgleichen die in dem V. Hefte d. *Landw. Blätter* enthaltenen.

34) Andere Schriften sind: *Escher*, Briefe über d. Real. Landw. Zürich, 1809. *Bonafant*, *Sur agricult. de quelq. Cantons de la Suisse*. Paris, 1809. p. 44 s.; Bericht an die Tagelana über Hofswol. 1808. 2. Ausgabe demit zu vergleichen *Schiffold's* Bemerkung über diesen Bericht. Erlangen, 1809; *Crud*, *Notice sur les établissements d'Holwyli* 1816; v. *Barthen*; ein's und Prof. *Jordan's* Berichte an die l. landwirthschaftliche Gesellschaft in Wien, von den Jahren 1815 und 1817; ein Aufsatz in dem *Society Magazine of the North West of Ireland*, vom Jahre 1823; *Hofmann's* Note nach Hofswol, mit Bemerkungen vom Staatsrath *Thott* (womit zu vergleichen die Beschreibungen Zellenberg's in *Thott's* *Annalen der Landwirth-*

verweisen müssen, in das hier einzugehen der Raum nicht gestattet. Nur kurz können wir andeuten, daß sich Fellenberg durch seine vielen lehrreichen Versuche und bessere Methoden für die Entwässerung und Entsteinung der Felder, die Entsumpfung und Bewässerung Wiesen, die Düngerproduction, die Einführung der Wierfelderwirtschaft mit doppelten Ernten und dem Systeme der vier Pflugarten, insbesondere auch theils durch eigene Erfindung, theils durch Verbesserung landwirthschaftlicher Maschinen³⁵⁾, endlich und vornehmlich durch Einführung und Verbreitung des wahrhaft rationellen Betriebes des Landbaues (in dem bereits näher angedeuteten höheren und umfassenderen Sinne dieses Ausdrucks) durch Lehre³⁶⁾ und Beispiel seinem Vaterland, als um die übrigen europäischen Staaten auszeichnet verdient gemacht und den Ruhm eines der vorzüglichsten rationellen Landwirthe erworben hat.

Was die Erziehungsanstalt für die Söhne der höheren Stände betrifft³⁷⁾, so ward Fellenberg zu der Stiftung derselben einerseits durch die Erwägung des großen unermesslichen Einflusses bestimmt, welchen die durch Vermögen und Rang begünstigten Classen sowohl durch die unmittelbare Verwendung ihrer Glücksgüter, als auch schon durch das Beispiel ihrer Lebensweise auf das gesammte Volk ausüben; anderseits durch die Wahrnehmung, daß bei der gewöhnlichen Erziehung der Hochstehenden und Reichen dieselben gewöhnlich dahin geführt werden, die ihnen durch Vererbung geseglich übertragenen Vorzüge und Vortheile auf eine Weise zu mißbrauchen, wie mit dem Vortheile der übrigen Classen der Gesellschaft, so wie mit ihrem eigenen wohlverstandenen Nutzen durchaus im Widerspruche ist. Namentlich findet sich in der Regel überall ein arger Mißbrauch des Reichthums und der Macht von Seiten jener äußerlich Begünstigten zur Unterdrückung der niederen Volksclassen, so wie ein bei

schaft und in den landwirthsch. Blättern von Hofwyl); Gléner's landwirthschaftliche Reisen durch Schloffen. I. 56; Raymond de Véricourt, Des instituts agricoles d'Hofwyl. Paris, 1837. Eine kurze Uebersicht des Gethümlichen der Fellenberg'schen Landwirthschaft findet sich auch von Gléner in Ersch's und Gruber's allgem. Encyclopädie der Wissenschaften und Künste 2. Sect. Th. IX. S. 327 ff., die übrigens ebenfalls einiger Berichtigung bedarf.

35) Vollständigere Angaben und genauere Beschreibungen der von Fellenberg theils erfundenen, theils verbesserten Maschinen finden sich in den Landw. Blättern und in Scherz's Schrift. Unter den von Fellenberg erfundenen Maschinen ist die Sämaschine besonders zu nennen; ingleichen die componirte Pferde- und die Reinigungsmaschine, um den Samen der Schmarogerpflanzen von Klee- und Luzernsamen zu sondern.

36) Ueber F.'s subjective Lehrgaben und insbesondere die Klarheit und Gründlichkeit seines Vortrags findet sich ein ausführliches Zeugniß des erwähnten Directors Scherz in dem Jahrgange 1835 der landwirthschaftlichen Zeitung von Halle. Vergl. Landw. Blätter von Hofwyl Heft V. S. 177.

37) Vergl. Villaveille p. 32 suiv. Panhard in der Bauwissenschaftl. Zeitschrift 1825. p. I. S. 52. p. II. S. 74. p. III. S. 54.

Einfluß der Ersteren auf die Sittlichkeit der Letzteren³⁸⁾.
 Es genügt wohl, an die französische Revolution zu erinnern, welche
 in allen ihren Greueln ihren eigentlichen Grund doch in nichts An-
 deres hatte, als in der allgemeinen Demoralisation, die, von der grenz-
 losen Verschwendung und Liederlichkeit des Hofes und der übrigen
 Stände ausgegangen, bald genug alle übrigen Stände ergriffen und
 zerstört hatte. Zugleich hatte dieses welthistorische Ereigniß, wie be-
 kannt, die Wirkung, daß es nicht nur die bisher allgemein herrschende
 Meinung des Bestehenden überhaupt erschütterte, sondern auch nament-
 lich in Beziehung auf erblichen Reichthum und Rang ihre Besitzer
 daran, dem bloßen Besitze, als einem ohnehin moralisch unzureichen-
 den Rechtstitel, nicht allzu sehr zu vertrauen, und sonach die Reichen
 und Vornehmen auf die Erlangung geistiger Vorzüge hinwies, in
 Bezug welcher ihnen der Mittelstand bereits bedeutend vorausgeeilt war.
 In dieser Beziehung kam es offenbar zunächst darauf an, durch die
 angemessenste, vielseitigste und höchstmögliche Ausbildung der genann-
 ten begünstigten Stände denselben wieder zu einer mit ihrer äußeren
 Lage harmonisirenden Mitwirkung zum Wohlergehen der menschlichen
 Gesellschaft zu verhelfen, wie das eigene Interesse der vom Glücke Be-
 günstigten es gebietet, und die ihnen zu Theil gewordenen Vortheile sie
 dazu verpflichten. Damit dieselben nun eine ihrer Stellung angemessene
 erfolgreiche Thätigkeit in Hinsicht der Verwaltung ihres Vermögens
 und des höheren Staatsdienstes gewinnen könnten, mußte vor Allem
 auf ihre Gefühls- und Charakterbildung gewirkt werden, in-
 dem sie mit ächter Begeisterung für jenen hohen Beruf, mit wahrer
 Lust und Liebe für Arbeit und thätiges Leben erfüllt und bis zur Epo-
 che der Erstarrung ihres Willens aus einer Umgebung entfernt wur-
 den, deren Versuchungen sie siegreich Widerstand zu leisten bis da-
 hin unermügend waren.

Wenn sonach es als erste Bedingung für das Gelingen einer sol-
 chen Erziehungsaufgabe erscheint, daß die Zöglinge der höheren Stände
 aus jenen gefährvollen Umgebungen entfernt und in einem solchen
 Hause erzogen werden, der durch sich selbst, d. h. durch den in ihm
 wohnenden Geist der Ordnung, des Fleißes, der Wohlauständigkeit,
 Einfachheit und Religiosität, diese Tugenden durch lebendige An-
 schauung oder Beispiele dem jugendlichen Gemüthe einprägt; und
 wenn es als eine zweite Bedingung angesehen werden muß, daß die-
 sen Zöglingen schon in ihrer Bildungsperiode die Hauptelemente des
 Staatslebens, namentlich in der Anschauung der verschiedenen Ge-
 sechtsverhältnisse, vorgeführt werden, um sie frühzeitig zu einem groß-
 artigen Ueberblicke der mannigfachen Beziehungen des Lebens zu gewöh-
 nen; wenn endlich drittens das Gemüth derselben ebenfalls möglichst
 frühzeitig zu einer lebhaften Theilnahme an dem Loos ihrer unbegün-

38) v. Zart, Briefe über Pestalozzi I. Vorrede S. XIV ff. Vergl.
 Zitzmann, Blicke auf die Bildung unsrer Zeit. 1835. S. 177.

stärkeren Mitmenschen angeregt und ihre Thatkraft in dieser Hinsicht durch musterhaftes Beispiel richtig geleitet werden muß, so ist offen Hofwyl vorzugsweise geeignet, diese Bedingungen zu erfüllen. In daselbst nichts dem Auge begegnet, was das kindliche, schulbloß und müth widrig und verlegend berühren könnte; wie an diesem mit den sogenannten „Culturorte“ sämtliche Glieder, bis auf die geringsten Arbeiter herab, zur Darstellung der sittlichen Idee eines wohlgeordneten Gemeinwesens mitwirken — darüber ist bei Allen, die diese Thatsache näher zu kennen Gelegenheit gehabt haben, nur Eine Stimme. Eben so versteht es sich wohl von selbst, wie erfolgreich die lebendige Anschauung des Gelingens von Anstalten, deren Großartigkeit in der Anlage selbst die erfahrensten und hochgestellten Männer Ansehen mit der Besorgniß eines unvermeidlichen Ruins ihres Unternehmens erfüllten³⁹⁾, auf die Belebung der jugendlichen Thatkraft und die Anregung zu einer edeln Nachahmung⁴¹⁾ wirken und ihnen zugleich den richtigen Weg zu einer wirksamen Bethätigung christlicher Menschenliebe zeigen⁴²⁾ muß; so wie auch der längere Aufenthalt daselbst

39) Vgl. die citirten Schriften von Villevielle, Capo d'Istri, Panhart u. s. w. — In der Schrift von Schwerz heißt es S. 12: „Unter all' dem Gesinde und handarbeitenden Leuten, deren H. Jellenberg eine große Menge hat, herrscht außer der Ordnung auch die größte Sittlichkeit und ein sicherer Grad von Religiosität, die, wenn sie auch der Jellenberg'schen Anstalt nicht eigen wären, doch durch die anderen Umgebungen von Erziehungsanstalten erfordert würden. Nie hörte ich weder Fluch, noch Schwur, noch Gotteslästerung. Kein Spotten, Schmähen, Drohen, kein ungezogenes, noch überhartes Wort hat hier Statt. Hofwyl ist eine Art von Tempel, an dem alles Unanständige und unmäßig Earmende verbannt ist.“ Ganz ähnlich erklärte sich noch neuerlich der ausgezeichnete Pädagog J. F. W. Lange (Oberprediger in Magdeburg) über die „in Hofwyls großartigen Anstalt herrschende musterhafte Ordnung, die geräuschlose, höchst zweckmäßig in der Ganze eingreifende Wirksamkeit der verschiedenartigsten Geschäfte, den durchdringenden Geist strenger Wissenschaftlichkeit, den vielfach angeregten Eifer, und den erfreulichen Anblick großer Erfolge.“ (S. Diesterweg, Pädagogisches Deutschland. 1836. Th. I. S. 154.)

40) Vergl. hierüber die Aeußerung des Staatsraths Pictet in der Rede seiner franz. Uebersetzung der Jellenberg'schen Schrift über die schweizerische Landwirthschaft. S. 3.

41) Am Schlusse der citirten Stelle von Pictet heißt es: „L'entrepren d'Hofwyl, qui eut été gigantesque pour tout autre, était en juste rapport avec les talens et le caractère de son inventeur. Il est impossible que le spectacle de cet établissement ne pénètre d'admiration et de respect l'homme qui aime les choses grandes et utiles, et qui a une juste idée des difficultés qu'il a fallu vaincre.“

42) „Les élèves du pensionnat destinés aux classes favorisées de fortune, s'habituent dès leur bas âge à considérer comme un apanage leur condition les secours à donner aux classes pauvres. Ils apprennent en ayant sous les yeux l'école des pauvres, quelle est la manière la plus efficace d'aider ceux-ci; et les jeunes gens qui suivent le cours de l'institut d'agriculture, voyent comment ils doivent s'y prendre pour réaliser l'éducation des pauvres des campagnes qui crée les sujets utiles.“ (Pictet, Lettre à ses collaborateurs p. 7.)

unmittelbar die oben erwähnte erforderliche Erstarkung sittlicher Willens-
kraft mit sich führt⁴³⁾. In allen diesen Beziehungen ist mit Recht
zu sagen, daß Hofwyl die Vortheile der Bildungsanstalten einer
kleinen Stadt in sich vereinigt, ohne von deren Nachtheilen zu
leid⁴⁴⁾.

Wir wenden uns nunmehr zu der dem Philanthropen in gewisser
Hinsicht entgegen gesetzten, aber nichts desto weniger aus demselben
Princip hervorgegangenen und organisirten, so wie auch demsel-
ben zur nothwendigen Ergänzung dienenden landwirthschaftlichen Ar-
beitsanstalt oder der sogenannten Wehrli Schule⁴⁵⁾.
Bekannt wurde Fellenberg zu ihrer Stiftung durch die Erwägung,
daß die zunehmende Verarmung in unserer Zeit nicht etwa enthaltsa-
m und angelegener, sondern vielmehr lüsterner und ausschweifender,
trüger und unthätiger mache, und wie selbst die Wohlthätigkeitsäuße-
rungen Einzelner und die öffentlichen Armenanstalten, statt die Quelle
der Noth zu versiegen zu machen, ihre entwürdigende Fortdauer nur

43) Schwegler sagt a. a. O. S. 242: „Aus dieser Schule können nur
kräftige, gute, nützliche und selbstständige Leute hervorgehen. „„Wenn ich““,
sagt einer der hiesigen ältern Zöglinge, während meines Hierseins zu einer
Zeit, da ich mit den Gefahren des Weltlebens bedrohte, in das er nun bald
eintreten würde — „„wenn ich oder meine Kameraden, die hier erzogen werden,
etwas nicht entsprächen, was man billig von uns zu erwarten berechtigt
ist, kann, Madame! wären wir nichts Besseres werth, als daß man uns Alle
hinrichten sollte““. Diese Sprache ist wohl schwerlich der Ton eines Heuch-
lers, und der, der sie führte, war der junge, etwa siebenzehnjährige Fürst von
Sachsen —“. In derselben Beziehung sagt Escher in dem Artikel in der
Encyclopädie S. 331, nachdem er berichtet, wie aus Deutsch-
land, Frankreich, Italien, Rußland u. s. w. Jünglinge aus den ersten Familien
nach Hofwyl gebracht wurden, um eine ihren Verhältnissen angemessene Er-
ziehung zu erhalten: „Wenn man auch keinen andern Gewinn in Anschlag
bringen wollte, so ist doch derjenige kaum zu berechnen, der daraus hervorging,
daß so mancher, durch seine Verhältnisse zu späterer einflußreicher Stellung
befähigter Jüngling dadurch der moralischen Verkrüppelung entging, welcher er
in der Umgebung eines vornehmen höfischen Lebens ausgesetzt war.“

44) „L'institution d'Hofwyl offre dans les lettres, les sciences, les arts
une gymnastique variée ce que l'on peut trouver dans une grande ville;
les écoles ne s'y présentent pas pour étouffer des semences à peine ger-
mées, et les élèves y apprennent à aimer le laboureur. Inspirés par leurs
maîtres impressions, ils mettront plus tard leur bonheur à rendre heureuse
une classe utile et trop souvent oubliée.“ (Bonafons, Sur l'agriculture
de quelq. cantons etc. p. 49.)

45) Die Hauptschriften über diese unter allen Hofwyl. Bild.-Anst. am Unbestrit-
ten als musterhaft anerkannte Anstalt (Villevieille p. 20) sind zunächst
Fellenberg's eigene Darstellungen derselben im IV. Heft der Landw. Blätter
abgedruckt Aarau, 1813); ferner Rengger's Bericht über die
Landwirthschafts-Anstalt in Hofwyl (Tübingen, 1815), und Lange's Feldgärt-
ner-Anstalten oder ländliche Erziehungsanstalten für Armenkinder (2. Aufl.
Leipzig, 1836), woselbst auch die Nachbildungen der Hofwyl'schen Armen-
schule in der Schweiz und in Deutschland geschildert sind.

gleichsam noch verewigten, und daß die Gefahr drohete, es möchte endlich auch die Kräfte des jetzt noch vermöglicheren Theiles der Gesellschaft durch das zunehmende Verderben der Vermögenslosungen werden. Gegen dieses Uebel zeigte sich nur ein macht radicales Heilmittel, nämlich die Abscheidung der wachsenden Generation, welche durch ihre äußere hilflose Lage und Schlechtigkeit ihrer Umgebung in der Gefahr ist, von Tag zu Tag verbesserlicher und schlechter zu werden, von ihrer bisherigen verdorbenen Umgebung und ihre Aufnahme in solche Arbeitsschulen, woneben einerseits zu eigentlichen Erziehungs-Anstalten gemacht, andererseits in ökonomischer Hinsicht so eingerichtet werden müßten, daß die zur Errichtung nöthigen Vorschüsse, so wie die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Kosten, wo nicht ganz, doch größtentheils durch die von aufgenommenen Zöglingen gelieferte Arbeit ersetzt werden. Felsenging dabei von dem durchaus richtigen und empfehlenswerthen Princip aus, daß keinem Menschen anders, als durch sich selbst zu helfen sei⁴⁶⁾, so wie von der ebenfalls ganz gegrißten Voraussetzung, daß auch in dem geldärmsten Menschen ein Verbeßerung seiner Lage hinlängliches eigenes Productionsvermögen findet, wofern nur der Geist und die Fähigkeit der Beobachtung, wie der Geist der Ordnung und Sparsamkeit, der Genauigkeit und des ausdauernden Fleißes gehörig in ihm erweckt und entwickelt, dabei für die Ausbildung des Gemüthes und Charakters durch eine volle Behandlung, möglichste Vereinfachung und Verebelung der Bedürfnisse und Anknüpfung der Entbehrungen an wirksame religiöse Erhebung gehörig gesorgt wird. Hierauf bezieht sich nun das Gethümliche dieser Hofwylerschen Bildungsanstalt, daß in ihr, im Gegentheil gegen die gewöhnlichen Dorfschulen und andere niedere sogenannte Real- oder Industrieschulen, die landwirthschaftliche Arbeit als die am meisten Zeit und Kraft der Zöglinge in Anspruch nemende Aufgabe, der Unterricht dagegen in der gedachten Beziehung als Erholung von der körperlichen Arbeit erscheint. Es darf jedoch dieses nicht, wie öfter geschehen ist, so deuten, als würde die intellectuelle Bildung der Kinder und der ihnen zu einem wahrhaft menschlichen und christlichen Dasein nöthige Kenntnissvernachlässigt würde; im Gegentheil wird durch die freilich bloß rationalen Betriebe der Landwirtschaft, wie gezeigt worden, eine solche vielfache Anregung des Beobachtungsgeistes und der Aufmerksamkeit, eben so sehr die wahre Intelligenz (die ja in wirklich erhöhter Geisteskraft oder Urtheilskraft, und nicht in angelerntem Wortwissen besteht) auf das Vielfachste entwickelt, als durch den Geist der Ordnung, der Sparsamkeit und des Fleißes auf das Vortheilhafteste die Gemüths- und Charakterbildung eingewirkt. Letzteres geschieht auch durch möglichste Ausbildung der Gesangkunst, in welcher

46) Spandw. Blätter IV S. 10.

g. wie Goethe⁴⁷⁾, eines der vorzüglichsten Bildungsmittel erkennen, welche daher mit der größten Sorgfalt geübt wird⁴⁸⁾.

Wissenschaft kam es hierbei, es ist nicht um eine gewöhnliche Volksschule⁴⁹⁾, sondern um eine wahre Armenanstalt handelte. darauf an, Lehrer zu finden, die jenen verwaisten Jünglingen nicht bloß Unterricht und Anleitung zu Handarbeiten geben, dem zugleich bei ihnen Vater- und Mutterstelle vertreten, sie nie von Augen verlieren und ihnen ein lebendiges Beispiel sein konnten. Mehrere junge Schullehrer unterzogen sich diesem Versuche; aber wollte ihnen mit diesen rohen Kindern nicht gelingen, bis endlich Jellenberg nach vier vergeblichen Versuchen im Jahre 1800, bei Gelegenheit eines von ihm gehaltenen Schullehrerbildungskurses, einen Thurner Schullehrer kennen lernte, den die Idee dieser Armeschule so reizte, daß er seinen Ehn zur Ausführung derselben anbot. Dieser

stern, Johann Jacob Wehrli (geb. 1791) begann nun auch nach Jellenbergs, unter Jellenberg's Leitung besorgter Vorbildung im Hofron im Sommer 1810 die Lösung seiner Aufgabe, und führte volle 24 Jhre jenen hohen Beruf, den verwaisten Jünglingen nicht bloß Lehrer d. Aufseher, sondern auch Erzieher, Vater und Bruder zu sein, mit der Energie der Ausbauer und einem solchen Lehr- und Erziehungserfolge durch, daß ihm die allseitigste und unbedingtste Anerkennung und Verdienste zu Theil geworden ist⁵⁰⁾.

47) *Wanderjahre* 90. B. S. 1. 288. 289.

48) *Wanderjahre* p. 169. *Handbuch* in der wissenschaftl. Zeitschrift *Basler Schulwelt* 1820. III. 76. *Vergl. Parnisch, Handbuch für Schullehrer* 1820. S. 217.

49) Es gibt allerdings, leider! viele dergleichen Schulen, wo Armeskinder d. Singern, Stricken, Sticken, Klappeln u. s. w., in dumpfige Stuben eingeschloffen, kümmerlichen Lektionen erlernen, dafür aber mit lebenslänglicher Verwundung und geistiger Verdummung büßen müssen. *Vergl. Parnisch* S. 1. 2. 3. 4. 5.

50) *Vergl. besonders* den in der 4ten *„Revue“* (welcher auch viele interessante Notizen aus Wehrli's Tagebüchern enthält), ferner das *Thurgauer Wochenblatt* für 1838 S. 21, und *Mon. Polit. Economie* II. S. 255, welches bemerkt, daß deshalb dieser neuen Art von Erziehungsanstalten mit Recht der Name Wehrli-Schulen beigelegt worden. Dieses darf übrigens nicht zu dem Bedauern verleiten, als wenn die dortige Anstalt bloß von der erstwähnten Wehrli's abhingen hätte, und somit für ihre Nachbildung eine Ausnahme da wäre, eine Anstalt, welche schon Villeneuve S. 96 f. bespricht hat. In wie auch Jellenberg nicht nach seiner Weise thatsächlich nach Meinung der später erwähnten Marktschreiner. *Vergl. auch* *Pictet's* *den Jhre 1812* *lettre à son collaborateur* (Paris, 1812) p. 29, wo es über Wehrli heißt: „Ce n'est point, au reste, à l'excellent Vahrli seulement, à cet homme tout entier par son activité, son intelligence et son bon sens, mais aussi à son état de plénitude de succès. Vahrli ne serait point tout ce qu'il est, si M. Jellenberg ne lui eût inspiré l'enthousiasme et ce qui est bon, bon, utile à ses semblables; s'il ne soutenait son courage par les motifs religieux, par l'encouragement continuel de son prêtre, de ses discours, de sa confiance intérieure, et surtout par l'exemple qu'il lui donne du dévouement et de la persévérance dans la carrière du bien.“

Nach dem Vorbilde dieser Armenschule wurden bald eine andere, theils in der Schweiz selbst (zu Carra und Bilette bei G. zu Echichamp bei Rolle, in der Schurtanne bei Trogen, an der bei Teufen, ferner bei Basel und bei Summiswald etc.) und in Deutschland (in Friedrichsfeld bei Berlin, in Pirna, in Düsseldorf etc.), in Holland und England eingerichtet, und der thatsächlich weiß geliefert, daß das Problem einer zweckmäßigen Sorge für die mentkinderwelt keineswegs ein an sich unausführbares, oder nur in die besonders begünstigten Umstände, die sich in Hofwyl fanden, verwickelndes Ideal sei. Um dieses Letztere nachzuweisen, hatte J. F. Fellenberg selbst nahe bei dem 2 Stunden von Hofwyl entfernten Dorfe Mankirch, 3 Stunden von Bern, im Jahre 1823 eine mentkindercolonie angelegt, welche, wie die Linthcolonie, ebenfalls den merkwürdigsten Resultaten führte und bald Anerkennung und Genehmigung fand⁵¹⁾.

Nachdem auf diese Weise dem ursprünglichen Plane gemäß die Erziehungsbedürfnisse der beiden Extreme der Gesellschaft möglichst gesorgt war, konnte Fellenberg seinen Plan noch weiter ausbauen und auch eine für den Mittel- oder Bürgerstand im engeren Sinne oder für die Gewerke vorzugsweise berechnete sogenannte Mittelschule gründen, welches im Jahre 1830 geschah. Der Zweck der Sache nach war dieselbe vorzüglich für die nächsten Bedürfnisse des speciellen Vaterlandes, welches bis jetzt noch viel zu sehr von der Unterstützung auswärtiger Handwerker abhängig ist⁵²⁾, bestimmt, so daß sie fast ausschließlich von jungen Schweizern (bisher von mehr als 11 besucht wird. Auch in dieser Anstalt sind Unterricht und Erziehung Lehre und Leben in die engste gegenseitige Durchdringung und Ergänzung gestellt. Der Unterricht umfaßt im Wesentlichen folgende Fächer: Religion, deutsche und französische Sprache⁵³⁾, Rechnen und Geometrie, Naturgeschichte und Naturlehre, Geographie und Vaterlandskunde, gemeine und Schweizergeschichte, geometrisches und perspectivisches Zeichnen nach Vorschriften und nach der Natur, Schönschreiben, Gesangslehre und technische Arbeiten, welche theils zugleich allgemeinere Kunstübung gewähren, theils als nähere Vorbereitung für künftige Berufsbahn anzusehen sind. Daß auch in dieser Anstalt, in welcher ein besonders veröffentlichter Prospectus das Nähere besagt,

51) Ueber die Linthcolonie vergl. Fellenberg's Schrift: *Beleuchtung einer weltgerichtlichen Frage*. Bern, 1830. S. 77. 214 ff., besonders S. 242. Lange II. 199, und über die Mankirchcolonie den dreimonatl. Bildungscurse S. 220 ff., und Lange a. a. O. II. 60. Vergl. auch Mohl, *Polizeiwissenschaft* I. 323.

52) Wie es auch in politischer Hinsicht für die Schweiz vorthellhaft gewesen wäre, von größeren Massen jener Fremdlinge verschont zu bleiben, haben die bekannten Ereignisse der neuesten Zeit zur Genüge bewiesen.

53) Auf Verlangen wird den Zöglingen auch die englische und italienische Sprache gelehrt.

weisen Methoden der Erziehung und des Unterrichts ihre Anwen-
den haben, so wie daß derselben wichtige Vortheile aus der Nähe und
Benutzung der übrigen Hofwylers Bildungsanstalt⁵⁴⁾, so wie aus
ihm in seiner Art einzigen Leben in diesem Culturorte zu Theil
werden, verleihe sich von selbst. Besonders hervorzuheben ist in die-
ser Hinsicht, daß in dieser Realschule vor Allem jene echte Indu-
strialbildung bezweckt und erstrebt wird, an der es überall noch so

Wir kurz erwähnen wir, daß ebenfalls in Hofwyl 12 Jahre lang von der Frau v. Tellenberg und deren ältesten Töchtern geleitete Mädchenerziehungsanstalt bestand, in welcher eine bedeutende Anzahl Mädchen aus den allerärmsten Familien der umliegenden Dörfer den zweckmäßigen Unterricht, und namentlich Bildung in der Hauswirtschaft erhielt. Späterhin wurde dieser Unterricht in den benachbarten Dörfern selbst erteilt ⁵⁶⁾, bis endlich vor einigen Jahren diese Schulen (wie in manchen Staaten Deutschlands) unter specielle Aufsicht des Staates gestellt wurden.

Nicht weniger wichtig und einflussreich haben die Normalcursus in Landschullehrer gewirkt, welche Fellenberg stiftete, und wo er in der That beispiellose Hingebung erwieß. Ueberzeugt von den Mängeln des Volksschulwesens und namentlich der Anstalten, welchen die künftigen Volksschullehrer selbst erst gebildet werden sollten, hatte er bereits im Jahre 1808 nicht weniger als 42 Schüler aus den Cantonen Bern, Freiburg und Solothurn in Hofwil aufgenommen, sie unentgeltlich 2 Monate lang unterhalten und ihnen während dieser Zeit einen sogenannten Normalbildungscurs ertheilen lassen, um sie durch unmittelbare Anschauung mit den besseren Unterrichtsmethoden bekannt zu machen. Dieser Versuch ward von dem besten Erfolge gekrönt und mit ungetheiltem Beifalle, sogar von Seiten der Berner Regierung, aufgenommen, welche letztere übrigens, selbst dem Bevormundungs- und Verbummungssysteme zugethan, die Wiederholung dieses Curses im folgenden Jahre höchst unerwarteter Weise den Schullehrern ihres Cantons beizuwohnen verbot⁵⁷⁾;

4) Die Zöglinge der Realschule, welche vorzüglich Anlage zu wissen-
schaftlicher Bildung an den Tag legen, genießen unentgeltlich Zutritt zu den
Vorlesungen der höheren wissenschaftlichen Anstalt.

2) Cas, Darst. der Nationalökonomie, übers. v. Morstadt I. 98. Bergl.
3) Gemeinw. Bildungscurs S. 192.

3) Der einzige Grund, welcher die Aufhebung dieser Anstalt veranlaßte, war, daß sich aus einer so vieljährigen Erfahrung ergab, wie die Mädchen, welche in den dürftigsten Umgebungen aufgewachsen und nun zu der steten Versorgung der bedeutenden Hofwirth Borräthe, die ihnen ganz unerschöpflich zu Gebote stehen, versetzt, nicht zu dem häuslicherischen Sinne zu erziehen waren, in dem untergehen läßt, sondern Alles zu Ehren zu ziehen weiß, und die Schwelgerei als der Hauptpunct bei der Erziehung der Armen anzusehen ist.

*) Villeveille p. 49. Der dreimonatl. Bildungscurs u. s. w. S. 19.

baher in diesem Jahre bloß Schullehrer aus den Cantonen Aargau, Basel, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen und Luzern sich in Hofwyl einfinden durften⁵⁸⁾. Erst nach dem Sturze der alle Bildung mißtrauisch bewachenden und hemmenden Bevorrechtigung im Jahre 1830 konnten diese Normalcursse in den Jahren 1831—36 fortgesetzt werden, wobei übrigens auch die neue Regierung diese segensreichen Bestrebungen eines für die große der Volksbildung die größten pecuniären Opfer⁵⁹⁾ nicht schon Privatmannes vielfach auf eine Weise hemmte, die eben so sehr aller gesunden Staatsweisheit überhaupt, als mit dem Geiste und ausdrücklichen Vorschriften der Berner Verfassung insbesondere im Widerspruche ist⁶⁰⁾.

Ueerblicken wir hier die gesammten Resultate, welche Fellenberg lediglich als Privatmann durch sich selbst bewirkte! Der Wolkhof stand 1799 aus einem Herrschafts- und vier Wirthschaftsgebäuden 440 Magdeburger Morgen Land, so wie sein gesamntes Personal 15 Einwohnern; jetzt ist sein Areal mehr als verdoppelt, sein Geviert- und resp. versachsfacht, die Zahl der Gebäude beläuft sich auf 13 größere und 4 kleinere⁶¹⁾ (welche nöthigenfalls für eine Portion von 600 zureichen würden), und die Zahl der Einwohner ist gegenwärtig auf 350—400 gestiegen, oder gerade den tausendsten Theil der gesammten Bevölkerung des Cantons Bern. Bei der Lösung wirthschaftlicher und sonstiger Aufgaben haben seit fast 10 Jahren Menge Arbeiter der Umgegend ihren Unterhalt gefunden, und es beläufig eine halbe Million Schweizerfranken daselbst in Circulation gebracht worden⁶²⁾. Die Zahl der Zöglinge der landwirthschaftlichen und höheren wissenschaftlichen Anstalt hat sich bis jetzt auf 783 betragen, die der Armenschule, mit Inbegriff der Maykirchcolonie und Mädchenschule, beläuft sich auf 451, die Zahl der Realschüler auf 100, die der Schullehrer, welche in den Normalcursen Unterricht erhielten und auf Fellenberg's Kosten Monate lang unterhalten wurden, auf 100.

Bei allen diesen glänzenden Erfolgen, welche die schon öfter gestellte Behauptung allerdings rechtfertigen, daß Fellenberg schon

58) Es verdient jedoch bemerkt zu werden, daß viele Schullehrer des Cantons Bern sich in der 22 jährigen Zwischenzeit als Landarbeiter in Hofwyl einfanden und den Unterricht in der Schule zur Erholung von den Landarbeiten genossen.

59) Vergl. den dreimonatl. Bildungscurse S. 232—242. Fellenberg im Jahre 1832 ein eigenes Wohnhaus zur Aufnahme von 100 Schülern erbauen, schaffte 100 vollständige Betten für sie an u. s. w.

60) Mittheilungsblatt u. s. w. Nr. 12 ff.

61) Das große Erziehungshaus allein nimmt einen Flächenraum von 16,800 Quadratsfuß ein, enthält sieben über 80 Fuß lange, 30 Fuß breite Säle und 53 andere Zimmer; das Lehrerhaus enthält deren 56 mit Zehn der Speise- und Gesellschaftssäle u. dergl. m. (S. Zug, Beschreibung des Schweizerlandes. 1827. II. 161.)

62) S. den dreimonatl. Bildungscurse S. 238 ff.

daß er gezeigt, wie weit es ein Privatmann bringen kann, sich um die Welt verdient gemacht habe⁶³) — war doch Fellenberg selbst schon sehr früh zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Kraft eines Privatmannes keineswegs hinreichen, um die große Aufgabe der Beförderung höchster Civilisation vollkommen zu lösen, worüber er sich auf das Bestimmteste schon vor 30 Jahren ausgesprochen hat⁶⁴). In diesem Sinne erklärte Fellenberg bereits im Jahre 1807⁶⁵), daß der Institut von Hofwyl „keineswegs als eine Privatspeculation zu betrachten sei, und daß er dasselbe bereits durch sein Testament als eine öffentliche Anstalt garantirt habe“, und auf ähnliche Weise 2 Jahre später in einem Briefe an Fichte⁶⁶). Nach dem, was bereits früher von der Stellung Fellenberg's zu der damaligen Aristokratenregierung im Bern gesagt worden, war es natürlich, daß er damals seine Inst. Hofwyl zur Staatsanstalt zu erheben, nicht zu realisiren hoffen konnte.

Ein günstigerer Zeitpunkt hierfür schien nach der politischen Revolution des Cantons 1830 und 31 eingetreten zu sein; daher denn auch Fellenberg bald nach dieser Epoche Schritte zur Ausführung jenes Plans that, die jedoch bis jetzt erfolglos waren, was sich in der That zum Theil als aus dem Vortwalten gehässiger persönlicher Leidenschaften infusreicher Gegner erklären lassen möchte. Gewiß ist wenigstens, daß mannigfache Entstellungen von Fellenberg's eigentlicher Absicht dabei vorgekommen sind, wie ausführlich und urkundlich nachgewiesen worden ist⁶⁷). Fellenberg's Plan und Anerbieten einer Ehrentafel der zum Zwecke der Erziehungsanstalten in Hofwyl aufgeführten Anstalten an den Staat war unter der Bedingung geschehen, daß in Verbindung mit der in dem nahen Buchsee schon befindlichen Staatsanstalt, so wie mit den Fellenberg zugehörigen und den auf der Kanti bei Bollkofen noch anzulegenden Volksbildungsanstalten ein großes Ganzes wohlcombinirter Primar-, Secundar- und Normal-Schulanstalten in Verbindung mit den landwirthschaftlichen Versuchs- und Anstalten, der landwirthschaftlichen Armenschule, der Industral- oder Realschule und der wissenschaftlichen Lehranstalt, als Vor-

63) „Ce n'est pas le moindre service qu'ait rendu Mr. de Fellenberg, qu'il a fait un tel exemple: il montre qu'elle est la puissance de l'esprit humain, qu'elle est l'action d'une insatiable économie; il prouve qu'un homme, avec une fortune, comme on en voit beaucoup, même dans les pays les plus pauvres, peut, à l'aide du temps, achever d'immenses entreprises, qu'il possède, pour soulever les obstacles, les leviers d'une volonté forte. Les résultats (j'emprunte l'expression heureuse — d'un homme d'un esprit supérieur), les résultats sont voir, à Hofwyl, tout le bien que peut faire un seul homme!“ (Villevieille p. 192.)

64) Ebdem. Blätter. Heft I. S. 28.

65) Ebdem. Blätter. Heft I. S. 32.

66) E. Fichte's Leben und Briefwechsel Th. II. S. 259. Vergl. Pictet, Lettres de Mr. Vial p. 21.

67) Mittheilungsblatt a. a. D.

bereitung für die Hochschulstudien, gebildet würde. — In diesen einigen Anstalten sollten etwa 4—600 Kinder von 8—15 Jahren der gesammten Volkjugend des Cantons mit gewissenhafter Sorgf erwdhlt und ausgebildet werden. Uebrigens sollte erst ein Jahr durch thatsächliche Proben und Erfahrung unter Leitung einer Commission ausgemittelt werden, ob ein solchergestalt combinirtes Gan dem Zwecke einer allgemeinen Volks- und Humanitätsbildung wirklich entsprechen würde, worauf dann im günstigen Falle von Stifter von Hofwyl die daselbst und auf der Rütli im Interesse Nationalbildung aufgeführten Gebäulichkeiten definitiv dem Staate entgeltlich überlassen werden sollten; ein Opfer, welches nach Schätzung der Feuerversicherung wenigstens auf 10,000 Carolin schlagen sein würde, wobei auch zu erwähnen, daß Fellenberg für zur Realisirung jener Idee zu machenden Aufwand sofort noch Beitrag von 10,000 Schweizerfranken zur Verfügung der Director der vorgeschlagenen Volksbildungsanstalten zu stellen versprach, so seine Anträge von der höchsten Landesbehörde genehmigt und in unläßige Ausführung gesetzt sein würden. —

Jeder Unbefangene sieht leicht, wie dieser Plan in seiner Ausführung eben so trefflich als von Seiten Fellenberg's uneigennützig und für Interesse des ganzen Cantons durchaus vortheilhaft war oder ist, es steht zu hoffen, daß derselbe, wenn Fellenberg's ächt patriotische philanthropische Ideen nur erst besser und allgemeiner erkannt noch werde zur Ausführung gebracht werden. Daß dieses auch noch allgemeinerem Interesse für die große Sache der jetzt so viel bedroheten Civilisation überhaupt sein würde, kann hier kurz angedeutet werden⁶⁸⁾. Auf Volksbildung oder Volksziehung im umfassenderen Sinne, und namentlich auf Sorge die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der unteren Volksclasse und auf deren moralische Erhebung kommt jetzt Alles an; und in Beziehung hat Hofwyl durch die in seinen Bildungsanstalten gethaten Thatsachen ein leuchtendes Vorbild für die ganze civilisirte Welt gegeben, welches, richtig erkannt und allmählig immer allgemeiner befolgt, allein vermag, dem einreißenden Civilisationsverderben ein haltbaren Damm entgegenzusetzen. In der Hoffnung, zu dieser wichtigeren und allgemeineren Kenntniß und Würdigung dieser Hofwyl'schen Bildungsanstalten einen Beitrag durch die vorliegenden Bemerkungen geliefert zu haben, schließen wir dieselben mit den Worten eines unserer ausgezeichnetsten Schriftsteller⁶⁹⁾, die zugleich die Zuhörer derjenigen niederschlagen können, die an einem Heilmittel und jehigen Civilisationsverderbens verzweifeln und namentlich wenig

68) Ausführlich hat diese Bedeutung der Hofw. Bild.-Anst. der v. d. nachgewiesen in Bran's Minerva 1838, Februar und October.

69) E. Th. Welcker, Volkständische Verfassung 2. Ausgabe. S. 56.

von einer einzelnen Erziehungs- oder Bildungsanstalt, wie
 ist, hoffen: „Wenn wir uns denken, ein Grundsatz müsse,
 mit kräftigem Eingreifen die Dinge nach sich zu bestimmen, an
 Dorn zugleich seine Kraft zu äußern anfangen, so finden wir
 Schwierigkeiten und können niemals Hoffnung schöpfen noch
 Rath erheben. So ist es aber nicht nothwendig, sondern es
 liegt, daß die Idee nur irgendwo eine ihr taugliche hinkommliche
 finde, von wo aus sie in Wirklichkeit übergehen könne. Gebt
 dem Hebel festen Boden, und er reißt die Erde aus ihrer
 Bahn! So werde dem Geiste Grund gegeben an Einem Puncte,
 so bestimmt die Ordnung einer Welt!“

Dr. Karl Hermann Scheidler.

Hoheit, s. Titulatur.

Hobheiten, s. Herrenlose Sachen, Regalien und
 Staatshoheit.

Holland, s. Niederlande.

Holstein, Schleswig-Holstein. Die statistischen
 und geschichtlichen Verhältnisse bis 1802. Das Herzogthum
 Holstein, ehemals das nördlichste Territorium des deutschen Reiches,
 im Norden seit Karl dem Großen und seit Conrad dem Zweiten durch
 die Elbe und Lebensau, so wie durch den im Jahre 1784 vollende-
 ten schleswig-holsteinischen Canal begrenzt, steht mit dem Herzogthume
 Schleswig, welches in älteren Zeiten ein Lehen der dänischen Krone
 war, schon seit den letzten Jahrhunderten des Mittelalters in so inni-
 gen Verhältnisse, daß beide Lande wie ein einziges Gebiet sich darstellen.
 Der Gesamtstaat der Monarchie Dänemark besteht in der That aus
 zwei Hälften, indem die beiden Herzogthümer, mit dem im Jahre
 1816 hinzugekommenen Herzogthume Lauenburg, die deutsche Hälfte
 ausmachen, das Königreich dagegen die dänische Hälfte ist. Die
 Zusammenfassung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein fordert,
 um auch nur eine kurze Uebersicht über ihre Vorzeit und Gegenwart
 geben werden soll, daß dieselbe über beide in Gemeinschaft entworfen
 werde. Die nachstehende übersichtliche Darstellung wird es daher, wie
 zu hoffen, durch sich selber rechtfertigen, wenn sie unter der Ueber-
 schrift „Holstein“ nicht von diesem Lande allein, sondern vielmehr von
 Schleswig-Holstein handelt.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein haben als Seegrenze
 an beiden Seiten der Länge nach die Ost- und Westsee; im Süden
 ist Holstein durch die Elbe und Bille größtentheils natürlich begrenzt,
 im Norden Schleswig durch die Königsau und Schottburgau von
 Island gesondert. Das Areal der beiden Herzogthümer, wenn wir
 von dem zum Theil umfangreichen fremden Enclaven absehen, die
 innerhalb der Landesgrenzen liegen, beträgt 317 Quadratmeilen, wor-
 von 153 auf Holstein, 164 auf Schleswig fallen. Die Bevölkerung,
 nach der neuen von der Regierung am 1. Februar 1835 veranstalteten

Vollzählung beträgt in Holstein 435,596, in Schleswig 338,192, in beiden Herzogthümern zusammen 773,788 Einwohner.

Die Herzogthümer bilden die südliche Hälfte der cimbrischen Insel, sind also ihrem Haupttheile nach continental; wozu aber eine größere Zahl von Inseln in der Ost- und deutschen Nordsee kommen, die alle jetzt zum Herzogthume Schleswig gehören, während dagegen die vormalig holsteinischen Inseln und Werder in der Elbe von Holstein an die freie Stadt Hamburg sind abgetreten worden. Die Fläche des Landes, im Ganzen eine Ebene, theilt sich in drei verschiedenartige Striche: die niedrige Westküste, der mittlere Rücken die hügelige Ostküste. Die Westseite ist größtentheils Marsch, was an der Widau im nördlichen Schleswig beginnt, durch das Secum in einem Bodensage von Thonerde allmählig angeschwemmt, die Deiche geschützt, höchst ergiebig in guten Jahren an Getreide und schönsten Weiden. Der mittlere Landrücken, zum Theil wüste, ist überhaupt schlechter angebaut und spärlicher bevölkert. Die Ostküste hat dagegen fruchtbaren Boden, mit sanft abgerundeten Hügeln und Thälern, durch freundliche Buchenwälder beschattet, mit Buchten an der Ostsee, die tief in das Land einschneiden, und an denen die Städte meistens belegen sind. Die höchste Anhöhe ist Gröninghoved im Norden des Herzogthums Schleswig an der Ostküste, 728 Fuß über der Meeresfläche sich erhebend. Auf der Hochebene in der Mitte Holsteins bei Bornhöved haben die meisten holsteinischen Flüsse ihre Quelle.

Das Herzogthum Schleswig hat von Süden nach Norden eine Länge von 18 Meilen; die Breite des Landes von Westen nach Osten ist sehr ungleich, indem sie zwischen 8 und 14 Meilen abwechselt. Die Länge des holsteinischen Territoriums beträgt in gleicher Richtung ebenfalls ungefähr 18 Meilen, die Breite 14 bis 16 Meilen. Man hat das schleswigsche Areal berechnet auf 89 Quadratmeilen beackertes Geestland, 18 Quadratmeilen Marschland, 28 Quadratmeilen Heide und Flugsand, Holzgrund 7½ Quadratmeilen, Moore und Wälder 14½ Meilen; das holsteinische Territorium, dessen Berechnung jetzt in dieser Hinsicht weniger zuverlässig ist, auf 20½ Quadratmeilen Marschboden, Heide 14 Quadratmeilen, Holzgrund 8 Quadratmeilen Ackerland 85 Quadratmeilen. In Holstein verhält sich das unbauete Areal zu dem bebaueten etwa wie 1 zu 5; in Schleswig dagegen ungefähr wie 1 zu 4.

Schleswig zählt 13, Holstein 14 Städte; aber beide Herzogthümer haben außerdem eine größere Anzahl sogenannter Flecken, die zum Theil recht ansehnlich sind, in Wahrheit städtische Dörfer, denen nur die eigentliche Municipalverfassung mangelt. Der gemeinsame Hauptmarkt für beide Lande war jedoch im Mittelalter die Reichsstadt Lübeck, die Hauptstadt der Hanse, und ist in den letzten Jahrhunderten die freie Stadt Hamburg; welche beide Freistädte mit ihrem Gebiete auf dem Boden Holsteins liegen und einstmals zum holsteinischen Territorium gehört haben.

Die Herzogthümer, als ein zwischen Deutschland und Scandinavien gelegenes Grenzland, sind von verschiedenartigen Volksstämmen bewohnt: halb von Sachsen, welche die im Osten des Landes einst wohnende Slaven verdrängt haben, und von Dithmarsern, die eine aus Slaven und Sachsen gemischte Völkerschaft zu sein scheinen; Schleswig im Süden von Sachsen, im Westen von Friesen, übrigens in dem älteren Theile von Dänen bewohnt, die einen eigenthümlichen Volksstamm und sich einst mit den Angeln hier gemischt haben. Die Verschiedenheit der Bevölkerung gibt der Landesgeschichte eine sehr ansehnliche Mannigfaltigkeit, erschwert aber auf der andern Seite auch die Uebersicht derselben im Ganzen.

Die Schleswig-holsteinische Geschichte beginnt mit der Auswanderung der Angelsachsen nach Britannien, in der Mitte des fünften Jahrhunderts; noch jetzt bewahrt eine Landschaft an der Ostküste des Herzogthums Schleswig den Namen des Anglenlandes. Die Angeln waren aber ursprünglich den ganzen Norden der cimbrischen Halbinsel eingenommen, bis jene große und in ihren Folgen so berühmte Völkerwanderung in Gemeinschaft mit den benachbarten Sachsen erfolgte. Die Angeln hatten sich dadurch in der Heimath geschwächt, und Dänen von den Inseln zogen herüber und bemächtigten sich der Halbinsel, mit den englischen Ureinwohnern sich mischend. Die Sachsen haben sich in ihren uralten holsteinischen Sizen rein erhalten, erst durch den Sachsenkrieg Karl's des Großen, der sich durch Schweden hindurchzog, dem großen Frankenreiche einverleibt worden. Die Sachsen unterwarfen sich dem Christenthume und den Zehnten an die Kirche; übrigens behielten sie in ihren Gauen ihre alte freie Verfassung. Karl der Große schied die nordalbingischen Sachsen durch einen Krieg gegen die magyarischen Slaven, die Wenden, welche schon längst den Osten Nordalbingiens besetzt hatten. Unter Ludwig dem Frommen wird das Erzbisthum zuerst in Hamburg und bald nachher zu Bremen gestiftet, dem anfänglich der ganze europäische Norden unterworfen war. Anshar wird der erste Apostel des Nordens.

Nordalbingien, von der Eider im Norden begrenzt, bestand derzeit aus zwei Theilen. In der Mitte lagen zwei altsächsische Gauen, nämlich südlich Stormarn, von der Stör begrenzt, und nördlich Holstein, dessen Name sich in der Folge über das ganze nordalbingische Gebiet Deutschlands ausgedehnt hat. Im Osten war die Landschaft Danien, von Wenden bewohnt, und im Westen Dithmarschen, ein Land halb von Friesen, halb von Sachsen bevölkert. Unter dem ersten Könige Heinrich I. wird dieses Land durch die Markgrafen von Schleswig, die sich von der Eider bis zur Schlei erstreckte, an die Dänen in Südjütland geschätzt.

Die älteste politische Geschichte Holsteins knüpft sich an die Thaten und Schicksale des herzoglichen Hauses der Billungen in Sachsen. Es führt fast nur von den verheerenden und wilden Kämpfen, die damals mit den benachbarten Slaven geführt wurden. Kirchen

werden erbaut und wieder zerstört; der nordalbingische Theil Sachsens ist wiederholt der furchtbarsten Verwüstung Preis gegeben. 1106 ist der Stamm der Billungen aus, der dem sächsischen Volke manchen tapferen Herzog gegeben hatte. Der Kaiser Heinrich V. übertrug das sächsische Herzogthum an seinen Schwiegersohn, den nachherigen Kaiser Lothar von Supplinburg. Dieser aber belehnte den Grafen Adolf von Schauenburg mit der Grafschaft in Holstein und Stormarn. Er beginnt im Anfange des zwölften Jahrhunderts die Herrschaft der Schauenburger in Nordalbingien, die das Mittelalter hindurch bis auf die Regierung des oldenburgischen Hauses mit Ruhm beenden hat. Die holsteinische Grafschaft war ein Lehen der Herzöge von Sachsen, und blieb dieses auch nach dem Sturze Heinrich's des Löwen, dessen Fall übrigens das alte Stammherzogthum zersplitterte und dasselbe größtentheils in viele weltliche und geistliche Herrschaften zerfiel, die vom Herzoge unabhängig sich machten, aufgelöst hat. Auch die Verbindung der holsteinischen Lande mit dem Herzogthume Sachsen und die Belehnung der Grafen durch die sächsischen Herzöge, nach der früheren Macht eingebüßt hatten, war später mehr nur eine Form der Form.

Zur Zeit des ersten Schauenburgers, Adolf's I., erwarb sich der fromme Vicelin unsterbliches Verdienst um die Bekehrung der heidnischen Slaven und wurde insbesondere für Wagrien der Apostel des Christenthumes und der Begründer der Kirchenverfassung. Er ließ sich als Priester an der Grenze des slavischen Wagriens nieder und baute hier das Kloster Neumünster. Auf seinen Antrieb wird die Anhöhe Alberg besetzt, zur Sicherung des sächsischen Landes gegen die Wenden, und hieraus entsteht das nachherige Segeberg, in dem sich im Schutze der Burg eine Drietschaft um eine Kirche bildete.

Graf Adolf II. wird als Vasall des Herzogs von Sachsen verwickelt in die Wirren und Streltigkeiten, welche zu der Zeit im sächsischen Reiche herrschten, indem er dem Herzoge Heinrich dem Stolzen der Sachsen und Baiern zugleich beistand, treuen Beistand leistete. Als es darauf dem Markgrafen Albrecht dem Bären gelang, das Herzogthum Sachsen zu besetzen, übertrug er, mit Verdrängung des Schauenburgers, die Grafschaft Holstein und Stormarn an den kriegerischen Heinrich von Badewide, der sich auf eine Zeit lang in dieser Grafschaft behaupten mußte. Bei dem Tode Heinrich's des Stolzen (1142) war Adolf II. jedoch wieder im Besitze der väterlichen Grafschaft und er hatte das Glück, von der herzoglichen Regentschaft nach der Unmündigkeit Heinrich's des Löwen das eroberte Wagrien um das Jahr 1142 als Lehen zu erwerben, mithin seine Herrschaft bedeutend zu vergrößern. Das wagriscche Land, bis dahin von Slaven bewohnt, war damals zwar durch die gegen diese aus Nationalhaß und Ehbenseifer höchst blutig geführten Kriege größtentheils verödet; aber der neue Landesherr war alsbald darauf bedacht, dem Lande einen Ein-

Krieg endigte aber für den Grafen Adolf so unglücklich, daß er Gefangener nach Dänemark gebracht, und das gesammte nordalbingi Land (1201) dem dänischen Scepter unterworfen ward. Diese durch Waffenglück errungene dänische Königsherrschaft in Nordalbingien, die den Bewohnern wie eine schwere Unterdrückung empfunden, dauerte aber bis 1225. In diesem Jahre erschien Graf Adolf IV. aus Schauenburg, seiner Stammgrafschaft an der Weser, verbündete sich mit norddeutschen Fürsten und Städten, die gleichfalls gezwungen der Herrschaft des dänischen Eroberers gehorchten, und lieferte die Schlacht bei Bornhöved am 23. Juni 1227. In dieser gefeierten Schlacht wurde Waldemar der Sieger besiegt, Nordalbingien dadurch dem deutschen Volke und Reiche zurückgegeben, die Regierung des schauenburgischen Grafenhauses in Holstein, Stormarn und Wagrien neu gegründet. Die Stadt Lübeck wußte aber die damals obwaltenden Verhältnisse mit großer Klugheit zu nutzen und sich die Reichsfreiheit vom Kaiser zu erwerben, während Hamburg dagegen unter der holsteinischen Grafenherrschaft verblieb. Diese Stadt, mit Lübeck in lebhaftem Handelsverkehre stehend und mit derselben in dem allmählig sich erweiternden Hansabunde eng verbunden, hat zwar später bei Kaiser Karl IV. ein Versuch gemacht, wie Lübeck reichsfrei zu werden, aber diesen Versuch nicht durchgesetzt, obgleich ihre Unterwürfigkeit unter die holsteinische Territorialherrschaft nach und nach eine sehr lose und unbestimmte wurde.

Schon unter den Söhnen Adolf's IV., die ihm in der Herrschaft folgten, sieht man eine Landesentheilung eintreten, und diese sich unter den Nachkommen durch mehrfache Theilungen noch mehr gespalten. So theilte sich das Grafenhaus in verschiedene regierende Häuser und mehrere Linien, die bald in freundlichen, bald in feindseligen Verhältnissen zu einander standen. Es kam im vierzehnten Jahrhundert dahin, daß von einer Reihe dieser kleinen Fürsten jeder mehr als Eine Stadt und Ein Amt besaß. Dennoch entwickelten jenem Zeitalter zwei der holsteinischen Grafen, Gerhard der Große und Johann der Milde, eine Kraft, die wahrhaft in Erstaunen setzen vermag. Der Schauplatz ihrer glänzenden Waffenthaten war Dänemark, dem jetzt vollständig vergolten ward, was es ein Jahrhundert vorher gegen Nordalbingien ausgeübt hatte. Die Ursache aber zunächst in der engen Verbindung, die zwischen dem holsteinischen Grafenhaus und dem herzoglichen Hause in Schleswig damals schon eine alte war, indem dieses durch holsteinischen Beistand sich gegen die Eigenmacht der dänischen Könige zu behaupten strebte, jenes aber dem selbstständigen Herzogthume Schleswig eine Vormauer gegen das gefährliche Dänemark erblickte. Die Gemeinsamkeit der Interessen war auch unter den beiden benachbarten Fürstengeschlechtern durch vielfache Familienverbindungen noch inniger verschlungen.

Das Herzogthum Schleswig, welches in seinem ganzen Umfange Südjütland, Nordfriesland und die vormalige Markgrafschaft Schwabwig in sich faßt, wurde schon sehr frühzeitig als ein eigenes Fürstenthum

von dem dänischen Königreiche abgesondert, weil dieselbe für die Abgrenzung dieser südlichen Landtheile gegen Slaven und Sachsen nöthig schien. Die Herzöge stammten aus dem dänischen Königsstamme ab. Lange sind nur eine persönliche Verbindung einzelner dänischer Könige mit dem Herzogthume Statt. Als aber 1242 der dänische König Abel, Erich's II. Sohn, von den freien Nordfriesen, die er zu Schatzungen zwingen wollte, erschlagen worden war, da behaupteten sich seine Aeltern aufschloßenen Nachkommen im Besitze des Herzogthums, denn Abel war vor seiner Thronbesteigung Herzog in Schleswig gewesen. Die Reichsstände wählten nicht den Sohn des erschlagenen Königs, sondern dessen Bruder, Erich I., zum Könige. Jener wurde unterstützt von seiner erziehten Mutter, nöthigte den König in Schleswig endlich, ihn als Herzog von Schleswig mit der Fahne zu erkennen. Das Herzogthum blieb jetzt als wahres Zähnchen bei dem jungen Abel's, so lange derselbe lebte, obgleich es an oft eifriger Streitsucht darüber und an vielfachen Einigungsversuchen gegen die dänischen Könige nicht fehlte. Als nun im Jahre 1325 Herzog Erich, aus dem Stamme Abel's, mit Hinterlassung eines jugendlichen Sohnes, Waldemar's V., verstarb, wollte der König Erich II. als Lehnsherr die Verwaltung des Herzogthumes übernehmen. Aber dagegen erhob sich der Mutterbruder des jungen Herzogs, der Graf Gerhard der Große von Holstein. Er besiegte den König und bemächtigte sich, im Vereine mit seinem Vetter Johann von Hildesheim, des ganzen dänischen Reiches. In Dänemark erkundete er die Zeit völliger Anarchie unter der gewaltthätigen Herrschaft der holländischen Fürsten. Gerhard der Große hatte 1326 dem jugendlichen Herzog Waldemar von Schleswig, mit Zustimmung der geistlichen weltlichen Reichsstände, die dänische Krone verschafft. Dabei ließ sich aber mit dem Herzogthume Schleswig rechtlich beilegen und nach der berühmten constitution Waldemariana aufstellen, wernach Norland und Dänemark nie wieder so vereinigt werden sollten, daß eine Herrschaft über beide wäre. Jedoch schon nach 4 Jahren mußte Waldemar wider die Krone entsagen, und Gerhard seinem Mündel das Herzogthum restituieren. Aber Gerhard der Große reservierte dabei sich und seinen Nachkommen die Succession in das schleswigsche Herzogthum für den Fall, daß Herzog Waldemar's Geschlecht ausstürbe. Dieser Fall ereignete sich darauf 1375, indem Herzog Heinrich umkam. Es traten daher die holsteinischen Grafen, die Erben Gerhard's, mit ihren alten Ansprüchen auf und fordereten die Belehnung mit dem Herzogthume. Anfangs wurde diese zwar von dem dänischen Könige verworren, doch endlich von der klugen Königin Margarete gewährt. Die rechtliche Verbindung der holsteinischen Grafen erlosch 1466, und seitdem sind Schleswig und Holstein dergestalt vereinigt geblieben, daß ihrer historischen Schicksale gänzlich zusammenhängend und eine gemeinsame Landesgeschichte ausmachen. Die leidenschaftlichen Versuche, welche der dänische König Erich von Pommern zur

Wiedereinziehung des Herzogthumes unter die Krone machte, die Kriege, welche hieraus hervorgingen, waren durchaus vergeblich. Dem Grafen Adolf VIII. wurde in einem Friedensschlusse 1435 Besitz des Herzogthumes Schleswig wieder zugesichert, und dieser Schauenburger, von dem in Schleswig-Holstein regierenden Stamme ist bis an seinen Tod im ungestörten Besitze des Herzogthumes geblieben.

Adolf VIII., Graf von Holstein und Herzog von Schleswig, verstarb 1559. Sehr gewichtig und höchst schwierig war nun die Successionsfrage. Man beseitigte die Zweifel und Schwierigkeiten auf dem Wege, daß es den schleswig-holsteinischen Ständen, die einem gemeinsamen Landtage versammelt waren, überlassen blieb, künftigen Landesherrn für Schleswig und Holstein, die jedenfalls zusammen und vereint bleiben sollten, frei zu erwählen. Sie wählten aber den Schwestersohn des verstorbenen Fürsten Adolf's VIII., Christian den Ersten, der seit 1448 durch Wahl der Reichsstände König von Dänemark war. Mit ihm hat also um Ostern 1460 die Regierung des oldenburgischen Hauses in Schleswig-Holstein begonnen.

Christian I. mußte aber, bevor er die Huldigung empfing, Freiheiten und Rechte des Landes und der Landstände feierlich in Urkunden bestätigen und anerkennen. Diese von dem ersten Lübecker ausgestellten Freiheitsbriefe, in welchen die vertragsmäßige Anerkennung der Landeshoheit über Schleswig und Holstein ausgesprochen wird, enthalten das urkundliche Fundament der Landesrechte. In der magna charta erklärte aber der Landesherr, der Stammvater der gegenwärtigen Dynastie, daß er nicht als König von Dänemark, sondern freier Gunst für seine Person als Herzog von Schleswig und Graf von Holstein von den Ständen gewählt worden sei, und daß die beiden Lande ewig und ungetrennt beisammenbleiben sollten. Er erklärte ferner, daß die Stände das Recht behalten sollten, aus seiner Familie den künftigen Landesherrn zu wählen. Dabei wurden die Freiheiten und Freiheiten der Einwohner und der Landstände im Einzelnen bestätigt, insbesondere das Recht der Steuerbewilligung, und daß die lübeckische und hamburgische Münze als die gangbare Landesmünze gelten sollte. Jedes Jahr sollte nach grundgesetzlicher Bestimmung Landtag gehalten werden; für Schleswig auf dem Felde zu Utenhöved für Holstein auf dem zu Bornhöved. Wie aber schon damals, sind auch in der Folge die Landtage in der Regel für beide Lande gemeinschaftlich gehalten worden. Den Landschaften und Städten wurden ihre hergebrachten Gerechtsame durch eigene Urkunden für sich bestätigt.

Christian I. unternahm später (1474) eine Reise nach Rom zum Papste und besuchte den Kaiser Friedrich III. und dessen Sohn den Erzherzog Maximilian, zu Rothenburg an der Tauber. Diese Reise hat aber für die holsteinische Geschichte dadurch eine besondere Wichtigkeit gehabt, daß der König mehrere urkundliche Concessionen

Kaiser auswirkte. Die eine ging dahin, daß die bisherigen Herzogthümer Holstein und Stormarn unter und zu einem Herzogthum erhoben sein sollten. Eine andere bestimmte, daß das herzogliche Land Dithmarschen in dieses Herzogthum incorporirt sein sollte; eine besondere Bezeichnung des Königs, als holsteinischen Herzogs, Dithmarschen beifügte. Allein da die Dithmarscher, welche durch Könia sehr bald davon benachrichtigt wurden, hierauf gar nicht zugestehen Willens waren, sondern sich vielmehr sozuleich und wiederholt Gegenversetzungen an den Kaiser wandten, so nahm dieser die ertheilte Bezeichnung zurück und verwies die Sache zu gemeinsamer Verhandlung. Da aber gerade zu dieser Zeit Christian I. starb, so blieb es seinen Nachkommen überlassen, diese bedeutsame Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen.

Der König hinterließ zwei Söhne, Johann und Friedrich, von denen der Letztere noch im minderjährigen Alter war. Die schleswig-holsteinischen Stände beabsichtigten aber, diesen Prinzen zu ihrem Herzog zu wählen, da der ältere Bruder das Königreich Dänemark leitete. Jedoch diese Wahl, welche wieder eine Trennung von Dänemark bewirkt hätte, wurde von dem Könige Johann und dem dänischen Reichsrathe verhindert; und als darauf Herzog Friedrich 1490 Volljährigkeit erreicht hatte, kam man auf's Neue zu der früheren Art der Landtheilung zurück. Die beiden Herzogthümer wurden in Schläffen, Stüden und Aemtern getheilt, die beiden Landesherrn nach den Hauptschlössern benannt: der königliche Antheil hieß herzogliche, der herzogliche hingegen der gottorfsche, indem der Herzog Friedrich auf dem Schlosse Gottorf bei der Stadt Schleswig seine Residenz nahm. Prälaten und Ritterschaften sollten ungetheilt bleiben und unter gemeinschaftlicher Regierung stehen; die Landtage von Landesherrn gemeinschaftlich gehalten werden. Bei dieser Landtheilung hatten die beiden Fürsten sich auch den von ihrem Vater an sich geerbten Anspruch auf Dithmarschen vorbehalten. Nach längeren fruchtlosen Unterhandlungen mit den freien Einwohnern dieses abgelegenen Landes, welche standhaft die Unterwerfung verweigerten, wurden sehr umfassende Kämpfe von den Fürsten veranstaltet, um auch die Wälfen zu erzwängen, was durch gütliche Vorstellungen nicht erreichbar war. Allein der gemaltige Feldzug, im Winter des Jahres 1510 nach Dithmarschen hinein unternommen, endigte mit der vollständigen Niederlage der Fürsten und ihrer großen Armee durch kühne Landleute, die für ihre Freiheit und ihr gutes Recht kämpften.

Auf den König Johann folgte 1513 sein mit guten Anlagen begabter, aber in der Erziehung vernachlässigter und von harter, kaiserlicher Begünstigung besessener Sohn, Christian II., der also in den Herzogthümern neben und mit seinem schlaun und kalten Vaterbruder, dem Herzoge Friedrich zu Gottorf, regieren sollte. Bald entstanden aus den beiden Fürsten sehr heftige Streitigkeiten, die jedoch zuletzt

durch einen Vergleich leiblich beigelegt wurden, indem der König genöthigt sah, seine hochfahrenden Pläne aufzugeben und seinen Griffen in die Landesverfassung zu entsagen. Er hatte sogar den Gehet, das Recht zu erwerben, seinen Oheim mit dessen Antheil Holstein künftig zu belehnen, so daß die herzogliche Linie zu der gleichen in einem Vasallenverhältnisse stehen sollte; und als er, um wegen des abscheulichen Stockholmer Blutbades zu purificiren, in Schwager den Kaiser Karl V. besuchte, erhielt er wirklich von ihm eine Urkunde, welche ihm solches Belehnungsrecht zusprach. Der Herzog Friedrich opponirte aber so stark, daß es eine bloße Zumuth geblieben ist. Holstein behielt also sein bisheriges Lehnverhältniß, welches freilich ein ganz besonderes und eigenthümliches geworden war, indem seit 1434 der Bischof von Lübeck, der auf dem holsteinischen Landtage der erste Prälat war, vom Kaiser das Recht erhalten hatte, die Fürsten von Holstein zu belehnen. Daß diese sich das dar und später ruhig gefallen ließen, erklärt man ohne Zweifel am richtigsten daraus, daß sie auf diesem Wege sich am Leichtesten von Kasten und Abgaben frei erhalten konnten. Die Bischöfe von Lübeck haben aber dieses Belehnungsrecht über das Herzogthum Holstein 1548 gehabt, denn in diesem Jahre trat eine unmittelbare kaiserliche Belehnung ein, und solche unmittelbar kaiserliche Belehnung hat gedauert, so lange das deutsche Reich bestand.

Bald nach diesen Händeln erreichte aber die Despotie Christian's ihr Ende. Schon war Schweden für ihn verloren gegangen, als in Dänemark Empörung ausbrach, zuerst unter dem Adel in Jütland. Dieser kündigte zu Anfange des Jahres 1522 dem Könige förmlich den Gehorsam auf und schickte heimlich Boten an Herzog Friedrich zu Gottorf, um ihm die Krone anzutragen. Nach einigem Zaudern trat der Herzog wirklich als dänischer König öffentlich auf, empfing in Dänemark die Huldigung und suchte nun Christian II. auch aus der Herrschaft in den Herzogthümern zu verdrängen. Dieses gelang ihm, und eine Beschwerdeschrift wurde gegen Christian II. publicirt, worin die Klage über ihn ertönte, daß er die Absicht gehabt habe, Holstein in Dänemark zu incorporiren und der deutschen Nation zu entreißen. Die Herzogthümer standen also fortan ungetheilt unter der Regierung Friedrich's I. Sein Regierungsantritt war aber der Landesfreiheit so fern wahrhaft nachtheilig, als er die Aristokratie noch mehr stärkte, indem der Fürst sich gegen Prälaten und Ritterschaft, denen er bisher sächlich seine Erhebung und seinen Sieg über den verhassten Vorgänger verbankte, durch urkundliche Stelgerung und Vermehrung ihrer Privilegien dankbar beweisen mußte.

Sehr lobenswerth ist dagegen die Mäßigung und Gerechtigkeit mit welcher die Einführung der lutherischen Kirchenreformation als eingeleitet und durchgesetzt ward. Die neue Lehre fand sogleich in der Geistlichkeit in Schleswig und Holstein sehr eifrige und begeisterte Verkündiger; die ersten lutherischen Gemeinden waren die St.

usum und Habersleben. Schon im Jahre 1524 erschien ein landes-
 rechtliches Toleranzedict, worin die Duldung der lutherischen Confession
 empfohlen und jede Religionsverfolgung verboten war, so wie den
 Mönchen und Nonnen freigestellt wurde, ihre Klöster zu verlassen.
 Dieses geschah nach und nach im Laufe der nächsten Jahrzehnte;
 er drei Nonnenklöster in Holstein und eines in Schleswig wußte
 die Ritterschaft für sich zu conserviren, indem dieselben, mit sehr reichen
 Besitztümern dotirt, noch immer dazu dienen, die unverheiratheten
 Töchter aus der Ritterschaft reichlich zu versorgen: was nicht
 wenig zur Unterhaltung einer schroffen Trennung unter den adelichen
 und bürgerlichen Familien beigetragen hat. Uebrigens wurden die
 Klöster aufgehoben und ihre Besitztümmer zum großen Theil ganz säcu-
 larisirt, zum Theil aber für Armenhäuser und Unterrichtsanstalten ver-
 wendet. Besonders wurde in den Herzogthümern die Religionsänderung
 lebhaft durch den Sohn des Landesherrn, Herzog Christian III., der
 Statthalter der Herzogthümer fungirte. Er hatte, begünstigt von
 dem berühmten Ritter Johann Ranzau, Luther selber gehört, und war
 seine Lehre wie für seine Person begeistert, seitdem er ihn in
 Worms vor der Reichsversammlung als Heiden seines Glaubens gesehen
 hatte. Unter seinem Schutze konnten die Prediger in den Herzogthü-
 mern frei lehren, sowohl das Alte als das Neue; aber in wenigen
 Jahren war der Katholicismus fast spurlos verschwunden. Die neue
 Kirchenordnung, an deren Abfassung der berühmte Reformator Dr.
 J. Bugenhagen unmittelbaren Antheil hatte, wurde 1542 auf einem
 Rendsburg gehaltenen Landtage als Grundgesetz angenommen und
 etabliert.

Schon im Jahre 1553 war Christian III., ausgezeichnet durch
 einen humanen und reinen Charakter, seinem Vater in der Regierung
 der Herzogthümer gefolgt, während dagegen seine Thronbesteigung in
 Dänemark mehrjährigen Widerstand fand. Um aber das Band, welches
 die Könige und die Herzogthümer bisher verknüpfte, nicht für die
 Zukunft zu zerreißen, bewirkte er unter denselben eine ewige Union,
 die aber nur eine bestimmt festgesetzte Verbindung zu Schutz und
 Hülfe war. Darauf gelang es ihm 1556 auch in den ruhigen Besitz
 der dänischen Königskrone zu kommen. Ueber die Herzogthümer hat
 er bis 1542 ungetheilt geherrscht, aber nachdem seine Brüder vollständig
 worden waren, glaubte er ihnen durch Landestheilung gerecht werden
 zu müssen. Dieser in seinen späteren Wirkungen für das Land höchst
 schädliche Gedanke wurde auf die Art ausgeführt, daß die Städte,
 Ämter und Landschaften in Schleswig und Holstein in drei Landes-
 theile getheilt wurden, von denen der König einen erhielt, die beiden
 andern aber seinen Brüdern zuwies. Der königliche Landestheil war
 die Sonderborgsche, den Haberslebensen erhielt Herzog Johann der
 Ältere, den gottorfischen Herzog Adolf. Die Landtage sollten von
 den Landesfürsten gemeinschaftlich berufen werden, die Ritterschaft un-
 getheilt unter gemeinsamer Regierung bleiben; eben so fielen in die

Gemeinschaft die Hoheitsrechte, deren man sich noch über die Hamburg rühmte, ferner einige Zölle, so wie die Staatspräntien das Land Ditmarschen.

Sobald aber Christian III. zu Anfange des Jahres 1559 gestorben und sein Sohn Friedrich II. ihm succedirt war, schritten schleswig-holsteinischen Fürsten wirklich auf gemeinsame Kosten und sehr starken Rüstungen zur Unterwerfung des bauerlichen Freistaats der Ditmarscher. Diese Eroberung, die nicht ohne große Kraftanstrengung gelang, und die dadurch geschehene Erweiterung des holsteinischen Territoriums veranlaßt uns, hier einen Blick auf die Vorzeit des historisch höchst merkwürdigen Landes Ditmarschen zu werfen.

Die Geschichte Ditmarschens beginnt mit Karl dem Großen, indem es mit den sächsischen Gauen nördlich der Elbe zum Christenthume bekehrt und als ein Gau zum deutschen Reiche gebracht wurde. Später finden wir es als einen Gau der Grafschaft Stade, die Art von Markgrafschaft beider Elbufer war, historisch hervortreten. Mit der Grafschaft Stade kam es 1062 durch kaiserlichen Lehen an den Erzbischof Adalbert von Bremen, so daß die stadischen Grafen fortan Vasallen des bremischen Erzbistums waren. Die freien Ditmarscher waren aber unter diesem Grafen Hause oft sehr störrige Unterthanen, zumal seitdem stadische Grafen in Ditmarschen sich eine Burg erbaut und dort ihren Sitz genommen hatten, was für Bauernfreiheit gefährlich war. 1145 erstürmten die Landleute Bokelburg, die für sie eine Zwingburg werden sollte, und erschlugen den Grafen Rudolf. Darauf wurde das Land von Herzog Heinrich dem Löwen, der auf die Grafschaft Stade Anspruch machte, 1148 mit großer Heeresmacht blutig unterworfen, und der Herzog erbaute dort eine Grafenburg, die aber ebenfalls nicht lange hernach von den Landleuten genommen und zerstört ward. Später wurde öfter unter mehreren Fürsten über den Besitz Ditmarschens gestritten, bis die Grafen von Bornhöved 1227, zu deren Entscheidung die Ditmarscher beizutragen, dem Erzbischof zu Bremen sein Recht über das Land sicherte. Ihm stand aber über die selbstständige Landesgemeinde nur eine gewisse Oberhoheit zu, so daß sich in Ditmarschen ein freier Freistaat ausbildete, und man in der Folge das Volk vor Kaiser und Reich als ein herrenloses darstellen konnte. Die freien Landleute, die Hörigkeit und Frohndienst etwas ganz Fremdes war, hatten aber das feudale Element des Ritterstandes, das schon bei ihnen sich festzusetzen anfang, aus ihrer Verfassung für die Zukunft gänzlich verbannt. Die Ditmarscher gaben so im dreizehnten Jahrhundert ein Beispiel, das sich zu unsrer Zeit in Norwegen wiederholt hat, sie hoben den Adel auf. Die Ritterbürtigen wanderten aber theils aus, theils blieben sie in der Landesgemeinde, ihre Namen und Wappen behaltend, ohne alle Standesvorrechte. Die alte Verfassung beruhte wesentlich auf eigenthümlichen Geschlechtsverbindungen, die hier Schlachten

genannt wurden und an die gentes und families der alten Verfassung erinnern. Jeden Sonnabend trat aber das in ordentlicher Landesversammlung auf dem Markte des Fleckens zusammen, um Rechtshändel zu schlichten und Landesangelegenheiten zu beraten. Den permanenten Vorstand der Landesgemeinde waren 48 Männer, zu deren Collegium auch ein Landesamter gehörte, die nach ihrer Zahl regelmäßig die Achtundsteieriger genannt zu sein pflegten. Wesentlichen Einfluß auf die Ausbildung der bürgerlichen Landesverfassung hatte die Einführung der lutherischen Kirchenverfassung, die bei diesem freien und lebhaften Volke übrigeß ohne sehr heftige Erschütterungen Eingang fand und dem drangen durch vom Rütphen, dem Prediger der neuen Lehre, den Rittersetod schloß, indem er zu Helde als Keger 1524 verbrannt wurde.

Nicht ohne gefährliche Anfechtungen, welche die höchste kriegerische Fertigung zur Vertheidigung notwendig machten, blieb jedoch die Lage des ditmarschen Bauernstaates von benachbarten Fürsten und Anstalten. Besonders hatten die Dittmarscher wiederholte schwere Kämpfe mit den Holsteinern zu bestehen, und ihre ganze Landesbesetzung betrug nicht mehr als 6000 Mann, wenn Alle aufgeboten waren. Schon Gerhard der Große hatte 1319 die Dittmarscher nicht an geschlagen, sondern fast ihr ganzes Land erobert, als die Wuth, die die Verwerfung ihnen einflößte, das holsteinische Heer auftrieb, den Gräfen in die Flucht schlug. Manche Fehden wiederholten im vierzehnten Jahrhundert; noch schlimmer wurde es zu Anfange folgenden Jahrhunderts. Aber zwei holsteinische Fürsten, Gerhard Albrecht, mußten erst in Dittmarschen nach einander auf dem Schlachtfelde ihr Leben lassen, und mit ihnen Hunderte von Ritters. Erst wurde, während die Streitigkeiten fast nie aufhörten, durch Maximilian I. 1474 dem Kaiser die Belohnung mit Dittmarschen ausgesetzt. Hieraus entstanden vieljährige Verhandlungen, die fruchtlos blieben, der große Kampf im Winter 1500, der bei Hemmingstedt den Ruhm der tapfern Dittmarscher weltberühmt machte; endlich im Sommer 1569 die Unterwerfung, die von den Fürsten mit sehr übermäßigem Streickelsten und unter Anführung des gefeierten holsteinischen Marschalls Johann Ranzau zu Stande gebracht ward. Die drei Theile theilten das eroberte Land; später bei dem Tode Johann's des Jüngern sind daraus zwei Theile geworden, Norder- und Süderditmarschen, und so besteht es noch in so fern, als jede Hälfte einen Kanton hat und eine Landschaft für sich ausmacht. Die Einwohner sind übrigens auch nach der Eroberung freie Landleute geblieben, trotz ausgebildeter Gemeindeverfassung und selbst mit verschiedenen Privilegien, welche die Verschmelzung mit dem übrigen Holstein verhin- dert, und eine mitunter stark hervortretende provincielle Absonderung Dittmarschens unterläßt haben. Nach diesem kurzen Abrisse der Geschichte des Landes Dittmarschen, welches seit 1569 eine holsteinische Provinz-Verfassung, VIII.

Provinz ist, kehren wir wieder zu der allgemeinen Geschichte Schles Holsteins zurück.

Auf einem 1564 in Flensburg gehaltenen Landtage vereinbarten sich die drei Landesherrn, unter Mitwirkung der Stände, über bessere Ordnung der gemeinschaftlichen Regierung, indem sie dahin einig wurden, daß die höchste Regierung unter den drei Fürsten gestalt wechseln sollte, daß jedes Jahr Einer der Höchstregierenden: Ueber die Reihenfolge entschied das Loos, welches zuerst den Herzog Adolf zu Gottorf traf. Auf demselben Landtage trat der damalige Bischof von Lübeck mit der Prätension auf, von der holsteinischen Territorialhoheit unabhängig sein zu wollen, und ein Paar Jahre später hat er sich derselben wirklich factisch entzogen. Gleichfalls auf dem Flensburger Landtage erklärte der König Friedrich II. seinen Entschluß, seinen Bruder, Herzog Johann den Jüngern, auf die Art regieren zu lassen, daß er von seinem Dritttheile der Herzogthümer im Lande ein Dritttheil abträte. Allein diesem Plane widersetzten sich die Stände in so fern mit Erfolg, daß Johann der Jüngere nicht als regierender Landesherr anerkannt wurde. Er und manche seiner Nachkommen haben jedoch mit Ausübung sehr vieler Hoheitsrechte ihre Befugnisse, die von dem sonderburgischen Landestheile ihnen gegeben waren, der Folge innegehabt. Es starb dieser Fürst in einem sehr hohen Alter 1622, und fünf Söhne theilten seine Befugnisse. Einer dieser Söhne stiftete wieder fünf Linien, und von diesen blühen noch die sonderburgische und die holstein-beckische.

Dagegen starb 1580 unbeerbt Herzog Johann der Ältere. Sein Dritttheil der Herzogthümer wurde aber von der königlichen und der gottorfischen Linie getheilt, so daß es fortan regierende Häuser gab, nämlich das königlich dänische und das gottorfische, welches zu Gottorf seine Residenz hatte. Von der Einigkeit beider jedesmaligen Regenten, die vielfach getheilte und verschiedene Interessen hatten, hing hauptsächlich das Glück des Landes, die Handhabung der Verfassung, das Fortschreiten der Verwaltung ab.

Die erste Veränderung, welche die Landesverfassung erlitt, war das den Ständen grundgesetzlich eingeräumte Recht, den Landesherrn zu wählen, welches die Fürsten nicht nur als eine Schmälerei der landesherrlichen Würde betrachteten, sondern das auch entschieden der Geist der Zeit gegen sich hatte. Schon der Herzog Philipp, ein Sohn des Herzogs Adolf's, des Stiefvaters des gottorfischen Hauses, wollte dieses Recht nicht anerkennen, setzte jedoch sein Streben, dasselbe aufzuheben, nicht durch. Ihm folgte als Herzog zu Gottorf 1589 sein Sohn Johann Adolf, dem es gelang, die Landstände zu bewegen, daß sie in Ansehung seiner Linie das Wahlrecht aufgaben. Es wurde unter kaiserlicher Zustimmung für das gottorfische Haus die Primogenitur eingeführt und künftigen Landestheilungen damit vorgebeugt. Erst viel später geschah ein Paar Decennien später mittelst eines Erbstatuts die Aufhebung der königlichen Linie, und die jedesmalige Bestätigung

nischen Rechte beim Regierungsantritte erfolgte daher künftig immer mit Ausnahme der durch die Primogenitursatzung bewirkten An-
 100

Nachdem schon früher unter den beiden Regenten und regieren-
 schäften öfter Streitigkeiten vorgefallen waren, kam es zu einem
 krieg in dem unglücklichen dreißigjährigen Kriege, der Deutsch-
 101 und auch Holstein schwer und blutig heimsuchte. Wallenstein
 102 mit großer Macht in Holstein ein, nachdem Christian IV., als
 103 oberster des niederschlesischen Kreises, die Schlacht bei Lutter am
 104 benberg verloren hatte. Der König wurde als Herzog von Hol-
 105 seines Landesheiles vom Kaiser, der die Stände sich huldigen ließ,
 106 verlustig erklärt; der Herzog Friedrich III. zu Gottorf dagegen be-
 107 sich beim Kaiser um die Belehnung mit dem königlichen Antheile
 108 Holstein. Der König besetzte deshalb den herzoglichen Antheil von
 109 Schleswig und belagerte den Herzog in seiner Residenz, als endlich
 110 Lübecker Friede 1629 wieder die alten Verhältnisse herstellte. Aber
 111 war ein Haß unter den beiden Landesfürsten entstanden, der schon
 112 den nächstfolgenden Jahren mehrmals zum Ausbruche kam. Noch
 113 immer wurde das üble Vernehmen, als 1640 der Letzte vom Man-
 114 stamme des Grafenhauses in Schauenburg starb, und die beiden
 115 schwig-holsteinischen Landesherren sich nicht einigen konnten über die
 116 zung des Landesheiles im südlichen Holstein, den aus alter Zeit
 117 in Schauenburg abgesondert regierende Linie besaß, bis doch zuletzt
 118 Vertrag und eine Theilung zu Stande kam. Aber bald brach in
 119 Kriege, den König Christian IV. mit Schweden zu bestehen hatte,
 120 Feindschaft wieder aus. Der Herzog hielt sich, als die Schweden
 121 die Herzogthümer überschwemmten, ungerachtet der alten Union
 122 Dänemark, gänzlich neutral, und im Friedensschlusse 1645 wurde
 123 durch die Schweden gegen den König ausdrücklich sicher gestellt. Als
 124 e Dänemark wieder mit Schweden unter dem kühnen Karl Gustav
 125 den Krieg gerieth, der das dänische Reich an den äußersten Rand
 126 Abgerundet brachte, da blieben wieder offene Feindseligkeiten unter
 127 a Herzoge von Gottorf, der es mit den Schweden hielt, und dem
 128 nige von Dänemark nicht aus. Der schwedische Friedensschluß 1660
 129 erte nicht bloß den verbündeten Herzog von Gottorf, sondern stipu-
 130 erte auch eine bestimmte Vergrößerung seines Antheiles von Schleswig.
 131 tiß sich noch bedeutsamer war aber in diesem Friedensschlusse die Fest-
 132 ung, daß der herzogliche Antheil von Schleswig in ein völlig unab-
 133 hängiges Verhältniß kommen, die Lebensabhängigkeit des Herzogs ganz
 134 waren und ihm als Herzog von Schleswig die Souveränität zuschre-
 135 1 sollte. Dieses erreichte durch schwedische Hülfe gegen Dänemark
 136 t gottorfische Haus bei dem Regierungsantritte des Herzogs Chri-
 137 stian Albrecht, der sich, nach dem Plane seines Vaters, bald um die
 138 schwig-holsteinischen Lande dadurch unsterbliches Verdienst erwarb, daß
 139 in Kiel die Universität stiftete, die daher auch den Namen der Chri-
 140 stian-Albertina trägt. Der König that für diese Anstalt der Wissen-
 141

schaften und Intelligenz nichts, die Stände waren auch zu eng und zu sehr dem Eigennutze ergeben, als daß sie zur besseren Dotirung der Universität die nöthigen Subsidien hätten bewilligen sollen.

Christian Albrecht vermählte sich mit der Schwester des Königs Dänemark, und es schien augenblicklich, als ob man von beiden Seiten der erlittenen Kränkungen vergessen wollte. Jedoch bald kam zu den früheren Streitigkeiten neue Veranlassung. Solche gab namentlich die Succession in die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, als 1676 der letzte Graf daselbst starb. Den höchsten Grad erreichte darauf die Spannung und der Haß, als sich auf jeder Seite die Politik ausbildete, sich des herzoglichen Antheiles von Schleswig ganz bemächtigen zu wollen, und der König zu dem Ende auswärtige Großmächte sich anzulehnen strebte. Seitdem hörte Handel und die Feindseligkeiten nicht auf. Das herzogliche Schleswig wurde wirklich bald vom Könige besetzt, allein der Nimmweger Friede nöthigte 1679 Christian V. wieder zur Abtretung. Jedoch 1684 zieht der König, auf den Schutz und Beistand des gemaltes Ludwig's XIV. von Frankreich vertrauend, den seinem Schwager Herzoge zu Gottorf, gehörigen Antheil Schleswig's abermals. Nach fünf Jahren wurde aber der König durch Intervention fremder Mächte zu dem Altonaer Vergleiche gezwungen, wornach der Herzog von Gottorf völlig restituirt werden mußte.

In diesen heillosen Streitigkeiten der beiden Regenten, die nur Härten und Bedrängnisse für das Land zur Folge hatten, man zunächst das Grab der alten Landesverfassung zu suchen, da seit der Umwälzung im Jahre 1660 das Königreich in den Zustand grundgesetzlicher Verfassungslosigkeit übergegangen war. Dem Ableben succedirte in die Regierung der gottorfischen Lande leidenschaftlicher und kriegerischer Sohn Herzog Friedrich IV., der Busenfreund war Karl's XII. von Schweden und sich bald dessen Lieblingschwester Hedwig Sophie vermählte. Der Herzog in Schweden und bekümmerte sich wenig um sein Land, in welchem Beamte und Pächter höchst willkürlich schalteten. Als darauf der Krieg von Dänemark gegen Schweden anfang, drangen die kaiserlichen Truppen sogleich in den gottorfischen Landestheil ein und stürzten dort verschiedene Schanzwerke. Allein der von Karl XII. erzwungene Friede zu Traventhal restituirte dem Herzoge wieder seine Besitzungen. Dieser begleitete darauf seinen tollkühnen Stiefvater in dem berühmten polnischen Kriege, und ist 1702 bei Clissa von der Seite Karl's XII. als Held gefallen. Er hinterließ seine Wittve in Schweden mit dem unmündigen Sohne Karl Friedrich, der 1704 geboren war. In der vormundschaftlichen Regentschaft, die für das Herzogthum angeordnet ward, sollte der Oheim des jungen Herzogs, der Coadjutor des Bisthums Lübeck, von dem die gegenwärtigen Großherzogthume Oldenburg regierende jüngere gottorfische Linie abstammt, Herzog Christian August, die Hauptperson sein. Diese



ter Ulrich. Diesem jungen Fürsten wurden aber bald durch die Begünstigung der Kaiserin Elisabeth von Rußland die allergehäufigsten Aussichten eröffnet, indem er dadurch bald sowohl die schwedische als die russische Krone zu erwerben im Begriffe stand. Während er die russische Anerbieten annahm und demnach zum Thronfolger und Großfürsten in Rußland ernannt ward, gelang es einem Prinzen der jüngeren gottorfischen Linie, dem damaligen Bischofe von Lübeck, Friedrich, auf den Thron von Schweden zu kommen, obgleich der König von Dänemark, der sich durch diese Verhältnisse im höchsten Grade bedrohet fühlte, Beides zu hindern sich bemühet hatte. Der russische Großfürst behielt fortwährend seinen holsteinischen Landestheil, den Kiel aus durch einen Geheimrath verwaltet wurde, und war in der That darauf bedacht, seinen schleswigischen Antheil, sobald er als Kaiser über eine große Macht gebieten würde, der dänischen Krone wieder zu entziehen. Der König von Dänemark suchte vergeblich in vielfältige diplomatische Verhandlungen den Großfürsten dahin zu bringen, daß ein Austausch des großfürstlichen Antheils von Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst zu Stande käme, während es dagegen gelang, mit dem schwedischen Hause über den wichtigen Austauschgeschäft sich zu vereinbaren. Der russische Großfürst blieb leidenschaftlich von der Begierde erfüllt, die von dem königlichen dänischen Hause seinen Vorfahren zugefügte Unbill und Schmach zu rächen, und wies daher die ihm gemachten Anerbietungen alle zurück. Als er darauf bei dem Ableben der Kaiserin Elisabeth als Kaiser Peter III. zu Anfange des Jahres 1762 den Thron bestieg, schloß er sogleich mit Friedrich II. von Preußen Frieden, und ließ seine Truppen gegen Friedrich V. von Dänemark vorrücken. Die augenscheinliche Gefahr, worin Dänemark schwebte, wurde jedoch durch die plötzliche Entthronung und den unerwarteten Tod des Kaisers abgewandt.

Seine Gemahlin, welche als Kaiserin Katharina II. succedirte, hegte in Bezug auf Dänemark andere Ansichten. Mit ihr wurden daher die Unterhandlungen über den Austausch des großfürstlichen Antheils mit besserem Erfolge wieder angeknüpft, die aber nicht zum definitiven Beschlusse gebracht werden konnten, bevor ihr Sohn Paul zur Volljährigkeit gekommen war. Ein provisorischer Tractat wurde darüber geschlossen, und zur Tradition des großfürstlichen Landestheils an das königlich dänische Haus kam es endlich am 16. November 1773. Hiermit war also das ganze Herzogthum Holstein wieder unter dem Scepter vereinigt, und das Unheil der früheren Landestheilungen beseitigt. Hohes Verdienst um die Erreichung dieses Zieles hatte besonders durch geschickte Führung der Unterhandlungen Ernst Hartwig von Bernstorff, der dafür mit seinen Nachkommen vom Könige durch den Grafentitel belohnt ward. Das bisher großfürstliche Gebiet Holsteins, wozu auch die Stadt Kiel mit der Landesuniversität gehörte, wurde übrigens dem königlichen Hause unter ausdrücklicher Bestätigung aller Rechte und Freiheiten des Landes übergeben.

Eine andere Staatsverhandlung von Erblichkeit, die ebenfalls Jahre 1768 zum Resultate gedieh, betraf die alten Seeräuberstaaten der Stadt Hamburg wegen der noch immer prävalirenden polenim-Territorialhebel über die Stadt. Beide in Holftein regierenden Könige, die königliche und die gotterfische, entzogen ihrem Ansprüchen Huldigung und erkannten die Reichsfreiheit der Stadt förmlich an, wogegen diese sehr bedeutende Schuldforderungen, die sie an den Kaiser und an den Großfürsten hatte, für immer aufgab.

Die unter dem Könige Christian VII. folgende Friedenszeit war Wohlstande des Landes sehr vortheilhaft. Die handhafte Neutralität des dänischen Cabinets, die der weise Staatsmann Andreas Bernstorff zu behaupten mußte, gereichte auch den Herzogthümern hohen Gedeihen und gewährte durch den vortheilhaften Abzug Landesproducte, durch fortwährende Zunahme der Schiffahrt und Handels eine wahrhaft goldene Zeit. Aber immer schwieriger wurde in England die Aufrechterhaltung völliger Neutralität, und der große Minister Dänemarks, Graf Bernstorff, starb 1797 mit der bangen Erwartung düsterer Zeiten. Bald war auch der Krieg mit England über die Rechte der Neutralität zur See da. Die dänische Landarmee wurde in Holfstein versammelt, und zu Ende des Märzmonats 1801 wurde Altona und Lübeck besetzt. Am 2. April wurde gekämpft auf der Höhe vor Copenhagen, und alsbald endigte dieser Krieg, der, so kurz und gewisfen war, dennoch durch die umfassenden Rüstungen sehr hohe Kosten erfordert hatte. Da aber weder die bisherigen Steuern, noch das außerordentliche Mittel der Anleihen zu genügen schienen, so wurde vielmehr eine neue Grundsteuer und eine gänzliche Umgestaltung des Steuerwesens nöthig. Die neue Grundsteuer, die später ungemein belästigend worden ist, begann in den Herzogthümern am 1. October 1802.

Darstellung der geschichtlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer seit dem Jahre 1802. Was die Geschichte der Herzogthümer bis hieher mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, dem wird nicht entgangen sein, daß besonders seit dem letzten vollständigen Landtage von 1675 die Ausübung der vollen besessenen Landesrechte der Herzogthümer immer precärer worden. Die Regierung in Dänemark, seit 1660 der lästigen Reichsräthe entsetzt, welche die Vorrechte des Adels ihr bis dahin aufgelegt, strebte es da an auch in den Herzogthümern nach einer gleichen Nachahmung, und sie erreichte ihren Zweck, wenn gleich allmählig, doch desto sicherer, eben durch jene Macht der Langsamkeit, welche die administrativen Hinsicht ihr in neuerer Zeit oft zum Vorwurfe gemacht ist. Unter der Ägide dieser Macht gelang es ihr, nach und nach die Misstrauen und den Reid des dritten Standes gegen Prälaten und Ritterschaft rege zu machen, denen man seit 1712 das positive Recht des Landtages factisch entzog und nur das negative der Steueranwesenheit, welches, als Privilegium eines einzelnen bevorzugten Standes, nur gebührend erscheinen konnte, einstweilen noch fortdauern ließ.

Allmählig mußte ohnehin die ehemalige Repräsentation der Herzogthüm auf den Landtagen beim Volke erst in Vergessenheit gerathen, und die Ritterschaft mußte durch Nichtbeachtung ihrer Vorstellungen an den Verlust ihres früheren Einflusses gewöhnt werden, ehe es rathsam an den letzten Federstrich an der längst beschlossenen Abänderung der Landesverfassung zu thun. Ja, dieser Federstrich machte sich an obigen Voraussetzungen gewissermaßen von selbst und schien mehr die Pflicht einer aufgeklärten, auf das Wohl des Landes bedachten Regierung zu werden, die sich berufen fühlen muß, einzutreten, so oft frühere Landesrechte durch den gewaltigen Einfluß der Umstände in Privilegien der Einzelnen ausgeartet sind.

Die Frucht war reif, und so ward unterm 1. October 1802 Prälaten und Ritterschaft eine Resolution wegen Ausschreibung einer Grund- und Benutzungsteuer mitgetheilt, welche ihnen als verfassungswidrig erschien. In ihren Gegenvorstellungen wie in dem damit verbundenen Erbieten, statt des Auferlegten ein freiwilliges, beständiges, jedoch nach Pflugsahl aufzubringendes Opfer mit demjenigen Quantum zu entrichten, wozu sie bei Ausmittelung der Staatsbedürfnisse angelegt sein möchten, erkennt man deutlich das Bestreben, den letzten Schatten eines früheren Rechtes zu retten, verbunden mit dem beunruhigenden Zweifel, dieses Recht auch dieses Mal berücksichtigen zu sehen. Ihre Furcht war nicht ungegründet; die Nachwehen des letzten Krieges mit England im Jahre 1801 und die geringe Aussicht, unter den obwaltenden politischen Verhältnissen das frühere Neutralitätssystem auf die Länge behaupten zu können, mochten die Regierung auch für die Folge die Wichtigkeit eines unumschränkten Steuerungsrechtes erkennen lassen, welches in der unmittelbaren königlichen Resolution vom 17. December 1802 zum ersten Male unstreitig ausgesprochen ward. Unterm 3. März 1803 richtete darauf die Ritterschaft die Bitte an den Landesherren um ein im Land selbst zu gewährendes rechtliches Gehör über den Inhalt ihrer Steuerverfassung, worauf am 15. April dieses Jahres die Resolution, „daß auf das obenerwähnte Gesuch nicht einzutreten sei,“ erfolgte. Damals bestanden noch die deutschen Reichsgerichte, und es kam in Ansehung wegen rechtlicher Berücksichtigung der Steuerverhältnisse an diese zu wenden; aber der Gedanke an die Langsamkeit des reichsgerichtlichen Verfahrens, welche namentlich damals, wo die ersten Symptome naher Auflösung sich bereits zu zeigen begannen, doppelt zu befürchten schien, hinderte die schon eingeleitete Ausführung des Vorhabens. Der damalige Nichtrecurs an die Reichsgerichte wurde später unter Andenken von der großherzoglich hessischen Gesandtschaft am Bundestage der Ritterschaft zum Vorwurfe gemacht. Will man aber auch das Temporisiren der letzteren mit der Besorgniß, daß im Richterledigungsfalle des Rechtsstreites von der inländischen Regierung nur ein rücksichtsloser gegen sie verfahren werden möchte, entschuldigen: so

die Verfassung doch nicht für frühere Zeiten, namentlich nicht
 in der Periode seit 1773, wo das bis dahin großfürstliche Holstein
 an die gemeinschaftlichen Districte unter die nämliche Landeshoheit
 mit dem übrigen Holstein kamen. Wollte man sagen, die Verfassung
 im Herzogthum sei bis zum Jahre 1802 keiner Anfechtung ausge-
 setzt worden oder die letztere sei mindestens von der Ritterschaft sieg-
 lich widerstanden worden, so würde solche Behauptung sich wohl
 nicht beweisen lassen. Der ritterschaftliche Anspruch, nicht willkürlich
 geändert zu werden, begriff so wenig die ganze Verfassung, als Rit-
 terschaft und Prälaten rechtlicher Weise die alleinige Landstandschaft
 zu machen. Ohne Zusammenberufung eines neuen Landtages mußten
 die Landesherrn sich allmählig in Privilegien der Einzelnen auflösen,
 und sich letzteren gleichfalls dem endlichen Untergange entgegengehen.
 War die Aufgabe der Ritterschaft, gegen diese Gefahr im Noth-
 falle den Beistand der Reichsgerichte anzurufen, der ihnen, allem An-
 sehn nach, damals nicht versagt sein würde. Was der geistreiche
 Verfasser in der der deutschen Bundesversammlung im Jahre 1822
 dargelegten Denkschrift der Prälaten und Ritterschaft des Herzog-
 thums Holsteins hiergegen zur Vertheidigung der letzteren im §. 13
 der angegebenen Schrift bemerkt, erscheint mir als unzureichend. Er
 führt nämlich dort mit Recht an, daß die Formen der Verfassung
 zu viel veraltet gewesen; daß bedeutende Landescheile schon früher
 von Landtage unvertreten, wenn gleich darum nicht rechtlos geblie-
 ben, daß durch den jüngsten Landtag die Mitschlandschaft der Städte
 wieder eingeführt worden; die Zahl der in die Hände nichtritterschaft-
 licher Eigenthümer übergegangenen Güter sich in den Herzogthümern
 halbiert habe, und das Corps von Ritterschaft und Prälaten diesen
 ansehnlichen Theil der Landeskkräfte, welcher in Holstein allein über
 100,000 Einwohner umfaßt, bei Weitem nicht mehr vollständig darge-
 stellt habe. „Noch andere Veränderungen,“ fährt er dann fort, „be-
 wußt der Zeitgeist vor. Eine milde, menschlichen Antrieben folgende
 Reform trachtete, von großer Einmüthigkeit aller Stände begleitet,
 nach Aufhebung der Leibeigenschaft den Bauernstand in zeitgemäße
 rechtliche Verhältnisse einzuführen. Die Pressfreiheit erhob sich zur sel-
 ten Zeit in diesen Landen mit entschiedener Wirkung, ungemißbraucht,
 so erglänzte damals durch den Eindruck der Neuheit in gewissem
 Grade die Lücken der Verfassung; mancher verjährte Mißbrauch wich
 der öffentlichen Meinung; es war überall das Zeitalter liberalerer
 Den, aber freilich auch des Verkennens der nicht auf der Oberfläche
 ruhenden Wahrheit: daß diese Ideen sich erschöpfen, oder in eine ge-
 fährliche Unbestimmtheit ausarten werden, wenn ihre schmeichelnde
 Begleitung nicht mit ernster Achtung vor dem Alterthume begleitet ist;
 wenn diesen allgemein menschlichen Strebungen nicht eine politische
 Fiktion und sichere bewährte Formen gesetzlich begründeter Freiheit
 zu Seite gehen. In dieser anders beschäftigten Zeit — meint der
 Verfasser — durften Prälaten und Ritterschaft keine große Einstimmig-

zeit für ihre alten Wünsche und Befugnisse hoffen; genug, sie den rechtlichen Bestand bewahrten. Sie sind sich bewußt, daß dieser Zeit weder verkannt, noch abgelehnt zu haben; daß sie aber derentheils, ihrer Stellung im Staate gemäß, an ihrer alten Stellung, die auch Schutzwehr des Landes sein konnte, hielten, und, die hierin nur Veralterung sahen, nicht beitraten, deshalb die Billigung der Einsichtigeren im Lande und aller derer, die die Erfahrungen des letzten Menschenalters genutzt haben, in Annehmen.“ — Ich habe die Mühe nicht gescheut, eine längere Skizze aus der oben angeführten, von Dahlmann verfaßten Denkschrift der Ritterschaft abzuschreiben, weil sich hieraus so recht deutlich zu sehen, woran eigentlich die alten Landesrechte der Herzogthümer zu Grunde gegangen. Schon im Jahre 1773 und in den folgenden ging, wie wir sehen, die Ritterschaft von dem nämlichen Grundsatz aus, den sie bei der allerneuesten Bewegung in den Herzogthümern wieder nahm — sie stellte sich dieser Bewegung, statt sich derselben anzuschließen, feindselig und abwehrend gegenüber. Weit entfernt, mit dem Zeitgeiste zu befreunden und, ihm folgend, zugleich an seiner Leitung zu nehmen, isolirte sie sich mehr und mehr und gelangte auch wohl jetzt noch nicht zu der Ueberzeugung, daß allein allzu schwach ist, ihre Ansprüche durchzusetzen. Wenn Gleichgültigkeit gegen politische Rechte im Volke vorherrscht, wie dieses im 17. und zum Theil noch im 18. Jahrhunderte in den Herzogthümern der Fall war — dann ist die Ritterschaft allein der Gnade der Macht haber abhängig. Wenn aber Bewegung in's Volksleben kommt; wenn Interesse an Verfassungsangelegenheiten sich verbreitet; wenn die Presse das Gewicht der öffentlichen Meinung unterstützt, dann ist es Pflicht, durch zeitgemäße Concessionen das Neuere dem Alten anzupassen. Welchen großen Zeitpunkt die Prälaten und Ritterschaft in dieser Hinsicht unbenutzt vorüber gelassen! — einen Zeitpunkt, wo, wie Dahlmann einräumt, eine unmißbrauchte Pressfreiheit, die auch ihnen ihre Spalte geöffnet hätte, mit entschiedener Wirkung auftrat! Damals war der Augenblick da, mit kluger Nachgiebigkeit gegen den Zeitgeist und mit weiser Aufopferung „ihrer alten Wünsche“ die Zusammenberufung eines neuen Landtages auf jede Weise einzuleiten und gegen alle Hindernisse durchzusetzen. —

Die neue Grundsteuer kam nun mit dem 1. October 1802 ohne alle Einschränkung zur Ausführung, nicht ohne die Uebereilung, durch die schwierigste Arbeit ausgeführt worden, vielfach zu verrathen. Die Taxatoren entschuldigeten damals die Eile der Abschätzung mit den anfänglich wirklich geringen Beträge der Abgabe (4 Sch. für die 25 Rthl. taxirte Tonne Landes, d. i. für 260 Quadratruthen Hamburger Maß). Allein bald steigerte sich diese Abgabe mehr und mehr mit der Maßgabe des Bodens, so daß die auf 100 Rthl. geschätzte Tonne 7 Schillinge trug, zu welchem Werthe das meiste Hoffeld angeschla-

war. Doch auch hierbei blieb es nicht. Neben außerordentlichen Pflugs-
 jenen von 4 und 6 Rthln. vom Pfluge erfolgte zuerst im October
 eine außerordentliche Erhöhung der Grund- und Benu-
 zungssteuer um 50 Procent. Der Krieg im Herbst des Jahres 1805
 zwischen Frankreich und Oesterreich weckte sodann bei der dänischen
 Regierung die Furcht vor einer englischen Diversion im nördlichen
 Deutschland. Dieses veranlaßte die Verlegung eines Theiles des Heeres
 nach Holsteins Grenzen, wo es fast volle 10 Jahre auf dem Kriegss-
 tande blieb. So konnten denn die bisherigen Steuern wiederum nicht
 zahlen, und nach einer abermaligen außerordentlichen Erhö-
 hung der Grundsteuer um 50 Procent im Juni 1806 folgten nun
 mehrere Erhöhungen, zuerst um 50 Procent, dann am 8. April
 1806 nochmals um 50 Procent auf 8 Jahre und zugleich um 37½
 Procent auf 14 Jahre. Um eben die Zeit ward die mit der Grund-
 steuern verbundenen zugleich ausgeschriebene Haussteuer auf 8 Jahre
 auf um 10 Rthl. von jedem 100 Rthl. des Werthes der zur Haus-
 steuern verpflichteten Gebäude, und am 4. September 1809 um 6 Rthl.
 erhöht. Gleichfalls um dieselbe Zeit ward die ¼ Procent Steuer
 auf die jährlichen im liegenden Gründen stehenden Capitalien auf 2 Pro-
 cent erhöht u. s. w. u. s. w. Der preussische Krieg an Holsteins Grenzen im
 September 1806 und später der Krieg mit England (s. den Artikel
 „Flammark“) waren die traurige Veranlassung dieser Ueberspan-
 nung aller Staatskräfte, welche auf die Länge nicht ohne die traurig-
 en Folgen bleiben konnte. Indessen hatte Napoleon nach der
 Auflösung des Rheinbundes zugleich mit den verbündeten Reichsfürsten
 die deutsche Reichsverfassung am 1. August 1806 für aufgehoben er-
 klärt, worauf Franz II. seine Kaiserwürde am 6. August dieses Jah-
 res niederlegte. Diese Veränderung, welche alle deutschen Gemüther im
 Ausland tief niederbeugen mußte, sollte namentlich auch auf die Ver-
 stimmung der Herzogthümer verhängnißvoll einwirken. Es erschien un-
 tern 9. September dieses Jahres eine Erklärung der Regierung, „daß
 das Herzogthum Holstein, die Herrschaft Pinneberg, Grafschaft Ran-
 ken und Stadt Altona fortan unter der gemeinsamen Benennung des
 Herzogthums Holstein mit dem gesammten Staatskörper der dem kö-
 niglichen Scepter untergebenen Monarchie als ein in jeder Beziehung
 völlig ungetrennter Theil derselben und der alleinigen unumschränk-
 ten Vermögenlichkeit des Königs unterworfen sein sollte.“ — Die
 im vorerwähnten Worte waren es, welche alsbald in der Brust
 der holsteinischen Patrioten nicht geringe Bedenkllichkeiten erregen muß-
 ten. Es war klar genug, daß hier von keinen bloßen Souveränitäts-
 ritten des Monarchen, welche, wie unter anderen Englands Beispiel
 sah, mit den ausgedehntesten Volksrechten friedlich sich vereinigen
 lassen, die Rede sein sollte. Der König war als Herzog von Schles-
 wig und Holstein dem Rechte nach nicht unumschränkt gewesen —
 warum er dasselbe jetzt durch Aufhebung des Reichsverbandes werden?
 Das würde voraussetzen, daß Kaiser Franz, als er die deutsche Kaiser-

Krone niedergelegt, selbst unumschränkte Rechte über Holstein auszuüben, welche er jetzt dem Könige von Dänemark übertragen. Durch jene konnten nur die Verhältnisse zu Kaiser und Reich, nicht aber die zwischen Regierung und Unterthanen geändert werden; sonst hätten die Einwohner Hamburgs, Lübecks und Bremens von nun an für ihre freie Verfassung zittern müssen. Ein Mann, den wohl niemand als übertrieben freisinniger Grundsätze verdächtig bezeichnen konnte, Graf Münster, sagte daher in einer am Wiener Congresse am 21. October 1814 erlassenen Note mit Recht: „Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent von Großbritannien und Hannover läßt den Satz nicht anerkennen, daß selbst nach den Veränderungen in Deutschland vorgegangen sind, den Fürsten ganz unbedingt rein despotische Rechte über ihre Unterthanen zustehen. Der Grund, daß der Verfall der deutschen Reichsverfassung und der Umsturz der Territorialverfassung der deutschen Staaten in so fern diese nicht Punkte betraf, die ausschließlich ihr Recht mit dem Reiche bezweckten — im rechtlichen Sinne nach sich ließ, läßt sich keineswegs zugeben. Ein Repräsentativsystem ist in Deutschland, von den ältesten Zeiten her, Rechts gewesen. In den Staaten beruhten dessen nähere Bestimmungen auf förmlichen Verträgen zwischen den Landesherren und ihren Unterthanen; und in denjenigen Ländern, wo keine ständischen Verfassungen waren, hatten die Unterthanen gewisse und wichtige Rechte, die die Reichsgesetze nicht allein bestimmt darlegten, sondern auch schützten.“

Aber nicht allein diese unwidersprechlichen Grundsätze waren gegen welche durch den Erlaß obiger Erklärung offenbar verstoßen wurde — gar bald zeigte es sich, daß auch, zum Behufe einer gegen Verschmelzung der Herzogthümer mit Dänemark, eine Auslösung und Vertilgung der diesseitigen Nationalität im Plane der damaligen Machthaber lag. Der Aufenthalt der Königsfamilie in den Herzogthümern in Folge des britischen Angriffes auf Seeland hatte die deutschen holsteinischen Patrioten, so traurig die Veranlassung dieses längeren Besuches war, dennoch zu manchen stillen Hoffnungen bezüglich Deutschland hatte, nach so langem Zwischenraume, das ihm das stammes geliebte Regentenhaus auf längere Zeit wiedererobert. Die Geburt einer Princessin in Kiel, nachdem die Aussicht auf fernere Fortkommenschaft schon beinahe aufgegeben worden, hatte diesem Zeitpunkt noch höhere Bedeutung verliehen. Es schien so natürlich, daß unter den Auspicien des allverehrten Friedrich's das deutsche Princip in den Regierungsmaßregeln mehr und mehr Berücksichtigung zu finden werde. Aber solchem Erfolge ward von mehreren Seiten her entgegen gewirkt, und es bildete sich statt dessen, doppelt drohend, die dänische Reaction. Indes scheiterte nur desto sicherer der von Berg entworfene Plan, durch Verdrängung der deutschen Sprache jene Verschmelzung und Entnationalisirung vorzunehmen. —

Wenn übrigens der Drang der Umstände in jener verhängniß-
 vollen Zeit die Regierung nöthigte, von ihrer factisch so sehr erweiter-
 ten Gewalt zu Auferlegung neuer, zum Theil sehr drückender Steuern
 Gebrauch zu machen, so blieb doch übrigens unter des wohlmeinenden
 Kronprinzen und späteren Königs Friedrich Leitung fortwährend
 das Princip der Humanität vorherrschend, welches im Jahre
 1802 die Aufhebung des Handels mit Negerklaven in den dänischen
 Kolonien und 1805 die Aufhebung der Leibeigenschaft in denjenigen
 Theilen der Herzogthümer, wo dieselbe bisher noch Statt gefunden,
 zur Ausführung brachte. Ohne eine solche einstweilige, in der achtungs-
 würdigen Persönlichkeit des Regenten begründete Bürgschaft würde
 es unkräftig die Ausdehnung der höchsten Regierungsgewalt in den
 Herzogthümern viel größeren Schwierigkeiten unterlegen haben. — Der
 im Jahre 1808 am 29. Februar gegen Schweden erklärte Krieg,
 verursacht durch dessen zweideutiges Benehmen bei dem englischen An-
 griffe auf Seeland im August 1807, und angesührt von Napoleon,
 der zu dem Ende an Dänemark ein Hülfscorps überließ, mußte bald
 ganz allein getragen werden, da das französische Heer im
 Jahr 1809 zu dem Kriege gegen Oesterreich aufbrach. Indess ward
 der Friede schon am 19. December 1809 zu Cöpenhagen geschlossen,
 obgleich durch den fortdauernden Krieg mit England Schiff-
 fahrt und auswärtiger Handel gänzlich vernichtet, und in Folge der frei-
 willigen Annahme des französischen Systemes auch der in-
 nere Verkehr fast durchaus gelähmt. Um so sicherer und schneller muß-
 ten die Kräfte des Staates, die schon durch die Unterhaltung eigenen
 und fremden Heeres übermäßig in Anspruch genommen worden, sich
 erschöpfen. So erschien denn am 5. Januar 1813 die sogenannte
 Reichsbankverordnung, bestehend in einer Reduction der früheren dani-
 schen Courantthaler von 48 zu 5 Sch., in der Creirung eines neuen
 Geldes, der Reichsbankthaler, deren jeder 6 alten dänischen Courant-
 thaler gleich sein sollte, und der Fundirung des neuen Geldes auf
 das gesamte Grundeigenthum des Staates. — In Hinsicht der Fol-
 gen dieser Verordnung für die Herzogthümer, so wie des weiteren
 Einflusses der Begebenheiten bis zum Jahre 1815 darf ich mich, um
 unnötige Wiederholungen zu vermeiden, auf den Artikel „Däne-
 mark“ beziehen. Es war unter so traurigen Umständen noch ein Glück
 für die Herzogthümer, daß, als die Erfahrung lauter als Bitten ge-
 worden, durch die Verordnung vom 30. Juli 1813 bei übriger Fort-
 wahrung des Reichsbankgesetzes, ihnen ihr Silbergeld als einziges ge-
 zulassenes Zahlungsmittel wieder zurückgegeben ward, weshalb man denn
 in demselben Opfer, wodurch man die Beseitigung des Papiergeldes
 bewerkstelligen mußte, von den Unterthanen im Allgemeinen mit freudig-
 stem Bewilligung dargebracht wurden. Um einen ungefähren Ueber-
 blick des Steuerdruckes, der auf den Herzogthümern lastete, zu geben,
 so ist in Bemerkung erlaubt, daß seit dem Jahre 1802 allein die di-
 recten Grundsteuern des besseren Landes verdreifacht worden sind,

und daß (nach Mittelpreisen) der vierte Theil des Pächtertrags den klösterlichen und adelichen Gründen durch die directen oder Grundsteuern verschlungen wird. Und dabei hatten diese Länder allein während des Krieges mit Schweden, bis zum Kieler Friede 14. Januar 1814, die fremden Truppen zu ernähren, sondern russisch-polnische Heer blieb ein ganzes Jahr dort und Kosten Herzogthümern 1½ Millionen Reichsthaler. Was allein unter solchen Umständen als ein Trost hätte erscheinen mögen — das lich auszuschreibende, nie zu überschreitende Budget, welches ein liches Rescript vom 5. Januar 1813 verhiess, ging, leider in Erfüllung.

Am 19. Januar 1815 im Kieler Umschlag vereinigten sich lich bei solcher Bedrängnis Ritterschaft und Prälaten mit den nicht recipirten Gutsbesitzern in dem gemeinschaftlichen Beschlusse vorzüglich eine Bittschrift bei dem abwesenden Landesherrn zu legen, in welcher die Landestlage freimüthig dargestellt, um Zurück aller gewaltsamen Massregeln angelegentlich ersucht und zugleich Beziehung auf den letzten Landtagschluß, die Ueberzeugung ausgesprochen ward, „daß dem allgemeinen Unglücke nur durch die Zusammenberufung eines den Zeitumständen angemessenen Landtages abgeholfen werden könne.“ Graf von Moltke, Mitglied der fortwährenden Deputation, überbrachte diese Bittschrift dem damals in Wien sich aufhaltenden Monarchen. Die drohende Eintreibung darauf zurückgenommen und Ritterschaft und Gutsbesitzern das Verlaubniß ertheilt, dem Könige auf der Durchreise ihre Bitten vorzutragen. Die Bitte um einen Landtag in zeitgemäßer Form, denn auch am 26. Mai dieses Jahres mündlich wiederholt, wurde sich aber keiner Gewährung, die Bestätigung der Privilegien wurde gelehnt, und am Krönungstage (31. Juli) von den Ministern die Ritterschaftlichen Deputirten die Absicht ausgesprochen, das Herzogthum Schleswig künftig von Holstein zu trennen. Daß der Herzog als Herzog von Holstein dem deutschen Bunde beigetreten sei, kam nur durch mündliche Nachrichten zur Kunde der Holsteiner. 9. September 1815 ward indeß auf vielfache dringende Vorstöße der uralte nexus socialis der schleswig-holsteinischen Ritterschaft in einem Ganzeischreiben bestätigt; auch wurden die inneren Einrichtungen, welche in Holstein, Behufs seines Uebertrittes zum deutschen Bunde, Statt finden sollten, jetzt officiell bekannt. Endlich, am 17. August 1816, erfolgte wirklich die Bestätigung der Privilegien des Könige, auf solche Art, „wie selbige von Seiner Höchstseligen Herrn Waters, Königs Christian des Siebten Majestät, unterm 31. März 1766 und 13. November 1771 allerhöchst bestätigt worden“, und es ward verheissen, Ritterschaft und Prälaten dabei „zu allen Zeiten geruhig gelassen auch kräftigst geschützt und gehandhabt werden sollen.“ Auch dem damaligen und künftigen Statthalter, zum holstein-lauen-

des Obergerichts zu Glückstadt (zu Gottorf) sämmtlich verordneten
Richter, Vicekanzler und Räthen, auch allen anderen Beamten und
Bedienten in der für Holstein und Schleswig gesondert erlassenen
Confirmatione privilegiorum allergnädigst und ernstlichst anbefoh-
len, die diese allergnädigste Confirmation festiglich zu halten, und
keines zu verhängen, noch, daß es von Anderen geschehe, zu
dienen.

Aber es nun wohl in der That die königliche Meinung, durch
die Privilegienbestätigung die alten Landesrechte der Herzogthümer
Holstein und Schleswig anerkennen? Allerdings eine schwierige Frage,
die sich indeß, wie es scheint, am Füglichsten aus der Geschichte
der Vergangenheit und der Folgezeit beantworten lassen
wird: denn anzunehmen, der König habe bei jener Bestätigung nur
die Absicht gehabt, in schwierigen Zeitverhältnissen den fortwährenden
Bittstellern von sich abzuhalten, widerspricht geradezu
dem anerkannt aufrichtigen und rechtlichen Charakter
des Königs. Die Bestätigung bezieht sich ausdrücklich auf die unter
König VII. im Jahre 1766 und 1773 gleichfalls Statt gefundene.
Es ist kein Grund da, vorauszusetzen, daß durch die in erstgenann-
ten Jahren gewährte Confirmation dem damaligen königlichen Antheile
an den Steuern mehr habe eingeräumt werden sollen, als was man im
Jahre 1773 dem neu erworbenen, bisher großfürstlichen Antheile ein-
räumte. Am Schlusse des damaligen königlichen Besitzpatentes vom
16. November heißt es aber: „So geloben und versichern Wir mittelst
dieses Unseres Briefes für Uns und Unsere Nachfolger in der Regie-
rung, daß Wir den sämmtlichen nunmehr Unserer alleinigen Landes-
herren unterworfenen Eingeseffenen der bisher gemeinschaftlichen und ein-
gekauften hollsteinischen Landesdistricte, sowohl Prälaten und
Klosterleuten, auch Besitzern adelicher und Ganzzelleigüter, als an de-
ren Kommunen und Unterthanen, wes Standes sie seien,
in den Städten, Flecken und auf dem Lande Unsere könig-
liche Gnade, auch landesväterliche Beschirmung und Für-
sorge ausdrücken lassen, sie inögefaamt bei ihren wohlertworbenen und
gesetzlichen Rechten und Freiheiten schützen, die ihnen von der bis-
herigen Landesherrenschaft, auch alle ihre ihnen ertheilten Privi-
legien, Exemptionen und Begnadigungen bestätigen, und
ihnen Befähigung, Aufnehmen und Gedeihen auf alle Weise befördern
zu dem Zwecke setzen wollen.“ Und hiermit beinahe zugleich,
am 16. November, erfolgte denn zum zweiten Male die Bestätigung
der Privilegien der hollsteinischen Prälaten und Ritterschaft. — Fassen
wir nun den Inhalt des Besitzpatentes, namentlich die von mir unterstrei-
chten Stellen desselben näher in's Auge, so scheint es, als ob durch
dieselbe die Privilegien der Ritterschaft mit denen der übrigen Corpo-
rationen, Gemeinden und Privatpersonen, so wie mit den Exemptionen
und Begnadigungen der Unterthanen überhaupt auf völlig gleichen Fuß
gestellt wären; es scheint, als ob schon damals sich bei der Regierung

selbst, im Gegensatz der älteren Zeit, derjenige Begriff von Privilegien gebildet und festgesetzt habe, welchen wir heut zu Tage gemein damit verbinden, während allerdings die Vorzeit unter dieser Benennung auch allgemeine Landesrechte verstand. Eine solche Verwirrung war aber nur dadurch möglich und mußte durch nothwendig erfolgen, daß das wohlbegründete Recht des Landes auf die, wo möglich alljährliche, Zusammenberufung eines Landtages so langer Zeit nicht zur Anwendung kam; denn die Nichterfüllung des Hauptpunctes leitete von selbst auf die Idee einer ungleichen Wichtigkeit und Heiligkeit der verschiedenen Urkunden. Mit dieser Ansicht von dem Sinne, in welchem die Regierung die Bestätigung der ritterschaftlichen Privilegien betrachtete, stimmt denn auch die Geschichte der Herzogthümer sowohl vor als nach dem Jahre 1816 völlig überein. Nicht allein wurde trotz der Bestätigung kein Landtag gehalten, sondern es ward auch im Jahre 1802, wie oben erwähnt, das streitige uneingeschränkte Besteuerungsrecht des Landesherren, das nur zur Sicherheit und Wohlfahrt des Landes ausgeübt werden und, bei den so sehr angemaßen Staatsbedürfnissen, über das ganze Land gleichförmig vertheilt werden müsse, ausdrücklich in Anspruch genommen.

Und als unmittelbar nach der Privilegienbestätigung vom Jahre 1816, in Folge der vorangegangenen schweren Kriegszeit und der fehlerhaften Finanzverwaltung, die Geldverlegenheit der Regierung sich fortbauerte, ward von derselben ganz im Sinne der obigen Erklärung verfahren. Den klösterlichen und adelichen Gütern wurden neue Steuern zugemuthet und diese nebst den früheren (durch Stockung des Handels, durch Kriegsleiden und den seit der Reichsbankverordnung vergrabenen Landescredit entstandenen) großen Rückständen sollten durch Executionen eingetrieben werden. Hiergegen remonstrirte die Ritterschaft; auch sandte sie, bei dem neuerdings entstandenen Gerüchte einer beabsichtigten Trennung des Herzogthums Schleswig von Holstein, eine Vorstellung in Bezug der neu zu begründenden Verfassung und des nexus socialis der schleswig-holsteinischen Ritterschaft ein; aber letztere erhielten weder sie, noch diejenigen Städte und Ämter, welche gleichfalls um die Fortdauer der Vereinigung der beiden Herzogthümer gebeten, eine Resolution; die Eingabe wegen der Steuern hingegen ward geradezu abgeschlagen. Zwar bezog sich die fortwährende Deputation, in Auftrag ihres Corps, unterm 27. Januar 1817 neuerdings auf die geschehene Bestätigung der Privilegien; allein neben der allgemeinen Versicherung, daß auf allmälige Minderung der Abgaben Bedacht genommen werden solle, hieß es in der Resolution vom 18. April: „Wir können aber Prälaten und Ritterschaft nicht gestatten, eine separate Verhandlung über diesen und ähnliche die Gesamtheit der Unterthanen in unseren Herzogthümern Schleswig und Holstein betreffende Gegenstände anzustellen und durch solche den ständischen Vor-

ungen in Holstein, über welche Unsere nähere Resolution zu erwar-
ten, vorgezogen.“

Witterungswelle war die Execution wegen der Landsteuer eingetreten.
Die fortwährende Deputation hat unterm 26. April dieses Jahres um
eine Aufhebung und um Befreiung eines unpartheiischen Gerichts zur
Entscheidung der Rechtsfrage und der Reichsbank auf dem Wege Rech-
ten. Nach dieser wird unterm 7. Juni abgelehnt und das Re-
sultat gefasst. Das war zwar keinem Unserer getreuen Unterthanen
von Schick der Gerechtigkeit und rechtlichen Grundsatz versagen, daß aber
Verfassung des Landes keiner Erweiterung auf dem Wege Rechts
verwehrt sein könnte.“

Nach dieser Weisung geht zu den unbestimmt abgefaßten und hat
zu beschließen, wie man scheint will, zu einem doppelten Mißverhältnis.
Die Veranlassung gewesen. Man hat darin einerseits eine Anerkennung
der alten holsteinischen Landesrechte finden wollen, und andererseits
sagt, welche Wirksamkeit über Fortdauer die letzteren denn hätten,
wenn jede rechtliche Erweiterung ihres Begriffes und Umfangs ihnen
verwehrt sei. In der That ist diese Bestimmung so widersinnig,
daß sie nicht eben die größte Noth als wirklich ausgesprochen ange-
nommen werden darf. Ich meinerseits glaube keinenfalls, daß das
dort Verfaßte in dem so eben citirten passus sich auf die al-
te Landesrechte oder auf die Privilegien der Ritterschaft beziehen soll,
weshalb ich an, es sei entweder in dem ganz allgemeinen Sinne
gemeint, in welchem man jede bestehende staatliche Organisation,
die die absolut monarchische, eine Verfassung nennen kann,
oder es werde damit auf die nach dem 13. Artikel der Bundesacte neu
bestehende Verfassung Holsteins, wornach auch die früheren Privilegien
der Ritterschaft mannigfaltig modificirt werden würden, hingedeut.

Diese letztere Auslegung wird um so wahrscheinlicher, wenn man
die angeführte Resolution mit jener früheren unterm 18. April er-
lassen, wo ausdrücklich auf die ständischen Verordnungen in Holstein
bezug genommen wird, zusammenhält. — Nach einer vorübergehenden Deputa-
tion der Ritterschaft im Herbst desselben Jahres legte die letztere end-
lich unterm 27. März 1818 im Namen ihres Corps und der übrigen
Stände in Bezug auf die abermals angedrohte Execution wegen
Landsteuer eine förmliche Protestation ein.

Am 6. April 1818 erschien eine königliche Urkunde, welche mit
unterm 1. August desselben Jahres die Reichsbank in eine Nationalbank
umwandelte. Die glänzlischen Activa und Passiva der ersten mußten
von dem letzteren übernommen werden; Bankinteressent wurde Jeder,
der Reichsbank 100 Reichsthaler oder mehr betrug, oder der sich durch
Zahlung eines solchen Summe entsprechenden Antheil erworb. Man
sah durch die günstige Aussicht künftiger Ausbeute diese freiwilligen
Beiträge mittelst einer Subscription zu fördern. Fünf Directoren
wurden zur Leitung der tausenden Geschäfte anvertraut, und 16 Repre-
sentanten vertraten die ganze Gesellschaft. Aber diese Repräsentanten
Stände. Vertheil. VIII.

wurden nicht etwa durch sämmtliche Interessenten, sondern durch Committirte, welche die Regierung selbst aus den Bankinteressenten nannte, gewählt. So blieb der letzte Faden stets in den Händen der Regierung, um so mehr, da die Repräsentanten nur 4 der Directoren ernannten, der fünfte Vorsitzende von der Regierung bestimmt wurde. Auch ward die Ausarbeitung einer Acten und des Reglements für die Nationalbank nicht von der Versammlung der Repräsentanten und Directoren, sondern von eigens dazu von der Regierung bestellten Comiteen, denen man zwei Repräsentanten beordnete, beschafft. — Auf neuerdings unterm 6. November 1818 Protestationen der Ritterschaft und Gutsbesitzer, worauf unterm 5. December 1818 ein unentgeltliches königliches Rescript erwiderte und unter anderen die Folgende enthielt:

„Es ist eine in jeder Hinsicht unzulässige Handlung, wenn Unterthanen durch Protestationen, welche sie bei den Landescollegien, Behörden einreichen, erklären, daß die von dem Landesherrn über das Steuerwesen und andere Gegenstände erlassenen Gesetze und Anordnungen für sie keine bindende Kraft haben, und daß sie in Befolgung derselben allein der Macht weichen. Wir können daher die erwiderte Protestation, die früher am 27. März desselben Jahres gegen die Beitreibung der Landsteuer an Unsere Kanzlei gesandte Protestation für dieses Mal aus königlicher Gnade ungerügt lassen. Wir befehlen aber Ritterschaft und Ritterchaft hiermit alles Ernstes: daß sie bei Vermeidung der Ungnade und der sonst nöthigen unangenehmen Verfügungen sich nicht eines jeden solchen Schrittes, so wie einer jeden Verweigerung, den über das Steuerwesen und andere Gegenstände erlassenen Gesetzen und Anordnungen schuldigen Gehorsams gänzlich enthalten sollen. Wir erwarten Prälaten und Ritterchaft diesem Unserem Befehl nicht unbedingt die schuldige Folge leisten sollten, so haben sie zu erwägen, daß außer der von jedem einzelnen Theilnehmer der Unterthänigkeit den Umständen nach etwa verwickelten Strafe die ihnen ihre allerunterthänigsten Ansuchen durch die Allerhöchste Resolution vom 27. April 1775 aus Gnaden bewilligte Vergünstigung, eine fortreisende Deputation haben zu dürfen, sofort und ohne Weiteres von Uns zurückgenommen und die Deputation solcher Gestalt ganz aufgelöst werden.“ —

Deutlicher kann man nicht wohl sprechen; auch ward bei der Besprechung von der schleswig-holsteinischen Ritterschaft vollkommen verstanden. Unterm 20. Januar 1819 bemerkte die Deputation in ihrer neuen Eingabe ehrfurchtsvoll, daß nicht sie, sondern ihre Committirten der Vorwurf treffen würde, wenn ein gesetzwidriger Schritt durch sie gefällig gewordene Eingaben geschehen sei, suchte aber zugleich nachzuweisen, daß wirklich nichts unternommen, was nicht in der Landesverfassung unvergänglich gegründetes Recht erlaubte, ja, nicht die Pflicht und der in der königlichen Confirmation selbst ausgesprochene Wille geböte. Hierauf, wie auf die erneuerte Dint-

Stilles Getöse erregte keine Antwort, und auch das eingesandte Gutachten eines angesehenen auswärtigen Rechtsgelahrten fand keine Berücksichtigung. Am 6. October wurden die aus der königlichen Cassenbuchhaltung gezogenen „Hauss- und Gütergelder nicht nach Pflanzzahl, sondern nach dem Maßstabe, welcher der Grund- und Benutzungsgeldern zum Grunde liegt, vertheilt. Hierüber neue Gegenvorstellungen der Ritterschaft, und von Seiten der Regierung die Resolution, daß die Ritterschaft nicht angetreten werden könne. Am 11. October beschloß das Plenum. Daß es bei diesem Verhältnisse zwischen der Regierung und der Ritterschaft nicht fernhin sein Vermögen haben könne, lag klar genug zu Tage; auch mochte Keiner der Anwesenden sich täuschen. Das Ende des Jahres 1821 brachte die Ritterschaft zur Entscheidung. Die Nationalbankinsen sollten die Steuern der Censuren von den Klöstern und Gütern schon im Jahre 1821 einbehalten werden. Damals indeß ward diese Maßregel vom Plenum nicht angenommen. Jetzt aber wurden Rahn- und Drohungen angewandt, und eine Resolution auf die letzte Vorstellung der Ritterschaft erging zu Censuren wirklich ein und die gewaltsame Eintreibung zum Stande kam. Unter solchen Umständen geschah endlich im Jahr 1822 der Antrag der Prälaten und Ritterschaft des Herzogthums Holstein an die hohe deutsche Bundesversammlung „auf Hochachtung, Vermittlung der praktischen Wiederherstellung ihrer anerkannten Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen, insbesondere ihrer Steuergerichtsbarkeit.“

Die hohe mehrere Worte des Titels der ritterschaftlichen Eingabe verdient ausdruksvoll hervorgehoben, weil sich im Verlaufe des gegenwärtigen Aufsatzes noch mehrmals Veranlassung finden wird, die unterzeichneten Punkte besonders zu berücksichtigen. Das Erste, was in Ansehung des Titels des Eingabs bei der hohen deutschen Bundesversammlung zu bemerken bleibt, dürfte kaum, war die Zeit der Einreichung. Die damalige Lage scheint wirklich in dieser Hinsicht über der schlechten Verfassung der Ritterschaft gewaltet zu haben, daß sie nie den politischen Plänen zur Erreichung der wirklich notwendigen Schritte entgegenwärtig. Es ließe sich behaupten, daß, wenn — wie wir annehmen dürfen — wirklich nicht bloß ihre Steuerfreiheit, sondern die Vertheilung der Grundsteuer ihr am Herzen lag, sie auch in früherer Zeit in den schwierigen äußeren Verhältnissen, welche den Staat bedrängten, die Erhebung größerer Auflagen nothwendig machten, sondern in den ersten ruhigen Tagen ihre Ansprüche hätte geltend machen können, welche entgegen der Regierung dann auch weniger Ansehen gewonnen haben müßte. Indessen die Noth drängt alle Stände, und auch diese eine weniger zum Handeln, und so müssen wir den Ritterschaft auch der Ritterschaft zu gut halten. Aber jene Zeit, wo man nicht auch in den Jahren 1817, 1818 und 1819, die man als solchen damals keine entscheidenden Schritte? Zwei Jahre später und dem Jahre 1822 lagen die Revolutionen in Spa-

nien und Neapel; es ereignete sich innerhalb dieses Zwischenraumes Deutschland selbst so Manches, was den Samen des Mißtrauens die Gemüther der Fürsten austreute. War es da nicht natürlich, daß bei den an den Bundestag von Seiten der Unterthanen gebreiteten Streitfragen vor Allem auf die Erhaltung und Sicherstellung des monarchischen Princips Bedacht genommen ward? — Der zweite Schritt, welchen die Ritterschaft bei diesem Anlasse sich zu Schulden kommen ließ, war dieser, bloß die Vermittelung der Bundesversammlung in Anspruch zu nehmen. Es ließe sich vielleicht nachweisen, daß dieser Umstand wesentlichen Einfluß auf den Beschluß des Bundes hatte, und derselbe außerdem nicht bestimmt worden wäre, einen schlichtigen Rechtsbescheid an die Ritterschaft ergehen zu lassen. Unterm 27. November 1823 ward nämlich in dieser Angelegenheit der Bundesversammlung folgender Beschluß gefaßt:

„1) Da die hohe Bundesversammlung aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung erlangt hat, daß die alte Verfassung Holstein in anerkannter Wirksamkeit nicht bestehe, so werden die reclamirenden holsteinischen Prälaten und Ritterschaftsmitglieder mit ihrem Gesuche und ihrer Berufung auf den 56. Artikel der Schlussacte als unstatthaft abgewiesen; den Reclamanten wird zu ihrer Beruhigung eröffnet, daß Sr. Majestät der König von Dänemark, nach der durch Allerhöchstihre Bundestagsgesandtschaft erhaltenen Erklärung, dem Herzogthume Holstein eine Verfassung zugesagt haben, welche nach dem Artikel 55 der Schlussacte die älteren Verfassungen möglichst berücksichtigen und den gegenwärtigen Zeitverhältnissen anpassen soll. Die hohe Bundesversammlung weist zugleich die reclamirenden Prälaten und Ritterschaftsmitglieder an, dieser Erklärung mit jenem Vertrauen entgegenzusehen, welches die unumwundene Erklärung Sr. Majestät des Königs bei treuergebenen Unterthanen nothwendig erzeugen muß; und ertheilt denselben die Versicherung, sie inner der Grenzen ihres Wirkungskreises nach dem 54. Artikel der Schlussacte über die Erfüllung jener Verbindlichkeit zu wachen und zu Werke zu gehen.“

2) Die neueste Eingabe vom 26. dieses Monats (ein nachträgliches Schreiben des Raths Schlosser an den Bundestag in Bezug auf die von dem königlich dänischen Gesandten abgegebene Erklärung über den Reclamationsgegenstand) wird der betreffenden Commission zum Vortrage zugestellt, und daß dieses geschehen, den Reclamanten eröffnet.“ —

Die ganze Art der Abfassung dieses Beschlusses zeigt deutlich, daß derselbe, wie auch von der Ritterschaft begehrt worden, der Qualität eines Vermittlers gefaßt worden war. Was bewog die Ritterschaft, auf halbem Wege stehen zu bleiben, indem wo es ein so wichtiges Landesrecht galt, nur um Vermittelung zu bat? Uns scheint, man kann in solcher Lage um nicht weniger als um sein Recht und darf voraussetzen, daß das zu Recht erla-

von der individuellen Regierung ohne Geult werde gewährt werden. Wo aber diese Voraussetzung fehlt schüße, da dürfte auch ein Recht zur Vermuthung wohl um nichts weniger ungünstig vermerkt werden.

Und nun den Beschluß der Bundesversammlung noch etwas zu erwähnen. Wir sahen hier zuerst: Bestand die alte Verfassung an Holstein in anerkannter Wirksamkeit? und was zu sagen, da die hohe Bundesversammlung in dieser Hinsicht nicht anders als nicht zureichend war. Der §. 56 der Wiener Schlußacte schloß sich, daß „die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständlichen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden können.“ Hier hat nun der Herr Graf Adam von Thun, welcher in seiner Schrift: „Einiges über die Verfassung Schleswig-Holsteins u. s. w.“ (Rübeck, 1833, in der Schleswig'schen Buchhandlung) so wacker für die Rechte der schleswig-holsteinischen Ritterschaft kämpfte, sich auf den Say eines bairischen Juristen berufen, welcher lautet: „Anerkannt ist die Wirksamkeit einer Verfassung, wenn über dieselbe die rechtlich gleichberechtigten übereinstimmenden Willen durch Urkunden oder durch die That erklärt haben.“ „Also,“ fährt

der Herr Graf fort, „durch Urkunden, oder durch die That; denn als Urkunden sind Anerkennung und Ausübung nicht ein und dasselbe. Also muß jedem Richter wieh und muß auf unverfälschte Urkunden erkannt werden, was Rechtens ist, und zwar das Recht, was der Inhalt der Urkunden besagt, nicht was der Eine oder der Andere der Urkunden für sich als ein solches geth herausdeuten möchte.“ —

„Nun, wie billig, diesen Say des Hrn. Verfassers unangefochten annehmen und halten uns zunächst nur an die Hauptsache, ob der Bundesversammlung in der seeglichen Angelegenheit wirklich competent war.“ Denn diese Competenz hatte die Ritterschaft, gestützt auf den Artikel 56 der Wiener Schlußacte für sich in Anspruch genommen. „Nun, wie nun in Beziehung auf diesen Artikel nach der

Verfassung, so war dieselbe nach dem Gutachten des den Rechten der Bundesversammlung besonders wohlgenogenen würtembergischen Herrn Bundespräsidenten keine andere, als das Alte mit dem Neuen ohne Vermittelung zu vermitteln, weil, wenn das alte Recht nicht anzuwenden dürfte, es auch für das neue keine Bürgschaft gäbe.“ „Das Alte,“ fährt der Hr. Gesandte fort, „kann ver-

loren, das Verrecht zum Unrecht geworden sein; wer aber möchte behaupten, daß nicht auch auf dem verfassungsmäßigen Wege, wenn auch ein wenig langsamer, das Verrecht regelmäßig umgewandelt, das Alte zum Rechte zum Opfer gebracht werden könne? Nur der, welcher die Kraft, welche die Wahrheit auf das menschliche Gemüth ausstrahlt, und gar verweisen zu müssen wähnt! Die Wahrheit und Gerechtigkeit üben, weil sie göttlichen Ursprunges sind, eine beinahe unüberwindliche Kraft, die sich nur darum so selten in ihrer ganzen Fülle

zeigt, weil die Menschen, welche durch sie wirken zu wollen vorgaben, damit etwas ganz Anderes, als die Anerkennung der Wahrheit und des Rechts üben, nämlich den eigenen mit jenen größtentheils unvertäglichen Vortheil bezwecken. Wo aber wäre ein Volk, oder wären die Stände des Volkes aufzuweisen, welche der Regierung widerstanden hätten, oder auch nur hätten widerstehen wollen, die Wahrheit und Recht, zur rechten Zeit und rein, in ihren Staatserichtungen realisiren wollte etc."

Hiernach stellt sich als Absicht des 56. Artikels zugleich die Verhütung von Revolutionen, sei es nun von oben oder von unten, heraus, welche allerdings ohne Ueberwachung des Bundestags um so leichter hätten eintreten können, da durch den 13. Artikel das Recht auf ständische Verfassung festgesetzt war, und über die Einrichtung derselben und ihre Rechte in denjenigen deutschen Ländern, wo sie bereits, aber in zum Theil veralteter Form, bestanden, leicht verschiedene Ansichten bei den Betheiligten obwalten konnten. Also einmal: Rechtliche Vermittelung des Alten mit dem Neuen, durch die Anforderungen der Zeit Gebotenes. Bei den von der Ritterschaft an den Bundestag gemachten Anfragen fragte es sich aber: Wo ist das Alte und wo das Neue? Da Regieren ohne Landtag, die unbeschränkte Besteuerung (wir sagen nicht: das unbeschränkte Besteuerungs-Recht) des Landesherrn war hier in den Herzogthümern in der That seit mehr als 100 Jahren das Alte, Hergebrachte, und die factische unbeschränkte Wiederherstellung der ritterschaftlichen Privilegien würde das Neue (aber nicht durch die Anforderungen der Zeit Gebotene) gewesen sein. Gleichwohl war es das, worauf die Ritterschaft beim Bundestage vorläufig (wenn nicht für immer) antrug; und wirklich mußte eine solche factische Wiederherstellung zuvörderst geschehen, ehe von einer Abänderung auf verfassungsmäßigem Wege überhaupt nur die Rede sein konnte. Allerdings kann der übereinstimmende Wille der Betheiligten in Ansehung einer Verfassung sowohl durch Urkunden als durch die That erklart werden; aber wenn ihr Wille wirklich übereinstimmend ist, so muß es nicht lange bei den bloßen Urkunden bleiben, sondern diese werden durch die That jene Uebereinstimmung zeigen. Dagegen ist der Fall sehr wohl denkbar, daß eine Verfassung sich durch die That, d. h. durch factische Existenz, als das Product des übereinstimmenden Willens darthut, ohne daß dieselbe durch Urkunden begründet wäre, und eine solche Verfassung würde dann so gut wie jene, den Schutz des Bundestags, nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert zu werden, für sich in Anspruch nehmen können. Betrachten wir die Sache genauer, so finden wir in der That, daß nur die neueren Constitutionen vorzugsweise auf Urkunden, die alten Landesrechte der verschiedenen deutschen Staaten aber mehr auf die That beruheten, und die etwaigen Urkunden nur gelegentlich

hatten zu den von unten Seiten der bestehenden Landesherren.
 Besonders war dieses in den Herzogthümern der Holl. Rei-
 che, das die Städte, welche auch vermöge schriftlicher Urkun-
 den von Verordnungen der Ritterschaft und Pallastz Titel nahmen
 und zum Jahre 1675 einschließlich die Landtage besuchten, übten
 auch im 17. Jahrhundert, sondern, wie Professor Michellen in
 seinem geschichtlichen Schrift: „Ueber die vormalige Lan-
 desherren in Schleswig-Holstein, mit besonderer
 Rücksicht auf die Ritters und Landschaften“ (Hamburg, bei
 1785) nachgewiesen hat, auch die freien Bauern hatten
 von den Mitgliedern der Landtage unabhängiges Steuer-
 verfahren. Die im Anfange des 14. Jahrhunderts zuerst sich
 geltend machende Verfassung machte das alte germanische Recht
 der Versammlungen nicht sofort überflüssig. Es bedurfte der aus-
 drücklichen Zustimmung des Volks in einer Versammlung der gemein-
 schaftlichen Grundbesitzer zur Aenderung eines Volkrechtes, und es
 waren daher auch Versammlungen der freien Bauern von gleichzeitigen
 Versammlungen der Herren noch bis zum Ende des 14. Jahrhunderts bezeugt.
 Erst unter Augusten das bis dahin bei den bäuerlichen Familien noch
 geltende Recht im Jahre 1392 durch die christliche Vererbung des
 erblichen Landes Guts in einer allgemeinen Volksversammlung vermit-
 telte Aenderung der Verfassung zur Rechts und Einkünfte aufgehoben. Zwar
 wurde auch nachher noch lange nicht gänzlich außer Übung; so
 es aber allmählich wirklich außer Gebrauch kam, entstand dadurch
 eine wahre Rechtsungleichheit, zwischen dem ge-
 meinen Bauernlande und dem bevorrechteten Mittelstande. Im
 16. Jahrhundert erfolgte sich dieses später: denn dort hatte,
 Professor Michellen nachweist, noch in der ersten Hälfte des 16.
 Jahrhunderts ein Landgericht die Befugnis, über einen Ritter oder
 Bauer zu urtheilen, ihm Leben, Ehre und Gut anzusprechen. So
 nach dem Verhältnisse dauerte, waren Bauer und Edelmann noch
 als Gleichberechtigte. Auch dort wurde die althergebrachte Volks-
 versammlung, das Landtag, zu Uenehöve bis zum Anfange der 16.
 Jahrhunderten Herrschaft, wie vor Alters, gehalten, und es versam-
 melte sich dort sowohl die Bauern, als die Ritter und Abgeordneten
 der Städte. Doch wirkten allmählich, vermittelst der innigen Verbin-
 dung mit der Herrschaft, auch dort die diesseitigen Verhältnisse und Ein-
 flüsse ein. Als später für beide Herzogthümer die Landtage an-
 statt der Volksversammlungen traten, und nur die Ritter, Prä-
 sidenten und Abgeordneten der Städte dort erschienen, hatte doch ein sol-
 cher Landtag vermittelst das Recht, für die landesherrlichen Districte,
 die Steuern zu bewilligen, ausgenommen in dem Falle der
 Krieg und Verpfändung. In letzterem Falle geschah die Ver-
 willigung allmählich an die Ritterschaft, was natürlich eine Verbe-
 besserung war. Die nicht verpfändeten Ritters aber konnten von Lan-
 desherren nicht vollständig befreit werden. Nicht allein stieß dieses

aus der oben dargestellten öffentlichen Stellung der Bauern bis zu den Zeiten Christian's I., sondern es ergibt sich auch aus speciellen urkundlichen Belegen, selbst mittelbar in landständischen Privilegien. Die eigentliche gemeine Landbede wurde von dem Lande selbst, von dem freien ackerbauenden Volke bewilligt. Es sind Documente, die einzelnen Ämter und Landschaften betreffend, vorhanden und der Sammlung des Professors Michelsen angehängt, woraus unwiderleglich hervorgeht, daß sowohl die Ämter, als die Landschaften weit über das Mittelalter hinaus, ja noch im 16. Jahrhunderte das Recht der Steuerbewilligung übten. Der Landesherr verhandelte mit ihnen besonders und persönlich vermittelt eigener von den Gemeinden für jeden einzelnen Fall zu ihrer Mitte erwählten Bevollmächtigten, oder, statt seiner, seine Räte und Commissarien, ungefähr wie auf den Landtagen. Erst im 17. Jahrhunderte fing die landständische Steuerbewilligung an, sich auf die landesherrlichen Amtsdistricte auszudehnen. — Anders wiederum die Verhältnisse in den neuerworbenen Landestheilen, in selbstständigen Landschaften. Es gehörten hierzu die Herrschaft Pinneberg in ihrem vormaligen Umfange, bestehend aus den Ämtern Pinneberg, Barmstedt (der nachmaligen Grafschaft Ranzau) und den Theilen Hasburg und Herzhorn. Diese waren im ungeschmälerten Besitze der Steuerbewilligung bereits unter dem schauenburgischen Grafenhanse. Das übrige dem Landtage nie unterworfenen Gebiet besteht aus den freien Landschaften, den nordfriesischen Landsgemeinden in Schleswig und Dithmarschen in Holstein. Wesentlich gleichartig war damit die Stellung der Landschaft auf Fehmern. Daß diese bis in die neuen Zeiten sich des Rechts der Steuerbewilligung erfreuten, ist allgemein anerkannt, und es ist ein arger Mißbrauch der Sprache mit dem Worte „Bauer“ zugleich Amtsbauern, Landschaftseingesessene und Gutsuntergehörige zu bezeichnen, so unpassend, als wenn man früher den Leibeigenen auf den Gütern und den freien Erbeigenthümern der Ämter ohne rechtliche Unterscheidung in eine Classe geworfen hätte. „In unseren Landschaften,“ sagt Professor Michelsen mit Recht, „aus denen unsere vaterländische Geschichte hauptsächlich ihren Ruhm, das höhere, allgemeine Interesse, ihre schönste Eigenthümlichkeit empfängt, haben von jeher Leute gewohnt, die voll edeln plebejischen Heldenfühls die Freiheit und ihre Früchte wahrhaft in Ehren hielten, dabei der Freiheitsehre vorzüglich würdig sind; Geschlechter, die ihre Stammbäume und Wappen haben, so alt, wie die des Adels, deren Verdienste um das Gemeinwesen die heimische Chronik dem Andenken dankbaren Nachkommenschaft überliefert; Familien, aus denen Männer hervorgingen, die aus reiner Liebe zur Heimath, ohne Dünkel und ohne Ehrsucht, in großartiger Uneigennützigkeit ihrem öffentlichen Leben höhere Bedeutung zu geben die Kraft und Fähigkeit hatten etc.“

Nach dieser Abschweifung, welche aber der Zweck der vorliegenden Erörterung zu erfordern schien, kehren wir nun zu der Hauptfrage zurück. Wenn, wie wir oben sahen, die germanische Freiheit in der

verhüten, wie in den übrigen deutschen Bauen, ursprünglich auf Thatsächlichem, denn auf Urkunden beruhete, wenn in Mecklenburg und Schleswig auch die freien Bauern vor Alters und zwar noch bis in die neuesten Zeiten das Steuerbewilligungsrecht hatten, so nahm die Reichtheilnahme derselben an den gemeinen Landtagen theils nur in den Sonderinteressen der Ritterschaft, welche zuerst an dem Land dachte, theils in der Beforgniß der Ritterschaft, welche durch ihren Eintritt den Einfluß und das Gewicht der Landesversammlung zu verlieren befürchteten, begründet war. so begreift man die That nicht, wie die Ritterschaft die Landesverfassung zum wesentlichsten Theil doch die Steuerbewilligung ausmachte, und sich allein als rechtmäßig begründet, und sich selbst als alleinigen Repräsentanten jener Rechte betrachtete. Was die Ritterschaft in dieser Hinsicht für sich in Anspruch nahm, das kam mit nicht minderm Rechte auch den Städten und Bürgern zu; denn bei der Ritterschaft war, wie bei letzterem, dasselbe Recht behauptete Recht der Steuerbewilligung gleichfalls zu demselben Gebrauch gekommen. Der Bundestag hätte daher auf den Antrag der Ritterschaft consequenter Weise nichts Anderes thun können, als den König von Dänemark, als Herzog von Holstein, zu veranlassen, den Bauern- und Bürgerland zugleich mit der Ritterschaft einen gemeinschaftlichen Landtag zu berufen, weil so erst die Modification der alten Landesrechte, welche die Zeitumstände zu erheischen, auf verfassungsmäßigem Wege möglich waren. Im letzten Ausdruck bezeichnet offenbar nichts Anderes, als die Zustimmung Unmittelbarer Berechtigten zu den vorgeschlagenen Veränderungen. Eine solche kann der Natur der Sache nach nur einem Landtage Statt finden, und es wäre eine offenbare Ungerechtigkeit gewesen, nur die einseitigen Ansprüche der Ritterschaft zu berücksichtigen. Einen solchen gemeinschaftlichen Landtag hatte aber die Ritterschaft von der Bundesversammlung sich nicht erbeten; auch wäre es offenbar in jeder Hinsicht nicht das Alte neu begründen, sondern etwas ganz Neues erschaffen worden, zu geschweigen, die Beschlüsse der Bundesversammlung zunächst doch nur in Anwendung des Herzogthums Holstein klar nachzuweisen war. Endlich aber ist diese neue Schöpfung in der That schon durch den §. 13 der Bundesacte und die Artikel 54 und 55 der Schlussacte regulirt. Der §. 13 bestimmt nämlich: „In allen Bundesstaaten wird eine landständliche Verfassung Statt finden.“ Der Artikel 54 der Schlussacte setzt hinzu: „Nach dem Sinne des 13. Artikels der Bundesacte und den von den Bundesstaaten späteren Erklärungen in allen Bundesstaaten landständliche Verfassungen Statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaate un erfüllt bleibe.“ Der Artikel 55 endlich bestimmt: „Den sonstigen Verfassungen der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesverfassung, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetz-

lich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig waltenden Verhältnisse, zu ordnen."

Allerdings hatte also hiernach der Bundestag das Recht, ohne Beschwerbeführung der Unterthanen sich der Erlangung dieser Artikel anzunehmen; es schien aber kein Grund vorhanden gerade beim Könige von Dänemark, als Herzog von Holstein, in Hinsicht zuerst einzuschreiten, zu einer Zeit, wo jene Artikel noch mehreren anderen deutschen Staaten gleichfalls unerfüllt geblieben: die Ritterschaft aber hatte ihrerseits keineswegs den Antrag auf Einführung einer neuen Verfassung in Gemäßheit der angeführten Artikel gemacht. So erklärt sich unserer Ansicht nach auch nach rechtlichen Gründen der Beschluß der deutschen Bundesversammlung, und es erscheint als widersprechlich, daß die holsteinische Landesverfassung zwar dem Rechte nach nicht erloschen, doch in anerkannter Wirksamkeit bestehend nicht vorhanden war, vielmehr durch den Bundestag neuerdings in dieselbe auf revolutionärem Wege hätte versetzt werden können. Uebrigens sind natürlich durch den oben mitgetheilten Beschluß der Bundesversammlung die Rechte der Holsteiner auf eine gemäßige Verfassung in keiner Hinsicht verkürzt, und es wird nicht interessant sein, bei diesem Anlasse an den 21. October 1814 zu erinnern, wo der königlich hannöversische Congressbevollmächtigte das folgende Botum abgab: „Die auf Gesetzen und Verträgen beruhenden Territorialverfassungen sollen künftig unter Vorbehalt der nothwendig werdenden Modificationen bestehen; wo aber keine ständische Verfassung gewesen, ist die Einwilligung der Stände zu den aufzulegenden Steuern (wohlverstanden, daß sie zu den Bedürfnissen des Staates beizutragen schuldig sind) erforderlich; bei neu zu verfassenden Gesetzen haben sie Stimmrecht; die Mitaufsicht über die Verwendung der bewilligten Steuern, und sollen berechtigt sein, im Falle der Malversation, die Bestrafung schuldiger Staatsdiener zu begehren."

An dieses Botum schlossen sich am 18. November 1814 die Bevollmächtigten von 29 deutschen Regierungen in der Erklärung:

„Namentlich sind sie damit einverstanden, daß aller und jede Willkür, wie im Ganzen durch die Bundesverfassung, so im Einzelnen in allen deutschen Staaten durch Einführung landständischer Verfassungen, wo dieselben noch nicht bestehen, vorgebeugt und den Ständen folgende Rechte gegeben werden:

- 1) das Recht der Verwilligung und Regulirung sämmtlicher zur Staatsverwaltung nothwendiger Abgaben;
- 2) das Recht der Einwilligung bei neu zu erlassenden allgemeinen Landesgesetzen;
- 3) das Recht der Mitaufsicht über die Verwendung der Steuern zu allgemeinen Staatszwecken;
- 4) das Recht der Beschwerdeführung, insbesondere in Fällen der Malversation der Staatsdiener und bei Mißbräuchen aller

Weber übrigens den einzelnen Staaten die ungemessene Ausdehnung der künftigen Verfassung, nach dem Charakter der Eingabe, dem Besonderen und dem Allgemeinen, überlassen bleibt.“
 Der kaiserliche Bundesstaat erklärte sich damals gegen diese Vorschläge an Württemberg, Baiern und Baden allein zu richten, nicht etwa der Einführung landständischer Verfassungen entgegen, sondern nur einer in der Bundesacte aufzunehmenden Anerkennung der landständischen Rechte. —

Die Abweisung der späteren Eingabe der Ritterschaft, worin die wichtigsten Vorstellungen im Vortrage des königlich dänischen Bundeskanzlers zu berücksichtigen versuchte, und welche unterm 15. Jan. 1820 zum Vortrage gelangte, ist zu bemerken, daß sie keine Berücksichtigung fand, vielmehr beschloffen ward, daß die Bestätigung des bereits abgedruckten Eingabe zu untersagen sei, und kaiserliche Regierungen der Bundesstaaten zu ersuchen wären, Resolutionen und Denkschriften, welche bei der hohen Bundesversammlung eingebracht werden sollten, einer Censur da, wo sie nicht bestimme, unterwerfen.

Es waren Prälaten und Ritterschaft nun um eine große Erfahrung reicher geworden: durch die weitläufigen Verhandlungen beim Abschluß, welche dennoch zu keinem erwünschten Erfolge führten, hatten sie zu der Ueberzeugung gelangen, daß, wenn gleich nach dem besten menschlichen Staatsrechtslehrer eine Verjährung bei Verfassungswandel Statt findet, dennoch der Glaube an eine solche bei Revolutionen nur für wünschenswerth gehalten werden kann, weil sie eben, auch der geringsten Verletzung der Verfassung in unverzüglichem Handeln antreibt, und den verführerischen Hahnschlummer, worin ein Volk außerdem zu leicht verfällt, nicht aufkommen läßt. Es liegt in der Natur der Sache keine Aufforderung zu Revolutionen, vielmehr gerade das Gegentheil; denn die geschichtliche Erfahrung stellt mehr als Beweise auf, daß die Nationen das, was sie in einem unglücklichen Augenblicke an Rechten sich entreißen ließen, wenn sie dessen Wichtigkeit erkannten, auf dem Wege der Gewalt zu erobern suchten. Aber auch darum liegt in der Natur des Volkes für die Verwahrung seiner Verfassungsrechte kein Gegenmittel gegen Revolution, weil nur dadurch die stete Vermittelung der Vergangenheit mit der Gegenwart möglich ist, wodurch die constitutionelle Gesetzgebung den Bedürfnissen der Zeit entsprechend nachhelft, während die starrte Autokratie nur zu oft im Fortschritt am Erdboden darfstet, und so zuletzt in die traurige Alternative geräth, entweder selbst zu revolutioniren, oder ihrerseits revolutionirt zu werden. Geht zum Beispiele, die Bundesversammlung, wie der Landtag in Holstein gerade so wiederhergestellt, wie er im Jahr 1712 bestand; gesetzt, die Regierung und Ritterschaft hätten, mit dieser Wiederherstellung beiderseits zusie-

den, keine anderweitigen Modificationen der Verfassung für die gefunden, oder sich über die auf verfassungsmäßigem Wege zu treffenden Abänderungen nicht einigen können — würde dann nicht jene Verfassung wie eine alte halbzerfallene Ruine längst verschwundener Zeiten dagestanden sein? Würde Holsteins Volk auf die Länge den ihm gebührenden Respect vor dieser Ruine in sich bewahrt haben? Dagegen wenn der holsteinische Landtag ununterbrochen sich die praktische Wirksamkeit bewahrt hätte, wie er so viele Jahrhunderte im Vereine mit den Städten bestand — wer mag zweifeln, daß dann ein solcher Fall des alten ehrwürdigen Gebäudes ganz unmöglich geworden wäre, daß die Bewohner dasselbe in Zeiten ausgebeffert und mehr und mehr erweitert und dann auch, dem Geiste der Zeit gemäß, die Abgetrennten des Bauernstandes freiwillig in die großartigeren Gemäcker eingeladen hätten? — Nach vernünftigen Grundsätzen geordnete Landesrechte sind ein Segen für die Völker, wenn ihre Wirksamkeit durch regelmäßig berufene Landtage gesichert ist; sich hingegen die letzteren, so entarten sie nur zu bald in bestäubte Privilegien und gehässige Privilegien.

War indeß die Ritterschaft von diesen Wahrheiten auch theoretisch überzeugt, so fehlte doch noch viel daran, daß sie auch sofort in der That Stande gewesen wäre, sie bei erster Gelegenheit praktisch zu betreiben. Sie war zu sehr und zu lange gewohnt, was sie auch in ihrer Eingabe an den Bundestag aussprach, die alten holsteinischen Landesrechte zunächst als ihre Verfassung, die Bewilligung der Steuern als ihr Recht zu betrachten, und ihre ganze politische Stellung so zu isoliren, als daß sie nicht noch lange hätte fortfahren sollen, die Bestrebungen von denjenigen der übrigen Stände zu sondern und in einem gewissen Mißtrauen auf die seit Kurzem vermehrte Regsamkeit der letzteren hinzublicken. Wohl hat man gesagt, daß sie hier mit Gleichem vergolten; daß auch die übrigen Stände der Betrübnis nur Freude gedauert, als, besonders seit dem Jahre 1807, auch die Ritterschaft ohne Unterschied zu den Landessteuern mitbezogen worden. Aber waren denn die frühern Steuerexemptionen der Ritterschaft für das übrige Land nicht wirklich ein harter Druck; denn seit den vielen Jahren, wo sie ausschließlich der Ritterschaft zufließen, standen, nur noch irgend eine Aussicht vorhanden, daß dieselben durch das künftige Aufreten der letzteren zu etwas mehr als Privilegien werden — zu allgemeinem Landesrechte neuerdings könnten werden?

Es ist unterm Artikel: „Dänemark“ die Wirksamkeit derselben in den Herzogthümern und das theilweise Mißlingen seiner Bestrebungen im Jahre 1830 näher entwickelt worden. Hierauf verweisen wir hier bei dem Geschichtlichen jener Zeit nicht weiter, als daß wir von dem Betragen der schleswig-holsteinischen Ritterschaft bei jenem Anlasse nähere Meldung thun. Wer sie genauer gekannt, hätte denken mögen, dieses sei für sie eine

ne Gleichheit zeigen, den Faden, welchen sie beim Bundestage
abgegeben hatten, sofort wieder aufnehmen. Und welches
Verfahren hätte sie durch solches Verfahren sich um das ganze Land
zu verschaffen, um durch das weitere Zutreten zu dem reinen Willen wie-
der zu gelangen. Aber daß sie nöthig gehabt hätte, ihrer besondern
Stellung nach und anders als auf verfassungsmäßigem Wege
zu verfahren. Der humane Monarch, der schon durch das Wenige,
was er in den Herzogthümern gethan, auf die sich dort vorberei-
teten öffentlichen Stimmung aufmerksam ward, und ihr in den nicht
wenig entfernten stehenden Provinzialständen ein Organ,
zu sprechen, schenkte, würde dann vielleicht erkannt haben, daß
er von dem gewünschten „größeren Velebung des Sinnes und
des Willens für das gemeinsame Wohl“ schon jetzt diejenige
Stärke habe, welche die Erhellung einer weltlichen Ständi-
gen Verfassung, wie deren Erfordernisse im Jahr 1814 auf
dem Wiener Congresse von 28 Bundesalleebarn anerkannt worden, mög-
lich zu machen. Vergleichen wir nun damit das wirkliche
Verfahren der Hinterschaft. Unterm 16. November 1830, zu einer
Zeit, wo in Copenhagen über den eigentlichen Stand der Dinge in
den Herzogthümern viele falsche und übertriebene Gerüchte herrschten,
wurde auch, wenn auch bei größter politischer Spannung, die
öffentliche Liebe und Verehrung des Monarchen hier keinen Aus-
druck gefunden worden, war folgende königliche Proclamation

König Christian VI., von Gottes Gnaden König von Dänemark
und Norwegen, in unsern Lieben getreuen Unterthanen in den
Herzogthümern Schleswig und Hollstein Unsere Gnade, und sagen ihnen
folgendes: Es ist zu Unserm Kenntniß gekommen, daß einige Personen
in den Herzogthümern haben, in Unseren Herzogthümern falsche Ge-
rüchte zu verbreiten, und es zu versuchen, die ruhigen Einwohner zu
verleiten, die öffentlichen Statuten zu verletzen, welche nachtheilig für die
Friede, und Ordnung werden können. Wir werden einem
solchen Pöbel entgegenstehen, welchen die Um-
stände erfordern, und warnen Unser Lieben getreuen Unterthanen mit
Unserm Huld, jenen Gerüchten keinen Glauben beizumessen,
sondern die dringende Aufforderung Gehör zu geben. Das
Gute und jedes Einzelnen ist von jeher das höchste Ziel
unserer Wünsche und Bestrebungen gewesen und wird es stets bleiben;
und es ist die Anerkennung Unserer unablässigen Sorgfalt durch
das Gedeihen der Ruhe und des Vertrauens Unseres Volks den größten
Erfolg unserer Regierung. Deshalb erwarten Wir auch von
unsern Lieben getreuen Unterthanen, daß sie in ihrem Vertrauen auf
Unsere Gerechtigkeit und sich Versicherung halten, daß Wir eine jede das Ge-
meine betreffende Veranstaltung in der dazu geeigneten Zeit treffen
werden. Sie versichern sie insgesamt Unser königlichen Huld und
Gnade. Christian VI.

Diese in einem väterlichen Tone abgefaßte Proclamation ist in ihren Schlußworten zeitgemäße Veränderungen in der Landesfassung nicht aus, und konnte auch nicht unbedingt von Vorstellungen und Petitionen der Unterthanen, welche die Aufklärung des Monarchen über „das Gemeinwohl fördernde Veranstaltungen“ zum Zuhalten, zurückschrecken, da in ihr nur diejenigen gemeinschaftlichen Schritte getadelt wurden, welche nachtheilig für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden können. Ein Monarch aber, der sich zum Ziele setzte, durch die bald nachher erlassenen ständischen Institutionen „den Sinn und Eifer für das gemeinsame Wohl der Unterthanen noch mehr zu beleben“, konnte unter der gewünschten Ruhe derselben wohl nicht die Ruhe des Kirchhofes, und an den zu tadelnden gemeinschaftlichen Schritten wohl nicht Petitionen stehen, welche eben auf das Vertrauen zu den landesväterlichen Gesinnungen des Monarchen sich stützten.

Sogleich aber nach Erlassung dieser Proclamation reichten Prälaten und Ritterschaft durch das Organ ihrer fortwährenden Deputation an stehende unmittelbare Adresse ein:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster Erbkönig und Herr!

In einem Augenblicke wie der jetzige, wo auch in unserm Vaterlande politische Bewegungen fühlbar geworden sind, halten Prälaten und Ritterschaft der Herzogthümer Schleswig und Holstein, denen auch die übrigen Gutsbesitzer beigetreten sind, es für eine theure Pflicht, die allerunterthänigste unterzeichnete fortwährende Deputation ihre Ansicht über Ergebnisse, welche die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ehrfurchtsvoll vor Ew. Maj. auszusprechen, um so mehr, als selbige überzeugt sind, daß die Umtriebe einzelner Uebelwollenden keineswegs mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen.

Wenn sie nun gleich Ew. Königl. Maj. nicht verhehlen können, daß auch nach ihrem allerunterthänigsten Darsürhalten die Aufforderungen der Zeit zur Berücksichtigung laut werdender Wünsche immer dringender geworden sind, so halten sie es doch in einem Augenblicke allgemeiner Gährung, wie der gegenwärtige es ist, für die erste Pflicht aller treugesinnten Unterthanen, die Ventilation der ernstesten Fragen, welche das allgemeine Interesse des Landes betreffen, nicht zu versäumen.

Prälaten und Ritterschaft, so wie die übrigen Gutsbesitzer der Herzogthümer Schleswig und Holstein, glauben durch die öffentliche Verlesung dieser ehrfurchtsvollen Gesinnungen den Erwartungen zu entsprechen, welche Ew. Königl. Maj. von einem Corps haben, das jetzt seine allerunterthänigsten Wünsche mit Freimüthigkeit vor den Stufen des Thrones gebracht hat. — Mit gleicher Offenheit und mit demselben Vertrauen sprechen sie hier die Ueberzeugung aus, daß Ew. Königl. Maj. die fernere Erhaltung der vollkommensten

Landes dadurch sichern werden, wenn Alteshöchstdieselben in Ihrer
Belieben befehlen sollten, die Wünsche des Landes vernichten zu
lassen.

Die mit 2. 1830 Unterthänigkeit erlösen

Em. Königl. Maj.

Landesordnung, so trauenswerthe zur fortwährenden Deputation der
Landes-Hofmeisterei, Hofkammer und Ritterschaft Committée

Landes-Hofmeisterei, H. Gr. Holfstein, B. Marnstedt, M. Buchwaldt,
H. Meitze.

November 1830.

Die mit 2. 1830 Eingabe deutlich hervor, wie die Ritterschaft pra:
sente noch immer fortlebe, ihre natur- und pflichtgemäße Stellung zu
dem Lande zu vertreten, dessen den Anforderungen der Zeit
entsprechende Schritte sie nicht einmal negativ durch Schwei:
gen zu überlassen und zu ehren verstand; ja, wie sie, in trauiger
Selbstschau bekennen, sich nicht entbidere, die treuesten und wohl:
wollendsten Unterstützer mit dem Namen „einzige Uebel:
thäter“ zu bezeichnen, weil diese die Wünsche der Aufgeklärteren
von Herrn des Monarchen gebracht, während die Ritterschaft, die
in dem Lande selbstgefällig als die „Stütze des Thrones“
bezeichnet, von wenigen Jahren kein Bedenken trug, zunächst wegen
der Verletzung ihrer Privatinteressen, die Vermittelung des Bundestages
von dem Monarchen in Anspruch zu nehmen. Neuerdings sehen
die Ritterschaft dem verdorbenen Irrthume verfallen, als ob der
Landes-Hofmeisterei das schärfste Interesse für politische Angelegenheiten,
die sie zu es auszudrücken beliebigen, „allgemeiner Gährung“, nicht
nur zur Erhaltung einer zeitgemäßen Verfassung sei — das
ist, was sie zu es, als ob man den Hungrigen zuzurufen wollte:
„Nur noch ein wenig, denn sonst würde Eure Constitution unter:
gehen, der Ihr müßt warten, bis Euch der Appetit vergangen ist!“
Die Ritterschaft natürlich diese Erklärung einer Corporation, die höheren
Landes-Hofmeisterei als alleiniges Organ der öffentlichen Stimmung be:
trachtet, zu es, nur nachtheilig einwirken, namentlich bei der
Landes-Hofmeisterei, der hohen Regierungscolliegen von den Herzogthümern,
die Interessen und Bedürfnisse sie nur sehr unvollständig kannten,
die Interessen sie zum Theil durch lange Abwesenheit und den
Landes-Hofmeisterei Umgebung entfremdet waren. So finden wir
Landes-Hofmeisterei, der schleswig-holfstein-lauenburgischen
Landes-Hofmeisterei, 4. December 1830 gleichfalls der „geschätzten Bestre:
bungen der Landes-Hofmeisterei, eine Aufregung herbeizuführen“, er:
Landes-Hofmeisterei Triumph für die sich fortwährend in anec:
Landes-Hofmeisterei befindende Ritterschaft. Zwar glaubt der ehe:
Landes-Hofmeisterei, H. Gr. Holfstein in seinem oben angeführten Werke die
Landes-Hofmeisterei der Ritterschaft bei dieser Gelegenheit in dem Umfange

zu finden, daß Kornsens, bei seinen Bestrebungen für die politische **W**iedergeburt der Herzogthümer, sich dieselben, ohne es geradezu einzusehen, gar zu sehr als eine tabula rasa gedacht. „Das Scheitern der Reform“, sagt er, „besteht eben darin, die gegebenen Elemente, die erhartet, erstorben sind, neu zu beleben; darin, neues und altes Leben in eine schöne, wohlthuende und das Gesammte fördernde Betrachtung mit einander zu verbinden; darin, so viele Stetigkeit und viele Beweglichkeit mit einander zu vereinigen, daß die Vergangenheit der Zukunft immer bereitwillig entgegenkommt, die Zukunft stets die Vergangenheit als eine fruchtbare Mutter fördernder Bildungen aufnimmt, so daß alsdann die Gegenwart, das Sein selbst, das Bestehende sich als der lebendigste Ausdruck dieser beiden Pole, des Gewesenen und des Werdenen darstellt.“ Wir sind mit den hier angestellten Anforderungen an den ächten politischen Reformator vollkommen einverstanden und glauben, nur kurzer, ungefähr das Nämmliche sagen, wenn wir verlangen, daß eine neu zu gründende Verfassung den jetzmaligen Verhältnissen eines Volkes möglichst angemessen sei. Wenn aber, wie Graf Moltke fordert, die Vergangenheit der Zukunft immer bereitwillig entgegenkommen, die Zukunft stets die Vergangenheit als eine fruchtbare Mutter fördernder Bildungen aufnehmen soll, gelangen wir dann, so möchten wir fragen, mit diesem Elemente wirklich bis zurück zum Jahre 1712, oder nicht vielmehr nur bis zum Beginn des jetzigen Jahrhunderts, oder, genauer bestimmt, bis zu jener Zeit, wo unser König, Herzog für Holstein, dem deutschen Reich beitrug? In seine Regierungsart seit diesem Zeitpunkt, an die wir zur Reife gediehenen inneren Einrichtungen, an die von da an sich gestaltende und ausbildende politische Intelligenz im Lande, ist es so wenig, wie für das übrige Deutschland, die großen Ereignisse der Freiungskriegeres spurlos vorübergingen — an dieses Alter, wo ja keineswegs Moltke das steht, noch das stehen kann, weil es seit seit wiederum durch die Geschichte der Vorzeit begründet zu müssen wir — scheint uns — zunächst die neue Schöpfung anzuerkennen und ein solches Anknüpfen leichtsinnig verschmähen zu haben. Ein genügendem Grunde dem Cansleirath Kornsens wohl nicht zum Vorwurfe gemacht werden. — Da in dem Antwortschreiben der Unter Anderem gesagt war, daß der König durch das Vergesammlte nicht werde abhalten lassen, „nach wie vor mit den nöthigen Vorbereitungen fortzufahren, um die Wünsche Ihrer getreuen Unterthanen in dem Herzogthume Holstein baldmöglichst berücksichtigen zu lassen“, so benutzte die Deputation diese Aeußerung zu einer neuen Unternehmung am 13. December 1830, worin sie die Allerhöchste Anweisung einbringend des ehrenwerthen Spruches: „An einem Königsstuhl man nicht drehen und deuten!“ auf ziemlich bescheidenliche Weise auszufragen unternimmt, indem sie unter Anderem äußerte: „Die Zusicherung der Allerhöchstdieselben mit den nöthigen Vorbereitungen zur baldmöglichen Berücksichtigung der Wünsche Ihrer getreuen Unterthanen“

den Herzogthümern fortzuführen werden, daß also hinsichtlich der zu bestehenden neuen Staatseinrichtungen eine Trennung beider Herzogthümer, welche in ihre verfassungsmäßigen von unalten Zeiten her bestehenden Verbindung die sicherste Bürgschaft ihres dauernden Bestehens, nicht zu befürchten ist — diese Zusicherung hat die fortwährende Reputation mit der lebhaftesten Freude und mit der innigsten Dankbarkeit erfüllt etc.“ Hieraus erfolgte folgender, den Umständen nach ganz glimpflicher Beweis: „Seine Majestät bezweifeln nicht, daß die getreuen Pächtern und Ritterschaft den nicht zu verkennenden Sinn des der fortwährenden Deputation unter dem 4. vorigen Monats getheilten Erwidrerung auf die allerunterthänigste Adresse vom 22. November vorigen Jahres, welcher die übrigen Gutbesitzer beigetreten sind, richtig auffassen werden. Seine Majestät sind auch durch die Prinzen und Ritterschaft noch neuerdings ausgesprochenen, mit vollkommener Zufriedenheit wahrgenommenen lokalen Gesinnungen in der Regierung bekräftigt, daß sie die bei der baldthunlichstlichen Berücksichtigung der Wünsche Ihrer getreuen Unterthanen in dem Herzogthume Holstein, so wie in dem Herzogthume Schleswig zu fassenden, aus Wohl des Ganzen bezweckenden allergnädigsten Beschlüsse, ohne irgend vorgesehnen Ansichten Raum zu geben, erwarten werden etc.“

Am 11. Januar 1831 ward ein königl. Rescript erlassen, welches Prinzen und Ritterschaft nicht auf offiziellem Wege zukam, worin steht, daß 1) in Uebereinstimmung mit der Erwidrerung vom 26. November vorigen Jahres eingesandte Adresse und den Wünschen der schleswig-holsteinischen Unterthanen gemäß, für jedes Herzogthum beratende Stände eintreten, und die Genglei-baldthunlichst den Entwurf dazu ausarbeiten und zur Allerhöchsten Prüfung einreichen sollte.

2) Bei der Ausarbeitung sollten im Wesentlichen die Grundsätze für die preussischen Staaten über den erwähnten Gegenstand bestehenden Verfassungen zum Grunde gelegt werden; die Einführung besonderer Stände für jedes Herzogthum soll aber weder dem Interesse der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, noch den sonstigen Herzogthümern verbindenden Verhältnissen Abbruch thun.

3) Nach der Allerhöchsten Prüfung des Entwurfs soll eine nähere Ummutung darüber erstattet werden, in welcher Art bei dieser weiteren Ummutung erfahrene Männer aus jedem Herzogthume zuzuziehen

4) In beiden Herzogthümern soll die Justiz von der Administration getrennt, und beiden ein gemeinschaftliches Oberappellationsgericht, das zugleich für Lauenburg die höchste Instanz bildet, gegeben werden.

Dieses Mal endlich versuchte die Ritterschaft, nur nicht energisch, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der übrigen Landesbewohner, indem sie in ihrer Eingabe an den König und an die schleswig-holsteinisch-lauenburgische Genglei vom 7. April 1831 an die Staats-Exzellenz. VIII.

alten Landesrechte erinnerte und einen gemeinsamen Landtag der Herzogthümer in Anspruch nahm, in welcher Beziehung sie vorschlug, es Seiner Majestät gefallen möchte, zu erklären:

daß die Einführung solcher gemeinschaftlicher berathender Einrichtungen nur eine provisorische Maßregel sei, wodurch nach dem Allerhöchsten Willen die alte gemeinschaftliche Verfassung beider Herzogthümer keineswegs aufgehoben, sondern nur die Wiederbelebung derselben mit zeitgemäßen Modificationen vorbereitet werden solle.

Allerdings schienen sie zu solchem Vorschlage berechtigt, nicht nur durch den Beschluß der hohen deutschen Bundesversammlung, welche dem hiesigen auf den 55. Artikel der Wiener Schlußacte hingewiesen und zugleich erklärt hatte, daß sie für die Erfüllung desselben zu trachten wissen werde, sondern auch nach der Erklärung des holsteinischen Bundestagsgesandten selbst, welche unter andern folgende Punkte enthielt:

„Es behält vielmehr die Bestimmung des 55. Artikels der Schlußacte für das Recht, wie für die Bundespflicht der königlichen Regierung ihre volle Wirksamkeit, den 13. Artikel der Bundesacte in Bezug zu setzen, und wird hiernach, unter möglichster Berücksichtigung älterer Rechte, die künftige Verfassung des Herzogthumes Holstein dem Culturstande des Landes und seinen übrigen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt; allein als ein Gesetz erscheinen, nicht aber als ein mit einem der ehemaligen Stände abgeschlossener Staatsvertrag.“ Vor Beantwortung der ritterschaftlichen Eingabe erschien jedoch das hinlänglich bekannte und darum nicht aufgeführte allgemeine Gesetz vom 28. Mai 1831 wegen Ordnung von Provinzialständen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, und erst später, am 4. Juni dieses Jahres, erfolgte die Resolution auf die Deputationseingabe. Es heißt darin unter Andern:

„Die von uns aus freier landesherrlicher Macht beschlossenen Veränderungen in den inneren Einrichtungen der Herzogthümer Schleswig und Holstein dürfen nicht zu Gegenständen der Verhandlungen einer ritterschaftlichen Versammlung gemacht werden, und es ist auch der Antrag von Prälaten und Ritterschaft, dem sich die übrigen Gutsbesitzer angeschlossen, diese Angelegenheiten beider Herzogthümer in gemeinschaftlichen Berathungen sämmtlicher Gutsbesitzer in Erörterung ziehen zu dürfen, nicht zur Gewährung geeignet. Mit besondern Allerhöchsten Wohlgefallen haben Wir übrigens aus den Ergeben vom 7. April die Bereitwilligkeit erschen, mit welcher Prälaten und Ritterschaft dem allgemeinen Landesbesten jede andere Meinung nachzusetzen beabsichtigen; und wie nur in diesem allgemeinen Besten das Ziel unserer unermüdblichen landesväterlichen Fürsorge gefunden werden kann, so eröffnen Wir auch Unseren getreuen Prälaten und Ritterschaft um so lieber unsere schon früher gefaßte Allerhöchste Entschliebung, daß eine ihrer wirklichen Stellung und ihren Verhältnissen entsprechende Mitwirkung bei den zu treffenden Veränderungen

ihnen Einrichtungen keinesweges ausgeschlossen werden soll, sondern vielmehr gewärtigen können, daß dabei sachkundige und erfahrene Männer aus ihrer Mitte auf eine von uns näher zu bestimmende Weise werden zugezogen werden."

Nach dem Ertheilen des allgemeinen Befehles und der eben im Hange mitgetheilten Resolution besuchte der König die Herzogthümer. Er dazu erwählte Deputation von Predicanten und Ritterschaft erhielt das erbetene Erlaubniß, dem Könige ihre Ehrfurcht zu bezeigen; — man denke! — die Verfassungsangelegenheit ward nicht berührt, weil, auf eine Anfrage (warum ward angefragt?), wie solche Verhörungen in ihrem Vortrage möglicher Weise aufgenommen werden möchten, die Ritterschaft die Weisung erhielt, „daß Sr. Majestät die Deputation in Rendsburg empfangen würden, völlig überzeugt, daß die Deputation nur in der Absicht komme, um die Bedürfnisse des allerunterthänigsten Ehrerbietung Sr. Majestät zu bezeugen, und keineswegs, um etwas vorzutragen, welches Allerhöchstdemselben mißfällig sein könnte." Aber nicht genug, daß die Deputation nun dennoch hingekommen und, bei dem Könige anwesend, von den Verfassungsfragen abgesehen — sie zeigte auch eben bei diesem Anlasse, daß sie eben so wenig zu reden zu schweigen, als zu reden zu wissen, und überwarf sich für jetzt und künftig mit der öffentlichen Meinung ihrer Mitbürger, indem sie die prägnantesten Worte sprach: „Möchten Ew. Majestät überzeugt sein, daß der Geist und Glaube der Ritterschaft, wie aller andern Theile und Glaube ist, daß die Forderungen des Augenblickes nicht die gute alte Zeit übersehen lassen, die hinter uns liegt, und die Vertheidiger der Stabilität, die Stütze Ihres legitimen Thrones sind." — Wir fragen die unbedingten Vertheidiger der Ritterschaft: waren solche Worte, in solcher Zeit und statt der eben passenden gesprochen, einer Achtung-gelebenden und einigenden Körperschaft würdig? mußte der Geist der Zeit, mit dem die Ritterschaft freilich fort und fort im Zwiespalt blieb, in jenen Tagen nicht das ferne Versterben erblicken, auf dem Wege der Revolution und politischer Einflüsterungen den Rest eines Einflusses, den man auf dem Wege Rechtsens wieder zu gewinnen versuchte? Selbst der Graf A. Moike, der würdevollste Vertheidiger der Ritterschaft, was irgend der Schein einer Vertheidigung möglich bleibt, ist in der angezogenen Schrift, er mußte sich gegen die zweite These in dem Sage erklären, daß nämlich die Ritterschaft die Stütze legitimen Thrones sei. „Wir glauben zwar," fährt er fort, „ganz gewiß, daß dieser Ausdruck nur ein in einer der Gnade des Königs folgenden Anrede gebräuchter, emphatischer sei; doch scheint die Forderung nicht unbillig, daß eine Rede in so feierlicher Gegenwart nicht ohne den Ausdruck des Herzens (i), der Gefinnungen und Empfindungen, sondern auch der schärfsten Umsicht sei. Die Stütze des Thrones ist aber, zumal in unseren Zeiten, einzig und

allein in der Eintracht aller Stände eines Landes zu liegen. Aus der Mitte ihrer Gesammtheit, in so fern sie eintrachtet und vom begeisterten Zutrauen zu einander sind, erhebt sich die Stütze! Wo diese Eintracht fehlt, da wankt und schwankt die Stütze bis sie, wo gar Zwietracht statt Eintracht herrscht, ohnmächtig niederstürzt, und mit ihr der Thron selbst! Wollte nun der Unparteiische erwägen, in welchem der verschiedenen Stände das Uebergewicht der Elemente für diese Stütze eigentlich denn festhaft sei, dann würde sich schnell für den mittleren Stand zu erklären haben, als in dem die meisten und ausreichendsten Mittel für die Macht des Herrschers und die Ausübung derselben gefunden werden; wenn er nicht aus der Geschichte die Wahrheit vergegenwärtigte, daß zu allen Zeiten jeder Stand, wes Namens auch, in dem das deutliche Bewußtsein des Umfanges und der Vermögenheit seiner Mittel für die Regierungsmacht wohnhaft war, sich eben so eifrig erwieß, diese Macht gegen den Thron zu lehren, als er sie zur Erhaltung desselben gebot.“ — Möge auch die dänische Regierung dieses Glaubensbekenntniß aus dem Munde eines durch Geburt, Gesinnung und Gebildung hochgestellten Mannes recht bald und für immer zu dem ihrigen machen!

Unterm 7. Juli 1831 wurde neuerdings von der Deputation eine unmittelbare Eingabe mit einem begleitenden Schreiben an die Kanzlei abgefaßt. In jener heißt es unter Anderem mit Bezug auf den passus des allgemeinen Gesetzes, daß die etwa als wohltätig und nützlich zu erachtenden Abänderungen in den noch zu erwartenden besonderen Gesetzen über die Regulirung der ständischen Verhältnisse der Berathung mit den Ständen vorbehalten sein sollen:

„Prälaten und Ritterschaft erkennen also in dem gedachten Gesetz nur eine Allerhöchst verfügte, aus freier landesherrlicher Macht hervorgegangene administrative Maßregel, durch welche die uralte gemeinschaftliche Verfassung beider Herzogthümer und die in derselben gegründete wirkliche Stellung der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft weder aufgehoben, noch abgeändert ist, auch nicht hat aufgehoben oder abgeändert werden sollen.

Um aber die offene und freimüthige Sprache zu reden, welche die Majestät von Ihren loyalen und treugehorsamen Unterthanen zu erwarten berechtigt sind, und um allen Interpretationen des allgemeinen Gesetzes vom 28. Mai, welche der im Vorstehenden allerunterthänig gedaußerten Ansicht entgegenstehen könnten, zuvorzukommen, erlauben Prälaten und Ritterschaft beider Herzogthümer sich, durch ihre ununterzeichnete fortwährende Deputation eine feierliche Verwahrung der Landesrechte und ihrer eigenen Gerechtsame in die Hände Ew. Majestät Selbst niederzulegen.“ — Also wiederum eine Protestation, und gerade so viel halb — als die vorigen, aber dieses Mal unbeantwortet blieb. Deutlicher, bestimmter und in einem natürlicheren, ungespreizteren Style abgefaßt war die Eingabe, welche am 20. Juli 1831

den nicht zur Ritterschaft gehörigen Gutsbesitzern eingesandt wurde, die wie deshalb ihrem ganzen Inhalte nach, bloß mit Weglassung Eingangsworte, hier folgen lassen wollen. Indem dieselben (die zum Corps der Ritterschaft gehörenden Gutsbesitzer) anerkennen, eine den Zeitumständen und Verhältnissen angemessene Verfassung davon ausführbar sei, nachdem die Stände mit den Bedürfnissen Interessen des Landes durch Verhandlungen über dieselben vertraut worden sind, erstatten sie ihren ehrfurchtsvollen und innigsten Dank das genannte Geseß, in so fern sie solches nach den Worten sehen:

Als Einleitung und Vorbereitung zur Begründung des Verhältnisses der Stände, als eine zuvörderst genommene Maßregel

Herstellung der alten ständischen Verfassung mit zeitgemäßen Abänderungen, ohne Beeinträchtigung der alten Landesrechte und ihrer neuen Berechtigung

die sie sich insbesondere bewogen fühlen, Ew. Königl. Majestät an's Allerhöchste Herz zu legen) achten und betrachten dürfen.

Da indessen die Worte dieses Geseßes so gestellt sind, daß von den Seiten bezweifelt wird, ob solche also zu verstehen seien, so werde die von Ew. Königl. Majestät beabsichtigte Wohthat bis zu von vielen Landesbewohnern wenig anerkannt, und es würde die Anerkennung erst dann allgemein eintreten, wenn Allerhöchstdie in Ihrer Weisheit beschließen wollten, eine nähere Erklärung Geseßes ergehen zu lassen.

In dem allgemeinen Geseße vom 28. Mai haben Ew. Königl. Majestät Allerhöchst zu verfügen geruht:

daß erfahrene Männer aus beiden Herzogthümern über zu erlassende besondere Geseße zur näheren Regulirung der ständischen Verhältnisse in jedem derselben und über das Verfahren bei den Wahlen, wie in den ständischen Versammlungen vernommen und zur Entscheidung gezogen werden sollen.

Präsident und Ritterschaft ist in dem Englischschreiben vom 4. Juni Allerhöchste Zusicherung ertheilt, daß dabei sachkundige und erfahrene Männer aus ihrer Mitte auf eine von Allerhöchstdenselben näher zu bestimmende Weise werden zu wählen werden.

Die nicht zum Corps der Ritterschaft gehörenden Gutsbesitzer, der legalen und nur das allgemeine Beste bezweckenden Gesinnungen bewußt, bitten allerunterthänigst,

daß Ew. Königl. Majestät geruhen mögen, zu beschließen, daß auch ihnen seiner Zeit gestattet werde, aus ihrer Mitte erfahrene Männer zu wählen, um an den vorbereitenden Maßregeln Theil zu nehmen,

daß dieselben die Gewährung ihrer allerunterthänigsten Bitte um so dringlicher erwarten, als sie der Zahl nach mehr als die Hälfte

der adelichen Güter und der Pflugsahl nach, abgesehen von Klöstern, beinahe die Hälfte des Grundeigenthumes besitzen.

Schließlich fühlen sie sich gedrungen, Ihrem so hochgeachteten Könige freimüthig zu gestehen, daß nur durch die Einführung der besten zeitgemäßen Verfassung das Band, welches das Königshaus mit dem Volke vereint, in dem so bewegten Jahrhunderte und immer fester geknüpft werden kann.

In tiefster Devotion

Ew. Königlichen Majestät

allerunterthänigst-treuehorsaamste nicht zur Ritterschaft gebö-

Gutsbesitzer der Herzogthümer Schleswig und Holstein

G. von Cronstern. P. C. Schmidt. J. F. Rowohl. L. v. Maaß für mich und in Vollmacht des Herrn Besitzers von Wintershagen. F. v. Ernst. Lamm. W. Hirschfeld. J. Cordes für mich und in Vollmacht des Herrn Besitzers von Warleberg. Dr. Weber. C. A. Rodde. F. Kruse. Stoppe für mich und in Vollmacht der Frau Besitzerin von Bundhöft, wie des Herrn Besitzers von Schönböken. Gr. Reventlow. J. Dorn. G. F. Blume. Neergaard."

Auch auf diese Eingabe erfolgte keine Antwort. Unterm 6. Mai 1832 erschien dagegen das bekannte Rescript wegen Einführung der erfahrenen Männer. Ob Einer oder Mehrere diesen Ausserwählten sich bei dem Anlasse auch erfahren in den Wünschen und Bedürfnissen der Gebildeteren des Landes zeigten und letztere gehörigen Ortes laut werden ließen, oder die Stimme offener Wahrheit, Beruf und Würde des ächten Mannes verkennend, in solcher Nähe des königlichen Thrones bildungsstummte — davon ist allzu wenig zur öffentlichen Kunde gekommen. In der am 15. Mai 1834 erschienenen Verordnung wegen näherer Regulirung der ständischen Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein zeigen wenigstens nur geringe Spuren von ächter Freimüthigkeit der betheiligten Männer. Wenn der einfache Wahlmodus gerechte Anerkennung verdient, und bei der nach den Schlussworten der Verordnung zu erfolgenden allmählichen Ausbildung der „zuvörderst“ eingeführten rathenden Provinzialstände zu einer mit wirklichen Rechten ausgestatteten gemeinsamen Ständeversammlung beider Herzogthümer als eine dankenswerthe Grundlage betrachtet werden mag, so vermißt man dagegen schmerzlich die ausdrückliche Erwähnung und Festsetzung der Oeffentlichkeit der Versammlung und eine bestimmtere Hindeutung auf den Zeitpunkt, wo es Seiner Majestät gefallen möchte, die so überaus nöthige und von allen aufgeklärten Bewohnern der Herzogthümer so heiß ersehnte Veränderung in den erlassenen Vorschriften zur Anordnung und Regulirung der ständischen Verhältnisse zur voll-

in deren Erreichung Ihre landesväterlichen Absicht den betreffenden Gesetzesentwürfen der Ständeversammlung zur Beratung vorlegen zu lassen. Es scheint indeß von dem Geiste unserer künftigen Ständeversammlungen und der mit demselben correspondirenden Volksstimme abzuhängen, wie lange jene Veränderung sich zu verzögern soll. Was Seine Majestät der König unter denselben Umständen, darüber ist es kaum möglich, sich zu idusken. Denn schon dem allgemeinen Gesetze wegen Anordnung von Provinzialständen, in die Schlussworte ähnlichen Inhaltes. Hieraus erwiderten, wie oben sehen, die nicht zum Corps der Ritterschaft gehörenden Gutbesitzer in ihrer Eingabe vom 20. Juli ausdrücklich, „wie sie ihrem Durchzuweisen und innigsten Dank für das genannte Gesetz erstatten, in so fern sie solches, nach den Worten desselben:

„als Einleitung und Vorbereitung zur Begründung des Verhältnisses der Stände,“

„als eine zuvörderst genommene Maßregel zur Herstellung der alten ständischen Verfassung mit zeitgemäßen Veränderungen ohne Beeinträchtigung der alten Landesrechte und ihrer eigenen Gerechtsame, betrachten und betrachten dürfen, zugleich anerkennend, daß eine den Umständen und Verhältnissen angemessene Verfassung erst dann ausführbar sei, nachdem die Stände den Bedürfnissen und Interessen des Landes durch Verhandlungen über dieselben vertraut geworden.“

Dieses also war die Interpretation der nicht zum Corps der Ritterschaft gehörenden Gutbesitzer in Betreff des fraglichen Gesetzes. Seine Majestät fanden sich nicht veranlaßt, etwas darauf zu erwidern; aber, jene Interpretation die richtige gewesen, geht wohl hinlänglich aus den Schlussworten der Verordnung vom 15. Mai 1834 hervor, welche ganz in ähnlicher Art, wie bei dem allgemeinen Gesetze gelautet sind. Wie hätte aber die obige Interpretation der nicht reichlichen Gutbesitzer, welche ganz in Uebereinstimmung mit derjenigen der Ritterschaft und Prälaten war, höheres Dites ganz unbekannt worden können, wenn sie die unrichtige gewesen wäre? Dann würde, wie bei früheren Anlässen, wo Ritterschaft und Gutbesitzer sich dem Urtheile der Regierung ihre Stellung verkannten, eine officielle Erklärung und respective ein angehängter Verweis erfolgt sein. Aber die alte ständische Verfassung durch Einführung der jetzigen Provinzialstände wirklich schon hergestellt? War die Verwandlung einer zuvörderst willkürlichen Versammlung in eine bloß beratende im Culturzustande des Landes, den Zeitumständen, Verhältnissen und Bedürfnissen und den älteren Rechten, deren vollständige Berücksichtigung die königliche Regierung sich, nach der Erklärung des holsteinischen Herrn Bundestagsgeheimen, zum Zwecke gesetzt, völlig angemessen? Nein, eine solche Selbstäu-

schung ist so wenig bei uns, wie bei der Regierung möglich. Men
 men wir hingegen die Interpretation der Gutbesitzer als die rich
 an, so gestaltet sich Alles klar. Die Regierung hat sodann, einste
 len beratende Provinzialstände anordnend, „um den Sinn d
 Eifer für die öffentlichen Angelegenheiten noch me
 anzuregen, und das Volk der Aufklärung der Zeit ge
 gegenzuführen,“ doch den bereits Gebildeten die Hoffnung
 Aussicht auf einen Zeitpunkt offen lassen wollen, wo den Vertretern
 der Herzogthümer diejenigen Landesrechte, welche sie nach dem Ein
 ständnisse der Regierung ehemals besaßen, nach ihrer eigenen U
 berzeugung aber niemals verloren haben, neuerdings zugun
 gesetzlich und praktisch gesichert werden sollen. Unter die
 Rechten war eines der wichtigsten die Steuerbewilligung. In
 Bedeutung derselben kann den Abgeordneten des Volkes, wie im
 Volke selbst, nie klarer einleuchten, als eben jetzt, wo, seit 1831
 eine vorläufige Bekanntmachung über die Finanzen alle Gemüther
 hangen Ahnungen erfüllt. Erkennen nun unsere Abgeordneten in
 ser Hinsicht ihren hohen Beruf; wird von ihnen künftig auf jed
 Landtage und immer einstimmiger auf Herstellung jenes alten Lan
 desrechtes angetragen und, als vorläufig erforderliche Maßregel, v
 gänzliche Trennung der dänischen Finanzen von denen der Herzogth
 mer erbeten, so mag zwar anfänglich, weil bei uns, leider! das al
 Recht als neu erscheint, der Antrag in Dänemark bei der jetzigen Z
 sammensetzung der oberen Behörden auf viele Schwierigkeiten stoßen
 aber allmählig wird mit Hülfe des alles Gute fördernden und so
 höchsten Glück in des Volkes Liebe segnenden Königs die gute und g
 rechte Sache dennoch den Sieg erringen. Wohl uns, daß wir
 legales Mittel besitzen, dem drohenden Ruin des öffentlichen G
 dits, der uns in nicht gar weiter Ferne bevorsteht (s. über die neu
 sten Finanzverhältnisse den Artikel „Dänemark“), bei Zeiten vor
 zubeugen; aber wehe uns, wenn wir mit diesem Mittel so lau
 säumen wollten, bis der Tag des Verderbens schon über uns her
 bräche! Es möge vergessen, möge unserthalb vertheidigt werden, daß
 die erste ständische Versammlung in dieser Hinsicht sich lässig zu zeig
 schien! Mußte sie doch (kann man sagen, und hat man zum Recht
 gesagt) sich des Zweckes, wozu sie berufen worden, nämlich Rath
 ertheilen, vorerst fähig beweisen; mußte sie doch durch bescheidenes ein
 williges Warten (die Nationaltugend der Deutschen) sich des könig
 lichen Vertrauens würdig und für die erste Gabe dankbar erweisen! In
 zwischen dieser ersten Versammlung und der zweiten liegen jetzt sch
 mehr als zwei Jahre, und ob die dritte nicht einem viel längeren
 Zwischenraume sich anschließt, kann Niemand wissen, vermag Ni
 mand zu verbürgen. Darum heute, ihr Abgeordneten! so ihr d
 Volkes Stimme (man sagt, es sei Gottes Stimme!) höret, so ver
 stocket Eure Herzen nicht! des Volkes Stimme hat eben in diesen Tagen
 den letzten Tagen des schiedenden Jahres (1838), sich vernehmen lassen

Communenvorsteher der größeren und kleineren Städte und Dörfer der Herzogthümer haben von dem, leider! collegialischen Ministerrath an das Vorterritz des Monarchen appellirt. Sie baten um vollständige Veröffentlichung des Staatsbudgets, um eine genaue Uebersicht des gesammten Finanzzustandes, um genaue Nachweisung dessen, was von der jährlichen Einnahme für Dänemark und was für die Herzogthümer verwandt worden, damit jedes der beiden verbrüdereten Länder seine, was nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit ihm zukomme, erhalte! Der König wird die Bitte berücksichtigen, wenn auch Bösem wegen, die mit uralten Staatsmaximen und Einrichtungen zusammenhängt, ein leichter Tadel, von den Ministern beantragt, einfließen die Bittsteller trafe — der Zweck der Bitte selbst wird erreicht werden! Dann ist es an Euch, das Letzte zu thun! Lasse kein Einzelnes dadurch, daß er ein Einzelnr ist, sich abbalten! Der Einzelne ist nicht einzeln, wenn er im Sinne, im Interesse des Ganzen ausspricht. Es schließe mehr und immer mehr Bräue sich an, es auf durchaus legalem Wege wie durch beschreibens, aber anhaltend, aber immer neu sich wiederholende Bitte das Heil des Landes, die Heil des Königs selbst gesichert!

Die Herzogthümer bedürfen einer großen Wiedergeburt, eines großen, gewissenhafter Vaterlandesliebe und hochherziger Erhebung, der gegenwärtigen leichtsinnigere Jahre sie selbst und das Ausland vergeffen. Wir denken hier an das Grundprincip der Reichsbank, und verwerfen; an die Bevorzugung der Bankforderung vor jedem anderen, welcher Priorität rechtlich haftenden Ansprüche! Der natürliche Beweggrund und Beweggrund einer Abgabe, den Besitz und das Eigenthum zu sichern, ward hier aus den Augen gesetzt. Hier blieb das Eigenthum nicht Eigenthum mehr — es gehörte Alles dem Staate, nicht dem Einzelnen; denn nur von demjenigen, was mir nicht gehört, bin ich Zinsen zu zahlen schuldig. So schwächte der Unterschied zwischen Recht und Unrecht sich im Volke ab, und nur zu viele Staatsfeinde dachten, ungefähr wie jener Heide beim Anblicke des Meeres und der Fels: das that der Staat, der Wächter des Rechts und des Unrechts, und ich armes Menschlein sollte das nicht thun? Es zählten, wie der Staat sie berechtigte, die Zinsen des in dänischen Händen erhaltenen Capitals in Betheim, die um $\frac{1}{2}$ des Werthes im Verfall waren! So ward der Arme reich, der Reiche arm — eine Revolution, wie die Gleichmacher in Frankreich sie kaum praktischer gemacht, und die erzwungne Begleiterin der Revolutionen, das Sittengesetz, die Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, konnte gleichwohl nicht ausbleiben. — Doch manum de tabula! und möge nie die Möglichkeit der Sünde das Bild zum zweiten Male und vor Augen geführt werden! Nur Einen Punkt in Beziehung auf die Verfassung der Herzogthümer glaube ich noch berühren zu müssen. Es ist wohl nicht zu leugnen, daß das Verhältniß Holsteins zu Schleswig allerdings ein Haupthinderniß einer den Schindern so

fort zu gewährenden größeren Berechtigung war. Holstein, zum deutschen Bunde gehörend, machte weniger Schwierigkeit; aber die Ritterschaft nahm für Schleswig dieselben Rechte in Anspruch, und die Regierung sich hier willfährig zeigte, schien dann nicht auch das dem Norden Schleswigs näher verwandte Dänemark eine Veränderung der Verfassung nothwendig? Dänemarks Verfassung ist aber eigentlich die, gar keine Verfassung zu haben — *lucus a lucendo* — sondern statt ihrer die unbedingte Autokratie des Königs. Diese Autokratie aber selbst durfte nach der *lex regia* keine Veränderung in dem für ewige Zeiten festgesetzten Absolutismus treffen; sie durfte sich nicht selbst beschränken, und deshalb war die Ausrufung des königlichen Commissarius Orstedt in der Eröffnungsrede des Røstkilde wohl ganz gegründet, daß durch den neuen Königsrath eine Veränderung in der Staatsverfassung eingetreten sei, „weil der König eine solche vorzunehmen nicht für verantwortlich gehalten habe.“ — Was Dänemark betrifft, so ist dagegen, wenn nicht viel einzuwenden; denn wenn auch geschichtlich sollte nachgewiesen werden können, daß die *lex regia* selbst ursprünglich nicht im Plane des revolutionirenden dänischen Volkes lag, vielmehr, gegen dessen Erwartung, von tief versteckter Politik allmählig eingeführt worden: so hat doch seitdem Monarch und Volk so lange sich mit der That mit dem dadurch herbeigeführten Zustande der Dinge abgefunden und einverstanden erklärt, daß ein einseitiges Abgehen davon gar wohl als eine pflichtwidrige Verfassungsverletzung betrachtet werden dürfte. Aber kann dieses nun Holstein, kann es Schleswig rechtlicher Weise in ihren Verfassungsansprüchen, welchen durch einstweiligen ständischen Anordnungen weder genügt, noch zuvorgehandelt werden konnte, beeinträchtigen? Ja, könnte selbst die Verfassung des dänischen Volkes, die durch Zeit- und Sittenveränderung nothwendig erachteten Modificationen in der dänischen Verfassung nach gemeinsamer Berathung mit der Volksrepräsentation verfügen zu wollen, in Dänemark als Staatsverletzung betrachtet werden? Wäre Dänemark denn wirklich, während ringsum alle seine Umgebungen sich verändern und neu verjüngen, zu einem Stillstande verurtheilt? Hätten König und Volk, beide von dem besten Willen, von dem glühendsten Verlangen nach dem Heile des Vaterlandes befeelt, wirklich kein Mittel, dasselbe auf dem einfachsten Wege, durch zeitgemäße Verbesserungen in der Verfassung, zu begreifen? Bindet ein Eid auch dann noch, wenn beide Contractanten auf die dadurch ihnen gesicherten Vorrechte und Vortheile verzichten? Wir überlassen die Beantwortung dieser rein dänischen Fragen der achtungswerthen Volksversammlung der Dänen selbst, aber wir vertrauen ihnen auch, daß sie, nicht minder gerecht und billig, unsere Zustände im Auge fassen, und in der gesetzlichen Benützung derjenigen Befugnisse, welche unsere staatsrechtlichen Verhältnisse uns gestatten, weder durch Wort noch That je Hindernisse in den Weg legen werden! —

Einen Ueberblick der Leistungen der Schleswig-holsteinischen Ständeversammlungen in den Jahren 1835 und 1836 in diesen Blättern gegeben, möchte für das übrige Deutschland nur wenig interessant sein; für die Verhältnisse des Inlandes aber ist in dieser Hinsicht, so die Verhältnisse es erlauben, durch die „Schleswig-holsteinischen Blätter“ für 1837, von Dr. C. Heiberg, Advocaten in Schleswig, gesorgt. Das auswärtige Interesse für die Verhandlungen der Stände ist schon deshalb sehr gering anzuschlagen, weil in Bezug auf den ersten Versuch schon jetzt der Erfahrungssatz sich herausgestellt scheint, daß meistens leeres Echo gedroschen ward. Und wird es bleiben, bis durch eine großartigere Aufschwung der Stände der ständische Wirkungskreis wesentlich erweitert wird. Freulich war es z. B., daß die holsteinischen Stände bei Gelegenheit der Finanzfrage auf Ernennung einer Commission antrugen, die aus Beamten des Finanzdepartements bestehe, damit diese innerhalb einer bestimmten Frist Vorschläge einreiche, wie das Finanzwesen des Staates, ohne Auflage neuer Lasten — denn die Stände hielten es für unmöglich, daß die Herzogthümer eine größere tragen könnten — durch Ersparungen und Einschränkungen im Staatshaushalte geordnet werden könne. Aber von der Ernennung einer solchen Commission hat nichts verlautet, und wenn sie berufen würde, so möchte sie leicht, wie zu viele ihrer Schwestern, nach 10 und 15 Jahren noch um keinen Schritt vorgeückt sein. Erfreulich war nicht minder das Amendement des Obergerichtsadvocaten Rüd., daß in das jährlich zu publicirende Budget die gesammten Einnahmen und Ausgaben der Staatskasse, und zwar in beiden Rubriken so gesondert, daß man nicht nur die Einnahme aus den Herzogthümern, sondern auch ihre Concurrenz den Ausgaben daraus ersehen könne, mit Inbegriff der etwa von getrennten Collegien verwalteten Fonds und unter Angabe der Veranlagungs- und Hebungskosten aufgenommen werden möchten. Aber erst die jüngsten Propositionen der Commünen leihen diesem Amendement ein gewisses Gewicht. Ob Rüd.'s und Lorenzen's von Hadersleben Antrag auf Offenheit der Versammlungen, ob der des Letzteren auf Herabsetzung der Pressfreiheit im Herzogthume Schleswig bei der Regierung eine Berücksichtigung finden werde, ist, namentlich was den letzteren Gegenstand betrifft, sehr zu bezweifeln. — Wir werfen darum, bei Uebersetzung solcher Einzelheiten, zum Schluß noch einen Blick auf eine Bestimmung der Verordnungen wegen näherer Regulirung der ständischen Verhältnisse in den Herzogthümern, welche auch, wenn die Stände gethan haben, was Rechtens ist, und dadurch die Reorganisation des gesammten oberen und unteren Staatsorganismus vorbereitet worden, noch von Bedeutung bleiben wird. Wir sehen oben des einfachen Wahlmodus rühmend erwähnt, den die Herzogthümer vor manchen anderen wirklich constitutionellen Ländern vorzuziehen haben; möchte ihnen ein zweiter Vorzug vor diesen auch dadurch zuwachsen sein, daß nicht der Welsch allein repräsentativ

Kraft erhalten hätte! Es läßt sich gegen diese Gesetzbestimmung unserer Ansicht nach, dreierlei geltend machen.

Zuerst fragen wir: leistet denn nur der Besitz die Gewähr, daß man einerseits für das Wohl des Staates erwärmt, andererseits gewaltsamen Abänderungen in der Verfassung desselben abgeneigt sei? Diese Frage so scheint es uns, schon allein durch die Berufung nicht possessionärer Beamten in die höheren und höchsten Collegien beantwortet. Denn wenn bei diesen hohen Beamten, die, nach den gewöhnlichen Verhältnissen, nicht minder in den gesammten Staatsorganismus eingreifen, als die Volksabgeordneten, aus dem Nichtbesitz keine Befreiung der Lauheit oder Excentricität abgeleitet wird, warum denn bei der Wahl der Abgeordneten? Ueberhaupt genommen kann zwar die Intelligenz den Blick für die im Staate obwaltenden Mängel schärfen, nicht minder oft wird er auch die Lichtseiten der Verwaltung hervorheben und beide Parteien durch gerechte und vorurtheilslose Vermittlung vermitteln. Eigensüchtige Leidenschaftlichkeit mag in einzelnen Fällen wahrlich so gut den Besizenden, als den Nichtpossessionirten zu gefährlichen Umrtrieben hinreißen, und dann sind die Letzteren bei uns oft einflußreicher, als bei diesen. Im Allgemeinen aber liegt bei uns ewig zersetzend, jedes Ding nach allen Seiten hin beleuchtend Intelligenz Theorie und Praxis weit aus einander, und die Energie des Handelns steht in umgekehrtem Verhältnisse zu der Energie des Denkens. Das angestrengte Sinnen schwächt zuletzt den Körper ab, und auch die mannhafteste Seele stimmt sich endlich dennoch nach seinem Tone.

Der zweite hier in Betracht kommende Moment ist: die allmälige Verwandlung der Vermögensgrundlage in der Neuzeit. Als die Repräsentation des Eigenthums in England begründet ward, beruhte daselbst das gesammte Mein und Dein auf ihm allein. Dieses hat seitdem fast überall sich gänzlich geändert. Das Vermögen ist in beständiger Circulation und wuchert eben dadurch, in Actien zur Beförderung der Industrie, des Handels, der Communication angelegt, nur desto sicherer dem Einzelnen, wie dem Staate. In den größeren Städten wohnen die wohlhabendsten Einwohner oft zur Miete, während das Follum des Hausbesizers meistens bis zum Uebermaße beschwert ist—und ein solcher, vielleicht dem Concurse naher Possessionirter soll für denjenigen gelten, dem an der Erhaltung des Staates am Meisten gelegen sei, der bei dessen Umwälzungen und bei gefährlichen Umwälzungen am Meisten zu verlieren hätte?

Drittens endlich: gesetzt, daß der Grundbesitz in der That die Gewähr für eine gewisse Stabilität der Gesinnung leisten könnte, so würde doch auch in diesem Falle das active und passive Wahlrecht wesentlich zu unterscheiden sein. Denn wenn die Grundbesitzer durch solche Gesinnung wirklich den ächten Staat

gerlichen Geist beurkunden, und namentlich als Feinde jeder gewaltsamen Umänderung des gegebenen Zustandes betrachtet werden dürfen. Warum will man ihnen dann nicht auch Fähigkeit und Umsicht zur Prüfung der Wahlcandidaten zutrauen? warum nicht die Wahl selbst vertrauensvoll in ihre Hände legen? warum ihre Wahl neuerdings durch Ausschließung der Nichtpossessionierten beschränken? Unmöglich wird man doch behaupten wollen, daß diese Letzteren unbedingt gefährlich sind, und daß die ehrenwerthe Gesinnung der Einzelnen durchaus nicht in Betracht komme! — Durch solche doppelte Verletzung des Wahlrechtes gehen aber der Volksverzeiung zum Theile die tüchtigsten Köpfe verloren.

§.
Homöopathie, Hahnemann; staatspolizeiliche Grundgesetze über Selbstdispensation, medicinische Praxis, Spemverbote. — Wie in der Politik und Religion große Veränderungen und Umwälzungen eingebrochen, so erlitt auch die Natur in der neueren Zeit mächtige Anstöße und Erschütterungen, und namentlich rief die Homöopathie die größten Spaltungen in der ärztlichen Wissenschaft und Kunst hervor; daher sie eine angemessene staatsrechtliche Betrachtung und Untersuchung erfordert. Denn die Homöopathie ist, als ein neues therapeutisches System, um ungehinderte Geltung am Krankenbette, um Zulassung und Anwendung bei gerichtlichen und politischen Vorfällen, um Selbstdispensation der Ärzte, um eine selbstständige Lebensstelle auf Universitäten, um Errichtung eigener Anstalten, um Prüfung der Candidaten der Medicin der homöopathischen Lehre, um Anstellung der homöopathischen Ärzte als Medicinalbeamten, kurz, um Anerkennung und gesetzliche Aufnahme der Homöopathie von Seiten der Staatsgewalt, wie die sogenannte Allopathie oder alte Medicin im Besitze von Rechten und Privilegien ist. — Der Kampf zwischen den Allopathen und Homöopathen um alleinige Herrschaft oder doch um Vorherrschaft ist ein bekannter, und beide Parteien rufen die Staatsgewalt an; die eine um Unterstützung, die andere um Anerkennung.

Es fragt sich nun, welche Realität der neuen homöopathischen Schule zukommt, welche Stellung und welches Verhältniß dieselbe gegenüber der alten oder sogenannten allopathischen Schule einnimmt; welche Ansprüche dieselbe an die Staatsgewalt zu machen, und wie sie die Staatsgewalt gegenüber der Homöopathie zu betrachten hat. — Die Homöopathie, welche die ärztliche Welt in ihren Angeln bewegt, dankt ihr Dasein zunächst dem Genie des Samuel Hahnemann. Er wurde geboren zu Weissen in Sachsen den 10. April 1755. Sein Vater, Porcellanmaler in der berühmten Fabrik dieser Stadt, ein Mann von Geist, aber ohne Vermögen, übernahm selbst seine früheste Erziehung. Der Knabe machte erstaunliche Fortschritte und entwickelte eine für sein Alter überraschende Intelligenz. Jedoch die Armut, welcher seine Eltern sich befanden, erlaubte ihnen nicht, den Sohn zu Studien zu bestimmen; sie faßten daher den Entschluß, ein ge-

winerliches Gewerbe ihn lernen zu lassen und ihn einstellten in die Stadtschule zu schicken. Der junge Hahnemann zeichnete sich durch eminente Geistesfähigkeiten aus, und sein Lehrer erklärte ihm flüchtig, daß es schade sein würde, ein so schönes Talent in der Werkstatt eines Handwerkers zu begraben. Man besprach sich mit dem Director des Collegiums von Meissen, wo die jungen Leute bevor sie die Universität von Leipzig betreten, ihre Studien machen und er erklärte sich bereit, unentgeltlich in das Institut einen Platz aufzunehmen, welcher so große Hoffnungen erregte. Seine Kenntnisse in dem Lateinischen, Griechischen und Hebräischen waren so rasch und so ausgezeichnet, daß man ihn bald beauftragte, mehrere vorrathshausliche schrittweise Mischkuren zu unterrichten. Sein Eifer erstreckte sich nicht bloss auf die classischen Studien, sondern er entwickelte auch eine verschiedene Neigung für die physikalischen Wissenschaften und für das was sich auf die Naturgeschichte bezieht. — Oft wenn man mit den Schülern in den romanischen Umgebungen der Stadt lustwandeln, so man den jungen Hahnemann aus der Mitte seiner Kameraden sah, und man fand ihn gewöhnlich steile Felsen erklimmend oder dicke Gebüsche sich vertiefend, um seltene Pflanzen zu suchen, oder er in sein kleines Herbarium systematisch einordnete.

Als man ihn eines Tages fragte, ob er in sich Neigung für das Studium der Medicin, so erklärte er, daß dieses das Ziel seiner Wünsche sei. Seine Lehrer ergriffen die notwendigen Vorkehrungen mit den Professoren zu Leipzig, um ihm unentgeltliche Vorlesungen zu versichern, und zu Ostern 1775 verließ Hahnemann das Collegium zu Meissen und begab sich auf die Universität, wo er nur 20 Thaler besaß, die letzten Hülfsmittel seiner armen Eltern. Dagegen hatte er den Kopf mit geistigen Mitteln bereichert, welche reichten, ihm das Nöthige zu verschaffen. Während der Studien, welche er seinen Studien entziehen konnte, gab er einem jungen reichen Griechen Unterricht im Französischen und Deutschen, und Nächte durch übersetzte er englische und französische Werke.

Zwei Jahre später ging er auf die Universität in Wien, um sie zu vervollkommen in der praktischen Medicin. Hier machte er sich Bekanntschaft mit Carlus im Hospitale der barmherzigen Brüder, und wurde er der Liebling von dem berühmten Doctor Quarin, des ersten Leibarztes. Aber noch war kein Jahr verfloßen, so erlaubte ihm die Armut nicht mehr, in einer so theuren Stadt zu leben. — Da er ihm der Freiherr von Bruckenthal, Gouverneur der Provinz Transylvanien, den Antrag, ihn nach Hermannstadt als Arzt zu begleiten und Aufseher seiner großen Bibliothek zu begleiten. Hahnemann verlor nicht mehr, und so legte er sich selbst in die Mitte der ungarischen Bevölkerung, deren Sprache und Sitten er studiren wollte. Hier wanderte Hahnemann die Kenntnisse, welche er in Leipzig und Wien erworben hatte, praktisch an und sammelte sich auch ein Vermögen, welches ihn in den Stand setzte, sein Studium zu vollenden.

Jahre 1778 kehrte er nach Deutschland zurück und betrat die Universität zu Erlangen, wo er den 10. August 1779 Doctor der Medizin wurde.

Die Liebe zum Vaterlande führte ihn nach Sachsen zurück, wo er Anfangs in einer kleinen Stadt und nachher in Dresden niederließ. Er übte sich glücklich in seiner Praxis, und selbst glücklich, als manche berühmte Aerzte dieser Zeit, denn sein gesunder Verstand führte ihn stets zur Einfachheit und Klugheit in der Wahl seiner Heilmittel. In diese Zeit fällt seine Auffindung der Weinprobe zur feinen Entdeckung eines neuen Präparats von Quecksilber, welches heute seinen Namen führt.

Gleichwohl fühlte er sich unzufrieden mit sich selbst und mit der Heilkunst; er erkannte die Ungültigkeit aller ihrer verschiedenen Heilmethoden, die durch die Schule adoptirt waren, und sah, daß die Beweiskräfte der Theorie nicht durch die praktischen Erfolge bestätigt wurden.

Durchdringen von dieser Ueberzeugung, schien es ihm unmöglich, die ärztliche Kunst auszuüben, bevor er nicht die wahren Principien der Heilkunst gefunden hätte, und er faßte den festen Entschluß, lieber auf immer seinem Berufe zu entsagen, als wider die Stimme seines Gewissens zu handeln.

Er verließ Dresden und zog sich nach Leipzig zurück, um sich ganz seinen Forschungen und seinem Nachdenken hinzugeben. Die Zeit seines Unterhaltes mußte er im Uebersetzen französischer und deutscher Werke finden. Im Jahre 1790 übersetzte er die Aegeneimittel des berühmten Cullen. Indem er die verschiedenen Erklärungen, welche darin über die febererregende Kraft der Chinacinde ausgeführt sind, gelesen hatte, wurde er von Unmuth über diese verschiedenen Hypothesen ergriffen, welche ihm den Kopf voll machten. Der dunkle Mißbrauch durch die Seele, einen arzenischen Versuch mit Chinacinde an sich selbst zu machen, um zu sehen, welche Wirkung dieselbe auf ihn hervorbringen würde. Hahnemann berichtet, daß im ersten Tag nach einem völligen Anfall von Wechselstieber er dieses Ereigniß führte ihn zum vorläufigen Gedanken, daß die Ursache der Fieber, im gesunden Körper Wechselstieber zu erzeugen, auch selbst sein werde, welche diese Krankheit heilt. Er versuchsweise seine eigene mit Aegeneien an sich selbst und anderen gesunden Personen, er glaubte stets dasselbe Resultat gefunden zu haben; er durchlief das weite Labyrinth der Beobachter alter und neuer Zeit über die heilenden Wirkungen der Heilmittel, so wie die Geschichte der Versuchen mit heroischen arzenischen Substanzen. Er stellte als Resultat seiner arzenischen Versuche und historischen Forschungen den Satz auf, daß die Krankheiten am Sichersten, Leichtesten und Vollkommensten durch jene Aegeneien geheilt werden, welche in einem gesunden Körper möglichst ähnliche künstliche Affectionen hervorzubringen im

Stande sind. — Nun versuchte Hahnemann, durch praktische Erprobung dieses von ihm entdeckte Heilungsgesetz zu bestätigen, und nach seiner Versicherung gelang es ihm vollkommen. Im Jahre 1796 veröffentlichte er zum ersten Male in Hufeland's Journale seine Entdeckung. Im Jahre 1805 erschienen die Erstlinge seiner Arzneimittellehre unter dem Titel „Fragmenta de viribus medicamentorum positive in corpore humano sano obviis Tom. I et II.“ Darauf folgte im Jahre 1806 „die Heilkunde durch Erfahrungen“, welche ebenfalls das Heilgesetz näher entwickelte. Sie diente als Grundlage der im Jahre 1810 erschienenen Hauptschrift „Organon der Heilkunst“, nach welcher bis jetzt 5 Auflagen erlebte und in verschiedene Sprachen übersetzt wurde. In diesem Organon gebrauchte Hahnemann zum ersten Mal den Ausdruck Homöopathie, aus dem Griechischen ὁμοιος (ähnlich) und πάθος (Leiden), indem er damit bezeichnen wollte, daß das fundamentale Princip seiner Heilmethode beruhe auf der Aehnlichkeit zwischen der künstlichen oder arzeneilichen und der natürlichen Affection, welche geheilt werden soll. Von 1811 bis 1821 (und so eben in der letzten Auflage) erschienen von Hahnemann 6 Bände „der reinen Arzneimittellehre“, auch in verschiedene Sprachen übersetzt; vom Jahre 1821 bis 1830 „die chronischen Krankheiten, ihre eigenthümliche Natur und homöopathische Heilung“ (4 Bände).

In diesen Werken hauptsächlich entwickelte Hahnemann allmählich sein neues therapeutisches System. Anfangs erregte Hahnemann's Entdeckung weder bei Aerzten, noch Laien Interesse. Das Bromium System beherrschte noch bei der Veröffentlichung der ersten Schriften Hahnemann's die ganze ärztliche Welt. Das Organon aber rief einen Kampf in's Leben, welcher bis jetzt die ganze medicinische Wissenschaft und Kunst erschüttert und eine Literatur zur Folge hatte, wie sie kein System in Menge und in leidenschaftlicher Hitze aufzuweisen im Stande war. — Hahnemann blieb bis zum Jahre 1820 in Leipzig, wo er practicirte und lehrte. Da verließ er diese Stadt, weil ihm nach den bestehenden Gesetzen verboten wurde, die Arzneien selbst zu bereiten und an seine Kranken abzugeben. Hahnemann forderte zur Ausübung seiner Heilmethode das Recht, die Arzneien selbst zu bereiten und an seine Kranken abzugeben, weil nur unter dieser Bedingung der Erfolg gesichert sein könnte; die kleinen Arzneigaben können keiner Controle unterworfen werden. Der Herzog von Anhalt-Cöthen rief ihn in sein Land und gestattete ihm freie Ausübung seiner Heilmethode. Im Jahre 1821 und ernannte ihn zum Hofrath. In Anhalt-Cöthen practicirte Hahnemann bis in das Jahr 1834, wo er seiner jungen Gattin nach ihrer Vaterstadt, Paris, folgte, und da bis jetzt practisch und literarisch thätig, frisch und kräftig in seinem 81. Jahre sich bewegt, ein ungebeugter Heldengeist, eine erstaunenswerthe Erscheinung, wie verschieden man sonst auch über Hahnemann's Streben und Werke denken mag.

Nachdem Hahnemann Leipzig verlassen hatte, einem freiwillig

ten gleichend, so blieb der Geist desselben, seine mächtige Energie den Schülern zurück und begeisterte sie zur Fortsetzung, Entwiklung und Ausbreitung der neuen Lehre. Nichts vermehrt die Lebensdauer einer neuen Thatfache und Erscheinung mehr, als Druck von oben, er erhöht die Energie und Elasticität, er befördert die Conzension und Reaction; und so sehen wir, daß die Schüler und Anhänger Hahnemann's und seiner Lehre mit begeistertem Eifer für die entbrannten und durch Wort und That und Schrift sie entzünden und vorbereiteten.

Diese Lehre hat sich in ganz Europa ausgebreitet und Anhänger gefunden, ja selbst in anderen Welttheilen hat sie Freunde und Verfolger gefunden. Sie hat verschiedene Stadien durchwandelt; besitzte und fanatische Anhänger, so wie kalte und besonnene Prüfer dieser Lehre mannigfaltige Formen aufgedrückt, und sie wird weitere Entwicklungen durchzumachen haben, indem der freie Geist wissenschaftlichen Forschung und die besonnene Prüfung durch praktischen Erfolg ihren Werth bestimmen werden.

Die heutige Welt ist gegenwärtig in drei Parteien gefallen. Die erste Partei ist die der sogenannten Allopathen, die alte Schule, die historische Wurzel bis auf Hippocrates zurückgeht, die feindlich der neuen Schule gegenübersteht, sie durch Vernichtung, durch Spott, durch durch Gewalt zu unterdrücken oder auszuwurzeln sucht. Die zweite Partei ist die der Homöopathen, die neue Schule, deren Lebensalter kaum halbes Jahrhundert erreicht hat, in Hahnemann ihre Entfaltung nahm und feindlich der alten Schule gegenübersteht, indem sie die Lehre für eine unvollkommene, unsichere, ja der ganzen Verwerfung und Wegwerfung würdige erklärt.

Die dritte Partei ist jene, welche die Vermittelung und Versöhnung der beiden feindlich gegenüberstehenden und sich verfolgenden Schulen sucht, eine Art von medicinischem Justemilieu, indem sie die Wahrheit der alten Schule bewahrt und die der neuen Schule präsend aufnimmt, einer Reform der medicinischen Wissenschaft und Kunst hingehend, fortschreitend und erhaltend zugleich. Sie ist sich bewußt, daß die Medicin als Wissenschaft und Kunst einer Reform bedürftig ist; die geistreichsten und erfahrensten Kräfte der alten Schule haben in neueren und neuesten Zeit laut genug das Bedürfnis einer Reformation der Medicin ausgesprochen; nur sind sie nicht einig über die stehenden Wege und die anzuwendenden Mittel, eine solche Reformation herbeizuführen.

Die Krankheit ist der Ausdruck eines Kampfes zwischen einer feindlichen, angreifenden Ursache und der gegenwirkenden organischen Kraft; lebende reagirt gegen alles Schädliche, setzt sich in Wehre, und da ist die Krankheit gesetzt — durch sie aber auch die Möglichkeit der Heilung.

Die alte Schule geht von dem Grundgedanken aus, daß die Krankheit ein Uebel unterdrückt, bekämpft und aufgehoben werden muß. Berlin. VIII.

müsse. Dazu dienen ihr mit mehr oder minder deutlichem Be-
sein der Naturgesetzmäßigkeit zwei verschiedene Heilmethoden, die en-
pathische oder die gegenwärtliche und die allopathische, auch sym-
sche oder ableitende Methode.

Mit der enantiopathischen Methode greift sie das Krank-
und dessen abgeänderten Lebensproceß unmittelbar an, ruft mit-
zeneilicher Einflüsse einen im Organe haftenden entgegengesetz-
benzustand hervor; sie stimmt den erhöhten Lebensproceß herab;
schwächende Mittel, erhöht den geschwächten Lebensproceß durch
kende Mittel, also stets einen entgegengesetzten Zustand im Leben
ceffe anstreben und setzend, und zwar nothwendig mit großen
wiederholten Arzneigaben.

Die allopathische Methode wirkt nicht unmittelbar auf das
krankte Organ ein und stimmt direct den krankhaften Lebens-
um, sondern sie wendet den arzeneilichen Einfluß auf ein anders
dem kranken Organe aber in Verwandtschaft stehendes an, um
eine neue künstliche Affection, um die natürliche zu heben mittel-
leitung. So heilt man Zahnschmerz, Augenentzündung mittelst emul-
sifcatoren, hinter das Ohr gesetzt; die neue künstliche und flüchtige
fection hebt die alte natürliche und schwächere auf.

Diese zwei Heilmethoden sind naturgesetzmäßige, seit mehr als
Jahrtausenden an den Naturheilproceßten wahrgenommene und
die Kunst bestätigte Heilungsarten; die Wissenschaft hat sie beobachtet
und die Kunst erprobt, sie stehen unerschütterlich fest, sie bilden
Grundlage der sogenannten alten oder allopathischen Schule. Die
höchste Einseitigkeit des homöopathischen Radicalismus konnte
dem Systeme der Therapie austreiben wollen.

Hahnemann führte eine dritte Heilmethode in's Leben, die
mopathische oder auch specifische genannt, welche schon vor ihm
mehreren Ärzten geahnet und angedeutet wurde; Hahnemann führte
als ein bestimmtes System der Medicin, ja als die ganze
ein mit Verwerfung der Grundsätze der alten Schule.

Der Homöopathie erscheinen die Krankheitsäußerungen nicht
ein Uebel, sondern als eine Auflehnung der Lebenskraft gegen die
liche Ursache; die Krankheiten sind bloße kritische Bestrebungen der
retten wollenden Naturkraft. Um die Krankheiten zu heilen
man die reagirende Lebenskraft, d. h. die Krankheitserscheinungen
terstützen, steigern und so zur kritischen Selbstvollendung treiben.
dienen ihr jene Arzneien, welche eine ähnlichkeitige Aufregung der
genwirkenden Lebenskraft hervorzurufen im Stande sind.

Die homöopathische Heilmethode ist der gerade Gegensatz zu
enantiopathischen; diese beseitigt die Krankheiten durch entgegen-
wirkende, jene durch ähnlichkeitig wirkende Arzneimitteln; die
tiopathie ruft einen entgegengesetzten Lebensproceß im kranken
gane hervor und hebt dadurch die Krankheit auf; die Homöo-
steigert den im kranken Organe reagirenden Lebensproceß und

zu Ende. Sie haben nur darin Aehnliches, daß beide Methoden einwirkend auf das erkrankte Organ mittelst organeller Einflüsse einwirken; entgegengesetzt sind sie aber in der Art und Weise der Heil- oder Krankheitsprocesses. Die eine Methode beseitigt durch entgegengesetzte, die andere durch gleich- oder ähnlichwirkende Arzneikräfte Krankheiten. Die allopathische oder sompathische Methode unterscheidet sich von den beiden anderen durch Bekämpfung der Krankheit mittelst directer Behandlung, nämlich durch Afficirung eines anderen Organs, als des kranken, welches aber mit dem erkrankten Organe in verwandtschaftlicher Beziehung stehen muß.

Wie dem Wesen der homöopathischen Heilmethode steht aber in ihrer Verbindung die Wahl einer einfachen Arznei, ihres Anwen- oder in kleiner Gabe, ihre seltenere Darreichung, eine angemessene oder Lebensordnung u. s. w. Namentlich erklärt die Homöopathie die Nothwendigkeit, kleinere Arzneigaben als die alte Schule anzuwenden, ihre Art und Weise, die Krankheiten mittelst verwandtschaftlicher Einwirkung zur Vollendung zu bringen, während die Enantio- oder Allopathie durch entgegengesetzte und abirrende Arzneikräfte die Kräfte beseitigt, wozu beide Methoden mit vollem Rechte große Arzneigaben, Arzneiverbindungen, öftere Darreichung der Arzneien u. s. w. haben dürfen und müssen.

Diese äußerst gedrängte Darstellung der gegenwärtig der Heilkunst gebotenen Heilmethoden oder von ihr ausgehenden Heilungs- oder vielmehr vielleicht für die Nichtärzte manche Dunkelheit haben, ich hoffe durch eine Parallele sie in helleres Licht setzen zu können. Die moralische Therapie kann sich zur Besserung und Heilung aller Verbrechen und Leiden folgender Methoden bedienen. Ge- oder es handelte sich um Besserung und Heilung eines zur Trunksucht oder zur Wollust oder zur Spielsucht geneigten Menschen, der aus eigener moralischer Kraft eines jener sittlichen Uebel und Leiden bekämpfen könnte, sondern einer fremden moralischen Einwirkung bedürfte, um jener Uebel und Leiden los zu werden.

Die eine Heilmethode bestünde darin, daß dem Wollüftlinge, dem Spielsüchtigen, dem Trübsüchtigen u. s. w., also einem dem Laster zufallenden oder hingegenommen Menschen der gerade Gegensatz vor die Seele gestellt würde, nämlich die Tugend und Sittlichkeit entweder als moralischer Ideal, oder in der Wirklichkeit als ein in sittlicher Würde stehendes kräftig bestehendes Character.

Diese gegensätzliche moralische Einwirkung würde das Un sittliche in der Seele des Wollüftlings u. s. w. unmittelbar treffen, umstimmen, besänftigen und heilen, vorausgesetzt, daß noch moralische Kraft genug existirt.

Diese Heilmethode ist die enantio- oder allopathische in der Moral, weil sie unähnlichen Lebensprocessen in der Seele den Reiz des Sittlichen entzogen.

Die andere, dieser gerade entgegengesetzten Heilmethode des Wol-

lüstlings, des Trunk- und Spielsüchtigen bestünde darin, daß bei unsittlichen Individuen ähnliche und etwas stärker ausgesprochene sittliche Individuen oder Charaktere vorgehalten würden. Die kranke moralische Stelle in der Seele würde unmittelbar getroffen. Das Bild des physischen und moralischen Elendes, welches dem Laster, Wollust, der Trunksucht u. ausgebrüht ist, würde die moralische action wecken, steigern und zur völligen Gesundheit erheben. Die Heilmethode ist die homöopathische oder specifische in der Moral, das Heilmittel ist dem moralischen Krankheitsprocesse ähnlichartig, d. h. ist ihm innigst verwandt, eine Unsittlichkeit heilt die andere, zwar immer eine Art die entsprechende, d. h. specifische, am Ende.

Die Erfahrung spricht laut genug für diese moralische Heilmethode; schon oft ist ein zur Wollust geneigter junger Mensch durch das entsetzliche Bild eines durch Wollust zu Grunde Gerichteten worden.

Die dritte Heilmethode von moralisch gefallenem Menschen besteht darin, daß nicht unmittelbar die unmoralische schwache Seite der Seele eines Menschen berührt, getroffen und zur Heilung wird, sondern daß durch Ableitung von den unmoralischen Neigungen ihre Besserung und Heilung von Statten geht. Die Heilmittel körperliche und geistige Beschäftigungen, welche offenbar ableiten, dadurch bessernd auf die krankhaften moralischen Neigungen und Eigenschaften einwirken.

Diese Heilmethode in der Moral ist die allopathische oder pathische, indem sie durch künstlich erhöhte Thätigkeit körperlicher geistiger Lebensäußerungen die krankhaften natürlichen Triebe und Neigungen untergräbt, schwächt und aufhebt.

Es ist leicht zu erachten, daß alle drei Heilmethoden die moralische Therapie zusammen bilden; bald ist die eine, bald die andere anwendbar, bald mehrere zugleich, je nach der Natur der vorfindlichen moralischen Gebrechen. Und ähnlich wird es wohl in der physischen Therapie der Fall sein müssen.

Ich habe durch vorliegende Darstellung historisch und kritisch die Entwicklung der Homöopathie und ihr wissenschaftliches Verhältniß zur alten Medicin klar zu machen gesucht, um nun daran die staatsrechtliche Betrachtung zu knüpfen.

Die staatspolizeiliche Untersuchung in Bezug auf Homöopathie kann in dreifacher Hinsicht geschehen; man kann die Homöopathie als Wissenschaft, als Lehre und als praktische Anwendung, der Staatsgewalt gegenüber, betrachten und die Pflichten und Rechte, welche Homöopathie und Staat gegen einander haben, entwickeln.

Was das Verhältniß der Homöopathie als Wissenschaft gegenüber der Staatsgewalt, betrifft, so kann es mit wenigen Worten abgefertigt werden. Die Homöopathie, als Wissenschaft, ist für den Staat der Gedanke. Der Gedanke schafft die Wissenschaft, er entwickelt sie, vervollkommenet sie, er reißt die Irrthümer und Einseitigkeiten ab.

Freiheit des Denkens und der Schrift gibt es keine Wahrheit, Wissenschaft, keine Früchte des Geistes, keinen Fortschritt, keine Aufzuehmung, kein Heil der Menschen! Der berühmte Schrift- und Lehrer der Staatsarzneikunde A. Henke sagt: „Im Reich der Wissenschaft muß die größte Freiheit herrschen. Jede Ansicht soll sich frei aussprechen können. Sie soll sich geltend machen, so weit sie es vermag, nämlich durch die Gewalt der Gründe. Auctorität allein können nichts entscheiden, und berühmte Namen wiegen in Waagschale wissenschaftlicher Prüfung nicht selten sehr gering. Ist aber, wer auf eigenen Füßen steht, auf dem Felde geleiteter will sich wenig auf jene Bundesgenossen verlassen und die eigene Ueberzeugung mit Gründen versehen. Aus solchem Kampfe entgegen- gesetzte Lehren, wo nur die anerkannte Wahrheit der Grundsätze, die Folgerichtigkeit des Abzuleitenden und der logische Zusammen- hang des ganzen Lehrgebäudes den Sieg verschaffen kann, ist noch im- mer Gewinn für die Wissenschaft hervorgegangen“ (1. Band 1. Heft seiner Schrift für Staatsarzneikunde). Staatsrath Hufeland sagt in seiner Schrift „Die Homöopathie 1831“: „Freiheit des Denkens, der Wissenschaft — das ist unser höchstes Palladium und muß geben, wenn wir weiter kommen sollen. Keine Art der Despotie, Kälteherrschschaft, kein Druck des Glaubenszwanges — selbst die Meinung darf in wissenschaftliche Gegenstände nicht eingreifen, weder verbieten, noch eine Meinung ausschließlich begünstigend, denn Beides wie die Erfahrung lehrt, der Wissenschaft Schaden gethan. Nur durch Erfahrung, Rede und Gegerede, festgesetzte freimüthige Untersuchung und die Zeit können und werden sicher am Ende Wahres vom Falschen, das Brauchbare vom Unbrauchbaren son- dern.“ — Dr. Pfeufer sagt in seiner Abhandlung „Ueber die Grenzen der Staatsgewalt in Bezug auf medicinische Systeme“ (im 22. Bande der Jahrbücher des ärztlichen Vereines in München): „dieser Darstellung scheint hervorzugehen, daß von einem Ein- griffe der Regierungen gegen die Homöopathie keine Rede sein kann und kann. Nicht den Regierungen stand es zu, eine charakte- ristische Entwicklung der Medicin im Keime zu zerstören und dadurch kostbare Erfahrung zu ersticken, nicht den Regierungen, durch die Gewalt ein Glied jener Kette zu entfernen, welche von innen aufwärts die Aufgabe der männlich erhellten Wissenschaft ist, nämlich das Unfreie, wie jede Wissenschaft auf dem Rechte zu be- stehen, daß der Staat den Parteien überlasse, sich auszugleichen oder zu bekämpfen. Möge nie in Sachen des Geistes die Gewalt den Aus- schlag geben.“ — Oberhofrath Kopp sagt in seinem Buche „Erfahrung und Bemerkungen bei einer prüfenden Anwendung der Homöopathie am Krankenbette“ (Frankfurt, 1832): „Von Staats wegen neue Systeme oder Methoden durch Verordnungen einführen zu lassen, ist eben so thöricht, als ihre Ausübung zu untersagen. — Ver- wehre medicinische Meinungen und Methoden auf keiner Seite

Werth, so gehen sie bald vorüber; haben sie inneren Gehalt, so ihr längeres Verweilen von Nutzen. Die Geschichte der Heilkunst ist es nicht." —

Man kann also dem Staate auf keine Weise das Recht einrücken, in die innere Entwicklung der Wissenschaften einzugreifen; darf die Gedankenbahn des wissenschaftlich fortschreitenden Menschen nicht sperren, nicht hemmen, ihr keine gewaltsame Richtung geben; er muß dem menschlichen Genius in Erforschung der Natur und in der Entwicklung und Darstellung derselben als Wissenschaft freien Lauf lassen.

In Bezug auf Homöopathie, so soll diese sich entwickeln, sich bilden, wissenschaftlich begreifen und aussprechen dürfen, um zu zeigen, ob in ihr der Keim einer inneren wissenschaftlichen Nothwendigkeit enthalten ist, ob sie ein Bedürfnis und ein Organ der menschlichen Wissenschaft bezeichnet und darstellt, ob sie eben so viel Wahrheit als Neubeit mit sich führt. Der freie prüfende wissenschaftliche Geist wird die Homöopathie richten! — In civilisirten Staaten ist die Wissenschaft ihren freien Gang.

Der Homöopathie als Lehre wird die Staatsgewalt auch keine Schranken entgegenstellen dürfen. Die Lehre ist nur die mühsame Uebertragung und Fortpflanzung des wissenschaftlich Erforschten und des praktisch Erfahrenen, und den verpflichteten und berufenen Lehrern muß es überlassen bleiben, nach gewissenhafter Uebergangslehre zu lehren. Hufeland sagt hierüber im angeführten Buche: „Die Wissenschaft ist frei, und kein Staat hat das Recht, in das Reich des Wissens und des Geistes einzugreifen. Die Homöopathie, als Wissenschaft und selbst als Lehre, darf also keine Beschränkung erleiden; das Wahre oder Falsche in derselben ist lediglich der wissenschaftlichen Discussion, der Erfahrung und der Ueberzeugung überlassen bleiben, welche ja schon über so viele Erscheinungen der Natur richtig und gerecht entschieden hat und auch hier entscheiden wird.“

Die Homöopathie, als ein natur- und heilwissenschaftlicher Gegenstand gehört lediglich der Erfahrung an. Die Natur, die langsam und langsam erforschbare Natur, ist die Gesetzerberin für die Wissenschaft, nicht die positive menschliche Sagung. Die Medicin ist ihrer Natur nach eine freie und Erfahrungswissenschaft; sie kann also ihre Gesetze nur aus der automatischen Natur und durch wissenschaftliche Erforschung und Beobachtung derselben gewinnen; sie kann keine Gesetze und Vorschriften von der Staatsgewalt annehmen, außer sie hat dieselben selbst zur Sanction übergeben, nachdem sie dieselben zuvor der Natur mühsam und langsam abgerungen hat, woraus die Staatswissenschaft entspringt. Da aber die Medicin ihrer Natur nach keine positive, d. h. auf menschlicher Sagung und menschlichem Willen beruhende Wissenschaft, sondern eine freie, aus langamer und schmerzlicher Erfahrung hervorgehende ist, eine bloße Erfahrungswissenschaft, so ist es nach Link (in seinem amtlichen Gutachten über das Recht

aus auf die Versuchungsweise der Aerzte etc.) durchaus nichts Unheilbares gibt und gegeben hat, so leuchtet von selbst ein, daß es für Theorie und Ausübung der Medicin nur wenig Bindendes gibt, nur wissenschaftliche Ueberzeugung und die Erfahrung könne ihn binden; auch wird das wenig Positive in der Medicin durch die fortschreitende Wissenschaft und durch neue Erfahrungen manche Abänderungen erfordern müssen.

Aus diesem geht hervor, daß der Homöopathie als Lehre keine Beschränkungen gemacht werden dürfen; nur die Wissenschaft, die Erfahrung und die Zeit können sie beschränken, vernichten, oder ihr Sieg und Festigkeit verschaffen. Aber die Wissenschaft, die Erfahrung und die Zeit können ihre wohlthätige Macht nur ausüben, wenn sie in Verbindung mit der Freiheit des menschlichen Geistes wirken. — Als Freiheit das Element, woraus die Wissenschaft und die Lehre ihre Kraft und Heiligkeit ziehen. Wenn dieses in jedem Gebiete des menschlichen Wissens geltend gemacht werden kann, so muß es doch vorzugsweise in den Gebieten der Natur- und Heilwissenschaften zugestanden werden, da diese durchaus auf keiner positiven menschlichen Sagung beruhen, sondern ihr höchstes Gesetz und ihren gewissen Richter in der Natur finden. In wahrhaft civilisirten Staaten wird die Staatsgewalt niemals die Freiheit der Lehmeinungen, namentlich nicht in wissenschaftlichen Dingen beschränken oder aufheben, sondern sie vielmehr zu sichern, wo sie aus Parteilichkeit gehindert würde, sich geltend machen zu können.

Was die Homöopathie betrifft in ihrer praktischen Anwendung und den positiven Forderungen an die Staatsgewalt, so stoßen wir freilich schwierigere und heftig bestrittene Punkte; indessen lassen sich auch aufstellen und zu ihrer Lösung der Staatsgewalt Winke geben und andeuten. Die Homöopathie verlangt das Recht der unbedingten Ausübung ihres Heilgesetzes. Was hat nun die Staatsgewalt in Bezug auf diese Anforderung zu thun? Hat sie das Recht, zu versagen, oder zu beschränken, oder zu gewähren? Würden wir die Frage an einen solchen Homöopathen stellen, so würde er der Staatsgewalt zur Befriedigung dieser Anforderung das unbedingte Recht der Ausübung zusprechen, ohne alle Beschränkung, ja alle Aerzte zu verpflichten, die Homöopathie zu studiren, sie auszuüben, die Aerzte verantwortlich zu machen, wenn sie die Kranken nicht homöopathisch behandeln, weil der Ueberzeugung jener Homöopathen, die einzig richtige und zweckmäßigste Methode in dem Heilgesetze der Homöopathie gegründet sei.

Würde die Frage an einen leidenschaftlichen Gegner der Homöopathie gestellt, so würde er der Staatsgewalt dringend raten, sie zu beschränken oder doch sehr zu beschränken, indem sie ein wahnsinniges, revolutionäres, durch Unterlassung positiver Hülfe mörderisches Experiment wäre.

Ich könnte Schriften namhaft machen, in welchen von beiden Seiten der Staatsgewalt diese oder ähnliche Rathschläge und Anmah-

nungen in reichem Maße gemacht wurden. Ich lasse die Irrwege der Parteien, welche ihre blinde Leidenschaft zu gehen antreibt, auf der Seite liegen und schreite ruhig auf der Bahn der prüfenden Untersuchung und Betrachtung fort.

Zur richtigen Beantwortung obiger Frage müssen wir unterscheiden zwischen ärztlicher Kunsthülfe, welche von Privatpersonen verlangt wird, und jener, welche von der Staatsgewalt bei gerichtlichen und polizeilichen Fällen gefordert wird.

Was die Leistung ärztlicher Kunsthülfe an Privatpersonen, was die medicinische Privatpraxis betrifft, so muß diese von Staatsgewalt den vom Staate approbirten und licentirten Aerzten freigestellt werden. Die Staatsgewalt hat nur das Recht, so wie die Pflicht, die Staatsbürger gegen Nachtheile zu schützen, welche ihnen stehen könnten, wenn Jemand absichtlich die ärztliche Wissenschaft zu brauchen wollte, um zu schaden, oder wenn ein Arzt solche Handlungen beabsichtigte oder unterließe, welche unbezweifelte Nachtheile herführen, die derselbe bei gehöriger Sorgfalt hätte verhüten können.

Zwischen dem Arzte und dem Kranken besteht ein ganz anderes Verhältniß; der Kranke kann seinen Arzt wählen ganz nach seiner Wahl, er kann sich völlig von seinem Vertrauen leiten lassen. Eben so kann der Arzt seine Kranken, welche ihm ihr Vertrauen schenken, nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung, nach seiner Erfahrung, nach seinem besten Wissen und Gewissen behandeln.

Alle besseren Schriftsteller sprechen der Staatsgewalt das Recht ab, in die ärztliche Praxis einzugreifen. Professor Link in Berlin verneinte unbedingt in seinem amtlichen Gutachten die Frage: „In wie weit der Staat auf die Verfahrungsweise der Aerzte bei Behandlung der Krankheiten einen wirksamen Einfluß haben müsse oder haben könne?“ weil in keinem wahrhaft aufgeklärten Lande für irgend eine Wissenschaft ein System vorgeschrieben oder verboten werden könne und „um wie viel weniger wird also der Staat Einfluß auf die Medicin haben mögen, eine bloße Erfahrungswissenschaft, wo es durch nichts Unbezweifeltes gibt und gegeben hat. Die älteren jetzt lebenden Aerzte haben die verschiedensten Vorschriften über die Anwendung von Abtödtungsmitteln in Krankheiten gehört; sie haben gesehen, wie man über Brechmittel gab und keine gab; sie haben erfahren, wie man in alten Krankheiten die Patienten mit Arzeneien bestürmte und wiederum rein hippokratisch nichts that etc.“

Remer sagt in der 5. Auflage des Megger'schen Systems der gerichtlichen Arzneiwissenschaft S. 506, „es liege in der Unsicherheit des ärztlichen Wissens, dem Schwanken der Hypothesen, dem Unstimmten in den Wirkungen der Heilmittel, dem beständigen Fortschreiten der Wissenschaft, der unauf lösblichen Schwierigkeit der Beweisführung der Grund, weshalb alle positiven Gesetze über die Art, wie die Heilkunst ausgeübt werden solle, vergeblich, und die directe Anwendung

stehenden Gesetze, körperliche Beschädigung oder Abtödtung betreffende ausföhrbar sei."

Dieser Ansicht stimmen die ausgezeichnetesten Schriftsteller und Lehrer, wie A. Hake (in seiner Zeitschrift für Staatsarzneykunde und 1. Heft), Gollat (über das Rechtsverhältniß zwischen einem Arzt und seinem Arzte), Stalder (über die gesetzliche Zurechnung des Erfolges eines Heilverfahrens), Hedenström (Lehrsätze der medicinischen Polizeiwissenschaft), Littmann (die Homöopathie in staatsrechtlichen Hinsicht), Albrecht (die Homöopathie vom Standpunkte des Rechts und der Medicinalpolizei) u. A. m. Es haben diese Ansichten auch in den Staaten ihren Medicinalgesetzgebungen zu Grunde gelegt, wie in Nassau, welches ausdrücklich den Aerzten die Freiheit in der Wahl der Systeme sichert und, wie es sagt: „Jedem approbirtten Arzte ist überhaupt anheimgestellt, die Mittel zur Heilung der Krankheiten, seiner besseren Ueberzeugung nach, zu wählen, in so fern er gewählte Methode wissenschaftlich zu begründen und folgerichtig zuwenden im Stande ist." Auch die preussische Regierung verordnet, „einem Jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken die bestliche Entwicklung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte zu gewähren."

Wollen wir die Gründe, warum die medicinische Praxis von der Staatsgewalt keinen Einfluß annehmen oder erleiden darf, warum sie innerhalb der gesetzlichen Schranken sich ohne allen Zwang entwickeln und bewegen kann und muß, auf wenige Punkte zurückföhren, sind es hauptsächlich folgende:

1) Die Medicin ist keine positive Wissenschaft, wie die Theologie, Jurisprudenz, sondern sie ist eine freie. Vor Allem muß man sich der Natur des Positiven und Freien einen klaren Begriff haben. Positivität darf nicht, wie in der Regel geschieht, in dem Historischen liegen, sondern muß in dem Festgesetzten (*ponere*) durch eine Instanz gesucht werden. Darauf gründet sich der Unterschied zwischen positiven und freien Wissenschaften, welcher Unterschied allerdings absoluter ist, indem auch die positiven Wissenschaften ein freies Element in sich aufnehmen können, vermöge dessen sie einer inneren Entwicklung fähig sind, so wie auch die freien Wissenschaften ein positives Element erhalten können, vermöge dessen sie politisch gemacht werden, wie z. B. die Medicin eine Medicinalordnung erhält.

Die Medicin als Naturwissenschaft ist eine freie. Die Natur ist der Besatz, nicht der menschliche Wille; die Gesetze der Natur können aber erst erforscht werden, während in positiven Wissenschaften Gesetze gemacht und festgesetzt werden durch eine Staatsgewalt.

2) Die Medicin ist keine apodictische Wissenschaft, sondern sie beruht nur auf Wahrscheinlichkeit; der alte Satz von Celsus: „*Medicina non conjecturalis*" und, möchte ich noch hinzufügen, *experimentalis*, behauptet noch stets seine Wahrheit.

Es läßt sich auf keine Weise einsehen, wie in einer Wissenschaft,

deren höchste Errungenschaft bloße hohe Wahrscheinlichkeit werden kann eine so völlige Positivität aufgenommen werden dürfte, daß eine Staatsgewalt ihre Ausübung so oder so gebieten könnte; die Staatsgewalt wird stets Modificationen in freien Wissenschaften sich gefallen lassen müssen, je nach der größeren oder geringeren Wahrscheinlichkeit in Fällen, welche sich bemerkbar machen.

3) Die Medicin ist keine reine Wissenschaft, sondern sie bündelt ihrem innersten Wesen nach auf Erfahrungen, also auf Anschauungen, Beobachtungen und Versuchen. Dazu muß die Medicin aber einen Boden haben. Der Boden, worauf die Medicin ihre Erfahrungen macht und sammelt, ist das Krankenbett. Darum muß das Krankenbett oder die medicinische Praxis frei sein.

4) Die Medicin ist keine fertige und gegebene Wissenschaft, sondern eine werdende und sich selbst schaffende Wissenschaft. Sie ist also eine lange Bahn zur Erreichung ihres Zieles zu laufen; sie hat dieses Ziel nur in freier Selbstentwicklung sowohl nach ihrer theoretischen, wie nach ihrer praktischen Seite anstreben. Nur bescheidene Köpfe können die Medicin als eine fertige und abgeschlossene Wissenschaft ansehen, können von der Staatsgewalt polizeiliche Hülfe gegen neu auftauchende medicinische Systeme anrufen oder zur Einführung und Befestigung neuer Systeme polizeiliche Hülfe anrufen. Die Wissenschaft soll sich selbst schaffen, erhalten, nöthig machen durch die Macht der wissenschaftlichen Gründe und die Gewalt der praktischen Erfolge, welche sie dem Geiste der Gesellschaft ausbringt.

5) Die Medicin ist nicht bloße Wissenschaft, sie ist auch Kunst, die nothwendige hohe und edle Kunst, die Krankheiten zu verhüten, zu beseitigen oder zu mildern, und so allem Lebenden ein schützender, milderndes und milberndes Genie zu sein.

Hat die Heilkunst diese hohe und wichtige Würde, so ist die Staatsgewalt verpflichtet, ihr jenen Umfang von Freiheit zu lassen zu geben, welcher ihr absolut nöthig ist, um sich zu entwickeln, auszubilden und zu vervollkommen, um das wirklich zu werden und zu sein, wozu sie bestimmt ist. Die Kunst ist die Prüfung der Wissenschaft, die Praxis bewahrheitet oder widerlegt die Theorie; und aus diesem Grunde ist die Freiheit der praktischen Medicin ein absolutes Bedürfnis. Die Homöopathie will vorzüglich der praktischen Medicin eine Bereicherung bringen, will ihr eine neue Heilmethode beifügen, eine neue Waffe zur Bekämpfung der Krankheiten schaffen. Die Staatsgewalt muß der Homöopathie die Möglichkeit ihrer Bewahrung, also die praktische Ausübung am Krankenbette gestatten, und ohne diese Erlaubnis kann sie sich nicht bewahren, sich nicht mildern und nicht bestärken.

„Auf Grund veralteter Auctoritäten oder einseitiger Meinungen darf nie in die freie Entwicklung der Künste und Wissenschaften eingegriffen werden. Dieses kann nur schädlich werden, während es ebenfalls unnütze thörichte Mühe wäre, eine neue Lehre zu verbreiten.“

ins Lausende dauernd sein kann, durch das Verbot aber gerade Unterdrückte leichter Anhang findet. Gerade dann, wenn eine Lehre den heftigsten Widerspruch findet, müssen die Regierungen größte Vorsicht bei allen Aufforderungen zur Unterdrückung solcher Lehren beobachten, weil noch nie der Nebel alter Vorurtheile von Lichte neuer Forschungen und Entdeckungen ohne heftigen Kampf Widerspruch gestreut worden ist. Diese Vorsicht ist um so nöthiger, als sonst die Regierungen dadurch dem Eigennutze, der sich in tiefen Genuße gewohnter Vortheile zu behaupten sucht, dem Ehrgeize, der den bereits erworbenen Ruhm nicht durch neue Bewerber klein lassen will, dem Eigensinne, der sich ohne Grund weigert, der besseren Einsicht nachzugeben, der Bequemlichkeit, welche die mit gewöhnlichen Reform einer Wissenschaft verbundenen Beschwerden, und anderen unlauteeren Beweggründen und Leidenschaften die Hand geben würden, auf ihre Beschlüsse und Anordnungen einzuzugreifen.

Man muß aber den aufgeklärten Regierungen Dank wissen, daß sie Aufforderungen um politische Hülfe von Seite beschränkter lebensgeschichtlicher Parteigänger widerstanden, daß sie der Wissenschaft und Kunst freie Entwicklung und Ausübung gestatten, diesen Hülfe und sich zum Ruhme!

Bevor ich die Frage über Zulassung der homöopathischen Kunst bei gerichtlichen und politischen Fällen beantworte, will ich den ersten Punkt der Selbstdispensation der Homöopathen in Betracht ziehen, da er unmittelbar mit der homöopathischen Praxis in diesen Fällen zusammenhängt.

Die Homöopathen behaupten, daß die neue Heilmethode nicht eingebracht werden könne, wenn nicht mit derselben die Selbstbereitung der Arzneien an die Kranken zugleich verbunden ist. Es fragt sich nun, ob die Staatsgewalt den Homöopathen oder Ärzten überhaupt die Selbstdispensation und Präparation der Arzneien gestatten darf?

Ursprünglich waren Arzt und Apotheker eine und dieselbe Person; so bei den Griechen, bei den Römern und Anfangs bei den Deutschen. In mehreren Medicinalrechnungen vom Ende des 17. und Anfangs des 18. Jahrhunderts war das Selbstdispensiren der Ärzte gestattet, und wo hierüber höchste Bestimmungen fehlten, entschieden in zweifelhaften Fällen die medicinischen Facultäten dafür. Die zunehmende Anzahl der Ärzte, der wachsende Umfang der Arzneiwaaren, die zunehmende Vergrößerung und Ausdehnung der medicinischen Wissenschaften, das Aufblühen der Chemie und Pharmacie u. dgl. bewirkten eine völlige Trennung des gemeinsamen Geschäftes. Das Arzneibereiten übernahmen die Apotheker, das Arzneiverordnen die Ärzte. In einzelnen Ländern sind übrigens beide Geschäfte noch verbunden, wie z. B. in einzelnen Cantonen der Schweiz; in Ländern, wo beide getrennt sind, kommen doch Fälle vor, wo sie verbunden sind,

nämlich an Orten und Gegenden, wo das getrennte Geschäft zu zwei Personen ernähren könnte.

Die Homöopathen verlangen wieder den ursprünglichen Zustand des gemeinsamen ärztlichen und pharmaceutischen Geschäftes. Sie rufen sich hauptsächlich darauf, daß die neue Heilmethode eine Zubereitung der Arzneien erfordert, welche von der alten vollständig verschieden ist, und die Arzneimitteln müßten sich nach der Heilmethode und dem Heilzwecke richten, und nicht umgekehrt; daß die Arzneien in einem verdünnten und vergeistigten Zustande angewendet werden, welcher alle chemischen und physikalischen Prüfungen der Aechtheit unmöglich macht, daher der Arzt nie sicher sein könnte, der Apotheker seine Pflicht in Bereitung und Ausgabe der Arzneien erfüllt habe oder nicht; daß die homöopathischen Arzneien in ihrem immateriellen Zustande gar keinen materiellen Werth haben, folglich die homöopathische Heilmethode den Apothekerstand überflüssig macht, wenigstens in Bezug auf die homöopathische Heilmethode; daher auch der Apotheker aus Furcht, sein Einkommen verkümmert zu sehen, absichtlich die Arzneien schlecht bereiten möchte, um durch schlechten Erfolg am Krankenbette die neue Heilmethode zu Grunde zu richten, oder aus Unglauben an die Wirksamkeit so sehr verdünnter Arzneien die Bereitung und Ausgebung derselben ungewissenhaft verfahren könnte, wodurch das Menschenleben und die Kunst gefährdet würden!

Dem Selbstdispensiren der Aerzte stellt man hauptsächlich folgende Gründe entgegen: Der Apotheker soll für den Arzt die Controle bilden, obwohl in keiner Medicinal- und Apothekerordnung ein Wort davon steht. Alle wahrhaft erfahrenen und denkenden Aerzte sind davon überzeugt, daß der Apotheker für den Arzt und sein Heilverfahren am Krankenbette keine richtige Controle bilden kann; der Apotheker müßte dem Arzte in wissenschaftlicher und technischer Bildung überlegen sein, er müßte den Kranken sehen, es müßte eine gesetzlich gebotene Heilart gegeben sein u. Die Recepte sollen eine Controle des Arztes sein; auch hierüber haben die erfahrensten Aerzte das Unzureichende thatgethan, indem sich der Arzt immer durchhelfen werde bei unabsichtlichen Fehlern, und wolle der Arzt absichtlich schaden, so würde er dem Kranken zu schaden wissen, ohne daß der Apotheker dazu nothwendig wäre, er kann schaden durch Unterlassung geeigneter Kunsthülfe u.

Ohne tiefer und weiter in das Für und Wider die Selbstdispensation einzugehen, will ich hier Folgendes bemerken:

Im Allgemeinen wird man für die Trennung des Apothekergeschäftes und des ärztlichen Standes stimmen müssen, indem nur dem noch gegenwärtig obwaltenden Zustande der medicinischen und pharmaceutischen Studien und Arbeiten die Trennung eine nothwendige und für beide wissenschaftliche und technische Studien und Beschäftigungen förderlich erscheint.

Für besondere Fälle aber lassen sich in einer Person Apotheker und Arzt vereinigen, was sowohl für die Ausübung der Kunst, als

für das Wohl der Kranken förderlich und darum nothwendig wer-
 kann. Diese besonderen Fälle mögen folgende sein: 1) in Gegen-
 und Orten, welche durch ihre geringe Bevölkerung und ihre Ar-
 nicht zwei Personen, nämlich nicht Arzt und Apotheker, ernd-
 können; 2) wenn ein Arzt neue Arzneimittel oder neue Präparate
 eigenen Erleuchtung und versuchsweise bei Kranken anwendet, und
 wenn eine völlig neue Heilmethode auch eine ganz neue Zuberei-
 und Verabreichung der Arzneien an Regale nothwendig macht,
 so sie sicher in Beurtheilung der Erfolge und Wirkungen der Heil-
 hode und der Arzneimittel sein kann. In diesem letztern Falle
 nicht sich die homöopathische Heilmethode, welche nach der Erklärung
 müssen Freunde und Anhänger derselben ohne Selbstdispensation
 sicher ausgeübt werden kann; denn ihre Arzneien lassen sich nicht
 Verhütung oder Undacht durch irgend ein chemisches oder physi-
 sches Mittel prüfen; bereitet oder verabreicht sie der Apotheker ab-
 sichtlich oder unabsichtlich gegen die Vorschrift (was leicht geschehen
 theils aus Eigennutz, theils aus Unglauben), so wird der Heil-
 st bereitet und der Arzt kann nicht wissen, ob der Fehler in seiner
 lichen Verordnung oder in der Dispensationsanstalt des Apothekers
 t. Man kann von dem homöopathischen Arzte nicht verlangen, daß
 seine ärztliche Ehre und die Pflicht der Erbsitzerhaltung gefährdet oder
 dem Leben der ihm vertrauenden Kranken auf das Ungewisse spiele,
 die Wissenschaft und Kunst vorwärts zu bringen.

Die medicinische Wissenschaft und Kunst sind ihrem innersten We-
 nach freie Bestrebungen des menschlichen Geistes; sie sollen sich
 bilden und vervollkommen zum Nutzen und Frommen alles leban-
 Lebenden; man muß ihnen also auch ihre Mittel und Waffen zur
 ämpfung des Feindes möglich machen.

Man kann den gordischen Knoten nicht damit zerhauen, daß man
 ler, die homöopathische Heilmethode enthalte keine Wahrheit und
 homöopathischen Arzneimittel seien ohne Wirksamkeit, denn Beides
 nie erst bewiesen werden durch die Ausübung der Homöopathie und
 Anwendung der Arzneimittel; dazu aber werden geraume Zeit, be-
 reame Prüfung, Freiheit der medicinischen Praxis, Selbstdispensa-
 it. erfordert, also lauter Bedingungen, welche man eben nicht ge-
 hern möchte. Denn das mögen die Gegner der Homöopathie wohl
 halten, daß die Homöopathie nur durch sich selbst gestützt werden
 und kann, nämlich theoretisch durch ihre Unwissenschaftlichkeit und
 durch ihre Erfolglosigkeit; jede andere Art ist eine Unterdrück-
 und ein Beweis der theoretischen und praktischen Schwäche und
 Überlegenheit ihrer Gegner. Glaubt die Staatsgewalt Gründe zu haben
 zu die Vereinigung des ärztlichen und Apothekerstandes, oder viel-
 che gegen die Selbstdispensation der Ärzte, welche sich zum homöo-
 pathischen Heilsysteme bekennen, besonders auch um den Apothekerstand
 fucht zu halten und die Kranken vor der Beutelschneiderei gewissen-
 he Ärzte zu schützen, ohne die Freiheit und die Fortschritte der ärzt-

lichen Wissenschaft und Kunst zu stören oder zu verlegen, so will ich ihr rathen, die Selbstdispensation an die Homöopathen freigegeben unter der Bedingung, daß sie die Arzneien völlig unentgeltlich an die Kranken abgeben. Haben die homöopathischen Arzneien keinen materiellen Werth und rauben sie dem präparirenden und dispensirenden Arzte keine Zeit, bewährt sich die homöopathische Heilmethode, wirken die homöopathischen Arzneimitteln, gesetzt den Fall, Alles was sich im Laufe der prüfenden Zeit und Erfahrung gerade so, was Homöopathen jetzt behaupten, so läßt sich nicht einsehen, warum der Staat die Kranken zu Gunsten der Apotheker besteuern sollte. In der weltgeschichtlichen Geschichte hätten sie anzuklagen, welches sie überlistet gemacht hätte, wie so Manches schon aus dem Buche des Lebens gestrichen wurde. Würde aber die prüfende Zeit lehren, daß die homöopathische Heilmethode, welche jetzt die ärztliche Welt erschüttert, eine bloße Täuschung war, nun so würde sie aufgetaucht und vorübergegangen sein, wie so manches medicinische System vor der Homöopathie schon eine vorüberwandelnde Erscheinung war. Würde aber die homöopathische Heilmethode sich bewähren, und nur die Ärzte in der Vertheilung und Wirksamkeit der homöopathisch verdünnten Arzneien sich getäuscht haben, und zwar dergestalt, daß sie Zeit und Geld, was sonst daran verwendeten, indem sie die Arzneien unentgeltlich an die Kranken reichen mußten, obwohl sie ihnen Zeit und Geld kosteten, so darf der Staatsgewalt nicht zweifeln, daß die Ärzte die Selbstdispensation freiwillig aufgeben und aus der Apotheke die Arzneien verordnen würden. Und wer die Geschichte der Homöopathie von ihrer Entstehung bis gegenwärtigen Zeit genau verfolgte, wird eine Ausgleichung zwischen dem ärztlichen und Apothekerstande mit aller Wahrscheinlichkeit voraussagen können, so daß auf beiden Seiten ein geordnetes Verhältniß eintreten wird.

Es ist also nach dem Vorangestellten jedenfalls der Staatsgewalt zu rathen, die Selbstdispensation der Homöopathie frei zu geben unter der Bedingung der Unentgeltlichkeit; und sollten die allopathischen Ärzte fürchten, daß sie in ihrer Praxis verkürzt und dadurch ihrem Einkommen verkümmert würden, indem die Kranken, um doppelt zu bezahlen, zu den Homöopathen laufen könnten, so können die Staatsgewalt auch das Recht der Selbstdispensation unter gleichen Bedingung, wie den Homöopathen, gewähren. Mehr als die allopathischen Ärzte, so wie die Apotheker, ohne der Freiheit der Wissenschaft und Kunst, so wie den Rechten des kranken Publikums Gewalt anzuthun, nicht verlangen. Was soll der Staat gegen die reißende Aufkommen der Hydropathie, welche die Krankheiten mit bloßem Wasser heilen will, vernünftiger Weise thun? Natürlich soll er sie sich entwickeln, sich selbst bewahrheiten oder vernichten lassen; aber das Recht und die Pflicht der polizeilichen Ueberwachung, damit den Staatsbürgern kein offenkundiger Schaden geschieht, und das Organ der Ueberwachung ist die Medicinalpolizei. — Man kann

bermerken, daß die reiche Blüthezeit der Apotheken vorüber ist, und die Medicin im Ganzen der Einfachheit, der Naturgemäßheit, der größeren Beachtung der Naturheilkräfte u. mit Kleinschritten entgegensteht. — Jedoch kann den Apothekern durch eine immer mehr steigende Arzneitaxe abgeholfen werden, wenn die Regierungen Gründe im, den Apothekerstand in der Blüthe seines Reichthums zu erhalten und zu schützen. — Die Allopathie gebär die Homöopathie und die Hydropathie; die Homöopathie bildet den Uebergang von der ausschließlichen Kunsttherapie der Allopathie zur einfachsten Naturtherapie der Hydropathie; die Allopathie heilt durch viele Arzneien, die Homöopathie will durch wenige und die Hydropathie ohne Arzneien. — Jedem Denkenden muß einleuchten, daß in unserer Zeit eine schmerzende Nothwendigkeit für die gesammte Medicin einbricht. Der Staat muß diese Nothwendigkeit sich durcharbeiten lassen; die Wahrheit steigt wie Phönix verjüngt und verklärt aus dem Aschenschutt der vergangenen Zeit auf!

Nun wollen wir untersuchen, wie die Staatsgewalt sich gegen die Homöopathie bei staatsärztlichen Fragen und Fällen zu verhalten habe.

Die Homöopathie verlangt vom Staate, daß er sie als solche öffentlich anerkenne, indem er für sie eine eigene Lehrstelle auf Universitäten eröffne, eine klinische Anstalt zur Bildung und Unterweisung der Zöglinge in der homöopathischen Lehre schaffe, die Candidaten der Medicin einer Prüfung in der homöopathischen Heillehre unterwerfe, die homöopathischen Aerzte als solche in Medicinalstellen einsetze und sie zulasse und berufe bei gerichtlichen Verhandlungen und öffentlichen Vorfällen, kurz, daß der Staat die Homöopathie und ihre Anhänger als officielle Organe staatsärztlicher Wirksamkeit anerkenne und stütze.

Der aufgeklärte Staat gestattet allen medicinischen Theorien und Lehren freie wissenschaftliche Entwicklung und praktische Wirksamkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken. Der Staat kann nicht bestehen ohne Organe, welche das physische Wohl und Weh der Staatsbürger regeln; die Medicin und Organe derselben sind also für den Staat von Nothwendigkeit. Der Staat hat daher auch die Pflicht, Anstalten in das Leben zu rufen, welche zur Unterweisung und Bildung der Organe dienen, deren der Staat zur Bewachung, Schätzung und Beförderung des Gesundheitswohles der Bürger und zur Entfernung der Störungen desselben bedarf; der Staat nimmt solche unterrichtete und gebildete Organe in sich auf zur Erreichung seines Staatszweckes und gestattet ihnen freie Wirksamkeit.

Der Staat ist der Ausdruck des Vernunftnothwendigen in der freien Entwicklung aller Kräfte, Anlagen und Fähigkeiten der Staatsbürger; er wird also das Vernunftnothwendige befördern, unterstützen, schützen und erhalten, an sich ziehen und sich einverleiben, wenn er sich nur dadurch selbst erhält und befördert.

In Beziehung auf die Medicin und ihre Organe wird der Staat sich an das Vernunftnothwendige halten, indem er dadurch selbst steht, sich erhält und befördert.

Welche Medicin ist aber die vernunftnothwendige! Daraus welche sich als solche durch Macht der wissenschaftlichen Gründe die Gewalt der praktischen glücklichen Erfolge geltend zu machen — Alle Möglichkeiten der Medicin müssen sich daher wirklich ma-
dürfen, weil der Staat alle Kräfte, Fähigkeiten und Anlagen zu entwickeln lassen muß; aber auch alle Wirklichkeiten haben deswegen Recht und die Freiheit, sich als ein Nothwendiges und daher Unnütziges erweisen zu können. Als ein solches nimmt es der Staat in sich auf, erhält und schützt es — es wird Staatsmedicin.

Wie ist nun das Verhältniß der Homöopathie zum Staat, welche politische Bestimmungen derselben lassen sich aufstellen? an welcher Stelle soll sie einnehmen, gegenüber der alten bestehenden Medicin.

Für die Homöopathie in ihrem Verhältnisse zur vernunftnothwendigen oder politischen Medicin lassen sich folgende vier Möglichkeiten denken.

1) Die Homöopathie kann von der prüfenden Zeit als eine vorübergehende und gehaltlose Erscheinung nachgewiesen werden, so manche Allopathen wirklich behaupten.

In diesem Falle wäre sie eine thörichte Wirklichkeit oder eine Thorheit, und der Staat, als Vernunftnothwendigkeit, könnte sie nicht anerkennen, er müßte sie von sich abstoßen, wie der Logismus Untaugliches abstößt. — Uebrigens würde sich die Homöopathie in ihrer thörichten Erweisung schon von selbst vernichten, denn Unvernünftige geht unter im vernünftigen Staate.

2) Die Homöopathie kann von der prüfenden Zeit als eine wirkliche Bereicherung und Ergänzung der alten Medicin erwiesen werden, in ihr kann etwas Vernunftnothwendiges liegen; aber in dem Verhältnisse, daß sie sich der alten Medicin wie ein Theil dem Gesubordinirt und integriert oder assimiliert.

In diesem Falle hätte der Staat keinen Grund, sich befür die Homöopathie zu interessiren, indem die alte bestehende Medicin dieselbe überwunden und sich einverleibt haben würde; der Staat muß der Homöopathie nur die Freiheit und das Recht gestatten, als etwas Vernünftiges zu erweisen, was durch Schrift, Lehre und Praxis möglich wird.

3) Die Homöopathie kann von der prüfenden Zeit als ein eigenthümliches Heilsystem, dem Vernunftnothwendigkeit inwohnt, erwiesen werden, und zwar dergestalt, daß sie als Homöopathie der Homöopathie, wie das Princip „similia similibus“ dem Principe „contrariis curantur“ gegenüberstände. Es wäre das Verhältniß der Coordination; beide Systeme würden gleich viel werth sein, indem mit beiden dieselben Krankheiten geheilt werden könnten, oder beide Er-

Heilung verschiedener Krankheiten und Fälle gebraucht werden kann.

In diesem Falle würde der Staat die im Laufe der Zeit als vernunftgemäß sich erweisende Homöopathie assimiliren und alle Anstrengungen, welche sie in jeder Hinsicht beförderten, gleich der Alchimie; die Medicin wäre jedoch immer nur Eine und Ganze, ähnelnd dem in Protestantismus und Katholicismus aus einander gegangenen Christenthum.

4) Die Homöopathie kann von der prüfenden Zeit als die alleinige und vernünftige Medicin, wie es Hahnemann behauptet, erkannt werden; die alte Medicin würde nur die unvollkommene und so lange taugliche sein, bis die von Hahnemann entdeckte vollkommenere und wahrhafte vernünftige als solche anerkannt wäre; dann müßte natürlich verlassen werden und sich als die überwundene erklären lassen.

In diesem Falle würde die alte Schule der neuen höchstens nur vorkommen.

Der vernünftige Staat würde nicht anders können als die wahre, natur- und vernunftgemäße Homöopathie sich aneignen und einrichten, weil sie ja die alte Medicin überwunden und unbrauchbar als unvernünftig und unnothwendig hingestellt hätte; es würden die neue Schule und ihre Vertreter an die Stelle der alten treten, wie der Ueberlebende den Verstorbenen beerbt.

Welcher von den vier möglichen Fällen wird wirklich werden, und wie wird sich die politische Medicin gestalten?

Die Antwort darauf können wir schuldig bleiben. Es genügt zu uns, daß die gegenwärtige Zeit noch keine einzige Möglichkeit wirkung gemacht hat, und daß die künftige Zeit die Fragen lösen wird. Homöopathie ist eine Wirklichkeit, sie ist eine medicinische That. Wäre Hegel's Satz vollkommen richtig, daß alles Wirkliche vernünftig und alles Vernünftige wirklich ist, so wäre die Homöopathie durch ihre bloße Wirklichkeit auch eine Vernünftigkeit. Allein meiner Ansicht ist nur das Nothwendige vernünftig und Vernünftige nochwendig. Es hat daher die Homöopathie ihre Wirklichkeit zu einer Nothwendigkeit zu erheben, wodurch sie auch als Vernünftigkeit erscheint. Vermag sie dieses nicht, wird sie als ein der Vergessenheit anheimfallendes Nichts verschwinden.

Vermag sie aber sich vernunftnothwendig zu erweisen, wozu ihre wissenschaftliche Entwidlung und praktische Wirksamkeit gestatten müssen, so wird sie nach Maßgabe ihres Werthes und ihrer Immunität vom Staate anerkannt, erhalten, gepflegt und besichert sein.

Die Homöopathie ist erst im Werden begriffen; sie ringt noch nach wissenschaftlicher Selbstbegreifung und versucht sich mannigfaltig in ihrer Anwendung. Sie ist daher in mehrere von einander mehr oder weniger abweichende Sectionen zerfallen, wovon die eine die Homöopathie, Section. VIII.

homöopathie für die ganze, die andere für die halbe selbstständig für die dastehende Medicin, und die dritte für einen ergänzenden Theil der gesammten Medicin hält; die eine Section will die Arzneien bloß höchst verdünntem Zustande verordnen, eine andere in verdünntem, unverdünntem Zustande etc. Ein großer, vielleicht der größte Theil der Ärzte alter Schule hält gar nichts von der Homöopathie.

Was soll nun der Staat der Homöopathie eine politische Bedeutung und Anerkennung gewähren, da sie, im Werden begriffen, erst in wissenschaftlicher Klarheit und praktischer Bestimmtheit unter sich selbst in stark abweichende Sectionen zerfallen ist, die die Masse des ärztlichen und kranken wie gesunden Publicums noch für sich gewonnen hat? — Der Staat hat die Pflicht, das Alte positive erst dann aufzugeben, wenn das Alte vom Neuen überwiegt ist, sowohl in theoretischer als praktischer Beziehung. Der aufstrebende Staat folgt übrigens von selbst mit seiner politischen Anerkennung, steigenden Gewalt der Wissenschaft, der Lehre, der praktischen Thätigkeit einer medicinischen Macht. —

Die wichtigeren Schriften über die Homöopathie in staatspolizeilicher Hinsicht sind, außer den in der Abhandlung schon angeführten folgende:

Littmann, Die Homöopathie in staatspolizeilicher Beziehung. 1829.

Albrecht, Die Homöopathie von dem Standpunkte des Rechts und der Medicinalpolizei. 1829.

Groos, Die homöopathische Heilkunst und ihr Verhältniß zum Staate. 1829.

Sundheim, Ueber Maßregeln gegen die Ausübung der homöopathischen Heilverfahrens. 1833.

Copp, Erfahrungen und Bemerkungen bei einer prüfenden Anwendung der Homöopathie am Krankenbette. 1832.

Hufeland, Die Homöopathie. 1831.

Rupertus der Zweite, Ueber die Homöopathie und ihre Beziehung zum Selbstdispensiren, eine staatswissenschaftliche Abhandlung. 1833.

Die Homöopathie, der gesunden Vernunft, so wie dem Staat und Privatrechte gegenüber. 1834.

Werber, Entwicklungsgeschichte der Physiologie und Medicin. Stuttgart und Leipzig, 1835.

Allgemeine homöopathische Zeitung von Kummel, Groot und Hartmann. Leipzig.

Hygea, Zeitschrift für specifische Medicin von Griesfeldt. Karlsruhe.

Archiv für homöopathische Heilkunst von Stapf und Groos. Leipzig. Dr. Werber.

Hontheim (Joh. Nic. v.), genannt Justinus Febronius Bulla Coenae (Nachtmahlsbulle).¹⁾ — Manche Erscheinungen

1) Vergl. vorzüglich Nekrolog auf 1791 von Schlichtegroll II. Bd. II. Bb. S. 359 ff. und P. Ph. Wolf, Geschichte der römisch-katholischen Kirche.

den Vergangenheit haben die Blicke wieder mehr auf den Ultramonismus, d. i. die italienische, oder besser: römisch-christlichen Ansichten besonders auf seine Stellung zur deutsch-christlichen Kirche. Wurften auch geneigt machen, den entgegengesetzten Ansichten und Lehren deutscher Erzbischöfe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (s. den Artikel „Punctation von Ems“) und Anderer, Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es war der fromme Weihbischof Krieger, Johann Nicolaus von Honthelm, welcher unter dem barmherzigen Namen Justinus Febronius durch sein gelehrtes „Ueber den Zustand der Kirche und die rechtmäßige Gewalt römischen Pontifices, zur Vereinigung der getrennten christlichen Kirchen“²⁾ eigentlich an die Spitze dieses Strebens der Erzbischöfe, Gehoren zu Leire den 27. Januar 1701 (nicht zu Göttingen, wie Adelung zu Jöcher und Weidlich sagen) aus einem patricischen Geschlechte, war er nach Vollendung des philosophischen und juristischen Universitätscurses und Erlangung der juristischen Bewürde zum geistlichen Stande übergetreten. Von einer Reise nach Rom, welche er zu dem Zwecke, die Praxis der dortigen Curie kennen, brachte er genauere Kenntniss der dortigen Zustände und sehr geringe Meinung von der dort herrschenden Religion und Politik zurück. Das Vertrauen der Kurfürsten Franz Georg und Josef von Schönborn, Johann Philipp (aus dem Hause von Berndorf) und Clemens Wenceslaus erhob ihn vom Professor des Römischen Civilrechts (Pandectarum et Codicis) — nicht des Kirchenrechts, wie Weidlich glaubt — und vom geistlichen Rathe zum Official, geheimen Referendar, dann zum geheimen Rathe und 1748 zum Bischof von Triest (in partibus) und sogenannten Weihbischof, auch zum Prokanzler der Universität, später noch zum geheimen Rath und übertrug ihm in diesen Aemtern die wichtigsten kirchlichen Geschäfte. So wohnte er mit dem Titel eines geheimen Raths Wahlconventen Karl's VII. und Franz' I. bei, wo er für Beseitigung der Beschwerden des deutschen Episcopats und für deutsche Kirchenfreiheit, auch die von Ledret herausgegebenen Gravamina gegen die päpstliche und im Namen des Kurfürsten unterzeichnete³⁾. seinem ersten Wahlconvente übte sein aufgeklärter Kurfürst Franz Georg mit dem thätigsten Eifer auf Abhülfe der dringendsten Beschwerden der deutschen Kirche gegen Rom und drang darauf, daß die kaiserlichen Wahlcapitulation diese Beschwerden näher bestimmt,

²⁾ unter Pius VI. Bb. II. S. 169 ff; auch Schröckh, Kirchengeschichte der Reformation VI. 533 ff.

³⁾ Justinus Febronii Acti de statu ecclesiae et legitima potestate pontificis, liber singularis ad removendos dissidentes in religione Christianos compositus. Bullonii, 1763. 4. (Frankfurt bei Göttinger.) 150 Seiten ohne die Vorrede und Allocutionen (52 Seiten).

⁴⁾ Ledret, Memoiren zum Gebrauche der Staaten- und Kirchengeschichte u. s. w. Tpl. VIII. S. 1 — 21.

und dem Kaiser die nöthigen Winke zu einer den Zeitbedürfnissen gemessenen Reform gegeben wurden. Vergeblich, weil die übrigen katholischen Kirchhöfe nicht beistimmten, um, wie sie sagten, den protestantischen Reichsständen kein Vergerniß zu geben⁴⁾. Der kurtzweilige Wahlbischöfliche Freiherr von Spangenberg, mißvergnügt über den Erfolg der Motion seines Herrn, erklärte für Deutschland nicht wünschlicher, als wenn ein gelehrter Priester gründlich die unbedingten Eingriffe des römischen Hofes in's Licht setzte und zeigte, die Katholiken widerstehen können, ohne Protestanten zu werden. Hontheim, der dieses hörte, sagte: „Ich will es versuchen, der dem Reich eine solche Kirche zu verschaffen.“ Nach 22 Jahren brachte die Frucht dieses Entschlusses an's Licht.

Gründliche historische Forschungen erwarben ihm richtige Vorstellungen vom Mittelalter und von dem, was das Vaterland durch kirchliche Anmaßungen gelitten. Denn seit der Rückkehr aus Italien hatte er rastlos die Urkunden zur Geschichte seines Erzbistums gesammelt. 1750 erschien seine *Historia Trevirensis diplomatica* in drei Theilen; denen 1756 noch zwei andere folgten — Werke, die ihm schon einen ehrenvollen Platz unter den bedeutendsten Schritten sichern. Ein reicher Schatz eigener Erfahrungen und tiefes Eindringen in die Vergangenheit unterstützten demnach seine Ansichten über die Verfassung der katholischen Kirche, welche schon in jenem Geschichtswerke zerstreut sich alle finden, obgleich sie nachher, im Systeme zusammengefaßt, mehr auffielen. Der muthige Widerstand, den die gallicanische Kirche den römischen Abweichungen von der wahren Kirchenverfassung mit so vielem Erfolge entgegensetzte (s. den Artikel „Gallicanische Kirche“) mußte für seine nachherigen ähnlichen Bemühungen als nächstes Vorbild erscheinen. Er sagt selbst: „Keinen Satz behaupte er, der nicht aus den Lehren von Gerson, Petrus de Suet, Natalis Alexander und Claud. Fleury genommen worden folgte; nach den Kirchenvätern habe sich Niemand mehr als dieser bemühet, um die Kirche verdient gemacht, und selbst Rom müsse ihm die verdiente und ausgezeichnete Gelehrsamkeit achten⁵⁾.“

Im Jahre 1763 trat nun jenes Werk „Ueber den Zustand der Kirche“ hervor. Schon der Titel spricht den Wunsch aus, zu beitragen möge, die getrennten Christen wieder zu vereinen. Fortwährend und vertrauensvoll beginnt der schon greise Weibbischöfliche Allocution an den damaligen Papst Clemens XIII., „den ersten Vertreter Christi auf Erden.“ — „Voll tiefer, aufrichtiger Ehrfurcht“, sagt er, „vor dem römischen Stuhle, als dem ersten der Kirche, vor dem, welchen die göttliche Vorsehung auf den Thron emporhebt, und den ich als Nachfolger des Ersten der Apostel“

4) Man erwiderte: „Gibt Dringen auf Abhülfe mehr Vergerniß, als die Dauer der Mißbräuche und Beschönigung derselben?“

5) De statu ecclesiae. Ad doctores theologiae et juris canonici. Fo

welcher einen rechtmäßigen Primat über die ganze Kirche besitzt, sich auf göttlichen Willen gründet, unternehme ich, die wahren Grenzen dieses Primats zu zeichnen; über welche hinaus Alles, was lezt, unsrer heiligen Kirche verderblich erscholzt, und sowohl ihre Regierung, als die Reinheit und den Glanz zerstörend, deren bedürfte, um die außer ihr Befindlichen durch die Gewalt der von dem Geiste von Christus entsprechenden Eindrücke, die davon sehen würden, an sich zu ziehen, damit Alle einst wieder in derselben Lehre und unter demselben Haupte vereint wären. — Ich will keine Gewalt, welche zum Wohle, zur Erbauung, Verbindung, Einigung der Corporation bestimmt erscheint, sondern nur die Einsetzung Christi und den blühenden Jahrhunderten der Kirche der Herrschaft, welche außerhalb des Vereins verabscheuet wird. — Auch in Trient (auf dem letzten allgemeinen Concil) anerkannt wird der Widerwillen der getrennten Partein gesteigert, indem ihnen, daß große Mißbräuche in der Kirche nicht gehoben werden. Verständiger zweifelt, und täglich werfen es uns die Protestanten, daß unter diesen Mißbräuchen der größte jener der kirchlichen ist. — Glaube nicht dem Schmeichlern, welche sagen, Dein Reich werde ewig dauern. Nichts kann lange dauern, was der Wahrheit entgegensteht. — Auf's Eindringlichste sucht das Erzbischthum vom Papste die Bitte an's Herz zu legen, von Ueberschreitung der ihm gesetzten Schranken seiner Macht in Zukunft abzustehen.

Unmittelbar folgt eine Zuschrift an die christlichen Fürsten. Diese mit gleicher Wärme erbeten, von rechtlichen Gelehrten, welche durch besondere Verbindungen Rom anhängen, die wahren Grenzen des Primates sich anzeigen zu lassen, dessen Ausübung — wie sie seiner ursprünglichen Einsetzung und den Gebräuchen der nicht entarteten Jahrhunderte entspricht — der Kirche nützlich dem Frieden der Staaten förderlich — dagegen beiden verderblich sobald er für menschliche und zeitliche Zwecke seine Schranken verliert. Die Fürsten werden aufgefordert, die Rechte der in ihrem Reich stehenden Kirchen vor solchen Verencürchtigungen zu schützen und zu dulden, was die katholische Kirche verhaßt macht und Hinderniß zur Vereinigung mit der protestantischen entgegenstellt, welche Zustand der lebhaftesten Wünsche und des anregendsten Strebens seyn und aller Christen sein müsse. Der Weibbischof erinnert, in diesem Zwecke die Fürsten im vorhergegangenen Jahrhunderte durch Disputationen, Conferenzen und Unterhandlungen eifrig gefördert; wie im Jahr 1660 sogar mit Genehmigung des Papstes Kurfürsten von Mainz den deutschen Höfen ein Vereinigungsplan vorgelegt wurde. „Je mehr wir die Kirche von dem befreien, was

Im Jahre 1766 beehrte Königin dem Kurfürsten von Mainz, Philipp von Schönborn, seine methodus docendae theologiae academiae. Unter Anderem dehnt er sich folgendergestalt aus: „Dir

„Ihr überflüssig, was verhaßt ist, desto eher können wir hoffen.
 „dieses schöne Ziel strebe ich unter den Steinen des Anstosses
 „schwersten hinwegzuräumen, oder doch die Mittel dazu anzugehen
 „Andere mögen gegen die leichteren Gleiches leisten.“

Die in dem Buche verfochtenen Hauptansichten sind im Wesentlichen die schon oben (im Art. „Gallicanische Kirche“) erläuterten (Siehe auch den Art. „Curie, römische“). Es machte ungemein Aufsehen. Schon 1765 wurde die zweite Auflage nöthig, die vermehrt ist. Nachdrücke erschienen wiederholt, auch in Venedig: deutscher Auszug 1764; in den Jahren 1766 und 1767 zwei lateinische Uebersetzungen und eine italienische. Selbst in Spanien und Portugal wurde es mit vielem Beifall gelesen. Ant. Pereira, Rector der Universität Coimbra, schrieb in gleichem Geiste für die Bischöfe in Ehedispensen und dem Papste vorbehaltenen Aussprechungen von Sünden. Sein Censor, ein Benedictinermönch, der der Theologie zu Coimbra, gab in seiner ausführlichen Genehmigung beinahe einen Auszug aus Febronius. Bald zeigte sich sein Einfluß bei Ausübung der Rechte der Staatsgewalt gegen die Kräfte, welche nun in mehreren europäischen Ländern, besonders in Deutschland zur Verhinderung der für die bürgerlichen Verhältnisse von den neuen Neuerungen in den Canzleiregeln, Beneficienverleihungen, und

unter den Ersten verbannt Deutschland den Frieden, und Dir allein die Kirche ihn verdanken, wenn der Himmel Deinen Absichten wohlwilt.“ In dieser Wendung spielte Leibniz auf gewisse Vorschläge an, welche dieser katholische Prälat Deutschlands, unter Beistimmung der Kurfürsten von Mainz, Trier und von der Pfalz, bereits im Jahre 1660 entworfen und eifrig bewirkt hatte, nämlich eine Vereinigung der Katholiken und Protestanten im Großen und mit besonderer Beziehung auf Deutschland zu bewirken. Wie im Staate, so war auch in der Kirche sein Hauptziel Eintracht und Frieden. Im Grunde hing Beides innigst zusammen; denn was hatte so unheimliche Zwietracht unter Deutschlands Fürsten und Völker geworfen und über ein Jahrhundert steigend genährt, als erbitterter Religionshaß? Jene Vorschläge, den Schätzen der hannoverschen Bibliothek von Gruber zuerst veröffentlicht von Moser in das patriotische Archiv aufgenommen und nach Würde geprüft und beurtheilt) lassen uns heute erstaunen über den hohen Grad religiöser Freisinnigkeit, über die Reinheit christlichen Sinnes in dem Charakter der Fürsten. Er stand allein mit seinen Absichten; daher blieben sie unerfüllt. Er verlangte, daß die Messe in deutscher Sprache gelesen und nach den übereinstimmenden Ansichten einer Synode verändert; daß, wer die eine oder die andere Religion schmähte, excommunicirt; den Priestern und Bischöfen die Ehe gelehrt; daß die heilige Schrift als Norm und Grundlage aller Glaubensartikel angenommen; vor Allem daß der Papst nicht als Richter, sondern als Vater aller Geistlichkeit geachtet würde, der seine Beiräthe von beiderseitigen Religionshüte, und in schweren Gewissensfällen der heiligen Schrift gemäß spräche. Und diese Vorschläge ließ er durch seinen Gesandten der römischen Curie legen, welche für gut fand, zum Scheine darauf einzugehen. S. Guhrauer, Leibniz in Mainz (in Theod. Mundt's Diokuren. Berlin, 1837. II. 6. Vergl. das höchst zeitgemäße und dankenswerthe Werk des Superintendenten Hering: Geschichte der kirchlichen Unionsversuche bis auf unsere Zeit (Beitr. d. Geistesgesch. 1836. 1838. Band 2. S. 84 ff.).

nen, Dispensen, Klostereccomtionen, Bächerverböten, Excommuni-
onen, auch bei der sogenannten Nachtmahlshulle 7) kräftiger ge-

7) „Um die Erinnerung an die schwere Strafe der Excommunication leben-
zu erhalten, wurden die Vergehen, worauf sie gesetzt war, jährlich von
neuem bekannt gemacht. Hieraus ist die Bulle entstanden, welche ehemals am
sonntag in der Chormesse (in coena Domini) in Rom und in anderen
Katholiken feierlich vortragen wurde.“ (Walter, Lehrb. des Kirchenrechts
S. 6.) Nach der Hülle zu Clem. 1. de iudiciis (2, 1) ad v. solennius wurde
ehemals drei- (nicht, wie Lebrecht II. 155 und nach ihm Sauter im
erwähnten Bd. 1. S. 204 verstehen, viermal jährlich) verkündet. Sie
hat von Zeit zu Zeit Zufüge; denn mit dem Tode jedes Papstes erlosch die
alte seiner Hülle. Der Nachfolger verkündete eine eigene. Eine von Pius V.,
aus seinem Kloster von der päpstlichen Macht die höchsten, von der welt-
lichen die niedrigsten Begriffe mitbrachte, waren in diesem Sinne besonders da-
send. seiner Hülle ward schon damals in Frankreich, den Niederlanden,
enien, Neapel, beim Kaiser Rudolph II., auch in Venedig und sogar in
einigen italienischen Staaten, selbst vom Erzbischof von Mainz die Annahme
agt. Urban VIII. gab ihr 1627 ihre letzte Gestalt, nach welcher unter
nigen verbannt und verfolgt werden (Art. 1): alle Lutheraner, Zwinglianer,
hüssiten und alle anderen Keger und die, welche ihnen Mäuden schenken, sie
hässigen, vertheidigen, oder auch nur ihre legerischen oder religiösen Schriften
n, drucken, drucken oder vertheidigen (Art. 5); Alle, welche in ihren Ländern
in Steuern oder Abgaben aufschreiben oder aufschreiben lassen oder alte er-
zen, ausgenommen in Fällen, in welchen es ihnen nach dem Corpus juris
sonica oder durch besondere päpstliche Erlaubnis gestattet ist (Art. 14);
n, welche Beneficial, Lehnen oder andere geistliche oder mit geistlichen zusam-
hängende Sachen von geistlichen Gerichten abrufen oder ihren Lauf hindern
b sich darüber zu Richtern aufmerken u. f. w., wären sie auch Präbidenten
Ganglien, Rathcollegen, Parlamenten, Ganzier, Viceganzier, Mäthe oder
mer für weltlicher Regenten, auch der Kaiser, Könige, Herzöge und aller
nen (Art. 15); Alle, welche geistliche Personen, Capitel, Collegien vor ihr
nicht stehen oder Befehle machen, wodurch die Freiheit der Kirche aufgehoben
e eingeschränkt wird, u. f. w. Mit Recht nennt Lebrecht diese Bulle ein
kennzeichen, gegen die Fürsten mehr, als gegen kleine Keger gerichtet. Bei
altere Sachen erfährt man nur, daß Verdruber, Lärkenfründe und Widen-
ter der Befranckten in der Bulle excommunicirt sind. Schien es ihm über-
ung, anderer Excommunications daraus zu erwähnen? Clemens XIV hob die
verlung der Bulle auf, welche, wie zuletzt Hase (Kirchengeschichte 3. Aufl.
S. 167, 1687. S. 544. Note a.) verfährt, „nach des Verfassers Augenzeug-
n: wenigstens des Ostern 1830 nicht wieder eingeführt worden ist.“ Doch
tinet mit Recht Sauter (am angeführten Orte S. 227 ff. 232 ff.) daran,
d eine in ultramontaner Richtung gebildete Geistlichkeit auch ohne erneuerte
Verhängung der Bulle sich an ihre Grundsätze, auch dort, wo sie nicht ange-
nehmen ist, gebunden hält, und sie im Bruchstahl und allenthalben verbreitet.
So wie, wenn nach Rom in unseren Tagen berichtet würde, was durch Per-
ert nach Joseph's II. Tode: „jetzt sei der Zeitpunkt, in welchem der Papst
se seine verlorenen Rechte wieder erlangen und geltend machen könne“?
E. Lomon, Von Besserungen der Hochschule Freiburg im Kirchenrechte II 34.)
kann Protestanten bedarf auch der Papst jener Bulle nicht, so lange, sogar
ih Beschimpfung der protestantischen Regierungen (1), jeder Bischof ihm
antwortet: *hereticos pro posse persequar et impugnabo* (f. Art. „Auto de Fe“
S. 40, Art. „S. 137 f.), so lange jene „heiligen“ Worte
nicht gestrichen“ fortbauern, welche die päpstliche Instruction 1805 dem
König am Wiener Congresse einschärft (f. Art. „Auto de Fe“ S. 58),

braucht wurden. Die Sprache der meisten Staaten gegen Rom verändert.

Dieses führte dagegen seinen gewöhnlichen Kampf. Kaum der Nuntius zu Wien durch außerordentlichen Courier ein Erma nach Rom geschickt, so erging dort das Verbot des Buchs (27. Jan. 1764). Jener Nuntius, in Gemeinschaft mit dem Cardinal-Erzbischof von Wien, Migazzi, drang bei der Kaiserin auf Unterdrückung. Aber der berühmte van Swieten und der ausgezeichnete Doctor später Bischof, von Stock standen an der Spitze der Censur. Von ihnen meistens ward M. Theresia in kirchlichen Dingen geleitet. Sie verstand ihre Räte zu wählen. Sie hatte schon den freien Verkauf gestattet. Van Swieten, eben bei der Kaiserin anwesend, erwiderte dem Cardinal: „Haben wohl Euere Eminenz das Buch gelesen?“ Dieser, in Verlegenheit, mußte gestehen, daß er es nicht gelesen habe. „Wie können Sie denn“, fuhr der Erste fort, „ein Buch verwerfen, das Sie nicht gelesen haben? Ich habe es gelesen, es enthält viele harte Wahrheiten, aber Wahrheiten.“ Alles, was dem Papste zu Gefallen that, war, daß man, nach dreimaliger Censur durch verschiedene Behörden, verordnete, es bedürfe, um den Nuntius zu lesen, einer Erlaubniß der Censur. Aber Jeder erhielt sie ohne Schwierigkeit. Bald ward es wieder allgemein erlaubt. Weniger gab die Regierung von Venedig nach, trotz aller Bemühungen des dortigen Nuntius. Der Buchhändler Bettinelli verkaufte lateinische Nachdrücke und kündigte, mit Bewilligung des Senats, die italienische Uebersetzung an, die auch erschien und allenthalben in Italien gelesen wurde, obgleich der päpstliche Staatssecretär Zaccaria im Namen seines Herrn Allen, bei welchen man den Nuntius finden würde, zehnjährige Galeerenstrafe drohte.

An jeden deutschen Erzbischof und Bischof erging am 14. Jan. ein besonderes Breve, auffordernd, das Buch den Händen der Censur zu entreißen. In den Breven nach Trier, Speier, Constanz stand auch: „Sollte bekannt werden, wer so verwegentlich verberblich schrieb, so wird es Pflicht des Diöcesanbischofs sein, ihn zu strafen.“ Nach Trier! — Schon der bei der Kaiserwahl anwesende Nuntius Dodi hatte den wahren Febronius erkundet. Auch der französische Minister, Herzog von Choiseul, kannte

und so lange gemischte Ehen (s. meinen Art. „Gemischte Ehen“ und Höllengfahr behandelt werden. Was übrigens Maria Theresia und Joseph II. gegen die Nachmahlsbulle verfügten, siehe bei Sauter a. a. O. S. 224 ff. 233 f., verbunden mit Amann a. a. O. Note 23. E. Prof. Walter steht übrigens bekanntlich nicht allein, wie schon der Verf. Art. „Auto de Fe“ (S. 89) bemerkte, und Prof. Wernkönig in den Jahrbüchern (1838. Nr. 194) klagt, daß mancher Lehrer der katholischen Theologie oder des Kirchenrechts unter seinen Collegien dem geheimen Kirchenpaulus in Heidelberg näher stände, als der reinen ultramontanen Kirchenlehre. (Vergl. ebend. Sp. 1547.)

n. Er schrieb an einen Gesandten seines Königs in Deutschland (ver?): „Ich erkenne die Maximen und das Benehmen des heil. Hofes in seiner Art, sich über Herrn von Honthelm zu äußern und denselben zu behandeln. Die Beweggründe der Abgang von Roms Curie machen diesem gelehrten und tugendhaften Manne zu viel Ehre, als daß ich glaube, sie könnte die Ehre und das Vertrauen seines Herrn zu ihm schmälern. Die Meinung, welche ich von der Aufklärung dieses Kurfürsten (Abe mich vielmehr vermuthen, daß er einen so verdienstl. und tüchtigen Mann desto höher schätzen werde, der nicht — wie es vor untergeordneten Geistlichkeit Deutschlands nur zu oft vorkommt — knechtisch Rom ergeben ist.“

Ähnlich die damaligen deutschen Bischöfe Männer, wie von Dalberg und von Wessenberg gewesen, mit Geist, Charakter, Gewandtheit und Frömmigkeit hinreichende gelehrte Bildung verbindend ohne ihre amtliche Stellung nicht verkennend, so würde Clemens vielmehr sie gegen das Interesse ihres eigenen Amtes zu Hülfe nehmen haben. An französische, spanische, portugiesische, venetianische etc. wanderte er sich nicht, obgleich weltkundig. Febronius in Staaten derselben mit nicht geringerer Aufmerksamkeit, als in Irland gelesen wurde. Die drei geistlichen Kurfürsten, auch der letztere, die Bischöfe von Würzburg, Bamberg, Constanz, Augsburg, der Bischof von Freisingen und Regensburg verbot den sämmtlich Nach.

Diese ganze Reihe Gegner versuchten, es zu widerlegen: 1764 ein deutscher Sappell von Augsburg aus; der Jesuit Kleiner, der der Theologie zu Heidelberg; — 1765 ein Sappell aus der Universität Göttingen; der Abt Trautwein in Ulm; der Bischof von Florenz; — 1766 der Jesuit Bach, Professor des Rechts zu Ingolstadt; der Minorit Sangallo zu Venedig; der Priester Peter Wallerini zu Verona; — 1767 der Sappell; der Oberherr Kaufmann, Decan der theologischen Fakultät zu Göttingen; der Advocat Constantini zu Ferrara; der Jesuit Maria, Bibliothekar des Herzogs von Modena; — 1768 der Provinzial Prior da Coccaia von Brixen und der P. Wallerini; — 1769 ein Ungenannter, der sich einen Namen nennt, aber dem Febronius als Jesuit bekannt war; — der Jesuit Ant. Schmid, Professor des Kirchenrechts zu Heidelberg zum dritten Male Sappell und derselbe Saccaria in einem von vier Bänden; — 1772 der Servit Leiberfarer zu Wien, der sogar eine antifebronische Akademie stiftete; — 1773 der Saccaria, Professor der Theologie an der Universität Göttingen; — zum vierten Male Sappell; der Abt Mignarelli zu Venedig; — 1775 Sonnenbühner zu Wien; — 1776 der Domherr Namachi in Cesena. Auch der bekannte Dr. Carl Friedrich schrieb gegen Febronius, um zu zeigen, daß, ungeachtet der

reinem Grundsätze des Letzteren, doch noch an Vereinigung mit Protestanten nicht zu denken sei, da diese auch nicht der ganzen oder den Concilien das Recht zugestehen, über Glaubenssachen zu scheiden. Uebrigens hatte man demnach nur in Deutschland, Italien für den Papst gestritten; kein Franzose, kein Spanier, Portugiese. Für die gelehrtesten Gegner gelten Ballerini, Biator da Coccaglia und Mamachi.

Honthheim blieb keinem dieser Gegner, ein Paar zu untrende ausgenommen, die Antwort schuldig. Durch diese unter erdichteten Namen, wie Bertonus, Johannes a C. u. s. w. wuchs sein ursprünglich aus Einem Bande bestehendes zu vier sehr beträchtlichen Bänden an, in denen durch neue Forschungen sein System befestigt ist. Nach 1777 gab der Greis einen Auszug⁸⁾, in dem er von seinen Grundsätzen abwich, sie vielmehr mit neuen Stützen versah. Dennoch — er schon im nächstfolgenden Jahre den ganzen Febronius.

Pius VI. nämlich hatte gleich im ersten Jahre seiner Regierung (1775) wieder zu den Waffen gerufen, die unter seinem klugen Vorgänger Clemens XIV. ruhten. In der öffentlichen Rede, bei der er des nach Köln bestimmten Nuntius Bellisoni zum Bischof, „er: „Wir können nur tief beklagen, daß in jenen Gegenden „vielen Bücher entstanden sind, in welche Einige, die sich der „tholiken zu sein rühmen und sogar in hohem Kirchenamte stehen, „ganze Hierarchie der Kirche untergraben — wo nun dieses Verderben „Tode (Honthheim war Greis), aber nicht der Belehrung sich „Sollte dieser Nuntius ohne Verhaltungsbefehle deshalb abgerufen? „Gewiß ist, daß in den fast achtzigjährigen Greis nun lange durch „Kurfürsten, Clemens Wenceslaus, der am 10. Februar 1776 „Regierung kam, „unablässig auf Widerruf gedrungen wurde. „dahin hatte ihn „mächtiger Schuß“ gehalten; wohl die Kaiserin „Frankreich. Der damalige Kurfürst, ein Prinz von Sachsen, war „den Eriesuiten! Bei und mächtige Jesuitenfreunde, darunter „und der Kurfürst von der Pfalz, geleitet! Auch soll es ihm „an persönlichem Interesse gefehlt haben, da er wünschte, zu „beiden Bischöflichen Trier und Augsburg ein drittes und viertes „dazu päpstliche Dispensen zu erlangen, daher schon bei Wahlen in „Regensburg und andern als Candidat aufgetreten war⁹⁾. Auf

8) J. Febronius abbreviatus et emendatus etc. Col. et Francof. XLVI und 310 Seiten. 4.

9) Nouvelles ecclésiastiques pour l'année 1779 du 1 Juin. p. 21. Le Prince Clément, qui est Electeur de Trèves, a l'Exjésuite Bellisoni Mentor. — On n'ignore pas, combien de crédit les Jésuites eurent à la Cour de Saxe. — On sait que les Jésuites avaient le plus de crédit à la Cour de Mannheim, qu'ils étaient les maîtres de l'enseignement public dans tout le Palatinat, qu'aussi l'ignorance est si généralement répandue, qu'après l'extinction de la Société

schicht auf einen Cardinalsstuhl war die Rede ¹⁰⁾. Zwei Gründe angeschlossen haben. Ungern hätte von Hontheim seine hohen und eintätigen Pfünden verloren, und doch war ihm schon ein Coadjutor in der Person des durch Deck berufenen Bischofs Fealon, Johann Maria von Herdain, an die Seite gestellt. Empfindlicher soll ihm die Erklärung gewesen sein, daß bei idn-Ärgern seine zahlreichen in kurfürstlichen Diensten stehenden Ver-zen entlassen werden müßten.

Wie wenig aus eigenem Antriebe der Widerruf erfolgte und andere bedeutende Umstände zeigen die noch kaum benutzten des Kurfürsten an von Hontheim ¹¹⁾. Noch am 9. April muß dieser abgelehnt haben; denn der Kurfürst schreibt am 21.:

„Wollte Gott, daß Herr Weihbischof mir die nämliche Botschaft Betreff seines berufenen Febronius hoffen ließe. — Der Weihbischof sagen mir zwar in Ihrem Schreiben vom 9. April, Sie nur wider die außerordentlichen Forderungen des römischen kaiserlichen. Allein — soll man mit einem Vater so umgehen, auch, daß er mit den größten Mängeln behaftet wäre“ u. s. w.?

Anmerkung über den Versuch, so der päpstliche Nuntius neu-gemacht hat, und welchen Sie als einen neuen Beweis anführen, der unnütze Herrschungsgeist bei dem römischen Hofe noch der der nämliche sei — diese Anmerkung, sage ich, ist mir vielmehr neue Probe, daß Sie demselben nichts zu übersehen wissen“ u. s. w.

Herr Weihbischof ersuchen, wie sehnlich mein Verlangen müsse, eine Aergerniß, die in meinem Erzstift entstanden, und ich noch von da soll in die ganze Kirche verbreitet hat, gehoben werden zu sehen. Freilich ist öffentliche Widerrufung Verdamnung eines Buches — ein Schritt, zu dem sich

leverer dans le pays des sujets propres à remplacer les Jésuites dans l'Empire. — Les Princes et les grands Seigneurs de l'Empire, qui em- l'état ecclésiastique, s'embarassent peu ordinairement des questions d'Etat, et n'enviaient que les revenus et les prérogatives attachés aux offices. Parviennent-ils à quelque Evêché, ils en abandonnent tout le spirituel à un Evêque, qu'on appelle suffragant, et ne se sent que la jouissance du temporel. On ne sera pas surpris, qu'un de la maison de Saxe suive à cet égard les préjugés reçus. Il l'Electorat de Trèves l'Evêché d'Augustbourg; et quoique dans le Pape il paraisse gémir sous les poids de ces deux diocèses, à l'Empire un Evêché électif, qu'il se met sur les pour y prétendre; il en a déjà manqué plusieurs (Liège, Ratis- etc etc). Or la Cour de Rome est en possession de donner des et de compatibilité pour ces grands bénéfices, et dès-lors que les occasions de se rendre cette cour favorable ne peuvent

¹⁰⁾ Schöber's Briefwechsel VII Band. S. 281.

¹¹⁾ Briefwechsel zwischen dem Kurfürsten von Trier Clemens Wenzel und Nicol. von Hontheim u. s. w. Frankfurt am Main, 1763.

„unsere Eigenliebe nicht leichterbings bereben läßt. Ich bitte über-
 „den Herrn Weihbischof, versichert zu sein, daß ich Ihnen
 „auf einiges Menschen Zureden, sondern aus eigener Le-
 „zeugung diese Sprache führe¹²⁾. — Wenn Ihnen wirklich
 „Wohl der Kirche am Herzen liegt, so machen Sie, daß ich
 „mein ganzes Vertrauen wiederum schenken könne.
 Am 8. Mai: „Ueber alle meine Erwartung haben der Herr
 „bischof mich getröstet. Denn eine so schnelle Folgeleistung
 „eine so unumschränkte Unterwürfigkeit hatte ich mir nicht ver-
 „können. Den mir gemachten Vorschlag, an Seine päpstliche
 „ein Abbittungs- und Widerrufungsschreiben zu
 „tigen, genehmige ich auf alle Wege. Ich wünsche nur, der Herr
 „bischof möge sich alsobald an diese Arbeit machen. Je eher
 „selbe wird können zu Ende gebracht werden, desto lieber
 „mir sein. — Ueberflüssig würde es sein, den Herrn Weihbischof
 „zu bitten, Sich nicht zu schonen, da es um die Ehre
 „zu thun ist. — Ohne Ihnen weitere Maßregeln vorzu-
 „ben, glaube ich, es werde Ihnen gegenwärtige Beilage
 „dienlich zu ihrer Arbeit sein. Es ist ein Verzeichniß ein-
 „Sätze, das ein französischer Geistlicher¹³⁾, dem seine ge-
 „Schriften einen Platz unter denen fürnehmsten Beschützern der
 „gion versichern, aus besagtem Werke gezogen, und
 „äußerst anstößig und mit unterschiedlichen Qualificationen
 „mungswürdig denunciirt hat. Ich würde dem Herrn
 „sonderbar verbunden sein, wenn Sie mir von dem Fortgange
 „ohnverzüglich vorzunehmenden Arbeit, als die mir
 „ßerst angelegen ist, öftere Berichte gäben. — Da
 „Mai werde ich Ihren zukünftigen Herrn Collegien
 „der Lieben Frauenkirche althier consecriren, sodann noch einige
 „bei mir behalten, um ihn etwas genauer kennen zu lernen.
 „etwas umständlicher in meinen Absichten zu unterrichten.
 „der ersten Weihungen, die ich ihm theils schon gegeben
 „theils annoch geben werde, bestehet in dem, daß er den
 „Weihbischof als seinen Vater ehren, ohne Ihren Rath nicht
 „soll u. s. w.“ — Am 29. Mai. „Ich zweifle gar nicht, daß
 „göttliche Geist Sie dergestalten in Ihrem heiligen Vorhaben
 „ten und stärken wird, daß selbes in kurzem — zu Stande
 „sein wird. — Die Büchercensur-Commission zu Wien kann
 „als ein locus Theologicus angesehen werden, woraus man die
 „tigkeit einer auf die Religion sich beziehenden Lehre ent-“

12) Der Jesuit Bed soll aber die Feder des Kurfürsten
 haben.

13) Nicht der Jesuit Bed?

14) Dem schon erwähnten Herbain aus Straßburg. Man muß
 Cabinetsschreiben alle in's Deutschgesprochen übersetzen, um ihre ganze
 zu ermessen.

Am 22. Juni. „Mit ausnehmendem Vergnügen habe ich werthes Schreiben vom 14. erhalten, nebst beigebogenem Schlag des unter uns verabredeten Schreibens an die päpstliche Heiligkeit. — Lassen Sie mir die Zeit, etwas zu erholen, und hernach Ihre Schrift etwas reifer und sorgfamer zu überlesen, damit ich sodann mit meiner gewöhnlichen Heiligkeit und einem vollkommenen Vertrauen, welches Ihr überaus liches Betragen verdient, meine Meinung darüber äußern kann. Es würde mir und Ihnen überaus unangenehm sein, aus Versehen in einer so wichtigen Sache etwas übergangen zu se, wodurch Ihr Vorhaben einigermaßen vereitelt werden könnte.“ — Am 16. Juli. „Es ist meine Schuld nicht, wenn ich mich unter dem 14. Juni überschickte Auffatz etwas zu spät rückte. — Um behutsamer zu Werke zu gehen, überließe ich selbigen sammt meinen Anmerkungen um so viel an einen französischen Theologen mit Ersuchen, seine Meinung darüber zu eröffnen¹⁵⁾. — Aus beigebogenen Copien und Marginen¹⁶⁾ werden der Herr Weihbischof ersehen, in welcher Besize. — Ich bitte nun den Herrn Weihbischof alles an Vorurtheil mit Gott und seinem Gewissen zu überlegen, ob Ihren Auffatz in das Reine zu setzen, und mir je ehe der Wieder zur weiteren Besideberung zu überreichen. Was den Brief Herrn Weihbischofs vom 25. Juni sammt Anlagen betrifft, kann ohnendglic bergen, daß selbiger mich in die größte Verlegenheit und Verwirrung gesetzt; indessen ich mich seithero (kaum?) den mich wahrhaft folternden Gedanken zu wahren weiß, nämlich Ihre Bekehrung nicht recht ernsthaft sein zu, indem Sie ohnerachtet der demöglichsten Ausdrücke, deren Sie in Ihrem Schreiben an Ihre päpstliche Heiligkeit bedienen, auch über Ihre Schrift vertheidigen, als verwerfen. Nehmen Sie, ich beschwöre Sie, diesen Dorn aus meinem bedrängtesten zu. — Ueber den Ungrund Ihrer Beantwortung des französischen Memoriam will ich mich hier nicht einlassen; man muß sich zum Erstaunen mit Vorurtheilen eingenommen se, um selbst sich bergen zu können. — Was die beigelegte Abhandlung betrifft, ist sie freilich nach Ihren Wünschen abgefaßt; was beweist aber dieses anders, als eine Vertheidigung, die Sie Zeitmenschen mit blutigen Thronen beehren sollten, nämlich, daß Sie zu Ihrem größten Unglück der schon solche Proseliten haben? Unmuth übernimmt mich, wenn ich an den Brief des Benediktiners gedenke. Die Ruhe, die er sich befindet, ohnerachtet er ein Febronianer ist, soll

¹⁵⁾ Siehe die vorige Note.

¹⁶⁾ Siehe Beilage Nr. 1.“ So sagt der citirte Briefwechsel; aber, wie ich diese Beilage.

„eine Probe sein, daß Ihr System nicht lauter üble, sondern auch wohl gute Folgen erwirkt habe. Ich bin kein Lutheraner, kein Calvinist, kein Türk und Heid ruhig im Leben und ruhig im Tode gewesen“ u. s. w. — Am 17. Sept. „Es werden der Herr Weihbischof aus beigebogener Abschrift des „Ihro päpstlichen Heiligkeit an mich erlassenen Schreibens „(vom 22. August) vernehmen, wie väterlich Höchstdieselbe gegen „gesinnet sind, auch daß Höchstdieselben des Vorhabens sind, „Ihnen noch einige Erläuterungen zu begehren, „welche Ihr Glaubensbekenntniß noch in etwas mangelhaft „zweideutig sein dürfte. — Den vergnügtesten Augenblick „Lebens habe ich Ihnen zu verdanken, auch wird dieser immer „in meinem Andenken sein, und mich immer dahin bewegen, „je mehr und mehr Beweis zu geben jener vollkommenen „Hochschätzung und ganz besonderer Zuneigung, mit welcher „hatte ic.“

Aus dem päpstlichen Breve heben wir folgende Stellen „Wir bemerkten in jener Schrift Einiges, was — obgleich „nicht gerade so wichtig — doch den Segnern nicht alle Mühe „der Widerlegung zu benehmen scheint. Wir werden Alles, „zusammengestellt, schleunigst Dir übersenden, damit Du beim „fasser der Schrift dahin wirken kannst, daß er selbst Alles „(corrigat, reformet atque emendet), damit in diesem „nichts fehlt, was durchaus gefordert werden muß (quod absque „sine requirendum sit) u. s. f. Dann kannst Du ihm, „aus, Alles auf's Reichlichste (omnia effusissime) versprechen. — „werden ihn mit zu Unseren Brüdern und Mitbischöfen „zählen.“ (Jetzt und bis dahin wird er also nicht mitgegeben. „Doch können Wir ihm dieses Alles nicht, wie Wir es wünschten „gewähren, wenn er nicht einige Verbesserungen, die Wir nächstens „Dich absenden werden, seinem Widerruf einverleibt und hinzugefügt

Am 4. October. „Wichtigen Ursachen zufolge bleibe ich „immer der Meinung, eine förmliche Widerrufung „würde der guten Sache vortheilhafter, mithin für Sie rühmlicher „über alles aber dem großen Gott glorreicher sein, als die mir „geschlagene Widerlegung. Allein diesem ohngeachtet, „Herr Weihbischof, will ich die ganze Sache von Herzen „Entscheidung und Verfügung Seiner päpstlichen Heiligkeit „überlassen.“ — Am 17. October. „Hier haben „in Originali jene Erläuterungen und Zusätze, worin „Ihnen neuerlich mitgetheilte gnädigste Schreiben Seiner päpstlichen „Heiligkeit meldete, und zugleich in Copia sein zweites „(vom 12. September), worinnen sich einige andere Sie betreffende „Weisungen befinden. Ich erwarte mit Ungeduld Ihre „Entschleßung u. s. w. Ueberlegen Sie alles reiflich mit „u. s. w. Aus Ihrem letzten Schreiben kann ich leicht

was Ihnen am mehresten Mühe machen wird; allein ich kann mir einmal nicht begeben lassen, daß das aufzeichnende Gesändniß, welches Seine päpstliche Heiligkeit Ihnen verlangen, Vergerniß, wohl aber viele Erbauung werden wird.“ — Aus dem Breve heben wir aus: „Nun nur übrig, daß Dein Suffragan alle diese Verbesserungen so in Aufschrift aufnehme und einschalte, daß der ganze Inhalt dieser, wie es sich gebührt, aus seiner innersten Ueberszeugung und in eigenem Urtheile, nicht aus Ermahnungen eines Andern hervorgehen erscheine, und daß er die Aufschrift, als von ihm zum Wale und aus eigenem Antriebe ausgehandelt¹⁷⁾, und wieder ab.“ — „Wenn der Weibbischof dennoch in der von Uns vorgeschriebenen Weise unsere Verbesserungen in seinen Widerruf aufzunehmung weigert, was können Wir dann anders glauben, als daß er Uns alle Heiligkeit Unserer Verzeihung und Unserer Gnade genommen habe¹⁸⁾?“ 6. November. „Es ist überflüssig, dem Hrn. Weibbischof zu schreiben, was Trost und Vergnügen mir Ihr Schreiben vom 18ten, sammt anliegenden und an Se. päpstliche Heiligkeit zu übermachenden Submissionsact¹⁹⁾ verursacht.“

Der Hr. Weibbischof können es theils aus dem Eifer, mit dem ich das (Gott sei Dank!) nun vollbrachte Werk leide, theils aus der hier beiliegenden Abschrift meines Schreibens an Se. päpstliche Heiligkeit abnehmen. Wie weit ich entfernt sei²⁰⁾, die Auslassung deren wenigen Worte, worin Sie sich in Ihrem Briefe verantworten, zu mißbilligen, dieses Sie sehen aus dem, was ich hiervon dem Nuntius schreibe. — habe, wie der Hr. Weibbischof sehen, auf mich genommen, zu wem, daß Sie kein Bedenken würden getragen haben, Sich mit französischen Theologen für die temperirte Monarchie zu erklären, worin ich glaube nicht ohne Grund gehandelt zu haben.“ — In dem an den Nuntius sind folgende Stellen bemerkenswerth: *„J'ai fait faire également une copie de l'acte de soumission susdit, s'il n'était absolument le même, que le premier avec les corrections et les additions que sa sainteté m'a communiqué et que Mr. Hontheim a toutes adoptées à l'exception de celle-ci: ut proinde merito Monarchicum Ecclesiae*

17) „Ut, quaecunque in ea perscripta erunt, omnia, ut debent ex immo eas eoque iudicio, non ex alterius mentis emanasse apparet, tamquam epistolam tanquam primum a se suaque sponte verum Herum ad nos transmittat.“ Siehe zu Note 1.

18) „Quid nunc aliud existimare poterimus, nisi locum omnem nostrae nostraeque in eum Pontificatus gratiae ab illo nobis esse praecellente.“

19) Den 1. November. Abgedruckt in Walch's neuester Religionsge-
schichte VII. S. 210 ff.

20) Den 15. November. Bei Walch a. a. O. S. 205 ff.

„*regimen a catholicis Doctoribus appelletur.* Je n'ai pas
 „insister sur cette addition, et pour ne point gêner sa conscience
 „qui eût, dit-il, souffert de l'aveu d'une opinion Théologique
 „dont il ne saurait se persuader, et parceque cette addition
 „dans le sens auquel l'Eglise nous oblige d'y souscrire, est
 „déjà en termes équivalens dans sa lettre, comme lorsqu'
 „on connaît dans le saint siège une juridiction universelle.
 „prémière sur toutes les églises, et parceque je crois, qu'
 „un Théologien français et très-peu parmi les allemands voudraient
 „admettre cette proposition telle, quelle est énoncée. Car
 „encore que tout catholique doive reconnaître, que le gouvernement
 „de l'église est monarchique *en un certain sens*, plus
 „cependant n'admettent point, que l'église soit une monarchie
 „pure, comme la proposition paraît le signifier, mais une monarchie
 „modérée d'aristocratie. Il n'eût sans doute pas été difficile
 „de persuader Mr. de Hontheim, de se déclarer pour ce
 „sentiment, qui est certainement très orthodoxe. — Comme
 „la Sainteté a exigé de Mr. de Hontheim, que dans son acte
 „il ne fit point mention du précédent, j'ai cru aussi ne
 „faire aucune mention dans ma lettre ni de celle que je
 „déjà donné l'honneur de lui écrire, ni des deux Brevets
 „par lesquels, qu'elle m'a fait la grâce de m'adresser depuis.”
 Am 11. Jenner 1779. „Es würde ohne Zweifel überflüssig
 „Sie zu ermahnen, wie das Werk, wozu Sie sich anerbotten
 „Ihre päpstl. Heiligkeit von Ihnen verlangen, und
 „Ihre Hand anzulegen u. s. w. — Wenn es mir nicht
 „Schreiben Sr. päpstl. Heiligkeit vorkäme, als wären Höflichkeit
 „sinnet, selbst Ihre Widerrufung bekannt zu machen, so
 „ich Ihnen anrathen, es selbst zu thun; wenigstens
 „mir, Sie sollten bei allen Gelegenheiten suchen, Ihre
 „nungen an den Tag zu legen.“ — Am 15. Jenner. „Die
 „welche Ihnen das vor wenigen Tagen an Sie überschickte
 „Breve verursacht haben muß, wird ohne Zweifel beigegeben
 „(Impressum²²⁾) noch vermehren, indem es Ihnen wird zu erkennen
 „ben, mit was Trost und Frohlocken das väterliche Herz Sr.
 „Heiligkeit durch Ihre Widerrufung angefüllt worden sei u. s. w.
 „des Trachtens könnte gedachtes Impressum Ihnen die sicherste

21) Die oben zu den Briefen vom 17. September und 17. October
 gezogenen Breven und das Schreiben des Kurfürsten, durch welches
 laßt waren. Uebrigens siehe zu Note 17.

22) Acta in Consistorio secreta 25. Dec. 1778. Bei Walch
 S. 202—240. Es ist die Allocution mit den beiden in den Notizen 19
 erwähnten Breven, dann ein Belobungsbreve an den Kurfürsten und
 ches an Hontheim, beide vom 19. December. Daß die in Note 22
 Actenstücke dem Publicum bekannt wurden, scheint der Papst auch
 überflüssig gehalten zu haben. (S. zu den Notizen 17, 21 und 24—25)

zu geben, Ihre abgeänderten Gesinnungen dem Publicum auf so leichte, als außerordentliche Weise bekannt zu machen, wenn nämlich ebengedachtes Impressum auf meine Unkosten neu aufzulegen, und halbens einen kleinen Hirtendrief, oder wie man in dem Auffatz nennen wollte, vorsetzen, worinnen Sie kürzlich die Motiva berichteten, welche Sie zur Widerrufung bewogen; 2) den Schritt aufs Neue bereuerten; 3) eine förmliche Widerrückung Ihrer gefährlichen Schrift vermittelst göttlichem Worte dem Publicum versprechen, und 4) endlich in meinem Namen eben diese Schriften unter einer schweren Strafe verurtheilen, allen denenjenigen, die sonst verbotene Bücher ohne Erlaubniß haben, weil dadurch ein sonst allerorts nothwendiges *mandatum archiepiscopale contra libros Febronianos* auf die ersprißlichste Weise erspart zu könnte.“ — Am 21. Jenner. „Ihre päpstliche Heiligkeit mir den Auftrag, Ihnen das jüngst an mich überschickte zu communiciren, wie auch in Höchsteren Namen ein paar deren Acten des letzteren Consistorii einzuhändigen, welchem letzteren Befehle ich aber schon (nämlich am 15. Jan.) kommen bin. — Vermuthlich wird diese neue Gnade ein Dankeschreiben in Ihren Augen unentbehrlich machen.“ — 22. Jenner. „Unangenehm ist mir, zu erfahren, daß Sie der Weise, womit Sr. päpstliche Heiligkeit Ihren Irrthum bekannt gemacht haben, einigermaßen unzufrieden sind u. s. w. Es freut mich recht, daß der Gedanke Ihnen zu verlassenden und denen *active consistorialibus* vorzulegenden Hirtendriefs Ihren Beifall erhalten habe; ich erlaube diesen Auffatz mit Begierde. Die Worte: unter einer schweren Sünde mögen ausbleiben, wenn Sie es so für nöthig halten. Indoch halte ich es für unumgänglich nothwendig, die Febronianischen Bücher nicht nur zu misrathen, sondern selbstige auch aus erzbischöflicher Macht und in *virtute obediencie* das ausdrücklichste zu verbotlen. Das Placetum muß hierzu in Luxemburg nachgesucht werden, wenn es auch sogar in *praeambulis* so gebührend ist. Wird es abgeschlagen, so hat die Weigerung so viel nicht zu bedeuten. Es wird das Verbot ohnehin in dem Luxemburgischen bekannt werden, und im Stande ist, die Febronianischen Bücher zu lesen, und dem noch einige Untermüßigkeit gegen die päpstliche und bischöfliche Auctorität beizumohnen, weis ich diesem Fall schon, an was er sich zu halten hat.“ — 1. Februar. „Der Auffatz des zu erlassenden Paster-

*) Diese Motiva haben sich die heiligen holländischen Mönche und ihre Ordensbrüder gemerkt.

„ralschreibens²⁴⁾ ist mir richtig zugekommen. — Auch habe ich darin, wie Sie aus denen Admarginatis²⁵⁾ versehen werden, Mehreres gefunden, welches meines Erachtens noch weiter auf einer andern Weise abgeändert werden muß u. s. w.“ — Am 2. Februar. „Von Wien wurde ich berichtet, daß jene, so mit dem Herrn Weihbischofs Widerrufung nicht zufrieden sind, vorgeben, daß sie diese Ihnen abgezwungen worden, und Sie hätten es zeitlichen Absichten die Ihnen bekannte Wahrheit verläugert und abgeschworen. Man will Briefe von Ihnen gesehen haben, worin ersteres förmlich enthalten, und woraus sich die zweite mithin klar folgern läßt. — Es konnte dieser Ruf in etwa wahrscheinlich werden, wenn der Herr Weihbischof gegen seine Freunde auch nur so sich äußerten, wie selbiger sich gegen mich in Ihrem letzteren Schreiben herausgelassen haben.“ —

Alles spricht dafür, daß Hontheim, trotz des Widerrufs, seine Ansichten eigentlich nicht geändert hatte. Auch schrieb er an einen Freund: „Ich habe einigermaßen meine Schrift, den Justinus Febronius widerlegen, so wie sie ein weit gelehrterer Prälat widerrief, an Dankereien und Widerwärtigkeiten zu entgehen. — Mein Widerruf ist der Welt und der christlichen Religion nicht schädlich und dem römischen Hofe nicht nützlich und wird's auch nicht sein. Die Sätze meiner Schrift hat die Welt gelesen, geprüft und angenommen. Mein Widerruf wird denkende Köpfe so wenig bewegen, diese Sätze zu verleugnen oder zu verwerfen, als so manche Verleugung, welche dagegen Theologaster, Mönche und Schmeichler des Papstes geschrieben haben²⁶⁾.“

Aber der Papst feierte einen großen Sieg. Das Ereigniß schien in Rom so außerordentlich, daß er sogar, was nur in den seltensten Fällen üblich, die er entschuldigend anführt, am ersten Tage des Monats nachts festes Consistorium hielt, um den Cardinälen Bericht zu erstatten. Auf Kosten der apostolischen Kammer wurden die Verhandlungen dieses Consistoriums gedruckt²⁷⁾ und an die Klöster und andere Anhänger versendet. Der Erfolg entsprach nicht der Erwartung. Die österreichische Regierung verbot die Einführung und den Nachdruck.

24—25) Der Entwurf des Pastoral Schreibens und die Admarginata, ist merkwürdig genug, s. im citirten Briefwechsel S. 62—72. Von den letzteren hier Folgendes: „Daß unterschiedliche Abänderungen und Zusätze dem Hrn. Weihbischöfe von Rom zugesandt worden sind, thut zwar in der Hauptsache nichts, doch werden Sie sich erinnern, daß in dem zweiten Brev. Sr. päpstl. Heiligkeit an mich höchst dieselbe den Wunsch äußern, daß keine Veränderung davon geschehen möge. Auch würde der Hr. Weihbischof seine dadurch mittelst dieser Widerrufung erworbene Ehre um ein Merkliches vermindern.“ (Vergl. Note 22.)

26) Faustin oder das philosophische Jahrhundert S. 164.

27) Die in Note 22 citirten Acta.

hste Verhandlungen, weil, wie die Kaiserin in der Verordnung sagt, sie von mehr als einem Orte her in Erfahrung gebracht, durch was für unerlaubte Ränke dem Herrn v. Honthheim ein vergeblich freiwilliger Widerruf der Febronianischen Bücher abgenötigt worden.“ Als der Auditor des Nuntius zu Wien, Graf Galeppi, den Staatskanzler Fürsten Kauniz fragte, ob Seine Fürstliche Gnaden ihm wüßten, daß Honthheim seinen Febronius widerrufen habe, war die Antwort: „Hat er ihn denn auch widerlegt?“ Auch Spanien und Venedig verbot diese Verhandlungen, sogar der Kurfürst von Mainz erlaubte nicht, sie durch Nachdrücke zu verbreiten. Die *Gazetta universale* zu Florenz gab in dem Bedrohungsbriefe vom 12. September jene Stelle, welche mit ewiger Ungnade drohet²⁹⁾. Daraus las man folgende Schlussstelle der triumphirenden Allocution: „Aus diesem Allen kann Euch vorzüglich dieses klar sein, wie rein, aufrichtig und offenbar Febronius bekennt, in seinen eigenen Aufsen gegessenen zu haben, und, was am Meisten zu beachten ist, nicht durch irgend einen zeitlichen Vortheil gereizt, nicht durch Abnahme der Kräfte geschwächt, bei unverminderter Geistesstärke, ohne durch lässiges Zureden verleitet zu sein, sondern einzig durch Erkenntniß der Wahrheit bewogen, einzig durch höhere Gnade erleuchtet, nur von dem Wunsche des ewigen Heils befeuert, mit ausgezeichnetster Anstrengung seine Irrthümer verwirft, mit höchstem Eifer sie abschneidet.“ Der Journalist scheint die Drohung ewiger Ungnade für lässiges Zureden gehalten zu haben. Wie, wenn er alle die Briefe des Kurfürsten, aus denen wir Proben mittheilen, gekannt hätte? Der päpstliche Nuntius zu Florenz erhielt Befehl, auf Genuethuung zu dringen. Doch der Großherzog ließ, als um Audienz gebeten war, bedeuten, daß ihm der Besuch in jedem andern Falle, nur in dem einzigen nicht angenehm sein würde, wenn etwas über die Florenzer Zeitung anzubringen wäre. — Honthheim war einmal aus Schwachheit besiegt. Man erlaubte sich jetzt gegen ihn einen sehr hohen Gebieterston. Er mußte die Erklärung geben, daß er „ganz freiwillig“ widerrufen habe, welche am 7. April 1780 in die Zoltenzer Zeitung eingerückt wurde. Ein öffentliches Blatt sagte darüber geradezu: „Die Personen, welche den Kurfürsten belagerten, häßten ihn Schlag auf Schlag (am 30. und 31. März) an Honthheim schreiben und auf die unbedingtste Weise befehlen lassen, eine Er-

28) S. nach Note 17.

29) „Ex quibus omnibus praecipue constare Vobis potuit, quam candido, sincero atque ingenuo animo in cor suum rediisse fateatur Febronius: et quod animadverti maxime debet, non temporali ullo commodo illectus, non virium infirmitate fractus, non ingenio debilitatus, nec molestis inductus suasionibus, sed sola Veritate, ignitione permotus, sola Superbiae Gratiae illustratione perfusus, solo lenique salutis suae desiderio incensus, errores suos singulari studio rejicit summaque contentione ejuret.“

„Erklärung zu schicken, die in ein öffentliches Blatt eingerückt werden könnte, nachdem der Kurfürst darin corrigirt hätte, was er für nöthig hielt.“ Auch in dieser Erklärung bemerkte man noch ein Doppelsinn. Man deutete sie auch so: Hontheim habe ganz im Willen gehabt, zwischen dem Widerruf und der gedrohten Ungnade wählen.

Wir unsererseits geben nur Thatfachen und überlassen dem Leser, zu urtheilen — nachsichtig über den verdienstvollen Greis, der die Stärke nicht besaß, wie der 82jährige van Espen in's Exil zu wandern und darin zu sterben, Verleugnung der Wahrheit bekämpfend, aber streng gegen jene, welche diese fordern, mit physischem oder moralischem Zwange und im Geiste des Herrn und Meisters handeln wäñnen.

Im Jahre 1781 erschien Hontheim's Commentar über den Widerruf³⁰⁾. Wie könnte man dieses zweideutige Ding besser würdigen als mit den Worten von zwei der trefflichsten kritischen Institute des deutschen Vaterlandes? „Das Buch ist,“ sagen die Göttinger gelehrten Anzeigen³¹⁾, „mit einem Fleiße und einer Belesenheit auch in unsern Schriften abgefaßt, die in einem so hohen Alter Bewunderung zu dienen.“ — Und weiter unten: „Es bleibt doch im Ganzen ein wichtiger Theil der Hauptideen des älteren Febronius feststehen. Der Papst ist nöthig nur als Mittelpunct der Einheit. Er hat keine Rechte als welche die Kirche hat. Concilien sind über dem Papste. In's dings gibt es Fälle, wo Concilien ohne Papst und wider den Papst rechtmäßig sind. Der Papst ist Beschützer und Vollstrecker der Canones; er ist an dieselben gebunden. Die Bischöfe haben ihre Autorität von Gott, die ihnen der Papst nicht wider ihren Willen nehmen kann. Der Papst übt viele Rechte, nicht weil sie aus dem göttlich eingesetzten Primat fließen, sondern weil sie ihm nach und nach eingeräumt oder stillschweigend überlassen worden. Er hat nun dazu kein gleiches Recht; es würde aber, sie ihm zu versagen, jetzt unbillig sein. Ueber Glaubenslehren kann der Papst kein unverbesserliches Urtheil sprechen, d. i. er ist nicht untrüglich, welches nur die Kirche ist. Unter dem Namen der Kirche dürfen keine Rechte der Obrigkeiten gekränkt werden u. s. w.“ — „Aber im Ganzen,“ sagt die allgemeine deutsche Bibliothek³²⁾, „haben wir den uns immer noch, ob er gleich mit „theologischen Kezerei“ um sich wirft, ehrwürdigen Verfasser „bedauert, als wir sahen, wie jämmerlich er sich beugen, schmeicheln und winden mußte, um landesherrliche, päpstliche und bischöfliche Rechte nur einigermaßen mit einander zu vereinigen; um zugleich „gehorsamer Sohn der römischen Kirche zu heißen, und doch die neu-

30) J. Febronii Icti commentarius in suam retractationem etc. Paderborn ad M., Esslinger 1781. 4. XVI. u. 312 Seiten.

31) Zugabe zu d. Götting. gel. Anzeigen Bd. I. auf 1781. S. 242.

32) Anhang zum 37. bis 52. Bde. S. 1451.

in Verbesserungen des geistlichen Rechts im römisch-katholischen Reichthum nicht offenbar zu bestreiten; in wie viele neue Schwierigkeiten, Widersprüche und üble Folgen es sich darüber verwickelt hat, noch hoffentlich ist dieses entweder das allerletzte Buch dieser Art, oder wenigstens eines der letzten, das in Deutschland geschrieben wird, oder drittehalb hundert Jahren — denn so lange ist es doch, daß ein Theil der Nation dem anderen zeigte, daß sie überhaupt nicht nöthig habe, vor irgend einem Bischofe in der Welt zu kriechen — wäre es endlich einmal Zeit, daß auch der andere Theil zu kriechen aufhört.“

Eitle Hoffnung! Den oben genannten gelehrten und ungelehrten patrinern, Franciscanern, Dominicanern, Serviten und Jesuiten ist erzwungen beigegeben ein Lehrer der rheinpreussischen (!) Universität Bonn, Professor Walter, Ritter eines päpstlichen Ordens. Hier Hauptargument²³⁾. Es ist „Mißbrauch der Geschichte, daß man aus dem Leben der Kirche einen bestimmten Zeitraum, namentlich die drei ersten Jahrhunderte, herausgriff, und die Forderungen, die sich damals gebildet hatten, als das Ideal und den Maßstab aufstellte, wornach auch die Einrichtungen der jetzigen Zeit zu beurtheilen seien — gleichsam, als ob die Vernunft der Kirche sich in jenem Zeitraume erschöpft hätte.“ Man muß gestehen, so vortheilhafte Argumente konnten bei Walter's Vorgängern nicht vorkommen; denn diese frommen Männer hielten doch wenigstens, mit uns Katholiken allen, christliche Religion und Kirche für etwas Anderes, als eitelen Menschenwerk. Die von der Gottheit selbst von Anfang an her gebrauchte und durch den Mund des Herrn und Meisters bestätigte und an die die heilige Offenbarung zu erforschen, hielten bisher alle Theile für Aufgabe. Darum, weil diese ewig aller Menschenhand unantastbare Offenbarung in der Umgebung des Herrn und Meisters selbst und unter unmittelbaren Schülern seiner Umgebung und ihren nächsten Nachgefolgern noch nicht verkannt war, darum griffen sozahn wie unseres Zeitalters noch nicht entarteten Jahrhunderte heraus. Doch angenommen mit Walter, die Kirche sei bloß Menschenwerk, und man müsse daher „als tüchtiger Historiker seinem Stoffe von Jahrhundert zu Jahrhundert folgen“ — thut er dieses, indem er lediglich statt der ersten drei Jahrhunderte der mittleren herausgreift und Alles ignoriert, was seitdem sich ereignet? Daher wird mehr bleiben, was jene Stimme der allgemeinen menschlichen Vernunft²⁴⁾ ausgesprochen: „Hontheim's Widerruf hatte so ganz und gar keine Folgen, wie sie der römische Hof erwarten machte, daß vielmehr eben die Grundsätze des geistlichen Rechts, welche Gregorius ehemals so nachdrücklich behauptet hatte, und welche im katholischen Deutschland immer mehr ausgebreitet worden waren, seit

23) Walter's Lehrbuch des Kirchenrechts §. 3. Note 3.
24) A. a. O. S. 1447.

„seinem Widerruf, statt erschüttert zu werden, noch freier geleht und auf das Kirchenwesen und wider den Papst selbst angewendet wurden.

Uebrigens hatte Hontheim wieder eine bessere Haltung angenommen, und, wie es scheint, selbst sein Kurfürst, der ja bald nachher die Emser Punctation genehmigte. Denn der Letztere schreibt u. 17. November 1781 an den Papst³⁵⁾: „Aus Deiner Heiligkeit Schreiben vom 13. October habe ich ersehen, daß Dein Urtheil über den Commentar des Febronius mit dem meinigen vollkommen übereinstimmt. Die Befehle, welche es Dir gefiel, mir durch dasselbe Schreiben zu verkünden, würde ich so schnell, als gern vollzogen haben, wenn ich nicht gefürchtet hätte, die Rüge oder der Verweis, den Du zu geben befehlst, möchte mehr schaden, als nügen. Gewiß, hätte es nicht an der in seinem Widerrufe so hochgepriesenen deutschen Aufrichtigkeit (sinceritas) gefehlt, so war kein Grund, es so empfindlich zu nehmen, daß seine neuern Ansichten feierlich dem Consistorium der Cardinale, ja der ganzen Welt bekannt gemacht wurden; kein Grund in seinem Umlaufschreiben, welches er den Consistorialverhandlungen voranschickte³⁶⁾, die von mir ihm gemachten Ausstellungen unberücksichtigt zu lassen; kein Grund, lügenhaft vorzugeben, er sei durch Behauptungen Deiner Heiligkeit geschreckt worden, und diese Verleumdung an den kaiserlichen Hof zu bringen; kein Grund, zu den über den Widerrufsaact selbst verbreiteten schlimmen Gerüchten so treulos zu schweigen; kein Grund, den Commentar ohne mein Wissen drucken zu lassen, den so unrichtig betitelten; denn wer wird Commentar über den Widerruf ein Werk nennen, welches einzig dazu unternommen ist, um den Widerruf zu entkräften? — Ich unterließ nicht, ihm zu deuten, wie sehr dieses sein Benehmen von der Handlungsweise eines rechtlichen Mannes abweiche, ja ich bemühte mich, ihn mehrmals dem ernstesten Tadel an seine Pflicht zu erinnern — aber ich hielt für unfählich, mit einem Manne, der, wie gewöhnlich die Neuen, klug und schlau ist, es in einer Zeit auf's Aeußerste zu treiben, in welcher er die Mächte selbst so offen sein System beschützen sieht. Ich glaube, daß es, zumal in dieser betrübten Zeit, klüger ist, keine ferneren Erklärungen zu verlangen. Denn nebst dem, daß es ungewiß ist, wie genau, wie aufrichtig, wie beharrlich er Deiner Heiligkeit Folge leisten werde, so werden auch die rechtgläubigsten Erklärungen Einigen nur neue Widersprüche scheinen, während Andere verleumderisch behaupten werden, man habe sie einem schwachen, geistloskontre Griffe abermalig abgezwungen. Doch da Deine Heiligkeit die Herausgabe des Commentars nicht ignoriren kann, damit nicht Stillschweigen für Genehmigung gelte, so leugne ich nicht, daß derselbe missbraucht werden kann, ja vielleicht muß u. s. f.“ — In dem Bellschreiben er

35) Coup d'oeil oder Blick auf den Emser Congress u. s. w. Aus dem Französischen. Düsseldorf, Kaufmann. 1788. 8. Bd. II. S. 54 ff.

36) S. zu Note 24—25.

Maximianus ist hinzugefügt: Hontheim selbst habe es vielleicht zugefagt³⁷⁾, daß sein Widerruf eine Wirkung der ihm gemachten Erhebungen sei. Der Papst möge sein Mißfallen nur aus allgemeinen Gründen zu erkennen geben, ohne in das Umräumliche der weltlichen Sphäre einzugehen.

Das letzte Jahrzehent seines hohen Alters lebte Hontheim in Ruhe. Er legte nicht, wie Weidlich und Adelung sagen, seine Würde als Weihbischof nieder, sondern behielt sie bis an sein Ende, und besetzte in der Regel alle Geschäfte selbst, und namentlich gingen ihm allein alle Sachen aus dem Luxemburgischen. Nur in einzelnen Verhinderungsfällen trat Herdain an seine Stelle. So wahr es was seine Grabinschrift sagt: „In provecissima etiam senectute actis adhuc animi et miris adhuc corpora viribus pollens.“ Die Grabinschrift nennt ihn Hecen in Montquintin, Courcœur, Rouvray und Ampicourt und setzt dahinter „etc.“³⁸⁾ Die zuerst genannte Herrschaft ist sein gewöhnlicher Landsitz. Hatte er diese vier Herrschaften nicht schon vor seinem Widerrufe erworben? Bei Annäherung seines Todes erklärte er vor allen geistlichen und weltlichen Beamten, daß er nicht im katholischen Glauben und nach seinen Befehlen gelebt habe und auch darin sterben wolle. Er starb den 2. September 1790.

D.

Hospital, s. Wohlthätigkeitsanstalten.

Huldigung; Krönung; Kronämter. — Auf einer niedrigen Bildungsstufe der Völker, in der Periode ihrer Kindheit, ist es in der That in der Sinne fallende, die unmittelbar fühlbar werdende Kraft der Macht, der sie huldigend sich unterwerfen, selbst ohne noch durch ein besonderes Gesetz dazu verpflichtet und durch eine zur Vollziehung dieses Gesetzes organisierte Gewalt dazu genöthigt zu sein. So hatten die germanischen Völker ihre Schilderhebung für den Tapfersten ihrer Mitte, oder für den Klügsten und Weisesten, der gerade jetzt die unmittelbar lebendiger Rede sich die Herzen der Horden eroberte. War dann einmal ein solcher Häuptling mit einem Kerne von Macht umgeben, so konnte sich dieser leicht weiter ausdehnen, und leicht verlor sich auch die Gewohnheit der Unterwerfung auf das Verhältniß zu den dem erkorenen Oberhaupte Bundesgenossen. Hiernach findet sich neben und mit einem uralten Wahlrechte zugleich der Keim eines natürlichen Erbrechtes der Gewalt; wie überhaupt die Uraeschichte des Volkes im Keime birgt, was sie später binnen gewisser Perioden ausfallen. Aus gleichen Gründen bildeten sich innerhalb der größeren germanischen Volksgemeinden besondere Gefolge um einzelne hervorra-

37) Sind etwa die wichtigen Nachrichten in den französisch geschriebenen Correspondenzartikeln von Balch a. a. D. Th. VII. S. 435 ff. u. Schölerer's Briefen. Th. VII. S. 275 ff. — und wohl von der französischen Gesandtschaft beruhend — auf Mittheilungen Hontheim's gegründet?

38) Schölerer's Staatsg. Bd. XV. S. 224.

genbe Männer. Diese Gefolge, wie Tacitus sie schildert, waren in Frieden ein Hofstaat, im Kriege ein wandernder Kriegszustaat. Wissen wir gleich nichts Näheres über eine ausdrückliche Huldigung von Seiten der Genossen und ein ausdrückliches Gegenversprechen von Seiten der Häuptlinge, so bestand doch immer in Rechten und Pflichten ein gegenseitiges Verhältniß. Im Kriege war es die heiligste Pflicht der Genossen, ihre Führer zu vertheidigen; — diese mußten dagegen in Gefolge mit dem Schlachtroffe und dem Wurfspee versehen, und in große gemeinschaftliche Mahlzeiten, die eine Art Sold waren, ging wenigstens ein Theil der beweglichen Kriegsbeute auf. Die Genossenschaften waren also Associationen, die, wenn nicht auf ausdrücklichen, doch auf stillschweigenden Verträgen ruheten, mit sehr umfassendem Zweck, denn sie lassen sich großen und combinirten Wanderaushebungen vergleichen, worin man mit allem an die Einzelnen vertheilten Geräthe zu gemeinschaftlichem Genuße auf gemeinschaftlichen Erwerb ausging. Auch bestätigt sich hiernach die Richtigkeit von Montesquieu's Bemerkung, daß es unter den Deutschen schon vor den Lehen Vasallen gegeben, oder daß vielmehr die Lehen früher in Schlachtpferden, Waffen und Mahlzeiten bestanden haben. Als aber mit den späteren Eroberungen ganzer Länder die Kriegsbeute hauptsächlich in unbeweglichem Gute bestand, mußte mit der räumlichen Ausdehnung des Besizes der frühere gemeinschaftliche Haushalt aus einander gehen. Gleichwohl erhielt sich im Wesentlichen noch ganz der Sinn des früheren Verhältnisses. Wie die Theilnehmer an der Eroberung der Häuptern der Genossenschaften — mochten diese aus einer größeren oder kleineren Zahl von Mitgliedern und selbst aus ganzen wandernden Volksstämmen bestehen — noch fortwährend zu Diensten verpflichtet blieben, so erhielten sie auch in dem Besitze von Grundstücken ein für allemal die Mittel für künftige Bewaffnung und Unterhaltung angewiesen. Bei jedem Besitzwechsel, der sehr häufig war, so lange die Lehen nur von Jahr zu Jahr, oder auf Widerruf ertheilt wurden, war es natürlich, daß ein Versprechen der Dienstleistung gegeben wurde, und so kam die Lehenshuldigung auf. Sie geschah indeß in der ersten Zeit der Entstehung des Lehnswesens und erst später, als die lebenslängliche Ertheilung der Lehen herkömmlich geworden, auf keine sehr förmliche Weise. Erst später und als mit der Ertheilung der Lehen den einzelnen Vasallen das Mittel einer stets wachsenden Ausdehnung ihrer Macht in die Hände gelegt wurde, war man darauf bedacht, durch größere Förmlichkeit und Feierlichkeit bei der Lehenshuldigung die Idee des ganzen Verhältnisses anschaulicher und eindringlicher zu machen. Zuweilen ließen sich auch die Könige germanischer Volksstämme — die der Franken schon frühe und wenigstens seit dem 8. Jahrhunderte — von allem Volke oder einzelnen Untergebenen einen Eid der Treue schwören; also nicht bloß von ihren Vasallen

*) Montesq. de l'esprit des lois t. IV. liv. 30. ch. 3.

von diesen bei anderen Gelegenheiten, als bei Ueberttragung von m. Damit bildete sich neben der Lehnshuldigung eine Staats- huldigung; die letztere wohl nach Analogie der ersteren. Doch blieb Lehnshuldigung eine mehr förmliche und feierliche Handlung, mit sich gewöhnlich, aber doch nicht immer, der Lehnseid verband, dann allerdings auch ein Versprechen der Treue enthielt, allein mit röhre Beziehung auf den Lehnsherrn. Bei den Franken nament- wurde diese Lehnshuldigung knierend und immer nur vor der Per- des Lehnsherrn geleistet, während der einfache Eid der Treue auf- t stehend und auch vor den Beamten des Königs geschworen wer- konnte*). Ganz im Einklange mit der Entstehung der Erblichkeit Lehen hatte inzwischen die Idee eines Rechts einzelner Familien die höchste Gewalt im Staate tiefere Wurzel geschlagen. Nur für Deutsche Reich erhielt sich noch, in Beziehung auf das Oberhaupt elken, das ursprüngliche Wahlrecht bis auf die neuere Zeit; seine Übung fiel jedoch einem stets mehr sich verengenden Kreise zu. Auch sich wohl sagen, daß dieses Wahlrecht selbst immer mehr den Cha- eines Erbrechts annahm, da es bei der überwiegenden Zahl der tlichen vor den geistlichen Kurfürsten einigen Familien hauptsäch- ausgefallen war. Selbst da, wo sich das Recht der Thronfolge in re Familie entschieden festgestellt hatte, dauerte es indessen noch lange, sich für die einzelnen Glieder derselben ein festes und vorausbestim- ndes Successionsrecht ausbildete. Bei solchem Schwanken der Ver- nisse mußte bei jedem Wechsel der Gewaltthaber eine ausdrück- che Anerkennung der Majestätsrechte in der Person des neuen In- ers, also eine Staatshuldigung, um so nothwendiger erscheinen. t dann später die Grundsätze der Untheilbarkeit der Staaten und Primogeniturrechts in den europäischen Monarchien Eingang fan- , mußte damit der Gedanke, daß der vom Gesetze bezeichnete Nach- ter ipso jure die Regierung übernehme, deutlicher in Bewußtsein ren. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechts war also fortan niger unerlässlich; allein als herkömmlich ließ man gleichwohl die uldigung leisten, indem man übergens das Princip aufstellte, daß il nicht Unterthan sei, weil man huldige, sondern daß man huldige, il man Unterthan sei. Doch ist nicht in allen Monarchieen Euro- eine allgemeine Huldigung bei jedem Regierungsantritte eingeführt, r namentlich nicht in dem neueren Frankreich, wo man schon vor Regierung der jetzigen Dynastie dem Huldigungseid durch die be- deren Eidesleistungen als Deputirte, Richter, Verwaltungsbeamte, lades u. s. w. ersetzen ließ. Ein Gleiches gilt für Großbritannien, in die bei den Krönungen der englischen Könige herkömmliche uldigung ist nur eine partielle einiger Classen der Bevölkerung und fteht sich nicht sowohl auf den Staatsverband, als auf die lehens- huldigen Verhältnisse.

*) C. Montesq. a. a. O. t. IV. liv. 31, ch. 32.

Die Staatshuldigung (*homagium, tessera subjectionis civilis*) ist die ausdrückliche Anerkennung des staatsbürgerlichen Verhältnisses zu einem bestimmten Staatsoberhaupte und hiernach die Angelobung des staatsbürgerlichen Gehorsams gegen den Regenten. Sie unterscheidet sich also von allen sonstigen Erklärungen zur Anerkennung irgend eines anderen rechtlichen Verhältnisses, wie von der Anerkennung der Vasallenschaft (*vasallagium*); von der Untersassenhuldigung der unrichtig sogenannten standesherrlichen Unterthanen; von der Erklärung der Erbpflichtigkeit, der Ortsbürgerpflichtigkeit u. s. w. In allgemeine Huldigung, wenigstens von Seiten der Familienväter, ist sie nur bei einem Regentenwechsel Statt; doch können auch unter demselben Regenten manche außerordentliche Umstände, wie z. B. die zeitweise Störung des früheren Verhältnisses zwischen Fürst und Volk, eine wiederholte Erklärung von Seiten des letzteren als nöthig erscheinen lassen. Außerdem wird einem schon anerkannten Regenten durch die in den Staatsverband neu eintretenden Staatsbürger und sonstige Staatsgenossen gehuldigt; sodann von Staatsbeamten bei Eintritt ihres Amtes; von den Territoriallehnbesitzern bei Uebernahme des Lehens, und wo der volle Landsassat gilt, wie jetzt in den meisten deutschen Staaten, von den Forensen oder den auswärtigen Inhabern inländischer Grundstücke und sonstiger dinglicher Rechte. Mit der Staatshuldigung wird häufig auch den Successionsberechtigten eine vorläufige oder Eventualhuldigung geleistet. Damit wird zuweilen, zu besserer Sicherung der Nachfolge, eine Aufnahme in den Civilstatus verbunden, der jedoch dem Eventualberechtigten weder Mitwirkung, noch sonstigen Mitgenuß an den Vorrechten der Majestät verleiht. Wird die Staatshuldigung sowohl in Hinsicht auf die Person als für das Grundeigenthum geleistet, so heißt sie vollständige oder allgemeine, auch wohl persönliche; sonst aber, wenn sie nur das Grundeigenthum betrifft, unvollständige, particuläre, auch wohl reale. Die Huldigung, als die ausdrückliche Anerkennung eines gewissen Regenten, ist zwar nicht die Bedingung des hiermit zusammenhängenden Verhältnisses der Unterwürfigkeit, aber doch ein äußeres Zeichen und mithin ein Beweisgrund für das Dasein dieses Verhältnisses. Meistens, jedoch nicht immer, wird das Versprechen dem neuen Landesfürsten treu, hold und gewärtig zu sein, oder, wenn sonst die Formel lautet, durch einen Eid bekräftigt. Die Staatsbeamten vom Civile und Militäre schwören dann gewöhnlich einzeln, dem Throne zunächst Stehenden in die Hände des Fürsten selbst (so lenne Huldigung), die Anderen aber in die Hände ihrer Vorgesetzten. Die Beeidigung aller übrigen Staatsgenossen geschieht dagegen in Masse, entweder gemeindeweise, oder in sonst für geeignet gehaltenen größeren Abtheilungen. Zum Andenken daran werden nicht selten besondere Huldigungsmünzen geschlagen. Auch suchen die neuen Regenten wohl noch auf andere Weise durch die Vornahme besonderer Handlungen, namentlich durch Gnadenacte, den Antritt ihrer Reg-

und die ihnen geleistete Huldigung als einen besondern Akt im Staatsleben zu bezeichnen.

Dieser Regierungsantritt wird durch den neuen Regenten den Angehörigen verkündet. Ueberdies ist es so ziemlich im ganzen monarchischen Europa gebräuchlich, daß der Regent, meistens noch vor Huldigung, die Verheißung öffentlich ausspricht, gemäß den bestehenden Rechten und Gesetzen und zum Wohle des Landes zu regieren. Schon unter der früheren ständischen Verfassung mußten die Fürsten entweder die Verfassung beschwören, oder doch beson-

dere Huldigungsbeurkunden ausstellen, worin sie die Freiheiten und Privilegien der verschiedenen Classen ihrer Untergebenen ausdrück-

anerkannten (s. oben Bd. VII, S. 248). So mußte namentlich die deutschen Reiche der durch die Kurfürsten als Oberhaupt

Aben Bezeichnete, um römischer König zu sein, erst die Wahl-

capitulation beschwören, und überdies einen Knecht, daß er dieselbe

ern wolle, ausstellen. Endlich mußte er bei der Kaiserkrönung selbst

in doppelten Eid leisten, wodurch er unter Anderem versprach,

recht zu regieren, das Reich zu schützen, dessen Rechte zu erhalten

die ungerecht zertheilten Güter desselben wieder zu sammeln, den

ten und Reichern ein gerechter Richter, den Wittwen und Waisen

Beschützer zu sein.“ Zwar betrafen die Wahlcapitulationen wes-

tlich nur die Rechte der Reichsstände und besonders die Privilegien

Kurfürsten; allein die ganze unmittelbare Reichsbürgerchaft

te sich ja allmählig nur in diese Körperschaft der Reichsstände zusam-

gejogen; und selbst aus diesem engen Kreise activer Reichsbürger

noch für die Ausübung einer der wichtigsten Befugnisse das

schlechthinigen der Kurfürsten besonders ausgeschieden worden. Dem

klappe nach finden wir hier also immer noch den Gedanken fest-

sten, bei jedem Regierungswechsel das Verhältniß der Reichsbür-

zum Reichsoberhaupt vertragsmäßig festzustellen. Ganz die-

Rechtsüber, nur nach den veränderten Umständen entwickelt und

alter, ändert sich in den neueren constitutionellen Monarchien

, wo jeder neue Regent entweder die Verfassung beschwört, oder

h, eine förmliche Versicherungsurkunde über ihre Aufrechterhaltung aus-

st, wie letzteres z. B. in Baiern, im Großherzogthume Hessen,

Sachsen, in den meisten schsischen Staaten und anderen der

ist. Selbst in den absoluten Monarchien unseres Welttheils

findet sich herkömmlich mit dem Regierungsantritte das Versprechen

er gerechten Regierung im Interesse des Volkes; und hat eine Krö-

nung statt, so pflegt dieses Versprechen eidllich wiederholt zu werden.

ne versteht es sich von selbst, daß von der Leistung des Regie-

ngseides, oder von der ausdrücklichen Erklärung der Regenten,

Regentenpflicht erfüllen zu wollen, die rechtliche Fortdauer der

Verfassungen eben so wenig abhängt, als von der Staatshuldigung

Verbindlichkeit zum Staatsbürgerlichen Gehorsam, weil der bloße

Personenwechsel den bestehenden rechtlichen Zustand an und für sich

nicht berührt. Immer wird jedoch durch die wiederholte Anerkennung staatsbürgerlicher Pflichten sowohl von Seiten des Regenten, als des Volkes, wie sie in Europa gewöhnlich ist, auf eine ursprüngliche und unverilgbare politische Wahrheit hingewiesen. Wenn nämlich hervorgehoben wurde, daß sich mit und neben dem Wahlrechte der germanischen Volksstämme schon der Keim eines natürlichen Erbes der Gewalt gefunden habe; so muß doch eben sowohl behauptet werden, daß auch in der Erbmonarchie, wo das Erbrecht der Fürsten das Wahlrecht des Volkes überwachsen und überwuchert hat, dieses nur in der Ausübung zurückgehalten, aber keineswegs im Keime vernichtet werden konnte, der vielmehr unter veränderten Umständen und in neuen Formen zur neuen Entfaltung kommen dürfte. Daher erloschener Thronfolge, oder bei gänzlicher Thronerlöschung die Ernennung eines neuen Oberhauptes dem Volke, und seinen Stellvertretern gebühre, daß also dann sein Wahlrecht auslebe, wird ohnehin nicht bezweifelt *). Allein auch die Huldigung des Volkes in ihrer Beziehung zu den Erklärungen der Monarchen bei ihrem Regierungsantritte weist in einer der Vertragsform wenigstens analogen Weise darauf hin, daß die Anerkennung des Erbrechtes fortwährend an die Bedingung einer gerechten und das Volkswohl bedenkenden Regierung geknüpft bleibt. Diese Hindeutung ist völlig gleichbedeutend mit der geschichtlich sich immer von Neuem bewährten Wahrheit, daß — falls im Staatsorganismus ein besonderes Uebel der Sitz eines für das Ganze empfindlichen Uebels wird, eine Reaction dagegen, zur Herstellung eines organischen Gleichgewichtes im Staatsleben, eben so natürlich als rechtlich ist. So haben denn die Ceremonien der Unterwürfigkeit, worin der Servilismus mehr oder weniger den Act der Huldigung eingekleidet hat, gleichwohl die Wahrheit nicht auslöschen können, daß das Volks-Leben die Quelle alles Rechts ist, das sich selbst in lebendiger Strömung sein Bett sucht und daß das bekannte „Wenn nicht, nicht!“ der früheren Erklärung von Aragonien nur bestimmter sagte, was sich noch jetzt, hinter der lautenden Formeln versteckt, selbst in jeder Huldigung und in ihrer correlativen Erklärung des Regenten ausdrückt **).

Das beiderseitige ausdrückliche Anerkennniss von Pflichten auf Seiten des Volkes und des Fürsten kommt in diesen bestimmter ausgeprägten Formen nur in den europäischen Monarchien vor und stammt noch aus dem lebhafteren Gefühle germanischer Volksstämme für Freiheit und Selbstständigkeit. Unter der Herrschaft des asiatischen Despotismus, wo die Idee eines Rechts des Volkes seinen Gebieten gegenüber kaum anders, als in einzelnen Momenten der Aufregung und Aufwallung in's Bewußtsein tritt, ist bei den Machthabern von ihnen

*) Klüber, Öffentliches Recht des deutschen Bundes 3. Aufl. §. 247.

**) Ueber Huldigung vergl. Klüber a. a. O. §. §. 246, 247, 271, 272, 273 und die daselbst angeführte Literatur.

Wahrnehmen der Pflichterfüllung und selbst bei dem Mangel von keiner förmlichen Huldigung die Rede. Es bedarf keiner weiteren Anerkennung der absolutesten Gewalt, und so bleibt dem Volk selbst die Stimme versagt, wodurch es seine Klavierrolle erfüllt. Gegenwärtig sind wir in Asien die ersten Spuren der Krönungen und der feierlichen Einsetzungen der Monarchen unter gewissen flechtlichen Umständen. Es war natürlich, daß man die an die Spitze des Reiches Erhabenen auch äußerlich auszeichnete, und daß die Krone selbst durch eine bezeichnende Handlung veranschaulicht und heiligt wurde. Die Häupter der altgermanischen Stämme empfingen indessen ihren auszeichnenden Schmuck entweder noch unmittelbar aus den Händen der Natur, oder durch eine höchst einfache symbolische Handlung. Den Königen der Franken, der Burgunden und Westgoten diente ihr langes Haupthaar als Diadem. Als der merovingische Chilperich II. großjährig geworden war, reichte ihm sein Onkel Guntram einen Wurfspeer, „als ein Zeichen, daß er die Gewalt in seine Hände gelegt“, und wandte sich dann an das versammelte Volk mit den Worten: „Ihr seht, daß Chilperich zum Mann geworden; gehorcht ihm“). Den Ursprung der eigentlichen Krönung hat das Abendland von den Juden entnommen. Die wesentlichen Bestandtheile derselben sind die Salbung und die Bedeckung des Hauptes mit einem auszeichnenden Kopfschmucke, der Anfangs wohl eine Kopfbinde war, später zum Diademe und zur Tiara, endlich zur Metallkrone wurde. Allein die Juden selbst hatten damit einen anderen morgenländischen Staaten schon einheimischen Gebrauch bloß angenommen, da für alles der Gottheit Geweihtes, waren es nun Priester mit ihrer Priesterbinde, oder Könige, oder Opfertiere, die Verkörperung und Verkörperung auch anderswo üblich war. Im jüdischen Staate schon bei David, oder doch bei Salomo, von einer Krone oder der Rede. Die priesterliche Salbung mit heiligem Oele fand auch bei Saul Statt; später bei David, Salomo, Jehu, Joas und anderen. Immer wurden jedoch nur solche gesalbt, gegen die sich ebenbürtige erhoben hatten und die einer besonderen Bestätigung der Befähigung ihrer Würde zu bedürfen schienen; oder diejenigen, welche die Ersten ihres Stammes waren, so daß man also den ungetheilten Charakter, der auch die Salbung ertheilt werden sollte, für ein ewiges geistiges Stamm-Gut gelten ließ. Eine der Krönungsfeierlichkeiten, eine Weihe der Herrscher durch die Priester, findet sich jetzt noch im Oriente in den mohamedanischen Staaten: jeder neue Padischah des osmanischen und jeder Schah des persischen Reichs gibt sich in feierlichem Zuge in die Hauptmoschee, um die Gebete der Priester über sich sprechen zu lassen. Bei den Königen von Altitalien und unter den altitalienischen Völkern, deren Völkergeschichte mit derjenigen der Juden in keinem näheren Zusam-

*) Montesq. a. a. D. t. II. liv. 38. ch. 23 u. 25.

menhange stand, hatten dagegen keine eigentliche Krönungen. Selbst bei den späteren römischen Kaisern war dieses nicht der Fall, da die Ueberreichung der corona laurea an die vom Staate zumirten Imperatoren nur eine ziemlich einfache weltliche Feierlichkeit war. Erst als die Verbreitung des Christenthums die Geschichte der abendländischen Nationen an die alttestamentarischen Ueberlieferungen knüpfte, kam unter diesen die Sitte der Krönungen auf. Zunächst schah dieses unter den byzantinischen Kaisern des 5. Jahrhunderts, und Patriarchen die feierliche Handlung vornahmen. Etwas später pflanzte sie sich unter die christlichen Franken; denn wenn auch die Merovinger schon die Krone als königlichen Schmuck kannten, so war doch die Krönung nicht bei ihnen gebräuchlich. Erst wurde im Jahre 800 die Kaiserkrönung Karl's des Großen in Rom durch Papst Stephan das nähere und eigentliche Vorbild für die Form aller späteren Krönungen bis in die neueste Zeit.

Der Ursprung der Krönungen, als einer kirchlichen Weihe an weltlicher Regenten, fällt in Staaten, worin ein besonderer Priesterstand einen entschiedenen Einfluß ausübte. Die nahe liegende Absicht bei diesen war die Versinnlichung der Idee, daß die weltliche Gewalt von der Gottheit und mittelbar von ihren Vertretern auf Erden, den Priestern, abzuleiten sei, daß also der Gewalthaber zunächst vor Allem mit dem Willen und den Interessen des Priesterstandes in Einklang zu setzen habe. Besonders deutlich tritt diese Absicht in der Stellung hervor, in der sich Samuel dem einen König gegen die jüdische Volke gegenüber befand. Seine gezwungene Rücksichtigkeit gegen den Volkswillen sollte der seither bestandenen Priesterschaft doch immer so wenig als möglich vergeben. Darum sollte die Salbung dem Volke und seinem neuen Herrscher dessen fortwährende Abhängigkeit von Jehovah, als dem wahren Souverän des Israelvolkes, und hiernach seine Abhängigkeit von den Leviten vor Augen stellen. Auch bei den späteren Krönungen der abendländischen Monarchen blieb die eidliche Verpflichtung der Regenten im besonderen Interesse der Kirche, deren Priester die Weihe vornahmen, ein wesentliches und ganz besonders hervortretendes Bestandtheil der feierlichen Handlung. Schon die griechischen Kaiser mußten die Erhaltung der Rechte der Kirche nach dem gerade anerkannten Dogma feierlich angeloben. Auch in der lateinischen Eidesformel, die der Kurfürst von Mainz bei der Krönung der deutschen Kaiser vorlas, und worauf diese punctum mit ihrem „voto“ antworteten, wurde doch neben den sonstigen Versprechungen die Verpflichtung besonders eindringlich gemacht, „den katholischen Glauben treu zu bleiben, ihn durch Werke zu bekräftigen, die Kirche und ihre Diener zu schützen, dem Papste und der römischen Kirche die schuldige Unterwürfigkeit zu leisten.“ Ganz entsprechend und stets im Sinne der da und dort herrschenden Kirche lauteten auch die Eidesformeln in den anderen europäischen Monarchien. Allein eine Feierlichkeit, die ursprünglich darauf beruhte

... eine bestimmte Kirche als das im Geiste und in der Wahrheit
... und die weltliche Gewalt als ihr Werkzeug erscheinen zu
... hat später mit dazu dienen müssen, um der Idee eines vor-
... und unmittelbaren göttlichen Rechts der Fürsten wenigstens
... einige Zeit Eingang und Ausbreitung zu verschaffen.

Nach und nach wurde die Krone für den ganzen hohen Adel,
Deutschland bis zu den Grafen herab, in Großbritannien für alle
des Königreichs ein auszeichnender Schmuck, oder wenigstens
Bestandtheil ihres Familienwappens. Die Krönung blieb hin-
auf Kaiser und Könige beschränkt, indem bei den anderen Mon-
... etwa nur eine einfachere Inauguration die Stelle derselben
trat. Nachdem so die Krone ein Symbol der Staatsgewalt gewor-
den war, kam man bald dahin, auch zuweilen den Staat selbst mit
dem Ausdrucke zu bezeichnen. Hiernach spricht man von einer
... von England u. s. w. Doch ist es in der neueren Zeit gebräuch-
lich geworden, besonders in den neuen constitutionellen Monarchien,
in ihrer jetzigen Gestalt aus einem Kampfe des Volkes mit der Re-
gierung hervorgegangen sind, die Krone, als die Regierung
oder der Inbegriff der Regierungs-Rechte, dem Staate und der ge-
setzten Staatsgewalt entgegenzusetzen. In ähnlicher Bedeutung
stehen mitunter in constitutionellen Monarchien die Kron-Domänen
oder Kron-Güter von den Staats-Gütern im engeren Sinne — zu-
weilen Kammergüter genannt — unterschieden. Die ersten gehören
... zwar auch zu dem vom Regenten nicht einseitig zu veräußernden
Staatsvermögen, haben jedoch die besondere Bestimmung, daß ihr
Verbrauch auf jeden neuen Monarchen übergeht. In der Regel sind
auch die Krongüter in Monarchien so viel wie Staatsgüter über-
haupt. Damit analog waren in den alten Monarchien auch die
Kronämter häufig wahre Staats-Aemter und mit den höchsten
Ämtern gleichbedeutend, wie z. B. in Großbritannien die Würde
des Großadmirals; in Polen die des Krongroßkanzlers, der zugleich
inneren Regierung, dem Justizwesen und den auswärtigen Ange-
legenheiten vorstand, oder des Krongroßschatzmeisters, als des ersten
Finanzbeamten. Außerdem bezeichnete man schon in früheren Zei-
ten des europäischen Monarchenthums verschiedene hohe Hof-Chargen
als Kron-Aemter, was in einer Zeit, wo sich Staatsdienst und Hof-
dienst noch nicht bestimmter von einander geschieden hatten, sehr er-
klärlich ist. Meistens wurden diese Kronämter, welche einen hohen
Rang gemäßen oder voraussetzen, als Erbämter verliehen. Fast all-
gemein und bis auf wenige Ausnahmen hat man indessen aus Rück-
sicht auf das Staatsinteresse die Erblichkeit solcher Kronämter, die
gleich Staats-Aemtern waren, entweder aufgehoben, oder diese Äm-
ter, wie es in England geschah, allmählig eingehen lassen. Auch die
Erblichkeit der Kron-Hof-Aemter ist meistens aufgehoben worden;
... wo sie noch besteht, oder neu eingeführt wurde, wie in Baiern,
... sie doch nicht mehr als ein bloßer Titel und verpflichten höchstens

zu einigen außerordentlichen Hof- und Ehrendiensten bei besonderen gesehenen Gelegenheiten *).

Das Recht zur Bestimmung der Majestätsymbole und der Festungsfeierlichkeiten steht zwar überall den Souveränen zu; allein Hinblicke auf das Vorbild der Kaiserkrönung Karl's des Großen bei der durchgreifenden Ähnlichkeit der socialen Verhältnisse der ferneren Theile von Europa während des Mittelalters bilden überall die Formen der Krönung, wenn auch in minder bedeutenden Einzelheiten von einander abweichend, im Wesentlichen auf sehr ähnliche Weise aus **). Nur bei einigen Krönungen der neueren Zeit wie bei derjenigen des ersten Königs von Preußen und Napoleon setzten diese Machthaber sich selbst und dann ihren Gemahlinnen die Krone auf; wo sich denn freilich der Charakter der früheren Krönung das demüthige Empfangen aus einer höheren Hand durch die Vermittlung der Kirche, bedeutend veränderte. Ueberall knüpfte man im archaischen Europa an die Krönung auch einen Act der Huldigung wenigstens von Seiten der Kronvasallen und Reichswürdenträger. Erfolgte im deutschen Reiche durch die bei der Krönung anwesenden Reichsfürsten mit dem dreimaligen Rufe „Fiat!“ auf die vom Fürsten von Mainz an sie gerichtete Frage: „Ob sie den gekrönten und gesalbten Fürsten annehmen, sein Reich besiegeln und seinen Befehlen gehorchen wollten?“ In England geschieht die Huldigung, welche jedoch den Charakter einer Leihshuldigung hat, durch Zulassung der Pairs zum Handkusse und bei einigen besonders Privilegirten durch den Kuß auf die linke Wange. Der Krönung Ferdinand's IV. in Mailand mit der eisernen Krone der Lombarden, welche die Sage einem Nagel des heiligen Kreuzes formen läßt, war die förmliche Huldigung der Notabeln des lombardisch-venetianischen Königreichs einige Tage vorausgegangen. Noch jetzt erinnern manche alte Zeit überlieferte Krönungsformeln an eine vorgängige Wahl. Auch eine solche Wahl vorausgehen mußte, oder in Zeiten, wo noch das Erbrecht der Könige nicht fest bestimmt war, oder wo es bei bestimmten Umständen als zweifelhaft erscheinen ließen, war natürlich die Krönung und die damit verbundene ausdrückliche Anerkennung des neuen Regenten keineswegs eine bloße leere Förmlichkeit. Darum hatte in solchen zweifelhaften Fällen mitunter sogar zu wiederholten Malen derselben Regenten Statt; wie sich denn namentlich der Eroberer Wilhelm von der Normandie nicht weniger als dreimal in einem Jahr krönen ließ. In der neueren Zeit haben sich zwar die Grundzüge des Erbrechts der Fürsten bestimmter ausgebildet; allein die förmliche

*) Vergleiche auch den Art. „Hof, Hofämter“ etc.

**) Eine ziemlich ausführliche Zusammenstellung der Gebräuche bei den wichtigsten Krönungen im ehemaligen deutschen Reiche, in Frankreich, England, Schweden etc. siehe in Pierer's Universallexikon. Damit zu vergleichen Augsburg's allgemeine Zeitung, Juli und Sept. 1838.

tion und die Ansichten, die sie in Umlauf setze, haben in einem tieferen Sinne die herkömmlich anerkannten Machtbefugnisse in Frage gestellt, und hier und da die Fürstenkrone zur unwillkürlich erhabenen Mächtigkeitskrone gemacht. Diesen Geist der Zeit erwidern, wie man in den letzten Jahren um so mehr darauf bedacht zu sein, zu wankenden Glauben der Völker an das wankende Alce auch durch äußerliche Mittel, wie die Entfaltung eines besondern Pommers Krönungen und Huldigungen ist, von Neuem zu befestigen. Obwohl die Blitze der Revolutionen meistens von unten nach oben schlagen, geben sich doch auch neuere Staatsmänner gern dem Gedanken, schon damit einen Ableiter gefunden zu haben, wenn sie nur die Spitze des Staatsgebüdes mit glänzender Vergoldung versehen. Und hat man auch seit der Restauration vor den Völkern Europas wieder das Schauspiel einiger besonders prachtvollen Krönungen aufgeführt, derjenigen Karl's X. in Rheims an, dessen Schicksal die schreckliche Kraft der Krone eben nicht besonders bewahrte, bis zu der Victoria's in England (28. Juni 1838*) und Ferdinand's IV. in Mailand (6. September 1838).

Bei diesen Veranlassungen ist nun die Frage, ob überhaupt noch die Krönungen zeitgemäß seien? in verschiedenem Sinne erörtert worden; und schon daß diese Frage aufgeworfen und bald so, bald anders beantwortet werden konnte, ist ein Zeichen der Zeit. Nur die Krönung Ferdinand's IV. hatte durch die unmittelbar sich anschließende Amnestieerklärung eine Bedeutung gewonnen, die jede strengere Kritik entwarf; aber freilich wurde auch der glänzende Hauptact der Krönung selbst durch die freundliche Beigabe um so tiefer in den Hintergrund gestellt. In England dagegen kamen nach dem Standpunkte der verschiedenen Parteien sehr abweichende Meinungen zum Vorschein. Während der „Sun“ einen großen Aufwand nicht scheute, seine Beschreibung der Krönung in Goldbuchstaben drucken zu lassen, hatte sie der „Spectator“ als ein new game for children (Kinderspiel) betrachtet. Gewiß kann die religiöse Weihe des Oberhauptes eines Volkes und die bei jeder Krönung verführte symbolische Vertiefung aller wichtigsten socialen Verhältnisse zwischen Haupt und Gliedern, zwischen Staat und Kirche, noch jetzt eine tiefbedeutungsvolle. Aber damit sie in Wahrheit als Poesie des Volkslebens gelten könne, macht man billig an den Krönungsact dieselbe Forderung, wie an ein gutes Gedicht, daß die ganze Symbolik und Bildersprache derselben eine lebendig anregende Unmittelbarkeit besitze. Schwerlich wird dessen das Füllgeflatter von Tauben und anderen Vögeln in der

*) Bei allem Glanze, der sich bei der Krönung Victorien's in der Weltkade zeigen zur Schau stellte, betrug indessen der Staatsaufwand dafür nicht mehr als 70,000 Pfüder. Bei der Krönung Wilhelm's IV. hatte er sich auf etwas über 50,000, dagegen bei derjenigen Georg's IV. auf nicht weniger als 13,000 Pfüder belaufen.

Kathedrale, wie dieses noch bei der Krönung Karl's X. in Rom geschah; oder in England die Herausforderung des Champion, Ueberreichung von Habergrübe, von Handschuhen durch den Fuß des Rittergutes Worsop, von drei Uhornbechern durch den Lehens von Rether und dergleichen, besonders zu ergreifen und anzuregen vermögen. Gerade mit solchem tausendfachen Beiwerke und Schmuck ist aber bei allen diesen überlieferten Krönungsbräuchen die Handlung selbst völlig überdeckt. Selbst der mehr Gebildete wird doch erst den Sinn aus diesen gothischen Buchstaben mühsam herausbuchstabiren müssen, und alles Buchstabiren wird immer höchst falsch bleiben. Für das Volk aber würde es erst der Vermittelung gelehrter Commentatoren bedürfen, um ihm einigermaßen das Verständniß zu öffnen. Ohnedies fließt der Lethestrom einer blutigen Revolution, woraus alle neueren Völker Europas mehr oder mind geschöpft haben, zwischen den mittelalterlichen Ueberlieferungen und der ferer Gegenwart. Alle Bilder, die nur von jenseits in das Auge fallen können als bloße wesenlose Schatten erscheinen; wie sehr auch ein stens künstlicher und stets vereinzelter Enthusiasmus für das Braus sich Mühe geben mag, ihnen Leben einzuhauchen. Freilich wird auch die Volksmasse, wie bei jedem anderen Schauspiele, das ihr gegeben wird, auch solche Krönungen sich gefallen lassen; aber diese und ähnliche Feierlichkeiten müßten erst selbst umgestaltet werden und das wirkliche Leben der Gegenwart in sich aufnehmen, wenn sie einen wirklichen Eindruck, als den eines bloß seltsamen Schauspieles hinterlassen sollten.

Hülfswissenschaften für die Staatswissenschaften. — Man nennt im Allgemeinen diejenigen Wissenschaften Hülfswissenschaften, deren Studium ein Einzelner oder eine Classe von Gelehrten (oder studirten Beamten) zunächst bezwecken. z. B. die Juristen die für die praktische Ausübung der Jurisprudenz nöthigen Theile der Rechtswissenschaft. Im strengeren wissenschaftlichen Sinne wird dabei vorausgesetzt, daß alle Hauptwissenschaften und ihre Theile ein gemeinschaftliches wissenschaftliches Gebiet bilden, daß sie nicht bloß durch einen äußeren Zweck, sondern daß durch gemeinschaftliche höchste Grundsätze, als Theile der einzigen wahren Gesamtwissenschaft, auch innerlich mit einander verbunden sind. Alle solche Haupttheile der gesamten Staatswissenschaft wurden oben im ersten Artikel des Staatslexikons nachgewiesen. Hülfswissenschaften sind dagegen diejenigen Kenntnisse die man nur, sei es zum besseren Verständnisse, oder sei es zur ferneren Anwendung der eigentlich bezweckten Hauptwissenschaften, nöthig hat oder studirt. Im strenger wissenschaftlichen Sinne sind es jedoch welche zugleich nicht innerlich und durch gemeinschaftliche höchste wissenschaftliche Grundsätze mit der Hauptwissenschaft verbundene Theile, sondern nicht Theile ihres wissenschaftlichen Gebietes sind.

Für eine jede besondere Hauptwissenschaft bilden nun eigen-

übrigen menschlichen Wissenschaften auch Hülfswissenschaften. Denn es gehen alle menschlichen Wissenschaften von Einer gemeinschaftlichen höchsten Idee aus und bilden, sich gegenseitig ergänzend, Glieder einer oder der menschlichen Gesamtwissenschaft, welches die Universalien collopädie darzulegen hat. Bei dieser Verbindung umfängt das Studium jeder einzelnen wiederum die andere nicht blos in der Erweiterung und Ausbildung des wissenschaftlichen Vermögens des Studierenden, sondern auch wegen der inneren Verwandtschaft der Kenntnisse und wissenschaftlichen Begriffe. Die beschränkte Zeit des Lebens gestattet indeß nur höchst wenigen Heroen unter den Sterblichen — ja, bei der heutigen immer größeren Ausbildung der Wissenschaften, wohl Niemandem mehr, auch nur so etwa, wie einst Bacon, ein Genting, ein Leibniz, das ganze Wissen der Zeit zu umfassen. Ein sogenannter Potchister, ein Doctor aller Künste hat daher heute schon immer ein sehr ungünstiges Vorurtheil, er hat den Schein einer lächerlichen Anmaßung und einer eiteln gründlichen Kenntniß gegen sich (das „in omnibus aliquid et in nihil“). Es muß also recht, außer einer allgemeinen classischen Schulung und außer dem Studium einer gründlichen Universalien collopädie, Jeder neben seiner Hauptwissenschaft zunächst nur diejenigen Kenntnisse sich zu erwerben suchen, die mit dem Verständnisse der Hauptwissenschaft oder mit deren Ausübung in einer solchen näheren Verbindung stehen, daß sie als Hülfswissenschaften für dieselben in einem geraden Sinne ihm nöthig oder nützlich sind.

Für jeden einzelnen Theil einer gemeinschaftlichen Hauptwissenschaft, auch wenn nur dieser einzelne Theil allein von dem Studierenden betrockt werden sollte, werden nun wohl gewiß die übrigen Theile ihres theses besondern inneren Zusammenhanges von besonderer Wichtigkeit sein. Wer daher von dem oben (Vd. I. S. 11 ff.) bestimmten weiten Gebiete aller Staatswissenschaften zunächst auch nur einen der beiden Hauptseiten derselben, entweder allein der juristischen, oder allein der politischen sich widmen will, der wird es, so weit möglich, auch mit der anderen sich zu beschäftigen haben. Dies wird auch bei weiterer besondrer Auswahl eines engeren Gebiets, z. B. des sogenannten diplomatischen, oder auch des politischen und nationalökonomischen, in Beziehung auf die übrigen Staatswissenschaften, der Fall sein, und zwar um so mehr, je näher in der Wissenschaft oder in der Ausübung die verschiedenen Theile an einander verbunden sind. Dieses Alles wird um so vollständiger bewerkstelligt, je gründlicher die Wissenschaften selbst, je lebendiger die Wechselwirkung mit dem Leben und je vielfacher Verflechtungen und an einander greifend die Verhältnisse des Lebens werden. Es ist z. B. um zu begreifen, wie heut zu Tage, zumal in einem constitutionellen Staate, eine gründliche Kenntniß und eine glückliche, ungehemmte Anwendung der Rechtswissenschaft oder der rechtlichen Formen der gesellschaftlichen Bestrebungen und Verhältnisse möglich ist, ohne

Kenntniß der correspondirenden politischen Grundsätze, der politischen Zwecke und Mittel dieser gesellschaftlichen Bestrebungen und Verhältnisse, dieser Seele, dieses inneren Lebens der rechtlichen Form und umgekehrt werden auch die politischen Zwecke, Mittel und Einrichtungen ohne Kenntniß ihrer rechtlichen Grundbedingungen und Form nie sich richtig auffassen und behandeln lassen.

Weitere besondere Hülfswissenschaften für alle Staatswissenschaftler, vorzüglich auch für Staats- und Völkerrecht, sind vor Allem Philosophie und Geschichte, so ferne sie nicht schon als der historische und der philosophische Theil der Staatswissenschaften z. B. als Naturrecht, Politik und Rechtsgeschichte, zu den Hauptwissenschaften gehören; ferner Sprachkenntnisse, vor Allem Kenntniß derjenigen Sprachen, in welchen entweder Quellen und Urkunden, oder doch die vorzüglichsten Werke der einzelnen Wissenschaften verfaßt wurden, oder welche bei der praktischen Ausübung gebraucht werden. Die Sprachen des classischen Alterthums, dieser Zugang zugleich Hauptbestandtheil der ganzen höheren Bildung und das Mittel des Verständnisses der wichtigsten Quellen und der trefflichsten wissenschaftlichen und staatskünstlerischen Werke, werden hier stets nützlich sein; durch ihren vollständigeren Besitz zeichnen stets die ersten politischen Staatsmänner sich aus. Bei der immer lebendigeren Bedeutung der gesitteten Völker aber und weil die wissenschaftlichen Werke der verschiedenen Nationen nicht mehr wie früher in der lateinischen Sprache geschrieben werden, sind jetzt fast alle Sprachen der gesitteten Völker, wenigstens der germanischen und romanischen, nützlich und behelflich. Glücklicher Weise unterstützen und erleichtern sie sich gegenseitig gar sehr. Es gibt ferner noch andere Hülfskenntnisse zum Verständniß und zur richtigen Auslegung der Quellen und der wissenschaftlichen Werke, wie Diplomatik oder Lehre, die Urkunden richtig zu lesen und zu beurtheilen, Heraldik oder Wappenkunde, Numismatik oder Münzkunde, Chronologie oder Zeitrechnungskunde, ältere und neuere Geographie u. s. w.

Weiteres über diese einzelnen Hülfswissenschaften enthalten spätere Artikel über dieselben. Literatur über die meisten findet sich in Klüber's öffentlichem Recht §. 12 und 13. E. Th. Welcker.

Hypothek. Der Nationalwohlstand beruht wesentlich auf dem Credit, welcher dadurch begründet wird, daß die Gläubiger im Vertrauen auf Realisirung ihrer rechtlichen Ansprüche gegen ihre Schuldner mit Sicherheit rechnen können. Hierzu ist der gute Wille des Schuldners, verbunden mit zeitlicher Fähigkeit, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, nicht hinreichend; indeß sind in Bezug auf manche Verhältnisse die Gläubiger genöthigt, sich mit einem solchen Personencredit zu begnügen, dem alsdann unter gewissen Voraussetzungen der Wechselproceß zur Stütze dient, mittelst dessen dem Gläubiger der einfachste, kürzeste Wege, durch Anwendung von Zwang gegen die Person des Schuldners, zu seiner Befriedigung zu verhelfen ge-

Volständiger Sicherheit ist im Falle des Realcredits bedingt, wenn nämlich der Gläubiger von dem Eigenthümer einer Sache sich ein dingliches Recht an dieser ertheilen läßt, vermöge welcher er aus dem Werthe der Sache gegen jeden Besitzer derselben die Realisirung seiner Forderung bewirken kann. Ein solches Recht heißt im Allgemeinen Pfandrecht, und der Gegenstand, woran es besteht, Pfand. Erhält der Gläubiger zugleich den Besitz des Pfandes, was nur bei beweglichen Sachen vorzukommen pflegt, weil sonst leicht der Wirklichkeit des Pfandrechts entzogen werden könnte, so entsteht ein Kaufpfand. Ein Pfand ohne Besitzübertragung an den Gläubiger bildet eine Hypothek. Insbesondere versteht man unter Hypotheken Pfandrechte an unbeweglichen Sachen, deren Wirklichkeit durch Einschreiben in die öffentlichen Hypothekenbücher gesichert ist.

Hinsichtlich der Entstehung und Wirklichkeit der hypothekarischen Rechte weichen die Grundsätze der altdeutschen Gewohnheiten und des römischen Rechts wesentlich von einander ab. Jene verbinden mit der Hypothekenertheilung an Immobilien den Begriff einer Veräußerung, diese aber gestatten dieselbe nur in der Form solcher Veräußerung, so wie unter der damit verbundenen Garantie. Die Veräußerung und die derselben entsprechende Erwerbung von Immobilien geschieht sich aber bekanntlich in der Form der gerichtlichen Auflassung vor der Gemeinde, wobei letztere die Verpflichtung übernimmt, dem neuen Erwerber seinen Besitz und sein Recht an der Sache gegen Jedermann zu gewähren. In gleicher Weise geschah daher die Ertheilung von Hypotheken, und es war deshalb mit dieser, eben so wie mit jener, die Veräußerungsvertragung an den Erwerber, hier an den Gläubiger noch weiter verbunden, jedoch unter Vorbehalt des Widerspruchsrechtes für den Schuldner gegen Bezahlung der Schuldsumme *). Diese Hypothekenbestellung beruhte ein auf dem Grundsätze der Öffentlichkeit, zugleich aber auch der Specialität, da die gerichtliche Auflassung, ihrer Natur nach, nur an speciellen Immobilien, nicht aber an einem unbestimmten Inbegriffe solcher Statt fand. Hypotheken, welche bloßen Privatvertrag ohne gerichtliche Auflassung ertheilt, hatten vor der Gemeinde keine Gültigkeit. Generalhypotheken waren durch die Form der Erwerbung ausgeschlossen, und stillschweigende oder gesetzlich waren, eben so wie privilegierte, gänzlich unbekannt. Eine auf einfachen und zuverlässigen Principien gegründete Hypothekenbestellung setzte sich als die festeste Stütze des Credits bewähren, wenn gleich der Umfang ihrer Wirklichkeit durch die Nothwendigkeit der Besitzübertragung an den Gläubiger sehr beschränkt war.

Da die gerichtliche Auflassung als Form der Veräußerung und Erwerbung von Immobilien mit großen Kosten und Beschwernen für die Gemeinde verknüpft war und nur für ganz einfache, möglichst

*) Ritttermater, im Archiv für die civilist. Praxis 18. Bd. S. 151.

wenigem Wechsel unterworfenen Güterverhältnisse paßte; so konnte sich bei zunehmendem Verkehr und damit verbundenem vielfältigen Besitzwechsel nicht behaupten; sie kam daher bald in Abgang, und wurde, statt ihrer, gewöhnlich, unter der Garantie der Gemeinde öffentliche Bücher zu führen, in welche die Veräußerungen und Erwerbungen von Immobilien eingeschrieben werden mußten, um gültig und wirksam zu sein. Da diese Einschreibung ganz die nämlichen Wirkungen äußerte, wie die gerichtliche Auflastung, so konnte durch diese Einrichtung dem Realcredit so wenig Abbruch geschehen, daß sie vielmehr zu größerer Ausdehnung gereichte, indem sie nicht, wie frühere, ihrer Natur nach, zur Begründung einer Hypothek nothwendige Besitzübertragung an den Gläubiger erforderte. Indes wurden statt der Hypotheken bei Darlehen, die sogenannten Rentenverleihen gewöhnlich, was vielleicht dadurch zu erklären ist, daß man sich sobald der Gewohnheit entschlagen konnte, in der Hypothekenbestellung eine Veräußerung zu erkennen.

Verwickelter, mithin schwieriger aufzufassen, dabei weniger dem Realcredit befördernd sind die Grundsätze des römischen Rechts. Infolge dieser können hypothekarische Rechte nicht nur an speciellen Gegenständen, sondern auch an einem unbestimmten Inbegriffe solcher selbst an denen, die der Verpfänder erst künftig noch erwerben wird, überhaupt an dem gesammten gegenwärtigen und künftigen Vermögen desselben gültig verliehen werden. Zur Begründung hypothekarischer Rechte genügt ferner ein bloßer Privatvertrag zwischen Gläubiger und Verpfänder ohne alle öffentliche Garantie, und es ist über dem römischen Rechte die Öffentlichkeit im Sinne des deutschen Rechts fremd, indem jenes unter einer öffentlichen Hypothek nur solche versteht, welche in einer öffentlichen, d. h. von der öffentlichen Behörde aufgenommenen und unterschriebenen Urkunde verliehen werden. Außerdem verordnet das römische Recht stillschweigende oder gesetzliche Hypotheken, welche mit gewissen Verhältnissen, in denen der Schuldner zu anderen Personen tritt, zu Gunsten der Letzteren von selbst entstehen, und von denen sogar die meisten vor allen dem Vertrag begründeten privilegiert sind, so daß diesen, in so weit sie mit jenen in Collision kommen, ihre Wirksamkeit gänzlich entzogen wird. Außer Vertrag und Gesetz entstehen, nach römischem Rechte, hypothekarische Rechte auch durch richterliche Einweisung in Vermögensgegenstände des Schuldners, so wie ferner dadurch, daß zum Zwecke des Vollzugs eines richterlichen Erkenntnisses Sachen des Schuldners hinweggenommen werden.

Mit dem römischen Rechte überhaupt fanden auch dessen Bestimmungen über Hypotheken Aufnahme und Anwendung in Deutschland, ohne jedoch die deutschen Gewohnheiten zu verdrängen, indem vielmehr beide in bunter Mischung neben einander gelten ließen. Diese Mischung erzeugte, vermöge der sich widersprechenden Principien keine geringe Verwirrung, wovon gänzliche Unsicherheit der Gläubiger

Verstärkung des Credits die nothwendige Folge war. Denn wer aus Unkenntniß des römischen Rechts sein Vertrauen auf die öffentlichen Bücher setzte und in einer in dieselben eingeschriebenen Hypothek vollkommene Sicherheit zu haben glaubte, sah sich zu seinem Schaden getäuscht, wenn er unvermuthet mit Gläubigern in Collision kam, denen gesetzliche und privilegierte Hypotheken zustanden. Verderblichen Folgen dieser Verwirrung und Unsicherheit wurden gesehendem Verkehre immer fühlbarer, und man erkannte es zur allgemeiner für eins der dringendsten Bedürfnisse, dem Uebel zweckmäßige, auf seine Principien zurückgeführte Hypotheken abzuheilen. Erfahrung und gründliche Prüfung bewährten bei vor Allem als heilsam das dem alrdeutschen Gewohnheitsrecht sprechende Princip der Oeffentlichkeit, vermöge dessen die Gültig- und Wirkksamkeit hypothekarischer Rechte wesentlich auf dem Einreiben in öffentliche Bücher beruht. Hiermit sind die durch das öffentliche Recht verordneten stillschweigenden Hypotheken nur in so fern einsehbar, als sie für den, dem sie zustehen, dies einen Rechtsmittel gegen, die Einschreibung in die öffentlichen Bücher wider Willen Schuldners zu verlangen, außerdem aber den eingeschriebenen Hypotheken gegenüber alle Wirkksamkeit erlöschen. Durchaus unvereinbar mit dem Grundsatz der Oeffentlichkeit sind dagegen die dem öffentlichen Recht eigenthümlichen privilegierten Hypotheken, da jenen andern Vorzug der einen Hypothek vor der andern verleiht, und den durch die frühere Einschreibung begründeten. — Nächst dem Princip der Oeffentlichkeit empfiehlt sich das der Specialität, vermöge dessen nur an bestimmten, erkennbar bezeichneten Immobilien hypothekarische Rechte gültig ertheilt werden können, weil man nur hier, wo im Stande ist, stets gehörig zu beurtheilen, ob und welche Sicherheit durch eine Hypothek begründet wird.

Der des Einschreibens in das öffentliche Hypothekenbuch könnte der eine Hypothek nicht für gültig und wirksam erkannt werden, wenn derjenige, gegen den die Einschreibung geschieht, nicht dispositivefähiger Eigenthümer der zur Hypothek verschriebenen Sache ist. Ehe aber die Einschreibung mit rechtlichem Erfolg bewerkstelligt werden kann, muß die Dispositionsfähigkeit des Ertheilers und sein Eigenthum an dem zu verhypothecirenden Gegenstande völlig außer Zweifel sein. Die Unmöglichkeit des Eigenthums insbesondere müßte entweder in jedem einzelnen Fall durch die genaueste und sorgfältigste Nachforschung ausgemittelt und festgestellt werden, was nicht selten mit großen Schwierigkeiten und Schwierigkeiten verbunden sein würde, oder es müßten neben den öffentlichen Hypothekenbüchern besondere Grundbücher gegeben werden, in welche alle vorkommenden Veräußerungen und Erbschaften mit der Wirkung einzuschreiben sind, daß stets nur derjenige für den rechtmäßigen Besitzer und Eigenthümer einer unbeweglichen Sache gilt, den das Grundbuch als solchen ausweist. Da- mit weist sich die Frage auf: wem die Führung der Grund- und

Hypothekenbücher mit der Verpflichtung, für die Richtigkeit der Einschreibungen in denselben zu haften, zu übertragen sei? Die neueren Gesetzgebungen erfordern zu dem Ende die Bestellung beider Hypothekenbeamten, welche die Hypothekenbücher unter Aufsicht und Controle der Gerichte führen sollen, so daß beide für die Richtigkeit derselben verantwortlich sind. Zweckmäßiger dürfte es jedoch in der altdeutschen Sitte gemäß, die Führung der öffentlichen Grund- und Hypothekenbücher mit der Verbindlichkeit, für die Richtigkeit des Inhaltes zu haften, den Gemeinden zu überlassen, da diese nicht am Besten im Stande sind, alle in ihrem Kreise vorkommenden Veränderungen, Erwerbungen und hypothekarischen Belastungen von Immobilien auf das Genaueste zu erfahren, sondern auch durch ein besonderes öffentliches Interesse bestimmt werden, hiervon Kenntniß nehmen, indem Rechte und Verpflichtungen innerhalb der Gemeinde davon abhängen, ferner der Credit derselben darauf beruht, auf welche Weise aber eine Gemeinde oder auch nur ein aus den vermögenden Mitgliedern derselben gebildeter Ausschuß den Gläubigern eine bei weitem bessere Garantie darbietet, als die für größere Bezirke bestellten Hypothekenbeamten und Gerichte gewähren können.

Diesen Grundsätzen entsprechen mehr oder weniger die neueren Gesetzgebungen über das Hypothekenwesen, vor allen die preussische, welche rein dem Grundsatz der Öffentlichkeit und zugleich der Exklusivität huldigt, daher die im römischen Rechte begründeten stillschweigenden oder gesetzlichen Hypotheken nur als Rechtstitel gelten läßt, die Einschreibung in das öffentliche Hypothekenbuch ohne Zustimmung des Schuldners zu verlangen, dagegen die privilegierten Hypotheken gänzlich ausschließt. Was die Gewißheit des Eigenthums betrifft, so ist dafür nicht durch besondere Grundbücher gesorgt, wohl aber muß bei jeder Einschreibung einer Hypothek der Besitztitel des Hypothekentellers vollständig nachgewiesen werden, worauf derselbe ebenfalls in das Hypothekenbuch unter einer besondern Rubrik ausführlich eingeschrieben ist, so daß hiernach das Hypothekenbuch die Stelle des Grundbuchs vertritt *). — Das bayerische Hypothekengesetz vom 1. Juli 1822 beruht auf den nämlichen Principien wie das preussische. Das österreichische Gesetzbuch erfordert neben den Hypothekenbüchern sorgfältig geführte Grundbücher, in welche jeder Besitz dinglicher Rechte an Immobilien eingeschrieben sein muß, um als gültig erworben betrachtet zu werden. — Besondere Beachtung verdient das sächsisch-böhmische Hypothekengesetz vom 15. April 1825, welches, dem altdeutschen Institute der gerichtlichen Auflassung getreu, die Führung der Hypotheken- und Grundbücher für eine Gemeindefache erklärt, daher der Gemeinderath überträgt und diesen für die Richtigkeit aller Ein-

*) Reigebauer, Sammlung der Verordnungen, welche sich auf die preussische Hypothekenordnung beziehen. Hanau, 1822. S. 21 u. S. 58 u. f.

antwortlich macht. Ueber diese und andere neuere Erhebungen siehe Mittermaier im Archiv für die civilistische Praxis (18. Bd. S. 172 u. f. S. 431 u. f.). Keine unter den neueren Erhebungen blieb dagegen weiter hinter den Principien der Einfachheit und Specialität zurück, keine verkannte mehr die Nothwendigkeit der Gewissheit des Eigenthums des Hypothekenbestellers, als französische, welche klüschweigende privilegierte Hypotheken ohne Schwere anerkannt, Generalhypotheken ganz unbeschränkt gelten, dabei weder die Führung von Grundbüchern erfordert, noch sonst auf Kläglichkeit des Eigenthums der Hypothekenbesteller nicht sieht *).

G. Mühl.

Hochverrath (juristisch). Hochverrath ist das Schwerste der unter dem Ausdruck: Staatsverbrechen (öffentliche Verbrechen) aufgeführten Verbrechen und ist jeder gegen das Bestehen des Staates überhaupt, oder sein Bestehen mit einem bestimmten Gebiete, oder gegen den Grundbestandtheil seiner Verfassung, daher in Monarchien gegen den Regenten gerichteter und eine gewaltsame Umgestaltung der bestehenden Ordnung bezweckender Angriff. Um den richtigen Standpunkt für Beurtheilung dieses Verbrechens aufstellen und die Natur desselben richtig entwickeln zu können, ist die Angabe der verschiedenen Ansichten nöthig, die im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der Lehre wirkten. In dem gemeinen deutschen Strafrechte bildet das römische Recht die Grundlage; daher auch in dieser Lehre die römischen Ansichten vorzüglich zum Grunde gelegt wurden. Hier aber zeigte sich Nachtheil, aus dem Zusammenhange einzelne Stellen der römischen Rechtsammlung zu reißen und daraus eine Theorie abzuleiten, seiner ganzen Größe. So hat z. B. die lex 5. Cod. ad leg. Juliam deest. von jeder eine ungeliebte Rolle in dieser Lehre gespielt und eine Oeffnung hinter und ungerechter Ansichten veranlaßt. Nur ein klares Bewußtsein des Geistes der römischen Quellen und der verschiedenen Ansichten in ihrem inneren Zusammenhange, eine Prüfung, wie allmählig aus den verschiedenen Verhältnissen des römischen Reichs die leges, die Ausprüche der Kaiser und der Juristen sich ausbildeten, und aus diesen politischen Verhältnissen und Voraussetzungen die Ansichten hervorgingen, kann zum Ziele führen und eine gehörige Grundlage liefern. In dieser Beziehung ist in neuerer Zeit erst durch die Forschungen von Weiske ¹⁾, Birkler ²⁾, Ruden ³⁾, Hepp ⁴⁾, Zachariä ⁵⁾ u. A.

*) Föllis, Ueber die Verbrechen des französischen Hypothekenwesens (in der kritischen Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes. Hamb. S. 48 u. f.).

1) Weiske, Ueber Hochverrath und Majestätsverbrechen. Leipzig, 1836.

2) Birkler, Die gemeinrechtliche Lehre vom Majestätsverbrechen und Hochverrath. Stuttgart, 1836.

3) Ruden, Abhandl. aus dem deutschen Staatsrecht 1. S. 225.

4) Hepp, im Archiv des Criminalrechts. Neue Folge. 1837. Nr. 13.

5) Zachariä, im Archiv des Criminalrechts. 1838. (Neue Folge) Nr. 8. u. f.

viel Verdienstliches geleistet worden. Man mußte bei der Präse römischer Ansichten sich davor hüten, moderne Vorstellungen der Zeit unterzuschleiben; insbesondere hatte unsere Elite, bei jedem Brechen das vollendete und das versuchte Verbrechen zu unterscheiden nachtheilig gewirkt. Das römische Recht kannte diese Unterscheidung nicht ⁶⁾, sondern stellte eine Masse von Handlungen unter die ohne zu erklären, daß einige derselben nur als Versuchshandlungen angesehen werden sollten; es waren vielmehr eigene Delicte, die der poena legis bestraft wurden, während manche neue Juristen Handlungen wieder als vollendete Verbrechen betrachteten und nach den Grundsätzen des Versuchs die Vorbereitungen zu den Handlungen mit der Strafe des Versuchs bestraften u. Es ist gewiß, daß ursprünglich im römischen Rechte das iudicium perduellionis unseren heutigen Hochverrathsprocessen in mancher Hinsicht gleichgestellt werden kann; allein diese perduellio umfaßte viele Fälle (sogar Verbrechen, bei denen der Verbrecher als Feind des Staats erschien ohne daß die Fälle im heutigen Sinne zu dem Hochverrathe gezählt werden dürfen. Das iudicium perduellionis verlor ⁸⁾ seine alte Bedeutung, aber nicht in dem Sinne ⁹⁾, daß das crimen perduellionis überhaupt unanwendbar geworden wäre, sondern nur so, daß manche harte Formen in diesem iudicio, die durch den allmählichen milderen Geist mißbilligt wurden ¹⁰⁾, außer Übung kamen, wofür die Geschichte lehrt, daß noch später, als schon das crimen maiestatis vorkam, noch iudicia perduellionis Statt fanden ¹¹⁾. Bald aber überließ die eigentliche praktische lex die lex maiestatis ¹²⁾, deren Bedeutung besonders seit der Zeit vorkam, als die quaestiones perpetuae entstanden, und es einer bestimmten Regulirung der quaestiones einer Angabe bedurfte, welche Handlungen in das crimen maiestatis fallen sollten. Es war begreiflich, daß, je unruhiger die Zeiten wurden, je mehr Parteien gegen einander kämpften, auf einer Seite manche überheren Ansichten über politische Verbrechen sich milderten, auf der andern Seite aber die Machthaber, welche auf die Erlassung solcher Gesetze maiestatis einwirkten, die Gelegenheit benutzten, manche die bestehende Ordnung und ihre Macht gefährdenden Handlungen strenge zu verbieten, woraus es sich erklärt, warum so viele Handlungen, die in unserem Sinne nur polizeilich gefährliche oder Versuchshandlungen heißen würden, allmählig unter die leges maiestatis gestellt wurden ¹³⁾. In die praktische Entwicklung des Verbrechens des Hochverrathes ist

6) Weiske S. 64.

7) Dief., Historische Versuche S. 21.

8) Birkler l. c. S. 4—10.

9) Birkler S. 37.

10) Dief. l. c. S. 40. u. S. 157.

11) Birkler S. 40.

12) Dief. S. 90. Birkler S. 90. Weiske S. 8.

13) Weiske S. 15.

beitragen, die einzelnen legen majestatis, die der Reihe nach
 gen, und unter denen die lex Cornelia und vorzüglich die
 v. Juliane majestatis die wichtigsten waren, nach ihrem genaueren
 witz zu prüfen. Der Grundgedanke bei dem crimen majestatis¹⁴⁾
 24), daß dieses Verbrechen alle feindseligen Handlungen gegen die
 publica umfasse, worunter man sich nicht die Staatsverfassung
 Staatsform, sondern das römische Volk als Ganzes, den Staat
 ihrer Majestät dachte¹⁵⁾. Nach den ursprünglichen Vorstellungen,
 der lex majestatis¹⁶⁾ zum Grunde lagen, dachte man sich die
 publica durch manche Handlungen verletzt, die wir unter andere
 folgende zu subsummiren gewöhnt sind. Es ist gewiß, daß man
 Töden fremder Geiseln, das Ueberlaufen zum Feinde¹⁷⁾, die
 Abtödtung des Statthalters, der sein Amt dem Nachfolger nicht über-
 re und mit Gewalt in seiner Stellung sich erhalten will, selbst unter
 Händen die Widersehung gegen den magistratus¹⁸⁾ zu dem cri-
 men majestatis rechnete; es ist eben so begreiflich, daß in unruhigen
 um manche Handlungen, die sonst nur eine vis publica begründeten,
 in den Zusammenhang mit den Parteikämpfen und als Lösung
 Gewaltthatigkeiten eine dem Staate gefährliche Richtung annehmen
 ; daher als Fälle des crimen majestatis betrachtet werden konn-
 29). In der Kaiserzeit wurde nun der Kaiser ein Hauptgegenstand
 Verbrechen, und allmählig war er es²⁰⁾, auf welchen das crimen
 majestatis bezogen wurde. Man hat nicht nothwendig, bei den Fällen
 Verweisen²¹⁾, in welchen nach den Zeugnissen der Classiker despotische
 der diejenigen, welche ihre Ungnade sich zuzogen, als Majestätsver-
 cher verurtheilt ließen, und sollte Richter oft die unschuldigsten
 ablungen als crimen majestatis bestrafen; denn eine solche des-
 30) ausdehnende Richtung des crimen majestatis lag nicht im
 31) der classischen römischen Jurisprudenz. Es ist zwar richtig,
 32) die Juristen immer mehr auch Fälle, die ursprünglich nicht unter
 lex majestatis begriffen waren, in der Fortbildung des Rechts
 exemplum dahin rechneten²²⁾, und man thut dem römischen
 33) nicht zu viel Ehre an, wenn man, wie in neuester Zeit
 34) und Richter gethan haben, ein Streben nach Bestimmtheit und
 35) Abgrenzung der Hochverrathsfälle im römischen Rechte finden will²³⁾;

14) Faden l. c. §. 227. Meiske S. 21. Birkler S. 54.

15) Meiske S. 35.

16) van Heiden de var. malestat. signific. apud Romanos, Grouing,
 34.

17) Birkler S. 75.

18) Meiske S. 104. Birkler S. 107.

19) Birkler S. 84.

20) Birkler S. 118. Meiske S. 40.

21) Diod l. c. §. 125.

22) Meiske S. 122.

23) S. gegen Birkler's und Meiske's Ansicht Frepp (im Archiv
 für Criminalrechte. Neue Folge. 1837. S. 367—391).

es möchte schwierig sein, einen bestimmten Begriff nachzuweisen. den römischen Juristen in Bezug auf das crimen majestatis schwebte. Dagegen ist zur Ehre der römischen Juristen, deren juristischen Sinn und deren Kunst trefflicher Analyse wir doch bewundern, zu glauben, daß sie auf ähnliche Art, wie noch englischen Juristen, die auch über treason keine geschlossene vollständige Gesetzgebung besitzen, von einer gewissen das crimen majestatis beschränkenden Ansicht geleitet wurden, indem es theils bekannt, daß die römischen Juristen, wenn sie auch das Recht fortbildeten, doch immer an die geltende lex und ihre Aussprüche hielten, theils eine entscheidende Rücksicht der römischen Juristen bei dem crimen majestatis immer die war: „an potuerit facere“²⁴⁾, wodurch man selbst bewahrt wurde, bei jedem unreifen, unbestimmten oder altem Unternehmen schon Hochverrath anzunehmen; theils daß die Juristen wesentlich auf den animus hostilis Rücksicht nahmen, der nothwendig zum crimen majestatis gehörte²⁵⁾, und unter welchem nicht der gewöhnliche dolus, sondern jene Absicht verstanden wurde, die bestimmet die Macht durch Krieg und Gewalt zur Ausführung der hochverrätherischen Plane anzugreifen. Man darf auch annehmen, daß seit der Zeit, als die quaestiones perpetuae versielen, und die judices ein freieres Recht bei der Anwendung der Strafen mit Milderung der in der lex gestimmten Strafe hatten, auch bei dem crimen majestatis nicht alle Fälle mit der vollen poena legis, sondern mit geringerer Strafe bestraft wurden. Auch scheint es, daß man unterschied, ob Jemand legis Juliae majestatis reus war oder nur majestatis reus²⁶⁾, und den Ersten strenger behandelte. Der Ausdruck perduellio wurde behalten, um die schwersten Fälle des crimen majestatis zu bezeichnen. Manche Handlungen wurden auch nach Verschiedenheit der That bald unter crimen majestatis gestellt, bald als vis publica betrachtet, z. B. bei Widersehung; manche, die Anfangs unter der lex Julia standen, z. B. seditio, wurden später mit besonderen Strafen bedrohet. Eine Hauptstelle in Bezug auf das unter den Kaisern vorkommende Recht war die lex 5 Cod. ad legem Jul. majestat. Daß diese einen tyrannischen Geist athmet, ist unverkennbar, wenn es auch richtig ist, daß sie nicht ganz auf Rechnung der Kaiser Honorius und Arcadius zu setzen ist, da die constitutio allerdings harte Vorschriften enthält, welche schon vor diesen Kaisern durch ihre Vorfahren eingeführt waren. Zwar enthält die lex 5 etwas Neues²⁷⁾, nämlich die Gleichstellung der das Leben bedrohenden Verschwörung gegen die obersten Reichsbeamten (man denke nur an Eutrop, der zur Jugendzeit

24) L. 7. §. 5 D. ad leg. Juliam. Weiske S. XVII. Birkler S. 194. Hepp, im Archiv S. 378.

25) Birkler S. 145. Hepp, im Archiv S. 361. 410.

26) Weiske S. 5.

27) Gothofred. ad Cod. Theodos. lib. IX. tit. 14. Paggi, elem. crimin. lib. II. p. 52.

Aradius mit unbedingter Gewalt sehr tyrannisch herrschte und die constitutio sein Ansehen und sein Leben sichern wollte) mit Verschönerung gegen das Leben des Kaisers; in Ansehung der aber war es nicht die Absicht, eine strengere Ansicht einzuführen, mit Unrecht würde man aus dem Worte: „cogitaverit“, oder aus Worten: „eadem severitate voluntatem sceleris, qua effectum consilii voluerunt“ ableiten²⁹⁾, daß schon jede Äußerung eines verächtlichen Gedankens mit der strafenden Vollendung des Hochverrats bestraft werden soll, da offenbar nur von der Bestrafung des eigentlichen Verraths die Rede ist. — In dem germanischen Rechte lag den Handlungen, die wir Hochverrath nennen, Gesichtspunct der proditio, des Verraths, zum Grunde. Ueberrall auch in den deutschrechtlichen Quellen³⁰⁾, daß man den Verrath den schwersten Verbrechen rechnete, den Ausdruck aber in einem andern Sinne auffaßte, in welchem er nicht bloß die Untreue gegen Staat und den eigentlichen Staatsverrath bedeutete, sondern auch Verletzung an einer Person umfaßte, welcher der Thäter zur Besondere Treue verpflichtet war. In diesem Sinne wird an dem Lehensthron, an dem Vorgesetzten, an dem Ehremanne und selbst an dem Angehörigen durch den Mord ein Verrath begangen³¹⁾. Es erklärt sich aus den Lehensverhältnissen, welche das germanische Leben umgaben und auf der Verpflichtung zur Treue beruhten, und wo es leicht dazu kommen konnte, die nämliche Strenge gegen denjenigen zu lassen, welcher zur Treue gegen einen Andern verpflichtet war und diese Treue verletzte. So erklärt es sich, warum germanischen Rechte³²⁾, wo sich überhaupt so viele germanische Anzeichen erhielten, der Unterschied von hohem und kleinem Verrath (high treason) sich ausbildete, und der Mord des Ehremanns durch Hofreau, des Geistlichen an seinem Obern als Verrath angesehen wurde. In das germanische Recht gingen aber auch früh die Ansichten des römischen Rechts über crimen majestatis über. In den römischen Statuten, auf welchen das römische Recht Einfluß erhielt, wird schon vom crimen majestatis gesprochen, und die Glossatoren³³⁾ und italienischen Praktiker setzten das crimen (wie man gewöhnlich beifügte: laesae) majestatis schon als bekannt voraus, indem sie in Bezug auf den Versuch bemerkten, daß dieses Verbrechen zu criminibus atrocissimis gehöre, bei welchen der Versuch wie die

28) Grise S. 67. Zachariä, im Archiv I. c. 1838. S. 358.

29) Helmeccil elementa jur. germ. tom. II. p. 110.

30) Köpfer, im Archiv IX. S. 148. Hepp, im Archiv. Neue Folge 37. S. 401.

31) Klein Aufsatz in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung I. 271.

32) S. darüber Luben, Vom Versuche der Verbrechen S. 402. 403.

Vollendung gestraft würde³³⁾. Da die deutschen Kaiser sich als Nachfolger der römischen betrachteten, so kam man bei der Abfassung der goldenen Bulle leicht dazu³⁴⁾, die hochverräterischen Unternehmungen gegen den Kaiser als Majestätsverbrechen zu erklären; die lex 5 Cod. ad leg. Jul. in das deutsche Gesetz aufzunehmen, dem man zugleich aussprach, daß auch gegen die Kurfürsten („pars corporis nostri sunt“) das crimen majestatis begangen werden könne³⁵⁾. In der Bambergensis scheint zwar Schwarzenberg klarer Begriff von dem Hochverrath vorgeschwebt zu haben; allein leitende Ansicht war die des Verraths, und zwar im Sinne des Mittelalters. Der Art. 132 spricht zwar schon von dem crimen majestatis gegen die kaiserliche Majestät, verweist auch die S. 133 auf römisches Recht; der Art. 135 handelt schon bestimmt von Thätern, die im heutigen Sinne zum Hochverrathe gehören, oder wenigstens Staatsverrath in unserem Sinne begründen, und in den Art. 140 und 152 wird von dem Aufruhr gegen den Staat und von Verrath überhaupt gesprochen³⁶⁾. Aus einem neuerlich mitgetheilten Urtheile vom 1486 in Bamberg³⁷⁾ sehen wir, daß man einen Hochverräter wegen seines Verbrechens gegen den Fürsten zum Tode verurtheilte. In der Carolina³⁸⁾ sind einige Artikel der Bambergensis weggelassen; man schien die Vorschriften des römischen Rechts als majestatis als bekannt voraussetzen; nur der Art. 124 CCC (gemeinlich allgemein von dem Verrathe, jedoch im mittelalterlichen Sinne, wo Verrath auch gegen andere Personen, denen man besondere Zuneigung schuldig ist, begangen wird, und der Art. 127 CCC handelt von dem Aufruhr, aber wohl in einem ausgebehnteren Sinne, als wir das Wort nehmen, daher gewiß eben so von dem hochverräterischen Aufruhr, wie von dem Aufruhr überhaupt³⁹⁾. Bei dieser Lücke der Carolina, die man aus dem römischen Rechte auszufüllen suchte, konnte es nicht fehlen, daß die ganze Lehre vom Hochverrathe ohne alle feste Grundlege in der Anwendung war; und vergleicht man die Praktiker und Schriftsteller vom 16. Jahrhunderte an, so überzeugt man sich leicht, daß für keine Lehre wissenschaftlich weniger geleistet worden ist, als für die gegenwärtige. Man betrachtete das Majestätsverbrechen als delictum exceptum, stellte eine Masse⁴⁰⁾ angeblicher Singularfälle

33) Dieses findet sich bei Gaudinus, Angelus Arretinus u. A. G. richtig bei Zacharia, im Archiv des Criminalrechts. 1838. S. 535.

34) Capitel XXIV.

35) Zacharia, im Archiv l. c. S. 539.

36) Hepp, im Archiv des Criminalrechts. Neue Folge 1837. S. 39.

37) Idpfl, das alte Bamberger Stadtrecht. Heidelberg, 1838. Texte pag. 140 und Einleitung S. 117.

38) Hepp, im Archiv. S. 396.

39) Wächter, im Archiv des Criminalrechts. Neue Folge. 1838. S. 473.

40) Zacharia, im Archiv 1838. S. 547.

bildete sich ein, daß man bei dem Hochverrathe jede Versuchung wie die Vollendung strafen müsse; und da unsere Juristen Ursache nicht fühlten, welche der bürgerlichen Freiheit eben durch nämliche Hochverrathsgesetze gebrocht wird, da überhaupt das Princip höchstbedeutend herrschend wurde, und man vorzüglich bei dem Hochverrathe dieses Princip geltend machen zu müssen glaubte, so war der Mangel in dieser Lehre kein lebenswerther. Man ist einzelne aus des römischen Rechts aus dem Zusammenhange und brachte sie zu einer Theorie über Hochverrath; und insbesondere dehnte das Verbrechen dadurch weit aus, daß man keinen festen Punct, bei welchem der Hochverrath strafbar zu werden beginnen sollte, dem neueren Juristen hatte Feuerbach ein vorzügliches Verdienst, welches dadurch sich erworben, daß er der Ausdehnung des Verbrechens entgegenzuwirken und den Unterschied desselben von anderen solchen Handlungen zu zeigen suchte; allein in die Natur der römischen und deutschen Quellen war auch er nicht eingedrungen, und sein Uebel, daß jeder Fall des Hochverrathe mit Todesstrafe bestraft, und der entfernteste Versuch und die Weisküsse mit der ordentlichen Strafe des Verbrechens belegt werden sollten, führte manche Richter — Bei den neueren Criminalisten zeigt sich schon das Streben, die Natur des Hochverrathe besser zu entwickeln; die Ursache der Ausdehnung des Begriffs wurde allmählig besser begriffen; die besseren historischen Forschungen erhellten auch das Wesen des römischen crimen maiestatis; die einzelnen zum Hochverrathe gehörigen Handlungen wurden besser verglichen. Die Fehler in den neueren literarischen Arbeiten sind nur darin, daß Manche das ganze römische crimen maiestatis allein von den römischen Juristen dahin gerechneten Fällen als die Grundlage der Lehre vom Hochverrathe nach dem heutigen gemeinen Rechte betrachteten und dabei vergaßen, daß richtiger nach dem Entstehungsgange des Rechts in Deutschland der Gesichtspunct der Verletzung zum Grunde gelegt werden muß, so daß nur jene Fälle des römischen crimen maiestatis zum Hochverrathe und Staatsverrathe gerechnet werden können, in welchen ein Verrath und Verletzung der Staatsverpflichtung Unterthanen sich ausspricht, da ohnehin bei vielen Fällen des römischen crimen maiestatis unter besonderen Umständen stehen, z. B. Desertion, Befreiung der Gefangenen, und die Geschichte lehrt, daß man allmählig zwar einzelne Handlungen den Römern unter die lex maiestatis subsumirte, ohne dabei die Rücksicht zu haben, daß diese Handlungen eine parricidiale oder hochverrätliche im germanischen Sinne begründen sollten. Ein anderer Fehler war, daß man oft durch moralische Vorstellungen, oft durch Sentenzen, oder durch irrige historische Ansichten, oft aber auch durch die fern Absichten, den Staat und die bürgerliche Ordnung auch schon im entferntesten gefährlichen Angriffen zu sichern, alle Grundsätze des Rechts vergaß, politische und strafrechtliche Rücksichten durch einander warf und den Satz aufstellte, daß es bei dem Hochverrathe nur

so die Todesstrafe, schon eintreten ließ, wo Handlungen verübt
 noch weit entfernt von der Vollendung steben, z. B. schon d
 in hochverrätherischer Absicht ein Complot angezettelt.
 in Veranlassung eingelassen (mag diese noch so unbestimmt un
 oder einen Aufstand erregt hat (mochte derselbe auch n
 noch ohne allen Nachtheil unterdrückt werden sein). Die Lehr
 oder auch im Art. 302 zu verschwenderisch den Fällen
 des Verraths zweiten Grades gedrohet und auf diese Weise an
 diese bestimmte Strafe auf Verbrechen der verschiedenartigen
 Artung gesetzt. Der Begriff des Staatsverraths wurde im Art
 auf viele Handlungen ausgedehnt, welchen auch nicht die geringste
 verrätherische Absicht zum Grunde liegt, z. B. wenn Jemand die
 Wirkung einer fremden Macht wegen seiner Rechtsansprüche verur
 oder wenn er Gesandte fremder Staaten beleidigte. Am Nachthei
 ist es, daß das Gesetz über die wichtigste Frage, über den Zeit
 punkt der Strafbarkeit des Versuchs, sich nicht entschied. Da nur
 im bayerischen Gesetzbuche auch der entfernte Versuch, also die
 klasse Vorbereitungen verübte, schon mit Strafe bedrohet ist, so
 es nicht fehlen, daß man den Kreis der Versuchshandlungen des V
 verraths auf eine sehr willkürliche Weise auf die entferntesten, z
 als unversehene Plane eines augenblicklich aufgeregten Kopfes verwe
 ben Ausdehnungen ausdehnen konnte. Auch war es zu dem, z
 schon die Aufforderung (ein sehr unbestimmter Ausdruck) zu v
 verrätherischen Aufstehung in öffentlich versammelter Versam
 lung durch Verbreitung von Schriften als nächster Versuch des V
 verraths oder Buchthaus auf unbestimmte Zeit nach Art. 60 g
 (Haupt) erlitten wurde.

Obige Fortschritte waren in dieser Lehre durch die neuen
 sächsischen Entwürfe gemacht. In dem sächsischen Entwur
 f (Art. 29) ist der Begriff des Hochverraths eingeschränkt und dem
 Vollendung der dahin gehörigen Handlungen genauer charakterisirt
 in die gewaltsamer Angriff gefordert. Die Verschwörung ist
 nicht mit dem vollständigsten Verbrechen zusammengeworfen, sondern
 dieses Verbrechen mit Strafe (für der gemeinen Theilnehmer z
 mit 10 Jahren Buchthaus) bedrohet. Der Kreis der Handlungen,
 die nach Art. 47 Staatsverrath begründen sollen, ist weit eingeschrän
 kt, so daß die wirkliche eine verrätherische Gesinnung für ausre
 chend ist bei Staatsverrath nie gedrohet. Ueberall zeigt sich
 Absicht, durch eine klare Fassung, der willkürlichen Auslegung ab
 zuwehren. Die Fehler des Gesetzes sind in dieser Lehre sind jedoch
 man hat der Verschwörung nicht mehr die verschiedenen Grade
 ertheilt (für die Handlungen des Verraths ersten Grades ist, ersandt
 gedrohet, der des zweiten Grades mit 10 Jahren. Der Art. 48 ist ge
 lümmelt, die Verschwörung des dritten Grades mit 5 Jahren

also die Todesstrafe, schon eintreten ließ, wo Handlungen verübt sind, die noch weit entfernt von der Vollendung stehen, z. B. schon da, wenn Jemand in hochverrätherischer Absicht ein Complot angezettelt, eine Verschwörung eingelassen (mag diese noch so unbestimmt und unreif sein) oder einen Aufruhr erregt hat (mochte derselbe auch noch schnell ohne allen Nachtheil unterdrückt worden sein). Die Todesstrafe wurde aber auch im Art. 302 zu verschwörerisch den Fällen des Staatsverraths zweiten Grades gedrohet und auf diese Weise eine solute bestimmte Strafe auf Verbrechen der verschiedenartigsten Beschuldigung gesetzt. Der Begriff des Staatsverraths wurde im Art. 302 auf viele Handlungen ausgedehnt, welchen auch nicht die geringste verrätherische Absicht zum Grunde liegt, z. B. wenn Jemand die Vermischung einer fremden Macht wegen seiner Rechtsansprüche veranlaßt oder wenn er Gesandte fremder Staaten beleidigte. Am Nachtheilhaftesten war es, daß das Gesetz über die wichtigste Frage, über den Anknüpfungspunkt der Strafbarkeit des Versuchs, sich nicht erklärte. Da nun in dem bairischen Gesetzbuche auch der entfernte Versuch, also der bloße Vorbereitungen verübt, schon mit Strafe bedrohet ist, so konnte es nicht fehlen, daß man den Kreis der Versuchshandlungen des Hochverraths auf eine sehr willkürliche Weise auf die entferntesten, als unreife Pläne eines augenblicklich aufgeregten Kopfes vorfindenden Äußerungen ausdehnen konnte. Auch war es zu hart, daß schon die Aufforderung (ein sehr unbestimmter Ausdruck) zu einem staatsverrätherischen Aufruhr in öffentlich versammelter Volksversammlung oder durch Verbreitung von Schriften als nächster Versuch (mit der Kettenstrafe oder Zuchthaus auf unbestimmte Zeit nach Art. 60 zu bestrafen) erklärt wurde.

Große Fortschritte waren in dieser Lehre durch die neueren Gesetzbücher und Entwürfe gemacht. In dem sächsischen Strafgesetzbuche⁵¹⁾ ist der Begriff des Hochverraths eingeschränkt und durch die Zeichnung der dahin gehörigen Handlungen genauer charakterisirt: es ist ein gewaltsamer Angriff gefordert. Die Verschwörung ist nicht mehr mit dem vollendetsten Verbrechen zusammengeworfen, sondern eigenes Verbrechen mit Strafe (für die gemeinen Theilnehmer mit bis 10 Jahren Zuchthaus) bedrohet. Der Kreis der Handlungen, welche nach Art. 87 Staatsverrath begründen sollen, ist meist eingeschränkt auf solche, die wirklich eine verrätherische Gesinnung klar ausdrücken. Die Todesstrafe ist bei Staatsverrath nie gedrohet. Ueberall zeigte sich Absicht, durch eine klare Fassung der willkürlichen Auslegung zu beugen. Die Fehler des Gesetzbuches in dieser Lehre sind jedoch: man bei der Verschwörung nicht genug die verschiedenen Grade der Verdorbenheit (für den niedrigsten Grad, wo noch Alles unreif ist, erst ein bestimmtes Minimum von 3 Jahren zu hoch). Der Art. 84 ist zu allgemein bestimmt, da er jede Handlung zur Vorbereitung des Hochverraths

51) Art. 81.

thigen, wird als Hochverräther mit dem Tode bestraft. Bei dem wirkten Einfall einer auswärtigen Macht ist die Todesstrafe nur drohet, wenn der Einfall der auswärtigen Macht in das Staatsgebiet wirklich erfolgt ist. Bei dem hochverrätherischen Aufrehr ist im Art. 497 die Todesstrafe nur gedrohet, wenn ein Aufrehr im Innern anlaßt oder eine Verschwörung eingegangen ist, welche die Erregung einer hochverrätherischen Absicht mittelst Aufrehrs bezweckt und nur zugleich in einem oder im anderen Falle der Verbrecher an dem Ausbruche kommenden Aufrehr selbst Theil nimmt. Nur da, wo der Ausbruch des Aufrehrs eintritt, ist das Verbrechen vollendet. Nur hat auch hier der Entwurf dem Gerichte möglich gemacht, nicht die Todesstrafe anwenden zu müssen, indem da, wo der Aufrehr zwar zum Ausbruche gekommen, aber wieder unterdrückt ist, der Aufrehr tödteten, oder ein anderes schweres Verbrechen verübten, der Verbrecher in ein Zuchthaus von 10 Jahren bis auf Lebenszeit erkannt werden kann. Der Entwurf hat aber die Gefährlichkeit erkannt, bloß dem Richter überlassen, wo er einen Versuch des Hochverrathes annehmen will. Er hat es vorgezogen, bestimmt im Gesetze zu bezeichnen, welche Handlungen im Sinne des Gesetzes als Versuchshandlungen anzusehen sind, oder richtiger, der Entwurf stellt gewisse Handlungen als eigenartig dar. Insbesondere ist dieses bei der Verschwörung geschehen. Der Entwurf unterscheidet, ob die Verschwörung schon so weit gekommen ist, daß die Mittel zur Erregung des Aufrehrs, die Art und Weise der Durchführung und Benützung derselben für den hochverrätherischen Zweck verabredet waren oder nicht. Im ersten Falle drohet der Entwurf die Verschwörung als nächsten, im zweiten Falle als entfernten Versuch, und drohet im letzten Falle, wo offenbar noch unzureichend ist, Arbeitshausstrafe. Außerdem aber kennt das Gesetz noch einen entfernten Versuch des Hochverrathes; die proposition non est ist daher nach dem Willen des badischen Entwurfes eben so wenig als die Verbreitung gefährlicher Grundsätze strafbar. Die Aufforderung zum Hochverrath ist zwar im Art. 502 mit Strafe bedrohet, aber nur wenn die Aufforderung öffentlich geschah und wenn zu Unternehmungen, die im Entwurfe §. 494—497 bestimmt bezeichnet sind, aufgefordert wurde.

Ehe wir nun die Natur des Verbrechens des Hochverrathes darstellen, sei es erlaubt, noch über die Immoralität und das Verhältniß des Hochverrathes zu anderen gemeinen Verbrechen und zu anderen politischen zu sprechen. Man hat nicht selten bei den politischen Verbrechen die Immoralität derselben leugnen wollen und behauptet, daß es hier nur auf Verschiedenheit der Meinungen, abhängend von den zu gewissen Zeiten durch die Mächthaber aufgestellten politischen Sätzen, ankomme, daß auch die edelsten Menschen aus reinen Absichten und aus wahrer Vaterlandsliebe, oder höchstens aus Schwärmerei solche politische Vergehen verübten, welche die öffentliche Meinung nicht mißbilligte und auf keinen Fall für entehrend hielt, weil keine gemeinen Triebfedern diese Verbrechen erzeugten. Auf

Unbestimmtes, wo es oft schwer fällt, die Grenze des Erlaubten des Strafbaeren richtig zu bezeichnen. Im Feuerifer für die Sicherung des wünschenswerthen besseren Zustandes kann auch das Mittel wählen, die nach der Absicht des Handelnden kein Verbrechen herbeiführen sollen, wo vielmehr der Handelnde erwartet, daß die Regierung, wenn sie nur einmal die kräftige Aeußerung der Volksgewalt kennt, auf halbem Wege entgegenkommen werde, während er in der Berechnung sich täuscht und durch den Aufruhr, den er herbeiführt, ein schweres Unglück herbeiführt. Manche dieser hochverrätherischen Handlungen sind nur nach Localitäten Verbrechen; was im benachbarten Lande Tugend ist, weil dort eine andere Verfassung besteht, ist in dem Lande Verbrechen. Oft wird nur durch Zeitverhältnisse das Verbrechen bestimmt. Das, was der Verbrecher heute durch Gewalt auszuführen sucht und wofür er, weil das Unternehmen mißglückt, dem Blutgerüste büßt, wird vielleicht in einem Jahre in demselben Staate als die zweckmäßigste Form eingeführt, und das Ansehen desjenigen, der vor einem Jahre als Verbrecher verurtheilt war, wird gefeiert. Der General, der die allgemeine Volksgewalt kennt, von dem Bundesgenossen, den das Volk haßt, sich losmachen will, mit seinen Truppen zu dem Feinde übergeht, thut jetzt etwas, was ein Jahr später seine Regierung selbst thut, die das gezwungene Verbrechen abschüttelt. Man denke nur an die Geschichte des Jahres 1848. Selbst von Umständen hängt oft bei hochverrätherischen Handlungen insbesondere bei den entfernten Versuchshandlungen, der Schaden oder die Gefahr ab, welche die Handlung stiftet. Wer in einem Lande, in dem ein geliebter Regent herrscht, wo eine gute Verfassung besteht, öffentlichem Mord zum Aufruhr, zur Abänderung der Verfassung oder zum Königsmorde auffordert, wird entweder als ein Verbrecher verspottet, oder von jedem redlichen Manne fortgejagt, und sein Verbrechen ist eine spurlos vorübergehende Albernheit. Nichts ist endlich noch, daß in Bezug auf politische Verbrechen herrschende Ansichten, die oft in einer gewissen Aufregung der Zeit mit Allgewalt verbreiten — eben so wie das Beispiel und die Verführung einen großen Einfluß über die Gemüther üben — die Meinung von der Unerlaubtheit gewisser Handlungen mindern und schwache Menschen irre leiten können, so daß auch die Verschuldung bedeutend gemildert werden kann. Daraus folgt, daß der Gesetzgeber berechtigt ist, auch die schwersten Strafen für die höchsten Fälle des Hochverrathes zu drohen, daß auch verschiedene Abstufungen bei dem Verbrechen gemacht und so Strafen gedrohet werden müssen, durch welche der Richter in

53) Ueber die Immoralität der politischen Verbrechen und Vergleich derselben mit anderen Verbrechen s. Guizot, De la peine de mort en matière politique p. 37. 96; Haus, Observations sur le projet de revision II. p. 1. Chauveau et Hellie, Théorie du Code pénal II. p. 318 etc. und in Aufsatz im Archive des Criminalrechts (Neue Folge 1835. S. 554 ff.).

sich tragen) auf die Selbstständigkeit und Verfassung des deutschen Bundes dem Hochverrathe gleich zu achten seien. Daraus folgt, daß eigentlich der Hochverrath gegen den deutschen Bund sich immer einen Hochverrath gegen den einzelnen Bundesstaat auflöst, in dem Jemand das Verbrechen verübt. Dieses kann geschehen durch einen gewaltsamen Angriff, um den deutschen Bund aufzulösen, oder um einen Bundesstaat davon loszureißen, oder um die Verfassung des Bundes zu ändern. Es erklärt sich dieses dadurch, daß nach der Verfassung der deutschen Staaten ihr Verhältniß zu dem Bunde ein Theil ihres jetzigen Bestehens und ihrer Verfassung ist. Daß die politische Bedeutung jedes Staates durch die Macht und Stärke des Bundes gewinnt, daß daher die Erschütterung des Bundesverhältnisses zugleich den einzelnen Bundesstaat erschüttert, und daß der Unterthan, indem er den Staat von dem Bunde loszureißen sucht, einen wesentlichen verfassungsmäßig bestehenden und zur politischen Bedeutung seines Staates gehörigen Bestandtheil angreift. Daraus folgt aber, daß nur so weit, als das einheimische Gesetz des Staates, in dem das Verbrechen verübt, Hochverrath annimmt, auch ein Hochverrath gegen den Bund begangen werden kann; daher nur durch Bewirkung des Einfalles des Feindes, um den Bund aufzulösen oder einen Theil loszureißen, oder durch Aufruhr, oder durch Verschwörung, in so weit durch die letzteren ein Hochverrath begangen werden kann. Der Bundesbeschluß verpflichtet die Bundesglieder, dafür zu sorgen, daß durch ihre Gesetzgebung diese Ansicht gesetzlich festgestellt werde⁵⁷⁾.

III. Gegen den Regenten kann der Hochverrath verübt werden, wenn der gewaltsame Angriff geschieht, um ihn von der Regierung zu entfernen, oder ihm die Ausübung der Regierung unmöglich zu machen, oder ihm die Abtretung eines Theiles des Landes aufzubringen, oder zur Abänderung der Staatsverfassung ihn zu nöthigen. Es kommt nichts darauf an, welcher der Beweggrund der Handlung sein sei. Die Gesetzgebung kann nicht unterscheiden, ob die gewaltsame Handlung, Tödtung oder Gefangennehmung aus persönlichen Motiven, die nur den Menschen betreffen, z. B. Rache, oder aus der Absicht, dadurch dem Vaterlande angeblich zu nützen, verübt wird; nur muß die Handlung eine der oben bezeichneten Richtungen haben. Bei Handlungen, denen nicht diese Richtung zum Grunde liegt, kann oft das Verbrechen der Beleidigung des Regenten begründet sein; bei Abänderung zu einzelnen Regierungshandlungen, z. B. eine gewisse Steuer aufzuheben, oder einen Minister zu entlassen, kann oft nur einfache Aufruhr zum Grunde liegen.

IV. Die Handlungen, durch welche der Hochverrath verübt wird, sind entweder a) Gewalt gegen den Regenten, oder b) Verbindung mit einer auswärtigen Macht, um einen Einfall in das Land zu

57) Verhandlungen darüber in der 2. Kammer von Baden am 19. Juli 1837. Verhandlungen der Kammer 1837. 5. Heft S. 16–38.

reichend gewesen sind oder bei ihrer Anwendung nicht ausreichend sein wären, wo daher die Ausführer schon die Absicht an den Tag legen, der Obrigkeit mit Gewalt zu widerstehen, in ihrem Troze zu erhalten und selbst das Aeußerste zur Realisirung ihrer verbrecherischen Plane zu wagen, daher auch jedes Mittel der Gewalt selbst gegen außerordentliche Macht des Staates anzuwenden, um ihr Vorhaben durchzusetzen⁶⁰⁾.

d) Ein Mittel der Verübung des Hochverrathes ist endlich Verschwörung (*conjuratio, consilium, factio* in den römischen Gesetzen genannt)⁶¹⁾. Zu dem Dasein einer Verschwörung gehören aber jene Merkmale, welche überhaupt zu dem Complotte oder verbrecherischen Verbindung gefordert werden. α) Es müssen daher mehrere sein; die Zahl ist gleichgültig, da auch nur Wenige, z. B. zu Mord des Regenten, sich verbinden können; β) es muß bereits eine Verabredung der Verschworenen zur gemeinschaftlichen Ausführung des Verbrechens geschlossen sein; so lange daher Einer den Andern keinen Antrag macht, diese aber noch schwanken und keine Zusage gegeben haben, ist keine Verschwörung vorhanden; γ) es muß die Handlung schon auf die Verübung einer That gerichtet sein, welche Hochverrath im gesetzlichen Sinne begründet, z. B. den Regenten zu tödten, oder die Verfassung durch Aufruhr zu ändern. So lange die sogenannten Verschworenen nur im Allgemeinen sich vereinigen, eine künftige Umgestaltung des bestehenden Zustandes vorzubereiten, gewisse Grundsätze bei dem Volke zu verbreiten, ist keine Verschwörung vorhanden, wenn nicht das Landesgesetz schon auf Handlungen dieser Art eine besondere Strafe gedrohet hat. Dagegen ist Verschwörung vorhanden, wenn auch die Verschworenen noch nicht über die Ausführung, über das Detail des Planes einig sind, sobald sie so weit einverstanden sind, daß durch gewaltsame Mittel Hochverrath verübt werden soll; denn hier ist wenigstens ein unbestimmter Plan vorhanden. Der Umstand, daß der Plan noch nicht vollständig verabredet ist, hat zwar auf die Strafmessung, nicht aber auf den Begriff der Verschwörung einen Einfluß.

V. Wenn nach der bisherigen Ausführung zum Hochverrath immer ein das Bestehen des Staates bedrohender Angriff, um auf gewaltsamem Wege (verschieden von dem Staatsverrath, der durch nicht gewaltsame Mittel verübt wird, z. B. Verrath von Geheiß) die Plane der Umwälzung des Bestehenden in das Leben zu führen, gehört, so muß der Hochverrath wohl getrennt werden⁶²⁾.

60) Wächter l. c. S. 486. und in Weiske's Rechtslexikon S. 107. und Müller in der Zeitschrift für Recht und Gesetzgebung in Kurpfalz Heft S. 67.

61) Weiske l. c. S. 91. Zirkler S. 199.

62) Feuerbach, Von dem Hochverrath S. 58. Roskoff, im Archiv des Criminalrechts IX. S. 166.

dung von Versuch und Vollendung keinen Platz finden konnte. Es ist bei der *lex Julia majestatis* nichts Singuläres, sondern nur ausgesprochen, was bei allen römischen *legibus* galt. Es ist als durch historische Forschungen ausgemachte Wahrheit anzunehmen, das römische Recht gar nicht von Versuchshandlungen sprach, sondern nur einzelne Delicte (bei denen wir nur vom Versuche sprechen) unter die *lex* stellte und mit der *poena legis* bestrafte. Man willkürlich römische Stellen aus ihrem Zusammenhange, wenn wie die Gegner es thun, sich z. B. auf *lex 5 Cod. ad leg. Jul.* ruft, um zu zeigen, daß der Versuch wie die Vollendung bestraft werden müsse, und läßt unbeachtet, daß die römischen Stellen nur auf gewisse Weise, z. B. durch Eingehung der Verschwörung, gethanen bösen Willen als strafbar erklärten. Die goldene Bulle hatte dahin gar nicht die Absicht, irgend etwas Singuläres über den Versuch des Hochverrathes aussprechen zu wollen. Es kann bei derantwortung der obigen Frage nur der Grundsatz entscheiden, daß dem unserm deutschen Rechte zum Grunde liegenden objectiven Gesichtspunkte nicht bloß der böse Wille, sondern auch die Handlung scheide, und daß nach der allgemeinen Vorschrift des Art. 178 der *rollina* der Versuch immer gelinder, als die Vollendung bestraft werden muß, weil dieses schon die Gerechtigkeit fordert. — Daß bei dem Hochverrathe es vorzüglich auf die feindselige verrätherische Gesinnung ankommt, ändert nichts, da auch bei anderen Verbrechen, z. B. bei Injurie, der Gotteslästerung, die Richtung der Absicht entscheidet, und dennoch Versuch und Vollendung getrennt werden. Es ist eine Voraussetzung, daß man zur Vollendung des Hochverrathes das Eintreten des beabsichtigten Erfolges fordere, da vielmehr der Hochverrath zu denjenigen Verbrechen gehört, welche schon durch eine Handlung beendet werden. Die Gerechtigkeit verlangt, daß man, wie bei allen Verbrechen, auch bei dem Hochverrathe die Strafe nach der Größe der Verschuldung ausmesse, und dieses kann nur geschehen, wenn man auch bei dem Hochverrathe Versuch und Vollendung unterscheiden und mit verschiedenen Strafen belegt. Derjenige, welcher an einer ganz unreifen Verschwörung Theil nimmt, welcher mit dem Feinde des Staates in Correspondenz tritt und ihm Anerbieten macht, der, welcher versprach, die Festung zu übergeben, oder die Waffen vorüber um an dem anderen Tage den Aufbruch ausbrechen zu lassen, steht da, wenn noch keine weitere Handlung hinzukam, auf einer geringeren Stufe der Strafbarkeit, als der, welcher die Festung wirklich überlieferte, oder das Geheimniß mittheilte, oder bereits das Residenzschloß angreifen ließ. Die Gesetzgebung hat Gründe, auch schon gewisse Vorbereitungen hier mit Strafen zu bedrohen, und zwar kann man den Versuch schon als strafbar ansehen⁶⁶⁾, wenn der Verbrecher die Absicht einer bestimmten Richtung, z. B. Mord des Regenten oder Absetzung

66) S. auch Zirkler, in Demme's Annalen V. Band S. 229.

und zwar allermest positiv-rechtlichen Seite betrachtet worden. handelte sich darum, theils aus den Quellen und dem Geiste der sogenannten „gemeinen Rechte“, theils aus den Bestimmungen einiger neuer, zumal deutscher, Gesetzgebungen und derselben den richtigen Begriff des Hochverrathes oder der Thathandlungen, welche darin enthalten sind, festzustellen, den eigentlichen Hochverrath von anderen ihm nahe liegenden oder verwandten Verbrechen genau zu unterscheiden und in Bezug auf seine Strafe sowohl den Gesetzgeber, als den Richter aufmerksam zu machen, mancherlei Abstufungen oder Grade der dabei erkennbaren Schuld, so wie auf die unendliche Verschiedenheit der Motive, woraus Verbrechen fließen, und auf die Umstände, worin es begangen werden kann, und hiernach einerseits von allzu großer Nachsicht, die gegen Verübung ermuntern könnte, abzuhalten, aber auch andererseits ganz besonders vor allzu großer Strenge zu warnen, zu dem Ende gerade bei diesem Verbrechen mancherlei unlautere Bewegungen vorliegen können, die bei anderen nicht Statt finden, eine Erwägung, welche gerade hier für die allgemeine bürgerliche, wie für die politische Freiheit die allerschwersten Gefahren mit sich führt und gleichsam Zweck, den man dadurch erstrebt, durchaus nicht erreicht. — bleibt noch die politische Seite zu beleuchten übrig, so wie wir in der Staatswissenschaft allererst das Recht darüber zu bestimmen, was geschehen dürfe, und sodann die Klugheit darüber, was zu thun rathlich und gut sei. Freilich stehen beide Seiten, die rechtliche und die politische, hier unter einander in so naher Verbindung und Wechselwirkung, daß wir auch in diesem zweiten Artikel, dessen unmittelbarer Gegenstand die politische Seite ist, gleichwohl die rechtlichen Ansichten mitunter werden zurückblicken müssen. Wir kann hier nicht ausschließlich vom Hochverrathe die Rede sein, da auch die demselben verwandten, wiewohl der Schwere nach ihm und unter sich selbst verschiedenen Verbrechen des „Aufstandes“, des „Aufruhrs“, der „Empörung“ u. s. w. (bei der vorläufigen Anführung in der alphabetischen Folge der Artikel nach dem halben — um nämlich Wiederholungen zu vermeiden — auf den Artikel „Hochverrath“ verwiesen haben) größtentheils aus denselben Quellen fließen und nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen, namentlich auch durch dieselben Mittel zu bekämpfen oder zu verhindern sind, wie der Hochverrath selbst.

Statt einer weitläufigen Auseinandersetzung der bei den Thaten gegen die Staatsgewalt, als solche, zu unterscheidenden Merkmale und charakteristischen Merkmale wollen wir die von Jenuil in seinem Commentare über das österreichische Strafgesetzbuch*) gestellte Stufenleiter und Benennung der hier in Sprache stehenden

*) Das österreichische Criminalrecht nach seinen Gründen und seinem Verlaufe dargestellt von Sebastian Jenuil. 3. Aufl. Wien, 1837.

beden annehmen, um dadurch mit wenigstens annähernder Genauigkeit die Verhältnisse zu bezeichnen, welche wir hier mit den Worten *Verstand*, *Verstand*, *Aussatz* u. s. w. verbinden. Ferner ist zu bedenken, dass die nachstehenden sechs Stufen der fraglichen Verbrechen: 1) Verweigerung des Gehorsams gegen einzelne Personen, 2) Verweigerung, dass ein Unterthan essentially seine Weigerung, Befehlen oder Anordnungen zu gehorchen, erklärt, ohne dass die Befehle. 3) Aufstand, wenn diese Verweigerung verbunden ist mit Aufforderung mehrerer Menschen zur Rache oder Widerstand, 4) Aufstand, wenn ein Unterthan in Ausübung seines Amtes oder Dienstes den Befehlen des Königs oder Dieners, 5) Öffentliches Verbrechen, wenn die Verweigerung des Gehorsams nicht nur Befehlen des Königs, sondern mit der Anwendung oder Anwendung öffentlicher Kräfte zu Verhinderung einer Anmaßung verbunden ist, 6) Aufstand, wenn die Verweigerung des Gehorsams nicht nur von Einzelnen ohne Zusammenrottung geschieht, sondern auch noch wird dieses [s. W.] also ausgedrückt: „Wenn nicht nur ein, sondern auch wenn Mehrere, jedoch ohne Zusammenrottung, dem Richter, einer oberkeiselichen Person oder ihrem Stellvertreter in Anwesenheit; oder wenn jemand einer Wache in Vollziehung des öffentlichen Befehles, sich mit gefährlicher Drohung oder Verletzung der öffentlichen Sicherheit, obgleich ohne Waffen und Verbrechen, widersteht.“ 7) Aufstand, wenn mehrere Personen (auch wenn sie zusammenrotten, um der Obrigkeit Widerstand zu leisten) zu Tode. „Wenn es bei einer, aus was immer für einer Ursache, entstandenen Zusammenrottung durch die Widerständigkeit, wenn sie von der Obrigkeit vorausgegangene Abmahnung und Verwarnung, mitlicher gewaltsamer Mittel so weit kommt, dass die Erhaltung der Ruhe und Ordnung eine außerordentliche Gewalt angewandt werden muß, so ist Aufruhr vorhanden, und Jeder, der an diesem Verbrechen schuldig, der an einer solchen Rottung Theil genommen.“ 8) Ist aber der Widerstand gegen die höchste Obrigkeit, der dem Staatsoberhaupt gerichtet, so ist es Empörung (Rebellion), und gehört unter den Begriff des Hochvertrathes.

Der Reichsrath setzt nehmen wir hier nach dem davon in den verschiedenen Artikel aufgestellten Begriffe und nach dessen eben- und dem Verhältnisse zu jenem des Staatsvertrathes, des Landesvertrathes und der verschiedenen Majestätsverbrechen. Was dem in unseren Tagen unter dem neuerschaffenen Namen der *Verbrechen* und *Verbrechen* vorgetragen worden und unbestimmtes ist, so haben wir hier mit Hochverrath in eine Linie gestellt, und von den dagegen getroffenen außerordentlichen Anstalten, die in einem eigenen Artikel geredet. Wir blieben hier davon, und haben noch einige Worte sprechen von einer anderen in der That, die durch die Beschaffung des deutschen Bundesstages, die durch die Erweiterung des Begriffes vom Hochvertrathes, und von dem demselben verwandten Verbrechen, nämlich von der Auf-

dehnung desselben auf Unternehmungen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit (?) und Verfassung des deutschen Bundes, und eben so irgend eines einzelnen Bundesstaats: wornach im ersten Falle die auf den Hochverrath gegen den Staat gesetzte Strafe, im zweiten aber die Auslieferung: nicht nur etwa des bereits schuldig Befundenen oder Verurtheilten, sondern auch des bloß „Beinzichteten“ — an den beleidigten Bundesstaat (wofern der Beleidiger nicht Unterthan des um die Aufrechterhaltung angegangenen ist) Statt finden soll. Wir bemerken hierzu Folgendes:

1) Da der Abscheu, den man gegen den Hochverrath und demselben verwandten Verbrechen der Majestätsbeleidigung, des Mordes u. s. w. hegt, ganz eigens aus dem strengen Begriffe selbst fließt, wornach sie nämlich in einem Treubruche gegen den Staat, dem man als Unterthan angehört, oder gegen die Regierung, welcher man als Unterthan gehuldigt hat, oder überhaupt zum Gehorsam und zur Ergebenheit darum verpflichtet ist, worin die eigene Regierung ist: so kann die Erweiterung des Begriffs auf andere dieses charakteristische Merkmal nicht an sich tragende Verbrechen oder Handlungen nur schädlich, nämlich jenen heilsamen Abscheu verringern und daher einen der wirksamsten Abhaltungsschranken schwächend oder aufhebend sein. So wie die Sohnespflicht, wenn sie noch auf andere Personen, als Vater und Mutter, ausgedehnt wird, an ihrer Heiligkeit verliert, so wie die eheliche Zärtlichkeit, wenn sie noch Anderen, als nur den Gatten, zu erweisen wäre, ihren heiligen Weihe bar würde: so auch mit der Pflicht gegen den eigenen Staat und dessen Regierung. Muß ich statt eines Vaterlandes dreißig dreißig lieben, statt einer Regierung derselben dreißig mit Treue und Ergebenheit zugethan sein, so wird die Laueheit, welche nur gemäß für die letzte Statt findet, auch auf die erste übergehen, und die Verletzung der Pflicht gegen die eigene und wahre Regierung im mildernden Lichte der Verletzung bloß einer fremden stehen.

2) Der deutsche Bund ist, gemäß der feierlichsten und unzweifelhaften Erklärungen, bloß ein völkerrechtlicher, nicht aber ein staatsrechtlicher Verein. Es kann daher — so theuer den Deutschen aller Baue die sentimentale Pflicht der Liebe und Treue ist — das gemeinsame deutsche nationale Vaterland ist — von staatsrechtlicher Verpflichtung im recht juristischen Sinne gegen den deutschen Staaten-Bund (der ja durchaus kein Bundes-Vertrag sein soll) die Rede nicht sein. Auch wird wohl dem schlichten Bürger z. B. Badens, schwer begreiflich gemacht werden können, daß er den Fürsten von Mecklenburg und Anhalt-Edlhen und Schwarzburg-Sondershausen, Reuß-Grreiz, Lichtenstein u. s. w. die gleiche Ehrfurcht, Ergebenheit und Treue schuldig sei, wie dem eigenen ansehnlichen Fürsten, und es wird aus psychologischen Gründen nothwendig der Letzten so viel entzogen werden, als man den Anderen weihen muß.

3) Sodann ist der Begriff der Sicherheit, die da neben der Treue, Integrität und Versaffung des Bundes und der Bundesstaaten durch das neue Hochverrathsgesetz gesichert werden soll, so unklar und vag, daß durch dieses Gesetz offenbar der persönlichen Sicherheit der deutschen Staatsbürger eine große Gefahr droht. Eben so durch die Schuldigkeit der Auslieferung: die sich beleidigt glaubende, daher gewissermaßen Partei nehmende Regierung. Freilich würde, wenn etwa ein preussischer, oder eben in Baden oder Württemberg aufhaltender Staatsbürger beschuldigt wäre, eine Majestätsbeleidigung gegen Lichtenstein begangen zu haben, derselbe an dieses letzte schwerlich ausgeliefert (die Auslieferung wird auch nicht verlangt) werden; wohl aber könnte es einem Badener oder Württemberger, wenn er eben durch das Fürstenthum Lichtenstein reiste, widerfahren, daß er, als Einziger eines Majestätsverbrechens gegen Preußen, an diese Großmacht ausgeliefert würde. Unrichtig ist aber das Verhältniß hier und dort dasselbe; nur factisch ist die Wirkung verschieden und eben darum auch, politisch betrachtet, das Gesetz höchst bedenklich.

4) Hiermit wird jedoch keineswegs die Straflosigkeit angezogen für Verletzungen des Bundes oder eines Bundesgliedes, sondern bloß die Unanwendbarkeit des Begriffes von Hochverrath und Majestätsbeleidigung auf solche Verletzungen behauptet, so wie das Recht der Strafbestimmung dafür der gesetzgebenden Gewalt der einzelnen „souveränen“ Bundesstaaten vindicirt. Die Rechtsbegründung dieser Vindication enthalten allernächst die Verhandlungen der deutschen 2. Kammer von 1837. (S. das fünfte Protocollheft derselben, worin die hierüber in der 44. öffentlichen Sitzung vom 19. Juni gepflogenen Verhandlungen (S. 17—33) ausführlich abgedruckt sind.)

Wie wenden und nun zu den im eigentlichen Sinne dem Hochverrath oder den ihm verwandten Staatsverbrechen beizuzählenden Verletzungen und suchen die vernunftrechtlichen und politischen Gründe dar, die sie zum Gegenstande habende Gesetzgebung auf.

Diese Verbrechen, nach ihrem allgemeinen Begriffe aufgefaßt und vom Standpuncte eines normalen Staatszustandes betrachtet, müssen — wosfern nämlich jener Begriff nicht ungebührlich erweitert oder durch tyrannische oder feröle Auslegung auch auf natürlich schuldlose, oder doch nur wenig schuldbare Handlungen (oder Unterlassungen) ausgedehnt wird — als höchst schwere und der strengsten Bestrafung würdige anerkannt werden. Der Hochverräther, und eben so der Bundesverräther, der Empörer, der Aufständische, der Feind desselben gemeinen Wesens auf, welchem er durch seine Pflicht zur Treue verbunden ist, bricht auf feröthafte Weise den Staatsvertrag oder das Unterhandelsband, will an die Stelle des Rechts und Gesetzes, deren Herrschaft die eigentliche Seele, d. h. die Idee oder das Wesen des Staates ausmacht, die physische Gewalt, die Herrschaft des Tyrannen, VIII.

schaft der Leidenschaften oder des blinden Ungefährs setzen und scheuen sich nicht, über die Gesammtheit und die einzelnen Mitbürger die namenlosen Schrecken und Leiden, die aus der Auflösung der bürgerlichen Ordnung fließen können, herbeizuziehen, oder sie doch der nächsten Gefahr des Hereinbrechens solcher Schrecken Preis zu geben, um sein rechtswidriges Beginnen durchzuführen. Mit Recht also vertritt die Gesammtheit und, in ihrem Namen oder als ihre Vertreterin, die Regierung das Bestehen des Staates und seine Verfassung und der gesetzlichen Auctoritäten, gegenüber dem frechen Zugreifer, nicht nur mit der Kriegsgewalt, welche auch gegen den fremden Feind Statt findet, sondern auch mit der ganzen Strafgewalt der bürgerlichen, durch positives Gesetz geregelten Strafgewalt, welcher der Unterthan unterworfen ist.

Bei diesem gerechten Abscheue gegen das Verbrechen des Hochverrathes und anderer damit verwandter Verbrechen wird indessen vorausgesetzt, daß die in Frage stehenden Handlungen in wirklich feindsüchtiger Gesinnung entweder unmittelbar gegen die Gesammtheit, d. h. die Staatsgesellschaft oder den Staat, unternommen oder ausgeführt werden, oder daß, in so fern sie unmittelbar bloß gegen die constituirten Auctoritäten oder gegen einzelne höhere oder niedere factische Träger oder Agenten oder Diener der Staatsgewalt gerichtet sind, die Gewaltsträger oder Auctoritäten nicht nur vermöge eines wirklich oder erscheinend rechtsbegründeten Titels als solche auftreten, sondern daß sie auch wirklich im Sinne und innerhalb der Grenzen des ihnen von Seiten der Gesammtheit oder von Seite der Regierung gewordenen Auftrages, d. h. also den positiven Verfassungsgesetzen und anderen Gesetzen und, in Ermangelung derselben dem allgemeinen vernünftigen Staatsrechte gemäß, wenigstens nicht offenbar ungemäß, handeln oder befehlen, oder da wenigstens gegen offenbar ungerechte Befehle ein gesetzliches Bertheidigungs- oder Rechtsausführungsmittel — namentlich Appellation an höhere Behörden und, wenn das Unrecht von der höchsten ausging, an die öffentliche Meinung — vorhanden sei. Wo solche Voraussetzung wegfällt oder der factische Zustand entschieden widerspricht, da nehmen auch und in dem Maße, als dieses Statt findet, die fraglichen Verbrechen, d. h. die nach dem Materiellen der Handlung unter den Begriff derselben zu bringenden Richtungen und Bestrebungen, einen wesentlich verschiedenartigen Charakter an und mögen, je nach Umständen, entweder nur als minder strafbar, oder gar als völlig schuldlos erscheinen. Es fordert jedoch diese Lehre zu Verhütung von Mißverständnissen zunächst eine Verdeutlichung durch Beispiele und sodann eine auf Principien der Vernunftrechts gebaute Darstellung der Grenzen des als pflichtgemäß zu erkennenden bürgerlichen Gehorsams und der Bedingungen eines in gewissen Fällen etwa zulässigen Widerstandes.

In dem normalen Zustande der Gesellschaft ist allerdings

Ausföhrung gegen den Inhaber der Gewalt zugleich Aufseher gegen die Gesamtheit selbst, welche nämlich jener nach Titel seiner Herrschaft und nach der Art ihrer Ausübung in Wahrheit und vollständig repräsentirt, und deren Persönlichkeit sonach der seinigen in der That zusammenfällt. Es gäbe aber Zeiten und Orte, worin solche Identität mehr oder minder erkennbar nicht Statt findet, oder wo sie wenigstens zweifelhaft ist, entweder in Bezug auf das Besitzrecht, oder auf die rechtlichen Grenzen, oder auf den Gebrauch der Gewalt. Es kann hier natürlich die Rede nicht von wahren oder angeblichen Ansichten oder Zweifeln Einzelner, sondern blos von so weit verbreiteten, daß dadurch die Gesamtheit in mehrere Theile oder streitende Parteien zerfällt, eine Gesamtheit also entweder gar nicht mehr vorhanden oder, welche bei solcher Eigenschaft ansprechen könne, wenigstens zweifelhaft ist. In solchen unglücksvollen Tagen eines Gemeinwefens erscheint die Anwendung der gemeinen Strafgesetze gegen den Hochverrath in dem Maße bedenklich oder verwerflich, als die Spaltung erkennbar vorliegt und weitreichend ist; ja es wird, wenn sie bereits bis zu wirklichen Bürgerkriegen gedieh, statt des Strafrechts nur das Kriegsgesetz walten dürfen. Als, während der langwierigen Kämpfe zwischen der rothen und weißen Rose in England, abwechselnd die Häuser Lancaster und York sich des Thrones bemächtigten oder im Lande zeitlich die Oberhand gewannen, da ward freilich nicht nur in Schlachten, sondern auch durch Hinterhand des Mord viel und gegenseitig vergossen: aber die Rechtstheologen der Mittel- und Neuzeit erblickten in solchen Hinrichtungen nur gräßlichen Mord. Und welches Herz erhebt sich nicht vor den in unsern Tagen in Spanien von Christinos und Carlisten (früher auch Portugal von Miguelisten und Pedristen) gegen einander angewandten (nicht nur blutigen Repressalien, welchen, wenn das heilige Menschenrecht verhöhrend, doch noch ein barbarisches Kriegsrecht beschönigend zur Seite steht, sondern) wirklichen Rebellionsstrafen? So hat in Frankreich die Guillotine abwechselnd das Blut der Monarchisten und der Republikaner, auch unter diesen das von verschiedenen nach einander besiegten oder unterdrückten Parteien getrunken, und so hat abwechselnd die schwarze und die dreifarbige Fahne ihre zeitlich schwächeren Gegner dem Tode zugesendet.

Schon diese zunächst auffallenden Erscheinungen zeigen den unheimlichen Unterschied zwischen Staats- oder politischen und gemeinen Verbrechen. Zeitlich wer zur Befriedigung selbstlicher Interessen oder Leidenschaften die Fahne des Aufstandes erhebt, wer in selbstmörderische Pläne gegen König oder Obrigkeit sich einläßt, wer die Freiheit oder Bestechung eine ihm zur Vertheidigung anvertraute Sache dem Feinde überliefert, wer Staatsgeheimnisse den Fremden verräth, überhaupt wer böswillig, d. h. in erkennbar feindseliger

oder auch nur egoistischer Gesinnung dem Vaterlande, welchem angehört, oder der rechtmäßigen Staatsgewalt, der er Gehorsam schuldig ist, zu schaden oder in Rechten Eintrag zu thun unternimmt, ist unbedingt verwerflich und so wenig wie ein gemeiner Verbrecher z. B. Dieb oder Mörder, ja noch weniger als dieser der Theilnahme oder Schonung werth. Wo aber diese Charaktere ermangeln, da ist ein aufrichtiger Glaube, oder auch nur ein entschuldigendes Urtheil über die Rechtmäßigkeit eines solchen Unternehmens vorliegt, mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, oder selbst eine patriotische Gesinnung als Triebfeder der Handlung mit Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit erscheint, insbesondere also, wo der Staat sich im normalen Zustande des inneren Friedens befindet: da entscheidet — ob auch nach Umständen mit mehr oder weniger Entschiedenheit — der rechtliche Verstand so wie das menschliche Gefühl gegen die Anwendung der Strafgesetze. Mörder und Diebe und wahre Verräther sind immer und überall der Verachtung und des Abscheus gewiß, mag ihr Unternehmen gelingen, mögen sie der Strafe entgehen oder nicht. Als politische Verbrecher dagegen werden eben nur diejenigen betrachtet, welchen ein Unternehmen mißlang und es ihnen mißlang. Wäre es ihnen gelungen, so wären sie vielmehr als Vaterlandsfreunde und Retter verehrt worden. Der rechtliche Verstand aber kann unmöglich in dem Gelingen oder Mißlingen eines Unternehmens den entscheidenden Grund seiner Rechtfertigung oder Verdamniß erkennen; er kann unmöglich die Begriffe: Egoist sein und schuldlos (oder gar verdienstvoll) sein für das Wichtigste achten, und eben so wenig die Begriffe: besiegt sein und besiegter sein. Daher sieht er sich bei Unternehmungen oder Handlungen dieser Art nach einem anderen Kriterium, als dem bloß materiellen der That oder dem bloß factischen des Gelingens oder Mißlingens um und findet es in den Motiven des Handelnden und in der wirklichen Lage des gemeinen Wesens oder in der Beschaffenheit der Zustände, zu deren Aenderung das Unternehmen Statt fand. Ein Cromwell, obwohl er triumphirte, wird immer als Hochverräther und strafwürdiger Bösewicht gelten, während John Gernon Sidney auf dem Schaffot die Huldigungen aller Nationen empfängt. Patskul erscheint uns nur als grausam Gemordeter, Pugatschew dagegen als mit Recht Hingerichteter. Pöplinger, Lacy, Riego, nicht minder als in früherer Zeit Egmont und Horn, leben, obschon als Hochverräther gerichtet, in unserm dankbaren und achtungsvollen Gedächtniß; und die Stifter der großen englischen Revolution von 1688, so wie jene der französischen von 1830, welche, wenn ihr Unternehmen mißlungen wäre, um Henkershand gebüßt hätten, erfreuten sich und erfreuen sich noch der lobpreisenden Anerkennung der Nationen.

Hierzu kommt, daß bei politischen Verbrechen naturgemäß die Gefahr nahe liegt und daher auch in der öffentlichen Meinung liegt

Ihre schwaltet, es sei die dadurch unmittelbar befehligte Partei, nämlich die eben bestehende Staatsgewalt, zugleich auch Richter, in-
 sie nämlich entweder durch außerordentliche, von ihr abhängige
 ihrer Schlichterung nach selbstiger Richtung theilende Commissionen
 die Angeklagten richten läßt, oder, wenn auch die ordentlichen Tri-
 ale das Urtheil fällen, auf dieselben einen mächtigen Einfluß aus-
 üben nach ihrer Stellung (als Inhaberin des Kammerverlehnungs-,
 Besoldungs-, Verlehnungs- und Pensionierungsrechts) gar sehr
 ist. Von ihr gehen oder gingen ehemals die Gesetze aus,
 nach der die Angeklagten zu richten sind; und in dem Inhalte vieler
 ihrer Gesetze, namentlich auch in dem unsers deutschen sogenan-
 ten gemeinen — meist aus den despotischen Dictaten der alt-
 kaiserlichen Kaiser bestehenden, durch die Barbarei deutscher Juristen
 Theil noch verschärften — Rechts, sind die Eingebungen der
 Rache und der Rache mehr als der ruhigen Gerechtigkeit zu
 erkennen. Gerechtigkeit ist es wahrlich nicht, welche neben dem Haupt-
 sache auch die entferntesten Theilnehmer, ja auch die bloß
 Angeige Unterlassenden — durch das Schwert nach römi-
 schen, durch Vertheilen nach deutschem Rechte — geblüht wissen
 will, und welche auch die unschuldigen Kinder des Verurtheilten
 in ihrer Noth und Schande verdammt! — So ist auch das neue
 französische Strafgesetz gegen politische Verbrechen der Ausdruck
 der Gemüthsunruhe und der Wuth des Gewaltherrschers, als
 ruhig abwägenden Gerechtigkeit; dagegen überall das Gesetz wider
 Hochverrath und Majestätsbeleidigung oder Aufruhr u. s. w. in dem
 Maße milder, als die Staatsverfassung freiheitlich und der Geist der
 Regierung ein volksfreundlicher und darum auch ein dem Volke ver-
 wandter ist.

Mit diesen Ansichten ist die öffentliche Meinung allenthal-
 den, wo eine solche besteht, vollkommen übereinstimmend und sie spricht
 sich darüber sehr eindringlich in mehreren selbst in's anerkannte öffent-
 liche Recht übergegangenen allgemeinen Principien, so wie in gelegent-
 lichen Bemerkungen über concrete Vorfälle aus.

Wohr sonst nämlich als aus der Evidenz dieser Rechtsansichten
 ist die allseitig anerkannte Ehrenpflicht der Staaten, den politi-
 schen Verbrechen willen Angeklagten oder Verfolgten aus ande-
 ren Staaten wenigstens (wofür sie nicht zugleich eines gemeinen
 Verbrechens schuldig sind) ein Asyl zu gewähren, folglich ihre Aus-
 scheidung zu verweigern? — Gemeine Verbrecher, als Diebe, Mör-
 der, Räuber, liefert man gern sich gegenseitig aus oder bestraft sie, je
 nach Umständen, wohl auch selbst; daß man bei politischen Ver-
 brechen oder von politischen Anschuldigungen Verfolgten dasselbe nicht
 thut, beweist also sonnenklar, daß man hier eine ganz besondere, zu
 höchstvoller Schonung auffordernde Natur der feiglichen Verbre-
 chen anerkennt. Man fühlt es, daß hier die Unterscheidung zwischen
 wirklich Schuldigen und bloß Verfolgten allzu schwer ist und

daß das Princip der auch hier allseitig zu gewährenden Auslieferung ein Todesstoß für die kostbarsten Freiheitsinteressen aller Staaten und mittelbar für den gesammten Rechtszustand der Welt sein wird. Wie viele Ummälzungen, Dynastieveränderungen, gelungene und misslungene Angriffe auf bestehende Verfassungen und Herrschaften kann nicht vor in der Geschichte! Fast alle waren begleitet von Mordthaten gegen den besiegten Theil; und wie groß wäre überall die Notharbeit der Henker geworden, wenn die fremden Staaten die flüchtigen Verfolgten ausgeliefert hätten! Das allgemeine Rechtsgefühl, welches allenthalben, wo nicht selbstische Interessen oder Leidenschaften sich geltend machen, sich geltend macht, und mit ihm im Bunde die weisen Regierungen haben davon abgehalten, und es haben abwechselnd die politischen Freibrecher oder Feindschaften willen Verfolgten aller Länder und Völker gastliche Aufnahme und Schutz unter den fremden Nationen gesucht. Man gedenke der vor Alba's Grimm fliehenden Niederländer, der Anhänger des Königthums und nachher jener der Republik, nachher jener der Stuart'schen Prätendenten in England, der Anhänger der Ligue und der Fronde in Frankreich, ebendasselbst in der Zeit der aristokratischen Auswanderer, der gestürzten Girondisten und anderer republicanischer Parteien, sodann wieder abwechselnd der Bonapartisten und Napoleonisten, eben so in Spanien und Portugal abwechselnd gedachten Josephinos, Liberalen, Absolutisten und Carlisten, Miguelisten, Pedristen, Constitutionellen und Carlisten, überhaupt in neuer und neuester Zeit so vieler und vielnamiger politischer Flüchtlinge aus fast allen Ländern Europas, vor Allen der unglücklichen Polen, deren Trauerschaaren allüberall die achtungs- und dankvollste Aufnahme von Seite der Völker und selbst Unterstützung von Seite der Regierungen zu Theil ward.

Freilich sind auch Abweichungen von solchem hochheiligen Princip in verschiedenen, zumal auch in unseren neuesten, von politischen Verwirrungen mehr als je heimgesuchten Zeiten erschienen. Man hat sich näher berührender Staaten bereits durch Verträge zur Auslieferung politisch Angeklagter verpflichtet, ist mindestens zu Verfolgung derselben in den anderen Welttheil geschritten, und es gibt eine starke, einflußreiche Partei, deren Richtung offenbar dahin geht, die Genossen der anderen, gegenwärtig unterdrückten Partei der Regierungen zu einer gemeinschaftlichen, über den ganzen Welttheil ausbreitenden Verfolgung zu bewegen, vergessend, daß auch ihre eigenen Anhänger die Wohlthat des von ihnen jetzt misachteten Princips schon vielfach genossen, und daß Ereignisse wenigstens möglich sind, welche sie derselben Wohlthat neuerdings könnten bedürftig machen (S. „Auslieferung“).

Nicht minder sprechend, als durch die von allen Denkenden anerkannte Heiligkeit des politischen Flüchtlingen zu gewährenden Asyls, drückt die öffentliche Meinung ihre Durchdrungenheit von der ganz besonderen Natur der hier in Frage stehenden Verbrechen dadurch

Thymus latifolius.

Thymus latifolius (L.) Desf. is a perennial herb, growing to a height of 1-2 feet. The leaves are opposite, lanceolate, and have a serrated margin. The flowers are small, tubular, and are borne in a dense, terminal raceme. The fruit is a small, rounded capsule. This species is native to the Mediterranean region and is widely distributed in the southern part of Europe. It is a common component of the Thymus subsp. latifolius complex.

über die Rechtmäßigkeit eines über sie gekommenen Zustandes und der Auflehnung gegen unrechtmäßige Gewalt. Im Allgemeinen ist dadurch die Frage entschieden: es gibt Fälle einer erlaubten vielleicht selbst pflichtmäßigen Widersehung; und nur das Bestimmen und Unterscheiden solcher Fälle thut noch Noth.

Eine unendliche Menge unter sich verschiedener Fälle ist hier denkbar und auch in der Erfahrung vorkommend. Wir wollen einige Hauptclassen in Betrachtung ziehen.

Für's Erste darf der Unterthan nicht nur, sondern er soll auch muß nach der Rechtmäßigkeit der Gewalt desjenigen fragen, der sich als Inhaber derselben darstellt. Setzen wir, ein — einheimischer oder fremder — Usurpator hätte sich der Hauptstadt oder des Landes bemächtigt und kündige sich nun der Nation als Beherrscher an, so wird es Jedem im Volke nicht nur erlaubt, sondern nach Umständen selbst als Pflicht von ihm zu fordern sein, daß er dem Thronüberdrängten die Anerkennung versage und dem zeitlich verdrängten rechtmäßigen Herrn die Treue bewahre. Freilich wird der Einzelne — an der Kräfte zum wirksamen Widerstand entbehrend — in der Regel der einmal factisch bestehenden Gewalt, will er nicht Märtyrer werden, unterwerfen müssen; was zumal alsdann der Fall ist, wenn ein gesetzliches oder verfassungsmäßiges Organ des Gemeinwillens vorhanden ist, und die dergestalt zum Schweigen verurtheilte Nation durch solches Schweigen oder Nichtwiderstehen der Usurpator den Schein des anerkannten Herrscherrechts verleiht. Wenn aber Viele, gleichzeitig oder dem kühnen Aufrufe Einzelner folgend, die Fahne des widerrechtlich verdrängten Regenten aufpflanzen, während Andere dem Usurpator anhängen; oder wenn in Fällen eines streitigen oder zweifelhaften Titels der verschiedenen Thronprätendenten ein Theil der Nation dem Einen und ein anderer Theil dem Andern anhängt: so entsteht eben Bürgerkrieg; und welcher Bewerber obsiege — er hat das Recht nicht, die Anhänger des Gegners als Hochverräther oder Rebellen zu bestrafen, sondern seine Befugnisse sind durch das Kriegsgesetz beschränkt. Ist jedoch einmal Einer im wirklichen (nicht bloß kriegsrechtlichen, sondern bürgerlichen oder staatsrechtlichen, d. h. von der evidenten Mehrheit des Volkes [stillschweigend oder ausdrücklich], oder auch von den fremden Mächten anerkannten) Besitze des Thrones; alsdann setzt der Einzelne, sollte er auch durch rechtlicher Rechtsüberzeugung ihm den Gehorsam weigern, sich der verdienten Bestrafung aus, weil dem Einzelnen wohl eine Meinung jedoch kein geltendes Urtheil zuleht, und seine Gesellschaftspolizei ihn zur Unterwerfung unter den erscheinenden Gemeinwillen verurtheilt. Noch wird er zwar, wenn er durch fortgesetzten Widerstand oder durch neue Auflehnung gegen die einmal feststehende Gewalt der Einzelnen wirklich anheimfällt, nach Umständen unserer Theilnahme, selbst unserer Hochachtung oder Bewunderung wegen seiner heroischen That für die vorige Herrschaft würdig erscheinen; aber das strenge Recht

des Gegenstandes willen ausführlicher und darum in einem eig. Artikel (s. „Steuerverweigerung“) gehandelt werden.

Die Frage über den Inhalt oder Gegenstand des von Staatsgewalt oder ihren Agenten ausgehenden Befehls, Verbot, überhaupt Thuns fällt mit jener über die Form oftmals zusammen, namentlich wenn von der Competenz einer Auctorität die bestimmte Acte die Rede ist. In solchen Fällen nämlich geht aus dem Inhalte hervor, ob eine Incompetenz, mithin ein Formmangel wirklich vorhanden sei; z. B. wenn eine Verfügung von gesetzlicher Natur einseitig von der Regierung erlassen, oder von der Administrationbehörde in die gerichtliche Wirksamkeit eingegriffen, durch Gebot der Gang der Justiz gehemmt oder alterirt würde u. s. w. Wie fragen nun allgemein: kann, oder in wie fern kann durch Inhalt oder Gegenstand eines Actes der Staatsgewalt der Ungehorsam oder auch der Widerstand gerechtfertigt werden?

Mehrere Staatsrechtslehrer stellen hier mit Jakob (philosophische Rechtslehre) den Satz auf: „Niemand darf gehorchen, wenn etwas Pflichtwidriges, Niemand ist schuldig zu gehorchen, wenn ihm etwas seinem offenbaren Rechte Widerstreitendes befohlen wird.“ — Aber dieser Satz ist nicht nur unbestimmt, weil vag und verschiedener Deutung empfänglich, sondern falsch und in seinen Consequenzen gefährlich, weil die Pflicht zum Gehorsam weitaus mehr, als nothwendig und gut ist, beschränkt.

Ueber die (moralische) Pflicht entscheidet für jeden Einzelnen bloß dessen eigenes Gewissen, auch wenn es ein irrthümliches ist. Fände nun die Staatsgewalt an den Aussprüchen solches Gewissens (daher — weil man dem Menschen nicht in's Innere sehen kann — auch an den bloß vorgeschützten Aussprüchen desselben) ihre Grenzen so stände in der Macht jedes Fanatikers oder Heuchlers, ihr zu rücken und die Staatsordnung wäre dahin. Dann könnte jeder Tyrann und könnten ganze Secten sich z. B. der Schuldigkeit, das Volk zu vertheidigen, beliebig entziehen, vorgebend, ihr Gewissen erlaube ihnen das Blutvergießen nicht, und dann könnte überhaupt jedes Verbrechen oder polizeiwidrige Thun oder Nichtthun durch angebliche Gewissenspflicht beschönigt oder gerechtfertigt werden. Die Staatsgewalt kennt als Schranke ihrer Macht keine anderen Pflichten, als welche es nach dem Urtheile der allgemeinen Menschenvernunft ist und selbst diese nur in so weit, als sie zugleich als unbedingt oder ausnahmslose, namentlich als selbst im Collisionsfalle mit der Staatswohle noch fortdauernde anzuerkennen sind. Solche nämlich zu erfüllen zu lassen oder gegen dieselben zu sündigen, hat man sich in Staatsverträge nicht anheischig gemacht und nicht anheischig machen können; es würde daher jeder Befehl, der es verlangte — wie ein Befehl, ein falsches Zeugniß zu geben, oder die Ehrbarkeit an sich selbst oder an Andern zu verletzen, oder überhaupt ein evidentes und

So lange es aber noch gesetzliche Mittel gibt, Unrecht abzumenden, ist das Unternehmen, es mit physischer Gewalt zu thun, ein strafwürdiges Verbrechen.

Freilich geschieht auch in constitutionellen Staaten oder Ländern mancherlei durch gesetzliche Mittel schwer oder gar nicht abwendendes Unrecht. Es können selbst ungerechte Gesetze gemacht werden, weil auch die Volksrepräsentation, so gut sie zusammen sei, niemals den Gefahren des Irrthums, der Ueberraschung, der Fangenheit durch particuläre Interessen, der Verführung durch Parteihäupter u. s. w. völlig entrückt ist. Um wie viel näher liegt Gefahr, wenn einmal eine unglückliche Wahl Statt fand, die Bestechlichkeit unter den Volksvertretern einreißt, oder gar ein solches Wahlgesetz die Kammer zur Repräsentantin etwa bloß einer einzigen Selbaristokratenkaste anstatt der Nation macht! Sodann kann auch in constitutionellen Staaten mancherlei Unrecht durch die Regierungs- und Gerichtsbehörden, auch durch solche der obersten Regierungsgewalt verübt werden; ja es kann die letzte durch geringen Einfluß auf die Wahlen oder durch ein umfassendes Corruptionsystem die Volksrepräsentation verderben, zum Werkzeuge der Willkür herabwürdigen und dergestalt die Nation um die Hauptschutzwehr der Freiheit und Rechte bringen. Sie kann selbst directe Eingriffe in die Constitution sich erlauben oder wohl gar die ganze Verfassung zu einem Gewaltstreich über'n Haufen werfen. Hat sie einmal dieses gethan, alsdann wird sie natürlich auch noch die letzte gesetzliche Wehr dem niedergetretenen Rechte rauben, sie wird die Presse in Fesseln schlagen, jedes Wort der Klage oder Rechtsverwahrung verpöblich machen, erstickend und dergestalt die Alleinherrschaft der Gewalt verkünden. Alles dieses kann geschehen; und solche — seien es bloß ideale, seien es geschichtliche — Fälle dürfen nicht außer Betracht gelassen werden, wenn man die Frage vom „Widerstand“ allseitig beleuchten soll.

In absolutistischen Staaten kann zwar die Rechtsverletzung durch Verfassungsbruch oder Umsturz nicht vorkommen, weil dort keine Verfassung besteht; dagegen liegt daselbst die Möglichkeit oder Gefahr der anderen Arten von Rechtskränkungen näher und mächtiger, wenn solche Statt finden, die in constitutionellen Staaten die hauptsächlichen Hauptmittel gesetzlicher Abhülfe. Wie lautet nun hier die vernünftige Rechtslehre über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Widerstandes?

Wenn das Unrecht (und wir wollen annehmen: ein wahres, nicht nur vermeintes Unrecht), das mir widerfährt, sich auf ein Gesetz gründet, oder eben in dem Inhalte des Gesetzes besteht, so ist der Widerstand jedenfalls rechtswidrig und folglich strafbar. Selbst wenn Gesetze durch bloße Cabinetsordren gegeben werden, um wie viel mehr also da, wo die Volksrepräsentation dazu ihre Zustimmung zu ertheilen hat, sind sie als Ausdruck des — sei es stillschweigend, sei es ausdrücklich erklärten — Gesamtwillens zu ehren, welchem zu

men werden, so setzt dieses eine wirklich vorhandene, d. h. existirend in Lebenskraft bestehende Gesamtheit voraus. Wo die Voraussetzung ermangelt, wo nämlich zwar eine Summe oder ein Haufen von derselben Herrschaft unterthanen Knechten, nicht aber eine mit wahren Gesammtleben, d. h. mit Gesammtgefühl, Gesammtrecht, Gesammtwillen und Gesammtkraft begabte Gesellschaft gefunden ist: da hört auch alle Verpflichtung gegen eine solche — diesem Falle bloß ideale oder gedichtete — Gesamtheit auf, und es bleibt bloß die aus anderen als aus staatsrechtlichen Gründen zu ermittelnde Pflicht gegen den gemeinschaftlichen Oberherrn übrig und neben noch die aus den gegen die Widerseßlichkeit angebrohten Entschlüssen fließende psychologische Nöthigung zum Gehorsam. In der Türkei, in China und überall, wo ein dieser Despotismus ähnlicher Zustand herrscht, kann von einer Verpflichtung eines Einzelnen gegen die übrigen Sklaven keine Rede sein. Jeder Einzelne mag sich, wenn der Despot ihn wie rechtlos behandelt, vertheidigen, so gut es im Stande ist. Die Gemeinde, d. h. die Nation, nimmt an seiner Noth keine Theilnahme; er hat also bloß sein eigenes Verhältniß zum Herrscher zu erwägen und das gegenseitige Maß der Kräfte.

2) Wo eine wahre Gesamtheit vorhanden ist, da hat auch dieselbe und auch jedes einzelne Mitglied die Pflicht — so wie auch die nächstliegende Interesse — die jedem Einzelnen widerfahrende Noth als eine sich selbst zugefügte zu betrachten und zu allen ihr zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln abzuwehren oder zu heilen. Es ist dieses die Gegenleistung für die dem Einzelnen auferlegte Pflicht des Duldens oder die Bedingung der rechtlichen Geltung solcher Verpflichtung. In Folge davon hat die Gesamtheit und hat jeder politisch mündige Einzelne die Aufforderung, auf Alles, was im Schooße der Gemeinde vorgeht, insbesondere auch auf jedes Unrecht, das etwa einem Mitgliede widerfähre, ein aufmerksames Auge zu richten und auf jedem rechtlich erlaubten Wege, zumal also durch eine mündige Meinungsäußerung demselben nach Kräften zu steuern. Die politisch mündigen Einzelnen haben in constitutionellen Staaten also die Aufforderung, nur zuverlässige Freunde des Rechts und Gemeinwohls zu Volksvertretern zu wählen, sodann die Thätigkeit derselben sorgsam zu überwachen und abermals in offener und freier Besprechung über ihre Verhandlungen die Richtung der öffentlichen Meinung oder des wahren Gesammtwillens kund zu thun. Die Erfüllung dieser Pflicht setzt freilich die ungehemmte öffentliche Mittheilung unter den Vereinsgenossen voraus, d. h. also die Pressefreiheit und, verbunden mit ihr, die Publicität der Regierung und gerichtlichen Acte und der Ständeverhandlungen. Wo diese Schutzwehren des Rechts oder diese Bürgschaften des Rechtszustandes völlig mangeln, da tritt mehr oder weniger ein bloß factischer Zustand ein, und sieht der widerrechtlich Unterdrückte sich hingewiesen auf die für ihn wie für das gemeine Wesen trostlose Gewalt.

der Nation den Zweck des Unternehmens gebilligt oder mißbilligt in welchem ersterem Falle der Unternehmende als im Sinne der Gesamtheit handelnd zu betrachten, im zweiten als Veleid der Gesamtheit, nämlich als sich Auflehrender gegen das, die Mehrheit genehm hält, erscheinend ist. Freilich ist diese Besetzung sehr trüglich, da oft der Sieg durch eine kühne, wohlgeordnete Rotte gegen Willen und Interesse der Nation mag errungen werden und ein von den Segenswünschen der Nation begleitetes Unternehmen wegen zu früher Entdeckung verunglücken oder, wenn bereits gebrochen, an den Bajonetten und Feuerschlünden auswärtiger einheimischer, jedenfalls aber der Nation entfremdeter Waffenscheitern kann; doch bleibt sie unsere einzige Zuflucht. Auch nicht geleugnet werden, daß das Princip: ein Jeder, welcher sich gegen die bestehende, von der Nation oder ihrer Mehrheit anerkannte Staatsgewalt auflehnt, hat das äußere Recht verletzt und ist strafbar, ein zurhaltung der Staatsordnung notwendiges ist. Wer die Fahne der Empörung aufsteckt, weiß, daß er im Falle des Mißglinges die gesetzliche Strafe zu gewärtigen hat; er wird es aber auf die Gefahr hin zuweilen wagen, wenn er Grund zur Ueberzeugung, daß er dabei im Sinne der Nation handle, und daß diese sich energisch genug erklären werde, um seiner Sache den Triumph zu verleihen. Bleibt er gleichwohl ohne bedeutenden Anhang, dann er eben sein Unglück oder seinen Irrthum oder seine Verwegenheit nicht aber das Gesetz (wofern dieses nicht in der Strafbrechung für gerecht zu erkennende Maß überschritt) und nicht den Staat, wenn derselbe es anwendet. Auch seine Anhänger sind mehr minder straffällig, als Miturheber oder als Gehülfen, so lange ihre Zahl so groß geworden, daß eine aufrichtige Vermuthung der Nationalzustimmung dadurch begründet werden kann, mindestens die Spaltung der Nation in zwei feindselige Parteien daraus hervorgeht. Im letzten Falle verwandelt sich der Aufstand in Bürgerkrieg, das Recht ist zweifelhaft geworden — wie bei den Kriegen zwischen mehreren Staaten — anheimgestellt der Entscheidung durch Gottesgericht. In der Voraussetzung konnte jeder Bürger, nach seinem guten Glauben der einen oder der anderen Partei sich beigesellen (ja, nach dem Solon'schen Gesetze wäre er sogar schuldig gewesen, ein solches zu thun); und weder Vorwurf noch Strafe kann ihn mehr treffen, immer der Ausgang des Kampfes sei. Es gibt alsdann nur Sieger und Besiegte, nicht aber Pflichtgetreue und Verräther; und obschon der Zeitpunkt, wo solches Verhältniß, d. h. die Umwandlung der Rebellion in Bürgerkrieg, nicht schwer zu bestimmen ist; so besteht doch unverkennbar der wesentliche Unterschied zwischen beiden, und ist für die siegende Partei jedenfalls eine ausdehnende, d. h. die Straflosigkeit in

Freie aussprechende, Erklärung Gebot der Klugheit und Humanität, wenn nicht des strengen Rechtes.

Wenn aber, was Niemand leugnen wird, Aufruhr und Empörung das größte Calamitäten der Staaten qñhen, und wenn die legitime, legitime Regierung das Recht und, in so fern sie als das Gemeinwohl emant sich betrachtet, auch die Pflicht hat, nicht nur überhaupt die öffentliche Ruhe und Ordnung gegen die Unruhen und die Gefahr des Umsturzes von sich abzuwehren, sondern auch die geeignetsten Mittel, solchen Unruhen die Entstehung zu erreichen und das gemeine Wohl von den Gefahren der Umwälzungen zu bewahren? Und wenn, wenn, trotz aller Sorgfalt des Nachsehens, gleichwohl der Unruhen, die vom Recht entspringen und von der Klugheit angeordnet werden, ihn schnell zu dämpfen und die gesetzlich Ordnung wiederherzustellen? —

Welche Principien sind es, welche die Regierung zu solchen Maassnahmen leiten. Das eine ist das des Schreckens und der Strafe, das andere jenes der Gerechtigkeit und Humanität. Beide will nicht nur den etwa zu befürchtenden böswilligen Plänen der Unruhen, Schreckschiffen oder Parteien durch Verhütung eines solchen Unmuths der Privatkräfte, durch sorgfältige Überwachung der Unruhen Verdrängten vorbeugen und durch gerechte Bestrafung von verbrecherischen Anschlägen abschrecken; sondern auch die Anwendungsgewalt völlig unabwehrlich, auch im Falle des Verdrängens der ganzen Nation, machen; es will sich bestreuen, auf Erhaltung der durch den Staatsvertrag verbundenen Gesamtwillen derselben nicht minder der unabwehrlichen Privatwillen einzelner Ehrgeiziger oder Parteigänger, die Nationen unterdrücken und durch Anstalten, Gesetze im Lande der Strafgewalt es dahin bringen, daß durchaus nicht mehr, weder Recht, jede Freiheit, jedes Interesse der Einzelnen, noch die Nationen leblich und unbedingte von dem Willen oder von der Macht der Regierung abhängen, daß, möge diese verfügen, anordnen, was immer sie wolle, dagegen gar kein Widerspruch möglich sei. Allgewalt der Regierung, gebaut auf die Macht der ihr zu Gebote stehenden Kräfte, nicht nur gegenüber der Nation von Privatkräften, sondern auch gegenüber der Nation, ist sein Ziel, und es sucht dasselbe zu erreichen durch Anwendung der Liebe, des Vertrauens, der freien Anhänglichkeit der Nationen, sondern durch Verdrängung jeder Impensenden Nation, durch die Nation und durch allgemeinen Schrecken. „Oderint dum sapienter“ ist das Princip, welche diesem Principe huldigen. Das andere Princip ist das andere Princip. Dasselbe will nicht nur die Unruhen leblich und unbedingte von dem Willen oder von der Macht der Regierung abhängen, daß, möge diese verfügen, anordnen, was immer sie wolle, dagegen gar kein Widerspruch möglich sei. Allgewalt der Regierung, gebaut auf die Macht der ihr zu Gebote stehenden Kräfte, nicht nur gegenüber der Nation von Privatkräften, sondern auch gegenüber der Nation, ist sein Ziel, und es sucht dasselbe zu erreichen durch Anwendung der Liebe, des Vertrauens, der freien Anhänglichkeit der Nationen, sondern durch Verdrängung jeder Impensenden Nation, durch die Nation und durch allgemeinen Schrecken. „Oderint dum sapienter“ ist das Princip, welche diesem Principe huldigen.

sammtheit waltende Regierung zu übermächtigen im Stande ist, auch es will die Regierung im Fortbesitze des unbestrittenen Ansehens erhalten und selbst dem Entstehen irgend eines feindseligen Willens vorbeugen: aber es setzt die Mittel der Zurechtweisung keineswegs in den Schrecken, sondern in das Vertrauen und in die Befreundung mit dem Nationalwillen, und es wirft jeden Anspruch auf Ulgewalt und jedes Bestreben nach Unterdrückung der dem Recht und dem Gemeinwohl naturgemäß entgegenstehenden, eben dadurch aber möglicher Weise mit einer im Irrthum begangenen oder durch schlechte Rathgeber auf Abwege geleiteten Regierung in Opposition tretenden edleren Kräfte in der Nation.

Die unendliche Verschiedenheit der beiden Systeme drückt sich allen rücksichtlich der Vorbeugung sowohl als der Unterdrückung von Empörungen anzuwendenden Mitteln und Maßregeln aus.

Das erste System — wir wollen es das terrorisirte nennen, im Gegensatz des freiheitlichen, wie wir das zweite heißen — sucht die Bürger möglichst zu isoliren, d. h. aller Vereinigung von Kräften, welche möglicher Weise jenen der Regierung sich entgegensetzen könnten, thunlichst vorzubeugen, allerwärts durch möglichst vollständige Centralisation der öffentlichen Gewalt und aller Fäden des Staatslebens in dem Sitz und den Händen der obersten Regierung, durch die Aufhebung aller Selbstständigkeit der Provinzen, Bezirke, Gemeinden u. s. w. und durch Bindung aller auch nur von ferne mit politischen Zwecken in Verbindung stehenden Gesellschaften und Associationen. Es sucht weiter, das Auftreten einer freien, aufgeklärten, Recht und Nationallehre schirmenden öffentlichen Meinung zu verhindern und alle besseren Empfindungen der Bürger, alle Regungen des Patriotismus und des Selbstgefühls, die Servilität und Corruption untergehen zu machen; es unterdrückt zumal die freie Presse, das Organ der gegenseitigen Mittheilung, Aufleuchtung, Erhebung, und bedeckt, die Publicität, die Freundschaft, das Recht, scheuend, alle Acte der Staatsgewalt mit dem Schleier des Geheimnisses. Es mißt den Werth der Bürger, der Candidaten des öffentlichen Dienstes zumal, nach dem Grade der Unterthänigkeit, der Bezeugung und Speichelleckerei, wirft auf Talent und Tugend, auf Charakterfestigkeit und zumal auf Popularität einen argwöhnischen, einen hassenden Blick, umgibt alle Zusammenkünfte auch der reichlichsten Bürger, ja die vertrautesten Freunde- und Familiengemeinschaften mit Auspähern, stempelt jeden Laut des Mißvergnügens, jede Klage zum Majestätsverbrechen und belegt schon den Besiz einer vertrauten Mittheilung von der Censur verbotener, d. h. mißbilligter Schriften mit der Strafe der Mißthäter. Wenn dann, trotz dieser Vorkehrungen, der im Geheimen fortschreitende Brand — die Erstickungsversuche wohl in's Innere zurückgedrängt, doch darum noch heftiger glühend — endlich in Flammen ausbricht, so

und offenen Associationen; es will die Regierung stark haben, die aus Ueberzeugung fließende Anhänglichkeit der Nation, der Mehrheit ihrer intelligenten Glieder, und es verläßt sich auf denselben Beistand gegen die etwaigen Versuche einiger böswilligen Störer. Es begründet hiernach den Thron auf Gerechtigkeit und Volksbeglückung und erkennt daher in den natürlichen Interessen der Bürger eine sicherere Bürgschaft für ihre Thron, das andere System sich in der Furcht vor der Strafe verhält. Hiernach kann es der vielen, theuer zu bezahlenden und die allgemeine Moralität vergiftenden Wächter und Ausspäher, so wie der festen Wehranstalten gegen das eigene Volk entbehren und die Anordnungen auf das im Verhältnisse zum Auslande nöthige Maß beschränken. Ginge nun, ungeachtet der volkfreundlichen Richtung der Regierung ein von boshafter Hand ausgestreuter Same der Unfriedlichkeit auf, oder hätte die Regierung selbst durch zwar wohl gemeinte, doch aus Irrthum fehlgegriffene Handlungen solche Unfriedlichkeit erregt; so will das eben besprochene System die Ausbreitung derselben keineswegs unterdrücken, vielmehr beachtet es dieselben insam, forscht ihrer Quelle und Begründung nach und heilt den Unmuth entweder, wenn er aus falschen Ansichten entsprang, durch Belehrung der Irrenden, oder, wenn gerechter Grund dafür da ist, durch kluge Nachgiebigkeit und Hebung der Beschwerden. Sollte aber ein wirklicher Aufstand, welcher unter solchen Umständen jedenfalls ein verbrecherischer sein würde, irgendwo ausbrechen; alsdann erlaubt es fordert das System dessen rasche und energische Unterdrückung durch die öffentliche Macht und die wohlverdiente Bestrafung der Schuldigen. Die öffentliche Macht aber, welche gegen dergleichen Ruhestörer zu bieten ist, will es lieber aus Bürgergarden, als aus Soldatentruppen gebildet wissen, weil jede Verwendung der letztern gegen das Volk gehässig und verdächtig ist, und weil gegen böswillige Ruhestörer die aus Recht und Ordnung Liebenden zusammengesetzte Bürgergarde zuverlässig genug ist. Ueberhaupt will dieses System sowohl zur Verhütung als zur Unterdrückung der Aufstände nur solche Mittel angewendet und nur solche Kräfte aufgebieten wissen, was naturgemäß bloß dem Recht und dem Gemeinwohl dienstbar, nicht zugleich gut auch zur Durchsetzung unlauterer Absichten zu gebraucht sind. — Ist dann durch solche dem Gemeinwohl und Gesamtwillen befreundete Kräfte der etwa ausgebrochene Aufstand gebämpft, so wird allerdings auch die Strafgerichtigkeit ihr Amt zu verwalten haben, in der Regel aber das Recht der Begnadigung eine Gelegenheit zu beifallswerther Ausübung finden.

Die Leser des Staatslexikons werden nicht zweifelhaft sein, welchem der beiden Systeme wir uns bekennen. Nur eine Bemerkung setzen wir noch bei. Sie bezieht sich auf das Verhältniß der durch die positiven Rechte festgesetzten Strafen zu dem vernünftigen und rechtlich zu billigenden Strafmaße. In Staaten, deren Regierung

überwältiget werden; und darum muß theils mit ewiger und schrecklicher Kerkerpein, theils mit Rädern, Biertheilen, Spießen u. s. w. getödtet und auch schon gegen den leisesten Versuch, gegen das noch stehende Vorhaben, gegen die entfernteste Theilnahme, gegen bloßes Umlassen der Anzeige, selbst gegen bloße Gedanken und Gefühle, sei es auch nur durch Blick und Miene oder Seufzer, sich rathen, die Strafe des schwersten Verbrechens geschleudert werden.

Dieses Alles gründet sich auf die Natur der Menschen: Dinge, war darum von jeher so und wird immer so bleiben. Neben daraus geht auch hervor, daß die von den römischen Kaisern auf Gewalt und Schrecken erbauter Despotenthron fortwährend von Aufruhr und Verschwörung umlagert war, erlassenen unumwundenen Majestäts- und Hochverrathsgesetze das Vorbild nicht in dürfen für eine auf den normalen Zustand gestützte, einer weisen und gerechten Regierung sich erfreuender und zumal noch durch eine heiltliche Verfassung beglückter Völker zu berechnende Gesetzgebung.

Mottel

Hohenzollern, seit dem Ende des zehnten Jahrhunderts aus kleinen, von der ehemals sogenannten Bertholdsbara, dem Saargau und der Hattenhinter abgerissenen Districten bestehende Grafschaft zwischen dem südwestlichen Abhange der schwäbischen Alp und dem nördlichen Absturze des Schwarzwaldes auf beiden Ufern des Neckars. Die Nachkommen des Schwabenherzogs Gerold vom Bussen, das Geschlecht der Berthilonen, verwalteten in vielen Verzweigungen über einen Theil von Schwaben die Grafenämter. Als aber in der unglücklichen Periode der letzten Carolinger die Sproßlinge des hohenchäufischen Herbert's mit der herzoglichen Würde auch die meisten Grafenämter in Schwaben an sich zu reißen, das Geschlecht der Berthilonen zu verdrängen wollten, wußt hatten, und von da an jeder Graf sowohl seine Würde, als sein Territorium, in welchem er dieselbe verwaltete, sich erblich zu sichern strebte; zog sich der berthilonische Graf in jener Gegend, die seinem Stamme noch geblieben, auf seine feste Felsenburg Hohenzollern zurück und nannte sich und seine Grafschaft nach seinem neuen Wohnsitze. Im Ende des zehnten Jahrhunderts nennt zuerst urkundlich die Grafen von Hohenzollern. Mehr als zwei Jahrhunderte lang arbeiteten sie, wenn auch nicht immer mit demselben guten Erfolge, die Donau an der Vergrößerung und Befestigung ihrer glücklich erlangten Macht. Aber erst als einer ihrer Nachkommen, der Graf Conrad, im Jahr 1210 das Burggrafthum Nürnberg als Lehen, und später mit dem habsburgischen Hause verschwägte Graf Eitel Friedrich von dem Kaiser Rudolph dasselbe erblich empfing (1273), dehnte sich die Macht der Hohenzoller in Franken aus und machte, geleitet durch Einsicht und Klugheit, mit welcher die Burggrafen die Gunst der Kaiser verhältnisse benutzten, auffallend große Fortschritte. Die Geldverleugung des Kaisers Sigismund gab dem Burggrafen Friedrich VI., dessen Vorfahren ohnehin schon von dem luxemburgischen Hause die Reichsfürstenthümer

verkauft sich verschafft, die Mark Brandenburg nebst der Kurmark aller Landesherlichkeiten (1417) für 350,000 ungarische Goldgulden in die Hände. Die schnelle und merkwürdige Machtvergrößerung dieses Hauses begann im Norden und der nachmals von ihm erlangte Besitzthron von Preußen waren die Folge jener Acquisitionen. Dem Kaiser glücklich that sich die in ihren schwäbischen Stammfassen verwurzelte Linie besser, obwohl auch ihr glänzende Augenblicke zur Vergrößerung ihrer Macht nicht mangelten. Ueber ewigen Familienhader und Händel vergaß sie, zu sehr befreundet mit dem hohen, verfallenen Hause, welches den größten Theil des damaligen Adels durch seine unsichere Stellung und schon nach Art der meisten, vorher regierenden Dynastienfamilien, eine Brute ihrer Nachbarn zu werden, zu sehen den Verfall ihrer unvorsichtigen Rivalen zur eigenen Machtbeförderung beförderten. Weitere Besitzungen auf dem linken Rheinufer, gegen den Schwarzwald hin gingen verloren, und die ansehnliche Reichthümer der Grafschaft wurde aus Veranlassung brüderlicher Zwiste 1403 an den Markgrafen Friedrich, dem Oettinger, ward die alte Stammburg von verworrenen Rechtsfäden und der von ihm gereizten Gedin Henrich von Würtemberg verlor; wovon die ganze Grafschaft fiel an diese Markgrafen. Um die Schulden des gefangenen Grafen zu tilgen, theilte er sich die Grafschaft mit dem Oettinger, den ihnen gegenwärtig den Soldaten davon gelegen war, den ihnen gegenwärtig die Grafschaft zu vernichten. Eitel Friedrich, des gedemüthigten Markgrafen Bruder, so wie dieser Ministerialis der Grafen von Würtemberg, um seiner Zeit schon kein ungewöhnliches Verhältniß mehr, der Grafschaft Ministerialis des andern, mächtigeren war, konnte nur durch seine Nähe einen Theil der Besitzungen seiner Väter wieder erhalten. Erst 80 Jahre nach der Zertheilung der Burg Hohenzollern, ward die alte Macht wiederhergestellt und ihre Macht Charles geworden war, es dem Grafen Jos, seine Stammburg wieder aus dem Trümmerhaufen gerichtet und fester als vorher zu erbauen. Sein Sohn Friedrich, welcher mit dem eifrigen Hug von Wertheim sich gegen die Markgrafen von Brandenburg und das Kaiserhaus verbündet gemacht, seine Besitzungen mit der vorösterreichischen, ehemals hohen, Grafschaft Halgerloch, durch Tausch gegen seine feindliche Markgrafen in Brandenburg. Noch mehr vergrößerte sich das Verhältniß von Hohenzollern nach dem Tode des letzten wertheimerischen Markgrafen Christoph (1535), dessen Herrschaften Egmaringen und Wertheim vertragmäßig an Österreich zurückfielen, aber von diesem Kaiser durch Günstig Kaiser Karl's V. an den Grafen Karl als Lehen verliehen wurden, bereits zur selben Zeit, als die Herrschaft

aus den Würtembergischen Gemüthen 1431 alle Stände des Reiches zur Wahl des Königs aufgerufen und deswegen in einer Reichsmatrikel nach dem Namen jedes Eingekommen eingetragen und angeschlagen wurden, ist die Markgrafen von Hohenzollern ganz übergegangen, was, wenn sie noch existirt hätte, nicht anders gewesen wäre. Cfr. Datt. do pace publ. L. 1. ep. XXIV.

Wöhrstein nach dem Erlöschen des nellenburg-böhringischen Grafenstammes sich an ihn vererbte.

Mit der Errichtung eines „Erbeinigungsvertrages“ (1177) theilte Graf Karl seine Herrschaften unter seine Söhne, so zu Eitel Friedrich, der älteste, mit der Stammburg, die eigentliche Grafschaft Hohenzollern (in dem Umfange, den das jetzige Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen hat); Karl Sigmaringen mit Böhringen; Christoph Haigerloch und Wöhrstein mit, welche letztere Linie jedoch bald wieder erlosch und ihre Herrschaften, zu einem mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrage, der Linie zu Sigmaringen hinterließ. Seit dieser Zeit bildeten Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen getrennte, für sich bestehende Grafschaften.

Unter der Zahl der zwei und zwanzig Grafen, welche die verfassungswidrige Politik des Kaisers Ferdinand II. in den Fürstenstand erhob, war einerseits das durch die Reformationsstreitigkeiten gestörte Gleichgewicht der katholischen Reichsfürsten gegen die protestantischen und in demselben seine geschwächte Macht wiederherzustellen, andererseits, um dieselbe mehr in sein Interesse ziehen und zu seinen eigensüchtigen Projecten nützen zu können, waren die Grafen der beiden hohenzollernschen Linien. Ein ausgestelltes Diplom erklärte 1623 die Grafen Johann Georg von Hechingen und Johann von Sigmaringen als Reichsfürsten, ihre Herrschaften als gefürstete Reichsgraftchaften *), mit Stimm und Stimme auf der Fürstenbank, welches Recht jedes Mal beim Tode des Vaters auf den ältesten Sohn, als den regierenden Herrn, übergehen sollte.

Von den Schweden und ihren Bundesgenossen wurden die beiden Fürstenthümer eingenommen (1634) und dem Herzoge von Württemberg übergeben. Allein bald nachher fielen sie mit ganz Schwaben wieder in die Hände der Kaiserlichen, und der Friedensschluß (1648) restituirte sie den angestammten Fürsten.

Nachdem die Waffen des dreißigjährigen Constitutionskrieges erloschen, und die Fürsten ihre mit großen Opfern errungenen Landesfreiheitsrechte überall mehr auszubilden und auf mannigfache Weise durch Verbindungen zu befestigen strebten, erinnerten sich die hohenzollernschen Linien in Brandenburg und Schwaben wieder ihrer gemeinschaftlichen Abstammung (nachdem sie seit ihrer ersten Trennung, jede mit der selbst beschäftigt, dieselbe kaum mehr aus Tradition zu kennen schienen) und schlossen in der 1698 „zwischen dem kurfürstlichen Herrn von Brandenburg und dem fürstlichen und gräflichen Herrn von Hohenzollern errichteten Erbeinigung“ einen besondern Vertrag.

*) Der Kaiser versichert in diesem Diplome, daß Hohenzollern eine „uralte, mit allen ihren Regalien und Herrlichkeiten ganz eigenthümliche und untheilbare Grafschaft sei.“ Cfr. Lünig, Reichsarchiv, Pars spec. Cent. II. T. III. p. 434. sqq. Itor de feudis imperil p. 182.

thum Hechingen auf 6⁸⁰ Q. M. 21,630, das Fürstenthum Sigmaringen auf 18²⁰ Q. M. 43,207 Seelen enthält. Die katholische Religion ist die herrschende; die Juden werden geduldet.

Die geographische Lage sowohl als die localen Hindernisse, welchen die kleinen deutschen Staaten, so wie der Rheinbund, zu schaffen, mehr oder weniger zu kämpfen haben, beschränken die Fürstenthümer in ihren Erwerbszweigen fast lediglich auf den Ackerbau ist ihre Hauptnahrungsquelle. Ueppig ist die Vegetation in den wasserreichen Thälern und den Ebenen der Donauebene. Getreide aller Art, Hanf, Flachs, Obst werden da erzeugt; schöne Wälder mit Wild verschiedener Gattungen wechseln ab mit den fruchtbaren Steinfeldern die angestrengteste Mühe nur karglichen Lohn dem Boden abpressen kann. Ist auch die Zahl der Einwohner in den fruchtbaren Gegenden des Fürstenthums Hechingen verhältnißmäßig bereits um ein Drittel größer, als im Fürstenthume Sigmaringen, dessen nördliche Grenzen die Hochebenen der sogenannten „Alp“ ausmachen. Diese Localverhältnisse üben auch den entscheidenden Einfluß auf die Bewohner aus. Die Starrheit des Bodens hat gewissermaßen übergegangen zu sein in den Geist des Alpenbewohners, dessen Leben die mühevollen, einförmigen und in strenger Ordnung einander folgende Beschäftigung mit dem Anbaue desselben ausfüllt. Ihm eine Einseitigkeit gibt, die nicht selten zum hartnäckigsten Egoismus wird, besonders wenn es auf Einführung einer Verbesserung ankommt. Die feste Anhänglichkeit an dem Alten, Hergebrachten, der Tradition; ein tiefer religiöser Glaube, verbunden mit einer schreckhaften gehenden Intoleranz gegen Andersdenkende, sind die Hauptcharakterzüge desselben und ist, wie sein menschenfeindlicher Glaube und seine bigottische Verehrung mystischer Kleinigkeiten eine natürliche Folge des ungeselligen Zustandes und des biblischen Ideenaustausches. In den Thälern und dem Donaubecken man gewöhnlich neben dem Ackerbaue die Ausübung eines Handwerks, wenn auch nur in der niedrigsten Bedeutung, da eigentlich keine höhere Industrie in beiden Fürstenthümern wenig Spuren wahrnehmen sind. Ein reger Geist bewegt sich hier in der Gesellschaft; Talente und Kenntnisse sind vielfältiger. Die Alten der unteren Volksklassen gehen zwar auch hier den eigenen Weg des Alters; aber eine gefährliche Richtung scheint der Geist unter der Jugend zu nehmen, besonders in religiöser Beziehung traurig sich zu gestalten. Etwas Unglauben erblickt man hier nicht selten einen eben so verwerflichen Ungehorsam, Gleichgültigkeit und Geringschätzung der Religion und ihrer Lehren. Nicht geringe Schuld mag der Clerus hieran tragen. Die Aufmerksamkeit, welche in den neuern Zeiten auf die Organisation des Schulwesens verwendet wird, dürfte in dieser Hinsicht, so wie überhaupt auf die Bildung nicht ohne wohlthätigen Einfluß sein.

Im Ganzen findet man, ungeachtet der im Durchschnitt

quellen geöffnet, oder zur Belebung und Steigerung des Fleißes in die geeigneten Maßregeln getroffen wurden. Daher möchte es leichtlich sein, wenn Viele sich, wenigstens in materieller Beziehung, zurücksehnen in jene Zeit, als noch der deutsche Adler sein Geflügel über ganz Deutschland ausbreitete.

Die Gemeinden des Fürstenthums Hohenzollern: Heiden führten bereits das ganze achtzehnte Jahrhundert hindurch gegen die Fürsten Streitigkeiten mit der größten Erbitterung. Der Hauptgrund derselben waren die Leibeigenschaft und die ihr anhängenden Lasten, züglich die schon 1692 und 1693 in den von dem Grafen Eitel Friedrich seinen Unterthanen „aus Gnade“ ausgestellten Frohndienstverträgen vorbehaltenen „unbegrenzten Forderungen von Frohndiensten,“ besonders in Beziehung auf Jagd- und Forstfrohn. Eine kaiserliche Commission, welche, nachdem 7 Gemeinden schon (1692) empört und mit Gewalt die Abschaffung dieser immer noch mehr gedehnten Lasten verlangten, die Sache untersuchen sollte, entschied zu Gunsten des Fürsten, und der vorige Zustand wurde noch unternommen. Die Gemeinden entschlossen sich nun ihre Klage vor das kaiserliche Reichsmergericht zu bringen, und stellten alle ihre Beschwerden in einer gemeinsamen Schrift zusammen, worin vorzüglich herausgehoben wurden die Jagd- und Forstbeschwerden und die ungemessenen Hand- und Frohndienste. Jene enthielten in sieben Puncten: die Beschränkung zum Theil gänzliche Entziehung der Jagdgerechtigkeit; die Benützung der Wälder; die Erschwerung des Holzverkaufs; die unerträglichen Leistungen, welche selbst über die Landesgrenzen hinaus in das benachbarte bergische gefordert wurden und bereits alle Tage, selbst Sonntag ausgenommen, Statt fanden; der den Gemeindeväldungen zugefügte Schaden und die übertriebene Hegung des Gewildes. Unter der Anzahl von Beschwerden, welche im zweiten Theile der Klagestiftung gezählt sind, sind die allzu häufigen und unregelmäßigen Umlagen zu Reichs- und Kreissteuern, ohne daß je eine Rechnung abgelegt wurde; das zu weit ausgeübte Hagestolzrecht; der doppelte Zins an Forderungen bei allen Contracten, durch welche ein herrschaftliches Lehensgut von einer Hand in die andere käme; die Abgabe der Leib- und Rangknechte; die Abnahme des Leibeigenschaftseides von vierzehnjährigen Anwesen; der Hauptfall, welcher sonst beim Manne im besten Ross und beim Weib in der besten Kuh bestanden, jetzt aber in Geld, und zwar zu 4 Pfennigen nach dem ganzen Vermögensanschlage abgetragen werden mußte; die Bürgeraufnahme; die verschiedenen Beschränkungen der Gewerbe und des Handels durch Monopole; die neue Landesordnung, bei welcher man aus der alten gelassen, was man wollte; hingegen in Beziehung auf Forstwesen, Jagd, Frohn, Strafen u. s. w. den Freiheitsbriefen entgegenstehende Bestimmungen aufgenommen habe; die 1800 Fl. an 8 Flecken, wegen ihrer aufrührerischen Zusammenkünfte, als Zehner abgefordert worden; die zu harte Behandlung von Seite der Beamten u. s. w. Alle diese Klagen der Unterthanen wurden fürstlichen Eides nach

wie bei seinem Entstehen unter die Garantie der Reichsverfassung der Reichsgerichte, so nachmals unter die des deutschen Bundes stellt ward.

In diesem Vergleiche wurde die Leibeigenschaft mit ihren Wirkungen (wenigstens zum größten Theile) aufgehoben, mit ihr die Manumissionsgebühren (Landesvergl. von 1798. Art. 1 und 22; vergl. die Landesordnung von 1698. Tit. XLI und XLII). Die Entrichtung des Hauptfalls mit 5 pCt. nach gesammtem Vermögen ansetzte, jedoch mit einigen lindernden Modificationen (Art. 2). Die herkömmlichen zwei Fastnachtshühner, entweder in natura oder 12 Kr. für jedes Huhn, wurden beibehalten (Art. 37); das Jagdrecht zwar aufgehoben, aber gegen Mißbrauch in Beziehung durch besondere Verordnungen sich verwahrt (Art. 38). Den hundertjährigen Beschwerden über Wildschaden, Jagd- und Forstbeschwerden, über Beeinträchtigung des Adels durch die fürstliche Jagdberechtigung und die Verwundung der Gemeindevälder endlich entgegenzukommen, wurde die Errichtung eines eigenen zweiten Thiergartens angeordnet und den Gemeinden dazu die erforderliche Hülfe versprochen (Art. 11). Die Frohndienste von 1592 mit der Forderung ungemessener Frohndienste ist gänzlich aufgehoben und überhaupt in Bezug auf die noch bestehenden Frohnverpflichtungen sind mehrere Abänderungen getroffen (Art. 31. 18).

Was diesem Landesvergleiche aber den Schein einer eigentlichen Repräsentativverfassung gibt, so zwar, daß der Fürst Friedrich seine Unterthanen auf die von mehreren Gemeindevorstehern eingebrachte Bittschrift um die Constituirung einer landständischen Versammlung nach der Weise anderer Staaten, auf die Uebereinstimmung mit dem Art. 13 der deutschen Bundesacte aufmerksam machen mußten glaubte — sind die Befugnisse und Rechte, welche die „Landchaft“ in Beziehung auf die Ausübung des Steuerregals erhielt und mit dem Laufe der Zeit noch erweitert werden. Es haben sich nach diesem Vergleiche die Gemeinden des Fürstenthums eine Steuerdeputation, bestehend aus zwei Deputirten der Stadt Heilbronn und 10 von dem Lande, durch eigenen freien Willen zu wählen. Diesen werden alle Jahre die Steuerrechnungen vorgelegt, und keine Steuer ausgeschrieben. Die Regierung ist verpflichtet, über etwaigen Anstände derselben gehörige Auskunft zu geben, Beschwerden und Bemerkungen über die gesammte Steuerverwaltung zu berücksichtigen und ihnen, nöthigen Falls einen Sachverständigen zu ernennen, nicht zu verwehren (Art. 4. 5 u. 6). Mehrere Verordnungen nach und nach von Seite des Fürsten erlassen wurden, welche die Deputation, deren Mitglieder leicht durch Wahlen können getauscht werden, zur Pflicht, Vorschläge neuen Gesetzen und Verordnungen zu machen und Alles in Anregung zu bringen, was das Wohl

Die Bestimmungen des Mandatsvergleichs enthalten Bestimmungen in Hinblick der Abgrenzung hinsichtlich der

etwas, was auf eine Umgestaltung dieses Landesrepräsentativs hingedeutet hätte, und auch der gegen das Ende des Jahres 1833 Anregung gebrachte Wunsch auf Abschaffung der alten und Einführung einer neueren landständischen Verfassung scheint nur von einzelnen ausgegangen und nicht die allgemeine Stimme der hiesigen Gemeinden gewesen zu sein; wenigstens that das von dem Fürsten seine Unterthanen (unterm 1. Januar 1835) erlassene Schreiben, in dem er sie mit dem Wesen der alten Verfassung näher zu befreunden: auf den Werth einer neuen und deren beiderseitigen Unterschied: aufmerksam zu machen sucht, seine gute Wirkung. Dessenungeachtet versprach Friedrich seine und seiner Agnaten Zustimmung, im Falle sie dennoch ihren Wunsch realisiert wissen möchten. Er hielt sich für verpflichtet zu sprechen; aber die öffentliche Meinung und vorzüglich die Furcht vor noch größerer Anhäufung von Staatslasten scheint nachtheilig auf die Bemühungen derjenigen eingewirkt zu haben, welche ihren Zweck durchgesetzt hatten und das neue System bereits eingeführt hatten; vorzüglich aber auch das Versprechen des Fürsten, welcher einst in neuester Zeit aufgehobenen einzelnen Mühlenbänne, der Abtheilung des Rechts der neunten Garbe (beide ohne alle Entschädigung), minder beschwerlichen Frohnreluktionen), der namhaften Erleichterung der Ausübung der herrschaftlichen Schafgerechtigkeit und — endlich der Verringerung der bisherigen Taxen- und Stempelabgaben noch zu bewirkende Erleichterungen zu bewirken sich anheischig machte.

Anders verhielt es sich mit dem Verfassungsgange im Fürstenthume Hohenzollern Sigmaringen. Hier fühlte man den Mangel eines festen constitutionellen Staatsgrundgesetzes zu sehr, daß nicht die Volksfreunde mit Eifer das durch die Juliusrevolution durch den Befreiungskampf der Polen erwachte höhere Verlangen ergriffen und den allgemeinen Wunsch aller Unterthanen vor dem Fürsten gebracht hätten. Die für die Rechte ihres Volkes begünstigten Deputirten von Baden und Württemberg fanden ungetheilten Beifall in dem kleinern Nachbarlande, und der Fürst Anton Alex. von Württemberg, durch die Umstände und die Billigkeit der Forderung eingegeben, sprach endlich die im Art. 13 der deutschen Bundesacte den Fürsten von den hohen Mächten heilig gegebene Versicherung auch in seinem Staate zu verwirklichen und dem Vorwurfe der Undankbarkeit für die Opfer, welche seine Unterthanen während der langjährigen Revolutionen gebracht, vorzubeugen. Allein er starb, ehe noch die neue Constitution in's Leben getreten, und überließ seinem Sohne Karl die Vollendung derselben. Die Landstände versammelten sich im Sommer 1832, und mit allgemeiner Freude empfing das Volk bei ihrer ersten Versammlung am 11. Juli 1833 seine Verfassungsurkunde, die Grundbestimmungen, sich der badischen und württembergischen Constitution annähernd, wirklich das Gepräge rein volksthümlicher Gesinnung trägt; aber, leider! wie es in den meisten Staaten ging, in mancher Rücksicht die Spuren des unglücklichen Falles von Weimar und

in der That seinen Unmündigkeiten folgend, welche das
 deutsche Volk mit ihrem mifgeschickten und übertriebe-
 nen Eifer zu erben trachten, der Reichsruhm belohnen. Die-
 ses Verbot vom Jahre 1802 nicht verhängen. Denn
 die Reichsruhm und unerschütterliche Ausdauer ist in der
 That die unerschütterliche Ausdauer und alle
 diese Verordnungen einen Befehlshaber der deutschen Ein-
 heit zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.

Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.

Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.

Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.

Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.
 Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu. Die Reichsruhm zu.

zu erlassenden Gesetze; über die Unantastbarkeit des Eigenthums an zu öffentlichen Zwecken, außer nach vorgängiger voller Entschädigung; wenn in administrativem Wege zuvor über die Nothwendigkeit entschieden ist; Auswanderungsfreiheit; Conscriptionspflicht; Competenz der ordentlichen Gerichte und Unabhängigkeit der Gerichte überhaupt; Verheerung der Vermögensconfiscationen, ausgenommen bei Sachen, welche als Werkzeug oder Gegenstand eines Vergehens gebient haben oder dienen können; Verhaftung und Gefangenhaltung; Beschwerdeführung gegen gesetz- und ordnungswidriges Verfahren der Landesbehörden; über Justizverzögerung; das Recht, Beschwerden und Gesuche an die Ständeversammlung bringen zu dürfen; Handels- und Gewerbeverordnungen; Unverletzbarkeit der Kirchen- und Stiftsgüter, so wie der Institutionen zu Religions-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten; Bestimmungen über Gemeinden, Gemeindeverfassung und Haushalte. Diese sind dieses meistens Bestimmungen, deren nähere Ausbildung in anderer Beziehung eben so wünschenswerth wäre, als sie selbst zweckmäßig und vom größten Einflusse auf das staatsbürgerliche und politische Leben der Staatsbewohner sind.

Der Titel 7 handelt von den landesherrlichen Domänen und den Staatshaushalte. Die zum Fürstenthume gehörigen Domänen werden als Stamm- und Fideicommissvermögen anerkannt (§. 72). Der Ertrag derselben und ihrer Zugehörden ist vorzüglich für die Bedürfnisse des fürstlichen Hauses und Hofes bestimmt; und was bei der Unzulänglichkeit derselben noch aus den Mitteln des Landes beigemessen werden soll, so wie die Frage, was eigentlich als Bestandtheil des Domänenvermögens zu betrachten sei — auf eine Verathung mit den Ständen verschoben. „Der Ertrag der Hoheitsrechte wird der Landescaasse zugewiesen etc.“ (§. 73 — 75). „Das Fürstenthum hat eine landständische Verfassung und eine allgemeine Ständeversammlung, in welcher alle Theile desselben nach Maßgabe der Verfassung Theil nehmen (§. 79). Die Ständeversammlung wird zusammengesetzt: 1) aus den fürstlichen Standesherrn oder ihren Abgeordneten (Standesherrschaften: fürstenbergische, Trochtelfingen und Jungnau; und taxische, Ostrach und Straßberg); 2) aus einem Abgeordneten der Geistlichkeit; 3) aus 14 Abgeordneten der aus sämtlichen Gemeinden des Fürstenthums gebildeten 7 Wahlbezirke“ (§. 80).

„Die Abgeordneten der einzelnen Wahlbezirke werden durch Wahlmänner ernannt, welche theils aus der höchstbesteuerten Classe der Ortsbürger, theils durch die freie Wahl der gesammten Bürgerchaft bestellt werden.“ Auf zehn Bürger einer Gemeinde kommt ein Wahlmann. Die Wahl der Abgeordneten geschieht auf 6 Jahre (§. 81).

„Die Wirksamkeit der Stände erstreckt sich über verfassungsmäßige Mitwirkung zur Gesetzgebung; über Steuerbewilligung; Militärbewilligung; Landesfinanzverwaltung und auf das Recht der Beschwerden und Anträge in Beziehung auf Staatsverwaltung überhaupt und im Ein-

mit dem die Stelle der Anstalt wegen Verfallens abge-
 endet.

„**Landesstellen.** In einem eidenständigen Lande muß alle drei
 Jahre eine Stelle in der Regel auf 6 Wochen be-
 setzt werden, von dem 15. September und 15. November“

„**Landesstellen.** In einem eidenständigen Lande muß alle drei
 Jahre eine Stelle in der Regel auf 6 Wochen be-
 setzt werden, von dem 15. September und 15. November“

„**Landesstellen.** In einem eidenständigen Lande muß alle drei
 Jahre eine Stelle in der Regel auf 6 Wochen be-
 setzt werden, von dem 15. September und 15. November“

Hugenoten; Kirchenverfassung der französischen Protestanten. — Luther's muthiger Kampf gegen die Mißthät und Verfälschungen der Lehre und der Verfassung der christlichen Kirche fand in kürzester Frist weitaus die lebendigste, freudigste Theilnahme. Aber bei der Ausführung im Einzelnen ergaben sich bald einige Meinungsverschiedenheiten, die in jener erst dämmernden Zeit für wirklich wichtig gehalten wurden, so wenig sie in späterer Epoche, bei weiterem Voranschreiten der Aufklärung, auch nur ernstlich beachtet werden erscheinen konnten. So ergab sich denn bald eine Spaltung unter den Anhängern der kirchlichen Umgestaltung selbst. Die in Sachsen gestellte Lehre erlitt Abänderungen in der Schweiz, wo die von den deutschen abweichenden, zumal politischen Verhältnisse (die republikanischen Institutionen im Gegensatz zu den monarchisch-absoluten) dem Geiste des Volkes eine nicht unwesentlich von jener verschiedene Richtung gegeben hatten.

Als Haupt der in Helvetien neuentstandenen Confession erstand Calvin, ein Mann, in mannigfacher Beziehung gebildeter und ständiger, als Luther, aber ohne dessen alle hemmenden Schranken überschreitenden, unerschütterlich kraftvollen Geist, und weit mehr als Luther inquisitorischer Verfolgungssucht erfüllt, als zu einem freien und fast unversehrt zu nennenden Kampfe, wie der sächsischen Reformation, geeignet. (Beweis: die wahrscheinfliche pfäffische Greuelthat, die den auf den Scheiterhaufen geschleppten Servet.) Er war es, der die neue helvetische Lehre dem Wesentlichen nach allein constituirte. Die politischen Einrichtungen, denen die wichtigsten Schweizerstädte hauptsächlich ihr Aufblühen verdankten, und an deren Begründung in der Schweiz Calvin selbst großen Antheil hatte, führten bei der neuen Kirchenform nach zu freieren Einrichtungen, als die Luther's waren. Es überdies der in jenen Städten erlangte höhere Grad geistiger Erleuchtung auch dem Wesen nach einen unverkennbar mehr geistigen, wenigstens in einigen Beziehungen von manchen anderwärts noch heilig geachteten Formen, besonders von allem äußeren Pomp und Glanze befreiten) Cultus bilden ließ, der sich sonach (obwohl keineswegs durchgreifend) von dem blinden Glauben losrennte und einen ersten Anfang einer Vernunftreligion in sich enthielt, wenigstens in so fern, als er das den Geist tödtende Ceremonienwesen von sich verbannte.

So war denn die Lehre Luther's mehr für die damaligen Verhältnisse des mittleren Deutschlands, jene Calvin's mehr zur Betheiligung unter den gewerbfleißigen, vergleichsweise aufgeklärteren, an freieren Meinungen gewöhnten und nüchternen (dem leeren Pompe abholden) Theil der größeren Theile der Schweiz geeignet.

Die Ähnlichkeit vieler socialen Verhältnisse der Franzosen mit jenen der Schweizer, insbesondere die Ähnlichkeit an Bildung und Geist des Volkes, an Beschäftigungsweise, ja selbst an politischen Einrichtungen in den beinahe souveränen Städten verschafften der calvinistischen

Es war alsbald auch Verbreitung in dem benachbarten Frankreichs ward sie zuerst den gelehrten Städten näher bekannt, sie sich namentlich zu Paris und Bourges größtentheils daselbst, aber alsbald sehen wir sie auch unter den gewerbetreibenden Handel in Rouen, das meißens von Fabrikanten und Arbeitern bevölkert war, dann in Metz u. s. w. weit aus verbreitet *). Die neue Lehre ward von ihren Bekennern die reformirte (in Frankreich auch die helvetische oder calvinische) Confession genannt, die Bekenner derselben in Frankreich hieß man aber alsbald hugenotten, ein Name, der vermuthlich aus den politischen Verhältnissen herkommt, wo die Partei der Eidgenossen (Eidgenossen) an den Gründer derselben, Desanon Hugues, hugenossen (Huguenots) genannt worden sein sollen, und so kam man, da sie als die Verfechter der neuen Ideen übertraten, auch auf die Gleichgearteten in Frankreich über. Die Lebenshaupte erscheint denselben lange Zeit gewissermaßen als Haupt der neuen Lehre, in mancher Beziehung fast eben so sehr, wie es auch der alten war. Hierher wendete man sich mit allen wichtigen Anliegen und Anständen, in jeder Noth und bei jeder Bedrängnis war die Hauptbildungsstätte der reformirten Geistlichen, hier bei dem Aufkommen einer neuen religiösen Lehre eine Anknüpfung an Schwermereie grenzende übergroße Begeisterung schnell fehl — so sah man ganze Schaaften für die neue Lehre in die Fremden nach ihrer Stadt im eigentlichen Sinne wallen, um sich an der Quelle des gereinigten Glaubens zu belehren, zu belehren, zu reifen und zu ermuntern in jener vielfachen Weise, die so bald über sie hereinbrach.

Der achtzigjährige König Franz der Erste von Frankreich hatte Ansehen der Verbreitung des Calvinismus mit Gleichgültigkeit angesehen. Er selbst hielt der Bekenner desselben aber bald mit reißender Schnel-

*) Die Nothwendigkeit einer Kirchenverbesserung erwies sich um so dringender, je mehr die Herrschaft der damaligen katholischen Geistlichen in Frankreich an die Handlung hinter ihrer Zeit zurückgeblieben war. „Le plus grand des vices de la religion, Calvin's thätiger Mitarbeiter, „estant du tout ignorant de la religion, pour estre les uns du tout ignorants de la religion et les autres ne s'estre jamais souciés de lire les saintes

des französischen Congregations bezeichnete man sie in der Folge als die *congregations reformées*.

*) Das hier kurz und gründlich bearbeitete Werk: *Geschichtliche Darstellung des Calvinismus im Verhältnisse zum Staate in Genf und Frankreich* von Dr. G. Weber, Verleger in Genf, ist zu Bern bei H. F. Schönbauer (Helvetica, 1836, bei Roter). — Eine sehr interessante Darstellung der Benennung Hugenoten sind sämtlich obige Bemerkungen, um glaubwürdig zu sein. — Die Benennung selbst galt nicht wohl nicht immer und unter allen Verhältnissen als Schimpfwort, sondern häufig tadelnd geworden.

ligkeit in fast unglaublicher Weise vermehrte, ging sein ganzes Leben dahin, die gesammte Erscheinung, bald befördernd, bald drückend, als Mittel zu seinen selbstherrlichen, despotischen Ideen stets so zu benutzen, wie es seine allen Rücksichten des Wohlwols fremde, heillose Politik bald in dieser, bald in jener Weise zu erfordern schien. Ertheilte einerseits das Bündniß mit rich VIII. von England und den deutschen protestantischen Fürsten Karl V. ein Dulden der neuen Lehre, so gebot andererseits Rücksicht, welche er wegen Wiedererlangung des Herzogthums Land auf die günstige Stimmung des Papstes zu nehmen hatte. Verfolgen derselben; und während er im Jahre 1534 auf dem stand, Melancthon aus Deutschland zu berufen und — wie jenen Zeiten noch geschehen konnte — eine neue, die protestantische Confession kurzweg zur herrschenden zu machen, nahm er gleich im nächstfolgenden Jahre keinen Anstand, deren Belohnung folgen und morden zu lassen — Alles ohne eigene Ueberzeugung einer Art, wie es der Zufall der politischen Verhältnisse und die des unbeschränkten Despotismus eben bestimmte. Erst gegen seines Lebens gelang es den ihn umgebenden Priestern, einen neuen Fanatismus in ihm zu erwecken, und die Verfolgung der Calvinisten ward nun um so grausamer, als er nicht nur Rebellen erblickte, sondern auch die in ganz Europa laut getadelte seines Bündnisses mit dem Sultane hierdurch zu verlöschen sah.

Den schwachen, erbärmlichen König Heinrich II. wußte man, daß die von den ehrgeizigsten Plänen erfüllten Guisen — die Söhne des Herzogs Claudius von Guise — in allen Beziehungen lenken, sowohl durch den Beichtstuhl (der zweite Bruder war der eigentliche Beichtvater), als durch Mätressen. Sie wütheten aber gegen Protestanten, da sie in diesen ein ihren Plänen entgegenstehendes Element erblickten. Die fast allmächtige Mätresse, Diana von Herzogin von Valentinois, ihre Verwandte, half um so eifriger diesem Werke der Verfolgung mit, als man ihr viele Güter toter oder gemordeter Hugenoten — einen schmachvollen Raub! — als Belohnung verschaffte. — Nach dem Edicte von Chateaubriand war mit Lebensgefahr verbunden, calvinistische Bücher zu verbreiten, insbesondere, sie aus der Schweiz nach Frankreich zu bringen; es ging bereits so weit, die Parlamentsmitglieder, welche die Verfügungen der Calvinisten tabelten, in die Bastille zu werfen, von wo man Einen derselben unter der folgenden Regierung zum Richtplatze schickte.

Ungeachtet aller Bedrückungen breitete sich aber doch der neue Glaube mit einer wirklich an das Unglaubliche grenzenden Schnelligkeit aus. Schon in dieser Zeit gab es wohl in ganz Frankreich keine einzige bedeutende Stadt, in welcher derselbe nicht seine Kirche gehabt hätte. Insbesondere waren die Reformirten zahlreich und mächtig in der Normandie, zu Nantes und Rennes; an den Ufern der Loire, Blois, Tours, Angers; in Poitiers, Languedoc und Guenne; in

reichs Abgeordnete sendeten, im Mai 1559 in 40 Artikeln festgesetzt. Die Hauptpunkte waren (nach Weber's Zusammenstellung): 1) Die Gemeinde besitzt die Souveränität ihrer Kirche, d. h. alle Kirchen sind unter sich gleich, und keine Kirche hat einen Vorzug vor der andern. 2) Die Kirchengemeinde wählt aus ihrer Mitte, als Repräsentanten, einen Rath der Alten und die Diakone. Es ist dem Consistorium alle Mißstände anzuzeigen, die er beim Volk annimmt, und eben so alle Beschlüsse des Consistoriums der versammelten Gemeinde zur Bestätigung oder Verwerfung vorzulegen. — Den Diakonen liegt die Sorge für die Kranken, Gefangenen und Armen so wie die Katechisation im Hause ob; überdies halten sie, bei der Abwesenheit des Geistlichen, die Betstunde, oder lesen einen Ausruf aus der Bibel vor, ohne Predigt. — Die Wahl zu beiden Stellen ist auf Lebenszeit, deshalb die Entlassung von denselben ohne Zustimmung der kirchlichen Gemeinde unstatthaft. 3) Ein Consistorium, bestimmt, für Aufrechterhaltung der reinen Lehre und eines reinen Wandels der Gemeindeglieder zu wachen, wird aus einem Rath der Alten und der Diakonen gebildet und von Geistlichen präsidirt. Die drei Behörden — Consistorium, Rath der Alten und Diakone — schlagen den Gemeinden die anzustellenden Geistlichen vor. Bei einer Verwerfung sind die Gründe anzugeben, über deren Gültigkeit die Provinzialsynode entscheidet. 4) Diese Provinzialsynode versammelt sich jährlich zweimal, gebildet aus den Geistlichen der Kirche, nebst je einem Senator oder Diakon *). Sie haben zwischen den Gemeinden und ihren Geistlichen zu entscheiden, deren Lebenswandel zu prüfen und sie vom Amte zu entfernen. Doch ist letztere Befugniß bei gemeinen Lasterern auch schon dem Consistorium zu. 5) So oft der Zustand der Kirche es zu erfordern scheint, werden die Generalsynoden zusammenberufen. Jede Provinz sendet zwei Geistliche und zwei Senatoren zu derselben, und sie entscheidet in allen Angelegenheiten der Kirche in letzter Instanz.

So war der Calvinismus bereits entschieden in ganz Frankreich begründet, als nun auch einige Glieder der herrschenden Familie, namentlich die Bourbons und Châtillons, sich demselben geneigt zu zeigen anfangen. Da diese Zuneigung aber bei den Meisten von ihnen nicht sowohl durch innere Ueberzeugung herbeigeführt war, als vielmehr aus politischen Rücksichten, um der Macht der Guisen unter dem Erfolg verheißenden Paniers entgegenzutreten zu können, so wankte denn auch wieder die Meisten von ihnen die Sache der Hugenoten sobald sie sich überzeugten, daß hier Opfer gebracht werden mußten, während es auf der anderen Seite war, wo ein glänzender Lohn erwartet werden durfte.

*) Wenn Verfasser dieses nicht irrt, so kamen je auf einen Geistlichen zwei Laien bei diesen Versammlungen. Die ihm eben vorliegenden Quellen geben keinen genaueren Aufschluß hierüber.

der Abschluß eines Friedens (zu Amboise) zu Stande, demzufolge höhere Adel auf seinen Gütern die reformirte Religion frei ausüben durfte, im Uebrigen aber dieselbe auf die Hausandacht beschränkt, in jeder Provinz an einem Orte besonders gestattet sein sollte.

Dieser Friede war indessen von kurzer Dauer. Da man wie vor Hugonoten niedermegelte (gegen 3000 wurden neuerdings morder), und der Hof namentlich der Häupter der Calvinisten treulos zu entledigen suchte, griffen diese wiederholt zu den Waffen. Doch auch dieser zweite Religionskrieg führte zu keiner Entscheidung sondern endigte mit dem am 23. März 1568 zu Longjumeau abgeschlossenen sogenannten hinkenden Frieden, durch welchen Jean d'Amboise bestätigt, der Thron aber überhaupt gar nicht gerührt ward. Darauf (noch im Spätherbste 1568) Beginn des dritten Religionskrieges, welcher (obwohl die Calvinisten auch dieses Mal, früher schon, von England und dem protestantischen Deutschland offen Unterstützung erhielten, und obwohl auf der andern Seite den Katholiken bedeutende Vortheile errangen) doch wieder zu keinem entscheidenden Resultate führte, sondern, in Folge der Uneinigkeit unter den Häuptlingen der königlichen Partei, mit dem Frieden von St. Germain (im August 1570) endigte, durch welchen den Hugonoten neben den früheren Zugeständnissen, zur Sicherheit vom Hofe die Städte La Rochelle, Montauban, Cognac und La Charité auf ein Jahr eingeräumt und ihnen auch die Erlangung aller Staatsämter gestattet wurden. Der katholischen Geistlichkeit sollten sie aber die Zehnten entrichten und die katholischen Feiertage äußerlich beobachten.

Es scheint, daß der Hof schon beim Abschlusse dieses Friedens einen auf die gänzliche Vernichtung der Calvinisten abzielenden politischen Plan zu nähren begann. Man strebte katholischer Seite vornehmlich, die Wachsamkeit der hugenotischen Häupter einzuschläfern; sie waren an den Hof gelockt und mit Gunstbezeugungen überhäuft. Im Veranlassung des jungen Prinzen Heinrich von Navarra (des nachmaligen Heinrich's IV.) mit Margarethe, der jüngsten Schwester des Königs, sollte als letzter Beweis der gegenseitigen Eintracht gelten. Der Gedanke die Warnungen einiger Weiterblickenden! Unbeachtet blieb der höchst wahrscheinlich durch Gift herbeigeführte plötzliche Tod der Königin Johanne von Navarra, einer der ausgezeichnetsten Stützen der Protestanten; unbeachtet sogar der Mordanschlag gegen den alten Admiral Coligny. Nachdem am 17. August 1572 jene Vermählung statt gefunden und während die Feiertlichkeiten noch immer fordwährten, ward am Sonntage, am 24., in der Bartholomäusnacht jene furchtbare Greuelthat, welche in der Geschichte gewöhnlich unter dem Namen der Pariser Bluthochzeit (s. den Artikel „Bluthochzeit“ im 2. Bde. Seite 649—652 des Staatslexikons) aufgeführt wird, zur schrecklichen Ausführung gebracht. Man begann damit, während der Dunkelheit Bewaffnete in die Wohnungen der ausgezeichnetsten protestantischen Edelleute dringen und diese meuchlings

zugestehen, wobei diese drei Städte eine fast vollkommene Unabhängigkeit erlangten, indem in ihnen keine königlichen Statthalter zu bestellen, sie vielmehr ihre eigene Gerichtsbarkeit und bewaffnete Macht hatten.

So sehen wir denn den Calvinismus gerade nach jener Gunstthat, die ihn vernichten sollte, fester begründet, denn je zuvor. Seine neue wortbrüchige Versuche des Hofes blieben nicht nur erfolglos, sondern führten gerade dazu, daß die Hugenoten noch weitere Garantien verlangten; daß die Frage wegen der religiösen Freiheit immer ungeschiedener mit der wegen der politischen zusammentraf, daß die Regierung offen der Absicht beschuldigte, einen orientalischen, türkischen Despotismus in Frankreich einführen zu wollen, ein heftiges Streben, auf das sich das Religionsgebiet des „Gehorsams gegen die Obrigkeit“ nicht ausdehne.

So kam denn schon mit dem Beginne des Jahres 1574 der fünfte Religionskrieg zum Ausbruche. Die Hugenoten fanden dabei Mal eine bedeutende Stütze in einer mit der Regierung unzufriedenen Partei der Katholiken am Hofe, die Politiker genannt, deren Haupt der Herzog Franz von Alençon, des Königs jüngster Bruder, war. Nach mancherlei Kämpfen und nachdem Karl IX. (gestorben 30. Mai 1574) und Heinrich III. (bisher König von Polen) den französischen Thron bestiegen hatte, sah sich dieser zwar fanatische, aber über Alles eine weiche Ruhe liebende schwache König endlich am 8. Mai 1576 zum Abschlusse des Friedens von Beaulieu veranlaßt, durch welchen den Calvinisten förmlich die freie Religionsausübung in ganz Frankreich, nur Paris ausgenommen, sodann die Besetzung der Parlamente zur Hälfte mit Reformirten, Rückgabe der confiscirten Güter und endlich die Einräumung von 8 weiteren festen Plätzen zu stande ward. Auch mußte die Regierung es übernehmen, den rückständigen Sold von 1,200,000 Ducaten an die deutschen Hülfstruppen der Hugenoten unter dem Pfalzgrafen Johann Casimir zu entrichten. Die Häupter der Politiker erhielten sämmtlich glänzende persönliche Zugeständnisse.

Dieser Vertrag war zu günstig für die Hugenoten, als daß ihr Gegner denselben aufrichtig gemeint, oder dessen längere Fortdauer gewünscht haben könnten. Schlau benutzten die Guisen (deren Haupt dermalen Heinrich von Guise war) die hiedurch bei den Katholiken hervorgebrachte ziemlich allgemeine, besonders durch Priester und Mönche beförderte Unzufriedenheit. Sie stifteten den Bund der Ligue. Die geheime Absicht dabei war im Grunde weniger auf den Sturz des Protestantismus, als auf den des Königs gerichtet, da Heinrich von Guise nach dem Throne strebte. Der Religionskrieg sollte zunächst nur das Hauptmittel zur Erreichung dieses Zweckes sein. Mit rasender Schnelle erlangte der Bund allenthalben Anhänger. Seine Mitglieder mußten unbedingten Gehorsam, nöthigenfalls mit Aufopferung von Gut und Blut, geloben; jeder Abtrünnige ward für vogelfrei

und jedem Gliede des Bundes die Pflicht auferlegt, den Döbel in der losen Brust zu stoßen. Man versprach sich endlich gegenseitigen Schutz wider jeden Feind ohne Unterschied — worunter man sich auch die nicht zur Ligue schworen, und Bekämpfung und Ausrottung der protestantischen Lehre auf jede Weise.

Als nun im December 1576 die Generalstände zu Blois eröffnet wurden, zeigte es sich gleich Anfangs, daß es den Liguisten gelungen war, alle Bahren in ihrem Sinne durchzusetzen. Die katholische Partei ward zur allein geduldeten (vielmehr ausschließlich herrschenden) erklärt, alle Edicte zu Gunsten der Reformirten wurden aufgehoben und ihre Geistlichen unbedingt verbannt, indem ihnen nicht das Befugniß zustehen dürfte, durch Uebertritt zum Katholicismus ihre Aufenthaltserlaubnis in ihrem Vaterlande zu erkaufen. Der König vermied zwar jetzt seinen eigenen Sturz dadurch, daß er sich zum Haupte der Ligue erklärte; aber er sank auch eben dadurch zu einem bloßen Partihauptlinge herab, der die Gegenpartei nicht zu einem um so festeren Verein wider ihn selbst zu bilden. — Die Faction der Politiker hatte sich mit dem Hofe ausgesöhnt, und schied die Calvinisten wieder allein stehend.

Der sechste Religionskrieg, der unter diesen Verhältnissen ausbrach, war indessen von kurzer Dauer, da der König die Uebermacht der Liguisten immer mehr fürchtete. Der Kampf endigte im September 1577 durch die Verkündigung des Edicts von Poitiers, durch das die Hugenoten ungefähr wieder in das nämliche Rechtsverhältniß kamen wie vor 7 Jahren durch den Frieden von St. Germain.

Nach Ausnahme einer kurzen Unterbrechung (des siebenten Krieges) ruhten nun die Waffen eine Reihe von Jahren hindurch. Aber es herrschten Mißtrauen, Haß und Erbitterung. Heinrich von Navarra, zum Protestantismus längst zurückgekehrt und das öffentliche Haupt der Calvinisten, suchte zum Schutze der neuen Lehre einen allgemeinen Bund unter sämtlichen protestantischen Mächten zu bringen. Sein Bemühen blieb erfolglos. Dagegen suchte es den Guisen, den Bund der Ligue wieder mit verstärkter Macht aufleben zu machen; ja, sie schlossen sogar 1585, gleich einer unabhängigen Macht, einen förmlichen Vertrag mit Philipp II. von Spanien ab, welcher Vernichtung des Protestantismus und die Ansetzung des Cardinals von Bourbon als Thronfolgers des kinderlosen Königs (senach mit Ausschluß Heinrich's von Navarra) zum Zwecke hatte, und wobei sich Spanien zu einer Subsidienzahlung an die Liguisten, von 50,000 Thaler monatlich, verpflichtete. Der König selbst wurde bald (7. Juli 1585) zu dem Vertrage von Nemours genöthigt, durch den er jeden anderen als den katholischen Glauben bei Todesstrafe und Vermögensconfiscation verbot, alle den Calvinisten gemachten Zugeständnisse unbedingt widerrief und ihnen, wenn sie sich nicht bekehrten wollten, nur eine Frist von einem halben Jahre, ihren Besitzungen aber bloß von einem Monate zur Auswanderung ver-

stattete. — Auch sprach der Papst den Bann über den König von Navarra aus, was ihn seines Thronfolgerechts berauben sollte und alle seine Unterthanen von der Pflicht des Gehorsams gegen ihn entband.

Hierauf erfolgte begreiflicher Weise der Ausbruch eines neuen Krieges (1587). Die Hugenoten, der Zahl nach bei Weitem die Schwächern, gewannen dennoch (unter Heinrich von Navarra bei Coutras) zum ersten Male eine große offene Feldschlacht. Aber der wichtige Sieg blieb unbenutzt, da Heinrich unmittelbar darauf nichts Besseres zu thun wußte, als in den Armen einer Mätresse zu schwelgen.

Unterdessen trat der Plan der Guisen, Heinrich III. zu entthronen, immer klarer hervor. Der König selbst fand es gerathen vor dem Herzoge von Guise aus seiner Hauptstadt zu entfliehen (bei der Barricade, 12. Mai 1588). Dessenungeachtet glaubte er die Forderungen der Ligue bewilligen zu müssen, und so ward denn in dem „Edicte der Union“ vom Juli 1588 nochmals die gänzliche Vertilgung des Calvinismus verkündigt. Aber die Eintracht dauerte nicht lange. Der König sah bald kein anderes Rettungsmittel mehr vor sich, als daß er den Herzog Heinrich von Guise (23. December 1588) unter der Thüre des königlichen Gemaches niederstechen, dann auch dessen Bruder, den Cardinal, ermorden ließ. Nicht minder scheint die Königin Mutter eines unnatürlichen Todes gestorben zu sein.

Aber diese Gewaltthaten, weit entfernt, das Ansehen des Königs wiederherzustellen, brachten ganz Frankreich wider ihn in einen Aufstand. Die Sorbonne erklärte das Volk des Eides der Treue gegen den Herrscher entbunden; es bildete sich die heilige Union, an deren Spitze der Herzog von Mayenne, der Dritte der Guisen, sich vor dem Meuchelmorde gerettet hatte, gestellt ward *); der König selbst drohte dem Könige mit dem Bannfluche. So von allen Seiten verlassen, ja von Allen gehaßt und verwünscht, blieb ihm keine andere Wahl, als sich — was erst nach schwerem innerem Kampfe geschah — den Protestanten in die Arme zu werfen. Siegreich trat nun der in solcher Weise mit ihm verbündete König von Navarra gegen Paris selbst vor. Diese Hauptstadt ward umzingelt; doch sollte verschont bleiben von der ihr durch den grausamen Herrscher

*) Als charakteristisches Zeichen des damaligen tiefen Culturstandes ist angeführt worden, daß man Processionen von nackten Menschen veranstaltete. Eine solche fand am 14. Februar 1589 in der Pfarrei St. André des Champs zu Paris statt, bei welcher mehr als tausend Personen beiderlei Geschlechts, Männer und Weiber, Jünglinge und Mädchen (alle entblößt) zu sehen waren. Ein gleiches Schauspiel ward am 24. Februar den ganzen Tag lang wiederholt. In der Folge führte man dieses baldige Schauspiel auch Nachts auf. Die Pfarrer wurden nicht selten auf die Straße aufgezogen, um den Zug zu führen. Ein Geistlicher von St. Germain, der einige Gegenvorstellungen machen wollte, ward als Reger behandelt.

der Reformirten Statt, und man sprach bereits mehrfach von Ergreifung der Waffen.

Unter diesen Verhältnissen war es, daß Heinrich IV., nach langen Verhandlungen mit den Häuption der Reformirten, das Edict von Nantes erließ (13. April 1598.). Dasselbe bestand aus 92 Artikeln, denen noch 58 weitere, sogenannte geheime, beigefügt waren, welche Ergänzungschriften (brevets), folgenden wesentlichen Inhalt: Die katholische ist die herrschende Staatsreligion (!); dagegen sind die reformirte in der Art geduldet, daß die Edelleute mit höherer Einkünfte dieselbe frei auf ihren Besitzungen, die anderen Edelleute in ihren Wohnungen und unter Zulassung von höchstens 30 in ihrer Familie gehörenden Personen, und auch dieses nicht im Hause der Besitzungen höherer katholischer Edelleute, ausüben dürfen. Zudem ist die Ausübung des calvinischen Cultus in den Orten, wo selbe bisher zulässig war, auch ferner gestattet; eben so überhaupt jedem Gerichtsbezirke (bailliage) wenigstens an einem Punkte. In Paris aber und auf einer Strecke von 5 Stunden in der Umgegend diese Ausübung verboten; eben so in einer Reihe anderer Städte, welche sich die Katholiken vertragsmäßig vorbehalten hatten (Paris, Chalons, Soissons, Sens, Beaumont, Toulouse, Dijon, Agde, Nîmes, Nantua, Nantua etc.) (!). Die Reformirten müssen die katholischen Feiertage beobachten und den Zehnten an die katholischen Geistlichen entrichten (!). Zur Deckung ihrer kirchlichen Bedürfnisse können sich selbst besteuern, und der Staat gibt ihnen einen jährlichen Zuschuß von 45,000 Thalern. — Die Protestanten haben im Uebrigen die gleichen bürgerlichen Rechte wie die Katholiken, sind auch zu öffentlichen Ämtern zulässig. Mehrere Parlamente werden zur Hälfte mit calvinischen Richtern besetzt. Alle Urtheile gegen die Hugenoten, welche seit dem Tode Heinrich's II. erlassen wurden, sind nichtig erklärt, und die Ausgewanderten werden bei ihrer Rückkehr in ihr Vermögen und ihre Rechteiedereingesetzt. — Die rückständigen Steuern in den während des letzten Krieges empörrten Städten sind erlassen. — Die Ehen der reformirten Geistlichen sind gültig, doch haben die Geistlichen keinen weiteren Anspruch als auf das Mobilienvermögen und die Einkünfte der Eltern (!). — Die festen Orte, welche die Hugenoten im Besitz haben, bleiben 8 Jahre lang in ihren Händen. — Die calvinisten dürfen, um ihre Sache stets bei Hofe zu vertreten, fernsendend zwei Abgeordnete daselbst unterhalten.

Man muß gestehen, daß diese Zugeständnisse noch lange nicht das gewährten, was von einer wahrhaft erleuchteten, den (damals freilich noch gar wenig begriffenen) Grundsätzen des Verstandes wahrhaft huldigenden Regierung zu erwarten gewesen wäre. Der unberechenbare Gewinn hätte sich in der Folge für Frankreich zeigen müssen, wenn damals der Grundsatz gleicher Berechtigungen beider Kirchen ausgesprochen worden wäre! Die zahllosen politischen Wirkungen, welche das freie Neben- und Miteinanderleben

aus verschiedener gleichberechtigter Confessionen, ganz besonders die geistigen Entwicklung, des Losragens von dem mittelalterlichen Schmelzende, allenthalben hervorbringt, hätten sich gewiß auch schon in glänzendem Lichte gezeigt. Die späteren Ausbrüche des Hugenothums, die Jesuitenränke und Dragonaden unter Ludwig XIV. sind so unmöglich geworden; Frankreich hätte nicht, weder durch Kriege noch durch Auswanderungen, viele Hunderttausende der thätigsten seiner Bewohner verloren. —

Selbst diese halbe Maßregel war für die bisher so vielfach verfolgten Hugenoten eine hochschätzbare Wohlthat, zunächst darum, weil die Regierung zum ersten Male das, was sie ihnen gewährte, nicht vollzogen wissen wollte. Zudem mußten sich die Protestanten um so mehr nach Ruhe sehnen, als ihre Zahl in den langen Kämpfen, bei den Verfolgungen aller Art, gewaltig geschmolzen war. Während man zur Zeit der Regentschaft Heinrichs IX. über 2000 reformirte Kirchen in Frankreich zählte, waren im Jahr 1598 nur noch 760 übrig. Doch belief sich die protestantische Bevölkerung noch immer auf zwei Millionen.

So lebten denn die Hugenoten die ganze übrige Dauer der Regierung Heinrichs IV. hindurch ruhig und ungestört. Alle ihre Ansprüche beschränkten sich jetzt auf die Verhandlungen bei den Synoden, die ihnen nunmehr von Seiten der Staatsgewalt der Grundsatz zugesichert ward, daß man sich hier nur ausschließlich mit religiösen Angelegenheiten beschäftigen dürfe, indem alle Fragen der Politik und des Verhältnisses zu auswärtigen Fürsten ausgeschlossen sein mußten; — die billigen Forderungen, an welche aber sodann auch die weitere, gleichmäßig billige Bedingung gereiht ward, daß die (alle drei Jahre einmal Statt findenden) Generalsynoden der Protestanten nur auf die Einberufung des Königs hin Statt finden dürften.

Die Verbindung der Hugenoten unter sich (der sogenannte hugenothische Bund) löste sich indess in dieser Epoche keineswegs auf, er nahm vielmehr in einigen Beziehungen eine größere innere Stärke. Die Mittel, welche die Calvinisten theils selbst aufbrachten, theils von der Regierung erhielten, verwendeten sie (nächst den nothwendigen Ausgaben) zur Verstärkung ihrer befestigten Plätze, zur Aufführung neuer, so daß sie allmählig an Sicherheitsorten, an einzelnen Forts über 200 besaßen (wovon die meisten ganz unbedeutend, und nur mit 6, 8, 10 oder 12 Mann Besatzung versehen) — sodann aber nicht minder zur Herstellung eines tüchtigen Volkswesens, indem sie die Volksbildung mit Recht als die Stütze ihrer Sache betrachteten. So unterhielten sie drei Hochschulen (zu Saumur, Montauban und Nîmes), drei Akademien (zu Sedan und Dye) und in jeder Provinz ein reformirtes Gymnasium. Viele französische Calvinisten dieser Zeit zeichneten sich durch gründliche Gelehrsamkeit aus.

Dieser Zustand der Dinge währte unter der Regentschaft Heinrich's IV. Ermordung, ohne wesentliche Veränderung. Nochte gleich die Regentin, Maria von Medicis, die man hassen, so sah sie sich doch von anderer Seite zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie an eine eigentliche Verfolgung der so kluger Mäßigung benehmenden Hugenoten hätte denken können. Wohl es allerdings nicht an einzelnen Rechtskränkungen gegen die fehlte.

Nachdem Ludwig XIII., ein vierzehnjähriger Knabe, als König den französischen Thron bestiegen hatte, nachdem nunmehr die Macht der Jesuiten in ungemeiner Ausdehnung sich zu erheben begann, und nachdem man endlich bereits offen von Unbedingtheit der Bestimmungen des Tridentiner Concils, sonach von Vernichtung des Calvinismus neuerdings bei den Generalständen antrug, ließen sich die Hugenoten (was sie früher mehrmals abgelehnt hatten) verleiten, an einem Aufstande der Großen gegen die Regierung zu nehmen. Sie erlangten zwar durch das Edict von Blois (1616) eine Bestätigung jenes von Nantes und außerdem noch minder bedeutende Versprechungen; von nun an aber lastete der Haß des Königs auf ihnen.

Bald wurden die Verletzungen des Edicts von Nantes reicher und greller als bisher. Man verleitete protestantische Abgeordnete an den gemischten Parlamenten und eben so protestantische Commandanten der Sicherheitsplätze, zum Katholicismus überzutreten, und wahrte ihnen dann gewaltsam ihre Stellen. Der König ließ die Festungen der Hugenoten katholische Besatzung. So, er übernahm mit Waffengewalt Navarra, vernichtete dort gewissermaßen den Calvinismus, gab die dortigen Kirchengüter der katholischen Geistlichkeit, hob die Selbstständigkeit und alle Privilegien des Landes auf, kurzweg in eine französische Provinz verwandelt ward.

Durch solche Vorgänge aus seiner Ruhe aufgeschreckt, rief die hugenotische Bund, ohne Ermächtigung des Königs, zu einer neuen Versammlung in La Rochelle zusammen. Ludwig XIII. erklärte diese Versammlung für rebellisch, und man rüstete sich bald zum Kriege, um so mehr, als L'upnes, des Herrschers Günstling, Waffentruhm zu erwerben suchte. Es war im Mai 1621, als nach Heinrich's IV. Tode, als der Kampf auf's Neue losbrach. Truppenmacht der Hugenoten wird (wahrscheinlich übertrieben) etwa 50,000 Mann angegeben (von denen nur 3800 in den festen Plätzen lagen); jene des Königs war nicht nur zahlreicher, denn man hatte auch viele Anführer der Reformirten in sich genommen. So verbreitete sich denn nebst der Uneinigkeit und Verrath unter den Vornehmen fast ihres ganzen Heeres ein Ort nach dem anderen sank widerstandlos in die Gewalt Königlichen. Nur wenige Befehlshaber bildeten eine ehrenvolle Ausnahme und leisteten mit Ueberzeugungstreue männlichen Wider-

Aber hier, wo der Muth und die Ausbauer freier Bürgerei zu besiegen war, sollte der Triumph nicht so leicht zu erringen wie fast überall da, wo das Geschick eines Ortes von einzelnen Dingen abhing, deren moralische Verderbtheit sich gewöhnlich in Feigheit oder Verrath kund gab. Die tapferen Bürger des freien Rochelle, voran ihr braver Bürgermeister Guiton, widerstanden allen Versuchungen der List wie der Gewalt. Durch 13 Forts ihnen jeder Zugang zur Stadt von der Landseite, durch Aufstich eines ungeheuren Dammes eben so nicht minder der ganze Hafen sperrt, jeder Verkehr von Außen mit dem hartbedrängten Orte in von den Königlischen unmöglich gemacht. Die übrige Streitmacht Hugenoten war nicht im Stande, La Rochelle zu entsetzen, und Flotten, die nach einander von Englands Küsten nach dieser Stadt absegelten, zeigten sich nur, um feig, ohne irgend einen ernstlichen Hülfversuch gewagt zu haben, wieder in des Meeres Ferne zu verschwinden, den Vertheidigern jeden Rest von Hoffnung raubend. Von allen Seiten aufgegeben und verlassen, sah sich denn endlich die unglückliche Stadt — nicht durch die Kraft des feindlichen Heeres, sondern durch die furchtbare Macht einer seit mindestens drei Jahren im höchsten Grade wüthenden Hungersnoth — zur Capitulation genöthigt. Von den 18 — 20,000 Einwohnern, welche Rochelle beim Beginne der Belagerung noch zählte *), waren noch 6 — 7,000 am Leben, und von ihnen kaum mehr 100 im Stande, die Waffen zu halten. Es war am 28. October 1628, als die Capitulation abgeschlossen ward. Man erlangte zwar Verzeihung für das Vergangene und die Zusicherung der Befugniß zur Ausübung des reformirten Cultus; die Stadt verlor aber alle ihre Freiheit; ihre Mauern und Gräben wurden völlig vernichtet; sie mußte dem König an den König bezahlen, durfte keine Fremden mehr aufnehmen und sah ihren Haupttempel in die Kathedrale eines katholischen Bisthums verwandelt.

Mit dieser hugenotischen Bundesstadt fiel der letzte Rest der politischen Freiheit in Frankreich auf eine lange Reihe von Jahrhunderten. Mit unbeschränkter Allmacht gebot von nun an das absolute Königthum über die weiten Gebiete des Reiches. Denn auch die wenigen, meist schwachen Widerstandsversuche der Calvinisten waren von aus erfolglos und dienten nur dazu, die Greuel eines Religionskrieges länger fortbauern zu machen. „Das fruchtbare schöne Land zwischen der Rhone und der Garonne war der Schauplatz eines verheerenden Krieges; seine Fluren hatten dasselbe Loos, wie Deutschlands Felder zur nämlichen Zeit. Siegend und brennend zogen die Feldherren von einer Gegend in die andere, machten blühende Landstriche zu Wüsten und nährten ihre Heere von der Habe des Volkes.“

Aller Aussicht auf die Möglichkeit eines Erfolges beraubt, trat

*) Bei der Belagerung von 1572 war die Einwohnerzahl 72,000 gewesen.

seit 1679, von der Zeit an in Anwendung gebracht, als Louis Minister wurde, und die Maintenon, des Königs Mätresse, Herrschaft über diesen stolzen Fürsten erlangte. Jetzt hielten die Lehrer Alles für erlaubt, „indem sich Gott jedes Mittels bediene,“ der Regierung aber fand keine Beschwerde, keine Klage der Eltern mehr Gehör. Es waren im Vergleiche noch die „unschuldigen Mittel, daß man systematisch den Uebertritt der Reformirten zum Katholicismus mit klingender Münze zu erkaufen suchte. Es fand allmählig allenthalben ein wahrer Kinderraub Statt, indem man List und Gewalt protestantischen Eltern ihre Kinder entriß, um sie in Klöster zu schleppen und in den Lehren der alten Kirche erziehen lassen. Die mehr herangewachsenen verführte man auf die einfachste Weise; und die den Kindern (bis zum siebenten Lebensjahre) abgelockte Erklärung, zum Katholicismus überzutreten, gab die Eltern zu zwingen, sie als Katholiken zu behandeln und laufende Unterhaltsgelder für sie zu bezahlen. — Eine Regierung, die vielmehr ein despotischer Selbstherrscher, der auf solche Weise den heiligsten Bande der Natur zwischen Eltern und Kindern zerrissen nahm begreiflicher Weise auch keinerlei Rücksicht auf das Eigenthum, wo ihm dessen Verletzung nur irgend zweckdienlich zu sein schien. Es erfolgten sonach Befehle auf Befehle, welche den Katholiken, besonders den Neubekehrten, Geldvorthelle zum Nachtheile ihrer protestantischen Mitbürger zuwendeten. So gestattete man ihnen einen 10-jährigen Aufschub zum Bezahlen ihrer Schulden an diese; den Neubekehrten wurden die Steuern und Abgaben auf mehrere Jahre erlassen, und den Hugenoten zu den ihrigen aufgebürdet; die gemeinschaftliche Schuld eines Bekehrten und eines Protestantens der Letzte allein tragen etc. *).

Schon im Jahre 1679 erschien eine Verordnung, nach welcher alle Calvinisten, die sich bekehren zu lassen verweigerten, ihrer städtischen Ämter und Würden verlustig sein sollten. Nach einer Verfügung vom folgenden Jahre durften protestantische Frauen nicht mehr Hebammen sein. Dann beschränkte man den Hugenoten den gewöhnlichen Gewerbsbetrieb, indem man sie fast nirgends Meister werden ließ. Protestanten durften, nach einem allgemeinen Verbote, keine katholischen Diensthoten mehr haben. Keiner konnte mehr Vormund werden, so daß die Erziehung der Kinder unbedingt in die Hände der Katholiken gelegt war. (Man bedauert von welchen Gefühlen der — gleich viel, ob mit Recht oder Unrecht — von der Wahrheit seiner kirchlichen Lehre innig überzeugte Calvinist auf seinem Sterbebette durchdrungen sein mußte, wenn er auf die

*) Die Nachweisungen in Weber's geschichtlicher Darstellung des Calvinismus; der Histoire de l'Edit de Nantes; den Plaintes des Protestants cruellement opprimés (Cologne, 1713); Quicq's Synodicon in Gallia romana etc. etc.

1. Die erste Aufgabe ist die Bestimmung der
 2. Die zweite Aufgabe ist die Bestimmung der
 3. Die dritte Aufgabe ist die Bestimmung der
 4. Die vierte Aufgabe ist die Bestimmung der
 5. Die fünfte Aufgabe ist die Bestimmung der
 6. Die sechste Aufgabe ist die Bestimmung der
 7. Die siebte Aufgabe ist die Bestimmung der
 8. Die achte Aufgabe ist die Bestimmung der
 9. Die neunte Aufgabe ist die Bestimmung der
 10. Die zehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 11. Die elfte Aufgabe ist die Bestimmung der
 12. Die zwölfte Aufgabe ist die Bestimmung der
 13. Die dreizehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 14. Die vierzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 15. Die fünfzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 16. Die sechzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 17. Die siebenzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 18. Die achtzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 19. Die neunzehnte Aufgabe ist die Bestimmung der
 20. Die zwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 21. Die einundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 22. Die zweiundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 23. Die dreiundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 24. Die vierundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 25. Die fünfundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 26. Die sechsundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 27. Die siebenundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 28. Die achtundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 29. Die neunundzwanzigste Aufgabe ist die Bestimmung der
 30. Die dreißigste Aufgabe ist die Bestimmung der



chem Hause lagen 80 — 100 solcher Söldlinge. — Der Edict zog vor diesen zügellosen Banden her; wo sie einmal gewiesen, da man nur Elend, Verwüstung und Greuel. In Zeit von einem Monate ward die Zahl der Hugenoten im Bezirke von Bordeaux auf dieses Mittel von 150,000 auf 10,000 herabgebracht. Da, da Bewohner in die Gebirge entflohen, zündeten die Dragoner dem Feuer an. Ganze Orte wurden so niedergebrannt, namentlich das Edicten Noz d'Azil.

Solcher Greuel und Marter müde, zogen Viele jener Unglücklichen freiwillig in die Verbannung, verließen zerrissenen Herzen das beklagenswerthe Vaterland. Aber auch dieses war, schon seit im Jahre 1669, streng verboten. Alle Grenzen wurden mit Wäldern besetzt, um die Auswanderung zu verhindern. Die Unglücklichen, welche dieses angebliche Verbrechen begingen, sollten — Anfangs mit dem Tode, dann mit lebenslänglicher Galeere bestraft werden!! — reichlich gleich einem großen eingemauerten Jagdbezirk, in welchem die aufgeschreckten Hugenoten wie das Wild auf dem Felle lag. Die Feder ist nicht im Stande, alle Schandthaten und alle Greuel jener Zeit aufzuzeichnen. —

Doch auch der letzte Schlag noch mußte geschehen. Die ständliche Aufhebung des Edicts von Nantes ward am 23. October 1685 verkündigt. Alle protestantischen Kirchen wurden nach diesem neuen Edicte niedergerissen, alle Schulen aufgehoben, die Kinder fortan katholisch getauft werden. Die reformirten Geistlichen, die sich bekehrten, sollten ein Drittheil mehr Gehalt beziehen, als zuvor, die Widerspenstigen von ihnen dagegen bei Galeerenstrafe innerhalb 14 Tagen das Reich verlassen, alle anderen Auswanderungen der Hugenoten wurden dagegen bei Galeerenstrafe für die Männer, Verlust der Freiheit und des Vermögens für die Frauen, verboten. — Ein Artikel, der Duldung aussprach zu Gunsten der etwa einzeln im Reich lebenden Calvinisten, so fern sie sich nur nicht zu religiösen Versammlungen vereinigten, ward niemals beobachtet. —

Eine Anzahl weiterer Verordnungen, eine schwachvoller und tyranischer als die andere, reihte sich an jenes erste Edict. So verfügt, daß Alle, die sich weigerten, bei herannahender Todtstrafe die Sacramente der römischen Kirche zu empfangen, nach dem Tode geschleift und auf den Ager geworfen, im Falle der Genesung zu lebenslänglichem Gefängnisse, und zwar die Männer auf den Fellen, die Frauen in die Klöster, sie sämmtlich aber in allen diesen Fällen überdies ihres Vermögens verlustig sein sollten. — Die Ehen der Protestanten wurden ungültig, für ein bloßes Concubinat erklärt. — Dem Angebern heimlich Auswandernder ward die Hälfte des Vermögens derselben zur Belohnung versprochen. Heimliche kirchliche Versammlungen trübten mit dem Schwerte aus einander, und die Geistlichen wurden hingerichtet.

Vergebens aber, daß man alle Grenzen des Reichs zu sprengen

vergebens daß man alle Gefängnisse mit flüchtigen Calvinisten
vergebens daß man die französischen Galeeren mit ihnen be-
füllte, oder sie in Westindien fest mit 50 Pfund schweren Ketten
an einer Eisenkette zwang — die Auswanderungen hörten nicht
auf, wer verließ Habe und Gut, Heimath und Freunde, um, unter
Schweeren, nach dem fernem Auslande zu flüchten, dort arm und
ohne der eignen Ueberzeugung gemäß leben zu können. Frank-
reich durch den Widerruf des Edicts von Nantes allein minderte
um die Hälfte, nach anderen Angaben über eine volle Million der
Verfolgten und in jeder Beziehung Lächeligen seiner Bewohner.
Man hat man diesen Unglücklichen im protestantischen Auslande
keine neue Heimath, und viele Gegenden blühten bald
wieder auf: ganze Landschaften wurden wohlhabend durch ihre
Fruchtbarkeit und ihren Fleiß. Frankreich aber war eine tiefe Wunde
geworden, um so deeper, als selbst die Neuabkehren eine Fete und
Verwundung erfoderten. (Da Viele von diesen nur auf günstige
Veränderungen blickten, ihr Vermögen zu veräußern und in die Fremde
zu ziehen, so entzog man ihnen sogar das Recht, über ihr Eigenthum
zu verfügen.)

Welches die Früchte des Werkes des großen Königs, des Religions-
genossen und des Despotenwillkür! —

Wen von den auf zwei Millionen geschätzten Hugenoten, welche
früher in Frankreich zirkulierten, huldigten die Meisten in ih-
ren Ansichten fortwährend dem Calvinismus, und erst bei den folgen-
den Generationen verschwand allmählig mehr und mehr diese Ueberzeu-
gung. Doch selbst dieser spätere Erfolg ward nur unvollständig erreicht.
Die fortwährende Erneuerung der Gewaltthaten, fortwährende Ver-
folgungen, stets neue Greuel. Ludwig XIV., der große Despot, der
selbst die reformirte Lehre in seinem Reiche völlig vernichtet ge-
wollte, mußte zu seinem Ersauern noch einen offenen Aufstand
mit unendlichen Reste der Hugenoten erleben. Auf's Neue
verwandelt, erhoben sich endlich diese in den erwachsenen Gebirgen.
Anfangs bloß mit Knütteln bewaffneten Landleute kämpf-
ten, lang Jahre lang mit allem Muthe der Verzweiflung (von
1675 bis 1703). Erst allmählig aller ihrer Hauptanführer beraubt
(von denen besonders Joh. Cavalier's), vermochten doch zwei nach
mit bedeutender Heeremacht wider sie ausgesendete Marschälle
die völlige Unterwerfung der Camisarden zu Stande zu
bringen. Sie wurden sie genannt, weil sie eine Art Blousen, Hem-
den, provençalisch *camisot*, über ihren Kleidern trugen.)
Dieser blutige Kampf wieder von den empfindlichsten Bügen der
Unmenslichkeit begleitet, um so mehr, als sich namentlich auch
den Camisarden eine erst an Wahnsinn grenzende fanatische
Wuth mitgeteilt hatte. Ein 1706 geschlossener Vergleich ließ
denen dieses Bedrücktseins wenigstens die Möglichkeit, im
ihrem Glauben treu zu bleiben.

Sprache des Umganges, als in derjenigen der Schrift gebraucht. diesem Sinne ist von den politischen Ideen einer Zeit ein Volk die Rede, so daß man darunter alle auf den Staat und Gliederung, sein Leben und seine Zwecke bezüglichen Begriffe und Meinungen versteht, wie sie gerade in dieser Zeit bei diesem Volke entwickelt sind. Und ganz in demselben meinen Sinne sprechen wir von den herrschenden politischen Ideen einer Zeit oder eines Staates; von einem Uebergewichte der demokratischen oder aristokratischen oder monarchischen Ideen u. s. w. In Gegensatz mit diesem herkömmlichen Sprachgebrauche suchte nun die politische Philosophie die Ideen als eine eigenthümliche Art von Dingen herauszuheben und bezeichnete damit die von der Vernunft getrennten Vorstellungen eines Unbedingten, Unbegrenzten, Unendlichen. Kein Raum und keine Zeit ganz fast und das, über alle sinnliche Anschauung erhaben, weder in einer Anschauung, noch in einem Zustandesbegriffe geistig erfasst, noch überhaupt durch eine Erfahrung vollständig dargestellt werden kann. Endlich construirte die neuere philosophische Philosophie die Idee als die ganze an sich und für sich seiende Wahrheit, als das Absolute. Schon die kritische Philosophie war indeß gedrungen, die Ideen in sogenannte reine und empirische zu zerfallen. Sie glaubte hiernach die reinen Ideen, wie die der Gottheit, Unsterblichkeit, Freiheit u. s. w. zählt, als sich nicht zeichnen zu können, die frei von allen erfahrungsmäßigen Bestimmungen gedacht werden; während den empirischen, wie dem Ideen des Organismus, des Staates u. s. w., noch etwas aus der Erfahrung Entlehntes beigemischt sein soll. Allein diese sogenannten reinen Ideen sind in dieser Reinheit nur ein Verneinendes, eine bloße Ausscheidung jedes bestimmten Inhaltes. Um ein wirkliches Dasein der Geister zu haben, müssen sie erst etwas Positives werden, worin sie aber zugleich in das Gebiet der Erscheinungen und Erfahrungen treten. So existirt in Wahrheit keine Idee von Gott, Unsterblichkeit u. s. w., ohne einen positiv religiösen, keine Idee von Staat, Gerechtigkeit, Freiheit, ohne einen positiv rechtlichen Inhalt; wenn auch in der Gestalt dieser Ideen in dem einen oder anderen Individuum, oder das individuelle Ideal, ein Anderes ist, als die positive Religion, worin wir etwa erzogen sind, oder als der Staat, worin wir leben, oder welcher irgendwo besteht. Darum faßt die neuere Philosophie die allgemeine oder absolute Idee als einen unendlichen Proceß auf, wodurch sie, in das Dasein tretend, zur bestimmten Idee wird. Sprechen wir nun von politischen Ideen, so können wir bei diesem Hervorheben einer besonderen Art und bei dieser Hinneigung auf eine Vielheit und Mannigfaltigkeit nur an bestimmte Ideen denken, denen wir eine Beziehung auf gewisse Räume und Zeiten geben. Dieses geschieht eben sowohl in dem Ausdrucke „die politischen Ideen aller Völker und Zeiten“, weil hier doch immer die Idee der Dauer des Menschengeschlechtes als das räumlich und zeitlich

mit ist die Idee der Gerechtigkeit erzeugt, die sich selbst entfaltet als die Idee einer bürgerlichen, politischen (bürgerlichen) und internationalen Gerechtigkeit, in so fern zugleich die Richtung der einzelnen Glieder in ihrem Verhältniß zu sich, oder die Wechselbeziehung der Glieder und des Ganzen, die eines Staatsganzen zu anderen Staaten in's Auge faßt. In ihrer zeitlichen Verwickelung erscheint sie hiernach als bürgerliches Recht, als öffentliches Recht und als Völkerrecht. Dieselbe Idee der Gerechtigkeit offenbart sich, von ihrer positiven oder negativen Seite gefaßt, als Idee der politischen Einheit oder Freiheit. Dankte der Einheit weist nämlich nur auf das Verbundensein, darum auch auf ein Gebundensein der Staatsglieder hin, während der Gedanke der Freiheit nur das Nichtgebundensein kennzeichnet und in der Idee der Gerechtigkeit die freie Bewegung und die Verbindung vermittelt werden sollen. In demselben Sinne aber, wie die Idee der Gerechtigkeit in den bezeichneten drei Momenten sich entfaltet, entfaltet sich auch die Idee der Freiheit als eine bürgerliche, politische und staatliche. Die letztere ist so viel als politische Unabhängigkeit von anderen Staaten, welche jedoch gleichfalls, in der nothwendigen Verbindung und Wechselwirkung der Staaten stets nur bedingt geltenden Ausschließlichkeit jedes einzelnen Staats in keine politische Ungebundenheit ausarten soll. Als eine lebendiger Wirksamkeit mag man übrigens den Staat mit einem Menschen vergleichen, wo man sich nach tausend Punkten der Oberfläche demselben Mittelpunkte aus hinwenden kann. Und so erhalten auch die politischen Ideen, je nach ihrem Ausgangspunkte, verschiedene Namen, lassen sich jedoch als wesentlich identisch mit den bezeichneten Ideen oder als ihnen inhärent nachweisen, wie die Idee der Souveränität, des politischen Gleichgewichts der Staatsgenossen, des politischen Gleichgewichts der Staaten u. s. w.

Will man es nun versuchen, sich die Genesis der politischen Ideen nicht bloß im Allgemeinen, sondern nach ihrer nothwendigen Bestimmtheit und Mannigfaltigkeit anschaulich zu machen, so tritt uns gleich ein beständiger Zusammenhang und die fortwährende Wechselwirkung zwischen den Thatfachen und Ideen des politischen Lebens vor. Alles im Staate ist auch bildend am Staate, wenn sich gleich der Staatsgenosse selbst nur des allerkleinsten Theiles ihrer erhaltenen wie ihrer zerstörenden politischen Thätigkeit bewußt werden, wenn die Meisten meistens nur am Staate fortarbeiten, wie etwa die Arbeiter an ihrem Zellengebäude. Allein wie enge noch der politische Gesichtskreis der größeren Masse sein mag, die kaum anders von der Existenz des Staates Notiz nimmt, als wenn sie etwa durch den Staatsettel daran erinnert wird; und wie schwach noch der Reflexer sein mag, den die politischen Thatfachen, die nicht unmittelbar die Gemeinheit und die Familie berühren, in ihr geistiges Leben hineinwerfen: so ist doch überall die alle Glieder umfassende politische Thätigkeit — nicht

gen, welche uns mit dem Reize des Angenehmen anziehen und und vorzugsweise interessant heißen. Die Ausdrücke der Gleichgültigkeit, selbst die der Verachtung, des Hasses, des Abscheues, können entweder nur einen niederen Grad der Theilnahme, des Interesses, oder weisen auf die negative Seite einer Reihe von Eindrücken, die gleichsam in dieselbe magnetische Ase fallen, nur von Indifferenzpunkten aus bald auf die Seite des anziehenden, bald auf die des abstoßenden Pols. Da hierbei stets die Beziehung eines Objectes zu einem Subjecte gedacht wird, so sagt man auch von dem Gegenstande, daß er Interesse hat; oder man nennt wohl den Gegenstand selbst Interesse, wie denn namentlich die Zinsen eines Capitals oder der Ertrag desselben und hiernach ein Maßstab für das, was der Besitzer das Capital werth ist, Interessen heißen. Jede Beziehung zwischen einem Gegenstande und einer Person modifizirt diesen Gegenstand das Interesse, aber zugleich die Ansicht, und hat also mit jenem eine gleichlaufende Entwicklung. Aber diese Entwicklung ist nicht bloß eine gleichzeitige, sondern auch eine in sich ergreifende. Sehen doch Neigung und Liebe die Dinge in einem andern Lichte, als Abneigung und Haß, und wird doch Neigung in Abneigung erzeugt, je nach den Ansichten, die wir uns gebildet haben. Was im Einzelnen, das gilt auch im Ganzen und Großen; namentlich müssen wir hiernach behaupten, daß die Ausbildung der politischen Ideen und Interessen eine sich gegenseitig bedingende und bestimmende ist. Der hier ausgesprochene Gedanke wird selbst im gewöhnlichen Sprachgebrauche anerkannt. So gilt es für gleichbedeutend, wenn man etwa von der demokratischen Partei in Frankreich sagt, daß nach ihren politischen Ideen, oder daß nach ihren politischen Interessen die Verfassung des Staates diese oder jene Umänderung erleiden soll. Ungeachtet dieses unauflösllichen Zusammenhanges muß man doch von anderem Standpunkte aus einen Zwiespalt der politischen Ideen mit Interessen anerkennen, welche letzteren jedoch in diesem Falle nicht mehr politische genannt werden können. Hat Jemand in einem Staate, dem er angehört, das eine und andere Unvollkommene wahrgenommen und ein Anderes sich gedacht, das füglich an dessen Stelle treten könnte und sollte; hat er sich also das Ideal einer politischen Reform gebildet, so wird er nun die Verwirklichung desselben anstreben. Aber er wünscht sie nur vom Standpunkte des Staates aus und so weit er Selbstverleugnung genug besitzt, sich mit der Gesamtheit gleichsam zu identificiren. Er ist indessen nicht bloß ein abstrahirendes Glied der politischen Gesamtheit, sondern zugleich Individuum und Mitglied einer besonderen Familie; und so kann dann das persönliche und das Familieninteresse mit seinen politischen Interessen in Zwiespalt kommen und über diese ein Uebergewicht erlangen. Damit entsteht der Gegensatz und Widerspruch des persönlichen Interesses mit dem Gemeinfinne und mit der ein höheres Gemeinwohl umfassenden Idee. Gerade in dieser engeren Bedeutung und als

Ideen der Gerechtigkeit, Freiheit, Einheit u. s. w. die Vorstellun-
 nes Staates oder politischer Zustände im Staate gebildet hat, nur
 mehr oder minder von dem gerade Bestehenden abweicht. Ein
 Idealismus kann gleichwohl einen sehr praktischen Werth haben,
 wenn darin das Ziel erkannt und dargestellt wird, dem sich die
 schenden Ideen und Interessen zulenken und nach dem natürlichen
 Gange der Entwicklung sich zulenken müssen.

Haben außerordentliche Ereignisse selbst die größere Masse
 Volkes ergriffen, die Blicke allgemeiner auf das Gemeinwesen geworfen
 und lebhaftere, wohl auch ausschweifende politische Wünsche und
 nungen erweckt, so werden zugleich mannigfache politische Ideale
 tauchen, die man später als völlig oder theilweise unausführbar
 wenigstens für die Zeit, worin man sich erst ihre Realisirung
 möglich gedacht. Besonders wird dieses bei der lebhaft erregbaren
 gend der Fall sein, die sich bei dem Mangel einer umfassenden Kennt-
 niß des Wirklichen auch die Grenzen des Möglichen nicht
 aufstellen vermag. In Deutschland haben wir nach den Ereignissen
 des Jahres 1813, in einigem Zusammenhange mit Fichte's
 phischem Idealismus, sodann nach den Ereignissen des Jahres 1848
 die jüngsten Perioden eines politischen Idealismus erlebt. Wie
 mals, wie später, mancher eitle politische Traum wieder verschwindet
 ist, so hat sich dagegen auch das politische Interesse, die
 Theilnahme am Gemeinwesen wieder in die engen Kreise des
 laren Interesses zurückgezogen. Uebrigens wurde schon an
 Orte hervorgehoben *), daß der politische Idealismus jener Zeit
 seinen Wünschen und Bestrebungen, seinen Hoffnungen und
 tungen, seiner Begeisterung und seinen Täuschungen, wenigstens
 in seinen hauptsächlichsten Erscheinungen, als ein individuell Gemein-
 sondern als ein national Entstandenes zu betrachten sei und
 darum auch auf die Zukunft der Nation hinweise. Die man
 Deutschland politische Idealisten nannte, heißen im Munde der
 zosen politische Ideologen, nachdem hauptsächlich durch De-
 de Tracy die fast verdrängte Metaphysik unter dem Namen der
 logie wieder in Frankreich war eingeführt worden. Besonders
 diese Benennung in der napoleonischen Periode gebräuchlich. Na-
 leon selbst sprach bekanntlich öfters von den Ideologen, namentlich
 denen in Deutschland, in einem zwar tadelnden und wegschmei-
 Sinne, aber doch mit einiger Besorgniß, die das Herannahen
 Geistes ahnete, der ihn später bewältigen und sich dadurch
 auf eine sehr praktische Weise betheiligen sollte. Gerade das
 praktische und Unausführbare in den Plänen der sogenannten
 logen sollte aber mit diesem Worte hervorgehoben werden; denn
 hatte sich die politischen Ideen derselben im Widerspruche mit
 herrschenden Interessen gedacht, unter welchen letzteren man

*) Siehe „Demagog“ 2c.

es nichts Anderes, als das napoleonisch-französische Volk verstellte.

Bei den Völkern, wie bei den Einzelnen, geht die körperliche mit geistigen und sittlichen Entwicklung Hand in Hand. Erst muß die materielle schon bis zu einem gewissen Grade vorgerückt sein, ehe die geistige Wurzel muß erst verschiedene Zweige getrieben haben, ehe der Baum seiner Besonderheit und Selbstständigkeit sich begreift, ehe er Früchte und seiner Würde sich bewußt wird. Nun erst tritt auch der Kampf der materiellen Interessen oder das Streben zur vorwärtigen Verfeinerung und angenehmen Beschäftigung der äußeren Sinne in den ideellen in's Bewußtsein. Aber dieses Gegensatzes wegen wird und muß stets die Verfolgung des materiellen Interesses das Gebiet der materiellen Entwicklung als Wirkung und, wenn man sich diese Wirkung im Voraus vorstelle, als Zweck einwirken. Wer sich etwa für die Errichtung einer Eisenbahn thätig insetzt, fördert zugleich den geistigen Fortschritt; und wer mit Erfolg die Freiheit der Presse gegen Censur gekämpft hat, der hat auch die Freiheit, welche sich früher nicht aussprechen, ja nicht einmal denken konnten, einen äußeren Wirkungskreis geschaffen, der in der materiellen Production und Consumption vielfach eingreift. Das Streben hat seine Zeit des Wachsens und des Schlafens, des überaus thätigen oder arbeitsamen Schaffens und Genießens. Ein ähnlicher periodischer Wechsel findet bei den Völkern Statt, so daß ihre Thätigkeit erst eine Zeit lang in ungewöhnlich höherem Grade schaffend und wirkend für die Zwecke des Geistes thätig waren, nun aber, wenn der materiellen Welt gebieterisch angezogen worden. Dieses ist noch an sich kein Zeichen einer Ermattung des Geistes. Vielmehr, so lange diese nach den allgemeinen Bedingungen des Völkerebens überhaupt noch im Wachsen begriffen sind. Es ist eine veränderte Richtung der Bewegung, eine andere Form der Thätigkeit und Stärkung ihrer intellectuellen Kräfte, welche, auf einem neuen Punkte der Ausbildung gelangt, mit gewaltigerer Wirkung für die materiellen Interessen, sobald die Stunde ihres Erwachens von neuem thätigen hat, auf dem Kampfplatze wieder erscheinen werden. So verhält es sich — denn der äußere Punkt, der die Geister zu neuem Aufbruch erregt, ist in ihrer nur zeitweise gebundene Wärme, daß bei ganzen Nationen alles Interesse für das Gemeinwohl in's Kammern; daß sie bloß particulären Interessen, einem egoistischen und abschließenden Materialismus verfallen sind, und daß sie sich erst wieder gleichsam vom Enthusiasmus für die Idee der Freiheit und der menschlichen Vortradition ergriffen werden. Wir sehen dieses in der Zeit der Revolution, in Deutschland während der Kriege des 18ten Jahrhunderts; und wir gewahren überall, daß sich endlich der Materialismus, wie der Idealismus, auf eine Spitze treibt, wo er sich selbst zerstört. Darum soll man aber, wie es häufig geschieht, das materielle Interesse noch keineswegs für identisch mit dem ego-

stischen Interesse nehmen. Der Egoismus, als Sünde im Allgemeinen gedacht, setzt voraus, daß mit Bewußtsein ein allgemeines Interesse einem particulären untergeordnet wird. Er kann also sowohl in die Verfolgung ideeller Interessen eintreten, wo er eine Ehrgeiz, Anmaßung, Hochmuth, Eitelkeit und in tausend andern Formen sich offenbart, als nach der materiellen Seite des Lebens sich kund thun, wo er in dem rücksichtslosen Streben nach sinnlichen Genüssen oder nach körperlichem Befiße sich äußern wird.

Mit Rücksicht auf diese Unterscheidungen tritt uns das vor Augen, in welchem Sinne man jene Behauptungen zu verstehen hat, womit man den besonderen Charakter unserer Zeit darzustellen können glaubt. Im besondern Gegensatz gegen die Periode politischer Aufregung nach dem Jahre 1830 hört man jetzt häufig wiederholen, daß das politische Interesse verschwunden sei, daß die materiellen Interessen die ideellen Interessen überwiegen. Mit der Julirevolution haben wieder einmal die Macht eines Nationalgeistes in einer jener plötzlichen Bewegungen offenbart, die im Völkerleben eben sowohl von der Zeit wiederkehren, als selbst in die nüchternste Prosa des Einzelnen zuweilen Momente eingreifen, worin die nach beschränkten Ideenkömmlich verfolgten Sonderinteressen, einem umfassenderen und gemeineren Interesse zeitweise weichen. Der elektrische Funke schlug die ganze Kette der europäischen Nationen, welche durch den Gang der vorgängigen Ereignisse in engere Verbindung, als je zuvor gesetzt waren. Eine große politische That sache hatte so die politischen Ideen und Interessen, aber freilich mit einem bunten Gemisch von egoistischen Tendenzen und Sonderinteressen, in den Vordergrund der Weltgeschichte gedrängt, wo sie, in der Mannigfaltigkeit der Richtungen sich durchkreuzend, zu den gerade erreichbaren Wirkungen sich neutralisirten. Da man sich endlich, hier früher, dort später, eingestehen mußte, daß auf dem Felde der Politik errungen war, was im gemeinsamen Streben und Gegenstreben der Parteien erreicht werden konnte, so zerstreuten sich wieder dahin und dorthin die politisch angeregten Massen. Einzelne ließen sich fortan ausschließlich von den Interessen der Wissenschaft und Kunst anziehen, ohne eine nähere und unmittelbare Beziehung auf die politischen Verhältnisse festzuhalten. Weit aus die größere Menge, wie es wenigstens auf dem jetzigen Standpuncte der Organisation der Arbeit nicht anders sein kann, warf sich dagegen entschieden auf die materielle Production, und dieses mit desto größerem Eifer, da gerade auf den Gebieten der materiellen Cultur höchst bedeutsame Erfindungen und Entdeckungen mit überraschend augenfälligen Erfolgen das Interesse auf sich wendeten. Allein darin liegt noch keineswegs ein Uebergang der Materie über den Geist, weil die fortschreitende materielle Production selbst eine Unterwerfung der Körperwelt unter den Menschen ist, weil sie eine Offenbarung desselben in der Materie ist. Darum ist allerdings richtige Behauptung von einem Uebergewichte der materiellen

Es ist doch immer nur so zu verstehen, daß jetzt die wachsenden Kräfte gerade auf dem Gebiete der materiellen Cultur in der Thatigkeiten begriffen sind. Und hiernach finden wir denn, daß diese als materialistisch bezeichneten Zeit dennoch ein höheres, als je zuvor, auf die geistige Bildung gelegt wird, und daß der größere materielle Opfer dafür gebracht werden; ja daß dies namentlich in vorzugsweise industriellen Staaten geschieht, weil die Ausbildung der Industrie doch selbst nur ein Symptom der fortschreitenden Richtung erfolgen höheren Ausbildung geistiger Kräfte ist. Dieser industrielle Staat, um hier ein besonderes Beispiel zu führen, ist der Canton Zürich. Er ist zugleich als Demokratie ein Staat, worin sich das Volkstheben reiner aus sich selbst entwickelt, ohne mit demselben Grade von Passivität, wie in Monarchien, durch wenige individuelle Potenzen sein Gepedeg zu empfangen. Der Canton hatte der Staatsauswand im Interesse der Volkshaltung im Jahre 1804 nicht mehr als etwas über 26,000 Sch. Franken und ist bis zum Jahre 1837, besonders seit Demokratie, der Verfassung durch die sogenannte Revolution von 1832, auf mehr als 232,000 Sch. Franken, also etwa um das Neunfache, angewachsen. Wohl dürfte sich kaum ein anderer Staat in Europa durch gleichmäßigen Leistungen zum Zwecke einer allgemeinen Volksbildung rühmen. Indessen gilt Aehnliches auch von andern industriellen Cantonen der Schweiz. Es gilt also — weil in jedem Staate der allgemeine Charakter der Zeit die Richtung bestimmt — von den Monarchien unseres Welttheils; und auch hier nach anderen Richtungen hin, namentlich zur Veranschaulichung der Ideen monarchischen Glanzes und monarchischer Macht, die ungeheurer der so beträchtliche Aufwand für stehende Heere in der That eine, ein verhältnismäßig größere Theil der Staatskräfte in Anspruch genommen ist.

Die Verfolgung seiner materiellen Interessen hat es der Einzelnen in der Regel, nur für sich und etwa für seine Familie, Gewinn und Genuß abgesehen. Diese Sonderinteressen sind, wenn sie hervorgerufen wurde, nicht an sich egoistisch. Sie können eine Selbst Sucht erzeugen und groß ziehen, weil man sich mit der Gewohnheit, in materiellem Besitze oder Genuße eine Befriedigung zu suchen, in solchen Particularismus hinkommt, und man seiner Thätigkeit keine andere Richtung mehr zu geben vermag, als die, welche man anerkennen muß, daß sie sich mit allgemeinen Ideen und Interessen in Widerspruch setzt. So mag man sich leicht abstrahiren, daß die vorherrschende materielle Richtung der Zeit dem Egoismus Vorhub thut, und daß damit namentlich die Ideen und Interessen in Widerspruch steht. Allem weil auch dieser Egoismus, wie alle Andere, erst wird, was er ist; weil er längere Zeit braucht, um sich unauslöschlich zu verhalten, werden doch stets die

Völker in jeder neuen Generation, in ihrer Jugend, ein Element haben, welches fähig bleibt, von allgemeineren Ideen und Interessen um ihrer selbst willen sich durchwärmen zu lassen. Wohl ist die Selbstsucht mehr oder minder auch das jüngere Geschlecht mit ihrer Ansteckung ergreifen. Aber sie wird nicht das Volksleben die Quelle, woraus es sich immer von Neuem verjüngt, zu vermögen; und wenn man gleich hier und da, mit Beziehung auf einzelne Völker und einzelne Perioden der Völkergeschichte, eine solche Behauptung ausgesprochen hat, so ist sie doch nie in ihrem vollen Umfange gegründet gewesen. Namentlich wird sich das jüngere Geschlecht stets wieder durch politische Ideen und Interessen zu innerer Begeisterung anregen lassen, sobald nur überhaupt im Volke die politischen Tendenzen wieder entschiedener und allgemeiner geltend machen. Daß dieses aber geschehen müsse, dafür bürgt die raschere Fortschritt der materiellen Cultur, der die Gegensätze von Reichthum und Armuth schroffer herausbildet und dadurch die Nothwendigkeit wieder auf den Staat und seine Institute, auf die Vertheilung von Rechten und Vorrechten, und also auf politische Ideen und Interessen zurückführt *). Ein neues Zeichen hiervon ist die Bewegung, die wir gerade jetzt wieder unter den arbeitenden Classen in England gewahren, und die höchst merkwürdig bleibt, wenn sie nicht für die nächste Zukunft zu einer augenfälligen politischen Umgestaltung führen sollte. Haben doch die Associationen der Arbeiter in Großbritannien, die entweder völlig verschwunden waren, oder doch stets nur ökonomische Zwecke zu verfolgen schienen, gerade in den letzten Jahren wieder eine entschieden politische Richtung genommen!

Nach dem Allen muß man wohl überzeugt sein, daß die zeitweise politische Erkältung eben nur eine zeitweise sein könne. Die politischen Ideen und Interessen sind in den Hintergrund getreten, aber sie haben nicht aufgehört zu existiren. Der ganze Gang des Lebens und der Völkergeschichte muß sie wieder zum Vorscheine bringen. Dieses kann nur auf schwerlich anders, als in der Rolle eines scharfer ausgeprägten Demokratismus geschehen. Denn mit der wachsenden Erkenntniß, mit der wachsenden Dichtigkeit der Bevölkerungen und des persönlichen Verkehrs nothwendig entspringt, muß der Zusammenhang des individuellen Wohls mit dem Gemeinwohl allgemeiner empfunden werden und deutlicher in's Bewußtsein treten. Schon dadurch allein wird die zunehmende Bedeutung eines demokratischen Elements bedingt, und sich im Einklange mit den politischen Ideen zugleich die politischen Interessen ausbilden. Auch wird dieser Behauptung selbst von den wichtigsten Gegnern demokratischer Tendenzen nicht widersprochen, da sie mehr in ihrer zunehmenden Verbreitung den rechtfertigenden Grund ihres Widerstandes und ihrer sich stets erneuernden Reactionen

*) Einige weitere Bemerkungen darüber siehe im Art. „Europa.“

zu stehen. Dabei muß man sich freilich etwas Anderes denken: eine bestimmte Zeit für den Bestand der jetzigen Verfassung, der jener oder jener Beziehung; allein immer ist damit im Auge zu fassen, wie unsere Periode und für das ganze europäisch-amerikanische System der in der Entwicklung der politischen Ideen und Institutionen vorherrschende Charakter bezeichnet. Wie sich diese dem Geiste der Zeit gemäß in irgend einer besonderen Beziehung gestalten, als Ideen und Interessen der politischen Einheit, der politischen Gleichgewichts der Staatsgewalt, und der Staaten u. s. w., kann natürlich hier nicht betrachtet, sondern es muß dafür auf die einschlägigen Artikel verwiesen werden.

S.

Directe und indirecte Steuern. Unter Steuern versteht man überhaupt diejenigen Abgaben, welche den Staatsbürgern mit Bezug auf ihre allgemeine Staatsbürgerliche Pflicht, zu den Lasten des gemeinen Wesens ihren Theil zu beitragen, aufgelegt werden. In diesem Sinne gehöret also der jener Pflicht entsprechende natürlichen Recht entspringende Titel der Forderung und Erhebung; und sind daher keine Steuern jene vielnamigen Verordnungen der Staatsgewalt, welche entweder auf einen privatrechtlichen Gegenstand, wie namentlich die aus einem Eigenthume oder einer sonstigen Benutzung abfließenden Einkünfte (Domänenrenten in strenger Bedeutung), oder zwar das öffentliche Recht zur Quelle haben, nicht eben das jener oben bemelten Pflicht der Staatsbürger entsprechende, sondern irgend ein anderes, z. B. das den Regalien des Fiscus — in strenger Bedeutung des Wortes — unmittelbar zur Grundlage dienende oder das mit der Ausübung verschiedener Hoheiten, als Strafrecht, Polizei, u. s. w., natürlich verbundene, oder das auf rein factische Zustände, wie z. B. die Geblosigkeit oder Herrenlosigkeit eines Grundbesitzes, beschreibende. Freilich sind unter den „Regalien des Fiscus“ manche, die, in so fern man sie wirklich zu Gewinnung des Staatseinkommens benutzt, keinen anderen Rechtfertigungsgrund haben können, als eben das Besteuerungsrecht, und wenn dieser Rechtsgrund fehlt, bios als willkürliches Nehmen oder factische Entziehung erscheinen; aber wo jenes Erforderniß der Fall ist, da sind sie auch den Grundsätzen der Besteuerung unterthan und können daher nur als legitime Steuern aufzufassen. Die Steuern, nach dem oben von denselben aufgestellten Besonderen, zerfallen natürlich in directe und indirecte eingetheilt; aber diese folgethe Einteilung allerdings auf einem richtigen, das Wesen der Steuer, nämlich die oben bezeichnete natürliche Grundlage der zu Besteuernden, betreffenden Grund. Geht nämlich die Besteuerung gerade und unmittelbar an denjenigen, welcher der eigentlich Zahlungspflichtige (mit Recht oder

Unrecht) geachtet wird, und zwar aus einem Titel oder in Bezug auf einen Gegenstand, welcher für solche Zahlungspflicht nach dem Maß unmittelbar bestimmend ist; so wird die Steuer als directe genannt. Wird jedoch die Steuer von anderen Personen erhoben als denjenigen, die man dabei als Zahlungspflichtige ansetzt, endlich Zahlende im Auge hat, so, daß also — der Internat der Steuerforderung nach — jene Ersten bloß den Vorschuss für Kosten leisten, diese Letzten aber ihn jenen wieder ersetzen und damit die eigentlich Zahlenden sein sollen; oder wird zwar die Forderung wirklich an diejenigen gerichtet, von welchen man den Rückgriff definitiv verlangt, doch aus einem Anlaß oder Titel oder von dem Gegenstande, der an und für sich nicht steuerpflichtig ist, von welchem man aber (mit Recht oder Unrecht) annimmt, daß gleichwohl das Vorhandensein einer wirklichen Steuererschuldigung das Maß derselben andeute, so daß der Besteuerete nicht wegen des mit der Steuer unmittelbar belegten Gegenstandes als Factum beitragspflichtig gemacht wird, sondern nur wegen bei ihm (selbst oder vermeint) Zusammenhanges desselben mit Umständen, die wahre Steuerpflicht involvirenden Umstand oder Causa ist; so nennt man die Besteuerung eine indirecte, weil nicht unmittelbar oder gerade, sondern erst auf einem Umwege zu ihrem eigentlichen Ziele und Rechtsfundamente, d. h. in der Person oder der Sache, die man dabei im Auge hat, gelangt.

In dem Artikel „Abgaben“ ist gezeigt, daß die Einkommensteuer kein anderes Rechtsfundament hat, als die Theilnahme an den Wohlthaten des Staatsvereins, oder auf das gemeinsame Interesse der Bevölkerung zu verwirklichenden — Wohlthaten des Staatsvereins, und daß — wenn man von dem für Alle gleichen Maß der Persönlichkeit wegblickt — das im Allgemeinen näherungsweise annähernd entsprechende Maß jener Theilnahme in dem Besitze und Erwerbe jedes Einzelnen liegt. Das kann noch einleuchtender nach derjenigen Theorie, welche die Beitragspflicht schlechthin als Grund der Beitragspflicht erklärt; eine Theorie, welche jedoch nicht verpflichtet, obgleich wir allerdings wollen, daß jene Fähigkeit bei Bestimmung der Steuer die theils des allgemeinen Vertrages willens notwendige, theils überhaupt billige Rücksicht genommen werde.

Die directe Steuer wäre hiernach derjenige, welche sich unmittelbar und ausgesprochener Maßen auf die Theilnahme an den Wohlthaten des Staatsvereins, oder auf das damit identisch (wenigstens für annähernd gleich) betrachtete Maß des Vermögens und Einkommens bezieht, sonach gerade und unmittelbar ausspricht, was und wie viel sie zur Gegenleistung für jene Theilnahme von jedem Einzelnen Vermögen und Einkommen beitragen fordert. In welchem strengen Sinne gibt es eigentlich nur eine directe Steuer, nämlich die allgemeine und allseitige

Vermögens- und Einkommenssteuer, weil nur diese Titel der an jeden Einzelnen zu richtenden Gesamtsforderung entspricht, und nur aus dem Maße solcher an die bestimmten Einzelnen gerichteten Gesamtsforderung, verglichen mit der an alle Anwesenden und mit dem Gesamtbetrage der durch Steuern zu leistenden Staatslast, die Gerechtigkeit und Verhältnißmäßigkeit der Besteuerung klarheit hervorgeht. Da indessen dieser allgemeinen und gleichmäßigen Vermögens- und Einkommenssteuer, obwohl die reine Theorie dieselbe fordert, war manche praktische Schwierigkeiten und Bedenken sich entgegen, so mag man sich auch mit einer annähernden Verwirklichung dieser Idee mittelst gesondelter Besteuerung der verschiedenen Arten des Vermögens und Einkommens begnügen, so daß jetzt zwar nicht mehr direct an bestimmte Personen oder Klassen ihres Gesamtvermögens und Einkommens — sondern an bestimmte Theile oder Quellen derselben, mithin an die Quellen der Steuerforderung gerichtet, d. h. der Staatsanspruch auf gewisse Quoten des Ertrags oder Betrags derselben — ohne Rücksicht des Besitzers und ohne Rücksicht auf dessen übrige Vermögensverhältnisse — für die Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse geltend gemacht wird. Auch diese Steuern heißen dann directe Steuern; die weitere Bedeutung des Wortes ist die gewöhnlichere.

Zu den Steuern also, welche unmittelbar auf gewisse Gattungen von Gegenständen des Besitzes und Erwerbes gelegt sind, heißen hierher die indirecten Steuern; und es gehören also hieher die Grundsteuer, die Häusersteuer, die Gefällesteuer, die Capita- und Consumen-Steuer, die Gewerbesteuer, die Besalzungssteuer, die Salzsteuer, die Schenkungssteuer, die Verwollständigungsteuer, die noch einzuführende, mithin nicht alleinige Einkommensteuer (desjenigen Einkommens nämlich, welches von dem Staat nicht benannt wurden, abfließt), eben so die (nicht allein sondern neben allen übrigen Steuern, etwa in Nothfällen außerordentliche Abgabe, erhobene) Vermögenssteuer (welche, obwohl sie Einkommenssteuer, in der Regel als Classensteuer erscheint) und die Mobiliensteuer und endlich die Kopfsteuer (in welcher der Kopf ein werthhabendes und ein dem Staate dienendes anempfohlenes Besitztum ist). Man könnte selbst einige dieser Steuern, namentlich unter den indirecten Steuern oder unter der Kopfsteuer zufälligen Staatseinnahmen aufgeführten Abgaben, wie die Auslass- und Polizeisteuern, das Straßen-Geld u. s. w., unter den Begriff der directen Steuern bringen, als sie doch in der That eines verhältnißmäßigen Ersatzes für einen von dem Staat (d. h. seiner Behörden oder Anstalten) erhaltenen Dienst oder Nutzen zu zahlen sind. Denn in so fern sie sich unmittelbar auf die Theilnahme an den Vortheilen des Staatsvereins. In so fern aber ihr Verhältniß übersteigt, nehmen sie die Natur der indi-

recten Steuern an, und wir zählen sie darum bei der nachstehenden Uebersicht auch wirklich den letzten bei.

Gegen die directen Steuern — wofür sie, eine jede nach besonderen Natur ihres Gegenstandes, wohleregelt sind, und wenn sie, alle Gattungen des Besizes und Erwerbes treffend, Idee der allgemeinen Vermögens- und Einkommenssteuer stets annähernd oder so viel möglich verwirklichen, ist, wie allgemein anerkannt wird, durchaus nichts einzuwenden; vielmehr sie — so lange die Einführung der letztgenannten Steuer nicht findet — ganz vorzüglich (wenn nicht ausschließend) der Capitalwerth. Aber freilich können sie, wenn in Bezug auf den Antheil oder die Capitalisirung der verschiedenen ihnen unterworfenen Verhältnisse nach unrichtigen Grundsätzen verfahren, oder die Steuerquote in unangemessenem Verhältnisse bestimmt wird, sehr große Drückungen und sehr ungebührliche Begünstigungen mit sich bringen, welches Beides zumal alsdann Statt findet, wenn einige Vermögensgattungen (z. B. die Geldcapitale) von ihnen völlig verschont, daher die übrigen um desto härter angelegt werden. Wir beschränken uns hier auf diese wenigen allgemeinen Betrachtungen. Ihre Anwendung finden unsere Leser in den den einzelnen Arten der directen Steuern gewidmeten besonderen Artikeln (als Grundsteuer, Capital-, Besoldungs-, Gewerbesteuer u. s. w.).

Wir wenden uns zu den indirecten Steuern, dem Gegenstand einer lebhaft geführten Controverse, wobei Schule und Schule und mehr noch Schule und Praxis sich unversöhnlich entgegenstellen, bei dem großen Gewichte der hier und dort aufgestellten Gründe die Entscheidung kaum anders als auf Art eines Vergleiches, durch Zusammentreffen auf einer richtigen Mitte, möglich ist.

Für's Erste muß anerkannt werden, daß den indirecten Steuern kein natürliches Rechtsfundament eigen ist, daß also bloß auf rein positivem, d. h. auf einer, von der rechtlichen Staatsgewalt (in Uebereinstimmung mit den Principien des allgemeinen Staatsrechts und mit dem darüber zu erforschenden wirklichen Gesamtwillen) ausgegangenen, jedenfalls willkürlichen Festsetzung ruhen, oder bloß aus solchem rein positiven Recht eine Rechtsbeständigkeit ansprechen können. Daß jeder Staatsbürger, welcher beitragsfähig ist, und zwar weil er es ist, in dem Maße, als er es ist, zur Theilnahme an der gemeinen Sache mit Recht angehalten werde, geht (wie schon oben bemerkt) unmittelbar aus Zweck und Inhalt des Staatsvertrages hervor, oder ist die natürliche, rechtsnothwendige Folge des durch denselben gegründeten gesellschaftlichen Vereins. Auch daß der Bürger noch außer dem allgemeinen Staatsschutze einen besonderen Schutz für sich oder das Seinige von Seite des Staates in Anspruch nimmt, dafür eine angemessene Vergütung leiste, mag wenigstens als selbstverständlich anerkannt werden. Dem positiven Gesetze kommt dann bloß

Requirirung der im Allgemeinen schon von selbst bestehende Berufsschuldigkeit nach Anschlag, Maß und Weise zu, und die Besteuerung soll nach ihrem Zwecke nichts Anderes sein, als die verschiedenen Verhältnissen bestimmter Staaten und Bürgerclassen, nach bestimmter Lage, Weitzthümer, Erwerbsquellen u. s. w. zur Ausführung des allgemeinen oder vernunftrechtlichen Berufssatzes. Dagegen ist bei den indirecten Steuern nicht eine solche Bestimmung oder Ausführung, sondern auch der Zweck der Besteuerung rein positiv, d. h. durchaus aus keiner vernunftlich anzuerkennenden Schuldigkeit abzuleiten. Daß der Mann, dem der Staat schon vernunftrechtlich einen Beitrag zu leisten hat, z. B. hungrig oder durstig ist und deshalb Speise oder Trank zu sich nimmt, oder weil er, seine Blöße zu bedecken, einen Mantel kauft oder, um sich zu wärmen, Holz anschafft, überaus er ein Bedürfniß oder ein Gelüste befriedigt; oder auch daß er irgend ein Erträgniß seines (ohnein schon besteuerten) Bodens, z. B. Wein, Früchte, Vieh u. s. w., zu Geld macht, oder gerade um daraus die Steuer zu bezahlen, oder auch den Wein verkauft; oder weil er einen Hund hält, in der Karte eine Steuerzahlung, einen Brief schreibt oder empfängt u. s. w., so wie er seinen Proceß führen muß, oder gar weil er ihn (ob schon nicht steuernd) verliert, oder weil er eine Land- oder Wasserreise unternimmt. — dieses wird Niemand zu behaupten oder zu lehren. Es versteht sich natürlich, daß hier in Ansehung derjenigen Steuern, die aus Anlaß einer vom Staate bewilligten besonderen Wohlthat zu entrichten sind, nicht ein solcher Verempfang wirklich entsprechenden Vergütung zu empfangen, sondern bloß von der noch darüber hinausgehenden Summe zu entrichten und in so fern wirklich indirecten Steuerforderungen zu unterwerfen. Wenn also gleichwohl aus solchen Gründen oder bei solchen Umständen bezahlt werden muß; so geschieht es lediglich darum, weil die allgemeine Steuerergesetz es so verordnet hat, und es ist daher die Ausführung einer solchen Verordnung die Angabe von anderen Gründen notwendig, als diejenigen sind, auf welchen die Steuer im Allgemeinen und auch die Steuerpflicht vom Besitz und Erwerbe insbesondere ruht.

Die Vertheidigern der indirecten Steuern mangeln auch wirklich Gründe, und zwar sehr beachtenswerthe, wenigstens sehr schmeichele. Es sind nämlich die nachstehenden:

1. Daß den heutigen Verhältnissen der Staaten, d. h. nach der jetzt zu Tage durch die Finanz zu befriedigenden Forderungen des Staatshaushaltes, es durchaus unmöglich, die ganze, zur Besteuerung nöthige Summe durch bloß directe Besteuerung einzunehmen. Man muß daher nothwendig — soll der Staatsbedarf vollständig gedeckt werden — noch zu indirecten Steuern keine Anstalt nehmen. Keine Unmöglichkeit geht

nämlich daraus hervor, daß, wollte man die ganze Staatslast in directe Steuercapital wälzen, die Quote der jährlichen Steuer ihre alsdann gegen den jetzigen Betrag wenigstens zu verdoppeln Höhe für tausend und abermal tausend Steuerpflichtige durcherschwinglich werden, jedenfalls die von dem Eigenthümer, Unternehmer oder Arbeiter mit Recht anzusprechende Grund-Capital- oder Arbeitsrente ihm ungebührlich, ja mitunter bis zu völligen Entmuthigung verkümmern, oder ihm den Lebensunterhalt entziehen würde.

2) Man sagt zwar, und nicht ohne Grund, daß die indirecte Steuer aus nichts Anderem als aus der Grund-Capital-, oder der Arbeitsrente bezahlt werden kann; daß also eine doppelte oder was immer für eine Erhöhung der directen Steuer empfindlicher sein würde als die neben der gewöhnlichen directen noch weiter zu entrichtende indirecte. Allein es besteht der Unterschied zwischen beiden darin, daß die directe Steuer — wie sie auch zur Erleichterung der Steuerpflichtigen nur in verhältnißmäßig kleinen, z. B. Monatsraten, einzieht — gleichwohl bei jeder Zahlung eine nicht unbedeutende und baare Zahlung auf einmal abzugeben gar nicht abgewendet werden kann; wogegen die indirecte Steuer (welcher sie definitiv zu tragen hat) auf alle Tage, und den dermaßen vertheilt, daß die einzelne Entrichtung — wie ein Stück Brot oder ein Glas Wein oder ein Pfund Salz — fast unspürbar ist, und kein besonderes Zurücklegen von Geld nöthig macht; auch daß, wenn die durch sie bewirkte Vertheuerung einer Sache mir hart fällt, ich — wenn diese mir entbehrlich ist — durch Entsagung steuerfrei machen, und selbst wenn sie mir eines wirklichen Bedürfnisses ist, durch Selbstbeschränkung der dringend Nothwendigen die Last wenigstens verringern kann; daß die Zahlung der indirecten Steuer oft ganz, oft wenigstens theilweise von meinem freien Willen abhängt, wogegen die directe Steuer gezahlt werden muß.

3) Es kommt dazu, daß man, wenigstens in der Regel, alsdann etwas kauft oder einen Genuß sich verschafft, wenn man Geld, mithin die (damit verbundene indirecte) Steuer zu zahlen im Stande ist, wogegen die directe Steuer gar oft verfällt, und der Steuerpflichtige von allen Zahlungsmitteln entbloßt ist, — weil hier weder Nachlaß noch Verschub Statt findet — und der Zwangsvollstreckung sich unterwerfen oder zu den anderen Mitteln, sich Geld zu verschaffen, greifen muß.

4) In der Regel — so sagen die Vertheidiger der indirecten Steuern weiter — verzehrt oder genießt Jeder so viel, als nach Maßgabe seines Vermögens oder Einkommens; die indirecte Steuer also, da sie ganz vorzugsweise auf den Genuß der Verzehrung (d. h. des Gebrauchs oder Genusses) kommt in ihren Wirkungen einer Vermögens- oder Einkommensteuer gleich.

entzogenen Wein entrichten muß u. s. w. Wenn er das Geld Vorauslage nicht hat und sich nicht verschaffen kann, so wird er nicht ein; aber das dergestalt erzwungene Aufgeben der Weinung ist ihm weit schädlicher, als es die Entrichtung der

Wichtig ist die Behauptung, daß Jeder (in der Regel oder wenigstens) nach Maßgabe seines Vermögens oder Einkommens vertribe, folglich auch die Vertheilungssteuer in eben dieser Theorie nach vollkommen richtigen Verhältnissen entsteht. Die Besteuerung richtet sich allemal nach dem Bedürfnisse oder Einkommen; diese beiden aber werden mehr durch persönliche Eigenschaften und besondere Verhältnisse bestimmt, als durch das Vermögen. Kecklichkeit, Ungewohnheit, Kinderzahl, u. s. w. können das Bedürfniß eines armen Mannes sehr erhöhen, oder jenes eines reichen erniedern; und Leichtsinns, Leichtsinnigkeit (die doch alle kein Grund der Besteuerung sind) eine Besteuerung eben so weit über das Vermögensverhältniß oder das Mittelmaß hinausstreifen, als Aargheit, Ungleichheit, u. s. w. sie dießseits dieses Maßes zurückhalten. Abgesehen von solchen besonderen, mit dem Vermögensstande in Beziehung stehenden Eigenschaften und Lagen, erscheint — das Bedürfniß, so hoch — das Bedürfniß und die meist nach dem Einkommen (der indirecten Steuer vorzugsweise unterliegenden) Einkommen für Allen so ziemlich gleich, oder doch unendlich näher als das Vermögen; und es hat daher die auf dem gemeinen Bedürfnisse gelegte Steuer weit eher die Proportionalität einer Vermögenssteuer an sich. Die Einkommen der Reichen ganz eigens vorbehaltenen Genüsse sind ohne wesentlichen Ausnahmungen, von der indirecten Steuer frei, und gelangen der letzten letzten ihrer Natur nach mehr auf dem Wege des Mittelmannes, als auf dem Reichen, wie z. B. das Spielgeld, wovon derjenige, der seinen eigenen Wein im Garten erntet, befreit ist, während der Arme jeden nöthigen sich dadurch vertheuert sieht. Daher kann mit Zuversicht werden, daß, wenn eine gleiche Summe einmal durch die Einkommen und das andere Mal durch die indirecte Besteuerung erhoben wird, der ersten eine weit größere Quote den Reichen zur Last fällt, als von der zweiten. Ein sichtlich sehr bemerk-

den ersten Grund, den man für die indirecten
findet, betrifft, so ist freilich wahr, daß durch die
Wohlthaten des Wohlthäters die Befreiung der Besol-
tenen, des Armeninhabers und anderer
von einem Theile der ungetheilten Arbeit der
Gesellschaft herbeigeführt wird, und daß eine Hei-
lung der Gesellschaft herbeigeführt wird, aber dieselbe durch

Idee entsprechend geregelt, wäre zumal auch der Ausgabenübertrieb; so würde jener Grund wegfallen und auch eine Verschleierung nöthig sein.

Eben so ist nicht zu leugnen, daß die Allmähligkeit selbst augenblickliche Unfühlbarkheit der indirecten Steuern sehr nachdrücklich zu ihren Gunsten spricht. Auch daß die Steuer bei den meisten Gattungen der indirecten Steuern mehr oder weniger vom freien Willen des sie definitiv Zahlenden (namentlich des Verzehrenden, im weiten Sinne des Wortes) abhängt, macht das Gefühl desselben leichter und mindert den Vorwurf der Härte. Ein bloß factische Vertheuerung der Waare (die ja auch einer directen Steuer aus mancherlei Gründen eintreten kann) ist weniger empfindlich, als eine directe Steuerzahlungsforderung, und man kann bei — was bei dieser der Fall nicht ist — fortwährend etwas zu sparen, d. h. zur Beschränkung des Genußes der Nothwendigen, oder auf das nach den Vermögensumständen der zahlenden Erschwingliche. Dagegen aber ist freilich auch das nicht das augenblickliche Fühlen, sondern das wirkliche Gefühl der Summe der tagtäglich zu zahlenden kleinen Raten gegen das Gesammtgewicht derselben das Hauptmoment für ihre Beurtheilung ist. Der That, wenn auch nicht der Erscheinung nach, ist die indirecte Steuer für den sie definitiv Entrichtenden nicht ohne eine Erhöhung der ihm aufliegenden directen thun würde, wenn er es dort nicht so deutlich nachweisen kann, wie hier, wo er bezahlt, ist keine reelle Erleichterung. Auch hat die Steuer sich der Zahlung zu entziehen (durch Entsagung auf den Genuß, wenigstens bei Gegenständen des Bedürfnisses, worauf sie ruht, oder die einträglichsten indirecten Steuern basiert sind) eine festgesteckte Grenze; und wo sie Statt findet oder nothwendig ist, ist die Entbehrung selbst ein dem Druck der Steuer zu vergleichendes oder ein ohne Nutzen für den Staat dem Steuerpflichtigen weiter zugefügtes Uebel.

Ganz falsch aber ist die Voraussetzung, daß die indirecte, namentlich die Verzehrungssteuer darum leichter als die directe ist, weil, wer sich einen Gegenstand der Verzehrung anschafft, in der Regel bei Geld ist, wogegen der Erheber der directen Steuer an der Thüre pocht, mögen wir eben Geld haben oder nicht. Man kann d. h. man ißt oder trinkt, wenn man hungrig oder durstig ist, und man schafft sich Holz oder ein Kleid an, wenn man friert. Ist man im Augenblicke des Bedürfnisses nicht bei Geld, so muß man gleichwohl essen, und das Geld dazu — gerade wie bei der directen Steuer — entweder entleihen oder erheben, oder aber man muß der Steuer willen hungern, was doch ein Uebel ist. Eben so bei demjenigen, welcher nur die Steuerlage zu machen hat, z. B. bei dem Kaufmanne, welcher die Steuer für die eingeführte Waare, oder bei dem Wirthe, welcher die Steuer

den eingelegten Wein entrichten muß u. s. w. Wenn er das Geld jedoch Vorauslage nicht hat und sich nicht verschaffen kann, so ist er freilich nicht ein; aber das dergestalt erzwungene Aufgeben einer Einnahme ist ihm weit schädlicher, als es die Entrichtung der Steuer wäre.

Wird falsch ist die Behauptung, daß Jeder (in der Regel oder Durchschnitt) nach Maßgabe seines Vermögens oder Einkommens verzehre, folglich auch die Verzehrungssteuer in eben dem Maße der Theorie nach vollkommen richtigen Verhältnisse entrichte. Verzehrung richtet sich allernächst nach dem Bedürfnisse oder dem Gelüste; diese beiden aber werden mehr durch persönliche Leidenschaften und besondere Verhältnisse bestimmt als durch das Vermögen. Krankheit, Angewohnheit, Kinderzahl, u. s. w. können das Bedürfnis eines armen Mannes sechs- oder zehnmal über jenes eines reichen erhöhen; und Leichtsinns, Leizlichkeit, Frögebigkeit (die doch alle kein Grund der Besteuerung sind) können die Verzehrung eben so weit über das Vermögensverhältnis oder über das Mittelmaß hinaustreiben, als Kargheit, Angestlichkeit, Sparlichkeit u. s. w. sie dießseits dieses Maßes zurückhalten. Abgesehen aber von solchen besonderen, mit dem Vermögensstande in Beziehung stehenden Eigenschaften und Lagen, erscheint — das Bedürfnis, so doch — das Bedürfnis und die meist nach dem Einkommen sich richtende (der indirecten Steuer vorzugsweise unterliegend) Einnahme bei Allen so ziemlich gleich, oder doch unendlich geringer ungleich als das Vermögen; und es hat daher die auf das Einkommen des gemeinen Bedürfnisses gelegte Steuer weit eher die Natur einer Kopfsteuer als einer Vermögenssteuer an sich. Die Bedürfnisse, den Reichen ganz eigens vorbehaltenen Genüsse sind ohnehin, mit wenigen Ausnahmen, von der indirecten Steuer frei, und die Lasten der letzteren lasten ihrer Natur nach mehr auf dem Armen oder dem Mittelmann, als auf dem Reichen, wie z. B. das Salzsteuergeld, wovon derjenige, der seinen eigenen Wein im Hause hat, wenn er will, befreiet ist, während der Arme jeden nöthigen Aufwand sich dadurch vertheuert sieht. Daher kann mit Zuversicht behauptet werden, daß, wenn eine gleiche Summe einmal durch die directe und das andere Mal durch die indirecte Besteuerung erhoben wird, von der ersten eine weit größere Quote den Reichen zur Lastung zufällt, als von der zweiten. Ein sicherlich sehr bemerkenswerther Umstand.

Was nun den fünften Grund, den man für die indirecten Steuern geltend macht, betrifft, so ist freilich wahr, daß durch die indirecten Steuern, theils fast allgemeine Befreiung der Besoldungen, der Capitalisten, der Renteninhaber und anderer Klassen von der directen Steuer eine ungeheure Ueberlastung der arbeitenden und Gewerbsleute hervorgebracht wird, und daß eine Hebung dieses Uebels dringend Noth thut. Wird aber dieselbe durch

die indirecte Besteuerung bewirkt? Nur alsdann wäre dieses der Fall, wenn die indirecte Steuer bloß allein auf die von der directen freieten Classen gelegt würde. So aber wird sie ja auf alle Ausnahme gelegt. Es genießen daher jene privilegierten Classen vor die Befreiung von einer dem Betrage der von den übrigen entrichtenden directen Steuer entsprechenden Last; und diese wird, anstatt der Erleichterung, mittelst der indirecten Steuer zu einer weiteren Bürde aufgelegt. Dem hier angegebenen Zwecke aber offenbar weit mehr entsprochen werden durch eine ausschließliche die bemerkten privilegierten Classen oder Individuen zu legenden oder auch Classensteuer, als durch eine die bereits Besteuernden die Unbesteuerten gleichmäßig treffende indirecte Besteuerung.

Der in dem Bezuge der Fremden erkannte Vortheil der directen Steuer endlich ist wirklich begründet. Doch ist der Grundsatz solches Bezuges (als allgemein gedacht und zumal in weit gehender Ausübung) rückwirkend auch unseren eigenen Angehörigen, denen alsbald von Seite der fremden Staaten das Aequivalent widerfahren wird, nachtheilig; auch läuft bei der Annahme, daß die Steuer, z. B. ein Einfuhr- oder ein Ausfuhr-Zoll, endlich definitiv von den Fremden bezahlt werden, gar oft eine falsche Berechnung unter. Gar oft fällt auf uns selbst und mit drückender Gewichte eine Auflage zurück, deren Intention die Belastung der Fremden war.

Wird durch diese Gegenbetrachtungen das Gewicht der von den Freunden der indirecten Besteuerung aufgestellten Gründe schon ein sehr Ansehnliches verringert, so legen die Gegner solcher Meinung in die Waagschale noch weiter die nachstehenden politischen Argumente:

1) Die indirecte Steuer ruhet schon nach ihrem Begriffe genommen vom Standpuncte des Rechts höchst bedenklichen, und völlig verwerflichen — weil nämlich Eigenthum und Freiheit willkürlich beschränkenden, ja möglicher Weise erlöschenden Principe. Dieses Princip nämlich besteht nicht im Forderung, man ein (natürliches) Recht dazu hat, sondern im Forderung, wo etwas zu erwischen oder zu packen ist. Freilich gibt es Leute die da vermeinen, in der Staatswirthschaft und Finanz habe gar nicht vom Rechte, sondern nur vom Nutzen die Rede zu sein (vgl. die Recension von Krehl's Steuersysteme in den *Preussischen Jahrbüchern* 1816, Juni); wir aber behaupten: überall in der Staatslehre muß die erste Frage nach dem Rechte, und die zweite nach dem Nutzen gehen. Mit Beziehung auf jenes können wir nun sagen wir: Ist Besitz und Erwerb der natürliche Grundmaßstab der Steuerpflicht, so kann der Gegensatz derselben, nämlich Bedürfnis, mithin nothwendige Ausgabe, d. h. Veräußerung des Besitzes oder Einkommens, nicht auch ein solcher Grund sein. Und wenn ich eine nicht nur nach natürlichem Rechte erhaltende

nach dem Staate ganz unnachtheilige, sonach zu meinem durch Gesellschaftsvertrag durchaus nicht aufgehobenen, vielmehr bedarfs-
bedürftigkeitsweise gehörige Handlung unternehme, z. B. ich
möchte, einen Brief schreibe u. s. w.: wie kann der Staat die
Handlung, sie mir zu verbieten, d. h. sie mir nur unter der
bedingten gesetzten Bedingung, daß eine gewisse Zahl
zu zahlen, erlauben? Die Anwendbarkeit solcher anmaßlichen
Verordnungen leidet das Princip, worauf sie ruhet, bedrohet
ihre That alle und jede Freiheit und, in so fern die be-
dingten Handlungen mir zugleich nothwendig sind (wie Essen und
Trinken) auch all mein Eigenthum, welches ja möglicher Weise
bezogen werden mag durch den Kaufpreis der mir überall nö-
thigen Bedingung. Die Finanzgewalt, wenn sie indirecte Steuern aus-
üben, nimmt also: Ich brauche Geld; die directe Steuer kann ich
nicht erhöhen, weil sie sonst unreinbringlich würde, oder wenig-
stens Grundwerth und den Produktionsgewinn zu tief herabdrückte,
um das Bedürfnis zum Steuererheber oder Presser ma-
chen. Ich esse und trinke, lege ich also eine
Taxe darauf, so liegt es Euch sicher. Eben so: ich weiß gewiß,
daß die Meisten von Euch Biere trinken oder empfangen,
um Trunks bedienen, Tabak schnupfen oder rauchen u. s. w.
Ich lege ich Euch für jede solcher Handlungen eine Taxe ab,
so nehme ich sehr viel Geld ein. Ich verbiete Euch also, auf ie-
welchen anderen Wege, als auf dem mit der Steuer belegten der
Biere fortzuschicken oder zu empfangen; ich lasse Euch
dann die Strafe fahren, wenn Ihr nicht zahlt; ich schenke oder
verkauft und ausgiebig den Tabak, dessen Gebrauch ich Euch
verboten habe; ich setze darauf einen nach Willkür zu bestimmenden Preis
u. s. w. mit einem Worte: ich fordere Euch Geld ab, wo und
wann ich beliebt, zumal aber da, wo ich Euch am Leichtesten und
Am wenigsten bekomme. -- Wir fragen: geht ein solcher Grundsatz für
den Staat? So viel wenigstens ist sicher, daß, wenn auch
in natürlichen Staaten seine Ausübung, bis zu einem
gewissen Punkte hin, durch die Zustimmung echter Volkserprä-
sentanten, d. h. des wahren Gesamtwillens, gerechtfertigt
werden, doch in absoluten Staaten schon durch seine bloße
Ausübung Freiheit wie Eigenthum lediglich der Herrscherswillkür Preis
gegeben wird.

Ein anderes gegen die indirecte Besteuerung streitender Grund-
satz ist, daß die nach dem Gesellschaftsvertrage zu fordernde
Gerechtigkeit oder Verhältnismäßigkeit der Belastung durch sie
nicht hergestellt werden kann. Die Aufgabe jedes Steuer-
systems ist, die Idee der Belastung nach Maßgabe des Vermögens
möglichst genau und wenigstens annähernd zu verwirklichen. Bei der in-
directen Steuer aber muß diese Idee ausgegeben werden, da, welchen
Belastung immer man für sie wähle, derselbe mit solchem Vermögen
nicht vertheilt. VIII.

und Einkommen theils in ganz und gar keinem, theils doch mit einem sehr entfernten und unsicheren Zusammenhange stehen mit jener Besteuerung unterworfenen Bedürfnis und Geliiste, wie oben bemerkt worden, ist unendlich weniger ungleich vertheilt, als das Vermögen; ja, es ist gar oft, je nach persönlichen Lebensverhältnissen und Lagen, bei Armen in größerem Maße als bei Reichen vorhanden. Zudem kann die indirecte Steuer, in so fern sie die natürlichen Bedürfnisse des Steuerpflichtigen und seiner Familie nicht eben so, wie wenigstens zum Theile bei der directen, mit auf die Consumen ten überwälzt werden. Denn wenn der Arbeiter und der Gewerbsmann auch mitunter im Stande sind, durch eine allmähliche Erhöhung des Preises ihrer Erzeugnisse die bezahlte Steuer theilweise wieder hereinzubringen, so kann dieses bei den kleinen Personen und ihre Familie treffenden Verbrauchssteuern kaum geschehen, weil sie sonst die Concurrenz mit anderen für ihren weniger bedürftenden Verkäufern nicht aushalten würden. Es ist daher die solchergehalt durch die indirecte Steuer nicht nur zwischen verschiedenen Klassen, sondern auch zwischen Genossen derselben Klasse eine Ungleichheit der Belohnung erzeugt, und dieses für die Armen sehr drückend, ja oft ganz unerträglich gemacht. Es ist daher so sehr der Fall, da bei den meisten dieser Steuern ein Arbeiter, wie man ihn bei den directen Steuern den Dürftigsten anrechnen kann, gar nicht Statt findet. Selbst der Bettler muß bei den Bier- und Weinaccise zahlen, wenn er aus dem Aemterkeller ein Stück Brod oder einen kleinen Raberrunk anschafft.

3) Zudem läßt sich — was ein weiterer Verwerfungsgrund ist — das wahre Gewicht dieser Steuer, sowohl für den Einzelnen als für die Gesamtheit, durchaus nicht, auch nur mit annähernder Genauigkeit, bestimmen. Zu dem Bruttoertrage derselben in der ganzen oder der davon jedem Einzelnen durchschnittlich treffenden Summe (und wie schwer ist schon die letzte zu berechnen!) müßte nämlich beigesetzt werden die Härte der Entbehrung, welche weniger oder mehr der Steuer willen sich auflegt, sobald die Verkömmerung die völlige Verhinderung so manches — sonst Vortheil verheißendes — die Steuer jedoch mit Verlust bedrohenden oder unmöglich gemachten Handels oder Geschäftes, endlich die Menge der Plagereien, Forderungen, Unannehmlichkeiten aller Art, welche die Einführung der indirecten Steuern, wenn Defraudation verhindert werden soll, unabweislich mit sich führt, und welche für Manche weit höher als die Steuerentrichtung selbst.

4) Solche mit der Erhebung der indirecten Steuern nothwendig theils wenigstens natürlich verbundene Freiheitsstörung, Geschäftshemmung, oft auch durch die inquisitorischen Maßregeln gefügte persönliche Kränkung oder Demüthigung mag wohl ebenfalls ein nicht ungewichtiges Argument gegen diese Steuern aus der Reihe der directen Steuern — wenn einmal das Steuercapital in's Auge

und, freilich nur noch vom Einzuge die Rede ist — verursacht die politische Beschränkung oder Störungen, die mit jenen, welche die Steuern unaufhörlich oder Tag für Tag begleiten, auch nur verbunden sind. Man denke namentlich der — oft selbst tyrannischen — Wauthgesetze, und der durch sie nicht nur den wirthlichen Interessen, sondern der gesammten Production (z. B. dem Bergbau im preussischen Zollvereine) und allen Reisenden, ohne Unterschied der bestehenden Quälereien und Beschränkungen! Und dazu kommt noch — eben durch die vielen nöthigen Aufsichts- und Controlstellen verursacht — große Kostspieligkeit der Verwaltung, welche den Nutzen der indirecten Steuern, verglichen mit deren Nothwendigkeit, jenen der directen ausnehmend herabsetzt, also den Steuerpflichtigen eine in eben diesem Verhältnisse erhöhte Last ohne irgend einen Vortheil der Staatscasse auflegt.

Was aber noch das Schlimmste ist: die indirecten Steuern verursachend größtentheils und unter gewissen Umständen, der Staatssocialität in hohem Grade gefährlich, bringen Unzufriedenheiten, die Widerlegung hervor, ja, rufen nicht selten zu förmlicher Revolutionen gegen die Staatsgewalt und zu anderen Verbrechen. Dies gilt, namentlich in dem Verhältnisse, als sie hoch und die Anstalten des Untersehleiss fern sind. Je höher z. B. die Accise, je höher der Zoll ist, desto stärker — weil gewinnverheissender — wird die Bestrebung zur Defraudation oder zur Einschmuggelung. Die Schwere der Strafen, die davon abschrecken soll, reicht bloß zu größter Verachtung und weiterer Eisk, oder auch, wenn die Entdeckung geschehen und die Strafe möglich ist, zu vermweifelter Begegnung und Verbechertheit. In der cheureren Accise, in dem hohen Zolle steht die öffentliche Verstand mehr nur eine factische Bedrückung, als eine gerechtfertigte Forderung; und solche Vorstellung beschwichtigt das Gewissen des Untersehleiss verdamnende. Einmal aber auf der Höhe der Gesetzmäßigkeit befindlich, schreitet man leicht weiter und verliert überhaupt die Achtung gegen Gesetz und Recht. Die öffentliche Meinung, erbittert durch die selbende Frechheit der Defraudation und um — pflichtgemäß — die rechtlichen Bürger (z. B. die reisenden Kaufleute gegenüber den Schmugglern) vor dem Uebel der Untersehleiss der unredlichen zunehmenden Nachtheile zu warnen, reizt im Maße der zunehmenden Uebertretungen ihrer Rechte und gerechtfertigt leicht in ein Uebermass derselben, was mit der öffentlichen Meinung und dem moralischen Gewissen des Volkes sich in Widerspruch setzt und die unmittelbar von dem Uebel keine Bedroheten zum Widerstande, zu meuterischen Comploten, zu einer Art von Bürgerkrieg erregt. Die Geschichte der Untersehleiss Verhinderungsanstalten, wie z. B. das Salz, gelegten — und später, sodann die Geschichte der Zölle und Wauthen enthalten, die älteren bis zur neuesten Zeit eine Menge der niedererschlagendsten und empfindlichsten Beispiele solchen Unheils.

Einem Systeme der indirecten Steuern, welches, je nach der Wahl der damit zu belegenden Gegenstände, nach der Höhe der Abgaben und nach den Einzugs-, Aufsichts- und Controlanstalten, die merkten bösen Eigenschaften an sich trägt und daher jene traurigen Wirkungen erzeugen muß, kann der wahre Gesamtwille oder treues Organ desselben nie und nimmer seine Zustimmung erteilen. Sollte die Mehrheit einer Volksrepräsentation gleichwohl es annehmen, so überschreitet sie eben aus Irrthum oder Unlauterkeit ihre Vollmacht und die durch ihre — obschon äußerlich gültiges — Gesetz Beleidigten haben dann gerechten Grund zur Beschwerde. Obschon aber diese Allgemeinen mag behauptet und anerkannt werden, so dürfte es zu weit gegangen sein, wollte man ganz unbedingt über jede indirecte Steuer den Stab der Verwerfung brechen. Da die Gegenstände solcher Besteuerung zweckmäßig ausgewählt werden, die Steuer selbst mäßig und endlich die Administration derselben human geregelt ist, so fallen die härtesten Vorwürfe weg und die für solche Steuern angeführten Gründe in ihr Recht. In der Erläuterung dieser gewissermaßen als Vergleichsvorschlag aufgestellten Grundsätze wollen wir hier nur einiges Wenige im Allgemeinen sagen und die wichtigeren Gattungen der gewöhnlich vorkommenden indirecten Steuern in besonderen Artikeln theils schon beurtheilt haben, und später beurtheilen werden.

Sollen die indirecten Steuern der Idee einer Vermögenssteuer sich nähern, d. h. die wohlhabenderen Classen mehr als die dürftigeren treffen, so müssen sie auf Luxusgegenstände gelegt werden, nämlich auf solche, welche in der Regel nur von reichen Leuten begehrt oder verbraucht werden. Freilich ist die Einnahme von solchen Gegenständen minder zuverlässig, als die von Gegenständen eines allgemeinen Bedürfnisses; wenn jedoch die Steuer mäßig ist und diese Eigenschaft fordern wir von jeder indirecten Steuer), so soll sie die Wohlhabenderen von Befriedigung ihrer gewöhnlichen Bedürfnisse abhalten und dergestalt gleichwohl einen ziemlich sicheren Ertrag abwerfen.

Auch auf allgemeine Lebensbedürfnisse, überhaupt auf Gegenstände eines allgemeineren Gebrauches kann indessen eine Steuer von wesentlichem Nachtheil gelegt werden, wenn sie 1) mäßig ist, 2) der Gegenstand und Maß sich längere Zeit hindurch gleich bleibt, 3) auf eine Weise geregelt ist, daß sie möglichst wenig Plagerien mit sich führe, und 4) zumal, daß sie in der That auf diejenigen fallen, auf die man bei ihrer Einführung als definitiv Zahlende im Auge hat. Das erste Erforderniß ist das wichtigste. Nur allzu hohe indirecte Steuern führen die oben bemerkten schlimmen Folgen mit sich; eine mäßige kann ohne großes Wehe getragen werden, und bringt gleichwohl, wenn eine zahlreiche Classe oder gar die gesammte Bevölkerung ihr unterliegt, dem Staate eine ansehnliche Summe ein. Die gerechtfertigte Vertheuerung der damit belegten Sache wird, zumal wenn sie

lung vorhanden, nicht sehr fühlbar sein; ja sie wird in letzter Linie — je nachdem die Sache wirklich ein Lebensbedürfnis (z. B. Brot u. dergl.) oder nicht eben dem nothwendigen, aber dem gewöhnlichen Gebrauche angehört ist (wie die meisten Handelsartikel) — entweder auf die Höhe des Arbeitslohns oder auf die Lebensweise der ärmern Classen ihre Wirkung geübt haben, daß im ersten Falle nicht mehr der arme Mann, sondern der Arbeits-Herr oder die Consumenten der Arbeitskraft definitiv die Steuer tragen, im zweiten aber die Lebens-
 weise, d. h. der Voratz oder Verbrauch, allmählig mit der Einkommens in das entsprechende Verhältniß gekommen ist. Schwere-
 wunden ist die Entsehung der Plagererei, weil ohne strenge
 die Defraudationen nicht wohl zu verhindern sind. Doch ver-
 mit der Ermäßigung der Steuer auch der Reiz zum Un-
 und immerhin gibt es Mittel und Wege, die mit der Auf-
 Erhebung jedenfalls verbundene Veräufung, der Beschäf-
 und Ausdehnung nach, mindestens erträglich zu machen.
 Vereinfachung ist hier das Hauptmittel, Achtung der
 Freiheit der Bürger das oberste Gesetz. Was endlich
 der Vertheilung der Steuer auf jene Classen oder Einzelne be-
 nach der Intention der Auflage dieselbe eigentlich tragen sol-
 mit der Vertheilung solcher Zwecke abermals theils von der
 der Verhältnisse, theils von der Einhebungsart der feuglichen
 kann. Es kann, wenn hier oder dort ein Mißgriff Statt fand,
 die Steuer, anstatt z. B. aus den Consumenten zu
 sie zugeführt ist, ganz oder doch theilweise auf den Pro-
 zu überwälzt, zur ungerechtesten Bedrückung desselben,
 daß sie ganz oder theilweise auf demjenigen liegen bleibt,
 der Intention der Steuer nach, bloß die Vorauslage hätte
 Das Ohmgegend z. B. wird der Wirth allerdings von
 sich ersparen lassen; ob aber der Weinändler die
 vom Weine oder der Schlächter jene vom Schlachtviehe wirk-
 den Consumenten mittelst Erhöhung des Verkaufs-
 werden oder auf den Producenten mittelst Abzugs
 gewöhnlichen Kaufpreises, hängt von mancherlei Umstän-
 In der Regel wird die Accise (so wie der Ausfuhrzoll oder auch
 den Fremden zu entrichtende Einfuhrzoll), zumal wenn sie hoch
 Kaufpreis beim Producenten, als erstem Verkauf-
 drücken, demnach, wenigstens zum Theile, von diesem
 werden. So wird auch oft der Zoll, womit man die frem-
 oder Verkäufer zu treffen meint, von unsern eigenen Bür-
 (Producenten oder Consumenten) der Last nach getragen werden,
 nur manche indirecte Steuer durch fehlerhafte Regulierung
 Consumtionssteuer, die sie sein sollte, in eine Produ-
 oder Speculationssteuer sich vermandeln. Wir begnü-
 mit diesen beispielweise gegebenen Andeutungen; die weitere

Ausführung den die einzelnen Hauptgattungen der indirecten Steuern behandelnden besonderen Artikeln vorbehaltend.

Ueber die indirecten Steuern theilen sich die nationalökonomischen und staatswirthschaftlichen Schriftsteller in ganz entgegengesetzte Ansichten. Wir wollen nur einige der Hauptauctoritäten anführen, da ein vollzähliges Verzeichniß fast endlos sein würde. Hat doch schon 1820 L. Fr. Wiederhold in seinem „Handbuche der Literatur und Geschichte der indirecten Steuern“ uns mit einer ausnehmend langen Namen- und Bücherliste beschenkt, und es sind seitdem noch viele andere Stimmen für und wider erklungen.

Schon über den Begriff der indirecten Steuern sind die Meinungen nicht einig, weswegen man auch schon, neben der Unterscheidung der Steuern in directe und indirecte, die weitere in „unmittelbare und mittelbare“ oder in „zunächstige und entferntere“ aufgestellt hat. Mehrere beschränken den Begriff der indirecten Steuern auf die Verzehrungssteuer. In der Hauptsache selbst aber erklären Viele die indirecten Steuern als eine ganz besonders empfindenswerthe, der directen noch vorzuziehende Abgabe; Andere halten sie zwar für minder gut, als die letzten, jedoch nach Umständen, und wohl auch überhaupt für rathsam oder gar nothwendig und zur Vollständigkeit eines guten Steuersystems mit gehörig; noch Andere endlich verwerfen sie entschieden und unbedingt. Unter ihren Vertheidigern führt zumal Adam Smith eine gewichtige Stimme, und wird seine Auctorität von vielen Anderen als ein Hauptbeweis angeführt. Weiter vertheidigen die indirecte Besteuerung Sonnenfels (Grundsätze der Finanzwissenschaft), J. F. Wenzenberg (über Preußens Geldhaushalt und neues Steuersystem), Christian (des impositions et de leur influence etc.), Ganilh (essay politique sur le revenu public etc.), Sartorius (in verschiedenen eigenen Abhandlungen und in Recensionen staatswirthschaftlicher Schriften in den Göttinger gel. Anzeigen), auch Say, Sismondi, sodann Graf v. Soden, v. Jakob, Pölig, Murhard („Kann der Staatshaushalt des deutschen Bundes der Besteuerung einheimischer Waren entbehren?“ in den politischen Annalen von 1821), Malchus und andere neuere Schriftsteller über die Finanzwissenschaft. Dagegen verwerfen die indirecten Steuern: Joh. Eschenmayer (über die Consumtionssteuer, eine staatswirthschaftliche Abhandlung), E. Roda (ausführliche Anleitung zur Regulirung der Steuern), Behr (Staatswirthschaftslehre), Lips (über die allein wahre und einzige Steuer), Loß (Handbuch der Staatswirthschaftslehre), Destutt de Tracy (commentaire sur l'esprit des lois de Montesquieu L. XIII.) u. d. Sodann noch viele landständische Redner und Verfasser von Flugblättern. (Vergl. die Artikel „Accise“, „Ohm geld“, „Verzehrungssteuer“, „Zoll“ u. a.) Rotté.

Infamie, Ehre, Ehrenstrafen. Ueber Ehre, Princip des Rechtsstaates und der Monarchie, u.

higkeit desselben, eine Wirksamkeit selbstständig zu verursachen zu unterlassen, in Verbindung mit dem äußeren freien Zufall oder mit der Möglichkeit dieser Verursachung in einem ihm gegebenen freien Lebenskreise. Ohne den letzteren würde die Freiheit nicht existent. Es gäbe nur eine Anlage dazu. Es gilt also von der sittlichen Freiheit, was von der Sittlichkeit selbst gilt. Nur in der inneren Gesinnung bestehende Sittlichkeit eines lebenden irdischen Wesens ist eben so wenig möglich, als eine lediglich in einem Wirken bestehende. Jede sittliche Gesinnung muß ihrer Natur und Bestimmung nach sich zu verwirklichen, das eigene irdische Leben oder die Welt sittlich zu gestalten, dadurch sich ihrer selbst bewußt werden und zu wachsen suchen. Sie wird sonst nicht lebendig und bleiben. So fordert es insbesondere auch das Christentum (S. oben Bd. III. S. 475.) Was wäre z. B. auch die brüderliche Menschenliebe, die sich nie zu äußern strebt? Gerade eben so ist eine bloß innere Freiheit für dieses irdische Leben ein Un Ding. Sie würde ebenfalls nicht wirklich sein und bleiben. Eben deshalb muß weil alle gesunde rechtliche und politische Ordnung wesentlich auf Freiheit und Sittlichkeit beruhet, rächt sich auch die falsche Auffassung dieser Grundlage durch die falschesten Folgesätze im Rechte. So führt die Verleugnung aller wahren wirklichen Freiheiten und Rechte zu der mechanischen und despotischen äußerlichen Zwangsherrschaft zu dem traurigen: oderint dum metuant! Die Annahme dagegen, daß für eine sittliche Weltordnung auf Erden eine bloß innere Freiheit und Sittlichkeit genüge, führt Hugo zu der unglücklichen Theorie, daß man dem Menschen alle äußere Freiheit und ihn zum Sklaven machen dürfe, ohne dadurch die Sittlichkeit zu beeinträchtigen *).

Ein Wesen nun, welches mit jener inneren und äußeren Freiheit das sittliche Gesetz verwirklicht, ist eine Person. Es ist eine wirkliche Persönlichkeit mit sittlicher Würde und Freiheit. Dieselbe verdient, um im Leben und in der Gesellschaft wirksam zu werden und zu bleiben: Achtung. Es muß jenes Wesen selbst seine sittliche Bestimmung, Freiheit und Würde achten und deren Achtung von der Gesellschaft, von welcher seine Lebensverhältnisse abhängen, fordern und erhalten.

Die Selbstachtung oder die eigene Behauptung der freien individuellen Persönlichkeit und Würde bildet die sogenannte innere Ehre. Die von der Gesellschaft freier Mitwesen anerkannte und geachtete sittliche Würde dagegen ist die sogenannte äußere Ehre, welche erst in Verbindung mit der inneren die ganze und wahre Ehre bildet. Ihr Wesen ist verwirklichte und anerkannte freie sittliche Individualität.

*) Weitere Ausführung über Freiheit s. in meinem Systeme Bd. I. 2.
— 286.

Infamie. *Ueber die Infamie des Verbrechens.*

Infamie. *Ueber die Infamie des Verbrechens.*

Infamie. *Ueber die Infamie des Verbrechens.*

Infamie. *Ueber die Infamie des Verbrechens.*

schen Bedingungen für die Annahme und Erkennbarkeit der Ehre eintreten, ohne daß die juristische Anerkennung und Zuthat einer höheren Standesehre Statt fand. Auch kann vielleicht ein Verbrecher sich moralisch gebessert haben, so daß er vom Standpunkte der Moralisten nicht als entehrt erscheint, während er dennoch juristisch die Schande seines Verbrechens trägt.

Die juristische Ehre ist nach dem Bisherigen die rechtlich gesetzliche äußere Achtung oder Anerkennung der inneren Würdigkeit einer rechtlichen Persönlichkeit. Das Recht auf Ehre besteht gerade in dem rechtlichen Anspruche auf die der juristischen Ehre entsprechende äußere Anerkennung und Achtung der inneren Würdigkeit. Es erheischt von einem Jeden einerseits das dieser Anerkennung entsprechende Verhalten gegen die ehrberechtigten Personen, und schließt rechtswidrige injuriirende verächtliche Behandlung aus. Es fordert andererseits auch, daß man diese Achtung bei Anderen nicht rechtswidrig durch Verleumdung zerstöre. Die Ehre ist ein Recht und das erste Personen- und Statusrecht, die Rechtsgrundlage aller übrigen Rechte, die Rechtsfähigkeit *). Denn da alles Recht der eigenen und wechselseitigen Achtung der sittlich rechtlichen Persönlichkeiten beruhet (s. oben Bd. I. S. 9 ff.), so hängt die Möglichkeit aller anderen Rechte von der juristischen Ehre ab, davon, daß sie nicht selbst zerstöre, oder daß man stets das erste Rechtsgut der Römer: juristisch honest zu leben**), daß man seine honestas und dignitas heilig halte, und dann daß auch die Gesellschaft sie achte***).

Injurie im juristischen Sinne ist dagegen jede rechtswidrige Kränkung eines Rechts auf Ehre.

Gänzliche oder theilweise Infamie aber (oder Ehrenverlust, Ehrelosigkeit oder Ehrenstrafe) ist der rechtlich verdiente Verlust des Ehrenrechts.

III. Die drei Hauptgesichtspunkte für die Ehreverhältnisse. Für eine richtige Auffassung und Durchführung der juristischen und politischen Grundsätze über Ehre, Infamie und Injurie sind vorzüglich folgende drei aus dem Bisherigen sich ergebende Hauptgesichtspunkte festzuhalten: zuerst die unzertrennliche Verbindung des Inneren und des Äußeren; sodann die stete Wechselwirkung von Ehre und Recht, von Ehrenminderung und Rechtsminderung; endlich die juristische Form aller Ehreverhältnisse. Diese Hauptgesichtspunkte liegen auch dem römischen, wie dem deutschen Recht

*) L. 5. de extraordinariis cognitionibus.

**) Mein System Bd. I. S. 250. 528.

***) Es ist sonderbar, wenn Kant'sche Juristen, z. B. Feuerbach, den Anspruch auf diese durch den Rechtsvertrag zugesagte Achtung lein nennen, dennoch aber ihre Verletzungen als Rechts-Verletzungen, als Injurien erklären wollen.

und sind also auch der Schlüssel für die römische und die geschichtliche Theorie über diese Materie.

Es ist also für's Erste festzuhalten die stete ungetrennte Verbindung und Wechselwirkung des Inneren und Moralischen mit dem Äußeren. So wie nämlich dem Obigen (s. unter II.) die Sittlichkeit eine innere sittliche Eigenschaft und eine äußere Vermittlichung, entweder im eigenen irdischen Leben in der übrigen Welt, und so wie die Freiheit zugleich innere Fähigkeit und den äußeren Freiheitskreis erfordert, gerade so auch für die Ehre jene innere Achtungswürdigkeit und die äußere Achtung unentbehrlich. Diese zwei Seiten sind so wesentlich verbunden und beide bilden eben so erst in ihrer innigen Verbindung die Wechselwirkung ein wirkliches lebendiges Ganzes der Sittlichkeit, der Ehre, wie für das menschliche Leben selbst Seele und Körper und deren innige Verbindung und Wechselwirkung nothwendig. Nur eine praktisch sehr verderbliche Einseitigkeit gelehrter Abstraktion führt zu einer gänzlichen Losreißung des einen Grundbestandes von dem anderen.

Die ungetrennte Verbindung der inneren Würdigkeit und der äußeren Anerkennung für die Ehre und die des Moralischen und Juristischen erkennen die gebildeten Völker und unsere Gesetze schon durch den Sprachgebrauch in Beziehung auf Ehre und Unehre an. Sie bezeichnen die ganze Ehre bald mit Worten, welche die innere Würdigkeit, bald mit solchen, welche die äußere Anerkennung ausdrücken, und brauchen diese Ausdrücke als gleichbedeutend. Die innere Würdigkeit bezeichnen z. B. die Ausdrücke: *honestas*, *probitas*, *dignitas* und die Benennungen der Personen von ungeminderter Ehre als *decet*, *decetere*, *ehrliebe*, *ehrbare Leute*, als *honesti*, *hominis probatae vitae*. Die Gesetze gebrauchen in gleicher Weise die Ausdrücke *turpitudine*, *personae turpes*, *undechte*, *unredliche*, *unehrliche Leute* für die Ehrlosigkeit. Nur die äußere Anerkennung oder Meinung bezeichnen die Wörter: *existimatio*, *reputatio*, *fama*, oder die Benennungen *unberühmte*, *unberühmte Leute* für die Ehrenhaften, und *berühmte*, *inimici* oder *famosi* für die Ehrlosen. Es weisen auch schon unmittelbar die beiden Hauptwörter für die juristische Ehre auf deren innigen Zusammenhang mit der Sittlichkeit hin; so *honor* durch seinen Zusammenhang mit *honestas*, und Ehre durch den mit Ehrlichkeit und das Wort *echt* (ächt) durch den mit *Ehe*, der heilige Bund, das Heiligtum *). Sehr gut aber vereinigt die geschichtliche Definition der Ehre im römischen Rechte das Innere und das Äußere, ja die Wechselwirkung von Ehre und Recht und selbst die juristische Form. Die römische Theorie über Ehre und Schande (die citirte I. 5) definiert die

* Moratistheorie überhaupt die geschichtlichen Beweise in meinem Systeme I. S. 243.

existimatio — welche sowohl die Achtung und Ehre, wie Rechtsfähigkeit oder rechtliche Persönlichkeit bezeichnet — als *ignitatis illaesae status, legibus ac moribus comprobatus*.

Gerade auch bei genauerer Betrachtung der Ehre und Ehen und vernünftiger Ehrenausszeichnungen oder Ehrenbelohnungen und Ehrenstrafen wird es Jedem klar werden, daß vollends hier jede Trennung des Aeußeren von dem Inneren, des Rechts von der Moral der Gesetze und der freien Volksmeinung verkehrt, ja völlig unrichtig ist. Was wäre eine angebliche Ehre eines Mannes ohne Achtung desselben? Und wie ist Achtung desselben möglich bei anerkannter Unwürdigkeit? Wie ist es möglich, ein sittlich gesundes Mitglied der menschlichen Gesellschaft ohne Streben nach äußerer Anerkennung die Achtung derselben zu denken, ohne Streben nach Anerkennung der Achtung seiner Mitmenschen, mit welchen es lebt, durch welche seine geistige und moralische Bildung erhielt, durch deren Ansichten und Gefühle es der seinigen erst lebendig bewußt und gewiß wird, durch deren Mitwirkung, Zustimmung, Vertrauen, Liebe, Achtung es seine Zwecke und Aufgaben verwirklichen muß? Wer stets wie ein Thier, wie ein thierisches Wesen verachtet und behandelt würde, würde nie zu einem ihn über das Thier erhebenden beseligenden Gefühl gelangen und es nicht behaupten. Deshalb nennt Aristoteles (Eth. I. 3) die Ehre die Glückseligkeit der Würdigen, man sucht, um von ihrer Würdigkeit überzeugt zu werden.

Nach dem Bisherigen ist es also falsch, mit vielen Jansenisten das Wesen der Ehre nur in einer äußeren Meinung der Menschen zu sehen und sie deshalb ein Vorurtheil nennen zu wollen. Sie wäre eine äußere Form ohne inneren Gehalt, ein Körper ohne Seele, wäre wirklich, wie der Dichter Haller singt: „ein geschäftes Thier der eiteln Ehre“. Das leere, falsche Meinen der Menschen, das Verfall eines verkehrten oder niedrig gesinnten Pöbels und die Ausgrenzung eines verdorbenen Hofes für Unwürdigkeiten zu verachten, das gerade die höchste Bewährung der Ehre eines würdigen Mannes ist, das Streben bloß nach den der Eigenliebe schmeichelnden äußeren Anerkennungen, unabhängig von innerer Würde, ist gerade das Laster der Eitelkeit, welches den Stolz der Ehre auf die anerkannte innere Würde für kleinliche selbstliche Genüsse vergiftet und so der Tod der Männertugend wird, wie die Ehre ihre Lebendigkeit verliert. Es leidet also auch die Auffassung der Ehre bei Montesquieu, die sie als ein Vorurtheil und einen eiteln, selbstsüchtigen Ehrgeiz, von wahrer Sittlichkeit, auffaßt, an großer Einseitigkeit **).

Aber es ist nicht minder falsch, wenn viele Moralisten die

*) G. z. B. Thibaut, Pandecten §. 240.

**) L'honneur, c'est le préjugé de chaque personne, de chaque condition. La nature de l'honneur est demander des préférences et des distinctions. De l'esprit des lois III. 6.

das bloß Inneres, als bloße innere Würdigkeit betrachten und ebenfalls in Uebereinstimmung mit jenem „geschätzten Nichts der Ehre“, die achtungsvolle Zustimmung und äußere Anerkennung der werthvollsten Menschen verachten wollen. Dieses wäre aber ohne Noth. Der wahrhaft Tugendhafte strebt, in Gemüths- und geistlichen Gefühle wie seiner Pflichten, in jener Zustimmung Anerkennung für die Würdigkeit seines Handelns sich das volle Bewußtsein derselben zu sichern und in denselben das nöthige Ver-
 mögen die Mittel für weitere segensreiche gesellige Wirkksamkeit zu finden. Gleichgültigkeit gegen diese wahre Ehre ist entweder erheuchelt oder Zeichen eines zerrütteten und gefährlichen Menschen, etwa eines Menschen, wie Rameau's Neffen von Diderot.

Es ist endlich auch falsch, wenn die Juristen die äußere Anerkennung der Würdigkeit, den sogenannten guten Namen, unter der letzteren als natürliche Ehre von der juristischen Ehre ganz trennen wollen. Dabei soll derselbe dennoch in zufälliger Berücksichtigung wieder seine juristische Rolle spielen in der Theorie des Ehrens. So, man macht ihn mit Unrecht sogar zur ausschließlichen Ursache einzelner Arten von Injurie und Infamie, namentlich von Verleumdung und der infamia facti. Die äußere Anerkennung des guten Name rücksichtlich solcher rein moralischen, religiösen und politischen Tugenden und Würdigkeiten aber, welche mit den juristischen nichts zu schaffen haben, und eben so auch die Auslagen, welche auf ihre Segenthail sind juristisch ganz gleichgültig, mithin auch niemals Grundlagen juristischer Injurie, Verleumdung und Infamie. Ganz eben so ist auch ein lediglich auf bloße Anerkennung oder erwiesenen individuellen schwankenden Namen und Gerüchten beruhender guter Name nichts Juristisches. Juristisch erkennbare, bestätigte oder angenommene gute Name aber, die Anerkennung der wahren juristischen Würdigkeit dagegen ist gerade die juristische Ehre selbst. Jede Zerstörung dieser Anerkennung ist eben eine unwürdige Handlungsweise ist die Grundlage aller Injurie, so wie die rechtswidrige Verweigerung oder auch Zerstörung dieser Anerkennung oder ihrer Voraussetzungen die Grundlage der Infamie bildet. Nur müssen, so wie ja bei Allem, was juristisch sein soll, wie z. B. bei dem Besitze und der rechtswidrigen Verweigerung, sofortig steht die näheren juristischen Bedingungen und Umständen in's Auge gefaßt werden.

2. Der zweite Hauptgesichtspunct. Er besteht in der wesentlichen Verbindung und Wechselwirkung von Recht und Recht, mithin auch von Ehren- und Rechtsminderung, so daß die eine sich immer an die andere knüpft. Wo kein Recht, da kein Recht, und wo kein Recht, da keine Ehre. Und umgekehrt, die Ehre gemindert oder gemindert ist, da wird auch das Recht gemindert und gemindert und umgekehrt. Alles Recht beruht so wie der ganze Rechtsverein selbst auf Anerkennung und Ach-

tung der moralischen Würde und Bestimmung und ist deren natürliche Folge. Ohne Selbstachtung einer sittlichen Würde und ohne gegenseitige Achtung derselben ist nur slavische Unterwerfung und politische Knechtung, kein freier friedlicher Verein gleich unantastbar für Männer möglich. Die Menschen selbst werden Sachen für die oder eigennützige Genießer und Herren dieser Sachen. Eben so muß denn aber auch in dem Maße, wie juristisch die Ehre anerkannt wird, auch das Recht und dessen Heiligkeit aufhören. Und es muß jede absichtliche rechtswidrige Geringschätzung oder Verletzung des Rechts einer Person, als der unentbehrlichen Folge der Achtung und Achtung ihrer persönlichen Würde, auch eine Verletzung ihrer Ehre sein. Auch dieses drücken schon die allgemeinen Erklärungen und Sprachgebrauch des Rechts aus. So liegt es in jener Bedeutung der Achtung und Ehre, wie der Rechtsfähigkeit und Persönlichkeit (dasselbe Wort *existimatio* *); so in der römischen Bezeichnung der höchsten Ehre und zugleich des höchsten Rechts durch *majestas*. Definirten sie die Römer als zugleich die höchste Ehre und die Rechtsfülle des Souveräns (*dignitas et amplitudo populi*). Diese *majestas* aber ist für die höchste Persönlichkeit nur ganz dasselbe, was für die der Bürger die *existimatio* ist. Jenes Wechselverhältnis spricht sich ferner aus in der römischen Bezeichnung der Rechtsverletzung und der Ehrbeleidigung durch ein und dasselbe Wort *injuria*. (S. die Rechtsverletzung und Ehrverletzung **). Es spricht sich endlich auch in dem deutschen Rechtsproverbe: rechtlos, ehelos und rechtlos und in dem Worte echelos für Beides. Vollständig bestätigen auch die gesetzlichen Theorien über Ehrbeleidigung und Ehrlosigkeit die erwähnte Grundansicht und sie erhalten dadurch Erklärung. Ganz allgemein und bestimmt spricht sie ausdrücklich die römische Hauptstelle über Ehre und Infamie aus, welche infamie erklärt: gänzliche Ehrlosigkeit trete nur mit gänzlicher Rechtslosigkeit nur mit dem Eintritt der Sklaverei, ein; die verschiedenen Ehrenminderungen dagegen seien verbunden mit den verschiedenen kleineren oder größeren Rechtsminderungen ***).

V. Der dritte Hauptgesichtspunct und die verschiedenen Hauptarten der Ehre nach den Rechtsgründen. Es müssen ferner für's Dritte für alle juristischen Ehrenverhältnisse stets die juristischen Bedingungen und Erkenntnisgründe, überhaupt die juristische Form festgestellt werden, wodurch auf den moralischen und Meinungsgrundlagen Ehre, Schande, Beleidigung erst zur juristischen Ehre, Schande, Beleidigung wird.

*) S. L. 5. de extraord. cognit. und das neue Archiv des Kriminalrechts Bd. IV. S. 115. 116.

**) L. 1. de injuriis.

***) L. 5. de extraordinar. cognitionib. Eine vollständige Darstellung dieser merkwürdigen, bisher so vielfach mißverstandenen Haupttheorie hält mein System Bd. I. S. 244 ff.

Injurie wurden und so gewaltige Rechtswirkungen erhalten.

Daran knüpft sich zunächst die Hauptabtheilung der verschiedenen Arten von Ehre und Ehrenziehung. (Zweiter Hauptfolge unter IX.) Die verschiedenen Arten der juristisch anerkannten Würdigkeit oder Unwürdigkeit hängen natürlich vor Allem von der Verschiedenheit der juristisch anerkannten Rechts- und Pflichtenkreise für die Menschen. Da also, wo gar kein wahrer juristischer Rechts- und Pflichtenkreis Statt findet, wie in despotischen Verhältnissen, da gibt es auch keine wahre Ehre und keine Sünde für sie. In den asiatischen Despotieen kennt man zum Beispiel den Begriff von Ehre nicht. Hier gibt willig selbst der Generalminister seinen Körper entehrenden Mißhandlungen Preis. In der christlichen Welt sind die verschiedenen Stellungen zur Befriedigung der egoistischen sinnlichen Begierden und etwa einer sinnlichen Eitelkeit, nicht aber wahre Ehre und Sünde der verschiedenen Arten sind hier zu Hause. In jedem geschlossenen Rechtsstaate dagegen gibt es im Allgemeinen zwei verschiedene Haupttheile der Pflichten und Rechte, und eben daraus zwei verschiedene Hauptarten der Ehre und Schande, nämlich: die Ehre des allgemeinen Rechtskreises für alle Rechtsbürger, welche rechtliche Persönlichkeiten und anerkannte Mitglieder des allgemeinen Rechtsvereins. Die anerkannte würdige Erfüllung der allgemeinen Pflichten aller Rechtsmitglieder ist also die allgemeine rechtliche oder Menschen- oder auch Privatehre. Sie bezieht sich auf alle Menschen in so fern zu, als sie der Rechtsverein zur Theilnahme am allgemeinen Privatrechtskreise würdig hält, mithin nicht den bloßen, nicht den etwa als gänzlich rechtlos Ausgesessenen. Diese allgemeine Privatehre beruht daher nicht allein auf der menschlichen Natur, wie man gewöhnlich behauptet und auch durch den weitverbreiteten juristischen Namen: allgemeine Menschenehre bezeichnet. Sie fordert vielmehr auch juristische Aufnahme und Anerkennung als eine würdige rechtliche Persönlichkeit im allgemeinen Rechtskreise. Diese wird freilich heut zu Tage in der Regel einem Menschen niemals gänzlich versagt. Aber es ist dieses vorzüglich auch von den Verhältnissen der römischen und deutschen Gesetze wichtig. Je nach verschiedenen allgemein rechtlichen Pflichtenkreisen bestimmter Klassen von Personen, z. B. der Männer, der Frauen, der Studirenden, der Krieger, der Kaufleute, der Gewerbetreibenden, läßt sich nun schon eine verschiedene Gestalt der anerkannten Würdigkeit oder Unwürdigkeit denken, z. B. die des Muths für Männer und Krieger, die der Ehre für Frauen, die des Credits für Kaufleute u. s. w., was natürlich auch für die Beurtheilung der Injurien entscheidend wird. In den politischen Rechtskreise für Alle, welche an dem öffentlichen Staatsbürgerverhältnisse activ Theil nehmen. Die juristisch anerkannte würdige Erfüllung der Pflichten im politischen Rechtskreise bildet die politische Ehre. Diese aber ist ent-

weder die allgemeine politische oder staatsbürgerliche Ehre aller würdigen unbescholtenen activen Staatsbürger, oder die besondere Standesehre. Diese besteht in der anerkannten Würdigkeit in den besonderen Pflichtenkreise der höheren politischen Stände, z. B. der Staatsbeamten, der Landstände und eines etwa constitutionell bestimmten Adels. Von dieser politischen Ehre ist die Ehre des Regenten die sogenannte Majestät oder die Majestätsehre die höchste Stufe.

VI. Fortsetzung. Verschiedenheit der Ehreverhältnisse nach den verschiedenen Verfassungen und Regierungsformen, und die Ehre als Princip des Rechtsstaates und der Monarchie. — In Beziehung auf die allgemeine und besondere politische Ehre begründen die verschiedenen politischen Pflichten, je nach der Verschiedenheit der Verfassungen, der Regierungsformen und der Nationalansichten, verschiedene Würdigkeiten und Unwürdigkeiten, verschiedene Ehre und Schande, so daß, in jener Hinsicht das römische Recht sagen konnte, *magis moribus civitatis quam legibus* (mehr durch die Sitten der Bürger als durch die Gesetze) sorgfältig beachten *). Wahre politische Ehre ist nur in einem politisch freien Staate möglich, natürlich nicht in Despotieen, wo alle Unterthanen Sklaven und Sachen, nicht als selbstständige geachtete Persönlichkeiten sind, wo sogar die Privatsitte fehlt. Die politische Ehre existirt aber auch nicht in Theokratieen, in priesterlichen Regierungen sein sollen; ferner auch nicht in absoluten Monarchieen, Autokratieen und Patrimonialstaaten, wo sie, wenn sie privatrechtlich berechtigt, doch ohne alles politische Gemeinwesen und ohne selbstständige active Theilnahme an demselben, vielmehr nur als Diener eines Patrimonialherren sind, von ihm nach seinem Gutdünken regiert, verkauft, verschenkt, vermacht werden und ihm in allen politischen zu willens- und urtheilslosem Gehorsam blind unterworfen sind. Auch hier ist fast eben so wenig als in der reinen Despotie Ehre und Schande die wahre Lebenskraft des Vereins und der Freiheit, die Befriedigung des sinnlichen Genusses und der sinnlichen Furcht. Hier erhält die sinnliche Eitelkeit und die sinnliche Neugier die Belohnung durch bunte Livree und bunte Boeten und durch, oder durch höhere Bedientengewalt. Wahre Staatsbürger ist hier unmöglich. Und zwar ist hier das höchste Verdienst die beste Huldigung und Unterwerfung unter gute und schlechte Verfügungen und Befehle, nicht die wahre edle und würdige, sondern die hündische Treue und Unterordnung. Deshalb hat Montesquieu trotz jener einseitigen Darstellung von der Ehre, als besterheißende Vorurtheile und sei nur das Princip der Monarchie, doch darin sehr Recht, daß er durchaus nur den Unterthanen einer Monarchie mit festen politischen Institutionen, mit völlig un-

*) L. 44. de injuriis.

Gerichten, selbstständigen Corporationen und mit einer durch sie durch Sitten und Gesetze beschränkten Königsgewalt, im Gegentheil die absolute Patrimonial- oder Cabinetsherrschaft, Ehre zu geben. Eben so richtig sagt er das Wesen der Ehre in der Monarchie, wodurch sie die heilsame rettende Kraft in derselben, vorzüglich in ihre höhere, von der Regierungsgewalt unabhängige Selbstgesetzgebung, in ihre bis zur unerschöpflichen Entschlossenheit Gehorsamsverweigerung entgegengesetzung gegen unwürdigen despotischen Willkür. Es soll hier, wie er sagt, diese Ehre den Fürsten nicht beherrschen. Sie soll so viel wie möglich das constitutionelle und demokratische Parlament ersetzen, den Uebergang der Monarchie in die Willkür- und Zuchtherrschaft des Despotie abwenden und die Verletzung der Fundamentalrechte, der Selbstständigkeit der Corporationen und der Rechte der Bürger durch Cabinetts-Willkür verhindern. Sie soll die Verwandelung der Beamten, Soldaten u. A. in bezahlte, willenlose Herrendiener, Lakaien, Crequens und Missethäter, kurz in eitle Werkzeuge bloßer Willkür gegen die Nation, gegen Recht und Ehre der Nation unmöglich machen. Er bemerkt den gänzlichen Untergang der Monarchie da, wo die Großen des Adels und die Beamten Instrumente solcher königlichen Willkür werden, wo sie glauben, Alles dem Fürsten und nichts dem Volk schuldig zu sein, wenn sie feig und eitel auf die Zeichen der Ehre ihrer Sklaverei werden, wenn überhaupt die monarchischen Staaten der politischen Freiheit Englands sich nicht erhalten, wenn die Macht vielmehr durch Zucht herrscht und über die Ehre und der Sitte steht. Montesquieu's Ehre war solch eine, trotz seiner verkehrten Definition, im Wesentlichen dennoch dem alten germanischen persönlichen Freiheitsgeist und der Freiheit und zugleich aus dem kühnen, durch höhere Ideen des Mittelalters in die späteren Monarchien übergegangene ritterliche Ehre des Adels, der freien Stadtbürger und der höheren Stände. Diese Ehre, welche sich, ihre edleren Grundsätze und ihre Verwirklichung durch selbstständiges Ehrengericht und zuletzt durch den Kampf des Zweikampfes, der absoluten Herrschervillkür, der Erbvererbung und der despotischen Corruption und Feigheit gegen die Ehre oder minder selbstständig erhielt. Und wer kann leugnen, allerdings solche Ehre in den germanischen Monarchien nach der Verwandelung der Feudalstände und vor der Entwicklung der neuen Staatsverfassungen, daß sie z. B. in Frankreich noch das wichtigste und wohlthätigste Element war? Wer kann übersehen, daß sie, wenn auch nicht ein genügender, doch der wichtigste Grund die Enervierungen, Feigheiten, Freilheiten und Verwilderungen des Despotismus bildete, daß sie vor Allem die Annäherung der germanischen Reiche an die orientalischen verhinderte? Wer mag behaupten, daß sie auch jetzt noch, daß sie z. B. in England und in Preußen. VIII.

dem neuen Frankreich noch immer ergänzend neben den *Nichtpostulaten* gegen Corruption und Gemeinheit, gegen das Versinken in Genußsucht schützend wirkt! Montesquieu enthält hier den Schatz von seinen Beobachtungen. Er ist nur einsichtig in der Stellung dieser Ehre. Er faßt hier ihr tieferes allgemeineres, natürliches Wesen nicht auf. Die Ehre rettet und behauptet auch in der schlimmsten Zeit Männermuth, sittliche Selbstachtung und Selbstherrschung. Sie rettet und behauptet in ihrer Selbstgesetzgebung ihre als Widerschein der sittlichen Freiheit heiliger ist, als die zwungene Regierungsgesetz, die Freiheit und die Sitten. Gerade nur jenes edlere Wesen der germanischen Ehre war es, mit so wirkte, welches der Herabwürdigung durch Willkürbefehl und Veracht des Despotismus und der sklavischen Unterwerfung durch Gewalt entgegenstand und fortbauend in allen freien Staaten entgegen stehen soll, welches nur im Mittelalter und in den aus hervorgegangenen Monarchien eigenthümliche Formen annahm. Bei jener hartnäckig behaupteten Selbstgesetzgebung konnte im Einzelnen freilich auch wohl diese Ehre, bald mit Recht, bald mit Unrecht, als eigensinnig und als durch Vorurtheil bestimmt angesehen werden. Aber es ist fast unbegreiflich, wie Montesquieu die ganz andern ihren Erscheinungen und Wirkungen so hohe Ehre als bloßes Vorurtheil, als bloße Caprice bezeichnet und als getrennt von der sittlichen Tugend und von der patriotischen Gesinnung für ein völkisch-ländliches Gemeinwesen, ja als derselben entgegengesetzt, so bezeichnet, die vertu, nur in Republiken, die Ehre dagegen nur in Monarchien herrschen und nöthig sein sollte*). Wer, der eine That in die alten Republiken Griechenlands und Roms in ihren besten Zeiten, mag es wohl leugnen, daß auch hier Ehre die mächtigste Triebfeder großer patriotischer Bestrebungen und Thaten war, welche solche durch die Gesetzgebungen behandelt und benutzt, durch Belohnungen und durch gesetzliche Ehrbelohnungen und Ehrenstrafen aller Art gestärkt und erhalten wurde? Und wer kann es anderseits leugnen, daß mit den edelsten Richtungen, Bestrebungen und Aufopferungen für die Ehre in den Monarchien, daß mit jenen von Montesquieu vorgehobenen Gehorsamsverweigerungen ehrenwerther Magistrate, Generale gegen ehr- und rechtlose Machtbefehle, z. B. gegen die Ermordung der Hugenoten, auch wahre Tugend und eine tugendhafte Bürgergesinnung für das Vaterland, für die Mitbürger, für die Welt selbst verbunden waren? Wer endlich möchte heut zu Tage leugnen, daß die alte französische, wie die alte spanische Monarchie durch Mangel an Tugend kafflos wurden? Sie sanken, als jene wahre sittliche Ehre erstarb, die Montesquieu in ihren

*) Die Hauptstellen über alle jene obigen Ansichten von Montesquieu über die Ehre in seinem *Esprit des lois* III. 5 — 10; IV. 2; VIII. 11; VI. 5; XI. 7.

gen schildert, als nur jene falsche der bloßen Vorurtheile und rein selbstsüchtigen Vorzüge, die er definirt, übrig blieb. So wenig nützlich die Ehre, aber die wahre tugendhafte Ehre oder die erst zunächst als Achtung der eigenen und fremden persönlichen Würde und des auf diese Achtung gegründeten Rechts und Staatsvereines, die Lebenskraft jedes freien, jedes freien Staates, des monarchischen, wie des republikanischen, so wie feine selbstsüchtige Sinnlichkeit das Prinzip der Despotie und blinder Glaube das der Theokratie. Wo die wahre Freiheit und Recht bestanden, da lebte als ihre Ehre die Ehre. Ein Bürger, welcher keine Ehre und kein Gefühl der Ehre hat, wird Andere nicht achten, nicht von ihnen geachtet werden und diese Achtung, sein und seines Volkes Recht, nicht muthwillig auf Leben und Tod fordern und vertheidigen. Die ganze Grundidee des Rechts, wechselseitige Achtung und Zutrauen auf die moralische Würde, ist unzertrennlich von der Ehre der Bürger, ist unzertrennlich (*). Die wahre Aufgabe des Politikers ist es also, nicht, Montesquieu, die dunkeln und einseitigen Vorstellungen und Ansichten der Ehre zu nähren und Ehre und Tugend zu zerreißen; sondern es ist die unzertrennliche Verbindung von tugendhafter Würde und Ehre für die republicanische und monarchische Regierungen zu erhalten, so bloße Vorurtheile der Ehre zerstreuen und die wahre Ehre grundfeste und ihr Ziel in's helle Licht stellen. Es soll dabei die Achtung und freie Meinung achten und die verschiedenen Modifikationen der Volks- und Regierungs- und Standesverhältnisse, ihre Aufgaben, ihrer Pflichtenkreise und der Nationalüberzeugungen, die dadurch entstehenden Modificationen von Ehre und Schande, die Beziehungen, Ehrerbietigungen und Ehrentziehungen berücksichtigen. (E. feilich VII u. VIII).

11. Fortsetzung. Verschiedenheit der Ehre bei den
und bei den germanischen Völkern und der Zwe-
ten bei den letztern. — Schon im Allgemeinen stellt sich ein
Unterschied zwischen den heidnischen alten Völkern und zwischen
heidnischen germanischen heraus. Bei Griechen und Römern stand
bürgerliche Bürgerthum, die bürgerliche Meinung, Zu-

Staves und die eben (unt. II — V) nachgewiesene ungetrenntliche Verbin-
dung der Mithras mit der Ehre, wie sie auch unseren Gesetzen zu Grunde liegt,
ergibt sich die Aiten an. Hesiod. oper. et dies V. 192. Plato Protogor. 322.
323. 324. E. Plutarch, ad inderudit. princip. p. 781. B. Theaues S. C.
auch da, wo man einmal das Unrecht der Sklaverei wollte und
sich nicht mehr, eine unvermeidliche Konsequenz aus jener Ehrennatur
des Sklaven nicht blos mit allem Recht auch alle Persönlichkeit
haben auch mit Aristoteles (Polit. I. 1. §.) jede Fähigkeit für
den Staat zu behaupten. Die Aiten erklärten daher die rechtlosen,
den Sklaven Paria's, die gar nicht wie die übrigen Kasten
im politischen Leben des Brahma abstimmen, als unfähig, auch nur durch
ihre Tugendsfähigkeit, Ehre und Recht zu erwerben. Menu VIII. 414.

gend und Ehre und jede gute oder schlechte republicanische Stimmenmehrheit oder herrschende Tagesmeinung meist über der unsterblichen Menschenwürde und der selbstständigen persönlichen Ueberzeugung von Sittlichkeit und Ehre. Bei christlich germanischen Völkern bekamen die letzteren die Vortragsweise und mit Recht. Das Alterthum forderte daher selbst als Ehrentitel stets eine republicanische Entscheidung und Regierung. Nur durch die unmittelbare republicanische Theilnahme an jener zu ablehnen, die Regierung glaubten die Einzelnen Freiheit und Ehre zu retten. In dieser Regierung im Streite, aber von ihr unabhängig, konnte sich auch wo sie unsittlich und unwürdig war, fast keine persönliche Geltend machen. Sie blieb das höchste Ehrengericht. Wo aber die Zeiten und die Volksmeinung schlecht wurden, oder wo unter monarchischer Gewalt die Volksentscheidung verstummte, da starb auch mehr und mehr alle wahre Ehre, und Alles ergab sich in dem sinkenden Rom, rettungslos dem Schlechten. Bei den christlich germanischen Völkern dagegen konnte, als selbst unter höherem Befehl von Recht und Ehre stehend, auch die monarchische Regierung rechtlich möglich und ehrenvoll werden. Aber es galt nun auch und auch gegenüber einer republicanischen Herrschaft des Schlechten, galt, gegenüber von unwürdigem Regierungsbefehle, die selbstständige persönliche Ehre und sittliche Ueberzeugung, die feierliche Berufung auf sie und ihr Recht. Und hierzu erhielt sich auch — in Ermangelung einer besseren — die unabhängige Institution und Entscheidung des Kampfes. Hier nämlich ist die Lösung des Räthfels, daß in mehr als tausend Jahren die kirchliche und weltliche und philosophische Macht in der ganzen gebildeten Welt so vergeblich den Zweikampf kämpften.

Denselben zu vertheidigen oder auch die Entwicklung der Mittel zu ersetzen oder zu vermindern, kann hier unsere Absicht nicht sein. Gewiß aber ist auch für seine Verminderung eine blinde, leidenschaftliche Verdammung nicht die rechte Vorbereitung. Vielmehr besteht die letztere in der Erkenntniß dessen, was selbst, trotz Kirchendamm und Galgen und den moralistischen Verdammungsurtheilen, in der gesitteten Welt denselben festhielt, also ihn doch wohl theilweise als Bedürfniß oder wenigstens als unvermeidliches und geringeres Uebel anerkennen ließ, so daß ihn fast überall noch so viele der ersten Staatsmänner, Minister, Parlamentsmitglieder, so viele Adelige, Officiere, Ehrende für ihre Person nicht ausschlagen, ja daß selbst Männer, wie Justus Möser, ihn unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich vertheidigen *), daß endlich, während das ganze gemeine deutsche, französische und englische Recht keine Strafbestimmung gegen denselben enthält **), während nirgends die Nachtheile seiner Verweigerung

*) Patriotische Phantasieen Bd. 4. Nr. 35.

**) Heidelberger Jahrbücher 1818. Nr. 61.

find, ihn viele Landesgesetze und Gerichte wenigstens als verglei-
chungsweise geringeres Uebel in Schutz nehmen. Dieses ist zum Bei-
spiel wohl der Fall, wenn akademische Gesetze die kleinste Rea-
tion mit Verbannung, und Duelle mit wenigen Wochen der leich-
ten Gefängnißstrafen, wenn fast überall die Gerichte Duelle, zumal
solche, in einer Weise unverfolgt lassen, wie gar kein anderes Ver-

Jene Erklärung nun liegt darin: man bedurfte eine vom Regie-
rungs- unabhängige, nach Montesquieu's Ausführung eine
unabhängigen Regierungsbefehle Trotz bietende Ehre und Ehrengese-
tzgebung. Da aber kein Gesetz seine selbstständige Herrschaft behauptet
ohne entsprechende Institutionen und Entscheidungen zu seiner Rea-
tion, so bedurfte man sie auch für die höhere politische Ehre der
Nation oder ihrer besonderen Stände, für ihre selbstständige Ehrengese-
tzgebung. Man bedurfte sie für die Ausbildung des persönlichen Muths
und des lebendigen Bewußtseins der Todesverachtung in Erfüllung
Ehrengesetze, vor Allem zur selbstständigen Entscheidung der Strei-
ten über ihre Verletzungen und zur Durchführung dieser Entschei-

Man hielt man sich bisher — in Ermangelung besserer Mit-
tel, was, freilich in unvollkommener Gestalt, die Zwei-
kämpfe, so wie die mit ihnen in unzertrennlicher Ver-
bindung stehende selbstständige Ehrengesetzgebung, der Ehrencommen-
tation der Stände, ferner die Kampfsübungen als Vorbereitung für
den, die von den Standesgenossen in Ehrensachen förmlicher oder
unförmlicher gehandhabten Ehren- oder Vermittelungsgerichte, ihre Ver-
letzungen der von gemeiner Gewalt ausgehenden Beschimpfungen und
Beleidigungen, und endlich ihre Verurtheilungen oder Auslosun-
gen der Stände aus der Gesellschaft unbescholtener Standesgenossen.
Unendlich blieben die Wirkungen — so wie ja, aber leider! auch
in anderen Erziehungs-, Gerichts- und Verfassungseinrichtung
so unvollkommen. Und gewiß bewährten Manche, ohne durch
Verurtheilung zu Duellen und die Kampfsübungen für sie ihre Todes-
verachtung für die Ehre, ihren Muth und ihre Männlichkeit auszubil-
den, doch eine Verweigerung eines Zweikampfes größeren sittlichen
Werth, als viele Duellanten im Duell. Im Durchschnitte aber
zeigte die Duell Einrichtung doch wohl jene guten Wirkungen zeigen.
Denn sie sich sonst gegen jene unermessliche Gewalt des
Zweikampfes — wie hätte sie sich bei dieser als ein absolut un-
erträgliches Institut gegen die gesunde Vernunft des aufgeklärtesten
Volkes erhalten können? Auch hier also gaben wohl unseres Va-
ters frühere Zustände, sein Fehderecht, seine Blutrache, seine Got-
tertheile und gerichtlichen Zweikämpfe, seine Waffenspiele, sodann das
Wettrennen und dessen Turniere mit ihren Ehrengesetzen, so wie endlich
solche Duelle einem wesentlichen Elemente des freien
männlichen Lebens nur besondere Formen. Bloße For-

men mögen schwinden! Das Wesen selbst aber, die selbstständige persönliche Ehre und Ehrengesetzgebung und Ausbildung muthiger männlicher aufopfernder Gesinnung und Tüchtigkeit für sie, diese müssen erhalten werden. Kurz, den Zusammenhang jener Erscheinungen mit den schönsten Tugenden sowohl des Charakters der germanischen Völker, nämlich dem persönlichen Ehrgefühl und Freiheitsfinne, als ihrer Verfassung — nämlich der Vereinigung der höchsten sittlichen Ideen und der persönlichen Ueberzeugungen über sie mit dem Bürgerthume, so mit der Vereinigung der Monarchie mit Freiheit und Ehre und mit dem Edele gegen die Erniedrigung der Despotie — dieses muß man in's Auge fassen, um die Aufgaben der Gesetzgebung über die Ehrverhältnisse richtig zu würdigen. Dieses vor Allem muß man beachten, um auch hinsichtlich der Verminderung und Unschädlichmachung der Duelle die Aufgaben gesetzgeberischer Weisheit glücklich zu lösen. Man muß überdies um gegen die Duelle keine blinden, keine der Wahrheit und der Ueberzeugung seiner Anhänger widersprechenden, also unwirksamen Gesetze zu machen, überall das Wahre von dem Falschen scheiden. Das wahrlich gerade in der Behauptung der Duelle, in diesem Jahrhunderte alten Troste gegen kirchliche und weltliche Gewalt, in dieser Verkörperung des doppelten und dreifachen Todes im Kampfe, durch's Gericht und den Kirchenbann, hat die Ehrengesetzgebung dermaßen ihre übernatürliche Gewalt behauptet, daß hier sicher nur die moralische Wahrheit reiner Wahrheit den Sieg hoffen läßt.

Nun ist es aber z. B. offenbar unrichtig und eben deshalb auch unwirksam, wenn man, wie Feuerbach, oder wie in Frankreich nämlich Dupin, den Zweikampf an sich und jede Tödtung in demselben unter die juristischen Gesichtspuncte gewöhnlicher Selbsthülfe, Gemüthlichkeit und sogar eines rachsüchtigen oder eines unsinnigen Mordes stellen will. Wohl können, je nach den Umständen, einzelne Duellanten unter diese Gesichtspuncte fallen. Sie können selbst für einen Mordmittel oder Veranlassung sein, und dann muß die volle Strafe dieser Verbrechen eintreten. Oft aber paßt dieser Gesichtspunct juristisch nicht aus. Es muß daher zur Bestrafung durch besondere Strafgesetze ein politisches oder Polizeiverbrechen des Duells erst geschaffen oder begründet werden, wobei denn alle obigen und überhaupt alle für die polizeiliche Strafgesetze geltenden eigenthümlichen Gesichtspuncte in Betracht kommen. Man denke sich zum Beispiele — um hier nur unbefangenen zu urtheilen — ein Duellant, den man nach jenen juristischen Gesichtspuncten als Verbrecher vor Gericht stellte, wollte man über diesen juristischen und den zum Theil besser begründeten, aber hier als bekannt vorauszusetzenden moralischen Gesichtspuncten gegen das Duell etwa Folgendes erwidern: „Ich habe weder einen Gegner getödtet, noch hatte ich eine Absicht, ihn zu tödten. Ich hatte diese so wenig, daß ich im Gegentheile lieber selbst eine Wunde erhalten, als ihn etwa tödtlich verwunden wollte. Ja schon ein

schwere Verwundung desselben hätte ich als ein großes Unglück mich angesehen. Auch wählten wir eine Art des Zweikampfes, die keine Tödtung, ja in hundert Fällen kaum einmal schwere Verwundungen erzeugt. Ich suchte absichtlich die letztere und selbst mit Gefahr zu vermeiden. Wäre sie eingetreten, so wäre sie nicht gewesen. Ich habe sie aber wirklich vermieden. Hier also vom Tode und Todtschläge zu reden, ist juristischer Unsinn. Nachsichtlich ist auch nicht. Ich beabsichtigte und erwartete sogar keine Verwundung meines Gegners. Ich war der Beleidigte; auch war mein Gegner überlegen in den Waffen, daß nur ich eine Wunde für mich vermeiden konnte. Ich und mein Gegner, wir hatten lediglich die Ehre, in einem Ehrenhandel, der sich auf gütlichem Wege nicht lösen wollte ausleiden lassen, durch den Beweis persönlichen Muthes und muthiger Aufopferung für die Ehre zu zeigen, daß die Ehre letztere höher als Alles steht, daß wir also keine Niederlagen sind, keine Beschimpfung und keine Verachtung unser Standesgenossen verdienen und dulden. Wir wollten selbsterhalten unsere Augen unsere Ehre bewahren und selbst unter uns Beleidigten eine glatte Aussöhnung herbeiführen, als ein Injurienproceß mit seinen neuen und oft jahrelangen Kränkungen und seinen einem Looslosen ungewissen unsicheren Entscheidungen geben könnte. Für diesen Zweck war die eigene oder die fremde Verwundung gar nicht wesentlich und auch nicht entscheidend. Diesen Zweck haben wir auch wirklich erreicht, während ein Injurienproceß unsere Ehre — die Achtung des Standesgenossen, die Grundbedingung freundlichen Verkehrs zwischen und unseres Lebensglückes — vielleicht nicht sicher gestellt hätte. In dieser wenigstens an sich weder unsinnigen, noch schändlichen Weise, in welcher Jahrhunderte lang selbst Männer, wie Pitt und Wellington und Peel sich duellirten, handelten wir. Sollte dennoch ein Philosoph dieses Mittel, unsere Ehre zu erhalten, als nach seiner Beurtheilung zweckwidrig bezeichnen — wir müssen wir sagen, uns kam es auf unsere Ehrenrettung in dem Augenblicke an. Das Verbrechen der Gewaltthatigkeit aber begingen wir ebenfalls nicht, weil Alles nach freier und freier Verabredung und Einwilligung vorgenommen und durchgeführt wurde, Gewaltthatigkeit aber nur gegen den Willen des Verletzten möglich ist. Der natürliche und römisch-rechtliche Grundsatz, daß die Einwilligung des Verletzten die Verletzung aufhebt (volenti non fit iniuria) da, wo nicht Niedertrachtigkeit die Einwilligung abso- lut ausschließt, wird von den Römern selbst zur Aufhebung jeder Unthatigkeit und jedes Schadenersatzes angewendet, sobald in eh- renhaften Kampfübungen Einer der Theilnehmer getödtet oder verwundet wird. Die römischen Juristen gehen hier ganz von den Grund-

1. 7. §. 4. ad Leg. Aquil. 1. 3. de bonis eorum. 1. 9. §. 7. de
1. 31. §. 3. de his qui aut. u. vergl. auch die penal. Gerichtsordnung

säßen Platon's aus, der in seinen Gesetzen absichtlich gefährliche Spiele der Jünglinge anordnete, „in welchen von Zeit zu Zeit einer das Leben verlieren sollte, damit Alle sich Muth und bewußter Todesverachtung üben und das Gemeine erheben lernten.“ Selbst das trodene römische Pandektengesetz nimmt solcher Weise ausdrücklich lebensgefährliche Kämpfe um der Ehre willen (*gloriae causa*) und zur Ausbildung von Muth und Männlichkeit auch bei tödtlicher Verwundung als völlig los, ja selbst gegen die Pflicht vom Schadenersatz in Schutz. Da wir aber noch mit dem besonderen Zwecke der ehrenvollen Ausübung einer Ehrbeleidigung kämpfen, sollte uns dieses zum Nachtheile gereichen? — Was man nun auch hierüber und über die Immoralität und Unchristlichkeit wenigstens gewiß von vielen Duellen denken mag, so fällt doch jedenfalls mit dem juristischen Begriffe der Gewaltthätigkeit gegen den durchaus einwilligenden Mitkämpfer auch der Begriff christlich strafbarer Selbsthülfe hinweg. Denn auch dazu wird Gewaltthätigkeit gegen den Willen des Gegners vorausgesetzt. Gegen die Richtergewalt aber begründet die Verabredung zum Kampfe an sich noch eben so wenig eine Rechtsverletzung, als wenn man denselben durch Verabredung eines Schiedsgerichtes oder einer Loosentscheidung vom Streit entzieht, wenn man diesen endigt, ohne das Gericht damit zu behelligen. Auch das Gefährliche des Unternehmens für die betheiligten Einwilligenden macht das Unternehmen an sich noch nicht zum Verbrechen. Es sterben ja viel mehr Menschen durch freiwillig unternommenes, oft auch verabredetes gefährliches, und dennoch criminalrechtlich nicht bestrafes Tanzen, Schwimmen, Fahren, Reiten, Jagd, Trinken und Lieben als durch Duelle. Sie sterben oftmals in Unvernünftigkeiten, die viel weniger vernünftig, sittlich und für die Ausbildung von Ehre und Männlichkeit förderlich sind. Ja, die Folgen des Streithandelns, mit Ausschluß der Duelle, und selbst die Kränkungen der Injurienprocesse tödten oder beschädigen vielleicht mehr Menschen als die Duelle. Wollends wenn statt ihrer in Gesellschaften frugaler nicht durch strenge Selbstbeherrschung und Unterordnung unter Familien- und andere Rücksichten zurückgehaltener Menschen Beleidigungen in der ersten Leidenschaft durch Schimpfen und persönliche Gewaltthatigkeiten ganzer Partelen ausgemacht werden, dann sind, abgesehen von den Gemeinheiten, ungleich mehr, oft selbst verborgen bleibende Verletzungen zu besorgen. Diese werden ausgeschlossen durch den Platon, der nach der ersten Beleidigung alles Weitere der Besprechung mit Genossen in der abgefühlten Stimmung des folgenden Tages, über-

§. 135. Das erste Gesetz sagt: Si quis in colluctatione vel in puerilio pugilis, dum inter se exercentur, alius alium occiderit, si quidem in publico certamine, cessat Aquilia, quia gloriae causa et virtutis, in injuriae gratia videtur damnum datum. Hoc autem in servo non procedit, quoniam ingenui solent certare. In filio familiae vulnerato procedit.

versuche ebri im schlimmsten Falle einem genau geordneten und
 eben solchen Kampfe mit gleichen Waffen vorbehält. Fallen doch
 auch dem englischen gemeinen Volke, wo bei entstehendem Streite,
 die allgemeine Prügelei und gefährlicherer oder hinterlisti-
 ger, die beiden Gegner ihre Sache durch das Duell eines ge-
 wöhnlichen Würfelspiels ausmachen, bei Weitem nicht so viel ge-
 fährliche Verletzungen und Tödtungen vor, als bei uns in
 der Provinz. Uebrigens lieben die Briten, ähnlich wie die Alten, noch
 die gefährlichen Spiele und Wettkämpfe zu Wasser und zu Lande,
 und selbst neue ein, wie ihre Kirchspielskinder. In Deutschland
 ist keine Duell vielleicht jede Uebung im Waffenkampfe — so heil-
 sam die Gesundheit selbst, wie für Männlichkeit, Muth und Ehr-
 geiz — gänzlich aufgegeben! In Frankreich aber hörte man unlängst
 von den Revolutionen, weicher, so wie Blücher, den siebenjährigen Krieg
 die Revolutionen mitleidig, behaupten, daß die Franzosen
 die Anwendung der Prügeelstrafe und der Einführung der Duellie auch
 dem gemeinen Soldaten an Ehrgefühl und persönlicher Tapferkeit
 nicht abzunehmen hätten.

Bei nach Erwägung aller dieser und ähnlicher Gesichtspunkte wird
 die Anwendung der Zweikämpfe, die schon an sich vielleicht eben so
 sehr ausrottbar sind, als andere noch viel gefährlichere und
 schwerer zu beseitigen, zu verringern, so wie überhaupt und insbesondere auch
 die Bekämpfung der Pistolenduelle unschädlicher zu machen suchen.
 Aber vor Allem ihre guten Wirkungen und ihre Befriedi-
 gung der sonst nicht genügend berücksichtigten Bedürfnisse zweckmäßig
 zu benutzen. Sie wird sie vielleicht auch theilweise und in Ver-
 bindung mit Ehrengerichten als noch unentbehrliches Mittel und ver-
 möglichen, geringeres Uebel für's Gute benutzen können. Jedenfalls
 aber wie bei allen bedeutenden, mit den vielfachsten und tiefsten
 Interessen verflochtenen Sitten und Instituten, die Wirkun-
 gen im Ganzen und Allgemeinen, nicht bloß bei Ein-
 zelnen und in einzelnen Unglücksfällen, prüfen und Vortheile und Nach-
 theile des Vermeidlichen und Unvermeidlichen gegen einander abwägen.
 Aber darf sie auch nur einen Augenblick vergessen, daß die
 Strafe einer selbstständigen persönlichen Ehre und
 der Vergebung und einer männlichen muthvollen
 und Tüchtigkeit zu ihrer Vertheidigung
 die herrlichsten Seiten unserer ganzen neueren
 und zugleich die kräftigste Schutzwehr nicht etwa bloß,
 gegen die Despotie, gegen monarchische, sondern auch gegen ver-
 worfene Despotie und gegen die schwachvolle Herrschaft des Ma-
 joritäts und der Gemeinheit. Selbst in Zeiten der Versunkenheit
 der Menschheit, wie einst in der napoleonischen, bleibt sie noch der
 Hoffnung und Rettung, die stärkste Lebenskraft zur Wieder-
 erlangung der sittlichen Gesundheit. Bestrafte man also, vermindere
 man die Duellie. Verfolge man besonders die mehr als nöthig, die

ungewöhnlich gefährlichen, die muthwillig herbeigeföhreten, Nöthigungen zu denselben, vor Allem jede treulose Verletzung ihrer verabredeten Ehrengesetze! Sie aber ohne genügenden Ersatz ihrer guten Wirkungen auf Leben und Tod bekämpfen zu wollen, dieses verräth sicher eine große Seichtigkeit der Auffassung unserer Cultur. Wo es vollends je dahin kommen sollte, daß die monarchische Regierungswillkür, daß höfische Gunst oder Pöbelgewalt die einzige und letzte Quelle und Richterin der Ehre wäre — daß die Vornehmen, statt selbstständiger freier, frei gehandhabter Ehrengesetze, die Aussprüche der Macht als höchste Norm verehrten, daß nicht das Gefühl und die Sprache der Ehre sich frei und kräftig erheben gegen jede Unwürdigkeit und Niederträchtigkeit der Macht — da wäre die wahre Ehre erstorben, die Monarchie wie die Fackel vernichtet und unsere Cultur zu Grabe getragen! —

VIII. Fortsetzung. Unterschied der Ehre in der Monarchie und in dem Freistaate. — Auch in Beziehung auf monarchischen und republicanischen Verhältnisse wird allerdings eine verschiedene Modification der Pflichten, mithin auch der Ehre sich zeigen. In der Monarchie kann und soll aufopfernde Treue gegen den Fürsten als ein wesentlicher Bestandtheil der Pflicht, mithin auch der Ehre anerkannt werden, jedoch natürlich keine servile und jene Selbstständigkeit der Ehrengesetzgebung verleugnende, weil diese mit der Freiheit der Ehre und die Monarchie selbst vernichtet.

Auch verträgt die Monarchie viel mehr, als der auf Mäßigkeit und Gleichheit angewiesene, der durch Eifersucht und Neid, durch große Ehrbelohnungen selbst leicht gefährdete Freistaat, eine Stufenreihe von Ehrenausszeichnungen. Auch solche sind hier zulässig, welche bleibend äußerlich die Person auszeichnen, wie der Adel, der durch den, obgleich letztere häufig mehr die Eitelkeit, als edles stolzes Gefühl nähren. Fast Alles, was in den Ausführungen, z. B. von Montesquieu, von Friedrich Schlegel, über die Wohlthätigkeit und Unentbehrlichkeit des Adels für die Monarchie Wahres enthalten bezieht sich darauf, daß ein Adel, wenn er das ist, was er über sein sollte, durch Ursprung, durch Lebensverhältnisse und durch einen Standesgeist vorzugsweise veranlaßt ist, die Herrschaft wahrer selbstständiger Ehrengesetze mit möglichster Sorgfalt zu bewachen. Wo das nicht ist, wo er höfisch, eitel und servil wird, da hat er seinen Werth selbst aufgegeben. Je freier und gebildeter aber eine Nation wird, je mehr werden die Beamten, die Gebildeten, werden alle Staatsbürger, wenn auch in verschiedenen Formen, sich jener Aufgabe des Adels anschließen.

In Beziehung auf das Grundprincip, welches für alle Republiken, also für Monarchien wie Republiken, in Beziehung auf Ehre besteht (s. unter VI.), wird nur folgende Bemerkung denheit durch die Eigenthümlichkeiten der Regierungsformen bedingt. Jene selbstständige hohe Ehre und Ehrengesetzgebung ist in der

zumal der erblichen, noch weit unentbehrlicher als im Freistaate. Der größte ist nämlich der Einfluß der Regierungsgewalt, und mithin ist sie am schlechtesten, ihr schlechter Einfluß auf Freiheit und Sittlichkeit der Regierten weit stärker und bleibender als in Republiken, in denen die Regierten viel schneller und leichter ihren Einfluß geltend machen können und viel weniger in Gefahr kommen, fern abhängig zu bleiben. Kann doch in der Monarchie auch noch die Tugend der Bescheidenheit den Vorwand zu verderblichem Servilismus abgeben! Für's Erste beweist die Republik weit lebendiger die Tugend des Gemeingeistes, als die allgemeine patriotische Energie der Bürger. Die Kraft für die der Tugend wird hier nicht durch die Tugend der Aereu gesichert — wenn auch nur scheinbare, doch lähmende — Collisionen getrieben. In der Monarchie muß also auch deshalb die Tugend in der That der Ehre stärker für das Gute wirken. Sie muß insbesondere die Tugend selbst und die Großen auf dem Wege des Rechts erhalten. Die Tugend verminderten Gefahr großer Ehrenausszeichnung kann auch die Tugend durch Ehre stärker die Wirksamkeit Aller an den Mitteln des Gemeinwohles knüpfen. So aufgefaßt, liegt auch hier wieder die Wahrheit mit Irrthum vermischte und verkannte Wahrheit in dem Satze: Die Werke vom Geiste der Gesetze. Für die Regierungsgewalt in der Monarchie soll also allerdings die Tugend vorzugsweise als Tugend gelten, für die der Aristokratie als Mäßigkeit, für die der Demokratie als Liebe zum gleichen Rechte und Wohle Aller.

Rechtssetzung. Die rechtlichen Bedingungen der Erhaltung von Ehre und Schande und die politische Gerechtigkeit einer strengen gerechten Zuthellung derselben. Die Hauptfolge der juristischen Form und Natur der Ehre ist diese Gerechtigkeit in Beziehung auf ihre Anerkennung. Es ist zunächst eine allgemeine juristische Erkennbarkeit und Bestimmtheit für die Würdigkeit und Unwürdigkeit und ihre Anerkennung. Es sind juristische Bedingungen und Organe für diese Anerkennung. Was nun hier die innere Würdigkeit selbst betrifft, so wird dieselbe äußerlich niemals vollständig erkannt werden. Und je mehr bedarf der freie gute Name, weil er sich meist zu langsam und nicht einmüthig, eine juristische Ergänzung. Deshalb beruht der Grund der für die Ehre nothwendigen positiven inneren Würdigkeit in dem einmal juristisch anerkannten Pflichten- und Ehrenkreise der juristischen Präsumtion oder Vorausannahme. Nach dem Grunde des Treuen und Glauben oder nach der bona fides, als der legalen Grundlage des ganzen rechtlichen Friedens (s. „Fälschung“), wird deshalb sobald Jemand in einen bestimmten Rechtskreis aufgenommen, die fortwährende innere Würdigkeit desselben von der ganzen Gemeinschaft nothwendig so lange juristisch angenommen und geachtet, bis juristisch erwiesene, juristisch inhoneste Handlungen desselben die Annahme aufgegeben wurde. (Quilibet praesumitur bonus et bonus donec probetur contrarium.) In Beziehung auf die erste

Anerkennung der Würdigkeit und die Zuerkennung damit verbundenen Ehre, so wie in Beziehung auf die Beurtheilung der Beweise der unwürdigkeit und der Zuerkennung der Ehrenminderung, worüber die augenblickliche Meinung ebenfalls irren und unsicher sein könnte *), müssen gesetzlich bestimmte Bedingungen, Formen und zweckmäßige Organe des politischen Vereins dessen Ueberzeugung begründen. Vor Allem aber der Verlust der Ehrenrechte nur möglich bei rechtlich erwiesener unwürdigkeit. Und wer sollte ein solches Urtheil, zugleich sich gründend einerseits auf die *t h a t s ä c h l i c h e* innere moralische Unwürdigkeit und die entsprechende Anerkennung und anderseits auf den Eintritt in gesetzliche Bedingungen und Formen — besser, beruhigter, überzeugender aussprechen können — als in Verbindung mit einem juristischen Staatsgericht und seiner Controle — ein Schwurgericht aus Standesgenossen **)?

Unter solchen juristischen Bedingungen nun soll sich überall in der wahren und in der freien öffentlichen Meinung anerkannten Würdigkeit die entsprechende juristische Ehre, Ehrenerhöhung oder Ehrenlohnung und Rechtsmehrung verbinden, mit der Unwürdigkeit dagegen die entsprechende Ehren- und Rechtsminderung. Das ganze gesellschaftliche Rechtsverhältniß, selbst getragen durch die sittliche Würde und wechselseitige Achtung, soll ihr lebendiger Spiegel sein und ihnen stets die angemessene Lebenskraft ertheilen. Es muß also eine gute Verwaltung, welche die höheren Lebenskräfte in ihrer natürlichen Harmonie und gesunden kräftigen Hinwirkung auf die Zwecke des Staatslebens erhalten will, bei belohnender Zuthellung und strafender Minderung von Ehren und Rechten, wie bei Beurtheilung der Ehrentugenden und ihrer Genugthuung als treuer Repräsentant der wahren öffentlichen Meinung der Nation und der Vereine handeln. Sie soll dieselbe in jedem besonderen Falle stets an den höheren Grundsätzen und den rechtlichen Bedingungen verknüpfen. Es ist zugleich die wichtigste Forderung der Gerechtigkeit und der Politik, daß in solcher Weise möglichst alle Zuerkennung besonderer Ehren und vom Staate ausgehender Rechte als Ehrenbelohnung der Würdigkeit, so wie deren Schmälerung oder Entziehung als verdiente Ehrenstrafe erscheine. Es muß insbesondere auch die Ertheilung von Ehrenstellen und von Belohnungen nach festen und gesetzlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit, keineswegs, wie, leider! allzu oft in neuerer Zeit, der Willkür, nach persönlicher oder Hofgunst geschehen. Das Wesen der lebendigen sittlichen Ordnung ist Uebereinstimmung äußerer Achtung und Verachtung, der Ehre und Schande (dieses edelsten Lohnes und der wesentlichsten Strafe) mit dem Würdigen und Unwürdigen. Da

*) L. 15. §. 5. de injur.

**) Von besonderen Ehrengerichten, namentlich auch einzelner Stände, zur Handhabung der Standesehre, theils zur Ausgleichung von Ehrenbelohnungen s. den Artikel „Injurie“.

von einer gerechten Ordnung ist ebenfalls gerade die gerechte Ausübung nach der Würdigkeit. Die politische Lebenskraft für die Erhaltung des auf Achtung der sittlichen Würdigkeit und der rechtlichen Ordnung beruhenden Gesellschaftsgesetzes wird ebenfalls nur hiezburch erhalten, nur durch die feste Erhaltung der Achtung für das Gute, Verachtung für das Schlechte. Wehe einer Gesellschaft, in welcher die ersten Grundbedingungen gesunden höheren Lebens mißachtet, die Harmonie aller Harmonien durch schreiende Widersprüche zerstört, wo die Würdigkeit geschändet, die Unwürdigkeit gehet wird!

Die ganze Wichtigkeit dieser Harmonie wird erst vollkommen klar, wenn die Bedeutung und Gewalt des Ehrtriebes erwidet.

Der Ehrtrieb in seinem unzertrennlichen Streben nach innerer Erhöhung und nach der dieselbe bekräftigenden Achtung von dem Menschen erscheint nach der obigen Ausführung (s. unter III.) als der stärkste moralische Selbsterhaltungstrieb und zugleich als der stärkste Trieb nach Geselligkeit und des geselligen Zusammenwirkens für edle Zwecke. In der Ehre besitzen die Einzelnen und die moralischen Personlichkeiten das erhebende, kräftigende Bewußtsein ihrer Würde und die Bestimmung und zugleich die Grundbedingung und die Gewähr der äußeren Unverletzlichkeit, für das Vertrauen ihrer Mitmenschen und für die Verwirklichung ihrer Lebenszwecke, der niederen und höheren. Deshalb bestimmt kein anderes Gefühl gleich stark die höchsten Anstrengungen und Opfern. Die ganze Persönlichkeit ist dem ebenbürtigen Ehrgefühl willig an die Erhaltung der Ehre geweiht, es gilt ja die Selbsterhaltung des moralischen Daseins. Der Mensch nach Ehre und Ruhm ist, wo er einmal erwacht ist in edleren Tugenden, vielleicht der stärkste aller menschlichen Triebe. Das Leben ist ihm nichts; er sucht noch jenseits der Pforten des Todes die Verwirklichung. Und so wie bei dem ägyptischen Todtengerichte, haben Belohnungen und Strafen, wenn sie die Ehre betreffen, auch dann noch die Bedeutung, wenn alle anderen werthlos wurden, auch dann wenn sie selbst erst nach dem Ende des Lebens erkannt werden. Gerade aber für die gesellschaftliche Pflichterfüllung ist es durch Erziehung und jene durchgeführte Harmonie zwischen Ehrgefühl und Ehre gekräftigte und richtig geleitete Ehrtrieb die mächtigste Antilösung. Er bezieht sich vorzugsweise auf sie und sie haben mit anderen gleich starken, außer etwa den der Religion in theokratischen und sehr religiösen Zeiten, keinen, welchen die Gesetze selbst für ihre Pflichten so sehr bestimmen und leiten, worauf sie rechnen können. Wo daher für die menschliche Gesellschaft die Religion nicht das Rechte erhielt, da that es die Ehre. Erst wo die Vernichtung des Rechts und Sklaverei möglich. Insbesondere verrieth es auch nur die einseitigsten Begriffe von Ehre die düsterste Kenntniß der Lebensverhältnisse, wenn manche Politiker *)

es verkennen, daß auch in den untersten Ständen die Ehre neben Religion das wichtigste durchgreifendste Motiv aller Tugend und Nützlichkeit ist. Nur wird auch hier natürlich die Ehre durch Erfüllung oder Verletzung der nächsten und wesentlichsten Pflichten und durch Achtung oder Verachtung von dem zunächst umgebenden Kreise bestimmt.

So ist denn eine Gesetzgebung, welche den Ehrtrieb für sich und ihre Institute zu gewinnen weiß, siegreich. Keine Jugend- und Bürgererziehung und Bildung kann kräftiger und unerschütterlicher als die auf Ehre gegründete, weil sie stets die sinnlichen und naturalistischen Triebe, weil sie den ganzen Menschen gewinnt und umschließt. Insbesondere wirken Ehrbelohnungen und Ehrenstrafen im freien Volk noch aus einem besonderen Grunde ungleich mehr als alle andern Belohnungen und Strafen. Von früher Jugend auf wird nämlich durch die Schande, welche schon vor dem Ausspruche des Urtheils die öffentliche Meinung mit der schlechten Handlung und durch die Ehre, die sie mit der guten verknüpft, der Abscheu und die Liebe, wie sonst, für Strafe und Lohn, sondern für die schlechte und die gute Handlung selbst gewonnen. Das Vergehen selbst, nicht erst seine Entdeckung und richterliche Bestrafung stellen sich als zweckwidrig da, wenn dem Gefühle widerwärtig, Abscheu erregend.

Auch noch durch die Sympathie aller Genossen des gesellschaftlichen Kreises, welchem man angehört, verstärkt sich die Wirkung Ehrbelohnungen und der Ehrenstrafen. Weil beide ihre Hauptkraft durch die öffentliche Meinung erhalten und sich zugleich so unmittelbar mit der Persönlichkeit verknüpfen, so werden dieselben als auch so berührend von den Genossen mitgeföhlt und sie verdoppeln sich auch durch für den Betroffenen. Beurtheilt man ja doch Jeden nach der Meinung der Gesellschaft, und jede Schande eines Standesmitgliedes trifft den Stand. Bei der wahrhaft infamirenden Handlung schließen daher die Genossen, um sich selbst vom Schimpfe zu befreien, den Unthun aus, und wenn ohne solche infamirende Handlung und ohne Ausstoß aus ihrer Genossenschaft beschimpfende Strafen zugesügt werden, so fühlen sie sich mitbeschimpft und erniedrigt. Dieses und ihre Verletzung der Menschenwürde ist z. B. auch der stärkste Grund gegen Prügelstrafen. Ihre Vertheidiger hört man freilich hier und da noch sagen: „dieses oder jenes ganz verdorbene Subject läßt sich durch andern nicht bessern.“ Wohl möglich; aber bessert es sich durch den Prügel? Mehr als einmal hörte ich auf diese einfache Frage an die Vertheidiger der Prügel ein naives Verstummen. Doch das ist nicht die Hauptsache. Die ganze Classe, die ihre Mitglieder unter die völlige Herrschaft der thierischen Züchtigung des Stockes gestellt wird, wird mitbeschimpft und erniedrigt. Es wird so, bei der als zweifelhaften guten Wirkung auch nur für Einzelne, wirkksamste Schutzmittel gegen Rohheiten und Niederträchtigkeiten, das edlere, feinere Ehrgefühl bei der ganzen Classe zerstört. Ihr etwa das nicht von selbst schon, Ihr Vornehmeren, so

nur lebhaft, daß von Zeit zu Zeit Einzelne Cuercer Mit-
theilen, daß einzelne Barone, Officiere, Räte, Amtmänner, Pro-
curatoren auf dem Marktplatz von Rechts wegen arprügelt wurden!
Klagt er doch das französische oder das jegliche der Herrschaft des
frühen Stacks entragene preussische Militär! Bildet nicht hier
das höhere Ehregefühl den wirksamsten Damm gegen frühere Roh-
heit und Niederkeiten und ihre Vergabungen? Und zeigt nicht mehr
das Leben in Baden, wo der Landtag von 1831 das ganze
Jahr der Erniedrigung, sich unter thierische Prügelstrafe gestellt
zu sehen, in einem edleren Gefühle der Ehre und Bürger-
würde den Ersatz gegen die guten Wirkungen, die etwa für ein-
zelne Fälle und Subjecte diese rohe Strafe gehabt ha-

Daß die Staaten des Alterthums viel mehr als hier angeordnete
Mittel über die Ehrverhältnisse befolgten, als die meisten neu-
en, dieses vor Allem gab ihnen, bei sonstigen großen Män-
nern so bewundernswürdige innere Lebenskraft, einen so hohen
Sinn für die Würde und den Ruhm der Bürgertugend. In ihren öffentlichen, oft ge-
waltigen und Mächtigkeiten und Muth ausübenden Kampfaben-
gungen überall in der Palästra, im Circus, auf dem
Forum, auf dem Forum, wurde der Trieb nach Ruhm und Ehre
erregt. Wie bei den deutschen Turnieren, verbanden sich damit
die verschiedensten Interessen, deren Ehre besetzt war, so wie
auch die Ehre der Nationen und rüstiger Kämpfer. Bei den Alten
war das Verdienst nicht und nährte nicht den Geiz durch Ver-
ehrung. Alle Belohnungen bestanden in Ehre. Und es
gab Belohnungen, als diese Ehrenkränze und Ehrenkränze
und die verschiedensten Art, diese Ehrenkränze in öffentlichen Gast-
mahlen, bei Ehrenplätzen in Theatern und anderen Versammlungen,
bei öffentlichen und Triumphen, es waren ihre Zuthaltungen, ja
ihre Ehrenbezeugungen, Inschriften und Denkmale für Töde,
ihre öffentlichen Gerechtigkeit, gesetzlich bestimmt*).
Ihre Strafen fast nur Ehrenstrafen mit jedesmaligem
Ausweis des Unwürdigen aus dem höheren Pflichten und Rechts-
bereich. Körperliche Mißhandlung dagegen sollte nach Ci-
cero durch die Porcellen und Sempronischen Ge-
richte von dem Rücken, sondern auch aus den Gedanken der
Entfernt werden. Ehrenbelohnungen und Schandstrafen aber
durch wahre Repräsentanten der öffentlichen Nationalmeinung,
Landtage, Behörden, Gerichte, und Wahlversammlungen
zu vergeben und die Ehrenbezeugungen und ihre Ernun-
gen so zu würdigen und ausgesprochen.

und Ehrenlohnungen, die gleichsam nur als eine Verfeinlichung
der Achtung wirklicher Tüchtigkeit und Würdigkeit von

Seiten der Mitbürger erschienen, wurde nicht, so wie etwa bei manche neuere Ehrenausszeichnungen, durch Titel und Orden, ein zugewiesene auf nichtige Aeußerlichkeiten und eigennützige Vorrechte richteter eitler, ehrgeiziger Sinn genährt.

Als der persische Heerführer des Xerxes, Tigranes, von griechischen Volks- und Jugendberziehung zur Ausbildung der Tugend und Ehrliche, von ihren Ehrbelohnungen und Ehrenstrafen, von öffentlichen Kämpfen und Festspielen hörte, da rief er, wie Herodotus erzählt (VIII. 26): „O Himmel, mit was für Menschen sollen wir kriegten, mit Menschen, die, fühllos gegen Eigennuß, nur um zu kämpfen!“

Vor Allem entsprach nach der obigen Ausführung (Bd. III. 31) die römische Censur ganz den hier ausgesprochenen Grundideen.

Und ebenfalls diesen Grundideen entsprechend hat die lebendigste und mächtigste aller neueren Nationen, die britische, das, was heute zu Tage allein jene alterthümlichen Institute ersetzen — und verbessern — kann, die wahre Repräsentativverfassung ausgebildet. Und nur sie allein weist die unglückselige Unterdrückung und Verstümmelung des freien Volkslebens durch despotische Willkür und Regierungspolizei, worunter andere Völker seufzen, vollständig zurück. So wie die Censur im Namen der höchsten sittlichen Staatsgrundsätze und als Repräsentantin der öffentlichen Nationalmeinung und unter ihrer Controle stets neu alle öffentlichen Rechte und Ehren nach ihrer Würdigkeit unter allen Bürgern vertheilte, sie bei Unwürdigkeit entzog und das Volk und seine Stände von Unehre reinigte — so wirkt es auch die wahre und gute, die britische Repräsentativverfassung. Sie thut es durch ihre vollkommene Oeffentlichkeit und Freiheit der öffentlichen Meinung und ihre unter ihren Einfluß gestellte, aber der Willkür entzogene, vielmehr an die höheren Staatsgrundsätze gebundene Gesetzgebung, Vollziehung und Richter Gewalt, durch ihre Volkstribunale und Geschworenengerichte, ihre freien Volkswahlen und ihr Ministergericht. Wie sehr insbesondere auch die öffentlichen und Geschworenengerichte die sittliche Nationalmeinung repräsentiren und wahrere und Sittengerichte bilden, als solche ungleich wohlthätiger wirken, als durch ihre Entscheidung über materielle Güter und Geld, dieses wird nur der ganz begreifen, der diese Gerichte und ihre Urtheile selbst öfters beobachtete oder wenigstens aus öffentlichen Quellen (wie sie z. B. in Frankreich die Gazette des Tribunaux und le Droit geben) genauer kennen lernte. Durch den Mund des Präsidenten, des Staatsanwaltes, der Advocaten, der Geschworenen, durch die Theilnahme der Zuhörer und die rechtlichen Folgen der unter diesen Einflüssen gefällten Urtheilsprüche wird in der That selbst dem noch vielfach verdorbenen Frankreich mehr, als man es nach deren Lebenserscheinungen nur für möglich halten sollte, ein wirkliches Sittengericht über alles Unwürdige gehalten, wahrhaft furchtbar über diejenigen, welche ihm — so wie neulich der Polizeipräsident Giscard

einfallen. Es beweist sich eben hier auf's Neue der ganze Segen öffentlichen und collegialischen Verhandlungen. Es beweist sich, wenn nur die Stimme der Ehre und Sittlichkeit in einem Volke erklingen ist — das Würdige und Rechte fast jedes Mal Herrschaft und eine unerwartete Gewalt erhält, sobald sie in öffentlichen öffentlichen Versammlungen ertönt, aufgemuntert und unterstützt durch das öffentliche Gewissen der Nation, jeden Rest von sittlicher Scham und alle moralischen Sympathien den Versammelten. Hunderte, welche in den Zerstreungen des einsamen Privatlebens und im Geheimen eine unwürdige, wenig mißbilligen, ja vielleicht sich selbst erlaube haben würden nun ergriffen von der jetzt laut werdenden Sprache für die Ehre, von der öffentlichen Beschämung des Schlechten und nun mit ein in dessen Verabscheuung. Diese natürliche Stimmung ist die Redenden selbst zum Aussprechen ihrer würdigsten Gefühle, Gedanken und zur Unterdrückung der unwürdigen auf. Das öffentliche Gewissen, das Gewissen aller Einzelnen wird erweckt, wird lebendig — das ist das Wesen der moralischen Wirkung. So bestärken nun Alle den Schuldigen, den sie ohne dieses vielleicht als schwachen Genossen behandelt hätten, als einen öffentlich Gebrandmarkten. Jene, dessen Verurtheilung von geheimem Staatsbeamtengeheimniß nur ihr Mitleid oder ihren Unwillen und Mißtrauen in die Regierung und Richter hervorgerufen hätte, ihn verurtheilen nun laut mit, wie nach Moses tiefer Gesetzgebung Alle den Verurtheilten selbst mißthätigen sollten. Alle nehmen Anstand, den bedingten verletzten Unschuld und an jedem edlern Geiste wird mehr, als auf irgend eine andere Weise das wahre Gute belebt, das Bessere in den Menschen ihnen selbst in's Bewußtsein gerufen und in Wirklichkeit gesetzt. Wer das leugnet, der unterschätzt öffentliche und Geschworenengerichte nicht.

Die verschiedenen Arten der Ehrenminderung und Ehrenstrafen — Nach jenem oben unter IV bezeichneten Verhältnisse von Ehre und Recht erklären die römischen Gesetze zu streng consequent in der richtigen Grundidee, nicht die bloßen Verletzungen zugleich für Ehrenverletzungen oder Injurien knüpfen eben so an alle solche irgend bedeutende dolose Verletzungen zugleich eine Ehren- und Rechtsminderung als Strafe*). Diese Strafe übrigens hat etwas Beschämendes. Es lassen sich indeß Verletzungen (ähnlich wie die Verletzungen, s. „Injurie“) abtheilen, in Ehrenstrafen im weiteren uneigentlichen Sinne, bei welchen nur der Gesichtspunct der strafenden Entziehung des öffentlichen Rechts in Betracht kommt, und in Ehrenstrafen im engeren Sinne, welche unmittelbar und zunächst die Ehre angreifen. Die moralische Ehrenminderung oder Ehrenstrafe ist nun nach un-

ferem gemeinen Rechte (namentlich nach der L. 5. de extraordin. cognit.):

I. Die gänzliche Aufhebung aller Ehre des Bürgers, die gänzliche Ehr- und Rechtlosigkeit (consumtio existimtionis). Sie trat bei den Römern ein:

1) durch Sklaverei, insbesondere durch Sklaverei zur Strafe. Der Sklave hatte keine persönliche Würde, mithin kein eigenes Recht und also auch gar keine Ehre. Solche Sklaverei trat ein:

a) schon in der alten Zeit für diejenigen, welche sich dem gemeinen Sitten- und Ehrengerichte der Censur entzogen und sich als mit der Ehre ihre Bürgerwürde freiwillig aufgebend betrachteten *); ferner bei dem, der sich aus Gewinnsucht als Sklave verkaufen lassen, und bei schändlicher Undankbarkeit des Freigelassenen gegen seinen Patron;

b) durch die Sklaverei der Strafe (servitus poenae) in der Kaiserzeit. Sie trat keineswegs, nach einer gewöhnlichen Annahme, in älterer Zeit bei Todesstrafen ein, sondern war eine Erfindung der despotischen Gewinnsucht der Kaiser, um die Güter der Verurtheilten confisciren zu können. Sie wurde später mit jeder Todesstrafe verbunden, von Justinian aber wieder aufgehoben **);

2) gänzliche Ehr- und Rechtlosigkeit trat (nach der citirten L. de extraord. cogn.) auch bei der in der Kaiserzeit eingeführten Deportation ein ***); ferner

3) für die vogelfrei Erklärten, wie namentlich in der republikanischen Zeit die Tyrannen, ferner für diejenigen, welche aus dem Exil zurückkehrten, für die Ueberläufer und berüchtigten Räuber †).

Nach deutschem Rechte, welches in der Lehre von Eru Infamie keineswegs, wie irrig auch Marezoll (S. 291) annimmt, einen Gegensatz mit dem römischen bildet, trat die gänzliche Ehr- und Rechtlosigkeit ein:

1) bei den wenigen Sklaven, die, wie die römischen, verkauft wurden; bei den Leibeigenen, wenigstens in Beziehung auf den öffentlichen Friedensverein ††);

2) bei der definitiven Reichsacht (s. „Acht“). Nach dem Falle des allgemeinen Reichsvereins in eine Reihe feudalistischer Vereine, wie die der Ministerialen, der Vasallen, Städte, die

*) Liv. XLIV. 15 Cicero pro Caecin. 24. Ulpian XI. 2.

**) L. 17 de poenis und Nov. 22 und 34 c. 13. Die Verbindung der beiden Stellen widerlegt die Meinung von Marezoll a. a. O. S. 24, daß sie Justinian noch fortbestehen lassen. Nur erhielt er das ihm angenehme Verbot der schändlichen Güterconfiscation, wenn keine Ascendenten oder Descendenten bis zum 3. Grade da waren.

***). Die Beweise in meinem Systeme S. 244.

†) Cicero epist. ad famil. 14. L. 3. §. 6. ad leg. Corn. de sicar.

††) Eichhorn, Deutsche St.- und Rechtsgesch. §. 194.

ander fast nur im faustrechtlichen Verhältnisse standen, gab es im Mittelalter ganz natürlich und folgerichtig fast eben so viele verschiedene Rechtsvereine, in welchen sich die Glieder gegenseitige friedliche Hilfe und dadurch Ehre und Recht zuerkannten. Ebenfalls ganz natürlich war die wechselseitige Verbindung von Ehre und Recht entsprechend trat hier denn auch der Grundsatz: ehrlos rechtlos, in Beziehung auf diese Vereine, wegen alles dessen, was nach den besonderen Bestimmungen und Befehlen dieser Vereine als der Theilnahme an denselben unzulässig darstellte und also von denselben ausschloß. Diese Ehr- und Rechtlosigkeit aber brauchten natürlich während des Faustrechts andere Vereine und auch der in Trümmern fortbestehende allgemeine Reichsverein nicht anzuerkennen. Sie konnten also den aus dem Reichsverein Ausgesessenen und in Beziehung auf sie Ehr- und Rechtlosigkeit ihrerseits noch Rechte zugesprechen.

Hieraus erklären sich die zum Theile mißverstandenen Stellen bei Marenzollern §. 194. 373. 349 und bei Marenzoll S. 295 ff., nach welchen man glauben soll, der Grundsatz: ehrlos rechtlos, und: rechtlos ehrlos habe in Deutschland nicht wie in Rom die seinem Wortsinne entsprechende Bedeutung und Wahrheit gehabt. Nur beschränkte sich, durch jene faustrechtliche Trennung und Verschiedenheit der Vereine, die Ehrlosigkeit zum Theile auf die vorher angegebene Art. Erst seit dem bleibenden allgemeinen Landfrieden des Maximilian, seitdem also mit gänzlicher Aufhebung des Faustrechts alle Vereine und ihre Glieder auch außerhalb ihrer Vereinigung das allgemein anerkannte Recht besaßen und anerkennen mußten, fiel dieser Gedanke einer gänzlichen Ehr- und Rechtlosigkeit wegen Ausstoßung aus diesen besonderen Vereinen hinweg. Sie entzog nur die politischen Vortheile der Theilnahme an diesem Vereine, und außerdem ausschließlich nur alsdann, wenn der allgemeine Staatsverein die Theilnahme an diesem Vereine, z. B. der Ritter, der Stadtrichter, und etwa die davon unabhängige Rechtsbürgerlehre, sondern anderer politischer Ehrenrechte geknüpft hatte, mittelbar auch diese letzteren. Hier bezeichnete dann die alte Benennung „Ehrlosigkeit“ für die Ausstoßung aus diesen Vereinen, außer dem Verluste der Theilnahme an seinen Vortheilen, nur den Verlust der damit verbundenen anderen politischen Ehre. In Beziehung auf die Theilnahme an dem Reichsvereine und dem allgemeinen Rechtsverhältnisse aber auch jetzt der alte Grundsatz: „ehrlos rechtlos“ in seiner dem Wortsinne entsprechenden Wahrheit. (S. „Acht“). Es ist daher falsch, allgemein behaupten zu wollen, nach deutschem Rechte ehrlos nie den Verlust aller Ehre und rechtlos nie den Verlust aller Rechte bedeutet, ehrlos sei also nicht ehrlos, rechtlos nicht rechtlos gewesen.

Da indeß die einzelnen Fälle der römischen Ehr- und Rechtlosigkeit unpraktisch sind, und mit dem Reiche auch die Reichsacht aufgehört hat, so kennt das gemeine deutsche Recht keine allgemeinen

Bedingungen und Formen zur Begründung einer gänzlichen Ehel. und Rechtlosigkeit. Die Todesstrafe an sich begründet sie keineswegs, sondern nur die Rechtspflicht des Verurtheilten, sein Leben auf die gesetzlich bestimmte Weise zur rechtlichen Sühne des Verbrechens sich anzuwenden zu lassen. Diesen Grundsatz führt das englische Recht so streng durch, daß es selbst eine andere Art der Hinrichtung als die gewöhnliche wie Mord gegen den zum Tode Verurtheilten betrachtet. Noch weniger aber soll die nur barbarischen und despotischen Reichen angehörige Güterconfiscation, diese Folge der servitus poenae, der schon in der römischen Erfindung römischer Imperatoren, weder bei wirklicher Rechtlosigkeit, noch auch ohne sie bei Todesstrafen den unschuldigen Erben das Vermögen entziehen. Freilich hatten unsere despotischen Juristen die Confiscation der römischen Tyrannen selbst gegen Justinian's eingeführte Aufhebungsgesetze wieder eingeführt. Aber schon die absolute verbietende Bestimmung des Artikels 218 der Carolina verbietet überall außer bei dem Hochverrathe und außer den seltenen Fällen, wo sie bei der Reichsacht eintreten konnte *). Und fast alle neueren Landesgesetze und Verfassungen civilisirter Staaten ehren sich, ihr Volk von ihren Landesfürsten durch Verbot dieser scheußlichen Strafe, wider barbarischen und despotischen Reichen Criminalprocesse und Todesurtheile zu einem Mittel der Beraubung von Unschuldigen und zur Befriedigung der Habsucht der Tyrannen und ihrer Creaturen macht, zu entsetzen und schon durch dieses Mißtrauen die moralische Wirkung der Strafe und die Regierung zerstört.

II. Die Ehrenminderung (*minutio existimationis*). Sie besteht in gänzlicher oder theilweiser Aufhebung nur der allgemeinen politischen Staatsbürgerrechte oder auch nur der höheren besonderen politischen Standesehre. Bei den Römern gehörte hierher:

1) das Exil, als Zerstörung des Bürgerrechts und aller bürgerlichen Ehre. Bei uns gehört hierhin die Landesverweisung.

2) Die censorische Schande, *nota censoria*. (S. „Censur“.)

Die deutschen religiös-sittenrichterlichen Urtheile der geistlichen und weltlichen Send- oder Synodalgerichte und der Landesbann haben aufgehört. Die besonderen Landesverfassungen bestimmen die Rang- und Amtesentziehungen und die Verluste des Rechts an Ehrenzeichen wegen Unwürdigkeit. (S. unten XI.)

3) Die Infamie im engeren Sinne. Sie ist: theils A. die gesetzliche oder *infamia juris*, theils B. die factische oder richterliche

*) Noch, Vorrede zur peinlichen Gerichtsordnung §. 9. „Völlig untriftigen Gründen und unzulässigen Emendationen greift Marquard S. 333 diese Auslegung des Artikels 218 an. Dieses Artikels und einiger anderen Artikel absolute verbietende Bestimmungen (s. oben Bd. III. S. 17) welche das, was sie verbieten, als übelhergebracht und unrecht und unbillig im Namen des Reichs verwerfen, können natürlich nicht die am Ende der Vorrede der Carolina gestattete Gültigkeit wohlhabender, rechtmäßiger und billiger Landes-Gesetze zerstört werden.“

A. Die gesetzliche ist diejenige, welche in gesetzlich genau bestimmten Fällen nicht die allgemeine Rechtsbürgerlehre, wohl aber die politische Staatsbürgerlehre und einige damit nach römischem Ansehen genau verbundene Privatrechte nahm. Durch die Zwölftafengesetze und neuere Civilgesetze begründet und bestimmt, wurde diese Ehre doch vorzugsweise durch das prätorische Recht ausgebildet. Sie hatte hier früher vorzüglich die Aufgabe, die sittliche Würde und die *honestas* der öffentlichen National- und Volksgerichte von Unwürdigen und Unwürdigen rein zu bewahren und später bei dem Beruf der Censur überhaupt die sittliche Würde und die Ehrengrundsätze der Staatsbürgervereine zu schützen. Sie war verbunden mit den Verurtheilungen a) wegen fast aller öffentlichen Verbrechen (wegen aller *crimina publica ordinaria* und der meisten *extraordinaria*), sodann mit der Verurtheilung in Beziehung auf alle eine wahre Unwürdigkeit und Treubrächigkeit bezeugenden dolosen Privatdelikte und b) in Privatverletzungen. So knüpfte sie sich z. B. an die dolosen Verletzungen in den Verhältnissen der sogenannten Freundschafts- oder *amicitia* contracte, des Mandats, des Depositums, der Societas, der Fidei und an betrügerliche Verletzungen, wenn mit der *actio de dolo* verklagt werden durfte. Doch trat bei solchen Privatverletzungen die Infamie nur dann ein, wenn nicht vor der Verurtheilung eine Aufhebung des Processes durch Vergleich stattfand, wenn also der Verletzende seine unwürdige Meinung so hartnäckig festhielt und zugleich durch *in iudicio* (frivole Processsucht (*temeritas litigandi*)) die Schuld vergößerte. c) Endlich trat die Infamie ein bei gewissen gesetzlich genau bestimmten schimpflichen Handlungen und schimpflichen Lebensweisen, z. B. beim *lenocinium* und bei öffentlichen Frauenerwehnungen *).

Ihre allgemeinen Wirkungen dieser Infamie sind folgende Ausnahmen:

1. von allem staatsbürgerlichen Stimmrechte (*jus suffragii*) in den Volksversammlungen;
2. von allen öffentlichen ehrenvollen, nicht bloß lästigen Staatsämtern (*honores*);
3. von dem Rechte, für Andere im Gerichte aufzutreten;
4. von der Anstellung der Klagen im Namen des Volkes oder öffentlichen Anklagen und der Popularklagen;
5. von dem Rechte, gültiges Zeugniß abzulegen;
6. von dem Rechte, zum Nachtheile von Ascendenten und Descendenten Erbschafters in dessen Testament ernannt zu werden;
7. von der wirklichen Verwaltung der Vormundschaft, so lange ungescholtene Vormünder da sind;
8. auch sollten die Infamen bei Verbrechen härter gestraft werden.

den, weil ihnen ein Theil der zuerkennenden Strafe, nämlich die Infamie selbst, nicht mehr neu zugefügt werden konnte *).

Im deutschen Rechte entsprach dieser Infamie im engeren Sinne nach dem Obigen (unter I) die Ausschließung aus solchen Vereinen, welche der Staat, so wie die Stadtbürger- und die Rittervereine, die Grundlagen seiner politischen Ehrenrechte, z. B. der landständischen an sah, also die Ehr- und Rechtlosigkeit in diesem Sinne, wie sie auch bei dem deutschen Leibeigenen in der späteren Zeit Statt fand **). Die deutsche Infamie, als Verlust der politischen Staatsbürgerrechte, trat auch wie die römische, bei peinlichen Verbrechen und bei wirklich inhärent treubruchigen, niederträchtigen dolosen Verletzungen ein ***). Auch die Wirkungen dieser deutschen Ehrlosigkeit im engeren Sinne besaßen entsprechend den römischen, im Wesentlichen in Ausschluß von den politischen Rechten und, wie ausdrücklich noch im 18. Jahrhunderte die Reichsgesetze sagen: im Ausschlusse „von ehrlichen Zusammenkünften, also von allen öffentlich rechtlichen Vereinen und ihren Versammlungen zur Ausübung der politischen Rechte, insbesondere auch von den bisher stets öffentlichen und volksmäßigen Gerichtsversammlungen, von dem Richter- und Schöffenamte, von der Vornahme feierlicher gerichtlicher Geschäfte für Andere, von den Lehens- und Ministerialitäts- und städtischen Vereinen. Auch die härtere Bestrafung der Ehrlosen nach dem deutschen Rechte †).

So erklärt es sich denn, daß das römische Recht über die Infamie bei uns willige Aufnahme fand, und daß die kanonischen und deutschen Gesetze und die Gerichte dasselbe unbedenklich als praktisch gültig anerkannten ††). Nur erst in neuerer Zeit suchte man gesetzwidrig diese früheren deutschen und römischen Grundsätze über die Infamie zu umgehen. Man that es theils aus Mißverständnis, indem man irrig unter der römischen Infamie und der ihr entsprechenden deutschen Ehrlosigkeit im engeren Sinne eine gänzliche, eine auch privatrechtliche Ehr- und Rechtlosigkeit dachte. Theils aber that man auch, weil man die dem römischen und deutschen Rechte zu Grunde liegenden tieferen moralisch-politischen Gesichtspuncte einer flachen materialistischen Modersicht aufopferte. Jene römischen und deutschen Bestimmungen über die Infamie sind aber nicht bloß nach dem gemeinen Rechte noch juristisch gültig; sie sind auch, einzelne unseren jetzigen Verhältnissen entsprechende Modificationen etwa abgerechnet, höchst heilsam, namentlich auch zur Verhinderung von Procu-

*) Marczoll a. a. O. S. 212 ff.

**) Sachsenspiegel II. 19.

***) Sachsenspiegel I. 4. 39. 41. II. 13. Schwabensp. 80. 91. 137. 138. 151. §. 3. 163. 200. Kaiserrecht III. 7.

†) Sachsensp. I. 48. 61. III. 17. Schwabensp. 114. 126. 161. 162. Sächs. Lehnr. 1. Reichsschluß v. 1731 Art. 11; v. 1772 Art. 5. Marczoll S. 293.

††) S. Marczoll S. 341.

und unwürdigen processualischen Chicanen. Und sie selbst keineswegs zu hart, wie man glaubt. Man darf ja nur jenes verfassungsmäßigem römischen Grundsatz berücksichtigen, nach welchem nur in den meisten Fällen abgewendet werden kann, wenn der Verletzte das Schuldige leistete oder sich verglich, es zu einer nachtheiligen Entscheidung auf die infamirende Klage kommen zu lassen. Ein Vormund, der seinen Mündel, ein Bevollmächtigter, der dem ihm vertrauenden Vollmachtgeber betrügerisch verleiht, ihn, an sein Unrecht gemahnt, sein Unrecht auch noch durch einen andern geführten Proceß zum Verderben des Beträugerten hartnäckig halten und vermehren will, verdient er denn nicht wirklich, wenn das richterliche Urtheil seine Schändlichkeit begründet findet, den Verlust von staatsbürgerlichem Ehrenrechte? Und was etwa wird aus jene römische und deutsche Infamie sich wirklich erweisen, um die ethischsten moralischen und rechtlichen Grundsätze der Treue und des Vertrauens, der Redlichkeit und Ehre in der menschlichen Gesellschaft festzuhalten? Unsere heutige Straflosigkeit von hunderten, aber schändlichen Betrügereien erzieht die großen Betrüger und untergräbt die würdige rechtliche Ordnung. Allerdings aber sollte die Infamie eintreten, ohne daß das richterliche Erkenntniß sie notwendig durch die Zuerkennung einer infamirenden Strafe ausgesprochen hätte, also nie immediat, wie nach römischem Rechte in einigen Fällen. In Gemäßheit der Reichsgesetze von 1668 und vom 4. October 1781 könnte man auch vielleicht allgemein gegen das römische Recht (L. 40. de injuriis) dem Richter gestatten, da, wo aussondernde besondere Gründe die sonst infamirende Handlung als nicht so sehr schändlich erscheinen lassen, keine Ehrlosigkeit, sondern nur die bloßen Nachtheile zu erkennen. Es wäre dieses vielleicht eine billige Milderung mancher sonst eintretenden Härte, welche bis jetzt in der ganzen Anwendung der gesetzlichen Infamie unangelegte schädliche Stimmung mitverschuldete. Aber die ganze richterliche Zurechnung der Infamie, so wie jener Vortheil eines gerechten richterlichen Urtheils ist nur möglich bei verfassungsmäßig absolut unabhängigen öffentlichen vollkommnen Gerichten. Sonst fehlt die nöthige Zustimmung mit der öffentlichen Meinung und die unentbehrliche Sicherung der Bürger gegen parteiische und despotische Willkür; es fehlt die wesentliche Verbürgung der Verfassungsrechte gegen bloße Regierungswillkür, die auf diese Weise die freigesinnten Ehrenmänner durch Ausschluß von den ständischen und Wahlrechten ausschließen, unwürdige Vorrechte gegen das Recht darin schützen kann und — die Erfahrung lehrt — bei entstehenden Leidenschaften oder Verlegenheiten auch solche Mittel nicht scheuet.

Ähnliches gilt in Beziehung auf die sogenannte factische Infamie. Zur Ersetzung der Censur hatte nämlich das römische Recht dem Richter die Gewalt ertheilt, auch dann, wenn nicht schon die gesetzliche Bestimmung der Gesetze die Infamie verhängt hatte, dennoch

eine schändliche, die juristische Honestas verletzende, die würdige Nationalmeinung beleidigende Handlungs- und Lebensweise als infam anzuerkennen. Denn es soll alles wahrhaft Ehrwidrige mit der gebührenden Schande bestraft werden, und es lassen sich hier nicht alle einzelnen Fälle zum Voraus gesetzlich genau bestimmen.

Es ist übrigens unrichtig, wenn manche Juristen, z. B. I. baut, diese Infamie auf reine Immoralität, Andere, wie Walter, auf bloße Meinung, den sogenannten guten Namen in diesem Sinne, gründen. Vielmehr geht das römische Recht auch hier nur von dem anerkannten juristischen Honestum aus *). Es fordert auch die Verbindung des Inneren und Aeußeren und die juristische Form. Zu dem juristischen Honestum aber gehört z. B. rechtliche Treue und Ehrlichkeit, oder auch die Heilighaltung des Ehestandes nur ehelicher Geschlechtsbefriedigung und wenigstens der Vermeidung jeder scandalösen oder Aergerniß gebenden Verletzung desselben (S. oben Bd. VI. S. 658.)

Es ist ebenfalls nicht richtig, wenn man diese factische Infamie in den Wirkungen der gesetzlichen unbedingt gleichstellt. Die hierin angeführten Gesetze sagen dieses nicht. Vielmehr unterscheiden auch in dieser Beziehung die Gesetze beide Arten der Infamie **).

Noch irriger aber ist es, wenn andere Juristen der infamia facta alle juristische Wirkung absprechen. Ihre Wirkungen sind:

- a) Sie sollte von Staatsämtern ausschließen ***);
- b) die im Testamente durch Einsetzung solcher Personen angeschlossen Eltern und Geschwister können sie mit der Klage der Ehrwidrigkeit als schimpfliche Personen vertreiben †);
- c) der Richter soll nach richterlichem Ermessen die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses solcher schimpflichen Personen abmessen ††).

3) Andere geringere Ehrenminderungen. Hierhin gehören zunächst solche beschämende oder schimpfliche Strafen (poena exstimationis), welche nicht die eigentliche Infamie begründen, die ausgesprochen und versinnlichen, aber auch nicht, so wie nur allein die bloßen Geldstrafen, die Ehre unberührt lassen †††). Sie können, wenn sie den Sitten und Verhältnissen angemessen sind, heilsam wirken, um das Ehrgefühl sowohl der Gestraften, als der übrigen Menschen für das Rechte in Anspruch zu nehmen. Nur dürfen sie nicht wie die thierische Züchtigung, durch Schläge die menschliche Würde erniedrigen und vollends auch noch, so wie Verstümmelungen und Brand

*) S. mein System I. S. 582 ff.

**) L. 39. de furt. C. 13. 17. ex quib. caus. infam. C. 25. 29. ad leg. Jul. de adult. L. 2. de obsequiis.

***)) L. 12. de decurionibus. C. 2. de dignit.

†) C. 27. de mort. testam.

††) L. 3. praem. de testib.

†††) L. 5. §. 2. de extraord. cogn. L. 28. pr. u. §. 1. de poen. B. reg. coll. S. 106.

ungen, zumal des Antlitzes, oder wie das Einkende Abbiten vor
mischen oder deren Bilde, alle edleren Gefühle der Religion und
Moralität und die Gesittung der Nation beleidigen.

Andere Ehrenminderungen, wie Verluste einzelner Rechte oder ein-
schränkungen, wie die der römischen *leues notae*, der vi-
und *humiles personae*, oder die der deutschen Anrüchigkeit we-
stetiger Standesverhältnisse und wegen verachteter Lebensweisen
wegen des Fleckens der unehelichen Geburt *) gehören besonderen,
verschwindenden Verhältnissen der Sklaverei und des Despotis-
che erloschenen Zeitverurtheilen, oder doch nur der freien Sitte
Menschlichen Meinung an.

11. Nachträgliche Bemerkungen über die Zuthel-
von Ehre und Schande, von Ehrbelohnungen und
Ehrenstrafen, und über die Wichtigkeit der Erhaltung
Wiederherstellung der Ehre. — Eine Hauptaufgabe in dieser Ma-
terie es hier stets: einerseits Schritt zu halten mit der öffentlichen
Meinung, als Repräsentant derselben zu handeln, und anderentheil
auch das Würdige in der Meinung zu verstärken und auch die
öffentliche Meinung und Sitte selbst zum Höheren zu leiten, sie von
Verirrungen und Verlehrtheiten möglichst zu befreien. Der beste Weg
ist auch hier sein, das tiefere Wesen der wahren öffentlichen Mei-
nung der Nation nach den wahren Culturelementen der letzteren und
ihrem Entwickelungsgeange zu ergründen, sie gegen vorüberge-
hende und einzelne Zeitmeinungen hervorzuheben und vor Allem sich der
Stützung der besten und bedeutendsten Stimmführer und Repräsen-
tanten des Volkes zu versichern. Klar aber ist's, daß nirgend's entschei-
dend hier ein wahrer Widerstreit mit der inneren sittlichen Wahr-
heit, mit der Gerechtigkeit und mit der öffentlichen Meinung sich rächt;
sonst Schande im Widerspruche mit ihnen werden wesenlos. Die
öffentliche Ehre, die keine wahre, keine von der öffentlichen Meinung
getrennte Ehre und Schande, Ehrbelohnungen und Ehrenstrafen für
sich Anspruch nehmen kann, hat ihren stärksten Hebel verloren. Sie
wird nutzlos und lächerlich, sie empört alle würdigsten Gefühle und
schadet sich und den Staat verderblich, wenn ihre Ehren, ihre Bän-
den, ihre Ehren und Stellen durch unwürdige, willkürliche, leichtsinn-
ge öffentlichen Meinung widersprechende Zutheilungen Gegenstand
der Verachtung oder der Verspottung werden, wenn das Uebermaß
der Ehren die gemeine Ehre sinken macht, und wenn es nicht
mehr eine Auszeichnung, nein, wenn es auch eine Ehre ist, keine
mehr zu haben, wenn sie, wenn die Ehrbelohnungen höch-
stens einer kindischen, schwächlichen Eitelkeit dienen.

Die Ertheilung von Ehrbelohnungen, Ehrenstellen, Rangeser-
höhungen, Orden u. s. w. soll, so weit sie überhaupt von der Regie-
rung und nicht als freie Huldigungen des Vertrauens der Bürger von

diesen und ihren verfassungsmäßigen Wahlen abhängen, in Monarchien allerdings von dem Monarchen ausgehen. Aber damit sie Würdigkeit, der öffentlichen Meinung und der Gerechtigkeit entsprechen und damit Ehren noch Ehren bleiben, ist es wesentlich, daß die Verleihungen nicht bloßer Hofgunst, Intrigue und Cabinetswillkür anheimfallen, sondern nach Prüfung und Vorschlag der Behörden oder, z. B. bei dem Maria-Theresia-Orden, nach Abstimmung der Ehrenräthe und unter Controle einer freien öffentlichen Meinung erteilt werden. In England, das überhaupt noch lange das Mustertbild der europäischen Monarchie bleiben wird, ist selbst für Verleihung königlicher Orden das Ministerium der öffentlichen Meinung in und außer dem Parlamente wirksam verantwortlich. Der Fürst erteilt sie nicht etwa, wie das Geld aus seinem Privatvermögen, nach Privatwillkür, sondern als Regent und nach öffentlichem Rechte für das öffentliche Wohl. Aber auch abgesehen hiervon, fordert dieses schon die Klugheit, um dieses wichtige fürstliche Mittel nicht kraft- und werthlos zu machen. Eine nicht servile, sondern eine würdige, also auch in der öffentlichen Meinung Achtung gebietende Treue gegen den Fürsten ist allerdings auch ein Titel der Würdigkeit für manche Ehrenauszeichnungen; aber es ist der höheren politischen Weisheit und Gerechtigkeit gleich sehr widersprechend, wenn eine angebliche, eine eigennützige, gegen die Verfassungs- und Volksrechte treulose und feindselige Treue mit öffentlicher Ehre belohnt wird, und dadurch in der öffentlichen Meinung Ehrenstellen zu Lakaienstellen, Ordensbänder zu Lakaienpfeifen abgewürdigt und mit der wahren männlichen Treue und Ehre in feindseligen Gegensatz gesetzt werden. Arme, getäuschte Fürsten, die von jener ersten Treue, nicht aber von der letzteren Kraft, Volkstreu und in der Noth Rettung erwarten!

In Beziehung auf die Zuerkennung von Ehrenminderungen besteht ebenfalls die in einer so zarten Materie doppelt schwierige Aufgabe darin, daß dieselben einerseits jedes Mal der höheren moralischen Gerechtigkeit, also der wahren Unwürdigkeit, und anderentheils, daß sie auch der öffentlichen Meinung entsprechen, und daß sie endlich juristisch begründet seien. Nur so können sie zur Befestigung und Barmherzigkeit der Würdigkeit der Bürger, zur wirklichen Verhinderung von Unwürdigkeiten und von Vergehen wirken.

Eine allgemeine Regel schon für die geschliche Bestimmung muß es in beider Hinsicht bleiben, daß keine wirkliche Ehrenminderung als solche oder als absichtliche Strafe sich an Handlungen ohne moralische unwürdige Gesinnung knüpfen darf, also nie an bloße Vergehen und an Vergehen, welche nicht aus unwürdigen Motiven, sondern im Gegentheile aus ehrenwerthen, z. B. aus persönlichen Ehrgefühle, aus Vaterlandsliebe entstanden. Infamiestrafe z. B. den Zweikampf hat nie infamirt. Unter dem Galgen Gustav Adolfs duellirten seine Schweden. Man setze hier lieber anderes Leiden als Selbst bei größeren Vergehen aber darf hier keine Zuerkennung der In-

die Statt finden. Die Federn der Regierung dürfen nicht verbraucht

So sehr auch die rechtliche Gleichheit zu achten ist, so darf doch auch rücksichtlich der Ehre, die so sehr auf den Sitten, den Tugenden der verschiedenen Staatsbürger- und Standeclassen beruht, nicht die wahre verhältnißmäßige und den Umständen entsprechende Gleichheit einer hohen, bloß scheinbaren und buchstäblichen Gleichheit geopfert werden. So fern z. B. durch ein Vergehen und Strafe nicht die ganze höhere staatsbürgerliche und Standesehre immer verliert wird, ist es eine schreiende Ungleichheit, einen Besessenen höhere Ehre und des ihr entsprechenden Ehrgefühl in seinen Kreisen und in die Gesellschaft und Berührung mit Ehrelosen, Landarbeitern u. s. w. zu setzen, oder auch etwa ihm niedere, selbst Stande unangemessene Strafarbeiten aufzuzwingen. Er würde zehnmal mehr Uebel erleiden, als ein Arbeiter der niederen

Eine Verschiedenheit der Strafgefängnisse wird aus beiden Gesetzen eine Forderung der Gerechtigkeit selbst.

Der Ältern aber ist es in Beziehung auf die Entziehungen des öffentlichen Gutes, der Ehre — dieser Grundbedingung heilsamer Erfüllung der Bürgerpflichten, der wichtigsten Rechte — wesentlich, daß die Wahrheit nur der Ueberzeugung der Mitbürger entsprechend zugetheilt werde, und daß vollends nicht etwa ihre ungerechte parteiliche Meinung das alle ehrenwerthen Gefühle empörende Mittel ministerieller Willkür und Intriguen gegen die freie ständische Verfassung und die muthwilligen und ehelichen Vertheidiger werde. Dieses aber könnte nur dann geschehen, wenn die Gerichte durch willkürliche Verurtheilungs-, Versetzungs- und Pensionirungsbesugniß gegen die Richter eine Scheinunabhängigkeit behielten und die politischen Zwecke die Leidenschaften der Höflinge, der Minister und vielleicht anderer Einmischungen zur Verfolgung aufreizten, zugleich aber gerade die erkannte Ehrennachtheile von der Theilnahme an der Ständesammlung absolut ausschloßen. Geheim verhandelnde Staatsgerichte, bei jeder Verurtheilung muß jeder kräftige Minister innerhalb von vier Wochen zu jedem möglichen Justizmorde bestimmen können. Und Veranlassungen zu Criminalprocessen lassen sich machen, zumal wenn Alles im Dunkel bleibt. So sah man hier durch vieljährigen Untersuchungsleiter, dort durch Zuchthausverwalter, dort durch Lossprechungen bloß von der Instanz, dort auch durch Verurtheilungen mit Begnadigungen, die muthigsten, würdigsten Staatsbediensteten für immer aus der Reihe der Volksvertreter ausschließen.

Derhalb nun sollte Verlust der staatsbürgerlichen Ehre nie anders als durch selbst unabhängige öffentliche Gerichte und mit Zuziehung eines ehrenreuegerichteten von staatsbürgerlichen Standesgenossen ausgesprochen werden können. Und selbst hierbei behauptet die britische Volkskammer

mit vollem Rechte noch die völlig freie Entscheidung über die menschlichen Bedingungen zur Volksrepräsentation, für sich selbst und in der letzten Instanz sogar für die Wähler, deren Vertrauen hier den Ausschlag geben muß. Jedenfalls macht die unmittelbare oder mittelbare Abhängigkeit der Wahlen von der Regierung die ständische Vertretung zu einer verderblichen Lüge und jene Entscheidung durch unabhängige Strafgerichte noch außerdem zum gefährlichsten Fallstrick für alle ehrlichen männlichen Vaterlands- und Freiheitsfreunde.

Die wichtigsten Mittel für Erhaltung und Förderung der Ehre wurden bereits vorzüglich auch durch die Hinweisung auf das Verhalten der Alten (s. unter IX) genügend angedeutet. Das allerwirksamste Mittel aber ist die strengste Behauptung der Ehre und Sitte von den Regenten, von seiner Umgebung, von dem Adel und von allen Beamten. Hier muß mehr gefordert werden, als nur die Erfüllung des allgemeinen Rechtsgesetzes. Mit Würden und Aemtern, die jeden Augenblick freiwillig aufgegeben werden können, kann und soll die Pflicht der strengsten Achtung und Behauptung von Sitte und Ehre verbunden sein, die Pflicht eines Betragens, wie es von allen Bürgern gewünscht, aber nur durch Beispiel, nicht durch Strafmittel erreicht werden kann. Wie die Sonne in ihrem Reiche überall Licht, Wärme und Leben verbreitet, so wirkt der Glanz reiner Ehre und Strenge des Königs, des Adels und aller Beamten belebend auf alle Gemüther und hält das höhere Gesetz der Gesellschaft, welches sich sichtbar darstellen sollen*), in Würde und hoher sittlicher Haltung, während ihre Ehrlosigkeit, ihre niedrigen Ränke, ihre Lügen unvermeidlich für Ehre und Schande abstumpft und alles Gute vernichtet. Eine Wahrheit, welche die Alten, vorzüglich Solon, der größte Gesetzgeber, Platon und Cicero, so wohl zu würdigen wußten. Strenge also, wie bei Griechen und Römern in ihren schönsten Zeiten, mögen freie, aus den Standesgenossen bestehende Ehrensittengerichte der einzelnen Stände des Adels, der Beamten, der Advocaten, der Volksvertreter über Ehre und Sitte ihrer Glieder richten und jedes unwürdige Mitglied ausstoßen, so die Ehre dieser Stände und ihren wohlthätigen Einfluß für die Ehre und Sitte der Nation bewahren!

So kann die Ehre, so kann die Kraft der Nation geschaffen und erhalten werden. Denn was ist Kraft eines Staates Anderes als die möglichste Vereinigung der Kräfte und der Willen der Bürger für die Rechte, für Staat und Regierung und ihre Aufgaben? In der Demokratie wird dieser Wille durch Furcht geschaffen, welche aber selbst vernichtet und zwar die edelsten Kräfte der Menschen vernichtet, ehe es ihr gemeinsam gelingt, die schlechteren zusammenzuzwingen, von welchen dann selbst wieder eines großen Theiles zum Zwingen bedarf. Das noch ist hier, es ist z. B. in China, wo die Menschen zu Tausenden

*) Cicero de Legib. III. 1.

die Erde fallen, wenn sie einen General sehen, wo ein einziger
Feldherr mit seinem Bambus tausend Bürger in Furcht setzt und in der
Gebiet, auf diese Furcht zu rechnen. In der Theokratie schafft
den rechten Willen der blinde Glaube, im Rechtsstaate
muthigste Bürger im Wesentlichen die freie Achtung und
die Achtung der eigenen und fremden Würde und Bestimmung
für sie, für ihre gemeinschaftlichen Aufgaben gegründeten Ge-
setze die schützenden Behörden. Ohne Ehre und gegenseitige Ach-
tung der Bürger, ohne ihre Achtung gegen Staat und Regierung und
muthig ohne deren Achtungswürdigkeit und Ehre
eine kräftige Vereinigung der Willen, ist die rechtliche Ordnung
Erhaltung und muthvolle Vertheidigung gegen die Angriffe
Interessen und Leidenschaften im Inneren und von Außen
zu erwarten!

Mehr und mehr werden jetzt von allen verständigen Staatsmännern
Wahrheiten anerkannt. Die eine ist, daß überhaupt die
Ordnung und die Macht, in gesitteten Staaten nur
Zugend des Volkes und der Regierung Bestand haben, und daß
für die Sittlichkeit des Volkes die Freiheit, die freie Ver-
einigung unumstößlich ist. Die andere ist die, daß unsere Zeit einen
Wendepunkt zwischen einem Versinken in eine hoffnungslose
Zukunft, gleich der der Römer und Griechen in ihrer späteren Zeit,
und der Erhebung zu einer bisher unbekannten Höhe der Cul-
tur bildet — eine Entscheidungszeit, in welcher nur die
Erhaltung und Förderung der Freiheit, so wie jener göt-
terlichen Grundkraft den Ausschlag zum Guten und Blüthigen
gibt. Auf die Freiheit weist das Staatslexikon überall hin.
Bei den bürgerlich wichtigsten Haupttugenden und die Art ihrer
Erhaltung und Förderung, auf Gesetlichkeit nämlich, auf sitt-
lichen Verhältnissen und Treue hat es ebenfalls be-
sonders mit möglichstem Nachdrucke hingewiesen. (S. „Falschung“,
„Verhältnisse“ und „Gesetlichkeit“.) Zwei an-
dere, Religiosität und Vaterlandsliebe, welche letztere von
der erstern unzertrennlich ist, werden diese Artikel behandeln.
Die Freiheit vereinigend und kräftigend aber wirkt die
Bogen die eigenthümlichste Gefahr unserer heutigen Civilisa-
tion — der Materialismus — gibt es keinen stärkeren Damm,
wahrer Ehre in dem Volke und seiner Regierung.
Für die Erhaltung und Förderung der Ehre und des Ehre-
gefühls, unserer heutigen Verhältnissen entsprechende Aus-
bildung und Leitung ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der gan-
zen Politik. Sie ist um so wichtiger, da die früheren
Verhältnisse, z. B. die des Ritterthums, des Adels, zum Theil durch
verloren sind. Für diese Ausbildung aber müssen, außer
besonderen besonderen Maßregeln, unter dem Schutze würdiger
Männer, vor Allem richtig geordnete Adels- und Standesver-

hältnisse (s. Bd. I. S. 332), Deffentlichkeit und Meinungsfreiheit, Landwehrsystem, freie Gemeinde- und ständische Verfassung und öffentliche und volkswirthschaftliche Gerichte und edle Volksfeste zusammenwirken.

E. Th. Welter.

Injurie, Majestätsbeleidigung und durch beide gegründete Preßvergehen*), Ehrbeleidigung gegen den Kaiser. I. Einleitung. — Die richtige Theorie über Injurien und ihre Bestrafung muß zugleich auch die richtigen Grundsätze über Majestätsbeleidigung und größtentheils auch die über Preßvergehen enthalten. Die Majestät ist nämlich (s. unt. „Infamie“ II) selbst nur die höchste Art der Ehre. Das Majestätsverbrechen im engeren Sinne also (mit Ausschluß des Hochverraths und der Verletzung besonderer Privatrechte, die, so wie die Münzvergehen, aus anderem Gesichtspuncte als dem der Beleidigung des Regenten gestraft werden) — die eigentliche Verletzung der Majestätsehre des Regenten ist nur die barbareste Art der Injurie. Aus diesem richtigen Gesichtspuncte haben die besten Criminalisten, wie z. B. Feuerbach und Grolman, diese Lehre behandelt. Sie kann also nur nach den richtigen Grundsätzen über Injurien beurtheilt werden. Preßvergehen aber sind ebenfalls weit ihrem größten Theile nach nichts Anderes, als Injurien und können also in so weit nur durch die richtigen Grundsätze über sie und mit Beachtung der durch die eigenthümliche Form der Verbrechens sich ergebenden besonderen Gesichtspuncte richtig gewürdigt werden. Insbesondere fallen auch Preßvergehen gegen die Religion größtentheils als Beleidigungen religiöser Gesellschaften unter den Gesichtspunct erhöht straffbarer Injurie. Denn den alten der Blasphemie Grunde gelegten Gedanken einer Injurie gegen Gott hat man nicht mehr aufgegeben.

II. Die rechten Quellen und Principien zur richtigen Beurtheilung der Injurien, der Majestätsbeleidigung und der Preßvergehen. — Diese werden gebildet durch das gemeine deutsche Recht und vorzüglich auch durch dessen älteste Grundlagen, das ächte römische Recht und zugleich durch constitutionellen Grundsätze über Preßfreiheit, insbesondere die englischen. Man wird sich vielleicht wundern über diese Zusammenstellung; man wird diese Uebereinstimmung römischer und englischer constitutioneller Grundsätze bezweifeln. Und dennoch rechtfertigt sie sich bei genauerer Betrachtung. Man vergleiche nur die besten Erörterungen und Gesetzgebungen über constitutionelle Preßfreiheit, z. B. den Blackstone's Commentar des englischen Rechts und Delolme's englischer Staatsverfassung, oder auch die

*) Die Literatur und die Vorbegriffe für diesen Artikel enthält der Anfang des Artikels „Infamie“.

gesetzliche Gesetzgebung vor den Ausnahmsbestimmungen der Preussengesetze mit den gründlichsten Entwicklungen des ächten römischen und deutschen Rechts, vor Allem mit dem classischen Werke Webers über Injurien und Schmähschriften; so wird von dem Resultate nach diese Uebereinstimmung überall bestätigt finden. Besonders tritt sie auch in den besten neueren deutschen constitutionellen Verhandlungen und Gesetzen über Injurien und Pressvergehen vor. Ich rechne hierhin unbedenklich das badische Injurien- und Pressgesetz vom Jahre 1831 und die darüber in den zwei Kammern erfolgten anerkannten theoretischen und praktischen Juristen und Staatsmännern gepflogenen Verhandlungen*). In diesen letzteren sieht man überall — als verstehe es sich von selbst — für die freiesten und rationellsten Bestimmungen über Pressfreiheit sich auf die richtigen römischen Injuriengrundsätze berufen und wiederum diese durch die eng- und französisch-Pressfreiheitsrechte rechtfertigen.

Der wahre Grund dieser merkwürdigen Uebereinstimmung ist folgender. Die römischen gesetzlichen Grundsätze stammten fast sämmtlich von der Zeit römischer Freiheit und blieben derselben auch unter dem römischen Despotismus der Kaiser treu. Den besseren, den natürlichen, den aus freien römischen Rechtsgrundsätzen bezugenen die ächten römischen Grundsätze würdigen deutscher Männerfreiheit. Die christlich kanonischen Gesetze aber so weit diese nicht durch die jetzt als unpraktisch anerkannten theokratisch-hierarchischen Bestimmungen verunstaltet wurden) haben römische und deutsche Grundsätze mit den Principien christlicher Freiheit. So bildete sich — sicher wenigstens in dieser Lehre — das gemeine deutsche Recht**), so wie es hier Weber auch ihm Grolman, v. Almenningen, Feuerbach und so darstellen. Die Römer waren gewöhnt an das freieste männliche Recht in allen täglichen öffentlichen gerichtlichen und politischen Verhandlungen und namentlich in den jedem Bürger freistehenden Anklagen gegen die Höchsten und Wichtigsten. Sie strasten früher, als wir, die Verleumdung und der Beleidigung mit Aufruf zur Gewalt***), die öffentlichen Beleidigungen eben so wenig als dieses die heutigen Gerichte thun. Sie achten insbesondere auch noch in ihren neueren Gesetzen im höchsten Grade die grösste Freiheit des Urtheils und der Erzählung von Thatfachen und vor Allem das Recht und die Pflicht freier männlicher öffentlicher Mittheilung, Ver-

*) Verhandlungen der badischen Kammer Beil. I. S. 122 ff. Verhandl. XII. S. 45 ff.; Beil. XI. S. 231; XIII. S. 113 u. Verhandl. XXXIV. S. 82, 166. Verhandl. XXXIV. S. 292; Beil. XIII. S. 293. Verhandl. XXXVI. S. 126; Beil. IX. S. 126. Verhandl. XXVII. S. 221. Verhandl. der II. Kammer Beil. I. Verhandl. II. S. 197; Beil. V. S. 46 u. 88. Verhandl. I. S. 299.

**) Stein System Ab. I. S. 61, 426, 558, 794.

*) Convivium cum vociferatione Christ Noct. Acad. I. 5. p. 75.

handlung und Kritik über alle gemeinschaftlichen oder öffentlichen Dinge. Dieses Alles aber bildet ja gerade das Wesen der constitutionellen Pressfreiheit und einer wahrhaft liberalen Pressgesetzgebung, wie einer ächt juristischen Injurientheorie.

Das Wesen der richtigen Theorie nun läßt sich nicht schärfer zeichnen, als durch vergleichende Gegenüberstellung der falschen. Es vergleichen daher das bei vielen Deutschen herrschende, aus blödsinnigem Despotismus und unmännlicher, kleinlicher Gesinnung stammende falsche Rechtsgrundprincip über Injurien und Pressfreiheit, dessen Forderungen in der Praxis immer und immer wieder zu Tage kommen, mit dem richtigen, dem ächten gemeinrechtlichen und constitutionellen.

III. Fortsetzung. Das falsche Grundprincip über Injurien und Pressfreiheit. Dieses spricht sich häufig in folgenden Sätzen aus: „Jede Aeußerung, welche durch Inhalt oder Form Eigenschaften oder Handlungen einer Person, eines Privatmannes oder einer öffentlichen Behörde, z. B. eines Ministers, als verächtlich darstellt, oder das vortheilhafte Urtheil über dieselben enthält, ist Verletzung der allgemeinen oder politischen Würde jener Person und damit Verletzung seiner Ehre und seines Zwangsrechtes auf Achtung. Die Freiheit der öffentlichen Meinung, die allgemeine Freiheit des Urtheils und der Mittheilung gibt man zwar gern zu; aber sie wird so sagt man, gleich jeder anderen Freiheit durch das Recht Anderer mithin durch jenes Recht auf Ehre beschränkt *).“

Dieses scheint Vielen ganz unbedenklich zu klingen, und nicht wenige deutsche Praktiker lassen sich bei ihren verworrenen kleinlichen und despotischen juristischen Gesichtspuncten von diesem Principe leiten. Dennoch ist dasselbe grundfalsch. Es widerspricht gänzlich dem gemeinrechtlichen Grundprincipe unseres gemeinen Rechts und aller modernen, aller constitutionellen Freiheit und der wichtigsten rechtlichen Bestimmung von beiden.

1) Es zerstört dasselbe vollständig alle wirkliche Freiheit des Urtheils und der thatsächlichen oder historischen Mittheilung, alle wohlthätige freie Besprechung und Beurtheilung der öffentlichen Verhältnisse, alle Verantwortlichkeit der Diener der Gewalt, alle Controle durch eine freie öffentliche Meinung, ohne welche, wie so richtig jenes berühmte königlich preussische Cabinetsrescript von 1815 an den Staatsminister v. Ungern sagt, die Verhinderung der Mißbräuchen und Willkürlichkeiten der Beamten gar nicht möglich, ohne welche, wie längst alle Sachkundigen auszusprechen und alle Erfahrungen es bestätigten, die Erhaltung freier Verfassung eine schwächliche Träumerei oder ein lügnerisches Gaukelspiel ist.

*) Man sehe ein Musterbild dieser Theorie, wie sie die Praxis häufig ungestaltet, in meinem „Neuen Beitrage zur Lehre von Injurien und Pressfreiheit“ S. 109 ff.

und Injurienverhältnisse hervortreten. Gänzlich anders bestimmt Alles durch:

IV. das richtige gemeinrechtliche und constitutionelle Grundprincip über Injurie und Pressfreiheit. Dieses erklärt nur solche die Eigenschaften oder Handlungen eines Menschen verächtlich darstellende oder das vortheilhafte Urtheil über dieselben störende Aeußerungen als Vergehen der Injurie, welche an sich rechtswidrig sind.

1) Nach dieser Theorie besteht vor Allem das erste und wichtigste Recht, die Grundlage einer freien sittlichen Gesellschaft, das unantastbare Recht aller Glieder derselben: in der Freiheit der Wahrheit, also der ehrlichen Mittheilung von Thatfachen und der Unbedingtheit oder Meinungsäußerung. Es besteht in der Freiheit der öffentlichen Meinung über Alles, was Gegenstand menschlicher Erkenntniß, Erfahrungen und Urtheile sein kann, und vollends über Alles, was die gemeinschaftlichen oder öffentlichen Gesellschaftsverhältnisse betrifft. Eine rechtliche Gesellschaft ohne das Recht der Wahrheitsfreiheit, ohne Mittheilungs- und Urtheilsfreiheit über ihre Verhältnisse und Angelegenheiten, ist ein Unding, ist so wenig vernünftig und frei und vernünftig geordnet und eine freie moralische Persönlichkeit, als ein einzelner Mensch, dem man Sehen und Hören und Sprechen verböte. Niemand hat also ein Recht, die Unterdrückung dieser allgemeinen Freiheit zu seinem Vortheile und vollends zum Vortheile, zur Begünstigung und zum Schutze seiner Unwürdigkeit zu verlangen.

2) Nach diesem richtigen Grundprincipe ruhet alle wahre Freiheit selbst erst auf dem Lichte und der Wahrheit und Freiheit. Unsere römischen und deutschen Gesetze, alle wahrhaft freien Völker und die Wiederhersteller der ächten juristischen Injurientheorien, aber, Almenningen, Grolman und ihre Nachfolger, gehen gemeinschaftlich davon aus, daß alle Ehre und ihre wesentliche Grundlage, der wahre, der probehaltige gute Name, gerade erst durch die freie Freiheit der thatsächlichen Mittheilungen und der Urtheile entsteht. Sie gehen von dem Grundsatz aus, welchen z. B. Grolman (Recht des Criminalr. S. 220) an die Spitze stellt, „daß nur mit unbedingter Freiheit der Urtheile (und der ehrlichen Mittheilung von Thatfachen) die Möglichkeit des guten Namens, als eines Gutes, und die Realität der besonderen bürgerlichen Ehrenvorzüge entstehen kann.“ Sie sagen, wie auch mit den verschiedensten Worten das römische Recht es sagt, daß auch die offene Mittheilung der den Menschen nachtheiligen beschimpfenden Thatfachen straflos, erlaubt, ja heilsam und verdienstlich sei. (Eum, qui nocentem infamavit, non esse bonae aequum, ob eam rem condemnari, peccata enim nocentium non esse et oportere et expedire.) Sie erklären, daß über die Kränkungen der Ehre, Beschimpfungen, die ohne Rechtsverletzung, bloß durch den Gebrauch des Rechts freier Wahrheitsmittheilung,

ungen und Urtheile zugesügt werden, keine Injurien bilden. Namentlich gilt dieses von Redaktionen, welche in der Ausübung öffentlicher Thätigkeit der Vertheidigung der Unterdrückten oder des Vaterlandes, in öffentlichen Anlagern und Kritiken verursacht wurden. (Is, qui jure publico mittit, non videtur injuriae faciendae causa hoc facere; sed, cum executio non habet injuriam.)*) Ganz diesen Grundsatz entsprechend erkldet Grolman (§. 339) mit unseren Gesetzen, selbst nur Weber und anderen Criminalisten auch in Beziehung auf die Ehre der Regierung diese völlige Freiheit der Aeußerungen, der Urtheile über sie, über die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung als die wesentliche Grundlage und als das unentbehrlichste, höchste Mittel, „um das Zutrauen auf die Reinheit des Willens der Regierung zu befestigen, und dadurch erst ihrer Majestät die hohe Verehrung zu versichern, ohne welche die bürgerlichen Verfassungen nicht auf dem Zufalle trogende Dauer rechnen können.“ Der wahre Ruhm, der Name, die wahre bürgerliche Ehre, ihre Realität und der Schutz an dieselbe können in der That nur dadurch bestehen, daß sie sich in jener allgemeinen Freiheit und trotz derselben bewähren und erhalten. Die Ehre eines Mannes, eines Ministers und einer Regierung, die nur im Dunkel und nur durch Unterdrückung der ältesten und wichtigsten Freiheit, nur durch feige und despotische Unterdrückung der Freiheit der Wahrheit bestehen, welche das Licht und die Wahrheit erheben müssen, und durch die letztere vergehen, sind werthlos. So stimmt mit den römischen, altdeutschen und britischen Gesetzen der wahre Sinn aller würdigen freien Völker und Männer.

Nach ihrer richtigen Grundansicht begründet sich auch die Freiheit der Ehre und das ganze Ehrenrecht nur durch das reine Rechtsgesetz und als wahres Rechtsinstitut, nicht bloß als politisches Polizeieinstitut. Das Rechtsgesetz aber selbst heiligt vor allem für alle Menschen die zur Behauptung ihrer Würde vernünftigen Behauptungen, ihrer würdigen Gemeinschaft und ihrer Rechte unentbehrliche rechtliche Möglichkeit freier Mittheilung und Betheuerungen der Wahrheit. Es kennt mithin keine Rechtsforderung auf allgemeine Unterdrückung dieser Wahrheitsfreiheit zum Schutze einer nur durch diese Unterdrückung möglichen, also nur auf Täuschung beruhenden Ehre. Das Rechtsgesetz und unser gemeines Recht anerkennen die Ehre nicht nur die in jener freien ethischen Urtheils- und Wahrheitsbetheuerungen und durch sie sich bildende und bewährende, also mit ihrer Ehre gute Meinung und Achtung oder Ehre der Persönlichkeiten. Es fordert, daß dieselbe ihnen nicht durch Rechtsverletzungen geschmälert oder entzogen werden. So ist alle Ehrbeleidigung,

§. 33. L. 13. §§. 1. 2. G. L. 15. §. 13. L. 18 pr. C. 3 u. 10.
L. 151. 156. §. 1. de divers. reg. jur. Grolman a. a. D. Weber
über Injurien I. 124—128. 214 ff.; III. 2. 218. Martini
Recht §. 166. Fente, Handbuch des Strafrechts II. §§.
125. Duttlinger und Weicker, Vorträge S. 26 u. 87 ff.

das, was ihr gesetzlicher Name Injurie sagt, die Verletzung eines natürlichen Rechts. Ihre Bestimmung und Beurtheilung ist nun dem Rechte überwiesen und der Willkür entzogen. Jene falsche Theorie beschränkte, ja entzog allen Bürgern, dem ganzen Menschenverine ihr natürliches Recht der Mittheilung und Vernehmung von Thatfachen und Urtheilen, das Recht auf Licht und Wahrheit, angeblich zum Schutze der Ehre, in der That aber nur, um die Scheinehre der Schlechten zu beschützen, welche mit jener Wahrheitsfreiheit unverträglich ist, oder um der weibischen und despotischen Empfindlichkeit und Laune der Wenigen zu schmeicheln. Diese wollen lediglich, um nicht ein unangenehmes Urtheil zu hören, ihren Mitbürgern und sich selbst die Freiheit der Mittheilung und das Vernehmen der Wahrheit und die in ihr sich bewährende wahre Ehre rauben. Die richtige Theorie dagegen beschränkt oder bedingt alles Zwangsrecht auf Ehre durch jene unbedingte Wahrheitsfreiheit, nicht bloß weil sie selbst ein Recht ist und das heiligste von allen, sondern weil sogar die wahre Ehre erst durch sie möglich ist. Nach jener falschen Theorie ist Alles Injurie, was Jemandem in Beziehung auf die Achtung Anderer etwa nachtheilig oder empfindlich ist. Nach der richtigen dagegen ist sie nur die rechtswidrige Verletzung des juristischen Ehrenrechts.

V. Die aus dem richtigen juristischen und constitutionellen Grundprincipe abgeleiteten Bedingungen und Eintheilungen der Injurien und die Ehre der Bürger. Zu einer juristisch strafbaren Ehrenkränkung wurden nach unseren Gesetzen dem Bisherigen gemäß folgende vier Bedingungen erforderlich: 1) eine ehrberechtigte Person, 2) wahrhafte Ehrenkränkung, 3) Rechtsverletzung und 4) beleidigende Absicht. Es ist kaum glaublich, wie oft selbst neue Injuriengesetze diese Bedingungen ungenau bezeichnen und wie oft die Richter dieselben falsch auffassen und eine oder die andere ganz übersehen. Ja, es kommen in Deutschland nicht selten Fälle vor, wo die Gerichte, verleitet von jenen obigen falschen Grundansichten, Handlungen als Injurien behandeln und strafen, bei welchen auch nicht eine einzige der vier gesetzlichen Bedingungen vorhanden ist *).

Dieses aber muß als ein wahres Unglück angesehen werden. Denn hierdurch wird gerichtlich Einzelnen schweres Unrecht zugefügt. Es wird ferner die allgemeine Freiheit und Männlichkeit der Urtheile und der Wahrheitsmittheilungen unterdrückt und eine krankhafte Empfindlichkeit genährt und verbreitet. Denn Aeußerungen, die in der

*) Ein Beispiel, wie selbst ein Obergericht eine Aeußerung als Injurie ansah, bei welcher später drei ganze Juristenfacultäten und mit ihnen der oberste Gerichtshof des Landes einstimmig erkannten, daß ihr alle die Bedingungen zu einer Injurie fehlen — daß sie eine Injurie sei, wie Sittenberg's Messer ohne Klinge und Stiel ein Messer — enthalten die citirten Vorträge und neuen Beiträge.

Annahme, daß kein Gericht in ihnen eine Injurie sehen würde, die Gemüthschmerz schnell verschmerzt oder vergessen wären, scheut man nicht, wo sie die Gerichte als wirkliche Ehrbeleidigung darstellen, sich auf sich sitzen zu lassen. Es werden also durch so falsche Anschauung der Injurien diese nicht gemindert, sondern selbst vermehrt und unendlich vermehrt und mit ihnen zugleich die unglücklichsten aller Processe, die Injurien: prozesse, in welchen gewöhnlich statt einer Injurie beide Parteien in ähnlichen Formen sehr viele sich machen und zuletzt beide nach langer Zerkleinerung der Gefühle und nach Verlust von Geld und Gesundheit nicht beiruhigt und nicht gehehrt herausgehen. Um so unglückliche Folgen möglichst zu verhindern, muß die Gesetzgebung und Theorie die Bedingungen möglichst sorgfältig und klar zu bestimmen suchen.

1. Erste Bedingung der Injurie. Sie muß erweislich oder unzweideutig gegen eine bestimmte Person geschehen sein, welche juristisches Ehrenrecht besitzt. Andere Verletzungen und Vergehen, z. B. Vergehungen gegen die öffentliche Ehre, Meineid u. s. w., brauchen nicht gegen eine bestimmte Person gerichtet zu sein. Eine juristische Ehre, als anerkannte Achtung eines würdiger Pflichterfüllung, aber gibt es nur für wirkliche bestimmten Personen. Zwar müssen dieses nicht absolut einzelne Personen sein. Es besitzen auch wahre juristische Personen, Corporationen die menschliche Lebenszwecke, juristische Ehre und können injuriert werden. Staaten namentlich machen auch völkerrechtlich mit Recht ihre Ehre geltend und betrachten rechtswidrige Verletzungen ihrer Ehre so sehr als gerechten Grund zum Kriege. Und da die Ehre, die innere und äußere Achtung des Staats und der Regierung und alle dessen Gesichtspunkte, welche sich daran knüpfen, für die ganze Kraft der Dauer der Staaten wichtiger sind, als materielle Güter, ja da diese für die höheren und edleren Güter viel würdiger sind, als die bloße gemeine materielle, für welche auch die Opfer des Kriege zu groß sind, so läßt sich dieses keineswegs mit Manchen als leicht verwerfen. Karl X. von Frankreich rächte durch einen Krieg gegen den Bey von Algier die Ehrenkränkung eines Fächerschlages gegen seinen Gesandten. Niemand hat ihn darum getadelt. Vielmehr würde man umgekehrt sagen, bloß um Verletzung an materiellen Gütern zu sein die Wesenheit der Verletzung nicht zugleich in Ehrverletzung besteht, sollte kein Krieg geführt werden. Läßt aber ein Volk seine Regierung ungestraft die Ehre verletzen und sich beschimpfen, so hat es sich ihre Achtung und würdige Stellung rauben, so werben es nicht, nach Außen und Innen gering geschätzt, den stärksten Kräfte, die edelste Kraft für würdiges Bestehen und muthvolle Vertheidigung verlieren. Weit weniger wichtig freilich, als die allgemeine Ehre aller selbstständigen Staaten, in welcher sich die kleinen und die

großen völlig gleich stehen, sind die durch besondere völkerrechtliche Observanzen und Verträge begründeten Vorzüge des Ranges, der Titel und besonderer Ceremoniellansprüche *).

Nach dem Ausgeführten können selbst von einzelnen Privatstrafbare Ehrenkränkungen gegen fremde Völker, so wie gegen andere moralische Personen begangen werden.

Stets aber müssen die Bedingungen einer bestimmten wahren moralischen Personeneinheit und ihrer beleidigenden Herabwürdigung solcher vorhanden sein, wenn andere als bestimmte einzelne Personen injuriert sein sollen. Injurien gegen eine bloße Societät und Mehrheit von Personen, gegen einen bloßen Collectivbegriff, wie z. B. deutsche Gelehrte, das Frankfurter Theaterpublicum, bairische Beamte oder Regierung, nicht als die moralische Person des Souveräns, sondern als der Collectivbegriff, als die Gesamtheit aller Zweige der Staatsgewalt, oder auch gegen abstracte Begriffe, wie die französische Verfassung, können nicht gedacht werden **). Nur etwa die vielmehr bei solchen Ausdrücken unzweideutig bezeichneten bestimmten einzelnen Personen könnten hier unter Umständen als *injuriosi* erscheinen, z. B. wenn etwas Ehrenkränkendes gegen alle Beamten einer Stadt geäußert wird.

2) Zweite Bedingung und zugleich die Eintheilung der Injurien. Die Beleidigung muß ferner die bestimmte Person als ihrer Ehrenrechte unwürdig darstellen oder behandeln (sie muß objectiv vere injuriosa sein). Um nun aber richtig zu übersehen, was in Wahrheit, in Widerspruch mit der juristischen Ehre, dieselbe kränkt, müssen wir uns an die im Art. 1 „Infamie“ ausgeführte doppelte unzertrennliche Verbindung und Wechselwirkung der inneren und der äußeren Ehre und der Ehre und des Rechts erinnern. Hiernach war die Ehre, als die anerkannte persönliche Würdigkeit und zugleich als die Grundlage alles Rechts — und mit der Ehre selbst natürlich auch die Ehrverletzung — eintheils je nach den Hauptkreisen der Pflichten und Rechte verschieden. Die allgemeine Privatehre der Rechtsbürger begründet, eben so wie der allgemeine Rechtsvertrag oder rechtliche Frieden, worauf sie ruht, keine besonderen positiven Leistungspflichten eines Bürgers gegen den andern, also auch keine Ehrenrechte mit Pflichten zu Ehrenbezeugungen. Bloße Unterlassungen, z. B. die der Ehrenbezeugung des Hutaßziehens können also hier keine Injurien sein. Nur positive Verletzungen können hier Injurien begründen. Die besondere politische Ehre dagegen, z. B. die Staatsbeamtenehre, begründet, wie der politische Vertrag selbst, auch positive Pflichten, und hier kann während der Ausübung des Amtes auch die Unterlassung der schuldigen Achtungsbezeugung

*) Vergleiche über die Ehre der Völker v. Martens, Europäisches Völkerrecht §. 122 ff.

**) S. Vorträge S. 18.

des Hutausziehens, sofern die übrigen Bedingungen der Injurie
 zum Ehrbeleidigung werden. Nur darf man nie auf absurde
 Weise die Pflichten gegen Beamte während der Amtsaus-
 übung auf die Privatverhältnisse des gesellschaftlichen Lebens, z. B. auf
 Speisung, das Wirthshaus, das Theater, ausdehnen. Hier
 sind alle Bürger als gleiche Privatpersonen gegen einander über
 zu sehen, so weit sie nicht positiv verletzen, ihren individuellen freien
 Meinungen von dem Ethischen folgen. Nach den verschiedenen
 Umständen überhaupt aber wird auch die Frage beurtheilt werden
 müssen, ob etwas eine Person als ihrer Ehre unwürdig darstellt. So
 z. B. eine Nachrede oder eine Aeußerung, die ein Mädchen als
 durch äußere Gewalt, als einen Hagensuß darstellt, keine
 Injurie, während der Vorwurf der Feigheit gegen den Krieger
 gegen kriegspflichtige Bürger eben so injuriös ist, als der Vorwurf
 der Unkeuschheit gegen das Frauenzimmer. Das englische Recht, we-
 nigstens die englische Praxis, beschränkt sogar die Injurien so sehr, daß
 nur dann eine Aeußerung als injuriös ansehen, wenn dieselbe den
 Verurtheilten als juristisch strafbar darstellt. Hiernach wurde ein Jour-
 nalist wegen eines bildlichen Vorwurfes der Unkeuschheit gegen eine
 Person zu tausend Pfund Ehrengenußthuung verurtheilt. Kurz dar-
 auf starb derselbe seitdem zur Wittve gewordenen Frau in einem
 Alter von 12 Monatskupfern jeden Monat einen andern Galan
 zu, worer freigesprochen, weil nun für sie die Unkeuschheit kein juristi-
 sches Vergehen mehr war. Auch viele Entscheidungen der römischen
 Juristen zu derselben Beschränkung hin. Dennoch geben auch
 wir, und wohl mit Recht, einen ausgedehnteren juristischen
 Begriff für eine öffentliche und der Achtung würdige Pflichterfüllung. Nur
 ist jedenfalls die Pflichten von der Art sein, daß sie die Staats-
 pflichten oder die allgemeine öffentliche Meinung als Grundbedin-
 gung der öffentlichen Achtung, als ein juristisches Honestum, von bestimm-
 ten Personen fordert, so daß sie Bestandtheile der
 öffentlichen Ehre bilden. Daß aber gerade Criminalstrafen die
 Ehre bedrohen, dieses ist nicht wesentlich.
 Folgerung ergibt sich auch aus jenem Zusammenhange des
 Ehrbegriffs mit der Ehre, daß Ehrbeleidigungen auch durch Verletzungen
 werden können, welche zunächst nicht die reinen Ehrenrechte,
 sondern sonstige Rechte einer Person betreffen. Man nennt dieselben
 gemischten oder gemischte Injurien und im Gegensatz
 diejenigen, welche bloß die Ehre verletzen, reine oder ideale
 Injurien. Diese sind dann nach der Form ihrer Aeußerung
 in unterlassene Achtungsbezeugungen oder positive Beschimpfun-
 gen zu theilen und sind entweder wörtliche oder bildliche (d. h. som-
 mit andern Zeichen der Gedanken geäußerte). Ihrem In-
 halte nach aber sind alle idealen Injurien entweder Verleum-
 dungen, das heißt wissenschaftlich falsche Erzählung unwahrer ehrenwidri-
 ger Thaten, wodurch der Beleidigte Anderen als ehrenwürdig darge-

stellt wird, oder Injurien im engeren Sinne, durch welche der Beleidiger den Beleidigten selbst schon als unwürdig oder verächtlich behandelt.

Abfichtliche Verletzungen anderer Rechte einer Person erscheinen darum zugleich als Ehrbeleidigung, weil sie im Widerspruch stehen mit der wirklichen rechtlichen Achtung einer juristischen Persönlichkeit. Daher konnte der Wortbegriff Injurie bei den Römern zugleich Ehrbeleidigung und auch jede Rechtsverletzung bezeichnen. Doch mußten natürlich schon die Römer frühzeitig viele Verletzungen von den dem Injuriengesetze angehörenden Verletzungen unterscheiden, und zwar für's Erste alle solche, bei welchen eine civilrechtlich klagbare Vermögensbeeinträchtigung vorzugsweise in Betracht kam und für's Zweite alle diejenigen, bei welchen der Gesichtspunkt eines anderen bestimmten, gesetzlich mit Strafe belegten Vergehens, z. B. eines Raubes, vorwiegend ist *).

Dagegen gibt noch das neueste römische Recht für alle übrigen blosen Rechtsverletzungen, auch wenn sie nicht gerade beabsichtigen den Beleidigten als ehrunwürdig und verächtlich darzustellen und zu behandeln, dennoch die Injurienklage. Das römische Recht festsetzte nämlich besondere benannte Klagen zur gerichtlichen Verfolgung von Unrechts, und da durch die einzelnen bestimmten Klagen nicht alle möglichen Fälle unrechtlicher Verletzungen umfaßt wurden, so fand es heilsam, zur Aushülfe so allgemeine Klagen zu haben, wie wegen Injurien, bei welchen die Schätzungsklage (aestimatoria) dem richterlichen Ermessen freien Spielraum ließ, die Verletzung ganz nach den besonderen Umständen auszugleichen. Auch gibt es allerdings auch böswillige Verletzung sowohl der Status- und der Sachen-, als der Obligationenrechte, die, ohne eigentlich alle Bedingungen von Ehrverletzungen zu haben, doch sehr passend durch die bei der Injurie Statt findende Geldgenugthuung nach richterlicher Schätzung gebüßt werden **). Und hier soll denn, wenn nicht eine neue Gesetzgebung anderweitig ausgeholfen hat, allerdings auch noch jetzt der Richter nach seinem Rechte lieber mit der ästimatorischen Injurienklage helfen, daß er alle Rechtshülfe gegen wahres Unrecht versagt, oder daß er nach anderen, weniger passenden Rechtsmitteln abmißt.

Dennoch scheiden wir auch solche Realinjurien im weiteren Sinne (worin weder der Gesichtspunkt einer wahren Ehrenkränkung, noch der eines bestimmten andern Vergehens oder der Charakter einer klagbaren Vermögensbeeinträchtigung vorherrscht) von dem Begriffe der Injurie im eigentlichen oder engeren Sinne gänzlich aus. Auch das römische Recht unterschied sie, wie allein schon die nach-

*) G. §. B. L. 5. §. 1. L. 17. §. 17. ad leg. Aquil. L. 7. §. 1. L. 1. L. 46 de injuriis. L. 9. §. 5. L. 11 de dolo. L. 3. §. 1—3 stelltenat.

**) 3. B. L. 1. §. 1. L. 7. L. 11. §. 9. L. 15 pr. §. 31. L. 21. §. 1. L. 23—25 de injuriis. L. 2. §. 9 ne quid in loco public. L. 1. §. 38 de p.

schönende Forderung eines animus injuriandi beweist, wesentlich von uneigentlichen Injurien.

Sobald aber bei einer wirklichen Verletzung eines andern Rechts nicht darin bestand, den Verletzten verächtlich zu behandeln, also sein Recht unter die Füße zu treten, sei es nun daß Nachsicht andere Motive diese Absicht bestimmten, alsdann muß diese Handlung vielmehr als wahrhaft objectiv injuriös angesehen werden. Es werden alle absichtlichen Verletzungen der Persönlichkeitsrechte mehr Realinjurien erscheinen, so fern sie nicht in bestimmte Verbrechen übergehen. Durch ihren schon mittelst jener Verletzung eines andern Rechts jedenfalls entschieden rechtsverletzenden Charakter unterscheidet sich die eigentliche Realinjurie von den Beleidigungen, zu welchen sie sonst als symbolische Injurien würde.

Die einer rein idealen Ehrenkränkung nämlich, welche, abgesehen von Verletzung der Ehre, gar nicht rechtsverlegend wäre, ist es vielmehr, eine wahrhafte objective Ehrenkränkung anzunehmen. Ist aber, wenn der Widerspruch derselben mit dem wahren Ehrenrechte unbezweifelbar ist, ist Injurie vorhanden. Bloß empfindliche und empfindliche Sachen, bloße Unhöflichkeiten, Grobheiten, Beleidigungen oder Äußerungen, welche nur von der juristischen Würdigung auf sie Tadel, oder auch Spott ausdrücken und Lachen erregt, muß man durchaus nicht als objectiv injuriös ansehen. Man sagt daher auch mit Recht, daß keineswegs jede Contumace eine Injurie bilde, sondern nur das, was Jemanden als persönlichen Infamie würdig, in diesem Sinne als wahrhaft verächtlich oder behandelt*), was ad infamiam spectat oder ad causam zugesügt wird.

Die dritte Bedingung. Die Beleidigung muß rechtsverlegend (ein factum injustum) sein. Auch selbst wahrhaft die Ehre kränkende Handlungen sind doch alsdann keine strafbare, wenn der, welcher sie zufügte, nicht rechtswidrig handelte. Es ist nicht der Fall A) wenn er nur seine Rechte und rechtlichen Interessen ausübt, entweder die besonderen der Züchtigung, der öffentlichen Beleidigung oder Anklage, oder die allgemeinen der ehelichen Ehre, von Thatsachen oder des freien Urtheils über alle möglichen Umstände und Personen. B) Es ist auch nicht der Fall, wenn ein juristisches Ehrenrecht des Beleidigten verletzt wurde. Gegen ein juristisches Ehrenrecht z. B. ist eine rechtswidrige Verletzung eines Rechts, welches er nicht besitzt, unmöglich. Ueberhaupt aber ist

*) *Principia de const. sap.* IV. 10. L. 1 pr. §. 2. L. 15. §. 5. 12. 25. 27.
 §. 110 der P. O. D. Weber a. a. D. II. S. 218. III.
 10. 14. 18. Feuerbach 276 — 77. 280. 287. 289. Grolman
 11. 218. 220.

Rechtswidrigkeit nur möglich: 1) durch Anwendung von Realinjurien, 2) durch verleumderische, d. h. wissentlich falsche oder unehrliche Äußerung unwahrer objectiv ehrverletzender Handlungen, 3) durch eine etwa vermöge besondern Rechts zu rechtfertigende injuriöse oder Verachtung ausdrückende Behandlung. Diese kann a) bei der höhern in einer bloßen Verweigerung rechtlich schuldiger Achtungsbezeugung stehen. Außerdem kann sie b) bei der höhern und der gemäßigten in einem directen Gebrauche solcher Schelt- oder Schmähworte oder Spitznamen bestehen, welche, wie z. B. die Worte Schurke, Dieb, eine der juristischen Ehre widersprechende Verachtung ausdrücken und überhaupt in Worten oder Thaten, welche eine solche Verachtung aussprechen, wie z. B. das Anhängen des Namens an den Schandpfahl.

Die nach dem Obigen durch das gemeine und das constitutionelle Recht geheiligte und nothwendige unbedingte Freiheit der Äußerung und der ehrlichen Mittheilung von Thatfachen (natürlich von Gerüchten und erweislich mitgetheilten Nachrichten, als solche war freilich für jeden freien Römer und ist für jeden freien Deutschen so natürlich und keiner weitem Rechtfertigung bedürftig, als das Leben. Sie erproben es täglich, daß dabei die wahre Ehre des Mannes nichts zu besorgen hat, und jedenfalls weniger als im Falle der halben oder ganzen Wahrheitsunterdrückung. In ihr schleicht sich nichts hinter dem Rücken, in halblauten Anzüglichkeiten und ohne Namen des Urhebers in geheimen und doch Jedermann kundigen Geschichten herum, wird, weil auch die Wahrheit in's Dunkel flüchten muß, dieser gleich geachtet, und läßt keine männliche Gegenwehr zu. Das offene nachtheilige falsche Urtheil dagegen vernichtet durch's richtige; die falsche Nachrede durch die Wahrheit. Manche Deutsche aber, ungewohnt eines würdigen öffentlichen Lebens und oft noch allzu sehr durch despotische und höfische Verhältnisse durch feige und knechtische Rücksichten bestimmt, können sich noch zu einer männlich consequenten Durchführung jener allein juristischen und zugleich allein constitutionellen Grundsätze der Injurie erheben. Besonders noch manche Juristen möchten durch juristische Beschränkungen, durch polizeiliche und Anstandsrücksichten die unglückliche Vermischung des rein Moralischen und Unmoralischen mit dem Juristischen, durch subjective Rücksichten auf die Form der Äußerung das etwa Kränkende, Schädliche, Grobe der Äußerungen jenem Grundsatz in der Anwendung modifiziren. Vortrefflich aber ist Weber (I. 116. II. 221. III. 18) ausgeführt, daß, so wie es eine streng juristische Grenzlinie und Folgerichtigkeit hier einmal giebt, das furchtbare Reich einer verderblichen, beschränkten Unsicherheit und Willkür beginnt. Kein Richter mehr mit Sicherheit, soll er lossprechen, soll er verurtheilen. Der Bürger darf mehr sich eine männliche aufrichtige Sprache erlauben. Er kann nicht mehr sicher sein, wegen unschuldiger Äußerungen

vielleicht als Majestätsbeleidiger verurtheilt zu werden. Ja, dieser, kein öffentlicher Ankläger oder Inquirent weiß mehr, eine Neuerung als juristische Injurie ansehen und verfolgen, schuldig über sie wegsehen. Keine Möglichkeit bleibt ihnen, eine Meinung zu bilden, wie etwa die Richter in einem Injurienprocess entscheiden würden. Weber und alle tüchtigen Juristen sind auf das Wohlthätigste alle diese Unsicherheiten und Willkür durch männliches Festhalten der gesellschaftlichen Grundsätze und Maximen. Sie erklären mit Grotman §. 220 in Durchdringung der unbedingten Freiheit der Urtheile und der ehrenrührigen von Thatfachen und von Nachrichten, für die man nicht verantwortlich nennen kann, daß „freie Urtheile über Personen und Sachen und Schlüsse, selbst wesentlich falsche Schlüsse aus gegebenen Thatfachen, in keiner Hinsicht Injurien sind.“ Sie erklären, daß die freien Urtheile nicht bloß nutzlos, wenn sie Regierungsbefehle betreffen und wenn sie einem Beamten die zu seinem Amt erforderliche Fähigkeit und Geschicklichkeit absprechen, „sondern wenn sie eine schlechte Absicht und Gesinnung des Menschen offenbaren und ihn selbst als persönlich verachtungswürdig darstellen.“ Sie und besonders auch Weber, und dieses mit Berufung auf die Meinung der ersten deutschen Gerichtshöfe, insbesondere der Reichskammer, bekämpfen vor Allem den Wahn, daß solche Urtheile und Nachrichten bloß durch unschickliche, hässliche, grobe, feindliche Form über dem Betroffenen und seiner Ehre schädliche Wirkung hervorzubringen würden. Weber erklärt es z. B. (I. 126): „Es ist nutzlos, wenn ich urtheile: „der Nachdruck ist ein Diebstahl.“ Mevius ist ein Nachdrucker, folglich meiner Meinung nach ein Dieb.“ Nur darf man nicht direct die Person schimpfen, man dabei aus den Grenzen des eigenen subjectiven Urtheils hinausgreift und den Mann schimpflich und als von der öffentlichen Meinung oder von dem Staate bereits verurtheilt behauptet.“ Weber fügt hinzu: „Gegen die freimüthige Aeußerung dessen, was erhebende Leute von diesem Gewerbe halten, kann selbst die bürgerliche Censur nicht schützen, ohne in einen sehr argen Verstoß auszuweichen. Eine Handlung kann ja an sich schändlich und rechtlich gebildet sein.“ In einer vortrefflichen Auseinandersetzung die Freiheit der tatsächlichen Mittheilungen und Urtheile der bürgerlichen Gesellschaft durch Gesetze weder aufgehoben ist, noch durch den Zweck dieser Gesellschaft je aufgehoben werden kann“, Weber (I. 124) fort: „Wenn man nicht behaupten will, daß die bürgerliche Gesellschaft durch Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft die Rechte der Vernunft und selbst das Vermögen, ihre Gedanken an die Welt zu legen, ganz aufopfert und dagegen sich zu Automaten erniedrigt haben, die nur schweigen und reden dürfen, je nach dem Despotismus für gut findet, sie in Bewegung zu setzen oder

„nicht: so wird man zugeben müssen, daß das freimüthig
 „welches Jemand über vorkommende Dinge für und wider
 „Tag legt, ihn an sich nicht verantwortlich mache, und daß
 „über, so lange bloß von der Aeußerung seiner Meinung,
 „richtige oder nicht, die Rede ist, von keinem menschlichen I
 „gen einer einem Andern dadurch widerfahrenen Beleidigung
 „chenschaft gezogen werden kann. Man darf daher den
 „eines Richters gesetzwidrig, mithin ungerecht, das Verfahren
 „walts Chicanerie, die Behauptung eines Gelehrten abgeschmac
 „oder vernunftwidrig, die Producte eines Künstlers schlecht
 „ein Frauenzimmer häßlich nennen, und, so lange nichts a
 „in Betrachtung kommt, als daß man über Gegenstände
 „sachen seine Meinung gesagt hat, keine Injurienklage
 „Auch wenn das Urtheil falsch wäre, darf doch der Richter
 „fer nicht in's Amt fallen, da es nicht von unserer Willkür
 „so und nicht anders über vorkommende Dinge zu urtheil
 Weber äußert sich insbesondere über schriftstellerischen Tadel
 gierungshandlungen (III. 15) folgendermaßen: „Man muß
 „und rechtskräftigen Urtheile befolgen, mit öffentlichen Anstal
 „Unfug treiben, die Regenten, Gesetzgeber und Obrigkeit
 „aber daraus folgt doch nicht, daß man auch die Thorheiten
 „sehe und obrigkeitlicher Verfügungen, die Ungerechtigkeit, U
 „und den Aberglauben ihrer Urheber ehren muß. Wer sein
 „genheiten bei den Großen, bei den Richtern und Obrigkeit
 „bringt und verhandelt, muß allerdings gewisse Grenzen
 „nommenen Decorums beobachten oder Gefahr laufen, dur
 „nehme Verfügungen zur Ordnung verwiesen zu werden. Der
 „steller dagegen verhandelt seine Sache nicht im Vergl
 „Großen; sein Vortrag ist nicht an diese, nicht an Richter u
 „keiten, sondern an das große Publicum gerichtet, wo ein
 „Mann sein freies Votum hat und keine Einschränkungen
 „Ansehen der Personen, nach Subordination und äußeren
 „hältnissen Statt finden können.“ Nach diesen Ausführun
 denn auch die unrichtigen, jedenfalls zweideutigen Bestimmu
 niemals eine bloße Form eine Injurie begründen könne,
 „schimpfliche Urtheile“ strafbar seien (Feuerbach §. 1
 es auch individuelle Injurien gebe (§. 276), zu berichtigen.

Mit Energie führt ferner Weber, selbst zu einer;
 noch keine constitutionellen Grundsätze galten,
 der Souverän selbst durch jede Beleidigung ge
 Regierung getroffen wurde — weiter aus, daß
 Schriftsteller in Beziehung auf die Form seines Wort
 der Kritik von öffentlichen Maßregeln rechtlich durchaus ni
 sonderes gefordert werden könne, daß auch hier ni
 bloß durch groben Ton und Ausdruck juristische Inj
 Majestätsbeleidigungen entstünden. Ja, er beweiset, daß oft

Druck des Tabels sogar Pflicht des Patrioten sein. Dagegen ist — so sagt er unter Anderem (II. 222) — der härter und stärker Worte dem erlaubten Zwecke alles öffentlichen, nämlich Abschaffung der Mißbräuche zu bewirken und nicht zu behindern, völlig gemäß. Auch ist es sehr natürlich, Mißbräuche und Ungerechtigkeiten u. s. w. den Unwillen des Schriftstellers um so mehr erregen müssen, je mehr er Sinn hat, was recht und gut ist. — Wer ungerechte und thörichte Meinungen tadelt, hat natürlich und kann auch nicht die Absicht haben, für diese Sachen einzunehmen; er will sie als verwerflich und unzulänglich darstellen, und seine Worte müssen also seine Absicht ausdrücken. Hieraus folgt wiederum, daß man nicht die harten Ausdrücke als injuriös und strafbar anerkennen kann, welche bei dem Leser oder Zuhörer Unwillen gegen den Geschworenen hervorzubringen. Das läßt sich gewissermaßen von jedem behaupten, und die entgegengesetzte Ansicht würde also eine schlechte Quelle sein, um das Recht des Schriftstellers, welches dem Allgemeinen zugibt, in der Anwendung durchaus zu vernichten. — Wenn Jemand — so sagt Weber — Mißbräuchen, wobei immer einige Leute ihre Rechnung zu machen suchen, entgegenarbeiten will, so muß er auch den Muth haben, nichts zu unterlassen und nichts zu übergehen, was irgend einer Sache einen Eingang verschaffen kann. — Soll aber die Freiheit der Bürger nicht vom Ohngefähr, von Irrthum oder Laune und der jedesmaligen Stimmung des Richters abhängen — und das ist doch wohl eine Meinung, die Jeder an den Staat zu machen berechtigt ist — sollen nicht ehrliche Richter der Gefahr sehr ungerechter und total verkehrter Urtheile ausgesetzt, die Schriftsteller aber dadurch und vollends durch die ungesunde und gehässige Stimmung der Richter bei jedem pflichtlosen und freimüthigen Urtheile und Tadel stets in Gefahr ungerechter Urtheile gestürzt werden, so darf man nicht harte höhnische und scheltende Ausdrücke zu Vergehen machen, so muß die Zukunft Urtheile allein auf bestimmte Gesetze und Rechtsgrundsätze gründen.“

Dem die ganze Größe der von Weber bezeichneten Gefahren nicht einleuchtet, der blicke nur in ältere und neuere politische Verfassungen. Er blicke in die Länder, in welchen entweder ganz oder theilweis und vollends mit keinerlei freier Verfassung vereinbarte Gesetze von Weber bezeichneten juristischen Grundsätze verlegen und von unerbittlichem Tadel von Regierungsmaßregeln zu Verurtheilung des Staatsbeleidigung oder zu den juristischen Wechselbällen von unethischen Verbrechen der Aufreizung zum Mißvergehen und der Demagogie stempeln, oder wie vollends manche despotische Juristen auch ohne solche despotische neue Gesetze aus gemeinen Rechte die strafrechtliche Verfolgung solcher Handlungen

rechtfertigen wollen! Wie oftmals wird hier eine rechtlich ungeschuldete, vielleicht wohlgemeinte patriotische Aeußerung das Unglück achtbarer Männer! Wie oft werden hier, im Namen der Gerechtigkeit selbst die traurigsten Opfer gebracht, zumal wenn noch Commissionen und andere ministerielle Einwirkungen, wenn Beförderungen servil oder gefälliger Richter, und dagegen Versezungen und Pensionen der rechtlichen die richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit störten! So ließ sich selbst wiederholt die früher vom Throne verkündigte bürgerliche Meinungsfreiheit zur verderblichsten Schlinge unglückliche Bürger machen und die Gedanken- und politische Freiheit durch den Terrorismus der Justiz- und Kerkerorde erstickt!

Dennoch, bei unserer deutschen Ungewohntheit der Preßfreiheit einer kräftigen Sprache, konnten selbst jene trefflichen Ausführungen Weber's noch immer nicht die genügende Wirkung begründen. Wir immer glauben selbst noch manche wohlmeinende Männer, gegen das strenge Recht wenigstens aus politischen Gründen und damit das Einschreiten des Strafrichteramtes wegen eines harten und heftigen Tones und Ausdrucks der öffentlichen Beurtheilungen zu dürfen, weil sie denselben für ganz unnöthig und zugleich schädlich, für gefährlich aufregend und die Achtung der Gesetze und der Regierung schwächend halten. Abgesehen aber von dem Unrecht, welches stets schadet, am Allermeisten, wenn es die Tempel der Gerechtigkeit verunreinigt, abgesehen vollends von der absoluten Unmöglichkeit jeder wahren Rede- und Preßfreiheit mit dieser Theorie, so ist der ganze Grund dieses ungerechten Verfahrens auf einem sehr grobem Irrthume, welchen schon ein Blick auf preßfreie Länder widerlegt. Die frühere Ausführung des Verfassers dieses Artikels suchte dieses Verhältniß dermaßen auszuführen:

„Viele wohlgesinnte Männer fordern vom politischen Schatzkammer und vom Redner in der Ständeversammlung, daß er durch seine Rede kalt berichtend, betrachtend und belehrend, lediglich zum Verstand der Hörer und Leser sprechen solle. Jede warme, zugleich auch die Gefühle und zur Gesinnung sprechende Darstellung, jede solche Weise und in starken ergreifenden Worten ausgesprochene Verurtheilung oder Mißbilligung heißt ihnen verderblich aufregend, ungesund, kränkend, sie heißt ihnen mit bannalen, unwahren Ausdrücken ungeschmackhaft, declamatorisch. Vielleicht der größte, der werthvollste Theil der patriotischen Reden von Demosthenes und Cicero und der besten britischen Parlamentsreden und politischen Schriften ist der besten Zeitungsartikel der edelsten Männer, die Donner der Gerechtigkeit, womit ein Pitt und Fox, ein Burke und D'Ossington falsche Maßregeln und Systeme praktisch zu bekämpfen, ja zu niederzuschmettern, und die Gefühle und Gesinnungen des ganzen Volkes für ihre Ueberzeugungen, ihre Rathschläge und Aufforderungen in Anspruch zu nehmen suchten — diese würden so viele gute Reden sicher als leidenschaftlich und declamatorisch verdammt.

haben sie als eine halbe Rebellion denunciren. Allein gerade durch die Richtung der englischen Literatur zugleich auf Herz und Verstand überhaupt so ungleich viel praktischer und wirksamer, als die der allzu einseitig und kalt betrachtenden und dogmatischen Deutschen.

Es ist denn aber wirklich neben der ruhigen kalten Sprache nur die Sprache, nicht auch im Politischen die wärmere zum Herzen gehende und heilsame? Des Menschen Wille und Streben — ja jede praktische Ueberzeugung — wird ja bestimmt zugleich durch Kopf und Herz. Und wo ein Vaterland ein wahres vaterländisches Leben haben soll, da sollen doch wohl Regierende, Beamte, Bürger, in rechtlichen und patriotischen Gefühlen, zu wahren praktischen Ueberzeugungen, zu thatsächlichen Bestrebungen anzuregen dürfen! Wären wohl ohne dieses die englische Emanzipation der Katholiken und die Parlamentsreform wirklich geworden, die Revolution wirklich geworden? Ja, hätten sich etwa ohne diese warme freie Sprache, angeregt durch das furchtbare Beispiel, die glorreichen politischen Reformen in Preußen und erst 1815 die bewundernswerthen allgemeinen Anstrengungen und das Heile von Thron und Volk entwickeln können? Hätte ohne das Feuer und die kühne begeisterte Freiheitskraft seiner Rede die Reformation bewirkt? Auch ist es ja gerade eine besondere Wirkung der Pressfreiheit, daß sie den Regierungen einen lebendigen Abbild nicht bloß der Meinungen, sondern auch der Leidenschaften des politisch thatkräftigen Theils der Nation gebe, des Volks, welchen die Ereignisse, Maßregeln und politischen Handlungen bei ihr begünden, um sie dadurch zu leiten in Ausfüh- rungen und Nöthigen, zu warnen vor dem Verderblichen! Ist nicht die volle Freiheit der öffentlichen Sprache unentbehrlich, um in den Zeiten der Ruhe nöthig, damit sie nicht in Zeiten der Noth — wo keine Macht sie hemmen kann — mit der Kraft der That und ohne die nöthige Prüfung vielleicht feindselig, höchst einseitig wirke!

War solche ganz freie, solche warme Rede ist dennoch vielleicht auch für die Ruhe, für die Achtung der Regierungen und der Verwaltungen in Deutschland und in der heutigen Zeit? Auch hier ist eine gründliche Erfahrung und Erforschung der Natur der Sache das Gegentheil. Nirgends ist die Rede freier, freier als zum Herzen, nein wahrhaft zu jeder Leidenschaft, und nicht bloß in Schriften und Blättern gebildeter Verfasser und für Gebildete, sondern die wahre Demagogen und Pöbelanführer, selbst in den schrankenlosen Volksversammlungen von Hunderttausenden — und das bei so vielen unnatürlichen, dem Volksfrieden schädlichen Verhältnissen und bei so großen Beschränkungen der Regierungs- und Beamten Gewalt gegen die Freiheit, wie dieses Alles in Deutschland nie und nir-

gends Statt findet — und dennoch, wo ist die Achtung des und der Regierung größer und wirksamer, als im freiesten Land? Auch bei uns also wird neben der Rede zum Kopfe Rede zum Herzen eben so für den Frieden und die gesellschaftliche wie für die Freiheit sich heilsam bewähren. Ich will schweigen daß das, was man gegen die volle Redefreiheit und für eine rassistische Bestrafung freier, vielleicht tadelnswerth bitterer und Reden anführt, gerade ein neuer Grund gegen ihre Gefährlichkeit ist. Ich meine die Verbindung der Nation nur durch ein Bundesrecht die Theilung in viele besondere Staaten und Verfassungen. In einzelnen derselben mit ihren natürlichen besonderen Beziehungen und Schwerkraften bildet — wie wir es ja bei der unbeschränkten Freiheit der schriftlichen Rede, wie der Volksversammlungen in der Schweiz vor Augen sehen — einen neuen Damm für schnelle allgemeine begeisterte Aufnahme einer Neuerung, einer guten und vollends einer thörichten und revolutionären. Und endlich, der Friede der Bundesstaaten unter einander ist jetzt Freiheit des Wortes in der Schweiz größer als ohne dieselbe zuvor. Aber fragen wir — wenn denn ewig die wesentlichsten Rechte uns Deutschen als gefährlich sollen entzogen werden, fragen wir doch vor Allem: wie ist überhaupt die Lage aller knechtischen Völker, in welchen die Forderung nach zeitgemäßer Regelung und Reform ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse, nach freier Stellung der Nation unter den gestifteten freien Staaten der Welt einmal erwacht ist, und welche nicht mehr in ganz den Zustand zurückgeführt werden können? Wie ist die gegenwärtige Lage von Deutschland? Was für mögliche Wendungen unser Schicksal nehmen? Sicher nur zwei: die der freien gesellschaftlichen Reform mit Erhaltung der Ordnung unserer Regierungen oder die der Revolution. Die aber, wie läßt sie sich durchführen und sichern gegen die verflüchtigen verblendeten Freunde des Veralteten und bei der derrauflichen Untergange der früheren Schutzmittel selbstständiger Völker? Wie läßt sie sich durchführen gegen unsere jetzt nur in die Fesseln der Alten gekleidete, vorher nie in solchem Maße schrankenlose Regierung und Beamtenmacht, gegen die zahlreichen und mächtigen inneren äußeren Gegner jeder wahren Freiheit? Sicher nur solchergeß durch lebendige und starke Kraft der öffentlichen Meinung das Gute und Rechte auf gesetzlichem Wege so weit möglich wie neulich in England, die ganze Nation gewonnen wird und mehr und in immer größerer Eintracht friedlich für das Beste eintrifft, so daß die feindseligen, die vielleicht von Außen und Kräfte jeden gewaltsamen verletzenden Angriff gegen die legitime Rechte und Rechte der jetzt dichtgeschlossenen Reihen der Nation müssen. Siegt aber das Rechte, der dem Leben natürliche unabweisliche Fortschritt der freien Entwicklung, nicht auf solche

den die unterdrückten Kräfte zuerst unter sich, die Elemente selbst in verkehrten zwieträchigen religiösen, politischen und materiellen Bindungen auf, und zuletzt ist die Explosion, ist innerer kühnerer Krieg unvermeidlich. — Ja, wäre selbst dieses letzte selbst die ganze große und wesentliche politische Reform in Summe, wie sie in den Freiheitskriegen einstimmig von dem Volke verlangt, von den Fürsten zugesagt wurde, sich unterdrücken, ließen nach der endlich bald vollständigen Befreiung aller älteren Gassen von Recht und Freiheit, nun auch die neuen vermeiden oder lösbaren Schreine entkräften, so würde ja dennoch zuletzt Krieg, der Fremden und der Deutschen unter einander und Zerstückelung dieses unglücklichsten Bestrebens sein. Denn täusche man sich ja nicht: — Alles, was der deutschen Nation bisher Ruhm, Ehre, Vorzüge vor anderen Völkern gab — dieses Alles verlor sie früherer deutscher Freiheit! Sie verdankt es einer Freiheit, welche, wie lückenhaft auch immerhin die reichs- und landständischen, städtischen und Corporationsverfassungen und die selbstständigen Rechte des ehemüthigen Reiches sein mochten, doch rechtlich selbstständiger und ausgedehnter war, als der Rechtszustand der meisten übrigen europäischen Länder, als der von Italien, Spanien, Frankreich, ja selbst von England bis 1689 sie darbot. Alle, alle alten Vollwerke des bürgerlichen Recht und für deutsche Männerfreiheit werden nach und nach zerstört; und es ist nur die einzige Frage: soll rechtlich unbeschränkte Herrscher- und Beamtenwillkür und immer unselbstständiger und serviler Stellung aller Classen der Bürger gegen dieselbe an die Stelle treten, oder vielmehr ein neuer wahrer Rechtszustand durch demokratische Verfassung, die aber bekanntlich nur durch die völlige Freiheit Wahrheit zum Schutze der Freiheit tauglich ist? — Das Erste und nicht das Letzte der Fall, so sanken wir unvermeidlich. Und wenn alledann nur erst die wohlthätigen Folgen unseres letzten Freiheitskriegerischen Aufschwunges allmählig verschwunden sind, so sanken wir noch schneller, zur Beute reifend für die Nachbarn in Ost und West. — Die vierte Bedingung. Die Beleidigung muß in der bösen Absicht, die Ehrenrechte zu verletzen (sie muß *dolo*, und *in damno injuriandi*), zugefügt, oder sie muß auch *subjectiv* in der Absicht sein. Eine *culpöse* Injurie ist in jeder Rücksicht ein juristischer Vorwurf. Die Gesetze unseres gemeinen Rechts fordern mit absoluter Entschiedenheit zum Begriffe einer strafbaren Injurie: *Dolus* oder, was bekanntlich zum Wesen alles Strafrechts gehört und was bei der Injurie die Gesetze noch ausdrücklich verlangen: böse Absicht mit dem Bewußtsein der Rechtsverletzung.

L. 8. §. 8. de inasp. ventre. L. 3. §§. 1. 2. L. 11. pr. L. 15. §. 13. 25-27. 32. u. C. 5. de injur. L. 32. pr. de oblig. et act. §. 4. *locum conduct.* Feuerbach §. 54. Weber I. 46 u. 50. 82. de Beiträgen S. 120 und neuen Beiträgen S. 195.
 Zeitschr. d. Verles. VIII. 24

b) Sie fordern aber insbesondere ehrbeleidigende böse Absicht oder eine solche bewußt rechtsverletzende böse Absicht, eine bestimmte Person gerade durch eine Verletzung seines Ehrenrechts oder durch rechtswidrigen Ausdruck der Verachtung zu kränken *).

Diese böse und ehrbeleidigende Absicht aber muß als eine Sache, als eine thatsächliche Voraussetzung einer Injurienklage von Kläger erwiesen werden. Freilich hatten noch vor einiger Zeit die schon Criminalisten die furchtbare Theorie, daß überhaupt der Thäter rechtlich vermuthet, und also ein Angeklagter immer so lange wegen Muthmaßens oder wegen höheren Grades der Schuld verurtheilt werden muß bis er so glücklich sei, seine Unschuld oder geringere Schuld zu erweisen. Hiernach wurde denn natürlich auch die Beziehung auf Ehrenkränkungen die böse ehrbeleidigende Absicht zum Beweis ausgenommen. Nachdem aber die Vernunftwidrigkeit und Unmöglichkeit dieser Theorie und zugleich ihr Widerspruch mit den Grundsätzen nachgewiesen wurde **), nahmen selbst die früheren hauptsächlich Vertheidiger der entgegenstehenden Theorie, wie z. B. Feuerbach, dieselbe zurück. Alle besseren Juristen fordern daher auch jetzt den Beweis der bösen ehrbeleidigenden Absicht ***). Ganz von selbst versteht es sich freilich, daß dieser Beweis, außer dem Geständnis hier, wie überall, auch aus der Art und den erwiesenen Umständen der Handlung oder aus genügenden juristischen Indicien geführt und ergänzt werden kann. So wie z. B. die böse Absicht, zu tödten schon aus den Umständen erwiesen ist, wenn Jemand seinem Gegner den Kopf vom Rumpfe schnitt, eben so wird auch die Absicht, zu beleidigen, durch die Umstände erwiesen sein, wenn es erwiesen ist, daß Jemand seinen Gegner in persönlicher Aufreizung einem Schimpfe schimpfte oder ihm eine Ohrfeige gab. Dieses ist nur Folge des allgemeinen Grundsatzes über den Beweis, nicht Ausnahme, wie Manche meinten.

VI. Ausnahmen von diesen gesetzlichen Bedingungen der Injurie bei Preßvergehen. — Eines der wichtigsten Grundgesetze für alle rechtlichen Bestimmungen ist Harmonie und Consequenz in der Durchführung der juristischen Grundsätze und Gesichtspunkte. Deshalb ist es so wichtig, die Strafgesetze wegen Preßvergehen nicht aus dem allgemeinen Rechtsorganismus als etwas

*) S. die vorige Note und neues Archiv des Criminalrechts Bd. IV. S. 275. Henke, Handbuch II. 123. Martin §. 165. derjenige soll nach jenen Gesetzen Injuriant sein: qui scit, se injuriam facere und welcher infamandi causa oder ad infamiam einer bestimmten Person Beleidigung vornahm, nicht der aus anderen Beweggründen, etwa quia credidit oder animo praecipendi, kränkte.

**) In meinen letzten Gründen von Recht, Staat, Strafe 572, hierauf in Abhandlungen von Wening, Borst, Rosshirt, Welter, Lehrb. des Strafrechts §§. 83 u. 154. (S. auch L. 5. §. 8. injur. C. 18. ex quib. caus. infam.)

**) Feuerbach §. 87 u. 279. Henke, Handbuch II. §. 123. Welter, Lehrb. des Strafrechts §§. 83 u. 154. (S. auch L. 5. §. 8. injur. C. 18. ex quib. caus. infam.)

enthümlichkeiten herauszuleiten. So wie mithin die besten Juristen davon in der Lehre von der Majestätsbeleidigung die richtigen gerechten Maßpunkte zur Herrschaft brachten, daß sie dieselbe — als das, was dem juristischen Grundwesen nach ist, als Injurie behandelten, so muß man es auch mit den Presßvergehen machen, so weit sie davon sind. Jedoch begründen allerdings die besonderen Verhältnisse die Eigentümlichkeiten.

1. Manche Gesetze über die censurfreie Presse haben die Strafbestimmungen über Injurien verschärft. Sie bestrafen die Injurien durch die größere Öffentlichkeit der Injurie rechtfertigt. So ist die Injurie genau zusammenhängt mit der Ausübung des so wohlthätigen öffentlichen Rechts, ja für die Journalisten der öffentlichen Pflicht, die öffentlichen Mißbräuche und verderblichen Maßregeln zu bekämpfen, ist wohl umgekehrt eher eine mildere Behandlung notwendig. Bei der Ausübung dieses Rechts und dieser Pflicht können auch Excesse Statt finden, welche keineswegs zu billigen sind. Dennoch wird schon nach den zuvor erwähnten Gesetzen des öffentlichen Rechts hier oft die Absicht der Beleidigung fehlen, gering oder gar nicht erkennbar sein. Bei einiger Erfahrung in der Pressefreiheit können auch die Gesetze und Provis hier mildern. So thun es zum Theil die englischen und — abgesehen nur von den Ausnahmestrafen des Septemberegesetzes — auch die französischen. Beide sind noch milder, als unsere auf einige Bestimmungen des römischen *Lexicon juris* schlecht begründeten deutschen Compendiums- und mehrere neuere Gesetzgebungen.

2. Den constitutionellen Grundzug, daß in den ständischen Verfassungen niemals irgend ein Adel gegen den Fürsten oder etw. and. ihm moralisch verantwortlich machte, eingemischt werden darf, und diese moralische wie gerichtliche Verantwortlichmachen sich auf die Presse beschränken soll, hat man in Frankreich auch auf die Presse übertragen. Hiernach wird eine schriftstellerische Erzählung unwürdiger Aussagen vom Könige, ohne Rücksicht auf die Einrede der Wahrheit und ein beleidigendes tadelndes Urtheil über ihn, ohne Rücksicht auf die Verhältnissfreiheit, gestraft. Dieses ist auch da, wo wahre Verantwortlichkeit der Minister Statt findet, allerdings zur Bewahrung der öffentlichen Ehre vor dem Fürsten sehr zu billigen, wenn gleich jedes Gefühl und Urtheil die durch die französischen Septemberegesetze bestimmten Strafen und die noch härteren einiger neueren deutschen Gesetze als unverhältnißmäßig finden wird. Vollenbs wenn man diese Gesetze ohne wahre Absicht der Beleidigung straft, so ist doppelte Strafe nöthig. Gegen die ganze Bestimmung hat man freilich einwenden auch bei dem unbedingten Verbote, selbst ohne Rücksicht auf die Verhältnissfreiheit vom Könige nichts Nachtheiliges drucken zu lassen. Und die Presse doch Mittel, ihre Gedanken über ihn auszudrücken und bestimmte Thatfachen auf seine Rechnung zu schreiben.

Dieses ist allerdings wahr, wie man in den heutigen französischen Gesetzen sieht. Aber gerade dieses spricht für die Maßregel. Denn kann man dieser nicht absolute Unterdrückung der Wahrheit und Urtheils zur Last legen. Und doch wird durch sie zugleich die Majestät und ihre so heilsame moralische Achtung wohlthätig vor rohen Angriffen geschützt.

3) Eine nicht verschärfende, sondern mildernde und zugleich natürliche und sehr politische Bestimmung über die Majestätsbeleidigung enthält das römische Recht in der vortrefflichen Constit. unic. si imperatori maledixerit. Die Kaiser Theodosius, Arcadius, Honorius verordnen hier: sie wollten nicht, daß man bloß wörtliche (und bildliche) Majestätsbeleidigungen strafe. Wenn sie aus Leichtsinne entstünden, so seien sie zu verachten, wenn aus Ueberwitz, so erwecke sie Mitleid, wenn aus beleidigender Absicht, so wären sie zu verurtheilen. Jedensfalls aber solle man über solche Beleidigung, ehe man gegen den Beleidiger irgend etwas ihm Unangenehmes vornimmt, an den Kaiser berichten, damit er nach den Verhältnissen der Sache zuvor erwäge, ob er sie zu übersehen oder ihre gerichtliche Befolgung anzuordnen für gut finde *). Das Gesetz hat zu seiner Rechtsgrundlage das Recht jedes Beleidigten, zu entscheiden, ob eine Beleidigung gegen ihn verfolgt werden soll. Außerdem gründet es sich auf die in der römischen Kaiserzeit reichlich gemachte Erfahrung, daß Majestätsprocesse keineswegs die Mittel zur Begründung und Vermehrung von Liebe und Verehrung sind und den Fürsten selbst sehr leicht compromittiren können. Jedensfalls beraubt es den Fürsten der natürlichen Freiheit, die sicher kein Privatmann aufgeben möchte, der Freiheit, zu beurtheilen, ob er eine Beleidigung seiner Ehre nachtheilig und einen Injurienproceß derselben vorthellhaft halte, wenn man ohne Ermächtigung von Amts wegen Majestätsbeleidigungen verfolgt. Enechtischer, übertriebener Eifer der Diener sucht überhaupt nur in Dingen, die den Fürsten gar nicht berühren, die vielleicht gar nur diese Diener treffen und mit Recht treffen, die fürstliche Ehre gekränkt vorzuschieben. Friedrich der Große, als ihm eine seltene Kritik einer Verfügung eines königlichen Bürgermeisters Majestätsbeleidigung benuncirt wurde, verbat sich, daß man nicht das Dumme, was in seinem Reiche geschehe, auf seine Rechnung schreibe. Und es mußte wohl wenig ächt fürstliches, stolzes und

*) Die Worte des merkwürdigen Gesetzes sind: „Si quis modestus scius et pudoris ignarus, improbo petulantique maledicto nomina crediderit lacessenda ac, temulentia turbulentus, obtreceptor temporum strorum fuerit, eum poenae nolumus subjugari, neque durum aliquid, que asperum volumus sustinere, quoniam, si id ex levitate processerit, temnendum est, si ex insania, miseratione dignissimum, si ab injuria remittendum. Unde, integris omnibus, hoc ad nostram scientiam feratur, ut ex personis hominum dicta pensemus, et, utrum praeter an exquiri debeant censeamus.“

Gefühl der fürstlichen Würde in einem solchen Fürsten wohnen, dieselbe nicht als hoch über einer wüthlichen Aufwallung stehend, der nicht die wahrhaft fürstlichen Gesinnungen und Ansichten des römischen Kaiser theilen sollte. Die Fürsten, unter deren Scepter die Freiheit am Freiesten ist, und auch gegen sie selbst, werden als die am meisten geliebt. So war es z. B. land- und weisekundig in dem alten Vaterlande Hessen, unter der Regierung des ehrwürdigen Großherzogs Ludwig I., der niemals Censur in seinem Lande, auch nicht nach 1819, der nie einem Mißbrauche der unbegrenzten Redefreiheit nachspüren oder ihn bestrafen ließ. Gute Fürsten nähren sich in diesem Punkte wirklich dem Ansehen der Gottheit, die ja die gesündere Weisheit unserer civilisirten Zeit auch nicht mehr die Criminalstrafen der Gotteslästerung zu Hülf kommen zu müssen.

4. Eine fernere Ausnahme von den allgemeinen Injuriengründen, die aber — die Zeiten kaum unterdrückten Bürgerkriegs etwa genommen — wohl keine Billigung verdient, besteht in den Strafbestimmungen gegen eine nicht zu Verbrechen auffordernde, nicht injurirende Meinungsäußerung über das Recht und die Güte bestehender oder nicht bestehender Regierungen, und Verfassungsverhältnisse. Es ist dieses eine nur zu rechtfertigende Ausnahme von den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, eine gefährliche Unterdrückung der freien Prüfung und Meinungsäußerung gerade über die wichtigsten Gegenstände der politischen Wahrheit und selbst über alle nothwendigen Reformen. Wo soll auch hier eine sichere Grenze gefunden werden? Hat man ja doch sogar in Deutschland die Vertheidigung und Anpreisung ständischer Verfassung zu einem stillen Hochverrathe erklären wollen, während die meisten alle achtbaren Juristen hierin nichts Strafbares finden und den erwiesenen Willen, rechtlich bestehende Regierungen, oder Verfassungsverhältnisse mit rechtswidriger Gewaltthätigkeit zu ändern, und die Schrift als Mittel hierzu anzuwenden, hochverräterisch zu erklären. Es ist das traurigste Zeichen für die Nichtgüte einer Regierung und Verfassungsrichtung, wenn man für nöthig halten kann, die freie Prüfung und Meinungsäußerung über sie und über ihre Ideale und Reformen zu unterdrücken. Und jene Unterdrückung ist das traurigste und unwirksamste Mittel, eine Regierung und Verfassung wahrhaft zu befestigen und den Bürgern theuer zu machen. Man würde auch nicht, daß die in dieser Hinsicht in den französischen Verordnungen dem Könige gegebene Sicherung seiner Rechte seinen Verordnungen befestigt hat. Sie hat aber Mordversuche zur Folge gehabt.

5. Eine weitere Ausnahme von den allgemeinen rechtlichen Gründen der Injurien ist das ebenfalls im französischen Pressegesez enthaltene Verbot der Mittheilung selbst wahrer ehrenrühriger Thatfachen aus dem Privatleben der Bürger. Diese Bestimmung hat Vieles sich und Vieles gegen sich. Es ist allerdings wünschenswerth, daß

die Privatehre, der Liebe der Familien und das häusliche Glück ge-
 böse Nachreden in so großen Kreisen, wie die der Leser der Druck-
 ten gewöhnlich sind, gänzlich geschützt werde. Man kann auch
 in dem kleineren Kreise, den die nicht zu verhindernde mündliche
 theilung durchläuft, gibt schon die Kenntniß der betreffenden Person
 und bei Klagen wegen Verleumdungen auch die Kenntniß des Proceß
 ein Schuzmittel gegen die bösen Wirkungen unwahrer Nachreden,
 ches in jenen größeren Kreisen fehlt. Auf der anderen Seite aber
 es auch gar bedenklich, das Recht, die Wahrheit zu sagen, so
 durch ein Ausnahmsgesetz aufzuheben. Es ist wahr, was das röm-
 Recht sagt, daß es gut ist, wenn der Schuldige entlarvt, das Schim-
 liche durch öffentliche Schande gestraft wird, wahr, daß die Presse
 als die einzige heutige wohlthätige Censur gegen Sittenlosigkeit
 Auch hier gilt der große Grundsatz: das Gericht des Bösen ist es,
 die Wahrheit in die Welt kommt. Die Bestimmung aber, daß
 gerichtlich widerlegte und streng bestrafte verleumderische Nachreden
 öffentlichen Blättern mitgetheilt werde, verbreitet auch in größeren
 fen den Sieg und Triumph der Unschuld. Auch wird man
 schwerlich von der Freiheit solcher Mittheilungen etwa für die zu
 Sitten verderblichere Wirkungen durch Skandal besorgen müssen,
 gute durch die heilsame Furcht vor der öffentlichen Beschämung
 der Schande sowohl der enthüllten Verleumdung, als auch der
 ren öffentlich mitgetheilten Unwürdigkeiten. Man bedenke nur die
 lich unermesslich wohlthätige Wirkung eines öffentlichen Censurges
 wie es z. B. in dem neuerlichen Processe Visquet's in Paris ge-
 auch über Unwürdigkeiten des Privatlebens durch ein moralisch
 ges Zusammenwirken des Präsidenten, des Staatsprocurators und
 ganzen Auditoriums sich bildete. Aus leichtsinnigen Klatschgeschichten
 und unsittlichen Theater Vorstellungen oder aus noch schlechteren
 sammlungen mag Frivolität und Sittenlosigkeit Nahrung und
 zung schöpfen; aus so ernstem und würdigem, für alle betheilig-
 Sünder so furchtbaren Sittengerichte, wie ein solcher Proceß ist,
 der laut werdenden öffentlichen Stimme der Ehre und Würde ge-
 das Unwürdige — hieraus kann nur Heilsames hervorgehen.

Will man indes die erste Rücksicht überwiegen lassen, so dar-
 nchstens die zu einem öffentlichen Skandal bereits gediehene
 würdigkeit des Privatlebens — es darf vor Allem ein die Beam-
 chre verlegendes unwürdiges Benehmen der öffentlichen Beamten
 so wenig als unwürdiger Gebrauch der Amtsrechte unter jenen
 nahmschutz gestellt sein. Auch wird das Gericht mit Recht statt
 rührige Nachreden, alsdann, wenn der wirklich verleumderische
 rakter derselben unzweifelhaft ist, beträchtlich härter strafen —
 hier soll billig und auch nach unseren Gesetzen die Strafe sehr
 fein — als eine böse Nachrede, die lediglich wegen Ausschließung
 Einrede der Wahrheit und des Wahrheitsbeweises gestraft werden
 Freilich kann jene verdiente härtere Strafe unzweifelhafter Verleum-

Volneswegs vollständig und folgerichtig und regelmäßig eintreten, weil in der Regel die Wahrheit nicht untersucht wird.

Dies aber bleibt die schlimmste Seite dieser ganzen Ausnahmabehandlung, daß der unschuldig Verleumdete durch sie einen Hauptschutz der Ehre einbüßt. Dieses ergibt sich auch noch aus dem Folgenden. Gerade bei solchen Personen, von deren Privatleben zu sprechen, die der Mühe werth hält, verbreiten sich auch die bloß mündlich Dunkel herumflehenden Verleumdungen im ganzen Lande. Aber Verleumdete kann sie hier nicht so leicht unschädlich machen. Jeder weiß da, wo die Wahrheit völlig frei ist, Jeder, wenn er von anderen Männern Unwürdigkeiten hinter ihrem Rücken herumtrabtet: wäre Wahrheit in den Nachreden, so würde er nicht in der öffentlichen Presse unbescholten da stehen. Verleumdungen, die hier nicht in die öffentlichen Blätter gelangen können, ohne widerlegt zu werden, verlieren also ihren Stachel. Wenn dagegen bei dem Verbote der Veröffentlichung aus dem Privatleben dennoch ein Blatt eine Verleumdung aufnimmt, was trotz des Verbotes doch auch öfter geschieht, so muß eine Verurtheilung ohne Ermittlung der Unwahrheit, die ja hier die Ehre finden soll, für die gekränkte Ehre keine befriedigende Genugthuung geben. So wird es begreiflich, daß die Briten in ihrer Verfassung nicht gegen ihre Gesetze jene Beschränkung der Wahrheitsmittheilung ganz aufgehoben haben und sich sehr wohl dabei befinden. Die Empfindung führt man fast keine Injurien- und Proceßprocesse außer gegen schwerwiegenden Verleumdungen. Da aber hier der Angeklagte auf seinen angeblichen Beweisen oder mit deren Mangel dem Tathatende gegenübergestellt wird, so erhält nun der verleumderisch Genugthuung.

Es daher nur immerhin überall die Wahrheit frei, und lieber ein Strafgesetz und Gericht gegen Unwahrheit und strafbare Frechheit, als strenger, als man es vielleicht aus allgemeinen Gesichtspunkten billigen könnte. Auch die strengsten Strafgesetze wird jeder Schriftsteller die Wahrheit und seinen hohen Beruf achtet, der ein Gesetz seiner Würde und ihrer Kränkung durch jede vorausgehende, dem Dunkel unterdrückende menschliche Censur in sich trägt, unendlich dieser letzteren vorziehen — unendlich wie die Freiheit, auch die Knechtschaft, die Wahrheit, auch die Herbe, der

III. Ueber die Gerichte bei den Injurien. Mehr als in anderen Streitsachen eignet sich natürlich und schon aus den in dem Artikel „Infamie“ ausgeführten Gründen für Injurienproceß, vol-

*) In Beziehung auf eine ausführlichere Begründung der ganzen hier enthaltenen Theorie über Injurien und Vergehens muß hier auf die oben citirte Abhandlung verwiesen werden; vor Allem auf das nie genug zu preisende Werk von Meber. Der citirte neue Beitrag von mir erhält wohl seinen Werth, daß er die Bestätigung der hier vertheidigten Grundsätze durch die Gutachten der Juristenfacultäten von Heidelberg, Kiel und Tübingen gibt.

lenbs für Proceſſe, die Verbindung eines Schwurgerichts mit den Staatsrichtern. Es iſt ein dreifacher Geſichtspunct, welcher bei Behandlung der Injurienſtreitigkeiten leiten muß; für's Erſte die wirkliche Genugthuung des Beleidigten, für's Zweite die politische Schügung von Frieden und Ruhe zwischen den Streitenden und für Dritte endlich die polizeiliche Erhaltung des Ehrgefühls unter den Bürgern. Der zweite Geſichtspunct herrſcht vor in den engliſchen Strafgeſetzen. Für alle drei Zwecke eignet ſich übrigens in den meiſten Fällen die Buße oder das Löſegeld der Geldgenugthuungen des römischen, altdeutſchen und engliſchen Rechts. Allen aber entſpricht das Genoffengericht. Auch könnten vielleicht die fatalen Injurienproceſſe durch einen hier doppelt nothwendigen vorherigen Sühnverſuch vor einem Schiedsgerichte, bei den Ständen, unter welchen das Duell gewöhnlich iſt, vor einem Standesgenoffengerichte möglichſt bewirkt werden. Der Adel hatte früher häufig ſolche Standesgenoffengerichte in Deſterreich, Schleſien, der Lauſitz zum Theil bis in neuere Zeiten (*judicia heroica*). Auf Univerſitäten gab es zeitweiſe ebenfalls eſt thätige Ehren- und Schiedsgerichte für Studenten, zumal zu Zeit, als die Burschenschaft weniger ſtreng verfolgt wurde. Jetzt werden ſolche Gerichte nur dann nachdrücklicher wirken können, wenn ſie ſich nicht mit demſelben und mit dem ſie fordernden Standesgeiſt in Widerſtreit ſetzen, ſondern in den ſchlimmſten, ſonſt nicht zu ſchlichtenden Fällen ſie als unvermeidliche Aushülfe geſtatten dürfen.

Für alles ſchiedsgerichtliche Verfahren in Injurienproceſſen und auch für die ordentlichen Gerichte, ſo fern ſie ja auch die Pflicht haben, mögliche Vergleiche zu bewirken und den beide Theile befriedigenden, baldigſten Ausgang der Proceſſe zu bewirken, iſt die Ehrenmilderung (zum Theil mit Abbitte und Widerruf), welche die neuern Juristen gänzlich verwerfen, von Wichtigkeit. Als allgemeine Sitten und als ſolche, die mit abſolutem Zwange durchzuführen nicht taugen dieſe durch die deutſche Praxis eingeführten Strafen ſehr wenig. Aber als vorgeschlagene Vergleichsmittel, vorzüglich bei zweideutigen und vom Beleidiger nicht für injuriös ausgegebenen Äußerungen und als eventuelle Strafen, durch deren freiwillig genugthuende Uebnahme der Beklagte zur Zufriedenheit des Klägers von einer andern Genugthuung ſich ganz oder theilweiſe befreien kann, ſind ſie wohl ſehr brauchbar. Sie ſind bei guter Benugung, namentlich auch bei gerichtliche Vergleichsvorſchläge, vortrefflich zur befriedigenden Beendigung vieler Injurienhändel und Proceſſe. E. Th. Welcker.

Innehabung, Detention, ſ. Beſitz.

Innung, ſ. Zunft und Association.

Inoculation, ſ. Kuhpocken.

Inquisition, ſ. Auto-da-fé.

Inſtanz, ſ. Appellation und Gerichtsbarkeit.

Insurrection, ſ. Hochverrath.

cession, juristische, s. Verbürgung.

cession, völkerliche, s. Intervention.

cession, s. Amt und Besitz.

cession, s. ideale und materielle Interessen

cession, s. Einfuhr.

cession, s. Auslegung.

cession, s. Zwischenstück.

cession, s. Intercession. Von der civilrechtlichen

cession, ist von einem rein factischen Gegenstande, haben wir

zu sprechen. Nur die von öffentlichen Medien ausgehende

cession des Monarchen, des Völkerrechts und der Völker

cession, nimmt unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Wir beschränken

uns auf die Intervention oder das Zwischenstück die

cession, d. h. als Rechtsanspruch anerkennend und nö-

verletzung ist, doch aber — weil gewöhnlich eine gegenseitige Ausübung nicht geduldet würde — der vollen Gleichheit Selbstständigkeit, worauf die Staaten eifersüchtig sind, E. thut oder droht. Auch ist wahr, daß, welche Regierung solche E. schung sich gefallen läßt oder durch furchtsame Nachgiebigkeit zur Verholung und Steigerung derselben ermuntert, z. B. welche Einsprache einer anderen sich zur Ernennung oder Entlassung Ministers, zur Verkündung oder Zurücknahme eines Gesetzes u. gegen selbsteigene Neigung und Ueberzeugung bestimmen läßt, hört hat, eine selbstständige und souveräne zu sein, oder daß i. nigstens auf dem Wege sich befindet, Vasallin der anderen zu w.

Wir gehen zur Intervention im engeren Sinne, zum e. lichen Gegenstand unserer Untersuchung über, zu derjenigen Int. tion nämlich, welche sich als Rechtsforderung ankündigt, wo fern ihr nicht gehorcht wird, selbst zu Mitteln der Gewalt schreiten sich erlaubt. Bei ihrer Beurtheilung aber tritt uns eine große Verschiedenheit von Fällen entgegen, deren Sonderung i. derst Noth thut.

Es kann geschehen, daß gewisse, ob auch unmittelbar oder zugeweihe nur auf einheimische Dinge (Verfassung oder Verwal. überhaupt innere Zustände eines Staates) sich beziehende Maf. Ereignisse, Richtungen u. s. w. gleichwohl mittelbar oder ne. bei zugleich auch wirkliche Rechte eines anderen Staates rühren und denselben eine wahre Verletzung oder Verkümmern. weder schon gegenwärtig zufügen oder mindestens für die Zu. drohen. So würde z. B. die Einführung eines Zoll- und. delssystems, welches gegen den Inhalt früherer, mit dem Aus. geschlossener Verträge liefe, die dadurch benachtheiligten Mitcon. ten zur Einsprache allerdings berechtigen; so die etwa mit Ver. rechtsbeständiger Successionsansprüche fremder Fürstenhäuser verba. Veränderung einer bestehenden Thronfolgeordnung; so ein den A. zustand der Fremden in bürgerlichen und peinlichen Fällen unge. lich beeinträchtigendes Civil- oder Criminalgesetz. In so fern dergleichen Acte der Staatsgewalt den wahren Rechten ein. deren Staates Eintrag thun, können sie kaum mehr als e. Acte der inneren Verwaltung betrachtet werden. Sie nehmen dann die Natur von auswärtigen Geschäften oder Verhät. an; und die Abwehr des Unrechts geschieht dann nicht mehr dem Titel der eigentlichen Intervention, d. h. Einmischung i. inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, sondern unter. allgemeinen Titel der Behauptung des eigenen Rechtes. fremden Angriff oder Eingriff, und steht unter den für solche — gütliche oder durch Zwangsmittel zu geschehende — Behauptung. tenden allgemeinen Gesetzen. Für solche Fälle kann der. das Recht der — nach Umständen selbst mit Waffengewalt i. zuführenden — Einsprache gar nicht bestritten werden.

Es dann fängt die Schwierigkeit an, wenn das, was im fremden Staat vorgeht, zwar nicht unseren wirklichen Rechten, wohl unseren Interessen zuwiderläuft, oder uns Besorgnisse für etwa künftig daraus möglicher Weise hervorgehenden, für uns nachtheiligen oder unangenehmen Folgen. Ist wohl in solchen Fällen ein Interventionsrecht anzuerkennen?

In der Völkerverfassung oder Staaten-Praxis finden wir es freilich gar häufig ausgeübt oder angesprochen. Doch ist die Praxis keineswegs eine Probe oder ein Kennzeichen des Rechtes. Auch reine Eroberungskriege, auch wilde Verwüstungskriege, oder zum Zwecke des territorialen unternehmene, überhaupt alle gedebbaren Ungerechtigkeiten finden wir in nur allzu vielen Beispielen auf den Blättern der Geschichte verzeichnet. Sie sind aber, in so fern ihre Natur unzweifelhaft ersichtbar oder erkannt ward, niemals als wirkliches Recht geltend, es auch als unabwendbares Factum gebildet oder verschmerzt worden, oder man hat sie auch mit dem breiten Mantel des in dem Völkervertrage geltenden Grundsatzes, wornach die Kriege in Bezug für beiderseits äußerlich gerecht zu halten sind, bedeckt. So zumal in Wahlreichen, wenn es um die Erwählung eines Königs sich handelte, nicht selten auch in Erbreichen, wenn mehrere Prinzen um die Thronfolge stritten, in alter und neuer Zeit Interventionen in Menge vorgekommen. Das unglückliche Polen insbesondere hat derselben sehr häufig erfahren. Eben so Böhmen, Ungarn u. a. Länder. Kaum eine Geschichte irgend eines Reiches von Beispielen solcher Art frei. So haben auch Religionskriegezeiten oder Interessen den Anlaß zu Interventionen gegeben. So intervenirten Dänemark und Schweden, dann auch Frankreich im dreißigjährigen Kriege zu Gunsten der Protestanten in Deutschland, so Spanien zu Gunsten der Katholiken gleichfalls in Deutschland und während der Religionskriege Frankreich u. s. w. Auch die erste Theilung Polens war die erste unter dem Vorwande von Religionsunruhen unternommene Intervention. Später und bis zur neuesten Zeit wurden Verfassungsveränderungen, überhaupt politische Umwälzungen, auch nur Doctrinen der Grund der verhängnißreichsten Interventionen. Das Princip derselben wurde allererst unumwunden aufgestellt im Tractaten von Pillnitz (i. J. 1791 am 27. August), welchen die Coalitionen wider Frankreich und mit demselben eine furchtbare Welle des Unheils fast für ganz Europa entloß. Bald darauf (am 16. April) ward dasselbe Princip als Rechtfertigung der ersten Theilung Polens geltend gemacht, welche nämlich nöthig war, „um die schrecklichen Folgen des in Polen eingebrungenen Jacobinismus zu hemmen.“ Freilich war solche Anrede unbegründet, wie denn selbst Burke, der entschiedenste und der französischen Revolutionsgrundsätze, laut anerkannte: „daß die der Jacobinismus in Polen herrschte, sondern der ächte, und gute Rechtsachtung gemäßigte, das historisch Begründete ehrende

und nur auf gesetzlichem Wege die Verbesserung suchende „Recht des Vaterlands- und Freiheitsliebe.“ Aber daraus eben geht die heutige Gefährlichkeit eines Princips hervor, welches nach subjektiver Deutung oder willkürlicher, zur Verschönerung ganz anderer Zwecke gemachter Anwendung zum Titel der Unterjochung schuldlos ist, ja die Rechtsverletzung sich strengst enthaltender Völker gebrauch werden kann. Hierauf intervenirte auch Frankreich in der Schweiz, Holland, in den italischen Staaten u. a., Anfangs in republikanischem und demokratischem, später in autokratischem Sinne, es intervenirte sogar nach der Juliusrevolution noch, und nachdem es das Princip der „Nichtintervention“ mit Nachdruck aufgestellt hatte, in Belgien und im Kirchenstaate, wenn nicht in reinem, so doch in politischem Interesse. Selbst die Restaurationserregung, und zwar in Verbindung mit England und Rußland, intervenirte in Griechenland, Anfangs in humanitären, später in monarchischem Interesse. Die hier ganz vorzüglich zu erwähnenden, weil rein der Doctrin willen geschehenen, Interventionen aber sind die von Oesterreich (überhaupt der heiligen Allia) — in Folge des Troppau-Laubach'schen Congresses — in Neapel und Piemont, und die von Frankreich — in Folge des Congresses von Verona — in Spanien vollbrachten, hier wie dort zur Wiederherstellung des absoluten Königthums und zur Unterdrückung der ultraliberal oder revolutionär erklärten constitutionellen Verfassungen. Aus Anlaß dieser letztgenannten Interventionen zumal erhob sich der Streit über die völkerrechtliche Zulässigkeit solcher Einmischungen, ein Streit, welcher zwar praktisch durch das Schwert beigebracht worden, theoretisch jedoch die zahlreichsten sowohl als die gewichtigsten Stimmen auf der verneinenden Seite zählte.

Was ist das sicherste und zugleich deutlichste Kriterium der Rechtmäßigkeit einer für die Wechselwirkung rechtlich gleicher Personen sich herausstellenden Maxime? Kein anderes als die Möglichkeit ihrer allgemeinen, d. h. allseitigen und gegenseitigen, Ausübung, oder die Verträglichkeit solcher allgemeinen Ausübung mit einer vollkommenen Harmonie der Wechselwirkung. Wir haben hier, wo nur von absoluten Zuständen oder Wechselverhältnissen der Staaten die Rede ist, dieselben als freie und unter sich rechtlich gleiche Persönlichkeiten zu betrachten. Unfreiheit und Ungleichheit nämlich können nur als positive Rechtszustände der Staaten gedacht werden, ja sie haben strenge Grenzen, den reinen Begriff des Staates, als zu den wesentlichen Charakteren Freiheit und Gleichheit gehören, auf, oder sie schenken wenigstens ganz besondere, einer allgemeinen Erwägung fähige Verhältnisse. Wir reden also von der Einmischung eines Staates in die inneren, insbesondere in die Verfassungsangelegenheiten eines andern, ihm mehr oder weniger unterworfenen, z. B. nur insofern, als er verdrängt oder gar nur precär als Staat geduldeten — wie etwa der „Freistaat“ Krakau einer ist — nicht. Auch nicht von den

, wo etwa ein Staat sich rechtsgültig gegen einen anderen ver-
theerte hätte, ohne Einwilligung dieses letztern nichts an seiner
Verfassung zu ändern (freilich jedenfalls ein Vertrag von sehr proble-
matischer Wirksamkeit!), weil schon eine solche Verpflichtung das natür-
lichen Staaten bestehende Rechtsverhältniß aufhebt und den ver-
pflichteten zum Vasallenstaate herabwürdigt, und dann weil
auch die Staatsgewalt, die einen solchen Vertrag eingeht, den
den der nachkommenden Geschlechter Eintrag thut, folglich ihre
Grenzen überschreitet. Nur von selbstständigen, dem Rechte
unter sich gleichen, ob auch an Macht vielfach unglei-
chen Staaten kann die Rede sein.

Nur nun tritt sofort uns die Betrachtung entgegen, daß zwischen
einem starken und einem schwachen Staate eine Gegenseitig-
keit des Interventionsrechtes praktisch undenkbar, auch noch nie-
mals ausgesprochen oder anerkannt worden ist. Andere Rechte, z. B.
Völkerrecht, das Eigenthums-, das Vertragsrecht u. s. w., sind
den kleinen Staaten nicht minder als dem großen zustehend, und sind,
auch die Uebermacht sie verletzt oder ihrer spottet, gleichwohl vor
den Annalen der öffentlichen Meinung immerdar der Anerken-
nung gewiß. Auch der kleinste und schwächste Staat kann, wie der
größte von jedem anderen fordern, daß er sein Besizthum nicht
verliere, daß er die geschlossenen Tractate beobachte, nicht ohne Kriegs-
gefahr in's Land falle u. s. w. Die Forderung eines kleinen Staa-
tes, z. B. der Schweiz, gegen einen großen, z. B. gegen Oester-
reich, daß dieser seine Verfassung abändere oder nicht abändere, oder so
oder anders einrichte, je nachdem das Interesse des kleinen es zu er-
fordern scheint, würde mit Lachen aufgenommen werden. Gleich-
wohl ist das Recht entweder ein gegenseitiges oder gar keines.

Nur auch abgesehen von der bei Annahme eines Interventions-
rechtes nothwendigen Rechtsungleichheit zwischen starken und
schwachen Staaten, führt jene Annahme zu theils abgeschmackten, theils
zu bedenklichen Folgerungen. Ist es nämlich einem absolut-monarchi-
schen Staate oder einer Anzahl solcher unter sich verbündeten Staaten
zuzugestehen das Aufkommen einer constitutionellen, überhaupt
der liberalen Verfassung in irgend einem anderen von ihrer
Verfassung verschiedenen Staate Waffengewalt anzuwenden; so muß es hin-
gegen auch einer Republik oder einer Anzahl unter sich verbündeter
Republiken erlaubt sein, in dem Bereiche ihres Wirkens jede Mon-
archie zu unterdrücken oder das Aufkommen einer solchen gewaltsam
zu verhindern. Dasselbe Interesse ist hier wie dort zu erkennen. Das
Interesse der Verfassung im benachbarten Lande,
das dem Principe unserer eigenen, wo nicht feindlich, so doch eifer-
nig gegenübersteht, mag immer als gefährlich oder mindestens einige-
maßen für uns mit sich führend betrachtet werden. Das Beispiel
der Verfassung auf unsere Bürger wirken und Mißvergnügen mit
unserer Verfassung erzeugen, oder aber es kann das Erstarken

eines politischen Systemes schon an und für sich den Anhängern anderer als bedrohend erscheinen, und jedenfalls läßt sich auf Sympathie, also auch nach Umständen auf Hülfeleistung derjenigen Zustände unseren eigenen ähnlich oder gleich sind, eher hoffen als auf die von solchen, die in entgegengesetzten Verhältnissen oder ganz anderen Gesetzen und Einrichtungen leben. Was wird die Folge eines wechselseitig zugestandenen Interventionsrechtes sein? Ein ewiger Widerstreit der Ansprüche und der Waffen, ein nur scheinbarer Vertilgung des einen Theils zu endender Krieg zwischen den Nationen, welche verschiedenen politischen Systemen huldigen, dann aber, einmal eines dieser Systeme die entschiedene Oberhand erhaltend, die völlige Vernichtung des anderen; und wenn es das abschließende war, welches solchen Triumph errang oder zur Ueberwindung an Kräften gelangte, eine traurige Einförmigkeit des politischen Lebens, ein trostloser Stillstand oder wohl gar Rückgang der Civilisation, ein allgemeines Versinken in unheilbares Verderbniß oder in politischen Stupor.

Der im Civilrechte geltende Grundsatz, daß, wer bloß sein Recht ausübt, den Andern dadurch nicht verletzt, d. h. demselben, falls auch ein Nachtheil daraus erwachsen, keinen Rechtsgrund zur Beschädigung gibt, muß auch als gültig für's Völkerrecht anerkannt werden. Verbesserung des eigenen Staatshaushaltes in der Gesetzgebung, Verwaltung, jede auf Vermehrung der materiellen oder der geistlichen Kräfte gerichtete Anstalt oder Maßregel, die Vervollkommen des Wehrsystems, die Erhebung des Ackerbaues, der Industrie, des Handels, die Verbesserung des Finanzwesens, die Beförderung des Volksunterrichtes u. s. w. kann theils als Machterhöhung, theils als verführerisches Beispiel dem fremden Staate gefährlich oder schmerzhaft erscheinen. Wird er deshalb Einsprache dagegen thun dürfen? Eben so wenig in Verfassungs-Sachen. Sich eine Verfassung zu geben, die demselben selbst eigenen Meinen und Wollen entspricht, kann keinem Volke verweigert werden, ohne ihm die Selbstständigkeit, die Bedingung seines Lebens als Volk oder Staat, zu rauben. Nur wenn etwas einer Verfassungsänderung wirkliche Gefährdung oder Beeinträchtigung der Rechte anderer Staaten verbunden wären, kann dagegen (nämlich gegen die Beeinträchtigung als solche, nicht aber gegen die Verfassungsänderung schlechthin) Einsprache oder Beschwerde erhoben werden, welchen Fall wir jedoch, wie schon oben bemerkt worden, von unserer Betrachtung hier ausschließen.

Es kann aber sein, daß eine Revolution durch die etwa in ihrer Gefolge eintretende Anarchie die Nachbarstaaten, wenn auch nicht unmittelbar, so doch bedrohe. Gibt es in einem Staate keine anerkannte oder keine mit hinreichender Kraft zur Rechtsdurchsetzung begabte Auctorität mehr, so können aus dem Schooße solches Staates feindselige oder gemein verbrecherische Unternehmungen von wilden Factionen oder auch bloßer Raubgesellen gegen die Nachbarstaaten ausgehen.

und diese demnach sich zur Selbstvertheidigung aufgefors-
 Auch in diesem Falle jedoch kann von eigentlicher In-
 vention nicht die Rede sein, sondern blos von Abwehr der
 bestehenden Unbill. Man kann dem in Anarchie gefallenem Staat
 in diesem besitzenden bloßen Scheinregierung die Anerkennung
 dem Verkehr mit ihr abbrechen, die Grenzen gegen Einfälle
 Nachbarlande aus bewachen, Schadloshaltung für erlittene Ver-
 auch Sicherstellung für die Zukunft verlangen und Beides,
 notwendig, selbst durch Kriegsgewalt erzwingen; doch darum
 Verfassungsgesetz dem fremden Volke dictiren oder dessen
 einrichtung abändern oder ihm eine uns wohlgefällige, von ihm
 nicht gewollte Regierung setzen, kann man nicht. Die Schlichtung
 heimischen Angelegenheiten, die Friedensstiftung zwischen seinen
 Parteien steht nur ihm selbst zu, so wie wenn in des Nach-
 Haus oder Familie Unordnung oder Unruhe besteht, wir wohl
 die Zukunft gegen etwa daraus hervorgehende Gefährdung oder
 unserer eigenen Sicherheit und Ruhe treffen, keineswegs aber
 hinter ausbrechen und die Streitigkeiten nach unserem Belieben
 unserer Convenienz dictatorisch entscheiden dürfen.

Der wie! wenn in des Nachbarn Haus ein Brand ausbricht,
 ihm nicht Einhalt gethan wird, auch unser Haus ver-
 kann: dürfen wir auch alsdann nicht einschreiten und selbst gegen
 des Eigenthümers das Feuer löschen? Dieses dürfen wir
 nicht; aber die Anwendung, die man von solchem Gleichnisse auf
 den Revolutionsbrand ergreifen oder von bösen Do-
 inen in furchtgefährliche Gährung versetzten Staaten macht, ist fast
 unmöglich. Wohl ist das materielle Feuer verderblich und bringt,
 es durch Berührung mit weiterem Brennstoffe sich fortpflanzt,
 im Verfall Berührten Zerstörung. Mit Recht also vertheidigt der
 besetzte Hauseigenthümer seine verbrennliche Habe gegen den
 schädlichen Brand. Aber auch dem Nachbar selbst, wenn in seinem
 das Feuer gelöscht wird, geschieht dadurch kein Leid, sondern
 eine Wohlthat. Ganz anders bei den mit dem Brande ver-
 politischen Bewegungen. Hier ist zuvörderst schon die figur-
 liche Benennung „Brand“ eine höchst uneigentliche und — ange-
 wendet auf concrete Verhältnisse — eine höchst willkürliche und unzu-
 treffende. Man nennt gar leicht eine Bewegung also, welche blos
 erleuchtende, nicht aber verzehrende Flamme ist, oder
 mehr dem Sturme, der eine verberbte Luft reinigt, zu-
 gleichend, als dem zerstörenden Feuer. Und dann besteht der
 Brennstoff, durch welchen die Fortpflanzung solches sogenannten
 Brandes bedingt ist, in der Regel blos aus dem Verderbnisse der
 heimischen Staatseinrichtungen oder Gesetze, kann daher hinwegge-
 räumt werden durch Reformen im eigenen Hause, ohne Gewaltthätig-
 keit gegen den Nachbar, und ist jedenfalls kein Rechtstitel zu solcher
 Gewaltthat. Wie! wenn der benachbarte Staat sich eine freiheitliche

Verfassung gibt, wornach, wenn ihre segensreichen Wirkungen sichtbar, auch unser Volk von Verlangen ergriffen werden mag: daraus eine Rechtfertigung des Kriege gegen jenen Nachbar gehen?! Man gewähre dem eigenen Volke jeweils so viele Freiheit, als seiner Culturstufe entspricht, und so viele Rechte, als es mit Billigkeit in Anspruch nimmt; man lindre es, jage und befördere mit treuer Sorgfalt sein materielles Wohl: also der Brennstoff getilgt und alle Feuergefährd verschwunden. Ein zufriedenes Volk — und es gehört nicht Viel dazu, um ein zufriedenes Volk zu werden — ist unzugänglich der Verlockung durch Freiheitsjäger oder Jacobiner, die etwa im Nachbarlande ihr Spiel treiben; es bleibt unberührt von der Flamme der Revolution, sollte diese und in der selben wüthen. Das Ver säum niß solcher vom Recht, wie von Klugheit gebotenen Befriedigung kann nimmer ein Rechtsgrund der Intervention sein; und nimmer kann durch den mangelhaften Zustand eines Landes oder die gedrückte Lage eines Volks dem andern Staate oder dem andern Volke das natürliche Recht verkümmert werden, seine Einrichtungen nach selbst eigenem Ermessen und Willen zu verbessern, zu gestalten, ja von Grund aus neu zu erbauen. Als Kaiser Joseph II. die Leibeigenschaft in seinen Staaten aufhob, hat wohl Rußland, dessen Kaiser sich damals schwaarten doch auch durch solches Beispiel hätten mögen zu Befreiung der Leibeigenen ermuntert werden, dagegen Einsprache zu thun sich erlaubt? und als Karl Friedrich von Baden gesegneten Andenkens die Leibeigenschaft in Baden durch Befreiungshandlung vollbrachte, Kaiser und Reich, denen er damals noch bloßer Reichsfürst und halbsouveräner Fürst unterstand, etwa im Interesse der Reichsländer, worin die Leibeigenschaft ein historisches Recht noch galt, mit Intervention gedroht?

Eine Intervention wegen politischer Umwälzungen oder Verfassungsveränderungen ist im Grund ein Kampf gegen Doctrinen und gegen solche mit physischen Waffen anzukämpfen ist ein Kampf gegen vernünftigen Ordnung. Ist eine Doctrin falsch, so widerlege man sie mit den Waffen des Geistes, man widerlege sie und ihre Thorheit oder Verderblichkeit in alle Wege nach. Es mag das nicht schwer sein, wofür überall für Volksaufklärung gesorgt wird und so hört dann alle Gefährlichkeit solcher Lehre auf. Ist sie wahr und gut, so bekämpfe man sie gar nicht, sondern ziehe Nutzen oder erlaube wenigstens, daß man es thue. Es mag das schlimmen Eindruck, wenn man Schwert und Bajonnette, Kanonen und congressische Raketen gegen eine Lehre in's Feld führt, welche zu widerlegen man nicht vermag und welche vielleicht der öffentlichen Meinung gebilligt wird. Noch einmal! man richte den eigenen Staat gut ein und verwalte ihn mit Gerechtigkeit und dann hat man von der ansehnlichen Gewalt einer das Nachbarland umwälzenden Revolution nichts zu fürchten; und man vermesse sich nicht, der Gebrechen des eigenen Haushalts willen den Nachbar, welcher

gern verbessern möchte, davon gewaltsam abzuhalten. Sobald aber der Intervention gegen Doctrinen statuiert wird, so darf der eigene Staat seine Verfassung, so mangelhaft oder trostlos sie sei, sich nicht ausdrücken, und allen Freiheitsbestrebungen auf dem Wege des Edmünd ist der unverföhnliche Krieg erklärt.

In der That sind unter den Interventionen, zumal der neuern, die meisten gerade gegen gute Lehren oder gegen Hoffnung stehend, zumal freilich gegen demokratische Einsiehungen gemeint, während die von Despoten oder Aristokraten oder im Interesse der Despotie oder Aristokratie vollbrachten Revolutionen ohne Störung blieben. So viele Umwälzungen in Rußland, in Dänemark, in Schweden, so die von Ferdinand VII. und von Miguel in Spanien und Portugal unternommenen, im Gegensatz der als Vorwand der zweiten Theilung Polens dienenden Staatereform dieses Landes, eben so der französischen Verfassung von 1791, der Cortesverfassung von 1808 u. s. m.

Wird aber die Intervention nicht wenigstens alsdann erlaubt sein, wenn in einem Staate sich mehrere Parteien um die Herrschaft zanken und dieselben die auswärtige Macht um Beistand angeht? — Man ist geneigt, das Recht der Hülfeleistung im Kriege zweier Völker anzuerkennen, welches mit einem der Streitenden sich zu verbünden für erlaubt, zu erkennen, daß man auch wenig Anstand nimmt, das Recht in den Fällen des Bürgerkriegs, überhaupt der in einem Staate bestehenden einheimischen Zwürfnisse, jeder fremden Macht zu verweigern. Bei näherer Betrachtung jedoch erkennt man, daß das Recht solcher leichten Gewährung widerspricht. Schon im Falle zwischen zwei Mächten ist es der dritten schwer, den im Recht oder im Unrechte befindlichen Theil so sicher zu unterscheiden, daß die Allianz mit dem einen oder dem andern vorwurfsfrei mag geschlossen werden. Nur wo schon früher eingegangene Verträge zur Hülfeleistung verpflichten oder wo einer der Kriegführenden Theile offenbar die Rechte überschreitet oder etwa durch Eroberungspläne die Sicherheit der übrigen Staaten gefährdet u. s. w., mag der dritte sich zu vertheidigen einmischen. Ganz anders aber bei einheimischen Zwürfnissen (sofern dieselben nicht mit wirklicher Verleibigung oder Verletzung des Auslandes verbunden sind). Hier ist es nämlich, da der jeweils minder offenkundig zu Tage liegenden That- und Verhältnisse des Streites, nicht nur weit schwerer, als bei dem der Mächte, den im Recht von dem im Unrecht befindlichen zu unterscheiden und daher die Gefahr, durch gewaltsame — obgleich auf Hülfeaus unternommene — Einmischung den ersten zu verletzen, weit größer, sondern es wird dadurch fast unvermeidlich die Gesamtpersönlichkeit der Nation beleidigt, die Mächte, 1810.

allein das Recht hat, in dem Streite ihrer Glieder zu entscheiden durch die Einmischung der fremden Macht sich nothwendig und verletzt fühlt. Zudem mag in der Regel die hülfesuchend als im Unrecht befindliche zu betrachten sein, schon darum, der eigenen Interessen oder Leidenschaften willen, ihrem Vater Gefahren und Drangsale der auswärtigen Intervention bereiten dann, weil eben ihre Hülfesbedürftigkeit sie als Minorität welche billig in politischen Dingen der Richtung der Majorität fügen hat.

Indessen gibt es allerdings Fälle, wo nicht nur die sondern selbst die Majorität durch eine etwa listig oder gewalt Herrschaft gelangte Faction oder durch eine ihre Gewalt mißbrauchende, den Volkswillen durch Soldatenmacht nieder etwa usurpatorische Regierung unterdrückt, der Widerstand raubt, und, wenn nicht fremde Hülfe sie rettet, dem Untergang gegeben ist. Wenn wirklich ein solcher Zustand Statt findet (bloß von der intervenirenden Macht zur Beschönigung der zion vorgeschützt wird): alsdann dürfte ein fremdes Einschreiten und wohlthätig sein. Der Zweck desselben jedoch müßte beschränken, den wahren Gesamtwillen der Nation fesseln, d. h. die ungerechte Gewalt, welche ihn niederhie Macht zu setzen und der Nation selbst, d. h. ihren frei zu Organen, die Entscheidung ihrer Angelegenheiten anheim. Also that es Wilhelm von Dranien, als er, gerufen von König Jakob's II. Tyrannei unterdrückten Engländern, an eines holländischen Heeres intervenirte. Er rief, nachdem geflohen, ein freies Parlament zusammen und über Beschließen die Bestimmung über des Reiches künftiges. Freilich war er nach der ihm bereits bekannten Gesinnung der nachhaupter und nach der ganzen Lage der Dinge der kommenden Schlüsse schon ziemlich gewiß; gleichwohl verdient die Form fahrens das größte Lob, und nur wenige Beispiele von gleich würdigen Interventionen werden in der Geschichte zu finden.

Noch einen Fall der erlaubten, ja nach Umständen pre Intervention kann es geben, wo nämlich eine vernünftige sie billigen muß, selbst wenn kein Ruf nach fremder Hül ging. Es ist dieses der Fall einer offenbaren und schreiende Vertretung anerkannter Menschenrechte durch ein nische Faction oder Gewaltherrschaft. So wie durch ewiges ges Naturrecht dem Einzelnen erlaubt ist, auch ohne deshalb zu sein, dem etwa von Räubern oder Banditen zu Boden g Wanderer beizuspringen oder dem von einem lasterhaften Ent waltfam geschändeten Bribe: so darf, ja soll, nach Umständen ein Volk oder ein Staat beispringen einem andern in seine Menschenrechten durch Gewaltmißbrauch offenbar verletzten einer durch eine tyrannische oder fanatische, überhaupt rechts

unterdrückten, mißhandelten, in ewigen, nicht nur historischen, sondern positiv geltenden Rechten gekränkten Classe, oder einer von einem barbarischen Feinde mit dem Untergange bedrohten Nation. Als das Volk der Griechen sich heldenkühn gegen seine bloß nach dem Rechte der Schwere herrschenden türkischen Dränger erhob, ein menschliches Recht, gegen Schmach und Gewaltthat gesichertes Dasein fordernd, da dann die Uebermacht der Barbaren über sie das Schwert der Unterdrückung schwang, da war ein günstiger Grund vorhanden zur Intervention, und da geschah auch wirklich — freilich spät genug — bei uns eine solche, zur Freude aller menschlich Fühlenden, wiewohl zum Schrecken und zum Verdruß eben derjenigen Häupter, unter deren Auspicien sie war vollbracht worden. Eben so wäre es schon zu wünschen gewesen, wenn die Mächte in Spanien intervenirt hätten, als Ferdinand VII. den edlern, freiheitsliebenden Theil der Nation, dem mit seinem Herzblute den Thron erhalten hatte, erbarmungslos verdrängte, als er Alle, die helleren Geistes und stolgeren Gemüthes waren, der Wuth der apostolischen Faction Preis gab, und die tugendhaftesten Anführer zum Schaffot oder zur Kerkerqual verdammt. Aber in diesem rein menschlichen Sinne geschah keine Intervention, sondern eine ganz andere, von kalter Politik dictirte fand Statt. Sie geschah erst, nachdem die Nation ihre Selbstbefreiung vollbracht hatte, und die Freunde der Cortesverfassung und zur Wiederherstellung des Verfassungsvertrages. Nicht minderem Beifall hätte eine Intervention in Portugal zu Gunsten der unzähligen Schlachtopfer von des Usurpators Miguel Tyrannie verdient; sie fand aber nicht Statt.

Ebenso ist zu sagen von den ehedessen nicht seltenen Interventionen in Religions-Kämpfen. Nur zu oft benutzten die Regierungen die Interessen einer Religionspartei im fremden Lande zum Vorwande einer aus gemeinen politischen Gründen unternommenen Expedition und unterstützten wohl gar — wie namentlich Frankreich es öfters in Deutschland that — auswärts dieselbe Kirche, die sie im eigenen Lande verfolgten. Andere, von Glaubenseifer erfüllt, oder mit dem Mantel der Frömmigkeit die Entwürfe weltlicher Herrschgier bedeckend, unterstützten (wie der spanische Philipp II. während der Hugenottenkriege in Frankreich) im fremden Lande die befreundete Religionspartei im Vertilgungskriege gegen die andere. Interventionen dieser Art endlich fallen der Verwerfung, ja der Verabscheuungheimlich, und doch in irgend einem Staate nicht bloß eine Kirche als solche, z. B. als mit äußeren, der Natur nach von positiver Bewilligung abhängigen Rechten versehenen Corporation oder Anstalt, unterworfen, oder in Ausübung des Cultus wie immer beschränkt würde, wenn man den Genossen des angefeindeten Glaubens deshalb auch in ihrem menschlichen Rechte geraubt, wenn sie von der feindlichen Glaubenspartei oder einer in demselben Sinne handelnden Regierung mißhandelt, verfolgt, dem Henker überantwortet oder aus ihrer Heimath vertrieben würden: alsdann stände wohl jeder anderen

Regierung oder jedem anderen Volke — ohne Unterschied, welcher Confession es selbst angehörte, rein im Interesse der Menschlichkeit — die Intervention frei. Von diesem Standpunkte betrachtet, befanden England und Frankreich, als sie den von Alba's und seiner Nachfolger Henkerschwert verfolgten Niederländern Beistand leisteten, nicht in ihrem guten Rechte, wiewohl sie freilich durch Geist und Art ihrer Hülfsleistung zeigten, daß nicht Humanität, sondern selbstsüchtige Politik die wahre Triebfeder ihres Handelns war. Ueberhaupt ist die von uns hier aufgestellte Ansicht mehr nur theoretisch zu vertheidigen als praktisch. Was sind Menschenrechte, d. h. unabhängig von aller Staatsgewalt bestehende oder für sie unantastbare Rechte? und wie weit muß die Verletzung geduldet, wie klar muß diese vorliegend sein, daß eine fremde Staatsgewalt, ohne der Selbstständigkeit der anderen dadurch zu nahe zu treten, sich einmischen könne oder dürfe? Hier läßt sich nichts Anderes sagen, als: Richterin darüber ist in jedem einzelnen Falle die öffentliche Meinung der Mitwelt und Nachwelt, und das Urtheil wird ausgesprochen durch den Mund der unbestechlichen Geschichte. Unendliche Gefahr des Mißbrauchs ist mit der Einrichtung eines auch noch so sehr beschränkten, noch so vorsichtig an Bedingungen und Formen geknüpften Interventionsrechts verbunden, und der als heilige Regel zu behauptende Grundsatz bleibt: Nichtintervention.

Wie verhält sich nun zu diesen theoretisch ausgeführten Principien die völkerrechtliche Praxis und das als solches anerkannte praktische Völkerrecht? — Die erste neigt sich allerdings in neuester Zeit gar sehr dem Princip der Intervention zu. Es ist sich thatsächlich, ob auch nicht förmlich anerkannt, ein Primat der Großmächte über die Staaten des zweiten und dritten Ranges hervorgethan, dessen Ansprüche nicht sehr weit von wirklichen Herrschafts-Ansprüchen entfernt sind, und der seine Entscheidungen einheimischen wie in auswärtigen Angelegenheiten der schwächeren Völker ziemlich dictatorisch verkündet und für seine in Ministerconferenzen oder Monarchencongressen gefaßten, in Form von Protocollen oder von Declarationen, Circulardepeschen u. s. w. ausgefertigten Beschlüsse unbedingten Gehorsam verlangt. Sollten diese Verhältnisse sich bestärken, so würde freilich das europäische Völkerrecht gegen die bisher anerkannten Grundsätze eine wesentlich verschiedene Gestalt erhalten und mehr sich dem Charakter eines inneren Staatsrechts oder nur den Großmächten zustehenden europäischen oder Welt herrschaftsrechts nähern, unter welchem natürlich von Freiheit oder Selbstständigkeit der schwächeren Staaten keine Rede mehr sein könnte. Noch es indessen erlaubt, an dem völligen und bleibenden Siege dieses Systems zu zweifeln, und daher die neueste Praxis noch nicht als identisch mit einem wirklich als gültig anerkannten praktischen Völkerrechte zu achten.

In Bezug auf letzteres sind die von den drei großen Mächten

ten des Continents, Oesterreich, Rußland und Preussen, im Anlaß der 1820 in Neapel ausgebrochenen Revolution über das Hauptrecht der bewaffneten Intervention aufgestellten Grundsätze und die dagegen von dem englischen Cabinet eingelegte Einsprache so merkwürdig, daß ohne ihre Vergegenwärtigung der heutige völkerrechtliche Rechtszustand nicht wohl begriffen oder gewürdigt werden kann.

Die drei genannten Großmächte erklärten sich in einer vom 8. Octbr. datirten gemeinschaftlichen Circulardepesche an ihre Gesandten und Bevollmächtigten bei den deutschen und nordischen Höfen über ihre Interventionen in Neapel folgendermaßen: „Die Begebenheiten vom 8. Juli in Spanien, die vom 2. Juli in Neapel, die Katastrophe von Neapel mußten nothwendig bei allen denen, welche für die Ruhe und Sicherheit der Staaten zu sorgen verpflichtet sind, ein tiefes Gefühl von Besorgnis und Kummer erwecken, zugleich aber ein Bedürfniß rege machen, sich zu vereinigen und gemeinschaftlich in Erwägung zu ziehen, wie man den Uebeln, die über Europa auszubrechen drohten, zu begegnen. Es war natürlich, daß diese Gefühle mit besonderer Lebhaftigkeit bei den Mächten wirkten, welche neuerlich die Revolution besiegt hatten und so heute ihr Haupt wieder emporheben sahen; eben so natürlich, daß diese Mächte, um ihr zum dritten Male zu widerstehen, zu denselben Mitteln ihre Zuflucht nahmen, wovon sie in jenem denkwürdigen Kampfe, der Europa von einem zwanzigjährigen Joche befreite, so häufig Gebrauch gemacht hatten. Alles berechtigte zu hoffen, daß unter den gefährvollsten Umständen gestiftete, von dem glücklichsten Erfolg gekrönte, durch die Verhandlungen von 1815, 1815 und 1818 befestigte Vereinigung, so wie sie die Völker der Welt vorbereitet, gegründet, vervollständigt, die sie den europäischen Continent von der militärischen Zwangsherrschaft des Repräsentanten der Revolution erlöst hatte, auch im Stande sei, wider die neue, nicht weniger tyrannische, nicht weniger zu verurtheilende Gewalt des Aufrebes und des Frevels Schranken zu setzen. Das waren die Beweggründe, daß der Zweck der Zusammenkunft zu Troppau. Jene sind so einleuchtend, daß sie keiner weiteren Begründung bedürfen, dieser so ehrenvoll und heilsam, daß ohne Zweifel die Wünsche aller Redlichen die verbündeten Höfe auf ihrer edeln Mission begleiten werden. Das Geschäft, welches die heiligsten Verpflichtungen ihnen auferlegen, ist groß und schwer; aber ein glückliches Ende läßt sie hoffen, daß sie in unverrückter Aufrechthaltung des jener Verträge, welchen Europa den Frieden und den Bund verdankt, seinen sämtlichen Staaten verdankt, zum Ziel gelangen werden. Die Mächte üben ein unbestreitbares Recht aus, indem sie auf gemeinschaftliche Sicherheitsmaßregeln drängen, in welchen Staaten, in welchen ein durch Aufrebe bewirkter Umsturz der Regierung, auch nur als Beispiel betrachtet, eine feindselige Stellung gegen alle rechtmäßigen

Verfassungen und Regierungen zur Folge haben mußten; Bedacht nahmen; die Ausübung dieses Rechtes ward noch dringender, wenn die, welche in diese Lage gerathen waren, das Unglück, welches sie sich zugezogen, benachbarten Ländern mitzutheilen und Aufstand und Verwirrung rund um sich her zu verbreiten suchten. In solcher Stellung, in solchem Verfahren liegt ein offenkundiger Bruch des Vertrages, der sämmtlichen europäischen Regierungen, außer der Unverletzlichkeit ihres Gebietes, auch den Genuß der friedlichen Verhältnisse, die jede wechselseitige Beeinträchtigung ausschließen, verbietet. Diese unwidersprechliche Thatsache war der Punkt, von welchem die verbündeten Höfe ausgingen. Die Minister, welche zu Troppau mit bestimmten Vorschriften von ihren Monarchen versehen werden konnten, vereinigten sich daher unter einander über Grundsätze des Verfahrens in Bezug auf Staaten, deren Regierungsform eine gewaltsame Zerstörung erlitt, und über die friedlichen oder zwingenden Maßnahmen, die in Fällen, wo sich eine wesentliche und heilsame Einwirkung zu erwarten ließ, solche Staaten in den Schooß des Bundes zurückzuführen konnten. Die Resultate ihrer Berathschlagungen theilten sie den Königen von Paris und London, damit diese sie in eigene Erwägung nehmen möchten, mit. Da die Revolution von Neapel täglich mehr Befugniß faßt, da keine andere die Ruhe der benachbarten Staaten so nahe und so augenscheinlich in Gefahr setzt, da auf keine andere so unmittelbar und so schnell gewirkt werden kann, so überzeugte man sich von der Nothwendigkeit, in Rücksicht auf das Königreich beider Sicilien nach den oben angeführten Grundsätzen zu verfahren. Um zu diesem Ende versöhnende Maßregeln einzuleiten, beschloßen die zu Troppau versammelten Monarchen, den König beider Sicilien zu einer Vermittelung mit ihnen in Laibach einzuladen; ein Schritt, dessen einziger Zweck den Willen Sr. Majestät von allem äußeren Zwange zu befreien, den König in die Lage eines Vermittlers zwischen seinen irregulären Völkern und den Staaten, deren Ruhe durch sie bedroht war, zu versetzen. Da die Monarchen entschlossen waren, die durch einen Aufstand erzeugten Regierungen nicht anzuerkennen, so konnten sie mit der Person des Königs allein in Verhandlungen treten. Die Minister und Agenten in Neapel haben dieserhalb die nöthigen Weisungen erhalten. Frankreich und England sind aufgefordert worden, an diesem Schritte Theil zu nehmen; und es ist zu erwarten, daß ihr Beitritt zu demselben nicht versagen werden, da der Grund, auf welchem die Einladung beruht, den früher von ihnen vollzogenen Verträgen vollkommen angemessen ist, und überdies eine Bürgschaft der gerechtesten und friedlichsten Gesinnungen darbietet. Das österreichische, Preussische und Russische System ist ein neues, es beruht auf denselben Maximen, die den Verträgen, welche der Bund der europäischen Staaten gestiftet worden, zum Grunde liegen. Die innige Eintracht zwischen den Höfen, welche sich im Mittelpunkt dieses Bundes befinden, kann dadurch nur an Dauer

gewinnen. Der Bund wies sich auf eben dem Wege befestigt, auf welchem er von den Mächten, denen er seinen Ursprung verdankt, gebildet und nach und nach von allen, da sie sich von seinen Bestimmungen, weniger als je zu bezweifelnden Vorteilen überzugen, angenommen worden ist. Es bedarf übrigens keines ferneren Beweises, welcher Eroberungsgeboten, noch der Anspruch, die Unabhängigkeit anderer Regierungen in ihrer inneren Staatsverwaltung zu verletzten, noch das Bestreben, freiwillige, weise, mit dem wahren Interesse der Völker übereinstimmende Verbesserungen zu hindern, an dem Schicksal der Mächte irgend einen Theil gehabt hat. Sie verlangten, als den Frieden aufrecht zu erhalten, Europa von der Last der Revolution zu befreien, und das Unheil, welches aus der Verletzung aller Grundsätze der Ordnung und Etllichkeit entspringt, nicht es in ihrer Macht steht, abzuwenden oder zu verkürzen. Unter diesen Bedingungen glauben sie zum Lohn ihrer Sorgen und Anstrengungen auf den einstimmigen Beifall der Welt Anspruch machen zu können.

Wegen die in dieser Circulardepeche aufgestellten Grundsätze erhob die großbritannische Regierung ihren Widerspruch in einer an die Gesandten an allen auswärtigen Höfen gerichteten Note, datirt vom 1. Januar 1821, deren vollständiger Inhalt, als von völkerrechtlich höchster Bedeutung, wie unsern Lesern hier vor Augen zu legen wir, folgen. In Sprache, deren sich die britische Regierung bedient, ist deutlich von der großen Rücksicht zeugend, welche das britische Ministerium den durch die heilige Allianz verbundenen Mächten an demselben sich natürlich geneigt fand, und zugleich in einer eben so gefährlichen Vorbehalt für sich selbst — sofern das eigene Recht eine Intervention geböte — mit sich führend; doch stempelt die allgemeine Richtung der Note sie zu einer feierlichen Protestation gegen die von der heiligen Allianz behauptete Interventionsrecht, und es ist das Letzte mit nichts ein anerkanntes, sondern vielmehr ein ausdrückliches oder widerprochenes Recht.

Die Note lautet also:

Bureau der auswärtigen Angelegenheiten. M. H. Ich hätte mich für nothwendig gehalten, Ihnen über den Stand der zu Wien angestiegenen und nach Laibach verlegten Verhandlungen eine kurze Mittheilung zu machen, wenn nicht die Höfe von Oesterreich, Rußland und Preussen eine Umlaufdepeche an ihre Gesandten gerichtet hätten. Die Meinung Sr. Majestät glaubt, daß diese Depeche, wenn man nicht gehetzt bröchte, unwillkürlicher Weise zu sehr irrigen Vorstellungen geben könnte, welche die englische Regierung früher wie sie von dem darin abgehandelten Gegenstand hegt. Es ist daher nothwendig, Ihnen anzuzeigen, daß der König sich für verpflichtet hielt, die Umlaufdepeche an den darin zur Sprache gebrachten Maßregeln zu beistimmen. Diese Maßregeln betreffen zwei verschiedene Gegenstände: erstlich die Aufstellung gewisser allgemeiner Grundsätze

als Normen für das künftige politische Betragen der Verbündeten in den daselbst bezeichneten Fällen; sodann das Verfahren, in Folge dieser Grundsätze gegen Neapel zu beobachten vorgeschrieben wird. Das System jener allgemeinen Grundsätze wäre, wenn es gegenseitig beobachtet würde, den Grundsätzen dieses Landes (sich) zuwider. Wenn aber selbst diese peremptorische Einwendung nicht stände, so würde die großbritannische Regierung die Grundsätze, welche jene Maßregeln gebaut sind, nichts desto weniger als Grundsätze, die man mit Sicherheit nicht in den Codex des Völkerrechts aufnehmen könnte, und welche, in den Händen von minder edelgesinnten Mächten, leicht zu einer häufigern und ausgedehntern Einmischung in inneren Angelegenheiten anderer Staaten verleiten dürften, als die habenen Urheber jenes Systemes selbst beabsichtigten. Sie glaubt, man diese Grundsätze nicht mit den allgemeinen Interessen der gleichenden Gewalt und der Würde unabhängiger Monarchen vereinbaren könne; sie glaubt ferner nicht, daß die Allianz, nach den bestehenden Verträgen, ein Recht habe, eine so ausgedehnte Macht sich zuzueignen und sie vermuthet nicht, daß neuere diplomatische Verhandlungen unter den verbündeten Höfen eine so außerordentliche Macht begünstigen können, wenn man anders nicht die Absicht habe, eine mit den Interessen anderer Staaten unverträgliche Suprematie aufzustellen, oder wenn sie durch besondere Einwilligung gewisser Staaten erlangt werden ein Föderativsystem einzuführen in Europa, dessen Leitung dem besten Willen null wäre, und das gleichwohl die allereinstimmigsten Folgen haben könnte. In besonderer Hinsicht auf Neapels Angelegenheiten hat die großbritannische Regierung gleich Anfangs mit Vorbehalt zögert, sowohl die Art, wie jene Revolution angeblich bewirkt wurde, als die Umstände, die sie begleiteten, zu mißbilligen. Zu gleicher Zeit aber erklärte sie ausdrücklich den verschiedenen verbündeten Höfen, daß sie sich nicht für ermächtigt oder gerechtfertigt halte, zu einer Dazwischenkunft von Seite Englands zu rathen. Uebrigens hat sie nicht in Abrede gesetzt, daß andere europäische Mächte, insbesondere Oesterreich und die italienischen Staaten, ihre Stellung für verschieden ansehen könnten, und sie erklärte, daß sie weder über diese Frage ein Urtheil fällen, noch im Betragen, welches diese Staaten ihrer eigenen Sicherheit wegen annehmen möchten, eingehen wolle; vorausgesetzt jedoch, sie leisten vernünftige Bürgschaft, daß sie von keinem das durch die Verträge aufgestellte europäische Territorialsystem bedrohenden Verfehrungsansichten geleitet würden. Nach diesen Grundsätzen war es von Anfang an das Betragen der Regierung Sr. Majestät des Königs von Neapel geregelt, und Abschriften der den englischen Botschaftern zu Neapel nach und nach erteilten Instructionen wurden zur Kenntniß der verbündeten Regierungen gebracht. — In Folge auf die in der obenerwähnten Umlaufdepesche ausgedrückte Hoffnung, daß die Höfe von London und Paris den ihnen vorgelegten allgemeinen Maßregeln, in Folge der bestehenden Verträge, beitreten würden,

Die großbritannische Regierung zur Rettung ihres Betragens und Rechtmäßigkeit gegen die in besagter Depesche den Verträgen gegen-
 übergelegten protestiren, indem sie ihren Beitritt verweigert.
 hat nie gemeint, daß diese Verträge solche Verpflichtungen aufer-
 legen, und hat bei verschiedenen Gelegenheiten, sowohl im Parlamente
 als in ihren Mittheilungen an die verbündeten Höfe, eine solche Voraus-
 setzung bestimmt verworfen. Will man die Verathungen von Paris
 Jahre 1815, jene, welche dem Abschlusse der Allianz zu Aachen 1818
 folgten, und gewisse im vorigen Jahre zwischen den Höfen vor-
 genommene Erklärungen nachlesen, so wird man finden, daß sie in die-
 sem Sinne stets mit aller Offenheit zu Werke gegangen. . . . Nach
 der Richtung der falschen Begriffe, welche der Punct der fraglichen
 Verträge, wäre er mit Stillschweigen übergangen worden, hätte näh-
 er kommen, und nach allgemeiner in die Frage nicht eingehender Dar-
 stellung der abweichenden Ansichten der Regierung Sr. Majestät vom
 1. in jener Depesche zum Grunde gelegten allgemeinen Grundsätze,
 obwohl verstanden bleiben, daß keine Regierung mehr als die groß-
 britannische geneigt sei, das Recht der Dazwischenkunft für jeden Staat
 zu erhalten, sobald dessen unmittelbare Wohlfahrt oder dessen
 Interessen durch die inneren Ereignisse eines andern Staates gefährdet
 wären, da sie aber zugleich glaubt, daß nur die stärkste Noth-
 wendigkeit ein solches Recht rechtfertigen könne und zugleich dasselbe
 zu bestimmen und regeln müsse, so kann sie nicht zugeben, daß es eine
 allgemeine Anwendung auf alle revolutionären Bewe-
 gungen erhalte, als in so ferne sie auf einen besondern Staat un-
 mittelbaren Einfluß haben, oder das Recht selbst die Grundlage eines
 neuen Bündnisses bildet. Sie sieht die Ausübung desselben als
 eine wichtige, nur durch besondere Umstände begründete Ausnahme
 von den allgemeinen Grundsätzen an und glaubt, daß Ausnahmen
 nur ohne den größten Nachtheil nicht als Grundsätze aufgestellt
 werden, die solche in die gewöhnliche Diplomatie der Staaten oder in den
 Bereich des Völkerrechts aufgenommen werden können. — Da es scheint,
 daß die Gesandten der drei Mächte diese Umlaufdepesche schon den
 1. an, wo sie beglaubigt sind, mitgetheilt haben, so stelle ich es Ihrer
 Majestätheim, darauf eine nach den hier vorgezeichneten Grundsätzen
 fassende Antwort im Namen Ihrer Regierung zu ertheilen; nicht ver-
 hindert dabei der Reinheit der Gesinnungen Gerechtigkeit widerfahren
 lassen, welche ohne Zweifel die erhabenen Höfe befehlten, als sie
 das Ihnen befolgte System adoptirten. Sie können erklären, daß
 die Meinungsverschiedenheit, welche über diesen Punct zwischen Ihnen
 und dem Hofe von London obwaltet, der Eintracht und Herrlichkeit
 der Allianz in jeder andern Beziehung keinen Eintrag thun, noch den
 zwischen den Mächtern, der sie gegenseitig für Erfüllung der bestehenden
 Verbindlichkeiten durchbringt. Ich bin ic.

Unterzeichnet: Castlereagh." —

In einem ähnlichen Sinne klangen von einer Seite die später (unterm 14. Decbr. 1822) von Verona aus erlassene Carlardepesche der drei großen Continentalmächte, worin sie das haben der Intervention in jenem Reiche aussprachen, und von andern Seite die darüber von England gethanen mißbilligenden Klärungen. („S. Congresse.“) Auch hier fand bekanntlich die Intervention (diesmal durch ein französisches Heer) factisch Statt; zum anerkannten Rechte ward sie deshalb nicht. Doch ist die That oder die Macht ist überall wichtiger als das natürliche Recht, welches nämlich meist nur die Schwachen anrufen, während die Starken (thut es doch selbst England in der oben stehenden Declaration!) das Recht mit dem Interesse verwechseln.

Eine näher liegende Aufforderung zur Intervention gaben den Mächten die Juliusstage in Frankreich (1830); auch sollte sie geneigt dazu. Doch hatte die Revolution sie unvorbereitet überrascht und weithin schien der Boden zu wanken; kluge Mäßigung that. Da rief Frankreich mit drohender Stimme das Princip der „Intervention“ aus, und die Mächte — entsagten zwar der Intervention nicht, doch verschoben sie dieselbe auf günstige Zeit. Es ist schon oben bemerkt und schwebt in unserer Aller noch lebendigen Erinnerung, wie seitdem abermals und wiederholt intervenirt wurde; zwar von Seite Frankreichs selbst, welches dadurch das Recht der Intervention ausdrücklich aufgab. Die ganze heutige Zeit und die entschiedene Richtung der hohen Diplomatie deuten darauf, daß im praktischen Völkerrechte mehr und mehr der Satz sich bildet: Interventionsrecht der Großmächte, oder überhaupt der Starken in den inneren Angelegenheiten der Kleineren oder Schwächeren. Rotted.

Intoleranz, s. Duldung.

Invasion, s. Krieg.

Investitur, s. Lehen und Kirchenverfassung.

Irland, s. England

Irrenhaus, s. Wohlthätigkeitsanstalten.

Islam, s. mohammedanische Kirche.

Israeliten, s. Hebräer.

Isrien, s. Oesterreich. Kaiserthum.

Italien. Allgemeine Statistik. Mit breiter Grundfläche an den südlichen Halbmond der Alpen sich anlehnend, in allen Schwingungen und Beugungen bis in die Landspitzen von Reggio St. Maria di Leuca verlaufend, ragt das festländische Italien in etwa vier Fünftheilen seiner Länge in das Becken des mittelländischen Meeres. Kleinere und größere Inseln, wovon zwei europäischen Reichthümern ihren Namen geben, umgürten es im Westen und Süden und bilden die zum Haupt- und Grundgebäude gehörenden Theile einer Brücke, die zu anderen Reichen und einem anderen Welttheile führt.

So erscheint dem flüchtigen Blicke die Gestalt Italiens gleich einem Baume, dessen allmählig verlaufender Stamm auf dem festen Grunde der Alpen wurzelt und endlich mit Sicilien in seine Blüthen ausläuft. Mit Einschluß derjenigen seiner Hauptinseln, die auch zu Italien zu zählen sind, erstreckt sich das Land in seiner Ausdehnung vom 24. bis zum 36. Grade der Länge, von 40. zu 47 Graden nördlicher Breite, mit einem Flächenraume von 140,000 geographischen Quadratmeilen.

Nach natürlicher Gliederung nach zerfällt Italien in eine nördliche, Apenninen als *Italia continentale* bezeichnete, vom Apennin nördlich und nördöstlich gelegene Hälfte; und in eine südliche, welche *Italia insularis* nannte. Das nördliche Italien, durch die Abwand der Alpen gegen die rauheren Winde geschützt, fast in der ganzen Länge vom Po und der Etsch mit anderen schiffbaren Flüssen durchströmt, öffnet dem milden und heiteren Süden einen freien Schooß. Es umfaßt zwischen den Alpen und dem Apennin beiden Seiten des Po, von der Grenze gegen Krain bis gegen die See, von Venedig bis zum Col di Zenda eine meistens ebene und fast in allen ihren Theilen eine leichte Communication mit dem Meere. Von Venedig gilt Letzteres für das von den höchsten Gebirgen begrenzte obere Pothal, mit einigen Nebenthälern. Von der größeren Theil des jetzigen piemontesischen Gebietes. Die natürliche Beschaffenheit dieses Landstriches reichen aus, so die künstlichen Mittel des Verkehrs minder vervollkommen, noch jetzt deutlich herüber. Der Handel und mittelbar der Verkehr konnten hier nicht, wie in den meisten anderen Theilen, ein solches Uebergewicht über die Landwirtschaft gewinnen, die größeren Güterverbände mehr und mehr aus einander trennen. Hiernach hat Piemont, noch mehr aber das von den Weltmächten minder berührte Sardinien, bis auf unsere Gegenwart reichliche Spuren eines aristokratischen Feudalstaates bewahrt. Das obere Pothal dagegen, von Piemont bis zur Etsch und zum Meere, war lange die fast einzige Straße zur Verbindung Deutschlands mit dem Oriente und dem Süden. Darum schlugen hier Handel und Gewerbefleiß ihre Säge auf und gaben allen socialen Verhältnissen die Grundzüge. Weithin bedeckte sich die fruchtbare Ebene mit den mächtigen Städten, mit demokratisch verwalteten und reichlich besetzten Manerlagern und Werkstätten des bürgerlichen Fleißes, mit dem wachsenden Wohlstande die Wissenschaften und Künste glücklichen Blüthe brachte. Ueber weitere oder engere Kreise brachte die stehenden Kämpfe der Einfluß dieser republicanischen Gemeinwesen; aber vor allen ragte Mailand hervor, während einiger Jahrhunderte des Mittelalters ein europäischer Staat, in die Ringen einer Stadt gefaßt. An das untere Pothal schloßen sich, als die Vorlandtheil des nördlichen Italiens, die Mündungen des Po, die Lagunen und die Inseln Venedigs. Mit ausdauernder

Beharrlichkeit und scharf voraussichtiger Consequenz dem Meer trotz, herrschte über Venedig die eiserne Consequenz einer klug rechnenden Staatskunst, wie sie nur in einer aristokratisch geschlossenen Körperschaft sich ausbilden und, durch einen zähen Corporationsgeist genährt und getragen, von Geschlecht zu Geschlecht sich fortzupflanzen konnte. Und in das Meer hinausgestoßen, wurde seiner Punct weiterer Gesichtskreis zur Benützung und Berechnung der allgemeinsten Verhältnisse der Völker und Staaten abgesteckt. Entweder Venedig wieder in seine Lagunen zurücksinken, oder zur Weltmacht erheben. Es blieb der Mittelpunkt, aus dem vor allen andern die verbindenden Fäden des Weltverkehrs ausliefen, bis die allzu gedehnten Eroberungen auf dem Festlande Italiens seine Puncten zerrissen und schwächten, und bis die veränderte Weltlage das tückische Gewebe zerriß, da neue Meere und Welttheile den Nationen sich öffneten. Die ehemalige Mark Verona und Triaul, zwischen der Etsch und dem adriatischen Meere, umfaßt theils gebirgige, unfruchtbare Bezirke, theils üppig fruchtbare Ebenen. Ihrer Lage nach mußte sie am Zwischenhandel zwischen Deutschland und dem Süden Theil nehmen, und auch in diesen Gegenden erhob sich der Bürgergeist zur Freiheit und Macht. Aber die längere Verbindung mit Deutschland seit Otto dem Großen gab hier dem Leben ein mehr germanisches Gepräge, und neben den Städten standen adeliche Geschlechter noch in Macht und Ansehen. Wie Piemont eine Mittelstufe zu romanischer Art und Weise gebildet hatte, so schloß sich die Mark Verona bis zur Herrschaft der Venetianer an das deutsche Volksthum an. Endlich tritt noch in Vorderitalien, als ein besonders die Landschaft südlich vom Po und östlich vom Apennin zwischen den Apenninen und dem adriatischen Meere bis in die Gegend von Ancona, hervor. Lange Zeit unter oströmischer Herrschaft, da sich hier altrömische Institute länger erhalten, während zugleich die Landschaft in dem Zwischenhandel zwischen dem byzantinischen Reich und dem inneren Italien mit Venedig rivalisirte. Später bildete sich daselbst die städtischen Verfassungen gleichmäßig wie in der Lombardie aus. Aber früher und häufiger wurden hier Tyrannenherrschaften gegründet, wie denn überhaupt, dem schon mehr südlichen Charakter gemäß, den Massen gegenüber die individuelle Kraft und der größeren Einfluß gewann.

Das südliche Italien, westlich, südlich und südöstlich des Apennins, wird durch die zahlreichen Verzweigungen, die von den Gebirgen nach dem mittelländischen wie nach dem adriatischen Meere hinlaufen, in eine Menge abgeschlossener und sehr verschiedener Gegenden getheilt. Der Arno und die Tiber, sodann im Neapolitanischen das Garigliano, diese aber nur für wenige Meilen, sind die einzigen nicht sehr weit in das Land hinein schiffbaren Flüsse, und der Verkehr ist weit schwieriger, als die Verbindung von der See her. In jener scharf begrenzten Landschaft ist das Genuesische. Von

beengt, sind die Bewohner auf Wein- und Gartenbau, hauptsächlich auf die See und den Handel angewiesen. Eine derbe Natur, Gelbgier und Geldstolz sind den Bewohnern eigen, und wenn, das wohl seine stolzen Paläste hat, aber keinen einzigen berühmten Schriftsteller, Maler und Musiker, hat meistens eine rohe oder rather Gewalt geherrscht. Das gebirgige und von Bergen durchsetzte Toscana zerfällt in sehr verschiedene, zum Theil rauhe und unfruchtbare Landschaften. Auch in den besseren Theilen des Landes im Arnothale, ist der Landmann neben seiner Feldarbeit zu verschiedenen Gewerben gezwungen: darum ist das Volk arbeitsamer, gebildeter und bildungsfähiger, als im benachbarten Genuesslande Florenz, das als Uebergangspunct am Arno für Deutsche immer eine besondere militärische Bedeutung hatte und hierdurch vermochte über das zur Vermittelung des Weltverkehrs günstiger Pasa erhielt, sollen angesehenen Geschlechter von deutscher Abstammung. Eine glückliche Mischung des germanischen mit dem römischen Element, vielleicht aus der Zeit Otto's des Großen, scheint beigetragen zu haben, um Florenz besonders empfängnisvoll für die Aufnahme der rings emporkeimenden Bildung, um dessen und treuen Pflegerin der Künste und endlich zur wichtigsten Hauptstadt Italiens zu machen. Rom und die römische Landschaft, nach der natürlichen Beschaffenheit des Landes durchaus gleichem Charakter wie Toscana, wurde der lebendigste Mittelpunkt eines fast die ganze gebildete Welt beherrschenden Glaubens. Die priesterlich-aristokratische Regierung des Landes hatte den Mittelpunkt gestellt, von dem aus sie die Weltverhältnisse des Landes und der Meinungen aller Völker zu überwachen und mit ihrer feinen berechnenden Klugheit zu ordnen und zu beherrschen. Allein diese Stellung selbst und die weitsichtige Klugheit, die sie ausübte, hatte dazu beitragen müssen, daß die socialen Verhältnisse in der Nähe minder beachtet wurden. Darum finden wir, wie in der Industrie und den Handel, selbst alle politischen Verhältnisse, kaum irgendwo in so unvollkommenem Zustande, als im südlichen Gebiete. Mehr noch, als alle anderen Theile des südlichen Italiens, ist Neapel durch Gebirge und Schluchten in eine Menge unfruchtbarer Landschaften zerissen, von so wechselnder Beschaffenheit, daß kaum Räume weniger Stunden, zum Theil auf vulcanischem Boden, zum Anbau geühen, und dort ein rauhes, fast nordisches Klima herrscht. Wie das Land, so ist auch das aus den verschiedensten Völkern erwachsene Volk in tausend gesonderte Lebenskreise aus einander getrennt. So lange sich überhaupt noch nicht die Volkskräfte zu einer politischen centralisirten hatten, konnten auch hier einzelne Städte, wie Salerno, Amalfi, Montecassino, der Heerd einer unabhängigen Cultur werden, während später nur die Hauptstadt eine besonders hervortretende Bedeutung behielt. Zugleich war das Volk in vielfach abge sonderte Kreise getheilt. Darum

fehlt jedes Gefühl der Einheit und nur die hieraus entspringende Toleranz für alle allgemeineren Verhältnisse erklärt es, warum die neapolitanische Volk der von außen eindringenden Gewalt bald und ohne einzeln Kampf trotziger Widerstand, wie noch die Calabresen der byzantinischen Herrschaft, bald auch gleichgültig sich derselben hingab. Aus dem mit daraus erklärt es sich, warum überhaupt das von der Natur vielfach geschiedene südliche Italien gleichwohl in eine kleinere Zahl von Provinzen zerfällt, als die nördliche Hälfte des Landes, wo durch die Alpen das Meer, den Apennin die natürlichen Grenzen eines größeren Reichthums abgesteckt scheinen. Noch jetzt hat übrigens in Neapel die allgemeine Staatsgewalt nur wenig Auctorität in den entfernteren Thälern und Gegenden des Königreichs, und die einzelnen Landschaften bleiben meist und wesentlich ihrem örtlichen Gewohnheitsleben überlassen, die weiter reichenden Bande der Gesellschaft noch so locker sind, so daß die Bande der Familien und Geschlechter sich um so fester; und so denn auch in vielen Gegenden Neapels, wie in Sardinien, noch die Sprache einheimisch. Ähnliche Zustände finden sich in Sicilien, wo alle äußeren Einflüsse der neueren Zeit nur die Oberfläche der Gesellschaft berühren; nur daß auf dieser Insel, wo 352 Städte und sehr viele Dörfer kommen, sich das Leben mehr in die Städte als in die Dörfer, die jedoch unter sich nur im losen Zusammenhange stehen *).

Im Norden und Westen von den höchsten Gebirgen umschlossen, scheint Italien eine natürliche Schutzmauer gegen den Angriff von außen zu haben. Aber fast alle die Alpen durchziehenden Straßen steigen vom Auslande her weniger steil empor, sondern theilen sich auf der italienischen Seite in zahlreiche Nebenstraßen, durch fast überall, mit Ausnahme eines Theils der südwestlichen Grenze gegen Frankreich, die Vertheidigung höchst schwierig wird. Um so konnten fort und fort die nördlich wohnenden Völker über das Schicksal Italiens entscheiden, nachdem dieses mit dem Ende der Römerherrschaft aufgehört hatte, selbst erobernd zu sein. Durch seine Lage, seine Grenzungen, seine Gestaltung und seinen lockenden Reichthum ist Italien in Europa eine ähnliche Stellung, wie in Asien das Land vom Himalaya und vom Meere umgürtete Hindostan, das so oft die Beute der landwärtigen und seewärtigen eindringenden Eroberer wurde.

Wie verschieden in Italien das Klima und der Boden ersehe, so ist es doch im Ganzen mit der üppigsten Fruchtbarkeit gesegnet. Reich ist es an Getreide, Reis, Südfrüchten, Wein, Oliven, Nüssen und Maulbeeren; im Süden kommen selbst Palmen und Feigen vor. Von Thieren findet man besonders in Neapel das Pferd, in Oberitalien vorzügliches Rindvieh, sodann Schafe, und vielerlei Geflügel, während das Meer Fische und Schalenthiere in Menge liefert. Minder reich ist es an Mineralien, wo Marmer

*) Ueber Italiens innere Gliederung s. Geschichte v. Italien v. H. v. S. 8. ff.

und in Elba, so kann vulcanische Producte seine hauptsächlichsten Reichtümer sind. Die dichteste Bevölkerung, das regsamste geistige Leben entwickeln sich stets am Frühesten in Ländern, die sich in größtmöglicher Ausdehnung in das Meer sich erstrecken; wo über den begrenzten Horizont hinaus den Blick und das Streben die Ferne richtet; wo See und Land in ihrer Verästelung schon zu den mannigfaltigsten Acten der Thätigkeit und der Berufsbeschäftigung anspornen. Kaum irgend ein Landreich ist darin glücklicher, als das südlüche Europa. Das vielzackige Griechenland, Italien und in zahlreichen seinen Verzweigungen den Continentalmassen von Asien und Afrika entgegen, im höchsten Grade geeignet, die vorwärtstretende Cultur mit tausend Fasern in sich aufzunehmen und zu weiter zu leiten. Als das hinsinkende Griechenland mehr und mehr zu sinken, ging die Aufgabe, ein Träger und Leiter der Bildung zu werden, in natürlicher Fortpflanzung auf Italien über. Indem dieses die geistige Erbschaft der Hellenen, Römer und Griechen antastet und zum Theil damit wucherte, ist es das Vorbild aller Völker Europas geworden, im Landbau, Gewerblust und in Wissenschaft und Kunst, in Recht und Politik.

Schon vor der Alleinherrschaft der Römer war Italien von zahlreichen und sehr verschiedenen Völkern bewohnt. Ueber Apulien, Campanien nach Norbitalien gedrungen und hatten, wahrscheinlich auf griechischer Grundlage, den Bundesstaat Etrurien gegründet, woben die Dichter das goldene Zeitalter und Saturn's Reich verkündeten. Die Etrusker bedeckten mit ihren Wohnungen die ganze Ebene des Maremma Toscana und schritten in Wissenschaft und Kunst den Griechen voran, wenn sie auch nicht, wie diese, den höchsten Kreis der Bildung erfüllten. Weiter nördlich haupeten die Stämme. In der Mitte und gegen Süden hin wohnten die verschiedenen Bundesvölker der Sabiner, Latiner, Samniter, Brutier, zum Theil von altgriechischen Colonien abstammend, während die griechische Colonien den Südosten und Sicilien der Herrschaft unterwarfen*). Die Verschiedenheit der vielfach sich bekämpfenden Elemente ließ eine reiche Mannigfaltigkeit der Entwicklung entstehen, bis das wachsende Römerthum allen diesen Völkern seinen Stempel aufdrückte, ohne doch die heterogenen Bestandtheile in eine zeitige Nationalität verschmelzen zu können. Die römische Herrschaft hatte sich endlich in den weiten Umfang des Reiches zerplittert. Die germanischen Nationen begannen, und es herrschten nur noch der alte Name und der gefürchtete Name der früheren Welt. Aber selbst der Zauber dieses Namens war mächtig genug, um zum Mittelpuncte des neuen christlichen Glaubens, zum Eige-

*) E. Siemond's Geschichte der Italienisch. Staaten im Mittelalter.
Bd. I.

einer neuen geistlichen Welt Herrschaft zu machen. Als den Reformation und die neuere Geschichte zu beweisen schienen, da die christlichen Nationen die Nothwendigkeit eines äußerlichen Nuzungszwecks und Haltpunktes vorüber sei; hielt doch die alte Gewohnheit und der Erinnerung zum Theil noch in den alten zurück. Vom Ende des 5. Jahrhunderts an drängten und wuchsen sich in bunter Mischung und in wirrem Kampfe Heruler und Ostgothen und Longobarden, Ostfranken, Saracenen und Franken, germanischen Völker, die der Sturm der Völkerwanderung auf dem Boden Italiens geführt, waren noch unentwickelt und bildsam, um sich unter sich und mit den Elementen einer früheren Vergangenheit allmählig zu einer neuen Nationalität zu verschmelzen und in der Reihe der romanischen Nationen ein scharf ausgeprägtes zu bilden. Schon während der Völkerstürmerei Leo's des Sechsten viele Städte im Süden, nach Vertreibung der ostfränkischen Stämme, als freie und selbstständige Gemeinwesen auf. Auch im Norden erhielten während des 10. Jahrhunderts zahlreiche Städte republikanische Verfassungen durch Otto den Großen, der übrigens die lombardischen Städte zu Macht und Ansehen, und auch Venedig, Genua und Pisa wurden groß und stark. Aber während der Mitte viele gesonderte Gemeinwesen sich auflösten, wurden die kleineren des Südens durch die Eroberungen der Normannen in ein ganzes Ganzes vereinigt. Das Ansehen der Päpste war seit Kaiser Heinrich gesunken. Mit Hilfe der Normannen begannen sie nun, besonders Gregor VII., den großen Streit der geistlichen mit der weltlichen Macht oder den Kampf der Päpste und Republiken mit dem Kaiser. In dem Zusammenstoße der beiden Gewalten gingen Italien, Deutschland, mehr und mehr in politische Bruchstücke auseinander, daß noch jetzt, von der Südspitze Siciliens an bis zur Ostsee, Nordsee eine Reihe kleinerer Staaten durch die ganze Mitte zu Welttheils sich durchzieht. Wenn der Constanzer Friede von 1122 Freiheit der Städte zu sichern schien, so hatten diese doch nur vorläufige Bündnisse geschlossen, aber keine dauernde Eidgenossenschaft zu Stande gebracht. Auch im Inneren dieser Städte hatte sich fast überall Bevölkerung in die Parteien der Guelfen und Ghibellinen getheilt und die Anarchie dieses Kampfes erschlackte die Freiheit und erzeugte Herrschaft kleiner Tyrannen. Nur die Seerepubliken und noch immer Zeit die Städte Toscanas mußten ihre aristokratische, oder demokratische Verfassung zu bewahren. Inzwischen war es Innocenz III. gelungen, die weltliche Herrschaft des heiligen Stuhls in Rom der römischen Landschaft neu und fester zu begründen und zu erneuern. Neue Kämpfe entspannen sich in und um Italien, in deren Mitte Florenz unter die Herrschaft der Mediceer fiel, und somit auch fast ganz den Norden Italiens die monarchische Gewalt einzelner Fürsten Uebergewicht behielt. Für einige Zeit entwickelte sich daraus ein

das Gleichgewicht der italienischen Staaten, das auf Mailand, Venedig, Florenz, den Kirchenstaat und Neapel sich gründete. Aber die Macht des Landes machte es wiederholt zum Schlachtfelde der kriegführenden und inzwischen mehr und mehr erstarkten europäischen Nachbarn. In selten unterbrochenem Zwiste stritten Oesterreich, Spanien und Frankreich um die Herrschaft über die Provinzen Italiens, als die der Glanz und die Macht der italienischen Städte mit dem Verfall des Welthandels zu sinken begann und die Verwegenheit eines Mannes eine neue Welt aufgefunden und eine Entdeckung gemacht hatte, die so wesentlich dazu beitragen sollte, um andere Nationen über Italien zu erheben. Gleichzeitig hatte die Reformation das stolze Reich der römischen Glaubensherrschaft untergraben, und der bayerische Angriff von der materiellen, wie von der geistigen Seite des Kaiserthums stürzte Italien von seiner früheren Höhe. Mit Ausnahme des Kirchenstaats, Venedigs und Genuas war im 18. Jahrhunderte, nach dem Abgange der alten einheimischen Fürstenfamilien, ganz Italien an Kaiserliche Vorkeiningen, Bourbon und Savoyen vertheilt. Auch hier sah man das erschöpfte und immer mehr in politische Gleichgültigkeit verfallende Volk den lebensmörderischen Versuchen einer mechanischen Verfassung willig hin. Der monarchische Absolutismus behauptete seine ungebrochene Herrschaft und etwa vierzig Jahre einer faulen Ruhe, die allmählich stillen Schwüle gingen den Stürmen voran, die Italien in die Wirbel der französischen Revolution rissen. Alle Staaten der Halbinsel, selbst die alten Aristokratien von Genua und Venedig, wurden Frankreich botmäßig, und eine Reihe neuer Republiken und Königreiche wurde geschaffen. Für kurze Zeit träumten auch in Italien viele Tausende den Traum einer neuen Einheit und der Freiheit ihres Vaterlandes, unter dem Schutze des gewaltigen Napoleon, der Europa seinem Willen unterworfen hatte. Aber immer schon die Hoffnung und nicht ungern stimmten die Italiener dem allgemeinen Ruf der Befreiung vom französischen Joche ein, der von Norden zum Süden durch die ganze Reihe der europäischen Staaten fortpflanzte. Nach Napoleon's Sturz wurden von den Mächten des Europas auch über sie die Würfel geworfen. Die vertriebene Dynastie aus dem Hause der Bourbonen wurde wieder auf den Thron von Neapel gesetzt. In Mittelitalien erstanden der Kirchenstaat, das Großherzogthum Toscana, das Herzogthum Lucca; ließ man in Mitte des päpstlichen Gebietes die kleine Bergrepublik San Marino als seltsame Trümmer der Vergangenheit bestehen. Im Oberitalien wurde das Herzogthum Parma der Kaiserin Maria Louise auf Lebenszeit überwiesen. Nach ihrem Tode soll es der Kaiserin Marie Louise, Herzogin von Lucca, oder ihren Erben zufallen, so dass Lucca mit Toscana vereinigt werden. Auch das Königreich Sardinien wurde von den Todten erweckt und erhielt als Zusage das Gebiet des alten Freistaates von Genua. Vor Allem aber war es Oesterreich mit dem lombardisch-venetianischen Königreiche dem

reichsten und schönsten Theil Oberitaliens zu, die früheren Hauptstädte italienischen Freiheit und Macht. Oesterreich ist seitdem der anerkannte Schutzherr der Herren Italiens. Die Insel Malta aber blieb unter der Gewalt Englands und an allen Küsten der Halbinsel gebührt der britische Dreijack. So wurde in Italien die frühere Berührung mit dem früheren Absolutismus, so wurde alles Alte, nur nicht die alte Freiheit, wiederhergestellt. Wohl trieben die getäuschten Erwartungen der Jahren 1820 und 1830 einen Theil des Volks zu revolutionären Bewegungen; aber schnell wurde durch die überlegene Kraft der alten Allianz die dürftige Flamme eines schnell verlodernden Enthusiasmus erstickt und von Neuem Italien beruhigt, das fortan zwar unbesiegbaren Groß, aber zugleich das bittere Gefühl der Ohnmacht und Schwäche im Herzen trägt.

Italien hat jetzt eine Bevölkerung von etwa 22 Millionen. Die mittlere Dichtigkeit derselben gebört also zu den stärksten in Europa, da sie ungefähr 4000 auf die Quadratmeile beträgt. Am dichtesten bevölkert sind Lucca, Parma und das lombardisch-venetianische Königreich, das auf 850 Quadratmeilen eine Population von 4½ Millionen und hiernach eine Dichtigkeit von nahe 6300 auf die Quadratmeile hat. Die Bewegung der Bevölkerung geht über die mittlere Maß für Europa hinaus. Nimmt man für ganz Europa nach den auf einen fünfzehnjährigen Durchschnitt von 1815 bis 1845 gegründeten Berechnungen, für jede Million eine jährliche Vermehrung von 12,390 Menschen an, so ist diese wenigstens in einem großen Theile Italiens, wie in dem lombardisch-venetianischen Königreich, sodann in beiden Sicilien, im Kirchenstaate und in Toscana, größer oder minder und zum Theil ziemlich bedeutend überschritten worden. Die allgemeine Fruchtbarkeit äußert sich auch in der menschlichen Fortpflanzung. Ob man gleich im Allgemeinen, freilich nach sehr problematischen Behauptungen, dem romanischen Völkerstamme eine geringere Fortpflanzungskraft als dem germanischen, oder gar dem slavischen zuschreibt; so hat doch das Königreich beider Sicilien, wo auf je 1000 Ehen 6,546 Kinder kommen, in ganz Europa die höchste eheliche Fruchtbarkeit. Wenn hier gleichwohl, bei einer Zahl der Ehen Geburten im Verhältnisse von $\frac{3}{2}$ der Bevölkerung, die Zunahme der letzteren nicht beträchtlich größer ist, als in den meisten anderen europäischen Staaten; so kommt dies theils von der großen Zahl der Sterbefälle, die etwa $\frac{1}{2}$, theils von der nicht sehr bedeutenden Zahl der jährlichen Trauungen, die $\frac{1}{12}$ der Population betragen. Auch andere Theile Italiens, namentlich die Provinzen Venedig, Bergamo und Mailand, fallen, nebst den Königreichen Böhmen, Bayern, Preußen und Portugal, in die Classe derjenigen Staaten Europas, welche die größte eheliche Fruchtbarkeit haben und worin durchschnittlich auf je 1000 Ehen 5000 und mehr Kinder kommen. Zum Theil erklärt sich dieses wohl aus der frühen Reife der beiden Geschlechter und aus dem zeitigen Abschlusse der Trauungen, wie er durch den Re-

Landes und den verhältnißmäßig nicht sehr schwierigen Erwerb andern Ländern Europas begünstigt wird *).

Der Nationalität haben sich die verschiedenen volksthümlichen Elemente, die auf dem Boden Italiens sich durchmischt haben, schon in der That zu einer wesentlich gleichartigen Masse verschmolzen. Nur in dem Gebiete des Nordens gibt es noch 36 Dörfer, deren Bewohner eine oberdeutsche, italienisch vielfach verfezte Mundart reden. Nach neueren Angaben läßt man sie für Abkömmlinge von Alemannen gelten, die ihrer Ueberwindung durch Othobowij von Theodorich dem Großen habim verfezt und als Grenzfeldaten verwendet worden sind. Nur ist in einem kleinen Theile des nordwestlichen Grenzgebietes das Deutsche üblich, so wie in einigen Gegenden von Neapel das Griechische. Auf den Inseln Malta, Gozzo und Comino, die jedoch nicht unter die deutsche Herrschaft nicht mehr politisch zu Italien zählen, redet die Mundart des Volks ein verdoebenes Arabisch, mit einer Mischung von Worten aus fast allen europäischen Sprachen. Das italienische Sprachgebiet selbst bleibt nur im Nordwesten, gegen Frankreich, innerhalb der politischen Grenzen des Landes, während es im Süden die Schweiz und in die zum deutschen Staatenbunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie eingreift. Auch auf der Insel des adriatischen Meeres, so wie in den Städten Griechenlands und den Inseln des griechischen Archipelagus, ist das Italienische als Umgangssprache der Gebildeten weithin verbreitet. Schon vor der Römer war in verschiedene Mundarten zerfallen, wovon die römische Schriftsprache als ein gemeinsam verknüpfendes Element durchzog. Als sich nach den Einfällen der nordischen Völker die römische mit den altrömischen Elementen mischten, bildeten sich neue Mundarten, wozu jedoch das Lateinische weit den meisten Stoff gab. Erst im 14ten Jahrhundert erhielt sich das letztere als Schriftsprache, bis endlich, im 15ten Jahrhunderten einer eigentlich italienischen Literatur, die von den Schriftsteller Neapels und Siciliens ihre geistigen Schöpfungen in der dort herrschenden Mundart niederlegten. So schloß sich auch das Sicilianische als die künftige Schriftsprache Italiens dem überwiegenden Einflusse zu gewinnen. Wie aber in Deutschland die geistige Gewalt eines Luther dem Oberdeutschen den Vorzug verschaffte; so traten später in Florenz die hervorragenden Dichter und Prosaisker auf, Italien zwingend, ihrer Rede zu folgen. Es ist gekommen, daß die so melodisch tönende Schriftsprache Italiens die Florentinische Mundart und nächst dieser einigen andern Toscanas wenigstens am Meisten sich annähert, ohne jedoch mit einem oder andern durchaus zusammenzufallen. In ganz Italien zerfällt die Volkssprache in sechs Unterarten, und in ganz Italien

* Vgl. des in Pilsn Jahrb. Juni 1834 und „Die Bewegung der Bevölkerung“ 1832; Johann Fränzl's Statistik, Wien 1838. Bd. I. S. 251.

zählte Fernow fünfzehn verschiedene Dialekte, worin mehr oder der Schriften verfaßt worden sind, alle übrigen ungerichtet.

Der äußeren Form nach herrscht über das ganze Gebiet Halbinsel der römisch-katholische Cultus. Nur wenige Protestanten fremder Nationen leben da und dort zerstreut. Auch die Zahl der Katholiken ist verhältnißmäßig gering, obwohl man von jeher in Italien sie minder unduldsam war, als in anderen rein katholischen Ländern, besonders in Spanien und Portugal. Ungeachtet der Scheinbarkeit des Kirchenwesens, ist indeß auch Italien nicht außer dem Einfluß der religiösen Bewegungen und Erschütterungen der neuzeit geblieben. Und wie überhaupt die Opposition gegen das Bestehende erst mit der Verneinung von Einzelnem und Besonderem beginnt, so man daran denkt und denken kann, von dem positiv Geltendes sich loszureißen und ein neu Geschaffenes an die Stelle zu setzen, hat dieser Geist der Negation, welcher Europa durchschritten, auch in Italien seine Spuren zurücklassen müssen. Nicht bloß der Zahl der Indifferenten und der stilleren Zweifler beträchtlich zuzunehmen bei Vielen hat sich die Stimmung schon bis zum offenen Hass gegen wenigstens gegen einzelne kirchliche Institute, bei Anderen gar zum Hass gegen alles Kirchenthum und gegen jede positive Religion gesteigert. Treibt diese Stimmung hauptsächlich in den gelehrten Classen hervor, so hat sie doch hie und da schon in die Mitte des Volkes sich verzweigt. Wenigstens zum Theil sind die liberalen Ansichten der letzten Jahrzehnte aus der Abneigung gegen das Pfaffenwesen hervorgegangen und haben selbst erst durch diese Abneigung in den Theile des Volkes eine populäre Basis gewonnen. Besonders in den größeren Städten Italiens bemerken, daß vor Allen die Klostergemeinschaften bei einer zahlreichen Bevölkerung im Mißguthen sind und ein Gegenstand des Spottes geworden sind. Aber vom Volke ist es nicht weit zum Hass, sobald erst die Umstände ernsthafte werden. Richtet sich nun gleich diese Abneigung zunächst und vornehmlich gegen ein besonderes kirchliches Institut, so ist doch der katholische Glaube ein so eigenthümlich zusammenhängendes Gebäude, daß darin von keiner Seite eine Lücke brechen läßt, ohne das Ganze gefährden. Und wie sehr man in Italien bemüht ist, Alles abzuwerfen, was den alten Glauben erschüttern könnte; so haben doch die dem Volke feindseligen Ansichten nicht nur im Gefolge der französischen Revolution, der französischen Heere, sondern auch später fort und fort Eingang gefunden. Bekannt ist, daß trotz aller Vorsichtsmassregeln an den Grenzen Italiens ein ziemlich beträchtlicher Schmuggelhandel mit verbotenen Schriften getrieben wird; und daß sich Jeder, der nicht gerade als Fanatiker im Verdachte steht, diese Schriften aller Orten leicht zu beschaffen vermag. Endlich erscheint noch die Entstehung und Verbreitung der Carbonaria, die sich als eine Art Protestantismus auszuweisen hatte, auch in religiöser Beziehung als ein sehr wichtiges Symptom der im Innersten des Volksglaubens vorgehenden Veränderung.

Nachdem hat eine verhältnißmäßig starke städtische Bevölkerung. Mit dieser von der Insel Sicilien und vom lombardisch-venetianischen Reichthum mit seiner Menge prachtvoller Städte, und es zeigt, wie sehr auch der Glanz derselben im Vergleiche mit Jahrhunderten gesunken ist. Der Adel ist hier und da, der fast überall sehr zahlreich, namentlich im Kirchenstaate, so Neapel, wo man einen Geistlichen auf je 152 Einwohner in Sicilien wird sogar die Zahl der Geistlichen und derjenigen, die hauptsächlich von kirchlichen Gütern und Spenden leben, annähernd als 300,000 Individuen geschätzt.

Landbau, obgleich in einigen Theilen der Halbinsel, wie in Sicilien, mit Sorgfalt betrieben, gibt doch lange nicht die Erträge, die er bei dem natürlichen Reichthum des Bodens und bei der Cultur desselben zu liefern vermöchte. Selbst in den acht Provinzen der Lombardie deutet noch die verhältnißmäßig geringe Viehzahl den mangelhaften Betrieb der Landwirtschaft. Bei einer Bevölkerung von 2,400,000 Einwohnern wurde der Pferde- und Ochsenstamm auf nicht mehr als etwa 70,000 Stück geschätzt, der Schafstamm auf etwa 410,000, der Schafstamm auf 168,000; im Jahre 1828 im preussischen Staate, bei einer nicht fünfmal so starken Bevölkerung, je 20, 10 und 70 Mal. In Oberitalien ist der Grund und Boden in den Händen einer verhältnißmäßig geringen Zahl von Eigenthümern, von freien, beschränkten, die auf bestimmte Zeit nach einem bestimmten Tode übernehmen. Die geringe Concurrenz unter den Pächtern macht jedoch die Pachtbedingungen drückend; und obgleich man keine Roboten, Laudemien und Mortuarien zu leisten hat, so ist doch dennoch in schlimmer Lage und erwiebt selten die Möglichkeit Eigenthümer zu werden. Selbst in den altlombardischen Provinzen sind darum die Wohnungen der Pächter klein und ärmlich, und die Pächter selber steht es hauptsächlich in den Provinzen Lodi und Cremona in schlechter Lage. Besser befinden sich die Pächter in der Romagna. Zwar sind sie nicht Eigenthümer und haben keine schriftliche Contracte; aber ein allgemeines Gewohnheitsrecht ihnen eine Art Erbpacht, die auch in anderen Theilen vorkommt. Meistens theilt der Pächter in der Romagna dem Eigenthümer die verkäuflichen Producte zu gleichen Theilen. Der Pächter trägt die Hälfte aller Grundlasten trägt. Oft stehen 30 Familien, den verschiedenen Zweigen einer Familie angehörig, unter dem selbstgewählten Oberhaupte in einer Gemeinschaft der Güter. Auf der Insel Sardinien sind noch weite Länder im Eigenthume vieler ausländischen, namentlich spanischer Fürsten. Die von ihren indolenten Pächtern sehr mäßige Renten beziehenden Güter, die zum Theil im Lehnverbande stehen, werden meistens zwei Jahre, gewöhnlich gegen Naturalzinsen, verpachtet. Auf den Grundgütern herrscht noch eine Art Dreifelderwirtschaft. Der

eröffnet, um wieder mit gesteigerter commercieller Thätigkeit in die ger sich knüpfende Reihe der Nationen eingreifen zu können. Die folgenschwere Erfindung der Eisenbahnen, die selbst den schroffen Gegensatz von Land und Meer auszugleichen sucht und auch andere Völker wieder zu ebenbürtiger Stellung mit den Nationen erhebt, in deren Händen sich gegenwärtig der Welthandel befindet — diese zukunftsreiche Erfindung unserer Zeit wird auch über Italien ihren Segen ausbreiten. Schon hat das Unternehmen begonnen, das mit eisernem Bande die löstlichen Steine der italienischen Städtekrone fester zusammenzuheften und das gesunkene, aber noch in seinem Verfall so imposante Brückengewebe mit den Städten der Lombardei verbinden soll. Und wie großem Bedürfnisse liegt jetzt in Italien auf eine engere Verbindung mit den andern Staaten Europas gelegt wird, davon ist ein Zeugniß die lebhafteste Theilnahme, die das Project einer Basel-Zürcher Eisenbahn, und der nothwendigen Mittelglieder zwischen dem Süden und Norden unseres Welttheils, besonders bei dem Handelsstande zu Mailand, gefunden hatte. Die politische Zersplitterung Italiens und der Mangel selbst derjenigen Einheit und Einigung, wie sie jetzt zwischen den meisten deutschen Bundesstaaten besteht, eine unselbige Handelspolitik, die das Land mit zahlreichen Mauthen durchschneidet und den Verkehr in Fesseln schlägt, dürften jedoch noch für längere Zeit dem raschen Aufschwunge desselben im Wege stehen.

In einem Lande, wo sich der Grund und Boden im Besitze einer verhältnißmäßig nicht sehr beträchtlichen Zahl von Eigenthümern befindet und wo eine zahlreiche Bevölkerung mit Handel sich beschäftigt, mit einem Berufe, der schneller, als jeder andere, entweder reichert oder verarmen läßt, müssen die Gegensätze von Reichthum und Armuth deutlich hervortreten. Dazu kommt in Italien die eigenthümliche Stellung der katholischen Kirche, welche, im Besitze beträchtlicher Reichthümer, durch die zahlreichen Almosen, die sie vertheilt, das gemeine Volk an sich zu fesseln sucht, aber damit zugleich der natürlichen Freiheit und dem den Italienern so eigenen Sinne für ein dolece vivere nienter fort und fort Vorschub thut. Man nimmt im Allgemeinen an, daß die Zahl der Armen etwa 13 pr. c. beträgt und hiernach etwas geringer ist, als in den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien, aber stärker als in fast allen anderen Ländern Europas *). In der Stadt Neapel hat man die Menge derjenigen, die ohne bestimmte Beschäftigung leben, auf mehr als 232,000, oder etwa die Hälfte der ganzen Einwohnerzahl, geschätzt; und aus Rom ist bekannt, daß die Bettler einen Hauptbestandtheil der Bevölkerung bilden, der sogar eine Art Organisation, seine besonderen Gewohnheiten und Bräuche, und selbst seine eigenen Privilegien besitzt. Aber die Mäßigkeit des Italieners, das milde Klima, das fruchtbare Land und die freigebige Natur, wodurch es ihm so leicht wird, mit geringer Anstrengung und ohne

Sorgt für die Zukunft sich wenigstens von Tag zu Tag
 zu erwerben — dieses Alles trägt dazu bei, um hier
 der Noth des Reichthums und der Armuth, wenn nicht aufzuheben,
 zu mildern und ihnen sonst verderblichen Einflüssen und Folgen
 theilweise zu beargnen. Und so muß man wohl behaupten,
 daß der gleichen Vermögensständen in Italien dennoch der
 Noth Arme weit näher stehen, als in den nördlichen Staaten.
 Was von den Unterschieden des materiellen Besitzes und Einkom-
 mers zugleich von denen der intellectuellen Bildung. Auch die
 Noth nach dem geistigen Besitze und Erwerbe sind in Italien
 fühlbar, als in den Ländern des germanischen und in mehreren
 Ländern des romanischen Staatsgebietes. Der Italiener ist
 in lebhafter mündlicher Unterhaltung alle Gegenstände zu
 erörtern und zu besprechen, die in seinen Gesichtskreis fallen. So
 überhaupt in höherem Maße, als es bei den nördlichen
 Völkern der Fall ist, die Schule durch das Leben ersetzt. Und weil
 auch an dem schliefren Sporne des Bedürfnisses eines aus-
 gebildeten Schulwesens fehlt, so erklären sich daraus wenigstens theils
 die mangelhaften Einrichtungen desselben. Zum anderen gro-
 ßen Theil liegt freilich der Grund davon in einer weltlichen und geist-
 lichen Noth, die das Volk, um es unterwürfiger zu machen, in Un-
 gebildetheit zu erhalten sucht. In vielen Städten Italiens findet sich
 in den frühmorgentlichen Zeiten eine Art Kleinkinderschulen. Aber die Kin-
 der werden darin weder irgend etwas Nützliches gelehrt, noch wird
 auf die Erhaltung und Kräftigung ihrer Gesundheit die erforder-
 liche Sorgfalt getragen. Während die Söhne der Reichen meistens im
 Hause ihrer ziemlich oberflächliche Erziehung erhalten, werden in den
 Schulen die Knaben selten in etwas mehr, als im Catechismus,
 in Schreiben und ein wenig Rechnen unterrichtet. Am Besten ist
 das Schulwesen in den österreichischen Provinzen, namentlich in
 Venedig, sodann in Toscana beschaffen. In den venetianischen
 Provinzen wurde die Zahl der Elementarschulen auf 1,402 angewach-
 sen, von 62,000 Schülern besucht werden. Doch sollen sich auch
 gegen 400 Gemeinden finden, die aller Schulen entbehren.
 In Venedig steht es darin im Kirchenstaate, sodann in Sicilien
 und über nirgends Seminarien für die Bildung tüchtiger Schu-
 ler. Die Geistlichen sind meistens zugleich die Lehrer. Obgleich die
 Bischöfe den Clerus unter strenger Controle halten, so überlassen
 sie doch den Unterricht und die Herrschaft über das Schulwesen,
 und die Kanzel nicht mehr unabhängig ist und die Geistlichkeit,
 die in nächster Interesse gegen die freisinnig religiösen Bewegun-
 gen steht, mit dem politischen Absolutismus gern und freiwillig
 verknüpft ist. In den höheren Schulen wird vorzüglich Latein, ein
 wenig Griechisch und in den lombardisch-venetianischen Provinzen auch
 Französisch gelehrt. Die Naturwissenschaften und selbst die Geschichte
 sind nur höchst nachlässig betrieben. Fast durch das ganze Unter-

richtswesen, besonders auf den zahlreich wieder zum Vorschein gekommenen Jesuitenschulen, herrscht noch die geistestödtende altchristliche Methode. Auch für die körperliche Bildung wird nur wenig gesorgt. Das Turnen ist verpönt und kaum werden noch Uebungen geduldet.

Groß genug und wohl allzu groß ist die Zahl der Universitäten, so wie die der akademischen Lehrer und der Studenten. Nach einer vor mehreren Jahren erschienenen Statistik befanden sich auf 20 italienischen Universitäten 649 akademische Lehrer und zwischen 8 und 9000 Studenten; während Deutschland auf 24 Hochschulen etwas über 1000 Lehrer und gegen 16,000 Studirende hatte. Aber sechs Jahrhunderte sind verflossen, als Bologna 10,000 Schüler fast aus allen Ländern Europas in seinen Mauern vereinigte, als sich ihm dann Padua, Arezzo, Vicenza, Neapel u. a. in rühmlichem Eifer zur Seite stellten. Und diese italienischen Universitäten, welche die Muster aller anderen Hochschulen Europas und die reiche lebende Quelle waren, woraus die Wissenschaft aller Völker schöpfte, sie sind jetzt zum stehenden Sumpfe geworden, wo der wesentlich vernünftige Geist der Stabilität über dem Moder schwebt. Noch jetzt lehren in den alten Facultäten in ihrer alten Weise, zum Theil in lateinischer, zum Theil in italienischer Sprache. Die Lehrer an diesen Hochschulen, die als Handwerker der Wissenschaft im eng gemessenen Kreise nur die Alte reproduciren dürfen, leben meistens von ziemlich mäßigem Arbeitslohn. Philosophie, Geschichte und Naturwissenschaften sind nur dürftig vertreten. Für Staatswissenschaften, namentlich Staatsrecht und Staatenkunde, sind noch nicht einmal Lehrerstellen vorhanden, und nur einiges Wenige ist dafür in der neuesten Zeit in Padua, Pavia und Turin geschehen. Die Studenten sind einer strengen Disciplina unterworfen. Dafür hat man den traurigen Gewinn, daß sie äußerlich zahm erscheinen. Aber während man selbst die edleren Leidenschaften der Jugend zu unterdrücken meint, schlägt diese nur um so gewaltiger eine politische Richtung ein, von der man sie abzulenken sucht; und sie nur lüftern nach den von Kirche und Staat verpönten Schritten und ist vor Allem geneigt, auch wohl in geheimen Verbindungen den Spielraum einer Thätigkeit zu schaffen, die ihr im öffentlichen Leben versagt bleibt. Auch das eigentliche Vaterland der Akademiker ist Italien und noch jetzt ist ihre Zahl groß genug. Aber auch hier ist der Geist in der Form, in dem Ablesen und Beklatschen bedeutender Productionen untergegangen. Sie haben weder besonderen Einfluß auf den Gang der Bildung, noch auf die Maßregeln der Regierungen; und weder durch ausgesetzte Preise, noch durch eigenen Leistungen wissen sie den Sporn zu irgend großartigen Schöpfungen des Geistes zu geben. Endlich sind in Italien, vor vielen anderen Ländern Europas, reiche Schätze von Büchern und Schriften aufgehäuft. Besonders vom 14. Jahrhunderte an hatte man angefangen mit größerer Sorgfalt das Ueberlieferte, so wie die Erzeugnisse der

zusammen zu sammeln; und die beiden Freunde, Petrarca und Boccaccio, die überhaupt so bedeutend und vielseitig in die Entfaltung ihres Volkes eingegriffen, hatten auch darin große Verdienste erworben. Unberechnet das österreichische Italien, sind in den weltlichen Bibliotheken des Landes über 2 Millionen Bücher aufzuheben; und die Bibliothek des Vaticanus gehört noch jetzt zu den reichsten der Welt. Diese Bibliotheken werden viel benutzt, aber hauptsächlich sind sie nur wichtig für den Forscher nach alten literarischen Quellen. Und selbst diese Bücherschätze werden nur gebraucht, wie früher Erde in der Betrachtung des Ererbten sich gesät und keine neuen geistigen Erwerb übrig hat, weil er sich einzig damit begnügt, den alten Hausrath seiner Voreltern, Stück für Stück, Verfallene zu bringen und zur Beschauung auszustellen. Gerade in den Wissenschaften, die jetzt die Kraft der vorwärtschreitenden Zeiten von Allem auf sich lenken, in der Philosophie, in den Naturwissenschaften, in den industriellen Wissenschaften, sind und sind selbst die reicheren Bibliotheken Italiens nur höchst ärmlich ausgerüstet.

Überhaupt zeigt sich auf dem ganzen Gebiete der Literatur (Kunst**) derselbe Gang der Entwicklung: erst ein führender Platz unter den anderen europäischen Nationen voran; dann allmähliche Verfall, Stillstand und Verfall, bis endlich mit den Aufregungen neuer Zeit und mit der Scham, so weit zurückgeblieben zu sein, in dunklen Ahnungen das Wohlgefühl der Inwohnenden Rechte fordern zu erwachen scheint. Mit dem Einbruche der nordischen Völker hatten sich Anarchie und Unwissenheit über Italien gelagert, die neuen Waffen schienen die letzten Funken der altromischen Cultur immer erstickt zu haben. Aber sichtbar brachen schon unter den neuen Großen die neuen Keime aus dem neuen Boden. Schon zeichnete sich Italien in den Wissenschaften aus; ein Itallenne, Cassiodorus, wurde Karl's Lehrer in der Grammatik. Die späteren Einfälle der Saracenen und Ungarn hatten nur vorübergehend den raschen Gang der Entwicklung hemmen können; und der Kampf der Nation mit der weltlichen Macht im 11. und 12. Jahrhunderte, auch zeitweise stehend, schaltete und riefte doch erst die Nation, daß im Verlaufe der nächsten Jahrhunderte, bis zu Ende des fünfzehnten, in allen Zweigen die höchste geistige Höhe in Europa zu erreichen vermochte. Einen rascheren Aufschwung und ein erfreulicheres Ansehen fand das Gebiet der Literatur und das der intellectuellen Cultur überhaupt gewonnen, als im 13. Jahrhunderte zuerst in der Poesie, dann in der Prosa, die ersten Versuche in der lingua volgare gemacht

*) Vergl.: Deutsche Vierteljahrschr. „Geistiges Leben und wissenschaftliche Bewegung in Italien“ I. Heft, 1839.

**) Über italienische Kunst siehe den Artikel „Kunst im Verhältnisse zur

wurden. Sehr-gefeigert wurde dieser Aufschwung in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts durch die zahlreichen gelehrten Griechen, welche vor und nach der Eroberung Constantinopels durch die Osmanen in den westlichen Staaten Europas, zunächst und vorzüglich in Italien, eine Zuflucht gesucht und dahin ihre classischen Kenntnisse, so wie ihre literarischen Schätze gebracht hatten. Um so mehr mußte der Samen aufgehen, den sie hier ausstreuten, da einige ja vorher die Erfindung des Papiers eine größere Vervielfältigung in classischen Muster möglich gemacht hatte. Zugleich war ein rühmlicher Wettstreit unter den Fürsten der schon mehr consolidirten Staaten Italiens erwacht, und manche glückliche Umstände griffen zusammen, um den Schutz wirksam zu machen, den die Medicer, mehrere Päpste und gelehrte Päpste, die Visconti, Sforza, Este u. A. den Künsten und Wissenschaften verliehen. Diese hatten fast gleichzeitig, gegenseitig sich unterstützend und fördernd, einen Höhepunkt erreicht, von dem alle anderen europäischen Nationen noch weitab waren. Etwa einen halben Jahrhundert glänzte im hellsten Lichte der Stern Italiens, der, dem Untergange allmählig sich zuneigend, vor den neu aufgehenden Gestirnen erblachte und nur noch zeitweise aufstrahlte. Die allmählig sich entwickelnden Folgen der Erfindung der Buchdruckerkunst und der Reformation hatten dazu wesentlich beigetragen, da sie für den Aufschwung anderer Nationen zum mächtigen Hebel wurden. Namentlich hatte die Reformation gegen die auch in Italien aufstauenden Papen, Denker eine Reaction des in seiner Herrschaft gefährdeten Papstthums und einen harten Geisteszwang hervorgerufen, der um so mehr abnehmender wirken mußte, als zugleich der Wohlstand sank und der mit anderen Nationen übergegangene Welthandel nicht mehr den heimischen Blick über die beengenden heimischen Zustände hinaustrug. So mußte wohl die Nation, in den fortwährenden Kriegen der europäischen Staaten hin und her geschleudert, endlich in Gleichgültigkeit versinken und selbst den Sinn für ihre eigene Größe verlierend, geistig erschlaffen, wie schon früher das einreisende Sittenverderbniß die Energie des Charakters aufgelöst und den altitalienischen Männerstolz, besonders jenen trotzig kräftigen republicanischen Sinn der lombardischen Stämme gebrochen hatte.

Der Mittelpunkt der katholischen Religion, war Italien, die Wiege oder doch die Hauptpflanzstätte der älteren christlichen Theologie. Den Dienste der Gottesgelehrtheit hatte sich die Philosophie und zum großen Theile auch die Philologie angeschlossen. Die letztere gewann einige Unabhängigkeit erst unter den Medicern, wo Florenz eine blühende Pflanzstätte der griechischen Geistesbildung wurde, während in Rom der Cardinal Bessarion sein Haus in eine platonische Akademie der Wissenschaften verwandelte. Wurde aber das Studium der classischen Sprachen und Literatur zu einer selbstständigen Doctrin, so knüpfte sich dagegen fort und fort das Studium der orientalischen Sprachen, der hebräischen und der anderen semitischen, an die Do-

und das Interesse der Kirche, wie an das vom Papste Gregor XIII. für die Maroniten des Libanons gegründete Collegium und Propaganda zu Rom, die stets bemüht war, den christlichen Missionen noch zu halten und ihm die Mittel einer ausgebreiteten Mission zu verschaffen. Selbst dieser Eifer hat jedoch in der neueren Zeit merklich nachgelassen. Ueberhaupt haben die Italiener in den Jahrhunderten sogar in der Philologie, welche doch mit einer argen politischen Politik nicht leicht in Berührung kommt, kaum etwas Ausserordentliches geleistet und namentlich sind sie den tiefer greifenden Forschungen über den Zusammenhang der Sprachen, ihre Verwandtschaften und Beziehungen, fast durchaus fremd geblieben. In noch engeren Grenzen mußte sich die Philosophie bannen lassen, die früher in noch höherem Bildungsgrade mit der Theologie freiwillig Hand in Hand ging, dann aber, besonders seit der Reformation, zu ihrer Erniedrigung wurde, die nur noch im Dienste der Herrin die Ehre gekostet war. Nachdem Kaiser Friedrich II. dem Abendlande in seinem Werke ziemlich zweideutige Geschenk einer verdorbenen Fälschung der aristotelischen Werke gemacht hatte, war es wieder in Italien, wo diese zuerst bekannt wurden. Auf dem Grunde dieser Fälschung, besonders von Frankreich her angeregt, erhob sich die scholastische Philosophie bis zu ihren äußersten Epiken. Doch schon frühe der aristotelischen eine Schule der platonischen entgegengestellt und durch einen, wenn auch schwachen Gegensatz der Fortschritt gesichert und der Erstarrung gewehrt. Als die Geist der Reformation auch in Italien, wenigstens in vorübergehender, Spuren sich offenbarte, trat eine Secte kühner Denker auf, Pietro Pomponiatio, der völligen Untergang nach dem Tode des Papstes, und nicht wenige Andere, die mit dem Aberglauben zugleich alle Vernunft verleugneten. Aber in der Nähe angegriffen, waffnete sich die Hierarchie mit den Schreden der Inquisition, und es gelang ihr so gut, neben einigen Excessen zugleich die Geistesfreiheit selbst zu unterdrücken. Fortan sank die Philosophie zu völliger Nichtigkeit; der freie Forschungsgeist ausgetrieben und ihm verwehrt war, die Tiefe zu dringen, so konnte er auch keinen Widerstand leisten, als die neue französische Philosophie eines Voltaire und der Encyclopädisten auf tausend Wegen sich Eingang verschaffte. Noch jetzt sind diese französischen Ansichten in den höheren Classen der italienischen Gesellschaft mehr Anhang, als in Frankreich selbst; während die niederen den weiteren Bewegungen der Philosophie, namentlich unter den Deutschen, fast durchaus fremd und weit hinter diesen zurückgeblieben sind. Aber mit der Philosophie hat sich zugleich die Theologie, deren neuer Leistungen nur in geistlosen Wiederholungen bestehen, die nicht mehr geistvoll, Da sie den Angriff unmöglich gemacht hat, weil sie sich nicht auf den Schutz der äußeren Gewalt, nicht auf die Waffen der Wissenschaft vertraute, hat sie zugleich die Kraft der Selbstvertheidigung verloren. In Bigotterie und Aberglauben versunken, mag sie zwar

noch ein sieches Dasein fiessen, da ihr auf der anderen Seite der Indifferentismus und Unglaube nicht offen entgegengetreten dürfen; und fallen einmal die äußeren Schranken, die ihre Gegner jetzt noch zu halten, so wird sie wenigstens zeitweise um so häßlicher und zahlreicher erscheinen.

Auch in der Mathematik, namentlich in der Geometrie vom 14. und 15. Jahrhunderte an, sodann in der Astronomie, nachdem in diese vom 16. Jahrhunderte an mehr und mehr von der Wissenschaft besetzte, waren die Italiener den anderen Nationen vorangefahren. Novara war des Copernicus Lehrer. Der Forschungsgeist, den die Reformation geweckt hatte und der nun alle Erscheinungen der äußeren Natur zu erklären strebte, gab der Physik einen höheren Schwung. Die Naturforschung mit der Mathematik auf's Innigste verbunden, wurde der berühmte Galilei für ganz Europa, zunächst aber für seine eigenen Landsleute, der Wegweiser in das noch so dunkle Gebiet. Die einmal gebrochene Bahn verfolgend, sehen wir dann eine Reihe tüchtiger Männer um die verschiedenen Zweige der Naturwissenschaften größ' Verdienste sich erwerben. Noch jetzt handeln die vornehmsten Arbeiten, welche durch die gelehrten Gesellschaften Italiens zur Publicität gelangen, über naturwissenschaftliche Gegenstände. Vorhaupt sind es die Erfahrungswissenschaften im engeren Sinne und die sogenannten exacten Wissenschaften, wofür noch am Meisten Vorrath herrscht und worin sich Italien mit den gebildeteren Nationen Europas wenigstens auf ziemlich gleicher Linie gehalten hat, obgleich auch diesen Bestrebungen von oben her keine sonderliche Begünstigung und Unterstützung zu Theil wird. Für die Naturwissenschaft, die zumal in das tägliche Leben eingreift, für die Medicin, war schon zu Ende des 10. Jahrhunderts die bekannte Schule zu Salerno gegründet. Wie roh noch die ersten Anfänge der zumal auf den Ueberlieferungen der Araber fortbauenden Wissenschaft waren, so gingen doch schon aus der Schule zu Salerno, theils unabhängig von ihr aus andern italienischen Städten Männer hervor, die wenigstens für Erhaltung und Fortpflanzung der schon gewonnenen Kenntnisse sorgten und zumal den Anstoß für weitere Forschung und Fortbildung gaben. Auch Italien selbst findet sich dafür noch in der neuesten Zeit einige kräftige Kräfte, wie denn von da, vor etwa dreißig Jahren, durch Vesalius und Tommasini eine Lehre des Contrastimulus ausgegangen ist, die selbst in anderen Ländern Europas Eingang und Einfluß genommen. An Vercara hatte Italien einen der berühmtesten anatomischen Aerzte der neueren Zeit; nicht minder besitzt es mehrere sehr ausgezeichnete Anatomen. Im Allgemeinen aber haben sich in den letzten Jahrzehnten, namentlich während der Epidemien durch Cholera, so wenig die Wissenschaftlichkeit und der Berufssinn der Aerzte, als auch der Zustand der medicinalpolizeilichen Anstalten

auswendem Lichte gezeigt, wie die Vorfälle in Rom, Neapel und
deutlich genug bewiesen.

Über Nation, wenn ihr Selbstbewußtsein zu dämmern beginnt,
zugleich das Bedürfnis, den Verlauf des eigenen Lebens zu
und ihn für die kommenden Geschlechter dem Gedächtnisse
zu erhalten. Die mythischen Ueberlieferungen im religiös-dichter-
Gefühle über ihren Ursprung und ihren Zusammenhang mit
schicht, die Kindertäume ihrer Jugendzeit gehen dann allmählig
Geschichte über. Aber diese Geschichte wird vorerst nur
eigenfälligen Ereignisse umfassen, worin das Gemeinwesen
thätig erscheint und die ihm darum vom nächsten Interesse

Sie wird also politische Geschichte sein, und noch wird sich
auf jener minder bemerkbaren Veränderungen, durch welche die
allmählig umgestaltet werden, also der Inhalt der eigen-
Naturgeschichte, dem minder geübten Auge entziehen. Kampf
um Herrschaft und Unterdrückung, um Wein und Wein,
sind Blätter der Völkerannalen. Im Rückblicke darauf tritt
mehr und mehr der Gegensatz von Recht und Unrecht in's Be-
licht, und das Bedürfnis der Rechtswissen-
zeugen. Recht und Politik fallen aber noch zusammen und
sind sich diese von der Jurisprudenz als ein besonderer Zweig
Wissenschaften abgliedern, wenn über die Gegenwart hinaus
bestehenden Zwecke des Staatslebens, so wie die Verbindun-
besonderen Gemeinwesens mit anderen Staaten, bestimmter er-
gehen. Indem sich nun auf der einen Seite die Politik in
einigen Zweige zerlegt, als Verfassungspolitik, Criminalpolitik,
ökonomie, Finanzwissenschaft u., werden sich auch die einzel-
staaten, im öfteren Zusammenstoße mit anderen Staaten, in ih-
sonderen Stärke und Eigenthümlichkeit, in ihren indivi-
tatszuständen und Stellungen deutlicher begreifen lernen und
anderer Wissenschaft, die zugleich eine festere Basis
sucht, wird nun die Statistik in das Gebiet der Staats-
eintraten.

Dieser Bildungsgang zeigt sich auch in Italien in der Literatur-
der Staatswissenschaften. Schon in der frühesten Periode
Literatur, bald nach den Einfällen der Saracenen und Ungarn,
schon früher, hatte Italien einige Geschichtschreiber, wie Pau-
Sagrasid und Andere. Im 14. Jahrhunderte waren es
Petrarca und Boccaccio, die für die Geschichte besondere
gaben, bis Machiavelli in seiner florentinischen Ge-
das erste historische Meisterwerk der neueren Zeit lieferte. Er
um Zeit lang manche ausgezeichnete Nachfolger. Als aber mit
wachsend merdenden politischen Indifferenz die Nation sich selbst
schen, mußte zugleich die Geschichte erlahmen, bis endlich
Vollführungen der letzten Jahrzehnte dafür ein neues und leb-
Interesse weckten. Jetzt traten auch in Italien wieder tüchtige

Historiker auf; unter Anderen Botta, welchem, zum schlagenden Beweise der politischen Zerrissenheit des Landes, die Akademie della Crusca zu Florenz für seine Geschichte Italiens den Preis zuerkannte, während dasselbe Werk in anderen italienischen Staaten auf das Entschiedenste verboten wurde.

Nicht gar lange nach den ersten Anfängen der Geschichtswissenschaft und als sich in Mitte aller Kämpfe die Freiheit der Wissenschaft zu gründen anfang, war das ausgebildete römische Recht in dem Reichthum der Betrachtung gefallen. Durch ganz Italien entstanden Rechtsschulen, wo es gelehrt wurde, und von den Kaisern begünstigt, besonders von Bologna, dem Innocenzius den Namen der ersten Lehrten Stadt erwarb, seine Herrschaft über fast ganz Europa. Daraus knüpfte sich die Entstehung und wissenschaftliche Ausarbeitung des kanonischen Rechts, so wie die des longobardischen Lehnrechts. Auch fand auch in Machiavelli eine mit ihren Einfüssen in die jüngste Zeit reichende Politik ihren Begründer. Sein wichtiges Werk war in einer Zeit entstanden, wo Italien schon der Ephebe fremder Mächte geworden war und wo endlich das Bedürfnis nach auf die Idee eines politischen Gleichgewichts leitete. In Deutschland Grise hatten Ludwig XI. von Frankreich, Ferdinand der Katholik und andere Machthaber jener Zeit regiert; und sein Werk, in der thatlich strenge Consequenz der egoistischen Klugheit, war nur der Ausdruck der in jener Periode herrschend gewordenen Denkart, die durch bedacht besessigt und weiter verbreitet wurde. Aber Nationalökonomie wurde gegen Italien selbst angewendet, und die staatliche Freiheit seiner Nation hemmte nun auch den Fortschritt der wissenschaftlich politischen Cultur. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts traten wieder Männer auf, durch Montesquieu und die französische Schule angeregt, namentlich Beccaria und Filangieri, die wenigstens in solchen Zweigen der Staatswissenschaft, welche nicht unmittelbar dem Absolutismus der kirchlichen und weltlichen Gewalt entgegengetreten mußten, Nützliches leisteten. Für die politische Ökonomie finden wir zwar schon in den Werken des Thomas von Aquino einige, zumeist dem Aristoteles entlehnte Andeutungen. Auch traten im 16., 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts mehrere nicht unbedeutende Schriftsteller, verschiedene Richtungen nehmend, in diesem Fache auf, wie Daranzati, Serra, Conzani, Bordini und besonders Genovesi. Aber die wissenschaftliche Begründung und Ausbildung der Nationalökonomie gehört doch erst einer Zeit an, wo Italien politisch schon in den Hintergrund getreten war; und so ist es denn nicht die Geburtsstunde der zeitweise herrschenden Haupt-Systeme dieser Wissenschaft geworden. Die Italiener folgten nur der Bewegung, wozu andere Nationen den Anstoß gegeben hatten und erst in den letzten Jahrzehnten

*) Siehe den Art. „Filangieri.“

bei ihnen wieder, namentlich in den Werken von Gioja und Ronaldi, welcher Letztere jedoch mehr Franzose als Italiener mit selbständig schöpferische Kraft bemerkbar geworden. Dagegen ist als die Wiege der Statistik zu betrachten, wenn gleich Wissenschaft erst in Deutschland ihren Namen und ihre höhere Bedeutung erhielt. Besonders von Venedig aus, dem mächtigen Seeherrscher, der die Venetianer mit dem Zustande der fernsten Staaten bekannt machte, wurde der Statistik ein Material zugeführt. Schon zu Ende des 13. Jahrhunderts ist die Reisen des berühmten Marco Polo über das Innere Asiens wichtige Aufschlüsse gegeben. Auch waren es Venetianer, wie Polo und Botero, die besonders vom Ende des 15. Jahrhunderts an durch eine wissenschaftliche Bearbeitung einzelner, der Staatsverändernde Stoffe Verdienste sich erworben. Diese Wissenschaft ist es zu einem gewissen Punkte einer Behandlung fähig, die dem herrschenden Absolutismus nicht verfloßt, und so sahen wir in der neuesten Zeit mehrere Italiener, wie Gioja, Balbi, Ronaldi, zum Bedeutenden heißen.

In einem Lande, wo der Absolutismus in Staat und Kirche, in den neuesten wiederholten Angriffe besonders argwöhnisch und feindselig geworden, jeder öffentlichen Regung des Geistes hemmend wirkt, kann die periodische Literatur, welche die freieste Bewegung verlangt, unmöglich gedeihen. Rom ist diejenige Stadt Europa, die im Verhältnisse zur Bevölkerung die wenigsten Zeitschriften besitzt. In der That liegt es in der politischen Journalistik aus. Ueberhaupt hat Italien eine verhältnismäßig nur geringe Zahl von politischen Schriften und Zeitschriften, und die wenigen, höchst dürftig ausgestattet, die es besitzt, sind bios das Echo der Regierungen. Ueberhaupt ist der Austausch der Gedanken durch das Mittel der literarischen Werke nicht sehr lebhaft. Es wird nicht viel gelesen und die Bibliotheken in den größeren Städten sind meistens von Ausländern besetzt. Nicht bios die Druckschriften, auch die Bühne ist der Censur unterworfen. Die mildeste Censur findet sich in den österreichischen Gebirgsteilen; in den anderen Staaten ist sie in den Händen der Geistlichen. Auch besteht nur wenig Verbindung zwischen Italien und dem Ausland, dessen Werke nur spät, oder gar nicht in den italienischen Buchhandlungen kommen. Gleich Deutschland in mehrere Staaten getheilt, hat auch Italien, wie dieses, einen Mittelpunkt seines literarischen Verkehrs verschaffen können. Es liegt selbst an zweckmäßigem Intelligenzblättern und jährlichen Verzeichnissen, sogar an mehreren Preussenen, wodurch die heimischen Verhältnisse zu einem gewissen Grade bekannt zu werden. Am besten scheint der Buchhandel in Venedig und Florenz. Aber dringende in allem anderen griffen wir nicht, so ist durchaus kein Verlagshaus. So hat zwar Venedig Buchhandlungen, aber die Buchhändler sind meistens bloß

Bücherhändler und nebenbei Buchdrucker und Buchbinder, die alte und neuere Werke verkaufen. Darum sind selbst die besten Schriftsteller gewöhnlich genöthigt, ihre Werke auf eigene Rechnung zu lassen und selbst zu verkaufen, oder etwa einem Buchhändler eine Commission zu geben. Auch die zahlreichen Bücherwäutchen legen den literarischen Berufen die größten Hindernisse in den Weg, wie z. B. in Neapel der Zoll für die erlaubten Journale oft so viel beträgt, als die Pränumeration selbst. Immer muß man sich die Beurtheilung der literarischen Zustände Italiens nicht außer der Seele haben, daß viele der ausgezeichnetsten Schriftsteller, die in der Römischen Nation das geistige Leben derselben rascher fördern würden, durch politischen Begebenheiten in das Ausland gedrängt und nicht durch die Verhältnisse gezwungen sind, ihre Werke in fremden Sprachen zu schreiben. Allein wie auch manche dieser Ausgewanderten vermögten, fremden Nationalitäten sich anzuschließen, so sind es hauptsächlich ihre Werke, in welchen der trauernde Genius des Vaterlandes seine Klagen aushaucht, aber selbst aus dem Gefühl des tieferen Schmerzes die Kraft und Hoffnung einer besseren Zukunft schöpft.

Wie verschieden die Natur des Landes ist und wie verschieden schon darum die Schicksale sein mußten, welche die einzelnen Theile der italienischen Nation auf den jetzigen Standpunkt ihrer Geschichte geführt haben, so gehen doch scharf geprägte Grundzüge der Natur und Charakters durch die gesammte Produktion, vom Fuß der Alpen an bis zur Südspitze Siciliens. Von Natur mäßig begünstigt von einem milden Klima, ist der Italiener meistens nicht in der Lage, durch mühsame und einsörmig geistestöbende Beschäftigung der materiellsten Bedürfnisse des Lebens und fast immer für seinen nächsten Bedarf sorgen zu müssen. Um so mehr ist ihm Zeit übrig, das ihn umgebende Leben einer scharfsichtigen Beobachtung und einer Reflexion zu unterwerfen, wodurch der Einzelne schon in sich selbst sich abrundet und eine höhere persönliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gewinnt. Darum muß bei dem Italiener das natürliche Element des Lebens in den Hintergrund treten. Er knüpft ihn weniger fest jene zarten, zumist durch eine gewisse Genossenschaft des Bedürfnisses geslochtenen Bande, welche die Völker mit den Kindern, den Sitten mit dem Gatten verbinden. Er weiß er aber auch wenig von jener gedankenlosen Hingebung an den Gewalt seiner Herrscher, von einem blinden Enthusiasmus des Volkstheums. Und er wußte wenig davon selbst zu einer Zeit, noch seine Regenten aus der Mitte des eigenen Volkes sich zu wählen, als noch keine fremden Fürstenhäuser die Herrschaft über Italien geübt hatten. Die Idee einer väterlichen Gewalt der Regenten in Italien nie jene tieferen Wurzeln schlagen können, nur in dem vornehmsten zeitweise bei den Völkern des germanischen und zum Theil des slavischen Staatsgebietes hatte und hier und da noch zu

weiß der Italiener einen geringeren Theil seiner Kraft auf die
 Pflege des bloßen physischen Daseins verwendet, so gewinnt er in
 Betrachtung der ihn umgebenden schönen Natur und der tausend
 Male einer herrlichen Kunst um so lebhafteren Sinn für das
 Schöne. Weiß doch selbst der Bettler in seinem Schmutze und seinen
 Wunden, der gemeine Arbeiter mit seinem zerrissenen, aber malerisch
 gezeichneten Wamme mit Geschmack und Aufwand sich darzustellen.
 Die bewundernde Reflexion läßt den Italiener seinen Vortheil schärfer
 fühlen. Er ist egoistisch klug, schlau, listig und oft hinterlistig.
 Er ist langsam und nicht selten schmeicheleisch; dann aber plötzlich
 jedem Troge, sobald er in seinen Leidenschaften verletzt wird, oder
 wenn Berechnungen sich getäuscht sieht. In hohem Grade für
 sinnlichen Eindrücke empfänglich und reizbar, äußert er sich über
 alles und schnell Empfangene mit schnellem und schneidendem
 Worte. Aber er verarbeitet es in einer lebhaften Phantasie, die seine
 Leidenschaften erhitze und plötzlich in Flammen ausbrechen läßt. Dann
 ist er jähwisch und zeitweise stürmisch; aber die äußeren Hindernisse,
 welche in Verfolgung seiner Gelüste stößt, werfen ihn schnell wie-
 der auf sich selbst und auf die Erwägung seines Vortheiles zurück.
 Er erscheint der Italiener bald furchtsam und feige, bald auch —
 wenn er der Aufgeregtheit — in verwegener Frechheit, die alle
 Schranken in die Schanze schlägt. Die Leidenschaft, vor Allem das
 Ehrgeizgefühl und der Haß gegen die Fremden, führt auch
 die größten Massen plötzlich zusammen. Dann mögen Viele von
 dem Ruhm des Ruhms und der Vaterlandsliebe träumen,
 die lebhafte Phantasie wird zur Einbildung, die ihnen mit den
 Tugenden ihrer eigenen Hingebung, der Kraft ihrer Aufopferung, der
 Größe ihres Muthes schmeichelt. Aber es fehlt an der inni-
 gen Erregung des Herzens, welche dieses allmählig in allen Fa-
 sern durchdringt und, wie sie langsam greift, auch jedem äuße-
 ren Widerstande ausdauernd entgegentritt. Was nur der Sturm
 der aufwühlenden Leidenschaft zusammengeweht hat, wird sich eben so
 leicht wieder zerstreuen, sobald kein rascher Erfolg gewonnen wird,
 sobald die entgegenstehenden Hindernisse die gährenden Elemente nie-
 derwerfen und in die einzelnen Bestandtheile wieder auflösen. So
 geschah es in den letzten Revolutionskämpfen der Bewohner der Romagna
 und anderer Theile Mittelitaliens; so früher in denen der Piemontesen
 und besonders der Neapolitaner. Die rasche Beweglichkeit ihrer
 Leidenschaften führte sie zusammen, so wie die Kugeln des Quecksil-
 bers einer scheinbar zusammenhängenden Masse leicht zusammenmin-
 nen, aber bei jedem Stöße eben so leicht in Atome sich zerstreuen.
 So geschah doch in Neapel eine Schaar von Jünglingen auf Leben
 und Tod verbunden! Sie mochten aufrichtig an sich selbst glauben
 und sich in sich fühlen, den sie sich zur Pflicht gemacht; aber
 nur der Muth des Augenblicks, nicht der männlichen Beharr-
 lichkeit. So zerfielen sie vor dem ersten Angriffe der österreichischen

Waffen, und kaum dürfte irgend eine That der Tapferkeit aufzuweisen sein, die mit der schmachvollen Niederlage in etwas versöhnen könnte. Bei solchen Eigenschaften des Geistes und Charakters werden aber die Italiener nie im Stande sein, sich aus eigener Kraft ihre politische Freiheit und Selbstständigkeit zu erringen; wohl aber werden sie jedem äußeren Anstöße folgen und an jede künftige, größere Bewegung in europäischen Völkerleben gern und leicht sich anschließen.

In der Erinnerung an eine reichere Vergangenheit, in den Schattenspielen mit den bunten Bildern früherer Größe, sucht der Italiener gern einige Befriedigung und einigen Trost. Er flüchtet in das Ehemals, um sich aus der Schmach der Gegenwart zu retten, an hinter den Trümmern einer großen Zeit, hinter dem Klange geschichtlich bedeutender Namen seine jetzige Ohnmacht zu verstecken. Darum hält der italienische Adel eifersüchtig auf den Ruhm des Namens und beobachtet mit pünktlicher Gewissenhaftigkeit die strengste Rangordnung. Er ist wenigstens eitel, da er nicht mehr Ursache hat, stolz zu sein. Darum prangt der arme römische Cavalier, mit einem Einkommen von nicht mehr als hundert Piastern, auf modernen Bisitenkarten mit Capitol und Colisäum, mit Apollo und Minerva, während die Gleichheit des allgemeinen Mißgeschicks und selbst die der Bildung den Adel im gesellschaftlichen Leben weit mehr, als anderswo, den niederen Ständen genähert hat. Immer ist jedoch der Hinblick auf die Vorfahren noch eine Stütze, die den Italiener aufrecht hält. In den Gegenden seines Landes, wo eine große Vergangenheit nicht vernehmlich bis in die Gegenwart herüberspricht, namentlich in Neapel, ist das Volk gesunkener. Und wie überall bei Nationen, die gleich geistreich und charakterschwach sind, so ist eine gewisse Selbstachtung ein hervorstechender Zug der Neapolitaner. Auf öffentlichen Märkten durfte sich Polichinell auf Kosten der Helden der Abzügen lustigen; und in seinen eigenen Theatern läßt wohl gar der Neapolitaner sich von Ausländern beschimpfen und erkennt laut ihre Überlegenheit an.

Die Natur des Landes und Volkes, seine hierdurch bedingte Lebensweise und seine Geschichte, wornach seit der römischen Weltmacht keine politische Centralgewalt mehr bestand, die der Nation einen einformigen Typus hätte ausdrücken können, dieses Alles hat zusammenwirken müssen, um die Individualitäten schärfer auszugestalten. Man findet kaum irgendwo in Europa solche geistvoll charakteristische Gesichtszüge und eine solche allgemeine persönliche Anstrengung zu den verschiedensten Geschäften und Berufszweigen, als in Italien. Dennoch steht die Nation auf einer niederen politisch socialen Stufe, etwa aus demselben Grunde, warum in einer Manufactur die getheilte Arbeit zwar die Einzelnen zu einer mechanisch eintönigen und mitunter selbst geistig verkrüppelnden Thätigkeit zwingt, die im Ganzen unermesslich größere Resultate erzeugt, als wenn Alle die eigene Hand ihren vielartigen besonderen Geschäften nachgehen. Da

haben Geist, aber keinen Gemeingeist. Fast jeder Einzelne ist reich und voll aus sich entwickelt; aber es sind Jäden, die keine Nation geworden sind. Und doch! wie geistig tüchtig und kräftig die Einzelnen seien, sie müssen erst zum Ganzen sich fügen, um von ihm erhoben und getragen zu werden, um Früchte zu bringen, die dem Ganzen zu gut kommen. Wohl möchten die Italiener auch die Nation etwas gelten und im Gefühl eines persönlichen Uebergegens über die Nation stehen, den Fremden gegenüber, um so bitterer das Gefühl ihres Landes empfinden. Aber gerade darin stoßen sie fortwährend, wie bei ihren Castraten, auf den traurigen Gegensatz der Nation und des Vermögens. Ein größeres intellectuelles Vermögen haben sie, als kaum bei irgend einer anderen Nation. Aber unter die Einzelnen vertheilt; aber vereinzelt müssen auch die Kräfte des Geistes verglimmen, ohne noch zur Flamme schöpferischer Thätigkeit aufzuschlagen. So sind die Italiener in Politik, Wissenschaft und Kunst entwerdet stehen geblieben, oder rückwärts gegenüber den Copisten anderer Nationen geworden. Und man hat die Bemerkung gemacht, daß in der neueren Zeit weit weniger Entdeckungen aus ihrer Mitte hervorgehen, als zahlreiche antiquarische Entdeckungen, daß schon vor Jahrhunderten der Eine oder der Andere ihrer Vorfahren diese oder jene Entdeckung gemacht.

In manchen begünstigenden äußeren Verhältnissen war es in der ersten Hälfte des Mittelalters der Kampf aller gegen Jedem und die nahe bevorstehende Sorge der Erhaltung, die alle Kräfte spannte, wodurch die Italiener zwar zu keiner politischen Gesamtheit verbunden, doch in kräftige politische Parteien und einzelne starke Gemeinwesen zusammengedrängt wurden. Aber die stolzen italienischen Städte der ersten Hälfte des Mittelalters waren nur stark, so lange noch die anderen Nationen Europas schwach waren. Als bei diesen die Anarchie unterdrückt wurde; als große politische Vereine entstanden; als mit der fortschreitenden Politisirung der Staaten die Interessen der kleineren Nationen einem einigen höchsten Willen zu Gebot kamen, da sank Italien in Ohnmacht, um in dem neuen politischen Gleichgewichte fortan nur stückweise und als Zugabe bald in die eine, bald in die andere Waagschale geworfen zu werden. Aber nicht bloß als Gesamtheit hat die italienische Nation kein großes politisches Gewicht, sondern selbst die einzelnen Städte zählen nicht im Verhältnisse zu den Staatskräften, die sie in der Weltbewegung scheinen, wenn man diese nur nach dem Maßstabe der Bevölkerung, der Masse der Bevölkerung und der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens bemisst. In den meisten, wenigstens dem größten Theile nach selbstständigen Staaten der Halbinsel, besonders im Königreiche Neapel, ist die Finanzpolitik auf einer niederen Stufe stehen geblieben; und so sind auch ihre finanziellen Kräfte verhältnißmäßig nur unbedeutend. Die frühere allgebietende Marine der italienischen Seestaaten befindet sich im Zustande der äußersten Schwäche.

sowohl was die Zahl der kampffähigen Schiffe, als was die Uebung und Schlagfertigkeit der Bemannung betrifft; und selbst die Landkriegen würden einer Militärpolitik, die ihre Schätzungen mit auf den Geist des Militärs und auf die innere Streikraft ausdehnt, für weniger gelten, als sie nach der bloßen numerischen Stärke gelten zu müssen scheinen. Und dies ist in Italien der Fall, wo in der Mitte des 15. Jahrhunderts einzig die Republiken Venedig, Bologna, Florenz, Genua und das Herzogthum Mailand ein Staatseinkommen hatten, fast noch einmal so stark als das von Frankreich und mehr als das Mal so stark als das von England; während das Heer eines jener dieser beiden europäischen Großstaaten damals nicht stärker war, als die Militärmacht jener wenigen italienischen Kleinstaaten*). In solcher Grade hat sich seitdem auch das Verhältniß der Staatskräfte verändert.

Noch jetzt, wie vor Jahrhunderten, ist viel demokratischer Geist in Italien vorhanden: das lebendige Gefühl persönlicher Selbstständigkeit, eine gewisse Gleichheit der Bildung und minder fühlbare Gegensätze des Reichthums und der Armuth. Aber die Italiener haben nicht jenen höheren Sinn der Association, der sich bei Zeiten aus ihrer eigenen Mitte entsprungenen Gewalt unterzuordnen würde. Darum sind sie, zerrissen und zersplittert, fremden Mächten heimgefallen, die ihr Land als Domäne an die Abkömmlinge auswärtiger Fürstenhäuser vertheilten. Und noch jetzt fehlt ihnen jene politische sociale Fähigkeit, mit voller persönlichen Kraft an ein organisiertes Ganzes sich hinzugeben und den Eigenwillen, wenn auch nur zeitweise, in einen höheren Gesamtwillen aufgehen zu lassen; also an jener Fähigkeit, die besonders die Nordamerikaner bei gleichem individuellen Unabhängigkeitsfinne in so hohem Grade besitzen. Darum gebietet über Italien auch im Inneren seiner Staaten eine Politik, die mit der im ganzen westlichen und mittleren Europa herrschend gewordenen und bei den Italienern selbst verbreiteten Ansichten im Widerspruche steht. Denn gewiß läßt sich nicht leugnen, und die neuesten Bewegungen in Italien sind ein Zeugniß dafür, daß überall die Tendenz für repräsentative Verfassung, welche das Volk zu einer thätigen Rolle im öffentlichen Leben beruft, deutlich hervortritt. Gleichwohl gebietet fast über alle Theile Italiens eine unbeschränkte monarchische Gewalt. Im lombardisch-venetianischen Königreiche steht ein Vizekönig, für manche Gegenstände der Administration mit unumschränkter Macht ausgerüstet an der Spitze der Verwaltung. Für jedes dieser Gouvernements sind eine aus adelichen und nicht adelichen Grundbesitzern, sodann aus mehreren städtischen Repräsentanten bestehende Centralcongregation ernannt. Die Bedingungen der Ernennung für die nicht adelichen Grundbesitzer sind: Bürgerrecht, Besitz eines Grundstücks von 4000 Scudi Werth, fester Wohnsitz im Lande und ein Alter von 30 Jahren. Aehnliche Bedingungen gelten für die Ernennung der städtischen Repräsentanten.

*) Zu vergl. Schön a. a. D. S. 74.

die Centralcongregationen haben, unter dem Präsidium des jeweiligen Gouverneurs, die ausgeschriebenen Steuern und Militärdienste zu leisten; auch steht ihnen eine Mitaufsicht über verschiedene öffentliche Einnahmen zu. Außerdem besteht für jede Delegation, zur Ordnung des Steuerwesens, eine Provinzialcongregation, die neben einem städtischen Kapelschöffen zur Hälfte aus adelichen und zur andern Hälfte aus adelichen Grundeigenthümern zusammengesetzt ist. Für Jedem der letztern ist ein Grundeigenthum von wenigstens 2000 Scudi Werth vorgeschrieben. Sowohl die Mitglieder der General-, als der Provinzialcongregationen treten von drei zu drei Jahren zur Hälfte aus. Diese Congregationen sind nichts Anderes als durch die Regierung ernannte Adelversammlungen und von dieser sowohl nach dem Wahlmodus, als nach der ganzen Art und Weise ihrer Thätigkeit völlig abhängig. Die monarchische Gewalt im Königreiche Sardinien ist für das ehemalige genuesische Gebiet durch einige unbedeutende Bestimmungen der Congressconvention modificirt. Auf der Insel Sardinien, die vor ihrem Verfall eine neue, aber keineswegs sehr liberale Gemeindeverfassung erhielt, bestehen noch Feudalstände, jedoch ohne eigentlich politische Gewalt. Dagegen ist im Königreiche beider Sicilien die auf der Insel dieses Namens seither bestandene Feudalverfassung und getrennte Administration aus königlicher Nachvollkommenheit im Jahre 1837 aufgehoben worden. Die Verfassung des Kirchenstaats muß zwar ihrem ganzen Charakter nach als eine aristokratische bezeichnet werden, weil das Staatsoberhaupt von einer geistlichen Corporation gewählt wird und sich der Paps mit dem Geiste dieser Körperschaft nie auf die Dauer im Widerspruch zu setzen vermag; allein dem ausgesprochenen Grundsatz nach und namentlich für alle eigentlichen Verwaltungsangelegenheiten steht immerhin dem Papste die volle souveräne Gewalt zu. So finden wir denn weit in dem größten Theile Italiens höchstens nur sehr unwesentliche Modificationen der absoluten monarchischen Herrschaft. Nur das Herzogthum Lucca hat noch vom Jahre 1805 her eine Constitution, wornach einem aus Kaufleuten, Gelehrten, Künstlern und Grundeigenthümern zusammengesetzten Senate aus 36 Mitgliedern die gesetzgebende Gewalt, so wie das Recht der Genehmigung der Staatsausgaben zusteht. Endlich besteht in der Republik San Marino, die schon vor 1300 Jahren von ausserordentlichen Delmaten gegründet sein soll, eine aristo-demokratische Verfassung; wodurch die gesetzgebende Gewalt einem großen Rathe von 60 Bürgern anvertraut ist; die vollziehende Gewalt aber einem Senate aus 20 Patriciern, 20 Bürgern und 20 Bauern, unter dem Vorsteher des Senats auf je drei Jahre gewählten Bannerträgern oder Gonfalonieri.

Es muß nun aber den allgemeinen Bildungsgang der politischen Schicksale des Westens und der Mitte unseres Welttheils in's Auge den Uebergang von der Feudalanarchie zur Feudalmonarchie; so wie die allmähliche Verschmelzung der Feudalstände, eber doch die Vermildung der schrofferen ständischen Unterschiede; die Erhebung eines

monarchischen Absolutismus über eine in ihren verschiedenen Elementen sich näher rückende; aber noch in leidendem Gehorsam besessenen Volksmasse; endlich das in diesen Volksmassen erwachende Bedürfnis einer freien und selbstthätigen Theilnahme an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, wodurch die repräsentativ-monarchische oder demokratische Verfassung eine Nothwendigkeit der Gegenwart und Zukunft geworden ist — so mögen wir zugleich die jetzige Stellung Italiens deutlicher begreifen. Auch in diesem Lande sind die schroffen Unterschiede des früheren Ständewesens selbst in höherem Grade verschwunden, als in den meisten anderen Ländern Europas; auch regt sich das sehnstürmige Verlangen, daß die Bestimmung ihres politischen Schicksals in die Hände der Nation selbst niedergelegt werde. So ist denn Italien auf jener schmalen Grenze zwischen dem monarchischen Absolutismus und der repräsentativen Verfassung angelangt, wo befindet sich in ähnlicher Stellung, wie Frankreich vor einem jeden Jahrhundert. Es wird seine Zukunft erfüllen, sollte es sich ganz nicht aus eigener Kraft, sondern nur Hand in Hand mit andern Nationen auf eine höhere politische Stufe zu erheben vermögen. Italien war die Schule Europas fast in Allem, was dieses Jahrhundert und Glanzendes geleistet hat. In Kirche und Politik, in Kunst und Wissenschaft sind die Italiener zu Greisen geworden. Darum schmerzen sie in den Erinnerungen an eine glänzende Vergangenheit, wo der Geist in den Erinnerungen seiner Jugend schwebt. Ruinen bedecken das Land, und als Ruine erscheint auch der Bau seiner sozialen Zustände; aber nur in seinen höheren Räumen, denn die Grundmauern stehen noch, um ein neues Gebäude zu tragen. Die Nation ist jung geblieben!*)

Institutionen, s. Corpus juris.

Isidorus, s. Corpus juris canonici.

Jacobiner, s. Frankreich.

Jagdwesen. Wir betrachten, mit Uebergang der That, die nur die Verhältnisse zur Nation und zum Staate und widmen dem besonderen Aufmerksamkeit der Ordnung des Wildschadensersatzes und der Lösung der Jagdberechtigungen. Das Jagdrecht hat der That und dem Begriffe nach aufgehört, Regal zu sein. Es hat den Charakter einer Nutzungsberechtigung angenommen, die zwar meistens nicht als Ausfluß des Grundeigenthums, sondern getrennt von demselben betrachtet wird, aber nicht ausschließend dem Staate oder der Krone zusteht, sondern auch Gemeinden, Corporationen, Stiftungen und Privaten; es servitut dem Grundeigenthümer gegenüber und ein nutzbares Privatrecht, welches wie andere Privatrechte an Andere übertragen wird. Der Staat oder Domänenfiscus besitzt die Benutzung der Jagd bei

*) Ein zweiter, von einem allgemeinen Standpunkte aufgestellter Blick über Italien wird, da zufällige Hindernisse dessen Vollendung unmöglich gemacht haben, am Schlusse des Buchstaben J nachgetragen werden.

war noch im privatrechtlichen Sinne des Wortes. Dieses schließt die vollständige Einwirkung der Gesetzgebung und Regierung so weit, als die Jagd wie bei anderen Privatrechten aus. Die Jagd ist, wie die Polizei, in so fern sie wie andere Zweige erlaubter Verwaltung den Schutz des Staats genießt und diese für ihre Erhaltung und Interesse der Berechtigten sorgt. — Subject der Polizei ist so fern der Staat die Jagd den Erfordernissen der Sicherheit des Eigenthums, der Landescultur und des Gemeinwohlhaupt unterordnet.

Die Sicherheitspolizei unterstützt den Jagdschutz, wie auch anderer nutzbarer Rechte. Sie findet sich hierzu um so mehr berechtigt, als Jagdsfrevl und Wildddieberei in ihrem Einflusse auf die Sicherheit und auf Sittlichkeit zu den schädlichsten Vergehungen des Eigenthums gehören. Man kann für Aufhebung der Jagdrechte sein, man kann den tiefsten Unwillen gegen die Jagd, gegen die Unbilden und Anmaßungen der Jagdberechtigten hegen und doch nicht umhin, die Nothwendigkeit strenger Vorschriften und Bestrafung unbefugter Jagdausübung, zumal in cultivirten Ländern Deutschlands, einzukennen. Diese Strenge ist zugleich die beste Maßregel zur gründlichen Beseitigung des Jagdschadens, wie unten vorschlagen, auszuführen; sie selbst ist aber nur eine Maßregel und mit gutem Bewußtsein ausführbar, wenn die Jagd nicht als gehegtes Wildpret und der Wildschaden nicht zur unbefugten Jagdausübung reizen, ja diese zur Nothwehr machen. Eine strenge Aufsichtigung der Wildpretshändler und des Wildpretsverkaufs und zur Erschwerung des Fehlens der Wildddieberei, welche mit der Jagd beginnt und nur gar zu oft mit Straßenraub und Mord verbunden ist. Auch die Bestrafung des Tragens der Jagdwaffen, des Jagdgeräthes und des Jagdvergnügens, gehört zu den Mitteln der Sicherheitspolizei, wenn die Jagdwaffenpässe nur anerkannt rechtlichen Werth aber ohne Unterschied des Standes, ausgestellt werden *). Die Wirthschaftspolizei kann in unserer Zeit nicht die Verwaltung des Wildstandes als eine Angelegenheit des öffentlichen Wohls behandeln. Dieses bietet kein Motiv dar, den Jagdbesitzer in der Ausübung seiner Gerechtsame darum einzuschränken, damit der Wildstand, im vorbännischen Sinne des Wortes, nicht Noth leide. Der Jagdbesitzer seine Jagd unnachhaltig benutzen, so trifft der Schaden nur ihn, und es kann dieser Schaden durch nachfolgende Jagd zu bald wieder gut gemacht werden. Das Verbot gewisser Jagden aus dem Grunde, weil sie den Wildstand gefährden, das Verbot der Jagdausübung während der Brunst-, Satz- und Hagezeit

* Die natürlichen Motive der Kriterien der Qualifikation zur Erlangung eines Jagdwaffenpasses stehen aus Obigem zwar hervor, die ausdrücklichen Bestimmungen sind von dreifachen Verhältnissen abhängig und nach der Landesart und Verhältnisse verschieden.

in dieser Hinsicht, sonstige Vorschriften zur pfleglichen und weidmännischen Ausübung der Jagd und zur Verbannung der sogenannten Waidjäger, haben sich im Gebiete der Staatspolizei und der Jagd überlebt und sind nicht mehr zu rechtfertigende Einriffe in den Privatbetriebsamkeit. Dagegen ist die Verordnung des Landes-Aufgang und Schluß der Feld-Jagd in so weit gerechtfertigt, als bezweckt, Beschädigung der Feldernte durch Jäger und Hunde verhindern, und daher, nach Maßgabe der Ernte- und Saatzeit, von der Jagdbehörde, sondern von der Feldpolizeibehörde ausgetrieben. Nun auch die Jagd vom weidmännischen Standpunkte aus aufzuheben, Object der Wirtschaftspolizei zu sein, so ist sie doch noch Subject der von dem höheren Gesichtspunkte der Herstellung eines angemessenen Verhältnisses unter den Thiergattungen. Wenn man in der That rede und in der Einleitung zu seiner „Maßregel der als so genannte Thiere“ (Gotha, zweite Auflage, 1805) diesen Gesichtspunct zweckmäßig hervorgehoben. Das Gleichgewicht, welches unter den Thiergattungen dadurch, daß sie einander zur Nahrung dienen, zu erhalten sucht, hat der Mensch durch seine Cultur zerstört. Der Beruf des Jägers, indem er dieses Gleichgewicht herzustellen nach dem Maßstabe menschlicher Cultur nützlichen Thiere zu tödten, die diesen feindlichen oder sonst schädlichen aber zu vertilgen oder zu vermindern beiträgt, ist ein edler und zugleich sehr nützlicher. In diesem Sinne muß die Wirtschaftspolizei auf die Jagd einwirken. Sie muß vorzüglich die Mäuse- und insectenvernichtenden Thiere unter ihren Schutz stellen. Dahin gehören unbedenklich Igel, bedingt der Fuchs und mancherlei Raubvögel, wenn der Weidmann dem allgemeinen Interesse zuweilen zu vertilgen sind, wofür sogar Prämien ausgesetzt sind, weil sie zugleich den eigentlichen Jagdthieren nachstellen. Vorzügliche Schonung verdienen als Mäuse- und Insecten vertilgend die meisten Falken, Bussard- und Eulen, namentlich der Mäusebussard (*falco buteo*), Wespenbussard (*f. tinnunculus*), die rothe Milane (*f. milvus*), die Kornweide (*f. cyaneus*), der Zwergkauz (*f. tinnunculus*), mittlere Ohrscheule (*str. otus*), Sumpfscheule (*str. palustris*), kleine Ohrscheule (Käuzchen, *str. aluco*), die Nachtscheule (*str. aluco*), Brandtscheule (*str. stridula*), Eule (*str. flammea*), der große Kauz (*str. ulula*), der kleine Kauz (*passerina*), der Zwergkauz (*str. pygmaea*); sodann die Würger, Neuntöterarten, die Kuckucke, Spechte, Spechtheisen, Wiedehopfer, Baumläufer, Wiedehopfe, Nachtigallen, Grasmücken, Fliegenfänger, Nachtigallen, Nachtigallen, so wie überhaupt Sänger, Weisen- und Schwalbenarten. Das Ausheben oder Zerschlagen von Nestern, Eiern und Nestern dieser Vögelarten ohne polizeiliche Erlaubniß (z. B. für wissenschaftliche Zwecke), ingleichen das Töten und Abtöten derselben außerhalb der Hofstätten verboten zu werden. Dagegen kann die Vertilgung mancher Vögel die Fürsorge der Wirtschaftspolizei, wie die des eigentlichen

den Anspruch nehmen, welche bei übermäßiger Vermehrung die Jagdwirtschaft benachtheiligen, namentlich der Sperlinge, Raben, Doh-
len u. dgl. Die politische Andrerung der Forderung von Sper-
lingen einer Steuerzuschlagähnlichen Repartition kann hierdurch bes-
tätigt werden.

Die Ordnung des Wildschadensersatzes. Die Verbind-
lichkeit des Grundbesizers ist eine längst anerkannte rechtliche Folge der
Jagdberechtigung zur ausschließlichen Jagdausübung.
Man muß man den Grundbesitzer ermächtigen, ihm schädliches
Wild zu vertilgen oder dem Jagdberechtigten jene Ver-
pflichtung aufzulegen. Wir haben daher nicht nöthig, mit deren juristischer
Begründung uns gegenwärtig beschränkten Raum hier auszufüllen. Schon
L. Mevius sagt in seinem tract. de venatione, piscatione
(Col. Agripp., 1517) p. 41: „princeps prohibens
venari tenetur ad damna, quae animalia inferunt in agris“
J. M. Seufert in seiner diss. de damno per ferarum
in agris dato (Wirceb., 1788). Dann in seinem Handbuche
des Privatrechts 2. Band, S. 73 ff., Kunde in seinen
Lehrbuch des deutschen Privatrechts S. 160 und auch die neueren
Gesetze sprechen sich für die erwähnte Verbindlichkeit aus. Kaiser
Friedrich II. hat in seinem Jagdgesetze vom 28. Febr. 1786, worin,
wie im Eingange heißt, „Alles zusammengefaßt ist, was auf der
Seite der Jagdberechtigten den billigen Genuß ihres Rechts
betrifft, auf der andern aber dem allgemeinen Feldbau die Früchte
des Landes gegen die ungemäßigte Jagdlaß sicher zu stellen möglich
ist,“ anderen Regenten vorgeleuchtet. Im §. 3 dieses Gesetzes
verordnet der Kaiser die Verlegung des Schwarzwildes (der wilden Schweine)
auf dem, wie schädlicher Raubthiere, außerhalb der Thiergärten ge-
boten und von Jägern oder Jagtinhabern, welche dieses hindern, mit
20 Ducaten Strafe und Schadenersatz gedroht; in §. 11. ist den
Jägern überhaupt die Verhinderung und Verminderung über-
mäßigen Wildschadens zur Obliegenheit gemacht; nach §. 12 ist Jeder zur
Abgrenzung und Abschließung seiner Grundstücke gegen Wild, so wie
in §. 13 außerdem zu dessen Abtreiben auf jede Art befugt; nach
§. 14 den Jagtinhabern und Jägern das Jagen und Suchen auf
unbesetzten Grundstücken und in noch nicht abgelesenen Wein-
gärten mit 25 Ducaten (gemeinen Jägern bei dreißigtägiger Gefangnisstrafe)
geboten. Diese Bestrafung bezieht der betreffende Grundbesitzer. Bei
Wildschaden ist nun noch im §. 15 der alsbaldige Ersatz alles in landes-
fürstlichen und Privatjagdberechtigten an Feldfrüchten, Weingärten oder
andern von Unterthanen erlittenen Wildschadens angeordnet. (Man
vergleiche den vollständigen Abdruck dieses Gesetzes in Moser's Rechtsarchiv
S. 175.) Ähnliche Gesetze wurden in den meisten deutschen
Landen erlassen, jedoch hierin, und namentlich in der Regulirung ihres
Wildschadens in neuerer Zeit mitunter Rücksicht gemacht, so wie über-
haupt die anstaltsrechtliche Reaction auch in der größeren Begünstigung

des Jagdwesens wieder sicht- und fühlbar wurde. Die Hauptfrage worauf es bei Dehnung des Wildschadensersatzes ankommt, haben ein größeres praktisches Interesse erhalten. 1) Die Verbindlichkeit streckt sich zunächst auf den Schaden, welchen das Wild an Feldern jeder Art, an Bäumen und in Weinbergen da anrichtet, wo dem Eigenthümer der Erzeugung die Ausübung der Jagd verwehrt ist. Auch bei mäßigem Wildstande der Schaden nicht als dummer Schaden zu betrachten, sondern im Zweifelsfalle eher niedriger, als abzuschätzen ist, so muß doch dem Beschädigten schneller, leichter und vollständiger Ersatz zu Theil werden, und es darf hiergegen wenig der Einwand gelten, der Beschädigte habe das Wild der Jagdausübung abwehren oder abschließen können, als zur Bedingung gemacht werden, eine nochmalige Bestellung des Grundstücks zu suchen. 2) Sobald die Waldungen nicht mehr dem Walten oder zur Kräfte überlassen bleiben, sondern, so gut wie die Felder, bestimmtes Eigenthum geworden sind und darauf Kosten der Cultur und Benützung verwendet werden, haben die Waldeigenthümer auch Anspruch auf Ersatz des durch Wild eines andern Jagdberechtigten verursachten Schadens. Der Umstand, daß gerade der Wald der Aufenthaltsort des Hochwildprets ist, verstärkt den Anspruch des Waldeigenthümers auf den Schutz des Staats gegen bedeutenden Wildschaden. Am Unbestreitbarsten ist die Verbindlichkeit zum Ersatz für Beschädigung cultivirter Waldgrundstücke oder des Waldbodens, welcher mittelst menschlicher Arbeit für die Forstzucht zubereitet oder mit Holzsaat oder mit Pflanzung angelegt oder für die natürliche Verjüngung empfänglich gemacht worden ist. Dergleichen Beschädigung der Waldcultur wirkt länger fort und ist schwerer wieder gut zu machen, als bei der Feldcultur. Für Grundstücke hat der Forstwirth wenigstens eben so viel Recht gegen den Jagdberechtigten, als der Landwirth. Nur einer einseitigen Befangenheit Vorliebe für das Jagdvergnügen ist es beizumessen, nicht einmal diese Verbindlichkeit in Bezug auf cultivirte Waldgrundstücke in die meisten Wildschadengesetze aufgenommen und ihr so viel von den Forstleuten selbst das Wort geredet wurde. Was die Forderung auf Ersatz von Wildschaden betrifft, der dem mittelst natürlicher Verjüngung und nicht durch Cultur entstandenen Holzaufwuchs zugefügt wurde, so mag allerdings berücksichtigt werden, daß, streng genommen, kein Stück Wildpret im Freien sein kann, ohne Schaden zu verursachen, daß aber dieser bei geringem Wildstande durch seine Vertheilung auf verhältnißmäßig große Waldfläche weniger fühlbar ist. Es mag die Verbindlichkeit zum Ersatz des an solchem Holzwuchse, welcher durch natürlichen Abfall oder Anflug von Holzamen und ohne Verletzung des Bodens mittelst menschlicher Arbeit oder durch Stodraufgang entstand, angerichteten Wildschadens nur dann ausgesprochen werden, wenn der Jagdberechtigte einen zu starken Wildstand gehegt hat. Die Merkmale dieses Uebermaßes sind nach den örtlichen Culturverhältnissen

der Holzart, dem Alter und dem Bestande verschieden; für Deutschland mittlere Deutschlands etwa folgende: a) wenn diejenigen Holzarten, welche das Wildpret vorzugsweise zur Nahrung liebt, wie Fische, Hainbuche, Ahorn, wegen Uebersahl des Wildes ohne Entfiedigung erzogen werden können; oder b) wenn die jungen Holzbestände zwei oder mehrere Jahre hinter einander Verbeizen im Wuchse zurückgesetzt und dadurch voraussichtlich der Folge kümmernde Bestände, folglich geringere Holzpreise veranlaßt werden. — 3) Wenn an der beschädigten Stelle das Jagdrecht zusteht oder die Jagd verpachtet ist, so muß der Eigentümer der beschädigten Producte freistehen, im ersteren die Jagdberechtigten oder auch nur Einen derselben, welchen die verpachtete Jagd entweder den Jagdberechtigten selbst, oder Jagdpächter wegen des ganzen Schadens in Anspruch zu nehmen. Der also in Anspruch Genommene muß berechtigt sein, von den Mitberechtigten einen verhältnismäßigen Beitrag zu fordern. In Beroerungsfälle den Mitberechtigten so lange, als der Beitrag gezahlt ist, von Mitübung der Jagd auszuschließen. — 4) Constataion und Abschätzung des Wildschadens, so wie für die Abfertigung des Erlasses muß ein summarisches Verfahren im Bereiche der Verwaltungsinstanz angeordnet werden. Für eintretende Fälle muß eine sachverständige Sachverständige jagdlicher Technik, der Forst- und Landwirthschaft, einerseits im Interesse des Jagdberechtigten, andererseits der Landescurul und des Gesetzes, mit Bestimmung nicht nur Bezirke bestellt und dem Beschädigten überdies die Bestellung der Sachverständigen in seinem Interesse vorbehalten sein. Die Verhandlung muß auf unmittelbares Anrufen des Beschädigten sogleich von den Sachverständigen des Staats unter Zugiehung der übrigen Sachverständigen geschehen und binnen 14 Tagen das Protocoll derselben an den Beamten der Verwaltungsinstanz zur Erstattung des Erlasses gefandt werden, wenn nicht inmittelst der Jagdbehörde sich mit dem Beschädigten im Wege der Güte abgefunden hat. — 5) Wenn zwar der Beschädigte noch zu einer Zeit, wo die Abfertigung gehörig bewerkstelligt werden konnte, darauf angetragen hat, nicht von Seiten des Jagdberechtigten über diese Zeit hinaus vorzugehen, so reicht die Constataion, daß überhaupt Schaden durch Wild verursacht sei, hin, um den Beschädigten zum Schadungsbeweis zu verpflichten. — 6) Hinsichtlich der Kosten des Verfahrens gilt die Regel, daß sie dem unterliegenden Theile zur Last fallen, und zwar dem Kläger, wenn sich ergeben, daß kein Schaden vorhanden hat, wohin der Fall aber nicht gehört, wenn ein theillich vorhandener Schaden durch Nachwuchs ersetzt wurde. Nach dem der Jagdberechtigten angebotene und dem Beauftragten des Staats angebotene Schadloshaltung binnen des erwähnten Termins von 14 Tagen an, und ergiebt die Abschätzung, daß das Anerbieten zum Schadloshalten hinreicht, so fallen dem Jagdberechtigten nur die Kosten der

mehr rheinländischen Morgen in Einem Zusammenhange das ausschließliche private — und Feld-Eigenthümer von 100 und mehr rheinländischen Morgen in Einem Zusammenhange das Mitbenutzungsrecht der Jagd haben sollen. Was auf dem linken Rheinufer in Folge der Revolution geschah, das konnten wir dieselbst im übrigen Deutschland auf dem Wege der Reform erreichen, wenn ein Gesetz die Verwandlung oder Ablösung der Jagdberechtigungen folgendermaßen statuierte: 1) Die Entlastung des Grundeigenthumes von den Jagdberechtigungen geschieht mittelst Verwandlung in eine ständige Grundrente, welche von den Pflichtigen, wie andere Grundrenten, abgelöst werden kann, so daß es von den Belasteten abhängt, mit der Verwandlung sogleich den Abkauf zu verbinden oder diesen nach freier Wahl erst später eintreten zu lassen. 2) Die Grundrente soll den jährlichen reinen Ertrage der betreffenden Jagdberechtigung, jedoch ohne Abzug der Steuern, und dieser Reinertrag nach dem Ergebnisse der letzten zehn Jahre so berechnet werden, daß die beiden Jahre der höchsten und niedrigsten Erträge weggelassen und der Durchschnitt der übrigen acht Jahre genommen wird. In Ermangelung der für die Durchschnittsberechnung erforderlichen Angaben wird der örtliche Reinertrag nach Vergleichung mit den angrenzenden Jagdbesitzern abgeschätzt. 3) Von verpachteten Jagden wird bei Ausführung der vorstehenden Bestimmung das Pachtgeld zum Grund gelegt, jedoch zur Ermittlung des Reinertrages von dem Pachtgelde, mit Ausnahme der Steuern, die Summe aller durch die betreffende Jagd dem Eigenthümer der selben veranlasseten Kosten abgezogen. In Ermangelung spezieller Nachweisung soll dieser Abzug in fünf Procenten des durchschnittlichen Pachtertrages bestehen. 4) Von selbstbeschoffenen (verwalteten) Jagden wird der reine Ertrag nach den Beschusseerträgen und den Ausgaben für Jagdankasten, Personal, Schußgeld, Leiberlohn, Wildschadenersatz u. s. w. berechnet oder nach dem Schlusse von Nummer 2 verfahren. Wenn der Jagdberechtigte die Jagd in eigener Person beschoßt oder verwaltet, so wird der Werth dieser Arbeit am Ertrage in Abzug gebracht, eben so; als wenn die Arbeit im Lohne verrichtet worden wäre. 5) Haften auf der Jagdnutzung: Deputate von Wild- oder andere Grundbesitzer, so gehen diese auf den oder die neuen Inhaber der Jagdnutzung über und kommen daher bei Berechnung des Reinertrages in Abzug. Steuern aber werden aus dem Grunde bei Berechnung des Reinertrages nicht abgezogen, weil die Rente besteuert wird. 6) Bei Koppel- und solchen Jagden, woran Mehrere theilhaftig sind, wird der Reinertrag für jeden Theilhabenden besonders berechnet und abgeschätzt. 7) Den Grundeigenthümern ist diese Verwandlung gestattet, aber nicht befohlen: Diejenigen Gemeinden, welche unter Ausübung des Jagdrechtens weniger litten oder leiden, werden weniger Anregung zur Verwandlung haben, als andere. Sie können abwarten, bis etwa ein ihnen zukünftig wird und dann von dem Rechte der Verwandlung immer noch Gebrauch machen. Diejenigen Jagdberechtigten aber, welche

das Jagdrecht beizubehalten wünschen, werden gerade hierin einen Veranlassung finden, den Gemeinden durch die Art und Weise ihrer Jagdverwaltung die Verwandlung nicht wünschenswerth zu machen. Die Unverwandel- und Ablosbarkeit der Jagd wird also an sich schon, auch wenn die Gemeinden sie nicht geltend machen, diese Gemeinden vor der Ausübung des Jagdrechtes sicher stellen. 8) Die Verwandlung der Jagdberechtigung kann nur von den Gemeinden und nur im Ganzen für eine zur Ortsgemeinde gehörige Feld- oder Gemarkung, nicht aber für einzelne Grundstücke verlangt werden. Die Gemeinde handelt hier als Inhaberin der Gesamtrechte der in der Gemarkung liegenden Grundstücke, verwandelt oder löst ab die Jagdberechtigung in deren Namen und benutzt dann die Jagd zum Besten der Gemeinde, also sämtlicher Theilhaber, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Die Befugnisse der Gemeinden, innerhalb der Gemarkung die Verwandlung gegen den Willen der Jagdberechtigten zu verlangen, erstreckt sich nicht auf solche Grundstücke oder Abtheilungen, worin dem Eigenthümer des Bodens bereits das Jagdrecht zufließt. Von Mauern, Zäunen, dichten Hecken umgebene und mittelst Thüre und Schloß verschlossene Grundstücke sind auch ohne Verwandlung oder Ablosung von fremder Jagdberechtigung frei und lassen Eigenthümer oder Ruchnießer zur Erlegung und Benützung des darin befindlichen Wildes mit Beobachtung der polizeilichen Vorschriften besetzt. 9) Es reicht hin, wenn der die Gemeinde nach der Gemeindeordnung vertretende Vorstand die Verwandlung verlangt, und es wird die Genehmigung dieses seines Beschlusses als von Seiten der Regierungsbehörde für alle Fälle im Voraus erteilt angesehen. 10) Wenn die Eigenthümer des größeren Theiles der Gemarkung die Verwandlung verlangen, so ist der Gemeindevorstand verpflichtet, ebenfalls auf Verwandlung anzutragen. 11) Der Gemeindevorstand hat sich mit dem Antrage auf Verwandlung an die nächstgelegene Regierungsbehörde zu wenden. Diese erteilt hierüber sofort Bescheinigung, erläßt eine Bekanntmachung in den betreffenden Gemeinden und Wäldern, damit alle bei der Sache Theilhaber ihre einmaligen Rechte binnen vier Wochen bei ihr geltend machen können und überdies den oder die bekannten Jagdberechtigten noch besonders anzuzeigen und zur alsbaldigen Präsentation eines Sachverständigen einladen. Der Gemeinde kann mit dem Jagdberechtigten über den Betrag der Ablosung im Wege der Güte sich vereinbaren. Es reicht dann die Zustimmung der nächstvorgesetzten Regierungsbehörde hin. 12) Findet eine friedliche Vereinigung Statt, so wird der Reinertrag nach Nr. 2 des § 6 von drei auf Unparteilichkeit besidigten Sachverständigen ausgetheilt, wovon einen der Jagdberechtigten, den anderen die Gemeinde und den dritten die Bezirksregierungsbehörde zu ernennen hat. Wird der Aufforderung zur Ernennung des Sachverständigen von der einen oder der anderen Seite nicht binnen vier Wochen entsprochen, so ernannt die Bezirksregierungsbehörde auch diesen Sachverständigen. Die

drei Sachverständigen müssen den Auftrag binnen längstens vier Wochen vollziehen. Geschieht dieses von einem der beiden Sachverständigen des Jagdberechtigten oder der Gemeinde nicht, so wird es so angesehen, als habe er dem Urtheile des Sachverständigen der Regierungsbehörde, welche die Verhandlung leitet, beigeistimmt. Hält der Jagdberechtigte oder die Gemeinde durch die Entscheidung beschworen, so ist die Sache binnen vier Wochen der oberen Behörde der Administration vorzulegen, deren, nach vorheriger Untersuchung, erste Entscheidung ohne weitere Rücksicht zur Vollstreckung gebracht wird. 14) Die Rente wird in Geld berechnet und in Geld entrichtet, da der Ertrag der Jagden nicht mit dem Preise der Früchte steigt oder fällt, sondern sich eher noch bei zunehmender Cultur vermindert. 15) Die Rente wird auf die einzelnen Grundstücke, aus welchen die Gemeinde besteht, nicht specieil verunterspändet, sondern mit derjenigen Classe von Gemeinde-Ausgaben aufgebracht, zu welcher alle Grundbesitzthümer an der Gemarkung Betheiligte beizutragen haben. Sie kommt, wenn die Jagden besteuert sind, an dem Steuercapital der Jagd in Abzug, so daß die Gemeinde, so lange der Betrag der Steuercapitalien die Rente, welche der Berechtigte versteuert, nicht übersteigt, von der Jagd keine Steuer entrichtet. 16) Die Gemeinden dürfen die Jagden nur verpachten, und zwar in der Gemarkung nur die Gemarkung im Ganzen. Eine Zerstückelung der Pachtloose ist nur zulässig, wenn ein Grundeigenthümer, welcher in der Gemarkung 160 Morgen (40 Hectaren) Feld oder 320 Morgen Wald in einem Zusammenhange besitzt, die Jagd auf diesem seinen Grundeigenthume von der Gemeinde pachten will, in welchem Falle der Pächter dem Wege der Güte oder durch Sachverständige zu bestimmender Pacht das Anderthalbfache der nach Verhältniß der Fläche berechneten Rente bei der Verwandelung festgesetzten Rente nicht übersteigen soll. Die Verpachtung aber von selbst aufhört, sobald die betreffende Fläche kleiner als das Minimum wird. Eigenthümern eingefriedigter und geschlossener Grundstücke steht (nach 8) ohnedies die unentgeltliche Benutzung des darin erlegten Wildes zu. Eine sonstige Zerstückelung der Jagdfläche darf keine Pachtloose unter 160 Morgen Feld oder 320 Morgen Wald zur Folge haben und bedarf der Genehmigung der Regierungsbehörde. 17) Eine Ausnahme von der Verpachtung darf nur mit Genehmigung der Regierungsbehörde in denjenigen Fällen, wenn die Verpachtung dem Interesse der Gemeinde nicht entspricht, Statt finden. Aber auch in diesen Fällen darf die Jagd nicht allen Gemeindegliedern frei gegeben, sondern nur von einem durch die Gemeinde dazu beauftragten verpflichteten Manne im Namen und zum Vortheile der Gemeinde unter Zuziehung der Feld- und Waldschützen verwaltet werden. 18) Die Einnahme, welche die Gemeinde von der Jagd zieht, wird in die Classe derjenigen Einnahmen gesetzt, welche zur Deckung der allen Gemarkungsbetheiligten zur Last fallenden Ausgaben bestimmt sind, und hiernach in die Gemeindefinanz aufgenommen.

Die Art und Weise der Verpachtung bestimmt sich nach den allgemeinen Vorschriften für Verpachtung gemeinheillicher Nutzungen. Es wird als Regel festgesetzt, daß die Pachtzeit nicht über sechs Jahre betrage, und keine solchen Einwohner zur Pachtung zugelassen werden, die nicht zur Erlangung eines Jagdweisenpasses nicht geeignet sind. 20) Bei der Verpachtung sowohl, als auch bei der eigenen Verübung der Jagd sind die Gemeinden und die Pächter oder die mit Führung der Jagd beauftragten Personen verpflichtet, alle Anordnungen, welche über Schluß und Aufgang der Jagd, über Wildschaden oder sonst im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der Landwirthschaft nach den bestehenden Gesetzen von den competenten Behörden getroffen werden, zu befolgen. 21) Die Gemeinden, welche die Jagdberechtigung verwandelt oder abgelöst haben, treten die Fälligkeit des auf dem Verwandelungsvertrage folgenden Jahres das vollständige Jagdrecht ein und alle bestehenden Jagdverpachtungen ohne weitere Aufständigung durch die Verwandelung selbst auf. — Dieses sind die von mir schon vor 1832 entworfenen Bestimmungen. Ich wußte damals nicht, daß die königlich preuss. Regierung im Jahre 1811 die unbedingte Ablösbarkeit der dem Fiskus auf dem Grunde zustehenden Jagdgerechtigkeit aussprachen, wogegen die später der Verwaltungsbehörde ein Widerspruchsrecht zugesprochen wurde, „wenn sie dieß zur Conservation der hohen Jagd geltend machen zu müssen glaubt.“ Der Antrag des Abgeordneten Welfch am rheinischen Landtage auf Ablösbarkeit der Jagdberechtigungen (Jagl. Allg. Zeitung v. 1837 Nr. 97) wurde von der ersten Commission in irriger Vorstellung von ihrem Standpuncte verworfen. In den Einwendungen wegen hielt ich es für nöthig, im Vorstehenden die Einzelheiten der Ausführung einzugehen, um hierdurch zu zeigen, daß sie sich mit der billigsten Berücksichtigung der Ansprüche der Jagdberechtigten, selbst mit der Erhaltung des Jagdvergnügens und der öffentlichen Erfordernissen vereinbaren läßt. Die Erfahrung des linken Rheinufer spricht dafür, weil der nach den vorgeschlagenen Bestimmungen eintretende Zustand, welcher mit dem dortigen übereinstimmt, nur noch geordneter sein wird. Es entsteht dadurch keineswegs ein buntes Gemisch von Jagdbezirken, wohl aber ist der Wildstand zu besser, den Jagdbrand am Meisten befördernder Jagdbezirk. Die Vornehmen und Reichen behalten entweder durch eigene Grundbesitze oder durch Pachtung von Gemeindejagdgerechtigkeit, das Vergnügen der Jagd zu genießen; daß es aber auch den vorgeschlagenen Bestimmungen nicht mehr auf Kosten der Grundbesitzer geschieht oder unmäßig ausgedehnt werden kann, wurde der zweck. Geht man übrigens von der Ansicht aus, daß die Jagd ein Regal sei, so erliden die vorgeschlagenen Bestimmungen nur die Abänderung, daß die Gemeinden für Uebertretungen der Jagdberechtigung in ihren Gemarkungen nichts zu entrichten haben, und daß die bisherigen Inhaber der gesonderten Jagdberechtig-

gungen aus der Staats-Casse auf angegebene Weise zu entschädigen sind.

V. Organisation der Behörden für das Jagdwesen. 1) Den Staat, als solchen, angehend, werden die Functionen in Bezug auf das Jagdwesen am Geeignetesten folgendermaßen vertheilt. a) Die Ueberwachung, nöthigenfalls Unterstützung des Jagdschutzes in dieser Beziehung eignet sich nicht für die Forstbehörden, sondern für die Behörden der Landes- und allgemeinen Sicherheitspolizei, die Regiminalbehörden. b) Dasselbe gilt in Ansehung der Fürsorge, daß die Ausübung der Jagd der persönlichen und öffentlichen Sicherheit nicht gefährlich werde. c) Die Wirtschaftspolizei in dem oben (unter III) bezeichneten Sinne wird, so weit es die Interessen der Landwirthschaft betrifft, von der Behörde der landwirthschaftlichen Polizei, in Ansehung der Waldungen aber von den Forstpolizeibehörden gehandhabt. d) Die Wahrung der Interessen der Sittenpolizei ist nur eine Angelegenheit der hiersür bestellten Behörden; z. B. die Frage: ob und welche Einwohnerclassen an Jagdpachtungen Theil nehmen dürfen. Das Erlauben oder Verboten der Jagdausübung von Geistlichen ist alleinige Sache ihrer Oberbehörden oder derjenigen, welchen die Polizei über die Geistlichkeit zu handhaben obliegt. e) Die Bestrafung der Jagdsfrevel und Wildddieberei ist den Forstfreveln und Holzdiebstählen analog zu ordnen, und es wird daher auf Seite 619 und 635 des V. Bandes dieses Lexikons hingewiesen. Es erhebt sich, daß es für das den Staat, als solchen, angehende Jagdwesen gar keiner besonderen Behörden bedarf. 2) Völlig verschieden hiervon ist diejenige Organisation und Verwaltung, welche nur dadurch veranlaßt wird, daß der Staat oder der Landesherr selbst Besitzer von Jagden ist. Diese Organisation gehört unter den privatrechtlichen Gesichtspunct, hat die Bestimmungsgründe und ihre Unterordnung unter die Staatspolizeibehörden mit jedem anderen Jagdbesitzer gemein. Wie der große Jagd- und Güterbesitzer, je nachdem er die Jagden verpachtet oder dem Selbstbesusse vorbehält, eine diesem Zwecke angemessene Einrichtung trifft, so wird auch im Wesentlichen hinsichtlich der landesherrlichen oder Domänenjagden zu verfahren sein. Die Verpachtung der Jagden macht das besondere Personal für den Jagdschutz und für die Jagdausübung entbehrlich und die Verwaltung so einfach, daß diese mit der übrigen Domänenverwaltung verbunden werden kann. Die Verpachtung erspart also die Kosten und bewirkt in der Regel eine weit höhere Einnahme. Die Collisionen mit den polizeilichen Erfordernissen und mit der Landescultur werden bei derselben noch am Sichersten vermieden, theils durch angemessene Pachtbedingungen, theils durch öffentliche Verpachtung nach vorheriger Bekanntmachung, durch Bildung mäßiger Pachtbezirke, welche höchstens 7000 Morgen enthalten dürfen, durch Nichtzulassung der Pachtung mehrerer an einander grenzender Bezirke durch denselben Pächter. Eine Ausnahme von der Verpachtung kann nur durch Mangel an Concurrenz gerechtfertigt werden.

ein seltener und meistens nur vorübergehender Fall. Dagegen wohl immerhin eine Ausnahme von der öffentlichen Verpachtung, nämlich derjenigen Domanielljagden eintreten, welche der Landes Herr an sich oder von der Staatsdomänenverwaltung pachtet, um das Vergnügen selbst zu genießen oder seinen Hof es genießen zu lassen. Da hierdurch veranlaßte Jagdverwaltung wird zur Vermeidung von Verwirrungen in der allgemeinen Domänenverwaltung am Besten auf besonderen Hofjagden in den Rang übertragen, die ihrerseits einen Theil der Hofverwaltung bildet und der mit dem Einkommen auch die sämtlichen Ausgaben zu überweisen sind, welche die Jagd, Parco, Hofjagden u. dergl. veranlassen. Da alle diese Anstalten weit mehr kosten, als einbringen, so sind sie mit der Staatsdomänenverwaltung durchaus unvertretlich und kommen erst durch Veräußerung an die Hofverwaltung unter den gebührenden Gesichtspunkten. Diese Konsequenz ist sehr wichtig und sie verdient selbst einen Platz in der Civilliste, wenn sie auf andere Weise nicht erlangt werden kann. Man begreife in dem fraglichen Zusätze lieber noch das Pachtgeld der Hofe bisher unentgeltlich benutzten Domanielljagden, als daß man auf Durchführung der Erfordernisse der Etat- und Budgetverwaltung verzichtet, wozu auch für diese Jagden dem Fiskus ein angemessenes Pachtgeld zu vergüten ist. Wenn dann die Veredelung des Landes in den Vergnügungen sich geltend macht, wenn sich die Jagd über das, was zum Glanze der Hofhaltung erforderlich ist, hinaus und wenn in Folge dessen an den Ausgaben für Hofjagdwesen spart wird, dann kommt dieser Gewinn der Civilliste mittelbar zu gut und ist eine Bürgschaft mehr gegen Wiederkehr der Verwahrlosung.

Fehr. v. Wedekind.

Japan, s. Nippon.

Jesuiten, Jesuitismus *). Jesuiten¹⁾ heißen die Mitglieder des geistlichen Ordens, welcher den Namen „Gesellschaft

von diesem Artikel erscheint zugleich ein mit Zusätzen vermehrter besonderer Band, auf den wir hier im Allgemeinen verweisen.

1) M. f. des. Corpus institutorum societatis Jesu etc. 2 Voll. Antverp. 1722. 4. Institutum societatis Jesu etc. 2 Voll. Pragae, 1757. fol. (s. des vorigen Werkes). Wolf, allg. Gesch. der Jesuiten. Leipzig, 1792. 2. Aufl. 1803. v. Gang, Gesch. der Jesuiten in Baiern. Ratisbr. 1820. Catechismo de' Gesuiti, esposto ed illustrato in conferenza teologica-morali. Lipsiae, 1820. Monita secreta soc. Jes. (Paderb. 1821, neu abgedruckt lat. und deutsch: „Geheime Verhaltensbefehle der Jesuiten, nach einem Berichte des Herrn v. Portalis über die Pères de la Compagnie, 1825. Grégoire, hist. des confesseurs des Empereurs, Paris, 1824. A. Scheffer, précis de la hist. générale de la Compagnie de Jésus, suivi des Monita secreta etc. à Paris, 1824. M. de la Motte, le Jansénisme ancien et moderne. à Paris, 1826. Friedemann, die Jesuiten und ihr Vernehmen gegen geistl. und weltliche Regenten. Grimma, 1827. B. v. Montlosier (Montlosier), Uebers. der Gesch. der Jesuiten, aus dem Französischen. Braunschw. 1827. Graf v. Montlosier, die Jesuiten und Jesuitismus.

Jesu (societas Jesu)" führt und welcher der bekannteste, wenn man auf seine Thätigkeit und deren Folgen Rücksicht nimmt, und zugleich der unbekannteste aller geistlichen Orden ist, wenn man die Verfassung, Grundsätze und Ausdehnung desselben in's Auge faßt. Kein Orden war je berühmter und berühmter, keiner je offenkundiger und gehäuer, keiner je verfolgter und protegirter, keiner je stolzer und demüthiger, keiner je herrschsüchtiger und unterthäniger und keiner je mehr Widerspruch und Einheit als die Gesellschaft Jesu, deren Wahlspruch: „Alles zur größeren Ehre Gottes" selbst als ein Räthsel oder als eine Blasphemie erscheint, je nachdem man auf die Theorie oder auf die Praxis Rücksicht nimmt. Diese Gesellschaft ist ein Chamäleon, das alle Farben trägt, die zum Zwecke dienlich sind oder sein können, und nur in der äußeren Unbeständigkeit die innere Beständigkeit beweist. Kein anderer Orden zeichnete sich je durch so glänzende Talente, durch eine so eiserne Willenskraft, Beharrlichkeit und Ausdauer, durch so rastlose Thätigkeit, durch so ausgedehnte Wirksamkeit und ein so allgemeines Erfassen aller menschlichen Angelegenheiten aus, wie die Gesellschaft Jesu, der aber nichts zu hoch und nichts zu niedrig, nichts zu heilig und nichts zu profan, nichts zu gut und nichts zu schlecht war, um es nicht in ihr finsternes Gewebe zu verarbeiten und zu ihren Zwecken zu benutzen. Keine menschliche Einrichtung war je riesenhafter im Ganzen und fester in den Gliedern der einzelnen Theile, als der Bau dieses Ordens, der, selbst äußerlich zertrümmert, dennoch innerlich in seinen Theilen zusammenhing, unsichtbar fortbestand und in günstiger Zeit wieder mit alter Kraft vor sich kam. Ehe man sich's versah, hatte diese so klein begonnene Gesellschaft alle Staaten, alle Stände und alle Angelegenheiten umstrickt und mit dem Olte ihrer Grundsätze inficirt, das unter dem Namen Jesuitismus bekannt und nie wieder außer Gebrauch gekommen ist und dessen Quintessenz heißt: „der Zweck heiligt die Mittel." Der Jesuitismus blieb nämlich und wurde im Stillen in der Kirche und Schule sorgsam gepflegt, auch nachdem die Jesuiten als äußere Gesellschaft zu sein aufgehört hatten. Dadurch gewann die Gesellschaft selbst wieder neue Zöglinge, in so fern man einen Jüngling, der dem Jesuitismus huldigt, als einen Jesuiten betrachten muß, ob er mag das Ordenskleid tragen oder nicht, die Gelübde abgelegt haben oder nicht, die Jesuiten hassen oder lieben; sie gewann Mentalanhänger, gleichgesinnte Genossen, welche selbst bei äußerlich aus-

schaft im gegenw. Frankreich und ihre Ausdehnung auf das übrige Europa, v. dem Franz. Stuttgart, 1827. Abbé de la Roche-Arnaud, die Jesuiten, aus dem Franz. v. Hennig. Ronneburg, 1827. — Derselbe, Memoiren eines jungen Jesuiten etc. aus dem Franz. Stuttgart, 1828. — *Le nouveau mémoire à consulter du jeune Jésuite. à Paris, 1829.* — *Revue française, 1824. Nr. 10: des Jésuites, de leur institut et de leur histoire.* — Dallas, history of the Jesuits. London, 1816 (für die Jesuiten). — Ausführliche Literatur s. m. bei Wolf, Gesch. Bd. IV. S. 335 flg. (1. Abt.)

von dem Haffe der Jesuiten, doch stets dem Jesuitismus und Anhänglichkeit in ihrem Gemüthe reservirten. Als daher auch das Restaurationsssysteme auch der Jesuitenorden wiederhergestellt wurde, kam zu dieser offenen Gesellschaft Jesu noch eine geheime Gesellschaft des Jesuitismus hinzu, welche mit jener verband, um mit vereinten Kräften das begonnene Werk Gottes und der Freiheit im Staate, in der Kirche und Schule zu vollenden und dagegen dem Bau der Finsterniß und Knechtschaft in den genannten Sphären fortzusetzen und, wo möglich, zu vollenden. Zur Ausführung jenes Werkes halfen die kirchlichen und politischen Jesuiten zusammen. Als aber jene den Staat zu einem Nebengebäude der Kirche, und diese die Kirche zu einem Nebenbau des Staates bei der Ausführung des gemeinsamen Baues gestalten wollten, da trat Zwietracht, Zank und Streit zwischen beiden Parteien ein, wodurch der Bau gehemmt wurde. Der Jesuitismus selbst führte diesen Streit herbei. Denn da die Jesuiten der Kirche in der Zerstörung des politischen Liberalismus das beste Mittel fanden, die alte absolute Priesterherrschaft zu begründen, so gaben sie bei der Bekämpfung der politischen Freiheit vor, daß sie nur das Beste der weltlichen Herrscher im Auge hätten; so wie umgekehrt die politischen Jesuiten, weil sie der religiösen Knechtschaft und Verdummung der Völker ein Mittel zur Begründung des politischen Absolutismus erblickten, die religiösen Jesuiten glauben machen wollten, daß sie bei dem Kampfe gegen religiöse und wissenschaftliche Freiheit lediglich das Interesse der Kirche bezweckten. Der Zwist kam bereits zum offenen Ausbruche. Je weniger bedarf es daher einer Rechtfertigung, daß den Jesuiten und dem Jesuitismus auch in diesem Werke ein Artikel gesetzt wird. Je inniger Staat, Kirche und Schule, diese drei großen Institute der Menschheit, mit einander verbunden sind; je tiefer sie in einander eingreifen; je mehr sie sich gegenseitig bedingen: je notwendiger ist es auch, Harmonie und Einklang und dadurch ein harmonisches Wechselleben zwischen diesen Instituten zu begründen und zu erhalten; die innere Einheit derselben neben der äußeren Einheit, und die Selbstständigkeit und Freiheit eines jeden Institutes in der Auffassung und Verfolgung seines Zweckes neben der gegenseitigen Abhängigkeit in Bezug auf äußeres Bestehen und Nebeneinandersein anzuerkennen, so wie vor Allem die Feinde genau zu lernen, welche sich in die heiligen Hallen dieser drei, in den verschiedenen zusammenhängenden Bauwerke einschleichen, um die Fundamente derselben zu untergraben, das flammende Licht der Wahrheit auszuwischen und Thron, Altar und Rotheher zu Fußstapeln des Jesuitismus zusammenzuwerfen oder mit ihnen ein loses Loschen zu treiben. Nur wenn man den Feind kennt, kann man sich ihm wehren, sich gegen ihn vertheidigen und ihn bekämpfen. Die Feinde sind eben die Jesuiten, d. h. Alle, welche dem Jesuitismus huldigen, sie mögen wirklich recipirte Ordensglieder sein

oder nicht. Ihre Grundsätze, Tendenzen und Mittel werden sich aus der Darstellung selbst ergeben, bei welcher gerade auf diese Gegenstände das Hauptaugenmerk gerichtet werden soll, da eine vollständige Geschichte der Schicksale der Gesellschaft Jesu hier am unrichtigsten Orte sein würde. Der Jesuitismus ist es, der hier in seinem Geiste, Treiben und Wirken, so wie in seinen Folgen für Staat, Kirche und Schule vorzugsweise betrachtet und erläutert werden muß.

I. Entstehung des Jesuitenordens²⁾. Den ersten Grund zur Gesellschaft der Jesuiten legte Inigo (Ignaz) Laines, ein spanischer Edelmann, welcher, auf dem väterlichen Schlosse Lojola in der Provinz Guipuzcoa 1491 geboren, als Edelknabe an spanischen Hofe frühzeitig mit den üppigsten Lebensgenüssen bekannt, in der Erziehung aber sehr vernachlässigt wurde. Dieser Ignaz war ein heftiges Temperament, festen Willen und einen ungezügelten Ehrgeiz. Er war Soldat und erhielt bei der Vertheidigung der Stadt Pampluna gegen die Franzosen (1521) eine Wunde am linken Fuße, während eine Kanonentugel seinen rechten zerschmetterte. Im Verlaufe seiner langen und schmerzlichen Cur las er die Legende der Heiligen („Blume der Heiligen“), wodurch in ihm eine völlige Sinnveränderung und der Entschluß bewirkt wurde, sich als Ritter der Jungfrau und Mutter Jesu eine neue Bahn des Ruhmes zu wählen. Sein nächster Vorsatz war eine Wallfahrt nach Jerusalem, um dort die Bekenner des Islam zum Christenthume zu bekehren. Er verließ heimlich das väterliche Haus und reiste, nach einigen Abenteuern zu Montserrat und Mantua, über Venedig nach Jerusalem, wo er wohlbehalten ankam (1523). Ein Streit mit dem Provinzial der Franziskaner nöthigte ihn jedoch, Jerusalem wieder zu verlassen, ohne einen Türken bekehrt zu haben. Er entschloß sich deshalb, seine Bekehrungseifer an den Christen zu versuchen, und sich zu dem Ende die nöthigen Wissenschaften zuvor zu erwerben. Er begann daher zu Barcellona in seinem 33. Lebensjahre unter kleinen Anknaben das Studium der lateinischen Sprache, jedoch ohne guten Erfolg, da seine alte unordentliche Lebensart wieder anfing und während der Erklärung der Grammatik im Himmel herumschweifste, Entschlüsse faßte, oder an neue Entwürfe dachte. Nach zwei Jahren besuchte er die Universität zu Alcalá, wo er neben dem Studium der Philosophie öffentlich predigte, Proselyten anwarb und überhaupt es versuchte, die Gewissen zu lenken. Allein der Vicarius der Stadt ließ ihn, auf die Klage mehrerer Personen, in's Gefängniß setzen, aus dem er nur gegen das Versprechen wieder entlassen wurde, sich alles Unterrichts des Volkes in den Geheimnissen der Religion zu enthalten, bis er zur

²⁾ Wolf, Gesch. Bd. I, S. 1 fig. (1. Ausgabe.) v. Lang, Bd. I fig.

lang Theologie studirt haben würde. Er entfloß hierauf mit
Schülern nach Salamanca, wo er wegen gleicher Vergehen
Unfälle erlitt. Verdrüsslich über diese Hindernisse und ent-
schloß sich ein Amt zu verschaffen, das ihn zum Lehren berechtigte,
(1527) nach Paris. Er trat in das Collegium Montaigu
wusste sich wegen seiner Unwissenheit wieder mit der lateinischen
Sprache beschäftigen. Nach 18 Monaten ließ er sich im Colle-
gio beiliegen Barbara in der Philosophie unterrichten. Er
selbst predigte auch hier wieder fort, bis eine angebotene
Ernennung ihn veranlaßte, sich mit Ernst dem Studium der
mathematischen Wissenschaften zu widmen, worin er 1532 das Baccalaureat
und 1534 die Magisterwürde erhielt. Er hörte nun bei den
Jesuiten eine Zeit lang Theologie. Allein er hatte sich schon seit
seiner Bekehrung einen eigenen theologischen Lehrbegriff geklär-
t und bedurfte eines ferneren Unterrichts nicht mehr zu bedürfen. Er
wollte sein Bekehrungsgeschäft wieder vor, das er aus Furcht vor
Menschen einige Zeit unterlassen hatte. Seinen Hauptplan, Stifter
neuen Ordens zu werden, verlor er, ungeachtet der mißlungen-
en Anträge in Spanien, nie aus den Augen. Es gelang ihm end-
lich, die Anhänger: den sehr fähigen Repräsentanten Peter Faber
(Lefèvre), einen jungen Edelmann aus Navarra, Franz
Jacob Painez, Alphons Salmeron, Nicolaus
Rodriguez und Simon Rodriguez zu gewinnen. Um sich ih-
ren Eifer gegen den Wankelmuth zu versichern, eilte er, sie durch ein feier-
liches Gelübde mit ihm zu verbinden. Zu dem Ende versfügte sie
am Mariä Himmelfahrtstag (am 15. August 1534) nach dem
heiligsten Montmartre außerhalb Paris, wo Painez, der
Priester war, in einer unterirdischen Capelle die Messe las
und die Gesellschaftern das Abendmahl ausheilte, worauf sie durch
ein solches Gelübde gelobten, nach beendigten Studien eine Reise
nach Jerusalem zu unternehmen, die Ungläubigen zu bekehren,
den Besitz weltlicher Güter zu entsagen und nur so viel zu behal-
ten, als ihnen auf dem Wege unentbehrlich sein dürfte. Sollte aber
dies unthunlich werden, so wollten sie nach Rom ziehen, sich
vor dem Throne Gottes zu Füßen werfen und ihre Dienste in allem
dem heiligen Stuhle anbieten. Ignaz verordnete zugleich,
dieses Gelübde an demselben Tage jährlich wiederholt werden sollte.
Im Januar 1537 kamen die Verbündeten, getroffener Verab-
redung gemäß, in Venedig zusammen, wo sie in den Hospitälern die
Pflichten, dem Volke auf Schauergerüsten predigten, und
während himmlische Erscheinungen hatte. Die verabredete
Reise nach Jerusalem unterblieb jedoch wegen eines ausgebroche-
nen Bürgerkrieges. Dafür zerstreuten sich die Verbündeten auf den
verschiednen in Oberitalien, um neue Mitglieder anzuwerben. Ignaz
begab sich mit Lefèvre und Painez nach Rom. Auf dem
Wege dahin erschien ihm in einer einsamen Capelle, wie er selbst ver-

sicherte, Gott der Vater in Begleitung seines Sohnes Jesu empfahl diesem die neue Gesellschaft und ihren Stifter, worauf Petrus zu Ignaz sprach: „in Rom will ich dir gnädig sein.“ In Rom selbst wußte er sich eine Audienz bei dem Papste Paul III. zu verschaffen, welcher die ihm angebotenen Dienste der neuen Gesellschaft sehr wohlgefällig aufnahm. Er ließ hierauf alle Verbündeten nach Rom kommen und beredete mit ihnen die innere Einrichtung des neuen Ordens, wobei außer dem Gelübde der Armuth, der Keuschheit und eines blinden und beständigen Gehorsams gegen einen General vorgesehten auch noch, um den Papst zu gewinnen, ein viertes und besonderer Gehorsam gegen den heiligen Stuhl festgesetzt wurde. Nachdem alle Punkte geordnet waren, fehlte nur noch der Name der Gesellschaft. Aus Demuth wollte sie Ignaz nicht nach sich, sondern gestützt auf verschiedene Erscheinungen, insbesondere auf die oben erwähnte und eine andere in der Höhle bei Manresa, wornach ihm Jesus den ganzen Plan des Ordens entdeckt habe, Gesellschaft Jesu nennen. Seine Nachfolger nahmen von diesen Erscheinungen Anlaß, Gott selbst zum ersten und wahren Stifter ihres Ordens zu machen³⁾. Er überreichte, nachdem auch diese Benennung angenommen war, den Entwurf des Ordens⁴⁾ durch den Cardinal Contarini dem Papste zur Bestätigung, welche dieser, durch die in Deutschland begonnene Reformation gedrängt, mittelst einer besonderen Bulle vom 27. September 1540⁵⁾ auch wirklich ertheilte. Die Gesellschaft bestand damals aus zehn Mitgliedern und erwählte einstimmig den Ignatius zu ihrem Generale, welcher sich neben der Unterweisung der Jugend und der Bekehrung der Juden auch des Seelenheiles der öffentlichen Huren annahm, die damals ganz Rom überschwemmten. Er veranlaßte die Stiftung eines eigenen Bekehrungshauses für diese Geschöpfe, und besah ihn fast täglich in der Mitte eines zahlreichen Haufens betrübter Buhldienerinnen, die er selbst auf den öffentlichen Straßen auffing und in sein Verpflegungshaus schleppte⁶⁾. Der Stifter des Ordens hielt übrigens bischöfliche Würden mit der Demuth der Jesuiten, welche er die Enden der neuen Gesellschaft nannte, für unverträglich und bot, als Leibarzbischof von Triest werden sollte, Alles auf, um, wie er sagte, die Gefahr abzuwenden⁷⁾. Im Grunde war an dieser vorgeblichen Unverträglichkeit wohl nicht die Demuth, sondern der unbedingte Gehorsam gegen den General Ursache, der sich mit den Rechten und Pflichten eines Bischofs nicht wohl vereinigen ließ. Ueberhaupt war Ignatius bemüht, seinem Orden theils durch Regeln, theils durch Privilegien Dauer und Festigkeit zu verschaffen, wozu ihm sowohl die gün-

3) M. s. bei Wolf a. a. D. S. 37 und dort die Note.

4) Er steht in Wolf a. a. D. S. 38 — 43.

5) Sie steht im: Institutum societatis Jesu. Vol. I. p. 5 sq.

6) Wolf a. a. D. S. 49. Man sehe noch den besondern Abdruck.

7) Wolf a. a. D. S. 83.

Zufnahme, die dieser Orden beinahe in allen Ländern fand, als noch und noch entdeckten Mängel und Unvollkommenheiten der Stiftung, die sich besonders bei dem Widerstande zeigten, den seine Gegner hier und da erfuhren, Veranlassung und Richtung gaben. Er fügte er (i. J. 1546) zu den ursprünglichen zwei Classen der Coadjutoren, den Schülern und Professoren, noch eine dritte, die Coadjutoren hinzu, um bei dem Andrang von Leuten aus allen Ländern zu dem Orden, in diesen auch Personen aufnehmen zu können, die wegen ihres Alters, ihrer Fähigkeiten und ihrer Vermögensverhältnisse weder Schüler noch Professoren sein konnten. Paul III. bestätigte diese neue Einrichtung durch eine eigene Bulle (Juni 1546)⁸⁾ dahin, daß der Orden Macht haben sollte, sowohl geistliche als weltliche Coadjutoren aufzunehmen, welche die drei Gesetze der Keuschheit, der Armut und des Gehorsams ablegen sollten. Den Novizen wurde während ihrer Probejahre der Gebrauch von Ignaz (schon vor der Stiftung des Ordens in der Höhle bei Loreto vorgebildet unter unmittelbarem Beistande Jesu und verfaßten Buches⁹⁾: „geistliche Uebungen“ zur Pflicht gemacht. Als der Erzbischof von Toledo gegen die Lesung dieser Schrift ein strenges Verbot ergehen ließ, ermißte der hiedurch an seiner Ehre angegriffene Ignatius eine Bulle (31. Juli 1548)¹⁰⁾, worin Paul III. diejenigen mit schweren Strafen bedroht, welche sich weigerten würden, diese „geistlichen Uebungen“ auf irgend eine Weise mittelst oder unmittelbar anzugreifen. Zugleich gewährte dieser Papst im folgenden Jahre (18. October 1549) dem Orden, den er den heuchlerischen Acker nennt, welcher zur Vermehrung des Reiches Gottes und des Glaubens durch Unterricht und Beispiel sehr viel beitrage, ganz besondere Begünstigungen¹¹⁾, durch welche der Ordensmoral in einen absoluten Monarchen verwandelt und der Orden von den weltlichen Freiheiten, deren Erklärung sich zudem der römische Papst allein vorbehielt, war es in der That kein Wunder, daß dieses päpstliche Jeuitcorps sich in kurzer Zeit sehr vermehrte und in einem Uebermuthes sich über jede gesellschaftliche Ordnung hinwegsetzte und dadurch auch mit den übrigen geistlichen Orden und den Bischöfen häufig in Fälligkeiten und Streit gerieth¹²⁾. Der Orden hatte sich bereits über alle Halbkugeln ausgebreitet, als dessen Stifter und erster General am 31. Juli 1556 in Rom starb¹³⁾. Er wurde später (12. März 1622) vom Papste Gregor XV. in die Zahl der Heiligen aufgenommen. Daß

8) Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 13 sq.

9) Instit. soc. Jes. Vol. II. p. 334.

10) Instit. soc. Jes. Vol. II. p. 387.

11) Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 14. Wolf, Gesch. Bd. I. S. 92 — 98.

12) Siehe den besondern Abdruck.

13) Man sehe den besondern Abdruck.

14) Wolf, Bd. I. S. 211 flg. und dort (S. 214 flg.) die pompöse Grabchrift, welche die niederländischen Jesuiten ihm im Jahre 1640 machten.

die Jesuiten ihren Stifter als einen ganz außerordentlichen Mann, dem es nie an himmlischen Erscheinungen fehlte, der Wunder aller Art verrichtete und alle weltlichen Helden weit überragte, darzustellen suchten, kann nicht bestreben. Sie wußten auch die Reliquien desselben auf mannigfache Weise zu benützen.

II. Verfassung des Ordens¹⁵⁾. Zur Verfassung der Gesellschaft Jesu legte schon Ignaz den Grund und lieferte die Materialien zu derselben, die sein erster Nachfolger Jacob Lainez, ein sehr scharfsinniger und kluger Kopf, in ein ganz neues Ganzes verarbeitete. Die folgenden Generäle führten den Bau weiter aus, wie es der Vortheil des Ordens und die Zeitumstände zu erforderten. Die Normen (Constitutionen), worauf die Verfassung beruht, bestehen vorzüglich in päpstlichen Bullen, welche apostolische Briefe heißen, und wovon seit der Stiftungsbulle mehr als neunzig bekannt geworden und vielleicht eben so viele unbekannt geblieben sind; in den mündlich erteilten Begünstigungen der Päpste, welche der Orden in die Jahrbücher als „*oracula vivae vocis*“ eintrug, in den Beschlüssen und Regeln der Generalversammlungen (*decreti et canones congregationum*) und in den von den Generälen erlassenen Briefen und Anordnungen (*epistolae et ordinationes generalium*) und Instructionen an die Provinzialen und Oberen (*instructiones ad provinciales*). Diese Normen wurden Anfangs nicht bloß vor den Profanen, sondern nach ausdrücklicher Vorschrift selbst vor den Ordensgliedern verheimlicht, indem diesen bloß solche Punkte, die sie zu befolgen hatten, mitgetheilt werden sollten, wenn nicht der General eine vollständige Mittheilung der Constitutionen aus besonderen Gründen für gut hielt¹⁶⁾. Erst nachdem der Orden sich bereits in der ganzen Welt verbreitet und alle übrigen Orden an Macht und Ansehen überflügelt hatte, ließ er (1584) seine Regeln, jedoch nur zum Gebrauche seiner Mitglieder drucken. Die bekannt gemachten Normen sind in dem bereits öfter angeführten *Corpus institutorum societatis Jesu*, dem eigentlichen Constitutionenbuche, gesammelt, wovon man bei Wolf¹⁷⁾ ein genaues Inhaltsverzeichnis findet. Die neueste und würdigste Auflage dieses Werkes ist diejenige, welche die Jesuiten in ihrem Collegium zu Prag 1757 unter dem Titel: „*Institutum societatis Jesu etc.*“ 2 Vol. in Fol. veranstalteten¹⁸⁾. Sie ist vollständiger als die früheren und enthält zugleich wesentliche Abänderungen.

15) Wolf, Gesch. Bb. I. S. 122 fg. u. in Bb. IV. S. 403 fg. die hieher gehörige Literatur. — v. Lang, Gesch. S. 37 fg. — Cornelii Europaei sive Casparis Scioppi (M. Inchofer) *Monarchia Solipsorum (Jesuitarum)* ed. nona. 1665.

16) *Instit. soc. Jes.* Vol. I. p. 341. 342 u. 351. Exam. gen. c. 1. §. 13. u. c. 4. §. 41. p. 357 (Prooem. decl.) p. 363. fg. (Const. P. I. c. 5 §. 4 u. E.)

17) Bb. I. S. 125—143.

18) Cf. *Instit. soc. Jes.* Vol. I. p. 671. (decr. 8. congreg. XIV).

1) Classen der Jesuiten¹⁹⁾. In keinem Orden kann man verschiedene Art Mitglied sein, wie in der Gesellschaft Jesu. Da Squier (in seinem Plaidoyer v. 1564) enthält der Orden Classen, die eine von der großen und die andere von der kleinen Obervanz. Die von der großen Obervanz sind die eigentlichen Professoren, welche vier Gelübde beschworen haben. Alle Uebrigen, die sich durch das Gelübde des Gehorsams an die Oberen der Gesellschaft zu begeben zur kleinen Obervanz. Man begreift leicht, wie weit sich diese Weise der Orden unter den verschiedenen Ständen verschieben konnte. Denn da man, um Jesuit von der kleinen Obervanz zu werden, die Gelübde der Keuschheit und der Armuth nicht zu leisten brauchte, so konnten Leute von allen Ständen, Priester, Mönche, Eheatheten und Unverheirathete Jesuiten sein. Andere²⁰⁾ theilen die innere Einrichtung des Ordens genau kennen, unterscheiden die Classen: 1) Professoren, 2) wirkliche (d. i. geistliche) Coadjutoren (Laienbrüder), 3) angenommene Schüler, 4) weltliche Coadjutoren, 5) Novizen (Neulinge) und 6) Affiliirte (Jesuiten in kurzen Röcken). Die letzte Classe, die die Jesuiten von der kleinen Obervanz in sich faßt, wird in den Statuten der Gesellschaft nirgends ausdrücklich erwähnt. Diese theilen nur vier Classen oder richtiger vier verschiedene Ordensstufen der Gesellschaft Jesu. Nach ihnen begreift die Gesellschaft Jesu im weitesten Sinne „alle diejenigen, die unter dem Gehorsame des Generals leben“²¹⁾, auch die Novizen und diejenigen, die sich, die mit dem Vorsatze, in der Gesellschaft zu leben und zu sterben, in der Prüfung befinden, um in denselben zu einem der Grade, wovon die Rede sein wird, zugelassen zu werden; 2) in einem engeren Sinne besteht die Gesellschaft aus Professoren, weltlichen Coadjutoren und angenommenen Schülern; 3) in einem drittem und mehr eigentlichen Sinne umfaßt sie blos die Professoren, weltlichen Coadjutoren und 4) in einer vierten, der eigentlichen Bedeutung enthält sie blos die Professoren; nicht als wenn der Orden nicht aus noch anderen Gliedern bestände, sondern weil diese in der Gesellschaft die Vornehmsten sind, und Einige derselben bei der Wahl eines Generals ein actives und passives Stimmrecht haben²²⁾. „Nach was immer für einer dieser vier

¹⁹⁾ Wolf Bd. I. S. 145. v. Lang, Gesch. S. 38 fg. bes. 52 fg.

²⁰⁾ Cressenne a. a. D. S. 150.

²¹⁾ Daraus erhellt deutlich genug, daß, um zur Gesellschaft Jesu in die engerste Bedeutung zu gehören, nur das Gelübde des Gehorsams gegen den Oberen erforderlich ist, und also Jesuit in diesem Sinne ein Jeder sein kann, der sich zum Gehorsame verpflichtet will. Hierin steht sonach die Classe der Novizen der Jesuiten à coarte roba, da die Novizen durch „auch“ als eine neue Classe von Gliedern hinzugefügt werden.

²²⁾ Institut. soc. Jes. Vol. I. p. 402. (Constitut. P. V. declaratio I.)

Weisen Jemand", fügen die Constitutionen hinzu, „in der Gesellschaft sein mag, so ist er der Gemeinschaft der geistlichen Gnade fähig, welche der General in derselben nach der Befestigung des apostolischen Stuhles zur größeren Ehre Gottes verleihen kann. Welcher Gebrauch läßt sich nicht blos aus dieser einzigen Bestimmung machen, um dem Orden Glieder aus allen Städten, den Ländern und niederen, zuzuführen? Denn welcher Gläubige wäre so gottlos, daß er den reichen Gnadenschatz, den der Orden ihm gegen das Gelübde des an sich schon verdienstlichen Gehorsams anbieten ausschlagen und verschmerzen könnte?

Wer in den Orden aufgenommen werden will²³⁾, muß sich zwei Prüfungen unterwerfen, welchen noch eine vorläufige vorausgeht, die mehr oder weniger lange dauert. Denn es ist, wie die Constitutionen sagen, äußerst wichtig, daß man die Neulinge kennen und lange prüfe, ehe man sie in die Gesellschaft aufnimmt. Man betrachtet sie Anfangs nur als Gäste und zeigt ihnen so viel von der Einrichtung des Ordens, als nöthig ist, um in ihnen ein lebhaftes Verlangen nach demselben zu erwecken. Ist ihr Entschluß, in der Gesellschaft leben und sterben zu wollen, fest gefaßt, so werden sie, wenn noch kein Hinderniß obwaltet oder der General von einem solchen überzeugt hat, in ein besonderes Prüfungshaus geschickt, wo sie 12 bis 20 Tage sich aufhalten. Hier müssen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse prüfen lassen, ihre geheimsten Gedanken und Gesinnungen entdecken, dem General oder seinem Abgeordneten (dem Obern) alle ihre Sünden in der Jugend auf bekennen²⁴⁾ und wiederholt ihren Entschluß, in der Gesellschaft leben und sterben zu wollen, kund geben²⁵⁾. Die zweite Prüfung hat den Zweck, den Novizen von allen Seiten genau kennen zu lernen und vorzüglich ihm den Geist des blinden Gehorsams gegen die Befehle seiner Oberen gleichsam zur Natur zu machen, wie die verschiedenen Proben, die er bestehen muß, nur zu deutlich beweisen. Nach Ablauf der Prüfungszeit, oder, nach Gutbefinden der Vorgesetzten, auch früher, wird der Noviz zur Ablegung der Gelübde gelassen, welche ein Jahr an zwei hohen Festtagen vor dem Allerheiligsten und in Gegenwart einiger Väter aus der Gesellschaft und des ganzen, in der Kirche versammelten Volkes nach empfangenem Abendmahl erneuert werden müssen. Dieser Feierlichkeit ungeachtet sind diese Gelübde nur einsatz-

23) Instit. soc. Jes. Vol. I. pag. 340 sq. (exam. gen. c. 1. sq.) 33 (Const. P. I. c. 4 Wolf a. a. D. S. 147 sq.) — Die hier zu erwähnenden Prüfungen haben die blos zu Adjungirenden, zumal wenn sie bereits Kinder eines Jesuiten waren, natürlich nicht zu bestehen. Die Aufnahme selbst bei diesen obnein geheim bleiben (s. unten unter B.)

24) Das Sündenbekenntniß gewährt den tiefsten Blick in das Innere des Menschen und enthüllt am Besten die Reigungen und Gesinnungen desselben. Es war eine herrliche Controle darüber, ob der Neuling seine geheimsten Gedanken und Gesinnungen wirklich aufrichtig enthüllt habe.

25) Man sehe den besondern Abdruck.

wie die Constitutionen sagen ²⁶⁾, die verborgene Absicht (intentio) desjenigen, der sie ablegt, als desjenigen, der sie annimmt, nach päpstlichen Stuhle erhaltenen Erlaubniß dahin geht, sie als solche Gelübde weder zu thun, noch als solche anzunehmen. Der der Gelübde eines Novizen und auch eines Schülers ist folgender: „Allmächtiger, ewiger Gott! Ich N. N., obwohl deines göttlichen Reichthums unwürdig, jedoch im Vertrauen auf deine unendliche Barmherzigkeit und aus Antriebe, die zu dienen, gelobe, der allerbetheiligtesten Jungfrau Maria und vor dem ganzen himmlischen Hofstaate (curia) deiner göttlichen Majestät, Keuschheit, ewigen Gehorsam in der Gesellschaft Jesu, und verspreche, mich zu treten ²⁷⁾, um darin ganz nach dem Sinne der Constitutionen dieser Gesellschaft zu leben. Durch deine Güte und Huld und durch das Blut Jesu Christi bitte ich, dieses Opfer gefällig anzunehmen und mir deine reichliche Gnade, die du mir gegeben, dieses zu verlangen und wirklich zu thun, zur gänzlichen Erfüllung zu leihen.“ ²⁸⁾ Die Worte: „ganz nach dem Sinne der Constitutionen zu leben“, haben, wie die Constitutionen erläutern ²⁹⁾, die Bedeutung, daß derjenige, welcher diese schwört, es unter der stillschweigenden Bedingung thut, „wenn die Gesellschaft ihn behalten will.“ Er selbst verpflichtet sich zur ewigen Haltung der Gelübde; allein die Gesellschaft behält immer das Recht für sich, ihn auszustossen. Von dem Augenblicke der Ausstossung an hört dann auch die Verbindlichkeit auf, diese zu halten. Welches Spiel wird hier nicht mit dem feierlichsten Eide! Welchen Mißbrauch kann die Gesellschaft nicht von dieser Heiligkeit machen! Die Gelübde verbinden und verbinden nicht, wenn es der General für gut befindet ³⁰⁾. So lange über den Noviziaten die Gesellschaft nichts bestimmt hat, heißt er indifferent (indifferens) ³¹⁾.

Am vollendeten Prüfungszeit und abgelegten Gelübden steigt der in die Classe der a pprobirten Schüler (scholares a. scholastici) auf ³²⁾ und muß nun in den Collegien entweder sich selbst in den Wissenschaften unterrichten lassen, oder Andere in denselben unterrichten. Er weiß nicht, wozu ihn der Orden bestimmen werde, den General aus ihm machen kann, was er will ³³⁾; er kann ihn nämlich in dieser Classe lassen, ihn in der Eigenschaft eines welt-

Constit. soc. Jes. Vol. I. p. 406. (decl. Part. V. c. 4. §. 1.)
Dieses ist ein besonderes neben den übrigen bestehendes Statutum, s. Instit. Vol. II. p. 251. Nr. 16.

Constit. soc. Jes. I. c. (Constit. P. V. c. 4. §. 4.)

Constit. soc. Jes. I. c. (schol. P. V. c. 4. §. 3.)

Man sehe noch den folgenden Abdruck.

Constit. soc. Jes. Vol. I. p. 341. c. 1. §. 11.

Constit. soc. Jes. Vol. I. p. 79. 341 u. 403.

Constit. soc. Jes. Vol. I. p. 716. can. 11 ed. Corp. Instit. Vol. I. p. 1062.

lichen Coadjutoren (Laienbrüder) zu den niedrigsten Verrichtungen halten, oder ihn zum geistlichen Coadjutoren oder Professen von drei oder vier Gelübden befördern, da die Constitutionen hierüber gar keine bestimmende Vorschrift enthalten, und daher jede Beförderung lediglich dem Gutdünken des Generals abhängt.

Das Noviziat und die Aufnahme in die Classe der approbirten Schüler sind zwar der regelmäßige Weg zur (dritten) Classe der geistlichen Coadjutoren, allein nicht Bedingung zum Eintritt in dieselbe, so wie man auch Professe werden kann, ohne zuvor die genannten drei Classen durchgemacht zu haben. Der General kann approbirten Schüler zum geistlichen Coadjutoren oder sogleich zum Professen, so wie auch jeden Anderen, der dem Orden noch gar nicht angehört, zu dem einen oder anderen Grade befördern, wenn die Tathäfte des Mannes, die Umstände, überhaupt die Interessen der Gesellschaft räthlich machen. Neben den geistlichen Coadjutoren (*coadjutores spirituales*), welche Priester und wohlunterrichtet sein müssen, in der Gesellschaft in geistlichen Verrichtungen, im Beichtstuhle, an der Kanzel und im Lehramte dienen zu können, gibt es auch weltliche Coadjutoren (*coadjutores temporales*), welche eigentlich nur Laienbrüder, in Geschäften, die außer dem Berufe und der Würde des Priesterthums liegen, hinreichende Kenntnisse besitzen müssen³⁴). Die Gelübde der (geistlichen und weltlichen) Coadjutoren sind nur der Form nach von denen der Novizen und Schüler verschieden, indem sie nicht gerade an Gott, sondern an den General des Ordens oder dessen Repräsentanten gerichtet werden. Sie sind ebenfalls öffentliche, aber nicht feierliche Gelübde und derselben stillschweigenden Intention, wie jene, unterworfen, da der Orden sich auch hier gegen den Gelobenden nicht verbindet und sich vorbehält, ihn aus der Gesellschaft zu verstoßen³⁵).

Zwischen den Coadjutoren und den Professen von vier Gelübden gibt es noch eine Mittelclasse, welche die Professen von drei Gelübden in sich begreift, die nämlich dem Papste keinen besondern Gehorsam angeloben, sondern bloß die gewöhnlichen Gelübde, wie die Coadjutoren in derselben Weise, wie diese, ablegen. Nur sind die Gelübde bei den Professen nicht, wie bei den Coadjutoren, einfache, sondern feierliche, wie nicht bloß aus dem Gegensatze, sondern auch aus der Bulle des Papstes Julius III. (21. Sept. 1550) erhellt, in welcher der General auch Einige nicht bloß zu den einfachen, sondern zu den feierlichen Gelübden wegen der Andächtigkeit und Eigenschaft der Personen zulassen kann³⁶). Das Examen generale³⁷) bezieht

34) Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 354. (exam. generale c. 6. §. 1—3.)

35) Man sehe den besondern Abdruck.

36) Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 24. Vergl. auch p. 406. (Constit. Part. c. 4. decl. §. A.) Diese professi trium votor. sind in Wahrheit non professi. W. s. Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 710. (can. 13. congreg. IV.)

37) Cap. 1. decl. (Instit. soc. Jes. Vol. I. p. 342.)

aus auf diese Bulle, indem es bemerkt, daß nach derselben Professoren auch zur feierlichen Profession nur der drei Gelübde gehalten werden dürfen. Vor dieser Bulle gab es nämlich Professoren von vier Gelübden. „Diejenigen, welche,“ wie die Constitution lautet²⁸⁾, „zur Profession der drei feierlichen Gelübde zu werden, müssen regelmäßig (ordinarie) solche Kenntnisse in den Wissenschaften haben, welche zum Amte eines Bischöflichen Vizekanzlers, eines Professors (ordinarius) einige seltene Gaben Gottes erfordern, oder, dergleichen, die dieses ihren Abgang der zum Bischöflichen Vizekanzler wissenschaftlichen Bildung zu ersetzen schienen, so wie derjenige, oder der von ihm erwählte Stellvertreter dieselben Kenntnisse mit dem größten Gehorsam Gottes und das Beste der Gesellschaft zu erhalten hält.“

Die Bestimmung diese Professoren von drei Gelübden eigentlich Professoren zu machen, die Constitutionen des Ordens, die jedoch nicht vorschreiben, daß ihre Aufnahme der Gesellschaft von ganz allein abhängen sei. Denn wie hätte sonst der Papst veranlaßt sein können, dem Orden diese abweichende Profession besonders zu empfehlen? Der Umstand, daß diese Professoren nicht, wie die geistlichen Professoren und Professoren von vier Gelübden, Priester sein müssen (s. besonders Menetier²⁹⁾), die Vermuthung begründet, daß diese Professoren auch Laien seien, die mit dem Orden in nächster Verbindung stehen, ohne dem äußeren Anscheine nach für Jesuiten zu gelten. Es ist außer allem Zweifel, daß auch Weltleute aller Stände unter der Religion der Jesuiten sein können. Ausbreitung des Ordens, Hauptmittel, die Macht zu vermehren und die Zwecke zu erreichen. Die Constitutionen der Gesellschaft enthalten keine Angaben angeführt werden könnte; und wäre dieses auch der Fall, so wären die geheime Intention, die Maxime; der Zweck heilig, und die unbeschränkte Lösungsgewalt des Generals (s. besonders Menetier³⁰⁾). Im Gegentheile kommt in den Constitutionen alles vor, was auf auswärtige Jesuiten Bezug hat³¹⁾. Man kann daher behaupten, daß die Jesuiten von jeher eifrig bemüht waren, die Zahl der Ordensbrüder mit kurzen Wörtern unter zu bringen und in allen Ländern auf alle mögliche Weise zu vermehren. Die geringeren Stände als dienende Laienbrüder und die Professoren von drei Gelübden, waren den Vätern des Ordens willkommen, denn Niemand wußte besser, als die Jesuiten, daß der Werth einer der Welt unbekannten und darum

²⁸⁾ Constit. des. J. S. V. l. 1. p. 404. Constit. Part. V. cap. 2. de cl. 5. C.)
²⁹⁾ Menetier, des. J. S. V. l. 1. p. 157 u. 376 fg.
³⁰⁾ Ibid. l. 1. p. 157 fg.

³¹⁾ Man kann bei allen diesen Ordensbrüder ohne Profeß in die Gesellschaft

unangreifbaren Kriegerschaar zu schätzen, welche gleich einem unaffbaren Corps Sapeurs im Dunkeln Staat, Kirche und Schule unminiren und die Eroberung dieser Institute erleichtern, jedes weis Hinderniß beseitigen, aus jeder Verlegenheit, in welche die frome Väter im Eifer für die größere Ehre Gottes etwa gerathen mochten retten, die im Kampfe für das Heil der Seelen ermatteten Väter ihrer Mitte laben und im Falle einer Verfolgung auch verbergen und ihnen durchhelfen konnte. Sie wußten nur zu gut, daß durch jede neue Aufnahme ein möglicher Feind für immer entwarf und ein wirklicher Freund und Gehülfe für immer gewonnen; daß selbst Nullen, hinter Zahlen gereiht, bedeutsame Realitäten werden, und daß ihr Institut seine unsichtbare Grundmauer in Welt einsenken muß, wenn es als eine feste Burg bestehen und in Stürmen zu trogen vermögen soll. Denn ist dieses Letztere geschehen, dann mag auch der sichtbare äußere Bau eingerissen werden: unsichtbaren Grundfesten bleiben dennoch in ihrer Kraft stehen und gewähren in ihren unterirdischen Hallen Zuflucht- und Versammlungsorte, wo man den Wiederaufbau bereben und beginnen kann. Durch ein solches mit Eifer und Erfolg betriebenes Recrutirungssystem, wornach jeder Missionär, jeder Beichtiger, jeder Prediger und Letzter als ein Werbofficer in seinem Wirkungskreise thätig war, wird begreiflich, daß die Jesuiten sich in so kurzer Zeit über die ganze Welt verbreiten, so ungeheure Reichthümer zusammenbringen, sich all Klagen, die sie überall veranlaßten, allem Hochmuth, den sie bei der Gelegenheit zeigten, und allen Schandthaten, die sie allmählich verübten, zum Troste so lange halten, und selbst nach der Auflösung des Ordens verborgen fortbestehen und in unserer Zeit sich wieder mächtig erheben konnten.

Die letzte und höchste Classe des Ordens, die Säulen und Fundamente der ganzen Gesellschaft⁴²⁾, die Knochen und Nerven des ganzen Körpers⁴³⁾, bilden die Professoren von vier Gelübden. Sie haben in allen Versammlungen Stimm- und actives wie passives Wahlrecht; sie allein wählen das Oberhaupt der Gesellschaft aus der Mitte, bekleiden die höchsten Aemter und Würden im Orden und sind in die tiefsten Geheimnisse der Gesellschaft eingeweiht⁴⁴⁾. So schwer und schwer sind daher auch die Prüfungen, durch welche man zu hohem Berufe gelangt. Außer den gewöhnlichen mehrjährigen Uebungen in allen Pflichten und Regeln des Ordens verlangen die Constituten⁴⁵⁾ noch eine vollständige Selbstverleugnung, jugendliche Rüstung, gründliches Studium der Theologie, welches jedoch auch andere Eigenschaften ersetzen können, und Priesterstand. Die Beurtheilung

42) Suarez, de relig. soc. Jes. Lib. VIII. c. 2. §. 7.

43) Sacchini, histor. soc. Jes. (Antwerp., 1620) Pars II. Lib. I. N. 2.

44) Marion, édit d'expulsion des Jésuites du 3. Sept. 1759. p. 1.

45) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 403 sq. (Const. Part. V. c. 2. et 3. p. 423 fg. (Const. P. VIII. c. 1.) u. p. 446 (Const. P. X. §. 7.) .

Zeit und Würdigkeit zum Grade eines Professors gebührt ausschließlich dem General, welcher dabei lediglich die größere Ehre Gottes, was natürlich davon unzertrennlichen Vortheil der Gesellschaft zu schätzen hat. Ihm allein steht die Befugniß zu, einen Gefellens zur Profession zuzulassen, und nur in seltenen Fällen kann ein Provinzial dieselbe ausüben. Die Zahl der Professoren soll nur gering sein. Der General kann die Profession auch Hände eines jeden anderen Gliedes der Gesellschaft, welches auch Priester ist, ablegen lassen — was bei solchen zu geschehen pflegt, sich mit dem Orden verbinden, ohne die Welt, die Würden und bisherige Stand zu verlassen, und die sonach nicht als Jesuiten bekannt werden sollen.

Die Gelobungsformel⁴⁶⁾ für diese Profession weicht von denen, welche für die Professoren von drei Gelübden vorgeschrieben sind, Wesentlichen nicht ab; nur kommt noch das vierte Gelübde, „überdies verspreche ich dem Papste besonderen Gehorsam in Allem auf die Missionen,“ hinzu⁴⁷⁾. Nach den apostolischen Briefen ist zwar dieser besondere Gehorsam auf Alles erstreckt, was der Papst befiehlt; die Erklärung der Constitutionen⁴⁸⁾ bemerkt aber, die ganze Intention dieses vierten Gelübdes nur auf die Missionen gerichtet sei. Allein die frommen Väter waren noch nicht zu dem unbeschränkten Gehorsam durch diese Intention in einen andern verwandelt zu haben, sondern sie fanden es der größeren Ehre noch angemessener, auch diesen beschränkten Gehorsam zu leisten. — Der Papst kann nämlich zwar Jesuiten, jedoch nur von vier Gelübden, weil nur diese sich hierzu durch das vierte Gelübde verbindlich machen, zu Missionsgeschäften gebrauchen; der General hat nach den Constitutionen das Recht, die Missionen selbst diejenigen, welche der Papst gesendet hat, nicht ausgenommen, zu jeder Zeit wieder zurückzurufen, ohne diesem Rechenchaft zu schuldig zu sein⁴⁹⁾. Man sieht hieraus, daß der Gehorsam dem päpstlichen Stuhl nicht wohl das Wesen des vierten Gelübdes sein könne, sondern daß die Bestimmung der Professoren von vier Gelübden auch eine andere Intention haben müsse, als bloß Ungehorsam zu befehlen!

Ein Jesuit kann ohne Bewilligung des Generals aus dem Orden nicht treten, wenn er nicht Cöthhäuser werden will. Verläßt er ohne Bewilligung die Gesellschaft, so hat diese das Recht, ihn selbst durch die weltlichen Behörden verfolgen, ihn durch Spione aufzuspüren zu lassen, ihn in's

⁴⁶⁾ Hist. soc. Jes. Vol. I. p. 404. (Const. P. V. c. 3. §. 2.)

⁴⁷⁾ Hist. soc. Jes. I. c. (§. 3.)

⁴⁸⁾ Hist. soc. Jes. Vol. I. p. 405. (declar. §. C.)

⁴⁹⁾ Hist. soc. Jes. Vol. I. p. 437 u. 439. (Const. P. IX. c. 3. §. 6.)

⁵⁰⁾ Hist. §. G.) Es beruht dieses auf einer Bulle von Paul III. von 1549, s. Vol. I. p. 14.

Gefängnis zu werfen und als Apostaten und Ercommunicirten nach Rom und zur Erbauung der übrigen Glieder zu bestrafen⁵⁰). Dagegen hat die Gesellschaft das Recht, jedes Glied, selbst Professen von vier Gelübden, in gewissen Fällen sogar den General aus dem Orden auszustossen — was jedoch bei Personen, welche am Engsten an dieselbe gebunden sind, nur höchst selten geschehen kann⁵¹). Gleichwohl behält die Gesellschaft das Recht, den Ausgestossenen zu jeder Zeit wieder in ihre Mitte aufzunehmen, so daß ein solcher sein ganzes Leben hindurch von derselben abhängig bleibt, wenn er auch nicht wieder recipiert werden sollte. Da die Jesuiten keine eigentlichen Strafgesetze hatten, in welchen die Ursachen angegeben wären, aus denen die Ausweisung Statt nehmen kann, so waltete hier bloße Willkür. Die Constitutionen⁵²) enthalten auch gewisse geheime Beweggründe, Jemanden aus dem Orden zu entlassen, ohne daß ein sündhaftes Vergehen vorliegt; in welchem Falle die Ausweisung (ohne Angabe des Grundes, dessen Offenbarung Anderen leicht Entrüstung [perturbatio] veranlassen könnte) unter irgend einem Vorwande, z. B. daß der Ausgewiesene bei den Prüfungen wegen Verschiedenheit, geheim erfolgen soll. Bei diesen geheimen Ausweisungen oder richtiger Entlassungen war wohl meistens die Politik im Spiele. Es galt in solchen Fällen wohl in der Regel ein Vortheil des Ordens, z. B. die Erwerbung einer Erbschaft, die Entlassungen des Pater Grebert und des Grafen Zani⁵³) beweisen die Uebernahme eines wichtigen kirchlichen oder weltlichen Amtes, die Ausführung irgend eines Planes, die Einpflanzung, Pflege und Ausbildung des Jesuitismus in protestantischen Ländern u. s. w. Sind diese Entlassungen oder vielmehr Entsendungen ein unabweisbares Geheimniß der Gesellschaft; daß sie aber zu allen Zeiten stattfanden und zu jedem Zwecke gebraucht werden durften, dafür ist der bekannte Grundsatz: der Zweck heiligt die Mittel, und bürden viele Thatfachen der Geschichte, die sich nur als Folgen geheimen Handelns verborgener Jesuiten erklären lassen. Es steht fast zu vermuten, daß bei dem vierten Gelübde der Professen die Intention auch, ja vorzugsweise auf solche geheime „Missionen“ gerichtet sei, zu welchen eben ganz ausgezeichnete Gewandtheit, Verschämtheit, Schlaueit, Veredlung- und Ueberredungsgabe, innere Charakterfestigkeit verbunden mit äußerer Fügbarkeit, Geschmeidigkeit und Beweglichkeit, Muth, Ausdauer und erprobte Treue und Anhänglichkeit erforderlich sind. Nur eine solche Intention macht die Vorsicht

50) Bulle des Papstes Pius V. vom 15. Jan. 1565 in Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 34 sq. Vergl. auch p. 594 sq. (decr. 22. congreg. VII. in Wolff, Bd. I. S. 170 fg. Nach Suarez — ihn zum Hungertode verurtheilen. S. v. Lang, Gesch. S. 71.

51) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 365 und 369. (Const. P. II. c. 1. §. u. decl. c. 2. §. A.) und p. 440. (Const. P. IX. c. 4. §. 7.)

52) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 368. (Const. P. II. c. 3. declar. §. 1.)

53) Wolff, Bd. I. S. 177 fg.

Samkeit begreiflich, womit man bei der Zulassung zur Profession eine Weihe zu Werke ging.

2. Regierungsform und Verfassung⁵¹⁾. Die Gesellschaft Jesu oder der Jesuitenstaat ist eine Wahlmonarchie⁵²⁾, oder vielmehr eine Wahl-despotie. Die Gesellschaft ist nämlich von einem gewählten General (praepositus generalis) unbeschränkt regiert, da alle seine Unterthanen (sui⁵³⁾ a. subditi⁵⁴⁾ ihm zum unbedingten Gehorsam verpflichtet sind. Je höher ein solcher Gehorsam ist, desto mehr gab man sich Mühe, ihn zu rechtfertigen. So gibt schon Ignaz in einem Schreiben an die Gesellschafter in Portugal von der Tugend des Gehorsams⁵⁵⁾ drei Mittel an, diese Tugend zu erleichtern; erstens: Gehorchende den Befehlenden nicht als einen schwachen gewöhnlichen Menschen, sondern als Christus selbst, der die ewige Wahrheit und Güte sei, betrachten; er soll zweitens gegen alle Befehle des Oberen nicht den geringsten Abscheu, sondern einen heftigen Widerstand empfinden (Jesuiten können also beliebige Unterdrückungen unterdrücken und hervorgerufen), und drittens sich selbst einreden (d. i. sophistisch belügen), daß alle Befehle des Oberen unbedingte Befehle Gottes seien — ein Rath übrigens, den man auch den Staatsunterthanen unaufhörlich ertheilt. Der Papst Julius II.⁵⁶⁾ erdte den Unterthanen des jesuitischen Reiches geradezu auf, „da ihm (dem General) Christus anerkennen und gebührend danken sollen.“ Der General wird überhaupt als Stellvertreter Christi⁵⁷⁾ und Gottes⁵⁸⁾ dargestellt. Der jesuitische Unterthan soll daher „überreden, daß er sich von der göttlichen Vorsehung seiner Oberen tragen und leiten lassen müsse, als wenn er ein Kind wäre, der sich überall hintreiben und auf jede beliebige Weise behandeln läßt, oder ähnlich dem Stocke eines Greises, welchen man in der Hand hält, überall und in jeder Weise zu welcher er denselben gebrauchen will, dient.“ — „Er soll in

⁵¹⁾ Vgl. Wolf, Gesch. Bd. I. S. 177 sq. v. Lang, Gesch. S. 61 sq. *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 101 sq. (Bull. Gregorii XIV. a. 1590): „... rationem gubernandi — monarchicam esse decrevit.“ *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 14. (Bull. Pauli III. a. 1549): „P. generalis quinque locorum mittere etc. — valeat.“ *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 23. (Bull. Julii III. a. 1550): „Sin- gulis subditorum etc.“ Auch heißen sie Wolf (gens), i. Vol. I. p. 101. P. VIII. c. 1. §. B.)

⁵²⁾ Wolf, Bd. I. S. 133 sq. Der Brief ist abgedruckt in *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 161 sq. u. in *Regulae soc. Jesu* (Lugd., 1606.) p. 363 sq.

⁵³⁾ In der Bulle von 1550: „In illo Christum velut praesentem agnoscere et quantum decet, venerantur.“ *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 23.

⁵⁴⁾ „Qui Christi vicem gerit.“ *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 406. (Const. I. c. 4. §. 5.) „Quem Christi loco habet.“ *Inst.* Vol. II. p. 52. §. 2.

⁵⁵⁾ „Locum Dei tenenti.“ *Inst. soc. Jes.* I. c. p. 404. und 405. (Const. I. c. 4. §. 2. u. 6.)

Allem, worauf sich der Gehorsam erstrecken kann, auf seine (des Generals) Stimme, als wenn sie von Christus selbst käme, auf das Bereitwilligste hören.“ „Der Gehorsam soll in Bezug auf die Vollziehung, auf den Willen und auf die Einsicht (so daß der Wille und die Einsicht — die Meinung von dem, was zu vollziehen ist, zwischen dem Befehlenden und Gehorchenden übereinstimmen) ganz vollkommen sein; so daß man mit großer Schnelligkeit und geistlicher Freude vollziehe, aus immer befohlen worden sein mag; daß man sich überrede, Alles sei gerecht, und daß man jede widerstreitende eigene Meinung und jedes widerstreitende eigene Urtheil durch einen gewissen blinden Gehorsam (*caeca quaedam obedientia*) verleugne⁶²⁾.“ Dieser blinde Gehorsam erstreckt sich sogar auf gleichgültige Dinge, und soll nicht bloß auf ausdrücklichen Befehl, sondern auf jeden Wink des Oberen, als käme er von Christus, geleistet werden⁶³⁾. — Es bedarf wohl nicht mehr als dieser urkundlichen Belege, um sich zu überzeugen, daß die Herrschaft in der Gesellschaft Jesu die absolute Despotie sei. Die Ordensglieder sind ihrem Gebieter mit Leib und Seele unterworfen, indem nach den mystisch-religiösen Vorstellungen die vollendetste Demuth eben darin besteht, daß man sein Menschenthum dem Orden zum Opfer bringt, seine Selbstzwecke in den Zwecken des Ordens auf- oder untergehen läßt und sich als ein blindes Werkzeug dem Willen des Oberen hingibt. Je mehr es gelingt, die Persönlichkeit durch unbedingte Hingebung abzustreifen, desto höher steigt die Vollkommenheit, desto größer ist das Verdienst. Der unbedingte Gehorsam wird also hier durch die Religion geheiligt⁶⁴⁾, weil er nach der Religionsvorstellung theils nicht einem Menschen, sondern Gott selbst geleistet wird, und theils in dem vollendetsten Siege über sich selbst, über Stolz, Eitelkeit und Eigenwilligkeit, kurz in dem Triumphe der höchsten Demuth besteht. Darum kann auch nur eine auf Religion gegründete Despotie diesen Grad der Absolutheit erreichen. Denn die despotische Gewalt kündigt sich hier nicht als menschlicher Zwang, sondern als Wille Gottes an, und die Knechtschaft erscheint nicht als eine erzwungene, sondern als eine freiwillige, als der vollendetste Triumph der geistigen Freiheit über die sündhafte Natur, und deshalb nicht als Erniedrigung oder Schande, sondern als geistige Erhebung, als die höchste Ehre vor Gott; und außer dem besonderen göttlichen Wohlgefallen hienieden winkt als unvergänglicher Lohn für die Knechtschaft Gottes ein Sitz im Chöre der Heiligen jenseits. Eine solche Selbstvernichtung bahnt also zugleich den Weg zum römisch-christlichen Heroenthum, zur Würde eines H

62) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 407 sq. (Const. P. VI. c. 1. §. 1.)

63) Instit. soc. Jes. I. c.

64) „Sancta obedientia,“ Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 407. (Const. P. VI. c. 1. §. 1.)

und vor dem Heiligen stehen nicht nur alle Rechtgläubigen auf ihren Knien um Günst und Protection, sondern er wirkt als ein besonderer Liebling des himmlischen Herrschers, der sich zu den Witten desselben herabneigt, für alle Zeiten auf Erhaltung der Weltbegebenheiten ein; er ist gleichsam als ein Himmelsfürst eine Theilnahme an der Weltregierung auszuüben. Was könnte auch die Welt mit ihren Gütern gegen die Verbrüderung einer solch' himmlischen Herrlichkeit bieten? Der Ruhm, den dieser unbedingte Gehorsam in Aussicht stellt, ist demnach das Höchste, wozu ein Sterblicher anstreben kann. Denn die Würde eines Heiligen verleiht selbst ihm Unsterblichkeit und einen Glanz, der alle Herrlichkeit menschlicher Größe weit übertrifft. Vor dem Heiligen auf dem Altare, vor den Reliquien (Reliquien) sogar, erscheint ja auch der mächtigste Herrscher nur als ein demüthiger Supplicand. Auch ist dieser Unbedingte Gehorsam, wie ihn der Orden vorschreibt, und diese Einheit von Macht und des Willens in der Person des Generals nur eine Abbild der Verfassung des Himmelreiches, wie solches die römisch-katholische Kirche darstellt. Und gab endlich nicht Christus das erste Beispiel der vollendetsten Demuth und des unbedingten Gehorsams gegen seinen Vater? Christ! wahrer Nachfolger ist nur, wer sich in gleicher Weise demüthig und gehorsam gegen die Oberhaupt, das er seiner Kirche gesetzt hat, und das sich ja selbst nur den Knecht der Knechte Gottes⁶⁵⁾ nennt, so wie gegen die Oberhäupter, welche dieses Oberhaupt kraft göttlicher Ermächtigung als Mitregenten der Kirche angeordnet und als sichtbare Organe des göttlichen Willens anerkannt hat. So hängt die Regierungsform der Gesellschaft Jesu genau mit dem Systeme der römisch-katholischen Kirche zusammen, ja erscheint sie nur als eine Manifestation, als eine praktisch-praktische Ausprägung dieses letzteren. Hieraus läßt es sich leicht erklären, warum der Zubrang zu diesem Orden so groß war, und gerade die fähigsten Köpfe und die fruchtigsten Männer am meisten angezogen wurden. Denn die Glieder des Ordens waren nicht wie gewöhnliche Mönche, zur einsörmigen klösterlichen Andacht und zur unthätigen Zurückgezogenheit in einsamen Klosterzellen verurtheilt, sondern zu einem thätigen, gleichsam kriegerischen Leben berufen⁶⁶⁾. Sie wurden als die erste, wichtigste und darum privilegierteste Legion des römisch-katholischen Kriegsheeres der streitenden Kirche von Gott⁶⁷⁾ angesehen. Wahrlich eine solche Laufbahn mußte für fanatische Frömmlichkeit und für den Ehrgeiz gleich anlockend sein!

65) Der Papst nennt sich bekanntlich „servus servorum Dei.“

66) „Quicumque vult sub crucis vexillo Deo militare,“ Inst. soc. Jes. I. p. 22.

67) „Soc. Jes., quam divina providentia excitavit,“ Inst. soc. Jes. I. p. 101.

Der General wird von der allgemeinen Versammlung (congregatio generalis) durch absolute Stimmenmehrheit auf Lebenszeit gewählt⁶⁸). Er kann nur wegen bestimmter Vergehungen von der Gesellschaft abgesetzt werden, wenn er es nicht vorzieht, freiwillig seine Würde niederzulegen⁶⁹). Wenn er wegen Schwäche außer Stande ist, selbst zu regieren, so kann er sich einen Generalvicar wählen, was er auch vor seinem Tode thun soll. Sonst geschieht die Wahl durch die Assistenten und die andern Professoren, wozu wenigstens sieben Mitglieder erforderlich sind, deren Zahl aber vierzig nicht übersteigen darf.

Der General übt jene Gewalt über die Gesellschaft aus, „welche zu einer guten Verwaltung, Zucht (correctio) und Regierung derselben nöthig ist⁷¹)“. Er hat die befehlende und anordnende Gewalt⁷²), die vollständige Leitung der Collegien und der Studirenden⁷³), die ganze Verwaltung und Jurisdiction über Alle⁷⁴), das unbeschränkte Missionsrecht⁷⁵) und eine eben so unbeschränkte Substitutionsgewalt in Bezug auf die Ausübung seiner Rechte⁷⁶). Er befördert zu allen Graden und vertheilt alle Aemter⁷⁷); er kann nach Belieben Professoren und Coadjutoren machen⁷⁸), die Schüler vor dem vierzehnten Jahre zum Noviziate zulassen⁷⁹), Jeden aus den Orden austreten, wie die Gesellschaft selbst⁸⁰) Regeln abfassen⁸¹), den Congregationen (Brüderschaften) beliebig Indulgenzen verleihen⁸²), jedem Mitgliede erlauben, in einen andern Orden überzugehen⁸³), zu dispensiren u. dgl.⁸⁴). Ueberhaupt ist seine Gewalt ohne Grenzen⁸⁵). Kein Vertrag ist ohne seine Zustimmung gültig⁸⁶). Er verwaltet die Einkünfte und das Vermögen der Häuser und Collegien ganz nach freiem Ermessen; bloß in der Veräußerung bereits errichteter Häuser und Collegien ist er an die Zustimmung der Generalversammlung gebunden⁸⁷), ohne deren Consens er auch an den Constitutionen des Ordens nichts verändern darf⁸⁸). Er hat die Macht, Vermächtnissen, welche an Collegien oder Häuser gemacht werden, zu

68) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 305. (comp. privil. sub Generalis) u. p. 427 sq. (Const. P. VIII. c. 2 sq. u. P. IX sq.) Man sehe den besondern Abdruck.

69) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 439. (Const. P. IX. c. 4.) Seine gewöhnliche Residenz ist in Rom, Inst. I. c. p. 113.

70) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 151. 429. (Const. P. VIII. c. 4.) 481. (decr. 50. cong. II.) u. 576. (decr. 27. §. 1. congr. VI.) Vol. II. p. 45. u.

71) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 23. (Bulle v. Julius III. v. 1550.)

72) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 6. u. 22. 73) Inst. I. c. p. 7.

74) Inst. I. c. p. 14. 75) Inst. I. c. 76) Inst. I. c. p. 19. u. 51.

77) Inst. I. c. p. 102. 78) Inst. I. c. p. 103. 79) Inst. I. c. p. 265.

80) Inst. I. c. p. 103. 81) Inst. I. c. p. 482. (decr. 143. congr. II.)

82) Inst. I. c. p. 90. 93. 97. 241. 243. sq. u. 255.

83) Inst. I. c. p. 15. 35. 73. u. 167.

84) Inst. I. c. p. 290. (comp. privil. sub dispensatio).

85) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 436. (Const. P. IX. c. 3. §. 1.)

86) Inst. soc. Jes. I. c. p. 38.

87) Inst. I. c. p. 268. (comp. privil. sub alienatio).

88) Inst. I. c. p. 22.

andere Bestimmung zu geben, wenn diese gleich dem Sinne des Gesetzes entgegen ist. Nur soll er hierbei klug und vorsichtig verfahren, indem er nur diejenigen, welche die Vermächtnisse zu bezahlen haben, zu Zwang zu verurtheilen ⁹⁰⁾.

Der Jesuitenstaat, welcher, wie die römisch-katholische Kirche ⁹⁰⁾, die ganze Erde umfaßt, zerfällt in Assistenzen, wovon jede wieder in Provinzen in sich begreift. In den Provinzen befinden sich Collegien, Häuser, Prüfungs- (Noviziat-) Häuser, Missionen und Convicte, Residenzen und in vielen auch Schulen.

Eine Assistenz (assistentia) umfaßt die Provinzen eines oder mehrerer Länder. Es gab Anfangs vier: 1) Indien, 2) Spanien und Portugal, 3) Deutschland und Frankreich und 4) Italien und Sicilien ⁹¹⁾; später, indem Frankreich zu einer besonderen Assistenz wurde ⁹²⁾, und noch sechs, indem man Polen und Lithauen in eine besondere Assistenz umschuf ⁹³⁾. Jeder Assistenz steht ein von der Generalversammlung gewählter Assistent (assistent) vor; die Assistenten haben jedoch keine Mittelgewalt zwischen dem General und den Provinzen, sondern sie sind bloß die Gehülften und Contros des Generals, gleichsam seine Minister und Räte. Der General kann jedoch, was er aber nicht leicht thun soll, und sie, wenn sie nicht aufführen, von ihrem Amte suspendiren, jedoch nicht die Bestimmung der Gesellschaft absehen, selbst wenn sie erkrankt

oder eigentlichen Regierungsbezirke des Staates der Gesellschaft sind die Provinzen (provinciae), deren Einrichtung dem General anheim steht, daß er auch neue anordnen kann, wobei er jedoch die Assistenten, unter welche die Sorge über die Provinzen zu vertheilen, zu Rathe ziehen soll ⁹⁴⁾. Sie umfassen ganze, und Theile von Ländern. Zu welcher Provinz ein Jesuit gehöre, entscheidet nicht der Geburtsort, sondern der Ort, in welchem er zur Gesellschaft aufgenommen wurde. Man theilt sie in europäische und außereuropäische ⁹⁵⁾.

In jeder Provinz steht ein Provinzial (praepositus provinciae) vor, welchen der General regelmäßig auf drei Jahre ernannt.

⁹⁰⁾ Inst. I. c. p. 283. (comp. privil. sub commutatio.)

⁹¹⁾ Bergl. vory, cap. I. Extr. comm. de majorit. et obed. (I. 8.)

⁹²⁾ Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 443. (Const. P. IX. c. 6. §. 10. sq. de decr. 3. congreg. I.)

⁹³⁾ Inst. I. c. p. 506. (decr. 1. congr. VI.)

⁹⁴⁾ Inst. I. c. p. 692. (decr. 10. congr. XVIII.) S. den bes. Abdr.

⁹⁵⁾ Inst. I. c. p. 443. (Const. P. IX. c. 6. §. 10.) p. 477. (decr. 108.)

⁹⁶⁾ I. u. p. 495. (decr. 36. congr. II.)

⁹⁷⁾ Inst. I. c. p. 653. (decr. 20. congr. XII.) p. 674. (decr. 21.)

⁹⁸⁾ XIV. u. Vol. II. p. 37 sq.

Dieser kann jedoch die Dauer des Amtes verlängern und verkürzen. In den entfernten Provinzen können die Glieder der Gesellschaft die Stelle des verstorbenen Provinzials einen Anderen auf so wählen, als nicht der General Einen sendet⁹⁷). Die Provinzen sollen ausgezeichnete Männer (*virī selecti*), von erprobter Treue mit solchen Eigenschaften begabt sein, welche denen des Generals hältnismäßig gleich kommen⁹⁸). Ihre Gewalt geht von dem General aus, welcher sie auch beschränken kann, wiewohl es für zweck gehalten wird, ihnen eine ausgedehnte Macht einzuräumen⁹⁹). Sie sind verpflichtet, ihre Provinz und ihre Untergebenen auf Befehl des Generals entweder selbst oder durch einen Anderen jährlich zu visitiren¹⁰⁰); über den Zustand der Provinz, so wie über alle wichtigen Angelegenheiten häufig an den General zu berichten, nach dessen Schrift sie sich in Allem folgsam zu richten haben¹); von den Oberen über Alles sich berichten zu lassen und ihnen die nöthigen Erlaubnisse zu ertheilen²); eine sorgsame Aufsicht über die gesellschaftlichen Studienanstalten, deren Lehrer und Schüler zu führen, namenlos neuerungsfüchtige Lehrer zu entfernen³); über die Büchercensur, besonders darüber zu wachen, daß keine Schrift ohne Wissen und Erlaubnis des Generals gedruckt werde⁴); die Verwaltung der weltlichen Angelegenheiten gehörig zu besorgen⁵) und die Provinzialversammlungen, bei welchen sie zwei Stimmen haben, anzukündigen und zu leiten⁶). Dem Provinzial steht ein Gehülfe (*socius provincialis*) zur Seite⁷).

In den Provinzen bestehen als Anstalten der Gesellschaft zum Theil die Professhäuser (*domus professae* s. *professorum*) und die Probirhäuser (*domus probationis*). Die ersteren können Einkünfte haben, noch unbewegliche Güter in Gemeinschaft besitzen

96) *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 437. (*Const. P. IX. c. 3. §. 14.*) p. 440. (*ibid. cap. 5. §. 1.*) Papst Clemens VIII. verbot die Verlängerung der dreijährigen Amtsführung, *Inst. l. c. p. 562.* (*decr. congr. V.*) p. 666. (*decr. 17. congreg. XIII.*) 97) *Inst. l. c. p. 19.*

98) *Inst. l. c. p. 442. 443. u. 445.* (*Const. P. IX. c. 6. §. 2. §. 6. u. §. 7.*)

99) *Inst. l. c. p. 363.* (*Const. P. II. c. 1. §. 2.*) p. 424. (*Const. P. I. c. 1. §. 6.*) p. 437. u. 438. (*Const. P. IX. c. 3. §. 4. u. 15.*)

100) *Inst. l. c. p. 426.* (*Const. P. VIII. c. 1. §. F.*) p. 478. (*decr. congr. I.*) Vol. II. p. 88.

1) *Inst. Vol. I. p. 423.* (*Const. P. VIII. c. 1. §. 4.*) p. 443. u. 444. (*Const. P. IX. c. 6. §. 6. u. §. A.*) p. 447. (*Const. P. X. §. 9.*) Vol. I. p. 86. u. 126. §. 11.

2) *Inst. Vol. I. p. 442.* (*Const. P. IX. c. 6. §. 2.*)

3) *Inst. l. c. p. 620.* (*decr. 38. congreg. VIII.*) p. 635. (*decr. congr. XVI.*) Vol. II. p. 82. u. 177.

4) *Inst. soc. Jes. Vol. II. p. 63.* 5) *Inst. l. c. p. 340 sq.*

6) *Inst. Vol. I. p. 429.* (*Const. P. VIII. c. 5. §. 3.*) Vol. II. p. 118 sq.

7) *Inst. Vol. II. p. 118 sq.* 8) *Inst. Vol. I. p. 410.* (*Const. P. V. c. 2. §. B.*) p. 704. (*can. congr. II.*)

den vorzüglich in großen Städten errichtet worden⁹⁾. Sie sind Eignung der Professoren von vier Gelübden bestimmt, welche nicht die Wissenschaften zu lernen, sondern anzuwenden haben¹⁰⁾, und die Gesellschaft im engsten Sinne bilden. Die Prüfungshäuser dagegen sind dotirt und für die Prüfungen und Aufenthalt der Novizen, Schüler und der Väter, die noch die Prüfung zu bestehen haben, bestimmt. In jeder Provinz soll wenigstens ein solches Haus bestehen¹¹⁾. Sodann kommen in den Provinzen noch vor die Unterrichtsanstalten: die Collegien, Seminarien und Convicte. Die gleichfalls dotirten Collegien umfassen sowohl die gelehrten Schulen (*gymnasium, classicae scholae inferiores*) als die Facultätswissenschaften (*studia facultatis*) in drei Abtheilungen (*facultas linguarum, artium et theologiae*). Die Gymnasialstudien zerfallen in drei Abtheilungen: 1) Grammatik in drei Classen (*classis infima, media et superior*), 2) Humanitätsstudium, welches nur eine Fortsetzung des Studiums der lateinischen und griechischen Sprache ist und für diejenigen, welche die Grammatik verlassen haben, „gleichsam den Boden bereiten soll,“ und 3) die Rhetorik, welche die Redekunst (*facultas oratoria et poetica*) behandelt. Für jede Classe der Grammatik, so wie für das Humanitätsstudium und die Rhetorik, ein eigener Professor bestellt. Stunden, Gegenstände, Lehrbücher und von der Gesellschaft ebrirt, von den Schülern gereinigte Ausgaben der Classiker (*editiones castigatae*), Vorträge, Prüfungen und Erholungen sind genau vorgeordnet. Einen großen Theil der Zeit nehmen Gebete, der Religionsunterricht, geistliche Lectüre, Kirchenbesuch, Brüche u. s. w. in Anspruch. Geographie und Geschichte wird nach jesuitischen Lehrbüchern gelehrt und betrieben. Der Unterricht wie das Lernen geschieht mechanisch; das Studium ist Gedächtnissache, indem die Kenntnisse von außen her eingebracht, nicht aber von innen angeregt und durch Selbstthätigkeit geistigen Anschauung und so zur Erkenntnis — zur Wissenschaft — werden. Das Betragen, wie die Andacht der Schüler ist nach bestimmten eingeübten, gleichsam militärischen Formen, so dass der innere Mensch ganz unbeachtet bleibt und sich gar nicht zeigen darf, weil unbedingter Gehorsam und unbedingtes Führen der vortragenden Lehrer (eigentlich Regeln) verlangt wird. Die Schüler werden mit einem Worte nur dressirt, nicht erzieht. Die Facultätstudien umfassen: 1) Mathematik, 2) Moralphilosophie nach Aristoteles, 3) Philosophische Wissenschaften s. artes s. scientiae naturales nach Aristoteles, als Naturphilosophie und Metaphysik mit Disputationen, 4) Casui-

⁹⁾ Inst. I. c. p. 511. (decr. 17. congr. III.)

¹⁰⁾ Inst. I. c. p. 374. (Const. P. III. c. 1. §. 27.) u. 341. (exam. c. 1. §. 5.)

¹¹⁾ Inst. Vol. I. p. 490. (decr. 14. congr. II.) u. 702. (can. 1.) u. p. 113. u. 117.

stik (*casus conscientiae*), 5) scholastische Theologie, 6) hebräische Sprache und 7) die heilige Schrift. Was oben von Gymnasialstudien gesagt wurde, gilt seinem ganzen Umfange nach von diesen akademischen Lehrkursen. Zu befolgende Grundsätze Meinungen, Stunden, Lehrurse u. s. w. sind genau vorgeschrieben. Von einer Wissenschaft im wahren Sinne des Wortes kann keine Rede sein. Die Professoren dürfen keine eigene Meinung, Ansicht haben, weil dieses gegen die nothwendige Uniformität der und somit gegen den unbedingten Gehorsam verstoßen würde, eben so wenig würde ein Zuhörer eine eigene Meinung äußern dürfen. Die besonderen Übungsschulen heißen *academiae*, sie mögen Grammatik, Rhetorik, oder eine andere Disciplin zum Gegenstande haben. Vermöge päpstlicher Privilegien dürfen die Lehrer der Gesellschaft auch an solchen Orten, wo Universitäten sind, in ihren Collegien wohl über *litteras humaniores* als *artes liberales* und Theologie öffentliche Vorlesungen halten; nur sollen diese Vormittags und Nachmittags in zwei Stunden oder auch einer nicht mit den Universitätsvorlesungen collidiren, in so fern die Universität die Vermeidung d. solchen Collision verlangt¹²⁾. Eben so können ihre Gymnasien auswärtigen Schülern besucht werden. Diese müssen sich aber ganz eingeführten Schulzucht unterwerfen¹⁵⁾; wenigstens jeden Monat einmal beichten; täglich zur bestimmten Stunde dem Messopfer und Feiertagen auch der Predigt beiwohnen; den Katechismus auswendig lernen, und böse Gesellschaften sowohl als die Lectüre schädlicher und unnützer Bücher vermeiden, so wie sie auch öffentlichen Schauspielen und Hinrichtungen, außer wenn diese an Regern erfolgt, nicht beiwohnen dürfen¹⁶⁾. In die Collegien sollen zwar auswärtige Schüler als Haus- und Tischgenossen (*convictores* s. *mensales*) nicht aufgenommen werden; jedoch kann der General in dem Falle, wo die Zahl der eigenen Schüler, welche nämlich in den Orden eintreten wollen, nicht hinreichend ist, gestatten, noch andere arme Böglinge, welche diese Absicht nicht haben, annehmen. Die so angenommenen Schüler müssen jedoch abgesondert wohnen und dürfen ohne Erlaubniß des Ordens nur mit bestimmten, zu diesem Zwecke besonders gewählten Personen Umgang pflegen; eine Anordnung, deren An-

12) Der vollständige Studienplan steht im *Inst. soc. Jes.* Vol. II. 169 — 237. u. dazu Vol. I. p. 370 sq. (Const. P. III. u. IV. c. 3 — M. s. auch v. Lang, *Gesch. S.* 98 fg. u. Th. Mundt in dem *Freieburg. Jahrg.* 1839. I. Heft Nr. 2 (üb. die Erziehungsanstalten der Jesuiten in Freiburg). 13) *Inst. soc. Jes.* Vol. II. p. 221 sq.

14) *Inst.* Vol. I. p. 40. 66. u. 331. (comp. privil. sub schola)

15) Man soll von ihnen auch das Versprechen des Gehorsams nehmen, sie jedoch nicht ausschließen, wenn sie es nicht leisten wollen. *Inst.* Vol. I. p. 400 (Const. P. IV. c. 17. §. 3. u. D.) Sie können auch Prämien erhalten, nicht auf Kosten der Gesellschaft. *Inst.* l. c. p. 699. (can. 16. congr. L.)

16) *Inst.* Vol. II. p. 220 sq.

aber dahin geht, daß einerseits jede Gelegenheit abgeschnitten wird, im Ordnen Nachtheiliges diesen auswärtigen Schülern vertraulich mitzutheilen, und andererseits der Orden ihnen solche Gesellschafter zuwerfen kann, welche hinreichende Menschenkenntniß, Lebenswürdigkeit und Gewandtheit besitzen, um die noch zarten Gemüther dieser Schüler ganz für die Gesellschaft zu gewinnen oder ihnen doch eine feste und warme Anhänglichkeit an die Interessen derselben einzupflanzen. Die Erklärungen der Constitutionen¹⁷⁾ gehen noch weiter und schalten selbst von der Armuth ganz abzugehen. Vielmehr ist es ihnen nämlich, heißt es in denselben, aus ehrbaren Gründen (namque ob causas) auch die Söhne Reicher und Adeltlicher, die durch diese Mittel zu leben, zuzulassen. Nach dem etwas dunkel gefassten Satze der Erklärungen¹⁸⁾ könnten Einige, obwohl seltener, wegen der Wichtigkeit, nach dem Urtheile des Oberen zureichender Gründe, auch unabh. Schüler der Gesellschaft selbst aufgenommen werden. Das „Nostros admitti“ kann man wenigstens, zumal in Verbindung mit „licet rariores“, nur so verstehen, daß die hier gemeint sind, lange nicht, wie gewöhnlich, als bloße Hausgenossen (convivae) abgefordert wohnen und nur mit den besonders bestellten Schülern umgeben dürfen, sondern, obgleich sie nicht die Absicht haben, die Gesellschaft einzutreten, dennoch als Schüler der Gesellschaft auf dieselbe Weise, wie wirkliche (approbiete) Schüler der Gesellschaft, die nämlich nach überstandenen Prüfungsjahren und abgelegten Examen solche geworden sind, betrachtet und behandelt werden. Die geheime Intention ging aber offenbar noch weiter. Die auserwählten Zöglinge, meistens Söhne angesehener und einflußreicher Familien, für die Gesellschaft zu gewinnen, zu gewinnen, der Gesellschaft — wenn auch nicht in diese einzutreten, wenigstens durch das Gelübde des Gehorsams beizutreten, sich zu affiliren, und so als geheime Jesuiten in kurzen Worten die Theilnahme an allen dem Ordnen verleihehenden Indulgenzen, die größere Ehre Gottes, d. i. die Interessen der Gesellschaft, zu fördern zu helfen und sich durch Eifer einst den Grad der Seligkeit zu verdienen. Wie manche geistlichen Väter mögen ihre Söhne mit der frommen Intention, sie dem Orden des unvergänglichen Gnadenschatzes des Ordens zu widmen, und mit den erforderlichen geheimen Instructionen für die Theilnahme zu gewinnen, an die Collegien der Gesellschaft Jesu getheilt, und ihren heiligen Zweck auch erreicht haben! Nur auf diese Weise läßt es sich ganz natürlich erklären, warum eines Theils der Orden der Söhne des Adels und der höheren Stände zu den Collegien der Jesuiten von jeher so groß war, und warum andern Theils

¹⁷⁾ Const. soc. Jes. Vol. I. p. 382 sq. (Const. P. IV. c. 3. §. B.)

¹⁸⁾ Aliqui, licet rariores, possent inter Nostros, particulares ob causas Superioria iudicio efficaces, admitti“ (Iust. I. c. p. 383).

gerade der Adel und die höheren Stände sich der Jesuiten von jeher lebhaft und warm annahmen. Den Jesuiten konnte nicht lange borgen bleiben, welch' ein kräftiges Mittel ihre Studienanstalten in die Grundmauern ihres Instituts, wie wir oben uns ausdrückten, die Welt einzusenken und so den Bau desselben zu erweitern und befestigen. Die Art der Behandlung der Studien, namentlich das Unwendiglernen nicht begriffener, sondern nur auf die Auctorität der Lehrer hin für wahr angenommener Sätze und Lehren ist auch vollkommen geeignet, in den jugendlichen Gemüthern alle Liebe zur Wissenschaft, alle Lust zum Selbstdenken zu ersticken und sie dafür an gläubige Fürwahrhalten der Meinungen der jesuitischen Lehrer so an eine geistige Abhängigkeit von diesen zu gewöhnen, welche dies noch durch die Beichte und den Rath in Gewissenssachen, so durch das Bedürfniß der den Vätern der Gesellschaft Jesu in dem ausgedehntesten Umfange zustehenden Lossprechungsgewalt noch begründet und befördert wurde. Dagegen ist die sophistische Dialektik, worauf in den Jesuitenschulen aus leicht begreiflichen Ursachen das größte Gewicht gelegt wird, für die Jugend nicht nur anziehend, sondern diese weit lieber oberflächlich räsontiert, als gründlich denkt und subtil und gewandtes Disputiren bei dem — auch vornehmen — Pöbel höher gilt und größere Bewunderung erregt, als die bescheidene und darum schweigsame Wissenschaft; sondern auch für die künftige Laufbahn als Staatsmann, als Diplomat von dem erheblichsten Nutzen, in der Politik und Diplomatie, wie man die eine und die andere jeher in der Praxis auffasste und anwandte, die dialektische Gemeinheit, womit man die geheimen Absichten verdeckt und durchsetzt, den Gegner täuscht und überbort, als das beneidenswertheste Talent angestaunt wird, nach welchem man die Fähigkeit und Brauchbarkeit der Staatsmänner und Diplomaten taxirt. Hierzu kommt endlich die bequeme Moral, welche die Jesuiten lehren, und welcher man dies mit Hülfe der jesuitischen Sophistik im Privat-, Staats- und diplomatischen Leben und Verkehre jede beliebige Form und Anwendung geben kann. An der den höheren Ständen so wichtig scheinenden äußeren Dressur zur höfischen Geschmeidigkeit und Fügsamkeit, die Launen Anderer lassen es diese Lehranstalten eben so wenig fehlen.

Die Convicte, in welchen nämlich die zu den Collegien zugelassenen auswärtigen Schüler (scholastici externi) wohnen, bilden in der Regel nur Nebenanstalten der Collegien, denen sie ganz untergeordnet sind. Solche Convicte können auch mit den Seminarien verbunden sein, welche zur Bildung der Professoren und „andere tauglicher Arbeiter im Weinberge Christi“ in den humanistischen Wissenschaften, in der Philosophie und Theologie bestimmt sind, in so fern nämlich neben den Alumnien (alumni) der Gesellschaft auch auswärtige Mensalen (convictores) in dieselben aufgenommen werden können.

In jeder Provinz soll wenigstens ein Seminarium best.

Die Residenzen (residentiae) ferner sind kleinere Colonieen der Priester²⁰). Wenn nämlich die Mittel unzureichend sind, oder der Ort sonst nicht geeignet ist, ein Professhaus oder ein förmliches Collegium zu errichten, so begnügt sich die Gesellschaft mit einer Residenz, indem sich eine Anzahl Jesuiten bleibend niederläßt, in dem Umkreise des der Residenz angewiesenen Gebietes für die der Gesellschaft als Priester, Wichtiger, Predicator u. s. w. zu sein. Mit einer solchen Residenz können auch Gymnasien verbunden sein. Es kamen Fälle vor, wo Collegien wegen unzureichender Einkünfte in Residenzen umgewandelt und selbst diese aufgehoben zu müssen²¹), wie umgekehrt aus einer Residenz auch ein Collegium oder Professhaus werden kann.

Missionen (missiones) endlich werden in der Regel zur Ausübung solchen Arten errichtet, wo gar keine oder allzu große Pfarreien sind, wo besonders unter Protestanten der katholische Cultus wieder hergestellt und gepflegt werden soll. Die Regeln und Einrichtungen des Missionen lassen sich daher auch auf ein kleines Missionshaus nicht durchsetzen, sondern die Priester müssen hier nach Art von Weltgeistlichen zusammenleben. Eine Mission kann, wenn ihre Unterhaltskosten für die Dauer gesichert sind, und ihr eine lateinische Schule angeschlossen ist, ihren Fonds übermessen wird, in eine Residenz übergehen.

Der Vorsteher der Häuser, Collegien, Seminarien und Conventen im Allgemeinen Superiores, Rectores, Praepositi locales singulares genannt²²); insbesondere heißt der Vorstand eines Hauses Praepositus (Propst)²³); der Vorstand eines Collegii Rector²⁴); der Vorstand eines Prüfungshauses Magister²⁵), welcher in dem getrennten Prüfungshause die Besorgung anderer Rectoren hat, da aber, wo ein solches mit einem Professhaus oder einem Collegium verbunden ist, unter dem Propste oder Rector steht²⁶). Eine wichtige Person in dem Prüfungshause ist der Syndicus, welcher die ersten Prüfungen mit den Aspiranten zum Bestehen zu nehmen hat²⁷). Die Vorsteher der Seminarien und Conventen werden ebenfalls Rectoren genannt²⁸); sie haben jedoch

1) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 489 (decr. 9. congr. II.) u. p. 703. (decr. 13. congr. II.)

2) Daher auch residentiae Presbyterorum soc. Jes. genannt, Vol. I. p. 110 u. 242.

3) B. Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 639 (decr. 14. congr. XVII.) (decr. 6. congr. XVIII.)

4) Inst. Vol. II. p. 125 (Reg. 26.) u. 126. (§. 11 u. 12.) — Vergl. 1. c. 64 flg. 23) Inst. I. c. p. 91 sq.

5) Inst. I. c. p. 98 sq. 25) Inst. I. c. p. 106.

6) Inst. I. c. §. 3 u. 5. 27) Inst. I. c. p. 104.

7) Inst. I. c. p. 28. (cap. 2.). Die Residenz hat ebenfalls einen Superiorem noch ein socius collateralis als Gehülfe zur Seite steht.

nicht alle Rechte eines Rector collegii. Sämmtliche Vorstände werden vom General ernannt, der sie auch wieder beliebig absetzen kann; sie stehen zugleich unter dem Provinzial ihrer Provinz und müssen wohl an diesen, als an den General über alle Vorkommnisse, so wie über den Zustand ihrer Institute genaue Berichte erstatten²⁹⁾.

Jeder Obere, auch der General, hat einen Admonitor, der ein Professe von vier Gelübden sein muß, zur etwa nöthigen Erinnerung an seine Pflichten, so wie Rathgeber (consultores), als welche für den General die Assistenten zu betrachten sind; der Provinzial noch einen besonderen Gehülfen (socius)³²⁾; der General so wie der Rector eines Collegiums, einen Minister³³⁾ und Subminister³⁴⁾, und der Vorstand eines Prüfungshauses ebenfalls einen Socius³⁵⁾ zur Seite. Für die dritte Prüfung besteht ein besonderer Instructor Patrum tertiae probationis. Außerdem gibt es für jedes Institut und jede umfassendere Bräuerie (officium) einen eigenen Praefecten, die in der Regel der Provinzial ernannt. Auf den Universitäten kommen noch besondere Officialen, die unter dem Rector stehen, vor³⁷⁾.

Zur Unterstützung in den Regierungsgeschäften wählt sich der General auch einen Secretär (secretarius Generalis), der „Secretär der Gesellschaft“ heißt, und auch aus den Ministern genommen werden kann, wiewohl es die Generalversammlungen für besser hielt, wenn dies nicht geschieht.

Um den Zustand der Provinzen genau kennen zu lernen, die Provinzialen und andere Oberen zu überwachen und so deren Bräuerie zu controliren ernannt der General Visitatoren (visitatores), die die verschiedenen Provinzen und ertheilt ihnen auch oft die Rechte der Mitglieder in den Orden aufzunehmen.

Außer den bisher genannten Werkzeugen der großen Regiermaschine sind noch hauptsächlich zwei Arten von Beamten zu bemerken, wovon die eine in materieller und die andere in geistlicher Hinsicht zu sorgen hat, daß die Gesellschaft Jesu keinen Schaden leide. Diese sind die Procuratoren und Revisoren. Die Procuratoren haben nämlich alle Geschäfte zu besorgen, welche sich auf die Ausfertigungen, die Prozesse, auf die Verwaltung und das Rechnungswesen beziehen. Der erste und wichtigste ist der Procurator des Generals³⁸⁾. Er soll kein Professe sein; der General

29) M. f. g. B. Inst. Vol. I. p. 381. (Const. P. IV. c. 2. §. 5.) p. 381 (ibid. c. 10. §. 3.) p. 400 (ibid. c. 17. §. 7.) u. p. 436 (Const. P. IX. c. 3. §. 1.)

30) Inst. Vol. I. p. 492. (decr. 22. congr. II.) Vol. II. p. 52 u. 53.

31) Inst. I. c. p. 124. — 32) Inst. I. c. p. 118. — 33) Inst. I. c. p. 118.

34) Inst. I. c. p. 153. — 35) Inst. I. c. p. 130. — 36) Inst. I. c. p. 118.

37) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 400 sq. (Const. P. IV. c. 17.)

den besonderen Abdruck.
38) Inst. Vol. I. p. 444. (Const. P. IX. c. 6. §. 12 u. B.) p. 444 (decr. 29. congr. XIII.) Vol. II. p. 64 sq.

nach auch unter den Professoren von vier Gelübden wählen, wenn von hierzu tauglicher Gesellschafter vorhanden ist. Er residirt zu jeder regelmäßig in keinem Professhaus. Sodann hat jede Provinz⁴¹⁾, jedes Profess- und Prüfungshaus (Collegium⁴²⁾) noch einen eigenen Procurator. Die Revisoren (revisores generales)⁴³⁾ sollen den General in der Prüfung und Censur (Verbesserung) der für den Druck bestimmten Werke oder einzelner Glieder desselben unterstützen. Sie werden aus den verschiedenen Nationen gewählt und sollen von vorzüglicher Verstandeskraft und Gelehrsamkeit sein. Die Prüfung ist zu richten, ob das vorgelegte Werk so beschaffen sei, daß es ohne, ob wirklich herauszugeben? Erst wenn diese Fragen beantwortet, haben die Revisoren die nöthigen Verbesserungen (Censuren) vorzunehmen und sie zu unterschreiben. Sie sollen sich sorgfältig hüten, mit der heiligen Inquisition in Eircit zu gehen und die Censuren überhaupt geheim halten. Die zu censuriren nimmt der General oder sein Secretär allein in Empfang. Jeder Censur und jedem approbirtten Buche muß ein Exemplar beilegen. Die Censoren in den Provinzen sollen ihre Censuren den Provinzialen schicken, welcher sie an den General nach Rom zu schicken hat, und selbst nichts herausgeben darf, ohne diesen zuvor zu zeigen zu haben. Die Censoren müssen Alles abändern, was ihm es der General befiehlt. Gründlichkeit (soliditas) und Reinheit der Lehre sind übrigens die Hauptprincipien, welche die Censur der Schriften zu befolgen sind⁴⁴⁾.

Der Jesuitenstaat ist keine reine Despotie; neben dem absoluten Regime beherrscht auch eine Generalversammlung (congregatio generalis), welche schon öfter erwähnt wurde und noch einer besonderen Erwähnung bedarf, um sich zu überzeugen, daß dieselbe, der gro- ßen Masse, die ihr zustehen, ungeachtet, den General in seiner Herrschaft nicht im Geringsten genirt⁴⁵⁾. Sie wurde in vier Fällen nothwendig erklärt: 1) wenn ein General zu wählen ist; 2) wenn die Wahl nicht an die Stelle des lebenden Generals, wegen begangen- der desselben, ein anderer zu wählen sei? einer Entscheidung; 3) wenn die Assistenten mit den Provinzialen und den Local- versammlungen durch Stimmenmehrheit eine Versammlung für nothwendig hal- ten; 4) wenn diese von der sogenannten congregatio pro- curatorum beschloffen wird. In allen anderen Fällen hängt es von der Willkür des Generals ab, ob er eine Generalversammlung be- rufen oder nicht⁴⁶⁾. Die erwähnte congregatio procurato-

Inst. Vol. II. p. 66 sq. 40) Inst. I. c. p. 144 sq.

Inst. I. c. p. 147 sq. 42) Inst. I. c. p. 61 sq.

Inst. I. c. p. 372 sq. (Const. P. III. c. 1. §. 18.)

Man sehe den besonderen Abdruck.

Inst. Vol. II. p. 9 u. 19.

Inst. Insten. VIII.

rum⁴⁶⁾ ist nämlich diejenige Versammlung, welche aus dem General, seinen Assistenten und den Abgeordneten (procuratores) aus den Provinzen besteht, alle drei Jahre gehalten wird und durch die Stimmenmehrheit, wobei jedoch der General zwei Stimmen hat, die die Frage: ob eine Generalversammlung notwendig sei, entscheidet. Man sieht ein, wie leicht es dem Generale gemacht werden könnte, die Generalversammlung zu hintertreiben, wenn er dieselbe nicht wünscht. Daß die Assistenten wegen etwa von ihm begangener Verbrechen eine Generalversammlung veranlassen, hat er nicht zu befürchten, da es in seiner Macht steht, sie zu suspendiren oder diese an ihre Stelle zu wählen.

Die Generalversammlung, in welcher eine Personalarbennung der Gesellschaft entsteht⁴⁷⁾, wird von dem Generale berufen und geleitet, obwohl sie über ihn Gewalt hat⁴⁸⁾. Ist ein General zu wählen, so erfolgt die Zusammenberufung von dessen Vicare, und wenn der General geurtheilt werden soll, von den vier Assistenten und anderen Provinzialen⁴⁹⁾. Der regelmäßige Versammlungsort ist die Curia des Papstes. Außer dem Falle der Wahl eines Generals kann jedoch auch ein anderer Ort bestimmt werden⁵⁰⁾. Die Assistenten und Stimmberechtigten haben bei dieser Versammlung nur Proxies, die vier Vicare, bisweilen inbessenen auch Professoren von Theologie und selbst geistliche Coadjutoren⁵¹⁾. Die Gegenstände der Generalversammlung sind Wahlen und Geschäfte (negotia), welche diesen vorkommen. Außer dem General sind von der Versammlung noch zu wählen: 1) die Assistenten, deren Wahl sogleich nach der Wahl beginnt und mit dem Tode des Generals erlischt, und bei deren Wahl der Procurator des Generals, der Secretär der Gesellschaft nicht mitstimmen dürfen⁵²⁾, und 2) der Admonitor des Generals, der auch unter dem Assistenten gewählt werden kann. Nach den Wahlen, welche in der Regel die Berufung einer Generalversammlung veranlassen, da die Wahl des Generals, wenn sie wirklich beschloffen wird, ebenfalls eine neue Wahl nöthig macht, werden die übrigen Gegenstände verhandelt⁵³⁾.

46) Inst. Vol. I. p. 492. (decr. 19. congr. II.) p. 589. (decr. 19. congr. VII.) Vol. II. p. 42 sq.

47) Inst. s. J. Vol. I. p. 423 u. 427. (Const. P. VIII. c. 1. §. 1. u. 2.)

48) Inst. I. c. p. 429. 437 u. 447. (Const. P. VIII. c. 4. §. 1. u. 2.) c. 3. §. 12. u. P. X. §. 8.)

49) Inst. I. c. p. 429 u. 440. (Const. P. VIII. c. 4. §. 1 u. P. IX. c. 1.)

50) Inst. I. c. p. 429. (Const. P. VIII. c. 5. §. 1.) p. 581 (decr. 21. congr. VI.) u. Vol. II. p. 10.

51) Inst. Vol. I. p. 427 sq. 431 u. 433. (Const. P. VIII. c. 3. §. 1. u. c. 4. §. 2. c. 6. §. B u. c. 7. §. R.)

52) Inst. I. c. p. 440. (Const. P. IX. c. 5. §. 3.) p. 457. (decr. 1. congr. I.) p. 438. 492. 495 u. 496. (decr. 3. 20. 22. 35 u. 44. congr. I.) p. 516. (decr. 44. congr. III.) u. p. 663. (decr. 2. congr. XIII.)

53) Man sehe noch den besondern Abdruck über Eig. und Stimmberechtigung.

Oben der Generalversammlung bestehen noch Provinzialversammlungen (*congregationes provinciales*)⁵⁴⁾, welche der Provinzialoberhaupt und leitet, und zu der ebenfalls nur Professoren von Provinzialen und die Localoberen erscheinen können. Sie sollen an bestimmten Zeiten, namentlich alle drei Jahre, zur Wahl des Procurators für die *congregatio procuratorum* gehalten werden⁵⁵⁾.

Die Regierungsmaximen (*modus procedendi societatis*), die Regierungsmaximen des Jesuitenstaates, welche einer vorzugsweise Beachtung würdig sind, um das Institut der Gesellschaft Jesu im wahren Geiste kennen zu lernen, und die hier möglichst ausgedehnt dargestellt werden sollen, zerfallen in zwei Hauptklassen: die eine diejenigen Grundsätze umfaßt, welche sich auf die Erhaltung der inneren Einheit der Gesellschaft beziehen, um diese in einem für die Zwecke des Ordens harmonisch zusammengefaßten Gesamtkörper zu gestalten, und die andere die Maximen umfaßt, nach welchen die Gesellschaft die Zwecke ihres Instituts zu erreichen strebt. Man kann daher innere und äußere Regierungsmaximen unterscheiden, in so fern diese Zwecke nach außen und innen, wie sich unten näher ergeben wird.

Innere Regierungsmaximen. Die Constitution dieses tief durchdachte Werk des umsichtigen Paters Ignazius selbst die Schwierigkeit an, die Glieder der inneren Einheit, unter Gläubigen und Ungläubigen ausgebreiteten, sowohl unter sich als mit dem Haupte in Einheit zu bringen, und heben deshalb die Nothwendigkeit der Mittel hervor, durch welche diese Einheit bewirkt werden kann, weil ohne diese Verwaltung und Leitung des Ordens, noch die Erreichung des Zweckes möglich ist. Und man muß gestehen, daß die Gründung des Ordens nichts übersah, was menschliche Klugheit zu ersinnen vermöge, um Einheit, Lebendigkeit und Eifer in dieses auf dem Weltbühnen gestreute Heer der Gesellschaft zu bringen und für die Erreichung der Wahl der Mittel nicht ängstlich waren, obwohl sie sich nicht mit einem probablen Grunde, aus welchem diese hervorging, zu beschönigen, und so jedem Einwand im Wege zu begegnen wußten. Das Regierungssystem des Ordens ist ein Zeug auf die inneren Verhältnisse desselben der vollkommenste

54) Const. Inst. Vol. I. p. 427 sq. (Const. P. VIII. c. 3. §. 1 u. 3. u. 4.) p. 437. (Const. P. IX. c. 3. §. 12.) p. 449. (decr. 67. p. 549, 551, 561 u. 565. (decr. 24. 38. 60 u. 81. congr. V.) 1840. (decr. 15. 28 u. 29. congr. IX.) p. 665. (decr. 10. congr. XIII.) 1844. 19. congr. XIV.) p. 681 sq. (decr. 8 u. 19. congr. XVI.) 1848. (decr. 15. 53.) Man sehe den besondern Abdruck.

55) Inst. nov. Jes. Vol. I. p. 423. (Const. Part. VIII. c. 1. §. 1 sq.) — überhaupt Vol. II. p. 249 sq. (ord. gen. c. 4: monita generalia, quae ad directionem spectant.)

Machiavellismus, weil sogar die Religion auf die raffinierteste zum Mittel der absoluten Willkürherrschaft verarbeitet ist. Das G. beruht hauptsächlich auf folgenden Principien: 1) Wer in den E. eintritt, entsagt der Welt und lebt für Christus allein, den er anstatt der Eltern, der Brüder und aller irdischen Sachen liebt. Er verläßt Eltern, Brüder und Schwestern und muß den E. lieben. „Wer nicht seinen Vater, seine Mutter und selbst seine Seele haßt, kann nicht mein Schüler sein,“ auf sich anwenden. Er soll daher jede fleischliche Neigung gegen Blutsverwandten ablegen (exuat)⁵⁷⁾. 2) Dieser Christus ist nun in dem General und in jedem Oberen, dem E. angeordnet hat, personificirt. Seine Befehle, so wie die Befehle jeden Oberen, sind als göttliche, als von Christus selbst ausgehend zu betrachten und zu befolgen. Wie sich also der Jesuit nach dem Eintritt in den Orden verpflichtet hat, nur Christo zu leben, muß er unbedingt dem Stellvertreter desselben, dem General und von ihm auctorisirten Gehülfen gehorchen. Christo leben heißt nach dem General leben, sich selbst unbedingt verleugnen und ihm unbedingt und freudig gehorchen, wie bereits oben nachgewiesen ist. Denn alle gegenwärtigen und künftigen Privilegien des Ordens nach der Erklärung des Papstes Gregor XIII. (1575) als dem General verliehen anzusehen, der sie selbst oder durch jeden Abo. welcher drei Gelübde abgelegt hat, ausüben kann⁵⁸⁾. Er soll dem Geheiß des Papstes Julius III. (1550) dasjenige befolgen, was er zur Ausführung des von Gott und der Gesellschaft ihm vorgestellten Zweckes für dienlich hält. Er kann in allen Dingen, welche zu diesem Zwecke führen, die Kraft des Gehorsams befehlen, selbst das, was die Oberen oder Commissäre vermöge seines Auftrages gethan haben, wieder aufheben und in Allem nach Gutdünken anordnen (constituere), und ihm muß ihm, als dem Stellvertreter Christi, Gehorsam und Unterwerfung geleistet werden⁵⁹⁾. Liegt auch hierin schon deutlich genug, daß der Jesuit nicht fragen dürfe, wie das beschaffen sei, was die Oberen befehlen, sondern in allen diesen Befehlen unbedingt Christi Befehl zu verehren habe; so bleiben doch die Constitutionen hierbei noch stehen, sondern erklären ausdrücklich, daß der Jesuit auch eine oder erlässliche Sünde begehen müsse, wenn der Oberen befehlet, ja daß schon die Gelübde an sich zur Sünde verpflichten. Wir wollen eine betreffende Stelle⁶¹⁾ übersetzen, weil sie den Orden und seinen Geist am besten in das wahre Licht stellt: „Da die Gesellschaft wünscht, daß

57) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 347. (exam. gen. c. 4. §. 7.) G. und besondern Abdruck.

58) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 51.

59) Inst. l. c. p. 23: „Jubeat ea, quae ad constructionem positi sibi a Deo et a societate finis cognoverit esse opportuna.“

60) Inst. l. c. p. 438. (Const. P. IX. c. 3. §. 20.)

61) Inst. soc. Jes. Vol. I. p. 414. (Const. P. VII. c. 5.)

den Constitutionen, Erklärungen und Ordnung zu leben, ganz dem Institute gemäß, ohne in irgend einem Punkte davon abzuweichen; befolgt werden; aber auch nicht weniger wünscht, alle Jhrigen zu ermahnen, sich eifrig sein oder wenigstens Schutz finden, um nicht in dem Fall irgend einer Sünde zu gerathen, welche aus der Kraft der Constitutionen dieser Art oder der Ordinationen (der Generale) hervor-
 rühete: so hat es uns in dem Herrn geschehen (so sind wir von der Meinung), daß, ausgenommen das ausdrückliche Verbot, durch welches die Gesellschaft dem jeweiligen Papste verpflichtet ist, und die drei andern wesentlichen Stübe der Armuth, der Keuschheit und des Gehorsams, keine Constitutionen, Erklärungen oder Ordinationen eine Lebensordnung eine Verbindlichkeit zur Todsünde oder einer Sünde begründen könne, außer wenn der Oberer eine solche im Namen des Herrn Jesu Christi oder in Kraft (Laut) des Gehorsams befehlen würde; was in jenen Fällen über drei jenen Personen, in oder bei welchen man erachten kann, es zu eines jeden Einzelnen besonderem oder zum allgemeinen Nutzen des Ordens) viel beitragen werde, wird geschehen können; und die Güte der Furcht vor der Sünde trete die Liebe und das Verlangen nach jeder Vollkommenheit; und daß die größere Ehre und das Lob des Schöpfers Christi und unseres Herrn daraus hervorgehe.“
 Diese bedarf wohl keines Commentars; sie enthält die Vollendung des General, jede Schandthat, jeden Frevel, jedes Verbrechen (denn die Todsünde umfaßt Alles) in eine Tugend, in ein Werk umzuschaffen, das nicht nur denjenigen, welcher dem Auftrage es vollbringt, vervollkommen, sondern auch die Ehre und das Lob des Schöpfers Christi fördern kann! Man wird nicht ab, in den Schriften einzelner Jesuiten verderbliche Beispiele zu sehen; hier in den Constitutionen des Ordens ist es niedergelegt und ausgesprochen, daß der Zweck des Ordens jedes Mittel, es mag in Tugend oder Laster, in dem oder Bösem bestehen, heilige, daß sohin dem Jesuiten, wenn ihm Oberer befiehlt, Alles erlaubt, mein, nicht bloß erlaubt, sondern Pflicht und Tugend sei! Wahrlich! es ist kluge Vorsicht, die dem Orden seine Aspiranten durch eine lange Reihe von Jahren zur Art in geistl. und herzlose Werkzeuge umzuschaffen sucht; man im Jesuit im vollen Sinne des Wortes sein zu können, man jedes menschliche Gefühl abgelegt, jeden Sinn für die Welt abgestreift, jedes zartere Band, das den Menschen an die Welt, zerissen, jede Empfindung der Scham und Zucht vernichtet und das Gewissen zur gänzlichen Verstumung zu machen, da er in jedem Augenblicke den Auftrag erhalten hat, einen Moed, einen Weineld, eine Schandung oder irgend ein Verbrechen zur größeren Ehre Gottes zu begeben! Für den Orden gibt es nur eine Tugend, die Tugend des unbedingten Gehorsams, auf deren Einübung alle Einrichtungen berechnet

sind, und die sich die Jöglinge von jeher so sehr angewöhnten, daß der Jesuit Johann Wallis, als er todtkrank darnieder lag sogar von seinem Rector die Erlaubniß zu sterben erhielt. Um aber einerseits des Gehorsams stets sicher zu sein, und anderseits den Eifer der einzelnen Glieder der Gesellschaft stets rege zu erhalten, und jedes derselben nach seiner Brauchbarkeit verwenden und befördern zu können, gilt 3) der Grundsatz, daß die Oberen einen jeden Unterthanen genau kennen zu lernen und in dem Kenntniß fortwährend zu verbleiben haben; daß auch jeder Unterthan, ja jeder Obere wisse, er sei in beständiger Controle⁶²⁾. Zum Zwecke dieser Kenntniß-Erlaubnis und Erhaltung und so zur Controle der einzelnen Ordensglieder haben folgende Maßregeln: a) die Beichte. Die Jesuiten dürfen solchen Beichtigern, welche die Oberen bestellt, oder sie mit Erlaubniß für sich gewählt haben, das Bekenntniß ihrer Sünden ablegen. Außerdem ist eine Generalbeichte, ein Bekenntniß der Sünden, die man seit dem ersten Gebrauche der Vernunft, wenn man schon einmal eine solche gethan, seit der letzten Confessionalbeichte begangen hat, für alle Ordensglieder vorgeschrieben. Es von den Novizen bei der ersten Prüfung und nachher alle sechs Monate, und von den Professoren und formirten Coadjutoren jährlich. Die Beichtiger sollen zwar von dem, was sie aus der Beichte keinen Gebrauch machen dürfen; denn, heißt es in dem jesuitischen Coder⁶³⁾, wenn es auch Doctoren gebe, welche meinen, daß Beichtiger, ohne Verletzung des Siegels des Beichtsacraments, in solchen gerechter Ursachen wegen (wenn es ohne Verdacht zu erscheinen könne) erlaube sei, von dem durch die Beichte Erfahrenen Gebrauch zu machen; so verlange doch diese Lehre zu große Aufmerksamkeit der Ordensglieder in ihrem eigenen Sündenbekenntnisse: halb man erachte, daß diese Lehre zu befolgen nicht zweckmäßig (non expedire). Allein man weiß, welchen Sinn solche Verbot General gegenüber haben. Der Orden verwirft diese Lehre nicht, sondern hält sie bloß nicht für zweckdienlich, weil natürlich, wenn diese Lehre geradezu annähme, alle Vortheile, welche das Institut der Jesuiten dem Orden inner- und außerhalb der Gesellschaft gewährt, gefährdet ganz vereitelt würden. Man verfährt deshalb weit klüger, wenn die Heiligkeit des Beichtsigels statuiert, und dagegen den Beichtigern (welche sogar in der Lehre jener Doctoren einen pri-

62) Man sehe Pelzel, Böhmisches-mährisches- und schlesisches Gelehrten-Schriftsteller aus dem Orden der Jesuiten, vom Anfange der Gesellschaft bis gegenwärtige Zeit (1786) S. 85.

63) Man sehe den besondern Abdruck.

64) Inst. Vol. II. p. 244. u. 252. (ord. gen. c. 2. §. 4. u. c. 5. §. 1. p. 313. (instr. V.)

zum für die Entfiegelung der Beichte haben) die geeigneten Instruktionen gibt. Die Oberen, welchen auch gebeichtet werden muß, sind jedoch an jene Vorschrift nicht gebunden. Welchen Sinn hätte sonst das oftmalige Beichten und das Gebot, nur die bestellten Beichtväter hierzu zu wählen? b) Die Jahresberichte (annuae relationes). Die Oberen der Häuser und Rectoren sollen nämlich alles beobachten lassen, „was der Herr in ihren Häusern und durch die Unfrigen täglich zu bewirken sich würdigt, und was die Freude der Unfrigen und zur Erbauung der Nächsten gehört.“ In diesen Bemerkungen müssen sie das Beste (optima quaeque) auszuwählen, gehörig ordnen und gegen das Ende eines jeden Jahres an die Provinzial einsenden. Zu diesem Zwecke soll in jedem Hause ein Collegium ein gesetzter und fleißiger Auskundschafter alles Rectoren (maturus ac diligens rerum notabilium investigator) anzuordnen werden, der nicht nur selbst Alles, was vorkommt, aufschreiben, sondern auch alle drei Monate die verschiedenen Praefecten, selbst die Professoren und Andere auffordern soll, nachzudenken und das was dieser Zeit Bemerkte in eighändig unterschriebenen Beichten dem Provinzial zu bringen. Welche Aufforderung liegt nicht darin an jeden Einzelnen, sich in Eifer und Thätigkeit hervorzuthun, um sich bemerkens- und berichtswürdig zu machen! Die Provinzialen müssen sodann aus den Berichten der Oberen und den von der zu ihrer Provinz gehörigen Missionäre einen Provinzialbericht zusammenstellen (zu welchem sie von den Localberichten wegzulassen oder diesen beizufügen haben, was ihnen gut dünkt) lateinisch abfassen und im Laufe jedes Jahres an den General nach Rom einschicken. Aus diesen Provinzialberichten werden zu Rom die Jahresberichte des Ordens verfaßt und an jede Provinz in einem besondern Exemplar gegeben, welches in jedem Hause und Collegium innerhalb vierzehn Tagen zu lesen, selbst den Laienbrüdern auch des Lateins wegen erklärt, nachdem dieses in der ganzen Provinz geschehen, in dem vorzüglichen Hause oder Collegium aufbewahrt werden muß. Welcher Zusammenhang erst die besondere Erwähnung in diesen Jahresberichten auf sich ziehen können, die dem General auf eine so vorthellhafte Weise bekannt und dadurch der Gegenstand des Neides, des Bewunderung und der Bewunderung des betreffenden Hauses geworden sind; wie nun Alle ihre Blicke richten; um deren Gunst nun Alle sich bemühen, da sie nun bald zu hohen Würden emporsteigen und in der Folge, als dieses geschieht, auch größere Macht und Freiheit erlangen werden. Denn sie haben sich bewährt; ihnen kann man Vertrauen und die nöthige Vorsicht, daß sie sich keine Blöße zu geben, zutrauen; sie bedürfen von nun an nicht mehr der Controlle, sondern sind würdig, selbst von einer höhern Controlle aus die weniger Bewährten zu beobachten. Ihre Namen wer-

den allen Ordensgliedern in allen Provinzen bekannt, und wo sie mer hinkommen mögen, erfahren sie das der Selbstliebe so schmeckhafte „*digitis monstrari et dicier hic est!*“ c) Die jährlichen Kataloge und Informationen⁶⁶⁾. Um nämlich eine deutliche Kenntniß von den Ordensgliedern zu erhalten, sollen die Oberen Häuser und Collegien vor der Zeit, in welcher die Bevollmächtigten der Provinzen (s. oben) sich nach Rom zum General verfügen, Kataloge so genau verfertigen, als wenn solche noch niemals nachgeschickt worden wären. Der erste derselben soll alle Glieder Häuser oder Collegien und der Missionen beschreiben, und eines jeden Namen, Zunamen, Vaterland, Alter, Kräfte, Zeit der Ordenshörigkeit, Studien und Dienste, die er ausgeübt, etwaige wissenschaftliche Grade und die Angabe enthalten, ob er Professe oder Doctor etc. sei, und seit welcher Zeit. In dem zweiten sollen die Tugenden und Eigenschaften eines jeden Gesellschafters, als: Gemüthskraft, Klugheit (*prudencia*), Sachkunde (*experientia rerum*), Fortschritte in den Wissenschaften, natürliche Selbstbeschaffenheit (*turalis complexio*) beschrieben und angegeben werden, zu welchen Dienstleistungen der Gesellschaft er Talent habe. Beide Kataloge soll sie an ihren Provinzial zu schicken, und außerdem noch am Ende jeden Zwischenjahres (da nämlich, wie oben bemerkt wurde, die Provinzialbevollmächtigten nur alle drei Jahre nach Rom kommen) den dritten kurzen Katalog zu fertigen und an den Provinzial zu schicken, worin die Namen und Dienste der Ordensglieder enthalten sein sollen, und welchem sie Supplemente zu den ersteren zwei Katalogen beifügen müssen. Der Provinzial hat sodann diesen dritten Katalog, so wie die Supplemente mit dem gewöhnlichen Jahresberichte im Januar nach Rom zu senden, die ersteren zwei Kataloge aber von ihm selbst durch den Provinzialbevollmächtigten dem General überbringen zu lassen, welchem er seine eigenen Bemerkungen über diese Kataloge beifügen, und brieflich mittheilen soll. d) Die Visitationen, von denen die Rede war, und e) die gegenseitige Controle der Ordensglieder unter sich⁶⁷⁾. Denn jeder Noviz soll, „zum Fortschreiten seines größeren Fortschreitens im Geiste und besonders zur Förderung seiner eignen Submission und Demuth,“ gefragt werden, ob er damit zufrieden sein wolle, daß alle an ihm bemerkten und beobachteten Verirrungen, Mängel und Verhältnisse jeder Art von wem immer, der außer der Provinz davon Kenntniß erlangt hat, den Oberen kund gemacht wurden: ob er (was er, wie jeder Andere, thun mußte) sich auch von Anderen rechtweisen lassen und zur Zurechtweisung Anderer mitwirken wolle, und ob sie bereit seien, sich, um der größeren Vervollkommenheit des Geistes Willen, mit schuldiger Liebe (*debito amore et charitate*) gegenseitig anzuzeigen, besonders wenn der Obere, der über sie die

66) Inst. Vol. II. p. 128 sq. (Reg. 32 sq.)

67) Inst. Vol. I. p. 347. (exam. gen. c. 4. §. 7 sq.)

zur größeren Ehre Gottes es vorschreibt oder darnach fragt. Man der Spionerie und dem Denunciationswesen besser den Weg der Tugend und Religion geben, als es hier geschieht? Die schlaueste Verhüllung der wahren Intention und dieses Uebertünnens der Schlichten mit einem Colocit von Scheinheiligkeit muß man auf der Seite des Instituts bewundern.

Als eine zur Erhaltung der Einigkeit zweckmäßigste Maxime gilt es die, keinen großen Haufen (turba) von Menschen der Profession zuzulassen, und selbst nicht Jeden, sondern nur die als formirte Coadjutoren oder Schüler beizubehalten⁶⁸). Innerer Gehorsam als das Hauptband der Einigkeit zu betrachten, darum stets in Kraft zu erhalten ist, so soll man 5) zur Erhaltung auf dem Felde des Herrn nur solche aussenden, die dem Gehorsame besonders geübt sind, und deshalb auch in dieser Tugend als Beispiel vorleuchten; den in derselben schwächeren aber einen stärkeren Gehülfen beigesellen, der jenen durch seine Gunst in dieser Tugend unterstützen wird⁶⁹). Zur Tugend des Gehorsams gehört 6) auch die genaue Beachtung des Subordinationsverhältnisses der Oberen unter sich und ein steter gegenseitiger brieflicher Verkehr unter ihnen. Darum wird die Liebe, der Gehorsam und die Einigkeit unter den Niedergeordneten bestehen, je mehr sie von ihren Oberen abhängen⁷⁰). Darum soll auch 7) jeder Sacerd der Einigkeit wie eine ansehnliche Pflanze von der Gesellschaft getrennt werden⁷¹). Es ist nicht minder 8) auf die Erhaltung der Einheit im Denken, als: in der Lehre, im Urtheilen und Wollen, und im Handeln, wie: Kleidung, Ceremonien u. s. w., zu sehen, in so weit die Verschiedenheit der Personen, Verhältnisse und der übrigen Umstände es zulassen. Daher soll man bei denen, welche noch studiren, dafür sorgen, daß Alle dieselbe Lehre befolgen, welche die Gesellschaft als die beste und zuträglichere (convenientior) gehalten hat. Wer aber seine Studien bereits vollendet hat, habe Acht auf die Verschiedenheit der Meinungen dem Bande der Liebe nicht zu nahe zu legen, und bequeme sich möglichst zu der Lehre, welche in der Gesellschaft am gewöhnlichsten ist⁷²). — So viel über die innere Politik des Ordens. Das Gesagte, größtentheils wortgetreu nach dem Institutum, wird zu dem Beweise genügen, daß die Oberen wahrlich im Aufwande an Einsicht, Menschenkenntniß und Klugheit gepart sind, um der kolossalen Gesellschaft, die sich polypenartig fast über den ganzen Erdboden ausbreitete, eine solche Organisation zu geben,

⁶⁸ Inst. Vol. I. p. 423 u. 424. (Const. P. VIII. c. 1. §. 2. u. decl. 1.) Man sehe den besonderen Abdruck.

⁶⁹ Inst. Vol. I. p. 423. (Const. P. VIII. c. 1. §. 3.)

⁷⁰ Inst. I. c. u. p. 424. (ibid. §. 4. 6 u. 9.)

⁷¹ Inst. I. c. (ibid. §. 5.) ⁷² Inst. I. c. (ibid. §. 8.)

⁷³ Inst. Vol. I. p. 436. (Const. P. VIII. c. 1. §. K.) Cf. p. 372. (ibid. I. c. l. §. 18.)

daß sie in der That nur als ein Kesenkörper voll innerer Einheit, Beweglichkeit und Kraft erschien, welchen der General in dem einzelnen Gliede als Geist durchdrang, belebte, bestimmte und Thätigkeit setzte.

B) Aeußere Regierungsmaximen. Bei Weitem wichtiger als die innere Politik des Ordens ist die Thätigkeit desselben nach außen, um den Zweck der Gesellschaft zu realisiren, wie von selbst leuchtet. Man unterscheidet hier am Wichtigsten den Zweck, die Mittel für denselben, und die Grundsätze oder Maximen, nach welchen diese Mittel benutzt werden, um den Zweck wirklich zu erreichen.

a) Zweck des Ordens. Unserem Vorsatze getreu, überall das Institutum societatis Jesu zu Rathe zu ziehen, geben wir auch hier zunächst den Zweck so an, wie er dort bestimmt ist. Nach der Bulle des Papstes Julius III. (1550) ist die Gesellschaft vorzüglich zu dem Zwecke instituirt, „daß sie zur Vertheidigung und Ausbreitung des Glaubens und zur Vervollkommnung (ad profectum) der Seelen im christlichen Leben und in der christlichen Lehre durch öffentliche Predigten, Vorlesungen (lectiones) und jeden anderen Dienst des Gottes, und durch geistliche Uebungen, Unterricht der Knaben und der unwissenden im Christenthume, durch Anhörung der Beichten der Sündigen und Spendung anderer Sacramente und durch geistlichen Rath vorzüglich thätig sei (intendat); und sich zur Ausöhnung Entgelt und zur frommen Unterstützung und Bedienung solcher, die in Gefängnissen oder Spitälern befinden, und zu den übrigen Dingen der Liebe, wie es der größeren Ehre Gottes und dem gemeinen Nutzen zuträglich zu sein scheint, ohne alle Entgeltung nicht weniger bemühe beweise“⁷⁴). Die Constitutionen geben als Zweck die größere Ehre Gottes, das allgemeine Wohl und den Nutzen der Seelen⁷⁵), oder auch bloß die größere Ehre und den Gehorsam Gottes und das allgemeine Wohl (universale bonum) an⁷⁶), während nach den Regeln die Gesellschaft die größere Ehre Gottes zu suchen und für die Vervollkommnung der Seelen zu wachen hat⁷⁷). In der Bulle sind also neben dem Zwecke auch die Mittel zur Erreichung desselben genannt, zu welchen außer den angegebenen noch die Armen gehören, die in derselben ebenfalls erwähnt werden, während in den Constitutionen dieses nicht geschieht, und auch der Zweck nicht deutlich ausgedrückt ist, indem namentlich nicht näher bestimmt wird, was man unter dem bonum universale neben der major Dei gloria und der utilitas animarum zu verstehen habe. Man könnte vermuthen, darunter die weltliche Herrschaft des Papstes oder der Gesellschaft, die, hätte sie diese errungen, dieselbe gewiß nicht

74) Inst. Vol. I. p. 22. Cf. auch p. 6.

75) Inst. l. c. p. 371. (Const. P. IV. c. 1. §. 9.)

76) Inst. l. c. p. 401. (ibid. P. IV. c. 17. §. 8.)

77) Inst. Vol. II. p. 147. (Reg. 1.). Cf. auch p. 70. (summar. Const. §. 2.)

absetzen würde, zu verstoßen, wenn man die Aeußerungen eines Jesuiten⁷⁹⁾ damit in Verbindung bringt, wornach nicht nur Papst beauftragt ist, ungerechte und ketzerische Fürsten mit Kirchenstrafen, ja auch mit weltlichen Strafen zu züchtigen, sie ihrer Staaten zu berauben und selbst ihre Unterthanen von dem Eide der Treue zu entsetzen; sondern es sogar in den Naturgesetzen begründet sein soll, die Welt und der Himmel oder, wie ein Anderer von den in der Natur genannten sich ausdrückt, das Reich (regnum) und das Priestertum (sacerdotium) unter Einem Haupte, und natürlich unter einem Gesetze, stehende, damit kein Zwist diese beiden Sphären trennen könne. Das thut dem Orden gewiß nicht unrecht, wenn man dieses als ausgemacht annimmt⁷⁹⁾, da es auch der dem Orden untreu gewordene Theolog Inehofen in dem oben angeführten, unter fingirtem Namen des Spar Schopplius) von ihm herausgegebenen Werke: Monarchia Jesuitarum (Jesuitarum) bekräftigt. Durch die Verwirklichung dieses würde auch das obsequium Dei im Sinne des Ordens vollkommen erreicht. So viel ist außer allem Zweifel, daß der Orden die Aufgabe hat, das Ideal der römisch-katholischen Kirche, welche bekanntlich die ganze Erde und das ganze Menschengeschlecht umfaßt, und es nur Einen Schafstall und Eine Hirde gibt, so weit als möglich auch äußerlich zu verwirklichen, und zwar in der Wille genannten Zwecke blos die Hauptthätigkeiten zu vollziehen, nach welchen der Orden thätig zu sein hat, um diese Aufgaben zu lösen und so den Endzweck seines Daseins zu erreichen. Die römische Thätigkeit hat sich hiernach zu richten 1) auf die Vertheidigung des Glaubens gegen Ketzer und Abtrünnige, welche nämlich neben der alleinseligmachenden Kirche gleichfalls andere Kirchen, im römischen Sinne Aesterkirchen, bilden wollen; 2) auf die Ausbreitung des (römisch-katholischen) Glaubens unter den Heiden, daß diesen das wahre Licht aufgehe, als auch den Regern und Abtrünnigen, daß diese ihre Irrthümer erkennen und reuig wieder in den Mutterchoß der wahren Kirche zurückkehren; und 3) auf die Pflege der treu gebliebenen Heere, um diese theils im Gehorsame gegen die wahre Kirche zu erhalten, theils dem Ende mit geistlicher Nahrung zu stärken, und theils sie gegen die Wölfe in Schafskleibern, welche unaufhörlich die Schafheerde, auf Raub lauernd, umschleichern. Die Aufgabe ist groß, und je weiter die römische Kirche ausgebreitet wird, desto größer wird auch die Ehre Gottes, da diese Ehre, die Herrlichkeit Gottes, nur in der durch seinen Sohn mittelst des Sühnungstodes

⁷⁹⁾ M. f. Resultantii (Ant. Santarelli) tractatus de haeresi, etc. (Romae, 1625). Mariana, de Rege lib. II. c. 2. p. 20. — Borzius de temporali Ecclesiae monarchia (Colon., 1602) in praef. lib. I. c. 1. Bosius Regub. de ruinis gentium lib. I. c. 18.

⁸⁰⁾ Eine merkwürdige Aeußerung eines Römers über diesen Zweck s. m. M. f. Gesch. Bd. III. S. 159. Not. *)

und der Auferstehung gestifteten Kirche, in diesem Werke des Zeit gegen den Satan und seine durch die Verführung Eva's unter den schen angerichtete Verwüstung, bestehen kann. Darum singt die Kirche das „Gloria in excelsis Deo“ bei dem Messopfer. Wer bei Ausbreitung dieser Kirche wirkt, trägt zur größeren Ehre Gottes (ad maiorem Dei gloriam) bei, weil er das Reich Gottes erweitert das Reich des Teufels verkleinert; aber auch eben so wer zur Förderung der Kirche, überhaupt wer in dieser für diese thätig ist. Jesuiten, als die erste und beste Legion im Kampfe für diese Gottes, haben deshalb vorzugsweise ihre Fahne mit dieser Devise gegli — Hat die römische Kirche oder der Orden die Eroberung vollbracht versteht es sich nach ihren seit Jahrhunderten bestehenden Ansichten von daß das weltliche Schwert nur ein Vasall der Kirche zu deren gemeinem Besten führen kann und dafür dem Prodominus, d. i. dem Christus Christi, dem Papste oder Jesuitengeneral, der ja der Stellvertreter Christi ist, Lehenstreue geloben und die Lehenspflichten erfüllen muß, wenn er die Strafe der Felonie vermeiden will. Denn wem wäre es unbekannt, daß nach dem römischen System der Staat (die weltliche Gewalt) nur ein Institut der Kirche, ein Mittel zu ihren Zwecken ist?

b) Mittel zur Verwirklichung des Ordenszwecks. Hier sollen diese Mittel bloß namhaft gemacht werden, die Art der Anwendung in dem folgenden Absätze zu zeigen ist. Wir verstehen unter diesen Mitteln die Institutionen zu verstehen, in welchen und durch welche der Orden seine Hauptaufgabe zu erfüllen, seinen Endzweck zu verwirklichen strebt. Diese Institutionen sind: a) die Missionen an die Heiden, Könige und Höfe; b) die Lehranstalten für Erziehung, Wissenschaft und freie Künste; c) die Predigten und Lectionen; d) die Beichten; e) der Unterricht der Knaben und Unwissen im Christenthume außerhalb der Lehranstalten; f) die Spendung der Sacramente und andere kirchliche Einrichtungen, namentlich die Messe; g) die geistlichen Uebungen, und zu deren Zwecke besonders h) die Congregationen (Versammlungen), und i) die Ausübung der Werke der Liebe und Barmherzigkeit, als: Tröstung der Betrübten, namentlich der Sterbenden, Pflege der Kranken, Ausöhnung der Zwistigkeiten u.

c) Grundsätze und Maximen der äußeren jesuitischen Praxis. Wir verstehen unter dieser äußeren Praxis die wirkliche Benützung der vorhin erwähnten Mittel zu dem Zwecke des Ordens. Der Orden stellte für diese Praxis keine solchen allgemeinen Grundsätze auf, von denen etwa nicht hätte abgegangen werden dürfen. Denn Alles richtet sich nach den Umständen. Darum muß der Orden stets freie Hand behalten, um nach denselben von den beschie-

zu dispensiren oder diese durch Befehle zu ergänzen. Ober-
grundsatz ist: Alles ist erlaubt, was zum Ziele führt,
wobei dieses mittel- oder unmittelbar; oder vielmehr: Al-
les ist geboten, ist Pflicht, was mittel- oder unmittelbar
zum Wohle des Ordens fördert. Denn dieses Alles fördert die
Ehre Gottes und ist deshalb geboten und wird dadurch
heilig. Ist die Handlung auch zunächst nur dem Orden vor-
theilhaft, so ist sie darum nicht weniger Pflicht und heilig, weil
in der Handlung der Macht und des Ansehens des Ordens ja selbst wieder
ein Mittel ist, die Ehre Gottes auszubreiten und so zu ver-
größern. Auf die innere Beschaffenheit der Handlung kann es
nichts ankommen, da sie in dem erhabenen Zwecke
der Handlung und Heiligung findet. Daher wird selbst
eine Handlung, welche abgesehen von diesem Zwecke eine Todsünde
oder Verbrechen sein würde, zur Tugend, wie wir oben ge-
sehen. Deshalb fragt es sich bei den Handlungen nicht, ob sie
gewöhnlichen Begriffen gut oder böse, sondern, wie
dem Institutum societatis überall geschieht, nur, ob sie zweck-
mäßig, vortheilhaft u. seien (num actio „expediat“, „con-
veniat“, „opportuna“ sit⁸¹⁾), weil, wenn das Letztere der Fall ist,
die Handlung auf dem hohen Standpuncte des Ordens
gut ist. Denn wenn von Gott, wie der Jesuit Diana
sagt, jedes Uebel, die Sünde ausgenommen, kommt, das
Gute aber nur zum Heile der Menschen sendet; so kann auch von
der ihm selbst gestifteten Gesellschaft Jesu eben so manches Uebel
kommen, welches aber der Intention nach, die auf die Ehre Got-
tes gerichtet ist, als kein Uebel, sollten es auch die schwachen
Menschen als ein solches betrachten, sondern als ein Gut anzusehen.
Eine Sünde kann natürlich auch vom Orden nicht ausgehen,
da die Intention desselben stets die Ehre Gottes bezweckt, eine
Sünde aber nur durch die böse Intention zur Sünde
wird. Ist demnach nur das Gut, was dem Orden oder seinem
Zwecke (beide bilden ein unzertrennliches Ganzes) nützlich und
dienlich ist, so versteht es sich von selbst, daß Alles böse ist, was dem
Orden seinem Zwecke schädlich oder hinderlich ist. Es kann daher
keine schwerere Sünde geben, als dem von Gott selbst zur Ver-
größerung seiner Herrlichkeit gestifteten⁸²⁾ Orden auf irgend eine Weise
schädlich oder hinderlich sein; und wer sich einer solchen Sünde schul-

⁸¹⁾ Stellen, in welchen die Ausdrücke vorkommen, wurden im Verlaufe die-
ser Abhandlung schon viele angeführt, z. B. Inst. Vol. I. p. 23. 436. (Const.
Vol. I. c. k.) Vol. II. p. 244. 252. 313 etc.

⁸²⁾ M. J. Montalte (Pascal) lettres provinciales (4 Tomes à Co-
cagne) Tom II. p. 247.

⁸³⁾ Inst. Vol. I. p. 357. (prooem. Const. §. 1.) p. 445. (Const. P. X. §. 1.)
Vol. II. p. 433. (prooem. direct. in exerc. spirit. §. 8.)

dig macht, den trifft der Kirchenbann⁸⁴⁾. Hieraus ist von selbst klar, es umgekehrt auch kein größeres Verdienst, keine höhere Tugend geben könne, als dem Orden nützlich und förderlich zu sein. Denn wer dieses thut, trägt mittelbar zur größeren Ehre bei und wird dadurch mittelbar — mittelst der Interessen des Ordens — auch der großen Gnaden theilhaftig, womit Gott den Orden diese neue Schöpfung zu seiner und seines Sohnes Beschützung so reichlich ausgestattet hat.

Dieser oberste Grundsatz: „der Zweck heiligt die Mittel“ wie solcher eben dargestellt wurde, bildet das einzige allgemeine Princip der äußeren Politik, welche daher blos, auf diesen festen Basis fortbauend, überall auszumitteln hat, was in jedem einzelnen Falle nach der besonderen Beschaffenheit der Verhältnisse und Verhältnisse der Gesellschaft oder ihrem Zweck nützlich und förderlich ist. Das Erste, was sich als wichtig ausbrang, war begreiflich die äußere Stellung des Ordens, von welcher sein Einfluß, so wie von diesem seine Wirksamkeit abhing. Für die Unabhängigkeit der äußeren Stellung haben schon die Päpste durch Ertheilung privilegierter Freiheiten gesorgt, welche keinem anderen Orden zu Theil wurden, und vermöge welcher die Gesellschaft Jesu in Rom ein päpstliches Freicorps, wie bereits oben bemerkt wurde, war, alle bestehenden kirchlichen Institutionen fast hinwegsetzen konnte, von keiner geistlichen oder weltlichen Gewalt in ihrem Thun und Handeln gehindert werden durfte⁸⁵⁾.

Diese unabhängige Stellung mußte auch der Orden zu dem gedehntesten Einflusse auf alle Stände und Verhältnisse zu geben. Er verstand es, hierzu stets die rechten Leute zu wählen, welche gerade in den Eigenschaften sich auszeichneten, die eben nach den Umständen erforderlich waren, um sich Eingang und Einfluß zu verschaffen, diesen zu behaupten und davon den besten Gebrauch zu machen. Niemand verstand es besser, als diese frommen Väter der Gesellschaft Jesu, Religion, Wissenschaft, Moral nach der verschiedenen Beschaffenheit der Personen und der Umstände zu modificiren und so in taugliche Mittel zu ihren Zwecken zu verwandeln; die Schwächen der Menschen, besonders der Großen, zu heilen und durch ein gefälliges Begünstigen und kluges Einwirken sich als nachgiebige und geschmeibige Gewissensräthe unentbehrlich zu machen; die weltlichen Angelegenheiten und die Interessen des Ordens mit dem Gewissen in Verbindung zu setzen, und so durch dieses sich auch jener zu bemächtigen, waren natürlich auch Geldmittel nöthig, die der Orden

84) Inst. Vol. I. p. 104. (Bulle Gregor's XIV. v. 1591) u. p. 20. (Bulle Paul's III. v. 1549)

85) M. s. oben Nr. I. bef. die Bulle Paul's III. v. 1549 (Inst. Vol. I. p. 20) u. die Bulle p. 1548 (Inst. Vol. II. p. 387.) S. noch den Nr. II.

vermehrten als zu seinen Zwecken zu verwenden mußte⁶⁶). Zwar wies er nur an das Almosen verwiesen, und durch den Papst Sixtus V. (1585) das den Geistlichen jedes Ranges bei Verlust ihres Amtes (1585), die Gläubigen und Frommen an ihrer Bekehrtheit zu hindern; dennoch solche Schätze angehäuften, daß er bei seiner Aufhebung zehnmal vermögen besaß, als die päpstliche Kammer selbst in den besten blühendsten Zustandes je befaßt hatte⁶⁷). Die besten Quellen des Reichthums waren: 1) das Almosen, in der Stadt Rom jährlich 40,000 römischen Thaler; 2) die Verfügungen (Abdicationen) derer, welche in den Orden traten (s. oben); 3) Vermächtnisse und Geschenke anderer, die man durch allerlei Mittel, namentlich durch die hunderttausende von Messen, welche für sie in allen jesuitischen Kirchen und von Rosenkränzen, welche für sie abgebetet werden mußten, zu diesen verdienstvollen Handlungen zu vermögen machte; 4) Geschenke der Monarchen, die oft so groß waren, daß sich die Jesuiten schämten, es zu sagen⁶⁸); 5) die Missionen, besonders in Indien und Amerika; 6) der Handel, den vorzugsweise die Jesuiten in Indien und Amerika trieben⁶⁹), und 7) Gelbgeld. Konnten die Gläubigen auch einen besseren Gebrauch von ihrem Vermögen machen, es sicherer für ihre Seelenheil anlegen, als es an einen Orden hingaben, der unablässig für die größere Ehre kämpfte und der Geldmittel so bedürftig war, um die eigenen Zweck zu verwirklichen? Denn gar mancherlei Hindernisse setzten sich ihm entgegen, die nur mit Geld zu beseitigen waren. Hier Auskundschafter an die verschiedenen Höfe geschickt; dort Gesandten an Höfen verkauft; hier Minister, die mit ihrer Irdischen den frommen Absichten und der göttlichen Einsicht der Jesuiten in den Weg traten, zum Schweigen gebracht; dort begünstigte, welche bei den Fürsten großen Einfluß hatten, so wie Richter, Collegien gewonnen; hier Gehülfen, welche die Feinde des Ordens, die man sonst nicht beschwichtigen konnte, auf die Seite schaffte.

Regl. Histoire des Religieux de la compagnie de Jésus etc. (Paris 1741) T. I. p. 41 sq. Wolf, Gesch. Bd. II. S. 66—80. — Hist. des J. Vol. I. p. 294. (comp. privil. s. v. eleemosyna).

Wolf, Gesch. Bd. I. S. 180. — Wolf, Gesch. Bd. II. S. 73. Not. **). Was Wichtiges, Prediger an Geschenken erhielten, mußten sie an den Orden abgeben, s. Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

Wolf, I. p. 574. (decr. 21. congr. VI.)

ten, belohnt; da Würden und Aemter für solche, die sich als Arbeiter für die größere Ehre Gottes bewährt hatten und bereit waren, die Gesellschaft noch ferner in ihren Bemühungen zu unterstützen, kaufte; dort Summen zur Erhaltung des Friedens oder zur Führung eines heilsamen Krieges, zur Bewirkung einer für den Orden nützlichen Ehe zwischen fürstlichen Personen, zu einem nützlichen Stande, einer vortheilhaften Verschwörung u. s. w. verwendet wurden. Welche Summen waren oft nöthig, um nur die Erlaubniß, in einem Lande sich ansiedeln zu dürfen, oder die Wiederaufnahme zu verschaffen, wenn es den Feinden gelungen war, den Orden zu treiben? Mag auch die Ansicht gewöhnlicher Menschen manche Handlungen verbrecherisch nennen; auf dem hohen Standpunkte des Ordens waren sie gut, weil sie der Zweck gebot. Man darf nicht vergessen, daß es für die Jesuiten nur eine Sünde, nur ein Verbrechen gibt, nämlich den Zwecken des Ordens zu schaden oder hinderlich zu sein, wie oben gezeigt wurde.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen über die Aulitik der Jesuiten wollen wir noch die vorzüglichsten Grundzüge selbst in der Art des Gebrauches der einzelnen oben angeführten Mittel nachweisen, wobei wir uns jedoch der Kürze wegen auf die züglicheren beschränken müssen, obwohl wir hoffen, daß auch die Wenige in Verbindung mit dem Bisherigen hinreichen werde, eine Einsicht in den wahren Geist des Jesuitismus zu gewinnen.

1) Die Missionen ⁹⁴⁾ waren ein vorzügliches Mittel, die Macht des Ordens auszubreiten und besonders seine Reichthümer vermehren. Es ist hier der Ort nicht, die äußere Geschichte der Missionen in den außereuropäischen Ländern, in Japan, Indien, Afrika und Amerika, und insbesondere zu erzählen, welcher Schaden sie sich bedienten, um ihre Zwecke zu erreichen; wie sie andere Missionäre zu verkleinern und zu verdrängen suchten; wie sie die christliche Religion verunstalteten, heidnische Gebräuche zuließen, selbst das Christusbild mit Füßen traten, sich als Bonzen und Mandarinen verhielten, selbst dem Papst ungehorsam waren und ihn lächerlich machten; unabhängige Reiche gründeten und den Alleinhandel an sich rissen; Empörungen veranlaßten u. s. w. Wir beschränken uns hier auf die wesentlichen Principien, welche das Institutum über die Missionen aufstellt. Unter Mission ist jede Versendung eines Jesuiten irgend einen Ort zu einem bestimmten Zwecke zu verstehen. Es giebt zwei Arten von Missionen: solche, welche der Papst, und solche, welche von dem General angeordnet werden. Ueber den Zweck der Mission, über die Art der Ausführung und das zu befolgende

94) M. f. bes. Histoire des Religieux etc. l. c. u. Wolf Bd. II. S.

95) M. f. Inst. soc. Jes. p. 14. 23. u. 250. (Lit. Apost.) 322. (priv. s. v. missiones) 350. (exam. gen. c. 4. §. 35.) 415 sq. (P. VII. c. 1. 2 u. 3.) Vol. II. p. 141 sq. — Wolf, Gesch. Bd. I. S. 110. Bd. II. S. 1. fg. u. Bd. III S. 16. fg.

das Benehmen ic. erhält der Missionär eine schriftliche Instruction. Bei den päpstlichen Missionen, die im Zweifel drei Monate dauern, hat der Obere noch besondere Anweisungen hinzuzufügen, „um desto mehr zu erreichen, was zum Gehorsam unseres Herrn Christi gesucht wird.“ Wenn die Missionäre in solche Orte kommen, wo Bischöfe oder Aeltern sie beschreiben um die Erlaubniß bitten, die Dienste der Gesellschaft ausüben zu dürfen, und überhaupt sich das Wohlwollen solcher Geistlichen, besonders der Pfarrer, als der Weltlichen, zu verschaffen und Gunst sie nöthig haben, zu erwerben suchen. Die geistlichen Mittel, die sie zu gebrauchen haben, sind die Predigten der Gesellschaft, als Predigen, Vorlesen, Colloquien, Beichten, Eucharistien u. s. w.; sie müssen sich aber hierbei an die Vorschriften des Ordens halten. Eine bestimmte Ordnung der Aufeinanderfolge der Einrichtungen läßt sich zwar nicht vorschreiben; es ist aber nützlich und sicherer, mit den geringeren, nämlich mit dem Religionsunterricht der Knaben anzufangen. Menschliche Mittel sind hierüber nur nicht zu verachten, sondern, wenn es nöthig ist, auch nach dem religiös (prudenter et religioso) anzuwenden. Sie sind solche, die gegen die Gesellschaft eingenommen und von nicht gerechtem Ansehen sind, durch Gebet und andere zweckmäßige Art zu überwinden zu machen, wenigstens mit dem Orden auszusöhnen, so daß sie diesem nicht entgegenwirken. Bietet sich Ihnen eine Gelegenheit dar, dem Orden zu nützen, so lassen Sie dieselbe nicht unbenutzt aus den Händen lassen. Müssen sie in einem Orte länger aufhalten, so können sie, wenn Früchte zu erwarten sind, zweckmäßig Excursionen in die Umgegend machen. Bei allen Werken haben sie auf Bestand und Dauer zu sehen, und die Einrichtungen solchen zu empfehlen, durch deren Beispiel, Eifer und Sorgfalt dieselben gefördert werden können. Sie sollen die Woche einmal, auch öfter, wenn es zweckmäßig scheint, an die Aeltern über ihre Fortschritte berichten, um durch Rath und andere Hülfsmittel unterstützt werden zu können⁹⁰). Hinsichtlich der Wahl des Ortes hat man, da der Weinberg der Herrschaft zunächst auf das größere Bedürfniß, weil etwa dort zu viele Arbeiter sind, oder der Krankheitszustand der Nächsten sehr bedenklich, und Gefahr der ewigen Verdammniß vorhanden ist; sodann auf den zu hoffenden reichlicheren Erfolg und insbesondere darauf zu sehen, ob man nicht der Unternehmung eine größere Ausdehnung verschaffen kann. Deshalb ist die geistliche Hülfe, die man von großen und öffentlichen Personen, sie seien weltliche, oder geistliche, Herren, Obrigkeit, Justizverwalter (justitiae ministri), oder weltliche, als: Predigten, oder welche durch Gelehrsamkeit und hervorragenden Männern genährt wird, als gemeinwefentlich zu betrachten, und muß man größere Völker vor kleineren zu Missionen

wählen. Hinsichtlich der Wahl der Personen ist auf die Befähigung der Missionen zu sehen; zu wichtigeren Sachen, und bei dem viel dorthin ankommt, daß kein Irrthum vorfällt, muß man mehr erforschte und solche Glieder, denen man mehr vertrauen kann; zu schäften, welche größere körperliche Arbeiten erfordern, Gesunde, Starke, und da, wo es mehrere geistige Gefahren gibt, solche, die der Tugend mehr erprobt und sicherer (securiores) sind, zu Missionen zu len. In der Regel soll man nie Einen allein, sondern Zwei senden; Eine in der Verfahrungsart der Gesellschaft weniger geübt, so muß er von Geübteren abjungirt werden, und wenn der Eine heftig und leidenschaftlich so soll man ihm einen umsichtigen und behutsamen Gefährten beigesellen. Schon aus diesen wenigen, fast wörtlich aus dem Institutum genommen Vorschriften ergibt sich, wie genau man überall die Zwecke und Interessen des Ordens beachtete, wie wichtig und umfassend das Interesse der Missionen war, und daß sich diese namentlich nicht auf die geistliche Gegenstände beschränkten. Wie thätig insbesondere jesuitische Missionäre während des dreißigjährigen Krieges in Deutschland waren, daß sie selbst nach dem westphälischen Frieden sich die angestrebte Nähe gaben, durch geheime Missionäre protestantische Fürsten in den Schooß der katholischen Kirche zurückzuführen, ist aus der Geschichte hinlänglich bekannt⁹⁷). — Nicht unwichtig ist überdies, die Missionäre auch den päpstlichen Segen mit vollem Vertrauen zu empfangen konnten⁹⁸).

2) Die Wichtigkeit der Fürsten. Wie sehr der Fürst die Gunst der Fürsten zu schätzen, zu pflegen und zu benutzen wußte, wurde schon oben bemerkt. So soll selbst bei der Führung über das Vermögen der in den Orden Treitenden die Fürsten Rücksicht genommen werden⁹⁹), und der Provinzial insbesondere darauf aufmerksam machen, ob es ihm zuträglich sei, an einige Auswärtige, besonders geistliche oder weltliche Fürsten zu schreiben, um ihr Wohlwollen gegen die Gesellschaft zu erhalten¹⁰⁰). — Darum gehörte das Amt eines Wichtigsten einem Fürsten zu den wichtigsten Missionen, mit denen ein Jesuit betraut werden konnte; und es ist bekannt, wie sehr die Jesuiten auf Fürsten und Völkern aufgrübt haben. Hier

97) Bergl. Inst. Vol. I. p. 417 sq. (Const. P. VII. c. 2. u. d. s. 2.)

98) M. f. Wolf, Gesch. Bd. I. S. 79 fg. u. 210. (über die Mission des Peter Canisius) Bd. II. S. 103. fg. 129 fg., u. bef. S. 129 den Auftrag eines ungenannten Jesuiten und die darin (f. S. 129) angegebenen Missionen und Ueberredungsversuche, und wie man zu überzeugen mußte, die Gewissen zu beunruhigen und zu spalten, zu unterhalten und zu beugen. — Den Jesuiten ist ausdrücklich mit Regem zusammenzuwohnen (f. Inst. Vol. I. p. 16. u. 308).

99) Inst. Vol. I. p. 277. (comp. privill. s. v. benedicti reg. s. 2.) 100) Inst. Vol. I. p. 371 u. 447 sq. (Const. P. III. c. 1. §. 9 u. 11 u. R.) — Bergl. v. Lang, Gesch. S. 72 fig.

1) Inst. Vol. II. p. 120. (Reg. 21.)

des die Hauptfäde der Instruction²⁾ für einen solchen Weichtiger, die besonders von den Fürsten selbst zu beherzigen sein dürfte, die die Sehnsucht nach einem solchen Gewissensthe haben. Die Weichtiger selbst befolgten jesuitischen Principien, die auch hierher kommen, sollen unten ihren Platz finden. — Ein Fürst, welcher einen Weichtiger zu seinem beständigen Weichtiger haben will, muß darum, wenn er selbst oder durch den Pater, welchen er begehrt, nachsuchen, daß er dieses sicher thue, dafür hat natürlich der Orden schon vorher die geeigneten Mittel gesorgt.) Findet der Obere, daß der Pater zu diesem Amte sehr tauglich (per idoneus) und mit gewissen Eigenschaften, es gut zu führen, begabt ist, so soll er dem Fürstenden (d. i. dem Fürsten) die Instruction für die Weichtiger zeigen und beschreiben bemerken, daß, so bereitwillig auch die Fürst ihm gestatte, den Dienst des fraglichen Paters zu seinem Troste nach Belieben (pro libito) zu gebrauchen, es doch der Fürst den Obere vorbehalten bleibe, über den Pater anders zu verfügen. (Wie nützlich konnte diese Verfügung dem Orden werden, wenn der Weichtiger sich unentbehrlich zu machen mußte, und der Orden, ihn dem Fürsten zu entziehen!) — Wenn es nun der Fürst nicht möglich ist, solchen Aemtern auszuweichen, weil die Ehre Gottes wegen verschiedener Rücksichten (sunt rationes) so zu fordern scheint, so muß man bei der Wahl der Person und bei der Bestimmung der Art der Ausübung eines solchen Amtes so verfahren: daß dadurch a) der Fürst unterstützt (adjuvetur) und b) das Volk erbaut werde, und die Gesellschaft dabei keinen Schaden leide³⁾. Der Weichtiger soll im Ordenshause wohnen und dem Obere (Provincial) unterworfen bleiben. Und wenn ihm auch gestattet ist, wegen verschiedener Geschäfte, die den Fürsten betreffen und Geheimhaltung der selben, mit dem Fürsten oder anderen von ihm beauftragten Personen correspondiren, so soll er doch von dieser Erlaubnis keinen Mißbrauch machen, und nicht etwa bei dieser Gelegenheit an andere Personen schreiben⁴⁾. Der Weichtiger soll sich hüten, sich in weltliche Geschäfte einzumischen, sondern nur auf das, was dem Willen des Fürsten gehört, oder auf dieses Bezug hat, sich einzulassen, und ein anderes bestimmtes frommes Werk bedacht zu sein, nicht zu oft bei Hof erscheinen, zumal ungerufen, und nicht irgend eine fromme Nothwendigkeit (pietas necessitas), oder sonst etwas Wichtiges, das er dem Fürsten vorschlagen (suggerendum) zu müssen glaubt, ihn dazu treibt⁵⁾.

Vol. II. p. 259 sq. (ord. gen. c. XI. §. 1 — 14). Die Bestätigung von dem General Aquaviva bearbeiteten Instruction f. m. 1674 (decr. 21. congr. VI.). Der Befähigung ist das Verbot für den Weichtiger angesetzt, Geschenke des Fürsten nicht zum eigenen Gebrauche zu nehmen. Er muß sie an den Orden abliefern. (S. auch Vol. II. p. 330.)

1) Instr. §. 14. 2) §. 1. 3) §. 2. 4) §. 4.

Er soll auf keine Weise zu Vertragungen (ad compositiones iure) zu Gunst- oder Amtsbewerbungen Anderer, oder dazu mitwirken. Jemandem Gunst oder Gerechtigkeit zu verschaffen, weil so der selbst in erlaubten Fällen zum Vergerniß zu gereichen kann, wenn man sieht, daß ein Beichtvater, zumal ein Orden geistlich sich damit abgibt⁷⁾. (Also nur der Schein ist zu vermeiden, je größerer Gunst der Beichtiger bei dem Fürsten ist, so daß er auch von dessen Gewalt einigen Gebrauch machen kann, desto mehr muß er sich hüten, einen mündlichen oder schriftlichen Vortrag des Fürsten an die Minister in Geschäften zu übernehmen, sondern sollte es sich um irgend eine fromme Angelegenheit, die nach dem Urtheile des Oberen (mit dem also der Beichtiger in Correspondenz über Hof- und Staatsangelegenheiten steht), notwendig wäre, handeln, so hat er zu sorgen, daß der Fürst über dieselbe an die Minister schreibe und das Nöthige befiehlt. Der Beichtiger mehr muß er sich hüten, sich dazu gebrauchen zu lassen, um den Willen des Fürsten die Minister und Höflinge zu ermahnen, zu tadeln, sondern sich solches offen verbitten, wenn der Fürst etwas aufgeben wollte⁸⁾. Der Beichtiger nehme sich in Acht, nicht etwa die Meinung entstehe, als vermöge er viel an, und begiere er den Fürsten nach Willkür. Denn abgesetzt davon, daß eine solche Meinung Allen verhaßt und unangenehm ist, den Fürsten selbst wenig ehrenvoll ist, so bringt sie noch dieß der Gesellschaft unglaublichen Schaden. Denn, wie nun einmal das menschliche Elend beschaffen ist, wenn ein leisem Gesülster (murmurationes) fehlt, es mag gegründet sein oder nicht, so wird der Haß, wie die Erfahrung bewährt hat, gegen den Beichtiger zurückgeschoben. Deshalb muß dieser, wenn er wirklich etwas vermag, doch immer jene Meinung zu vermeiden suchen, und den Gebrauch der Gewalt auf die angemessene Weise mäßigen¹⁰⁾ (d. h. den Fürsten selbst als Bedrückter überall vorschleichen). Der Fürst soll mit Gleichmuth und Geduld hören, was immer der Beichtvater ihm auf Eingabe seines Unterthanen und zwar täglich nach Beschaffenheit der Umstände, zu sagen findet; weil, da mit einer öffentlichen Person, und zwar mit dem Fürsten, verhandelt wird, es zweckmäßig ist, daß es dem Papste frei, dasjenige mit religiöser Freiheit auszusprechen, was er für den Gehorsame Gottes und des Fürsten selbst für nöthig hält, was sich nicht bloß auf solche Gegenstände, die er als seinem Beichtkinde erfahren hat, sondern auch auf andere Dinge bezieht, die hie und da rüchbar werden können, hülfe verlangen, als um Bedrückungen einzustellen und Vergewaltigungen zu verhindern.

7) S. 5.

8) M. f. Eisenne, Uebers. der Gesch. der Jes. S. 161. (aus: *Jésuites mis sur l'échaffaud pour plusieurs crimes par eux commis.*)

9) Instruct. S. 6. 10) S. 7.

man, die oft, ohne die Absicht und den Willen des Fürsten, Schuld der Minister ihren Grund haben, deren Nachtheil oder, Nothwendigkeit, dagegen Vorsorge zu treffen, doch dem Fürsten selbst zur Last fällt¹¹⁾. Der Wichtigere übrigens in Allem, seines Amtes ungedachtet, von seinen Leuten lassen und sie in allen zweifelhaften Fällen zu Rathe ziehen, weil nur die Leitung des Geistes, und nicht menschliche Weisheit oder eigene Einsicht genügt¹²⁾. Er hat unablässig dahin zu arbeiten (weimper, daß er den Fürsten gegen die Gesellschaft, und nicht als Privatperson, wohlwollend und geneigt erhalte¹³⁾. Ist aus dieser Instruction schon, welch' ein umfassendes und wichtiges Geschäft ein solcher Wichtigere hatte, gäbe auch die nicht die traurigsten Belege über die Intriguen, welche sich in allen Höfen erlaubt haben. Kein Mittel war ihm verwehrt, um ihre Pläne durchzuführen¹⁴⁾.

Die Mittel, welche sich auf die Pflege der gläubigen Seelen beziehen (*Et, quae ad proximos juvandos pertinent*), hieher gehören vorzüglich das Predigen, das Beichtlehren, die geistlichen Exercitien und der Religionsunterricht, wie jedoch mit dem Predigen verbinden wollen. Die Verwaltung der Sacramente und die Verrichtung der Messen sind nur in so fern erwähnenswerth, als die Jesuiten hierin die Päpste vor allen anderen Orden begünstigt worden sind¹⁵⁾. So z. B. auf ihren Reisen selbst Nachmittags, so wie auf Audienzen, und in entfernten Gegenden sogar zweimal täglich.

Das Predigen¹⁷⁾ und der Religionsunterricht. Man dürfen an allen Orten, in ihren eigenen und fremden Ländern, so wie auf den Straßen predigen. Die vielen Vorschriften, das Predigen beweisen, welch' großen Werth der Orden auf dasselbe, sich geltend zu machen, Einfluß zu gewinnen und so Macht über das Volk zu erweitern und zu befestigen, legte. Die Hauptpflicht des Generals, für taugliche Prediger zu sorgen, für die Predigten dürfen sie kein Almosen nehmen, als höchstens. Wenn jedoch die Freigebigkeit zu ungesund sein sollte, so habe für den Orden angenommen werden¹⁹⁾. Die Pre-

11) Instruct. §. 8. 12) §. 11. 13) §. 12. 14) M. f. b. bes. Abdr.

15) M. f. Inst. Vol. I. p. 421 sq. (Conat. P. VII. c. 4.).

16) M. f. Inst. soc. Jas. Vol. I. p. 320 u. 330. (comp. priv. s. v. sacramenta.)

17) Inst. Vol. I. p. 325. (comp. priv. s. v. praedicatores) p. 390.

18) P. I. c. 8. Vol. II. p. 139 sq. (regulae concionatorum) p. 306. (in concionatoribus).

19) Inst. Vol. I. p. 705. (can. 27. congr. II.)

20) Inst. Vol. I. p. 658. (decr. 40. congr. XII.)

digst soll sammt der stets damit verbundenen erbauenden Lectüre, besonders aus den Evangelien, nicht über eine Stunde dauern. Der Zweck ist hauptsächlich auf Buße gerichtet. Deshalb sollen die Prediger den häufigen Gebrauch der Beichte und des Abendmahls, Fortschritt und Standhaftigkeit in guten Werken, die Beobachtung der heiligen Ceremonien und alles dessen, was zum Gottesdienste gehört, und denjenigen Gehorsam empfehlen, welchen man den Fürsten und geistlichen Oberen, als den Stellvertretern Gottes auf Erden, schuldig ist. Besonders haben sie die Werke der Buße und Barmherzigkeit, den Gebrauch heiliger Gebete und anderer frommen Andachtsübungen (s. unten die geistlichen Übungen), die Lectüre nützlicher Bücher und gute Erziehung der Schüler anzurathen. Da der heilige Ignaz bemerkte, daß man aus solchen Predigten, in denen weltliche und geistliche Obrigkeiten getadelt werden, keinen Nutzen ziehe, so sollen die Predigten diesen Tadel unterlassen. Im Eingange der Predigt muß stets die heilige Jungfrau Maria begrüßt werden²⁰). Unter den göttlichen Tugenden ist besonders die Nächstenliebe und das Almosengeben zu empfehlen²¹). Auch haben sie sich zum Unterrichte der Knaben bereit zu erklären²²). Die Predigten bilden offenbar den ersten Angriff, durch den die Aufmerksamkeit des Volkes auf die Jesuiten bewirkt und das Verlangen desselben nach ihren übernatürlichen geistlichen Arzneien, den Beichten, geistlichen Übungen u. s. w., lebhaft angeregt werden soll. Denn hat man die Menschen einmal an Beichtstühle, so können sie der gewandten Kunst dieser Väter nicht mehr entgehen; sie werden zuverlässig in willfährige Werkzeuge zu den Zwecken des Ordens bearbeitet, besonders wenn sie noch die geistlichen Übungen durchmachen. Die Prediger sind gleichsam die Lockvögel und müssen als solche überall den Ton anstimmen, der nach Zeit, Umständen und Personen am Besten geeignet ist, um die Gläubigen in ihre eigentlichen Netze zu locken²³). Der Religionsunterricht ist mit den Predigten in so fern verbunden, als außer denselben die Jesuiten keinen solchen öffentlich dem Volke erteilen, und der Unterricht der Knaben und Unwissenden im Christenthume hauptsächlich den Predigern obliegt. Dieser letztere²⁴) gehört zu dem Zwecke des Ordens und bezieht sich vornehmlich auf die Lehren des Katechismus, die zehn Gebote, auf Kirchenceremonien, die

20) Inst. Vol. I. p. 478 u. 699 (decr. 110 u. can. 13. congr. I.) — wie das oben Vorgetragene s. m. die angef. Regulae. —

21) Inst. Vol. II. p. 306. (Instr. §. 3.) — Wie geschieht die Almosenvertheilung? — Mosengeben zu ihrem eigenen Vortheile zu empfehlen verstanden, darüber ist man die „Regulae nonnullae in distribuendis eleemosynis observandae“ (Inst. Vol. II. p. 427).

22) Inst. Vol. II. p. 140. (Reg. 7.)

23) „Enitantur — — ut non minus vita, quam doctrina ad omnem vitam proximos alliciant,“ s. Inst. Vol. II. p. 140. (R. 3.)

24) Inst. Vol. I. p. 6. 7 u. 22. Vol. II. p. 94. (R. 39.)

erzählungen u. s. w. Er kann auch durch Gesänge ertheilt werden, und so wieder, die Knaben und andere Unwissende zu den christlichen Heilmitteln vorzubereiten, in ihnen den Grund zur Anhänglichkeit an den Orden und dessen Lehren zu legen, und so sich selbst zu gewinnen und überhaupt das Fundament zum Baue des römischen Glaubens zu legen²⁵⁾. Der Katechismus unterrichtet für das Volk geschieht entweder in den Predigten selbst oder in den mit diesen verbundenen Vorlesungen²⁶⁾. Dies wird den Predigern auch empfohlen, stets eine compendiose Erklärung zum christlichen Glauben und Leben gehörigen Gegenstände zu haben²⁷⁾.

Die ganze Methode des Arbeitens im Weinberge des Ordens, wie sich der Orden auszudrücken pflegt, und somit auch der Katechismusunterricht, ist darauf berechnet, das Nachdenken über Glauben als Sünde und Einflüsterung des Teufels darzustellen; den Kirchenglauben als höchste Tugend, als kindlichen Gehorsam gegen die Kirche als Mutter zur Pflicht zu machen; mechanisches Bedenken geistlicher Ceremonieen, Gebetsformeln, demüthige Gebardungen, andere Außenwerke ohne Geist und Sinn als Gottesdienst und Gehorsam zu empfehlen, und überhaupt die Leute glauben zu machen, daß der Teufel ihnen mit tausendfältigen Fallstricken nachstelle, von denen ihre Seele nur durch beständigen Gebrauch geistlicher Arzeneien und Vorlesung der Jesuiten retten können. Kurz, die Menschen sollen geistlich selbstständig, sondern fortwährend in einem Zustande der Schwachheit als Kinder erhalten werden, die der geistlichen Pflege nie entbehren können, und die Seele in steter Furcht vor Sünde und Verdammniß schweben, damit sie in ihrer Angst an die frommen Väter anklammere und ihren Rath befolge. Die Religion wird überhaupt lediglich als Mittel zum Zwecke betrachtet. Denn die Gesellschaft Jesu versteht im Sinne des Wortes, das Collegium der Einweisung, bezieht nicht an diese Lehren der römischen Kirche, sondern nur sich bloß zu ihren Zwecken alliiert und verbunden hat, und so können Genossen des Ordens müssen glauben, was jene ihnen zu predigen behaupten. Die Gesellschaft hat nämlich die Lehre der Vorbestimmung, für deren Gebrauch sie jedoch die größte Vortheile macht. In den „Regeln, welche der Orden befolgt hat, um mit der orthodoxen Kirche wahr-

25) „Cum et in proximis aedificium fidei sine fundamento non possit subsistere.“ (Paul III. Inst. Vol. I. p. 7.)

26) Inst. Vol. II. p. 94 (R. 39.): „Propinatur populo assidue verbum doctrinae, doctrinibus et sacris scripturae vel doctrinae praedicationibus, quod in suis ecclesiis, plateis et locis fieri potest.“ Cf. Vol. I. p. 421. Inst. P. VII. c. 4. §. 7.)

27) Inst. Vol. I. p. 391. (Const. P. IV. c. 8. §. F.)

haft übereinzustimmen“²⁸⁾, heißt es nämlich²⁹⁾: „Auch bemerken, daß, obgleich es völlig wahr ist (*verissimum*), daß das Heil Niemandem zu Theil werde, als im Fall der Vorherbestimmung (*nemini contingere salutem, nisi per destinatum*), man doch über diesen Gegenstand vorsichtig (*circumspecte*) sprechen müsse, damit es nicht etwa scheine, als wollten wir die Gnade oder Vorherbestimmung zu sehr ausdehnen, die Kräfte der freien Willkür und die Verdienste der guten Werke ausschließen, oder wir nicht umgekehrt dadurch, daß wir diesen zu viel einräumen, jenen Abbruch thun. Diese Regeln gleichsam Cautelen, um es mit der Kirche nicht zu verderben, geben überhaupt einen sprechenden Beweis, wie wenig es den Jesuiten mit der römischen Kirchenlehre Ernst ist“³⁰⁾. Die Prädestinationstheorie, welche die Jesuiten des eigenen Vortheils wegen, vor der gemeinen Volks wenigstens, geheim halten müssen, weil sonst die Herrschaft ein Ende hätte, und die Geschenke der Frommen vertheilt würden, wäre allein schon ein hinreichender Beweis, was sie von der ganzen römischen Kirchenlehre halten, könnte man auch keine anderen Beweise dafür anführen, daß sie sich über den Papst, die heilige Schrift, die Concilien, Kirchenväter und Kirchenlehre hinwegsetzen, sobald es ihnen Vortheil gebietet³¹⁾. Der Papst mußte mehrere ihrer Lehren verdammen. Ja, ist nicht die ganze Sittenlehre und Casuistik der Jesuiten eine vollständige Contradiction gegen die katholische Kirchenlehre und eine Verhöhnung der Religion, deren nur Leute ohne alle Religion fähig sind³²⁾. Darum sind eben die Jesuiten so gefährlich, weil sie mit der Religion nur ein loses Gaukelspiel treiben, um einerseits das gemeine Volk in Aberglauben, Unwissenheit³³⁾, Finsterniß und in einer hierauf gegründeten einträglichen knechtischen Abhängigkeit zu halten, und anderseits das Gewissen der Großen durch Sophismen zu ihrem Vortheile einzuschläfern. Die Jahresberichte des Ordens (*annuae literae*) und die Geschichte der Provinz Oberdeutschland³⁴⁾.

28) „Regulae aliquot servandae, ut cum orthodoxa Ecclesia vere sentiamus.“ (Inst. Vol. II. p. 429 sq.)

29) Die angef. Regulae, reg. 14 u. 15 (Inst. I. c. p. 430.). Vergl. auch Molinismus.

30) Einen Auszug siehe in dem besonderen Abdruck.

31) M. f. Pascal, lettres prov. Tom. II. p. 119. Santo Domingo der Jesuitenpiegel (2 Bde. Stuttgart, 1828) Bd. I. S. 157 flg.

32) Darüber unten. M. f. in Bezug auf Kirchenlehre: La morale des Jésuites, extraite de leurs livres (III Tom. à Mons, 1702.) Tom. II. p. 1 u.

33) Wie sehr die Jesuiten die Unwissenheit zu schätzen wissen, bemerkt unter anderen auch der Umstand, daß ihre Untergebenen weder lesen, noch schreiben lernen, oder, wenn sie Kenntnisse haben, sich nicht weiter unterrichten dürfen und es Jedem untersagt ist, sie ohne Erlaubniß des Generals zu belehren. Dem es sei für sie genug, „Christus, unserem Herrn, mit heiliger Einfalt und Demuth zu dienen.“ Inst. soc. Jes. Vol. II. p. 76. (Reg. 14.).

34) Herausgegeben von Ignaz Agricola u. d. Alt.: Historia Provinciae soc. Jes. Germaniae superioris, ab anno 1540 ad 1609. II Partes, Aug. Vind. 1727 u. 29. fol.

zu beweisen, wie sehr es die Jesuiten verstanden, die gesunde Vernunft durch den crassesten Aberglauben, durch Wunder-, Hezen- und Zauberkünste aller Art zu unterdrücken; jedes wahrhaft stillschweigende Gefühl unter dem Schutte mechanischer, in geistloser Lippenbewegung, stammelnden Geberden, kirchlichen Ceremonieen und sonst phantastischen Außenwerken bestehenden Andächtelei zu ersticken, durch solche Verblendung des inneren Menschen, so wie durch Täuschungen, daß äußere Werke, Ablässe, Gebetsformeln und Beichten Folgen der Sünden zu tilgen und die Seligkeit zu verbürgen können, Ausschweifungen aller Art zu fördern, welche stets wieder neue Ernte für ihre geistliche Quacksalberei gewährte. Sie besetzten überall die zuchtlosen Wallfahrten, namentlich durch erfundene Wundermährchen³⁵⁾; stellten Reliquien der wunderbarlichsten Art³⁶⁾ den Kirchen zur abgöttischen Verehrung auf; verhandelten solche als Amuletten, die sie gegen Verhexung und Gespenster empfahlen, und sie auch Teufelsgeißeln erfanden, und erfannen vorzüglich aus den vorgeblichen Resten ihres Ordensstifters allerlei Zaubergegen Teufel, Gespenster, Feuer, Pest u. s. w.³⁷⁾. Wie sehr sie den Gläubigen den Weg zur Seligkeit erleichterten, beweisen z. B. die vom P. Barry³⁸⁾ empfohlenen Himmelsstufen, nämlich Andachten an die Mutter Gottes (Maria), durch man, um unfehlbar selig zu werden, bloß die heilige Jungfrau zu grüßen, wenn man ihr Bild sieht; den Namen Maria oft auszusprechen; durch die Engel ihr eine Reue zu melden zu lassen; zu wünschen, ihr mehr Kirchen zu bauen, als alle Regenten zusammen haben bauen lassen; ihr einen guten Morgen und einen guten Abend zu wünschen; ja nur einen Rosenkranz oder ein Bild von ihr mit sich zu tragen braucht. Und wenn sodann gegen einen solchen Verehrer Maria's der Teufel einst einen Anspruch machen

35) J. B. als ein Jesuit einer befeffenen Weibsperson sechs Teufel ausgetrieben hatte, und der siebente, der hartnäckigste, nicht weichen wollte, erschien derselbe als Gottesgebärerin lebhaft und ermahnte sie, daß sie, wenn sie völlig befreit werden wollte, nach Altendötting (in Baiern) wallfahrten sollte, s. Agri-
cola Tom. I. p. 119. — Nach den Jahresberichten vom Jahre 1658 lasten in Baiern die Wölfe, von Kälte getrieben, herbei und scharrten Leichen aus, die damals eine katholische, s. v. Lang, Gesch. S. 161.

36) J. B. Bindeln, worin Christus als Kind eingewickelt war; den er selbst, den er am Delberge schwebte; Stücke vom Schleier und Rocke der Mutter Maria; Blutstropfen von heiligen Jesuiten, s. Wolf, Bd. II. S. 176.

37) Imago primi saec. lib. V. c. 5. p. 623 fig. u. 635. Wolf II. S. 177 fig. u. daselbst über den miraculösen Apparat aus Reliquien des heiligen Agnes zur Erleichterung des Gebärens, die auch durch Auslegung der heiligen Schriften selbst da bewirkt wurde, wo ein Gelübniß zu zwei Wallfahrten nicht genügt hätte, s. v. Lang, Gesch. S. 124.

38) M. f. Montalte (Pascal) lettres Provinciales, lettre IX. Tom. II. p. 185 sq.)

wollte, so hat jener diesem bloß zu erwidern, er möchte sich gern an die heilige Jungfrau wenden, welche für Alles hastet? — Die Grundsätze und Meinungen verbreiteten die Jesuiten auch allenthalben auf dem Lande durch ihre Rural-Missionen, indem allenthalben in allen Districten zwei oder mehrere Väter (auch wohl nur einer) erschienen, welche unter veranstaltetem öffentlichen Gepränge auf dem Felde Buße predigten, Kinderlehre hielten, fremde Glaubensgenossen zu bekehren suchten, Bruderschaften stifteten oder visitirten, sogenannte fromme Gespräche (*pia colloquia*) hielten, Kranke besuchten u. s. w.

b) Die Beichten³⁹⁾. Das Beichtehören bildet einen wesentlichen Bestandtheil des Ordensinstituts⁴¹⁾, obwohl es nur auf das Besondere der Einzelnen gerichtet ist und darum nicht für so wichtig gehalten wird, als das Predigen⁴²⁾. Denn ein Mißgriff kann im Beichtstuhle nie die theiligen Folgen haben, wie auf der Kanzel. Es liegt vorzugsweise den geistlichen Coadjutoren ob⁴³⁾. Die Beichtiger, deren stets hinlängliche Anzahl vorhanden sein soll, werden von den Oberen bestellt, welche dazu jeden wirklich ordinirten Priester wählen können. Hierbei nur auf reifes Alter und darauf sehen sollen, daß die Beichtiger die apostolischen Gnaden und Privilegien klug und möglich gebrauchen⁴⁴⁾. Die Jesuiten dürfen überall und zu allen Zeiten ungehindert Beichte hören, und jeder Gläubige kann ihnen Beichte ablegen, ohne hierzu eine Erlaubniß seines Pfarrers nöthig zu haben. Der Orden hat die ausgedehnteste Absolutionsgewalt, indem seine Beichtiger in allen päpstlichen Reservationen theilhaben, die in der Nachtmahlsbulle allein ausgenommen, und in Ländern der Ungläubigen und Keger selbst in diesen Fällen Absolution ertheilen können. Besonders begünstigt werden jene Kinder, welche die geistlichen Exercitien verrichten⁴⁵⁾, und auch kann man durch die Beichte und Communion bei den Jesuiten unzählige Indulgenzen das ganze Jahr hindurch erlangen⁴⁷⁾. Daß es begreiflich, daß die jesuitischen Beichtväter so großen Zulauf hatten, zumal die Beichte in den Predigten als ein ganz vorzügliches Heilmittel angepriesen wurde. Und damit das so geweckte Verlangen

39) Bergl. v. Sang. Gesch. S. 73.

40) Inst. Vol. I. p. 265, 285 u. 309. (comp. privil. s. v. absolutio, confessarius et indulgentia) p. 665. (decr. 16. congr. XIII.) Vol. I. 138. (Reg. sacerdotum) p. 308 u. 330 (instruct. pro confessariis).

41) Inst. Vol. I. p. 379, 405 u. 421. (Const. P. IV. prooem. §. A. P. c. 3. §. B. u. P. VII. c. 4. §. 5.)

42) Inst. Vol. I. p. 419. (Const. P. VII. c. 2. §. K.)

43) Inst. Vol. I. p. 354. (exam. gen. c. 6. §. 2.)

44) Inst. Vol. I. p. 51. (Bull.) 421. (Const. P. VII. c. 4. §. 5.) Vol. I. p. 86. (Reg. 100.) u. 94. (Reg. 40.)

45) Inst. Vol. I. p. 12 u. 18. (Bull.) Cf. p. 265. (comp. privil. s. v. absolutio, §. 2. u. 4.)

46) Inst. Vol. I. p. 259 u. 260. (2 Bullen Benedict's XIV. v. 1753) u. p. 265. (comp. privil. s. v. absolutio.) — Cf. Vol. I. p. 69.

47) Inst. Vol. I. p. 309 — 15. (comp. privil. s. v. indulgentia.)

Beichte stets auch sogleich befriedigt werden könne, wurde angegeben, daß bei Missionen dem Prediger immer auch ein Beichtiger beigegeben werden solle⁴⁸⁾.

Die größten Schwierigkeiten erregten aber den frommen Beichtväter die Beichttöchter. Man hält überhaupt das schöne Geschlecht immer als das männliche; woraus es sich am Natürlichsten erklären läßt, daß dieses Geschlecht schon sogleich nach der Stiftung der Gesellschaft eine so große Anhänglichkeit an die neuen Jünger des Herrn zeigte, daß Eine desselben, eine Zeitgenossin des Ignatius, Elisabeth Rosella, einen ganz ähnlichen Orden der Jesuitinnen stiftete⁴⁹⁾, der sich in Italien, am Rhein, Frankreich und Spanien sehr ausbreitete, jedoch vom Papste Urban VIII. durch ein päpstliches Breve von 1631⁵⁰⁾ unterdrückt wurde, aber dessenungeachtet noch jetzt, z. B. in Frankreich, als Gesellschaft zum heiligen Herzen bestehen soll⁵¹⁾. Auch die Jesuiten scheinen von dem schönen Geschlechte sehr angezogen worden zu sein⁵²⁾; daher die große Anhänglichkeit, in welche die Oberen wegen der Beichten des weiblichen Geschlechtes geriethen. Ob Vorfälle der Art, wie in den Niederlanden, wo sich verschiedene vornehme Damen alle Wochen einmal von jesuitischen Beichtvätern durch Geißelung kasteien ließen und so einen Trost dabei fanden, daß sie die erfolgten Verbote zu umgehen vermochten⁵³⁾, oder wie in Lissabon, wo der fromme Prinzenenerzieher Manoel bezug dadurch, daß er sich im Angesichte der Hofdamen bald entblößten Rücken zerfleischte, bald wie ein Heiliger auf den Knien andächtig in andächtigen Begeisterungen verlor, auch die Königin Luise und ihre Damen vermochte, sich von ihren Beichtigern die Schultern geißeln zu lassen⁵⁴⁾, oder ob Vorfälle der Art, worin die Beichtiger ihr schwaches Gedächtniß hinsichtlich des Gelübdes der Keuschheit durch augenscheinliche Beweise an den Tag legten⁵⁵⁾, diese Noth herbeiführten, mag hier dahin gestellt bleiben. So ist außer Zweifel, daß die meisten Normen in dem Institutum,

48) Inst. Vol. I. p. 419. (Const. P. VII. c. 2. §. F.)

49) M. J. Bleich (praesid. Colero) diss. de Jesuitissis, Lips., 1794. 4., bes. §. 12. Vgl. auch (Inchofer) Monarch. etc. cap. 18. (con-
tra Sclipsorum.)

50) Dieses Breve ist auch abgedruckt in de Vargas relat. p. 179—185.
Bleich l. c. §. 27—29.

51) Marcet de la Roche Arnaud, die neueren Jesuiten (a. d. Franz.
C. G. Hennig, Rombe., 1827) S. 5.

52) Bei Vertreibung der Jesuiten fand man in Prag eine sella obstetrix
sordidata, wie Lucius (Historia Jesuitica etc. Basil., 1627. 4.) c. 5.
132 erzählt, und in Augsburg wurde nach Hasenmüller (hist. jesuitici
Ordinis, b. l. ausführliche Beschreibung des jesuitischen Ordens u. s. w. Frankfurt
1744. 4. S. 191.) unter den Jesuiten eine Jesuitin ergriffen, welche eben
da Kind säugte.

53) Imago prim. saec. Lib. VI. c. 1. p. 736. Wolf, Gesch. I. S. 201.

54) Wolf, Gesch. II. S. 402 fg.

55) M. J. z. B. Wolf, Gesch. I. S. 239 fg. u. III. S. 276 fg.

welche die Beichtiger der Auswärtigen betreffen, auf die Beicht weiblichen Geschlechts Bezug haben. Da diese Normen einen Blick in den Geist und das Betragen der Jesuiten wahren, so sollen einige derselben möglichst wortgetreu hier mitgeteilt werden. Der Besuch der Frauenzimmer (*visitatio mulierum*) zu vielfältigen Berathungen Anlaß, deren Resultat war, daß den gegebenen Vorschriften verbleiben und für die Befolgung derselben gesorgt werden solle⁵⁶). Zunächst wurde den Oberen der Professoren und Collegien gleichmäßig aufgetragen, daß sie „nur im Nothwendigkeit oder bei einer Hoffnung großer Frucht“ gestatten sollen, Frauenzimmer zu besuchen oder an ihnen zu schreiben, und selbst in diesem Falle es nur sehr bescheiden und klugen (*prudentibus*) Männern erlauben⁵⁷). Sodann ist ein Zug auf die Priester im Allgemeinen verordnet, daß, wenn Einer ihnen von seinem Oberen abgesendet wird, die Beichten von Frauenzimmern zu hören, oder sich aus einem andern Grunde solchen zu verfügen, der ihm vom Oberen bestimmte Gefährte (so ohne welchen überhaupt kein Jesuit das Haus verlassen darf⁵⁸), einem solchen Orte sich befinden soll, wo er den Priester und Frauenzimmer während ihres Gespräches sehen, jedoch dieses, da geheim sein soll, nicht hören kann. Gestattet der Ort eine Beobachtung des Gefährten nicht, so soll der Priester jedensfalls sorgen, daß die Thür nicht verschlossen werde, und der Ort Unterredung nicht dunkel sei⁵⁹). Endlich enthalten die Instructionen für die Beichtiger genauere Bestimmungen⁶⁰). Die Beichtiger nicht ohne Begleiter Frauenzimmer zu besuchen, wird in den Instructionen unter harten Strafen, selbst der Ausstoßung, wiederholt eingeschärft. Auch wird der oben erwähnte Auftrag an die Oberen der Professhäuser und Collegien hinsichtlich des Besuchens der Frauenzimmer auf folgende Art näher bestimmt: „Und in der That auch dem Falle der Nothwendigkeit (ein solcher z. B. wäre Krankheit, Trauer, der Tod Einiger, irgend ein frommes Geschäft u. dergl.) kann auch jene Hoffnung großer Frucht höchst selten sich ergeben. Weil jedoch die Verfahrungsart der Gesellschaft, empfangene Wohlthaten und die Vermeldung irgend einer Nothheit nicht gestatten, daß diese Dienste (obgleich allen Unsrigen untersagt werden, so ist einige Mäßigung nöthig. Daraus richtet sich am Zweckmäßigsten nach der Beschaffenheit sowohl der Personen, welche besucht werden, als der Unsrigen, welche besucht

56) Inst. Vol. II. p. 330. (Instr. c. 2. wo auch die Vorschriften für die Befolgung näher angegeben sind.)

57) Inst. Vol. II. p. 96 u. 103. (Regulae Praepositi R. 72. et Rectoris R. 70.)

58) Inst. Vol. I. p. 371. (Const. P. III. c. 1. §. 3.)

59) Inst. Vol. II. p. 139. (Reg. Sacerd. R. 18.)

60) Inst. Vol. II. p. 308 sq. u. 330 sq. Man s. den bes. Abdruck.

Es müssen drei Dinge zusammentreffen, um eine Person für
 würdig halten zu können, von den Unsrigen eines Dienstes wegen
 zu werden. Erstens, daß das Frauenzimmer von
 hohem Range (nobilis et primaria) sei; denn es ziemt
 sich, allen Andächtigen (Weibern) jedes Standes (gradus) die-
 nen zu leisten, da sie sich in unseren Kirchen, Beichten und
 in Collegien genug helfen und belehren lassen können. Zwei-
 tens, daß das Frauenzimmer sich um die Gesellschaft ganz vor-
 züglich (non vulgariter) verdient gemacht habe. Drittens,
 was glatte, dieser Dienst sei in jenem Hause dem Ehemanne,
 Verwandten und dergl. eher angenehm als verhaßt.
 Wer aber, welche diesen Dienst verrichten dürfen, sind sehr
 zu wählen, nämlich der Obere, der gleichsam im
 Namen (publico nomine) für das Collegium denselben
 vorstellt (jedoch so, daß er dabei sehr mäßig und umsichtig verfähre,
 Andere durch sein Beispiel vorzuleuchten) und der Beichti-
 ger, mit welchem, als dem geistlichen Vater, die zu besuchenden
 Frauenzimmer vertraulich verhandeln können (confidenter
 loquuntur), die auch, wenn man den Beichtiger ihnen
 enthielte, im hohen Grade beleidigt werden wür-
 de. Mißbräuche, wie folgende, wenn sie irgendwo noch be-
 stehen, sind abzuschießen, nämlich: daß man mehrere Stun-
 den sehr wenigen (pauculis) Frauenzimmern wid-
 met, um Anderen die Gelegenheit zu beichten abzuschneiden; daß
 Andere Weiber, die beichten wollen, zurückdrängt, damit die ei-
 genen geistlichen Töchter (wie man sie zu nennen
 legt) nicht zu warten genöthigt seien⁶¹). Die Beicht-
 ger sollen sich nicht mit armen Weibern, unter dem Vorwande der
 (geistlichen) Hülfsleistung, in eine größere Vertraulichkeit einlassen, als
 nöthig ist⁶²). Die Oberen haben dafür zu sorgen, daß die Beicht-
 stühle an offenen Plätzen so gestellt werden, daß ein Beichtiger den
 andern gleichsam als dessen Gefährte beobachten kann, und von Zeit
 zu Zeit nachzusehen, ob die Beichtstühle noch an ihren Plä-
 tzen, und ob die Gitter unbeschädigt und klein seien⁶³).
 Im Schluß wird noch bemerkt, daß die Vorschrift über die Mit-
 bräute eines Begleiters sich auf alle Arten von Besuchen beziehe, und
 daß man diesen niemals allein lassen solle, „außer wenn die
 Personen, welche man besucht, solche sind, daß es die
 Befürchtung, weil sie Geheimniß verlangen, oder die
 Pflicht selbst durchaus nicht gestatten, den Gefähr-
 ten bei sich zu haben⁶⁴).“

Die Beichtiger dürfen von den Beichtkindern kein Al-
 mosen, sei es auch zur Vertheilung unter die Armen, ohne Erlaub-

61) Inst. I. c. (§. 12. a. G.) 62) Inst. I. c. p. 331. (§. 6.)

63) Inst. I. c. (§. 4.) 64) Inst. I. c. p. 332. (§. 2. a. G.)

nig des Oberen annehmen. Dies ist jedoch nur von kleinen verstehen; denn wenn fürstliche Personen (ansehnliche) dem Beichtiger anbieten oder ihm zusenden, so darf er sie und sie (wie sich von selbst versteht) dem Oberen für den einhändigen, „damit (heißt es in der Instruction) wie während wir Anderen durch unsere Dienste zu wünschen, unserer Armuth Schaden zufügen.“ Die Jesuiten die Beichte zu und bei den geistlichen Uebungen zu gebrauchen mußten, davon wird unten die Rede sein. Hier nur noch einige Grundsätze der Casuisten über Erfordernisse zur Beichte und Absolution anführen, wobei man, wenn auch diese Grundsätze nur von Einzelnen nicht vergessen darf, daß, wie oben gezeigt wurde, keine Erlaubniß und Censur der Oberen gedruckt werden durfte. — noch, als die Lobreden von der Nützlichkeit der Beichte in den Predigten, lockte die große Milde der jesuitischen Beichtiger die Sünder zu deren Beichtstühlen. Die Jesuiten rühmen in dem *Imago pr.* (I. c.) selbst „die herrliche, alle Hoffnung und Erwartung der Menschen weit übertreffende Einrichtung,“ wornach Gott einen Mann an seine Stelle gesetzt habe, der nicht bloß alle Verbrechen erlasse, die Sünder wieder in ihre ursprüngliche Würde und alte Freundschaft mit ihm einsehe, sondern auch durch ein einziges Wort aus Schuldigen Günstlinge Gottes, aus Feinden Freunde und aus verdammten Erben des Himmels mache. Nichts sei jetzt gewöhnlicher als monatliche und wöchentliche Beichten. „Sehr Beflecken sich durch Sünden kaum so schnell, sie dieselben wieder tilgen.“ Die Jesuiten haben nicht bloß das große Verdienst, durch ihre mühsamen Forschungen entdeckt zu haben, daß gar viele Dinge erlaubt seien, die man sonst verboten hielt, sondern sie fanden auch durch ihren Scharfsinn auf, die Beschwerden der nach jener Richtung noch übrig gebliebenen Sünden (deren Zahl sehr klein ist) durch die Beichte zu erlösen und durch Subtilitäten (nach dem *Imago* die „*pia et religiosa auditas et pietatis solertia*“) abzuwerfen. Wie leicht ist es nicht, dem Jesuiten zu beichten! Will ein Beichtkind eine Sünde nicht speciell bekennen, so legt es eine Generalbeichte ab und vermengt dieselbe mit anderen Sünden, deren man sich in dieser en gros anklagt. Der Beichtiger hat auch kein Recht, dem Beichtling durch Befragen über Rück-

65) *Inst.* Vol. I. p. 409. (Const. P. VI. c. 2. §. 7.) Vol. II. p. 132. (R. I. u. p. 330. (Instr. cap. 1.)

66) M. f. Pascal I. c. lettre X. Tom. II. p. 231 sq. La morale des Jésuites etc. T. I. II. u. III. (In beiden Schriften sind die Stellen der *Calanda* wörtlich, in der letzteren sogar mit dem Originaltexte am Rande, angeführt. Vergl. bes. auch: *Imago pr. saec.* Lib. III. c. 7. 8 u. 9. — *Parle*, der Jesuitenspiegel (Erl., 1839) S. 58 fg.

Gewohnheitsünden Scham zu verursachen⁶⁷⁾, da auf die näheren Umstände der Sünde, wenn sie nur die Natur derselben nicht ändern, gar nichts ankommt, und es genügt, die Sünde mit ihrem eigentlichen Namen zu bezeichnen. Der Beichtende braucht sich auch nicht der Buße gefallen zu lassen, ja sie gar nicht anzunehmen, wenn die Absolution entsagen will; und erklärt er, die Buße auf Jenseits zu schieben und die verdiente Strafe im Fegefeuer verbüßen zu wollen, muß der Beichtiger ihm nur eine geringe Buße zur Ergänzung des Moments auflegen, besonders wenn er bemerkt, das Beichtkind eine größere nicht annehmen. Außerdem muß der Beichtvater dem Beichtkinde auf das Wort glauben, wenn dieses sagt, es habe sich und wolle sich bessern; ja es genügt zur Sündenvergebung, daß es bloß denkt, dieses habe jetzt im Allgemeinen die Absicht, sich zu bessern, sollte es auch sogleich wieder in Sünden zurückfallen. Das Versprechen der Besserung ist immer hinreichend; erfolgt dieses, so darf der Beichtiger die Absolution weder verweigern noch zögern, selbst wenn er überzeugt wäre, daß gar keine Besserung zu hoffen sei. Gegen den Einwand, eine solche Nachsicht zu Sünden verleite, behauptet P. Baunyn: „Man kann denjenigen, welcher gesteht, daß die Hoffnung, nicht zu werden, ihn zum Sündigen verleitet habe, weit leichter vergeben, als wenn er ohne diese Hoffnung gesündigt hätte⁶⁸⁾.“ Der Beichtling hat daher auch nicht nöthig, nahe Gelegenheiten zur Sünde zu vermeiden, oder Gewohnheitsünden⁶⁹⁾ zu meiden. Zudem ist eine nahe Gelegenheit bloß vorhanden, wenn man sie öfter, z. B. täglich, benutzt. Denn sündigt man mit demjenigen, mit welcher man zusammenwohnt, nur drei- oder viermal des Jahres oder nur aus schneller Entzückung, so ist dieses nachher wieder keine nahe Gelegenheit, die man übrigens nur dann vermeiden braucht, wenn es ohne großen Schaden oder große Unbequemlichkeit oder ohne Anstandsverletzung („honeste“, so Baunyn sagt) geschehen kann⁷⁰⁾. Deshalb darf z. B. ein Beichtiger dem Beichtkinde nicht aufgeben, seine Concubine aus dem Hause zu thun, wenn sie ihm in seinem Gewerbe oder als Haushälterin nützlich ist⁷¹⁾, oder umgekehrt einer Frau befehlen, einen mit ihr wohnenden Mann zu entfernen, sobald sie irgend einen Grund hat, ihn bei sich zu behalten⁷²⁾. Sollte ein Beichtiger etwa erfahren, daß ein ihm bekanntes Beichtkind z. B. eine Schwester, mit welcher er eine Sünde begangen, nicht aus dem Hause geschafft habe, so muß das Beichtkind besorgen, daß ihm wegen dieser Sünde nicht werde gelautet werden, wenn es sagt, daß es sich in keiner nahen

67) Pascal l. c. p. 234 sq. Parleß a. a. O. S. 54. Not. 36.

68) Pascal p. 240 sq.

69) R. f. bes. La morale des Jésuites etc. Tom. I. p. 194 sq.

70) Pascal l. c. p. 242.

71) Parleß a. a. O. S. 541. Not. 38. 72) Pascal l. c. p. 243.

Gelegenheit befinde; so kann es, ohne eine Lüge zu gehen, sich dem Beichtiger durch Veränderung der Stimme, Kleidung, des Namens u. dergl. unkenntlich machen, nur mit sich dabei einer Zweideutigkeit bedienen⁷³). Endlich ist, um Vergebung der Sünden durch die Absolution zu erlangen, gar keine wahre Reue (*contritio*) nothwendig, sondern auch schon eine Furcht vor den Folgen der Sünde (*attritio*), z. B. vor den Hölischen Strafen, oder ein bloßes Bedauern darüber, daß die Sünde zeitlichen Schaden verursacht, z. B. die Gesundheit gekostet, Geld gekostet hat, völlig genügend⁷⁴). Anfangs hielt man zwar mit der Kirche wahre Reue bei jeder Todsünde, nachher aber bloß an Festtagen, dann nur in der Todesstunde für nöthig, bis der gelehrte Pater Valentia endlich herausbrachte, daß die Reue keineswegs nothwendig, ja sogar ein Hinderniß sei⁷⁵). Man kann also nach diesen Grundsätzen das ganze Leben hindurch ohne Scrupel sündigen und die Sünden auf diese bequeme Art (durch *attritio*) büßen, als ob man Gott zu lieben. Die Jesuiten waren über die Liebe Gottes nicht einig; sie hielten solche nur zu gewissen Zeiten für erforderlich, bald wenn man die Taufe empfängt, bald an Festtagen, alle Jahre u. s. w. Allein der Pater Sirmond machte dem ganzen Streite durch das glückliche Resultat seiner Forschung ein Ende, nämlich die Erfüllung der übrigen Gebote das Gebot der Liebe Gottes ganz entbehrlich mache, und dieses nicht den Sinn habe, daß wir ihn lieben, sondern nur den, daß wir ihn nicht hassen sollen⁷⁶).

c) Die geistlichen (geistigen) Uebungen (*Exercitia, exercitia spiritualia*)⁷⁷). Diese Exercitien sind eigentlich die gefährlichsten Waffen, womit die Gesellschaft Jesu die gesunde Vernunft, das vernünftige Christenthum und die christliche Gesinnung zu bekämpfen, den Verstand zu unterjochen und die Menschen in willenlose Maschinen zu ihren Zwecken zu verwandeln strebt. Wahrlich nicht ohne Grund empfahl Ignatius seinen Jüngern ganz vorzüglich, sich in dem Gebrauche dieser geistlichen Übungsgattung, die so viel zum Gehorsame Gottes beitrage, Geschick zu erwerben⁷⁸). „Unter den Werkzeugen (heißt es im Eingange des

73) *Parl. S.* 55. Not. 39.

74) *Pascal* l. c. p. 245 sq.

75) *Pascal* l. c. p. 248: „Imo obstat potius, quo minus efficiatur.“

76) *Pascal* l. c. p. 250 sq.

77) *Inst. soc. Jes.* Vol. I. p. 6. 22. 257 sq. (Bull.) 300. (comp. s. v. *exercitia spiritualia*), bes. Vol. II. p. 385–472 (*exercitiorum directorium exercitiorum*).

78) *Inst.* Vol. I. p. 390. (Const. P. IV. c. 8. §. 5.) Vol. II. p. 433. (prooem. §. 4.)

ns) 79), welche Gott vermöge seiner Güte und Huld unserer Gesellschaft, eigenes und der Nächsten Heil und Vollkommenheit zu fördern, zu ertheilte, nehmen die geistlichen Exercitien nicht den letzten Platz ein. Sie sind ein Werk, welches unser in Christo seliger Vater Ignaz nicht so fast nach Büchern, als vielmehr nach der Salbung des heiligen Geistes und nach innerer Erfahrung und Übung verfaßte. Sie sind die Lichtfunken (lumina), welche ihm Herr in der ersten Bekehrungsgluth einhauchte.“ Der Papst Paul III. sagt in der Bestätigungsbulle (1548) von ihnen, daß sie „zu Frömmigkeit und Heiligkeit und zur Erbauung und geistlichen Vervollkommenung der Gläubigen sehr nützlich seien“ 80).“ Die folgende, ganz aus den Quellen geschöpfte Darstellung des Exercitienwesens wird ergeben, in welchem Sinne es wahr sei. Man wird sich, hoffen wir, daraus überzeugen, wie voll Unsinn und Heillosigkeit, zur Erödung des Gefühls des Guten und Schönen sehr nützlich und ganz vorzüglich geeignet seien, die Phantasie der Menschen aufzuregen, sie mit Alespuz anzufüllen, und die armen Geschöpfe, welche sich den Meditationen dieses geistlichen Magnetismus hingeben, zu bigotischen Schwärmern und frömmelnden Mystikern ohne innere Andacht zu machen, oder sie zur Narrheit oder Verzweiflung zu bringen, und je nach Willen den Jesuitenstaat zu bevölkern und sein Aerar zu bereichern. Unter den geistlichen Exercitien begreift der Orden 81) „jede Art, das eigene Gewissen zu erforschen, sodann zu meditiren, Betrachtungen anzustellen, zu beten mit Gemüth und Stimme (orandum mentem et vocem) und endlich alle anderen geistlichen Handlungen (operationes) vorzunehmen. Sie bestehen aus drei Wegen oder Wegen, die in vier Wochen vertheilt sind, nämlich dem Reinigungs-, dem Erleuchtungs- und dem Einigungsweg (via purgativa, illuminativa et unitiva). Der Reinigungs-Weg oder Cursus ist die erste Woche der geistlichen Übungen bestimmt, deren Zweck in der Reinigung der Seele von ihren Sünden besteht, „so daß das Gemüth von der Liebe eines jeden irdischen Gegenstandes abgezogen in dem Hasse und der Verabscheuung der Sünde befestiget werde. Der Erleuchtungsweg soll in der zweiten und dritten Woche wandern und das Beispiel des Erlösers im Leben und Leiden und seinen Tugenden betrachtet werden. In der zweiten Woche begleitet Christus mit dem Zwecke, ihn als den Weg des Lebens zu kennen, bis zum Einzuge in Jerusalem und in der dritten in seinem Tode 82). Der Einigungsweg endlich wird in der vierten Woche mit Exercitien über die Auferstehung, die glorreichen Erscheinungen und Himmelfahrt Christi und mit den drei Arten zu beten zu-

79) §. 1. u. 2. (Inst. Vol. II. p. 433.) 80) Inst. Vol. II. p. 387.

81) Inst. Vol. II. p. 390. (Annotatt. annot. 1.)

82) Inst. l. c. p. 390. (Annotatt. ann. 4.) u. p. 452. (dir. c. 18. §. 2.)

rückgelegt und die Reise vollendet. Diese drei Stadien müssen strenge eingehalten werden, so daß man zwar von der höheren Stufe, die man bereits erklommen, zurückblicken und sich mit Gegenständen der früheren Wege beschäftigen, aber keinen Sprung vorwärts, z. B. vom ersten zum dritten Wege, thun darf. Die oben erwähnten drei Arten zu beten⁸³⁾ hat nicht Jeder zu befolgen, und solche, die nicht die vollen Exercitien, sondern nur die erste Woche durchmachen, wie dieses bei Ungebildeteren der Fall ist, haben schon mit dieser Woche die drei Betweisen zu verbinden. „Die erste Art zu beten ist herzuleiten aus den zehn Geboten, den sieben Todsünden, den drei Seelenkräften und den fünf Sinnen, weshalb sie fast nicht so die Form eines Gebets als vielmehr einer geistlichen Uebung hat, durch welche die Seele unterstützt und das Gebet Gott angenehmer gemacht wird⁸⁴⁾.“ „Die zweite Art zu beten besteht darin, daß wir mit gebogenen Knieen oder im Sitzen (je nach der Gewohnheit des Körpers und der Andacht des Gemüths) mit verschlossenen oder auf Eine Seite hin gehefteten und nicht da und dorthin bewegten Augen das Gebet des Herrn vom Anfange an hersagen und bei dem ersten Worte: „„Vater,““ so lange meditirend verweilen, als uns verschiedene Bedeutungen, Aehnlichkeiten, geistige Genüsse (*spirituales gustus*) und andere andächtige Regungen (*commotiones devotae*) in Bezug auf jenes Wort einfallen werden; und so sollen wir hernach bei jedem einzelnen Worte dieses oder eines anderen Gebetes verfahren⁸⁵⁾.“ „Die dritte Art zu beten (endlich) besteht darin, daß wir zwischen einem Athemzuge und dem anderen einzelne Worte des Gebets des Herrn oder eines anderen Gebets aussprechen und dabei zugleich in Erwägung ziehen entweder die Bedeutung des ausgesprochenen Wortes, oder die Würde der Person, an welche das Gebet gerichtet ist, oder meine (unsere) eigene Niedrigkeit, oder endlich den Unterschied zwischen dieser und jener. In gleicher Weise ist bei den übrigen Worten zu verfahren⁸⁶⁾.“ — Was mag ein Jesuit dabei denken, wenn er ein gläubiges Schaf in diesen so geist- und sinnvollen Betweisen exercirt!!

Die ganze Exercitienzeit nimmt zwar regelmäßig ungefähr 30 Tage ein, so daß eine Woche 7 oder 8 Tage und eben so viele Exercitienreihen umfaßt; da aber Manche langsamer, Manche hingegen schneller das finden, was sie suchen (z. B. in der ersten Woche Kreuz, Schmerz und Thränen über ihre Sünden) und Einige auch mehr oder weniger von den verschiedenen Geistern geplagt und geprüft werden; so kann man auch die Wochen verkürzen oder verlängern, je nachdem es das Bedürfniß nöthig macht⁸⁷⁾. Jedes Exercitium soll eine Stunde dauern, welche nicht verkürzt, wohl aber verlängert werden darf, besonders wenn der Teufel durch Versuchungen auf Ab-

83) Inst. Vol. II. p. 415 sq. u. 468 sq. (dir. c. 37. §. 1—13.)

84) Inst. I. c. p. 415.

85) Inst. I. c. p. 416.

86) Inst. I. c. p. 417.

87) Inst. I. c. p. 390. (ann. 4.)

fürzung bringt; denn in diesem Falle ist schon des Sieges wegen Verlängerung nöthig⁸⁸⁾. Das erste Exercitium soll um Mitternacht, das zweite Morgens früh nach dem Aufstehen, das dritte vor oder nach der Messe, jedoch noch nüchtern, das vierte gegen Abend und das fünfte vor dem Abendessen vorgenommen werden. Diese Eintheilung der Zeit ist allen Wochen gemein, wiewohl hier eine Veränderung, eine Vermehrung oder Verminderung der Stunden, nach den Umständen, dem Alter, der Geistes- und Körperbeschaffenheit u. des sich Lebenden zulässig ist⁸⁹⁾.

Die erste Woche⁹⁰⁾ beginnt mit dem Principium oder Fundamentum, d. i. mit der Erklärung der Bestimmung des Menschen, der nämlich erschaffen ist, daß er Gott seinen Herrn lobe und verehere und ihm dienend endlich gerettet werde (*salvus sit*); dann folgt eine besondere Prüfung (*examen particulare*), die man am Morgen, Nachmittags und Abends mit sich anstellt, indem man bei jeder die bis dahin begangenen Sünden mit Puncten an gezogenen Linien anmerkt; und auf diese Prüfung ist eine allgemeine Gewissensforschung (*examen conscientiae generale*) „zur Reinigung der Seele und zur Beichte der Sünden sehr erspieflich.“ Es wird ein Sündenregister nach Gedanken, deren der Mensch dreierlei hat, eigene und solche, welche ihm der gute oder böse Geist ein- gibt, nach Worten und Werken aufgeführt, um die Arbeit des Erforschens zu erleichtern. Endlich wird der Gebrauch der Generalbeichte, die nach den Exercitien der ersten Woche am Zweckmäßigsten erfolge, so wie der Communion, sehr empfohlen.

Nun kommen erst die eigentlichen Exercitien an die Reihe, welche a) aus einem Vorbereitungsgebete, „womit wir den Herrn um die Gnade bitten, daß alle unsere Kräfte und Verrichtungen aufrichtig seine Ehre und Verehrung (*cultum*) bezwecken mögen; b) aus zwei Vorspielen (*praeludia*), wovon das erste den Schauplatz festsetzt, und das zweite namhaft macht, was man verlangt (es kommen auch 3 Präludien vor); c) aus Puncten, d. i. den Gegenständen der Betrachtungen, Anschauungen u. und d) aus Colloquien (Gesprächen) bestehen, die mit einem Paternoster endigen.

Der Raum gestattet es nicht, die einzelnen Exercitien der Reihe nach hier vollständig zu erklären; ein einziges wollen wir jedoch anführen, um den eigenthümlichen Geist derselben kennen zu lernen. Wir wählen das fünfte Exercitium der ersten Woche⁹¹⁾. Es hat die Betrachtung der Hölle zum Gegenstande und besteht außer dem Vorbereitungsgebete aus 2 Präludien, 5 Puncten und einem Colloquium. „Das erste Präludium enthält die Einrichtung des Schauplatzes, indem sich die Hölle der Länge, Breite und Tiefe nach den Augen der Einbildung darstellt. Das zweite aber

88) Inst. Vol. II. p. 391. (ann. 12 u. 13.)

89) Inst. I. c. p. 400 u. 438. (dir. c. 3. §. 7 u. 8.)

90) Inst. I. c. p. 393 sq. 91) Inst. I. c. p. 399.

besteht in dem Verlangen nach der vollständigsten Begreifung der Strafen, welche die Verdammten leiden, damit, wenn mich einst die Vergessenheit der göttlichen Liebe ergreifen sollte, wenigstens die Furcht vor der Strafe mich von den Sünden abhalten möge. Der erste Punct ist, die ungeheueren Hölle Feuer und die Seelen, gleichsam in feurigen Leibern wie in Gefängnissen eingeschlossen, mittelst der Einbildung zu schauen; der zweite, das Wehklagen, Heulen, Schreien und die Lästerungen, welche gegen Christus und seine Heiligen losbrechen, einbildlich zu hören; der dritte, auch den Rauch, den Schwefel und Gestank irgend eines Schlammes oder Bodensatzes und der Fäulniß durch imaginären Geruch zu empfinden; der vierte, eben so die bittersten Dinge, als Thränen, ranzigen Geschmack und den Wurm des Gewissens, zu kosten; der fünfte, gleichsam die Feuer zu betasten, durch deren Berührung die Seelen selbst verbrannt werden. (Colloquium.) Unterdessen sind in einem Gespräche mit Christus die Seelen derjenigen dem Gedächtnisse vorzuführen, welche zu den Hölle Strafen verdammt worden sind, entweder weil sie nicht an die Ankunft Christi glauben wollten, oder, obgleich sie daran glaubten, doch kein seinen Geboten angemessenes Leben führten, und zwar entweder vor der Ankunft Christi, oder in derselben Zeit, in welcher Christus auf dieser Welt lebte, oder nach dieser Zeit. Schließlich ist demselben Christus der größte Dank dafür zu sagen, daß er mich nicht in irgend ein solches Verderben stürzen ließ, sondern vielmehr bis zu diesem Tage mit die höchste väterliche Liebe und Barmherzigkeit bewies. Nach Hergang eines Paternoster wird das Exercitium beendet." In demselben Geiste sind alle übrigen Exercitien eingerichtet. Ueberall, wo es nur einigermaßen angeht, wird auf die psychologisch wirksamste Art der Beruf der Gesellschaft Jesu als der höchste hervorgehoben, um in den sich Uebenden die Lust zu dem Eintritte in dieselbe zu erwecken. Ueberhaupt bildet bei solchen, die noch frei sind und sonach über sich verfügen können, die Wahl des Standes, worüber in der zweiten Woche meditiert wird, einen Hauptgegenstand für die Thätigkeit des geistlichen Führers. Die Vorschriften⁹²⁾, nach welchen dieser dabei zu verfahren hat und die einen Auszug nicht wohl möglich machen; wie er das Verlangen nach dem vollkommenen Ordensstande anzuregen, das angeregte durch Kälte, Zurückweisung und noch größere Ausmalung dieses Standes zu steigern und bis zum Enthusiasmus zu entflammen hat, sind ein Meisterstück der jesuitischen Politik, welche selbst anerkennt, daß die Standeswahl der schwierigste Punct bei den Exercitien sei, der die größte Gewandtheit und geistige Unterscheidungsgabe erfordere⁹³⁾.

„Um die Exercitien besser zu verrichten und das, was

2) Instit. Vol. II. p. 408 sq. u. bes. p. 455—66. (direct. cap. 12—33)

3) „In omnibus exercitiis nullus est difficilior locus, aut qui majorem dexteritatem et discretionem spirituales requirat, quam electionis," f. Inst. l. c. p. 455. (dir. c. 12. §. 1.)

man durch dieselben sucht, leichter zu finden," werden noch Zusätze (additiones)⁹⁴⁾ als „sehr nützlich“ empfohlen, als: besondere Gedanken und Einbildungen; daß man sich, wenn man eine Betrachtung beginnt, auf den Boden hinwirft, auf den Rücken oder Bauch hinlegt (versteht sich, wenn es Niemand sieht: clanculum), „um, was man sucht, desto leichter zu erlangen;" daß man Gedanken, die Freude erregen, vermeidet, weil sie das Weinen und den Schmerz über die Sünden verhindern; daß man sich alles Licht entzieht; sich des Lachens und Lachen erregender Worte enthält; Niemanden ansieht; sich Nahrung und Schlaf entzieht und sein Fleisch kasteie. Als solche Kasteiungen werden vorzüglich genannt: das Tragen von Cilicien (eiserne⁹⁵⁾ Gürtel mit gegen den Leib gefehrten Spitzen, die in's Fleisch eindringen), das Schlagen und Hauen des Leibes mit Cilicien, Stricken, eisernen Stangen u. dergleichen. Hierbei wird bemerkt, daß es von Vortheil zu sein scheine (expedire videtur), wenn der Schmerz nur im Fleische empfunden werde und nicht die Knochen mit Gefahr der Gesundheit durchdringe. Deshalb soll man zu Geißeln nur kleine Stricke gebrauchen.

Besonderen Aufschluß über den Geist des Jesuitismus geben noch die Vorschriften über die Anwerbung der Leute zu den Exercitien und über die Führung der sich Uebenden⁹⁶⁾. Das erste Capitel des in der Note angeführten Directoriums handelt davon, „wie man die Menschen zu den Exercitien bewegen solle („quomodo inducendi sint homines ad exercitia"). „Die Nostri (so nennen sich die Jesuiten) sollen so viele, als sie immer können, zur Verrichtung der Exercitien durch süße Worte zu bewegen suchen (suaviter inducant). Dazu sei Klugheit nothwendig, besonders um keinen Verdacht zu erregen, als wolle man für den Orden werben. Die schicklichste Gelegenheit hierzu ist, nach der Meinung des heiligen Ignatius, in der Beichte; doch dürfe man nicht mit Ungestüm und ohne Veranlassung (ex abrupto), sondern bei schicklicher Gelegenheit, die sich entweder aus den Umständen ergebe, oder geschickt herbeizuführen sei, damit anfangen. Außer der Beichte könne es geschehen, wenn man Jemanden sehe, der mit seinem Stande nicht recht zufrieden sei, entweder wegen eines inneren Scrupels oder einer äußeren Beschwerde, z. B. weil ihm die Geschäfte nicht recht von Statte gehen, oder er von den Seinigen schlecht behandelt wird u. s. w. Bisweilen geben Laster und Fehltritte eine bequeme Gelegenheit, indem man die Exercitien als Cur für diese Seelenkrankheit vorschlagen kann. Hat sich nun eine Gelegenheit ergeben, so sind die großen Früchte der Exercitien, als Friede, Seelenruhe, innere Erleuchtung und Kenntniß zu einer guten Leitung des ganzen Lebens, in je-

94) Inst. Vol. II. p. 400 sq. (Cf. auch p. 344.)

95) Auch härtere Gürtel.

96) Inst. Vol. II. p. 335 sq. (direct. cap. 1 sq.)

dem Stande, anzuzeigen und dabei Beispiele von solchen anzuzeigen, welche durch den Gebrauch der Exercitien wirklich diese Früchte geerntet haben und nachher zufrieden gewesen sind⁹⁷). Hat sich jemand zu den Exercitien entschlossen⁹⁸), so muß er demjenigen, welcher ihm die Exercitien geben wird, Lehrer und Führer auf dieser ungewissen und gefährlichen Reise nehmen, und darf deshalb, so weise, gelehrt und geschäftserfahren er sonst sein mag, doch für diese Zeit seiner eigenen Weisheit und Gelehrsamkeit nicht vertrauen, sondern muß sich ganz auf seinen Führer überlassen, als sei er ihm als ein Werkzeug Gottes dazu gesendet worden, um ihn zu leiten durch den Weg zu führen, der zum Leben führt. Er soll außerdem nichts verhehlen, nichts vorenthalten, sondern ihm aufrichtig sein Herz öffnen und getreu erzählen, wie ihm die einzelnen Meditationen gelungen seien, welche Tröstungen, Trostlosigkeiten (*desolationes*), Erleuchtungen und gute Begierden er bei den Übungen oder die übrige Zeit empfunden habe. Endlich soll er ihm in Allem genau gehorchen und sich hinsichtlich der Meditationen und der Methode ganz an die Vorschrift desselben halten. Dasselbe ist bei den Bußen und Kasteiungen des Leibes. Bei jedoch der Instructor, daß der Aspirant, wenn man ihm Alles was er zu thun habe, auf einmal vorlegt, dadurch abgeschreckt werden möchte, so ist es rathsamer, im Anfange entweder ihm Alles bekannt zu machen, oder nicht zu viel aufzuladen (*admodum aggerare*), sondern zu warten, bis der geistliche Geschmack, den er an findet, ihn besser befähiget haben wird, Alles zu ertragen. Ihn sodann erst allmählig anzutreiben, die Exercitien mit aller Vollkommenheit zu verrichten⁹⁹).

Noch merkwürdiger sind die Torturen mit den angeblichen Visionen der Teufel und Engel, mit deren Plänen und Mitteln Jesuiten so vertraut sind, als wenn sie zugleich Genossen der Höllen des Himmels wären. Das Institutum enthält hierüber zwei Sätze von Regeln, wovon die erste sich auf die Unterscheidung der Bewegungen der Seele, welche die verschiedenen Geister anregen, bezieht und für die erste Woche bestimmt ist; die zweite hingegen die genauere Unterscheidung der Geister betrifft und in der zweiten Woche Anwendung kommt. Man kann die letzteren Regeln wohl auch in der ersten Woche gebrauchen, wenn anders der Zögling nicht in geistlichen Dingen zu ungelübt ist und deshalb mit zu crassen und auffallenden Versuchungen, als: mit Belästigung, Angst, Scham, Furcht aus Rücksicht auf weltliche Ehre &c., heimgesucht wird, so daß bei ihm zu

97) Man sehe noch den besonderen Abdruck.

98) Dir. c. 2. §. 1—8. „Quomodo dispositus esse debeat, qui ad exercitia facienda accedit.“ (Inst. Vol. II. p. 436 sq.)

99) Ueber Lectüre, den Ort der Exercitien und die Eigenschaften des Lehrers s. den bes. Abdruck.

Hindernisse gegen den göttlichen Gehorsam eintreten. Denn ein Jesuit würde die Subtilität und Erhabenheit des Gegenstandes nicht begreifen im Stande sein¹⁰⁰⁾.

Man ersieht aus diesen Regeln, wie es der Instructor ganz in seiner Macht hat, den Teufel oder Engel spielen zu lassen, je nach dem der Zweck erfordert. Mit welcher Gewandtheit übrigens die Jesuiten diese Exercitien zu geben verstehen, davon gibt Augustin einet einen Beweis, welcher sie in dem Exercitienhause zum heiligen Sebastian in Rom bestanden hat und mit wahrhafter Begeisterung spricht¹⁾. Er kann, nach seinem Uebertritte zur römischen Kirche, die frommen Väter nicht genug rühmen; wir müssen aber bedenken, daß er dieselben aus ihrem Institutum und anderen Schriften gelernt habe. Wohin kann sich nicht auch das reinste Gelehrte wenden, wenn es sich auf den Flügeln einer exaltirten Phantasie, die Jesuiten lenken, forttragen läßt? Kein Wahn bethört den Jesuiten leichter, als der eines unmittelbaren Umganges mit höheren Geistern. Die tiefste Demuth, welche der sich wahnende Liebling Gottes vor diesem durch Außenwerke an den Tag legt, ist oft nur die Hülle des frevelhaftesten Stolzes gegen Alle, die er für minder be-
achtet hält!

Demjenigen, welchem öffentliche Geschäfte obliegen, werden die Exercitien etwas erleichtert²⁾.

4) Die Grundsätze der Sittenlehre. Die Sittenlehre stützt sich auf alle bisherigen Mittel, weil der Orden sie überall, wo er praktisch thätig ist, in Anwendung bringt, je nach dem es der Zweck eben nöthig macht. Darum möge sie hier ihren Platz zu den erläuterten Mitteln einen Platz finden. Je mehr wir uns der Sittenlehre der Jesuiten, worüber in dem Institutum selbst viel vorkommt, als daß die Moralphilosophie, wie bereits oben bemerkt worden, nach Aristoteles gelehrt werden soll, durch unzählige Lehren³⁾ bereits bekannt geworden ist, desto kürzer können wir uns in der Darstellung derselben fassen, die sich hauptsächlich nur auf die Grundprincipien beschränken soll. Der sogenannte Molinismus oder die Prädestinationslehre gehört der Theologie des Ordens an. Wir sind aber gleichwohl geneigt, diese Lehre auch für die Basis der

100) Inst. Vol. II. p. 391. (annot. 9.) M. s. den Hauptinhalt dieser obigen Regeln im bes. Abdr.

1) M. s. Aug. Theiner, Geschichte der geistlichen Bildungsanstalten etc. (Bd. I. 1835) Borrebe, S. XLII flg.

2) Inst. Vol. II. p. 392 sq. (annot. 19.) M. s. den bes. Abdr.

3) M. s. die Liter. bei Wolf, Gesch. Bd. IV. S. 398 flg. Hierher gehören vorzüglich Pascal's Provinzialbriefe, die gleichfalls angef. La morale des Jésuites etc., des Santo Domingo angeführter Jesuitenspiegel etc. (Bd. I. 157 flg.) u. Harless a. a. D.

4) Lud. Molina, de concordia gratiae et liberi arbitrii. Coimbrae, 1640. fol. — Pascal l. c. p. 162. Die hierüber entstandenen Streitschriften s. man Wolf a. a. D. S. 338 flg. u. die Geschichte über den Molinismus das. Bd. II. 157 flg. — Daß der Jesuit, welcher in Glaubensmeinungen anders denkt, als die

Sittenlehre deshalb zu erklären, weil sich die grenzenlose Leichtfertigkeit in der Moral aus der Prädestinationslehre leichter begreifen läßt⁵⁾.

Wir verstehen hier unter Sittenlehre den Inbegriff derjenigen Grundsätze, nach welchen der Orden die vor das Forum des Gewissens gehörigen Fälle entscheidet. Die Jesuiten beabsichtigen keineswegs, durch die Grundsätze ihrer Moral die Sitten zu verderben, aber auch nicht, dieselben zu verbessern, was geradezu gegen die Interessen des Ordens, sohin eine schlechte Politik wäre⁶⁾. Sie haben vielmehr die menschenfreundliche Tendenz, ihre Sittenlehre den verschiedenen Sitten der Menschen anzupassen, um Allen zu genügen, Allen gefällig zu sein, sich Alle als dankbare Freunde verbindlich und anhänglich zu machen. Da es nun zwei Gattungen von Menschen gibt; theils nämlich solche, welchen nur eine strenge Sittenlehre genügt, und theils solche, denen jede Strenge lästig ist, weil sie eine zu große Anhänglichkeit an die Genüsse und Freuden des Lebens haben, als daß sie denselben entsagen und dagegen strenge Tugend üben könnten; so haben die Nostri nicht nur die strenge Moral für die erste Menschenklasse beibehalten und, wo nöthig, diese noch strenger gemacht, als sie nach der gewöhnlichen herrschenden Ansicht dargestellt zu werden pflegt, sondern auch mit großer Mühe und Anstrengung eine für die schwächeren Kinder der Welt bestimmte bequemere Sittenlehre bearbeitet, von deren Principien hier allein die Rede sein soll. Es war in der That keine geringe Aufgabe, die Handlungen, welche nach der strengen Moral lasterhaft und verdammlich sind, als erlaubt und justificabel darzustellen. Aber das Bedürfniß lag vor, da man diese große Menge von Menschen, besonders in den höheren Ständen, denen der Orden so unendlich viel zu danken hat, nicht hilflos und von Gewissensscrupeln gepeinigt lassen durfte; es mußte also dem Bedürfnisse abgeholfen werden. Es gelang; man erfand Mittel, mit deren Hülfe man allen unsittlichen und selbst verbrecherischen Handlungen das Unsittliche und Verbrecherische, gleichsam den Stachel, mit welchem sie sonst das Gewissen zu verletzen pflegen, und dadurch auch die lästigen Folgen derselben — die ewige Strafe — wie durch einen Zauber benehmen kann. Diese Mittel oder Principien beruhen auf der Ansicht: daß Gott nur auf die Absicht des Handelnden und nicht auf die äußere That sieht; daß also die Handlung bloß durch die böse, d. h. durch die auf das Unsittliche oder Verbrecherische derselben unmittelbar gerichtete, Absicht zur unsittlichen und verbrecherischen wird. Denn wie eine Handlung ohne alle Absicht weder gut noch böse, sondern indifferent ist, so hängt ihre sittliche Beschaffenheit lediglich von der Beschaffenheit der ihr zum Grunde lie-

Kirche und ihre Lehrer, sich nicht dieser, sondern der Gesellschaft unterwerfen soll, erhellet deutlich aus Inst. Vol. I. p. 375. (Const. P. III. c. 1. §. O.)

5) Man sehe den besonderen Abdruck.

6) M. s. bes. Pascal l. c. Tom. I. p. 257 sq. (Brief 5.) u. Tom. II. p. 91 sq. (Brief 6.) u. p. 197 sq. (Brief 9.)

en Absicht ab⁷⁾, durch welche allein sie zur guten, wenigstens er-
 ten, oder bösen wird. Daher ist auch nicht die äußere Handlung,
 en nur die Absicht des Handelnden das Zurechnungsfähige, bezie-
 gsweise Strafbare. Es kommt demnach lediglich darauf an, daß
 denjenigen Handlungen, welche, wenn die Absicht auf die Wir-
 , die sie hervorbringen, unmittelbar gerichtet ist, unerlaubt und
 amlich sind, diese böse Absicht entziehe und derselben eine gute
 erlaubte substituire, weil ihnen dadurch das Einzige, was sie un-
 cht macht, entzogen und dagegen dasjenige innere Motiv gegeben
 , welches den Handelnden vor dem Richtersthule des Gewissens
 Gottes rechtfertigt, wenigstens vollständig entschuldigt, da
 etwaigen schlimmen Folgen der Handlung von ihm nicht beab-
 igt wurden, und darum ihm auch nicht zugerechnet werden
 en. Auf solche Weise wird also den schwachen Menschen vollkom-
 n geholfen; sie können Alles ohne den geringsten Nachtheil für ihr
 wissen thun, sobald sie es nur verstehen, ihre Absicht auf etwas
 laubtes zu lenken und so zu reinigen. Je gewandter Jemand hierin
 , desto ungenirt ist er auch in seinem äußeren Thun und Lassen.
 e Kunst besteht demnach lediglich in der Reinigung der Absicht. Für
 Theorie dieser Kunst stellen nun die Nostri gewisse allgemeine Prin-
 cipiën auf, die, wenn man sie praktisch gehörig anzuwenden weiß,
 kommen genügen, jede Handlung ohne Gewissensscrupel begehen zu
 en. Um diese praktische Anwendung zu erleichtern, geben sie selbst
 unzähligen Beispielen anschauliche Anleitung zu derselben. Die theo-
 ischen Principiën sind vornehmlich: 1) der Probabilismus,
 die Leitung der Absicht, 3) der innere Vorbehalt und
 die Zweideutigkeit. Alle diese Principiën lassen sich zwar auf
 eine der Leitung der Absicht zurückführen, wenn man diese
 Ab- und Hinlenkung, als Beschränkung oder Ausdeh-
 ung der Absicht auffaßt; es ist aber gleichwohl nöthig, diese Prin-
 cipiën wenigstens ihren Begriffen nach zu erläutern. Der Proba-
 ilismus⁸⁾ besteht darin, daß man für seine Handlung eine sie
 lligende Meinung eines Schriftstellers als Auctorität auffucht und,
 stützt auf diese, die Handlung selbst begeht. Für probabel gilt jede
 Meinung, die sich auf Gründe von einiger Bedeutung stützt. Man
 ann eine Meinung befolgen, selbst wenn das Gegentheil gewisser ist,
 und die neueren Meinungen haben den Vorzug vor den älteren, wären
 diese auch in einer den Aposteln nahe kommenden Zeit aufgestellt wor-
 en. Da der Katholik ohnehin in Glaubenssachen der kirchlichen Au-
 torität blind zu folgen gewohnt und verpflichtet ist, so ist es begreif-
 ch, daß diese Lehre großen Beifall finden und sehr verderblich auf die

7) W. vergl. La morale des Jésuites etc. Tom. I. p. 238 sq.

8) La morale des Jésuites etc. Tom. I. p. 305 — 435. Pascal l. c.
 Tom. I. p. 267 sq. (Brief 5.) u. dort Wendrock (Nicole) p. 276 — 453.
 Wolf, Gesch. Bd. II. S. 283. Jesuitenspiegel, Bd. I. S. 161 fig.

Sitten wirken mußte⁹⁾. Die Jesuiten selbst gaben ihr dadurch, daß sie in verschiedenen casuistischen Schriften fast alle Sünden und Verbrechen als erlaubt darstellten¹⁰⁾, die größte praktische Ausdehnung, da man alle diese Meinungen der Casuisten als probable Meinungen benutzen und befolgen konnte. Hier läßt man also im Grunde die Absicht von einem Anderen leiten, auf den natürlich auch alle Schuld fällt, wenn die Handlung strafbar sein sollte. Man ging so weit, daß man behauptete, man dürfe eine fremde Meinung selbst dann befolgen, wenn man in seinem Inneren von der Wahrheit des Gegentheils überzeugt ist. Die Leitung der Absicht (*directio intentionis*)¹¹⁾ besteht in der Richtung derselben auf etwas Erlaubtes, d. h. man wählt sich einen erlaubten Gegenstand als Zweck seiner Handlungen aus. So wird z. B. Wucher statthaft, wenn man das, was man zu nehmen nimmt, als Vertragssumme oder als Gabe für die erwiesene Gefälligkeit des Darleihens betrachtet. Eben so läßt sich die Bestechung des Richters als Erkenntlichkeit für die erteilte Gerechtigkeit, die Tödtung des Calumnianten als Ehrenrettung, Betrug in Maß und Gewicht als ein Mittel, sich vor Schaden zu hüten u. s. w., rechtfertigen. — Der innere Vorbehalt (*reservatio mentalis*) oder auch die Beschränkung der Absicht (*restrictio intentionis*)¹²⁾ besteht darin, daß man bei einer Aeußerung etwas Anderes im Sinne hat, als was in ihr liegt, also eine Beschränkung oder Modification hinzudeutet, wodurch die Aeußerung selbst für das Gewissen zu etwas Anderem wird, als was sie materiell zu sein scheint. Z. B. man kann schwören, eine Handlung, die man wirklich verübt hat, nicht begangen zu haben, sobald man eine Zeit, in welcher, oder einen Umstand, unter welchem sie nicht geschah, hinzu denkt, oder die Handhabung innerlich als etwas Anderes auffaßt, als sie wirklich ist. So kann man z. B. ein Versprechen, das man gibt, dadurch unverbindlich machen, daß man die Absicht hinzu denkt, es nicht erfüllen zu wollen. Eben so darf man schwören, wenn man um ein Darlehen angegangen wird, daß man kein Geld habe, obwohl man es wirklich vorräthig hat; man fügt bloß innerlich hinzu: „zum Verleihen.“ — Die Zweideutigkeit (*ambiguitas*)¹³⁾ ist ein mehrdeutiger Ausdruck, den der Redende in einem anderen Sinne nimmt, als welchen der Hörende damit verbinden soll. Man versteht z. B. unter dem lateinischen Worte *gallus*, wenn man lateinisch über einen Franzosen (*Gallus*) gefragt wird, innerlich einen Hahn (*gallus*). Im Grunde entstehen auch durch die *reservatio mentalis* oder *restrictio intentionis* wahre Amphibologien, die sich wieder auf die Mentalreservationen und Intentionen beziehen.

9) Wolf, Gesch. Bd. IV. S. 13.

10) M. s. eine Gallerie solcher probablen Meinungen in dem Jesuitenapolog. Bd. I. S. 157 — 336.

11) Pascal l. c. Tom. II. p. 91 sq. (Brief 7.)

12) Pascal l. c. p. 197 sq. (Brief 9.)

13) Pascal l. c. p. 196. La morale etc. Tom. I. p. 147 sq.

en zurückführen lassen. — Wir halten es nicht für nöthig, noch andere moralische Ansichten der Jesuiten hier anzuführen, z. B. daß sie das Recht haben, sich zu prostituiren, und man kein Unrecht thut, wenn man ein Mädchen mit dessen Einwilligung gebraucht ¹⁴⁾; ein Mädchen, welches den Zustand des Quietismus, d. i. die oberste Theilnahmslosigkeit der Seele bei den wollüstigen Genüssen des Körpers, errungen hat, unbedenklich alle ihre Liebhaber der Reihe beglücken dürfe ¹⁵⁾ u. s. w. Das Vorgetragene ist, glauben wir, genügend, um eine klare Einsicht in den Jesuitismus auf dem Gebiete der Moral zu gewinnen, und sich zu überzeugen, daß auch von dem Orden nur als Mittel zum Zwecke betrachtet und behandelt wird.

IV. Aufhebung des Ordens. — Die Eriesuiten und Treiben. Wir haben in dem vorigen Abschnitte den Orden in seinerfassung und in seinen Maximen nach dem eigenen Codex desselben ausführlicher dargestellt, um ein treues Bild, gegen dessen Richtigkeit gelieferten Quellenbelege keinen Zweifel zulassen, von der Gesellschaft zu und dem Jesuitismus zu geben. Dieses schien uns deshalb nöthig, weil die zahlreichen Freunde, Anhänger und Begünstiger dieser Gesellschaft die Argumente, welche man aus den einzelnen Schriften der Nostri gegen dieselbe zusammenstellt, nicht gelten lassen und nicht leugnen wollen, daß die aus solchen Schriften entlehnten Ansichten auch dem Orden eigen seien, für welchen sie dann eben so eine Gegenbeweise aus den Schriften der rigorosen Moralisten und Theologen beibringen und behaupten, daß nur die von diesen aufgestellten Grundsätze die wahre Lehre des Ordens enthielten. Aus der obigen Darstellung dürfte sich aber für jeden Unbefangenen klar ergeben, wenn auch Alles, was aus den Schriften einzelner Jesuiten und in anderen Werken gegen den Orden beigebracht wurde, reine Verleumdung oder Verleumdung wäre, das Institutum allein schon reichen würde, um ein vollendetes Gemälde von dem Orden zu erzeugen, das in allen einzelnen Zügen vollständig dem Portraite gleicht, welches er selbst von sich in seinen Thaten entworfen und in der großen Gallerie der Geschichte zur Schau ausgestellt hat. Dieses historische Gemälde in den einzelnen Thatsachen zu erläutern, und zu zeigen, wie die Jesuiten fast alle Reiche der Erde mit ihren Netzen umschlungen hielten, wie sie die Völker durch die Bande der Unwissenheit, des Aberglaubens und Bigottismus überall zu fesseln, zu benutzen und zu ihren Zwecken zu lenken mußten; wie sie die Fürsten und deren Räte durch Intriguen, Scheinheiligkeit, laze Grundsätze und Gemeinlichkeit beherrschten; selbst die Gelehrten bethörten; wie sie durch dieses Mittel da, wo sie vertrieben worden waren, sich wieder einzunehmen suchten u. s. w. — dieses liegt außer dem Bereiche unseres Zweckes und ist Aufgabe der Geschichte. Wo diese Gesellschaft haust

14) Pascal l. c. Tom. II. p. 199 sq.

15) Siehe den besonderen Abdruck.

und die Karten mischt, da kann Ordnung und Ruhe nicht bestehen, da wird mit den heiligsten Angelegenheiten unseres Geschlechtes ein heillos Spiel gespielt; der Geist der Wissenschaft erstickt da unter leerem Formalismus, leichter Dialektik und oberflächlichem Gedächtniskrame; die Religion, dieser Baum des Lebens, vom Himmel auf die Erde verpflanzt, damit alle Nationen sich an seinen göttlichen Früchten laben, verdorrt unter dem Pesthauche der Intoleranz, des Fanatismus, des Aberglaubens und des herzlosen Ceremonieendienstes; selbst ihre schönste Blüthe, die Frömmigkeit, schlägt um in Frömmerei; die Sittlichkeit wird zur herzlosen Convenienz zugestutzt, an die man nur vor den Augen der Menschen gebunden ist; Treue und Glauben werden völlig untergraben; selbst der Regent wankt und zittert auf seinem Throne, und die bürgerliche Ordnung wird durch das System der Bestechung und die übrigen Künste des Jesuitismus in seinen Grundfesten erschüttert. Kein Wunder ist es daher, wenn diese Gesellschaft überall, wo sie sich einnistete, wieder abziehen mußte, weil sie überall Handel und Unordnungen stiftete; in manchen Ländern Empörungen anzettelte; die Regenten aus dem Wege räumte, oder doch es zu thun versuchte. Aber überall mußten sie sich wieder einzubringen, weil sie überall gewonnene Anhänger und Gönner zurückließen und kein Mittel, keinen Geldaufwand scheuten, um wieder ihre Ein- und Niederlassung zu bewirken. Peter der Große fällt folgendes Urtheil über die Jesuiten: „Ich weiß, daß der größte Theil der Jesuiten im höchsten Grade unterrichtet ist, und daß sie, aus diesem Gesichtspuncte betrachtet, den Staaten ganz vorzüglichen Nutzen bringen könnten; aber ich weiß auch eben sowohl, daß sie die Religion nur zu ihrem persönlichen Vortheile gebrauchen; daß dieses Aeußere von Frömmigkeit einen unmäßigen Ehrgeiz und ein verwickeltes Triebwerk zu Ränken verbirgt, dessen Spiel nur darauf ausgeht, ihren Reichthum zu vermehren, und die Herrschaft des Papstes oder vielmehr ihre eigene in allen Staaten Europas einzuführen oder zu befestigen; daß ihre Schulen nur ein Werkzeug der Tyrannei sind; daß sie zu große Feinde der Ruhe sind, als daß man von ihnen hoffen könnte, sie würden sich nicht in die Angelegenheiten meines Reiches mischen: so leiste ich Verzicht darauf, sie anzunehmen, indem ich mich nicht genug darüber wundern kann, daß es noch Höfe in Europa gibt, denen nicht die Augen über sie und über ihr hinterlistiges Betragen aufgehen¹⁶⁾.“ Es gingen diesen Höfen endlich in der That die Augen auf, da sie wohl einsahen, daß, so lange der Orden selbst bestünde, alle Ausweisungen desselben nicht von andauernder Wirkung sein würden. Noch vor der letzten Verbannung der Jesuiten aus Frankreich leitete dessen König Ludwig XV., welcher sie zu erhalten und bloß ihre übermäßige Macht zu schwächen wünschte, mit ihrem damaligen Generale, Lorenz;

16) Lissenne a. a. O. S. 182. oder Jesuitenspiegel, Bb. I. S. 152. Peter's Gesetz gegen die Jesuiten (i. J. 1719) hob Katharina II. wieder auf.

icci 17), der unter dem Namen des schwachen Papstes Clement XIII. die ganze katholische Christenheit regierte, Unterhandlungen über ihre Reform ein; er erhielt aber die Antwort: „Sie sollen bleiben, als sie sind, oder gar nicht mehr sein (sint ut sunt, aut non sint)“. „Sie dürfen nicht mehr sein!“ rief hierauf das französische Parlament und beschloß (i. J. 1764) die gänzliche Verbannung des Ordens aus Frankreich. Die vertriebenen Jesuiten flohen nach Rom, wo mit dem Beistande des gedachten, ihnen ganz ergebenen Papstes ihre Zurückberufung nach Frankreich zu bewirken suchten. Der Papst, welcher, wie so viele seiner Vorgänger, das Institutum societatis Jesu nicht kannte, glaubte ihnen und erließ gleich nach ihrer Aufhebung in Frankreich die Bulle „Apostolicum pascendi“ (i. J. 1764), worin er alle Beschuldigungen gegen den Orden für unwahr erklärte und denselben außerordentlich anpries. Das französische Parlament verbot die Einführung der Bulle; dennoch wurde sie durch allerlei Kunstgriffe in Frankreich und Portugal eingeschmuggelt. Aber die Höfe erklärten sich auf das Schärfste dagegen, und auch die Republik Venedig, wohin sie ebenfalls heimlich gebracht wurde, verbot ihre Bekanntmachung und Verbreitung. In Spanien machten sie sich nach diesen Vorgängen schwerer Verbrechen, besonders demagogischer Umtriebe schuldig; sie veranlaßten zu Madrid (23. März 1766) einen gefährlichen Aufstand und erklärten den König für einen Bastarden und des Thrones verlustig, wodurch ihre Verbannung aus diesem Reiche herbeigeführt wurde. Aber auch dieses vermochte nicht den Sinn des Papstes zu ändern; er erließ vielmehr eine neue Bulle „Animae salutis“ (i. J. 1766), worin den Jesuiten abermals die größten Lobsprüche ertheilt, alle ihre Privilegien wiederholt bestätigt und sie so allen Beschwerden gegen sie zum Troste noch glänzender erhoben wurden. Dieses veranlaßte den spanischen Hof, sämtliche Jesuiten (7,000 an der Zahl) als entlarvte Verbrecher dem Kirchenstaate zuzusenden. Um dieselbe Zeit wurden sie auch aus Neapel, das sie schon früher (i. J. 1622) einmal verlassen mußten, aus Sicilien und Malta, welches sie bereits einmal (i. J. 1634) verbannt hatte, verwiesen. Als der Herzog von Parma, weil er die Geistlichkeit den gewöhnlichen Steuern unterworfen und die Appellationen an den Papst verboten hatte, von diesem mit dem Interdicte nach dem Inhalte der Abendmahlbulle bedroht worden war, wurden die Jesuiten auch aus Parma vertrieben. Wiederholt drangen die bourbonischen Höfe, welche das wider Parma erlassene Breve für ungültig erklärten, auf Abschaffung der Abendmahlbulle, die bereits in Spanien, Portugal, Neapel, in den kaiserlich königlichen Staaten Italiens, in Parma, Venedig und Genua

17) Ueber diesen kühnen General, welcher z. B. durch seine Memoria catolica da presentarsi a sua santita (opera posthum. Cosmopoli, 1780) dem Orden mehr schadete als nützte, dem Papste rieth, den König von Spanien vom Throne zu stoßen, den Weichvädern erlaubte, mit reichen Wittwen Unzucht zu treiben etc., s. m. Wolf, Gesch. Bd. III. S. 72 flg. 187. 206 flg. 226 flg. 399 Not. *) 379 flg. u. 480 flg.

verboten war, und auf Aufhebung der Jesuiten. Der Papst blieb aber fest bei seinen früheren Beschlüssen. Da zog Frankreich Avignon und Venedig, der König von Sicilien Benevent und Pontecorvo ein. Dieser drohte auch noch, Castro und Ronciglione in Besitz zu nehmen, während Portugal dem Papste die Ehetispositionen entzog, Venedig mit der Geistlichkeit Reformen begann und die Jesuiten in den traurigsten Umständen aus Corsica nach Rom kamen. Diese Vorfälle wirkten; der Papst sah endlich die Nothwendigkeit ein, den Höfen zu willfahren und setzte zu dem Ende ein geheimes Consistorium auf den 3. Februar 1769 an. Allein in der Nacht des 2. Februar starb er an der — Apoplexie¹⁸⁾! Sein Nachfolger, der Cardinal Ganganelli, welcher am 19. Mai 1769 als Clemens XIV. den päpstlichen Stuhl bestieg, erfüllte endlich nach klugem Zögern die Forderungen der Höfe, die immer dringender wurden¹⁹⁾; er hob den Jesuitenorden auf. Am 17. September 1772 begann er dieses Werk damit, daß er die römischen Seminarien verschließen und den Procuratoren die Rechnungen abnehmen ließ. Am 12. December desselben Jahres traf das Seminarium von Frascati gleiches Schicksal. Noch immer ließ aber der Papst sein eigentliches Vorhaben der Welt unbekannt. Erst im folgenden Jahre traf er schon im Februar ernstlichere Maßregeln, und unter dem 21. Juli erfolgte endlich die Aufhebungsbulle „Dominus ac Redemptor noster“²⁰⁾. Diese Bulle wurde erst am 16. August 1773 Abends nach 8 Uhr bekannt gemacht²¹⁾. Der Papst erhielt von allen Seiten warnende Winke, sich vorzusehen; namentlich kam aus Deutschland ein Kupferstich nach Rom²²⁾, an welchem unten in Versen stand²³⁾, daß die Jesuiten, wenn sie auch ihre Kleidung abgelegt hätten, dennoch standhaft entschlossen wären, ihre Gesinnungen nicht zu ändern. Und so war es auch. In zwei Denkschriften²⁴⁾ wurde der Papst Clemens XIV., welcher allen Umständen nach an Gift (den 22. December 1774) starb²⁵⁾, ein Gotteslästerer, ein Ketzer, ein Jansenist²⁶⁾, ja ein durch Simonie unrechtmäßig eingedrungenes Kirchenhaupt gescholten. Er sei, heißt es in der ersten Memoria, eine elende, feile Seele, ein Betrüger. Mit solchen und ähnlichen Schmähungen begnügten sich die Jesuiten noch nicht, sondern sie lie-

18) Vergl. Wolf, Gesch. Bd. III. S. 158 flg. u. 407 flg.

19) Wolf a. a. D. S. 426 flg., bes. S. 442 flg.

20) Wolf, Gesch. Bd. III. a. a. D. und die Bulle daselbst S. 450 — 78; auch im Jesuitenspiegel, Bd. II. S. 125 — 154. Den Hauptinhalt sehe man im besonderen Abdruck.

21) Ueber die Vollziehung der Bulle s. Wolf, Bd. III. S. 479 flg.

22) M. s. Wolf a. a. D. S. 488 flg.

23) Den Text schloß ein Chronodistichon QVoD bonVM est In oCVLLis tVIS faCIet (1. Reg. 3. 5. 18), welches das Sterbejahr des Papstes (1774) enthielt.

24) Memoria cattolica prima e secunda etc. s. bei Wolf, Bd. IV. S. 414 die vollständigen Titel. 25) Wolf, Bd. III. S. 487 flg.

26) Ueber den Jansenismus, ein Werk der Jesuiten, und dessen traurige Folgen s. Wolf, Bd. II. S. 307 flg. u. III. S. 268 flg. S. noch den bes. Abdr.

en auch nach dem Tode ihres Generals Ricci (24. December 1775) eine vorgeblich von ihm eigenhändig verfaßte Protestation wider die Inschuldigungen und Aufhebung des Ordens unter ihren Anhängern verbreiten²⁷⁾, und gingen sogar so weit, zu behaupten, das Clemens XIV. das Aufhebungsbreve kurz vor seinem Tode widerrufen und den Widerruf, dessen Inhalt sie vollständig bekannt machten²⁸⁾, dem Cardinal Boschi mit dem Befehle übergeben habe, ihn dem künftigen Papste zuzustellen. Der Cardinal Braschi soll, als er diesen Widerruf gelesen, geäußert haben, daß, wenn er Papst würde, die Jesuiten sofort wieder herstellen würde. Er wurde wirklich Papst Pius VI.), vergaß aber des Widerrufs und der Jesuiten, wie diese selbst sagen.

Allein, wenn auch Pius VI. die Gesellschaft Jesu vergaß, sie selbst vergaß sich nicht. Wohl war der Orden äußerlich aufgehoben, aber die Jesuiten blieben fortbestehen und wirkten in geheimer Verbindung ihrer Oberen in der alten Weise, nur im Verborgenen fort. Denn sie erkannten die Aufhebung niemals an, die auch nicht einmal allgemein vollzogen wurde. Denn in Rußland²⁹⁾, unter dessen Herrschaft einige Jesuiten durch Polens Theilung kamen, fanden sie Duldung und Schutz, indem die Kaiserin Katharina II. die Bekanntmachung der Aufhebungsbulle verhinderte und ihnen, gegen die Protestationen von Rom, die Erlaubniß ertheilte, in Weißrußland ein Noviziat anzulegen. Dort bestand der Orden fort in seiner alten Einrichtung und wählte sich sogar einen General. Dahin begaben sich auch die Jesuiten aus Schlesien, nachdem der König von Preußen, welcher die Aufhebungsbulle ebenfalls nicht bekannt machen ließ, sondern den Orden Anfangs schützte, diesen nachher (i. J. 1781) aufgehoben hatte³⁰⁾. Die Ex-Jesuiten vor der Welt, unter sich aber fortwährend die Jesuiten, waren jetzt, weil sie, in's Dunkel zurückgetrieben, im Geheimen ihre Zwecke verfolgen mußten, weit gefährlicher als früher, wo sie offen austraten, namentlich auch deshalb, weil man glaubte, man habe sie jetzt nicht mehr zu befürchten. Man wurde sorglos und vergaß alle Vorsicht. Auch war es schwer, sich zu hüten, da jetzt kein Ordenshabit mehr die Loyolisten kenntlich machte. Aber sie waren thätiger als je. Die wichtigsten Kirchen- und Lehrämter wurden ihnen übertragen, in welchen sie ohne Verdacht ihre Grundsätze fortpflanzen und für ihre äußere Wiederherstellung arbeiten konnten. Man darf nicht vergessen, daß sie bereits vor ihrer Aufhebung sich in allen Ländern so tief eingewurzelt hatten, daß dieser äußere Act der Unterdrückung dem Stamme und Wurzelwerke des Ordens keinen Schaden zufügen konnte. Mit welcher Kühnheit traten die Jesuiten z. B. nicht in Baiern der neu errichteten Akademie

27) Sie steht in Wolf's Gesch., Bb. III. S. 484 flg.

28) S. Wolf, Bb. III. S. 493 u. den Widerruf daselbst S. 500 flg.

29) Wolf, Bb. IV. S. 68 flg.

30) Wolf, Bb. IV. S. 55 flg. u. 115.

der Wissenschaften, den Reformen des Schulwesens und besonders dem Illuminatenorden entgegen? Es ist bekannt, daß sie an der Rebellion in den österreichischen Niederlanden wesentlichen Antheil hatten und dort ihre Wiedereinführung zu bewirken suchten, welche sie auch in Baiern durch anonymische Schleichschriften zu erlangen strebten³¹⁾.

Nichts kam aber dem Plane der Jesuiten erwünschter als die französische Revolution; sie bot die beste Gelegenheit dar, nicht nur dieses Ereigniß als eine Strafe ihrer Verfolgung darzustellen, sondern auch die Philosophie und die Aufklärung als die gefährlichsten Feindinnen der Throne und als das Verderben der Völker zu verdächtigen. Herr von Villegas d'Estaimbourg³²⁾ sagte geradezu, daß, wenn die Gesellschaft Jesu nicht aufgehoben worden wäre, die Philosophie an den Höfen keinen Eingang gefunden hätte; Joseph II. ein vernünftiges Regierungssystem befolgt haben würde, und Ludwig XVI. nicht von Rebellen hätte Gesetze annehmen müssen; denn durch die Religion und die guten Sitten, welche die apostolischen Bemühungen dieser Gesellschaft erhalten hätten, würde der Anarchie vorgebaut worden sein. Je mehr solche Warnungen vor der Philosophie, von welcher man freilich weder einen richtigen noch klaren Begriff hatte, vor Aufklärung, worunter man jedes Bestreiten des von Rom und vorzüglich von den Jesuiten gepflegten Obscurantismus, überhaupt das freie Forschen über Gegenstände der Religion und Moral verstand, so wie vor Pressfreiheit und geheimen Verbindungen³³⁾ wiederholt wurden, und je bedenklicher sich die französische Revolution entwickelte und um sich griff; desto bereitwilliger waren auch die Fürsten, solcher Sprache geneigtes Gehör zu leihen und an die Verderblichkeit der Philosophie, der Aufklärung und überhaupt des freien Denkens, so wie umgekehrt an den großen Nutzen zu glauben, welchen ihnen die Jesuiten dadurch geleistet hätten, daß sie freies Denken hinderten und die Völker durch blindes Glauben in Zucht hielten. Sie wurden in diesem Glauben von ihren Rathgebern immer mehr bestärkt, weil diese theils mit den Jesuiten in Verbindung standen und theils froh waren, in diesem Glauben ein Mittel gefunden zu haben, womit sie ihre eigenen Fehler in der Politik und ihre verkehrten Regierungsmaximen verbergen und beschönigen konnten. Der Gedanke lag nahe, daß der blinde Kirchenglaube, welcher zugleich befiehlt, in jeder obrigkeitlichen Verfügung eine göttliche Anordnung anzuerkennen, eben so den blinden und unbedingten bürgerlichen Gehorsam begünstige, als das freie Denken über die höheren Angelegen-

31) Wolf a. a. D. S. 119 flg. (Buch XVI.)

32) Wolf a. a. D. S. 121 flg. u. 215.

33) Wolf, Bb. IV. S. 119 flg. und die dort angef. Schrift: A. v. Gartshausen, über die Gefahr, die den Thronen, den Staaten und dem Christenthume den gänzlichen Verfall droht durch das falsche System der heftigen Aufklärung und die tödten Anmaßungen sogenannter Philosophen, geheimer Gesellschaften etc.

keiten des Menschen, namentlich über Religionsfachen, denselben ge-
 hrte; ja daß sich dieses freie Denken sogar herausnehme, Regie-
 ungshandlungen, Grundsätze und Systeme zu prüfen, zu kritisiren
 und zu tadeln; daß daher Regenten und Minister, deren Anordnun-
 gen da, wo das blinde Glauben die Stelle des Denkens vertritt, mit
 unumwundener Verehrung, wie Gottes Gebote befolgt werden, durch diese
 unlose Freidenkerei in ihren Plänen und Regierungsprincipien, in ih-
 rer Politik und in ihrem Thun und Lassen ungemein genirt werden.
 Daran erinnerte Niemand, daß die französische Revolution gerade
 durch den unter Ludwig XIV. und XV. zum Regierungssysteme
 gewordenen Jesuitismus oder, was dasselbe ist, Machiavellis-
 mus herbeigeführt worden, und daß selbst die Greuelszenen derselben
 nur als natürliche Folgen des durch den Jesuitismus erstickten sittli-
 chen Gefühls und des durch diesen allgemein verbreiteten und sorg-
 um gepflegten Sittenverderbnisses, so wie der Unglaube, der sich da-
 rauf fund gab, als eine natürliche Frucht des von den Jesuiten syste-
 matisch genährten Aberglaubens zu betrachten seien. Denn nur Men-
 schen, denen ächte Religiosität unbekannt ist; denen fantastisches Au-
 senwerk als Religion aufgeheuchelt und eingeübt wird; denen man
 Mord und Verbrechen aller Art als erlaubte Dinge vordemonstrirt; de-
 nen man verkehrtes Ehrgefühl und niedrigen Eigennuz als Tugenden
 empfiehlt, welche zu bewahren selbst der Mord nicht gescheuet werden
 darf; denen man nicht Verabscheuung des Bösen einprägt, sondern
 Beichte, äußere Bußübungen und fromme Werke als die wichtig-
 en Heilmittel anpreist, die wahre Reue und innere Besserung dage-
 gen als entbehrliche Nebensachen erklärt; denen man endlich nicht kind-
 sche Liebe zu Gott, sondern knechtische Furcht vor ihm predigt — nur
 Menschen solcher Art sind fähig, jeden Frevel zu verüben, selbst das
 Heiligste mit Füßen zu treten und die Religion, die sie kennen lern-
 en, bei eintretender Enttäuschung, über Bord zu werfen, wornach ih-
 ren natürlich nichts übrig bleibt als Unglaube. Ein Unglück war es,
 daß namentlich in Frankreich die großen Denker vor der Zeit der Re-
 volution die Religion nicht sorgfältig genug von dem Aberglauben schie-
 den, und deshalb ihren beißenden Spott, zu welchem helle Köpfe ohne
 dieses sittliches Gefühl nur zu leicht geneigt sind, gegen die Religion
 richteten, obgleich er in Wahrheit nur dem Aberglauben galt, und
 daß sie die Gebrechen des verderbten Regierungssystemes der
 monarchischen Beherrschungsform zur Last legten. Nichts
 wirkt bei rohen Menschen so gefährlich als der Spott, welchen sie
 vielmehr lieber hören und leichter begreifen, als ruhige und besonnene
 Belehrung. Noch bedauerlicher aber war es, daß man dieses bittere
 Satyrisiren über Alles, was dem Volke — wenn auch nach irrigen
 Begriffen — für heilig galt; dieses oberflächliche Raisonniren gegen das
 Bestehende, dieses sarkastische Bezweifeln und Negiren des Vorhande-
 nen Philosophiren, und die spitzfindige Sophistik, die sich fest
 und nicht selten muthwillig über Alles hinwegsetzte, Aufklärung

nannte. Denn dadurch kam die Philosophie überhaupt, sohin auch die wahre, welche nicht einreißt und zerstört, sondern aufbaut und befestigt, so wie die wahre Aufklärung, welche durch ihr wohlthätiges Licht die Nebel des Obscurantismus zerstreut, den Geist erleuchtet und das Herz erwärmt, aber nicht alles Positive versengt und verbrennt, den Geist blendet und das Herz verkohlt, in gänzlichen Mißcredit. Es ging so weit, daß man den Freidenker, Freigeist, Aufklärer und Philosophen in eine Kategorie mit dem Gottesleugner setzte. Dazu trug nun eben der Jesuitismus vorzüglich bei, der die Verirrungen und Uebertreibungen der jugendlich aufstrebenden philosophischen Forschung, gleichsam die Schlacken des geistigen Läuterungsprocesses, sorgsam zusammenlaß und in ein schreckhaftes Zerrbild verarbeitete, um damit den Fürsten für ihre Throne, der Kirche für ihren Altar und den Völkern für ihre Religion — ihren Himmel und ihre Hölle — bange zu machen. Dieser Kunstgriff gelang. Je größere Fortschritte die französische Revolution machte, je mehr sich die Grundsätze derselben verbreiteten und je mehr Anhänger sie auch diesseits des Rheins fanden; desto größer wurde die Sehnsucht nach der alten guten Zeit, und desto fester die Ueberzeugung, daß freies Denken, Philosophie und Aufklärung den Thronen und dem Altare gefährlich seien; daß jene nur in diesem eine feste Stütze hätten, und es daher dringende Nothwendigkeit sei, dem freien Denken Schranken zu setzen und im Vereine mit der Kirche auf die Wiederherstellung des alten positiven Kirchenglaubens und mittelst dieses des strengen bürgerlichen Gehorsams ernstlich bedacht zu sein.

V. Wiedereinführung des Jesuitenordens. Unter solchen Umständen durften die Jesuiten sicher hoffen, daß die Vorhersagung ihres Generals Borgia auch in ihrem dritten Theile bald in Erfüllung gehen und ihre Gesellschaft wieder verjüngt entstehen werde. Dieses geschah wirklich, und zwar zuerst in Rußland, wo sie, wie oben erzählt wurde, unter dem Schutze der Regierung, wenn auch nicht unter ausdrücklicher Anerkennung der römischen Kirche, fortbestanden und ein Noviziat errichteten. Der Jesuit Franz Karca wandte sich nämlich mit einigen Anderen im Jahre 1800 an den Papst Pius VII. mit der Bitte, ihnen die Ermächtigung zu ertheilen, sich wieder in eine Körperschaft zu einigen. Da er dem Papste zugleich Empfehlungsbriefe des Kaisers Paul I. vom 11. August 1800 übergab³⁴⁾, so fand sich derselbe, „in Betracht der außerordentlichen Vortheile, welche hieraus für jene ungemessen großen, beinahe völlig an evangelischen Arbeiten Noth leidenden Gegenden hervorgehen würden, und bedenkend, welchen unschätzbaren Nutzen diese Geistlichen, deren erprobte Sitten schon so hohes Lob erworben hätten, der Kirche durch ihre unermüdblichen Anstrengungen, durch ihren kräftigen Eifer für das Wohl der Seelen und durch ihre ununterbrochene

34) M. s. die Bulle: „Sollicitudo omnium“ v. 7. August 1814. — Jesuitenspiegel, Bd. II. S. 155 flg.

„Wiederherstellung des Predigtamtes schaffen würden,“ bewogen, der Bitte zu entsprechen, und die Gesellschaft Jesu in alter Weise durch ein Breve „Chatholica“ vom 7. Mai 1801 für das russische Reich wiederherzustellen. „Wenige Zeit, nachdem wir (erzählt der Papst in der in der Note angeführten Bulle weiter) diese Maßregeln für das russische Reich ergriffen hatten, schien es uns nothwendig, sie auch auf das Königreich beider Sicilien, auf die Bitte unseres in Jesu Christo sehr geliebten Sohnes Ferdinand, auszudehnen, welcher uns an die völlige Wiederherstellung der Gesellschaft Jesu in seinen Staaten anging, so wie sie früher bestanden habe, indem er es für eine Sache der höchsten Wichtigkeit betrachtete, durch die Geistlichen der Gesellschaft die Jugend zu christlicher Frömmigkeit und zur Furcht des Herrn angeleitet zu wissen.“ Der Papst kam den Wünschen „dieses erhabenen Fürsten, welcher nichts als den höchsten Ruhm Gottes und das Heil der Seelen in's Auge gefaßt hatte,“ durch ein Breve *Per alias*“ vom 13. Juli 1804 nach.

In Frankreich³⁵⁾ traten sie ebenfalls schon 1800 wieder auf, indem zwei oder drei Priester in Paris damit anfangen, daß sie in einigen Hospitien zu Paris Dienste verrichteten. Bald fand man gut, ihnen ein Erziehungshaus anzuvertrauen, und zwar zuerst in Lyon. Sie breiteten sich allmählig aus. Bonaparte traute ihnen zwar nicht; er hoffte aber doch, daß sie ihm noch nützlich sein könnten. Er befahl zwar 1804 alle Häuser aufzuheben; der Befehl blieb aber, weil dagegen von allen Seiten protestirt worden sei, unvollzogen. Erst nach drei Jahren mußten sie sich auf Befehl Napoleon's trennen und ihre Häuser verlassen. Während der Herrschaft Napoleon's geschah in der Sache der Jesuiten kein öffentlicher Schritt. Dies aber war dieselbe gebrochen³⁶⁾, und der Papst Pius VII. wieder in seinen Kirchenstaat eingesetzt, so erfolgte auch die allgemeine Wiederherstellung der Gesellschaft Jesu. In der darüber erlassenen Bulle „*Sollicitudo omnium*“ vom 7. Aug. 1814³⁷⁾ sagt der Papst: „Die einstimmigen Wünsche beinahe der ganzen Christenheit für die Wiederherstellung der Gesellschaft Jesu führten alle Tage lebhafteste und dringende Gesuche von Seiten unserer ehrwürdigen Brüder, der Erzbischöfe und Bischöfe, so wie von ausgezeichnetsten Personen aller Stände und Orden herbei, nützlich seitdem sich auf alle Seiten hin der Ueberfluß von Früchten breitete, welche die Gesellschaft in den Gegenden hervorbrachte, wo sie sich befand, und die Fruchtbarkeit der Schöpfung, welche die Hoffnung der Erweiterung und Verschönerung des Feldes des

35) M. v. Graf v. Montlosier, die Priester- und Jesuitenherrschaft etc. des dem Franz. Stuttg., 1827. S. 240. Eine Rede des Bischofs v. Herpolis zur Vertheidigung der Jesuiten.

36) Der polnische Jesuit de l'Aigle war im russischen Feldzuge als Missionar sehr thätig, s. La Roche-Arnaud, die neueren Jesuiten etc. S. 1 fg.

37) Jesuitenspiegel, Bd. II. S. 155—62.

Herrn in allen Theilen gewähren. Selbst die Zerstreuung der Strömung des Heiligthums, verursacht von den neuerlichen Unglücksfällen und Widrigkeiten, welche man mehr beweinen muß, als sich in's Gedächtniß zurückrufen, die Vernichtung der Disciplin der regulirten Orden — — — forderten, daß Wir so einstimmigen und richtigen Wünschen Unsere Zustimmung gaben. Wir mußten Uns schwerer Sünde gegen Gott theilhaftig machen, wenn Wir, mitten unter so dringenden Bedürfnissen, unter welchen die öffentliche Sache leidet, es versäumten, ihr die heilsame Hülfe zu gewähren, welche Gott durch seine Vorsehung in Unsere Hände legt; wenn Wir, in das Schiff Petri getreten, unter den Wogen der Stürme, die kräftigen und erfahrenen Ruderer zurückweisen wollten, welche sich uns anboten, um die brausenden Wellen zu durchbrechen, welche Uns jeden Augenblick mit unvermeidlichem Verderben drohen. Von so starken und mächtigen Gründen umgeben, haben Wir Uns entschlossen, das auszuführen, was Wir auf's Heiße seit dem Besteigen des apostolischen Stuhles wünschten. So haben Wir Uns denn — — entschlossen, zu befehlen und zu bestimmen, wie Wir in Wirklichkeit nun befehlen und bestimmen, mittelst gegenwärtiger und unwiderruflicher Verordnung, daß alle Bewilligungen und Ermächtigungen, welche wir einzig für das russische Reich und das beider Sicilien ertheilt haben, von dem jetzigen Augenblicke an ausgedehnt und so betrachtet werden sollen, als wenn Wir sie wirklich auf alle Theile Unseres Kirchenstaats, so wie über alle andere Staaten und Besitzungen ausgedehnt hätten³⁸⁾“.

So erstand also die Gesellschaft Jesu in alter Glorie wieder, und zwar in dem denkwürdigen Jahre 1814, wo es der gemeinsamen Anstrengung der Fürsten und Völker endlich gelungen war, dem Revolutionsdrachen, der, als verderblicher Zeitgeist³⁹⁾ der Hölle entstieg, nachdem man die frommen Bewacher der Höllenpforte vertrieben hatte, Thron und Altar zu verschlingen drohte, den Todesstoß zu versetzen und dadurch die Freiheit wiederzuerlangen, um reuig das den frommen Vätern gethane Unrecht wieder gut zu machen, die Völker wieder zurückzuführen zur guten alten Zeit des frommen Glaubens und blinden Gehorsams, das gefährliche Licht der Philosophie und Aufklärung, das die Menschen so sehr geblendet, zum Selbstdenken verleitet und dadurch störrig und eigenwillig gemacht hat, wieder auszulöschen und jenes wohlthätige Dunkel wieder herbeizuführen, das den blöden Augen der Gehorchenden allein zuträglich und am Besten zum mystischen Verkehre der frommen Seelen mit Gott, zu den geistlichen Exercitien und Kasteiungen geeignet ist. Die Gesellschaft Jesu kann nun in einem folgenden Imago ihre Vergleichung mit Christus auch auf dessen glorreiche Auferstehung ausdehnen. Denn keine der

38) Man sehe den besonderen Abdruck.

39) Bekanntlich wurde in jener Zeit der Zeitgeist als ein fliegender Drache in Caricaturen persiflirt.

ichte, die selber die „Krone der Herrschaft“ setzen werden. Denn so
wiederholen, bis er sich selbst über seinen Stand und sein
Vergangen gegen seine Unterwerfung; in die Welt: man
nicht beinahe der ganzen Christenheit⁴⁰⁾ einen neuen
in; die ausgezeichneten Personen aller Stände haben sich
haft und dringend der neuen Sache mühen die Welt aus
se für die öffentliche Sache⁴¹⁾ nicht länger zurückhalten
den die heilige Religion wider mit dem neuen Jernocraten. Denn
die brausenden Wogen der Philosophie und Aufklärung durchdringt
dafür die mächtigen Anstrengungen und Anstrengungen stark erbeden
sich in's Leben lebendig und nützlich über alle Länder oder
Besitzungen“ der heiligen Kirche. Da ist die ganze Erde umfasst
ist nun auf, fromme Mann. Keine Mächtig darf auch in eurer
Macht mehr hindern, wenn sie sich nicht dem Willen Gottes zu-
gen will; fahret fort in der alten Weise; seit der harten Prüfung
eure ehemaligen Verfolger zum Grunde geworden, und es kann
nicht fehlen, daß, wenn ihr, wie eure Verfahren, den Flugen
des Mephistopheles⁴²⁾ folgt, ihr bald die unbe-
gränzte Weltherrschaft errungen haben werdet!

VI. Ausbreitung der Jesuiten und des Jesuitismus
seit der Wiedereinführung der Gesellschaft Jesu.
Auch an Unruhen, an Revolutionen, an dem gänzlichen Um-
sturz eures Vaterlandes gelegen? Ruft die Jesuiten, laßt die
Mächtig wieder aufleben, stiftet Universitäten, baut prächtige Collegien
für diese kühnen Geistlichen; erlaubt es, daß diese besten Willen
ihrem absprechenden dogmatischen Tone in Staatsangelegen-
heiten entscheiden, jene heiligen, durch das Unglück der Völker
die Fortschritte des menschlichen Geistes noch
bedrückten gewordenen Gesetze angreifen, verdammen, verachten.
Ist es, daß, um veraltete Institutionen wiederherzustellen, sie
ihre lächerlichen Sophismen die Grundpfeiler der Gesell-
schaft und der Staaten umstürzen, Haß und Zwietracht
die Gemüther austreuen und mit den Waffen einer über-
natürlichen, höheren Auctorität die Völker anreizen, sich wegen Mis-
ständen, die sie selbst nicht verstehen, unter einander zu zerfleischen und
vernichten.“ So rief der Abbé de la Roche-Arnaud⁴³⁾ seinen
Anhängern in Bezug auf die neuen Jesuiten bereits 1827 zu, und

40) Also die protestantische Christenheit mitbegriffen! oder zählt die
protestantische Kirche gar nicht zur Christenheit? Oder hofft man, daß sie bald
die Mutterkirche wieder zurückgebracht worden sein?

41) Das heißt der Aler; denn der Thron ist nach christlich-ethischer
Sicht erst das zweite aber vielmehr bloß die Unterlage und äußere
Hülle des Aler.

42) „Strafge nur Vernunft und Wissenschaft,

Der Vernunft allerhöchste Kraft,

So hat sie sich schon unbedingt.“

Goethe.

43) Die neuen Jesuiten, Horrebe S. 11. 16.

wie weit haben sie es seitdem nicht schon gebracht! Denn sie sind Grundsätzen und der Gesinnung nach noch ganz dieselben, als sie sie oben kennen lernten; und wohin muß es erst noch kommen, wenn man sie nicht nur ungehindert fortwirken läßt, sondern sogar von oben unterstützt? Der Jesuitismus gleicht einer Schneekugel, die, einmal im Sturze begriffen, an Umfang und Kraft zunimmt und durch keine Macht mehr in ihrer zerstörenden Gewalt gehalten werden kann. Mit welcher Kühnheit erhebt sich Rom in neuerer Zeit wieder, seitdem „die kräftigen und erfahrenen Ruderer“ mit dem Ufer des Jesuitismus die Wellen wieder besänftigt haben, die es unvermeidlichem Verderben bedroheten?“ Nicht nur die Wellen, sondern den Fels, worauf die römische Kirche ruht, umstürzten und zerstörten, haben sie seit ihrer Wiedereinführung wieder geordnet, sondern die weltlichen Cabinette durch den Jesuitismus geschickt in Schlingen jenes Felsen umgewandelt, diesen mit dem finstern Gewölke des Ultramontanismus so umzogen, daß kein Lichtstrahl der Vernunft ihn zu erreichen vermag, und selbst die Waffen, die Rom einst so gefährlich waren, die Philosophie und die Reformation, abgestumpft, gelähmt gemacht oder gar für das römische Zeughaus umgeschmiedet.

Doch wir müssen zu den Thatfachen selbst zurückkehren, die jedoch, der Kürze wegen, nur andeuten können; was um so mehr geht, als wir voraussetzen dürfen, daß sie, da sie noch ganz neu allgemein bekannt seien, so daß nur eine Erinnerung an dieselben nöthig ist, um den Entwicklungsgang desto leichter zu überschauen. Wir unterscheiden dabei die Fortschritte der Gesellschaft in den Fortschritten des Jesuitismus.

A. Kaum war das Grabesiegel gelöst, welches den Orden geschlossen hielt, als auch sogleich die Jesuiten wieder aus dem Dunkel der Verbannten hervortraten und sich unter der Fahne ihres neuen Generals (Thaddäus Borzjowski⁴⁴) kampfrüstig versammelten, um sofort wieder ihre Thätigkeit fortzusetzen, welcher sie bisher nur Geheimen obliegen konnten. Das Noviziat wurde in Rom (11. November 1814) feierlich eröffnet, später (1824) ihnen auch das Collegium romanum eingeräumt. Sie vermehrten sich dort so sehr, daß ihnen (1829) außerhalb der Stadt ein Platz eingeräumt werden mußte. In Italien erhielten sie Erziehungshäuser, z. B. zu Genua, Modena, Parma, Ferrara, Verona, wohin sich in neuester Zeit Descalchi, nach Niederlegung der Cardinalwürde (1. December 1838), begab, um als Noviz in den Orden einzutreten. In Sardinien erhob sich der Orden 1823 wieder. In neuerer Zeit wurden dort die Protestanten in rechtlicher Hinsicht sogar den Juden nachgesetzt. In Neapel, wo die Jesuiten schon 1804 eingeführt wurden, erlangten sie (1829), außer dem ihnen seither zustehenden Rechte des Unterrichts in Collegien für alle Bürgerkinder ob-

44) Bissher General in Rußland.

schied, auch das Recht der ausschließlichen Erziehung des jungen Königs in einem Prymum. In Spanien gab ihnen Ferdinand VII. Rechte und Güter wieder zurück, die ihnen 1767 entzogen worden waren; er ernannte später den heil. Ignatius zum General der spanischen Heere und zum Erzbischof des Ordens Karl's III. wurden zwar 1820 wieder vertrieben, aber 1824 wiedereingeführt; jedoch wieder aufgehoben⁴⁵⁾. In England sind zu Etonsdurc, ein Noviziat, ein Seminar und ein Convent bestehen, und House Jesuiten in Erziehungsanstalten thätig. In Irland von 1825 jesuitische Ordenshäuser und Schulen errichtet. In Frankreich fanden die Jesuiten von jeher bei den Bischöfen Schutz; blieben auch nach ihrer Verbannung Lehrer der Priesterseminarien, indem sie den Namen und Habit des Ordens abgelegt hatten. Nach der Restauration wirkten sie dort vorzüglich als Missionäre und für den Glauben (pères de la foi), welche letztere ihre Grundsätze mit denen der wirklichen Jesuiten verschmolzen und einen unfeindlichen Verein gebildet hatten, der mit den furchtbaren Grundfätzen Jesuiten und dem Geiste des wildesten Fanatismus die bereitwilligste Thätigkeit der kühnsten Verschwörer verband. P. von Fontenay, Superior zu Montrouge, dem Haupterziehungshause der Jesuiten, schaffte Grundsätze und Namen der Glaubensväter ab und verbreitete den politischen und einschmeichelnden Geist der Jesuiten aus Ludwig's XIV. Zeit wieder ein⁴⁶⁾. Die Jesuiten übten, besonders 1823, den größten Einfluß auf die Bischofswahlen aus. Sie hatten auch Secundärschulen zu St. Acheul, St. Anne, Dole, Autmorillon, Bordeaux, Air, Forcalquier und Villeneuve. Ihre Macht erweiterte sich besonders unter Karl X., der sich gänzlich zum Jesuitismus hinneigte, immer mehr. Die Bemühungen des Grafen Montlosier⁴⁷⁾ gegen die gesetzwidrige Existenz der Jesuiten, die den Pöbel, die höheren Classen und den Hof unter Vorherrschaft hielten, wurden durch die Jesuitenpartei, besonders durch Mignac, vereitelt. Erst die Julirevolution zerstörte diese jesuitischen Anstalten; allein die unter den Bischöfen stehenden Seminarien, die meistens mit Jesuiten besetzt sind, erreichte auch diese Revolution nicht. Der Minister des Cultus erließ zwar (23. Nov. 1831) ein Verlaufs schreiben an die Vorsteher sämtlicher höherer Schulen, mit der Nachricht, daß alle Erzbischöfe und Bischöfe zu genauer Beobachtung der Verordnungen vom 16. Jun. 1828 hinsichtlich der geistlichen Seminarien aufgefordert worden seien; er erinnerte sie auch an ihre Pflicht, zur Ausführung dieser Verordnungen mitzuwirken, und daran, daß nach der Hauptbestimmung derselben Niemand Vorsteher oder Lehrer in einer von der Universität abhängigen Anstalt oder in den

45) M. s. das Decret in Rheinwald, acta historico-ecclesiastica t. XIX. Hamb., 1838. p. 30.

46) Die neueren Jesuiten 2c. S. 45.

47) M. s. dessen öfter angef. Priester- und Jesuitenherrschaft 2c.

geistlichen Seminarien werden könne, wenn er nicht zuvor schriftlich erklärt habe, daß er keiner ungesetzlichen religiösen Genossenschaft angehöre. Allein man kann mit Zuverlässigkeit annehmen, daß in Frankreich, namentlich in den Seminarien, wie zu Paris in St. Sulpice und in Montrouge, noch fortwährend Jesuiten lehren. In keinem Lande hat der Katholicismus so feste Wurzeln geschlagen, wie in Frankreich, wo er namentlich seit der Julirevolution immer größere Fortschritte macht⁴⁸⁾. Die französischen Bischöfe, in innigster Verbindung unter einander, gewählt durch den Einfluß der Jesuiten, protestirten schon gegen die Ordonnanz von 1828 und erklärten, daß diese für sie unverbindlich und ihre Seminarien vom Staate unabhängig seien⁴⁹⁾. Diese Bischöfe, deren Gesammtheit Theiner⁵⁰⁾ einen wahren Verein von Aposteln nennt, der sogar in der Erkenntniß der reinen hierarchischen Grundsätze durch Bertrümmern der ehrlosen Fesseln des Gallicanismus Fortschritte gemacht habe, konnten sich also durch jene Ordonnanz nicht für verbunden, und eben so wenig den Jesuitenorden, der kirchengesetzlich besteht, für eine ungesetzliche religiöse Genossenschaft halten. Sie stehen selbst mit allen Pfarrern in vertrautester Verbindung⁵¹⁾, und es ist bekannt, wie diese die Jesuitenmissionäre aus Freiburg begünstigen. Man denke nur an die Predigten dieser Letzteren, welche sie im Decbr. 1838 zu Rheims hielten, und an die dadurch veranlaßten Unruhen, so wie an die Aufnahme der von der Gesellschaft de propaganda fide geschickten Reliquien (Dec. 1838) in Lyon. Offen dürfen die Jesuiten in Frankreich zwar noch nicht als Corporation auftreten, weil die Staatsgesetze dagegen sind; aber sie sind im Geheimen desto thätiger und bearbeiten im kräftigen Vereine, welchen die Bischöfe leiten, das Volk so sehr, daß es bald den Wunsch nach der Gesellschaft Jesu laut aussprechen wird. Die Vornehmen schicken bereits seit langer Zeit ihre Söhne zu den Jesuiten in der Schweiz. Zudem tragen die Jesuitinnen (die Schwesternschaften zum heil. Herzen) sehr viel zur Verbreitung des Jesuitismus bei. In den Niederlanden oder vielmehr in Belgien regte sich der Jesuitismus schon 1814 in der merkwürdigen Denkschrift der Generalvicare des Bisthums Gent, welche diese dem Congresse zu Wien am 8. October 1814 überreichten⁵²⁾, und worin z. B. die lutherische und reformirte Religion nur eine tolerirte genannt, die unbeschränkte Freiheit der Geistlichkeit in Disci-

48) A. Theiner, angef. Geschichte der geistl. Bildungsanstalten 2c. Berr. G. XVII. — ein Werk, das in Bezug auf den Jesuitismus höchst wichtig ist. — Vergl. auch Rheinwald, angef. Acta G. 305 — 60.

49) M. s. dieses „mémoire présenté au Roi par les Evêques de France etc.“ bei Theiner a. a. O. G. 476 — 92.

50) a. a. O. Borrebe G. XXI.

51) M. s. F. Neuchlin, das Christenthum in Frankreich innerhalb und außerhalb der Kirche, Hamb., 1837.

52) Sie steht in G. Münch's Aetheta. Jahrg. 1830. Bd. I. G. 60 — 86.

in und Unterricht⁵³⁾ verlangt und zuletzt erklärt wird, daß die vollständige Herstellung der katholischen Religion mit allen dazu gehörigen Rechten und Prerogativen die Freiheit der religiösen Körperschaften, sich zu vereinigen und nach ihrem Berufe zu leben, voraussetze, und daß dies der vorzüglichsten Mittel, ja vielleicht das einzige, welches man zu Tage habe, um der Jugend eine Erziehung zu geben, welche im Geist der Religion und die ausgezeichnetsten Talente zugleich vereinige, die Einführung der Jesuiten in Belgien sein würde. Derselbe jesuitische Geist sprach sich in einem geistlichen Gutachten der Bischöfe über den zu leistenden Constitutionseid aus, worin er erklären, die Artikel, welche die Toleranz, die bürgerliche Gleichheit aller Glaubensgenossen, die Leitung des Unterrichts durch den Staat, die Pressfreiheit u. s. w. anordnen, nicht beschwören zu können⁵⁴⁾. Besonders begünstigte Papst Leo XII. die Jesuiten, deren Bemühung es vorzüglich zuzuschreiben ist, daß die Bischöfe — wenigstens verdeckt durch Versagung der Anstellung — (1830) sich weigerten, die Zöglinge des philosophischen Collegiums in die Seminare aufzunehmen. Welchen Einfluß die Jesuiten auf die Volksparteien 1830 und seit jener Zeit ausübten, wie sie sich für ihre Zwecke selbst den Ultraliberalen angeschlossen, ist bekannt⁵⁵⁾. Im Februar 1839 ertheilte der Bischof von Gent sieben Jesuiten die Weihe. In Rußland wurden die Jesuiten, weil sie Söhne und Töchter vornehmer Häuser zur katholischen Kirche zu bringen versuchten, zuerst (1816) aus Petersburg und Moskau und später (1820), da sie die Proselytenmacherei fortsetzten, aus dem ganzen Reiche für immer verwiesen. In der Schweiz, wo die Jesuiten nach der Aufhebung ihres Ordens in Folge des Einflusses der päpstlichen Nunciatur, an welche sie sich auch früher innig angeschlossen hatten, bald wieder als Weltgeistliche den Unterricht in alter Weise fortsetzten, erschienen sie sogleich nach der Wiederherstellung des Ordens wieder. Sie bezogen wieder ihre ehemaligen Sitze zu Freiburg, wo sie ein Collegium, ein Gymnasium und Athendäum, zu Stäfs, wo sie ein Seminar haben, in Sitten und Breg. Freiburg, dessen Collegium „der große und wahrhaft apostolische Mann,“ wie Theiner⁵⁶⁾ sagt, P. Canisius einst gestiftet hat, ist der Hauptsitz, von wo aus die Jesuiten auf Deutschland, „dieses Land des Gehorsames,“ Frankreich und die Niederlande zur Verbreitung des Jesuitismus nach Kräften wirken. Dorthin senden die Vornehmen aus dem katholischen Deutschland, aus Frankreich und Belgien einstweilen ihre Söhne, um sie im Jesuitismus erziehen

53) Münch a. a. D. S. 82. Vergl. auch die interessante Schrift: Die Freiheit des Unterrichts mit besonderer Rücksicht auf das Königreich der Niederlande etc. Bonn, 1829.

54) Münch a. a. D. S. 127 fg. — Eine Lobrede hält dem belgischen Clerus Theiner a. a. D. S. 309.

55) Vergl. Münch a. a. D. Jahrg. 1831. Heft II. S. 31 fg.

56) a. a. D. S. 381. Not.

zu lassen, bis sie ihren Zweck, die frommen Väter im Lande zu besetzen, erreicht haben werden⁵⁷⁾. Die Erziehungsanstalten sind natürlich im äch jesuitischen Geiste eingerichtet⁵⁸⁾. In Oesterreich wurde eine verwiserte Ordensgesellschaft der Jesuiten, der Orden der Liguorianer⁵⁹⁾ oder Redemptoristen, welcher seit 1818 sich auch zu Val Sainte im Canton Freiburg niedergelassen hat, durch ein kais. Decret (19. April 1820) aufgenommen und ihm auf die Verwendung mehrerer Männer von Einfluß und Gewicht der obere Passauer Hof in Wien als erstes Ordenshaus nebst der Kirche zu Maria-Stiegen eingeräumt. Zugleich sollte ihm die Besorgung des Unterrichts und der Erziehung der Jugend in mehreren öffentlichen Lehranstalten anvertraut werden. In Deutschland sind bis jetzt die Jesuiten bloß zu Innsbruck in Tyrol, wo am 24. Decbr. 1838 fünf derselben mit ihrem Superior P. Lange angekommen sind, um die Leitung des Theresianums, eines Erziehungsinstituts für adelige Jünglinge, zu übernehmen. Die Uebernahme erfolgte im Januar 1839. Zugleich übernahmen sie auch das dortige Gymnasium zur Hälfte. Die andere Hälfte der Professuren gedenken sie noch im Laufe dieses Jahres mit ihren Priestern zu besetzen. Allem Anscheine nach werde, sagen die öffentlichen Blätter, diese Colonie rasch emporblühen; schon hätten sich auch mehrere Novizen aus verschiedenen Ständen eingefunden. Am 24. Februar 1839 übernahmen sie die dortige Jesuitenkirche auf feierliche Weise! In Rheinpreußen tröstete zwar v. Keffues schon in dem Umlaufschreiben vom 3. Aug. 1814 die Bewohner mit der Hoffnung des Aufblühens der Gesellschaft Jesu; allein diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung, indem der König sogar (13. Juli 1827) verbot, junge Leute zur Fortsetzung ihrer Studien an auswärtige Jesuitenschulen zu schicken. In Baiern, dem Canaan des Romanismus dießseits der Alpen, sucht man durch eine Actiengesellschaft den Vätern der Gesellschaft Jesu eine Wohnstätte zu bereiten. Der König soll zwar das Gesuch der Freiburger Jesuiten um Errichtung eines Hospitiums zu Landsberg zurückgewiesen haben; neuere Nachrichten bezweifeln aber, ob eine solche officiële Abweisung erfolgt sei, und versichern, daß man die Hoffnung auf eine baldige Niederlassung dieser frommen Väter noch nicht aufgegeben habe⁶⁰⁾.

B. Noch weit größere Fortschritte, als die Gesellschaft Jesu, hat seit der Restauration derselben der Jesuitismus in Europa, selbst in

57) Siehe noch den besondern Abdruck.

58) Man s. für: Mémoire, présenté par le Recteur du Collège St. Michel au Conseil d'éducation du canton de Fribourg etc. Lausanne, 1834. und dagegen: Th. Mundt im Freihafen von 1839. Heft I. Nr. 2.

59) Liguori aus Neapel (1696) gebürtig, predigte die schlaffeste Moral und lehrte den Probabilismus, wie die Jesuiten. Als diese aufgehoben worden, soll er so heftig ergriffen worden sein, daß er zwei Tage lang leblos war. Er stiftete den Orden 1732, wurde 1762 Bischof von Neapel; starb 1787 und ward 1815 selig und 1830 heilig gesprochen.

60) Frankf. Journal v. 1839 No. 32 u. 63. Nach neueren Nachrichten soll es ihnen nicht verwehrt sein, sich anzusiedeln; wenn sie sich nicht als Corporation geltend machen wollen, s. Frankf. Journal v. 1839. No. 69.

ändern gemacht, wo die Nostri noch keine Aufnahme gefunden
 en, sondern nur im Dunkeln für ihre Zwecke arbeiteten. Daß der
 uitismus die Verwirklichung der absoluten Herrschaft
 r römischen Kirche auf der ganzen Erde, die unbe-
 agte Unterwerfung aller Völker unter die römische
 erarchie als letzten Zweck verfolge, wurde schon oben, wo
 dem Zwecke des Jesuitenordens die Rede war, nachgewiesen. Je-
 s Mittel, welches zu diesem Zwecke mittel- oder unmittelbar bei-
 gt, hält der Jesuitismus für erlaubt; ergreift er begierig; ist zu-
 ch Jesuitismus. Jene Herrschaft ist nur erreichbar durch den un-
 dingten blinden Glauben an die Lehre der römischen
 rche; und dieser Glaube nur erreichbar durch Verzichtleistung
 f Denkfreiheit und Vernunftgebrauch, durch vollständige
 assivität des Menschen, die wieder durch den Absolutismus
 r bürgerlichen Herrschaft gefördert, erleichtert und unterstützt
 ed. Denn bürgerliche Freiheit verträgt sich mit blindem Kirchenglau-
 eben so wenig, als politische Denkfreiheit und freie Wissenschaft.
 Das daher die bürgerliche Freiheit, das freie Denken, den freien Ver-
 nunftgebrauch, die freie Wissenschaft hemmt, und so die Bevormun-
 ung und Passivität der Völker begünstigt und fördert, das fällt in
 s weite Gebiet des Jesuitismus. Der Jesuitismus in der wei-
 ren Bedeutung, als mittel- oder unmittelbare Wirk-
 amkeit für die Herrschaft der Hierarchie, ist demnach jede
 tätigkeit für die Verfinsterung des Geistes; für die Entselbstständ-
 ung des Willens, für die Passivität des Menschen, und jeder Kampf
 egen Licht und Wahrheit, gegen Vernunft und Denkfreiheit, gegen
 ie Forschung auf dem Gebiete der Wissenschaft, gegen politische und
 igitöse Freiheit; kurz er ist jedes Mittel zur Förderung des Obscu-
 antismus, des Servilismus und Geisteszwanges. Der Jesuitismus
 chließt sich z. B. eben so der Revolutionspartei an, wenn es gilt eine
 reissnige, ihm hinderliche Regierung zu stürzen, als er — und noch
 eit lieber — eine ihm günstige absolute Herrschaft mit allen ihm zu Ge-
 ote stehenden Mitteln unterstützt und fördert, um durch sie seine Zwe-
 e zu erreichen. Er mischt sich nicht minder unter andere Religions-
 arteien, um Zweifel, Zwiespalt, Haß, Kampf und Unzufriedenheit an-
 uregen und dadurch sie zum Widerstande unfähig zu machen, sie zu
 schwächen und allmählig zu zerstören. Er verbreitet Unzufriedenheit,
 Aufregung und Unruhen, um Regierungen einzuschüchtern und sie zu
 verleiten, die Zügel des Absolutismus straffer anzuziehen, die Freiheit
 m Sprechen, Lehren und Schreiben zu beschränken u. s. w.

Welche Fortschritte dieser Jesuitismus seit 1814 im Staate,
 in der Kirche und Schule gemacht habe, liegt klar und urkundlich in
 Gesetzen und Schriften vor, und bestätigen in neuester Zeit die kirch-
 lichen Wirren, die „der Ueberfluß von Früchten“ sind, „welche die
 Gesellschaft Jesu“ auf alle Seiten hin verbreitete, wohin sich je ihre
 Thätigkeit erstreckte. Es bedarf übrigens kaum der Bemerkung, daß

es darauf, ob die Förderung des Jesuitismus in Bezug auf dessen Endziel beabsichtigt sei oder nicht, ob man dabei bloß einen näheren Zweck, z. B. innere Ruhe u., verfolgen wollte u., gar nicht komme, da es gerade ein Hauptkunstgriff der Nostri ist, die Unwissenheit Anderer zu benutzen, und die Mächtigen dadurch, daß man ihre Handlungen zunächst für deren eigenen Vortheil anpreist, als blinde Werkzeuge für ihre eigenen sorgfältig verschwiegenen Zweck zu gebrauchen. So rühmen z. B. die Nostri Unwissenheit und blinden Glauben der Unterthanen den Machthabern bloß als Mittel für innere Ruhe und gegen Revolutionen an, ohne dabei sich merken zu lassen, daß es eigentlich Mittel für die Förderung der Hierarchie seien u. s. w.

Wir können auch hier nur Einzelnes von dem Kurz andeuten, was als Förderung des Jesuitismus betrachtet werden muß. 1) Es war eine der folgenreichsten Täuschungen, welche, wie wir zum Theil schon oben erwähnten, hauptsächlich durch die Ex- und verkappten Jesuiten veranlaßt und gepflegt wurde, daß man nämlich die Zwingherrschaft Napoleon's der Revolution, und diese der Philosophie, überhaupt der Aufklärung, so wie dem Verfalle des frommen Kirchenglaubens zuschrieb. Denn dadurch wurde nothwendig auch eine irrige Ansicht über die Mittel gegen die Zwingherrschaft und Revolution herbeigeführt, und deshalb die Wiederherstellung eines geordneten Zustandes — die Restauration — als ein Zurückkehren zu dem staatlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Zustande, wie solcher vor dem Ausbruche der französischen und, nach der Intention der Jesuiten, vor dem Ausbruche der kirchlichen Revolution, wie sie die Reformation unverhohlen nennen⁶¹⁾, beschaffen war, von den Politikern sowohl als Clerikern aufgefaßt. Man setzte daher der neuen, aus der Revolution hervorgegangenen, auf dem Volkswillen, wie man glaubte, beruhenden Herrschaft, die man Usurpation nannte, die Legitimität (ein von Eigenthum an Grund und Boden und von Gott unmittelbar abgeleitetes, von dem Volkswillen unabhängiges Herrscherrecht); der neuen Philosophie⁶²⁾, als freier wissenschaftlicher Forschung, den Obscurantismus (Beschränkung der Wissenschaft nach Umfang und Gegenstand auf die positiv angenommenen Zwecke und Grundsätze des Staates und der Kirche) und der freien Glaubensmeinung (dem Vernunftgebrauche in Glaubenssachen) den positiven Offenbarungsglauben, wie ihn die Kirche auffaßt, entgegen. Um die Idee eines Volkes, als eines Inbegriffes von gleich berechtigten und gleich verpflichteten Staatsbürgern zu unterdrücken, empfahl man auch die Ständekasten, durch besondere Vorrechte von einander unterschieden. Restauriren hieß demnach nicht bloß negatives Hemmen der

61) Man sehe den besonderen Abdruck.

62) Welche Bonald eine Enkelin des Lutherthums nennt, die immer eine Vorliebe für die muhamedanische Sittenlehre gezeigt habe, f. K. H. Scheidler, üb. die Idee der Universität und ihre Stellung zur Staatsgewalt (Jena u. Leipzig, 1838) S. 99.

weiteren Entwicklung der seit der Revolution, beziehungsweise Reformation, entstandenen Zustände und Ansichten, sondern auch positives Beseitigen dieser Zustände und Ansichten. Die Restauration war ein Kampf gegen das durch die Fortschritte der Civilisation—durch die Geschichte—Nothwendiggewordene, sohin ein Versuch des schlechthin Unmöglichkeit, der, wie jedes Anstreben gegen das Gesetz der Nothwendigkeit (als solches tritt auch die Geschichte auf), nothwendig zur Verwirrung und zum Untergange führt. Der Haß des Franzosenthums war nur das Aushängeschild; denn er war in der That gegen die Zustände und Ansichten der neueren Zeit gerichtet, und der Zweck der Restauration bestand auf Seiten der Politiker in der alten Bequemlichkeit, Ungenirtheit und Einträglichkeit des Regierens und auf Seiten der heller sehenden Jesuiten in der Begründung, Ausdehnung und Befestigung der römischen Hierarchie, zu welchem Zwecke sie sich Anfangs gern mit den Politikern verbanden und diese, unter dem Vorgeben, als sei es ihnen lediglich um das Beste der Staaten zu thun, zu ihrem Zwecke benutzten, bis sie endlich in der neuesten Zeit, weil eine kategorische Erklärung durch die Umstände nothwendig geworden war, die Maske abwarfen und offen darlegten, was sie durch die Restauration in Wahrheit bezweckt haben.

2) Die einzelnen Erscheinungen seit dem Jahre 1814 bestätigen so eben Vorgetragene nur zu sehr. Selbst die Wiederherstellung des Jesuitenordens geschah, wie man nach der Bulle annehmen muß und aus der Unterbleibung jeder Protestation von Seiten der Regierungen schließen kann, auf höheres Verlangen; sie wurde wenigstens nicht ungern gesehen. Und wenn der Orden nicht überall sogleich aufgenommen wurde, so lag der Grund hiervon mehr in der Scheu vor der öffentlichen Meinung, die in den Ländern, auf welche die neueren Ereignisse am Meisten eingewirkt haben, zuvor umgestimmt und vorbereitet werden mußte, als in dem Willen der Politiker. Darin wurde der Orden da, wo dieses Hinderniß nicht bestand, auch sogleich mit größter Bereitwilligkeit restituirt. Dieses wird insbesondere durch die erst jetzt erfolgte Aufnahme des Ordens in Tyrol und durch die neuesten Vorgänge in Baiern bestätigt. Die angegebene Richtung der Restauration sprach sich noch bestimmter in dem heiligen Bunde⁶³⁾ aus, welcher in dem Jahre nach der Restitution des Jesuitenordens (Sept. 1815) gestiftet wurde. Ob die Veranlassung hierzu von der Frau v. Krüdener⁶⁴⁾ gegeben worden sei, kann man dahingestellt sein lassen, da es nur auf den Geist desselben ankommt⁶⁵⁾. Durch die Grundsätze dieses heil. Bundes ward a) die Herrschermacht auf göttliche Verleihung begründet, sohin b) die Vertragslehre als unchristlich verworfen, deshalb c) den Völkern jedes Recht der Theilnahme an der Aus-

63) Vergl. Schmidt-Philfeld, die Politik nach den Grundsätzen der heil. Allianz, Kopenh., 1822 und Staatslex. Bd I. S. 462 fg.

64) M. s. die Zeitgenossen X. S. 107 fg.

65) Man sehe noch den besondern Abdruck.

übung der Staatsgewalt, oder der sonstigen selbstständigen Einwirkung auf Verfassung oder Regierung abgesprochen; d) der Wille der Herrscher für mittelbaren Gotteswillen, so wie der bürgerliche Gehorsam für eine Religionspflicht erklärt; e) die Toleranz gegen Nichtchristen ausgeschlossen; f) die Wissenschaft der Religion, sohin mittelbar auch den Abgeordneten der Vorsehung, da diese denselben mit der Herrschaft auch die höhere Weisheit verliehen haben muß, untergeordnet, also die freie wissenschaftliche Forschung gehemmt, und g) den Unterthanen nicht Industrie, Thätigkeit u. s. w., sondern christliche Frömmigkeit als die Hauptsache empfohlen. Warum der Papst diesem Bunde dennoch nicht beigetreten, davon liegt der Grund theils darin, daß er nicht von katholischen Fürsten allein abgeschlossen wurde, und theils darin, daß er keinen Herrscher als Abgeordneten der Vorsehung betrachten kann, welcher nicht ihn als den mittelbaren Spender der Herrschermacht anerkennt und nicht von ihm als solcher anerkannt worden ist. Der Kenner des römischen Katholicismus wird aber gleichwohl keinen Anstand nehmen, die Grundsätze des heiligen Bundes für durchaus römisch-katholisch zu erklären, wenn ihnen auch die formale Sanction des Papstes fehlt, welcher zwar eine neben sich selbstständig auftretende Statthalterschaft Gottes nie billigen kann, aber gleichwohl sich im Stillen gefreut haben wird, daß die Lehren des Katholicismus selbst in den ersten akatholischen Cabinetten eine so unumwundene Anerkennung gefunden haben. Die Principien dieses Bundes, welche vorzugsweise durch die Congresse zu Aachen, Laibach und Verona⁶⁶⁾ weiter ausgebildet und praktisch angewendet wurden, bildeten die Grundlage der ganzen seitherigen Entwicklung des staatsrechtlichen, kirchlichen und wissenschaftlichen Zustandes in den vorzüglichsten Continentalstaaten Europas, in so weit derselbe von der Lenkung der Cabinette abhängig war, und nicht die Macht der Umstände Abweichungen und Ausnahmen herbeiführte. Denn a) hinsichtlich des öffentlichen Rechtszustandes waren, wie der Graf A. v. Jouffroy in dem bekannten Schreiben an den Herrn von Montmorency versichert⁶⁷⁾, alle Staatsmänner an den großen Höfen überzeugt, „daß die Aufhebung der Klöster, die Tilgung der Privilegien, die Einrichtung gesetzgebender, auf Volkswahl und Rechtsgleichheit sich basirender Versammlungen, die unbeschränkte Toleranz, die Publicität des Rednerstuhls und die Freiheit der Presse mit der Ruhe von Europa unvereinbar seien.“ Die drei Mächte, welche den heiligen Bund gestiftet haben, kamen auch mit einander überein, daß das Repräsentativsystem nur in den kleineren Staaten, die man leicht überwachen könne, unter Modificationen, welche nachher in den deutschen Bundesnormen niedergelegt und weiter ausgebildet wurden, zulässig, für ihre Staaten aber nicht geeignet sei. Spaniens Verfassung wurde, weil sie vom

66) M. f. Staatslexikon, Bd. III. S. 666 fg.

67) M. f. Pahl, über den Obscurantismus u. s. w. S. 73.

Volke ausging, mit Gewalt der Waffen aufgehoben und dafür das absolute System wiederhergestellt. Noch blutet dieses unglückliche Land an den Folgen dieser Restauration. Die Lehre von dem Staatsgrundvertrage galt für revolutionär. Schriftsteller⁶⁸⁾ erklärten die Verträge solcher Art für gottlos. Nach Stühr sind alle Constitutionen, weil sie sich auf Verträge gründen, oder doch ein Grundgesetz enthalten, eben darum Werke der Hölle; denn nach ihm haben die Fürsten keine andere Richtschnur, als den Willen Gottes, wie sie ihn in ihrem Herzen erkennen, und kein anderes Gesetz, als ihr Gewissen, und was sie selbst oder durch ihre Räte thun, ist darum wohlgethan und als das Werk Gottes zu betrachten; den Unterthanen aber, welche nach ihm nur Pflichten, aber keine Rechte haben können, ziemt nur Gehorsam und Duldung. Wer es dagegen wagte, das Repräsentativsystem, die Vertragslehre, die Volksrechte, Pressfreiheit u. s. w. zu vertheidigen, galt für einen Demagogen, Jacobiner u. s. w. Der Fürst Al. v. Hohenlohe erklärte den Stiftern des heiligen Bundes geradezu, daß die jenseits des Rheins erstickenen giftigen Revolutionskeime diesseits festere Wurzeln geschlagen hätten; daß Demagogen, Jacobiner und Illuminaten das Werk leiteten; daß Constitution ihr Feldgeschrei, Sturz der Religion und Throne und Auflösung aller Bande ihr Zweck wäre u. s. w.⁶⁹⁾. In demselben Geiste zog das Berliner Wochenblatt, welches von jeher, wie es sich in der neuesten Zeit gezeigt hat, ein Organ der römischen Hierarchie und des Jesuitismus war, mit wahrhaft jesuitischer Frechheit gegen Alles los, was nur im Geringsten mit freisinnigen Ansichten in Verbindung steht, und predigte den maßlosesten Absolutismus und Servilismus. Man stellte die Adelsprivilegien wieder her und erweiterte sie sogar, um sich Schutzwehren, wie man glaubte, gegen die Revolution, oder, was als dasselbe gilt, gegen den Liberalismus zu schaffen. Es würde uns zu weit führen, wenn wir die Fortschritte des Jesuitismus in politischer Hinsicht noch weiter verfolgen und z. B. nachweisen wollten, wie man auch den Staatsdienst wieder als bloßen Fürstendienst zu betrachten und bei den Beamten auf unbedingten jesuitischen Gehorsam, auf Verleugnung der eigenen Ansicht zu dringen, wie man den Presszwang, die Passivität des Volkes u. s. w. wieder zu begründen begann. Das Gesagte dürfte für dieses öffentlich rechtliche Gebiet hinreichend sein, um die Richtung der Restauration auf demselben klar zu machen.

b) In der Kirche trat diese Richtung noch deutlicher hervor. In der katholischen Kirche, in welcher noch der gegen den Jesuitismus standhafte Pius VI. das Bibellesen (1778) als heilsam empfahl — trat der Restaurator der Nostri Pius VII. ganz offen

68) Z. B. v. Haller, P. F. Stühr, Deutschland und der Gottesfriede (Berlin, 1820).

69) S. dessen Schrift: Was ist der Zeitgeist? (München, 1820) in der Dedication.

gegen die Bibelgesellschaften auf, indem er sie eine arglistige Erfindung, um die Grundpfeiler der Religion zu untergraben, eine neue Art von Ankraut, das der Feind gesät, und einen Fallstrick, zum ewigen Verderben der Völker bereitet, nannte. Leo XII. versicherte noch weiter, daß die Bibelverbreitung gottlose Absichten beziele, ein Unheil, eine tödtliche Wunde, eine Quelle des Uebels sei, und man in den neuen Uebersetzungen, die doch von den bischöflichen Behörden approbirt waren, statt des Evangeliums Christi, das Evangelium des Teufels finde⁷⁰⁾. Die dem römischen Katholicismus eigenthümlichen Grundsätze der ausschließlichen Rechtgläubigkeit, wornach die akatholischen Confessionen, wie Fabius⁷¹⁾ sagt, nur Treibhäuser und Eisternen der Wüste und Sünde sind; wornach der Papst mit Recht gegen den westphälischen Frieden protestirte, weil er die Reformation — diesen Ungehorsam, diese Gewaltthätigkeit, diese Lüge, dieses Ketzerwerk — nie anerkennen kann; wornach jeder Katholik verpflichtet bleibt, seiner Kirche überall die Rechte wieder zu verschaffen, die ihr von Usurpatoren, welche ihre räuberischen Hände an's Göttliche gelegt, entzogen worden; wornach die römische Kirche sich in einem ewigen Kriegszustande mit den Protestanten befindet; wornach die Reformation, als der zweite Sündenfall, der Urquell der Revolution und alles Unheils, das Lutherthum, wie der Erzpriester Weber⁷²⁾ sich ausdrückt, nur ein zusammengeflackter Bettlermantel ist — diese Grundsätze wurden wieder mehr als je ausgesprochen und geltend gemacht. Man erklärte Alle, welche nicht der alleinseligmachenden Kirche angehörten, für Heiden⁷³⁾. Man schloß mit Rom Concordate ab⁷⁴⁾, in welchen man lediglich für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Bischöfe und ihrer Capitel sorgte, das wahre Interesse der katholischen Glaubensgenossen aber gänzlich vergaß. In dem bayerischen⁷⁵⁾ Concordat verpflichtete sich der König sogar zur Errichtung von Klöstern, „in Anbetracht der Vortheile, welche die religiösen Orden der Kirche und dem Staate gebracht haben und in der Folge bringen könnten.“ König Ludwig I. kommt dieser Pflicht mit Eifer nach. Trotz der großen Nachgiebigkeit der vierzehn protestantischen Regierungen des deutschen Bundes gegen Rom in diesen Concordaten, wurde in der Feil der'schen, nachher v. Mastiaux'schen katholischen Literaturzeitung⁷⁶⁾

70) M. f. Pahl a. a. D. S. 146 fg.

71) In der Schrift: Nachrichten und Betrachtungen über die ungarische Nationalsynode v. J. 1802. Sulzb., 1823.

72) „Etwas Gegengift wider den Zeitgeist.“ Straßb., 1838. S. Telegraph für Deutschland, J. 1838. Nr. 201. S. 1607 fg.

73) Cipowski, Bayerns Kirchen- und Sittenpolizei (München, 1821) in der Vorrede.

74) Sie sind beisammen zu finden in Walter's Lehrb. des Kirchenrechts (6. Aufl. Bonn, 1833) im Anhang. Man s. Staatslexikon Bd. III. S. 612 fg.

75) Art. VII. Dieses Concordat wurde besonders von Sailer schon 1816 bearbeitet. Der Verf. dieses kannte schon 1816 den wesentlichen Inhalt desselben aus Mittheilungen vertrauter Freunde des Jesuiten Sailer.

76) Pahl a. a. D. S. 136 fg., bes. S. 140.

er Verein der protestantischen Fürsten, sich mit Rom zu vertragen, für ein Schutz- und Trutzbündniß gegen die katholische Kirche erklärt, indem dieselben mit offener Arglist handelten und die Absicht hätten, den Katholiken acht lutherische Grundsätze aufzudringen u. s. w. Der alte Wunderglaube wurde wieder durch alle Mittel neu belebt. H. v. Hohenlohe's Wundercuren sind zwar längst vergessen, auch die Nonne von Dülmen, zu der Clemens von Brentano einst wallfahrtete, denkt man nicht mehr, und das Fräulein Maria von Mörk zu Kalbern in Tyrol⁷⁷⁾ konnte nicht zu großem Ruhme gelangen; auch Riegler's und Windischmann's neue Arzneimittellehre, wornach man physische Krankheiten durch geistliche Mittel vertreiben kann, machte kein großes Glück; aber desto größeres Aufsehen erregte der neue Mirakelpfennig oder der Gnadenheller, welcher, selbst von Erzbischöfen eingeweiht, fast in allen katholischen Ländern als Universalmittel gegen alle Krankheiten des Leibes und der Seele gebraucht wird, und dessen Entstehungsgeschichte die eifrige Vereiterin desselben, die Gräfin Stollberg, beschrieben hat. Dieser Pfennig ist von der Mutter Gottes einer Nonne im Traume empfohlen worden. Wer erkennt hier nicht die Thätigkeit der Nostri, welche seit der Restaurationszeit unaufhörlich als das beste Heilmittel gegen die Revolution und das philosophische Heidenthum angepriesen wurden⁷⁸⁾. Noch in neuester Zeit sagt Theiner⁷⁹⁾: „die Vorsehung hat der Kirche wiederum jene heilige Schutzwehr, die Gesellschaft Jesu, zurückgegeben. Möge nun die Kirche von Deutschland nach ihren Einsichten und Bedürfnissen von ihr Gebrauch machen. —“) Auch auf die protestantische Kirche übte die bezeichnete Richtung der Restauration ihren verderblichen Einfluß. Man versuchte war schon früher den Geist des wahren Protestantismus, der nicht in einem vollendeten abgeschlossenen Glaubenssysteme, sondern in einem unaufhörlichen Streben nach Licht und Wahrheit besteht, dadurch zu zerstören, daß man die symbolischen Bücher als unveränderliche Glaubensschriften geltend machen wollte; allein ohne bleibenden Erfolg. Männer, wie Storr, Reinhard, Semler, Spalding u. A., erhalften der Vernunft wieder zu ihrem verlorenen Stimmrechte. Erst in der Restaurationsperiode erhob sich die alte Zwietracht wieder, und war heftiger als je. Der Supernaturalismus trat gegen den Rationalismus mit jesuitischer Verbtheit in die Schranken. Laus Harms⁸⁰⁾ begnügte sich nicht einmal damit, daß das Christenthum über der Vernunft sei, sondern er erklärte dasselbe geradezu für vernunftwidrig, mit der wörtlichen Erläuterung, daß es

77) M. f. die Aschaffenburg. Kathol. Kirchenzeit. v. 1836. Nr. 50. u. 51.

78) M. f. Pahl a. a. D. S. 264 fg.

79) a. a. D. S. 380 fg. — Die Urkunden über die neuesten Bestrebungen des römischen Katholicismus s. m. in Rheinwald a. a. D. S. 1—359.

80) Drei Reformatiönspredigten in den Jahren 1820, 1821 u. 1822. Altona, 1823.

nimmermehr vernünftig sein soll, noch werden könne. J. Tafel empfahl die göttlichen Offenbarungen Swedenborg's als Mittel der reinen Erkenntniß Gottes⁸¹⁾. Es fehlte auch nicht an Verfeinerungen⁸²⁾, und man nahm überhaupt eine Hinneigung zu den Lehren und Gebräuchen der katholischen Kirche hier und da wahr⁸³⁾. Nahm man einmal unveränderliche Glaubensartikel an und verbannte man so den Gebrauch der Vernunft und die Denkfreiheit, so war der Protestantismus in seinem Wesen vernichtet und ihm ein Analogon von Katholicismus untergeschoben. Wenn aber das Denken in Religionsfachen aufhört, so wird das Gefühl in Verbindung mit der Phantasie desto thätiger. Es beginnt das Schwärmen in den Regionen der Einbildung. Daher konnte es nicht fehlen, daß im Gefolge des die Vernunft verleugnenden und verdammen den Supernaturalismus der Mysticismus und dessen Kind der Pietismus zur Regierung kamen. „Mysticismus,“ sagt Eschenmayer⁸⁴⁾, „ist ein religiöses Schauen, ein Schauen in ein Hellbunkel, in welchem aus der unergründlichen Tiefe der Gottheit einzelne Strahlen hervorbrechen, welche, obgleich an sich unennbar, doch das sterbliche Wort noch fassen will, sie aber nicht mehr fassen kann, als im lebendigen Bilde, im glühenden Gefühle, in der deutungsvollen Mythe und in dem profanen Augen verschlossenen Symbole. Die Mystik liest die goldenen Buchstaben und Inschriften, die an den Pforten des Himmels stehen; aber da sie die Sprache des Himmels noch nicht versteht, weil alle ihre Züge in Hieroglyphen verschlungen sind, so übersetzt sie dieselben in ihre Gefühls- und Dichtungssprache, nur verständlich dem, in welchem jenes Schauen lebendig geworden ist, ganz unverständlich aber dem, der nicht über seine Begriffswelt hinauskommt.“ Nach v. Mayer⁸⁵⁾ ist die Mystik ein Ergreifen des Göttlichen und nach Kanne⁸⁶⁾ eine Vereinigung Gottes mit der Seele des Menschen. Der Pietismus ist nur die praktische Seite des Mysticismus, indem man sich durch Andachtsübungen aller Art über die Begriffswelt hinaus zu arbeiten, durch heiliges Schauen in den Himmel hinein zu bringen, durch die Gluth des inbrünstigsten Gefühls und der heißesten Andacht Gott vom Himmel herab und in seine Seele hinein zu zaubern und so die Vereinigung mit Gott zu bewirken strebt. Der Mystiker bedarf keiner Lehr-Anstalt, da das Wissen dem Schauen nur hinderlich wäre, und die gesammte menschliche Wissenschaft nach Kanne⁸⁷⁾ ohnehin nichtig, eitel und nutzlos ist.

81) M. f. Pahl a. a. D. S. 178 fg.

82) Beispiele bei Pahl a. a. D. S. 182 fg.

83) S. Pahl a. a. D. S. 193 fg.

84) Religionsphilos. Th. I. S. 311.

85) Heidelb. Jahrb. der Lit. v. 1815. Nr. 74.

86) Leben und aus dem Leben merkwürdiger und erweckter Christen u. s. v. in der Borr. zum I. Th.

87) a. a. D. Vorrede zum I. Th.

er hat nur Erbauungs- und Andachts-Anstalten nöthig, worin er sich so lange übt, bis er die Gnade in seinem Inneren verspürt, die Einkehr Gottes merkt und fühlt, und dadurch aus der Welt des Argen ausgetreten und in das Reich Gottes eingetreten ist. Daher die pietistischen Conventikel⁸⁸⁾, welche vollkommen den jesuitischen Congregationen gleichen, so wie die dort üblichen Andachtsübungen nur modificirte jesuitische Exercitien sind. Die selben Tractätlein, welche die Jesuiten in der Schweiz vertheilten, z. B. das oben erwähnte: „das Herz des Menschen 2c.“, die „Sieben Posaunen 2c.“, „P. Cochum's Himmelschlüssel 2c.“, werden auch in den pietistischen Conventikeln gelesen und unter deren Genossen vertheilt. Der Thomas von Kempis ist in denselben ebenfalls ein sehr hochgeschätztes Buch. Die Stoßseuffer des heiligen Ignatius⁸⁹⁾ werden auch von den Pietisten gebraucht, welche nicht minder mit den Teufeln und Engeln, mit den Erscheinungen Gottes, Christi u. s. w. viel zu thun haben und auf Knieen, Händeringen, Augenverbrehen, fromme Mienen und sonstige Werke der Frömmkeit und Scheinheiligkeit dasselbe Gewicht legen, wie die Jesuiten. Es ist bemerkenswerth, daß die Frau v. Krüdener, welche „durch die Steppen der Civilisation wanderte“, um Buße zu predigen, den verkappten Jesuiten Kellner zu ihrem Liturgen hatte, und daß man die meisten Teutonen von 1813 und 1814 später als die eifrigsten Pietisten in Conventikeln und als Verbreiter der Tractätlein und zu gleicher Zeit als die eifrigsten Beförderer der politischen Servilität thätig findet. Auch die katholischen Jesuiten machten sich als Jacobiner, dann als Deutschthümer und endlich wieder als fromme Vorfechter des Romanismus bemerklich, wie z. B. Görres ein Beispiel dieses jesuitischen Chamäleonismus ist. Die geistreichsten Protestanten sahen nun wie durch einen Zauber in Pietisten umgewandelt, so daß man sich überzeugt halten darf, daß sie den Pietismus, über den sie geistig weit erhaben sind, nur ergriffen haben, um in einer großen Verblendung für Obscurantismus und Servilismus zu kämpfen und den Plan der Restauration verwirklichen zu helfen. Man kann daher die Lenker der pietistischen Vereine geradezu für Jesuiten, und die Conventikel für jesuitische Exercitienanstalten halten, wenn man auf die Sache, den Zweck und die Mittel sieht. Die Ansicht, welche 1822 die Mitglieder des neuen Jerusalem in Pommern aufstellten, daß nämlich dasjenige, was die Welt Sünde nenne, bei dem Begnadigten nicht mehr Sünde sei, ist die herrschende der Pietisten und im Wesen die jesuitische Prädestinationslehre. Die Toleranz hassen die Pietisten in derselben Weise wie die Jesuiten, „als göttlosen Indifferentismus.“ Und daß diese pietistischen Jesuiten den

88) Urkunden in Bezug auf Kurhessen und Hessen-Darmstadt sehe man in Heinwald a. a. O. S. 435 fg.

89) Sie stehen im Inst. soc. Jes. Vol. II. p. 384. (vor den Exercitien). S. den besonderen Abdruck.

Nostri auch hinsichtlich der Herrschsucht, des Stolzes, des Hasses, der Rache, der Verfolgung Andersdenkender, des Geizes und der übrigen Leidenschaften gleichkommen, und daß sie ihre pietistischen Exercitien und Mystiken auch als Mittel zur Befriedigung ihrer Lüsternheit und Geilheit gebrauchen, ist Jedem bekannt, der Gelegenheit hatte, das Treiben dieser Jesuiten in kurzen Röcken näher kennen zu lernen und namentlich Eingeweihte darüber berichten zu hören, und liegt theils offenkundig vor. Wer einmal die Gnade errungen — und wie leicht glaubt dieses der Frommstolze, wenn ihn die Leidenschaft spornet? — kann ohnehin nicht mehr sündigen; er hat in der Gnade ein Privilegium zu jedem Trevel. Die große Ausbreitung der pietistischen Congregationen, die namentlich auch bei dem Militär in den besonders inficirten Ländern viele Anhänger zählen, und die große Schonung von Seiten der Regierungen⁹⁰⁾ bewelsen übrigens, daß die Pietisten bereits ausgebreitete Macht erlangt haben, und es nicht weniger verstehen, die Cabinette zu lenken, als Lojola's Jünger in schwarzen Röcken. — Bei solchen Wirren in der protestantischen Kirche ist es kein Wunder, wenn z. B. Theiner⁹¹⁾ dreist zu behaupten wagt, „daß der Protestantismus auf dem Gebiete des Geistes und Wissens — — — ein an den Fortschritten der reinen geistigen Weltanschauung (d. i. des reinen [römischen] Katholicismus) untergegangenes geräuschvolles Meteor geworden“ sei.

c) In der Schule, d. h. auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Thätigkeit und der hierzu bestimmten Anstalten, endlich wurde die Richtung der Restauration in nicht geringerem Maße verfolgt. Die freie philosophische Forschung war es ja eben, die zuerst mit ihren Lichtstrahlen die finstere Nebelhülle durchbrach, hinter welcher der Obscurantismus sein Unwesen trieb; die zuerst den trügerischen Apparat der jesuitischen Taschenspieler und Gaukler an das Tageslicht zog und enträthelte; die zuerst die Gebrechen im Staate und in der Kirche mit schonungsloser Unbefangenheit beleuchtete, und dadurch die einträglichsten und bequemsten Partieen, Couliissen und Scenerieen des alten politischen und kirchlichen Schauspielhauses einriß und neue Bauten nöthig machte. Gegen die Philosophie, die mit offener Stirn auftrat, keine Kniee und Reverenzen machte und vor den geschnitzten Götzen und ihren Priestern kein Knie beugte, war daher auch das giftige Geschöß des Jesuitismus vorzugsweise gerichtet. Man klagte sie als Heidin, als Thron- und Altarstürmerin an; die Anklage ward angenommen, die französische Revolution als Zeugin verhört und sie, als des Hochverraths und der Gotteslästerung schuldig, verurtheilt, bei dem neuen Festungsbau der Restauration unter polizeilicher und kirchlicher Aufsicht zu Karren und Handlangerdienste zu verrichten und zugleich im härenen Gewande Buße zu thun. — Der Wissenschaft wurde

90) Vergl. z. B. das Frankf. Journal v. 1839. Nr. 66. (Schreiben aus Berlin vom 2. März.)

91) a. a. D. Borr. S. LII.

seit der Restaurationsperiode nur die untergeordnete Stellung eines Mittels zu den politischen und kirchlichen Zwecken zugestanden, während diese Zwecke selbst, ihre Wahrheit und Zulässigkeit, dem Urtheile derselben entzogen und lediglich dem Ermessen der Abgeordneten der Vorsehung im Staate und in der Kirche vorbehalten bleiben sollten. Sie sollte eine bescheiden gehorsame und nützliche Bürgerin und eine gute Christin werden, ihren Eigenwillen in Demuth verwandeln und nicht über oder gar gegen, sondern nur für die positive Kirche und die bestehende Staatsverfassung und Regierung sprechen und forschen. Die menschliche Vernunft, welche aus und auf sich wissenschaftlich bauen will, lehnt sich, wie einst die gefallenen Engel, gegen Gott auf, weil sie es wagt, außer und neben ihm sich selbstständig zu behaupten. Die Vernunft wird also durch solches Streben eine Aufwieglerin wider Gott und ihr Bau ein von Gott getrenntes — ein gottloses Werk, das, wie jede Auslehnung gegen, jeder Abfall von Gott, nur Verderben zur Folge haben kann. Wie daher der gefallene Engel, der Teufel, nur auf Unheil ausgeht und nie etwas Gutes stiften kann, so auch der auf seine Vernunft bauende Mensch, der sich neben und außer dem geoffenbarten Willen Gottes weise dünkt, sich gegen diesen auflehnt, anstatt sich demselben in Demuth und Gehorsam zu unterwerfen und sein beschränktes irdisches, und darum leeres und nutzloses, ja verderbliches Wissen gegen die unendliche Weisheit Gottes aufzugeben. So argumentirte der Jesuitismus immer und argumentirt der heutige Mysticismus und Piesismus; und nach dieser Argumentation verfuhr das Restaurations-system. Und der Protestantismus, als er solcher Lehre bereitwillig ein Ohr lieh, merkte es nicht, daß es ihm gilt, daß man den Boden unter ihm abgraben und seinen Sturz herbeiführen will! Denn der freie Gebrauch der Vernunft war es ja, der die Fesseln der Hierarchie zersprengte und eine selbstständige Kirche neben der römischen gründete. Wenn nun die Bekenner des Protestantismus selbst diesen freien Vernunftgebrauch verdammen; was bleibt ihnen consequent Anderes übrig, als gläubig und reuig zur alten Kirche zurückzukehren? Doch wir wollen einige Belege für jene Argumentation beibringen. In der heiligen Bundesacte wird erklärt, daß in Gott unserm Erlöser Jesus Christus allein sich alle Schätze der Wissenschaft befinden. Daß auch die Supernaturalisten und Mystiker den Vernunftgebrauch verdammen, ist aus dem Obigen bekannt. So ist nach Marheinecke⁹²⁾ die Vernunftreligion nichts und die Philosophie nur Thorheit vor Gott. Was andere protestantische Orthodoxen (materielle Katholiken), z. B. E. Sartorius und der Hauptstimmführer Hengstenberg, in dieser Beziehung lehren, wissen Alle, die sich im Interesse der höheren Angelegenheiten

92) M. s. dessen Lehrb. des christl. Glaubens und Lebens etc. Berlin, 1823. Sein neueres Ankämpfen gegen den Katholicismus ist bei solchen Principien ohne haltbaren Grund.

mit den Zeiterscheinungen bekannt gemacht haben. Kanne⁹³⁾ erklärt noch insbesondere, es gebe kein Studium, das den ganzen inneren Menschen mehr tödte und verkrüppele, als das Studium der alten Literatur. Heinrich Steffens⁹⁴⁾ macht sich selbst, nachdem er endlich den Weg von der falschen Theologie zum wahren Glauben gefunden, die Frechheit seines früheren Wissens zum Vorwurfe und bekennt, wie er im langen Kampfe mit solchem Wissen, welches sich in sich selbst begründen gewollt, angefangen habe, sich an das Christenthum zu wenden. Nach Maistre⁹⁵⁾ sind die „Uebel, welche uns erwarten, wenn nicht die Wissenschaften überall der Religion untergeordnet werden, unberechenbar: wir verwildern durch die Wissenschaft, und dieses ist der höchste Grad der Verwilderung.“ Die jesuitische Zeitschrift *L'apostolique* (12. Febr. 1830) behauptete, daß die Fortschritte der Künste und Wissenschaften bei allen Völkern Lüderlichkeit und Unglauben erzeugen. Theiner⁹⁶⁾ sagt: „Die Welt, namentlich die europäische, trägt tiefe Sehnsucht nach einer Wiederherstellung des christlichen Wissens in Denk- und Handlungsweise, in Sitten und Gebräuchen, in Kunst und Wissenschaft. Dieses (menschliche) Wissen also, die zur Parteileidenschaft gewordene Vernunft, welche das zerstörende Lebensprincip der heutigen Gesellschaft geworden ist, und ihren höllischen Thron neben dem Throne des Wissens Gottes mit himmelstürmender Gigantenkühnheit aufgeschlagen hat, und in ihrem Frevel so weit gekommen ist, daß sie endlich auch Gottes Wissen und ihr eigenes leugnet — muß von diesem frevelhaften Throne herabgestürzt und in die Hölle, aus welcher es entstieg, zurückgeschleudert werden.“ — „Möchte (sagt er ferner⁹⁷⁾) man doch einmal begreifen, daß die Wissenschaft, wie alles andere Gute, eine Gabe von oben ist, ein Geschenk der Gnade, und nur gedeihen kann, wenn wir sie im Schweisse unseres Angesichts mit Selbstverleugung und Demuth suchen, sie nur durch Gebet zu erreichen hoffen.“ Diese wenigen Belege, welche zu vermehren uns der Raum verbietet, dürften hinreichen, um einerseits die Richtung des neuen Wiedergeburt- oder Restaurationsystems auf dem Gebiete der Wissenschaft kennen zu lernen, und anderseits sich zu überzeugen, wie die neuen Jesuiten beider Confessionen einander in die Hände an-

93) Vorrede zum Th. II. des ang. Werkes.

94) W. f. dessen Romane aus der Christenwelt aller Zeiten etc. Bd. I. S. 160.

95) im „*Essai sur le principe générateur des constitutions politiques etc.*“ p. 80.

96) a. a. D. Borr. S. LXIV. „Rüste sich die Priesterschaft (hatte es das. S. LXV. weiter) zu diesem heiligen Vollbringungswerke! Es ist dieses Mal die Reihe an ihr. — Möge auch die Gesellschaft Jesu in dieses große und edle Kampfgebiet muthig und kühn eintreten.“

97) a. a. D. S. 373.

beiten, um dasselbe große Ziel der Verfinsterung zu verfolgen. Wie man zu diesem Ende, dem Restaurationsysteme gemäß, die zur Pflege der Wissenschaften bestimmten Anstalten modificirte und beschränkte, um sie, wie man meinte, für Staat und Kirche recht nützlich zu machen; wie man sie gleichsam in Fabriken verwandelte, um in denselben Systeme, Lehrsätze und Ansichten, wie sie der Staat oder die Kirche eben braucht, in vorausbestellter Form und Gestalt bearbeiten zu lassen; wie man die Pfleger und Pfleglinge der Wissenschaften mit Staats- und kirchenväterlicher Sorgfalt überwachte, um sie auf der vorgezeichneten Bahn der bürgerlichen und kirchlichen Ordnung zu erhalten und vor jedem Ausgleiten, vor jeder Verirrung auf nicht positiv approbirte Wege zu schützen; wie man sie ermahnte, sich bürgerlich ehrbar zu kleiden und christlich fromm und bescheiden die Augen zur Erde zu senken, und nicht die Blicke in neuen Forschungsgebieten, welche der bestehenden Ordnung keinen Nutzen bringen, frech herum-schweifen zu lassen; wie man ihnen auch einschärfte, die Gebote der Oberen in bescheidener Weise zu loben und zu vertheidigen⁹⁸⁾; wie man hier und da Lehrbücher vorschrieb, und in Studienplänen die Lehrfächer, Studiencurse, Lehrstunden &c. den Studirenden vorzeichnete, um sie bloß auf das Nützliche zu beschränken; wie man Prüfungen anordnete, um ihren Fleiß zu controliren und sich von ihrer Brauchbarkeit zu überzeugen; wie man angeblich staats- und kirchengefährliche Vorträge der Lehrer untersagte und verdächtige Lehrer entfernte; wie man überhaupt die Universitäten als reine Staatsanstalten, wie andere Institute zu Staats- und Kirchenzwecken, und die Universitätsprofessoren als reine Staatsbeamten betrachtete und behandelte — dieses Alles bedarf hier keiner weiteren Belege, da es zu bekannt und oft genug besprochen worden ist⁹⁹⁾. Verwarf man einmal den freien Vernunftgebrauch als gottlos und revolutionär, und verlangte man dagegen unbedingte Fürwahrhaltung der adoptirten positiven Regierungsmaximen und Kirchendogmen; so verstand es sich von selbst, daß man sich auch für befugt halten mußte, die Lehranstalten und Wissenschaften für die positiven Staats- und Kirchenzwecke dienstbar zu machen. Hauptsächlich galt es auch hier nur den protestantischen Universitäten, die auch allein Universitäten im wahren Sinne genannt werden können; denn die rein katholischen Universitäten sind entweder nur Inbegriffe oder Aggregate von Staats- und Kirchen-Schulen, in denen Lehrbücher, Lehrcurse, Stunden und Prüfungen von jeher vorgeschrieben waren, oder sie wurden erst nach dem Muster der protestantischen Universitäten in solche später umgeändert. Die protestantischen Universitäten, wie sie sich seit der Reformation und durch diese gestaltet haben, sind allein in sich abgeschlossene Institute mit unbeschränkter Lehr-

98) Vergl. die oben erläuterten Regulae im Inst. soc. Jes. Vol. II. p. 429 sq.

99) M. s. vorzüglich Scheidler's angef. Schrift.

und Lern-Freiheit, ohne alle beengenden Vorschriften in Bezug auf Lehrbücher, Lehrcurse, Prüfungen und Testimonienwesen; freie Abperschaften, deren höchster Lebenszweck die Wissenschaft ist, und zwar die Wissenschaft um ihrer selbst willen, ohne unmittelbare Rücksicht auf praktische Brauchbarkeit oder Nützlichkeit derselben; Verein für die freie Forschung in den höchsten Angelegenheiten der Menschheit; kurz Anstalten, die zwar in ihrer äußeren Befassung vom Staate abhängen, in Bezug auf ihre innere Einrichtung und ihren Zweck, die Wissenschaft, aber völlig frei und unabhängig sind, und kein Gebot anerkennen, als das der Wahrheit und der Denkgesetze. Wie diese Institute äußere Haltung und Pflege vom Staate haben, so benützt umgekehrt der Staat die Resultate der wissenschaftlichen Forschungen derselben zu seiner zeitgemäßen Fortbildung. Ein Gleiches thut die Kirche. Die innere freie Verfassung dieser Universitäten hängt mit dem Geiste des Protestantismus so wesentlich zusammen, daß dieser ohne jene und umgekehrt jene ohne diesen nicht für die Dauer bestehen kann. Der Bannstrahl, welchen die Restauration gegen das freie oder vernünftige Wissen, überhaupt gegen den freien Vernunftgebrauch schleuberte, traf daher zugleich auch die Universitäten und den Protestantismus in den wesentlichen Lebenselementen. Auch sah der Jesuitismus nur zu gut ein, daß, so lange die Universitäten, diese Pflanzschulen des freien vernünftigen Wissens und des Protestantismus gegen jeden Zwang auf dem Gebiete der Forschung und des Glaubens, in alter Kraft bestehen blieben, die Unterjochung der Vernunft durch den blinden Kirchenglauben nicht gelingen würde. Darum wurde der Hauptangriff im Kampfe für Obscurantismus und Romanismus gegen die Universitäten gerichtet, die zwar der Revolution schon deshalb schuldig waren, weil aus ihnen die Reformation — dieser zweite Abfall von Gott, wie man sie nannte — hervorgegangen war; die man aber auch noch als den eigentlichen Heerd aller politischen Revolutionen und aller staatsgefährlichen Lehren darzustellen und zu verdächtigen suchte. Daß auch von protestantischer Seite gegen dieselben Anklagen erhoben wurden, beweist nur wieder, wie harmonisch die Jesuiten auch hier wieder zusammenwirkten. Die offenen Anhänger Roms nahmen von diesem Kampfe gegen die Universitäten auch wohl Veranlassung, den Endzweck desselben unumwunden auszusprechen, wie es z. B. in den Wiener Jahrbüchern bei Gelegenheit der Diesterweg'schen Reformvorschläge geschah¹⁰⁰⁾, indem man diese für ungenügend erklärte, und sich Rettung nur versprach von der Zurückführung des höheren Unterrichts auf die Einheit der Lehre und des christlichen Glaubens, wie sie vor der Reformation in Deutschland bestand, d. h. mit anderen Worten, von der Einführung des jesuitischen Studienplanes. Noch unumwundener erklärt Theiner¹⁰¹⁾ die Reformation für das Prin-

100) M. f. Scheibler a. a. D. S. 96 flg.

101) a. a. D. S. 82.

der revolutionären Zerstörung und den Jesuitismus das versöhnend-conservative Princip. „Dem Bunde der Reformatoren,“ sagt er, „folgte die Gesellschaft der Jesuiten. Beide maßen sich nun auf offenem Felde, und werden in ferner noch messen; denn beide sind seit dieser Zeit als zwei selbstständige Principe in die Geschichte und das Leben eingetreten. Ich meine das revolutionär-zerstörende und das versöhnend-conservative Princip in der neueren christlichen Gesellschaft.“ Besser als mit dieser Stelle können wir wohl nicht die über ausgeführte Behauptung belegen, daß das Restaurations-System im Staate, in der Kirche und Schule selbst nach der offenen Erklärung der jesuitischen Partei in Wahrheit der Jesuitismus sei. Und wie weit dieser bereits vorwärts geschritten, wie kräftig er geworden und wie sehr er sich überzeugt hält, daß die Reformation oder — was dem Jesuitismus stets identisch ist — die Revolution bald zu Ende sei, spricht derselbe Theiner aus, indem er erzählt: „Die Gegenwart schreitet mit Riesenschritten dem feierlichen Momente entgegen, wo der ewige Richterspruch der Gottheit sich für den Sieg und den alleinigen Fortbestand des einen oder anderen eben bezeichneten Principe in der Weltgeschichte aussprechen wird.“ In der sichern Hoffnung eines für den Jesuitismus erfolgenden Spruchs nennt er, wie wir oben gehört haben, den Protestantismus vorläufig ein bereits untergegangenes Meteor. Mehr aber, als die schriftstellerischen Belege, sprechen die neuesten Thatfachen am Rhein, in Polen, in Belgien, Frankreich, in der Schweiz, in Valera u. s. w. die großen Fortschritte des Jesuitismus aus, der sich rühmen kann, in so kurzer Zeit, seit welcher er wieder offen das Schwert und die Fahne ergriffen hat, die verderblichen Früchte der Civilisation verheert, die Toleranz, diesen garstigen und Rom so gefährlichen Lindwurm, erwürgt, den häuslichen Frieden in unzähligen Familien gestört, oder, um in seiner Sprache zu reden, die Laugen im Glauben, welche eheliche Verbindungen oder vielmehr sündliche Concubinate mit Ketzern oder, was dasselbe besagt, mit Heiden beiführte und die Ketzbrut — „die zweischlächtigen Bastarde“ — vermehrte, zum Glaubenseifer angefaßt, die Grundpfeiler des Friedens untergraben und es überhaupt fast dahin gebracht zu haben, daß die vorgeblich von ihm bekämpfte Revolution in eine neue und die Reformation in einen dritten „Sündenfall“ umzuschlagen droht!

VII. Schluß. Wenn der Umfang dieses Aufsatzes größer geworden, als es die Anlage dieses Werkes zu gestatten scheint; so wird dieses in der Wichtigkeit des behandelten Gegenstandes hinlängliche Entschuldigung finden. In je mannigfaltigeren Organen und Weisen nämlich die Gesellschaft Jesu thätig ist, sich geltend zu machen, und je kräftiger sie ihrem Endziele: Roms Herrschaft auf den Trümmern der zerstörten Reformation im alten Glanze wiederherzustellen, auf den Ruinen der Civilisation das

Reich der Finsterniß und des Aberglaubens zu begründen und so die Zeit der Barbarei, der Inquisition und Autodafés wieder herbeizuführen entgegenstrebt: desto nothwendiger schien es uns, diesen Orden, den man häufig aus Unkenntniß für gefahrlos hält, in seiner wahren Gestalt darzustellen, und das künstliche Gewebe des Jesuitismus, womit er Staat, Kirche und Schule neuerdings umschlungen hat, vor den Augen der Leser zu entfalten, um dadurch auf die Gefahr aufmerksam zu machen, in welcher die Gegenwart schwebt. Diese Gefahr ist in der That sehr dringend. Mit der alten gewandten Taktik rückt das Heer der Jesuiten auch gegen Deutschland an; schon hat es sich der Hauptstadt der treuherzigen Tyroler bemächtigt, und Baiern, durch Spione bearbeitet, ist dem Falle nahe, ja in Wahrheit als unterjocht zu betrachten. Der Hauptschlag ist gegen den Protestantismus und seine Fundamente, die freie bürgerliche Verfassung, die Freiheit des Gewissens und die freie wissenschaftliche Forschung gerichtet. Wie die Staaten Europas durch Zertrümmerung der Universalmonarchie Napoleon's ihre ehemalige Selbstständigkeit und Macht wieder errungen haben; so will auch Rom durch die Vernichtung der Reformation seine alte Macht und Herrschaft wieder erlangen und seinen Sieg in dem Lande feiern, in welchem die Revolution gegen die legitime Kirchengewalt ausgebrochen war, und die ihre Niederlage erlitten hatte. Und wie der Jesuitenorden einst gegen den Protestantismus errichtet wurde, so soll derselbe seine Wiederherstellung durch die Besiegung des Protestantismus verherrlichen. Rom hat sich lange und ernstlich zu diesem Kampfe gerüstet, in welchem es sich jetzt um die Behauptung der Reformation handelt, wie es einst um die Erlangung derselben zu thun war, und nicht ohne Ursache gegen jeden Frieden mit der Reformation, gegen jeden Fortschritt der Civilisation protestirt; denn es kann und wird nie eine andere Kirche neben sich anerkennen. Aber es wird auch Deutschland gerüstet und bereit finden, mit gewohntem Muthe seine errungenen Nationalkleinodien gegen jeden Angriff zu vertheidigen.

Uebrigens glauben wir, durch die gegebene Darstellung der Jesuiten und des Jesuitismus auch den Weg, dem letzteren entgegenzuwirken, deutlich bezeichnet, so wie zur Aufhellung der neueren kirchlichen Wirren beigetragen und das Ziel angedeutet zu haben, zu welchem das System der Restauration in seiner consequenten Verfolgung nothwendig führt.

S. Jordan.

Jaup (Heinrich Karl), Sohn des 1806 verstorbenen Geheimrathes, Vicecancellers der Universität Gießen und Professors der Rechte, Dr. Helfrich Bernhard Jaup, geboren zu Gießen am 27. September 1781, widmete sich von 1798 bis 1801 auf der dortigen Universität den Rechtswissenschaften, besuchte zu seiner weiteren Ausbildung im deutschen Staatsrechte, vom September 1801 bis Mai 1802

Regensburg und, von 1802 bis 1803, Göttingen, promovirte 1803 in Gießen und eröffnete daselbst noch im nämlichen Jahre als Privatdocent seine akademischen Vorlesungen. Er wurde 1804 außerordentlicher, 1806 ordentlicher Professor der Rechte; einen zweimaligen Ruf nach Kiel und einen Ruf nach Göttingen hatte er abgelehnt. So blieb er in Gießen bis 1815, wo er ganz unerwartet durch das Vertrauen des damaligen Großherzogs Ludwig I. und dessen Ministers, Freiherrn von Lichtenberg, nach Darmstadt berufen und zum geheimen Referendär bei dem Staatsministerium ernannt wurde. Die Organisation der obersten Staatsbehörde von 1821 theilte ihn dem Ministerdepartement der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, so wie dem neuconstituirten Staatsrath zu, nachdem schon 1820 der Titel der geheimen Referendäre in den Titel „geheimer Staatsrath“ verwandelt worden war. Im Jahre 1824 wurde Jaup von den Ministerialarbeiten dispensirt, um an der Spitze der Gesetzgebungscommission zu stehen, welche Stelle er jedoch 1828 auf seinen Wunsch mit dem Präsidium des in Darmstadt befindlichen provisorischen Cassations- und Revisionsgerichtshofes für die Provinz Rheinhessen vertauschte. Unerwartet wurde 1832 durch Ordonnanz dieser Gerichtshof aufgelöst, und die Summe seiner bisherigen Functionen, so wie einige neue, dem Oberappellationsgerichte in Darmstadt beigelegt, welches von da an Oberappellations- und Cassationsgericht hieß. Dieses Ereigniß führte stillschweigend den factischen Austritt Jaup's aus dem Staatsdienste herbei. Aber — wie eine biographische Skizze Jaup's in der Zeitschrift „das Vaterland“ 1833 schon sagte — „fast in demselben Augenblicke berief ihn ein hoher Souverän, die öffentliche Meinung, zum schönsten Dienste für das gemeine Wesen.“ Jaup wurde Abgeordneter der Stadt Friedberg für den im December 1832 neu zusammentretenden großherzoglich hessischen Landtag. Es war ein Verein seltener Kräfte und Fähigkeiten, noch voll Lenzeshoffnung und Hoffnung des Gedeihens. Jaup, von der Kammer unter die sechs Candidaten zum Präsidium erwählt, wurde von der Staatsregierung bergangen, kam aber als Präsident an die Spitze des zweiten (Gesetzgebungs-) Ausschusses. Am 2. November 1833 erfolgte die Auflösung dieses Landtages und fast unmittelbar folgte ihr die Pensionirung derjenigen Abgeordneten, in welchen das Staatsministerium seine gefährlichsten Gegner zu finden geglaubt hatte; darunter Jaup's. Für den nächsten Landtag (1834) als Abgeordneter wiedergewählt, erhielt er nicht den hierzu erforderlichen Urlaub der Staatsbehörde. Gemeinderath der Stadt Darmstadt ist Jaup seit 1831. Im nämlichen Jahre betheiligte er sich bei der Schöpfung einer bürgerlichen Lesegesellschaft in Darmstadt und nahm 1832 eifrig Theil an der Stiftung des Vereins für Verbesserung des Zustandes der Israeliten, als dessen (Provinzial-) Präsident er zugleich von 1833 bis 1836 thätig war.

Dieses die äußersten, allgemeinsten Umrisse eines Lebens, welches aber noch näheren Beschauung werth ist, theils in seiner Bildungs-

weise, theils in seinen Bestrebungen, theils in seinen Ereignissen Publicist nach Abstammung und Studium, sein Jünglingshaupt in Regensburgs alter Glorie sonnend, dem praktischen diplomatischen Leben durch Vaters Beispiel und Lehre nicht fremd, entwickelte er früh in sich die tüchtige Kenntniß und Gediegenheit mit „Weltmanns Blick.“ Gern dem Gemeinnützigen zugewendet, dem Zwecklichen war ihm, als akademischem Lehrer, als Staatsmann und als Abgeordnetem das klare deutliche Wort — deutlich an Inhalt und an Aussprache — immer viel werth. Von dieser zunächst praktischen und populären Richtung war Folge oder vielleicht auch Mitursache ein gewisser Mangel an theoretischer philosophischer Bildung oder an besonderer Werthschätzung derselben. Eine gleichzeitige Nichtwerthschätzung der historischen juristischen Schule fand ebenfalls Statt, ohne aus der eben erwähnten Quelle abgeleitet werden zu müssen. Immer im publicistischen Gebiete, waren doch seine Stellungen und Beschäftigungen dabei die mannigfaltigsten, hauptsächlich in seiner ministeriellen Laufbahn. Organisationen neuer Landestheile, Bundestagsverhandlungen und Verhältnisse der Standesherrn waren die Haupttrubiken. Ihm soll man damals eine freundlichere Behandlung der Letzteren von Seite des Ministeriums zu danken gehabt haben; auch vermittelte er zuerst ein wohlgemeintes, gutgesinntes Anschließen derselben an die Staatsregierung, namentlich durch einen mit dem verstorbenen edlen Grafen von Solms-Laubach (1813) mündlich verhandelten Vertrag und durch die in seinem Referate, nach Verhandlung mit standesherrlichen Commissarien, zu Stande gekommene Declaration über die Verhältnisse der Standesherrn vom 17. Februar 1820.

Fragen wir nach den Gesinnungen, welche Jaup zu diesen und zu anderen Arbeiten brachte, so bleiben wir nicht lange zweifelhaft darüber. Die Arbeiten selbst — also die That — predigen sie. Sie sind größtentheils zu erkennen aus dem in seinem Referate enthaltenen großherzoglich hessischen Besignahme-patente Rheinheffens vom 8. Juli 1816, einem warmen, freisinnigen Aufrufe an die neuen Staatsbürger. Aus seiner Feder entstand die Civil- (und folgeweise die Militär-) Dienstpragmatik zum Schutze gegen ministerielle Willkür. Eben so trug er im Ministerium und auf dem Landtage von 1821 als Regierungscommissär bei den Ständen die Gemeindeordnung vor, welche freisinniger ist, als die meisten anderen, was Wahlen der Gemeindevorstände durch alle Ortsbürger und Vertheilung der Umlagen auch auf Hörsen betrifft — und jetzt, schon lange, nicht mehr durchzuführen wäre. Vorzugsweise unterstützte er Alles, was zur Entfernung der Feudallasten diente, im Sinne des Großherzogs Ludwig I. wohlerkennend den Werth des freien Grundbesitzes und Bodens, und geleitet von der (conservativen) Rücksicht, daß, den Landleuten nicht mehr Befreiung von Zehnten, Frohnen, Grundrenten u. s. w. angeboten werden kann, Aufwiegelung derselben unmöglich ist. Dafür wirkte er noch in der zweiten Kammer 1833

den Antrag und umständliche Entwicklung einer Grundrentenablösung, welche 1834 von der Kammer und 1835 von der Staatsregierung reproponirt und, nicht ohne Mühe in erster Kammer, unterworfen in eine heilsames Gesetz verwandelt wurde.

Eben so vorzüglich war stets und ist bei Jaup Vorliebe (und Neigung) für die französischen Rechtsinstitutionen. Er lehrte französisches Recht in Gießen; er suchte schon 1809, durch Conferenzen mit nassauischen und primatistischen Commissarien, im Auftrage der Staatsregierung, für Verpflanzung des Guten in diesen Institutionen des Großherzogthum zu wirken. - Auch das Besignahmepatent Rheinhesens (s. oben) spricht dafür. Auf seinen Vortrag wurden die Grundzüge künftiger Justizorganisation vom 1. December 1817 erlassen, und wenn er sich auf dem Landtage von 1832 als Abgeordneter noch consequentere und entschiedener Durchföhrung von Oeffentlichkeit, Öffentlichkeit, in der Regel Richter-Collegien und Geschworenengerichte aussprach, so durfte er, auf ironischen Vorhalt dieses scheinbaren Widerspruchs durch den Regierungscommissär, geheimen Staatsrath App, mit sehr passender, stolzer Bescheidenheit antworten: „Ich gehöre ein, nicht zu denjenigen zu gehören, die in 15 Jahren nichts gelernt und nichts vergessen haben.“ Von 1816 bis 1821 war Jaup Referent im Ministerium in fast allen Angelegenheiten aus Rheinhesen, und er erhielt aufrecht und pflegte die rheinhesischen Institutionen mit Vorliebe und mit Erfolg.

Im Inneren suchte Jaup geseßlich und freisinnig zu handeln. Man weiß, daß man unter dem Ministerium Lichtenberg lange von Landtagen nichts wissen wollte; daß Jaup aber die bestimmteren Zusätze durchsetzte. v. Grolman, dessen Berufung 1817 zur Gesetzgebungscommission von Gießen nach Darmstadt Jaup veranlaßt hatte, trat 1819 an die Spitze des Ministeriums. Jaup schloß sich ihm an, einmal da v. Grolman eine weise Verfassung, ähnlich den anderen deutschen Staaten, beabsichtigte, und Jaup übernahm, eine solche Verfassungsurkunde zu entwerfen. v. Grolman aber, bewogen durch liberale Einflüsse, wandte sich bald von seinen liberalen Vorsätzen wieder ab und schuf das bekannte Märzdict. (Vergl. den Art. Hessen, Großherzogthum.) Dieses aber legte den Grund zu den folgenden Mißverhältnissen.

Jaup war wohl immer für eine constitutionell-beschränkte Monarchie mit den erforderlichen Garantien für Volksfreiheit und Volksglück. Dabei war immer sein Geheiß, sein Mark und Kern ächt deutsch. Dem that und thut ihm nicht Abtrag seine literarische Wirksamkeit von 1808 bis 1811 zu Gunsten des damals auf dem europäischen Continente vorherrschenden publicistischen-Systems und seine Vorliebe für Napoleon, den Geistvollen, kühnen und Antifeudalisten. Jaup war in der Idee gewiß immer zuerst Deutscher, aber auf publicistischem Boden erst Hesse, und für die deutschen Unitarier, namentlich noch beim

Beginne des Landtages von 1833, doch gar zu liebhaberisch dynastisch. In der ersten Hinsicht äußerte er, als von der Besetzung Rödelheims durch königlich preussische Truppen (nach dem Frankfurter Attentate 1831) in der zweiten Kammer die Rede war: „In allen Beziehungen des Großherzogthums zum deutschen Bunde denke ich zuerst an das Großherzogthum und an das Interesse, welches die Würde und Ehre des Großherzogthums und die Würde und Souveränität des Fürsten betrifft.“ Jaup scheint in diesen Beziehungen die Unabhängigkeit von einem großen Staate für möglich gehalten zu haben bei kleinen, und das, was die Natur der Sache versagt, ersetzbar durch enges Anschließen mehrerer kleinen Länder. Man erinnert sich noch der vorzüglich durch ihn entstandenen und gepflogenen Bemühungen der beiden Hessen, bei der Bildung der deutschen Bundesarmee ihre zwei Contingente in dem Armeecorps vereinigt zu sehen. Es ist begreiflich, daß, wie er durch diese Gesinnungen bisweilen bei der exaltirteren Partei anstieß, er doch auch dadurch nicht von der andern Seite her Dank erhielt, ihn auch wohl niemals gegen seine Ueberzeugung zu verdienen gestrebt hat. Namentlich konnte sein Particularpatriotismus mit den Ansichten zweier großen deutschen Mächte unmöglich sehr Hand in Hand gehen, und Fürst M. benutzte seine persönliche Anwesenheit in Darmstadt im Juli 1824, um den Großherzog zu bitten, Jaup einen anderen Wirkungskreis zu geben. Das geschah denn auch, wie oben bemerkt wurde.

Wie die Ablösung des Grundes und Bodens von Lasten der materiellen Angel von Jaup's Wirksamkeit, so die Befreiung der Presse der ideelle, namentlich auf dem Landtage von 1833. In einer der ersten Sitzungen desselben stellte er einen Antrag, „die gesetzliche Pressefreiheit betreffend,“ hielt dann bei der Discussion, zu Gunsten derselben, einen glänzenden Vortrag und kam bei jedem Anlasse, mit der Entschiedenheit und Beharrlichkeit eines Cato Censor oder vielmehr Anticensor, auf dieses sein Lieblingsthema zurück.

Was weiter Jaup's landständische Wirksamkeit betrifft, so sah man ihn regelmäßig an den wichtigeren Discussionen, immer in einem selbstständigen und freisinnigen Geiste, Theil nehmen. Besonders für ihm liebe Gemeindeordnung vertheidigte er gegen mehrere von Abgeordneten ausgehende Verballhornisierungen — gegen Zeugnisse eines mediocren und philisterhaften Geistes. Bei der Urlaubsfrage der Pensionärs als Landtagsabgeordneter nahm er die entschiedenere Seite ein; sprach für freisinnige Maßregeln in Betreff der Controle der politischen Meinungen der Studirenden; erklärte sich gegen das Verhalten der Staatsregierung bei des Rectors Weidig (erster) Verhaftung (Sommer 1833) und die dabei Statt gehabte Verletzung der Verfassungsurkunde; war für die Abänderung mehrerer, mit einer fortgeschrittenen Zeit nicht mehr im Einklange stehenden Bestimmungen der Verfassungsurkunde (Art. 60, 81, dritter Absatz) u. s. w. Die höchst wichtige Discussion über den Antrag mehrerer Abgeordneten auf Erfüllung des Artikels 103 der Verfassungsurkunde („Für das ganze Großherzogthum

ein bürgerliches Gesetzbuch, ein Strafgesetzbuch und ein Gesetzbuch, das Verfahren in Rechtsachen eingeführt werden“) gab Jaup Gelegenheit, seine schon oben erwähnten Wünsche über die Grundlagen der neuen Gesetzgebung geist- und kenntnißvoll und mit Wärme, als Berichterstatter und dann auch bei der Discussion, zu entwickeln. Aber auch gegen persönliche Vorwürfe hatte er sich dabei zu wehren gegen den Regierungskommissär, geheimen Staatsrath App, in Bezug auf Jaup's Thätigkeit als Präsident der Gesetzgebungscommission und dahin Bezügliches. Jaup that es mit Glück. (vgl. Verh. der 2. K. der Landst. des Großh. Hessen. Protocolle v. 1833 Bd. S. 254 ff. 414 ff.) Als Mitglied des zweiten Ausschusses betheiligt bei den Berathungen über mehrere von Abgeordneten gestellte Anträge wegen der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832, einigte er sich mit dem Abgeordneten Höpfner zu einem Specialvotum, welches das entschiedenere in dieser Sache war und dahin ging, jene Beschlüsse die Verfassung des Großherzogthums formell und materiell verletzten. Und als einer der Antragsteller die Erledigung des Antrags am 14. Juni 1833 in Erinnerung brachte, sprach Jaup, bei der darüber dann Statt gehaltenen Discussion, sich unumwunden dahin aus: „er theile ganz vollkommen die Ansicht, daß die Ehre und Würde der Kammer es erheische, über die gestellten Anträge auf irgend eine Weise auszusprechen, ehe sie von ihrem Ausgange verwilligungsrechte in allen nicht eilenden Sachen Gebrauch mache“ — eine Ansicht, welche von Seiten der damaligen Majorität große Anerkennung fand, aber von der Minorität eben so sehr bestritten wurde. In der That der Discussion über den von der Staatsregierung damals proponirten Ausbau des großherzoglichen Residenzschlosses in Darmstadt — gegen sich bei der Abstimmung bedeutende Stimmenmajoritäten entgegen — hatte Jaup ein Amendement gestellt, welches die Vorlage des Gesetzentwurfs in jener Beziehung zu weiterer Berathung aufschob und nicht undeutlich den Weg zu einer Annahme der Proposition, doch in sichernden Formen, bahnte. Dieses Amendement wurde auch bei der Abstimmung angenommen. Hiermit stand in Verbindung ein Ereigniß, welches nicht nur dem damaligen Abgeordneten Jauch in seiner leidenschaftlichen Diatribe: „Der Liberalismus auf der merkwürdigen Landtage von 1833,“ Anlaß gab, gegen die Majorität dieses Landtags mit unverdienten Vorwürfen loszurücken, sondern auch noch in späterer Zeit in den Zeitungsspalten (z. B. in der Leipz. Zeitung vom 2. Nov. 1838) unter der Firma: „dem Staatschachte politische Concessionen gegen Geldbewilligungen angedonnen haben,“ auftauchte. Dieses das Ereigniß: — Die Stände waren über sechs Monate lang versammelt, ohne Erfolg, ohne Aussicht; ja, mit immer größerer Wahrscheinlichkeit gänzlichen Zerwürfses. Der proponirte Schloßbau, vom Regenten sehr gewünscht, aber ausssichtlich in der Kammer unterliegend, war gerade in der Vertheilung. Da machte Jaup noch einen Versuch, ein freundliches Ver-

hältniß zwischen Staatsregierung und Kammermajorität zu begründen, ging im Auftrage mehrerer Collegen (worunter Höpfner und v. Gern) zum damaligen Präsidenten des Finanzministeriums, Freiherrn von Hofmann, bot ihm seiner und seiner Collegen Mitwirkung und Einfluß an für den gewünschten Schloßbau, wenn auch nicht im proponirten Umfange, falls man ihnen die Versicherung gebe, daß man 1) freie Presse gewähren wolle, so weit es die Verhältnisse des Großherzogthums zum deutschen Bunde gestatten, und 2) den Artikel 103 der Verfassungsurkunde (vergl. oben) ausführen wolle, mit Zugrundelegung der französischen Gesetzgebung. v. Hofmann, der nach seinen Verhältnissen selbst nur weiter berichten konnte, nahm die Vorschläge sehr freundlich und willkommen auf, aber sie blieben dennoch ohne allen Erfolg und ohne Erwiderung. Der nachher über den Schloßbau in die zweite Kammer gebrachte Gesetzesentwurf blieb ohne Bericht. Später erfolgte die Kammerauflösung.

Es ist oben gesagt worden, auf welche Veranlassung hin Jaup beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten außer Thätigkeit kam (1824). Der Aufhebung des provisorischen Cassations- und Revisionsgerichtshofes für Rheinhesen (1832) — einer Maßregel, welche auch ihrer Constitutionalität nach damals sehr bestritten war und von welcher Jaup, der Präsident des Hofes, durch die Aufhebungsbordonnanz im Regierungsblatte die erste Kunde erhielt! — ging voraus, daß dieser Hof sich beinahe praktisch für den Grundsatz entschieden hatte: es sei der Richter berufen, zu untersuchen, ob das Gesetz, das er anwenden solle, verfassungsmäßig erlassen sei. Jaup war ein Mitglied der abgestimmten Minorität hierbei gewesen.

In Jaup's völlige Pensionirung folgte ihm außer der Achtung aller Besseren für sein redliches landständisches Wirken und der Hoffnung, ihn doch noch einmal in den Staatsdienst zurückkehren zu sehen, nur eins: — ein Proceß, den er gegen den großherzoglich hessischen Centralfiscus unternehmen mußte, weil bei Regulirung seines Pensionsgehaltes 500 Fl. nicht berücksichtigt worden waren, deren Berücksichtigung er in Anspruch nehmen zu können glaubte. Der Proceß ist gegenwärtig in der Appellationsinstanz anhängig.

Im Jahre 1832 wollte ein deutscher Fürst Jaup an die Spitze der Staatsverwaltung seines Landes stellen, aber Jaup lehnte es ab, weil er glaubte, zu Hause noch nützen zu können. Wohl in Folge seiner hohen Stellung im Staatsdienste und seines hierdurch, so wie durch seine Popularität und Thätigkeit geübten Einflusses richtete sich auf Jaup hauptsächlich, besonders seit 1832, der Haß der Reaction. So in dem schon erwähnten Schacht'schen Pamphlete und im „hessischen Volksfreunde“, einem wüthigen, gehässig-persönlichen Zeitungsblatte, was 1833 in Darmstadt erschien.

Jaup ist der Verfasser einer Anzahl größerer und kleinerer Productionen, theils im Auftrag der Staatsregierung gelegentlich von Aus-

Agalprocessen, theils auf Ersuchen Anderer geschrieben. Sodann erschienen, von Crome und Jaup herausgegeben: „Germanien, eine Zeitschrift für Staatsrecht, Politik und Statistik von Deutschland“ (4 Bände 1808 — 1811) und eine Fortsetzung unter dem Titel: „Germanien und Europa“ (1813). „Der Staatsbote, eine allgemeine staatswissenschaftliche Zeitung für deutsche Bundesstaaten, nebst einer politischen Chronik,“ ward von Jaup 1826 und 1827 herausgegeben. Bei beiden literarischen Unternehmungen war Jaup auch als Mitarbeiter in publicistischen Gegenständen vielfach thätig. Jaup's Freunde tadeln, daß er nicht mehr schriftstellt. Dieses rührt zum Theile von seinem Hass gegen die Censur her. Unter dieser will er nichts schreiben, auch nichts für die Regierung, wie er mitunter ohne Censur gethan. Aber gewandt, wie Jaup mit der Feder ist, sollte dieser Umstand ihm nicht so viel anhaben. Außerdem nähme der Raum von mehr als 20 Bogen gewiß schätzbare Beiträge zur Geschichte seiner Zeit, und dann auch nur seines Einzelwaterlandes Hessen auf.

Dagegen ist Jaup's Thätigkeit, wo es zu rathen und zu helfen, wo es anzuregen und weiter zu leiten, wo es Thränen zu trocknen und mit Entschiedenheit, ruhiger Ermägung, sicherer Klarheit und zugleich einer Gewandtheit, welche den alten Diplomaten verräth, einzuschreiten, in vollstem Maße anzuerkennen. Einzelne Zweige dieser Thätigkeit wurden schon vorhin erwähnt. Dazu traten noch: Jaup's Antheil an der Unterstützung der Polen, an dem Darmstädter Eisenbahncomité und an einer Anzahl gemeinnütziger Anstalten aller Art. Jaup's, Bürger- und Menschenfreund, blieb ihm nichts von seinen Aemtern, als das eines Gemeinderaths, ein Amt also, das ihm Bürgerentschluß gab und kein anderer Entschluß ihm nehmen kann.

Als Landtagsabgeordneter war Jaup der beste Redner der beiden älteren Provinzen und nach Null der beste Redner der Kammer, wenn man zunächst genaue Vorbereitung, Gedrängtheit des Vortrags, Klarheit, gegliederte Anordnung, reiche Fülle des Materials, ansprechende Männlichkeit und bereite Replik besonders dabei im Auge hat.

Jaup steht noch im rüstigsten Lebensalter. Wohlhabenheit und glückliche Familienverhältnisse seit 34 Jahren festigen seinen Körper wohl länger, als es Anderen geschieht. Also gebe man die Hoffnung nicht auf, ihn noch einmal als Staatsdiener thätig zu sehen, als Diener des Staates, an dem er mit so viel persönlicher Liebe hängt. Noch am 9. Januar 1839 nannte der Abgeordnete Glaubrecht bei der Discussion des definitiven Rechenschaftsberichtes von 1833 den Namen Jaup's, mit Ruhm für ihn, aber mit Tadel für die Verwaltung, die ihn und andere Arbeitsrüstige innerhalb der Periode pensionirt hatte. Die anwesenden Regierungskommissäre, unter denen der Finanzminister, Freiherr von Hofmann, sagten nichts gegen.

b. b.

Jordan (Sylvester), ordentlicher Professor der Rechte zu Marburg, ward zu Dmes, einem kleinen, zur Pfarrei Arams gehörigen Weiler, zwei Stunden von Innsbruck, der Hauptstadt Tyrols, am 30. December 1792 geboren. Sein Vater, Matthias Jordan, war ein dürftiger, aber redlicher Schuhmacher und seine Mutter Maria, eine geborene Jordan, eine Verwandte des bekannten Peter Anich zu Oberbergs. Seine Eltern, des Lesens und Schreibens unkundig, konnten ihm, dem Jüngsten unter acht Kindern, außer einem dürftigen Religionsunterrichte keine weitere Erziehung geben. In seinem siebenten Jahre besuchte er einen Winter hindurch die schlecht eingerichtete Dorfschule zu Arams, in welcher er nicht einmal das Lesen erlernen konnte, da er außer der Schulzeit häusliche Arbeiten verrichten mußte. Mit der Hülfe seines Bruders Alois und der Kunden seines Vaters, die er bat, ihm Buchstaben vorzuschreiben, brachte er es jedoch im Verlaufe des folgenden Sommers so weit, daß er seinen Eltern die Evangelien ohne Anstoß vorlesen konnte, und auch aus Büchern und Schriften abzuschreiben im Stande war. Aufgemuntert im Lesen und Schreiben wurde er besonders durch seinen väterlichen Oheim Franz, der unter dem Namen Schuster Franz als ein sehr beliebter Volksdichter bekannt war. In seinem neunten Jahre wurde Jordan zur Erlernung des Schuhmacherhandwerks angehalten, welches er auch vollständig ausgelernt hatte. Nebenbei mußte er alle Arten ökonomischer Arbeiten, selbst die schmutzigsten und schwersten nicht ausgenommen, verrichten, und sogar um Tagelohn dreschen und Gläscher brechen. Dabei erhielt er karge Kost. Häuslicher Zwist erhöhte zu dem noch sein hartes Loos. Denn nicht selten wurde er nach einer mühevollen Woche am Sonntage von seinem durch Getränke erhitzten Vater sammt der Mutter und den Geschwistern mißhandelt oder gar zur Flucht genöthigt. Sein Vater verdient jedoch Entschuldigung; er kränkelte nämlich seit seiner frühen Jugend und wurde meistens von bösen Menschen aufgeheßt. Er trank höchstens an Sonntagen, war nie betrunken und im Uebrigen für seine Familie sehr besorgt. Durch diese häuslichen Mißverhältnisse wurde Jordan in sich gekehrt, zur Schwermuth gestimmt, in seinen Gefühlen seltsam angeregt und zum Nachdenken über die Pflichten eines Hausvaters veranlaßt, wozu ihn die Lectüre der Evangelien und Legenden hinreichend vorbereitet hatte. Oft machte er dem Vater wegen der Zwistigkeiten Vorwürfe und wurde dann von diesem als Disputirer, an dem ein Advocat verloren gegangen sei, jedoch ohne Zürnen gescholten. Jordan kannte daher auch keine fröhliche Jugend. Der häusliche Unfriede weckte in ihm die Sehnsucht nach dem Gegentheile, dem häuslichen Frieden. Dadurch wurde er gewohnt, sich bei jeder Sache stets das ihr Entgegengesetzte vorzustellen, was für seine ganze nachherige Ausbildung von wohlthätigen Folgen war. Denn die Häßlichkeit des Lasters lehrte ihn eben so die Tugenden lieben, als die Schönheit der Tugend das Laster fliehen. Darum wurde ihm später jede Lectüre zur Quelle der Selbstvervollkommnung. Die

3 Schließen vom Gegensatz auf den Gegensatz führte ihn auch zum Studiren. Die Musik, zumal die fröhliche, stimmte ihn nämlich stets der Melancholie um, und wie er dieser gern nachhing, so liebte er auch die Musik. Er lernte deshalb auf einer Querpfeife (Schwölpfpfeife) einige Tänze spielen. Sein Vater, darüber aufgebracht, ob doch außer Stande, ihn vom Spiele abzuhalten, verklagte ihn deshalb bei dem nach Dmes zur Einsammlung der österlichen Communionzetteln gekommenen Hülfspriester Franz Hirn, der dann im zornigen Tone zu Jordan sagte: „Wie, du willst dir die Hölle schwögeln?“ Die Hölle rief in Jordan's Vorstellung den Himmel hervor, und aus war es mit dem geliebten Spiele! Von nun an ging Jordan's Denken und Trachten lediglich dahin, sich den Himmel zu erringen und einst unter dem Heere der Heiligen ebenfalls mit dem Heiligenscheine zu glänzen. Jordan wurde ein Frömmlicher, jedoch in gutem Sinne, und war nun fest entschlossen, denselben Weg der Abtödtung, Selbstkasteiung und der geduldigen Ertragung aller Mühseligkeiten einzuschlagen, welchen die Heiligen, wie er aus deren Leben wußte, einst gewählt hatten. Er weilte oft in einsamen Wäldern, um vor dem Bilde der Jungfrau Maria, deren Gunst und Schutz er vorzüglich zu erwerben suchte, sich bis auf's Blut zu geißeln. Dieses genügte ihm jedoch nicht; er wollte in ein noch engeres Verhältniß zu Gott treten, das er in dem Priesterstande, nach seiner Vorstellung von demselben, zu finden glaubte. Er entschloß sich deshalb dem Studiren und machte dieses Vorhaben zuerst seinem Pfarrer und dann dem genannten Franz Hirn bekannt, welcher ihn hierin stärkte und nachher auch thätig unterstützte. Der Supernumerarpriester Jordan zu Arams gab ihm, nachdem er seines Vaters Einwilligung erhalten hatte, den ersten deutschen und lateinischen Unterricht, welchen sodann der Priester Holzmann zu Oberbergsdorf fortsetzte, dem er sich täglich (eine Stunde weit) meist barfuß verfügte. Ein zwischen heimlich gemachter Versuch, in dem Capucinerkloster zu Innsbruck oder in dem Cistercienserkloster in Wiltau aufgenommen zu werden, blieb ohne Erfolg. Viel hatte Jordan während dieser Zeit von seinem Vater zu leiden, dem die Leute rathen, ihn, da er kein Vermögen hätte, vom Studiren abzuhalten, bis er im Herbst 1806 das Gymnasium zu Innsbruck bezog. Zuerst lebte er lediglich von den Unterstützungen wohlthätiger Familien, bis er im Stande war, durch Privatunterricht sich selbst den Lebensunterhalt zu erwerben. Er machte in seinen Studien so ausgezeichnete Fortschritte, daß er fast immer den ersten Platz unter seinen Mitschülern einnahm. Jordan war Augenzeuge der Insurrectionsscenen im Jahre 1809, worüber er einst in seiner ausführlichen Biographie noch unbekannte Notizen geben wird. Neben seinen gewöhnlichen Studien betrieb er mit vorzüglichem Eifer die französische Sprache, in welcher er später Privatunterricht ertheilte. Die italienische Sprache suchte er ohne fremde Hülfe zu erlernen. Seine Andachtsübungen setzte er zwar auch noch in Innsbruck fort;

als aber sein Verstand sich immer mehr aufhellte, begann er an die Wahrheit einzelner kirchlicher Glaubenslehren zu zweifeln, wozu seine Beichtiger selbst durch ihre verkehrte Belehrung Veranlassung gaben. Der Zweifel veranlaßte Forschung, und diese führte zu helleren Ansichten, die jedoch seiner religiösen Gemüthsstimmung keinen Abbruch thaten. Ein von ihm verfaßter und bei einer Feierlichkeit vortragener Aufsatz: „Christus und Sokrates, eine Parallele,“ zog ihm zuerst das Mißfallen und den Tadel der Priester zu, die ihm in der Folge desto abgeneigter wurden, je freisinniger er sich über Religionsgegenstände äußerte. Er war allmählig in seinen religiösen Ansichten so weit gekommen, daß er die Unmöglichkeit einsah, sich dem Priesterstande zu widmen. Als daher in Innsbruck die Universität aufgehoben wurde, und nur eine theologische Schule blieb, sah er sich veranlaßt, Innsbruck zu verlassen, wo er nur Theologie hätte studiren können. Er ging deshalb (1811) nach München, um es dort möglich zu machen, die Universität Landshut einst zu beziehen. In München, wo er an Caj. v. Weiller einen Freund fand, der nachher auf seine philosophischen Studien großen Einfluß ausübte, vollendete er den Gymnasialcursus, worauf er das dortige Lyceum besuchte. Seinen Unterhalt erwarb er sich durch Privatunterricht, der ihm so reichliches Einkommen gewährte, daß er in den ersten Herbstferien eine Reise nach Tyrol machen konnte, um dort seine Eltern und Anverwandten zu besuchen und durch seine Gegenwart die Schmähungen zu widerlegen, welche sich die Priester vor seinen Eltern und Bekannten gegen ihn erlaubten, indem sie ihn namentlich als einen lutherischen Ketzer verurtheilten, der an keinen Gott glaube und ewig verdammt sei. — Im Jahre 1813 bezog er die Universität zu Landshut, um sich der Rechtswissenschaft zu widmen; aber schon im Herbst 1814 benutzte er die Abtretung Tyrols an Oesterreich zu einer Reise nach Wien, wo er auf der Universität Vorlesungen hörte. Obwohl er von mehreren ausgezeichneten Männern freundlich aufgenommen wurde, seine Subsistenz gesichert war, und er auch nicht ohne Aussicht für die Zukunft blieb: so konnte er sich dennoch nicht entschließen, in Oesterreich zu bleiben. Im April 1815 verließ er daher Wien wieder, um nach Baiern zurückzukehren. Er reiste über Salzburg nach Innsbruck; kam in dem Dorfe Rematen mit seinen Eltern zum letzten Male zusammen, da er bei einem fröhlichen Mahle über die gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen völlig beruhigte und mit einander ausöhnte; kehrte hierauf, da die von ihm wegen der Verleumdungen zu Rede gestellten Priester drohten, ihn durch die Bauern todt schlagen zu lassen, wenn er nicht sofort das Dorf verlassen würde, nach Innsbruck zurück, wo er eine Stipendiumsangelegenheit zu ordnen hatte, und reiste sodann nach Rosenheim in Baiern, wo er bei dem Landgerichte als Gehülfe arbeitete, bis ihn ein Brief des Herrn Professors Salat, seines Freundes und Gönners, nach Landshut einlud, um dort für eine im Jahre 1813 bearbeitete Preisschrift die philosophische Doctorwürde

zu empfangen, die ihm auch am 15. Mai 1815 ertheilt wurde. Nachdem er hierauf in München die Rechte eines Einheimischen erlangt hatte, setzte er im Herbst 1815 seine juristischen Studien zu Landshut wieder fort, wo er am 18. August 1817 zum Doctor der Rechte promovirt wurde. Jordan trat nun sofort die gerichtliche Praxis in Landshut an; er begab sich jedoch schon im April 1818 nach München, um den Advocaten Meinel in seiner Praxis zu unterstützen. Dort lebte er in sehr angenehmen Verhältnissen, indem er mit sehr vielen ausgezeichneten Männern, und namentlich mit den Deputirten des ersten bayerischen Landtags, viel verkehrte. Nach einer überstandenen schweren Krankheit, die sein Namen- und Zahlengedächtniß bleibend geschwächt, und von welcher ihn nur die Pflege seiner im Jahre 1818 zum angelobten Braut, Maria Staudinger, gerettet hat, begab er sich im Juni 1820 nach Frankfurt am Main, um dem Advocaten Dr. Ehrmann einige wichtige Prozesse zu bearbeiten und dessen sonstige Geschäfte während der Abwesenheit desselben zu besorgen. Im September 1820 zog Jordan nach Heidelberg, um dort die akademische Laufbahn, die stets sein Ziel war, als Privatdocent zu beginnen. Im September des folgenden Jahres erhielt er einen Ruf als außerordentlicher Professor der Rechte mit einem Gehalte von 400 Thälern nach Marburg, wo er am 27. September ankam und sich im December mit seiner genannten Braut ehelich verband, die ihm bis zu ihrem frühen Tode (Mai 1832) vier Kinder gebär und ungeachtet ihrer vielen Leiden eine zärtliche Gattin, eine liebevolle und sorgsame Mutter und eine verständige und sparsame Hausfrau war. Im September 1822 wurde Jordan zum ordentlichen Professor und außerordentlichen Beisitzer der Juristenfacultät befördert, in welche er im Mai 1823 als außerordentliches Mitglied eintrat. Im August 1824 erhielt er, theils wegen eines für das kurhessische Haus abgegebenen Gutachtens, von welchem ein diplomatischer Gebrauch gemacht wurde, und theils wegen eines ausgeschlagenen Rufes nach Freiburg im Breisgau, eine Gehaltszulage von 200 Thälern. Im Jahre 1825 verwaltete er das Prorektorat zur allgemeinen Zufriedenheit, welche insbesondere die Studirenden durch einen glänzenden Fackelzug, an dem auch der bekannte U. Fr. Kopp, Jordan's Freund, Theil nahm, an dem Tag legten. Er kam jedoch während desselben in einen eigenthümlichen Conflict mit dem Vorstande des Ministeriums des Inneren. Dieser trug ihm nämlich auf, ein vom Universitätsgericht in einer Schuldfrage gefälltes Urtheil, dem der Vicekanzler die Signatur verweigerte, einseitig mit diesem abzuändern. Jordan remonstrirte dagegen und verweigerte, als die Remonstration erfolglos geblieben, die Befolgung, indem er, gegen die Protestation des Vicekanzlers, das Urtheil in der ursprünglichen Gestalt den Parteien eröffnete und nachher auch Abzug, dem Ministerium jedoch hiervon Nachricht gab. Dieses veranlaßte den Vicekanzler zu einer Beschwerde gegen Jordan, über die er sich zu rechtfertigen hatte; was er auch mit einem solchen Erfolge

that, daß das damalige Staatsministerium, aus welchem der frühere Vorstand des Ministeriums des Inneren inzwischen ausgetreten war, sein Benehmen vollständig billigte. Der neue Ministerialvorstand gab ihm sogar noch mündlich seine Zufriedenheit zu erkennen und schenkte ihm von da an sein besonderes Vertrauen, in dessen Folge ihm auch die Revision der akademischen Gesetze (1827) aufgetragen wurde. Jordan hatte sich durch seine literarische und akademische Thätigkeit, so wie durch sein Benehmen so sehr die allgemeine Achtung erworben, daß er im Sept. 1830 nicht nur durch die öffentliche Meinung als derjenige bezeichnet, welcher zu dem damals ausgeschriebenen Landtage von der Universität zu wählen sei, sondern auch von dieser in der That gewählt wurde. Mit dieser Zeit begann Jordan einen neuen Abschnitt seines Lebens; er trat vom Katheder auf die Volkstribüne, von den theoretischen Studien in das praktische Staatsleben, von der häuslichen Ruhe auf den politischen Kampfplatz über. Er traf in der Mitte Octobers in Cassel ein. Ein vortheilhafter Ruf ging ihm voran, der die öffentliche Meinung günstig für ihn stimmte und ihm bald das allgemeine Vertrauen so sehr erwarb, daß sein Einfluß auf das Volk in kurzer Zeit völlig entscheidend, und er so in den Stand gesetzt wurde, auf die Erhaltung der öffentlichen Ruhe wohlthätig einzuwirken. Diesen Einfluß erwarb er sich nicht durch Schleichwege, sondern durch die Eigenschaften und das Benehmen, wodurch man allein das Zutrauen der Menschen erwerben kann, nämlich durch sein offenes, freundliches und herzliches Entgegenkommen, durch furchtlosen Ernst, durch gemeinfaßliche Belehrung über die Gefahren der Unordnung und die Vortheile der Ruhe, durch geduldiges Anhören der Klagen und Wünsche, durch seine Freimüthigkeit und sein unerschütterliches Festhalten an seiner Ueberzeugung. Die Kunst- und schmucklose Natürlichkeit des Tyrolers, seine Treue, Gemüthlichkeit und Fröhlichkeit — Gaben, die Jordan wie ein theueres Vermächtniß einer zärtlichen Mutter treu bewahrt hat — finden bekanntlich überall leicht Eingang und Zutrauen. Von Seiten der Staatsregierung suchte man zwar Jordan für die Annahme des vorgelegten Verfassungsentwurfes in dessen wesentlich unveränderter Gestalt, wozu auch der Herr D. Dr. Pfeiffer in einer besonderen Druckschrift rieth, auf allerlei Weise zu gewinnen; was jedoch ohne Erfolg blieb, da Jordan denselben nach seiner Ueberzeugung für völlig ungenügend halten mußte. Jordan hatte es sich zur Aufgabe und Pflicht gemacht, dem Lande eine solche Verfassung zu verschaffen, welche, den geistigen und materiellen Bedürfnissen des Staates möglichst entsprechend, zugleich den übrigen constitutionellen Verfassungen Deutschlands würdig zur Seite stände. Daß ihm sein Vorhaben, worin ihn die Mitstände mit Eifer unterstützten, gelungen, und daß das Anticonstitutionelle in der Verf. = Urk. von der Landtagscommission herrührte, ergibt sich am Klarsten aus Fr. Gössel, Gesch. der kurhess. Landtage von 1830 — 1831 (Cassel, 1837). In dieser Schmähschrift auf das constitutionelle System wird nämlich angegeben, wo die „Jordan'schen

Evolutionsideen," wie die constitutionellen Principien dort genannt werden, durchgebrungen seien, und wo und wie die Landtagscommission dieselben durch Einschaltungen und Zusätze („Häkchen“) neutralisirt habe. Auch wird eine Vergleichung der Verf. = Urk. mit Jordan's „Versuch über allg. StR.“ (1828) zu einem ähnlichen Ergebnisse führen. Bei der ersten constitutionellen Ständerversammlung, die im April 1831 eröffnet und im Juli 1832 aufgelöst wurde, nahm Jordan, als abermaliger Abgeordneter der Universität, an allen Verhandlungen, welche Entscheidungsfragen zur festen Begründung der in der Verf. = Urk. gewährten Rechte betrafen, thätigen Antheil, wie hier als bekannt vorausgesetzt werden darf. Er zog sich aber auch durch seine Wachsamkeit für die Verfassung und einzelne Anträge das Mißfallen und den Unwillen der im Jahre 1832 immer stärker auftretenden Reactionspartei, welcher er überall unterschroffen entgegentrat, im hohen Grade zu. Seine in einem Ausschusse beantragte Ministeranklage führte die Auflösung des Landtags herbei, nach welcher er sofort nach Hörter reiste, um sich mit Pauline Wiganb, der Tochter seines Freundes Dr. P. Wiganb, zu verbinden, was am 2. Sept. 1832 geschah. Die mannigfachen Beweise der Liebe und Achtung, welche er auf seiner Heimkehr in Hörter nach Marburg, wo er am 13. Sept. eintraf, in so hohem Maße empfangen hatte, steigerten die Ungunst der Staatsregierung noch mehr, obwohl er alle diese Gelegenheiten nur dazu benutzte, um das Volk zur Ruhe, Ordnung und Gesetzhchkeit dringend zu ermahnen. Eine Deputation des akademischen Senats verkündigte ihm am Tage nach seiner Ankunft zu Marburg, daß er zu dem bevorstehenden Landtage wieder gewählt worden sei. Er nahm die Wahl an. Am 10. Octbr. schrieb Jordan an den Herrn Ministerialvorstand Hassenpflug, indem er diesen bat, ihm entweder das bereits im Frühjahr 1832 ausfertigte, jedoch damals zurückbehaltene Gehaltszulagerescript, das ihm früherer Zusicherung zufolge nach Beendigung des Landtags eingehändigt werden sollte, zu übersenden, oder aber die Gründe namhaft zu machen, aus denen man dasselbe noch zurückbehalte. Jordan blieb jedoch ohne Antwort; er erhielt dagegen einen Ministerialbefehl vom 16. Oct., wornach er erläutern sollte, warum er noch nicht die Genehmigung zur Annahme der Wahl ausgewirkt habe. Dieses führte zu dem bekannten Streite darüber, ob der §. 71 der Verf. = Urk. auch auf den Universitätsdeputirten anzuwenden sei? Daß Jordan auf die Wahl verzichten wollte, der akademische Senat aber den Verzicht nicht angenommen; daß Jordan sofort die Verneinung der obigen Frage zu begründen suchte; daß auch die im Januar 1833 zusammengekommene Ständerversammlung jene Frage verneinte; welche Schritte die Staatsregierung gegen Jordan, als er in Cassel angekommen, ergriffen, wie dieser sich durch den eingeschlagenen Rechtsweg dagegen zu schützen suchte — dieses Alles ergibt sich unendlich aus Jordan's Schrift: „Actenstücke, zum Theil mit Anmerkungen, über die Frage: ob der §. 71 der kurbess. Verf. = Urk. auch auf den Abgeordneten der Landesuniversität anwendbar sei? etc. (Offenbach, 1833),“

auf welche hier verwiesen wird. Die Erklärung der Ständeversammlung, daß dem Eintritt Jordans in ihre Mitte kein Hinderniß entgegenstehe, hatte bekanntlich die sofortige Auflösung derselben (18. März) zur Folge. Bei einer hierauf (20. März) stattgehabten Unterredung mit dem Herrn Ministerialvorstande Hassenpflug erklärte Jordan, er eine neue Wahl verzichten zu wollen, wogegen jener versprach, das Inlagerscript an Jordan aushändigen zu lassen, und eben so für die Aufzahlung der Tagegelder, die verweigert worden, zu verfügen. Um seinerseits das Versprechen zu erfüllen, eilte Jordan von Hörter, wohin er seine Familie gebracht hatte, nach Marburg (24. März) zurück und leistete dort Verzicht auf seine fernere Wahl. Die Staatsregierung wußte indessen auch auf andere Weise den Senat für sich unzulässig zu machen. Jordan lebte nach seiner Rückkunft von Hörter, wohin er zu seiner Familie sich wieder begeben hatte, ausschließlich seinem akademischen Berufe in stiller Zurückgezogenheit. Er suchte insbesondere in der englischen Sprache und deren Literatur Erholung und Zerstreuung. Im J. 1833 arbeitete er ein vom Ministerium des Inneren verlangtes Gutachten über die Standesherrlichkeit des Grafen von Isenburg-Bidingen aus, welches er auch in A. Müller's Archiv für Gesetzgebung etc. (Bd. VI. Hft 2, S. 249 flg.) der Publicität übergab. Diesem Stande benutzte Jordan (20. Nov.) dazu, um Herrn Hassenpflug wieder an dessen Versprechen zu erinnern; er blieb jedoch ohne Antwort. Von der Ständeversammlung im Aug. 1833 ohne Jordans Veranlassung gemachter Versuch, die Staatsregierung zur Bezahlung der Dilu (236 Rthlr.) zu vermögen, hatte gleichfalls keinen Erfolg. Dagegen wurde Jordan im J. 1835, nachdem das Oberappellationsgericht in der schon 1833 anhängig gemachten Sache zu Gunsten des Ministeriums des Inneren erkannt hatte, die ihm damals angedrohte Straffsumme von 20 Rthlrn. abgefordert, die er auch, da eine Remonstration gegen die Forderung unbeachtet blieb, wirklich bezahlte. Jordan wollte keinen neuen Proceß anfangen, der ihm nur neuen Verdruß verursacht haben würde. Die für ihn bereits bestimmt gewesene Gehaltszulage (200 Rthlr.) wurde unter seine zwei ältesten Collegen der Juristenfacultät vertheilt. Jordan war fest entschlossen, Alles ruhig zu ertragen und eben so in den öffentlichen Verhältnissen Kurhessens auf keine Weise mehr thätig zu sein, sondern in stiller Zurückgezogenheit seiner Familie, seinem Berufe und den Wissenschaften ausschließlich zu leben. Diesem Vorhaben treu, nahm er selbst an den Gemeindeangelegenheiten der Stadt Marburg niemals Antheil und verweigerte er den Standesherrn in von ihm verlangtes Gutachten, die Gemeindeordnung betreffend, so wie er auch seitdem nichts über die kurhessischen Angelegenheiten drucken ließ. Denn die Bemerkungen über das kurhess. Staatsdienstsiegel (A. M. Müller's angef. Archiv Bd. VI. 2. Hft. S. 288 flg. und Bd. VII. 1. Hft. S. 1. flg.), so wie der Artikel Cassel in diesem Archivkon wurden noch im J. 1833 verfaßt. Bei seiner durch die mannigfaltigen Widerwärtigkeiten des Lebens geschwächten Gesundheit, auf die

ch häusliche Leiden und Sorgen nachtheilig einwirkten, konnte er
 e schriftstellerischen Thätigkeit nicht so obliegen, wie er es wünschte.
 leistete darum in dieser Hinsicht wenig, indem er außer den in die-
 n Lexikon befindlichen Artikeln (Cassel, Gastrecht, Gesandtschaftsrecht,
 ausgefesselt und Jesuiten) nur noch für das Rechtslexikon, herausg. von
 eisse, folgende Artikel: Adhäsion, Adhäsionsproceß, Administrativ-
 at, Austräge, Appellation in Civil- und Strafsachen, und Beweis
 Eoll- und Criminalproceße, bearbeitete. Im J. 1837 wurde Jordan
 dem Geschichtsvereine zu Weklar als Ehrenmitglied und im J.
 38 von dem zu Cassel als ordentliches Mitglied aufgenommen.
 ei in Weklar gehaltene Vorträge „über den Nutzen der Geschichts-
 eine in Bezug auf Staats- und Rechtswissenschaft,“ und: „über
 Studium der Geschichte und den Nutzen desselben für das bürger-
 e Leben“ sind in P. Wigan d's Arch. für Gesch. und Alterthü-
 Westph. (Bd. VII. S. 285.) und in dessen wekl. Beiträgen (Hft.
 S. 273 flg.) abgedruckt. Jordan's Gesundheit war bereits wieder so
 erkrankt, daß er sich wieder kräftig genug fühlte, größere literari-
 e Unternehmungen zu beginnen, als ihn ein neuer Schlag traf, der
 ihn um so schmerzlicher war, je unerwarteter er kam. Am 18.
 ni 1839 wurde nämlich am Morgen sein Haus mit Gensd'armen
 d Polizeisergeanten umstellt, von der kurf. Polizeidirection und dem
 f. Landgerichte eine Hausdurchsuchung vorgenommen, von ersterer ihm
 gleich ein Ministerialrescript, welches seine Suspension vom Amte
 wegen der gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung, die
 theiligung an revolutionären Umtrieben betreffend,“ bis auf weitere
 ffügung verhängt, eingehändigt, und von dem letzteren eröffnet, daß
 die Einleitung der gedachten Untersuchung verfügt habe. Diese
 erfuchung dauert noch jetzt (August) fort, Jordan ist aber in Folge der-
 en bloß darauf beschränkt, daß er Marburg nicht verlassen darf.
 brach seitdem seine literarischen Arbeiten ab, um auf diese Provo-
 on in einer besonderen Schrift, der später Memoiren folgen wer-
 sich selbst, sein landständisches Wirken, sein Verhältniß zur Staats-
 erung seit 1830 2c. ausführlicher der Publicität darzulegen. Es
 d keine Selbstvertheidigung, deren er vor Deutschland nicht bedarf,
 denn ein vielleicht nicht unwillkommener Beitrag zur Selbstbio-
 gie, die er einst ausführlicher dem Drucke übergeben wird, zur
 Geschichte, zur Politik und zum constitutionellen Staatsrechte sein.

S. Jordan.

Italien. — I. Andeutungen über seine bürgerliche
 schichte. Die Schriften eines Lanzi, eines Micali, Niebuhr
 Müller beweisen zur Genüge, daß schon mehrere Jahrhunderte
 der Gründung Roms das bürgerliche Leben der Etrusker blühend
 durch Religion, durch Künste und politische Einrichtungen. Ein
 der Culturzustand ist aber als etwas Eigenthümliches der Italiener
 betrachten, indem er demjenigen der Griechen vorausging und hin-
 sichtlich des Ursprungs, des Charakters und der Sprache Merkwürdiges

barbot. Bei dem Sinken der Etrusker erhob sich in Großgriechenland die Weisheit der Pythagoräer, welche bis zu den Zeiten des Sokrates um Vieles diejenige des griechischen Continentes übertraf. Nach dem Falle der calabresischen und sicilischen Republiken erschien der unschreibliche Glanz von Rom, und als auch dieser sich verdunkelte, keimte und wuchs allmählig die Macht der Päpste; alsdann die Freiheit, die Kraft und der Reichthum der lombardischen, der toscanischen, genuesischen und venetianischen Freistaaten. Am Ende des verfloßenen Jahrhunderts zeigte sich ein neues Aufblühen in Künsten, Wissenschaften und politischen Institutionen; dieses erreichte zwar keineswegs die alte Größe, war jedoch von höherer Wichtigkeit und Bedeutung, als man gewöhnlich dafürhält. Demnach zählt Italien nicht viel weniger als dreißig Jahrhunderte eines immer wieder auslebenden Bürgerthums, und die Annalen seiner Geschichte bewahren Thaten und Ereignisse, die vielleicht größer und staunenswürdiger sind, als jene aller Völker des Occidents. Mit den Waffen der Latiner und mit der Auctorität der Religion hat es zweimal die Welt unterworfen und beherrscht; im Mittelalter hat es Europa die Wissenschaften, die Poesie, die Künste, den Handel und die Schifffahrt wiedergegeben. Mitteltst einer geringen Anzahl von Menschen, die sich auf Felsen und in Sümpfe geflüchtet, gründete es eine Republik, die zwölf Jahrhunderte gedauert, die das Emporium der Reichthümer, die Beherrscherin der Meere, das England der vergangenen Zeiten gewesen ist. Auch noch in diesen letzten Jahren, in den Tagen der Demüthigung und der Knechtschaft, ohne Heere, ohne eigenes politisches Leben, erzeugte es einen Montecucoli, einen Eugen Massena und Bonaparte — Feldherren, die denjenigen des Alterthums gleichstehen. Es irren daher die Italiener nicht, wenn sie glauben, daß ein solcher Ruhm, der sich so verschiedenartig in tausendfältiger Wiederholung erzeugt und unter tausend völlig veränderten Umständen geäußert, seinen eigentlichen Grund nicht in dem außerordentlichen Zusammentreffen vieler Zufälligkeiten hat, sondern vielmehr in den bleibenden Elementen des Charakters der Italiener und in der günstigen Beschaffenheit des Landes, das sie bewohnen. Als zufällig und temporär werden dagegen die betrübenden Ursachen zu betrachten sein, die ihnen seit einiger Zeit verbieten, sich vor der Mitwelt so zu zeigen, wie sie vermöge der natürlichen Anlagen wären.

Will man aber fragen, welches denn die hauptsächlichsten und beständigsten Bedingungen der italienischen Größe gewesen, so scheinen uns, daß vorderst die folgenden drei in Betracht zu ziehen sind: die Lage, Eigenschaft und Gestalt des Bodens; das Gemäßigte und Abwechselnde des Klimas; die Vorzüglichkeit der Menschenstämme.

Italien tritt aus der Mitte des europäischen Festlandes hervor, steigt hinab durch das Mittelmeer und ist umgeben von großen, fruchtbaren Inseln. Die Länge seiner Küsten ist unverhältnißmäßig groß.

3 seine Breite und hat einen Ueberfluß an geräumigen, sicheren Hä-
 11. Seine Ebenen und Berge verschaffen reichlich alles das, was
 12 Schiffarth vonnöthen ist. Ein solches Land ist gewiß, wofern die
 Bevölkerung auch nur einigermaßen verständig und unternehmend ist,
 13 Herrschaft über das Meer, in dessen Mitte es sich ausdehnt, von
 14 Natur selbst angewiesen. Sehen wir aber genauer, so finden wir,
 15 sich vor seinem Blicke die glückliche atlantische Region verbreitet,
 16 es zu seiner Linken gleichsam mit dem Finger Griechenland be-
 17 ert, und daß ihm in nicht weiter Ferne Aegypten, Syrien und
 18 asien liegen. Erwägen wir nun, welch' ein bedeutender Theil der
 19 kultur und der Macht der alten Welt gerade in jenen Gegenden vor-
 20 anden war, so werden wir leicht begreifen, welche Vortheile daraus
 21 r Italien erwachsen mußten, als es die Herrin des Mittelmeers
 22 ed und an allen Küsten umher commercielle und politische Verbin-
 23 ingen schloß. Bei dem Falle von Griechenland endlich blieb Italien
 24 ürlicher Weise für den Westen und Norden Europas der Schlüssel
 25 n Orient und der erste Stapel für Indien.

Die Güte des Bodens ist an sich schon eine große Veranlassung
 Wohlstand, Macht und Gefittung, wofern sie zur Fruchtbarkeit die
 26 itige Mitwirkung des Menschen erfordert, was auch gerade der Fall
 27 bei der Ergiebigkeit des italienischen Bodens. Virgil nannte Italien
 28 magna parens frugum“ und gab nicht zu, daß Medien, Arabien,
 29 ersien und selbst Indien größeres Lob verdienten; allein zugleich be-
 30 rkte er auch, daß die Sabiner, die Marsen, die Ligurier und Vols-
 31 r mit Mühe und Schweiß den Boden fruchtbar machten. Ueberdies
 32 edete auch die mannigfaltige Beschaffenheit desselben (bestehend in
 33 egedehnten Ebenen, steilen Alpen, wallenden Seen, tiefen austre-
 34 nden Flüssen, in Wäldern, Sümpfen und Morästen, ewigen Eis-
 35 dern, in Erdbeben und Vulcanen) in Italiens Bewohnern eine eben
 36 große Verschiedenheit der Industrie und des erfinderischen Geistes.
 37 as Klima von Italien ist von Palermo bis zu den Alpen, bei einer
 38 nge von 400 und mehr Meilen, so gemäßigt und von den beiden
 39 tremen gemischt, daß es im höchsten Grade geeignet wird, jede Art
 40 n Eindruck zu erzeugen und zu ändern, und dadurch dem Körper
 41 wohl als dem Geiste die vielfältigsten und verschiedensten Richtun-
 42 n zu geben. In dem äußersten Calabrien gewahrt man, im bren-
 43 nden Strahle der Sonne unter dem reinsten Himmel, zur Rechten
 44 umuthige Thäler mit einem Reichthume an Cedern und Drangen; zur
 45 nken abschüssige Bergjoche, Schnee und Eisstrecken, heftiges Sturm-
 46 hen, so wie Bäume und Pflanzen, die dem Norden gehören. Dage-
 47 n blühen in Oberitalien an dem Fuße der Alpen um den Lago
 48aggiore und den Gardasee die Oliven und Citronen. Ueberall zeigt
 49 h da, in kleiner Entfernung, Meer, Ebene und Berg, und stets
 50 den die Bewohner von dem verschiedenartigen Einflusse jener drei-
 51 hen Naturseite berührt. Wir wissen nicht, ob die Einwirkung des
 52 mas den Menschen in seinem Grundcharakter umgestalte, oder ob

er trotz solchen Einflusses die ursprüngliche Anlage beibehalte; je-
falls belehrt uns aber die Geschichte Italiens, daß zu den wirkenden
Ursachen seiner Größe auch die eigenthümliche Natur einiger seiner
Stämme mitzurechnen sei. Wer möchte z. B. in dem Römer ein
eigenes physisches und moralisches Gepräge verkennen, welches unab-
hängig ist von Klima und Boden? Ein solches Gepräge findet sich aber
noch heut zu Tage (es ist wunderbar zu sagen) in seiner Eigenthüm-
lichkeit bei dem gemeinen Volke von Trastevere und dei Monti,
nach so vielen Jahrhunderten von Unglück, von Knechtschaft, von ab-
stumpfendem Aberglauben, von unzähligen bürgerlichen Umwandlungen.
Uebrigens schreibt W. Eduard *), daß er, nach einer sorgfältigen Ver-
gleichung der Profile verschiedener europäischen Nationen nach der Norm
des Camper'schen Gesichtswinkels, das Profil des Italieners dem
rechten Winkel am Nächsten gefunden habe. Die Natur hat mit wohl-
thätiger Absicht jeder Nation irgend einen besonderen Vorzug verlie-
hen, damit alle sich wechselseitig beistehen und achten mögen. Der
Deutsche zeichnet sich aus durch die Tiefe des moralischen Gefühls,
durch ernstes Nachdenken über sich selbst und durch anhaltend ämfiges
Forschen. Der Engländer hat seinen Vorzug in der subjectiven Poesie,
in der Originalität der Auffassung und in dem praktischen Sinne für's
Leben und für die Mechanik. Der Franzose begreift leicht und schnell,
glänzt durch Feinheit und Schärfe des Geistes und verbindet Einheit
und Kraft im Handeln. Der Spanier übertrifft Alle in Stärke des
inneren Triebes, in heroischer Beharrlichkeit, in Wärme und Gluth der
Einkultivierungskraft. Wir vermögen nun nicht zu beurtheilen, bis zu
welchem Grade der Italiener eine jede dieser Eigenschaften besitze; aber
dieses ist uns klar, daß sie bei keinem Volke in größerer Mannigfal-
tigkeit und in schönerem Gleichgewichte vorkommen. Eben so halten
wir uns für überzeugt, daß die italienische Nation über alle andern
hervorragt in der Zartheit des Empfindens und in der Anschauung des
Schönen. Alle die vereinten Ursachen des Bodens, des Klimas und
des Charakters scheinen uns hinlänglichen Aufschluß zu geben über die
staunenswürdigen Thaten der Italiener. Allein es läßt sich zweifeln,
ob sie auch hinreichen, genügende Aufklärung zu verschaffen über die
außerordentliche Größe der Römer. Die große Reihe ihrer Eroberun-
gen, die noch größere Klugheit, durch die sie dieselben während langer
Jahrhunderte erhielten, ja selbst der Zerfall und die Auflösung ihrer
ungeheuren socialen Maschine, alle diese Dinge sind sowohl für den
Philosophen als auch für den Politiker höchst schwierige Probleme ge-
worden. Hinsichtlich des Ursprungs der römischen Größe halten wir
uns nicht so fast an die Aussprüche von Varro und Montet-
quieu, als vielmehr an den tiefen Gedanken von Vico, daß näm-
lich der wahre Grund der römischen Größe in der in wenigen Pae-
nien gesammelten Klugheit bestanden habe, vermöge welcher sie das Bei-

*) Des caractères physiologiques des races humaines.

in der Rohheit, Kraft und Strenge der ländlichen einfältigen Sitten erhielten, dasselbe mit dem Verstande Etruriens und Großgriechenlands verglichen, die Kriegstruppen auf ausgezeichnete Weise ordneten und die Schlacht mit solch trefflicher Kunst reiheten, daß sie nur die Frucht der mathematischen Studien des Toscaner gewesen sein könnte *). Auch ist gewiß in der Welt nichts stärker, als ein Arm von Eisen und eine Seele von Feuer, wenn sie von der Weisheit geleitet werden. Die Erhaltung des römischen Reiches, die allerdings weit schwerer und mühsamer als die Eroberung ist, hat nach unserer Ansicht ihren wirksamsten Grund erstens in der nie unterbrochenen Reihe von außerordentlichen Männern, in welchen als vorherrschende Eigenschaft sich darthut eine wunderbare Kraft, eine Geistes- und Charaktergröße, wodurch die Römer selbst die Griechen bei Weitem übertrafen **), und welcher gegenüber wir Neueren nur als Kinder erscheinen; zweitens in der gesegneten Weisheit, die wir noch heute, nach einem so bedeutenden Fortschreiten in philosophischen Speculationen und in bürgerlicher Erfahrung, bewundern und mit großem Nutzen studiren, so daß es scheint, als sei keinem Volke auf Erden von Natur eine so tiefe Einsicht des Rechtes zu Theil geworden, als dem römischen Volke; drittens in dem fortwährenden Genuße einer Cultur, im Vergleiche mit welcher die übrige Menschheit, das einzige Griechenland ausgenommen, sich als barbarisch erachten mußte; viertens in dem Umstande, daß die Römer schon frühzeitig dem Grundsätze huldigten, den auch Machiavelli aussprach, daß man die Feinde entweder vertilgen oder mit Wohlthaten überhäufen müsse. Daher auch ihre furchtbaren rasch auferlegten Strafen einerseits, daher anderseits jene unverletzliche Treue, jene großmüthige Beschützung, jene langen Verträge mit den verbündeten oder zinspflichtigen Völkern, daher jenes Gestatten der eigenen Geseze und Gebräuche, daher das Belassen in dem Genuße der Municipalfreiheiten, daher endlich jene Kunst, Nutzen zu ziehen selbst aus den Verheerungen aufständischer Länder mittelst des wunderbaren Systems der Colonieen — Alles Dinge, welche die Römer von den Etruskern gelernt zu haben scheinen, die mit denselben Kunstgriffen beinahe ganz Italien beherrscht hatten.

Das neue Licht der Philosophie der Geschichte, das uns mit mehr Wahrheit die Grundsätze und die geheimen Motive des Lebens der Staaten betrachten läßt, gibt uns zugleich mit Klarheit die Ursachen ihres Verfalles zu erkennen. Es sind zwei Grundregeln jener Philosophie, erstens daß jede politische Form, die irgend einer Integraltenz oder Bedingung der Natur des Menschen widerstrebt, sich nothwendiger Weise auflösen und selbst zerstören muß; zweitens daß die Wohlfahrt der Gesellschaft hervorgeht aus der Wechselseitigkeit der

*) Vico, Animadversiones in primum librum de antiquissima Italorum sapientia. —

**) Tasso, Risposta di Roma a Plutarco.

Arbeit und des Gewinnes, welche Wechselfeitigkeits aber, um möglichst Mannigfaltigkeit in ihrem Gegenstande und Vervielfältigung in ihren Producten zu erzielen, eine gerechte, eine freie, allgemeine u. leuchtete sein muß. Nun enthielt aber das römische Gemeinwesen zu viele erkünstelte Elemente, die der normalen Natur des Menschen zuwider liefen, und die einer billigen, allgemeinen Wechselfeitigkeits der Arbeit und des Gewinnes entgegen waren. Die natürliche Gleichheit war zerstört durch die Unterwürfigkeit und Knechtschaft der Frauen und der Söhne; die politische Gleichheit durch die Form der Comitien, vermöge welcher den entfernten Provinzen die Ausübung und der freie Gebrauch der Gemeinrechte verkümmert war. Die ungleich vertheilten Reichthümer rührten nicht von eigenem Erwerbe und Fleiße her, sondern von den Eroberungen und dem erhobenen Tribute *). Der gewöhnliche und constituirende Zustand Roms war Krieg, und das Höchste des Ruhmes der Triumph. Dadurch wurde ein großer Theil der ursprünglichen Eigenschaften entstellt und verdorben in ihrem Zwecke und Gebrauche. Zuletzt riß das moralische Gefühl, das sich auf einen grob-ahergläubischen Polytheismus stützte, der unter den Streichen der kritischen Vernunft zusammenfiel, alle für den Menschen heilsamen Ueberzeugungen mit sich fort. Eine solche Form der Gesellschaft trägt den Keim des Todes in sich selbst, und um ihren Fall zu erklären, hat man nicht nöthig, seine Zuflucht zu falschen, das Christenthum verletzenden Voraussetzungen zu nehmen, wie durch Gibbon geschehen ist.

Allein wenn das römische Reich zu Grunde ging, verzehrt von eigenem Alter und morsch gemacht durch die Streiche der Barbaren, so überlebten dasselbe doch viele Einrichtungen und lateinische Gebräuche und dieses vornehmlich in Italien, welches letzteres um so viel leichter römisch wurde, als es hierzu durch die griechische und etruskische Cultur vorbereitet ward. Außerdem gelangte Italien, da es frühzeitig erobert wurde, lange vor den anderen Provinzen, und schon zur Zeit der Gracchen, zur Theilnahme an den Comitien und eignete sich sämtliche Formen der römischen Jurisprudenz an, was auf's Schönste bestätigt wird durch den gelehrten Savigni, indem er beweist, daß auch in den dicksten Finsternissen des Mittelalters in Italien die Tradition des römischen Rechtes nie verloren ging **).

Hätten die Nachfolger Theodorich's und später die Longobarden es verstanden, und wäre es ihnen möglich gewesen, sich dem Geiste der lateinischen Einrichtungen näher anzuschließen, so hätten wahrscheinlich die wenigen Schlachten von Belisar und von Karl dem Großen nicht vermocht, sie zu zernichten. Die Longobarden insbesondere,

*) Menzotti, Del Commercio dei Romani.

**) Asti Abruzzese und P. Grandi hatten im vorigen Jahrhundert dieselbe Wahrheit zu beweisen gesucht.

artmäßig darauf bestanden, das germanische Element unter ein völlig
 latinisches Volk zu verpflanzen, versetzten Italien in Jammer durch
 Bürgerkriege, Beraubungen und Gewaltthaten. Das Lehnswesen,
 welches jenseits der Alpen Eingang gefunden und sich mit Glück or-
 ganisirt hatte, erfüllte jene Völker wenigstens mit politischem Leben
 und feuerte sie an zu ritterlichen Unternehmungen, wenn es ihnen auch
 nicht viel Gedeihliches brachte. In Deutschland, in England, in
 Frankreich, in Spanien schrieb man Lieder, Gedichte und Romanzen
 mit volksthümlicher Begeisterung; darin glänzten die muthvollen Thaten
 der Paladine und Barone mit den lieblichen Farben der homerischen
 Dichtung. Nur Italien, das Land der Poesie, hatte weder Gesänge,
 noch Romanzen, indem es nicht wußte, worüber zu singen; und nichts
 desto weniger besaß Italien noch die Reste der Wissenschaft aus dem
 Alterthume in kräftigerem Leben und in reicherer Fülle als irgend eine
 andere Gegend, weshalb auch Karl der Große, als er die Universität
 Paris, nachdem sie von Pietro di Pisa eingerichtet war, mit Leh-
 rern versehen wollte, solche von den Klöstern in Monte Cassino und
 an anderen Theilen der Halbinsel aussuchen ließ. Allein mitten aus
 dieser Schwäche und Erniedrigung Italiens bildete sich eine moralische
 und intellectuelle Macht, die fast der gesammten christlichen Welt das
 Gesetz gesprochen hätte. Und man wird leicht den raschen Fortschritt
 und das Uebergewicht dieser Macht begreifen, wenn man erwägt, daß
 sie für sich die drei lebenskräftigsten und wirksamsten Elemente der la-
 tinischen Verfassung verwendete, nämlich die Intervention des Volkes,
 die Hierarchie und die Einheit der Handlung. Der Papst sowohl als
 die Bischöfe wurden nach der Stimme des Volkes gewählt, aus dessen
 Schooße sie hervorgingen, und wozu sie sich erhoben durch ausgezeich-
 nete persönliche Eigenschaften. Die Kirchenregierung war in ihren
 Graden und ihrer Jurisdiction durchaus nach der bürgerlichen gemo-
 dert, wie sie zur Zeit der Kaiser bestand, und verlieh der Geistlichkeit
 eine gleichförmige und gesunde Organisation. Die Concilien vertraten
 die Stelle des Senates, so wie die Synoden und Klöster jene der
 Municipien. Die Päpste zogen mittelst derselben Künste und Verän-
 derungen, wie die Cäsaren, nach und nach die Summe aller Dinge
 und den letzten Appell aller Rechte und Sachen an sich. Auf solche
 Weise ward auf den Trümmern des latinischen Reiches ein neues er-
 baut, das demselben vollkommen ähnlich war, sowohl was die Form
 betrifft, als auch die Kühnheit des Geistes, der es erfaßte und zur
 Vollendung brachte. Eine so ausgedehnte und feste Macht, die eine
 unmittelbare Herrschaft über die Ideen und Gesinnungen ausübte mit-
 telst der Wissenschaft und des Glaubens, sollte mit der Unterjochung
 aller so materiellen Kräfte des Feudalwesens enden. Dieses Werk aber
 vollends zu vollbringen, fehlte es nur noch an einem Geiste, der über
 alle anderen kühn und unternehmend wäre; dieser Geist fand sich aber
 in dem Sohne eines Zimmermanns aus Toscana. An jenem Tage,
 als Gregor der VII. seinen Legaten befahl, von den Höfen der Für-

sten einen Vasallentribut zu fordern, war die römische Theokratie an die Höchste gestiegen.

Im Schatten dieser Macht, die zur Hälfte die Kraft und das Ansehen der deutschen Kaiser niedergeschmettert hatte, erwachten die italienischen Municipien zu neuem Leben und bewährten sich als köstliche Ueberreste der latinischen Verfassung, worin, wie in einer heiligen Schreine, die Keime der künftigen Civilisation niedergelegt waren.

Der Eifer für die neue Freiheit entflammte mit einer solchen Intensität in dem italienischen Volke, daß überall der sich erhebende Feudalismus bekämpft und fast überall zerstört wurde. Nur wenige Throne hielten sich zerstreut umher, bedroht und gezwungen, in der Vergangenheit ihrer Felsen, in den Schluchten der Berge zu bleiben. Manche verzichteten auf ihre Titel und gesellten sich zur Classe des Volkes. Viele Städte blieben zwar dem Namen nach den Kaisern untergeben, genossen aber für sich alle Freiheiten einer republicanischen Regierung. Selbst in den beiden Sicilien, wo die Normannen sich im höchsten Grade um die Völker verdient gemacht hatten, mußte das Feudalwesen bedeutende Modificationen erleiden, mußten Verträge mit den Gemeinden geschlossen, mußte die Unabhängigkeit verschiedener Republiken respectirt und mußte dem Staatskörper die Garantie der politischen Parlamente eingeräumt werden.

Italien ward schnell mit Republiken bedeckt, in welchen die Welt vielleicht zum ersten Mal eine vollkommene Demokratie unter dem Einflusse der christlichen Lehren entstehen sah, eine Demokratie nämlich ohne Sklaven, die zur Richtschnur die brüderliche Gleichheit und brüderliche Liebe hatte. Zugleich entwickelte sich allda ein neues bürgerliches Element, das den Alten fast ganz unbekannt war und in den Künsten der Industrie und dem Handel bestand, welche frei von Bürgerherrschaft ausgeübt wurden, so daß von jener Zeit an die öffentliche Oekonomie einen wichtigen Einfluß auf das Gedeihen und die Verhältnisse der Staaten hatte. Nichts desto weniger wurden durch die mercantile Speculationen und durch die Lust nach materiellem Glücke in jenen Herzen nie die großmüthigen Gesinnungen verdrängt, noch dieselben von mühsamen Opfern entfernt. Ja, läsen die Neueren mit mehr Aufmerksamkeit und Interesse die Geschichte jener Republiken, so würden sie finden, daß mit Unrecht die Industrie und der Handel als die Quelle des gegenwärtigen Egoismus und der Gleichgültigkeit für edleren Zwecke beschuldigt werden; vielmehr sollten sie die Ursache in der Abnahme der moralischen Gefühle suchen. Pisa, Amalfi, Breda, Florenz, Genua und verschiedene toscanische und lombardische Städte trieben ausgedehnten Handel und verführten durch ganz Europa ihre Tücher, ihre Seidenwaaren, nebst tausend anderen Erzeugnissen ihrer großen und trefflichen Fabriken; sie waren in der That Krämerrepubliken; allein unbeschadet dessen schlugen die lombardischen Städte in mehreren Schlachten den furchtbaren Barbarossa auf's Haupt.

Das kleine Asti leistete dessen gesammtem Heere Widerstand und te zu seiner Vertheidigung nur einen hohen Zaun, der ihm statt der Mauer diente *). Pisa schlug die Saracenen auf allen Küsten Italiens und des nördlichen Afrika, eroberte Athen, Corinth, Neapont, die Insel Sardinien, Korsika und die balearischen Inseln. Genua allein rüstete eine Flotte aus mit 35,000 Mann, und Venedig eilte, vereint mit den Franken, das Panier des heiligen Marcus in den Binnen von Constantinopel aufzupflanzen. Die Wunder, die durch jene kleinen Republiken gewirkt wurden, die, nach Libri's Aussage, den Sternen gleich, unbemerktlich wären, wenn sie nicht schimmerten, sind ein klarer Beweis von demjenigen, was in Italien die individuelle Kraft vermag, von welcher sowohl der größte Ruhm, als auch die größten Uebel ausgegangen.

Die zu weit getriebene Individualität ist stolz und neidisch, lehnt sich auf gegen die Zucht und verhindert die Einheit des Gedankens und der Handlung. Griechenland hatte hiervon vor Italien bejammernswerthe Beispiele geliefert. Unglücklicher Weise gesellten sich in Italien zu diesem natürlichen Hange zur Zuchtlosigkeit und Zwietracht noch andere gefährlichere Ursachen zu inneren Kriegen. Der größte davon war der hartnäckige Kampf zwischen der Kirche und dem Reiche, der Italien zum ewigen Schlachtfelde machte.

Zwischen dem 14. und 15. Jahrhunderte zeigen sich bedeutende Veränderungen in dem geselligen und politischen Zustande der Italiener. Der Feudalismus sproßt von allen Seiten empor, unterstützt von fremden Waffen und begünstigt durch einheimische Kriege. In den Republiken hat sich ein neues politisches Element gestaltet, das Patriat. Wer immer sich über seines Gleichen durch militärisches oder bürgerliches Verdienst erheben konnte, war bestrebt, seinen Nachkommen eine größere Macht zu usurpiren und einzuhändigen, als es die demokratische Gleichheit erlaubte. Zu dem bürgerlichen Adel wollten sie den feudalen hinzufügen, indem sie um Titel, Ehrenstellen, Jurisdiction und Privilegien bei auswärtigen Fürsten warben. Von den alten Lehnsträgern erlernten sie allmählig die materiellen Mittel der Herrschaft, und aus einer Burg voll von gedungenem und grausamem Volke tyrannisirten sie oft ihr Heimathland, wie Tiger aus ihren Höhlen. Venedig war völlig in den Händen der Patricier, die eine Regierungsart einführten, welche eben so verständig als für die Gleichheit einselig, und eben so durchaus kunstreich als ungünstig für Abänderungen und widerstrebend gegen natürlichere Tendenzen des bürgerlichen Lebens war. Genua schwankte zwischen der Auctorität der Senatoren und derjenigen der Tribune. In Toscana behielt die Demokratie die Oberhand. Die lombardischen Städte waren fast alle in die Hände kleiner Emporkömmlinge gefallen, deren Einer nach dem Anderen von den Mächtigen aus ihnen verschlungen ward. Neapel und Si-

*) Denina, Storia delle Rivoluzioni d'Italia.
Staats-Verfall. VIII.

cilien nahmen immer mehr von der Form der ultramontanen Monarchie an, und Ferdinand von Aragonien benützte von Ludwig XI ein kühnes und geschwüdriges Beispiel, den Stolz und die Uebermacht der großen Lehnsträger zu demüthigen. Unterdessen zerfiel die Moral täglich mehr im Geheimen und Oeffentlichen; und als Hauptursache davon galt: die in ihren Maximen erschütterte und durch die scandalösen Laster des Clerus geschändete Religion; die neuen Bedürfnisse und die neuen Ideen, welchen die alten Einrichtungen nicht genugtugten; die neugeschaffenen Herrschaften, die ihre Macht auf Krieg erbauen mußten, indem man ihnen überall mit Gewalt und Schanden begegnete; eine heftige Liebe zur Freiheit; und endlich die Kleinheit der Staaten, die sie zu einer Politik von Täuschungen, von List und Schlaueit zwang. Dieser letzte Punct wurde auch die Veranlassung zu einem andern großen Schaden für Italien, nämlich zu den Institute der sogenannten Condottieri und der feilen Kriegstruppen. Da die kleinen Staaten nicht hinlängliche bewaffnete Bevölkerung hatten, um sich mit den größeren messen zu können, so steuerten sie diesem Mangel durch Geld und nahmen Fremdlinge in Sold — zu schändlicher Gebrauch, der zugleich durch das Beispiel der Venezianer Eingang fand, welche nicht wagen mochten, ihr Volk zur Vertheidigung des Staates mit Waffen zu versehen.

Der Einfall Karl's VIII. und die Leichtigkeit, mit der er Italien durchzog und sich des Königreichs Neapel bemächtigte, überzeugte die Italiener von der Nothwendigkeit, wieder zu der alten Kriegsordnung zurückzukehren. Venedig kam hierin zuerst zur Einsicht und bekämpfte die Ligue von Cambrai unter den Mauern von Padua mit bürgerlichen Waffen. Machiavelli sprach und schrieb stets von der Nothwendigkeit, das Kriegswesen wieder auf besseren Fuß zu bringen. Fabrizio Colonna, Tebalducci und mehrere Andere hielten sich bereits an die Reform, allein es war zu spät.

Zur Seite dieser Uebel erstand doch manches Gute. Im 15. Jahrhunderte hörten, so zu sagen, die eigentlichen Bürgerkriege, d. h. die aus Parteilust erfolgten Kriege, auf; jener gegen Pisa schien zu letzte sein zu sollen. War gleich Italien noch in mehr als dreißig Herrschaften getheilt, so hing nun doch das Schicksal aller dieser von der Handlungsweise einiger wenigen ab, und diese waren die Venezianer, die Florentiner, Neapel, der Kirchenstaat und Mailand, welche sämmtlich zum Frieden gezwungen waren; denn wer immer aus ihnen sich anschickte, Eroberungen zu machen, hatte alle übrigen gegen sich, wie es sich mehrmals zeigte; weshalb auch Guicciardini bemerkt, daß zur Zeit des Einfalles von Karl VIII. das Gleichgewicht der größeren Staaten Italiens dasselbe seit geraumer Zeit in gleichem Frieden erhalten habe und ihm eine lange Dauer desselben verspreche.

Es ist daher nicht zu zweifeln, daß, ohne die öfters wiederholte Verdrängung des Fremden, Italien die bürgerliche sowohl als auch die politische Re-

Es, in der es sich dem Fortschreiten der Ideen zufolge befand, glücklich verstanden hätte. Der Handel und die Industrie bereicherten, vermehrten und belehrten jene Mittelklasse, die in ganz Europa der Aristokratie den Lebensnerv abgeschnitten und dem Despotismus die Krallen entnommen hat. Von Venedig, von Florenz und von Genua nicht zu sprechen, da ohnehin alle Beschreibungen davon zeugen, wollen wir hier nur anführen, daß Mailand allein im Jahre 1492 14,600 Kaufläden und 70 Tuchfabriken zählte. Dieser Umstand gibt zu erkennen, daß die Gesammtheit der materiellen und moralischen Kraft Mailands in der Hand der Fabricanten und Kaufleute lag *). Was aber insbesondere die Italiener gesichert hätte, sich auf vortheilhafte Weise aus der schwierigen und langen bürgerlichen Umwandlung, der sie unterlagen, hervorzuarbeiten, das war der sichtbare, stätige Fortschritt der Wissenschaft, welche täglich mehr von jenen Eigenschaften erlangte, die sie zur Schutzwache der Staaten und der Cultur machen. In der That, sie gewann täglich mehr an Allgemeinheit des Stoffes, befreite sich stets mehr von der Auctorität, nahm zu an erfinderischem Geiste, befreundete sich näher mit der Erfahrung und mit der Erforschung der Thatsachen, schritt zur Anwendung und gesellte sich auf tausend Wegen zu dem Volke.

Von Pomponiaco bis Galileo vermehrten sich ununterbrochen die Akademien und mit ihnen vervielfältigten sich die Lichtpunkte und deren Verbreitung. Von Leonardo da Vinci an bis zu der Akademie del Cimento hatte das Studium der Naturwissenschaft einen Riesenschritt genommen, und alle bürgerlichen und mechanischen Künste zogen daraus so bedeutende Vortheile, daß durch ganz Europa italienische Talente gesucht und verwendet wurden. Die Kritik hatte ihre Flagel aufgesteckt für die Geschichte, für die schönen Wissenschaften und das Studium der Gesetze, und zwar hauptsächlich mittelst des Fleißes eines Poliziano, eines Balla, Machiavelli, Alciato, Sigonio und vieler Anderer. Die Volkssprache (*lingua volgare*) eroberte sich überall über die lateinische. Nicht bloß Novellen und Gedichte, sondern auch Geschichte, Politik, Physik und Metaphysik verlangte man in der Mundart des Volkes. Es galt nicht ferner die strenge, schulgerechte Weise der alterthümlichen Schreibart; im Gegentheil benutzte man denjenigen Styl, welcher der Masse der Leser am Meisten zusagte. Hundert Werke wurden geschrieben über volksthümliche Materien, über einzelne Gegenstände, die von Interesse für den Bürger waren und zum Gebrauche und zur Belehrung der großen Menge dienten. So lehrt Palmieri die Pflichten und Geschäfte des Bürgers, Giannotti behandelt die venetianische und florentinische Constitution, und bei dieser letzteren empfiehlt er eine gemischte repräsentative Regierungsform, wie die Neueren sie aufgefaßt haben. Pandolfini schreibt über Familienregierung, Casa über die Aneignung des sittlichen An-

*) Frà Isidoro Isolani, *De patriae urbis laudibus*.

standes und über die wechselseitigen Pflichten zwischen Herren und Dienern. Davanzati und Scaruffi verbreiten sich in volksthümlicher Sprache über politische Oekonomie, Vinci gibt Vorschriften über die Malerei, Alberti und Bignola über Sculptur und Architektur, Cellini über die Kunst der Goldschmiede, Gallo, Vettori, Soderini über den Ackerbau; kurz, jede Kunst hat ihr eigenes gedrucktes Handbuch, und jedes wichtigere Amt in der Gesellschaft hat seinen besonderen Lehrmeister. Die Buchdruckerkunst, die in Deutschland ihren Ursprung genommen, wird frühe in Italien mit unsäglichem Eifer betrieben und bringt reichlichere Früchte, als in irgend einem anderen Theile Europas. Große Gelehrte werden Typographen und Verleger. Jedem Mittel zur Veröffentlichung ist bereits erfunden. In Venedig treten periodische Zettel mit politischen Notizen als Vorläufer der Zeitungen auf, und die Libreria von Doni ist der erste Versuch für literarische Journale. Mit einem Worte, die Cultur des 16. Jahrhunderts ist nicht gefallen wegen innerer Auflösung und Entartung, wie bei den Römern und Byzantinern, sondern sie ist gefallen unter den wiederholten Streichen der fremden Macht. An dem Tage, als Francesco Ferrucci vor den Thoren von Florenz den Tod empfing, wurde mit seinem Blute die Knechtschaft und die Erniedrigung Italiens versiegelt. Damit wollen wir jedoch keineswegs die Italiener von der Schuld freisprechen. Ihr großer Fehler war der, daß sie es nicht verstanden, sich gegen den Fremdling zu schaaren, so wie aufhörten, auf Einzelrettung zu hoffen und auf eigene Vergrößerung mittelst Zerstörung des feindlichen Nachbar. Mit drei Jahrhunderten von Unglück und Demüthigung muß diese Schuld gebüßt werden, diese um so weniger vergeßliche Schuld, als einige Male, da die italienischen Potentaten Miene machten, stehen zu bleiben, dieses jedoch nicht mit der gehörigen Kraft thaten, da feindlichen Mächte schon Zeichen gaben von einem völligen Zerfall, und als die Stadt Florenz fast allein schon jener Universalmonarchie, nach welcher der ehrstüchtige Karl V. strebte, den ersten Stoß versetzte *).

Die spanische Herrschaft, welche die Hälfte von Italien inne hatte und großen Einfluß auf die andere Hälfte ausübte, veränderte in weniger als einem Jahrhunderte dermaßen die Verhältnisse des Landes, daß man es schwerlich glauben könnte, wofern es nicht durch die Geschichte bezeugt wäre. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts hat Italien seine Suprematien verloren. Der Handel, die Industrie, die Wissenschaft und Gelehrsamkeit, der Reichthum, die volksthümliche Größe und Bestimmtheit der Charaktere, die Kühnheit der Unternehmungen, Alles hat sich jenseits der Alpen gezogen. Die Erleuchtung von Massaniello ist die einzige Flamme, welche vor den Augen Europas auslodert, um demselben kund zu thun, daß Italien vater-

*) Die Bewegung der Ideen verfolgte noch einige Zeit lang ihren Fortschritt trotz der fremden Herrschaft und behielt jene Form bei, die ihr durch die Ursachen verliehen ward. Deshalb haben wir hier oben mehrere Namen genannt, die noch blühten, als Italiens Freiheit schon, so zu sagen, erloschen war.

den Boden hat. Die wenigen und seltenen Individualitäten, die sich bemerklich machen, dienen nur, um vor den civilisirten Nationen zu beweisen, daß der Geist der alten latinischen Stämme noch nicht verschwunden ist.

Doch die Verhältnisse fingen an, sich milder zu gestalten. Mit dem Beginne des 18. Jahrhunderts hatten die Völker Italiens Gelegenheit, die eigenen Kräfte auf edle Weise zu prüfen und so wieder Vertrauen zu sich selbst zu fassen. Venedig hatte wenige Jahre zuvor den Türken Griechenland abgenommen und seine Flotten an mehreren Stellen geschlagen. Die Piemontesen hatten unter Anführung ihres Königs die Deutschen bei Guastalla zersprengt und ihr Gebiet durch schöne und reiche Provinzen erweitert. Die Neapolitaner gelangten wieder zu ihrer Unabhängigkeit mittelst der Erhebung zum Throne von Karl III., und nachdem sie die Kaiserlichen bei Bellettri geschlagen hatten, fühlten sie sich als Herren ihres eigenen Geschickes und fähig großen Dingen. Genua bewies der Welt durch die denkwürdige Verjagung der Oesterreicher, welch' eine Energie und welcher Heldenmuth sich in der Brust seines Volkes lebte. Das Haus Oesterreich, nachdem es zu Genua, zu Guastalla und zu Bellettri den Muth der Italiener erfahren, hielt nicht für gut, Italien durch die Masse seiner Truppen zu schrecken, sondern gedachte vielmehr, sich die Mailänder durch eine bessere Regierung, als die vorhergehende spanische gewesen, geneigt zu machen. Unter diesen günstigen Umständen erwachte die italienische Intelligenz und belebte den Geist zu großen und edlen Hoffnungen. Man nahm sich der Erniedrigung Italiens, vergegenwärtigte sich den alten Ruhm und stellte sich die höchst schwierige Aufgabe, das Vaterland wieder neu zu gestalten. An der Seite der Akademien frivoler Literatur entstanden jetzt treffliche wissenschaftliche Anstalten, die in kurzer Zeit einen bedeutenden Namen in Europa erlangten, so wie das Institut in Bologna, jenes von Neapel, ein anderes, noch gefeierteres, genannt Istituto Italiano, die Akademie von Turin nebst mehreren anderen. Es wurden viele Sternwarten errichtet, Bibliotheken eröffnet; Künste und Ehrenbezeugungen wurden auf die Lösung vieler ernstlichen und nützlichen Probleme gesetzt; man gab Europa das erste Beispiel von öffentlichen Lehrkanzeln für Oekonomie und von Schulen für den Landbau. Eine so schöne intellectuelle Bewegung erzeugte eine so glänzende Schaar berühmter Gelehrten, daß keine sonstige europäische Nation zu jener Zeit eine größere aufzuweisen hatte. Als die Akademie von Mantua im Jahre 1773 zur Preisfrage die Angabe der Mißstände bei den Criminalgesetzen aufwarf, so sprachen sich über vierzig Individuen über diesen Gegenstand schriftlich aus. Ferner sind die Namen von Spallanzani, von Goldoni, von Volta, Galvani, Scarpa, Mascagni, von Parini, Alfieri, Langgange, von Beccaria, Filangieri und Canova von solchem Gewicht, daß man sich vergebens um größere in dem Europa des 18. Jahrhunderts umsieht. Gleichsam von einem ungekannten Triebe ge-

leitet, stimmten darin die Gelehrten Italiens überein, daß sie ihre Studien gerade auf solche Zwecke richteten, die zu jener Zeit das höchste Interesse für sich hatten. So galt es vorderst, die Anmaßungen des römischen Hofes und des Clerus zu bekämpfen, das Feudalwesen abzuschaffen, die Quellen des Nationalreichthums zu eröffnen, die Freiheiten der alten Municipien wiederherzustellen, die bürgerliche Freiheit zu erweitern, der Unwissenheit, Trägheit und Verschlechterung der unteren Classen zu steuern. Kein Fach wurde übrigens mehr betrieben als jenes der Jurisprudenz und des Kirchenrechts, der Landwirtschaft und der Staatsökonomie. In dieser letzteren hauptsächlich vertieften sich die Geister so sehr, daß sie fast alle den originellsten und wichtigsten Lehren eines Smith und Malthus zuvorkamen *). Daraus entstanden viele und kühne Reformen in dem Finanzwesen und in den Gesetzen, welche die Production und den Handel fördern. Die Lombardei gab Europa das erste Beispiel von der Ausführung der Besteuerung nach den neuen Grundsätzen der Wissenschaft, und Toscana verkündete und vollzog strenge die gänzliche und vollkommene Freiheit des Handels. Auf allen Seiten vermehrte sich der Reichthum, die Bevölkerung, die Thätigkeit. Die neapolitanischen Schriftsteller eiferten so sehr gegen die Aesthetik, daß sie seit 1738 nur noch der Form nach bestand, und doch war es gerade in jener Zeit, da der berühmte D'Aguessau den Nutzen und die Zweckmäßigkeit derselben mittelst seiner Druckschriften vertheidigte. Im Jahre 1764 schrieb Beccaria sein unsterbliches Werk von den Verbrechen und Strafen, welches in zwölf Sprachen übersetzt wurde **). Im Jahre 1780 erschien die schönste Abhandlung über das Criminalrecht in dem Werke von Filangieri über die Wissenschaft der Gesetzgebung. Ein Paar Jahre später publicirte Leopold als der erste unter den Souveränen Europas einen Code, der nach den neuen philanthropischen Grundsätzen von Beccaria und Filangieri redigirt war, und nicht zufrieden, die Todesstrafe und die Strafe wegen Majestätsverbrechen abzuschaffen, hob er auch die Gefängnißstrafe wegen Schulden auf — ein Fortschritt, welchen die Engländer heute noch zu machen sich bemühen; und zu der Zeit, da in Frank-

*) Siehe Custodi, Raccolta degli economisti italiani; Pecchio, Storia dell' Economia Publica in Italia; Ugoni, Vita dell' Ab. Gagliani.

**) Beccaria trat heraus aus dem Kreise der Abstraction der juristischen Philosophen seines Jahrhunderts, redete die Sprache des gesunden Menschenverstandes und erschütterte tief alle Fibern des menschlichen Herzens. Unter dem einfachen Gewande einer empirischen Discussion löst er auf eine neue und glänzende Weise hundert praktische Probleme des Rechtes und legt den Grund zu der politischen Schule, zu jener Schule nämlich, die aus dem gemeinschaftlichen Nutzen das Recht zu strafen herleitet und nach jenem Nutzen die Nothwendigkeit und die Art der Strafe abmißt. Hätte Billemain dieses fester vor Augen gehabt, so würde er nicht gesagt haben, Beccaria sei eher empfindsam und großmüthig, als scharfsichtig und gründlich gewesen. Zugleich beweist mir Billemain's Urtheil, daß er die Lezioni di Economia Publica des mäländischen Philosophen nicht gelesen habe.

Die Schriftsteller über die große Zahl der Verbrechen klagten, was in Toscana die Kerker leer. In Neapel ging es mit den Verbesserungen sowohl hinsichtlich der Geistlichkeit, als auch des Feudalismus und anderer wichtigen bürgerlichen Einrichtungen so gut voran, daß später der Minister Turgot nicht umhin konnte, sie sämmtlich in Frankreich in Anwendung zu bringen. In Toscana und in der Lombardei erwarben sich die Municipalstädte wieder ihre alten Freiheiten und demokratischen Formen, und zwar in solcher Vollkommenheit und mit so vielen Vorkehrungen, daß sie selbst über die berühmten Communalgesetze Englands gestellt zu werden verdienten. Leopold that es in der Entfaltung des Eigenthums allen französischen, heutigen Gesetzen zuvor und leitete eine monarchisch-repräsentative Verfassung nach Art der neueren in Frankreich (S. 177). Endlich ist nicht zu vergessen, daß schon ein halbes Jahrhundert vor der Aufhebung der Jesuiten und viele Jahre vor deren Verjagung aus Portugal, Victor Amadee II., König von Piemont, selbst von allen Lehrkanzeln ausgeschlossen und die Erziehung der Jugend ihren Händen völlig entrückt hatte. Eben derselbe schaffte auch Lehnsgüter ab, entfesselte zum Theil das Eigenthum und beschränkte die Anforderungen Roms. Diese fortschreitende Cultur, deren Leitung die italienischen Fürsten übernommen hatten, wurde verfinstert und umgewandelt durch den Ungestüm der französischen Revolution, mit welcher ein neuer Zeitabschnitt beginnt. Nichts desto weniger liefert sie einen schönen Beleg zu der Wahrheit, daß die italienische Intelligenz großes vermöge, sobald ihr Freiheit und Spielraum gelassen werde zur Entfaltung der Schwingen ihres Genius. —

II. Von den Päpsten und von der Religiosität der Italiener. Haben gleich die Päpste ihren Sitz in dem Mittelpuncte Italiens genommen, und waren gleich nur sehr wenige hinsichtlich ihrer Gewalt als Fremde zu betrachten, so bewiesen sie doch selten oder nie eine gelegentliche Sorgfalt für die Einheit, die Unabhängigkeit und den Ruhm ihres Landes. Man pflegt mit unendlichem Lobe Julius II. zu loben, weil er auf der Reize seines Lebens die Worte ausrief: „Hin mit den Barbaren aus Italien!“ und weil er, wie es heißt, gewisse Fahnen mit der Aufschrift Italia ab exteris liberanda sehen ließ; allein wenige Jahre zuvor hatte Julius II. die Fremdlinge zum Schaden und zum Ruin des ehrwürdigen Venedigs herbeigerufen, und noch während seines Cardinalats von S. Pietro in vinculis hatte er in berebten Worten den noch schwankenden Karl VIII. zu dem Unnehmen gegen Neapel vermocht. Ein wahrhaft vaterländisch gesinnter Papst war Alexander III., der Anstifter der lombardischen Lega und Beschützer der Freiheit, zu deren Gunsten er im Namen des zweiten Conciliums von Lateran verkündete, daß jeder Christ von der Leibeigenschaft frei sein solle. Glückliche Italien und glückliche Welt, hätten seine Nachfolger fortgeföhren, dasselbe gegen den ge-

*) Siehe De Potter, Mémoires de Scipion de Ricci.

meinschaftlichen Feind zu vereinigen, und hätten sie sich begnügt mit einem bloß geistigen Schutze der Interessen aller Völker. Konnte ein einfältiger Mönch, wie Giovanni da Vicenza, durch seine Predigt den alten eingewurzelten Bürgerhaß, der zwischen vielen Städten obwaltete, vertilgen, was hätten da nicht die Päpste vermocht, hätte ihnen das edle Werk der Vereinigung Italiens am Herzen gelegen. Allein statt dessen wurden durch sie mehrere Male die fremden Waffen herbeigerufen, eine Partei Italiens gegen die andere in Kriegszustand versetzt und die alten Freiheiten vielen Republiken gewaltsam entzogen. Und wenn Paul III., Paul IV., Sixtus V. und mehrere andere Päpste vor der fremden Herrschaft, hauptsächlich vor der spanischen, zitterten; so wollten sie doch nie zu einer Aufforderung an die unterdrückten italienischen Völkerschaften schreiten, indem sie kaum in höherem Grade das fremde Joch, als die Freiheit, Reform und Unabhängigkeit der Völker, fürchteten und haßten, und lieber nach Kräften die gelähmte Theokratie durch Bruderschaften, Inquisition und Jesuiten unterstützen wollten. Daher fühlen wir uns, leider! gezwungen, den Ausspruch Machiavelli's zu bestätigen, daß nämlich die Päpste für das entzweite Italien als ein Stein zu betrachten gewesen, der zwischen die Wunde gelegt ward und der sie zu vernarben hinderte. Doch trifft unser Tadel nicht so fast die Päpste allein, als vielmehr die menschliche Natur im Allgemeinen, die, ehrfurchtig und ungezügelt, sich eher gefällt, Gewalt auszuüben, als zu überzeugen, und am liebsten die eigene Gierde, so weit als es ungestraft sein kann, auszudehnen strebt.

Unbezweifelt ist nun, daß nebst vielen anderen Ursachen, die Italiens Fall im 16. Jahrhunderte beschleunigten, die wirksamste in den Ehrgeize der Päpste bestand. Bei der volksthümlischen Beredsamkeit von Savonarola ertönte durch ganz Europa ein Widerhall; längt war es überdrüssig der Anmaßungen und der Laster des römischen Hofes. Schon hatten die Concilien von Basel, von Constance und von Pisa die Reform beschlossen und bestimmt. Die Fürsten, die in ihren eigenen Rechten und in den Interessen ihrer Völker verwickelt waren, verlangten sie mit lauter Stimme. Es mußten die Päpste entweder irgend ein kräftiges Mittel ergreifen, oder sich ihrer Macht begeben und für immer auf ihre Usurpationen Verzicht leisten. Sie beschlossen sie denn, sich dergestalt mittelst zeitlicher Macht auszukuriren, daß sie sowohl den Fürsten Furcht einflößten, als auch dieselben zu ihrer Freundschaft und Hülfe lüstern machten. Dieses konnte ihnen jedoch nicht gelingen durch Anwendung ihrer eigenen Kräfte, die nach Machiavelli's Behauptung so schwach waren, daß selbst der kleinste Potentat Italiens sie geringschätzte, (welch' Letzterers auch von dem genannten Schriftsteller auf's Klarste dargethan wird *). Hiervon überzeugt, führte Alexander VI. den sträflichen Plan aus, Ludw. XII.

*) Macchiavelli, il Principe.

Italien zu berufen und ihm auf alle Weise den Weg zu bahnen, nur weil jener König ihm 15,000 Mann Truppen gestellt hatte, damit die Romagna und andere italienische Provinzen zu erobern. Dieser Einfall der Franzosen war aber Veranlassung von so vielen Kriegen, Empörungen und Zerwürfnissen und erzeugte so viel Zwiespalt, daß kurz darauf Karl V. Herr des Kampffeldes bleiben konnte und dem Krallen in dem Herzen des schönen Landes.

Aber die Monarchieen nahmen unverhältnißmäßig zu an Umfang und Reichthum; sie wuchsen an Kraft durch die Einheit und Concentrirung der Handlung. Der dreißigjährige Krieg sah geregelte Kriege und um das Doppelte zahlreicher als zuvor; er sah das Schlachtfeld verlegt von Italien nach Deutschland. Dieses Alles brachte aber mit sich, daß die zeitliche Macht der Päpste sowohl innerhalb als außerhalb Italiens nur auf kurze Zeit in der politischen Wagschale stehen konnte. An jenem Tage endlich, als Mazarini die Interposition Alexander's VII. für den pyrenäischen Frieden zurückwies, verloren die Nuntien beinahe all ihren Einfluß auf die Verhandlungen der Fürsten. Wir wissen nicht, ob die neue Gestaltung Europas und das Fortschreiten der Civilisation und des Wissens einem Manne von Geist und Kraft noch möglich gemacht hätte, irgend ein neues Werkzeug zu Kraft und Herrschaft aufzufinden, um den Päpsten einen beträchtlichen Theil ihrer alten Macht zu erhalten; wohl aber wissen wir, daß die Entnervung der Geister, die sich allmählig der italienischen Generationen bemächtigte, zugleich auch den Verstand und Charakter der Päpste geschwächt hatte, weshalb dem römischen Hofe kaum noch jener Theil von Ansehen und Einfluß übrig blieb, welchen der Glaube der Völker und der gute Wille der Fürsten ihm gerne gestatten wollte. Die Theokratie (als Princip) war aufgelöst mit der merkwürdigen Erklärung des Clerus von Frankreich. Die übrigen Hoheitsrechte und Behauptungen des kanonischen Rechtes wurden von Tag zu Tag mehr angegriffen und bestritten, und fast immer konnten die Päpste nur protestiren und nachgeben. Jedermann weiß von den gefährvollen und kränkelnden Demüthigungen, welche Clemens XIII. trafen, weil er es versucht hatte, die Maximen der Bulle „In coena Domini“ wieder vorzugringen.

Während dieser Abnahme der päpstlichen Herrschaft aber wurde doch stets mehr das Schlechte der Sitten des römischen Hofes und der italienischen Geistlichkeit erkannt und abgelegt. Auch geschah es wohl, daß jene schöne bürgerliche und intellectuelle Regung, von der wir bemerkt, daß sie im 18. Jahrhundert erwacht, in Rom auf vielfältige Weise eindrang. Verschiedene gelehrte, tolerante und gerechte Päpste zierten den heiligen Stuhl. Lambertini war ein solches Muster von Weisheit und Sanftmuth, daß ihn die Protestanten mit Lobsprüchen überhäuften. Doch der Mann, der des Andenkens und der Erkenntlichkeit der Nachwelt am Meisten würdig, ist der Papst Gianelli, welcher, von armen Eltern in einem Flecken der Romagna

geboren, zur Tiara durch Wissenschaft und Tugend gelangte. Kein Priester der neueren Zeit hat in höherem Grade den versöhnenden Geist des Evangeliums und die völlig moralische und friedliche Mission des Priestertums erkannt, als er. Allein die kurze Dauer seines Pontificats vereitelte die großen Hoffnungen, welche die Völker mit Recht von ihm hegten. Als er die Aufhebung des Jesuitenordens unterzeichnete, sprach er: „Damit unterzeichne ich mein Todesurtheil“, und in einem Jahr darauf führte ihn eine geheimnißvolle Krankheit zum Grabe *). Ein schönes und wichtiges Studium bestünde in der Untersuchung des Einflusses des Papstthums auf den religiösen Geist der Italiener und umgekehrt des Einflusses des Charakters und der Gewohnheiten der Italiener auf das Papstthum. Hauptsächlich wäre zu erörtern, wie die Päpste eine größere Auctorität, eine größere Achtung und Ehrfurcht außerhalb Italiens, als innerhalb, ausgeübt und eingefloßt haben. Eben im Mittelalter finden wir kleine volksthümliche Republiken, die sich weder einschüchtern, noch stören ließen durch Interdicte und Excommunicationen, und zwar nicht aus Irreligiosität, sondern weil sie gewohnt waren, zu unterscheiden zwischen dem gesetzmäßigen Gebrauch und dem Mißbrauch der geistigen Gewalt. Ein Secretär der florentinischen Republik, der später auf den Altären unter dem Namen des heil. Johann von Celle verehrt ward, belehrte mittelst Sendschreiben die obrigkeitlichen Personen des Gemeinwesens, sich durchaus nicht an die ungerechtfertigten Bannflüche zu kehren **). Allbekannt ist ferner, mit welcher Klugheit und Ausdauer die venetianische Republik in der tiefen Ehrerbietung gegen die Päpste die freie Ausübung ihrer Rechte verband, und wie sie stets die Dazwischenkunft der kirchlichen Auctorität bei Angelegenheiten der inneren Verwaltung zurückwies; wie sie die Jesuiten und andere Bruderschaften in Schranken hielt und verstand, die Jurisdiction der Inquisition zu umgehen und zu nicht zu machen. Sie wurde von Paul V. excommunicirt, ließ aber ihre Vertheidigung durch den größten Theologen des Jahrhunderts schreiben, sie verbannte die Jesuiten aus dem Lande und zwang den Papst zu einem Vergleiche. In den Zeiten, die uns ganz nahe liegen, haben sich die italienischen Staaten am Kühnsten in den kirchlichen Reformen gezeigt, und die Maximen des gallicanischen Clerus verschwinden, wenn man die Acten und Doctrinen der Synode von Pistoja betrachtet.

Was sollen wir aber von dem römischen Volke sagen? Hat es

*) Hier einige Maximen von Ganganelli: Die Religion Christi hat nach dem Beispiele ihres göttlichen Stifters keine anderen Waffen, als jene der Ueberzeugung. — Rufen wir uns stets jene Worte des Erldfers in den Sinn: Ihr sollt nicht herrschen wie die Fürsten der Wölfer. — Wenn Gott die Ungläubigen duldet, so müssen auch wir sie ertragen, und ein blinder Eifer ist oft gefährlicher, als der Unglaube selbst. — Es gibt gewisse Verstockte in dem Irrthum, welche Mitleid verdienen, denn endlich ist der Glaube eine Gabe Gottes. — Die Philosophie ist die Grundlage zur wahren Religion. — *Lettere ed altre Op.* Clem. XIV.

**) *Lettere del B. Angelo dalle Celle.* —

licht mit dem größten Muth und mit bewundernswerther Beharrlichkeit mehrere Jahrhunderte hindurch seine Freiheit behauptet und die weltliche Herrschaft der Päpste abgelehnt? Im Jahre 980 stellte es mit dem Consul Crescenzo die alte Republik wieder her und schleppte durch die Straßen den Leichnam von Bonifaz VII. Zwei Jahrhunderte später unter Innocenz II. setzte es sich neuerdings in Freiheit, nachdem es dazu durch die Beredsamkeit von Arnold von Brescia aufgefordert ward. Noch später verkündete Cola da Rienzo die Freiheit des römischen Volkes. Im Jahre 1434 wurde Eugen IV. von dem Volke gejagt und die freie Regierung wieder eingesetzt. Endlich war Stegno Porcari unter Nicolaus V. auf dem Puncte, sich der Oberwelt zu bemächtigen und die alten Freiheiten wiederherzustellen.

Will man ferner die religiösen Meinungen der Italiener betrachten, so wie sie sich in den Schriften der größten Denker dargestellt, so wird man finden, daß sie stets von einer gesunden und zusammenhängenden Logik geleitet waren. Die Italiener erkennen kein Mittelglied zwischen dem Katholicismus und der natürlichen Religion an. Wenn eine Offenbarung existirt, sagen sie, so muß nothwendiger Weise eine Tradition als unfehlbare Beschützerin und Auslegerin der Offenbarung existiren; sonst hört diese (indem sie auf hunderterlei nicht nur verschiedene, sondern auch entgegengesetzte Arten interpretirt wird) auf, eine Offenbarung zu sein, die sich nicht verändern kann, noch mit sich im Widerspruch gerathen, noch der Mittel ermangeln, die sie klar, zusammenhängend und gleich machen für jeden menschlichen Verstand. Nun ist aber gerade der Katholicismus die christlich-apostolische Tradition, die von dem heil. Petrus bis auf Gregor XVI. fortgepflanzt ward. Das Urtheil und die individuelle Interpretation der heil. Schrift zu lassen und zugleich die Integrität gewisser Dogmen erhalten wollen, ist ein Widerspruch. Entweder muß man die Auctorität der Kirche annehmen, oder man muß sich nicht skandalisiren an den Interpretationen eines Strauss und anderer Rationalisten.

Eine einzige Häresie ist in Italien aus italienischem Geiste zur Zeit der Reform entsprungen, und diese Häresie bestätigt die obige Äußerung von dem logischen Zusammenhange in den italienischen Köpfen. Socino nahm die Auctorität nicht an, machte sich an ein Durchforschen der Dogmen und endigte damit, daß er eine natürliche Religion unter christlichen Namen und Formen gründete. Allein wie sehr auch die Italiener es vermieden, die katholischen Dogmen anzuzweifeln, oder die Auctorität der Kirche zu leugnen; so waren sie doch stets, und sind noch fortwährend unermüdete Ankläger der Usurpationen von Seiten der römischen Curie und der Mißbräuche der päpstlichen Auctorität, und haben auch immer mit der Stimme eines ihrer großen Schriftsteller nach der Reform des Papstthums und der Disciplin verlangt. Von Arnold von Brescia bis Dante, von diesem bis Savonarola, von Savonarola bis Sarpi, bis Vergantini, Biondone, Monfig. Ricci bis Tamburini und Zola blieb die

Reihe unerschrockener Schriftsteller, die mit äußerster Gefahr (manchmal selbst mit Lebensgefahr) auf tausenderlei Weise und durch tausendfältige Beweise die Italiener über die gehörigen Grenzen der geistigen Auktorität und über die Laster und Verirrungen der Disciplin aufgestellt haben, nie unterbrochen. Mit Klugheit und wunderbarem Scharfsinn trennten sie aber diese Streitpunkte von der Frage der Dogmen. Alles dasjenige, was am Gediegensten in Frankreich gegen den römischen Hof um die Zeit von Bossuet geschrieben ward, findet sich, in Bezug auf Principien und auf Wissenschaft, in den Büchern von Paolo, dem wahren Gründer der kritischen Philosophie des canonischen Rechtes. In einem Punkte aber bewiesen sich die Italiener im höchsten Grade entschlossen und beharrlich, wir meinen nämlich darin, daß sie die zeitliche Herrschaft der Päpste als verderblich und bedauerndes Uebel verwerfen. In unseren Tagen wissen selbst die untersten Classen des Volkes in Italien den Papst von dem Fürsten zu unterscheiden; und während sie dem Ersten Ehrerbietung und Unterthänigkeit zollen, verachten sie den Letzteren ohne Scheu. Im Jahre 1831 empörten sich die Völker des Kirchenstaates gegen die zeitliche Herrschaft des Papstes, und dabei fiel Niemandem ein, daß diese ihre Handlung im Grunde die geistliche Jurisdiction desselben verletzte, oder zum Nachtheil der Religion ausfallen sollte; im Gegentheil hielten viele Frommgesinnte dafür, daß von da die so erwünschte Reform des Katholicismus ausgegangen wäre. Drei Jahre nachher belegte Gregor XVI. die Aemtern mit dem Kirchenbanne, so wie auch alle Beförderer der Empörung; allein das Volk lachte darüber.

Vermöge ihres Charakters und ihrer Cultur haben die Italiener auch auf lobenswerthe Weise sich gezeigt bei den Zwangsmitteln, zu denen die Päpste ihre Zuflucht nach dem Ausbruche der Reformation genommen hatten; denn während in Spanien und anderwärts solche Mittel mit schrecklicher und grausamer Energie ausgeübt wurden, sahen sie dagegen in Italien nur selten ihre Anwendung. Nach dem Tode Paul's IV., des wahren Urhebers der neueren Inquisition, erglühete das römische Volk die Waffen, befreite aus den Kerker Allen, die dort das heil. Gericht festgehalten waren, und verbrannte ihre Acten. In Parma und zu Mailand empörte sich das Volk aus gleichen Gründen und verjagte die Inquisitoren. Später war in Neapel der Volkswuth gegen die Inquisition so heftig und so drohend, daß man nicht dazu gelangen konnte, jenes Tribunal dort zu errichten.

Die alte Geschichte Italiens ist voll von republicanischem Geiste, und tausenderlei Beweise sind vorhanden von den großen Schritten, die der Fürstenregierung in den Weg gelegt wurden, bevor sie feste Wurzeln fassen konnte. Dieses hatte zur Folge, daß die Maxime des göttlichen Rechtes der Fürsten, welche z. B. in Frankreich allgemeine Ueberzeugung ward, in Italien nur von Wenigen anerkannt wurde. Durch ein sonderbares Zusammentreffen der Interessen haben die Päpste die Italiener in ihrer Ansicht bekräftigt, daß der Ursprung

bürgerlichen Macht von dem Volke ausgehe. Bellarmin, der erbitterte Verfechter der päpstlichen Theokratie, brachte in seiner Ponifik mit den Protestanten den Ausspruch des heil. Thomas in Anwendung, vermöge welches alle politische Auctorität von dem Volke geleitet ist, und demzufolge es in der Willkür des Volkes steht, dieselbe zu widerrufen und aufzuheben. Dagegen befinden sich die protestanten in der Lage, das göttliche Recht der Fürsten aufrecht zu halten und schützen zu müssen; und Calvin selbst, obgleich er mitten in einer Republik lebte, lehrte offen, daß die grausamsten Tyrannen und Usurpatoren von Gott zur Strafe gesetzt seien, und daß man deshalb ihre Geißel mit Geduld und Unterwerfung ertragen müsse *). Mehr als ein Jahrhundert später lehrte und schrieb Giovanni Vincenzo Gravina zu Rom, „daß jedes Mal, da es sich mit den Anlegenheiten der Bürger vertrage, es erlaubt sei, die Republik den Händen ihrer Tyrannen zu entreißen, indem die Freiheit heilig und göttliches Recht sei“; und diese Worte stehen in einem Buche, welches Seiner Heiligkeit Clemens XII. gewidmet und von einem öffentlichen Lehrer der Theologie geschrieben ist **). In unseren Tagen bekräftigte diese Grundsätze Antonio Spedalieri, welcher aus Antrieb von Papst Braschi in seiner Abhandlung von den Rechten des Menschen erklärte, „daß jede Gewalt über das Volk aus dem Volke entspringe. Als Braschi das Buch von Spedalieri erhielt und sich mit ihm darüber auzute, sprach er: „Seit geraumer Zeit fragen die Fürsten: quid est apapa? nun ist es billig, daß sie auch von dir erfahren, quid est opulus.“

Die lebhafteste Einbildungskraft der Italiener und ihr ästhetischer Sinn hat auch auf den äußeren Theil der Religion merklich eingewirkt. Die Kirchengebräuche, die Feste und Symbole haben von den Italienern eine so mannigfaltige, poetische, elegante und anmuthige Außenseite empfangen, daß hierin nur die Griechen einen Vorzug haben können. Handelt es sich z. B. davon, zu Santa Maria Maggiore das Wunder des mitten im Sommer gefallenen Schnees zu feiern, so lassen unsichtbare Hände den ganzen Tag über duftende Jasminblüthen von der Höhe der Kuppel herabregnen. Gilt es der Gedächtnißfeier der Verstorbenen, so gewahrt man die Gräfte der Kirche zur Bezeichnung der Trauer mit Tüchern verhängt, auf welchen Grabesken aus menschlichen Gebeinen kunstreich angebracht, und von dem Gewölbe hängen Trauerlampen, die aus Schädeln und Knochen zusammengesetzt sind und einen düsteren Leichenschein verbreiten. Forest der Charfreitag die Christen zu äußerlichen Bußübungen auf, so gehen die artigsten und bescheidensten Kinder der Stadt, wie Engel ge-

*) Institution de la Religion Chrétienne. — Du gouvernement civil. Chap. XX.

**) De origine juris.

kleidet und geziert, mit Flügeln auf dem Rücken und einem Heiligenschein über dem Kopfe, in Procession umher, und jedes derselben trägt mit andachtsvoller Geberde ein Bild der Leidensgeschichte. Doch nähme kein Ende, wollten wir alle Erfindungen der religiösen Kunst der Italiener aufzählen. Wahr ist es aber, daß die Päpste den schönen Künsten Italiens zum Danke verpflichtet sind, indem sie glücklich dazu beigetragen haben, jenen Glanz, jenes Geschmacksvolle und Großartige der Formen und Ceremonieen zu erzeugen, was aus dem Vatican und aus dessen Festen und Gepränge ein Wunder der Welt gemacht hat. Die Päpste selbst waren oft eifrige Beschützer der Kunst und treffliche Beurtheiler ihres Verdienstes. In diesen letzten Zeiten haben sie sich durch die Betrachtung der Kunstschöpfungen getrübt und zerstreut bei dem allzu deutlichen Anblick des Verfalles ihrer Kunst. Der gute Geschmack, welcher gegenwärtig in den Schulen der Malerei, der Sculptur und Architektur zu herrschen scheint, ist unstreitig zuerst wieder in Rom aufgekommen, wo er befestigt ward durch den Einfluß vortrefflicher Männer, die dahin aus verschiedenen Theilen Italiens und Europas gezogen wurden. Winkelmann und Visconti, Milizia und Vanvitelli, Mengs und Canova erweckten in den Seelen wieder das Gefühl und den Begriff der wahren Schönheit; und alle wurden geliebt und beschützt von den Päpsten. Sanganelli und Braschi errichteten in eben jener Zeit das köstlichste und prächtigste Museum, dessen sich die civilisirte Welt erfreut.

Damit wollen wir jedoch nicht den Mißbrauch vertheidigen, den der italienische Clerus von der Sinnessprache gemacht hat. Der Unglaube und der religiöse Materialismus des Volkes der Halbinsel ist vielleicht in gleichem Maße sowohl seiner glühenden Einbildungskraft, als auch dem Hange, Alles mit sinnlichen und gefälligen Formen zu bekleiden, zuzuschreiben. Doch bemerken wir nicht, daß in andern katholischen Ländern diese Dinge viel verständiger geleitet worden sind. Ist Italien ein abergläubiges Land gewesen, so hat es auch fast alle andern übertroffen in der Zahl und Mannigfaltigkeit barmherziger Anstalten und in den Handlungen der öffentlichen Wohlthätigkeit, welches beweist, daß die thätige Nächstenliebe, die Seele der Religion, da wohl aufgefaßt und tief gefühlt worden ist.

III. Von dem Geiste der Italiener. Die Geistesbeschaffenheit der Italiener hat sich seit den ersten Zeiten der alten italischen Staat auf eine bestimmte Weise dargestellt. Die Hauptmerkmale dieser Beschaffenheit bestehen in dem Streben nach einer positiven, rationalen und praktischen Wissenschaft. Unter positiver Wissenschaft verstehe ich aber diejenige, welche nur von Facten ausgeht, welche stets sich an die Erfahrung hält, durch Induction fortschreitet und die Hypothesen sowohl als auch die Schlüsse a priori vermeidet. Rational nenne ich jene Wissenschaft, die, von den Facten ausgehend, nicht bei dem Empirismus verweilen will, und mit größter Anstrengung die möglichst weite Theorie sucht, und nicht so fast auf die Erforschung

einer Einzelheiten achtet, als vielmehr auf Coordinirung und symmetrische Anordnung der Theile eines großen Ganzen mittelst Zusammenfassung der vielfältigen und entfernten Beziehungen der Dinge. Praktisch endlich nenne ich die Wissenschaft, die sich nicht mit den Abstractionen begnügt, sondern sich dazu herabläßt, die Bedürfnisse des bürgerlichen Lebens zu befriedigen, und diese zu dem nächsten und bleibenden Zwecke ihrer Bestrebungen erhebt. Daß aber die Schule von Pythagoras vorzugsweise eine positive war, das beweisen die auf Erziehung gegründeten Studien, die dort von Empedokles bis zu Archimedes mit wunderbarem Erfolg betrieben wurden, während in Griechenland die Philosophie sich reinen metaphysischen Speculationen überließ, phantastische Kosmologien schmiedete. Die Theorie der Ideen, welche Platon größtentheils von den Pythagoreern erborgt zu haben scheint, das große System der Doctrinen, die sie umfaßten, die höchsten Abstractionen und die strengen Deductionen der Eleaten bekundeten ursprünglich den rationalen Charakter der Philosophen Großgriechenlands. Ueberdies waren aber diese Philosophen Gesetzgeber und Regenten des Volkes und hatten den verschiedenen Richtungen des bürgerlichen Lebens eine in ihrem Gedanken aufgefundene und entworfene Form verliehen, welches zum Ueberflusse die praktische Tendenz ihrer Studien darthut.

Da bei den Römern keine Philosophie anzutreffen ist, die ihnen eigenthümlich angehörig zu nennen wäre, so kann man hier nicht mit Genauigkeit die besonderen Merkmale angeben; allein Cicero's Eklekticismus zeigt uns einen zurückhaltenden, klugen Geist, der die zu absondern und mit Hypothesen vermischten Ansichten flieht. Die Geringschätzung der Römer gegen die speculativen Studien und die Neigung, dieselben, sie bloß als Mittel und nützliche Werkzeuge zu gewissen positiven Zwecken zu betrachten, beweist nur zu sehr die praktische Tendenz des italienischen Geistes. Im Mittelalter läßt zwar die Macht theologischer Auctorität die positive Eigenschaft des Wissens nicht deutlich genug erblicken, aber nichts desto weniger wird man, bei einem Vergleich (zurückgehend zu den ersten Jahrhunderten der Kirche) zwischen den lateinischen Schriftstellern und den Griechen, die Ersteren bei weitem mehr von Mysticismus gereinigt, mit gesünderer Logik ausgerüstet und von ruhigerer Phantasie finden, als die Letzteren. Lanfranco von Pavía und Anselm von Aosta sind die Ersten, welche die Religion auf die Philosophie gründen und mittelst der Dogmen der Vernunft die Dogmen des Glaubens erklären wollen, was so viel heißt, die Theologie zur positiven Wissenschaft umzuwandeln suchen. Auch Niemand in Abrede stellen können, daß der heil. Thomas für seine Zeit ein äußerst positiver Denker gewesen. Er wollte gleichfalls die Religion auf eine strengere und mehr methodische Weise erklären, als es zuvor geschah. In der Philosophie behauptete er, daß eine natürliche unterscheidende Methode gebe, von dem Bekannten zum Unbekannten hinaufzusteigen, und daß das erste Bekannte das

Factum sein müsse. In den Nachforschungen, die er über die psychologischen Erscheinungen angestellt, erscheint er analytisch und in hohem Grade inductiv; obwohl die scholastische Methode seiner Schritte zu anderen Vermuthungen verleitet. Am Meisten positiv war er in der Moral, wo er stets auf die genauen und tiefen Beobachtungen baut, die er aus den Phänomenen des Gewissens geschöpft hatte. Andererseits sind Beide, sowohl Anselm als auch der heil. Thomas, vorzüglich rationell; denn der Erste wird betrachtet als Urheber und Gründer der Metaphysik des Mittelalters, und den Andern bewundert man noch in unseren Tagen wegen der intellectuellen Kraft, mit der er die ganze Masse der theologischen Doctrinen zur synthetischen und rationalen Einheit brachte, weshalb er sich den Namen als Doctor universalis erwarb. Allein liest man seine Moralphilosophie und insbesondere die Capitel, die sich über den bürgerlichen Zustand der Menschen verbreiten; liest man ferner seine Abhandlung *de regimine principum*, die auf Verlangen des Königs von Cypern geschrieben ward; zieht man weiter die Verfolgungen in Betracht, die er zu erdulden hatte, weil er dem Hofe Anjou die Wahrheit gesagt: so erkennt man in diesem großen Repräsentanten der Weisheit des Mittelalters einen Geist, welcher völlig sich zur Praxis neigt, trotz seinem beständigen Hange zur Ruhe und zur Einsamkeit des Klosterlebens.

Verfolgt man die Geschichte des italienischen Geistes in den Jahrhunderten des Wiedererwachens der Wissenschaft, so treten wieder schon erwähnten Charaktere heller und strahlender hervor, als je. Der positive Charakter zeigt sich in dem erbitterten und hartnäckigen Kampfe, den gegen die Auctorität eine Menge kühner Denker unternahm, unter denen ein *Balla*, ein *Nigolio*, *Pomponaccio*, *Telesio* und Andere sich befinden. Derselbe Charakter will getrennt und unabhängig von einander die Theologie und die Philosophie, die biblische Auctorität und die Vernunft, welches auch zu Stande kommt, erzwang hauptsächlich durch die Bemühung *Pomponaccio's* und seiner Schule. Eben dieser Charakter erhebt und empfiehlt die experimentale und inductive Methode gegen den seit Jahrhunderten üblichen Gebrauch, die Wissenschaft durch bloße logische und syllogistische Ferkeln zu suchen — und dieser Versuch, die Geister wieder auf die Bahn der Experimentalmethode zu führen, zu studiren und die Facta auf jener strengen und verständigen Weise, deren sich die Neueren rühmen zu analysiren, fand sein Gelingen in *Machiavelli* und *Galileo*, deren noch *Baco* das übrige Europa darauf aufmerksam machte*). Entlenkte ein solcher positiver Charakter die italienischen Geister schon frühzeitig zu dem Studium der Naturwissenschaften, deren eifrigste Entdeckerhersteller sie geworden. Da sie in den ersten Zeiten alle alten Systeme reproducirt und beleuchtet hatten, so erschien auch die Lehre von Platon wieder in Florenz durch die besondere Bemühung von *Ficino*.

*) Hume, The History of Great Britain. Vol. I. Appendix.

nd von Pico della Mirandola, welche Beide sich vorzüglich be-
 wegen dazu aufgefordert fühlten, weil man dafürhielt, daß der Plato-
 nismus auf die Bücher Mose's Einfluß gehabt und auf die jüdischen
 Traditionen, was alsdann in Italien zur Kabbalistik und Mystik Ver-
 anlassung gab. Allein dieses Alles war von kurzer Dauer, und solche
 Heime Lehren gingen nach Deutschland über und anderswohin, wo
 großen Erfolg hatten. Derselbe Pico kam von vielen allzu kühnen
 Meinungen zurück und widerlegte auf gründliche Weise die Irrthümer
 und Abgeschmacktheiten der Astrologie. Ein halbes Jahrhundert spä-
 ter trat Telesio mit einem vollständigen Systeme der Kosmologie auf,
 welches zwar ohne irgend eine Vermittelung der Intelligenz und der Ge-
 setze. Der Geist der aristotelischen Philosophie gewann die Oberhand
 über jenen des Platonismus, und zwar auch nachdem die absolute
 Autorität von Aristoteles erschüttert ward, weil dieses Philosophen Me-
 thode darin bestand, von dem Besonderen sich zum Allgemeinen zu erheben,
 welches weil er zum Zwecke das experimentale Studium der Natur hatte.
 Deshalb schrieb auch Tasso, ein eifriger Anhänger Platon's: „Ich pflege
 der Lehre der Peripatetiker zu folgen... und obgleich
 ich mich manchmal, von ungewöhnlichem Vergnügen
 ergriffen, in den Schriften des Platon verliere... so ge-
 zieht dieses doch mehr aus Wohlgefallen an der Be-
 weisheit, als aus Liebe zur Wissenschaft *).“ Eben so fühlte
 sich Patrizio, der ganz von dem Neuplatonismus durchdrungen
 war, von dem Geiste seiner Zeit gezwungen, eine experimentale und
 ductive Methode anzuwenden, welcher sich auch häufig selbst der kühne
 und tiefe Giordano Bruno nähert. Allein alle diese Philosophen
 achteten, auf dem Wege der Erfahrung aufsteigend, zu der weitesten
 und rationellsten Synthese zu gelangen, die dem Menschen hinsichtlich
 der Zeitverhältnisse gestattet sein kann. Mehr als ein Schriftsteller
 der Geschichte der Philosophie hat gerade in den italienischen
 Denkern des 16. Jahrhunderts das wiederholte Bestreben bezeichnet,
 den ganzen Inbegriff des menschlichen Wissens auf eine streng wissen-
 schaftliche Form zu reduciren und die einzelnen Theile zur Gestaltung
 der vollkommenen Einheit zu ordnen. Dieses geschah aber nicht nur in den
 abstracten Doctrinen, sondern auch in den physischen und den politi-
 schen; und Jedermann weiß, mit welcher Geistesgröße Machiavelli aus
 der Geschichte von Rom und Florenz die wichtigsten Principien der
 Staatswissenschaft herleitete. Auch wurde sein Beispiel mehr oder weni-
 ger glücklich befolgt von Bottero, San Marco, Parutta und
 andern Politikern. In den Naturwissenschaften sagt uns jener Galilei,
 welcher aus allen Kräften das Studium der einzelnen Phänomene em-
 pfehlte und all' die mühsame Wissenschaft der Metaphysiker seiner Zeit
 verachtete, daß er mehr Jahre mit Nachdenken über Philo-
 sophie, als mit Erlernung der Mathematik zugebracht

*) Tasso, il Cataneo ovvero delle Conclusioni.
 Staats-Lexicon. VIII.

habe *); und das Ziel all' seiner Nachforschungen war, die Beschaffenheit des Universums zu ergründen **). Auch freute er sich über nichts so sehr und so oft, als darüber, daß er die gesamte Ethik unter einen einzigen Grundsatz zusammengefaßt habe; und er ließ sich von seinen Patronen etwas Ruhe aus, um zwei Bücher de systemate seu constitutione universi vollenden zu können ***), was nach seinen eigenen Worten eine unermessliche Arbeit war. Hinsichtlich des Bestrebens der Italiener jenes Jahrhunderts ihre Entdeckungen in Anwendung zu bringen und sie zum Vortheil des bürgerlichen Lebens zu benützen, haben wir diesen Punkt bereits in dem ersten Abschnitte dieses Artikels berührt; nur wollen wir hier noch bemerken, daß die bloße Erforschung der Wahrheit nicht einmal jenen Geistern genügte, die in die tiefsten Abstractionen verfallen waren. Hiervon gibt uns ein Beispiel Pomponaccio, der Schüler einer gewissen geheimen Akademie, deren Mitglieder als Sectenverhaftet und verfolgt waren. Ein anderes Beispiel liefert uns Campanella, das Haupt einer merkwürdigen Verschwörung gegen die Herrschaft der Spanier. Wem wäre endlich nicht das stürmische Leben von Sarpi und seine heftigen Schriften bekannt? Und wer, wenn er die Bestia trionfante des Giordano Bruno liest, sieht, mit welcher feinem Bemessen der weltlichen Dinge und der Natur der Menschen er nach dem Leben den Charakter der Leidenschaft und der Laster zeichnet, nebst dem sein Leben ihn uns darstellt als verwickelt in die Angelegenheiten und in die Leidenschaften seiner Zeit, und hauptsächlich in diejenigen, welche gegen die Laster und die Gewaltthätigkeiten entbrannten. Nach langen Jahren von Schwäche und Armut in den Gebieten der Wissenschaft erscheint gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein außergewöhnlicher Geist, nämlich G. B. Vico. Sein Sinn war keineswegs zu praktischen Anwendungen geneigt, allein in Bezug auf Positivität und auf Rationalität verleugnete er durchaus nicht seinen Nationalcharakter. Denn wenn gleich ihn die Natur seines Genies zum Platonismus erhob, und er in die Anzahl jener wunderbaren Denker gehörte, die den Vortheil besitzen, die Wahrheit zu erkennen, bevor sie dieselbe suchen, so würde man doch falsch über seine Urtheile urtheilen, wenn man glauben wollte, sie wären die Frucht gereifer überreifer Ideen. Ja, er zeigte sich im höchsten Grade erbittert gegen die geometrische Methode, die Cartesius ausbrachte, und verlangte, man mittelst Aufsuchens in dem großen Buche der Natur und in den menschlichen Traditionen die Analyse und Induction befolgte †). Und in der That findet man in der ersten Ausgabe der Scienza nuova, das heißt, bevor er noch die auseinandergelegten Grundsätze als absolut angenommen hatte, daß

*) Venturi, Memorie di Galileo. Modena, 1818. Vol. II. p. I.

**) Discorso sulle Comete.

***) La vita, ed alcune lettere familiari di Galileo Galilei. Venezia, 1820.

†) De antiquissima Italorum sapientia.

ist, ausgerüstet mit Kritik, die einzelnen Facten der Geschichte untersucht, so wie diejenigen der Alterthumskunde, der Philologie, der Geographie und jedes anderen Zweiges von Gelehrsamkeit, und daß er sie vielfältig mit den Facten des innern Menschen vergleicht und auf solche Weise analytisch zu seinen großartigen Entdeckungen gelangt. Von der Rationalität des Vico werde ich nicht viele Worte zu machen haben, da er der Erste war, der es versuchte, das gemeine Leben der Nationen auf eine wissenschaftliche Grundbedingung zurückzuführen. Schon oben wurde bemerkt, wie im 18. Jahrhunderte die Geister sich mehr zu den nützlichsten und brauchbarsten Meditationen wandten, die die Natur der Zeit erforderte, welcher unmittelbare Zweck sie aber von sich fern hielt von den Hypothesen und Abstractheiten, die allzu häufig kamen in den Schriften der ultramontanischen Metaphysiker und Politiker, und hauptsächlich der Franzosen. Sie studirten den Menschen, wie er ist in der Gesamtheit seiner Erscheinungen; sie studirten ihn in seiner Sensibilität und in seinen Instincten, in seiner animalen und rationalen Natur.

Der Mensch von Zanotti, von Stellini, Carli, Filangieri, Bonafede, Pagano, Genovesi, von Vini und Spedacchi ist nicht der antisociale Mensch von Rousseau und Hobbes, nicht der selbstsüchtige Mensch von Harley und Helvetius, nicht der mechanische Mensch von La-Mettrie, ist endlich nicht der steinerne Mensch von Condillac und Bonnet. Alle diese so weisen und positiven Doctrinen sind jedoch auch nicht empirisch, unzusammenhängend und bloß experimental: ihre höchsten Principien werden mit Verstand und mit theoretischer Strenge gesucht; allein einerseits hinderte die italienischen Philosophen des verflossenen Jahrhunderts die neue Methode der Wissenschaften, anderseits der Mangel an schöpferischer Einbildungskraft an dem Hinaufsteigen zu jenen großen Synthesen und zu jenen tiefen und neuen Generalisirungen, welche das 15. Jahrhundert gesehen und bewundert hatte.

Ich nehme mir nicht vor, viel von unserer gegenwärtigen Zeit zu sprechen; nur will ich kurz bemerken, daß die drei gemeldeten Charaktere nicht unterlassen, ihr Gepräge auch dem heutigen italienischen Wissen aufzudrücken. In den Naturwissenschaften ist es keine leichte Sache, sie heut zu Tage wieder zu erkennen, und zwar in Italien eben so wie anderswo; denn hinsichtlich der Positivität sind die Methoden, die jene Wissenschaften beherrschen, so streng und exact, daß es ganz befremdend wäre, sie den Chimären und Paradoxen nachzulaufen zu sehen. Auch die Rationalität kann da nicht wohl auffallen, denn ganz Europa beklagt sich auf gleiche Weise über die allzu geringe Anzahl von allgemeinen Inductionen, welche die neueren Geister aus den physischen Erscheinungen abzuleiten vermögen. Was aber die Anwendung betrifft, so gestatten Italien seine gegenwärtigen Verhältnisse nicht, mit Frankreich und England sich zu vergleichen, wo die Industrie sich ununterbrochen den Kopf zerbricht, neue Vorrichtungen und

Maschinen zu erfinden. Uebrigens gibt es doch eine Wissenschaft, in der die Italiener lichtvoll die Eigenschaften ihres Geistes entfalten, und diese ist die Arzneiwissenschaft. In keinem Lande Europas ist die Therapie so durchgreifend und so glücklich in Resultaten, als in Italien, wegen der sorgfältigen und rastlosen Beobachtung der Facten, welche am Krankenbette die Systeme vergessen lernt und sich an die hippokratrische Weisheit hält; allein auch in keinem andern Lande zeigt sich unter den Aerzten ein so eifriges, beharrliches Streben, zu einer absoluten und allgemeinen wissenschaftlichen Form zu gelangen, wofür die zahlreichen theoretischen Schriften zeugen, die in diesen letzten Zeiten veröffentlicht wurden, und zwar von Rasori an bis zu Pucinotti und Giacomini.

Hinsichtlich der philosophischen Studien hat, meines Wissens, Niemand von den Neueren in Italien gewagt, irgend eine *Doctrina a priori* aufzustellen, noch hat man eine andere Methode gesucht als jene der Erfahrung und der Induction. Selbst Rosmini, der in der Halbinsel das Haupt einer platonischen Schule ist und sich seit seinen Jugendjahren mit der deutschen Metaphysik vertraut gemacht hat, geht von den Daten der Erfahrung aus und weigert sich, irgend einen Schritt zu machen, außer unter dem Geleite der inductiven Analyse. Gioberti, der nach einer neuen und gründlichen Weise auf eine philosophische Demonstration der Offenbarung *) und auf eine religiöse Theorie des bürgerlichen Fortschreitens sinnt, leitet jeden Beweis theils von den psychologischen, theils von den historischen oder physischen und kosmologischen Facten ab, und bedient sich dabei der Analyse und Induction. Keiner dieser Philosophen beruhigt sich aber bei dem Empirismus der Lockianer und der Utilisten, so wie bei der Naturgeschichte der menschlichen Ansichten und Meinungen, wie dieses die schottische Schule thut; sondern Jeder trachtet, das große Bedürfnis zu befriedigen, das er fühlt, nämlich das Absolute des Wahren beizufügen und eine Urphilosophie zu entwerfen. Hiervon liefert Romagnosi ein merkwürdiges Beispiel, der, von seiner Zeit beherrscht, dem größten Theile der Grundsätze der Encyclopädisten weder entsagen konnte, noch wollte. Wunderbar waren daher die Bemühungen dieses mächtigen Geistes, um jene Grundsätze zur Würde der allgemeinen und absoluten Wissenschaft zu erheben, um davon die Hypothesen auszuschließen, um die zahlreichen Anwendungen zu verbinden und das Ganze zu einer harmonischen Einheit zu ordnen; und bei diesem Streben wurde ihm der beste Erfolg zu Theil, den man je hoffen durfte bei einem Systeme von Ideen, die den Empirismus nicht vermeiden können, außer durch theilweise Verleugnung ihrer selbst.

Unter diesen Philosophen befinden sich auch wenige, die nicht völlig praktische Doctrinen cultiviren, oder deren Anwendung wenigstens nahe liegt, und die nicht durch thatkräftige Weise sich bemühen, einem

*) Teorica del soprannaturale.

theil ihrer Speculationen im Leben zu verwirklichen; woraus auch entstanden, daß die größere Anzahl derselben Verfolgungen, Gefängniß und Exil zu erdulden hatte, wie z. B. Romagnosi, Rossi, Pezzi, Gioja, Gioberti, Bogelli, Borelli, Costa und mehrere Andere.

Diese Hinneigung der italienischen Philosophen zu den nützlichen Anwendungen wird auch in's Licht gestellt durch die Gewandtheit, die sie in den Unterrichtsweisen und in den Abhandlungen über Logik, sowohl allgemeine als besondere, gezeigt haben. Wir haben gesehen, wie die Italiener im 15. und 16. Jahrhunderte die natürliche Methode und die Kunst zu experimentiren wiederhergestellt haben. Unter den Neueren haben Genovesi und Gioja die zwei besten Schriften über Logik verfaßt, die wir kennen; denn in diesen allein ist die Kunst von der Wissenschaft getrennt, und die Phänomene des Geistes sind darin nicht in Abgeschiedenheit von den transcendenten Theorien; sie sind Materie und Subject praktischer Inductionen, ohne irgend eine Präoccupation von Systemen und Theorien. Genovesi führt eine zu kanzelmäßige Sprache, beobachtet eine zu wenig natürliche Ordnung und ist zu unbestimmt über die Kunst zu erfinden. Gioja spricht die gemeine Sprache und schreibt eine wahrhaft volksthümliche unmittelbare nützliche Logik; er ertheilt, als der Erste, die Lehren über die Kunst zu conjecturiren, was eine bedeutende Lücke war, die in der belehrenden und dirigirenden Philosophie obwaltete, wie sich Degerando auspricht. Unter den speciellen Büchern der Logik, die über einen besondern Gegenstand zu belehren beabsichtigen, gefallen uns vorzüglich diejenigen von Mario Pagano *) über die Kunst, die öffentliche Geschäftigkeit auszuüben; voll von Neuheit und Klarheit ist dasjenige des erwähnten Gioja über die Kunst, die Statistik zu behandeln **); mit Scharfsinn und Strenge ist die logische Abhandlung von Bufalini verfaßt über die Heilkunst ***); über alle steht aber vielleicht dasjenige des Abb. Scinà über die Kunst, in den Naturwissenschaften zu experimentiren †). — Da die italienischen Regierungen keine Scheu vor den Reformen und Neuerungen hatten, welche in dem Criminalwesen für die gemeinen Verbrechen eingeführt wurden, so war das peinliche Recht ein anderes Feld, auf welchem der italienische Geist in dieser Zeit seinen Scharfsinn und seine praktische Gewandtheit zeigen konnte. Hierseits hat er nun die vollkommensten Theorien, die man in der Rechtssphäre kennt, durchdacht und auseinandergelegt; anderseits hat er daraus die besten Geseze deducirt, die Europa bisher in Anwendung gebracht. Romagnosi, Cremati, Rossi, Carminiani, Marocco, Barbacovi, Raffaelli und einige Andere treffliche Forscher im Gebiete des Criminalrechts, und es sind uns

*) La Logica dei probabili.

**) Filosofia della statistica.

***) Cicalato.

†) Introduzione allo studio della Fisica sperimentale.

jenseits der Alpen keine Schriftsteller von höherem Werthe bekannt. Was ferner die Anwendung betrifft, so möge hier die Bemerkung hinreichen, daß der Proceßcodex, der aus dem italienischen Reiche hervorging (der einzige Codex, den zu schaffen man die Erlaubniß hatte), ein so vollendetes Werk wurde, daß der Minister Camescora darüber in hohem Grade erstaunt war. Weiter wurden in Neapel so passende Verbesserungen und Modificationen zu dem Neapolitanischen Criminalcodex gemacht, daß die in jenem Reiche in Kraft stehenden Gesetze heut zu Tage von den Franzosen selbst als die vorzüglichsten aller europäischen Staaten anerkannt werden. Die menschliche Wissenschaft, gefördert durch das Sehnen nach dem Unendlichen, überschreitet die Grenze des Gewissen und ergreift die Wahrscheinlichkeiten, den Anschein und selbst die bloßen Möglichkeiten. In diesen letzteren Regionen beobachtet und wählt der Geist der Italiener, der so zu sagen, weniger tyrannisiert wird von den strengen und unerbittlichen Gesetzen der Erfahrung und der Vernunft, am Liebsten jene Analogieen und jene Conjecturen, die am Besten mit seinem moralischen und ästhetischen Gefühle harmoniren. Und in der That zeigen alle philosophischen Systeme der Italiener von Pythagoras an bis zu uns dieselbe Physiognomie und denselben Grundgedanken. In allen sehen wir das poetische Princip einer allgemeinen Beseelung glänzen. Es findet sich nicht ein einziger italienischer Schriftsteller, der das System der Atomen wieder aufgeweckt und die Natur durch die Gesetze eines reinen Mechanismus erklärt hätte, wenn man nicht an den Lucrez anführen will, der aber hinsichtlich der Ideen nur ein deutscher Uebersetzer Epikur's ist. Die alte italische Schule war eine sophistische bei den Pythagoräern und eine pantheistische bei den Platonern. Zur Zeit des Wiederauflebens der Wissenschaften bebildeten Pico und Ficino das Universum mit Genien und Engeln; Petrizio nahm an, daß alle Dinge beseelt seien; Pomponace construirte die Welt mittelst intelligenter Sphären; Gesalpino bloß eine lebende Substanz zu; Telesio zwei active, unkörperliche mit Sensibilität begabte Principien; Bruno und Campanella betrachteten das Leben als constituirende Eigenschaft aller Wesen; Galileo endlich beseitigte zuweilen die Strenge seiner positiven Forderungen, warf einen tiefen Blick in die Unermeßlichkeit der Schöpfung und faßte daraus den Gedanken, daß alle Dinge Theil nehmen an der allgemeinen Seele*).

Allein in den Studien der Moral haben die Italiener auch in die klarste Weise gezeigt, wie die Natur in ihrem Inneren mit steter und feierlicher Sprache redet; denn so oft ihre metaphysischen Systeme nicht in Einklang gebracht werden können mit den irdischen und übermenschlichen Charakteren der Tugend, so halten sie ein Stillschweigen, und gehorchen lieber instinctmäßig den von dem

*) Monconys Voyages. Lyon, 1665.

Wissen geoffenbarten Dogmen, als daß sie jene Systeme bis zu den äußersten Consequenzen durchführten. Cicero, ein Eklektiker und Zweifler in der Metaphysik, ist entschieden und entschlossen in der Moral. Aus diesem Gefühle entstand auch in Rom jene heftige Reaction des Stoicismus gegen den Epikureismus, die sich aller edeln Geister bemächtigte. Wenn Tacitus die Fehler und Schändlichkeiten der römischen Welt schildert, so glüht er von Enthusiasmus für die Tugend und den Heroismus. Boëthius, der Aristoteliker in allen übrigen speculativen Studien, ist Platoniker im Fache der Moral. Campanella, welcher zum Theile Locke'n vorausgeht in der Begründung einer rein experimentalen und sensibeln Philosophie, nimmt seine Zuflucht zur Theorie der Ideen, sobald er auf die Ethik zu sprechen kommt, und erklärt das moralische Gefühl als einen subjectiven angeordneten Begriff. Macchiavelli, der es gewagt hat, den Werth der menschlichen Handlungen geometrisch zu behandeln, indem er sie nach ihren materiellen Wirkungen beurtheilte, entrüstet sich über die moralische Erniedrigung und über die Heuchelei seines Jahrhunderts; dagegen spricht er mit Begeisterung auf jeder Seite für die alten Tugenden der Römer und Griechen, und stellt in der Religion das ordnende und erhaltende Princip der Gesellschaft auf. So ist nun vielleicht in keinem anderen politischen Schriftsteller der Contrast zwischen der Theorie und dem Gefühle auffallender, als in ihm. Unter den neueren wandeln zwei große Geschichtsforscher, Botta und Colletta, auf den Fußtapfen von Macchiavelli hinsichtlich des Criteriums der Thaten, des Machtgebotes der Nothwendigkeit und der Ungläubigkeit an das Fortschreiten; dabei sind sie aber die eifrigsten Anbeter der Freiheit, der Liebe zum Vaterland und des starken Muthes, der dem Unglücke trotzt und mit historischer Beharrlichkeit das Gute sucht und will, weil es an sich gut ist. Ein großer Theil der italienischen Moralisten neuerer Zeit hat die Einfachheit und Sinnigkeit der sokratischen Erörterungen gefährlichen Demonstrationen vorgezogen. So sind verfahren Zanotti, der treffliche Stellini, Beccaria, Gozzi und Roberti, und vor Kurzem Testa, Bianchetti, Terzi und Romagnosi. Von diesem Letzteren ist noch besondere Erwähnung zu thun. Er hat nach einander alle Theile der Staatswissenschaft durchforscht und behandelt und sie betrachtet in ihren Beziehungen auf Geschichte, Psychologie und politische Oekonomie, und umständlich besprochen. Die Moral allein hat er unberührt gelassen, welche doch die Grundlage der Erziehung ist, und die auch Romagnosi für die Basis jedes Glückes und jedes bürgerlichen Fortschreitens hält. Statt theoretische Abhandlungen über Moral zu schreiben, beschloß er, ein praktisches Handbuch herauszugeben, welches er den besten Lehren entnahm, die einst auf praktische Weise von den alten italienischen Philosophen verkündet wurden; und dieses that er, weil er sich innerlich überzeugt hielt von der Unmöglichkeit, aus der Doctrin des Möglichen eine Moral abzuleiten, welche die göttliche und absolute Natur der Tugend zu erhalten

und zu beweisen vermöchte. In der Einleitung zu jenem Handbuche klagt Romagnosi darüber, daß die Ethik noch nicht durch das Band der Wissenschaft an die Doctrinen befestigt sei, die den Inbegriff der bürgerlichen und politischen Rapporte ausmachen, und sehnst sich nach dem Erscheinen eines großen Geistes, der im Stande sein wird, dieses wichtige Werk zu vollbringen.

Nun bleiben uns noch die besonderen Eigenschaften des Geistes der Italiener in Bezug auf die Auffassung und Ausübung der Kunst zu betrachten übrig. Und hier wollen wir, unserer Methode gemäß, bemerken, daß die besonderen Eigenschaften der italienischen Kunst folgende sind: erstens eine richtige Mischung des subjectiv Schönen und des objectiv Schönen, so wie der Reflexion und der Intuition; zweitens eine stete Verbindung der christlichen Idee mit der griechischen Form, und der Begriffe der neueren Civilisation mit den Traditionen der römischen Welt; drittens eine fortwährend geläutertere Anschauung des Schönen bis zur Berührung des Höchsten des Idealen; viertens ein unaufhörliches Bedürfniß der Eleganz und Vollendung; fünftens ein eben so großes Bedürfniß für Richtigkeit des Verhältnisses und des Ebenmaßes. Diese Punkte sind, ich wiederhole es, nach meinem Dafürhalten, die Hauptcharaktere der italienischen Kunst, betrachtet in ihrer höchsten Vollkommenheit und in dem intellectuellsten und vollendetsten Ausdrucke, den die Kunst besitzt, das heißt in der Poesie. Solche Charaktere verdanken aber, wie man leicht einsieht, ihr Entstehen jenem Gleichgewichte von Geisteskräften und jener günstigen Mischung der Extreme, die wir oben als den Italienern von der Natur verliehen bezeichneten. Die Zartheit des Gefühles, die wir gleichfalls an ihnen eigenthümlich erkannten, macht sie so äußerst eingenommen für die Reinheit der Formen und befähigt sie, auch die kleinsten Mängel und Uebertreibungen zu entdecken. Die Mängel aber, die am Gewöhnlichsten und Häufigsten in der italienischen Kunst vorkommen, sind, wie ganz natürlich, ein Mißbrauch der erwähnten Eigenschaften. So wird z. B. die objective Natur, die den Italiener auf eine Weise begeistert, wie die Völker des Nordens kaum einsehen, nicht selten Beherrscherin und Tyrannin des Künstlers der Halbinsel. Die lateinischen Traditionen lehren zu oft zurück und werden entstellt und entkräftet durch Pedanterie. Das idealisch Schöne entartet in conventionelle, kalte und monotone Typen. Das Verlangen nach einer schönen Form wird zuweilen auf Unkosten der Ideen und des Gefühls befriedigt; bisweilen verleitet es zu Affectation und zu falschen Kunstgriffen. Kurz, das Streben nach Symmetrie und Einheit, nach Zustand und Pünctlichkeit bringt nicht selten eine slavische Unterwerfung unter die Regeln hervor und hemmt den freien Flug des Geistes, welches geboren ist zu kühnem Unternehmen. Die älteste Begeisterung der italienischen Kunst erscheint in den Versen des Theokrit, welche zu einer magischen Schilderung der herrlichen sizilischen Natur einen tief gefühlten, überaus zarten Affect gesellt. In ihm ist die Kunst

angezwungen, die Eleganz so einfach, das Ideale vermengt sich so
 hen mit der Wahrheit, daß, nach meiner Ansicht, Virgil im Wett-
 reite verliert, den er mit diesem göttlichen spracusanischen Dichter un-
 nimmt. Allein in den Händen Virgil's erlangt die Poesie alle Vor-
 theile der Experiens und der kritischen Ueberlegung. Die Form grenzt
 an das Höchste der Trefflichkeit und wird nie übertroffen werden. Da
 Alles geordnet, passend, genau und vollendet; die subjective und
 objective Poesie halten sich stets das Gleichgewicht; die Wahl des Schö-
 nen ist auf das Sorgfältigste getroffen und nähert sich mehr der idea-
 len platonischen Vollkommenheit. Virgil konnte aber in einem skepti-
 schen, reflexiven Jahrhundert, das keine andere Quelle des Wunder-
 baren, als den griechischen Polytheismus und die griechischen Traditionen
 kannte, unmöglich die tiefe, originelle und gleichsam jungfräuliche
 Anschauung der ersten Dichter finden. Eine solche mußte erst wieder
 im Vorscheine kommen mit einer neuen bürgerlichen Welt, unter
 einem neuen tiefen Glauben, mußte aus dem Schooße des Volkes
 entspringen. Dante war hiervon der erhabenste Ausdruck. Dieser
 schwingt sich mit einem einzigen Schritte auf zur Höhe Homer's, und
 ein Jahrhundert nach ihm wird bloß Shakespeare würdig sein,
 an zur Seite zu sitzen. In Dante erreicht die italienische Poesie
 unermessliche Charaktere, die ich oben angeführt habe. Weder die Grie-
 chen, noch die Orientalen übertreffen Dante hinsichtlich der beschreiben-
 den Darstellung der Außenwelt und der Größe und Mannigfaltigkeit
 der Schöpfungen der Phantasie. Eben so glaube ich, die Dichter des
 Nordens haben nichts aufzuweisen, was sie über ihn setzen könnten in
 Bezug auf Affect und Gefühl. Ueberdies ist Dante ein christlicher
 Dichter, ist Theolog und Philosoph. Daher blicken in seinem ganzen
 Gedichte die christliche Liebe und die theologische Hoheit durch; sie er-
 wärmen und beleben es; allein zugleich bekleidet der Reiz und die Ele-
 ganz der griechischen und lateinischen Form stets die christliche Idee, von
 welcher wieder auf die Form ein Licht und eine Majestät zurückstrahlt,
 die den Griechen sowohl als den Lateinern fremd war. Die philoso-
 phische Reflexion und die Tiefe der Wissenschaft haben ihren Theil in
 der divina comedia; allein die erste erscheint darin nie auf Unkosten
 der Anschauung, und die zweite ist immer verschönert durch Bilder.
 Dante ist voll von römischen Traditionen. Er seufzt nach der Wie-
 derherstellung des Reiches, in der allein er das Heil und den Ruhm
 Italiens sieht. Virgil ist sein Führer, Cato begleitet ihn in das Feger-
 thal, der kaiserliche Adler erscheint ihm im Paradiese; überall hat er
 römische Erinnerungen in das Mittelalter verwebt, und zwar auf eben
 so neue als bilderreiche und schöne Weise. Alles ist ideal in der divina
 comedia; aber dieses Ideale ist so bestimmt, so fühlbar, so plastisch
 (um mich dieses sinnigen Ausdrucks der Deutschen zu bedienen), daß,
 wie Bico zu reden, Alles ein sprechendes Gemälde ist. Weder Pe-
 trarca, noch Raphael, weder Michel Angelo, noch Tasso werden
 nach ihm zu der erhabenen Idealisierung der Beatrice und der Liebe

des Dante zu ihr gelangen. Mit einem Worte, Alles ist harmonisch und symmetrisch in der divina comedia, welche, heraustretend aus den aristotelischen Gesetzen, eine neue Form der Dichtung erschafft und eine neue poetische Gesetzgebung. Doch was soll ich von seinem Erben sagen? Alle italienischen Dichter, die auf Dante im Laufe von fünf Jahrhunderten gefolgt sind, konnten ihn nicht nur nicht übertreffen, sondern ihm es nicht einmal gleichthun in Hinsicht der Eleganz, des Reichthums, der Energie und Mannigfaltigkeit der Sprache. Zu den Zeiten Dante's wurde Alles aufgefaßt mit volksthümlicher Begeisterung; die Anschauung und der lebendige Trieb erhielten sich kraftvoll in der Schooße der katholischen Auctorität in Verbindung mit der Demokratie. Späterhin erschütterten die reflexive Beobachtung, die Kritik und die Gelehrsamkeit die Grundveste der Auctorität und schwächten die Anschauung. Die classische Literatur überschwemmt alle Schulen und bewegt zur Nachahmung. Anderseits suchen die Geister, der Auctorität entzogen, auf kühne Weise die Wahrheit auf originellen und gewagten Wegen. Die alten Institute genügen nicht ferner den neuen Bedürfnissen, den neuen Affecten, den neuen Gedanken. Bei diesen Conflicten findet die Kunst andere Eingebungen; Ariosto schreibt den Orlando. In diesem großen Dichter ist die Kunst viel mehr objectiv als subjectiv; es ist da nicht mehr ein freiwilliger Erguß der Uebersetzung, ein Drang, das Herz auszuschütten, eine in der wirksamsten und klangvollsten Sprache glühende Seele; in diesem Dichter fängt die Kunst an, sich selbst zu genügen und das Schöne wegen seiner selbst aufzusuchen; sie verliert an Feierlichkeit und Gewicht, wird wollüstig und je mehr sie an Gefühl abnimmt, desto mehr erlangt sie an Colours. Die griechische Form und die Reminiscenzen der alten Welt überwiegen die christliche Idee. Ariosto ist gleichsam ein Heide. Später trennt sich die Kunst von dem Volke und empfindet mit das Unglück Italiens, den Verlust der Unabhängigkeit, der Freiheit und der Kraft. Einige Geister ermannen sich wieder in dem reformirten, streng gewordenen, intoleranten Katholicismus; sie bemühen sich, die alten Begeisterungen wieder anzufachen und die Einrichtungen der zerfallenden bürgerlichen Welt wieder zu verjüngen; andere lassen sich fortreißen durch den Skepticismus der Zeit und betäuben sich durch Sinnenlust, um sich zu zerstreuen bei den Uebeln, die das Vaterland bedrohen; ihr Herz ist leer von Glauben und Liebe, aber ihr Kopf ist heiß inmitten der schwindelhaften Bewegung der alten und der neuen Ideen. Die erste Art der Geister wird repräsentirt durch Tasso, die zweite durch Marino und seine Schule. Tasso ist leidenschaftlich katholisch und feudal; die Poesie in der Jerusalemme wird ernst und streng; allein sie ist nicht ohne Einfluß des Geistes der Schulen, der Gelehrsamkeit und der Analyse. Die Anschauung Tasso's ist den Vorschriften der ästhetischen Philosophie unterworfen; daher schreibt er das vollendete Gedicht, welches man, gemäß den Grundsätzen der alten Tractatisten kennt; allein es bleibt unter dem Orlando hinsichtlich der Dignität

keit und der Mannigfaltigkeit. Die Wahl des Schönen ist allzu geistig und ganz platonisch geworden und beginnt, sich zu weit von der Natur zu entfernen. Die Eingießung der christlichen Idee in die heidnische Form wird manierirt und kalt, der Styl sucht die Eleganz der Antithesen, und die Verzierungen sind zu häufig, kleinlich und weilen falsch. Marini repräsentirt jene zweite Schaar von Dichtern, die ich oben bezeichnet habe. In dem Adone ist Alles künstlich; die Dichtung ist nicht mehr an den Glauben geknüpft, nicht mehr an die Meinungen und Interessen der Zeit; die Neuheit ist in dem Fremden und dem Uebertriebenen gesucht. Die Einbildungskraft überschwemmt und überfluthet, die objectiv Natur behält fast allein das Recht, die Charaktere, die Handlungen und Reden sind conventionell und geziert, und der Styl ist übergelastet von Gedankenspielen und Wortspielen. Die Spanier haben Wohlgefallen an jenen witzigen Spielen, und die Italiener schaffen eine so thörichte und verdorbene Form des Styles, daß man heut zu Tage darüber lachen muß und darin den Beweis erkennt, daß, wie in den bürgerlichen so auch in den literarischen Dingen, die Verirrungen der südlichen Bewohner übertrieben sind.

In dem 18. Jahrhunderte erhob die unternommene bürgerliche Regeneration auch die Kunst wieder und entzündete die Begeisterung. Allein die ächte Poesie sproßt aus tiefen, edeln Ueberzeugungen hervor, aus heftigen Affecten, aus der Energie und Größe der Handlungen. Alles Dinge, die noch nicht verstatet waren dem müden, verweichlichten, durch Knechtschaft und Elend verschlimmerten Italien, dem Lande, dessen bürgerliche Form langsam verändert ward, dessen alte Glaubensansichten getrübt und die neuen ohne Kraft und dem Volke nicht gemein waren. Zugleich verhinderte die Auctorität der Regeln, der Gebräuche und der Traditionen in der Kunst eine wahrhaft originelle, freie, freie und für das Schöne entflammte Intuition. Fürwahr, Goldoni, Metastasio, Alfieri, Parini sind große Dichter, allein, meines Dafürhaltens, kommen sie den vornehmsten des 14. und 16. Jahrhunderts nicht gleich. Goldoni ist ein seltenes Genie; allein Molière hatte schon zuvor die ausgeprägtesten und hervorsteckendsten Charaktere des Lustspiels gezeichnet. Metastasio trägt zu häufig die Spur der Weichlichkeit seines Zeitalters an sich und liebt die Spielerei des Melodrams. Alfieri macht sich zum Sklaven der überspanntesten Regeln, lebt in einer allzu idealen und conventionellen Welt, wiederholt sich selbst oft in seinen Personen und wird manchmal fehlerhaft in der Erfindung der Form. Parini endlich hat wahre und originelle Begeisterung; aber sein Jahrhundert gibt ihm keinen Stoff zu einer großen Epopöe, noch zu einer volkstümlichen Lyrik; er ist genöthigt, sein poetisches Feuer in der Satyre zu verzehren und in der subjectiven Lyrik, derjenigen, welche die heutigen Franzosen Poesie intime nennen. Die übrigen freien Künste wurden nicht allgemein von dem Schicksale und den ungünstigen Umständen der Poesie betroffen. Der mechanische Theil derselben zwar, der zu seinem Fort-

schreiten der Erfindung gewisser Instrumente und gewisser Vorrichtungen bedarf, verzögerte Anfangs ihre Entwicklung, die erst zwischen dem Ende des 15. und der Mitte des 16. Jahrhunderts auf die höchste Stufe gelangte. Da übrigens der Ungestüm der classischen Studien und der Gelehrsamkeit, die Zweifel der Kritik und das Schwanken der Gemüther zwischen der Freiheit und der Auctorität nur einen geringen Einfluß auf den Geist der Künstler ausübten, die größtentheils vom Volke ausgingen und die Gedanken und Affecte des Volkes behielten, so entstand im Gange der Malerei und der verwandten Künste nicht eine solche Lücke, wie wir in der Poesie von Dante bis Ariosto bemerkt haben. In der That erkennen wir eine fortwährende Zunahme von Giotto bis Orcagna, bis Brunelleschi, bis Donatello, und von diesen bis Massaccio, Mantegna, bis Perugino, Michel Angelo, bis Raphael und Palladio. Wohl hatte das Studium der Alterthümer eine bedeutende Modification des Künstlergenies jener Zeiten zur Folge, und dieses hauptsächlich im Fache der Architektur, welche die römischen Denkmale nachzuahmen strebte und die Regeln des Vitruv annahm, wodurch allerdings an eigener Originalität verloren ging.

In Raphael treten, glanzvoll vereint, alle Charaktere der Kunst hervor, die wir oben angaben, jedoch in jener Weise und mit jener Eigenthümlichkeit, welche die Natur der von ihm ausgeübten Kunst erfordert. Kein Maler rühmt sich, schönere und mannigfaltigere Formen und großartigere, phantasiereichere Compositionen erfunden zu haben, welches aber der objectiven Natur der Dichter entspricht. Wer übertrifft auch in dieser Zeit den Raphael an Ausdruck, an Kraft des Gefühls? Raphael ist der Platon unter den Malern; er hat auf die Leinwand das edelste und vollkommenste Ideal gegossen, das je eine Seele erfaßt. Danebst erleuchtet und bestrahlt das Gefühl dermaßen die griechische Eleganz seiner Formen, daß schon dadurch allein seine Madonnen die Wunder des Alterthums im Vergleiche zu übertreffen scheinen. Desgleichen steht Niemand über Raphael hinsichtlich des Ebenmaßes der Theile, der Harmonie des Ganzen, der Schicklichkeit und des Anstandes. Allein wenn er im Colorit (das in der Malerei an die Stelle des Styles tritt) seine Vorgänger übertraf, so ward er dagegen von Correggio und von den Venetianern übertroffen. Der Erstere besiegte ihn vielleicht auch durch eine gewisse unbeschreibliche Anmuth und Grazie. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht mit Stillschweigen übergehen, daß die Schulen der Maler außerhalb Italiens fast alle Eigenschaften der italienischen Schule hervorzubringen vermochten, nur nicht die Anmuth von Correggio und das idealisch Schöne von Raphael und Michel Angelo — zwei Vorzüge, welche, auch zur Zeit der Italiener, von einem zarten und edeln Empfinden abhangingen (scheiden *). Dieses halte ich für die Hauptursache, warum die Sculp-

*) Das Raphael'sche idealisch Schöne und die Grazie nach Art von Correggio sind außerhalb Italiens tausendfältig nachgeahmt worden, aber, wie wir

fortfährt, in Italien glücklicher zu gedeihen, als irgendwo sonst. Bartolini, Pampaloni, Finelli, Tenerani, Baruzzi und einige Andere sind, ohne Widerspruch, die geschicktesten Bildhauer unserer Zeit; und sicher ist die Sculptur eine, so zu sagen, feierliche und monumentale Kunst, die eines vollkommenen Ideals bedarf.

Als der gute Geschmack und die Begeisterung in den Wissenschaften abnahmen, machte sich dieser Umstand auch in den freien Künsten bemerkbar; doch hielt die Schule von Bologna in ihrem Falle um ein halbes Jahrhundert zurück, und zwar vielleicht aus dem Grunde, weil, bei der damals fast ausschließlich für religiöse Gegenstände geübten Malerei, die katholische Reaction des 17. Jahrhunderts die Begeisterung lebendig erhielt. Gewiß ist es, daß die Caracci, Domenichino, Guercino und Guido in Bologna, Cigolini und Volpi in Toscana auf bestmögliche Weise den anfänglichen Schaden machten, welchen die Zuccari, d'Arpino, Pietro da Cortona, Luca Giordano und Andere der Kunst verursacht hatten. Allein diese Letzteren bekamen endlich doch die Oberhand. Die Farbbehandlung wurde ganz manierirt, die Zeichnung falsch, die Composition überladen; die Sculptur kam auf Abwege mit Bernini, und die Architektur mit Borromino.

Die Musik, welche um Vieles langsamer gedieh, als alle Schwerekünste, scheint die einzige zu sein, die nicht dem Verfall und den Irrungen des italienischen Geistes unterlegen hat. Uebrigens trifft die Zeit ihres größten Fortschreitens (hinsichtlich des Gesanges und der Orchestermusik) nicht mit jener des allgemeinen Emporkommens des guten Geschmacks zusammen, dessen Anfang in Rom wir um die Mitte des 17. Jahrhunderts unter dem Schutze der Päpste bemerkt haben. —

IV. Politische Lage des gegenwärtigen Italiens. Sollte man fragen, wie es gekommen, daß die bürgerliche Bewegung Italiens in dem verflossenen Jahrhunderte weder ein ähnliches Ende noch Resultat, wie diejenige von Frankreich gehabt habe, welche letztere doch (hinsichtlich der politischen und kirchlichen Reformen) später und schüchtern angefangen, so würden wir zur Antwort die Auseinandersetzung der folgenden bemerkenswerthen Differenzen, welche die eine Bewegung von der anderen unterschieden, geben. Für's Erste wurde in Frankreich die bürgerliche Bewegung in einem großen, vereinten und compacten Sinne bewerkstelligt und mußte mitten unter einer Volksmenge von zehn und mehr Millionen bei Weitem heftiger ausfallen, als diejenige, welche unternommen wurde in kleinen, unter sich getheilten, in Sprachen und Interessen ganz verschiedenen Staaten. Zweitens, da die großen Veränderungen in Frankreich in der unermesslichen Hauptstadt vorbereitet und betrieben wurden, so war es hinreichend, daß die revolutionären Ideen unter dem Pariser Volke verbreitet wurden, um den allgemeinen Beitritt der Massen zu erreichen, welcher Beitritt aber, wie wir wissen, mit wenig Glück. Selbst Poussin, der in Italien gelebt hatte und ein Zögling der Schüler von Raphael war, hat etwas Uebertriebenes und Kaltes.

leicht zu erachten, von selbst die Natur der politischen Bewegung zu ändern; denn anstatt daß diese der Ordnung gemäß, zur gehörigen Zeit und mittelst des Werkzeuges der Auctorität abnähme, nimmte vielmehr an Ungeßüm und Unordnung zu und wirkte mit plötzlicher Heftigkeit. Drittens benutzten die französischen Schriftsteller die Kraft, um die Ideen zu verkünden, ließen ihren Leidenschaften freien Zügel, unterrichteten die Menge im Unglauben und in den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit mittelst der ergötzenden Lectüre von Romanen, Dramen, Katechismen, Reisebeschreibungen, Wörterbüchern, Abhandlungen und unter hundert anderen Formen anzudeckender Literatur, indem sie sich keineswegs darum kümmerten, daß sie den Stolz, Vergnügungssucht und andere unmäßige und empörende Gefühle weckten. In Italien hingegen verfaßten die Schriftsteller Bücher eher, um die Regierenden zu erleuchten, als die Regierten; achteten sie die Traditionen, sprachen von Eintracht und Liebe, und vor Allem schätzten sie durchaus die katholischen Gesinnungen und Lebensansichten. Viertens war in Frankreich der Hof den Projecten der Reform widerstrebend, war sittenlos, verschwenderisch und eigensinnig, und der Adel war unverschämt und stets ungestraft. Danebst waren die Lehnbedrückungen unerträglich, der Staat voll Schulden und die Finanzen im schlechtesten Zustande. In Italien dagegen traten die Fürsten zuerst der Reform bei, lebten mäßig und führten einen persönlichen Wandel; dem Adel legte man überall das Gebiß an, und die Staatseinkünfte waren befriedigend. Endlich befanden sich in Italien die Massen geschwächt, gedemüthigt und unerfahren; dagegen war Frankreich kriegerisch gestimmt, an große Thaten gewöhnt und vermögend, ihres natürlichen Charakters geneigt waren, Feuer zu fangen und sich in Gefahren zu stürzen. Es konnte also nicht in Italien eine bürgerliche Bewegung des vergangenen Jahrhunderts in eine allgemeine gewaltsame Revolution ausbrechen, wie dieses in Frankreich geschah, als sie aber hier losgebrochen war, waren die italienischen Köpfe zu Ersten bei der Hand, sie zu billigen. Glücklicherweise die Halbinsel, denn sie eine höchst wichtige Wahrheit sich zu Herzen genommen, nämlich diejenige, man müsse nie anderer Nationen Doctrin ergreifen und deren Thaten hervorrufen, ohne zuvor jene Doctrin und jene That nach dem eigenen Charakter und den eigenen Verhältnissen erwogen zu haben. Die Sündfluth von Büchern, welche Frankreich überschwemmte, wurde in Italien von den Verständigen und gut italienisch Gesinnten mit Ueberlegung gelesen und nach ihrem gehörigen Werthe beurtheilt; allein die große Schaar der mittelmäßigen Köpfe und der thörichten Jugend fing an, ihre Meinungen nach jenen der Franzosen zu bilden; sie wurde irreligiös, intolerant, spöttisch und enthusiastisch genommen für die politischen Romane von Rousseau, von Mably und von Anderen jenes Gepräges. Darauf hatte die bedauernswerthe Lücke zwischen den gebildeten Classen und dem Volke Statt; alsdann bemerkten die Ersteren ihre Isolirung, fühlten sich schwach und öf-

ihre Arme dem Fremden und verschütteten ihr Blut mit unglücklichem Heroismus, um die alten Ketten mit den neuen zu vertauschen, von dem Directorium und von Bonaparte geschmiebet wurden. Auch eine Tugend erglänzte unnütz in jener Handvoll Republicaner, und anderseits welche Tugend, welche Kraft, welcher Geist erwachte einmal im Volke, wie nie erkannt ward weder bei den Jacobinern, noch bei den Royalisten! Die Thalgründe von Bergamo allein boten der Republik Venedig 10 tausend Mann in Waffen und Rüstung, jene altersschwache und morsche Republik aber hatte nicht das Muth, sie anzunehmen. In Neapel hatte sich der Hof gesücht, die Stadt war ohne Haupt und ohne Truppen geblieben. Das Volk befreit sich und vertheidigt gegen die Armee von Championnet dreißig Tage lang eine Hauptstadt, die von allen Seiten offen ist; macht sich eine Brustwehr aus seinen eigenen Todten und achtet nicht auf das Lärmen der Kanonen der Festungen, welche die republikanischen Bürger durch Verrath eingenommen hatten. Am vierten Tage schließt das Geschick, von seinen Anführern verhöhnte und umgangene Volk mit den Feinden Truppen einen Vertrag und verstattet ihnen den Eintritt. Niemand kennt den Aufruhr von Calabrien und das Beispiel, das von jener Art zu kriegen gegeben, welche in Spanien mit langwieriger Zerstörung die Napoleon'schen Kräfte aufzehrte. Und unbezweifelnd ist es, daß, hätten nicht zahlreiche Eigenthümer und fast alle Männer von Bildung und Einfluß in den feindlichen Gliedern gestanden, weder Massena noch Macdonald im Stande gewesen wären, jene unruhigen Völkerschaften zur Ruhe zu bringen. Italien war erobert, als die französische Herrschaft hielt sich dort während zehn Jahren, und daß jedoch das italienische Volk aufgehört hätte, sie mehr oder weniger zu hassen. Wenn Bonaparte Italien in einen einzigen Kanton vereint hätte, wie er es konnte und, aus kindlicher Dankbarkeit, hätte, so wäre die französische Herrschaft für die Halbinsel eine wahre Lösung gewesen. Allein Bonaparte machte Rom, Genua, Turin und Florenz zu einem französischen Reiche, gab Neapel dem Gemahle von Carolina seiner Schwester, und aus dem Uebrigen machte er einen Staat, den er, gleichsam spottweise, das italienische Reich (Regno Italia) nannte. Um eine Zusammenstellung des Guten und Bösen zu machen, welches aus der französischen Herrschaft entsprang, so erkenne ich z. B. als bedeutenden Vortheil die tiefe Erschütterung, welche in langem Frieden, Müßiggang und alten Gewohnheiten eingebrachten italienischen Völkerschaften erfuhren; nützlich war der Fall der Privilegien der Obervanz in den Gesezen und in den Staatsordnungen der bürgerlichen Gleichheit; sehr nützlich war die Einführung der Conscription und der Umstand, daß die Italiener an den Kriegen Europas Theil nehmen mußten, wobei sie auch, nach dem Geständnisse von Bonaparte selbst*), in keiner Hinsicht den Fran-

*) O'Meara, Napoléon dans l'exil.

zosen nachstanden, obwohl sie sich weder für ihr eigenes Land, noch für ihren eigenen Ruhm schlugen. Endlich war auch von großen Vortheile die Entfesselung des Eigenthums und die Beförderung der Vertheilung desselben. Verderblich war aber die Abschaffung der Communalfreiheiten, der militärische Despotismus, die Einrichtung und Organisation der politischen Polizei, die übertriebenen Kriegsrüstungen, die allzu große Zahl der Besoldeten — Alles Dinge, welche die nach Bonaparte kommenden Regierungen in Kraft erhalten haben. Allen das Ungünstigste für Italien ist die unermessliche Vergrößerung des Hauses Oesterreich gewesen, welches zur Lombardei das venetianische Gebiet und Istrien hinzufügte, in Toscana und in Modena einen Fürsten seines Geblütes hat, in Parma eine Fürstin unter dem Schutze eines seiner Commissäre, in Piacenza und Ferrara Besatzung läßt, mit einem Worte absolute Herrscherin über das obere Italien geworden ist und, wann und wie es will, über den anderen Theil verfügen kann; was auch durch Bonaparte's Worte bestätigt wird, indem er sagte: „Wer die Herrschaft am Po hat, beherrscht auch Italien.“ Aus diesem Allen folgt nun, daß, wenn auch jeder europäische Staat durch die französische Revolution auf irgend eine Weise gewonnen, so es nun in neuem Ländererwerbe, oder in verbesserten Einrichtungen, oder durch Ausdehnung des Credits und Ansehens bei den Nachbarn, daß, sage ich, Italien allein durch sie seine Unabhängigkeit völlig verloren und seine wenigen inneren Freiheiten eingebüßt hat, in dem Genuße es sich zuvor befand. Die Restauration führte zwar einige der italienischen Fürsten wieder auf ihren alten Thron; allein die Verhältnisse hatten sich zu sehr geändert. Bei dem gemeinen Volke trat kalte Gleichgültigkeit an die Stelle der alten Ueberzeugung, allgemeines Erschlaffung folgte auf den wiederentflammten Enthusiasmus, der den Drange solcher Neuerungen nicht zu widerstehen vermochte, und Entmuthigung zeigte sich unter dem Volke, weil es die Vergeblichkeit seiner kühnen Anstrengungen und der für den Gegenstand seiner Freiheit und seines Heiles gebrachten Opfer einsah. Jene Classen hingegen, welche zunächst über dem gemeinen Volke stehen, hielten sich fast allüberzeugt von der Güte und Zweckmäßigkeit des größten Theiles der erfolgten Neuerungen. Besonders war ihnen die bürgerliche Gleichheit theuer und nöthig geworden. Die Handhabung der Geschäfte, die ausgebreiteten Kenntnisse, der unternehmende, thätige und kühne Geist der Beamten und Anhänger der vorigen Regierung sammelten in ihnen wieder die Kraft und das bürgerliche Ansehen. Die Fürsten wollten sich in ihre Hände begeben. In Neapel, darf man sagen, waren von dem Jahre 1815 bis 1821 die Liberalen an der Spitze der Regierung, und der König hörte sie. In Piemont war ein Kampf zwischen den Anhängern des alten Systems und denjenigen des neuen; aber König Vittorio Emanuele hielt sich, vermöge seiner Geradheit und Rechtlichkeit, am Liebsten und Festesten an die Rathgebungen der Liberalen. Unterdessen sammelte sich aber viel Feuer unter der Volk-

Nachdem die bürgerlichen Unruhen in Calabrien gedämpft waren, und Ferdinand von Bourbon in Sicilien eingeschlossen war, so fing die Carolina von Oesterreich an, im Reiche die Carboneria zu hegen, und zwar mit solchem Glücke, daß in Schnelligkeit sich jene Secte in ganz Italien verbreitete und mit sich die Feinde des französischen Regiments, die alten Republicaner dießseits der Alpen und andere Ungünstigen verband. Diese Secte war eine schöne und kühne Erfindung, die in der That das Gepräge des praktischen und schaffenden Geistes der Italiener an sich trug. Sie hatte die Formen und Gebräuche der Freimaurer nachgeahmt und zum Theile auch ihre Organisation; aber der Geist war ganz anders. Die Carboneria hatte einen unmittelbaren Zweck der politischen Handlung; sie strebte nach der Freiheit im weitesten Sinne und nach der möglichst vollständigen; sie schwor auf die Unabhängigkeit Italiens und auf den Haß gegen das Fremde. Die Religion war die Seele all' ihrer Gesinnungen. Die Mitglieder mußten sittlich leben und mit vollkommener Liebe sich begegnen; und bei den Versammlungen (Benennung ihrer Versammlungen) wurde eine strenge Censur über die Handlungen eines jeden Individuums ausgeübt. Das Bild des gestorbenen Christus, auf dem heiligen Leichentuche liegend, wurde den Augen der Novizen dargestellt, damit sie das theuerste Opfer der Tyrannei betrachten sollten. Das Kreuz erglänzte unter den Symbolen der Secte. Der heilige Theobald war ihr besonderer Patron, und der Zweck, welcher den Adepten der gemeinschaftlichen Arbeiten feierlich verkündet ward, bestand in der Realisirung der Freiheit, Gleichheit und bürgerlichen und politischen Brüderschaft, die von Jesus Christus vorausgesagt und mit seinem heiligen Blute versiegelt worden ist. Mit der Verbreitung jedoch und hauptsächlich mit dem Hinaustreten aus dem Königreiche Neapel verlor die Secte an Reinheit und Religiosität ihrer Grundsätze. Der größte Theil der Liberalen war ganz ungläubig und unterdrückte nach und nach die mystische Seite der Carboneria. Jedensfalls war diese Secte eine der mächtigsten Ursachen der Insurrection von Neapel und Piemont im Jahre 1821 — einer Insurrection, die weder von den materiellen Bedürfnissen des Volkes, noch von einer drückenden, verderblichen Administration hervorgerufen ward, sondern von dem Verlangen nach öffentlichen Garantien und von dem Wunsche, der Nation eine ihres alten Ruhmes würdige politische Existenz zu verschaffen. In Piemont hatte eine Spaltung Statt, weil ein Theil der Adlichen sich um eine Charte nach Art derjenigen von Frankreich verwendete, und ein anderer Theil, in Verbindung mit dem Mittelstande und dem Kriegstande, die spanische Constitution verlangte. In Neapel herrschte vollkommene Eintracht. Die Constitution von Spanien ward hier auf's Freudigste von allen Classen bewillkommenet; allein weder die Bewohner der Städte, noch diejenigen des Landes erkannten deren Werth in solchem Maße, daß sie dafür das Leben hätten wagen mögen. Der alte Glaube, der durch die Erziehung und die Gewohnheit zu einer Art

von Instinct verwandelt war, hatte Wunder gewirkt; die neuen, ich will nicht sagen Glaubensansichten, sondern bloß Meinungen, sprachen einzig zu dem Verstande, und dieses auf verworrene Weise. Daher fiel die Revolution, die sich gegen die fremden Waffen, gegen die Dethronungen von ganz Europa und gegen den Verrath des Hofes zu durch eine großmüthige und hartnäckige Anstrengung der großen Mannen hätte halten können, vor den österreichischen Bataillonen, indem die Kaufleute und Eigenthümer im Allgemeinen nicht zu bedeutenden und langdauernden Opfern geneigt waren. Der Gegenstoß des Unglücks von Neapel machte sich fühlbar in Piemont, welches, bei der inneren Trennung und bei dem Mangel an Grenzen auf der Seite der Lombardei, bald unter die absolute Gewalt von Carlo Felice kam, der nach der Abdication von Vittorio Emanuele auf den Thron gestiegen war. Die Revolution des Jahres 1821 stellte zwei Wahrheiten in's Licht, erstens daß keine gegenwärtige italienische Regierung besteht vermöge der Liebe der Völker und einer inneren moralischen Kraft; zweitens daß der Liberalismus in Italien bis jetzt das Volk noch nicht für die Revolution zu interessiren vermocht hat, weshalb er sich zu schwach gefunden, zu dieser Zeit schon sowohl die Macht der eigenen Regierungen, als auch jene des Fremden zu bekämpfen, welcher Letztere ohnmächtig würde gegenüber dem gesammten vereinten Italien, das aber äußerst mächtig ist in Bezug auf jede einzeln genommene italienische Provinz.

Seit 1821 bis auf den heutigen Tag haben die italienischen Regierungen eine Politik angenommen, die völlig verschieden ist von derjenigen, die sie ausübten in den ersten Jahren der Restauration. In jeder ihrer Handlungen blickt Mißtrauen hervor und die politische Inquisition; die Gefängnisse sind immer voll von Staatsverbrechern; die Censur nimmt an Strenge zu; der Buchhandel ist auf tausendfachen Acten gehemmt; die Reisefreiheit ist gleichsam vernichtet; das Spioniren ist eine der Hauptbeschäftigungen der Polizei; der Volksunterricht in Piemont und in Neapel hat nur Rückschritte gemacht; der höhere Unterricht ist auch in der Lombardei unglaublich gesunken. Die Universität Pavia, die noch vor 20 Jahren so bekannt und berühmt war, ist jetzt ganz arm an Celebrität. In Piemont, in Neapel, in Modena und Genua erlangen die Jesuiten täglich mehr Ansehen; fast alle Collegien sind in ihre Hände gegeben, und Alles geschieht unter ihrem Einflusse. Das Haus Oesterreich, das so feindselig gegen sie gesinnt war und so wenig auf die Anmaßungen des Clerus achtete, hat vor Kurzem in Verona den Jesuiten ein Gebäude eingeräumt und erweitert mit jedem Tage die Macht und den Einfluß der Priester. Seit 1830 übrigens, nämlich nach der letzten Revolution in Frankreich, läßt sich doch eine merkliche Modification bei den italienischen Regierungen beobachten. War früher bloße Reaction, so zeigt sich jetzt eine Mischung von Nachsicht und Rigorismus. Die materiellen Interessen werden mit viel größerer Sorgfalt gewahrt. Für die Kaufleute ist

reit zu reisen und zu handeln. Die Erlaubniß für industrielle Unternehmungen ist leicht und schnell zu erreichen; selbst der Associationsgeist in Handelsangelegenheiten wird geduldet. Die Censur der Bücher und Journale ist bald mehr, bald weniger streng und sophistisch. Dasselbe läßt sich sagen von der Einführung fremder Bücher und von der Reisefreiheit, welche letztere größer ist für das Ausland, als für Reisen von einem italienischen Staate in den anderen. Die Tendenz der Geseze und der Gebräuche, die von Seiten der Regierungen eingeführt werden, ist übrigens stets, wo möglich die alten Institute und Privilegien zu erhalten oder auch wiederherzustellen. Der Albertinische Codex, der vor zwei Jahren publicirt wurde, gibt das volle Recht, neue Fideicommissse zu gründen und schließt die Frauen aus von der Erbnahme, in gleichen Portionen, an der väterlichen Erbschaft. Ferner schließt er die Protestanten von dem größten Theile der bürgerlichen Rechte mit einer Strenge und Intoleranz aus, wie sie nur dem Mittelalter eigen war. In der Lombardei wird wieder ein Hofadel organisirt, und die Nobilitätstitel werden genau untersucht. Neuerlich ist durch ein Decret des Kaisers der Orden der Malteserritter, nebst Bründung von Commenden und Pensionen, wieder in seinen vorigen Stand gesetzt worden. Ueberall ist auch der Adel fast ausschließlich im Besitze der Militärstellen. Mitten unter diesen Mischungen und Dämonen dauern aber die Conspirationen fort.

Im Jahre 1831 wurden, von den Ereignissen des centralen Italiens nicht zu reden, in Palermo 12 Individuen wegen politischer Verbrechen hängend; im Jahre 1833 deren 18 in Piemont; im Jahre 1836 gegen 50 in Sicilien, 8 in den Abruzzen und 12 in Calabrien. Die Auswanderungen haben fortwährend Statt. Lassen wir uns nun auf einige Einzelbänge der verschiedenen Staaten Italiens ein, so müssen wir von der Lombardei sagen, daß die Oesterreicher, vermöge ihrer lange als Eroberer, gezwungen sind, den moralischen und intellectuellen Wünschen und Bedürfnissen der oberen Classen keinen Eingang zu gestatten. Im Uebrigen sind sie lobenswerth hinsichtlich der Regelmäßigkeit, der Intelligenz und Gerechtigkeit der Verwaltung; sehr lobenswerth in Bezug auf den Schutz und den Beistand, den sie dem Elementarunterrichte, den Bestrebungen der Industrie und des öffentlichen Reichthums angedeihen lassen. Dessenungeachtet scheint die tief eingewurzelte Antipathie, die sich bei den wohlhabenderen Classen und selbst bei dem gemeinen Volke gegen sie zeigt, noch gar nicht abzunehmen. Sehr wenige Häuser stehen ihnen offen, und kein Familienglied möchte sich dafür ansehen lassen, als ginge es Arm in Arm mit Einem aus ihnen spaziren. Doch ist diese Antipathie keineswegs drohend und Gefahr bringend, für's Erste, weil sie so mächtig und so wohlgerüstet und für Alles vorbereitet sind, daß jeder Empörungsversuch fruchtlos und verwegend wäre; für's Zweite, weil die Lombarden, die, reich und wohlhabend, unter einem schönen Himmel leben und von Natur aus weiser sind, durch allerlei Lebensgenüsse die Traurigkeit ihrer Lage zu

verschrecken suchen, wozu auch die Regierung sie aufmuntert und fortwährend auf hinreißende Weise ermuntert. In Neapel ist die Regierung immer von der Furcht der Conspirationen beunruhigt, und weil sie nicht die Geschicklichkeit oder die Möglichkeit besitzt, rechtschaffene, unterrichtete und erfahrene Männer an sich zu ziehen, so macht sie sie unzufrieden und ermangelt aller moralischen Kraft, die ja hauptsächlich in der öffentlichen Achtung besteht. Die Hauptstadt wird fest von sieben tausend Schweizern bewacht, welche zusammen eine Unzahl von Geld verzehren und unter dem übrigen Theile des Heeres am Unwillen erzeugen. Sicilien ist auch eine weitere Plage für jene Regierung, indem es nicht unabhängig leben und nicht die Freiheit für sich erlangen kann. Der Hunger und das Elend der großen Bevölkerung es unaufhörlich, und es fühlt schmerzlich die Erinnerung an die von Ferdinand beschworene Constitution, die durch einen despotischen Act von demselben im Jahre 1816 unterdrückt ward. Das neapolitanische Reich ist durchaus ein übel gelöschter Vulcan. In keinem anderen Staate Europas findet sich auch wohl eine so große Verschiedenheit zwischen dem Geiste der Hauptstadt und demjenigen der Provinzen. In der Hauptstadt herrscht Müßiggang, Trägheit, Weichlichkeit, Verdorbenheit und unbändiger Hang nach Vergnügungen. In den Provinzen, und namentlich in den Abruzzern und in Calabrien, ist Mäßigkeit, Energie und Ernst in Gedanken und Sitten. Am hat aber der bedeutende Einfluß, den die Hauptstadt auf das Schicksal des Reiches und auf die Erzielung aller seiner bürgerlichen Interessen ausgeübt, zugleich ein Urtheil über den Charakter und die Gesinnungen all' seiner Bewohner zu Stande gebracht, welches ihrer wahren Natur mit nichten entsprechend ist. Piemont ist die einzige Provinz Italiens, in welcher die Aristokratie gegen die Zeiten kämpft, um sich in der Suprematie zu erhalten und mit dem Könige die Staatsgewalt zu theilen. Der Mittelstand, der hier, wie anderswo, zugenommen hat an Reichthum, an Zahl und Bildung, erträgt schwer das Monopol, das die Adlichen aus den Aemtern, aus den Würden und Ehrenstellen machen; allein, seit langer Zeit an die Unterwürfigkeit gewöhnt, beklagt er sich und — gehorcht. Die regierende sardinische Familie ist auch die einzige in Italien, die noch feste und tiefe Wurzeln im Staate hat; die Geschichte von Piemont ist ganz mit derjenigen dieser Familie verflochten. Daher begegnet man noch mit Ehrerbietung und sie hat sich der Liebe des Volkes und der Armee zu erfreuen, welche letztere seit Jahrhunderten gewöhnt ist, ihren König an der Spitze zu sehen und mit ihm von Zeit zu Zeit kühn eine schöne Palme zu erringen, ausgenommen, wenn die Aristokratie, indem sie sich alle ausgezeichneten Posten der Miliz anmaßt, dem Soldaten großen Unwillen verursacht und den Samen der Empörung ausstreut. Eine andere Veranlassung zur Unzufriedenheit in Piemont ist die gezwungene Vereinigung Liguriens. Die Genuesen können nicht ertragen, Provinz einer Provinz Italiens geworden zu

n; und das Volk in Genua, welches viele Geisteskraft bewahrt und viel Vertrauen auf seine eigene Macht besitzt, ist in hohem Grade reizt, sich bei der ersten Gelegenheit zu empören. Wenn die Jesuiten, die in Piemont zahlreicher und mächtiger als in irgend einem andern Theile der Halbinsel sind, einerseits die absolute Regierung von Carlo Alberto zu befestigen scheinen, so reizen sie dagegen andererseits erleuchteten und großmüthigen Geister im Innersten auf, und mit sich hält es fast der sämmtliche Clerus, der durchaus gegen die Jesuiten gesinnt und dagegen den Ansichten der Jansenisten zugethan ist.

Die toscanische Regierung befolgt nicht denselben Gang, wie die übrigen italienischen Regierungen. Wenn sie auch nicht die großen und liberalen Ansichten von Leopold I. theilt, so hält sie doch stets den Theil seiner Institutionen aufrecht, hat einen Abscheu vor Gewaltthaten, Verfolgung und Intoleranz. Anderentheils ist es etwas seltsames, jenes Land zu regieren, wo die Geister zähm und unterwürdig geworden, wo das Volk industriös, mäßig und wohlhabend ist, wie es in keinem andern Theile Europas, wo die Feinheit der Sitten uralt, wo die Traditionen, die Gesetze und Gebräuche auf bürgerliche Gleichheit abzielen; und wo endlich das Principat, das aus dem Inneren der Republik selbst hervorging, für gut fand, sich bescheiden, volksthümlich und mild zu erhalten. Schade, daß Toscana, wegen seiner Kleinheit und wegen der dort regierenden Dynastie, den Einfluß Oesterreichs nicht vermeiden kann, wie es gern möchte. Die unbillige und gewaltsame Unterdrückung der *Antologia* (das beste und freisinnigste Journal, welches Italien hatte) hat vor einigen Jahren die Macht jenes Einflusses bewiesen. Toscana ist der einzige Winkel Italiens, wo die Schulen des wechselseitigen Unterrichts geduldet wurden. Die Censur ist wirklich für den Druck im Inlande ziemlich streng; allein sie ist äußerst großmüthig hinsichtlich der Inhalte der Bücher. Toscana gibt auch ganz Europa ein seltenes und köstliches Beispiel von ökonomischer Klugheit, indem da völlige Handelsfreiheit herrscht, die aber nicht verhindert, daß daneben die Industrie besser als in andern Theilen Italiens fortschreite. Ueberhaupt kann in Toscana, mit Ausnahme des politischen Fortschreitens, jedes andere bürgerliche Fortbilden Wurzel fassen; und dennoch zeigt sich Erbitterung unter den großen Geistern, und das Vaterland der ersten Denker der Nation war in diesen letzten Zeiten weniger fruchtbar, als andere Provinzen Italiens. Was diesem herrlichen Lande fehlt, das ist ein kräftiges Denken und ein kräftiges Wollen. Das leidenschaftlichste und unruhigste Volk des Mittelalters, welches riesenhaft war in seinen Plänen, kühn in seinen Unternehmungen, ward zu einem Volke, das arm an Gedanken und Affecten, das eben so unfähig großer Begehungen, wie großer Tugenden ist, das viel Geschmack und wenig Geist hat, das viele Gelehrsamkeit besitzt und wenig Wissenschaft, das von den alten Erinnerungen lebt, ohne zu erröthen, und ohne zu sterben, gleichfalls Großes hervorzubringen. Dieses außerordentliche Fa-

Cardinal und seinem Hofe verbrennen; allein schon hatte Acquaviva den Palast mit tausend Bravi's und mit vier Stück Kanonen ausgerüstet*); und weder die Tribunale, noch der Papst wagten es, sich Rechenschaft von jener blutigen Gewaltthat geben zu lassen. Heute hat dieses Alles aufgehört. Die hinsichtlich der Religion eingetretene Indifferenz hat alle dogmatischen Fragen beschwichtigt. Die Concordate haben den Renten der Dataria ein Ende gemacht, und die Anzahl der unmittelbar mit dem Papste und bei den Tribunalen der römischen Curia zu verhandelnden Geschäfte unendlich vermindert. Selten sind die fremden Prälaten und Geistlichen in Rom. Auch ist mit den unterdrückten Bruderschaften eine andere Art Einfluß, der von dem Papstthume in allen katholischen Ländern ausgeübt ward, eingegangen. Kein Fürst kümmert sich mehr darum, mit dem Purpur beehrt zu werden; die Cardinale glänzen weder durch Gelehrsamkeit noch durch Reichthum; sie haben kaum so viel, um noch einen schwachen Ueberrest der alten Pracht zu erhalten; kein Hof beschützt sie, und ihre Obliegenheiten sind local und unbedeutend. Dieser Miscredit, in welchen die Prälatur verfallen ist, hat zur Folge, daß sie gezwungen ist, ihre Mitglieder entweder unter geistesarmen und in weiblichen Skepticismus versunkenen Leuten zu werben, oder unter den Söhnen adelicher unbemittelter Familien, deren viele die Stelle um den Preis der Heuchelei erkaufen. Auch ist die Abhängigkeit von den Potentaten Europas zum Aergernisse für die Würde der Religion geworden. Endlich hat der Papst, nachdem sich die Belgier und die Polen gegen ihre Regierungen empört hatten, und zwar die Ersten mit, die Zweiten ohne Erfolg, nicht gewagt, die Ersten zu verdammen, da sie von Frankreich beschützt waren; wohl aber hat er die Zweiten auf Anstiften des Kaisers Nicolaus verdammt. Eben so hat Gregor XVI. zur Zeit der Occupation von Ancona durch die französischen Truppen für gut gehalten, nicht Louis Philipp, den Urheber der Occupation, zu excommuniciren, wohl aber seine Unterthanen, die dieselbe bloß gebilligt und unterstützt hatten. Ueberdies ist es eine befremdende Sache, wenn man von den Anhängern des Papismus hört, daß die zeitliche Gewalt nöthig sei, um dem Papste die freie Ausübung seiner Functionen zu sichern; als wären die Päpste nie frei gewesen in ihren Handlungen in einem Zeitraume von so vielen Jahrhunderten, die seit dem heiligen Petrus bis dahin verflossen, wo sie die absoluten Herren über einige Provinzen Italiens geworden, und als bestünde die wahre Garantie der Freiheit und Unabhängigkeit nicht in dem kräftigen Geiste des Papstes und in dem Glauben der Völker. Fürwahr, Pius VII. hat gezeigt, daß er freier war in dem Gefängnisse zu Fontainebleau, als Gregor XVI. auf dem an Oesterreich zinspflichtigen Throne. Und von dieser besondern Abhängigkeit von Oesterreich wird sich der Papst nicht mehr losmachen können, so lange er die Herrschaft über ein Volk

*) Duclos, Voyages en Italie.

wird behalten wollen, welches der Theokratie mäde und stets bereit ist, sich zu empören, sobald es geschehen kann ohne Gefahr, von einer größeren Macht ebedrückt zu werden. Gewiß hat sich in der Revolution des römischen Staates vom Jahre 1831 einer der merkwürdigsten Fortschritte der neueren Civilisation kund gethan. Dasjenige, was Napoleon kaum durch die übergroße Macht seiner siegreichen Waffen erlangen konnte, hatten in wenig Tagen dieselben Völkerschaften erlangt, die im Jahre 1814 Pius VII. unter ganz unbeschreiblichen Freudenbezeugungen wieder zu seinem Throne zurückgeführt hatten. Diese Völkerschaften proclamirten, ohne im Geringsten der Achtung, die dem geistlichen Haupte der katholischen Kirche gebührt, etwas zu vermindern, und ohne irgend eine Veränderung in den zur Religion gehörenden Dingen herbeizuführen, daß das Reich der Päpste *non est de hoc mundo*; und ohne den Beistand der österreichischen Kaiserin wären sie in Schnelligkeit dazu gelangt, ihn völlig zu stürzen. Es wird eine Zeit kommen, da die Fürsten es bereuen werden, jene Bewegung unterdrückt zu haben — jene Bewegung, die allein im Stande gewesen wäre, eine wahre und radicale Reform der katholischen Religion, die für die moralische Wiedergeburt des westlichen Europa und für die gute Harmonie des Staates mit der Kirche so äußerst nöthig ist, herbeizuführen. Der römische Hof, der stets befürchtet, seine weltliche Herrschaft zu verlieren, der stets präoccupirt ist von den weltlichen Interessen des Reichthums, der Macht und der materiellen Verbesserung, wird der natürliche Feind bleiben jedes Fortschrittes und der Neuheit. Unter dem Einflusse eben dieser Interessen hat er nach und nach, und mit vieler Geschicklichkeit, ein künstliches System von fadlichen Lehren construiert, welches beabsichtigt, seine Annahmen zu rechtfertigen und zu zeigen, daß Alles für das bessere Heil der Religion ist, und daß die verlangten Reformen und Neuerungen zum Ruine der Grunddogmen des Glaubens leiten würden. Dieses System ist so gut ausgeschmückt und mit so vielen scholastischen Spitzfindigkeiten versehen, daß ein großer Theil der Anhänger des Papismus dieselbe für Ueberzeugung nimmt (und leicht ist eine Ueberzeugung in Dingen, die dem eigenen Interesse schmeicheln). Dieses System wird in den Seminarien von fast ganz Europa gepredigt, und hauptsächlich in Frankreich, wo deshalb der Clerus in einer fortwährenden Reaction gegen die neuen Ideen und die neuen Einrichtungen lebt. Wollte man suchen, diesem Uebel mittelst repressiver und tyrannischer Gesetze zu steuern, wie es die Convention machte, und wie die Voltaire'schen Revolutionäre es wünschten, so hieße dieses die Zwietracht zwischen dem Staate und der Geistlichkeit nähren und den Grundsätzen der Freiheit, die sie selbst verkündeten, widersprechen. Man muß die Rettung da unternehmen, wo der Hauptpunct des Uebels ist, und muß das Papstthum auf dasjenige reduciren, wozu Jesus Christus es bestimmt hat, das heißt zu einer rein geistigen Macht, die so viel als möglich von den weltlichen Interessen getrennt, von jeder mate-

rellen Gewalt entkleidet und nur für Geistesüberzeugung wirksam. Wenn die Päpste aufhören, Fürsten zu sein, so werden sie alsbald evangelische Männer werden, und indem ihre Gewalt nicht mehr auf der Seite der Könige ist, sondern auf der Seite der Völker, so werden sie eifrige Beschützer der Sache des Volkes werden. Diejenigen aber, welche erwarten, daß der römische Hof sich von selbst reformire und wiedergebäre, die wissen nicht, oder thun dergleichen als wüßten sie nicht, daß die menschliche Geschichte noch kein einziges Beispiel von einer privilegierten, innerlich verdorbenen und entkräfteten Kaste oder Gesellschaft (ordo) aufzuweisen hat, der es darum zu thun und möglich gewesen wäre, sich zu bessern und zum Guten neu zu gestalten. —

V. Von den heutigen Sitten der Italiener. Betrachten wir im Allgemeinen den Gang der Sitten und der bürgerlichen Tugenden der Italiener dieser letzten Zeiten, so werden wir finden, daß er, wie zu erwarten, demjenigen der meisten europäischen Staaten gleich kommt. Nichts desto weniger lassen sich leicht gewisse besondere Merkmale erkennen, durch die uns klar der Nationalcharakter und die eigenthümlichen bürgerlichen und politischen Verhältnisse geschildert werden, worin sich Italien seit einiger Zeit befindet. Hier ist, wie anderswo, der Mittelstand sichtbar gewachsen an Zahl, Reichthum und Belehrung. Der Fall vieler adelichen Familien, der Verkauf der sogenannten National-Güter hat den Haufen der kleinen Eigenthümer beträchtlich vermehrt. Anderseits hat der Fortschritt in der Industrie, die Verminderung der Unwissenheit und Trägheit unter dem gemeinen Volk, eine Menge kleiner Handelsleute, die nun mehr oder weniger wohlhabend und vermögend sind, erzeugt. Die Aristokratie hat (mit Ausnahme der piemontesischen) nicht ferner Privilegien, noch Macht, noch großes Vermögen, noch Ansehen. Vielleicht ist dieses die Ursache, warum sie in dem inneren Italien an der Spitze der liberalen Bewegung steht, welches zugleich eine Wiederholung desjenigen ist, was im Jahre 96 fast in der ganzen Halbinsel gesehen ward, aber hauptsächlich in Neapel, wo die ersten und begütertesten Feudalfamilien sich mit aller Gewalt in die republicanische Partei warfen und größtentheils den Kopf auf der Richtstätte ließen, oder in der Flucht ihr Heil suchen mußten *). Daher darf ich wohl sagen, daß Italien nach Frankreich dasjenige Land Europas ist, welches am Meisten in der Demokratie fortgeschritten ist. Alle Etikette hat aufgehört; keine weisse Trennung oder sichtbare Unterscheidung unter den verschiedenen Ständen; der nur etwas in besseren Verhältnissen lebende Kaufmann kleidet sich, dem Schutte nach, wie der erste Marchese, und der reiche Bankier hat Livreebedienten, Wappen und Siegel, Alles nach Art der Herren. Der lebensfrohe, heitere und leutselige Charakter der Italiener trägt auch Vieles bei zur bunten Mischung aller Classen. Das Uebel steckt darin, daß in Neapel sowohl, als auch in der Lombardei bis auf

*) Colletta, Storia del Regno di Napoli.

heutigen Tag nur wenige Adelige sind, die sich bestreben, die verlorenen Privilegien durch persönliche Eigenschaften zu ersetzen. In Venedig stößt man häufig auf Männer aus patricischem Geschlechte, deren Namen, die zu allen Zeiten hochberühmt waren, welche nun ganz bekümmert ein Leben voll Demüthigung und Entehrung führen. In Piemont hingegen fühlen die Adlichen die Nothwendigkeit, ihre mehr bedrohte Macht mittelst persönlicher Tüchtigkeit zu stützen; ein nichts desto weniger übertrifft sie einstweilen der Mittelstand an Fleißsamkeit und Geschicklichkeit. Bei dem Mittelstande erscheint auch der Nationalcharakter deutlich ausgedrückt, und in seinen Versammlungen herrscht jene Ungezwungenheit, jene Vertraulichkeit und jene so geräuschvolle Fröhlichkeit, die den Italienern eigen ist. Je mehr man aber in Gesellschaften des sogenannten guten Tones tritt, desto mehr findet man die Eintönigkeit der europäischen Gebräuche, jenes künstliche und gezielte Wesen der Männer von Welt.

Das Volk hat in Italien, wie anderwärts, seine Lage merklich verbessert; es ist thätiger, weniger unwissend und nicht mehr so abergläubisch. Seht man nur um 60 Jahre zurück, so findet man in den unteren Classen noch den Glauben an verborgene Schätze, an Gezeiten; da kommen noch häufige Reisen vor zu Heiligenbildern; es gibt es in Menge Beseßene, Wunder und Geistererscheinungen. In Neapel übte zur Zeit Karl's III. ein gewisser Pater Pepe durch seine Predigten eine solche Macht auf die große Menge aus, daß die Furcht ihn fürchtete und daher zu seiner Entfernung viele Kunststücke anwendete; allein sie waren vergebens. Alle diese Dinge sind jetzt zu Tage fast völlig verschwunden. Die Mönche, welche die Religionen hier und da wieder aufkommen lassen, haben auf die große Menge nur einen kleinen Theil ihres ehemaligen Einflusses. Vor Jahren begaben sie sich in alle Häuser und mischten sich ohne Scheu in alle Familienangelegenheiten; heute ist ihnen dieses nicht einmal in Rom gestattet. Die Erziehung der Jünglinge, welche sammtliche wohlhabende Familien einem Priester von meistens geringer Geistesamkeit, von servilen und pedantischen Sitten überließen, wird heute häufig wohlunterrichteten und Menschen kennenden Weltlichen anvertraut. Hieraus wollen nun die Ungläubigen abnehmen, daß die Religion fast nicht mehr in dem Herzen des Volkes geachtet werde. Meistens Ansicht nach täuschen sie sich aber. Das Volk ist hinsichtlich der Religion eben so wie in Bezug auf seine anderen Ueberzeugungen in eine große Laueheit versunken, welche jedoch weder Unglaube noch Indifferentismus ist. Das religiöse Gefühl würde mit großer Kraft aufleben, wenn es nicht zu sehr niedergedrückt und gehemmt wäre. Ich glaube ich nicht, daß man dem italienischen Volke irgend eine neue Ueberzeugung einzugießen im Stande sei, oder daß man in demselben irgend einen neuen Enthusiasmus entzünden könne, außer durch die Anwendung des religiösen Gefühles.

Uebrigens lautet sich in Italien der Katholicismus; er verliert

edglic mehr von den materiellen und abergläubischen Uebungen; er bindet sich mehr mit der evangelischen Moral, und der niedere Clerus wird theils besser unterrichtet, theils mehr tolerant. Könnten alle italienischen Pöple, die an den liberalen Ideen Theil nehmen, ihre Gesinnung ohne Gefahr äußern, so würde man vielleicht staunen, sie in so großer Anzahl zu finden. Schon im Jahre 1821 waren es nicht wenige Priester, die sich in die Revolution eingelassen hatten; und von jener Zeit an haben sie sich eher vermehrt. Auch viele Mönche hängen ohne Scheu an den demokratischen Ideen, und diese hauptsächlich unter den Capucinern und den sogenannten Scolopii.

Die religiöse Reform ist der beständige Gegenstand der liberalen italienischen Priester; allein sie verstehen dieselbe auf eine nicht ganz ähnliche Weise mit derjenigen in anderen Theilen Europas. Sie mißbilligen das Benehmen des Ab. Lamennais, welcher in einigen seiner Schriften Zweifel erregt hat über seinen Glauben an die Dogmen, und welcher auf unpassende Art die heftigen Leidenschaften der unteren Classen geweckt hat. Sie wollen, daß Alles geschehe aus Liebe und Eintracht; und hegen die tiefste Achtung vor den katholischen Dogmen, wie sie die Tradition der Kirchenväter und der Concilien bestimmt und erklärt; vor Allem wünschen sie, daß man durchaus nicht in theologische Discussionen eingehe, und halten diese für glaubensgefährlich und nutzlos für den bürgerlichen Fortschritt. Hierin folgen sie den Beispielen und den Lehren des Paters Sarpi, der nie aufhörte, die Streitsucht der Geistlichen seines Jahrhunderts zu bedauern. Was sie dagegen für nöthig halten, ist: den Geist der wahren katholischen Moral zu beleben, die sie als heilig, unbefleckt und durchaus dem bürgerlichen Fortschreiten als angemessen erkennen, in so fern sie von den großen Mißbräuchen, den groben und abergläubischen Bräuchen, in die sie eingehüllt, gereinigt werde. Ueber diesen Gegenstand sind zwei Schriften von großer Wichtigkeit erschienen. Die eine ist von dem berühmten Manzoni *), die andere von dem Ab. Gioberti von Turin, dessen ich schon erwähnte **). Nach ihrer Ansicht entspringen die Grundsätze der wahren katholischen Moral aus den Quellen der allgemeinen Liebe und schließen nothwendiger Weise die Lehre der Privatagenden sowohl, als auch der öffentlichen in sich ein; eben so die Mittel, welche zum Privatwohl des Nächsten führen, als auch jene, welche zum allgemeinen fortwährenden Wohle leiten; und diese Lehre ist bereits mehrere Jahrhunderte hindurch von den Italienern im Schoo ihrer Republiken ausgeübt worden. Der gerade Weg aber, um zu dieser Reform zu gelangen, besteht darin, daß die weltlichen Interessen von der Kirche getrennt werden, getrennt von derselben die trügerischen und verderblichen Aussichten der zeitlichen Gewalt. Den Excommunicationen, den Prohibitionen, Monitorien und den übrigen Waffen der

*) Della Morale Cattolica.

**) Tebrica del Soprannaturale.

omischen Curia stellen sie jenes alte speculative Princip der philosophischen Canonisten entgegen, vermöge welches die Kirche und der Papst mit ihr unfehlbar ist in der Emanation und Erklärung der Principien; fehlbar aber in ihrer Anwendung auf besondere Fälle, für deren Beurtheilung keine Offenbarung existirt.

Das religiöse Gefühl bringt in Italien etwas anderes Gute her, daß nämlich dort alle Neuerungen und Vervollkommnungen, die Bezug auf milde Stiftungen gemacht werden, mit dem Geiste der christlichen Liebe ergriffen und in Schnelligkeit ausgeführt werden. So sehen sich z. B. die Sale d'Asilo (Kleinkinderschulen) in der Halbinsel schon mehr als irgend in einem anderen Staate verbreitet; auch ist die Art, wie sie geleitet werden, in mancher Hinsicht als Muster für andere Länder gelten. Was die Doctrinen der Encyclopädisten betrifft, so fangen sie an, in Italien von Tag zu Tag mehr in Abgang zu kommen, und dieses nicht bloß bei den speculativen Philosophen, sondern auch bei denen die Revolution der Ideen bereits consumirt ist, sondern auch bei der großen Menge. Das religiöse Gefühl kehrt zurück und wird gleichsam durch die Hand der Philosophie geleitet, und dabei ist der Unterschied zwischen Frankreich und Italien, daß hier die Bekehrungen nicht aus Mode, sondern in Wahrheit und Innigkeit geschehen.

Stellt man einen Vergleich an mit den der französischen Revolution unmittelbar vorhergehenden und nachfolgenden Zeiten, so ist zu bemerken, daß unterdessen die Sitten in Italien bei Weitem besser und enger geworden sind. Ich spreche hier nicht von dem Mißbrauche der Cavalieri serventi, welcher schon sehr alt ist und nur noch in den Romanen und in den komischen Opern der Franzosen nebst den Briganten und Bravi's vorkommt; allein die Ausschweifung dieser Art hat sich um Vieles vermindert. Die Liebesangelegenheiten und die leichtsinnigen Streiche werden in Italien genährt durch Müßiggang, Temperament und durch ein Klima und Erdreich, das zur Heftigkeit reizt, zugleich aber auch durch das Bedürfniß innerer Affecte mitten in einer entnervten, erschlafften Gesellschaft. Doch haben die neuen Stimmungen und Gedanken, die das Jahrhundert mit sich bringt, die besser gepflegten Studien, die häufigen Geschäfte der Industrie und des Handels die Jugend ernster, thätiger und zu tieferem Empfinden geneigter gemacht. Auch sind die besser zusammengefüzten Ehen eine weitere bedeutende Ursache für Moralität. Zuletzt endlich trägt dazu nicht wenig die bessere Erziehung des weiblichen Geschlechtes bei. In Italien die Frauen mehr unterrichtet sind, werden sie überlegter und weniger leichtsinnig; da sie nicht mehr in den Klöstern, sondern mitten unter den Weltleuten ihre Erziehung erhalten, so kennen sie die Gefahr und den Nachtheil gewisser Verirrungen und hören von den Kunstgriffen der Verführung. Vor etwa einem halben Jahrhunderte erneuerten sich in Italien mit jedem Augenblicke zwei Gegensätze, der eine die Wirkung einer noch nicht völlig aufgehörten Barbarei, der andere diejenige eines noch nicht geheilten Verderbnisses. In Calabrien,

in den Abruzzern, in der römischen Campagna, in Corsica über Eifersucht gräßliche Rache und störte mit übereilem Argwohne den ehelichen Frieden und das gesellige Leben. Im Gegentheile war in den volkreicheren und civilisirteren Städten die Duldung großer Scandale unter den höheren Classen bis zum Eynismus getrieben und der Ehemann, der viele Empfindlichkeit seiner Ehre gezeigt hatte, lief Gefahr, vor der sammtlichen feineren Welt zum Gelächter zu werden. Nun aber werden diese beiden Extreme allmählig vermieden und gemildert; einerseits legt und mäßigt sich die grausame Eifersucht des südlichen Volkes, anderseits wird die Heiligkeit des ehelichen Lebens gepriesen und selbst von jenen Classen geschätzt, die der Mode folgen und vom Zeitvertreibe leben. Selten sind jetzt solche, die dem Sängerinnen und Tänzerinnen den Hof machen; noch seltener diejenigen, die ihr Vermögen unter der einfältigen Rolle als Protector verschwenden und vergeuden.

Im verflossenen Jahrhunderte verfeindeten sich der Ab. Conti der Marchese Scipione Maffei und Pier-Jacopo Martelli, die vorzügliche Dichter und Literaten, auf das Bitterste und für das ganze Leben hin wegen einer Sängerin. Mir scheint aber ganz unmöglich, daß ein ähnlicher Fall sich in unseren Tagen erneuere.

Die Angestellten am Theater selbst haben in dem Grade ihre Sitten und Manieren verbessert, daß sie oft den übrigen Classen der Gesellschaft zum Muster dienen. Die Lustspiele von Goldoni scheinen heut zu Tage als frivol wegen einiger zweideutigen Redensarten und wegen gewisser ausschweifenden Liebesgeschichten, die darin in zu helles Licht gesetzt werden. Es ist wohl wahr, daß die französische Mode auch auf die italienische Bühne jene fortwährende Schädigung von Ruchlosigkeiten und Schlechtigkeiten gebracht hat, die keines Erachtens der Moral nachtheiliger sind, als die etwas schlüpfrigen Possenmacher von Goldoni; aber eben so wahr ist auch, daß jene Mode im höchsten Grade allen Menschen von Einsicht mißfällt, und daß keine literarische Notabilität dieselbe aufnehmen wollte.

Will man aber die Sitten der Italiener beurtheilen nach der Lebhaftigkeit der Physiognomien und Geberden, nach der großen Vertraulichkeit, die zwischen den beiden Geschlechtern Statt hat, und nach der Offenheit in Sprache und Benehmen, so erhält man leicht einen ungünstigen Begriff von ihnen; vielmehr soll man bedenken, daß die italienische Natur frei, beweglich und heiter ist, daß sie verschmäht, in steifem Ernste zu sein, und sich gerne den Vergnügungen der Freundschaft überläßt. Der Hang zum Spiele hat sich gleichfalls auffallend vermindert, und er würde fast durchaus verschwinden, wenn die Jugend ihre Zeit besser anzuwenden verstünde. Jedenfalls sind wir weit entfernt von jenen Zeiten, wo ein venetianischer Senator in der Toga und mit der Perücke auf dem Haupte feierlich dem Treiben im öffentlichen Spielhause beizuwohnte. Im Jahre 1821 betraf eine der ersten Bitten, die das neapolitanische Volk bei dem constitutionellen

Parlamente einreichte, die Abschaffung der öffentlichen Spiele. Nachdem die constitutionelle Regierung gefallen war, schämte sich der König und die Seinigen, dieselben wiederherzustellen. Eben diese Unhaltungen haben heut zu Tage in Italien einen ernsteren und, ich möchte sagen, des Menschen würdigern Charakter. Leider kann kein Land in Europa mit Italien sich messen hinsichtlich der Anzahl, Schönheit und Pracht seiner Theater, welcher Ueberfluß aber ein deutlicher Beweis ist von dem Luxus und dem leidenschaftlichen Hange nach Erleichterungen; nichts desto weniger muß man hier bemerken, daß die alten Masken des Pulcinella, des Harlekins und Pantalons verschwunden sind, indem ihre kindischen Posen und ihre gemein spaßhaften Intriquen dem Volke nicht mehr genügen konnten, welches verlangt, entweder durch die Schilderung tiefer Charaktere und heftiger Affecte gekührt, oder zu einem, so zu sagen, würdigeren und verständigeren Lachen angeregt zu werden. Aus derselben Ursache wird die Musik der komischen Oper ziemlich selten, weil bei den Zuhörern der Beifall und bei den Compositoren die Begeisterung fehlt. Dagegen ist die so pathetische und thränenreiche Musik des Bellini, die zugleich mit der gegenwärtigen Disposition der Gemüther übereinstimmt, bis zum Himmel erhoben worden. Die Grotteschi, eine Art komischer Tänze, die das Publicum durch Kunstsprünge und durch die Darstellung kurzer burlesker Farcen ergöhten, sind völlig verschwunden, und dagegen hat sich eine Art Tanz erhoben, welcher mittelst der Pantomime die tragischsten und feierlichsten Handlungen der Geschichte beschreibt und entwickelt.

Aufgehört hat ferner jene monströse und amphibische Art von Sängern, welche die Italiener *Musici* nennen, deren bloßes Vorhandensein, deren Feste und Schmeicheleien, die sie von den reichsten und vornehmsten Personen der Nation erhielten, hinlänglich die Verdorbenheit der Sitten und des Geschmacks bewiesen. Auch scheint es heute fast unglaublich, daß die Capellen der Hauptkirchen Italiens davon voll waren, und daß die Päpste vor etwa 80 Jahren in ihrem Staate die Zulassung von Sängerinnen auf der Bühne verboten, und dagegen jene der *Musici* als weit verträglicher mit Ehre und Anstand erlaubten!

Wenn endlich die Jugend in gedrängten Schaaren zu Schauspielen und anderen Spielen läuft, so ist sie dabei oft von anderen Gedanken befangen; und wo man sie in bedeutender Zahl versammelt sieht, darf man darauf zählen, daß sie irgend einen revolutionären Einschlag im Schilde führt; aus welchem Grunde nun auch seit mehreren Jahren die Universitäten von Bologna, von Turin und Padua geschlossen sind, und weswegen die Disciplinargesetze der lombardischen Universitäten unerträglich streng und bedrückend geworden. Dieses sind die Facten und die allgemeinen Symptome, die eine merkliche Verbesserung in den italienischen Sitten und in dem Grunde des Nationalcharakters verkünden; allein viele und

schwere Gebrechen sind noch zu heben, viele Laster sind noch anzuhaken; und von diesen Lasten und Mängeln hängen einige zusammen mit der besondern Natur der Italiener, andere aber (und diese bilden die Mehrzahl) rühren von dem Zustande der Erniedrigung, des Unmögkeng und der Uneinigkeit, worin sie diese beiden letzten Jahrhunderte lang gelebt haben, seitdem, wie schon bemerkt, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begonnene wiedergebärende Bewegung nicht einen glücklichen Ausgang hatte, den man zu erwarten berechtigt war.

Der Italiener ist durch sein schönes Klima und durch die Wärme seines Blutes zu den Vergnügungen hingezogen; eben so wird er von seiner Natur leicht zum Zorn und zur Rache getrieben. Da ihm die höchst leidenschaftliche Seele zu Theil ward, so überschreitet er die Grenze in Haß und in Liebe. Die tiefen Eindrücke, welche die Dinge auf ihn machen, lassen ihn weder die Wohlthaten noch die Beleidigungen vergessen; daher die ewigen Freundschaften einerseits, und daher die häufigen und verrätherischen Racheübungen anderseits. Solche natürlichen Tendenzen seines Charakters werden aber die Veranlassung zu viel traurigeren Wirkungen in der unglückseligen bürgerlichen und politischen Lage, in der er sich befindet; und da ihm höhere und glänzendere Unternehmungen und Beschäftigungen verwehrt sind, so wird er gegen den Hang nach Vergnügungen in ihm unmäßig und anhaltend. Die Heftigkeit seines Unwillens, seiner Liebe und seines Hasses richtet sich nur an trivialen Handlungen, schafft sich Luft in blutigen Zwisten in niedrigen Intriguen und in arger Verschlagenheit. In der Romagna, wo das Blut am Heißesten und der Muth am Größten ist, und wo die Regierung in diesen letzten Zeiten den Privathaß, die politischen Mißhelligkeiten und die Parteihändel eher angehegt als gelindert hat, ist es eine bedauernswerthe Sache, zu denken, wie viel Geisteskraft, wie viel Muth und Tapferkeit, wie viel Haß und Liebe an unwürdige Gegenstände verschwendet wird, auf Zwecke, die oft gegenwärtig sind und oft mit den Mitteln in Mißverhältniß stehen.

Der Italiener ist von Natur aufrichtig, offenherzig und mitleidend; allein beherrscht und foltert ihn eine starke Leidenschaft, so ist in hohem Grade gewandt in der Verstellung. Die schwachen und verfallenen Regierungen, die seit Langem auf ihn lasten, der Schrecken der religiösen und politischen Inquisition, die Unmöglichkeit, einen hohen Zweck zu erreichen durch rechtliche Mittel und auf dem Wege der Freimüthigkeit und der Gesetzmäßigkeit, haben seinen Geist nur zu sehr gewöhnt, Erbsichtung und Umschweif anzuwenden. Daher kommt auch, daß, während man an einem Orte offene und freimüthige Menschen findet, sich an dem anderen verächtliche Heuchelei und Falschheit zeigt.

Eigenthümliche Fehler der Natur der Italiener sind ferner der Stolz und der Neid; denn, wie schon oben bemerkt, ihre kräftige Individualität macht, daß sie sich zu Allem für fähig halten; daher die Neigung, Anderer Verdienst bald zu verschmähen, bald sie doch zu beneiden. Hieraus entsteht auch die Hauptschwierigkeit, den Ita-

er nach militärischer Weise zu discipliniren, so nämlich, daß daraus eine vollkommene Ordnung der Massen und jener blinde und pünktliche Gehorsam hervorgehe, der ganz besonders über den Erfolg von kriegerischen Unternehmungen entscheidet. Und in der That findet man auch diese Schwierigkeit, die italienische Miliz gehörig zu discipliniren, theils von den Schriftstellern angeführt, theils auch durch Facten in der glorreichen Zeit der Nation bewiesen. Demgemäß konnte Tasso, da die kriegerischen Eigenschaften der Italiener des Mittelalters schil-
derte, sprechen:

„Alla virtù Latina
o nulla manca, o sol la disciplina.“

(Entweder nichts fehlt der lateinischen Tapferkeit, oder höchstens die Disciplin.)

Noch deutlicher schrieb darüber Machiavelli in dem Principe: Hier (in Italien) ist große Kraft in den Gliedern, wenn sie nur nicht in den Häuptern fehlte. Betrachtet einmal in den Zweikämpfen und in den Gefechten der Wenigen, wie sehr die Italiener an Kraft, an Gewandtheit und Geschicklichkeit voran sind. Aber untersucht man die Heere, so fallen diese Tugenden nicht mehr auf, und Alles rührt von der Schwachheit der Häupter her, denn diejenigen, welche Verstand haben, sind nicht gehorsam, und Jeder glaubt, er habe Verstand.“

Diese natürlichen Dispositionen haben später noch schlimmere Wirkungen hervorgebracht, denn die langen und wiederholten Unfälle haben die Italiener verleitet, gleichsam an sich selbst zu verzweifeln; und da ihren Massen jenes wechselseitige Vertrauen fehlte, welches sonst die feste Verbindung ausmacht, so haben sie sich für unfähig gehalten, dem Feinde in Gesammtheit zu widerstehen, während doch einzeln genommen Jeder aus ihnen glaubt, wenn es auch sei, gewachsen oder überlegen, Keinem aber an Kraft untergeordnet zu sein. Mad. de Staël hat geschrieben, daß ihr unter allen Nationen, die sie besucht, die italienische am Wenigsten eitel erschienen. Ich weiß nicht, ob man diesem Mangel an Eitelkeit zuschreiben könne, daß die Italiener nur mittelmächtig für jenen ritterlichen und äußerst delicates Ehrenpunct, der bei anderen Nationen das Motiv zu den meisten schönen Handlungen ist, anzukommen flammten; aber es ist doch keineswegs leicht, in den Italienern jenen gleichsam mechanischen Muth zu erwecken, welcher durch Nachahmung, durch materielle Erhizung des Blutes, oder durch Casernengeist wirkt, wie dieses allzu häufig im Norden geschieht. Die Wahrheit ist aber, daß die Italiener, um sich zu ernsten und gefährvollen Kriegsun-
ternehmungen zu entschließen, entweder des bürgerlichen Pflichtgefühles, oder eines edeln und tiefen Affectes bedürfen; weswegen es im Allgemeinen unmöglich ist, von dem italienischen Soldaten ausgezeichnete Beweise von Unererschrockenheit und kühnem Muth zu erhalten, wenn nicht von vernünftigem Enthusiasmus geleitet und von seinem Wirken überzeugt ist. In Piemont jedoch, wo die Individualität weniger hervortritt, wo die Aristokratie den Ehrenpunct im Auge hat, und wo das Gefühl der eigenen Unabhängigkeit, der eigenen Würde
Staats - Exikon. VIII.

und der eigenen Tapferkeit sich lebendig erhält, da war von jeher eine disciplinirte, kräftige und muthvolle Armee.

Uebrigens darf ich nicht einen fortwährenden Beweis, den die Italiener von ihrem individuellen Muth geben, verschweigen, und dies besteht in der ununterbrochenen Folge der politischen Conspirationen seit dem ersten Ausbruche der französischen Revolution bis auf den heutigen Tag. Nie bleiben die Staatsgefängnisse leer; nie haben die Auswanderungen, die Confiscationen und Verbannungen aufgehört; häufig kamen die Todesstrafen in Anwendung; noch häufiger die Verurtheilungen zu Fesseln und Kerker. Die Lombardei freut sich jetzt des Wiedersehens mancher ihrer Proscribirten kraft der von dem Kaiser Ferdinand ausgegangenen Amnestie, welche den langen und qualvollen Aufenthalt auf dem Spielberg für viele Unglückliche beendigte; allein ich bezweifle, daß jene Gefängnisse auf lange Zeit können geschlossen bleiben.

Die großen und wichtigen Begebenheiten, die in Italien in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts Statt hatten, erregten in allen Gemüthern ein solches Aufwallen, stählten so durchaus wieder den Charakter der Männer, daß die Italiener plötzlich jene wunderbare Thätigkeit, jene unüberwindliche Beharrlichkeit und jene über jedes Hinderniß und jede Gefahr erhabene Willenskraft erlangt zu haben schienen, die bei ihren Vorfahren die Veranlassung zu heldenmüthigen Thaten in jeder Art von Unternehmungen gewesen waren. Allein trotz dieses Alles bewirkt ward bloß vermöge einer Bewegung von außen her, und weil daraus kein großes, nationales Institut, das fruchtbar an fortschreitender Wiedergebärung gewesen wäre, hervorging, so verfielen die Italiener wieder zum Theil in jene Gewohnheitssträgheit, die sie sich durch die Knechtschaft zugezogen, und in der man eines der mächtigsten Motive ihres Zerfalles erkennen muß. Hierbei ist gleichfalls Rücksicht zu nehmen auf den Unterschied der natürlichen Anlagen, der sich zwischen den nördlichen und den südlichen Völkern vorfindet, und auf die Art, wie die Natur sowohl bei den einen, als auch bei den andern mancherlei Eigenschaften und Vorzüge ersetzt hat. Die nördlichen Völker gehen langsam zu Werke in den Neuerungen und in den großen Bestrebungen der Wissenschaft, der Kunst und der Civilisation; die südlichen Völker dagegen schlagen jenen Weg mit Ungestüm und Raschheit ein; sie finden Gefallen an gewagten Neuerungen und gerathen auf das Höchste der Begeisterung. Da aber eben dieser Ungestüm der Handlung und des Enthusiasmus angemessene Motive heischt, das heißt außerordentlich Kühne, und da er überhaupt eine außerordentliche Gluth der Affecte erfordert, so verliert er sich leicht in Uebertreibungen und schafft sich selbst solche Hindernisse, daß er nicht selten, in seinem Laufe umzuwenden, gezwungen wird. Gesellt sich überdies irgend eine unglückliche Fügung dazu und hemmt den heiligen Gang der Leidenschaften und der Charaktere, so kommen die südlichen Völker in Gefahr, in eine Art politischer Lethargie zu verfallen.

Es vermag sie auch nicht das Uebermaß der Uebel aufzuwecken, dem die Trefflichkeit des Klimas, die Fruchtbarkeit des Bodens, die lockenden Unterhaltungen sie kaum zur Hälfte jene Uebel fühlen lassen, sonst auf natürlich weniger begünstigten Ländern so schwer ruhen. Gegen behalten die nördlichen Völker auch in unglücklicheren bürgerlichen und politischen Verhältnissen doch in sich selbst so viel Thätigkeit, daß sie den verderblichen Wirkungen des Müßiggangs, der Trägheit und der Unmäßigkeit entgehen. Diese Beobachtungen haben mich erklärt, warum die Pythagoräer auf so strenge Weise meisterten und unterrichteten; warum sie so viele betrachtende Studien anstellten und mit so großer Sittenstrenge verfahren. Sie fühlten das Bedürfnis, in den südlichen Völkern die Leidenschaft und die Phantasie durch Ermahnung an Enthaltensamkeit zu zügeln, so wie auch durch Uebungen im Nachdenken und durch sonstige Anstrengungen, ohne welche ihre Geister nichts Besseres hervorbringt, als üppige Schosse; indem sie durch ihre leichte Auffassung getäuscht werden und sich ihrem natürlichen Scharfsinne gefallen, so begnügen sie sich, über alle Gegenstände mit Gewandtheit reden zu können, oder ihr Genie phantastischen Compositionen zu zeigen, die eher auffallend als eigentlich schön sind. Wenn hingegen ihr Geist der Anstrengung langer tiefer Studien unterzogen und fortwährend geübt wird in tiefen Betrachtungen, so wird sich das Genie eines Vico, eines Campanella, Giordano Bruno oft erzeugen; denn die Natur hat unter ihnen Keim dazu reichlicher gelegt als irgend anderswo. Ich habe diesen meinen Gedanken freieren Lauf gelassen, weil wir in der Folge davon allerlei Anwendung finden werden. Indessen muß ich wieder auf jene, was ich oben von der Trägheit des italienischen Volkes besprach, zurückkommen und behaupten, daß sie, obgleich sich merklich mindernd durch die Verbesserung der öffentlichen Erziehung und die innere Entwicklung des Keimes zu starken und großen Leistungen, dennoch nur alsdann völlig verschwinden kann, wenn die politische Freiheit den Italienern das Gefühl der eigenen Würde und eigenen Kraft zurückgeben wird.

Die Trägheit ist Wirkung und Ursache zugleich; sie ist ein Uebel an sich und ist das Symptom anderer Uebel. An ihrer Seite trifft man in Italien die Weichlichkeit der Sitten und die Verächtlichkeit der Charaktere, etwas Unausgeprägtes und wenig Bestimmtes in der Prognose der Gemüther und der Leidenschaften. Allein hierüber, über irgend eine andere moralische Beschaffenheit, darf man nicht auf gleiche Weise von ganz Italien urtheilen. In Toscana, zum Beispiel, ist das Volk auf dem Lande und in den Flecken thätig, gewerbetreibend und ernst; in den Städten dagegen ist Müßiggang, Kleinheit in den Neigungen. Das ligurische Volk ist in Italien am Wenigsten ausgeartet. Landleute und Städter, Alle bewahren da einen thätigen, unabhängigen und kräftigen Geist. Das venetianische Volk aber ist das weichlichste und verkümmertste unter allen. Die Aristokratie

hatte es entnervt und 'hingehalten. Piemont hat viele Eigenschaften gemein mit den nördlichen Ländern; es geht langsam, aber doch gut es. Der Hof beobachtete dort stets Einfachheit der Sitten, war nicht geneigt zu Prunk und Geräusch; das Volk ahmt dem Hofe nach. Allein nur auf wenige Meilen Entfernung zeigt sich schon große Verschiedenheit. Asti, Alessandria, Novara und Tortona sind feurig und von glühender Phantasie. Chieri, Casale, Cuneo, Pinerolo, Saluzzo, Aosta sind kalt, nachdenkend und in sich gekehrt. In dem Neapolitanischen bezeichnete ich schon die große Ungleichheit, die zwischen dem Geiste der Hauptstadt und demjenigen der Provinzen Statt hat. In Neapel ist das Volk müßig und träge; dagegen nüchtern und gutmüthig. In Palermo ist das Volk gleichfalls müßig, und doch voll Kraft und hat einen Hang zur Wildheit.

VI. Gegenwärtiger Zustand der Künste und Wissenschaften in Italien. Die Künste und Wissenschaften sind heute zu Tage sicher weit unter jener Größe, zu der sie sich in glücklichen Epochen erhoben hatten; und statt die alte Herrschaft über das übrige Europa aufrecht zu erhalten, können sie kaum mit der Weisheit der civilisirten Nationen wetteifern. Die Ursachen hiervon sind nicht einmal alle von den Italienern selbst erkannt. Manche behaupten fortwährend, Italien sei deswegen nicht mehr in den Studien voran, weil es nicht einig sei; als überträte Deutschland, welches noch mehr zerstückelt ist als die Halbinsel, heute nicht ganz Europa in vielen Zweigen des Wissens, und als wäre das Italien des Raphael und des Galileo nicht noch mehr zerrissen und getheilt gewesen, als es heute zu Tage ist. Andere sagen, die Ursache des gegenwärtigen Zerfalles liege in dem Mangel an Beschützern, in der Dürftigkeit der materiellen Mittel, als der physikalischen Cabinette, der Laboratorien, der Bibliotheken, ferner in der Armuth der Gelehrten und Künstler, wodurch ihnen die nöthige Muth und die Lust, ihren Studien obzuliegen, benommen wird. Allein sie bedenken nicht, daß vor Allem, und hauptsächlich zur Zeit des größten Ruhmes von Italien, alle diese Uebel in eben dem Maße oder in noch größerem vorhanden waren. Liest man doch, daß die großen italienischen Dichter des 16. Jahrhunderts nur mühsam das Leben fristeten, daß dasselbe der Fall war bei ausgezeichneten Künstlern, und daß Galileo zuweilen genöthigt war, seinen Tisch mit zertrissenen Blättern seiner Schriften zu decken.

Was mich betrifft, so glaube ich, die wichtigsten Ursachen davon oben angegeben zu haben, als ich von der Trägheit und Weichlichkeit der heutigen Gemüther sprach, von dem geringen Grade der Aft und von den unvollendeten Charakteren. Zu all' diesen Dingen kommt aber noch das allgemeine Uebel des Jahrhunderts, der Mangel an festen Ueberzeugungen. Auch wird ein Theil jener Energie, die vermuthlich der Zeiten und Lagen Italiens in der Brust der Jünglinge einmal oft zerstreut und verschlungen von den aufrührerischen Versuchen und von den fortwährenden Conspirationen.

Gewiß nicht haben die italienischen Geister die wunderbare Fähigkeit der schönen und großen Erfindungen verloren, die hauptsächlich in der glücklichen Vorstellungsgabe besteht, welche die entfernten Rapporte der Dinge entdeckt und vereinigt. Allein die heutigen Italiener haben nicht jene Ausdauer in den Nachforschungen, noch jenen Eifer und fortgesetzten Enthusiasmus, welcher dazu antreibt, die letzten Consequenzen eines ersten Factums aufzufinden, welcher langsam die Prinzipien combinirt und zu einer großen und fruchtbaren Induction gelangt. In diesen letzten Zeiten entdeckt Fontana die Discomposition des Wassers, Fagnani findet die Basen der Berechnung der elliptischen Transcendenten, Romagnosi und Mojon beobachten die Abweichung der Magnethedel unter der Action einer galvanischen Strömung, Fabbroni erklärt die Entwicklung der Electricität mittelst der chemischen Einwirkung, der Vater Beccaria gibt die ersten Ideen von dem neuen System der Undulationen. Alle diese Erfindungen und verschiedene andere, die herzuzählen es lange dauern würde, sind von großen Gelehrten gesammelt und durch ihre Beharrlichkeit, ihren Eifer und ihre scharfsinnigen Nachforschungen zu vollständigen Ganzen mathematischer und physischer Doctrinen geworden.

Damit will ich jedoch nicht leugnen, daß nicht andere schädliche Ursachen zur Erniedrigung des Geistes und der Studien der Italiener beitragen. In den verflossenen Jahrhunderten war Italien in den Augen von ganz Europa, es war der Mittelpunkt der Civilisation, an seinen Höfen sprach man seine Sprache, und die ausländischen hohen Geister strebten nach seinem Beifalle. Heute dagegen ist es mehr vernachlässigt, als es verdient; und während andere Nationen tausend Hände der Publicität besitzen, laufen in Italien die Entdeckungen Gefahr, unbekannt zu bleiben. In der That es gäbe eine lange Reihe, die man machen könnte von italienischen theils ungekannten, theils vernachlässigten Erfindungen, und Beides nicht nur bei den Auswärtigen, sondern selbst bei den zur eigenen Nation Gehörigen. Um nur einige der merkwürdigsten Beweise dieser Art, wie sie in der Periode des Verfalls der Halbinsel vorkamen, anzuführen, so ist z. B. gewiß, daß ein Vater Zucchi mehrere Jahre vor Gregory und Newton das Reflectivteleskop erfand; ferner daß ein gewisser Vater Lana die Zeichen der Belehrung der Taubstummen und die Luftballone erfand vor De Epée und Montgolfier; eben so, daß Ciner, Namens Branca, ein römischer Ingenieur, zuerst den Dampf als locomotive Kraft anwandte; daß ein gewisser Barbieri von Imola dem Lavoisier vortragte in der neuen Theorie über den Sauerstoff; daß Moro aus Anagnino dem Beaumont in all' seinen allgemeinen Ideen über die Theorie der Rettungsanstalten zuvorkam; daß selbst in unseren Tagen Molando vor Gall verfaßt und publicirt hat die schönen anatomischen Werke über das Gehirn, die dem deutschen Physiologen einen so großen Namen erworben. All' dieser aufgefundenen Fremdlinge wird aber

kaum eine Erwähnung gethan bei den eifrigen Beförderern des vaterländischen Ruhmes. —

Endlich liegt noch ein großes Hinderniß in der Strenge der Censur, deren Veto so ausgedehnt, kleinlich und unerbittlich ist, daß die italienischen Schriftsteller sich überaus glücklich schätzen würden, wenn sie eine solche Druckfreiheit haben könnten, als man in Berlin gestattete. Es ist wohl wahr, daß ein bedeutender Theil der naturhistorischen Studien Materien behandelt, welche der Censur gleichgültig sind, aber die Wissenschaften und Studien reichen sich sämmtlich die Hand, und allen gebietet der nämliche Geist. Ueberdies ist der Umstand, ein verdächtigender Mann zu sein, schon hinreichend, sich bei der italienischen Polizei in Verdacht zu setzen; und sehr groß ist die Anzahl der wissenschaftlich Gebildeten, die von politischem Unglück betroffen wurden. Zwar glaube ich wohl, daß Ungemach, Schwierigkeiten und selbst Unglück bis zu einem gewissen Grade als Probestein für Geist und Seele gelten mögen, besonders wenn in der Gesellschaft starke und ernste moralische Triebfedern vorhanden sind, welche die Geister anfeuern und aufmuntern; allein jenseits einer gewissen Schranke findet die Verfolgung und Hemmung ihr Ende in der Schwächung und Ermächtigung der Geister, welche von edeln Unternehmungen, als unerreichbaren Dingen, abstecken und sich nach und nach einem trägen und ausschweifenden Leben überlassen. —

Hinsichtlich der Naturwissenschaften wüßte ich in den gegenwärtigen Arbeiten der Italiener keinen besonderen Charakter hervorzuhoben; doch machen einige zufällige Ursachen, daß diese mehr und jene weniger im Flor stehen. Am Glücklichsten werden bearbeitet: die Medicin, die Landwirthschaft, die Botanik, die Physik, die Hydraulik, die Astronomie, die Zoologie und vergleichende Anatomie. Am Wenigsten gedeiht vielleicht das Studium der Chemie, indem kaum einer oder zwei Beförderer desselben zu nennen sind, die einen europäischen Ruf verdienen; allein die industrielle Bewegung, die sich auch in Italien einigermaßen verspüren läßt, beginnt, auf merckliche Weise das Studium jener Wissenschaft zu heben. In Bezug auf das Bedürfniß der Einheit und des Zusammenhanges, welches alle heutigen naturhistorischen Doctrinen haben, kann uns Italien weniger befriedigen als irgend ein anderes civilisirtes Land, wegen seiner politischen Trennung und der Isolirung, in welcher seine Regierungen die Geister zu halten bemüht sind. Auch dieses ist ein sehr großer Nachtheil für die italienischen Studien, daß die Pfleger derselben Wissenschaft sich selten unter einander kennen und daß die Mittheilung der Ideen unter ihnen nur spärlich und langsam ist, weswegen dann jeder Gelehrte sich in dem Kreise seines Faches eingeengt fühlt, der Hülfsmittel entblößt und in seinen Gedanken und Plänen verkürzt ist. Dieser Uebelstand wird auch, wie gesagt, von der Trägheit der Geister unterhalten die nicht kämpfen, wie sie könnten und sollten gegen die Hindernisse, welche die Berührung und Abschleifung der Gemüther verzögern und hemmen. Hinsichtlich

speculativen Studien fährt die politische Dekonomie fort, ihren philanthropischen und synthetischen Charakter zu bewahren, vermöge welches die Wissenschaft des Reichthums auf eine der öffentlichen Moralität untergeordnete Weise und in Beziehung auf alle Zweige der bürgerlichen Philosophie aufgefaßt wird, wodurch sie sich wesentlich von der Methode der englischen Dekonomen unterscheidet, wie uns hinlänglich eine Vergleichung der Schriften von Senior (dem tüchtigsten englischen Dekonomen der jetzigen Zeit) mit denjenigen von Romagnosi, von Rossi, de Belg, Cagnazzi und einigen Anderen überzeugen. —

Die bürgerliche und politische Philosophie, im eigentlichen Verstande, hat, wie man versichern darf, keine Beförderer in Italien, indem man gehindert ist, mit irgend einer Freiheit zu schreiben, und indem daselbst der Anblick einer offenen und freien bürgerlichen Bewegung fehlt, weshalb es auch unmöglich ist, in diesem Punkte den Ideen der Fremden zuvorzukommen. In den Studien des Rechtes fährt man ruhig fort, die Haupttheorien zu entwickeln; diejenigen zuvörderst, die der Anwendung am Nächsten sind; in dem Vaterlande Filangieri's jedoch nicht so gut und auf so ausgezeichnete Weise, wie man alte. Die Ursache hiervon findet sich in der Zerstörung und gewaltsamen und plötzlichen Zerstreuung einer ganzen Generation von Gelehrten, die sich in Neapel bei der Niederlage und Proscription vom Jahre 99 ereignet hat, wodurch der Faden der philosophischen Tradition abgeschnitten und der Unterricht der neuen Jugend in den Schulen jener Großen gehemmt ward, so daß das neapolitanische Reich jetzt zu Tage großentheils die eigene Wissenschaft wieder aufbauen muß. Nichts desto weniger fährt die gerichtliche Praxis, der Geist der Gesetze bei der Entscheidungen fort, mit vieler Weisheit zu glänzen; und es ist eine betrübende Sache, den Zwiespalt zu bemerken, der zwischen der Gerechtigkeit und Philanthropie der Magistratur einerseits, und der Fiskalität und schändlichen Bössartigkeit der Regierung anderseits Statt hat. Diese Regierung, die sich unter der gemeinen Aegide der Gerechtigkeit und der gewöhnlichen Tribunale für wenig gesichert hält, hat eine außerordentliche, bleibende Commission für die Staatsverbrechen niedergesetzt; allein die Richter eben dieser Commission sprechen fast immer selbst die Angeklagten frei, weshalb die Regierung oft, um dieses zu verhindern, sie nicht dem Gerichte unterwirft, sondern sie durch polizeiliche Vorkehrung exilirt. Während ferner die Gesetzbücher das Gewissen der Richter die Beschuldigten mit allen möglichen Garantien ausrüsten, so erfinden und üben die Polizeibeamten im Geheimen hunderterlei Arten von Tortur, und dieses nicht bloß moralisch, sondern auch materielle. An diesem Umstande habe ich lange gezweifelt, indem er mir zu auffallend in so hoch civilisirten Zeiten schien; allein zahllose Anzeigen der Wahrheit und die wiederholten Bestätigungen der Opfer selbst mußten mich davon überzeugen, weshalb ich mich verpflichtet fühle, solche Ungerechtigkeit dem Tadel und der Rüge aller Menschenschaffenen zu übergeben.

Uebrigens befolgt die Wissenschaft des peinlichen Rechtes in Italien drei verschiedene Systeme. Eines derselben strebt, eine praktische Philosophie des Rechtes zu begründen, mit möglichster Vermeidung metaphysischen Nachforschungen über Recht und Willigkeit, überhaupt es sucht, die Politik von der Moral zu unterscheiden und läßt aus beider ersten die Criminalwissenschaft entspringen. Der Förderer dieses Systems ist Carmignani, welcher sich den Fortsetzer von Beccaria nennt, der seiner Ansicht nach das Haupt und der Gründer der politischen Schule war. Ein zweites System setzt das Absolute der Wissenschaft in die nothwendigen und unveränderlichen Rapporte der Dinge und in den allgemeinen und fortwährenden Zweck der menschlichen Gesellschaft, wie ihn die Natur gewollt, und welchem sich die Mittel zur vollkommener Uebereinstimmung anpassen müssen. Begünstigt dieses Systems sind die Anhänger von Romagnosi, welche, die Principien *a priori* der Moral nicht annehmend, doch alle übeln Folgen des Utilismus und des Individualismus zu vermeiden glauben. Das dritte System nimmt als erstes Factum die absolute moralische Ordnung an und betrachtet die Gesellschaft und ihre vermittelnden Gesetze als eine Anwendung jener Ordnung. —

Was das Civilrecht betrifft, so ist die Meinungsverschiedenheit der Schriftsteller gering, indem sie sich nicht, wie anderswo, in dogmatische und historische theilen, sondern dafürhalten, daß die speculative Wissenschaft des Rechts und die Geschichte des Rechts gleiches Schrittes fortgehen und sich wechselseitig beleuchten müssen; welcher Fundamentalgrundsatz schon von Vico festgesetzt wurde, und jetzt zu Tage auf das Kräftigste sich wieder erhoben hat durch das Studium, das man von allen Seiten auf jenen großen Philosophen wendet. —

Es ist eine natürliche Sache, daß das Studium von Vico in Italien auch für die Philosophie der Geschichte eingenommen hat; allein ich könnte nicht sagen, daß bisher irgend etwas publicirt worden wäre, welches seiner Größe entspräche und auf merkliche Weise seine *Scienza Nuova* weiter führte. Die Zeitgenossen von Vico verstanden nur zur Hälfte die Wichtigkeit seiner Schriften und seiner Entdeckungen. Giacomo Stellini lernte von ihm die alte Geschichte der Menschheit in der Sprache der Dichter erkennen und schätzte das kleine Buch *De origine morum*, welches ein Meisterstück ist und eine tiefgedachte Abhandlung über die ideale Geschichte der Staaten. Duni, Filangieri und Guoco ergründeten genauer einige particuläre Doctrinen von Vico, aber nicht seinen vollen Inbegriff. Pagano endlich, Zanelli und Romagnosi bemeistern sich seines großen Problems, welches die ewige ideale Geschichte der Welt den Nationen vorlegt. Allein Pagano schwankt zwischen den platonischen Ideen von Vico und der Gelehrsamkeit und den Hypothesen der Encyclopädisten; Romagnosi verwandelt die Civilisation in eine Kunst, das heißt in ein Resultat der Reflexion, der Erfahrung und

verschiedener günstiger Umstände, mit Zurückweisung der Fatalität des Vico, und jener Reihe von Inductionen und jener instinctartigen Bewegung der Massen, die sie zu unerwarteten Fortschritten und zu unermeldlichen Umwälzungen gelangen läßt. Sanelli ist mehr original, solid und gelehrt als die beiden Vorhergehenden. Seine Anstrengungen, um die Wissenschaft der menschlichen Dinge, wie sie nennt, zu begründen, sind wirklich riesenhaft; allein ich befürchte, er, in zahllose philologische und archäologische Nachforschungen über die alte Welt versenkt, nicht dazu gelange, die große Synthese, nach der er zielt, zu componiren; auch scheint der Systemgeist zu strenge die Analysen und Inductionen zu beherrschen. Unter den Commentatoren von Vico ist Giuseppe Ferrari besonders zu bemerken; er ist ein kühnes und glückliches Genie, aber bisher zu sehr von fremden Ideen eingenommen. — Die Philosophie, im eigentlichen Sinne genommen, fängt genugsam an, die italienischen Geister anzuziehen; auch sind sie zu jenem Studium von Natur aus im höchsten Grade geeignet. So theilen sich in der Halbinsel, wie in allen andern Ländern, die Metaphysiker in experimentale und in dogmatische; in solche, die sich der Art der aristotelischen Speculation nähern, und in solche, die in der platonischen Lehre Theil nehmen. Beide Secten kommen jedoch (wie ich oben bemerkt) in der Methode überein, die bei ihnen immer inductiv sein und von den unmittelbarst bekannten und sicheren Thatsachen ausgehen muß, das heißt von den psychologischen. Sie kommen auch darin überein, daß sie die instinctartigen Wahrheiten der schottischen Schule und die bloß subjective Gewißheit des kantianischen Systems verwerfen. Sie stimmen ferner darin überein, daß man von der Untersuchung des Verstandes und seiner Eigenschaften anfangen müsse, das heißt von dem allgemeinen Mittel zu erkennen; da aber diese Untersuchung bisher fast ganz ihre Betrachtung auf sich gezogen, werden einstweilen die Ontologie und die Kosmologie nur oberflächlich und schüchtern behandelt. Das Haupt der Platonischen ist der Ab. Rosmini, dasjenige der Experimentalen ist der Prof. Galuppi und der Verfasser des *Rinnovamento della Filosofia antica italiana*. Wenn ich übrigens mich nicht zu sehr täusche in der Beurtheilung des Charakters und der Tendenzen der Italiener, so glaube ich, daß der Platonismus wird anzunehmen sein als der Offensart der mysteriösen Facten der Induction und des Instinctes, allein nicht zurückzuweisen sein als Begründer einer positiven und demonstrativen Philosophie; denn seine Theorie der Ideen gibt, wenn sie gehörig analysirt und discutirt wird, als Princip allen Doctrinen ein *raisonnement a priori*. —

Indem ich nun zu den Wissenschaften zurückkehre, erinnere ich an dasjenige, was ich oben geschrieben in Bezug auf ihre Wiederherstellung, die in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts angefangen und bis auf unsere Tage vorgerückt ist. Wenn das innere Gefühl des subjectiv Schönen schwach ist, so lenkt sich die Aufmerksamkeit

Zeit öfter zu den äußeren Formen der Kunstwerke, und dieses geschah wirklich in den ersten Zeiten, wo die italienischen Schriftsteller sich mehr dem guten Geschmacke näherten und sich der Verlehrtheiten und Leerheiten der Secentisten (Schriftsteller des 17. Jahrhunderts) schämten. Das Institut der Akademie Arcadia und die zahlreichen Verse, welche man in dem damals an edeln Studien blühenden Bologna niederschrieb, erneuerten den Styl, aber nicht die Gedanken; sie brachten eine elegante und gereinigte, aber kalte und nachahmerische Poesie hervor. Diese übermäßige und gleichsam abergläubische Pflanz der Form hat ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag fortgefahren, und außer der erwähnten Ursache wird sie noch durch andere unterstützt. Die italienische Natur ist, wie schon früher bemerkt, in hohem Grade empfänglich für die feinen und kleinen Schönheiten; weil sie auch zu einem überaus großen Wohlgefallen an der Eleganz des Styles verleitet. Für's Zweite nehme ich keinen Anstand, zu sagen, daß die toscanische Sprache alle neueren an Reichthum der Grazien und Blumen der Diction übertrifft, weshalb man auch verlangt, daß die Schriftsteller einen solchen Schatz in großem Maße benutzen. Drittens macht die Vertrautheit, welche die italienischen Gelehrten von Aiters her mit den lateinischen und griechischen Classikern gepflogen und noch heute pflegen, so wie auch der zarte Sinn, den sie für die vorborgenen Schönheiten jener beiden Sprachen haben, daß sie die größte Aufmerksamkeit auf ihre Volkssprache verwenden und darauf sehen, daß diese, wenn sie der lateinischen nicht an Kraft und Majestät gleichkommt, sie wenigstens an Reiz und Mannigfaltigkeit der Arten übertrage. Eine solche Ansicht hatte Tasso nebst seinen Zeitgenossen, wie aus dessen poetischen Briefen zu ersehen ist. Endlich hat die italienische Sprache hinsichtlich ihrer Schreibart eine, man darf es sagen, äußerst frühzeitige Entwicklung erhalten; denn während die andern Idiome anfangen, den Gedanken mit einem ganz einfachen Ausdruck zu bezeichnen, so daß er schmucklos und rauh zu nennen war, hat das italienische Idiom schnell das Höchste der Vollkommenheit im Style erreicht unter der mächtigen Begeisterung von Dante. Dieses macht, daß wir allzu viel fordern und zu sehr an jene Art von Schönheit gewöhnt sind. Das Streben nach schönen Formen war daher stets den italienischen Schriftstellern angelegen und wird ihnen immer angelegen sein, und jene Dichter, welche in unserer Zeit es gewagt haben, sich den strengen Gesetzen der Eleganz zu entziehen, haben wirklich, wie vorwärts sie auch wegen anderer Gaben und besonders wegen der Wärme und Tiefe der Gedanken sein mögen, von der Nation nur einen geringen Beifall erhalten. Ich will hier unter Anderen Berchet nennen, der ein feuersprühender, bilderreicher und origineller Dichter ist und in der Halbinsel heut zu Tage innigst gefühlten Affecte angesprochen hat; allein seine oft prosaische und unelegante Form bringt ihn täglich mehr in Vergessenheit. Aus dieser Liebe zur Form sind auch in Italien die vielfältigen und zahlreichen Fragen über Sprache entstanden.

über die Fremden nicht wenig Grund zu lachen haben; zwar ver-
setzt sich im Hintergrund jener kleinlichen grammatischen Erörterungen
und jener kalten Doctrinen über den Purismus und den Laxismus
zwei Bezeichnungen für die Beobachter und Verächter der Reinheit
(Stylen) eine sehr ernste Frage, nämlich diejenige der Nationalität.

Und in der That ist in den Schriften eines Monti, eines Per-
cari und ihrer Nachfolger der herrschende Gedanke derjenige, Tos-
na sein Municipalprivilegium für die Sprache zu benehmen, um es
den italienischen Provinzen zu übermachen und um wenigstens in der
Einheit des Idioms ein Panier der Einigkeit und der Brüderschaft
zu bilden. Ueberdies ist zu bemerken, daß der erste Eifer für die An-
singlichkeit an die Sprache in Italien bei Gelegenheit eines auffallenden
Decretes von Buonaparte sich zeigte — eines Decretes nämlich, wo-
durch der Gebrauch der italienischen Sprache bei den Tribunalen und
bei anderen öffentlichen Aemtern eines großen Theiles der Halbinsel
verboten wurde. Die Italiener, welche mit Stillschweigen eine Menge
von Demüthigungen ertragen und tausend Plackereien ruhig erduldet
hatten, empörten sich bei jener Schmach. Es constituirte sich in Mail-
and eine Gesellschaft für die Wiederherausgabe und Bezeichnung aller
Schriftsteller, die als musterhaft in der Sprache gelten; ver-
schiedene Akademien versendeten Programme in Bezug auf die Wie-
derherstellung der Nationalsprache. Eine gedrängte Anzahl von Phi-
ologen, von Gelehrten, von Prosaisern warfen sich mit Macht in je-
des Unternehmen, welches auch zum Theil bei den Schreibenden ge-
lang, jedoch nur in geringem Grade bei der großen Zahl der Spre-
chenden. Für die Letzteren hätte man sich nicht begnügen sollen, den
schabenen und angenommenen Styl der Prosa und der Verse zu rei-
nigen, sondern es wäre auch der Gebrauch der Dialekte abzuschaffen
gewesen; die Bücher für den Elementarunterricht wären zu verbessern
gewesen und eben so die Schreibart der Komödien, der Kirchenbereds-
amkeit, der Canzleien 2c. Auch hätte man sich, zur Consolidirung
der Reform, dem fremden Einflusse dadurch völlig entziehen sollen, daß
man in jedem Theile des menschlichen Wissens eine reiche, mannigfal-
tige und in Allem den Fortschritten des Jahrhunderts entsprechende
Nationaldoctrin geschaffen hätte. Da aber diese Dinge nur in kleinem
Maße erfüllt wurden, so gibt sich der Einfluß von fremden Ideen und
Sachen, und besonders der französischen, täglich zu erkennen. Daher
findet sich hier ein Theil des Volkes (hauptsächlich der Kaufleute und
Adelichen), welcher eine entstellte und häßlich französirte Sprache redet;
andererseits ist eine Schaar von Schriftstellern vorhanden, die zwar die
schöne Sprache unserer Väter gebrauchen, denen aber zu oft die Leben-
digkeit und Freiheit der gesprochenen Sprache mangelt. Einige Pro-
satoren jedoch erheben sich zwischen diesen beiden Extremen und ver-
binden auf glückliche Weise die Güte und Reinheit des Styles mit der
Natürlichkeit und Munterkeit, welche in einer lebenden Sprache vor-
herrschen müssen. Von dieser Anzahl sind Manzoni, Grossi,

d'Azeglio, Cantù, Tommaseo, Pellico und einige andere. —

Allein eine solche etwas überspannte Vorliebe für die Ausgezeichnetheit und Reinheit der Form erzeugte seit den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Art von Reaction bei denjenigen, welche mit ernsteren und mehr philosophischen Studien genährt, in dem Diktiren ihrer Gegner nichts Anderes zu bemerken glaubten, als eine geringfügige Pedanterie, die den Erfindungen und Fortschritten sowohl, als auch inner gesunden, mit der Milch der Weisheit genährten Literatur entgegen wäre. So entstanden zwei Secten von Literaten, die noch stehen, obwohl in geringerer Spannung gegen einander als früher, aber besser zu sagen, weniger feindselig unter sich, weil mitten unter ihnen eine dritte Schaar sich erhob, die alle besseren Geister mit sich vereinigte. Im Anfange hatten die Existen den Namen *Cesarottiani*, weil Cesarotti die Puristen verachtete, die Neuheit mit großer Kühnheit suchte und seine Schriften (nachlässig verfaßt) mit vieler ungesunder Philosophie anfüllte. Mit der Zeit nahmen sie den Namen *Romantiker*, im Gegensatz der *Classiker*, an — eine Benennung, die aus Deutschland und Frankreich gekommen. Im Allgemeinen wurden die *Classiker* nachahmerisch und kalt, die *Romantiker* leidenschaftlicher und nach Originalität strebend; allein da sie nicht Kraft genug hatten, mit dem Nationalcharakter ausgerüstete Arten und Formen der Literatur zu schaffen, so verwechselten sie oft die Nachahmung von Dante, Petrarca und anderen alten italienischen Dichtern mit jener der fremden Dichter und Prosaisker. Daher rühmten sich einerseits die *Classiker* eines größeren Patriotismus, andererseits erklärten sich die *Romantiker* als Männer der Zeit, indem sie in den Wissenschaften eine complete Umwälzung verlangten, welche, wie in den bürgerlichen und politischen Einrichtungen, nothwendig geworden sei. Die größte Bewegung dieser Parteien ließ sich in Mailand bemerken, denn in jener Stadt hatte der Fall des Reiches von Italien noch nicht die Wärme und die Energie der Gemüther und der Geister vertilgt, die durch die Schicksale der Republik und des Reiches erwacht waren. Berchet gab Veranlassung zu dem heftigsten Kampfe durch die Publication der Uebersetzung zweier Balladen von Bürgern und einiger stehenden Kritiken über die Art, nach classischer Weise zu dichten. Jede Secte hatte ihre eigenen Journale. Torti, ein damals glücklicher Verklünstler, verfaßte die neue Poetik der *Romantiker*, und Grossi unternahm es, sie in einer Epopöe, die vor zwölf Jahren unter dem Titel: „Die Lombarthen bei dem ersten Kreuzzuge“ erschien, zu verwickeln. Groß war die Erwartung von diesem Gedichte, weil Grossi schon früher Dichtungen von höchster Schönheit herausgab. Auch hatte Manzoni, der den *Romantikern* geneigt und ein guter Freund von Grossi war, die Sage verbreitet, daß die Lombarthen bei dem ersten Kreuzzuge den Tasso im Vergessenheit bringen würden. Die Galle der *Romantiker* war nämlich ge-

sonders gegen Tasso gerichtet, den sie als affectirt ausschrien, als ein Sklaven unvernünftiger Regeln und als den Vater der conventionellen Poesie, welche in Italien und Frankreich fast zwei Jahrhunderte geherrscht hatte. Das Gedicht erschien, und man hatte darin nicht ungewöhnliche Schönheiten zu bewundern; hauptsächlich gefiel die Erfindung einiger Charaktere und die Entwicklung gewisser Leidenschaften; gefielen die Schilderungen der Zeiten und die zauberartigen Beschreibungen von Orten und außerordentlichen Begebenheiten. Allein bei Allen hat ihn doch die Nation beinahe vergessen. Ein deutlicher Beweis, daß in Italien nie jene Poesieen aufkommen werden, welche in den wesentlichen Charakteren des Schönen, wie es die Italiener empfinden und auffassen, abweichen. Grossi war in seinem Gedichte ganz treu nach der Geschichte und Chronik verfahren, hatte die Sitten der Kreuzfahrer nach der Wahrheit gezeichnet, nämlich rauh, wild, geeignet zu blutigen Thaten und Verbrechen und voll thörichten Uebermens. Diese Darstellungsweise fand aber bei dem italienischen Leser keinen Beifall; denn er verlangt in der Epopöe ein an sich schönes und würdevolles Factum und edle Charaktere; und selbst in der Beschreibung von Gewaltthaten, von Verbrechen und dem Ungestüm der Leidenschaften verlangt er ein ideales Licht, welches den Gegenstand leuchtet und erhebt. Das große Geheimniß der Kunst besteht gerade darin, daß man diese Idealität mit der wahren und einfachen Natur verbinden wisse, wie Dante, vielleicht besser als jeder andere bekannte Dichter, gethan. Es mißfiel auch der Nation der Mangel an Einheit, die geringe Harmonie der Theile mit dem Ganzen, das Mißverhältniß der Episoden, die mangelhafte Begründung und Motivirung des Einzelnen der Handlung. Es mißfiel endlich der Bau des Verses, dessen Einfachheit zu oft an Nachlässigkeit grenzt, dessen Wohlklang nicht die Mannigfaltigkeit und das Kunstreiche der großen Meister erreicht; und überhaupt hatte man an dem Style allerlei Mangelhaftes entdeckt. —

Der Kampf zwischen den Classikern und Romantikern hat sich nur zu Tage gelegt, denn aus ihrer Mitte erhob sich eine Anzahl verständiger Schriftsteller, die das Wahre sowohl, als auch das Uebertriebene beider Parteien erkannten; und in dieser Anzahl besteht der Glanz der gegenwärtigen italienischen Poesie, und auf ihren Schülern beruhen die noch größeren Hoffnungen der Nation. Manzoni selbst, sowohl begrüßt als Fürst der Romantiker, hat in der Anwendung mit Rücksicht seine theoretischen Grundsätze gemildert. In den Tragödien, so er geschrieben, hat er jenes Maß und Ziel beobachtet, außer dessen Grenzen es unmöglich ist, den Italienern zu gefallen; und die alten aristotelischen Gesetze überschritt er nur in so fern, als es nöthig ist, um mit Wahrheit und Wirklichkeit ein großes dramatisches Concept zu entwickeln; in seiner Lyrik ist er stets edel, geschmückt mit Eleganz, umgeben mit griechischer Anmuth, blühend mit Bildern, regelmäßig und geordnet auch in dem Drange der poetischen Begeisterung, mit jedem Worte, nach italienischem Sinne inspirirt. —

Monti ist mit Unrecht als classischer Dichter ausgerufen worden, denn die *Mascheroniana*, der Barde des Schwarzwalds, die Gracchen und andere seiner Schöpfungen können mit vollem Rechte romantisch genannt werden. Allein da er viele mythologische Dichtungen publicirt und Italien mit einer anstaunenswerthen Uebersetzung des Homer beschenkt hatte, so kämpfte und schrieb er zur Vertheidigung von jener sowohl als von dieser gegen die Romantiker. Uebrigens konnte sich Monti, ein Jüngling von Morcelli, von Visconti, von Gurici und Zamagna, seiner ausgedehnten Gelehrsamkeit in den griechischen und lateinischen Classikern nie so viel entschlagen, als es nöthig gewesen wäre, um zu größerer Originalität zu gelangen. Jedenfalls ist Monti aber der wunderbarste Geist und der gewandteste Verkünftler, den Italien von Ariosto bis zu den heutigen Tag gesehen; die Mannigfaltigkeit, Biegsamkeit, Durchsichtigkeit und Leichtigkeit seines Styles können nicht übertroffen werden. Allein in ihm herrscht das Gefühl des plastisch Schönen oft über das Gefühl des subjectiv Schönen. Da er in Zeiten voll großer Ereignisse lebte, so schilderte er sie mit Lebendigkeit, aber eher als Künstler, denn als tiefbewegter Mensch, eher als Zuschauer, denn als Selbstdarstellender. —

Der Skepticismus, der fast während eines Jahrhunderts über das cultivirte Europa herrschte, und noch heute, wenn nicht in der Speculation, doch wenigstens in der Praxis einen bedeutenden Theil seiner Macht behält, hat auch auf die italienische Literatur seine Dämmerung und Meinungen reflectirt. Ja, Italien ist die einzige Gegend, in der sich die kritische Epoche zweimal erneuert hat, nämlich in dem Jahrhunderte von Augustus und zu unserer Zeit. Wer immer aber sorgfältig die Analogieen und Unterschiede auffuchen will, die sich zwischen den beiden Epochen offenbaren, wird finden, daß sich die neuere von der alten hauptsächlich unterscheidet durch ein Gefühl von Traurigkeit und durch eine unüberwindliche Unruhe, welche die ganze Seele ergreift und durchdringt, so daß die Zerstreuungen und Orgien der neueren Epikuräer fortwährend gestört und getrübt werden. Ugo Foscolo schloß die letzten Briefe von Jacopo Ortis und sein Gedichtlein über die Gräber viele Jahre vor Byron und machte das Vorspiel zu den traurigen und trostlosen Inspirationen des englischen Bardens. Er hatte gleichfalls Gefallen an den Leiden und an der Trostlosigkeit des Gemüthes, an der Beschreibung furchtbarer Unfälle, schreckenvoller Morden und unheilbares Jammers. Leopardi, ein trefflicher lyrischer Dichter und Prosaisker unter den besseren des Jahrhunderts, hat sowohl Foscolo als Byron, durch den Trauerklang seiner Musik und durch den Ausdruck von Schmerz und Verzweiflung, der sich über alle seine Compositionen verbreitet, übertroffen. Nicht zufrieden, den Geschehnissen in seinen Versen zu fluchen, wollte er noch philosophiren und schuf in einem Buche, das den bescheidenen Titel von „*Operette morali*“ trägt, eine eben so geistreiche und leidenschaftliche als po-

ore Theorie, um zu beweisen, daß mitten unter den unendlichen
 usungen des Lebens nur der Schmerz wirklich und unvermeidlich
 — Der Skepticismus hat in Italien auch heute jenen absoluten
 unbeugsamen Charakter beibehalten, den er vor Aitem hatte. Nie
 den sich weder in Foscolo, noch in Leopardi, noch in Guer-
 razi, noch in irgend einem anderen italienischen Schriftsteller ähnli-
 e Art jene Schwankungen und jene Aengstlichkeiten des Zweifels,
 Uebergänge von der Ungläubigkeit zum superstitiosen Glauben, wie
 es häufig bei Goethe und Byron der Fall ist. Die Negation
 ardi's ist universell und complet; Foscolo behält einige Hoff-
 ng auf das künftige Schicksal der Menschheit, und Guerrazzi
 auf die Wiebergeburt seines Vaterlandes. —

Alfieri, welcher sein ganzes Leben lang umhergetrieben ward
 ischen seinen republicanischen Gedanken und seinen aristokratischen
 rbenzen, zweifelt nie in seinen Schriften, nie deutet er auf die Ver-
 ruhigungen seiner Vernunft zwischen dem Philosophismus seiner Zei-
 und den geheimen Gefühlen des Gewissens, die ihn zu den Ge-
 nken des Unendlichen erhoben. Ein festes Vertrauen auf die nächste
 rwirklichung der Herrschaft der Vernunft und der politischen Frei-
 nach Art von Sparta und Rom, gibt die Form zu all' seinen
 rken. Casti dagegen, der mit 80 Jahren, wo er sich kaum noch
 den Weinen halten konnte, in eine republicanische Verschwörung
 en das Leben Buonaparte's trat, verhöhnte in den *Animali*
galanti alle politischen Secten jeder Farbe; und wenn er mit bei-
 der Satyre gegen die Könige und Höfe verfuhr, so schonte er nicht
 Jacobiner und die Demagogen. In den *Novelle galanti* und
 dem praktischen Leben bekannte er sich zu dem frohen und ausge-
 Tenen Skepticismus aus den Zeiten von Augustus; allein sein allzu
 kes Behagen, das er an dem Verlachen der heiligen Dinge und an
 Standalisirung der Schamhaftigkeit der Gesellschaft findet, beweist
 Anstrengung und die Reaction, welche die neueren Epikurder gegen
 Religiosität und den Ernst der christlichen Erziehung, welche die
 italischen Gefühle der gesammten Menschheit wieder tief gestählt hat,
 freunden müssen. —

Mit der Veränderung der Ideen, mit der Erneuerung des reli-
 gen Gefühles, mit dem Geschmack an einer ernstern, edleren und
 hrteren Philosophie der Geheimnisse des Geistes und Herzens ver-
 ndelt sich auch die Poesie in Italien, wie anderswo, mit dem Unter-
 iede jedoch in Bezug auf Frankreich, daß hier das religiöse Gefühl
 her bei den Schriftstellern eher eine Mode, als eine Ueberzeugung
 ein tiefer Affect zu nennen ist, wogegen in Italien die aufrichtige
 leidenschaftliche Umwälzung der Ideen und Gefühle klar hervor-
 ichtet in allen Schriften. Die heiligen Hymnen von Man-
 ni, die vielleicht die einzigen Dichtungen sind, welche in unseren Ta-
 n aus den Herzen geflossen, die einzigen, welche den alten darin glei-
 en, daß sie vielmehr eine nothwendige Wirkung der Fülle des Affe-

tes, als eine Meditation der Kunst sind, jene heiligen Hymnen sage ich, rührten in Italien nicht Viele bei ihrem Erscheinen, geschweigen, weil die Gemüther nicht aufgelegt waren, ihre Begeisterung zu empfinden und daran Theil zu nehmen; allein jetzt, da allmählich der Sinn der religiösen Frömmigkeit wieder erwacht, werden jene Poesien außerordentlich bewundert und zum Ueberflusse nachgeahmt, da sie erscheinen als eine Offenbarung einer vergessenen Schönheit und einer erloschenen Leidenschaft. —

Die allgemeine Tendenz der Poesie und der Wissenschaft in der Halbinsel geht aber dahin, sich mehr und mehr national und selbstthümlich zu machen, das Conventionelle abzulegen, sich von gewöhnlichen gesetzwidrigen oder für die Zeit unpassenden Regeln loszumwinden, die Neuheit in den Neuerungen unserer Epoche und unserer Gedanken zu suchen, die Wirksamkeit in der Tiefe des Affectes zu glauben, und möglichst die ausgedehnte Weisheit des Jahrhunderts zu umfassen. In allen Werken gebundener oder ungebundener Rede entdeckt man eine bestimmte Absicht, zu einem moralischen, hohen und italienischen Zweck zu gelangen. Gewisse Funken von Originalität und echter Begeisterung lassen sich in verschiedenen Compositionen von Jünglingen bewundern. Man erblickt im Grunde der Gemüther ein Bemühen um eine Umwandlung, die eine ernste, einheimische, der neueren Cultur und des alten italienischen Ruhmes würdige Literatur verspricht; und die Erwartung wird nicht getäuscht werden, wenn die noch nicht besiegte Trägheit, wenn die Weichlichkeit und Unbeständigkeit der Sitten, wovon ich oben gesprochen, kräftigeren, thätigeren und ausharrenden Sitten Raum geben werden, wozu es auch den Anschein hat. Italien (ich verstehe hier den denkenden und edlen Theil davon) lebt in Traurigkeit, und aus der Traurigkeit entsproßt die Poesie mehr als aus der Freude; Italien verabscheut die Gegenwart und erhebt zum Himmel die Vergangenheit und träumt von einer glücklichen Zukunft; die Kunst lebt aber gerade in den schönen Phantasieen der Vergangenheit und der Zukunft. —

Indem wir kurz die verschiedenen Arten der Literatur berühren wollen, sagen wir, daß bei den Italienern mit der Verringerung der Sucht nach Müßiggang und Lustbarkeit auch die komischen Dichtungen beinahe erloschen. Anelli, Pananti, Guadagnoli, Jerratti, die noch ausgezeichnet sind in jener Sorte von Compositionen und vorzüglich die beiden Ersten, haben keine Leser; Casti lebt noch wegen seiner unendlichen Witzigkeit, wegen des Reißenden der politischen Satyre und wegen der Licenz seiner Erzählungen, die den Leidenschaften vieler Leser schmeichelt. Gleicher Weise fielen die Sermonen, die Episteln und die didaktischen Gedichte; man findet Mißfallen an ihrer Doppelnatur, die nur dazu geeignet sei, die Armut der Erfindung zu demaskiren und der Form den Vorzug über die Ideen und der gewöhnlichen Rede über die Sprache der Leidenschaft einzuräumen. All' der Zauber des Styles und der Schilderung

des Arici haben nicht vermocht, seine Pastorizia und andere Gedichtchen von der Vergessenheit zu retten. —

Hinsichtlich der dramatischen Poesie ist der Vorherr eines Goldoni, eines Metastasio und Alfieri noch nicht auf würdige Art irgend Jemandem ererbt worden; doch weiß ich nicht, ob jenseits der Alpen bessere Tragödien geschrieben werden, als die Medea von Alfieri, als die Francesca von Pellico, als die Adelfrau von Manzoni und als einige andere von Niccolini und Carcano. Es ist hier nicht der Ort, auseinanderzusetzen, welche Ursachen verhindert haben, daß Italien das Höchste der Kunst in Bezug auf theatralische Poesie nicht erreichen konnte; allein wenn es hierin hinter anderen Nationen nachstehen muß, so kann ich nicht verschweigen, daß die Kritik von Schlegel gegen das italienische Theater im Allgemeinen streng und zuweilen völlig ungerecht ist. —

Die neueren dramatischen Dichter haben übrigens diesen Vortheil im Vergleich mit denjenigen von Frankreich, daß während man da nur auf die Komödie bedacht ist, Komödien mit großer Verwicklung zu schreiben, während die Tragödien, die ganz arm an Erfindung der Charaktere und dagegen überreich an scenischen Puncten sind, daß, sage ich, in Italien sowohl Komödien als Tragödien so angelegt werden, daß sich hauptsächlich die Charaktere entwickeln können, aus welcher Entwicklung alsdann erst die scenischen Puncte sich entspinnen und nicht vice versa. —

Der Nationalgeist, welcher sichtbar mit jedem Tage in der Halbinsel zunimmt, hat auch fast völlig die in Dialekten geschriebene Poesie verdrängt; allein es wird lange dauern, bis die Offenheit, Munterkeit und Ungezwungenheit jener Poesie völlig in die in der höheren gemeinsamen Sprache geschriebenen Compositionen übergeht. Mehrere Compositionen eines Meli, Calvi, eines Porta und Buratti sind in solcher Beziehung wahre Meisterstücke. Auch die Improvisatoren verlieren an Credit und Zuhörern, und jene literarische Verwegenheit, welche vormalig so großen Enthusiasmus und Verwunderung erregte, scheint nun als kindisch, unpassend und verderblich. Das Aergerniß, das das Haupt von Corinna und von Perfetti den Kranz von Petrarca und Tasso gesetzt zu haben, kann sich nicht mehr erneuern. Immerhin legen Gianni und Sgricci in der neueren Geschichte ein schönes Zeugniß ab von der lebendigen, reichen und glühenden Phantasie der Italiener. —

Da bei der großen Menge jener Enthusiasmus des Glaubens und der tiefen Affecte mangelt, welcher die Quelle für die höhere Poesie ist, so richtet sich, nach Vico, erbaut an dem Unmöglichen, Wahrscheinlichen, so erheben sich, statt der Epopöen, die Romane, welche durch die Schilderung der seltsamsten Schicksale des Lebens zum Theil das Verlangen nach dem Wunderbaren stillen und das Gemüth rühren mittelst der Darstellung von Leidenschaften, die entweder unsere eigenen sind, oder in die wir leicht gerathen können, oder die wir täglich vor Augen sehen. In Frankreich nun, wo das Leben, das man in der

Hauptstadt führt, fast nothwendiger Weise ein romanhaftes ist wegen der Mannigfaltigkeit der Menge und wegen des Tumultes der Begebenheiten — in Frankreich, wo die Beobachtung der Sitten, der Charaktere und der äußeren Form der Leidenschaften so fein ist, mußte der Roman in unseren Tagen eine absolute Oberherrschaft über alle andern Zweige der Literatur gewinnen. In Italien dagegen, wo das Leben monoton und einfach ist, kann diese Art von Composition nicht blühen. —

Weit besser gedeiht da der historische Roman. Allein ich freue mich nicht darüber, denn diese Art, die halb Prosa halb Vers ist, halb Poesie, halb Geschichte, halb Erzählung, halb Drama, scheint mir nicht eine der glücklichsten Erfindungen unserer Zeit zu sein, und ich glaube, sie ist dem Geiste der Italiener wenig zusagend. Zwar haben die Verlobten von Manzoni an Schönheit das Beste der Romane von Walter Scott erreicht und in dem Romane eine neue Art geschaffen, die nach einem höheren moralischen Zwecke geht und die Erfindung des Dichters mit der Wahrheit und Wirklichkeit der Geschichte vereint; allein viel besser als dieses Streben wäre es gewesen, wenn Manzoni eine ganz eigenthümliche Schöpfung hervorgebracht hätte, und nicht eine solche, die zur Hälfte englisch und zur Hälfte italienisch ist. —

In der Latinität sind zwar heutiges Tages wenige eifrige Pfleger und Beförderer, allein diese Wenigen erheben sich zu den gelehrtesten und elegantesten in Europa. Im Griechischen ist eine große Arthemuth und noch mehr in den orientalischen Sprachen. Die Alterthumskunde und Erudition sind Studien, die einen gedeihlichen Fortgang haben, und die Italiener würden darin die anderen Nationen übertreffen, wenn sie es verstünden, sich zu beleben und zu vergrößern mit dem philosophischen Geiste, wovon die Deutschen so schöne Beispiele geben. Allein das liebste, cultivirteste und vielleicht das glücklichste Studium des heutigen Italiens ist die Geschichte; was zugleich ein günstiges Zeichen der Wiedergeburt und des Nationalgeistes ist. Denn unter fünfzig vorhandenen historischen Schriften wird man kaum etwa drei oder vier finden, die nicht Italien angehören, und im Allgemeinen sind sie in gutem Style, in passendem Ernste und mit Liebe zur Wahrheit verfaßt. Die Fähigsten bemühen sich, die Weise von Livius mit jener von Thukydides zu vereinigen, wie eben Machiavelli gethan. Senes kalte und kleinliche Erzählen von Hume in kanzelmäßiger Ordnung und mit vielen politischen und metaphysischen Meditationen über die allgemeinen Ursachen und über die besonderen Motive der Facten, kann den Italienern nicht einleuchten. Botta, ein mittelmäßiger Denker, aber von wahrhaft beredter Natur, hat in seinen drei Geschichten eine solche Schönheit in Rede und Anreden und Beschreibungen, ein solches Feuer in den Worten, mit denen er großmüthige Handlungen bezeichnet oder Schlechtigkeiten stellt, daß er hierin hinter keinem Aelteren zurücksteht und von keinem Neueren übertroffen wird. —

Versuchen wir nun, etwas zu sagen über die freien Künste und alten Zeiten mit den neuen in Vergleich zu ziehen, so werden wir sehen, daß in jenen Italien, obwohl getrennt in dreißig und noch mehr Staaten, doch vollkommen einig war in Bezug auf Künste und Wissenschaften. Obgleich die Reisen umständlich, mühsam und gefahrvoll waren, so durchzogen dennoch die Künstler die Halbinsel von einem Ende bis zum anderen; sie besuchten sich, wetteiferten mit einander, und ihr bewegtes, thätiges und mit vielfältigen Schicksalen durchführtes Leben trug mächtig dazu bei, ihren Geist zu erweitern und zu kräftigen. Und so hatten die Trennungen und die inneren Verschiedenheiten, die damals zwischen Staat und Staat sich einstellten, das Gute sich, daß sie die unendliche Individualität des Genies entwickelten. —

Heut zu Tage aber kennen die neapolitanischen Künstler manchmal kaum den Namen der lombardischen; während ehemals sämtliche Völker Italiens als Kunstrichter und Censoren auftraten, so zeigen heute bloß jene der betreffenden Provinz; sie gehen überdies oben und sind geneigt, ihren Künstlern das Lob der Vortrefflichkeit zu spenden; jene nehmen es an, glauben daran und ruhen aus auf leicht erzielten Lorbeeren. Ich will hiermit nicht behaupten, daß diese Isolation seit einigen Jahren desfalls nicht abnehme, man bemerkt selbst schon gute Früchte davon; ich sage nur, daß noch Vieles zu thun übrig bleibt, — um jene unermüdlige Thätigkeit und fortgesetzte Emulation und Rivalität der Künstler des 16. Jahrhunderts zu erreichen. Bei jenen fanden sich noch glühende Affecte und starke, kühne Charaktere; die Liebe, welche sie für das Studium des Schönen hatten, scheint heute erloschen; allein Vasari bezeugt Alles auf's Klarste, und der Enthusiasmus ging wunderbar über auf das Volk und auf die Großen, die Cardinäle und Päpste. Bei jenen waren die Regeln nicht tyrannisch, denn sie selbst gaben und änderten sie. Zu unserer Zeit mangelte die Liebe zum Schönen an jener Laueheit, die auch alle anderen Leidenschaften entkräftet; die Beispiele der Classiker sind zu häufig; der Begier der Nachahmung ist zu breit und zugänglich; die Vorschriften verengen den Geist, wie die Gewissensscrupel eine bigotte Seele. Aus diesem Allen folgt, daß die italienische Kunst der jetzigen Zeit mehr conventionell ist, als sie sein sollte; sie malt und bildet ein vorgefaßtes idealisch Schönes, das heißt, sie idealisirt nicht auf mannigfaltige Weise die Natur, die sie vor Augen hat, sondern paßt jener ihren schon vorgefaßten Typus an, so daß sie dieselbe transformirt und uniformirt und so vieler Originalität und vieler Wahrheit beraubt. Daher fallen die Producte solcher Nachahmung allzu oft monoton und kalt aus; überall gewahrt man eine gewisse slavische Unterwürfigkeit unter die traditionellen und nicht selten gesetzwidrigen Regeln; überall dieselben Linien zum Contraste, dieselben pyramidalen Gruppen, eine affectirte Geschmeidigkeit, mit einem Worte eine Kunst, die, wie Dante sagt, der Natur Enkelin, aber nicht Tochter ist. Bei dem Allen darf ich nicht verschweigen, daß dieselbe glückliche Neuerung, die sich in den

Wissenschaften bemerklich macht, auch in den freien Künsten und hauptsächlich in der Malerei, die derselben nöthiger hatte, zu erscheinen beginnt. Anez, Bezoli, Paoletti, Sabatelli, Schiavoni, Podesti und einige Andere versprechen ihrem Vaterlande einen lebenden Ruhm.

Die Kupferstecherkunst, die Sculptur und Musik sind, wenigstens in Vergleich mit anderen Ländern, zu schöner Blüthe gelangt. Canova goß bei seiner Magdalena auf wunderbare Weise die christliche Idee in die griechische Form. Thorwaldsen, ein Däne (an dem großem Verdienste auch Italien Antheil hat, indem er als Jüngling dahin kam und aus der dort bewirkten Wiederherstellung des guten Geschmacks Nutzen zog), hat, in den Fußtapfen von Canova, mit welchem Glücke mehrere christliche Gegenstände bearbeitet. Seine Statue des Erlösers ist eine der glücklichsten Auffassungen der neueren Kunst und ebenso günstig darf man sprechen von der Liebe von Bartolini. Anderseits geht das Streben von Finelli und Teneroni dahin, die Sculptur wieder zu jener anmuthsvollen und lieblichen Einfachheit des Donatello und Ghiberti zurückzuführen, von welcher selbst Canova sich zuweilen zu weit entfernte. —

Was die Musik betrifft, so ist es eine Thatsache, daß die Deutschen den Italienern die Palme in der Wissenschaft der Harmonik und in der Instrumentation abgenommen — zwei Dinge, die gleichfalls Seele und Form erhielten zuerst von Palestrina, alsdann von Marcello, von Tartini, von Corelli, Porpora, Martini, Clementi und Anderen. Allein in Bezug auf die Melodie und den Gesang sind die Italiener noch die Meister. Bellini ist meines Erachtens groß, weil er die Kunst zu jener Einfachheit zurückgeführt hat, die wir bei den Alten bewundern, welche mit ganz geringen Mitteln Leistungen von außerordentlicher Art und von größter Wirklichkeit hervorzubringen wußten. So versteht es Bellini, mittelst der einfacheren Sätze und mit geringem Aufwand der Instrumentation, der Contraste, geräuschvoller Crescendo's, bizarrer und neuer Spiele des Diskants, dem Zuhörer Thränen zu entlocken und dessen ganze Seele zu Innersten zu rühren. —

VII. Von Italiens Zukunft. Der gegenwärtige Zustand Italiens ist seiner Natur nach gewaltsam und precär, denn, wie wir schon oben bemerkten, keine der jetzigen Regierungen Italiens lebt in eigenem Leben und erhält sich durch innere moralische Kraft. Das nun ganz unmöglich scheint, daß die heutige wachsende Civilisation und politische Lage Europas den italienischen Regierungen die Kraft und die Mittel gewähren, in der Halbinsel das hartnäckige Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit zu unterdrücken, so wird die Zeit dieser beiden Dinge zur Reife bringen, nämlich: entweder entschließen sich die Regierungen, das zunehmende Bedürfniß der öffentlichen Garantien und der Nationalität zu befriedigen, oder es brechen sich kühnere Versuche der Insurrection los. Allein um wie viel auch die

be besser und wünschenswerther ist, als das Zweite, so ist es doch
 so wenig zu hoffen, indem jene Regierungen, die schnelle Hülf-
 österreichischen Waffen nicht bezweifelnd, sich nicht um die Wün-
 und die wiederholten Manifestationen der öffentlichen Meinung
 kümmern. Ueberdies ist zu bemerken, daß sie sehr wohl fühlen, daß
 halben Concessionen, die, den Anforderungen der Zeiten gemäß,
 vielen Regierungen des Norden gegeben worden, die Italiener
 temporär zufrieden stellen und in Bälde in ihren Händen zu
 und Werkzeugen größerer Ansprüche werden würden. —

Indessen überzeugt sich nach und nach, zum großen Glücke für
 alien, ein Jeder von dieser allgrößten Wahrheit, daß die italieni-
 e Regeneration nicht Statt haben könne ohne den wirksamen Zusam-
 tritt der Massen, und daß deshalb das Streben aller Rechtschaf-
 ten auf die moralische und intellectuelle Erziehung des Volkes gerich-
 werden müsse. Noch eine andere Ueberzeugung scheint in den
 muthern Wurzel zu fassen, nämlich diejenige, daß man, um das
 mit sich fortzureißen und es zum Guten zu stählen, an seinen
 fühlen, Affecten und Meinungen Theil nehmen müsse; denn jene
 feste und jene Meinungen, die sie in ihrem Inneren bewahren, ma-
 die instinctmäßige Natur des Menschen aus und sind die Quelle
 edelsten Leidenschaften, der großmüthigsten Auffassungen und der
 habensten Begeisterungen. Diese soll man daher nicht verachten, noch
 kämpfen, sondern sie reinigen von vielen Irrthümern und abergläu-
 zig Vorstellungen und sie befreien von den verderblichen Gewohn-
 ten der Sklaverei, der Dürftigkeit und Trägheit. In Toscana,
 der Lombardei und in anderen Provinzen ist man nun sorgfältig
 acht auf die Errichtung der Sparcassen, auf diejenige der Lan-
 ster'schen Schulen und der Kleinkinderbewahranstalten,
 die Eröffnung von Instituten für Kunst und Industrie, auf die
 tige Belehrung des Landmannes in der Landwirthschaft, auf die
 rausgabe volksthümlicher Journale und Bücher zum Unterrichte und
 ernügen des Volkes und auf andere wirksame Mittel zur Erzie-
 ung und Hebung der ärmeren Classen. Auch in der Poesie, in den
 künsten und in dem Style erblickt man die Tendenz, sich dem Ver-
 andnisse des Volkes zu nähern und sich an seinen Affecten zu er-
 demen. —

Die Liberalen fangen gleichfalls an, sich mit einer Wahrheit zu
 freunden, die beim ersten Anblicke ganz unangenehm ist, mit derje-
 gen nämlich, daß die moralische Reform bei ihnen selbst beginnen
 müsse, und daß die alten Meinungen, die zur Zeit der französischen
 revolution entstanden, einer durchgreifenden Modification und Aus-
 hebung bedürfen. Die Begebenheiten in Spanien scheinen zur ge-
 trigen Zeit eingetreten zu sein, um zu zeigen, was in unseren Ta-
 en der revolutionäre Geist der französischen Convention und der
 Terroristen vermöge, welcher Geist, da er nothwendiger Weise der
 Energie, des Enthusiasmus und der übergroßen Hoffnungen der Zeit,

in der er ward, ermangelt, nur seine Ohnmacht und seine Falschheit in vielen seiner Principien blicken läßt. Und weil die gegenwärtige Generation allzu sehr den Nachtheil des Scepticismus und der moralischen Schläffheit der Encyclopädisten empfindet, so wendet sich die Aufmerksamkeit der besseren italienischen Liberalen heut zu Tage darauf, daß sie die neue Jugend nach strengeren Grundsätzen erziehen, sie zu besseren Gewohnheiten anhalten und in ihr Herz hauptsächlich den Liberalismus des Evangeliums pflanzen und eine Moral, die eher auf das Gefühl als auf die Theorie gebaut ist. Dieses hat aber zur Folge, daß Italien, seit mehreren Jahren, keiner sonstigen gebildeten Nation nachsteht in der Menge und Güte der pädagogischen Schriften. —

Wenn es wahr ist, daß der kranke Körper nur geheilt werden kann durch Anwendung von solchen Mitteln, die der Ursache des Uebels entgegen sind, so kann sich Italien, welches wegen Uneinigkeit, wegen Immoralität und aufgelöster Zucht ohnmächtig ward gegen das Fremde und gegen einheimische Tyrannei, welches ferner zerstückt durch die noch bitterere Wirkung der Sklaverei, die in der Stumpfheit, Weichlichkeit und Muthlosigkeit besteht — so kann sich Italien, sage ich, nicht mehr zu seinem früheren Glanze erheben, außer durch Einigkeit, Moralität und Zucht, durch Kraft des Geistes und durch Zutrauen zu sich selbst. Diese Wahrheit sehen die Verständigen täglich mehr ein und verkündigen sie, wie sie nur können. Sie bemerken auch, daß alle erwähnten Eigenschaften, die zur Wiedergeburt Italiens erforderlich sind, dergestalt unter sich zusammenhängen, daß es fast unmöglich ist, einige derselben zu erlangen und andere zu vernachlässigen. So erfordert z. B. schon der feste Wille, Geist und Herz des Volkes zu bilden, daß, zur Verbesserung der Moral, an die Stelle der sinnlichen und frivolen Beschäftigungen andere von edlerer Natur und von einer lebendigeren Anregung gerückt werden. Eben so ist Jedermann einleuchtend, daß die Erziehung des Volkes, die durch die thätige und beharrliche Mitwirkung der unterrichteten und wohlhabenderen Classen fortgeschritten ist, die bürgerliche Eintracht sichert, und daß diese auf wirksame Weise vorbereitet zur Disciplin und zum Zutrauen auf die gemeinschaftlichen Kräfte. Aber diese letztere Eigenschaft wird sich ferner vergrößern nach Maßgabe als in der großen Menge die Kenntniß der vaterländischen Geschichte zunehmen wird; und der Himmel weiß, zu welchem Grade von Indolenz und von eigener Geringschätzung die Italiener gekommen wären, hätten sich nicht die Denkmale der vergangenen Zeiten und die Stimme der Geschichte, die Meisterwerke der Kunst und die Traditionen und Erinnerungen jeder Art erhoben als nie schweigende Ankläger ihrer Laster und ihrer Schläfrigkeit. — Was die Einigkeit betrifft, welche die wichtigste der erforderlichen Bedingungen zur Wiederherstellung des italienischen Ruhmes ist, so zeigt sich hierin heut zu Tage ein so rascher und offender Fortschritt, daß er völlig zur besten Hoffnung berechtigt. — Und hinsichtlich der intellectuellen Einigkeit behaupte ich, daß das fortge-

te und besser begründete Werk der Journale in Kurzem jene betrübenden Ursachen beseitigen wird, die wir als den leichten und häufigen Austausch der Ideen hemmend bezeichnet haben. Man darf sagen, daß der Journalismus eine kräftige Pflanze ist, die heut zu Tage, vermöge einer besonderen Beschaffenheit der bürgerlichen Atmosphäre, in jeder Art von Erdreich keimen und sich vervielfältigen kann. So zählt Italien, trotz einer der strengsten, der launenhaftesten und sophistischeren unter den Censuren, trotz der spärlichen Anzahl der Leser in den unteren Classen und endlich trotz der großen politischen Unthätigkeit, der Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten des Staates, so wie der Einförmigkeit und Monotonie des Lebens, dennoch zu dieser Stunde gegen zweihundert Journale, die fast sämmtlich innerhalb weniger Jahre entstanden sind. — Ich bin zwar der Ansicht, daß der Journalismus, wie er heut zu Tage ist, der Gründlichkeit der Studien, der Strenge der Kritik und der gehörigen Reife ernster und durchdachter Werke weit mehr schade, als nütze; allein außerdem daß der Journalismus (ich spreche hier von dem literarischen) das Wissen verallgemeinert und popularisirt, die Schriftsteller daran gewöhnt, den Tadel zu ertragen und den Geschmack, die Ansichten und Anforderungen des Publicums genauer kennen zu lernen, so ist auch unbezweifelt, daß er auf wirksame Weise den Austausch der Ideen unterstützt. Auch fängt man bereits an, in Italien einen Vortheil davon zu verspüren, und während die piemontesischen und lombardischen Schriftsteller den sicilischen und neapolitanischen, und diese jenen früher fast völlig unbekannt waren, kann heute jede Provinz Italiens von demjenigen Kenntniß nehmen, was man in allen übrigen denkt und schreibt. Früher hatten die noch nicht berühmten Literaten als Zuhörer und Beurtheiler bloß die eigene Vaterstadt oder einige wenige in der Nachbarschaft: daher erfuhren sie dann entweder übertriebenes Lob, oder böswilligen, ungelehrten Tadel; heute dagegen fällt jeder italienische Schriftsteller der ganzen Nation in die Augen und erfährt ihr Urtheil: daher wird sowohl Lob als auch Tadel billiger und umsichtiger. Danebst geschehen auch noch andere Versuche, um die Geister sich zu nähern, und in ihre Ausarbeitungen eine gewisse Einheit und Gleichartigkeit zu bringen. So hat der Marchese Ridolfi aus Florenz in Melegnano die alljährige Versammlung der Landwirthe veranstaltet; er ladet dazu alle Professoren und Liebhaber des Landbaues aus allen Theilen Italiens ein, und schon wird die Einladung mit Vergnügen angenommen. Der Fürst von Canino schickt sich an, in Pisa eine Vereinigung der Aerzte und Naturforscher aus den verschiedenen Gegenden Italiens zu veranlassen, welche Vereinigung, wenn sie auch der Wissenschaft nicht zu besonderem Vortheile gereichen sollte, doch zur Verbrüderung der Gelehrten der Halbinsel beitragen wird. Auch haben die Institute von Turin, Mailand, Bologna, Modena und Venedig bereits das Bedürfniß gefühlt, unter sich häufigere und thätigere Correspondenzen anzuknüpfen. —

Nehmen wir uns nun vor, von der moralischen Einigkeit der Italiener zu sprechen, so wird hier zu unterscheiden sein, ob man von den höheren oder den niederen Classen der Gesellschaft rede. In Bezug auf die ersteren darf ich wohl sagen, daß seit dem Falle des römischen Reiches bis auf die jetzige Zeit Italien nie so lebhaft das Verlangen nach Einigkeit und das Gefühl der Nationalität empfunden hat. Man lese die Journale und Bücher, man wohne den theatralischen Vorstellungen bei, man beobachte die Gegenstände, welche die Künstler zu ihren Werken wählen, man durchschau' die zahlreichen Gedichte, die täglich gedruckt werden, man höre die freundschaftlichen und vertrauten Unterredungen bei bürgerlichen Zusammenkünften: stets wird sich jenes Verlangen und jenes Gefühl geltend machen und sich zu erkennen geben unter dem verschiedenartigsten Anscheine, mit eben so schlauer als geduldiger und ausharrender Umgehung der Hemmnisse und Verdächtigungen der Censur.

Es sind noch nicht viele Jahre, daß man schon den Namen Italien aus den Schriften verbannen wollte, so oft wenigstens, als er sich mit den Ideen von Einigkeit und Nationalität verbinden konnte; heute aber sind solche Ideen so weit fortgeschritten, daß die Stimme der Wahrheit (*voce della verità*), ein wegen seiner fanatischen Intoleranz und wegen der Unterstützung, die es den übertriebenen Lehren des Absolutismus und der Theokratie gewährt, merkwürdiges Journal, den Titel führt: „*Giornale della Italia centrale*,“ und von Eifer glüht für all' dasjenige, von dem es glaubt, es trage zum allgemeinen Ruhme der Nation bei. Wenn die officiellen Journale von Neapel, Turin und Mailand von Dingen der Municipalität sprechen, so übersehen sie nicht, diejenigen hervorzuheben, die zur Verherrlichung und zur Hebung von ganz Italien beitragen können. Hinsichtlich der Romane, der Tragödien, Geschichten, der akademischen Reden und anderer Compositionen, in denen die Gesinnungen und Affecte der größeren Anzahl am Deutlichsten hervortreten, darf man wohl sagen, daß sie hauptsächlich folgende vier Begriffe hervorheben: Haß gegen den fremden Eindringler, einen betäubenden Vergleich zwischen der vergangenen Größe und dem gegenwärtigen Elende, den leidenschaftlichen Tadel der alten Zwietracht und des Municipalgeistes, und den kräftigen Wunsch, wieder eine Nation zu werden und unter den schützenden Gesetzen der Freiheit zu leben. —

In Bezug auf die niederen Classen muß man gestehen, daß diese Gefühle theils noch gar nicht in ihr Gemüth gedrungen, theils noch nicht so tief, als daß sie eine innere Nüchternung hervorgebracht hätten; wäre es anders, so hätte Italien zu dieser Stunde schon das große Werk vollbracht, nach dem es seufzt. Allein hier muß ich eine, unter allen jenen Fremden, die über die italienischen Angelegenheiten den bloßen Anschein nach urtheilen und die Sage Anderer nachsprechen, fast allgemein verbreitete Meinung widerlegen.

Jene glauben nämlich, daß die Völker der verschiedenen Provin-

Italiens sich unter einander bitter hassen und daß sie unfähig sind, sich zu vereinigen und zu verbrüdern zu dem kühnen Unternehmungen der gemeinsamen Unabhängigkeit. — Allein sie bedenken nicht, daß der Haß wie die Liebe eine starke Leidenschaft ist, die ein verhältnismäßiges Motiv erheischt, eine mächtige Ursache, die ihn erregt und erhält. Wenn sie aber nun den Blick auf Italien richten wollen, so werden sie Gottlob bemerken, daß die alten Ursachen des Hasses fast gänzlich erloschen und daß die ehemals so verschiedenen und sogar entgegengesetzten Interessen zwischen Provinz und Provinz heut zu Tage größtentheils gleich und versöhnend sind. Der Venetianer haßt nicht mehr den Genueser, als Rivalen seines Reichthums, noch der Genueser den Venetianer. Siena und Pisa, beide seit Jahrhunderten demselben Scepter unterworfen, haben keine Ursache mehr, Florenz zu hassen. Der Präsident de Brosses schreibt in seinen Reisen, daß er bemerkt, wie die Mailänder den Piemontesern fluchen und sie als ihre Nachbarn verabscheuen. Heute würden diese Nachbarn von den Mailändern als Brüder und Befreier empfangen. Das centrale Italien, nämlich das modenese, das parmesanische, die Kirchenstaaten und Toscana sind vermöge des Handels und der wachsenden Civilisation in solche Freundschaft getreten, daß der Unterschied der Gesetze, der Douanen, die Pässe und andere Hemmnisse nicht verwehren, daß diese Völker nicht eine einzige Familie ausmachen hinsichtlich der guten Verfassung, der Gleichmäßigkeit der Interessen, der Ideen und der Wünsche. —

Noch ist Einiges zu sagen über die Uneinigkeit, die zwischen Genua und Piemont und zwischen Sicilien und dem Königreiche Neapel noch zu walten scheint. In Bezug auf Sicilien ist zu bemerken, daß der Geist der Unabhängigkeit bei allen Inselbewohnern äußerst adhe ist, wie auch Irland ein lebendiges Beispiel davon gegenüber von England abgibt. Nichts desto weniger kann man anführen, daß im Jahre 1821, als die constitutionelle Charte in Neapel proclamirt wurde, die politische Bewegung, die in Sicilien losbrach, um es unabhängig zu erklären, sich nicht über Palermo erstreckte, und alle übrigen wichtigeren Städte der Insel entweder völlig entgegen, wie Messina, oder unthätig blieben. Allein der Fortschritt der Civilisation, der gesteigerte Verkehr und die wechselseitigen Mißgeschicke und Hoffnungen haben seit jener Zeit die beiden Völker einander näher gebracht, und man darf frei behaupten, daß der Haß und die Eifersucht von Seiten der Neapolitaner gänzlich erloschen ist (und dies schon lange), und daß er von Seiten der Sicilianer sich kaum noch auf einen kleinen Theil des niedrigsten, ungebildeten Pöbels erstreckt. —

Genua, wie schon anderswo bemerkt ward, ist entrüstet, sich zur Provinz einer italienischen Provinz reducirt zu wissen — einer Provinz, die sich weder seines Ruhmes, noch seines Reichthums, noch seiner Monumente zu rühmen vermag; allein daß dieses Mißvergnügen von Genua nicht gefährlich sei für die Unabhängigkeit und die Freiheit

Italiens, zeigte sich im Jahre 1821 auf mehrfach erhebliche Weise. Nachdem kaum die Revolte in der Garnison von Alexandria abgebrochen war, so rührte sich auch schon das genuesische Volk, aber nicht um zu schreien: „Viva la repubblica genovese“ und um eine unabhängige Regierung zu proclamiren; sondern es nahm gerne die constitutionelle Charte an, die in Turin als die gemeinschaftliche Garantie für beide Völker publicirt wurde. Nachdem aber die Oesterreicher in Piemont eingedrungen, nachdem die traurigen Nachrichten von Neapel eingetroffen und nachdem von allen Seiten die Hoffnungen der Constitutionellen gesunken waren, so hielten die Genueser den königlichen Gouverneur der Stadt als Geißel gefangen, bewaffneten eine zahlreiche Nationalgarde, liefen zu ihren Grenzen und hielten die Oesterreicher ab. Später gewährten sie vielen Ausgewanderten, die aus Piemont kamen eine gute Aufnahme, versahen sie mit Geld und setzten sie, nachdem sie ihnen die möglichste Herzlichkeit bewiesen, an Bord verschiedener Schiffe, die theils nach Frankreich, theils nach Amerika segelten. So wie dieses aber vollzogen war, entließen sie den königlichen Gouverneur aus dem Gefängnisse und übergaben seinen Händen wieder die Regierung der Provinz. — Daraus läßt sich nun wohl entnehmen, daß Genueser und Piemonteser als Brüder gegen den gemeinschaftlichen Feind stünden, und daß eine freie Regierung, die mit Gerechtigkeit unter den beiden Völkern die Ämter und die Wohlthaten vertheilte, den Municipalrost abreiben würde, der noch zwischen ihnen vorhanden ist. —

Doch will ich nicht behaupten, daß die verschiedenen italienischen Provinzen schon in jener moralischen Einigkeit stehen, wie sie es sehten. Hat sich in den unteren Classen auch Rivalität und Haß verloren, so ist doch nicht überall Liebe und Zutrauen an deren Stelle getreten, welche beide Gefühle nur aus einer innigen Bekanntschaft, aus einer völligen Wechselseitigkeit der Interessen und aus der vollkommenen Gemeinschaft aller Staatsanordnungen entspringen können. —

Andere Fremde betrachten die italienische Nationalität und Einigkeit als eine höchst schwierige und fast unmögliche Sache wegen natürlicher Hindernisse. In dieser Beziehung erkenne ich kein wesentliches Hinderniß, welches von der Natur hervorgebracht wäre, angenommen die höchste Individualität, welche, wie bemerkt, wenn nicht durch eine vernünftige und kräftige bürgerliche Erziehung gefördert und geleitet wird, in stolze Leidenschaft, in zornmüthige Eifersucht und in Anarchie der Meinungen und der Werke ausartet. Aber wie nun? Wird der Fortschritt der Civilisation die wilden Nationen zähmen, die verdorbenen bessern, den Mängeln des Klimas und der Unfruchtbarkeit des Bodens abhelfen, den Aberglauben austrotten, die Uebel des Krieges mit jedem Tag verringern, die Ungleichheit der Classen wegschaffen, wird er tausend andere Wunder wirken können — sollte er nicht auch vermögen, die Italiener zur Eintracht und Disziplin zu gewöhnen? Liefert hiervon ihre Geschichte nicht schon zahlreiche Beispiele? Und warum könnte dasjenige, was eine Provinz vermocht hat

icht auch von allen bewirkt werden? Und warum wird dasjenige, was tom in seiner Weisheit während mehrerer Jahrhunderte zu thun standen, nicht ferner durch die Einsicht und die Erfahrung hervor- bracht werden, welche die Italiener sowohl aus dem eigenen Unglücke, als auch aus dem Beispiele der anderen benachbarten Völker geschöpft haben müssen?

Und wie könnte man sagen, daß die Natur der italienischen Ei- gkeit viele Hindernisse in den Weg lege, wenn man bedenkt, daß in Land des europäischen Continents geographisch mehr vereinigt ist? und in der That hat kein anderes Land so bestimmt ausgesprochene und fortgesetzte Grenzen und Gemarkungen erhalten, als Italien. Und wenn seine Länge um Vieles die Breite übertrifft und der Berüh- ung der äußersten Theile zu schaden scheint, so erwäge man nur die wunderbare Beschleunigung, die heut zu Tage die Dampfsboote für den Verkehr längs den Küsten gewähren. Dann läßt die Kette der Apen- ninen, die der Länge nach zwei Drittheile der Halbinsel abschneidet, a hundert Stellen leichte Durchgänge zu, und eben so werden in Kur- em die Eisenbahnen das mittelländische mit dem adriatischen Meere erbinden. Hat ferner Italien nicht in Rom seine eigentliche und wahre Hauptstadt? Ist sie nicht beinahe in der Mitte Italiens und so nahe als nöthig bei der See, an einem schiffbaren Flusse, in einer der topo- graphisch tauglichsten Lagen, um gut besetzt und leicht vertheidigt zu werden? Und welche Nation rühmt sich einer Hauptstadt, die mehr befürchtet, mehr Heldenmüthigkeit und mehr Stolz einzuslößen vermag? —

Zu diesem Allen kommt noch die völlige Einigkeit in der Reli- gion und die Einigkeit in der Sprache. Selbst in Frankreich hört man unter dem Volke mehr verschiedene Idiome; so gegen Spanien das Kastische, im Elsaß das Deutsche, in der Bretagne das Keltische; allein wenn in Italien die Dialekte auch in großer Anzahl vorhan- den, so sind sie doch durchaus von einer gemeinschaftlichen Mutter stammend. Schon oben haben wir gesehen, wie im Allgemeinen Italiens Landestheile ein gutes Klima genießen, wie überall der Him- mel lachend, das Erdreich fruchtbar und die Natur schön ist. Eben so haben wir, als die Rede war von der natürlichen Anlage, von der Wissenschaft und Kunst der Italiener, gehört, wie bei ihnen sich auf wunderbare Weise der Ausspruch bestätige, daß da selbst in allen Stücken Einheit und Mannigfaltigkeit herrsche; denn wenn einerseits die Indi- vidualität der Italiener stark ausgeprägt und unendlich verschieden ist, so zeigt sich anderseits bei all' jener Mannigfaltigkeit doch ein gemein- schaftlicher und bleibender Charakter. —

In allen diesen Dingen ist, wie ich glaube, zum Ueberflusse bewie- sen, daß den Italienern nichts mangle, um eine eng vereinigte und fest verbundene Nation zu werden. Damit will ich jedoch nicht aus- sprechen, daß die Italiener von Natur aus geneigt seien, eine eng ge- knüpfte und z. B. nach Art der französischen regierte Gesellschaft zu bilden, bei welch' letzterer die Concentrirung jeder Gewalt und jeder

bürgerlichen Kraft in ihrer Regierung und in ihrer Hauptstadt einen Mangel, als eine Vollkommenheit ausmacht. Man muß in Italien zwei ganz verschiedene Zeitstadien in Betracht ziehen: das eine während seiner Ummwälzung, um sich wieder zur Nation zu gestalten, und das andere nachher, wann in Allem die Absicht der ersten wohl erreicht sein. In dem ersten Stadium, wird Jeder einsehen, bedarf Italien der strengsten und kräftigsten politischen Form, die man sich nur denken kann; in dem zweiten Stadium hingegen, da es frei sein natürlichen Tendenzen, die besondere Charakterbeschaffenheit seiner Völker, die Kraft der Traditionen und die Bedürfnisse der Individuen zu Rathe ziehen kann — in dem zweiten Stadium wird, glaube ich, Italien eher der Föderativregierungsform sich anschließen. —

Wenn die großmüthigen und philanthropischen Geister für die Emancipation und die Wiedergeburt irgend eines Volkes der Erde stimmen müssen, so müssen sie es vorzugsweise für Italien, indem die Civilisation dieses classischen Landes zugleich nothwendiger Weise die heilsamsten und erheblichsten Wirkungen für die gesammte Menschheit hervorzubringen vermag. —

In der That scheint von den großen socialen Problemen, die ihre Auflösung von der menschlichen Intelligenz noch erwarten, ein bedeutender Theil insbesondere für Italien vorbehalten zu sein, wenn es einst Herrin des eigenen Schicksals und des eigenen Genius geworden ist. Italien scheint vorzüglich die Frage der katholischen Reform anzugehen, indem, wie schon oben bemerkt, nie weder der Papst und sein Hof, noch die Aristokratie des Clerus je zu dem Geiste der Armuth und Sanftmuth zurückkehren werden, bevor ihm nicht die materielle Kraft, der Prunk und Stolz des Fürstenwesens wird benommen sein. Nun hat aber die Vorsehung gewollt, daß die von dem irdischen Scepter der Päpste regierten Völker ungeduldig sind, diesen zu zerbrechen, und daß sie die Ersten sind, die den Priestern zurufen werden: „Ihr sollt nicht herrschen wie die Fürsten der Erde!“ Italien ist ferner berufen, das bestmögliche Gleichgewicht zwischen der Kraft und Einheit der regierenden Handlung einerseits aufzufinden und die größte Freiheit der Individuen, die größte Ausdehnung der Communal- und Provinzialfreiheiten anderseits, indem es dazu aufgefordert wird durch das Bedürfniß der Kraft und der politischen Einheit, so wie durch das Bedürfniß, den Kreis der Handlung jedes Individuums und jeder Localität zu erweitern und so zum Theil die von ihm im Mittelalter gewirkten Wunder wieder hervorzubringen. Eben diese individuelle Potenz scheint die Halbinsel aufzufordern, die Belehrung der Massen besser als bisher zu besorgen und die Entwicklung des Genies zu fördern und dahin zu wirken, daß die Wissenschaft bei ihrem Gange an Oberfläche nicht verliere an Tiefe, und bei der Bereicherung an materiellen Mitteln nicht die Potenz der intellectuellen Kräfte schwächere. Es ist auch anzunehmen, daß Italien, nachdem es einmal unabhängig geworden und den ihm gebührenden Gang der Cultur

geschlagen haben, mit Macht die Emancipation des gemeinen Mannes und die fortschreitende Verbesserung der niederen Classen unterstützt wird; denn einertheils ladet die christliche Liebe, die hier tief ist, jenem heiligen Werke ein, anderntheils ist zu bemerken, daß das Volk in Italien der unmittelbare Erzeuger seines höchsten Ruhmes ist. Während in anderen Ländern die Könige und Barone sich den Verdienst großer Unternehmungen zuschreiben und sich mit einigem Rechte als Urheber der Cultur nennen können, so sind in Italien das Aerkenthum und der Feudalismus fast immer die Veranlassung zu Etwas Anderem, als zur Sklaverei, zu Verberben und Elend gewesen.

Das italienische Volk war im Mittelalter ein handeltreibendes, kaufmännisches, und soll es wieder auf der Bühne der politischen Welt auftreten, so ist zu hoffen, daß es darauf den alten Industriegeist ansetze, welcher, wenn er es einerseits verstand, tausend geistreiche und künstliche Künste zu erfinden, anderseits nie weder der Furcht, noch der Noth opferte, welcher nie mit dem kaufmännischen Gewinne die Freiheit, die Liebe zum Vaterlande und den Glanz desselben vertauschte. Seine Lage aber, vermöge welcher es zugleich sich mit Landwirtschaft, mit Bauen und Schifffahrt beschäftigen soll, wird das Beispiel geben eines Reichthums, der zwar weniger in die Augen fallend und langsamer sein wird, aber desto fester, geordneter und moralischer, als derjenige ist, der aus den verwegenen Handelsgeschäften entsteht, die gewöhnlich von vielen Völkern betrieben werden und ein so künstliches System von Capitalien und Credit schaffen, daß jede kleine Störung das Gleichgewicht es bedroht und erschüttert und jede Veränderung in Schrecken setzt. —

Im Allgemeinen kann man sagen, daß das italienische Volk, das von Natur aus begabt ist mit tiefen Leidenschaften, mit einer glühenden Einbildungskraft und mit einem höchst lebendigen Sinn für das physische und moralische Schöne, wirksam beitragen wird zur Hebung der Menschheit aus dem Zustande niedriger Selbstsucht, in dem sie liegt, und zur Wiederanfeuerung zu edlem Streben nach intellectueller und moralischer Vervollkommenung. —

In der Bahn der Wissenschaft scheint der italienische Geist, da er von Natur nach rationell und synthetisch ist, vorzüglich dazu bestimmt zu sein, die positiven Studien dem Empirismus, der sie beherrscht, und der Zerstreuung, die sie schwächt, zu entziehen und ihnen jenen industriösen Lebensathem einzuhauchen, der zur Zeit unserer Väter die Reste der Erfahrung befruchtete. Er wird dazu förderlich sein, daß die physikalischen Wissenschaften dem erhabenen Zwecke der Speculation näher gerückt werden, damit sie nicht ferner, wie heut zu Tage, bloß dem Dienste der Kaufleute und Krämer gewidmet zu sein scheinen. —

In den schönen Künsten und Wissenschaften hat Italien von der Natur die Verpflichtung erhalten, das genaue Verhältniß zu wahren zwischen der Phantasie und dem Criterium, zwischen der Darstellung

der äußeren Welt und der Welt der Leidenschaften, die Geist zu freier Inspiration zurückzurufen und vor Allem das Palladium des guten Geschmacks und die Quellen der Eleganz zu bewachen. —

Endlich wird die Wiedergeburt Italiens mächtig auf die Cultur des Orients wirken, und hauptsächlich auf diejenige von Griechenland, mit dem es gemeinschaftlich hat den Genius, gemeinschaftlich zum Theil das Blut und den Ursprung. *Multa renascentur, quae jam cecidere.* Die östlichen und südlichen Küsten des Mittelmeeres scheinen zu neuem Leben zu erwachen; die Civilisation scheint ihr Licht wieder in Griechenland, in Aegypten und auf den atlantischen Küsten zu verbreiten. Diese Bewegung kann aber nicht bedeutend zunehmen ohne großen Vortheil für die Halbinsel, die, wie schon bemerkt, von Natur als die erste Beherrscherin des mittelländischen Meeres erannt ist. Die Rückkehr des indischen Handels endlich auf die alten Straßen des Westens, die Leichtigkeit, welche die Eisenbahnen zur Verbindung des mittelländischen und des adriatischen Meeres gewähren, erscheinen als höchst günstige Tugungen für das Wiedererstehen des großen und unglücklichen Venedig.

Terenzio Mamiani.

Johanniterritter, s. Ritterorden.

Ionische Inseln. Zwischen Italien, Kleinasien und Griechenland, an der letzteren westlichen Küste, liegen im ionischen Meere sieben größere und acht kleinere Inseln, die einen abgesonderten Staat bilden und durch mannigfaltige Naturbegünstigung, durch ihre Geschichte, durch den Charakter ihrer Bevölkerung, durch ihren eigenthümlichen politischen Zustand und durch die Erwartungen, die sich an ihre Zukunft knüpfen, allerdings merkwürdig sind.

Der Staat der ionischen Inseln umfaßt drei Gruppen von Inseln, welche sich von $36^{\circ} 1'$ bis $39^{\circ} 46'$ n. B. und von $37^{\circ} 40'$ bis $40^{\circ} 46'$ ö. B. erstrecken. Die nördlichste Gruppe besteht aus den Inseln Korfu, mit Fano, Merlera und Samottraki und Paxos mit Antipaxos. Sie zieht sich an den Küsten von Epirus hin. Korfu, was mit den genannten Nebeninseln ungefähr 4 □ Meilen mit 50,000 Einwohnern umfaßt, ist zugleich der Mittelpunkt der Gesamtregierung, der Sitz eines griechischen Erzbischofs und eines katholischen Bischofs, so wie einer Universität. Paxos, 4 Meilen südöstlich von Korfu gelegen, hat 5000 Einwohner auf $1\frac{1}{2}$ □ Meile. Eine zweite, am Golf von Lepanto gelegene Gruppe umfaßt die Inseln Santa Maura, Meganosi und Kalamos (zusammen auf 5 □ Meilen 20,000 Einwohner zählend), Cephalonia mit 50,000 Ew. auf 16 □ Meilen, Theaki und Atako mit 10,000 Ew. auf 3 □ Meilen und Zante, die Blume des Ostens (fiore di levante) mit 40,000 Ew. auf $5\frac{1}{2}$ □ Meilen. Der südlichsten Gruppe endlich gehören die beiden Inseln Cerigo und Cerigotto mit 10,000 Ew. auf $5\frac{1}{2}$ □ Meilen an. Der Mangel an Waldungen und Quellen macht sich allerdings in dem heißen Klimaten und bei dem auf Inseln vorherrschenden Kalkboden doppelt fühlbar und bewirkt, daß kaum der dritte Theil des Getreides

darf auf den Inseln erbaut wird. Doch ist das nicht auf allen Inseln gleich. Cerigo erbaut noch Ueberschuß von Getreide; Theaki seinen Bedarf; Paro nur auf 1, Zante auf 2, Korfu und Kephalonien auf 5, St. Maura auf 6 Monate. An Wiesen und Weiden ist großer Mangel, und die Hirten des Odysseus würden jetzt schlechte Geschäfte machen. War es, daß ehemals diese Inseln an Waldungen und demnach auch an Quellen reicher waren? Wo ist der Wald, in dem sich der Sohn des Laertes vor den Jungfrauen der Nausikaa schamhaft barg? — Desto reicher ist der Ertrag dieser Inseln an Oliven, Feigen, Baumwolle, Korinthen, Rosinen und ähnlichen edlen Gewächsen, die auf trockenem Boden gedeihen. Paro erbaut fast nur Oliven, die Korinthen kommen vornehmlich von Kephalonien und Zante, die Rosinen von Cerigo. Hinsichtlich des Mineralreichs findet man auf Korfu Spuren von Steinkohlen und Schwefel, auf Zante (bei dem Dorfe Chieri) treffliche Quellen von Bergöl (petroleum), die schon Herodot kennt. Meersalz wird zur Ausfuhr gewonnen. In anderen Erwerbsmitteln gibt das Meer reichen Anlaß, zu dessen Benutzung die dem Zwischenhandel so günstige Lage dieser Inseln einladet. Und doch müssen viele Einwohner einen Beitrag zu ihren Bedürfnissen verdienen, indem sie nach Morea und Hellas wandern und bei den Arbeiten der Ernte helfen. Wohl hat man gefragt, wie es gekommen, daß diese Inseln nicht an ihrer Stelle geworden sind, was England an seiner wurde. Man vergißt, daß England zuvörderst in seinem Ackerbau und seiner Viehzucht ein sicheres Fundament des Wohlstandes besitzt; daß ihm die Natur in seinen Eisen- und Steinkohlenlagern die wichtigsten Hilfsmittel der industriellen Gewerbe mitgab; und daß es, wenn es nun durch seine Lage auch zum Handel geleitet wird, den großen Vorzug besitzt, in allen den Hauptrichtungen der Güterthätigkeit so begünstigt zu sein, wie es die ionischen Inseln nur in Einer sind. Denn daß England einem Klima angehört, was zur Thätigkeit antreibt, ein Volk besitzt, das mit dem Unternehmungsgeist auch Beharrlichkeit verbindet und ein Staatsleben behauptet, wie es der freien Bewegung des Volks nach nicht günstiger gefunden worden ist. Aber auch von den Vorteilen, die den ionischen Inseln ohne Frage zu Gebote stehen, ist der größte Theil von Fremden ausgebeutet worden, und das ist zum großen Theil durch ihre Geschichte zu erklären.

Allerdings ist es classischer Boden, auf dem man hier wandelt, und was war geweiht durch jene zauberischen Gesänge Homer's, die ein unnachahmliches Muster von Geschlecht zu Geschlecht gehen. Um jene Inseln ging die Irrfahrt des Odysseus, und so groß war die Trennung, die damals das Meer schuf, daß zwischen zwei Inseln dieses jetzt eng verschlungenen kleinen Staats, der unter dem Schutze eines Landes steht, in dessen Grenzen noch nicht einmal die Gedanken der damals Lebenden reichten, daß zwischen Korfu und Theaki noch gar keine Verbindung bestand. Denn Korfu ist das homerische Scheria (ursprünglich Drepane), das Land der glücklichen Phäaken, später, nachdem Ko-

rinth eine Colonie darauf begründet, Corcyra (Κέρκυρα) genannt. Theaki ist Ithaka, allen denen, die aus dem Borne des Alterthums getrunken, als der Wohnsitz des Odysseus und der keuschen Penelope, des biedern Laertes und des tugendhaften Telemachos bekannt. Santa Maura hieß bei den Alten Leucadia. Von ihrem Cap Ducate, sonst Leukate, suchte Sappho den Tod. Zante ist Zakynthos, Coriza das Cythera der Alten, wo einst der berühmte Tempel der Venus Urania stand, und wo die Lacedämonier den trefflichen Hafen Scandea besaßen. Nicht bloß über Ithaka erstreckte sich des Odysseus Hohheit; er führte auch Kephalonier nach Troja, so wie Krieger aus Zakynthos, und auch von der Küste Akarnaniens soll sich ihm ein Gefolge angeschlossen haben. Doch brachte er nur 12 Schiffe zusammen. Wir sehen, daß in jener Zeit diese Inseln, zwar dem allgemeinen griechischen Volkthum angehörig, aber zum Theil ganz seinen Bewegungen, von denen sie sich, wie die Phäaken, nur zur Verkürzung traulicher Abende ergötzen ließen, entrückt, oder doch, so weit nicht eine eminente Persönlichkeit waltete, außer Stande waren, einen bestimmenden Einfluß darauf zu äußern. Ähnliches wiederholt sich in der Zeit der beglaubigten Geschichte. Odysseus hatte in die Schicksale der Griechen eingegriffen. Ithaka nicht, und diese Inseln erzeugten keinen Odysseus wieder. Sie folgten in den Tagen der bewegten Freiheit dem Impulse, den ihnen die gegenüberliegenden Staaten des Festlandes gaben. Mit ihnen gingen sie in die makedonische Weltherrschaft und mit dieser in das Römerreich auf. Nach dessen Theilung dienten sie dem Hofe von Byzanz, der sie freilich nicht immer gegen die Anfälle der Sarazenen, mit denen bald auch die abendländischen Völker wetteiferten, zu schützen vermochte. Als im Gefolge der Kreuzzüge auch das griechische Kaiserthum der aufgeregten Eroberungslust der Franken zum Ziele wurde, nahm König Roger von Sicilien Korfu (1148). Doch ward es schon im folgenden Jahre, nach einer langen Belagerung, mit Hülfe der Venetianer, dem Kaiser Manuel wieder unterworfen. Besser gelang den Venetianern die Behauptung, denen, als sie die Länder des griechischen Kaiserthums mit den Lateinern theilten (1209), mit vielen andern Puncten Griechenlands auch diese Inseln zufielen. Korfu, das wieder in die Hände normannischer Prinzen gerathen war, ward (1205) der venetianischen Flotte ohne Widerstand übergeben, und Venedig behauptete diese Inseln auch nach dem Verluste seiner anderweiten griechischen Besitzungen, trotz des öfteren Anstürmens der Türken. Korfu widerstand 1527 dem berühmten Corsaren Barbarossa, und 1716 erwarb sich Schulenburg durch seine Vertheidigung einen Ruhm, den auch Venedig mittelst Errichtung eines Standbildes des gefeierten Helden auf dem Hauptplatze von Korfu anerkannt hat. Das ist die Zeit, da dem Andenken die Ionier am Meisten beschäftigt, und nicht in den Begebenheiten ihrer griechischen Urväter, sondern in den Kriegsthaten Venedigs gegen die Türken suchen sie ihren Stolz. Schulenburg ist ihr Lieblingsheld geworden, und es bildete eine Hauptbeschwerde gegen einen

ord Obercommissär, daß er ein von Schulenburg erbautes Festungs-
werk zu einem an sich nützlicheren Zwecke verwenden wollte. Die Be-
wohner dieser Inseln tragen aber überhaupt mehr das Gepräge der
Vergangenheit, der sie zu einer Zeit, die das Gedächtniß der großen Vor-
fahren verloren hatte, unterworfen wurden und durch sechs Jahrhunderte
lebten, als daß sie, außer in gewissen unauslöschlichen Grundzügen, an
die griechischen Vorfahren erinnerten. Das Naturell mag hellenisch sein;
das Angebildete, Alles, was von Erziehung und Meinung abhängt,
gehört Venedig an und ist neuerdings auch durch die Verbindung,
die die viele vornehme Jonier mit Rußland getreten, modificirt worden.
Auf das ganze Volk ist England nicht ohne Einfluß geblieben. Die
griechische Sprache ist Geschäftssprache; aber auch das Griechische, des-
sen sich das gewöhnliche Leben bedient, ist durch Beimischung vieler
italienischer Wörter verdorben. Die Venetianer versuchten übrigens
nicht wie auf ihren andern Besitzungen. Sie begünstigten einen Stand
von Notablen, der sich aus dem beherrschten Volke und aus überge-
edelten Venetianern bildete, überließen diesem eine gewisse Berechti-
gung in Betreff solcher inneren Angelegenheiten, die das Interesse Ve-
nedigs nicht berührten, ließen ihm einige Eitelkeiten äußerer Ehre und
vielfache Gelegenheiten zur Erwerbung von Vermögen, hielten durch
in die Masse des Volks in Ordnung, wußten aber auch ihn von je-
dem gefährlichen Streben abzuschließen und im Nothfalle mit der gan-
zen Gewalt ihrer Willkür zu erdrücken. Dem übrigen Europa blieben
die misstrauisch bewachten ionischen Inseln so gut wie verschlossen.
Schon zu ihrer Zeit und unter ihrem Einflusse hatte sich jene scheinbar
demokratische, in Wahrheit aristokratische Organisation des dortigen
Staatslebens gebildet, wornach die politischen Rechte Monopol eines an-
sehnlichen Standes sind, der aber doch im Verhältnisse zur Ge-
samtbewölkerung nur eine Minorität bildet des erblichen Adels. Das
ist auch unter allem Wechsel der politischen Verhältnisse so geblieben,
und auch die heutige Opposition arbeitet nicht gegen diesen Stand der
Dinge. Schon zur Zeit der Venetianer hatte der erbliche Adel den
Alleinbesitz der politischen Rechte und übte ihn in den Rathsversamm-
lungen aus, deren jede Insel Eine für sich besaß. In Korfu saß der
providitore generale da mare; jede dieser levantischen Inseln, wie
sie damals genannt wurden, hatte aber auch ihren besonderen, von Ve-
nedig bestellten Providitore.

Nach dem Sturze Venedigs nahm Frankreich diese Inseln durch
den General Gentili in Besitz (28. Juni 1797). Sie wurden in drei
Departements getheilt: Corcyra, Ithaka und das des ägäischen Meeres.
Präsident einer Centralverwaltung zu Korfu ward der Graf
Spiridion Theotokis. Nun waren diese so lange nur dem Han-
del bekannten Inseln auf einmal in den Strudel der politischen Bewe-
gungen Europas gezogen und sollten manchen Wechsel erleben, ohne
je selbst herbeizuführen. Als die Pforte, durch die ägyptische
Expedition gereizt, den Krieg an Frankreich erklärt hatte, erschien eine
Staats-Expedition. VIII.

russisch-türkische Flotte unter Usobakow und Kabil-Bei vor Korfu (1. März 1799) und nahm die Festung nach viermonatlicher Belagerung, worauf die Inseln sich den Befreiern unterwarfen und Milizen gegen die Franzosen errichteten. Man hielt dafür, das alte Recht Constantinopels über diese Inseln sei wieder aufgelebt und sie ordneten eine Deputation an den Sultan ab. Durch eine Convention vom 21. März st. v. 1800, zwischen Rußland und der Pforte in Constantinopel geschlossen*), ward bestimmt, daß die Inseln, unter der Souveränität der Pforte, die einen jährlichen Tribut von 500,000 Piastern zu bekommen hatte, aber unter Rußlands Schutze, eine Föderativrepublik bilden sollten. Abermals war es nur der Adel, welcher die politischen Rechte ausübte. Von den einzelnen Inseln wurden Senatoren zur Centralregierung nach Korfu abgeordnet, an deren Spitze ein gewählter Fürst und Präsident des Senats der sieben Inseln stand; zuerst derselbe Graf Theotokis, den schon die Franzosen an die Spitze stellten. Die französische Zeit hatte doch die Nachwirkung hinterlassen, daß einige bedeutende Reformer aus dem Nichtadel eine Gleichstellung verlangten, was zu mancherlei Unruhen benützt wurde. Die Adels Herrschaft wird dergleichen jederzeit ausgesetzt sein, wenn sie nicht, wie in England, Jeden in sich aufnimmt, der sich zum gentleman aufschwingt. Theotokis rief die Schutzmächte an; in Auftrag der Türken erschienen englische Truppen (1802) und stellten die Ruhe her. Als sie wieder abzogen, kamen Russen an ihre Stelle und der Inselstaat ist seitdem der auswärtigen Bevormundung nicht wieder entgangen. Unter dem Einflusse des von Zante gebürtigen russischen Gesandten, Grafen Moncenigo, ferner des Grafen Theotokis und des Staatssecretärs Grafen Capo d'Istria's, der sich hier den Weg zum russischen Staatsdienste bahnte, kam die Verfassung vom 24. Nov. st. v. 1803 zu Stande**). Auch sie übertrug dem Adel die politischen Rechte, ließ aber Jeden in diesen zu, der 540—1800 Ducati Einkünfte, oder den Besitz eines akademischen Grades, oder eines zu seiner anständigen Ernährung hinreichenden Talentes nachweisen konnte und keine mechanische Arbeit verrichtete. Weniger Beifall fand die mehrere Centralisirung der Regierung, die an die Stelle des Föderativsystems trat. Die zweijährlichen Versammlungen auf den einzelnen Inseln wurden fast nur gehalten, wo die 40 Repräsentanten für die gesetzgebende und die 17 Senatoren für die ausübende Gewalt zu wählen. An die Spitze der Letzteren trat ein auf zwei Jahre gewählter Fürst, auch diesmal Theotokis. (Nach seinem Tode trat Graf Comuto an seine Stelle.) Eigenthümlich war aber das Institut der 3 Censoren, die über die Aufrechterhaltung der Verfassung wachen sollten, die gesetzgebende Versammlung außerordentlich Weise berufen und den Fürsten vor ihr anklagen konnten. Auch diese Verfassung war nicht von langer Dauer. Im Frieden von T-

*) S. de Martens 7, 41.

**) S. einen Auszug daraus in Pölig, Verf. 2, 452.

überließ Rußland das Schicksal dieser Inseln dem Kaiser Napoleon, und General César Berthier, an dessen Stelle später General Donzelot trat, nahm sie (1807) in Besitz, und sie wurden nun auf französische Weise verwaltet. (Doch besetzten die Engländer [1. Oct. 1809] die Inseln Zante, Cephalonia, Cerigo und Ithaka.) Das Jahr 1814 nöthigte die französische Garnison von Korfu die weiße Fahne aufzustecken. Doch sollten die Inseln überhaupt nicht bei Frankreich bleiben. Schon der erste Pariser Frieden entschied das. Aber man behielt sich vor, sie vielleicht als eine Entschädigung für Murat zu gebrauchen, oder wenigstens Korfu den Johannitern abzutreten. Beide Gedanken ließ man fallen, und der zwischen Oesterreich, England, Rußland und Preußen zu Paris am 5. Nov. 1815 geschlossene Vertrag*) bestimmte, daß diese Inseln, unter dem Namen der vereinigten Staaten der ionischen Inseln, einen unabhängigen, aber unter den Schutz von England gestellten Staat bilden sollten. Die Inseln selbst sollten ihre Verfassung regeln; aber zur Erhaltung des Bestehens derselben sollte von England ein Lord Obercommissär auf den Inseln erhalten, auch die Verfassung von England bestätigt werden. England sollte die festen Plätze besetzen und alle bewaffnete Macht befehligen. Zu Gunsten Oesterreichs ward bestimmt, daß ihm dieselben Handelsvorthelle in Bezug auf die Inseln zustehen müßten, wie England. Die fremden Mächte sollten nur Handelsconsuln auf den ionischen Inseln halten.

Der erste Lord Obercommissär war der General Thomas Maitland. Er mußte den Senat, der das Princip der Unabhängigkeit der Inseln zu vertreten suchte, zu schwächen und so gut wie ganz zu beseitigen; betrachtete ihn bloß als eine Localbehörde von Korfu und schloß alle, deren nahe Verwandte im Dienste fremder Mächte ständen, von öffentlichen Aemtern aus. Es muß allerdings zur Entschuldigung der Engländer angeführt werden, daß sie dem russischen Einflusse zu besorgen hatten, der in Griechenland so viel Gewicht hat. Dafür scheinen sie freilich kein besseres Mittel gefunden zu haben, als daß sie den Unabhängigkeitsinn der Inseln niederhielten. Die Versammlung, welche die Verfassung der Inseln begründen sollte, und ihre Sitzungen am 23. April 1817 eröffnete, war theils von Maitland ernannt, theils auch unter seinem Einflusse erwählt. Sie ward am 29. Dec. 1817 vom Prinz-Regenten unterzeichnet**) und am 1. Jan. 1818 als Grundgesetz der ionischen Inseln proclamirt. Auch nach ihr sind die politischen Rechte dem freilich weit vertheilten Adelsstande vorbehalten. Dieser wählt die gesetzgebende Versammlung. Die letztere wählt, mit Berücksichtigung der verschiedenen Inseln, den ausübenden Senat. Doch hat der Lord Obercommissär bei der Wahl jedes Senators und des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung ein zweimaliges Veto, worauf er 2 andere Candidaten vorschlägt, aus denen gewählt werden

*) Nouveau Recueil 2. 653.

**) Pölig Verf. 2. 456.

muß. Den Präsidenten des Senats, der den Titel *Altezza* führt, wählen die Senatoren *Prestantissimi* heißen, ernennt der König und der eingeborene Adel. Der Senat leitet die Verwaltung und hat die Initiative der Gesetze. (In ihr hat sie wieder der Präsident, und der Senator während der Dauer eines Parlaments nur einmal.) Der Senat besteht aus dem Präsidenten und fünf Senatoren und zerfällt in das Generaldepartement, das Finanzdepartement und das des Innern. Den Generalsecretär ernennt der Lord Obercommissär und kann seine Wahl auf einen Engländer richten. Der Präsident muß sich alle 2½ Jahren, der übrige Senat nach 5 Jahren einer neuen Wahl, der resp. Ernennung unterwerfen. Die gesetzgebende Versammlung, die auf 5 Jahre gewählt, besteht aus 40 Mitgliedern (*Nobilissimi*). Der Präsident, die abgehenden Senatoren und fünf von den auf 5 Jahre ernannten *Hyparchen* der einzelnen Inseln, bilden das Primärcomité und schlagen den Wählern 58 Personen vor, aus denen diese die übrigen 29 Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung wählen. Der Wahlcensus ist niedrig und der Betrieb einer freien Kunst vertreibt die Stelle des Einkommens. Der Lord Obercommissär hat ein Veto in der Gesetzgebung, und ein weiteres, was aber binnen eines Jahres geltend gemacht werden muß, hat der König. Der Lord Obercommissär hat das Recht, den Sitzungen des Parlaments beizuwohnen, und die Dauer einer Session, die für gewöhnlich auf 3 Monate bestimmt ist, auf 6 Monate zu verlängern. Das Parlament auflösen kann nur der König. Jede Insel hat einen Regenten, dessen und seiner Secretäre, Archivare und Schatzmeister Wahl aber der Bestätigung des Lord Obercommissärs unterliegt. Jede Insel hat ihren besonderen Verwaltungsrath und auf jeder ist ein Resident als Stellvertreter des Lord Obercommissärs. Den Generalschatzmeister ernennt der Lord Obercommissär und leitet auch die Sanitätsmaßregeln und die Postverwaltung. Die englischen Consuls vertreten die Ionier. Als herrschende Religion wird die griechische anerkannt; die katholische wird besonders geschützt, jede andere Religionsform tolerirt. Jede Insel hat ein Handelsgericht, ein Civilgericht und ein Criminalgericht, mehrere Friedensgerichte für Bagatellsachen und ein Appellationsgericht. In Korfu befindet sich der oberste Justizrath, aus 4 Mitgliedern bestehend, welche den Königen gleich nach den Senatoren haben und von denen 2 durch den Senat unter Bestätigung des Obercommissärs, 2 von diesem selbst (aus Engländern oder Ioniern) erwählt werden. Bei Gleichheit der Stimmen wird an den Senatspräsidenten und an den Lord Obercommissär berichtet, und im Zweifel entscheidet die Meinung des Letzteren. Die Mitglieder der anderen Gerichtshöfe ernennet der Senat, unter Bestätigung des Lord Obercommissärs; die Friedensrichter werden von den *Hyparchen* gewählt und vom Senat bestätigt. Der Senat hat das Begnadigungsrecht. — Die englischen Truppen stehen in Euböa unter den ionischen Gesetzen; die Zahl der Truppen hängt von des Königs Ermessen ab, doch dürfen nur von 3000 Mann die Inseln besetzt werden.

en Inseln zur Last gelegt werden. Die Miliz der Ionier hat ein-
gehorene Officiere, steht aber unter dem Befehle des Schutzherrn. Als
Wappen des Staats dient das großbritannische, von den Wappen der
einzelnen Inseln umgeben, als Flagge der venetianische goldene Löwe im
blauen Felde mit den 7 Pfeilen und in der Ecke das britische Wappen.
Das Münzwesen wurde durch ein Gesetz vom 12. Mai 1821 gere-
gelt. Die Münzen führen den venetianischen goldenen Löwen mit den
Pfeilen und die Umschrift: *Ιονικόν κράτος* auf der einen, auf der
andern Seite die Jungfrau Britannia mit der Umschrift: *Britannia*.
Die spanischen Piaster sind Landesmünze und als Scheidemünze dienen
spanische Obolen zu 100 auf einen Piaster.

Allerdings ein eigenthümliches künstliches Verhältniß. Zwar sind
die ionischen Inseln gegen eine Bedrückung zu Gunsten der finanziel-
len Bedürfnisse ihrer Schutzherrn gesichert, und auch sonst dürften sich
einige Collisionspuncte zwischen den Interessen ihrer einzelnen Bürger
und denen des mächtigen Reiches, dessen Schutze sie anvertraut wur-
den, darbieten. Aber die Verfassung war doch wesentlich darauf be-
rechnet, ihre Selbstständigkeit zu überwachen, und die Personen, die dazu
bestimmt sind, können unter anderen Umständen ihre Rechte zu persö-
nlichen Zwecken mißbrauchen. Schon die Art und Weise, wie die Ver-
fassung entstanden war, fand Widerstand und mehr noch ihr Inhalt,
den man dem Pariser Tractate entgegen fand. Auf Zante namentlich
unterzeichnete man eine Beschwerde an den König von England. Aber
Maitland schickte die Unterzeichner in's Gefängniß, und die gesetz-
gebende Versammlung stieß ein in die Sache verwickeltes Mitglied aus.
Im März 1818 wurde das erste Parlament eröffnet. Senatspräsident
war ein Baron Theotokis, und eine der ersten Handlungen des Par-
laments war eine Uebertragung der Polizeigewalt auf den Lord Ober-
commissär. Neue Angriffe auf die Verfassung bekämpfte Maitland
durch die Entfernung zweier Senatoren, der Grafen Flamburiani und
Stephanizzi. Die Naturalisation der Engländer wurde durch das Ge-
setz vom 13. März 1819 sehr begünstigt.

Die Vorsicht des englischen Gouvernements nahm noch zu, wie
der griechische Freiheitskampf erwachte und die doppelte Besorgniß ent-
stand, es möchten die dortigen Bewegungen auf die Inseln zurückwir-
ken, und es möchte eine Unterstützung der Griechen von dort aus als
direct von England veranlaßt betrachtet werden. Die Neutralität
der ionischen Inseln wurde erklärt, jede Verbindung mit Griechenland
verboten (29. Oct. 1821), harte Strafen für Alle bestimmt, welche
die Neutralität verletzen würden (2. April 1822). Unruhige Bewegun-
gen blieben nicht aus. Graf Martinengo von Zante ward als Ver-
schwörer verbannt (1821); Zante, Cerigo, Santa Maura, Cephalo-
nia und Ithaka mußten (1821 bis 27. April 1822) in Belagerungs-
zustand erklärt werden. Dieser Zustand änderte sich auch während des
zweiten Parlaments nicht, wo Marino Beja aus Cephalonia als Se-
natspräsident fungirte. Doch wurde die Spannung etwas gemildert,

als nach dem Tode des Lords Maitland (st. am 17. Jan. 1824) der General Adam Lord Obercommissär wurde, der mit einer Korfuotin verheirathet, thätig und rechtlich, wenn auch streng war und jedenfalls nicht dem Vorwurfe unterlag, das Verhältniß, worüber man klagte, begründet zu haben. Unter seiner Leitung ward (31. Mai 1825) die Universität zu Korfu begründet, der übrigens das Recht, akademische Grade zu ertheilen, noch abgeht. Als er 1832 nach Beendigung des dritten Parlaments, während dessen erst Demetrius Foscanidis von Zante, dann Theotokis Senatspräsident gewesen, nach Ostindien versetzt wurde, errichtete ihm Korfu ein bronzenes Standbild auf der Esplanade. Sein Nachfolger, General Woodford, ward schon nach einigen Monaten, zum Leidwesen der Ionier, wieder versetzt. Es war indeß eine glückliche Wahl, welche darauf den Lord Nugent nach Korfu führte (30. Nov. 1832), der durch hohe Bildung, gefällige Manieren, freisinnige Ansichten die Gemüther gewann. Er war der erste Lord Obercommissär, der nicht Militär war. Bei dem vierten Parlamente wurde Graf Spiridion Balgaris von Korfu Senatspräsident. Die Verhandlungen wurden nunmehr öffentlich gehalten, mehrere Exilite zurückberufen, auch sonst manche Maßregeln, welche der frühere Zustand der dortigen Angelegenheiten herbeigeführt hatte, aufgehoben. Doch ward dieses vierte Parlament 1834 aufgelöst, ohne daß man eine sichere Ursache davon anzugeben wüßte. Während des fünften Parlaments trat Lord Nugent, in Folge des unglücklichen Versuches der Ionier, das Staatsruder wieder in ihre Hände zu nehmen, ab (1835), und General Howard Douglas kam an seine Stelle. Von da an zeigten sich ernstere Zermürfnisse, und es bildete sich eine Opposition, an deren Spitze besonders Andreas v. Mustoridis aus Korfu und Graf Glambuviani traten — Beide, schon lange als Vertheidiger der Unabhängigkeit bekannt, aber früher durch Gewaltmaßregeln in ihrer Wirksamkeit behindert. Das wenigstens ist ein Vorschritt, daß man ihnen jetzt Raum dazu läßt und sie nur durch constitutionelle Mittel bekämpft. Ueberhaupt läßt man dem persönlichen Charakter des Howard Douglas Gerechtigkeit widerfahren. Aber wohl führte die Spannung, die mehr und mehr zwischen ihm und dem Parlamente eintrat, zu einem regeren Gefühle der Mängel, die man in der Verfassung zu erblicken glaubte, und die eine Petition der Mehrzahl der Wähler von Korfu (1835) bezeichnete. Man drückte darin folgende Wünsche aus: daß nach Ablauf der fünfjährigen Dauer der höchsten Staatsämter keine sofortige Wiedererwählbarkeit der Inhaber Statt finden solle. (Gewiß ein thörichter Wunsch.) Einjährliche Parlamentssitzungen. Kein Veto gegen die Wahl der Senatoren. Fünfjährige Amtsdauer des Senatspräsidenten. Der Generalsecretär soll vom Senat ernannt werden. Gleiche Berechtigung der Senatsglieder bei der Initiative der Gesetzgebung. Bei Verhinderungen der Senatoren Ersatz derselben durch die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung aus denselben betreffenden Inseln. Der Senat soll wichtigere Reglements der gesetzgebenden Versammlung

vorlegen. Druck der Geschäftsordnung des Senats. Freie Wahl aus allen Wahlfähigen, statt der zeitherigen Candidatenliste. Das Minimum einer vollständigen Versammlung soll auf die Hälfte bestimmt werden. Gleiche Theilnahme an der Initiative der Gesetzgebung für die gesetzgebende Versammlung. Vollständige Vorlegung des Budgets. Wegfall des Veto bei Gemeindevahlen. Vorlegung der Gemeindevorgemerkens an die gesetzgebende Versammlung. Beschleunigung der Gesetzgebungsarbeiten. Beschwerderecht bei Entlassung der Beamten. Theilnahme der Inseln an der Verwaltung der Sanitäts- und Posteinrichtungen. Das Recht der gesetzgebenden Versammlung, Anträge wegen Ergänzung der Constitution zu machen. Beschränkung der Anstellung von Engländern auf die in der Verfassung bezeichneten Stellen. Daß die Rechnungsrevision von Seiten der gesetzgebenden Versammlung sich auf die Prüfung der Nothwendigkeit der gemachten Ausgaben erstrecken dürfe. Wenigstens einige Pressfreiheit und namentlich eine Concession zur Anlegung mehrerer Druckereien. Gleiches Verfahren gegen die Beamten, ohne Unterscheidung ihrer Nationalität. — Gewiß sind diese Wünsche zum großen Theil nicht als unbillig zu betrachten. Inbeß der Lord Obercommissär verweigerte die Annahme, weil die Wähler das Petitionsrecht nicht hätten. Auch eine Beschwerde, welche die Bittsteller über diese Weigerung an den Colonialminister, Lord Glenelg richteten, erhielt abschlägige Antwort und das Parlament ward am 2. Januar 1839 für aufgelöst erklärt. Das sechste Parlament, bei dem in Korfu abermals Mustoridis mit größter Stimmenmehrheit gewählt wurde, ward am 5. März 1839 eröffnet. Senatspräsident wurde Petrizzopoulos von Santa Maura. Aber auch hier ward die Opposition immer lebhafter. Den Charakter der gesetzgebenden Versammlung bezeichnet es, daß sie den Antrag stellte, jedes Staatsamt für unverträglich mit der Eigenschaft eines Gesetzgebers zu erklären, und daß, als der Senat natürlich auf diesen Antrag nicht einging, wenigstens die Mitglieder der Versammlung sich persönlich verpflichteten, nach diesem Grundsatz zu handeln. Das Parlament ward übrigens am 25. April 1839 durch den Lord Obercommissär vertagt; hauptsächlich weil es, von der Ansicht ausgehend, daß die Redaction der Gesetzbücher der gesetzgebenden Versammlung, die hier als eine constituirende zu betrachten sei, allein zustehende, sich weigerte, diese Arbeiten dem Senate vorzulegen. — Uebrigens sind im Laufe dieser Parlamentssessionen zahlreiche zur Verbesserung der Gesetzgebung und inneren Verwaltung dienende Arbeiten gemacht und in Ausführung gesetzt worden, die nicht ohne wohlthätige Folgen für den Zustand der Inseln geblieben sind, die aber die Opposition nicht beruhigen konnten, da sie zu der Art gehören, wie sie eine sorgsame Regierung unter jeder Verfassung gewähren wird.

Bei der Liberalität, mit der England in neuerer Zeit seine Dependenz in allen Welttheilen behandelt, darf man wohl annehmen, daß nur die Absicht: auswärtigen Einflüssen zu begegnen und eine gewisse Rücksicht auf den zu Parteilungen und Intriguen geneigten Na-

tionalcharakter zu manchen Bestimmungen geführt hat, die von ihrer großen Vorsicht zeugen und gewiß nicht geeignet sind, dem Volke zu oder doch in ihrer vermeintlichen Nothwendigkeit ihm verständlich zu werden. Es ist nicht zu erwarten, daß sich England auf eine bloße Besetzung dieser Inseln beschränken wird; es ist nicht zu verlangen, daß es ihnen zulassen sollte, eine dem englischen Interesse vielleicht ganz entgegengesetzte Politik zu befolgen. Aber gewiß kann England manche unnöthige Vorsichtsmaßregel aufgeben und den Mißbräuchen, die aus Persönlichkeiten fließen, begegnen. In seinem eigenen Interesse ist es unverkennbar, den Ionern seine Stellung zu ihnen werth zu machen. Uebrigens kündigen die neuesten Nachrichten die nahe Abberufung des gegenwärtigen Lord Obercommissärs an, und es scheint also sein Verfahren nicht in allen Stücken gebilligt worden zu sein. — Vergl. übrigens: D'Arbois, mémoire sur les 3 departements de Corcyra, d'Ithaque et de la mer Egée, à Paris, 1798. 8. — Bellaire, précis des operations des Français dans le Levant, Paris, 1803. 8. — Memoires on the Ionian Island, by G. Vaudancourt, London, 1816. 8. — Neigebaur, die Verfassung der ionischen Inseln und die neuesten Bemühungen, eine Reform derselben herbeizuführen, Leipzig, 1839. 8. B u l a u.

Joseph II. Dieser durch Geist, Charakter und Wirken hoch ausgezeichnete Fürst und Mensch, dieser für Oesterreich Epoche machende aber mittelbar auch für den ganzen Welttheil, ja für die Menschheit wichtige politische Reformator verdiente wohl, daß der Darstellung seiner hoch interessanten Persönlichkeit, wie seines vielseitigen humanen und politischen Wirkens und Strebens, ein ausführlicher Artikel im Staatslexikon gewidmet würde. Aber die Betrachtung, daß eine solche würdige und umfassende Darstellung einen weit größeren Raum in Anspruch nehmen müßte, als wir — bei der unseren ersten Uebersicht schon jetzt bald erreichenden Bändezahl des Werkes — von jetzt an irgend einem historischen Artikel gewähren dürfen, sodann auch die weitere Betrachtung, daß einerseits den Meisten unserer Leser Joseph II. ein längst vertrauter Bekannter und anderseits manches Wichtige seiner Regierung billig den die österreichische Monarchie zum Gegenstand habenden Artikeln vorzubehalten ist — fordert uns hier zur möglichsten Kürze auf, weshalb wir uns auf die allgemeinste Charakteristik unseres Helden (neben dem summarischen Ueberblicke seiner Geschichte) oder auf die Andeutung einiger Hauptzüge seines edeln Bildes beschränken.

Aus der Reihe der habsburgisch-österreichischen Prinzen unter denen einige wohl auch als geistreich, tapfer und thatkräftig sich erwiesen, die Mehrzahl jedoch — neben der übrigens an den meisten zuuerkennenden Gutmüthigkeit — in Ansichten etwas beschränkt, im Handeln schwach, von unklugen oder bösen Rathgebern verführt und zumal von abergläubigen oder verschmißten Priestern geleitet erscheint, ragt Joseph II. als die glänzendste Gestalt hervor. Ein wahrhaft edelgesinnter, sein Volk und die Menschheit liebender, das Gemeinwohl

die Herrschaft des vernünftigen Rechts sich zum Ziele des Strebens setzender Fürst, voll Verstand, Willenskraft und — zum Theile zu ungeduldiger — Thatlust, und begierig — vielleicht allzu sehr begierig — nach Ruhm, doch angeweht von dem den meisten andern Großen verhassten Geiste seiner vorangeschrittenen Zeit und von Verlangen brennend, ihre durch den Mund der Aufgeklärtesten und ersten ihrer Genossen verkündeten Forderungen, so weit seine Macht reichte, in's Leben zu führen, unerschüttert durch die Wuth einer wider ihn verschworenen Welt von Feinden und nicht achtend der Vortheile, der selbstsüchtigen Interessen und bösen Leidenschaften von Tyrannen und Herren.

Dieser gleich standhaft fortgeführte als kühn unternommene Kampf der Vernunft und des gesunden Rechtsinnes eines mit aller Kraft des Herrschers und allem Ansehen der legitimen Auctorität ausgerüsteten, nur das mit Ueberzeugung als gut Erkannte wollenden Monarchen gegen die Dummheit, Engherzigkeit und Verstocktheit einer ind am Alten hängenden oder von arglistigen Verführern wider ihn in Wohlthäter aufgehehten Menge, so wie gegen den starrsinnigen Aberglauben der durch das historische Recht begünstigten Classen, dieser schicksalvolle, in seinen unmittelbaren-Ergebnissen freilich unbefriedigende, ja dem edlen Kämpfer selbst meist nur bittere Früchte bringende, jedoch als Aussaat für eine spätere Zeit unvergänglich wirkende Kampf ist ein gleich erhebendes als erschütterndes Schauspiel. Ihm allein oder doch ganz vorzugsweise haben wir unser Augenmerk hier zuwenden; dem übrigen Theile der Geschichte Joseph's — zumal weil dieser nur allbekannte Data enthaltend — widmen wir blos einen flüchtigen Ueberblick.

Als Joseph II., der erste Sproßling des durch das lothringische Blut verjüngten habsburgischen Stammes, geboren ward (13. März 1741), befand sich seine Mutter, Maria Theresia, die Erbin der unter ihres Vaters, Karl's VI. schläfriger Verwaltung tief zertrümmerten österreichischen Staaten, trotz der von fast allen Mächten Europas garantirten „pragmatischen Sanction“, welche ihr solches Erbrecht zusprach, durch die Angriffe einer ganzen Schaar von heuchelhaften Feinden in so harter Bedrängniß, daß sie bereits in Wien, woselbst sie des Knaben genas, den nahenden Schlachten Donner vernehmen konnte und bald, bei der Ueberschwemmung der meisten übrigen Provinzen, keine andere Zuflucht mehr, als das ungarische Land besaß. Dorthin floh die Verfolgte und trug, den Säugling Joseph auf dem Arm, die versammelten Reichstände zum Schutze für sich und das königliche Kind auf. Die Edlen und die Nation, begeistert und treu, entsprachen dem Rufe und durch ihre ruhmvolle Erhebung, welcher dann auch die anderen österreichischen Völker nacheiferten, ward Theresiens Thron gerettet. Doch erst im achten Jahre des wohl auch wechselvollen, doch im Ganzen

für Oesterreichs Krieger glorreichen Kampfes (Oct. 1748) krönte Friede zu Aachen Maria Theresiens muthvolle Beharrlichkeit.

Dergestalt waren die Wiegenzeit und die ersten Knabenjahre Joseph's von kriegerischem Lärme erfüllt, was, da der Nachhall der fortwährend am Hofe ertönte, auch auf das zarte Gemüth des Knaben nicht ohne Eindruck bleiben konnte. Und noch war solcher Eindruck nicht verwischt, als (acht Jahre nach geschlossenem Frieden) ein neuer Kriegssturm (der siebenjährige Krieg) sich erhob und auf den zum Jünglinge herangewachsenen Joseph eine um so mächtigere Wirkung that. Wohl rührt von diesen Jugendeindrücken der rege Eifer Joseph's für das Heerwesen und seine viel getadelte Hinneigung zu Kriegen größtentheils her. Der erste gereichte Oesterreich zum großen Vortheile, die zweite jedoch brachte ihm nur wenig Gewinn.

Erziehung und Unterricht, welche Joseph, auf Veranstaltung seines gutmüthigen Vaters, Kaisers Franz I., und seiner frommen Mutter, Theresia, genoß, waren wohl der Intention der Erzieher und Lehrer nach gut, doch freilich den höheren Anforderungen an die Bildung eines Thronfolgers so wenig als dem Feuergeiste Joseph's selbst genügend. Darum suchte auch dieser, sobald er einige Selbstständigkeit des Denkens und Willens erlangt hatte, das Fehlende zu ergänzen durch eifrige Lesung belehrender Schriften, zumal des Auslandes, durch den Umgang mit ausgewählten Freunden und Rathgebern und vor Allem durch Reisen, die er, nach dem Beispiele Peter's d. G. von Rußland, den er gern als Muster sich vorhielt, mit einem großen Theil Europas (als durch die weiten österreichischen Erbstaaten, sodann durch Deutschland, Italien, Frankreich, einen Theil Spaniens und Rußland) unternahm und noch, als er bereits Kaiser und Selbstherrscher war, fortsetzte.

Nach dem Tode Kaisers Franz I. (1765 am 18. Aug.) trat Joseph, welcher schon vor einem Jahre (1764 am 27. März) zum römischen Könige war erwählt worden, als Kaiser die Scheinverwaltung des österreichischen Reiches an. Maria Theresia aber ernannte ihn zum Regenten des österreichischen Staates. Letzteres indessen geschah nur dem Namen als der That nach; denn die Kaiserin behauptete für sich selbst bis zum Tode die alleinige Macht, ihrem Sohne erweilten bloß die Militärverwaltung überlassend und dann auch in anderen Dingen seinen Rathschlägen horchend, nicht seinem Willen sich fügend.

Bis zum Jahre 1780, wo seine Mutter starb (28. Nov.), beschränkte sich also Joseph's selbstständiges Wirken auf die Reform des Heerwesens, die er auch mit Geist, Kraft und Glück, meist nach den Rathschlägen des Feldmarschalls Lasen, vollbrachte und Oesterreich dadurch eine den größten Dingen gewachsene militärische Macht verlieh. In anderen Sphären beschränkte er sich einstweilen auf Entwerfung reformatorischer Pläne und auf Vorarbeiten zu denselben.

ng, welcher legten er dann als Selbstherrscher all' seinen Feuer-
 und seine unermüdete Thätigkeit widmete.

In Ansehung des Charakters seiner Plane aber zeigt sich ein
 großer Unterschied zwischen den der äußeren von den der in-
 neren Politik. Auch jene zwar hatten wie diese die Erhebung, Er-
 rung, Beglückung Oesterreichs und mittelst derselben auch
 Ruhm des Kaisers, als Urhebers so großer Dinge, zum
 e. Aber bei den ersten kam Joseph natürlich mit den Inter-
 en und Rechten anderer Staaten in Widerstreit, wäh-
 die legten die Möglichkeit einer durchaus friedlichen und vorwurfs-
 Verfolgung darboten. Der Feuereifer des Kaisers achtete dieses
 schiedes zu wenig, und, stets nur sein blendendes Ziel im Auge,
 dort die Versuchung auch zu Rechtsverletzungen hin, während
 er — wenigstens größtentheils — sein ohnehin schon dem Ge-
 ande nach rein patriotisches und humanes Streben von solchen
 aben frei zu erhalten vermochte. Ueber beiderlei Sphären von Jo-
 s Mühen übrigens waltete ein gemeinschaftlicher Unstern. Die
 en seiner Entwürfe schlugen fehl, oder trugen ihm, auch wo sie
 weissen Erfolg hatten, die bittersten Kränkungen ein.

Die dem Erfolge nach glänzendste Unternehmung nach außen,
 zugleich die tadelnswürdigste und nach ihren noch heute fort-
 enden Wirkungen in der That heillos zu nennende war die
 Theilung Polens (1772). Dieselbe ward zwar noch zu
 eiten Maria Theresien's und unter den Auspicien des als
 nicipalminister das Steuerruder führenden Fürsten Kauniz in's
 ekt gesetzt; doch hatte auch Joseph's persönliche Eroberungslust an
 alben Beförderung einen mächtigen Antheil. Es ist hier nicht
 Ort, diese Theilung Polens (s. „Polen“) zu charakterisiren,
 zu untersuchen, welcher von den drei Großmächten, die sie voll-
 hten, das größere Maß der Schuld dabei zur Last liege: längst
 die Welt über die Unternehmung und ihre Urheber sammt und
 ders das Verdammungsurtheil gefällt; nur hat sie anerkannt, daß,
 Bezug auf die Art der Ausführung und auf die Behandlung
 an sich gerissenen Länder, Oesterreich am Humansten verfahren.
 ichtwohl tilgt dieses die Makel der Erwerbung nicht, und, bei all'
 er materiellen Kostbarkeit für Oesterreich, trägt dasselbe — mit ihm
 h ganz Europa — noch heute die schweren Nachwehen der unge-
 igten That.

Einige Jahre später (1775) prekte Oesterreich unter dem Pa-
 mate Rußlands den Türken die Bukowina ab; und bald dar-
 f, nach des kinderlosen Kurfürsten Max Joseph von Baiern
 de (1777 am 30. Decbr.) warf es seine verlangenden Blicke auf einen
 eil der jetzt auf die pfälzische Linie des mittelbachi'schen Hau-
 s übergehenden Länder. Niederbayern, die Oberpfalz, und
 e Anzahl anderer minder bedeutender Herrschaften wurden gefordert
 ter mancherlei, meist frivolen Titeln. Auch räumte Karl Theo-

der, Besitzer der Kurpfalz und jetzt Max Joseph's Erbe, die schwäbischen Länder und die Oberpfalz durch einen lautenden Vergleich Desterreich gutwillig ein. Doch der präsumtive Erbe Karl Theodor's, der Herzog Karl von Zweibrücken, widersprach, und Preußen, ja selbst auch Rußland unterstützten seinen Widerspruch. Bis zum Kriege zwischen Preußen und Desterreich gedieh der Anfangs nur in bitteren Worten geführte Streit. Interessant jedoch, von seinen angeblichen Freunden verlassen, bequemt — so großen Verdruss darüber der kampfbegierige Kaiser empfand — zu Teschen zum Frieden (1779 am 13. Mai), worin es gleichwohl noch das Inn-Viertel gewann.

Den Plan auf das wohlgelegene Baiern hatte Joseph indessen nicht aufgegeben, vielmehr erneuerte er denselben, nachdem Selbstherrscher geworden, mit Nachdruck und Eifer. Auf dem Wege eines Ländertausches sollte das Desterreich so trefflich abrunden und seine Macht in's Herz von Deutschland führende Baiern gewonnen werden. Die österreichischen Niederlande (mit Anschlusse Luxemburgs und Namurs) sollte Karl Theodor mit dem Titel eines „Königs von Burgund“ für Baiern erhalten. Er nahm das Anerbieten an (1785); aber — obschon jetzt auch Rußland Desterreichs Plan unterstützte — die zweibrück'schen Brüder, zumal der jüngere, Max Joseph, verwarfen es, und Letzterer rief die Garanten des Teschner Friedens, zumal Preußen, zu Hülfe an. Da brachte der alte Friedrich den „Fürstenbund“ zu Stande, dessen ausgesprochener Zweck die Erhaltung der Reichsverfassung und der Gerechtsame aller einzelnen Reichsstände war, wodurch demnach Desterreich die Hoffnung verlor, anders als auf dem Wege eines Krieges seinen Plan zu verwirklichen. Es gab ihn daher auf, und der morsche Reichsverband, mit allen seinen Verfehrtheiten und historischen Rechtsungebühren, fristete dadurch sein Dasein bis zum Auftreten eines auswärtigen Unterdrückers.

Ähnliches Fehlschlagen wie gegen Baiern erfuhr Joseph auch gegen Holland. Den veralteten „Barrièretraktat“ zwar gemindert, tete er eigenmächtig und ließ die Festungen, woraus die Holländer beim Ausbleiben des Soldes ihre Besatzungen gezogen, meist schließen: aber die unter dem Titel der Grenzberichtigung wider die schwache Republik erhobenen Forderungen, so wie die allerdings berechtigteren der freien Schifffahrt auf der Schelde, setzte er, obwohl er deshalb bereits zum Schwerte gegriffen, nicht durch. Die abholden Sinnung zumal Frankreichs, dann auch jene mehrerer anderer Cabinette machten das Nachgeben nothwendig. Gegen eine mäßige Summe stand daher der Kaiser (1784) von seinen Forderungen ab.

Getauscht in seinen Hoffnungen auf Frankreichs, des durch Schwägerschaft verbundenen, Beistand, bewarb Joseph eifriger sich um Rußlands Freundschaft, d. h. um jene Katharina's, der großen Beherrscherin dieses Reiches. Der Bund mit

in ihm die so sehnlich gewünschte Vergrößerung zu verheissen auf der andern Seite, wo sie noch möglich war, nämlich auf jener der Schwäche. Dieselbe zwar hatte Oesterreich durchaus keinen Grund zur legitimen Beschwerde gegeben; aber sie war schwach, innerlich voll Zersetzung und nach außen durch die fortschreitende Uebermacht Rußlands bedrängt. Im Vereine mit dem letztern also ließen sich leichte Triumphe erringen und Provinzenerwerb. Also, obschon die bedrückte Pforte, die russischen Heere ihr drohend nahten, Oesterreich um Neutralität oder doch um Beschränkung seiner Theilnahme auf Leistung der statmäßigen Hülfe anflehte, verheissend, auch im letzten Falle noch die Neutralität zu ehren, erklärte gleichwohl das unbeleidigte Oesterreich, angeblich weil man seine offenbar parteiische Vermittelung auszuweichen, den Krieg (1788 am 9. Febr.). Der Kaiser persönlich leitete das Hauptheer; aber Feindesschwert und Seuchen rieben einen grossen Theil desselben auf, und die Türken überschwemmten verheerend das Bannat. Da ging Joseph, des Kammers voll, nach Wien zurück, den Todeskeim, den er durch übergrosse Anstrengung mitgeführt, in der Brust. Einige Erfolge der Nebenseldherren gaben zwar etwas Trost; und später, als Loudon an die Spitze des kaiserlichen Heeres getreten, krönten glänzende Siege die Waffen Oesterreichs (1789), wie schon früher Rußlands. Joseph selbst jedoch erzielte davon keine Früchte, weil sofort die Eifersucht der Mächte sich erweckte, und zumal Preussen einen förmlichen Bund mit der Türkei schloß. Darüber wurde in Reichenbach ein Congress eröffnet (1790 am 16. Januar), dessen Ergebnis Joseph nicht mehr erlebte, weil er aber, nach der damals rings umwölkten Lage Oesterreichs, ein solches Resultat wenig befriedigendes voraussehen mochte.

Bei diesem Ueberblicke der auswärtigen Verhandlungen Joseph's trübt uns, mehr noch als das ausgezeichnete Unglück, das ihn das Leben fast allenthalben verfolgte, die Wahrnehmung der für die grösstentheils leidenden Mächte Nichtachtung des natürlichen, ja selbst auch des positiven Völkerrechts. Nicht nur die Theilung Polens, sondern auch der Versuch auf Baiern (d. h. der Wegnahme, nicht aber des Austausches dieses Landes, obschon auch der letzte vom Standpunkte des Völkerrechts als Beleidigung der zu vertauschenden Völker erscheint), sodann wenigstens ein Theil der gegen Holland erhobenen Forderungen und in weit höherem Grade die Bekriegung der Pforte liessen dem philosophischen Kaiser als verwerflich erscheinen müssen vor dem Tribunale des natürlichen Rechtsinnes, wenn nicht feurige Ruhm- und Racheerregung, die seine großen Zeitgenossen Friede und Katharina in ihm erweckten, sein Urtheil bestochen hätten, und wenn nicht durch den damals schon fast verlorenen (eigentlich fast von jeher verderbten) öffentlichen Rechtszustand selbst die öffentliche Meinung gegen die einzelnen Verletzungen ihre abgestumpft gewesen. Damals, bevor nämlich die Donnerstimme der französischen Revolution die Gewissen wie die Geister weckte, ja

tigungsgründe ihm zu Gebote standen, welche anderen, gleich engherzig sperrenden Regierungen keineswegs zur Seite stehen.

In Verbindung mit Joseph's staatswirthschaftlichen Ansichten, doch zugleich noch ein höheres Ziel, nämlich die Gerechtigkeit verfolgend, war sein Entwurf einer neuen, nach dem physiokratischen Systeme gemodelten Steuerregulirung und die ihr zur Basis bestimmte allgemeine Landesvermessung. Die erste, in so fern sie die gesammte Steuerlast auf Grund und Boden zu legen gedachte, war allerdings, wie das physiokratische Princip selbst, chimärisch; aber die damit verbundene Verordnung einer gleichen Belastung des Herren- wie des Bauerngrundes war eine dem historischen Rechte zwar widerstreitende, doch von allen Verständigen seitdem gebilligte und für die damalige Zeit höchst preisenwerthe, dem vernünftigen Rechte dargebrachte Huldigung. Um dieselbe nun in's Leben zu führen, erschien eine Landesvermessung als nothwendig, und Joseph setzte dieselbe auch durch, trotz aller Schwierigkeiten eines so riesenhaften Unternehmens für die damalige Zeit und trotz aller Hindernisse, welche der Widerspruch, ja zum Theile der Widerstand der privilegierten Stände, zumal in Ungarn, ihm entgegensetzte.

Solche allgemeine und gleiche Steuerregulirung war aber nur ein Theil des noch unermesslich größeren Planes der Verbindung aller — genetisch, historisch, politisch und auch physisch wie moralisch unter sich so äußerst verschiedener — Theile des österreichischen Staatskörpers zu einem gleichartigen Ganzen. Nicht nur einerlei Steuer, sondern auch einerlei Gesetz und Recht, einerlei Volksbildung, einerlei Verwaltung, ja auch einerlei Sprache sollten herrschend gemacht werden über die gesammte, dem Hause Oesterreich gehorchende, von so vielerlei, bis dahin sich unter einander als fremd betrachtenden, in fünf Hauptzungen und mehr als zwanzig verschiedenen Dialekten redenden Völkern bewohnte Ländermasse. Ein Unternehmen allerdings, welches neben dem politisch guten auch einen despotischen Charakter trägt und den dadurch mit dem Verluste ihrer geliebten Nationalität bedrohten Völkern vollwichtigen Grund der Klage gab. Die Stärkung der Herrschergewalt jedoch war dabei Joseph's Hauptabsicht nicht. Aber er erkannte in der gewünschten Gleichförmigkeit eine Stärkung der Gesamtkraft, eine wesentliche Erleichterung der Regierungssorgen und, da es eine Gleichförmigkeit im Guten sein sollte, eine nähere Bürgschaft des allgemeinen Wohles. Gleiche Sicherheit wie gleiches Recht sollte bestehen im ganzen Reiche, gleiche Art der Gesetzvollstreckung, gleiche Beschüzung der Schwächeren gegen die Starken, namentlich der Grundholde gegen die Grundherren, gleiche Gewährleistung des öffentlichen und Privatwohls, wie gleiche Tragung der öffentlichen Last. Auch mochten wohl die Hauptvölker der Monarchie, und welche bereits selbsteigene Cultur besaßen, gegen das Aufdringen der deutschen Cultur und Sprache sich auflehnen: den mit Oester-

reich vereinten Parcellen anderer Völkerschaften, und zumal den noch rohen, uncivilisirten Stämmen, welche Oesterreichs Scepter gehorchten, war es aber keine Wohlthat, aufgenommen zu werden in die Gemeinschaft der deutschen Cultur.

Mit Recht ist den Josephinischen Gesetzen, zumal jenen über das Straf- und über das Civilrecht, dann aber auch den meisten Verordnungen in der Sphäre der politischen Staatsverwaltung das vielstimmige Lob der Zeitgenossen und auch der späteren Kenner zu Theil geworden. Neben den Unvollkommenheiten, die ihnen, wie jedem Menschenwerke, eigen sind, athmen sie fast durchaus den Geist der Humanität, der Rechtsliebe und der väterlichen Sorge für des Volks Wohl. In das Einzelne darüber einzugehen, würde zu weitführend sein; nur einiger der vorzüglich wichtigen Gesetze werden wir später gedenken. So übergehen wir auch des Kaisers, wiewohl musterhafte und tausendfachen Segen bringende, Anstalten und Verordnungen für das Armenwesen, die Krankenpflege, die Gesundheitspolizei und das Medicinalwesen, für Landescultur und Landstraßen, überhaupt für Alles, was die Fürsorge einer wohlgeordneten Regierung anspricht. Jene Joseph's macht in allen diesen Dingen für Oesterreich Epoche.

Mit Erlassung der Gesetze jedoch begnügte sich Joseph nicht. Er wollte, daß sie auch pünctlich vollstreckt würden, und schärfte seinen Willen allen Staatsdienern durch strenge Verordnungen und enaue Controle ein. Eigenhändig schrieb er mehrere nachdrückliche Instructionen für sämtliche Beamte und schloß eine derselben, welche unter dem Namen des „kaiserlichen Hirtenbriefes“ bekannt ist, mit nachstehenden, einen Blick in seine Seele gewährenden Worten:

„Dieses sind in Kurzem meine Gesinnungen. Daß selbige befestigt zu machen, mich Pflicht und Ueberzeugung leitet, kann mein Beispiel beweisen; und daß ich selbige in Ausübung sehen werde, kann man hiernach versichert sein. Wer nun mit mir so denkt, und sich als einen wahren Diener des Staates ganz mit Hintansetzung aller übrigen Rücksichten widmen will, für diesen werden vorstehende meine Forderungen begreiflich sein und deren Ausübung Jedem so wenig, als mir, schwerlich fallen. Jener aber, der nur das seinem Dienste anhängende Utile oder Honorificum zum Augenmerke hat, die Bedienung des Staates aber als ein Nebending betrachtet, der soll es lieber vorzuziehen und sein Amt verlassen, zu dem er weder würdig noch geeignet ist, da dessen Verwaltung eine warme Seele für des Staates Beste und eine vollkommene Entsagung seiner selbst und aller Gemächlichkeiten fordert.“ —

Auf drei edle Zwecke zumal: auf Volksbildung und allgemeine Aufklärung, auf religiöse Duldung und auf bürgerliche Freiheit und Gleichheit war Joseph's humanes Streben gerichtet. Dies Staats-Lexikon. VIII.

ses sind die drei köstlichsten Edelsteine in dem Strahlenkranze seines Ruhmes.

Joseph erkannte, daß ein aufgeklärtes Volk am Meisten fähig, wie am Meisten würdig des Glückes ist. Er selbst war helles Geistes, von den Fesseln der Vorurtheile frei, begierig nach jeder nützlichen Kenntniß; und er wollte, daß auch sein Volk solches werde, und daß Licht sich verbreite über alle Classen der Nation. Darum ordnete und beförderte er den Volksunterricht, namentlich durch Gründung von Normalschulen, deren Musterhaftigkeit die ausgebreitetste Anerkennung fand, und sodann durch Vermehrung und freigebige Dotation der niederen und höheren Volks- und gelehrten Schulen, endlich durch Ermunterung der Lernbegierde und der Wissenschaftlichkeit mittelst vielnamiger Anstalten, wie auch dargebotener materieller Belohnung und Ehrenausszeichnung. Was aber am Wirksamsten und am Preiswürdigsten war: er gewährte die Pressfreiheit. Der Fürst von Oesterreich erkannte, daß ohne sie kein Licht über die Nationen kommt, keine verständige öffentliche Meinung sich bildet, keine genügende Schutzwehr gegen Unrecht und Gewalt, kein durchgreifendes Heilmittel gegen Mißbräuche und Verkehrtheiten aller Art zu finden ist. Der Fürst von Oesterreich machte die Presse frei, seinen eigenen freien Geist und mehr noch sein reines Gewissen, sein Bewußtsein, daß man mit Recht ihn nicht anklagen könne, und seine Furchtlosigkeit vor unverdientem Vorwurfe oder Spotte dadurch bezeugend.

Freilich war die Pressfreiheit, welche Joseph (im J. 1781) durch sein unsterbliches „Censuredict“ seinem Volke verlieh, keine ganz unbeschränkte. Die Censur wurde nicht völlig aufgehoben, doch wesentlich und zwar dahin gemildert, daß nur, was Sittlichkeit oder Religion offenbar verlege oder systematisch angreife, dürfe gestrichen werden. Dieser der Censur noch zurückgelassene Spielraum war übrigens praktisch von weniger Bedeutung, da einmal überhaupt Freiheit der Gedankenmittheilung die Loosung war; Joseph aber, da er ausdrücklich alle anderen Schriften, namentlich alle Kritiken, auch die gegen den Landesfürsten, erlaubte, und nur, wenn sie ihn oder den Staat „gar zu anstößig behandeln sollten“, dem Verbote unterwarf, schien dadurch seine Ansicht dahin auszusprechen: daß zwar Religion und Sittlichkeit durch schlechte oder boshafte Schriften — die etwa in die Hände von geistig Unmündigen fielen — könnten gefährdet werden, daß aber der Staat oder die Regierung — wofern diese nämlich eine gute wäre — durch die den wirklich verbrecherischen Worten jeweils drohende Strafe hinreichend geschützt seien, daher der Censur entbehren und aller Angriffe der Preßspotten mögen.

Durch das Geschenk der Pressfreiheit hat Joseph seinem Volke und mittelbar ganz Deutschland, eine unermessliche Wohthat erwiesen und sich selbst ein unvergängliches Monument errichtet. Zwar hat die

öfentlich entfesselte österreichische Presse allerdings ihre jugendliche Freiheit mißbraucht und mancherlei Unsinn, Frechheit und Schlechtigkeit an den Tag gebracht; auch ward sie, wie so vieles Andere, was Joseph eingeführt, bald nach seinem Tode wieder aufgehoben: aber dennoch ist des Guten, das ihr und namentlich auch dem mit ihr verbundenen freien Geistesverkehre mit dem Auslande entfloß, unermesslich mehr gewesen als des Uebeln; und jenes Gute wirkte laut und im Stillen fort, auch als die Reaction eingetreten. Durch die, obgleich nur kurz; angedauerte, Pressfreiheit hat in Oesterreich der Geist, allerhöchst der der lesenden Classen, mittelbar aber auch der aller anderen, einen Impuls der Bewegung oder ein Princip des Lebens erhalten, welches Reaction, wenn sie nicht eine Reihe von Generationen hindurch andauert, zu ersticken unfähig ist. Noch leben und wirken viele der geistlichen Männer, die in Joseph's Zeit oder im Geiste seiner Anordnungen ihre dem Licht befreundete Bildung empfingen. Dieselben pflanzen oder pflanzen noch, trotz der neu eingetretenen strengen Censur, ihre helleren Ansichten durch mündliche Ueberlieferung und vertrautere Mittheilung auf Söhne und Enkel, auf Freunde und Freundeskinder; und diese thaten hierauf das Nämliche und thun es noch, so daß eine Art von geheimer — man möchte sagen Josephinischer — Kirche in Oesterreich besteht, an welcher die schönsten Hoffnungen der Vaterlandsfreunde sich festhalten.

Der Volksaufklärung, davon war Joseph durchdrungen, ist nichts Ehrlicher und todschändlicher als ein bigotter Clerus, zumal als Herr von werkheiligen Mönchen, deren Institut aus dem Aberglauben der Menge seine Nahrung und sein Gedeihen zieht, und dessen Streben daher naturgemäß dahin geht, solchen Aberglauben, überhaupt die Geistesverfinsterung, in alle Wege zu hegen und zu pflegen. Aus diesen (und nebenbei aus staatswirthschaftlichen) Gründen war Joseph dem Mönchsthum entschieden abhold und unterwarf es daher einer radicalen Reform. Binnen acht Jahren hob er von 2024 Klöstern, die er beim Antritte seiner Regierung vorfand, nicht weniger 700 auf und brachte dadurch die Zahl der Ordensleute von 63,000 auf 27,000 herunter. Nicht die reichsten Klöster (wenn diese zu irgend nützlichen Wirkksamkeit für Kirche oder Schule geeignet schienen), sondern vielmehr die ärmeren, vorzugsweise die Bettel-Orden, und überhaupt die bloß der Frömmerei gewidmeten, traf solche Aufhebung; und ihr eingezogenes Vermögen (von welchem den nicht etwa Kirchen- oder Schuldienste angestellten Ermönchen eine mäßige Pension verliehen ward) floß nicht in die allgemeine Staats- und noch weniger in die fürstliche Casse, sondern in den Religions- und Schuldienfond, ward also im edleren Sinne der geistlichen Stiftungen verwendet. Die noch übrig gelassenen — immer noch zahlreichen — Ordensgesellschaften wurden sodann durch gewisse Verordnungen zu gewinnlicher Thätigkeit angehalten und, um sich ihrer Abhängigkeit von der weltlichen und in kirchlicher Sphäre von der bischöflichen

Gewalt mehr zu versichern, ihr Verband mit Rom, namentlich mit den all dort sich aufhaltenden Ordensgeneralen, völlig abgeschnitten. Außerdem wurden die schon unter Maria Theresia erlassenen Amortisationsgesetze mit Strenge gehandhabt, auch die Aufnahme von Novizen beschränkt und den Ausgenommenen oder Aufzunehmenden der Besuch der theologischen Vorlesungen an einer Landesuniversität zur Pflicht gemacht.

Zur edleren Bildung des weltlichen Clerus führte Joseph den Geist der Wissenschaftlichkeit und Aufklärung in die theologischen Facultäten mittelst Anstellung gleich gründlicher als freisinniger Lehrer ein, errichtete in den verschiedenen Provinzen wohlgeordnete, unter Aufsicht des Staates stehende Generalseminarien, vermehrte die Dotation der geringeren Pfarreien und versicherte sich durch Anordnung strenger Concursprüfungen von der Tüchtigkeit der anzustellenden Candidaten.

Durch solche und ähnliche Reformen gerieth Joseph natürlich in Conflict mit der päpstlichen Curie. Aber vergebens versuchte dieselbe durch alle Kunst der Unterhandlung, abwechselnd bittend und zürnend, dem Kaiser von seinen Plänen abzubringen; vergebens reiste der Papst (Pius VI.) persönlich nach Wien, um solchen Unterhandlungen Nachdruck zu geben. Joseph beharrte standhaft auf seinem Sinne und behauptete namentlich das Recht des königlichen Pleacet für alle kirchlichen, insbesondere auch für die von Rom aus ergehenden Verordnungen (rein dogmatische ausgenommen). Auch beharrte er bei seiner Reform des Mönchslebens und bei den gegen die Hegung des Aberglaubens erlassenen mannigfaltigen Verordnungen, als bei dem Verbote oder der wesentlichen Beschränkung des gesellschaftlichen Wallfahrens, auch der öffentlichen Umgänge, mit Ausnahme der Frohnleichnamsprozession; eben so bei der Abschaffung der geistlichen Bruderschaften, dann verschiedener läppischer oder selbst unsittlicher Cerimonieen und eingeschlichener abergläubiger Andachtsübungen u. s. w.

Der Mann des Lichts und des Rechts konnte natürlich gegen fremde Confessionen nicht anders als duldsam sein. Bis zu Joseph's Regierung hatten die vielen akatholischen Unterthanen Oesterreichs keinen eigentlichen Rechtszustand. Der westphälische Friede war in diesem Puncte für Oesterreich unverbindlich, und so hie und dort den Akatholiken an Religionsübung oder Kirchenbesitz ein Zustand, das war ihnen nicht eigentlich als festgestelltes Recht, sondern mehr nur factisch oder durch precäre Gestattung oder Nachsicht gekommen, auch nicht von sonderlichem Belange. Jetzt erst erhielten sie von dem gleich hellsehenden als menschenfreundlichen Kaiser ein Zustand bestimmt regelndes, die wesentlichen Rechte der Glaubensfreiheit gewährendes Gesetz. Es ward dasselbe „Toleranzedict“ genannt, durch welchen Namen freilich noch einige Beschränktheit in den sichten oder einige Nachgiebigkeit gegen den noch allzu glaubensstarken Geist des Volkes sich kund that. Das Toleranzedict, für die Chri-

den Hauptconfessionen — demnach mit Ausschluß der nicht-einfachen und auch der kleineren Separatisten-Kirchen oder Secten — erlassen, oder vielmehr die vielen, nach einander über denselben Gegenstand erlassenen Verordnungen, Erläuterungen, Zusätze u. s. w. befriedigen freilich die Forderungen des Rechtsphilosophen und Menschenfreundes nicht ganz. Die Gewährung war unvollständig selbst für die Hauptconfessionen; die Ausschließung der Secten aber und die deren hartnäckigen Anhängern sogar angedrohten Bestrafungen waren hart, sodann die Bestimmungen größtentheils schwankend, mancherlei Zweifeln Raum gebend und darum auch vielen Hader erzeugend, welchen zu beschwichtigen dann eben die vielen Nachträge und Abänderungen Statt fanden. Allein ein Mehreres oder Vollkommeneres zu thun, war der Kaiser durch den bigotten Glaubensfester eines großen Theiles seines Clerus und seines Volkes gehindert, und immerhin ist, was er gewährte, ein edles Denkmal seines Geistes. Auch hat es, als einmal aufgestelltes Beispiel freier religiöser Duldung, die wohlthätige Nachäferung mancher anderen Regierungen, protestantischer wie katholischer, erzeugt.

Auch den Juden, deren der österreichische Staat nahe an einer halben Million (die meisten in Galizien) zählte, ward — nicht nur Duldung, die sie nämlich schon früher besaßen, sondern — zugleich in weit größeres Maß bürgerlicher Rechte, als ihnen bisher zukommen war, verliehen; dagegen wurden ihnen jedoch auch mancherlei, die Erhebung der gesunkenen Nation bezweckende Beschränkungen aufgelegt und die Erfüllung aller Bürgerpflichten, namentlich die Unterwerfung unter das militärische Conscriptiionsgesetz, von ihnen gefordert.

In den meisten Ländern der Monarchie, ganz vorzüglich in jenen der slavischen Zunge und in Ungarn, besaß der Adel ganz exorbitante Vorrechte, und ward insbesondere der unglückliche Bauer von denselben mit Füßen getreten. In Böhmen galt der abscheuliche Grundsatz: „den böhmischen Bauer macht nur die härteste Knechtschaft gut“; und in Ungarn ward von dem übermüthigen Adel die Masse der Nation, nämlich die $6\frac{1}{2}$ Millionen Bauern — im Gegensatz der $\frac{1}{2}$ Million der Edlen und der Befreiten — „misera contribuens plebs“ genannt. Auch in den deutschen Provinzen war das Herrenrecht fast maßlos. Ueber dem Bauer, der freilich durch die Barbarei des Mittelalters fast in allen Ländern Europas zum Paria herabgewürdigt worden, lastete theils wirkliche Leibeigenschaft, theils eine solche Masse von vielnamigen Leistungen und Pflichten an Zehnten und Natural- oder Geldentrichtungen, daß die ausgesprochene, wirkliche Leibeigenschaft nicht drückender sein konnte. Joseph, der Vater seines Volkes, sah mit Schmerz solche Mißhandlung der Mehrzahl seiner Kinder und erkannte die Pflicht, die Nothwendigkeit, der Abhülfe. „Um so vielmal die Zahl der Landleute jene aller übrigen Stände übertrifft“, also erklärte er mit Nachdruck, „um so vielmal mehr muß der gerechte Fürst jene hilflosen, durch Unwissenheit

armen, durch Armuth furchtsamen, durch Furchtsamkeit mißhandelten Geschöpfe gesehlich schirmen und decken." — Eine Reihe von Verordnungen, eingegeben nicht nur von staatswirthschaftlicher Politik, sondern ganz eigens von reiner Rechtsliebe und Humanität, verbesserte nunmehr diesen bedauernswürdigen Zustand und bevölkerte in kurzer Zeit die früher nur von lastthierartig niedergebrückten Gestalten bewohnten Länder mit wenigstens eines erträglichen Zustandes sich erfreuenden Menschen. Die Leibeigenschaft zuvörderst, in ihrer nackten Erscheinung, wurde abgeschafft, der Bauer zum freien Menschen und Eigenthümer erklärt, und sodann das Maß der dem Grundherrschaft entrichtenden Leistungen auf billige Weise festgesetzt. Die ungemessenen Frohnen also wurden in gemessene verwandelt, alle unbestimmten Leistungen nach mäßigem Anschlage fixirt, einige der gehässigsten und den Charakter der Leibeigenschaft an sich tragenden Abgaben abgeschafft, die Zehntrechte beschränkt und genauer regulirt, und zur Vertretung der Colonen, gegenüber ihren Grundherrschaften, bei aller Regierungs- und höheren Gerichtsstellen ein eigener Staatsbeamter (der Fiscalprocurator) unter dem Titel „Unterthansadvocat“ angestellt.

Natürlich, daß solche Reformen, welche dem Interesse wie der historischen Rechte des Adels (und auch der Geistlichkeit und der Corporationen, als Grundherren) widerstritten, die Entrüstung, großentheils den lebhaften Widerstand der Privilegirten hervorriefen. Der Egoismus und der Kastengeist erblickten in Joseph, dem Volkfreunde, einen Tyrannen und Verächter des Rechts; und Ungarn zumal war es, wo sich — gestützt allerdings auf die verfassungsmäßig bestehenden Rechte der Stände — die leidenschaftlichste Opposition erhob. Mit dem Adel verbündete sich sodann überall — und allem in Niederland — der geistesbeschränkte oder herrschsüchtige Clerus und die Schaar der Mönche, deren Behaglichkeit und Glanz die Reformen Joseph's noch empfindlichere Wunden geschlagen; und diesen wie jenen gelang es nur allzu wohl, selbst das durch des Kaisers Edicte begünstigte, befreite, mit Wohlthaten überschüttete Bauernvolk, überhaupt die unwissenden unteren Classen gegen ihren gütigen Fürsten aufzuregen, so daß seine letzten Tage durch weithin lodernde Aufruhr getrübt wurden. Die von Joseph gewährte Pressfreiheit wurde dazu mißbraucht, nicht etwa bloße Kritiken oder freimüthigen Tadel, sondern schändliche Schmähungen gegen den Monarchen, der nur das Gute wollte, in die Welt zu schicken; und noch heute hallen dieselben in den Regionen, wo Engherzigkeit und Selbstsucht den Ruf des Patriotismus und der Humanität übertönen, vielstimmig wieder.

Doch nicht nur solche leidenschaftliche Schmähungen von Seiten der bei Joseph's Reformen unmittelbar Betheiligten oder ihrer Bundesgenossen, sondern auch strenger Tadel von Seite ruhiger und wohlmeinender Denker ist Joseph zum traurigen Lohne für seine Bemühungen

heil geworden. Es gehört daher wohl mit zu unserer Aufgabe, die Hauptpunkte dieses Tadel's zu beleuchten.

Zuvörderst wirft man dem Kaiser zu große Hast bei seinen Unternehmungen vor. Er habe zugleich ernten und säen, d. h. er habe nicht warten wollen, bis der in das wohlzubereitete Erdreich geworfene Same naturgemäß zu Früchten reife. Dadurch seien die Reformen größtentheils mißglückt. Das Volk sei noch nicht genug vorbereitet gewesen, um sie zu verstehen, zu würdigen und in ihrem wahren Sinne sich zu Nutzen zu machen. Daher hätten die vielen scandalösen Auftritte in Folge des Toleranzedicts, daher die Schreckensscenen des siebenbürgischen Aufstands unter Horja und Glotschka gegen den Adel, in Folge der Aufhebung der Leibeigenschaft, gerührt, und daher sei mit seinem Tode, ja schon früher, fast der ganze von ihm mühsam aufgeführte Bau wieder eingestürzt.

Wahr ist's: Joseph wünschte die Vollendung dessen, was er begann, die Früchte dessen, was er pflanzte, selbst noch zu sehen; und die Anlegung des Augartens in Wien, den er nicht mit jungen Stämmchen, deren Versetzung leicht ist, sondern mit bereits starren, im Winter mühsam der gefrorenen Erde enthobenen Bäumen pflanzte, ist eine sinnbildliche Darstellung seines Schaffens auch in intellectueller, politischer und kirchlicher Sphäre. Aber sollte dieses so wohl zu tadeln sein? Auch Peter der Große, auch Napoleon, überhaupt alle Männer von energischem Charakter thaten also, und sofern sie nur nicht allzu sehr eilten, die Grundlegung zu ihren künftigen Bauten nicht völlig versäumten und zum raschen Bau die erforderlichen Anstalten trafen, so thaten sie wohl daran. Die Allmähligkeit der Reform, die Lieblingsforderung der gemäßigten Liberalen oder der Anhänger eines gleißenden „Justemilieu“ ist allzu oft nur ein täuschender Aushängeschild der Conservativen oder Stationären. Man liebt es, die Forderungen der Zeit durch Verzögerung auf allmähliges Erfüllen zu beschwichtigen; und die geeignete Zeit will nimmer erscheinen, die angeblichen Vorarbeiten gelangen immer zum Ende. Wer bürgte Joseph dafür, daß sein Nachfolger die Fortführung des von ihm Begonnenen geneigt sein werde? und das Unvollendete ist leichter wieder umzustürzen oder durch bloßes Nichtfortsetzen dem Zerfalle zu widmen, als ein bereits vollendeter Bau. Oder wie? Hätte Joseph mit dem Toleranzedict warten sollen, bis eine Geistlichkeit, oder gar Rom selbst, ihn zu Duldungsgesetzen auforderten? Hätte er die Leibeigenschaft der Bauern sollen fort dauern lassen, bis die österreichischen, böhmischen, ungarischen und polnischen Landesherren ihrer Leihherrlichkeit freiwillig entsagten? Hätte er überhaupt die alten Mißbräuche und Verkehrtheiten des historischen Rechts in Herrschaft erhalten sollen, bis Verstand, Rechtsliebe und Humanität ein ganzes Volk, und zumal die privilegierten Classen durchdrängen?? Preis ihm dafür, daß er es nicht that, daß er so schnell als möglich das Gute, das vom ewigen Rechte Geforderte in Wirklichkeit zu

sehen suchte. Uebrigens ist unwahr, daß er die nöthigen Vorarbeiten oder die Grundlegung zu seinen Werken versäumte. Für Unterricht und Aufklärung in allen Classen, das eigentliche Fundament guter Reformen, hat er so treu und ämsig gesorgt, wie nur wenige Machthaber; und überall ist nicht der Mangel an Vorarbeiten oder überhaupt die Eile des Schaffens die Ursache des Scheiterns seiner Entwürfe gewesen, sondern — der Widerstand der Privilegirten, der Günstlinge des historischen Rechts, der aus Mißbräuchen und Finsterniß schönen Gewinn Ziehenden.

Eben dieser Widerstand war es auch, welcher weit mehr, als der mangelhafte Inhalt der Josephinischen Verordnungen, die vielfache Abänderung derselben veranlaßte. Freilich waren mehrere derselben an und für sich der Verbesserung sehr bedürftig. Ihre Gebrechen stießen aus mangelhaften Einsichten Joseph's oder aus einigen, auch bei ihm noch zurückgebliebenen oder neu eingeschlichenen Vorurtheilen, welche jedoch Niemand dem mehr durch späteres selbstgeordnetes Forschen, als durch zweckmäßigen Jugendunterricht gebildeten Kaiser mit Billigkeit zum Vorwurfe machen kann, oder auch aus Mangel an Erfahrungen, welche aber nur aus den Wirkungen der Gesetze hervorgehen, zum Voraus also noch nicht konnten erworben werden. Die traurigsten Erfahrungen aber, die Joseph solchergestalt machte, waren einerseits der Widerstand und anderseits das Mißverständnis und der Mißbrauch. Diesen mußte sodann gesteuert werden durch neue Verordnungen oder durch Abänderung der alten, wobei allerdings der Kaiser einige Ungeduld kund that und mitunter allzu schnell mit Verbesserungen hervortrat, die dann abermal der Verbesserung bedurften.

Der härteste Vorwurf aber, der ihm gemacht wird, ist der der Despotie, des willkürlichen, oft harten Verfahrens und der Nichtachtung der historischen, zum Theil selbst constitutionellen Rechte. — Schön und treffend erwidert der geniale Dichter Auersperg auf diesen Vorwurf:

„Ein Despot bist du gewesen! Doch ein solcher, wie der Tag,
Dessen Sonne Nacht und Nebel neben sich nicht dulden mag,
Der zu dunklen Diebesklüften die verhaßte Leuchte trägt,
Und mit gold'ner Hand an's Fenster langer Schläfer rastlos schlägt.
Ein Despot bist du gewesen! Doch fürwahr ein solcher bloß,
Wie der Fenz, der Schnee und Kälte treibt zur Flucht erbarmungslos.
Der den ärgsten Griesgram lustig mit dem hellsten Thau besprengt,
Und mit seinen Festeskränzen selbst den ärmsten Strauch behängt!“

Es läßt sich jedoch nicht leugnen: einige Anlage zum Despoten hatte Joseph. Er besaß Willenskraft, war entschieden in der Ausübung seines Willens und hegte von der souveränen Gewalt ein ziemlich hohen Begriff. Es war ein Glück für sein Volk, daß er nichts wollte als das Gute und Gerechte, was mindestens nach aufrichtiger Ueberzeugung, als solches erschien, und daß er

Pflichten des Monarchen von den Rechten desselben nicht trennte. Wer eben dieses muß den Tadler zur Milde stimmen. Auch ist ohne durchgreifende Mittel kaum je etwas Großes, am Wenigsten eine wesentliche Reform zu Stande zu bringen; und es gibt Umstände, namentlich auch Culturzustände eines Volkes, welche ihm die Despotie, d. h. eine Art von dictatorischer Gewalt nothwendig oder heilsam machen. Wohl alsdann dem Volke, welchem der Himmel einen Titus, einen Marc-Aurel, einen Joseph II. zum Herrscher verlieh! Obgleich übrigens war Joseph in einem Theile seiner Staaten wirklich unumschränkter oder bloß durch leere Formen beschränkter Monarch; und die Versuchung, solche Gewalt auch auf jene zu übertragen, deren historisches Recht der Macht des Königs engere Grenzen setzte, allzu nahe lag. Sich selbst seiner guten Absichten bewußt, fühlte sich Joseph durch den Widerstand, den man ihm allenthalben — ob auch zum Theil aus gesetzlich gültigen Titeln — entgegensetzte, schmerzlich verletzt; und er zweifelte an seinem Recht nicht, solchen Widerstand mit Autorität aufzuheben. — „Wenn es einstens Neronen und einen Dionys gab“ — also schrieb er zur Zeit des Aufstandes in Belgien an einen Freund — „der über die Schranken seiner Macht hinausging, wenn Tyrannen gewesen sind, die einen Mißbrauch von der Gewalt gemacht, die ihnen das Schicksal in die Hände gab: ist es darum billiger, daß man unter dem Vorwande von Besorgnissen, die Rechte einer Nation für die Zukunft zu bewahren, einem Fürsten alle möglichen Hindernisse in seinen Regierungsanstalten in den Weg legt, die nichts anderes als das Wohl seiner Unterthanen zum Endzwecke haben?“ Ich kenne mein Herz; ich bin von der Redlichkeit meiner Absichten und meinem Innersten überzeugt und hoffe, daß, wenn ich einstens nicht mehr bin, die Nachwelt billiger, gerechter und unparteiischer das- selbe untersuchen und prüfen, auch beurtheilen wird, was ich für mein Volk gethan.“

Zudem waren zu Joseph's Zeit die Grundsätze des vernünftigen Staatsrechts, zumal des auf solche Basis zu erbauenden Verfassungsrechts noch zu wenig in's Klare gesetzt und anerkannt, als daß er die natürlichen Grenzen der Herrschergewalt überall deutlich hätte erkennen oder die Linie, wo das Volksrecht und das Recht des Einzelnen anfängt, mit Bestimmtheit hätte erschauen können. Nichts stand seinem Willen entgegen, als das historische Recht der Privilegirten, und dieses war keineswegs von einer Beschaffenheit, welche Achtung einflößte. Alles historische Recht übrigens, in so fern, was vermöge desselben erworben worden, noch nicht in's Privatrecht übergegangen, kann, seinem Begriffe nach, wieder abgeschafft oder verändert werden durch dieselbe Staatsgewalt, der es den Ursprung seines Daseins verdankt, oder welchen wenigstens in einer Fiction verdanken muß, wenn es überall wahre Gültigkeit haben soll. Diese ideelle Staatsgewalt ist aber — die Gesamtwille der Nation, als deren Organ, wenn eine

wahre, grundgesetzlich bestimmte Repräsentation mangelt, nicht eben jene Privilegirten, die da naturgemäß bloß ihren eigennützigen Privatwillen aussprechen, sein können, sondern entweder die durch die entsefelten Stimmen der Verständigen sich kund thuernde öffentliche Meinung, oder der geborene Repräsentant des Volkes, der Fürst, welcher nämlich, wofern er auch nur verständig ist, das Gesamtinteresse zu vertreten und gegenüber den demselben widerstrebenden Particulärinteressen zu schirmen natürlich berufen ist. Von diesem Standpunct aus mochte Joseph, der ohnehin, als fast lauter Autokrat auf den Königsthronen rings um ihn erblickend, sich zu gleicher Machtvollkommenheit berechtigt glaubte, den historischen Gerechtsamen, welche dem Gesamtwohl und dem ewigen Rechte widerstrebend erschienen, gewissermaßen im Namen des Volkes mit Auctorität entgegenzutreten und die vom Zeitgeist gebotenen Reformen mit Machtvollkommenheit durchzuführen.

Selbst auf Verfassungsformen, wenn ihnen bloß historisches Recht zur Grundlage dient, lassen diese Betrachtungen sich anwenden. Denn auch Verfassungsrechte müssen, wofern sie wahrhaft gültig sein sollen, als dem wirklichen oder wenigstens einem möglichen Gesamtwillen entfloßen erscheinen; und es muß ihr Widerspruch mit dem gegenwärtigen, offenkundig vorliegenden Gesamtwillen als ein zur Abänderung oder Abschaffung hinreichender Titel gelten. Vergebens würde man selbst die Verträge zu ihrem Schutze anrufen, die etwa vor Jahrhunderten oder später, zwischen König und Adel (oder überhaupt Feudalständen oder Privilegirten) über Fortbestand oder Form solcher Verfassungen wären geschlossen worden. Denn solche Verträge, wenn auch für die Paciscenten unter sich selbst — d. h. abgesehen von dritten Betheiligten — verbindlich, können doch immer die vor ihrer Schließung bestandenen oder, als auf Vernunft gegründet, ewig bestehenden Rechte dritter Personen, hier also des Volkes oder der Nation, aufheben und zumal nicht die nachfolgenden Geschlechter verpflichten; ja sie sind, eben als *pacta de jure tertii*, schon an und für sich ungültig. Der König also, in der Eigenschaft als Stellvertreter der Nation, kann — wenigstens der Theorie nach — wenn zu Tage liegt, daß eine rein historische Verfassung dem vernünftigen Gesamtwillen widerspricht, dieselbe in dessen Namen aufheben oder eine volksthümliche an ihre Stelle setzen, jedenfalls kann oder soll er in solchem Falle ein ächtes Organ des Nationalwillens in's Leben rufen, um in Uebereinstimmung mit demselben das heilsame Werk zu vollbringen. Kann er dieses nicht, so muß man entweder warten, bis die Herren der verfaulten Wahlsteden freiwillig ihrem monströsen Recht entsagen, und die Feudalstände selbst ihre Aufhebung zu Gunsten einer Repräsentativverfassung begehren, oder — man muß dem Volk anheimstellen, sein Recht auf dem Wege der Revolution zu suchen.

Allerdings unterliegen diese Sätze für die Praxis gar schwerer

edenken. Räumt man dem constitutionellen Könige das Recht ein, Namen des Volkes oder des vernünftigen Gesamtwillens die constitutionellen Schranken zu brechen: wo ist dann überhaupt noch eine Garantie für den Fortbestand einer Verfassung? Wird nicht jeder Fürst, dem eine ihm mißfällige Schranke gesetzt ist, unter dem Vorwande des gemeinen Wohles und somit des vernünftigen Gesamtwillens sich derselben entledigen können? Ist nicht alsdann selbst der Verfassungsturz in Hannover gerechtfertigt? Bei vernünftiger Deutung unserer Sätze zwar nicht; doch weil allerdings die Gefahr des Mißbrauchs nahe liegt, so mag man (aus politischen mehr als aus Rechtsgründen) die Unantastbarkeit jeder bestehenden Verfassung (es sei denn durch die gemäß derselben mit dem Recht der Reform ausdrücklich oder stillschweigend bekleideten Gewalt) behaupten. Doch wird die Geschichte, die unbestochene Richter in der menschlichen Thaten, bei ihrem Urtheil über Verfassungsbruch stets Rücksicht nehmen auf die Beschaffenheit einer Verfassung und auf die Motive des Bruchs; sie wird den von König Gustav III. in Schweden zum Heil der Monarchie vollbrachten Sturz der übermüthigen Aristokratenmacht und die von Joseph II. im Interesse der Humanität aus dem Lichte gethanen Eingriffe in die ungarische und in die belgische Verfassung nicht in eine Linie stellen mit den von den Stuarts in England im Interesse der Despotie begangenen Verfassungsverletzungen oder mit den neuesten Geschichten in Hannover. Uebrigens sind unsere Sätze von solchen Verfassungen zu verstehen, welchen das volksthümliche oder demokratische Element, sonach das natürliche Dasein des Gesamtwillens fehlt, und von solchen Verfassungsverletzungen, welche im Interesse dieses Elementes geschehen. Wo jenes Element schon vorhanden ist, da braucht der König es nicht zu ersetzen; wo aber das Recht oder Interesse eben dieses Elementes durch ihn verletzt wird, da wird die Berufung auf den angeblichen Gesamtwillen zum Unsinn oder zum Hohne.

Schon gegen die frühesten Reformen Joseph's hatte sich das Mißgegnügen, die Erbitterung, der geheime Widerstand erhoben. In dem Maße aber, als seine Pläne sich entwickelten, nahm die Opposition an Heftigkeit zu und an Verbreitung. Ganz vorzüglich aber schritt Ungarn und in Belgien der Geist des Widerstandes voran; gegen das Ende Joseph's befand dieses sich in offenem Aufruhr, in jenem schien der Brand jeden Augenblick zum Aufflammen bereit. Doch war es in Ungarn meist der Adel, und in Belgien mehr der Clerus, welcher die Bewegung hervorrief. Beide Länder eigens hatten wirklich einigen Grund der Beschwerde.

In Ungarn waren es freilich meist die humanen Geseze über Aufhebung der Leibeigenschaft, überhaupt über Verbesserung des Zustandes der Colonen, welche die Adlichen erbitterten. Es kam jedoch dazu die Aufhebung der Steuerfreiheit, die man nicht nur als ein lucratives, sondern auch als ein Ehrenrecht hochhielt; weiter die neue, jener

der deutschen Länder nachgebildete Organisation des Reiches, das verhasste, und zwar nicht ohne Grund verhasste (s. Conscription) Conscriptionsystem und die versuchte Verdrängung der ungarischen Sprache durch die deutsche. Die letzten Punkte mißfielen nicht nur den Adlichen, sondern auch den Bürgern und Bauern; und eben so fühlten Alle sich gekränkt durch die Nichteinberufung der Reichstage, durch die Unterlassung der Krönungszeremonie und endlich durch die Abführung der für ein Heiligthum geachteten ungarischen Krone nach Wien.

Es stritt allerdings gegen die Verfassung, daß Joseph keinen Reichstag berief, und daß er ohne denselben Gesetze, welche die Interessen der Stände berührten, erließ. Der Wahlspruch der Adlichen war: „Non de Nobis sine Nobis.“ Aber Joseph bedachte, daß er die Bestimmung der bevorrechteten Stände zur Beschränkung der Vorrechte nimmer erhalten würde, und unterließ die Einberufung. Das Römische that er in Böhmen, woselbst auch der bisher bestandene doppelte ständische Ausschuß aufgelöst und dafür zwei von den Ständen ernannte Wortführer als Beisitzer der Regierung in Prag zugelassen wurden. Auch in den deutsch-österreichischen Erblanden kamen unter Joseph die Landtage ab oder sanken völlig zu bloßen Förmlichkeiten, zu einfachen Postulaten-Landtagen herab. Als Vorbereitung einer etwa später einzuführenden Repräsentativverfassung hätte dieses Beifall verdienen mögen, da die Feudalstände nichts weniger als Volks-Vertreter, sondern bloße Vertreter des Vorrechts waren. Doch Joseph kannte die Repräsentativverfassung noch nicht; und es ist zweifelhaft, ob er — da sie gleichwohl den Eigenwillen des Fürsten, und wenn er der beste wäre, beschränkt — ihr hold gewesen wäre. Dafür aber gab er — wie Schneller (Oesterreichs Einfluß auf Deutschland und Europa. Stuttgart, 1829.) mit Recht bemerkt — dem österreichischen Staate mittelst der Pressfreiheit ein Parlament der Denker, welches unendlich wirksamer und wohlthätiger ist, als alle Feudalstände, ja selbst als Repräsentativstände, in so fern sie nicht frei und nach einem guten Wahlgesetze gewählt wurden, und in so fern ihnen die volle Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen mangelte.

Die Unzufriedenheit mit Joseph's Reformen, die von den Bevorrechteten ausgegangen und arglistig auch im verblendeten Volke, dessen Wohlthäter der Kaiser sein wollte, erregte, brach zuerst in den Niederlanden in vollen Aufstand aus. Die Veränderungen in der Gerichtsverfassung und in jener der politischen Verwaltung, welche den hergebrachten Einrichtungen zuwider liefen, auch die auf Erhebung der unteren Stände berechneten Maßregeln Joseph's, so sehr sie das Mißvergnügen, zumal der Vornehmeren, erregten, waren jedoch die nächsten Gründe des Aufstandes nicht. Die kirchlichen Reformen waren es, die Anstalten zur Beförderung einer lichteren theologischen Lehre, wie die Errichtung eines Generalseminariums und die Reform der Universität in Löwen, sodann die Abschaffung oder Beschränkung der

processionen und der Bruderschaften, die Verminderung der Mönchs-
 öster; auch das Toleranzedict und was überall Freisinniges und der
 Aufklärung Befreundetes in Joseph's Verordnungen lag. Der hohe
 und niedere Clerus und die Schaar der Mönche, entrüstet über solche
 Neuerungen, verbanden sich mit dem mißvergnügten Adel, und beide
 vereint wiegelten das Volk auf wider seinen königlichen Freund und
 entzündeten in ihrer fanatischen Wuth die Kriegsflamme. Die Stände
 in Brabant und anderen Provinzen verweigerten die Abgaben, bis
 nicht ihre Beschwerden gehoben wären; Klagen über Verfassungsver-
 zerrung wurden an die Generalstatthalter (die Schwester des Kaisers,
 Marie Christine, und ihren Gemahl, Herzog Albrecht von Sachsen-
 Coburg) und an den Kaiser selbst gebracht, die Religion in Gefahr er-
 acht. Allmählig entstanden an mehreren Orten Tumulte, das Volk
 begann an sich zu bewaffnen. Vergebens waren die abwechselnd versuch-
 ten Mittel der Milde wie der Strenge. Auch von Rom aus wurde
 der Brand unterhalten; und als die Unternehmungen Joseph's gegen
 die Pforte bei den Höfen Besorgnisse wegen des Gleichgewichts erreg-
 ten, so ließen einige derselben, zumal Preußen, sich zu heimlicher
 Unterstützung der Rebellen herab. Wiederholt bemühte sich der Kaiser,
 durch Nachgiebigkeit den Sturm zu beschwören; nichts als eine völlige
 Zurücknahme aller Neuerungen genügte den Hartnäckigen. Da er-
 klärte der zürnende Monarch (1789), daß er, da man die Pflichten
 gegen ihn gebrochen, auch an die Verfassung, namentlich an die
 „royale entrée“ (wie die brabantische genannt ward) sich nicht
 mehr gebunden erachte, und hob sie ausdrücklich auf.

Hierüber entbrannte förmlicher Krieg. Alle Provinzen, mit Aus-
 nahme Luxemburgs, fielen ab; und die Häupter der Empörung, nach
 Verwerfung der abermals eingegangenen nachgiebigen Erklärungen des
 Kaisers, hatten bereits die Einrichtung eines eigenen, selbstständigen Kö-
 nigreichs begonnen, als der durch solche Vorfälle auf's Tiefste
 gekränkte Monarch starb.

Ähnlichen Kummer bereitete ihm Ungarn. Zwar kam die Em-
 pörung hier nicht zum völligen Ausbruche; doch alle Vorboten einer
 solchen zeigten sich weithin im Reiche. Das Mißvergnügen über die
 Neuerungen war gesteigert worden durch die wegen des Türkentriebs
 an die Nation gemachten Anforderungen von Mannschaft und vielma-
 ßigem materiellen Bedarfe; die aus den Comitaten ertönenden Beschwern-
 en nahmen einen trotzigern Ton an, und tagtäglich näherte sich die
 Gefahr. Da entschloß sich der Kaiser, gebeugt durch so viele Unfälle,
 sich weithin den politischen Horizont mit düstern Wolken für Oester-
 reich umhängt erblickend, auf seinem Schmerzens- und Sterbelager zur
 Zurücknahme seiner Reformen, zur Niederreißung des geliebten Baues,
 um er seine schöpferische Kraft und alle Mühe seines Lebens gewin-
 net. Er erließ (unterm 28. Jänner 1790) ein solchen Widerruf aus-
 sprechendes Edict (von den Ungarn „Revocatio ordinationum, quae
 consuetudini communi legibus adversari videantur,“ genannt), worin er

zuvörderst die baldige Haltung eines Reichstags und die Zurückstellung der heiligen Krone des Reichs, um dieselbe in Ofen verwahren zu lassen, verhiess, und sodann in rührenden Worten fortfuhr: „Um die Bärtlichkeit Unseres väterlichen Gemüthes gegen das ungarische Volk nicht zu beschränken, haben Wir ferner auf Antrieb Unseres eigenen Herzens gnädig beschlossen, die öffentliche Verwaltung des Reichs und des Rechts vom ersten des kommenden Monats Mai in jenen Stand zurückzusetzen, in welchem sie sich befand, als Wir im Jahre 1780 die Regierung des Reichs übernahmen. Da Wir nämlich einige Anstalten der öffentlichen Verwaltung gleich beim Antritt unserer Regierung abzuändern für gut befunden, blos in der Absicht, das allgemeine Wohl zu befördern, und einzig in der Hoffnung, daß ihr, durch Erfahrung belehrt, daran Wohlgefallen finden würdet; Wir nun aber vergewissert werden, daß ihr die alte Form der Verwaltung vorzieht und in ihr allein euer Glück sucht und findet, so zaudern Wir nicht, auch in dieser Sache euren Wünschen zu entsprechen. Da Wir nämlich einzig das Wohl der Unserer Regierung anvertrauten Völker glühend verlangen, so scheint Uns jener Weg der willkommenste, welcher am Gewissesten dahin durch das allgemeine Uebereinstimmen der Nation führt. Darum stellen Wir die Comitate des Reichs in ihr altes und gesetzliches Ansehen wieder ein u. s. w. Zugleich erklären Wir die übrigen, seit dem Anfang Unserer Regierung erlassenen Verfügungen, welche nach dem gemeinen Sinne den Gesetzen zu widersprechen schienen, für aufgehoben und außer Kraft gesetzt. . . . Uebrigens haben Wir beschlossen, daß an der Kraft Unseres sogenannten Toleranz-edicts, auch an der Anordnung der Pfarreien, endlich an Unseren Verfügungen über die Behandlung der Unterthanen und ihr Band mit den Grundherren nichts geändert werde.“ — Dieses Edict ward in Ungarn mit Jubel empfangen, und dann auch die Reichskrone am 18. Febr., zwei Tage vor Joseph's Tode, aus seiner Burg unter festlichem Gepränge nach Ungarn abgeführt. Wie edel, wie human und liebenswürdig erscheint uns auch hier, selbst beim Widerruf seiner Verordnungen, der großmüthige Fürst dadurch, daß er von solchem Widerruf, trotz der harten Bedrängniß und der drohenden Gewitter, die ihn rings umgaben, dennoch die zwei Edicte ausnahm, welche die Duldung befahlen und die Leibeigenschaft aufhoben! Diese standhafte Behauptung der heiligsten Menschenrechte für wahr ist des schönsten Kranzes der Unsterblichkeit werth.

Auch Tirol, welches ähnliche Gährung wie Ungarn und aus ähnlicher Ursache gezeigt, glaubte Joseph durch Zurücknahme der meisten Neuerungen beruhigen zu müssen. In den übrigen deutschen Erbstaaten, auch in Böhmen, weniger in der Lombardei, zeigten sich gleichfalls Spuren des Mißvergnügens, obwohl von minder gefährdender Natur. Dennoch mochte Joseph voraussehen, daß auch hier — wie dann wirklich durch seinen Nachfolger geschah — die Restauration des Alten werde eintreten müssen. Und so fühlte er in seinen letzten

Stunden den Seelenschmerz, die Zertrümmerung seiner Lieblingswerke, welche das Heil Oesterreichs, die Humanitätsbeförderung in der ganzen civilisirten Welt und seinen eigenen edlen Ruhm zum Gegenstande hatten, theils noch selbst befehlen, theils voraussehen zu müssen. Als Ausdruck seines Seelenleidens mögen die Worte gelten, die er noch kurz vor seinem Hinscheiden sprach: „Ich wünschte, man schriebe auf mein Grab: 'Hier ruht ein Fürst, dessen Absichten rein waren, der aber das Unglück hatte, alle seine Entwürfe scheitern zu sehen'“; und als Denkmal seines reinen Bewußtseins diene sein Gebet in der Todesstunde: Herr! der du allein mein Herz kennst, Dich rufe ich zum Zeugen an, daß ich Alles, was ich unternahm und befahl, aus keinen anderen Absichten, als zum Wohl und zum Besten meiner Unterthanen meinte. Mein Wille geschehe!“ —

Zwei Tage vor seinem Tode traf den durch sein Unglück in politischen Dingen schon tief gebeugten Kaiser auch noch ein schwerer häuslicher Schlag. Die Gemahlin seines Neffen Franz, Prinzessin Elisabeth von Württemberg, Schwester der Gattin des russischen Thronfolgers, die Joseph väterlich liebte und als Pfand einer innigen Verbindung mit Rußland werth hielt, starb (am 18. Febr.) in Lebensnöthen. Mit gebrochenem Herzen, doch aufrechten Geistes und Gemüthes, folgte Joseph ihr nach, am 20. Febr. früh sechs Uhr.

Welchergestalt sein Bruder und Nachfolger, Leopold, bisher als Großherzog von Toscana wegen seiner Weisheit gerühmt, und nach seinem baldigem Tode (1792 am 15. Febr.) sein Sohn, Franz II. (nachher als österreichischer Kaiser Franz I.), welchen, die Fortführung der Reformpläne von ihm erwartend, Joseph geliebt hatte, das System des Fortschritts mit jenem des Stillstands oder vielmehr des Rückganges, nämlich der Restauration, vertauschten, und so in dessen Folge von den Josephinischen Gesetzen und Anstalten die meisten wieder aufgehoben und zum Theil durch solche in entgegengesetztem Sinne ersetzt wurden, ist zur Genüge bekannt. Gleichwohl die Kaiser Franz seinem persönlich verehrten, ob auch nicht nachgeahmten Oheim ein huldigendes Denkmal in einer imposanten ehernen Reiterstatue mit der Inschrift: „Josepho Secundo, qui Saluti publicae vixit, non diu, sed totus.“

Welche Ungunst jedoch immer Joseph's Richtung und Wirken unter seinen Nachfolgern traf: zerstören konnten dieselben seine Werke nicht, mindestens nicht von Grund aus. Nur was oberhalb des Bodens stand vom Gebäude, vermochte man niederzureißen; aber das tiefer liegende Fundament besteht noch, und wo man die Stämme seiner Pflanzungen fällte, da ist doch ihre gesunde Wurzel geblieben, und es mag früher oder später neue Schosse treiben. Ja, selbst die Verächter und Hasser seines Schaffens haben die Frucht davon genossen und müssen, wenn sie nicht völlig blind sind, selbst die Erhaltung des österreichischen Staates ihm danken. Ohne die durch Joseph's kluge Verwaltung bewirkte Stärkung der materiellen wie der morali-

schen Kräfte dieses Staates, wie hätte er den Stürmen trogen mögen, welche in Folge der französischen Revolution über ihn hereinbrachen! Maria Theresia, als sie den Thron bestieg, vermochte nicht den 40,000 Preußen zu widerstehen, welche ihr Schlesien raubten, und ohne den glücklich erweckten Enthusiasmus der Ungarn wäre in dem Baiersfürsten erlegen. Durch Joseph's staatswirthschaftliche Reformen ergoß sich ein jugendlich strömendes Leben in den alternden Staatskörper. Die 20 Millionen Menschen, die er beim Antritte seiner Regierung vorfand, vermehrten sich während der zehn Jahre seiner Herrschaft auf sieben und zwanzig Millionen; und die Staatseinkünfte stiegen von 55 Millionen Gulden auf mehr als hundert Millionen. Mit solchem Steigen im Einklange war die Vermehrung des Nationalreichthums, welche in allen Sphären der Erzeugung und des Verkehrs fast urplötzlich einen erstaunenswürdigen Schwung genommen und mit der Wohlhabenheit der Bürger auch ihr Selbstgefühl erhöhte hatte. Noch erfreulicher war der Aufschwung des Geistes. Joseph's Lehren, Joseph's Grundsätze, die er allen seinen wichtigeren Edicten als Motive voranschickte, die dergestalt auf's Schönste verwirklichte Publicität seines Regierungssystems, sodann der Inhalt dieser Edicte selbst, als des die Presse entfesselnden Censur-, des die Duldung verkündenden Toleranzedictes, der die Leibeigenschaft der Bauern aufhebenden, ihre Frohnpflicht mildernden, ihr Menschen- und Bürgerrecht in Schutz nehmenden Verordnungen, überhaupt der Geist seiner Gesetze, auch die wohlgeordnete Verwaltung, die wesentlich verbesserte Justiz, die von Mißbräuchen gereinigte Kirche u. s. w. wirkten erhellend und erhebend auf die Nation. Die vortrefflichen Unterrichtsanstalten, mit den übrigen Beförderungsmitteln der Aufklärung, vor Allem die befreite Presse, endlich das edle Beispiel des Kaisers selbst vervollständigten solche Wirkung und brachten in Denkart und Sitte, in Richtung und Kraft des Geistes und des Gemüthes von Hunderttausenden eine wunderähnliche Revolution hervor. Alle Fächer der geistigen Thätigkeit, alle Zweige der Wissenschaft und Kunst, welche bisher meist brach gelegen, sah man jetzt von tüchtigen Arbeitern betrieben und durch achtungswerthe Meister geziert. Im Staats- und im Kriegsdienst, in der Schule und Kirche, in Handel und Industrie trieb eine Masse talentvoller, thatkräftiger Männer auf, welche dem Vaterlande wohlthätig und der Achtung des Auslandes sich erfreuend waren, und die Jugend, die nach Josephinischen Grundsätzen erzogen wurde, nahm dieselben mit Innigkeit, mit Enthusiasmus auf und bewahrte sie fortan als ein Kleinod im liebenden Gemüthe. Jesuiten, Recitatorien, Redemptoristen und wie immer die Finsterlinge heißen, welchen man heute die Volks- und Jugendbildung übertragen möchte, werden das Licht nimmer auslöschen, welches das Jahrhundert Joseph's in Oesterreich gepflanzt hat. Auch ist, so ämßig man an Zurückführung der Zustände zum Alten gearbeitet hat und arbeitet, dennoch als Gebot der Nothwendigkeit erschienen, wenigstens einige Haupt-

Grundsätze der Josephinischen Gesetzgebung in Kraft zu erhalten; und ihnen verdankt man noch heute, was immer — allerdings neben vielen Gebrechen — noch groß, schön und beglückend in Oesterreich ist.

Aber nicht nur für's eigene Land, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, für ganz Europa hat Joseph segensreich gewirkt. Das Beispiel seiner Einfachheit in Sitte, seiner Verachtung der steifen Etiquette und der servilen Formen (so verbot er das früher herkömmliche Kniebeugen vor dem Monarchen u. dgl.), eben so des eiteln Prunks und der Hofpracht ist nicht ohne einige Nachahmung, wenigstens in mehreren deutschen Höfen, geblieben. Wohlthätiger noch war das Beispiel seiner religiösen Duldung, seiner strengen Gerechtigkeitsliebe und edlen Menschenachtung. Wenn ein kaiserlicher und ein österreichischer Fürst Toleranz übte und öffentlich verkündete: wie hätten andere, zumal protestantische Regierungen darin nicht eine Aufforderung zu ähnlicher Duldung finden sollen? Und wenn in Oesterreich, dem von Alters conservativen Staate, Reformen im Sinne des Vernunftrechts und der Humanität Statt fanden: wie hätte man anderwärts sich völlig verschließen können gegen die mächtig mahnende Stimme der Zeit? — Wenn der zeitgebietende und in einem großen Theile seiner Staaten absolute Monarch sich als den Diener des Staates erklärte und seine Schuldigkeit anerkannte, jeweils das wahre Interesse der Mehrheit, welches mittelbar auch jenes der Gesamtheit ist, folglich den vernünftig annehmenden Gesamtwillen, als sein Gesetz zu achten: wie mochten dann anderwärts die sonst gewohnten Lehren und Schaustellungen einer lediglich herrischen, den Unterthan als Sache behandelnden Gewalt mit Ehre noch Statt finden? — Und wenn der Fürst von Oesterreich das Panier der Aufklärung und der Geistesfreiheit erhob: welcher andere Hof hätte nicht wenigstens den Schein annehmen sollen, als achte er Wissenschaft und Verstand? — Dergestalt trug Joseph seinem Zeitalter gewissermaßen die Leuchte voran, gab er öffentlichen Meinung, zumal in Deutschland, einen mächtigen Impuls und trug dadurch unermesslich viel bei zu dem fortschreitenden Triumph derjenigen Ideen, welche, eben weil sie jene der Vernunft oder der ewigen Wahrheit sind, ihre Herrschaft über die Gemüther der Menschen, da wo sie dieselbe einmal erlangt haben, nimmer verlieren können.

Ob Joseph, wenn er länger gelebt hätte, gegen das revolutionäre Frankreich den Krieg würde unternommen haben, muß sehr bezweifelt werden. Gab er doch, als bald nach den Octobertagen (1789) die Aristokraten ihn aufforderten, die Beleidigungen zu rächen, welche in jenen Tagen die Königin, seine Schwester, erlitten, zur Antwort: „der österreichische Staat hat keine Schwester.“ Zwar würde die Aussicht, durch Benützung des zerrütteten Zustandes Frankreichs, des ehevor mehrhundertjährigen Feindes von Oesterreich, einige schöne Provinzen, wie Elsaß und Lothringen, gewinnen zu können, lockend genug für ihn gewesen sein. Auch würde er natürlich, als König, die Herabwürdi-

gung der königlichen Macht im Nachbarstaate nicht mit gleichgültigen Augen betrachtet haben. Aber gegen die ersten Grundsätze der Revolution, so wie sie in der ersten (constituirenden) Nationalversammlung sich aussprachen, da sie ja meist seine eigenen waren, konnte er ohne schreienden Selbstwiderspruch nicht auftreten. Die Wiederansetzung der von der Vernunft dictirten Rechte des Menschen und Bürgers in die ihnen gebührende Herrschaft, da er im eigenen Staat für zum Ziele seines Strebens machte, konnte er im fremden nicht verdamme; und der aufgeklärte, durch Aristokraten und Pfaffen im eigenen Lande so hart angefeindete, ja mißhandelte Fürst konnte unmöglich Freund der französischen Emigranten, jener übermüthigen Volksteinde und Finsterlinge, sein. Auch wäre wohl ohne das wohlwollende Gehör, welches die ausgewanderten Prinzen bei den Höfen gefunden, und ohne die Tractaten von Pillnitz, von wo aus Oesterreich und Preußen der französischen Nation den Fehdehandschuh hinwarfen, die Revolution den Schreckensgang nicht gegangen, den sie nachmals, durch die Feindschaft Europa's zum Kampf der Verzweiflung und zur Wuth gebracht, einschlug; und es wäre also kein gerechter Grund, ja kein scheinbarer Vorwand mehr zum Kriege vorgelegen. Die glanzvoll und hoffnungsreich begonnene Wiedergeburt des französischen Staates hätte da mögen in Ruhe und Eintracht zur Vollendung geführt, und durch die Constitution von 1791 ein Musterstaat in Europa gegründet werden, welchem die übrigen früher oder später hätten nacheifern müssen, und auf welchen selbst Amerika Blicke des Beifalls oder gar des Neides hätte werfen mögen.

Doch wessen Auge mag erschauen, was geschehen oder nicht geschehen wäre, wenn das Schicksal Joseph's Leben länger gestiftet hätte? Verhängnißschwer jedenfalls war sein frühes Dahinscheiden, so wie unermesslich folgenreich sein zehnjähriges Wirken für Oesterreich und für die Welt.

Es sei uns erlaubt, indem wir auf Joseph's Sarg den gerührten Blick werfen, die Gefühle, welche damals, als die Todesbotschaft erscholl, die Wohlgesinnten durchdrangen, mit den Worten wiederzugeben, womit ein zeitgenössischer Dichter (Eulogius Schneider, welcher zwar später durch sein böses Schicksal in die Schreckensthaten der Revolution mit hineingerissen ward, damals aber noch rein war) sie einfach und zum Herzen gehend ausgesprochen hat.

Elegie an den sterbenden Kaiser Joseph II.

Quis talia fando temperet
a lacrymis?

Ach! so war noch diese Wunde
Vor der bangen Todesstunde;
Dulder Joseph, Dir bestimmt?
Brechend muß Dein Aug' noch sehen
Auch den letzten Stern vergehen,
Der für Dich am Himmel flimmt?

Wird die Welt Dich noch beneiden?
 Wird beim Anblick Deiner Leiden
 Nicht der Reid versöhnet sein?
 Wird er Deines Armes Stärke,
 Deiner Weisheit Schöpfungswerke,
 Deine Größe Dir vergeh'n?

Groß war Deines Armes Stärke,
 Stänzend Deiner Schöpfung Werke,
 Gut Dein Herz und weit und groß:
 Hingewelt ist Deine Stärke,
 Unvollendet Deine Werke,
 Gram ist Deines Herzens Loos.

Mögen ihren Feig die Brennen
 Groß durch Geist und Thaten nennen;
 Auch durch's Glück war's Friederich:
 Aber nie hat Dir's geschadet,
 Nie sein Zephyr Dich geschadet;
 Deine Größe war dein Sch.

Wer hat so, wie Du gelitten?
 Wer für Weisheit so gekritten?
 Wer das Gute so erkürrt?
 Hat nicht gegen Deine Schlüsse
 Ist die Bosheit Hindernisse,
 Ist die Dummheit aufgethürmt?

Ach! Du warst ein Kind der Schmerzen,
 Da noch unter ihrem Herzen
 Abtend dich Therese trug;
 Da der Bojer Alles wagte,
 Und der Franzmann spottend fragte:
 „Ist Toscana nicht genug?“

Und wenn Deiner treuen Helben
 Edelmuth empörte Welten
 Und das Schicksal selbst bezwang;
 Wußt' es dennoch Dich zu quälen
 Durch die Folter großer Seelen,
 Durch gehemmten Thatendrang.

Zweimal schlugen keusche Triebe
 Um Dein Herz das Band der Liebe,
 Zweimal schlug's der Tod entzwei.
 Ach! Du hast nur wenig Stunden
 Hymens süße Lust empfunden,
 Und was Vaterfreude sei.

Und gelangtest Du zum Throne,
 Griffst Du dem Hölle'schne
 Fanatismus in's Gesicht:
 Da! da spie das Ungeheuer
 Schwefeldampf und Gift und Feuer;
 Ganz besiegtest Du es nicht.

Ziehst Du an Pasky's Seite
 Wider Abdul aus zum Streite,
 Flucht vor dir des Krieges Glück;
 Wider Deine Donnerkeile
 Schießt die Seuche ihre Pfeile,
 Und Du kehrest krank zurück.

Wenn nun Poudon, gleich dem Blige,
 Flammt an Deines Herres Spitze,
 Dein Krat in Belgrad zecht,
 Koburg den Bezier bestechet,
 Tausende, wie Disteln, mähet
 Und Dich an dem Glücke rächt:

Sieh! da wirbt im Niederlande
 Priesterwuth sich eine Bande,
 Schwingt des Aufruhrs Fackel hoch;
 Brüder würgen ihre Brüder,
 Väter ihre Söhne nieder:
 Joseph! Und Du lebest noch?

Ja, Du lebst zu neuen Wehen;
 Auch Etzens Tod zu sehen,
 Großer Dolch! lebest Du.
 Sie, so theuer Deinem Herzen,
 Stürzt, gewürgt von Mutherschmerzen,
 Noch vor Dir dem Grabe zu.

Ah! dort lieget sie, die Milde,
 Da sie ihrem Ebenbilde
 Sterbend noch entgegenblickt:
 Ah! den Säugling in dem Schooße
 Welkt sie, eine Frühlingsrose,
 Mit der Knospe abgeknickt.

Gibt's für Dich noch einen Kummer?
 Nein! so schlaf den Todesschlummer,
 Schlaf ihn sanft und sonder Schmerz:
 Schlaf, Du Aermster aller Großen!
 Denn die Schal' ist ausgegossen,
 Ausgeblutet hat Dein Herz.

Die Quellen und Hülfsmittel zur Geschichte und Charakteristik Joseph's II. sind zuvörderst die allgemeinen Geschichtsbücher über seine Zeit und eine Unzahl kleinerer Schriften und Abhandlungen in Flug- und in periodischen Blättern, lobende und tadelnde Kritiken über ihn enthaltend; sodann insbesondere die vielen Lebensbeschreibungen, die von ihm theils gleich nach seinem Tode, theils später erschienen sind. Unter jenen — außer mehreren von ungenannten Verfassern — die von Meusel, Hübner, Pezzel, Carraccioli u. A.; unter diesen die von Hormayr (österreich. Plutarch 11. Bändchen), von Cornova (Geschichte Joseph's II. Prag, 1801), von Dr. Burckhardt (Kaiser Joseph II. in seinem Leben und Wirken. Meissen, 1835) und von Dr. A. J. Hoffinger (Lebens- und Regierungsgeschichte Joseph's II. Stuttgart, 1835), welche beide, zumal die letztere, sehr schätzbare Daten und

Betrachtungen enthalten, und endlich ganz vorzüglich in Schneller's eifrigem Werk: „Oesterreichs Einfluß auf Deutschland und Europa“ II. Bd. Stuttgart, 1829.) der von der Regierung Joseph's II. hanc- clande Abschnitt.

Rotteck.

Journal, f. politische Blätter.

Joyeuse Entrée, f. Niederland.

Juden, f. Hebräer und Emancipation der Juden.

Judenthum und Judenabgabe¹⁾. — Schon vor Christi Geburt verlor der jüdische Staat seine Unabhängigkeit und wurde den Römern tributbar²⁾. (Der Stifter des Christenthums zahlte seine Di- caken, Matthäus 17, 24.) In der Eroberung und Zerstörung Jerusalems durch die Römer unter Kaiser Vespasian im Jahre 70 un- terer Zeitrechnung ging der jüdische Staat unter³⁾, und die Israeliten streueten sich innerhalb der weiten Grenzen des römischen Reichs; sie eroffen Schutz gegen Entrichtung einer besonderen, für sie berechneten Steuer, welche namentlich unter dem Kaiser Domitian mit großer Strenge beigetrieben wurde⁴⁾. Spätere Kaiser fügten noch weitere Ab- aben hinzu, welche zwar Kaiser Julian abschaffte⁵⁾, aber seine Nach- elger, unter denen sich besonders Justinian durch seine intolerante, die Israeliten bedrückende Gesetzgebung hervorhebt, wieder einführten. — Nach Deutschland kamen nach dem Zeugnisse des Basnaquius (Hi- tor. Jud.) Juden schon zur Zeit der Herrschaft Hadrian's, und unter en Karolingern finden wir sie als Unfreie, welche dafür, daß man sie uthete, ein bestimmtes Kopfgeld bezahlen mußten. Das spätere Mit- alter zeigt sie uns als sogenannte kaiserliche Kammerknechte⁶⁾ (auch umeilen Reichsknechte genannt). Der Geist, welcher die Kreuzzüge nführte, ließ auch die Israeliten als feindselige Ungläubige erscheinen, deren Vernichtung verdienstlich sei; sie fanden in der kaiserlichen Macht, welche besondere Judenbögte ernannte, den gesuchten, zugleich die freie usübung ihres Gottesdienstes umfassenden Schutz, den sie durch Steuern an die kaiserliche Kammer — eine ergiebige Quelle von Ein-

1) Vergl. den Art. Emancipation der Juden, S. 22 flg. des V. bandes dieses Staatslexikons.

2) Leo, Vorlesungen über die Geschichte des jüdischen Staats, gehalten an der Universität zu Berlin. Berlin, 1828. Ein und zwanzigste bis vier und zwanzigste Vorlesung, S. 235—278.

3) Leo a. a. O. fünf und zwanzigste Vorlesung, S. 279—294. Jost, Geschichte der Israeliten seit der Zeit der Makkabder bis auf unsere Tage, nach den Quellen bearbeitet. Th. 2. Berlin, 1821. Buch 8. S. 169 ff.

4) Jost a. a. O. Th. 3. S. 186.

5) Jost a. a. O. Th. 4. S. 209.

6) Häberlin, Handbuch des deutschen Staatsrechts. Bd. 3. Berl., 1797. S. 158. Schmidt, Geschichte der Deutschen, Th. 3. S. 145. Pfeffinger, Corpus juris publici Tom. III. p. 1275 sqq. Bessel, über das bürgerliche Recht der Juden in Deutschland nach gemeinem deutschen Rechte (S. 443 ff. des dritten Jahrgangs des Rheinischen Museums für Jurisprudenz, herausgegeben von . Blume u. c. (Wonn, 1829 ff.) S. 453.

künften — sich erkaufen. Waren die Kaiser in Geldnoth, so trugen sie kein Bedenken, sich eines Theils der Habe ihrer Schützlinge zu bemächtigen (Kaiser Sigismund forderte ihnen z. B. den dritten Pfennig zur Bestreitung der Kosten des Kriegs gegen die Hussiten ab), oder sie, gleich fruchtbringenden Krongütern, zu veräußern oder zu verpfänden. So verpfändete z. B. Kaiser Karl der Vierte im Jahre 1349 die Gefälle von seinen Kammerknechten in der Reichsstadt Frankfurt a. M. an den Rath derselben gegen einen Vorschuß von 15,200 Pfund Heller, verschrieb, zugleich auf den Fall, daß die Juden inzwischen sterben oder umgebracht werden sollten, deren Eigenthum, und verkaufte im Jahre 1372 den von ihm reservirten halben Theil der Juden in der Stadt Frankfurt auf Wiederkauf, jedoch mit Fortdauer des Lebensschutzes⁷⁾. Der kaiserliche Schutz reichte freilich nicht hin, die bemuthlosen Abkömmlinge eines morgenländischen Volksstammes vor Bedrückungen und Verfolgungen aller Art zu bewahren; die Volksmeinung sah sie als Feinde des Christenthums an, die keiner Schonung würdig seien. Dieser Wahn, der die Juden mehr als einmal eine Pariser Bluthochzeit erleben ließ, führte schon zu Ende des elften Jahrhunderts (im Jahre 1096 wurden in Mainz über 14,000 Juden umgebracht), dann im dreizehnten Jahrhunderte (im Jahre 1285 fiel in München das Volk über die Juden, beschuldigt, einen Christenknaben ermordet zu haben, her, ermordete Viele davon und steckte ihre Synagoge, worin 180 Israeliten den Feuertod starben, in Brand)⁸⁾, besonders aber im vierzehnten Jahrhunderte zu den entsetzlichsten Greueltaten gegen die ungeschützten Schützlinge des kaiserlichen Oberhauptes. Im Jahre 1331 fielen die Einwohner von Ueberlingen über die dort wohnenden Israeliten her, und als 300 derselben sich in ein Haus flüchteten, steckten sie dasselbe an, so daß die Meisten der Unglücklichen den Feuertod starben; die, welche sich retten wollten, wurden unter Martern umgebracht. Im Jahre 1337 stellte sich in Deggendorf in Baiern der Magistrat selbst an die Spitze des Volkshaufens, um denselben gegen die jüdischen Einwohner, welche sich an einer Hostie vergangen haben sollten, zu führen; er lud einen benachbarten Ritter Hartmann von Degenbach, zur Theilnahme ein. Auf ein verabredetes Zeichen wurde ihm und den Kriegsknechten, welche er anführte, der Thor geöffnet, worauf die Unglücklichen überfallen und unter Qualen abgeschlachtet oder lebendig verbrannt wurden. Zur Verherrlichung dieser gottseligen That wurde eine Kirche zum heiligen Grabe gebaut, welche zu einem berühmten Wallfahrtsorte wurde. Herzog Heinrich zu Landshut stellte eine besondere Belohnungsurkunde aus, worin er zugleich die Mörder in dem Besitze des Geraubten bestätigte. Der Papst

7) Kirchner, Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. Theil 1. Frankf., 1807 S. 440. Wenker, der frühere und jetzige Zustand der Israeliten zu Frankfurt a. M. Nebst Verbesserungsvorschlägen. Frankfurt, 1833. S. 13.

8) Arétin, Geschichte der Juden in Baiern. 1803. S. 46.

theilte vollkommenen Ablaß. Diesem glänzenden Beispiele folgten andere Städte in Baiern, besonders Straubing. Einige Jahre später brach eine schwere pestartige Krankheit aus, welche sich über einen großen Theil von Europa verbreitete und nach dem Zeugnisse der gleichzeitigen Geschichtsschreiber ein Drittheil der Bewohner wegraffte. Bald erhob sich der unselige Wahn, die Israeliten hätten durch verderbliches Benehmen, z. B. durch Vergiftung der Brunnen, die Pest herbeigeführt, um die Christen zu verderben. Nach dem Zeugnisse des Chronisten Jakob von Königshausen wurden am 13. Februar 1349 zwei tausend Juden in Straßburg verbrannt; ihre Habe wurde den mörderischen Händen als lohnende Beute überlassen. Diese Brandfackel entzündete das ganze Elsaß und andere Städte im Westen von Deutschland, als: Basel, Speyer, Heidelberg, Oppenheim, Mainz und Frankfurt. In letzterer Stadt, in der schon vor dem Jahre 1150 Judenfamilien wohnten, wurden schon im Jahre 1240, auf Anlaß des Umstandes, daß die Verwandten eines Israeliten, der zum Christenthume übergehen wollte, diesen daran zu hindern suchten, viele Juden ermordet, so daß nur der Rabbiner und 20 seiner Glaubensgenossen übrig blieben, die in der Todesangst die Taufe verlangten⁹⁾. Zwar gelang es, als zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts die Juden am Rhein und Main verfolgt wurden, dem Rathe der Stadt, von den jüdischen Bewohnern derselben alle Gefahr fern zu halten, obgleich sie auch dort durch Wucher, sogar gegen den Rath, der mehrmals genöthigt war, Darlehen von ihnen zu beziehen, den Haß auf sich gezogen hatten. Allein der wilde Strom des Jahres 1349 wälzte sich auch durch diese Stadt. Eine Schaar der rasenden Schwärmer, der sogenannten Geißler, wendete sich auch nach Frankfurt und versuchte durch alle Künste, das Volk gegen die Juden zu erhitzen, und als dieses ihnen nicht gelang, entzündeten sie eine Feuersbrunst, die sie den Juden zur Last legten. Ihre List hatte den gewünschten Erfolg: die Ungeschuldigten wurden niedergemetzelt, Weiber und Kinder in die Flammen gestoßen¹⁰⁾. Durch nichts glaubte damals das Volk am Rheine ein gerade einfallendes Jubiläum mehr verherrlichen zu können. Auf den Rath der Geistlichkeit

9) Bender a. a. D. S. 8.

10) Florian's Chronik von Frankfurt. 1644. S. 285. Kirchner a. a. D. B. 1. 1807. S. 194. 195. 437—439. 443. 453. 454. Der Verfasser sagt hier: Alles, was noch vom Zustande der hiesigen Juden vor 1519 zu sagen ist, läßt sich kurz zusammenfassen. Immer werden die Jahre 1240 und 1349 für sie eine traurige Erinnerung bleiben. Aber auch vor und nach jenen Schreckensscenen ist ihr Leben unsicher, ihr Zustand unstät, ihr Vermögen ungewiß. — Kaum pöbhet ihnen der Eigennuz ein Verbrechen an, so liegen sie im Kerker oder auf der Folter, zu benehmen, was ihnen erfinderische Henker in den Mund legen. Dem durch die Folter gezeigten Geständnisse folgt sogleich die Strafe und welche? Man denke sich das peinliche Recht jener Zeit, vom Aberglauben geschärft. Was der getaufte Verbrecher an Schandpfahl büßt, kostet dem Juden das Leben. Man hängt ihn zur Lust an den Füßen auf, ihm zur Seite unbändige Rüden, die mit Todesgeheul den Zuspruch der Mönche begleiten."

wurde die Beute zu sogenannten frommen Zwecken verwendet. Es wurden namentlich die Mittel zur Erbauung des Doms zu Speyer gewonnen¹¹⁾. Der kaiserliche Schutzherr¹²⁾ mußte sich damit begnügen, seinen Unwillen in Schreiben an die mörderischen Städte voll üppiger Bewohner auszudrücken, während Herzog Albrecht der Bär von Oesterreich, der als Judenfreund verlästert wurde, nach dem Beispiele seines Ahnherrn Kaiser Rudolph's, die, welche in jenem blutigen Jahre 1349 das mordende Volk gegen die Juden zu Krems, Ems und Mautern anführten, schwer, zum Theil mit dem Strange strachte und die schuldigen Einwohner jener Städte mit schwerer Geldstrafe belegte. Die Anschuldigung, ein Jude habe mit einem Steine auf die Monstranz geworfen, welche ein Priester zu einem Kranken getragen, führte im Jahre 1388 zur Ermordung aller Juden in Prag. Bis tief in das funfzehnte, ja bis in das sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert hinein, schlug dieses in Asche glimmende Feuer des Judenhasses, das Pergament verzehrend, auf welches der Schutzbrief geschrieben war, hier und dort zur blutigen Flamme empor. So wurden im Jahre 1428 viele Juden in Regensburg, beschuldigt, einen Knaben, dessen Leichnam im Walde gefunden wurde, ermordet zu haben, verbrannt. In Oesterreich, wo im Jahre 1370 die Juden an einem Tage gefangen, ihres Vermögens beraubt wurden und einen Monat lang im Kerker schmachten mußten, wo im Jahre 1415 eine drückende Judensteuer ausgeschrieben wurde, erneuerte sich im Jahre 1421 durch Impuls von oben eine heftige Judenverfolgung. Die gegen einen sehr reichen Juden zu Ems gerichtete Beschuldigung, von der Frau des Ritters an der Pfarrkirche zu St. Lorenz Hostien gekauft zu haben, um durch deren Verunehrung die christliche Osterfeier zu verspotten, diente zur Beschönigung. An einem Tage wurden alle Juden in Oesterreich in's Gefängniß geworfen, ihr gesamntes Vermögen fiel an den Staat. Die gemeinen Juden wurden über die Grenze gebracht, den vornehmen, d. h. den reichen, ließ man die Wahl zwischen Tausch oder martervollen Tod. Viele tödteten sich selbst oder ließen sich von ihren Angehörigen die Adern öffnen. In Wien allein wurden viele Israeliten verbrannt und ihre Asche in den Strom geworfen. Die Habsburger Juden in Wien schenkte Herzog Albrecht der Stadt¹³⁾. Im Jahre 1453 erschien aus Italien ein nachher kanonisirter Franciscanermönch,

11) Im Jahre 1261 ließ Erzbischof Rupert von Magdeburg aus dem Hause der Grafen von Mansfeld am Laubhüttenfeste die angesehensten Israeliten zu Magdeburg und Halle in das Gefängniß werfen, um 100,000 Mark zur Bezahlung der erzbischöflichen Mantelgebühren in Rom zu erpressen; er ließ ihre Geldkisten aufbrechen und nahm alles ungemünzte Gold und Silber.

12) Mit großer Gewissenhaftigkeit verwaltete Kaiser Rudolph I. sein Amt als Schutzherr; empfindlich strafte er die Rädlinger, welche im Jahre 1290 die Juden ihrer Gegend umgebracht und sich ihrer Habe bemächtigt hatten.

13) Graf Mailath, Geschichte von Oesterreich. Bd. 1. Hamb., 1824. S. 168. 221. 229.

Johann Capistranus in Breslau, klagte in mehrstündiger entzündender Rede die Juden der Entweihung der Hostie an und riß das Volk zur Ermordung der vermeintlichen Frevler hin. Die Verfolgten, welche dem Tode entrannen, wurden aus der Stadt verbannt. Zu dem Hass gegen die Befenner des mosaischen Glaubens trug später nicht wenig bei das demselben ertheilte gefährliche Privilegium des Wuchers, welches sie um so eifriger ausbeuteten, da der Talmud es ihnen sogar zur Religionspflicht macht, die Ungläubigen auf solche Art zu behandeln. Mehr aus Haß gegen die Wucherer, als aus Fanatismus brangen im Jahre 1515 die Bürger der Stadt Worms in die von den Juden bewohnte Straße ein und vertrieben diese, unter Demolirung ihrer Synagoge, mit Sack und Pack aus der Stadt, in welche sie jedoch im folgenden Jahre, nach vorausgegangener Untersuchung und Abhelfung der Beschwerden gegen sie, unter dem Schutze eines kaiserlichen Mandats zurückkehrten¹⁴⁾. Ein volles Jahrhundert später, im Jahre 1614, wiederholte sich eine ganz ähnliche Erscheinung in Frankfurt. Die große Vermehrung der dortigen Juden führte das Volk auf das Verlangen, daß sie alle die Stadt verlassen sollten, und da der Magistrat die Menge einzuhalten suchte, so versuchte dieselbe, ungeduldig, das Werk der Austreibung auf eigene Faust. Den berüchtigten Lebkuchenbäcker Fettmilch und dessen Adjutanten, Schneider Beringroß und Schreiner Schopp an der Spitze, rottete sich am 23. August 1614 ein Haufen Handwerksgefelln, welche den Befehl erhalten, die Stadt zu verlassen, zusammen und stürmte, unterstützt von dem Pöbel, die an beiden Enden durch Thore verschlossene Judengasse, auf welche damals die Juden (schränkt waren¹⁵⁾. Viele Bewohner derselben wurden niedergemetzelt und denen, welche dem Tode entgangen waren, von dem Anführer Fettmilch der Schutz aufgekündigt. Am demselben Tage, an welchem dieser Aufrührer mit seinen Genossen die Todesstrafe des Viertheilens litt, am 28. Februar 1616, wurden die Vertriebenen, die nachher diesen Tag zu einem Festtage erhoben, unter dem Schutze eines kaiserlichen Restitutionsmandats in förmlichem Zuge über den Richtplatz in die Gasse zurückgeführt, an deren Pforten das kaiserliche Wappen als Zeichen des Oberschutzes angeschlagen wurde¹⁶⁾.

Das Recht der Aufnahme der Juden, womit das Recht der Erhebung der Schutzsteuer verbunden war, blieb lange Zeit ein sogenanntes kaiserliches Reservatrecht, das aber der Kaiser, schon vermöge der Goldenen Bulle, mit den Kurfürsten theilen mußte¹⁷⁾. Einzelne Reichs-

14) Pauli, Geschichte der Stadt Worms. 1825. S. 323—325.

15) Dieser Frankfurter Localität, welche Luther auf seiner Reise nach Worms im Jahre 1521 in Augenschein nahm, gedenkt derselbe in seinen Tischreden: „Zu Frankfurt am Main sind ihr (der Juden) sehr viel, haben eine Gasse inne, da stehen alle Häuser voll.“

16) Bender a. a. O. S. 22. 23 und dessen Beitrag zum Jahrgang 1833 der Frankfurter Jahrbücher Nr. 2—7.: „Fettmilch und Consorten, oder die hiesigen Unruhen in den Jahren 1612—1616, nebst deren Bestrafung im Jahre 1616.“

17) Wönnner, deutsches Staatsrecht, Landsh., 1804. §. 368.

fürsten gewannen dieses nuzbare Schutzrecht durch kaiserliches Privilegium¹⁸⁾, z. B. durch allgemeines Privilegium die Herzöge von Oesterreich¹⁹⁾. Endlich wurde es durch die Reichsgesetzgebung allen denen zugestanden, welche im Reiche „regalia“ haben, also den Reichsfürsten²⁰⁾. Reichspolizeiordnung von 1548 und 1577, Tit. 20. §. 1. wo es heißt: „Demnach in etlichen Orten im Reich Teutscher Nation Juden enthalten werden, welche nicht allein auf hohe Verschreibungen Bürgen und eignen Unterpfand, sondern auf räubliche und diebliche Güter leyhen, und also durch ihren unmäßigen Wucher und Simon das gemein arm nothdürftig Volk, mehr, dann iemand gnug rechnen kan, beschweren, aussaugen, und jämmerlich verderben, und zu vielen bösen Thaten verursachen: So setzen, ordnen und wollen Wir anfanglich, daß fürhin niemand Juden anzunehmen, oder zu halten gehalten werden soll, dann denjenigen, die von Uns, und dem Heiligen Reich Regalia haben, oder insonderheit derhalben privilegiert seynd. Da aber jemand darüber Juden aufnehmen würde, so sollen doch dieselben an keinem Ort weder Sicherheit, noch Gelydt haben, darneben von Uns ernstlich Einsehens dargegen vorgenommen, und abgeschafft werden. Daß auch alle und iede Obrigkeit, darunter die Juden jetzt berührt massen gessen, nothwendige und ernstliche Versehung thun, und solche billige gleiche Ordnung fürnehmen sollen, damit ihre und andere frembde Unterthanen durch die Juden und ihren ungöttlichen Wucher (als mit unziemlichen Verschreibungen, Bürgen, Abnehmen der Unterpfand, Berechnung und Steigerung des monatlichen Gesuchs und Wuchers der Haupt-Summen oder was dergleichen Vervortheilungen mit sein möchten) nicht so jämmerlich beschwert und verderbt und in dem gleichen Ordnung mit den Fremdbden und Heimischen gehalten werde.“

So erlosch das kaiserliche Schutzamt, dessen Rechte Kaiser Maximilian I. zuletzt noch auszuüben suchte, indem er zur Vertreibung der Steuer gegen die Juden zu Frankfurt und Worms den Reichsfürst bei dem Kammergerichte excitiren ließ, welches denselben mit seiner

18) Häberlin a. a. D. S. 159.

19) Beispiele beschränkter Privilegien der Art zeigt z. B. die Geschichte der Grafen von Ragenelnbogen. So gestattete Kaiser Heinrich VI. im Jahre 1312 dem Grafen Diether von Ragenelnbogen zum Lohn für die Dienste welche ihm dieser in Italien erwiesen hatte, zwölf Juden in dem Flecken Ragenelnbogen und eben so viel in und bei dem Schlosse Eichtenberg (im Odenwald) zu ziehen zu lassen, und der Graf Wilhelm I. erhielt vom Kaiser Ludwig im Jahre 1330 das Privilegium, noch 24 Juden in seinen sämtlichen Landen aufzunehmen. Wendt, hessische Landesgeschichte Bd. I. S. 174. 382. 408, wo dieser Geschichtsschreiber, indem er sagt: „Zuletzt privilegirte Kaiser Ludwig den Grafen, in seinem Gebiete 24 Juden zu halten“, hinzufügt: „vormals ein Vorrecht der Rageneln, nun aber eine reiche Quelle zu kaiserlichen Gnadengaben, weil diese Juden das Recht zu wuchern ihren Landesherren theuer genug bezahlen mußten.“

20) Schmidt sagt a. a. D. Th. IV. S. 476: „Die Juden aber und geringere Reichsdomänen brachten nach und nach die Fürsten an sich, so daß Artur zu seiner Zeit sagen konnte: „Nun sind alle Kaiser übel daran, daß sie Einkünfte und Tributen verloren haben.““

lage abwies. Zur Erinnerung an dieses ehemalige kaiserliche Schutzes diente, so lange das deutsche Reich bestand, das Geschenk, welches die Judenschaft in Frankfurt a. M. dem Kaiser nach seiner Krönung daselbst darbrachte.

Von der Zeit an, da das kaiserliche Vorrecht der Aufnahme der Israeliten auf die Reichsstände überging, und diese den aufgenommenen Anhängern des mosaischen Glaubens Schutz zu gewähren und dafür von denselben zu entrichtenden Tribut zu beziehen hatten, verliert sich fast der leitende Faden, und der Blick schaut nur auf ein Chaos von Gestaltungen herab, auf Strömungen und Gegenströmungen. Ob es ja deutsche Fürsten, die es sich erlaubten, ihre christlichen Untthanen von ihren Schulden an die Juden zu entbinden, oder sich nach der Theorie damaliger Publicisten (vergl. z. B. Cramer, *Wegwische Nebenstunden*. Th. III. 1756. S. 94 ff. „Rechtliche Ausführung, daß die Schutzjuden in Deutschland zwar in civitate, aber nicht in civitate sind“, wo der Verfasser es als Gnadensache ansieht, daß in Juden „gegen Schutzgeld die Weimohnung gestattet und sie nicht aus Stadt und Land gejagt werden“) befugt erachteten, den in dem Lande vorhandenen, in den Schutz aufgenommenen Israeliten diesen Schutz aufzukündigen, und sie aus dem Lande trieben. Freilich machte sich dann die Rechtsprechung des Reichskammergerichts geltend, welches die Vertriebenen durch Gebot der Wiederaufnahme schützte. Unter den monströsen Ausgeburten des Geistes dieser Zeit hebt sich außer Anderem, z. B. der türkischen Anordnung, daß die Juden, zum Zeichen ihrer schutzbedürftigen Knechtschaft, eine bestimmte, in die Augen fallende Kleidung oder andere augenfällige Zeichen an sich tragen sollten²¹⁾, besonders eine bestimmte Erscheinung, der sogenannte Leibzoll²²⁾ hervor. Diesen Zoll, auf dessen Entrichtung mit großer Strenge gesehen ward²³⁾, mußte jeder Jude, der auf seiner Reise in fremdes Territorium berührte, und zwar so oft als dieses der Fall war, entrichten. Abgesehen von der Herabwürdigung dieser Steuer an sich und von dem Lästigen derselben, war sie, zumal da der Zoll oft hoch war und die Territorien sich oft innerhalb einer Ausdeh-

21) Schon die Reichspolizeiordnung v. 1530 verordnet, Tit. 22. „daß die Juden einen gelben Ring an dem Rock oder Kappe allenthalben unverborgen zur Erkänntniß öffentlich tragen“ sollten.

22) Scheppler, über die Aufhebung des Judenleibzolls nebst einer skizzenhaften Geschichte der Juden und ihrer Schicksale und staatsrechtlichen Verhältnisse, besonders in Deutschland, und einer moralischen, rechtlichen und politischen Beurtheilung der Abgabe des Leibzolls insbesondere. Mit Urkunden. Bamn und Leipzig, 1805.

23) In den Statuten der Stadt Raasbueurn v. J. 1731 heißt es §. 22: „Sobald ein Jud hereinkommt, sollen die Thorwart bei ihren Pflichten und Verlihrung ihres Dienstes schuldig seyn, solches dem Herrn Amtsbürgermeister ansehlbar anzuzeigen, welcher dann die fernere Gebühr wegen Bezahlung ihrer schuldigkeiten vorzunehmen wissen wird.“ Walch, vermischte Beiträge zu dem deutschen Rechte. Th. III. Jena, 1773. S. 318.

nung von wenigen Stunden vielfach durchzogen, besonders dadurch sehr drückend, daß sie meistens den Armeren belastete, dem sie nicht selten unerschwinglich war. Mit Ausnahme von einigen größeren Staaten, namentlich von Baiern, wo der Leibzoll schon im Jahre 1744 und, nach seiner Wiedereinführung, im Jahre 1799, abgeschafft ward, von Oesterreich, wo er unter Joseph II. in den Jahren 1781 und 1782²⁴⁾ und von Preußen, wo er im Jahre 1787 zu dem Zwecke aufgehoben ward, damit die Israeliten „mehr von einer Erniedrigung, als von einer lästigen Schakung“ frei würden²⁵⁾, ward noch während des ganzen sogenannten philosophischen Jahrhunderts, trotz aller Einsprache der Wortführer der Humanität, an den mehr als zahlreichen Grenzpfählen der Judenleibzoll erhoben, der zugleich die beste Gelegenheit gab, die bettelarmen Zollpflichtigen als deutsche Varias zu behandeln. Scheppler hat solche Erscheinungen auf S. 114—121 seiner Schrift der Geschichte aufbewahrt. So berichtet er namentlich: „Ein armer Jude, Vater von sechs Kindern, der sich von dem Verkaufe alter Kleider u. s. w. nährte, zeigte für fünf und einen halben Gulden Zollzettel auf, die er und sein ihn begleitendes Söhnchen binnen 6 Tagen in den verschiedenen Aemtern und Gebieten entrichten mußten. So kam er am Ende zu seiner brotlosen Familie nicht nur mit nichts, sondern auch noch mit zwei Reichsthalern Schulden, obgleich er nur Wasser und Brot genossen hatte, nach Haus.“ Andere Beurkundungen finden wir in zahlreichen Schriften. Ein besonders denkwürdiges Actenstück ist die Mittheilung S. 131 — 169 des siebenten Bandes der Klein'schen Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit in den preussischen Staaten. Berlin, 1791. „Der Jude Nehemias Jehuda Leib raubt, um den Leibzoll zu erschwingen.“ Dieser arme Israelite mußte zuweilen an einem Tage viermal Leibzoll erlegen. „Oft befand er sich zwischen zwei Brücken in der Mitte, wo er weder vorwärts noch rückwärts kommen konnte, ohne Leibzoll zu erlegen, und wo er seine bei sich habenden Kleidungsstücke an den Ersten den Besten verkaufen mußte, um nur von der Stelle zu kommen.“ Um die Mittel zur Erlegung des ihn beständig bedrängenden Zolls zu erlangen, überfiel er einen Glaubensgenossen, in dessen Gesellschaft er wanderte, und beging an demselben einen Raub von etlichen Thalern, wofür er mit Staupenschlag und lebenswieriger Festungsarbeit bestraft ward. — Erst in dem gegenwärtigen Jahrhunderte, in dessen erstem Jahre (1801) sich der französische Generalcommissär in den rheinischen Departements, Tollivet, durch Schreiben an die französischen Geschäftsträger bei den deutschen Höfen lebhaft

24) Scheppler a. a. D. S. 152 — 153., wo die verschiedenen Hofcrete abgedruckt sind. Auf diese Anregung hob der Erzbischof von Salzburg im Jahre 1791 den Leibzoll auf.

25) Scheppler a. a. D. S. 69. Im Anspachischen war der Leibzoll schon im Jahre 1737 mit Einschränkungen aufgehoben worden, und auch in den deutschen Besigungen von Dänemark war dieses schon früh geschehen.

er die Aufhebung des Leibzolls in Deutschland verwendete, gelang den Bemühungen der Humanität diese Aufhebung. Nach dem vorangehenden Beispiele des Hofrathes Jakobson in Braunschweig, dessen Bemühungen sich mehr auf dieses Herzogthum beschränkten, war daselbst besonders ein Israelite, der kurfürstlich hessische Hofrath und fürstlich hessisch-schwaburgische Hofagent Breidenbach in Offenbach²⁶⁾, der sich in Briefen an die deutschen Regierungen wendete, für seine Glaubensgenossen thätig. Es gelang ihm, daß in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts mehrere Fürsten, der Kurfürst von Hessen, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Fürst von Dranien-Nassau, der Fürst von Preussenburg, der Kurerzkanzler, der Kurfürst von Baden, die Fürsten und Grafen von Solms u. s. w. (auch der Magistrat von Frankfurt folgte dem Beispiele) den Leibzoll aufhoben, der, da die anderen deutschen Regierungen, z. B. die herzoglich braunschweigische im Jahre 1803, die herzoglich mecklenburg-strelitzische²⁷⁾ im Jahre 1804 und die württembergische im Jahre 1808 nachfolgten, nur noch ein historisches Denkmal einer Zeit der Unterdrückung ist. Mit der Aufhebung des Leibzolls war die schwerste Kette abgefallen. Schon hatte die französische Revolution die Israeliten auf dem linken Ufer des Rheins aus Schülern zu Staatsbürgern erhoben. In der Gründung des Großherzogthums Berg und später des ephemeren Königreichs Westphalen überschritt die Emancipation den Rhein und begann ihre Herrschaft im Herzen von Deutschland auszubreiten²⁸⁾; die Geschichte der letzten 25 Jahre zeigt aber auch in dieser Beziehung Reactionen, und bis auf diesen Tag sehen wir fast durch ganz Deutschland noch die Israeliten als sogenannte Schutzjuden²⁹⁾. Als der deutsche Bund geschlossen wurde, vereinigte man sich in dem bekannten Art. 16 der Bundesacte zu dem Versprechen, den Rechtszustand der Juden in Deutschland auf gleiche Art zu ordnen (und zur Garantie der ihnen bereits von den einzelnen Bundesstaaten eingeräumten Rechte). Inzwischen ist es mit der Erfüllung dieses Versprechens bis jetzt nur zu Vorleistungen gekommen, die darin bestehen, daß die Bundesversammlung, indem sie zugleich eine Commission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretern zur Bearbeitung eines Gutachtens über die bür-

26) Heber, Geschichte der Stadt Offenbach. Nach Urkunden und Quellen bearbeitet. Frankfurt, 1838. S. 173. 174.

27) Ueber Aufnahme und Concessionirung der fremden und einheimischen Juden, in rechtlicher und staatswirthschaftlicher Hinsicht mit besonderer Beziehung auf Mecklenburg-Strelitz. Von einem Mitbürger dieses Staates. Rostock, 1803.

28) In dem königlichen Decrete vom 27. Januar 1808 heisst es §. 1. Unsere Unterthanen, welche der mosaischen Religion zugethan sind, sollen in unsern Staaten dieselben Rechte und Freiheiten genießen, wie unsere übrigen Unterthanen."

29) Kunde, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts. Sechste Auflage. Göttingen, 1821. S. 647—657. Mittermaier, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts. 5. Aufl. Regensburg, 1837. §. 116 ff.

getliche Verbesserung der Juden erwählte, schon vor vielen Jahren eine Sammlung und Zusammenstellung der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Bundesstaaten über die Israeliten anordnete. *Protocolle der Bundesvers. Bd. IX. S. 232. 272. Bd. XII. S. 96³⁰⁾*. In den einzelnen deutschen Staaten sind unter gewissen gemeinschaftlichen Grundzügen die Zustände der jüdischen Schutzingen verschieden gestaltet. Um eine Uebersicht zu gewinnen, muß man daher einen Blick in diese einzelnen Staaten werfen, wobei es aber genügt, wenn man nur die bedeutenderen in's Auge faßt. — In Oesterreich³¹⁾, wo noch im Jahre 1670 die in der Hauptstadt lebenden Juden vom Kaiser Leopold I. auf Antrieb seiner Gemahlin, einer die Juden mit Haß verfolgenden spanischen Prinzessin, vertrieben wurden, öffnete das Toleranzedict Joseph's II. vom 13. Mai 1781 (*s. Schlözer, Staatsanzeigen Th. IX. Göttingen, 1781. S. 380—382*) den jüdischen Schutzingen gegen eine bestimmte Abgabe, deren Entrichtung Schutz auf Lebenszeit gewährt, das Recht der Wahl des Wohnsitzes, die in mancher Beziehung beschränkte Befugniß, Handel zu treiben, und den Zutritt zu nichtzünftigen Gewerben, zur ärztlichen und fachwalterischen Praxis. Zugleich hob dieses Edict „alle demüthigenden Zwangsgesetze, die den Juden einen Unterschied der Kleidung und Tracht oder besondere äußerliche Zeichen“ auflegten, auf. Ein Patent vom 3. August 1797 normirte näher das Schutzverhältniß, das in den verschiedenen Theilen des Kaiserthums verschieden modificirt ist. Am Günstigsten ist dasselbe in Böhmen, obwohl sich die Juden dieses Königreichs diese Gunst durch eine jährliche Abgabe von 226,000 Gulden erkaufen müssen, die in Gallizien verhältnißmäßig noch bedeutender ist. Im Erzherzogthume muß jede Familie ein Toleranzpatent erwirken, welches alle drei Jahre erneuert werden muß und nur die Befugniß zum Aufenthalte in Wien selbst gewährt, indem es namentlich die Fähigkeit zum Erwerbe von Grundbesitz versagt³²⁾. Das österreichische Civilgesetzbuch spricht sich im Art. 39 dahin aus: „Die Verschiedenheit der Religion, so verschieden auch das Verhältniß der verschiedenen Religionsparteien in Rücksicht jener Gegenstände ist, die zum politischen Wirkungspreise gehören, hat in der Regel keinen Einfluß auf die Privatrechte. Die Genossen einer christlichen, nichtkatholischen, oder der jüdischen Religion sind an eben die bürgerlichen Gesetze, wie die katholischen Staatsbürger, gebunden und genießen mit denselben gleiche bürger-

30) Jordan, Lehrb. des allgemeinen und besonderen deutschen Staatsrechts. Erste Abtheilung. Cassel, 1831. §. 239. S. 403. 404.

31) Rohrer, über die jüdischen Bewohner der österreichischen Monarchie. Wien, 1804. Graf von Barthenheim, Beiträge zur politischen Geschichte im österreichischen Kaiserstaate. Th. I. Wien, 1821. Nr. I.

32) In Ungarn geht der Judenschutz von dem Adel und den Städten aus, die nach Willkür künden können. Dagegen sind durch die vorangegangenen politischen Umwälzungen emancipirt die Israeliten im lombardisch-venetianischen Königreiche und den christlichen Einwohnern gleichgestellt.

ke Rechte, außer in so fern dieses bei einigen Gegenständen durch die Gesetze insbesondere angeordnet ist³³⁾. Diese Beschränkungen der Israeliten in ihren privatrechtlichen Verhältnissen sind vorzugsweise ausgesprochen in der Gesetzgebung über die Ehe und das Erbrecht (Testamente)³⁴⁾. In Preußen, wo der Rechtskreis der Israeliten, deren Zustand in diesem Staate schon seit Jahrhunderten verhältnißmäßig erträglich war, durch Edict vom 11. März 1812 sehr erweitert ward, sind die jüdischen Einwohner der Landtheile, welche in den Jahren 1814 und 1815 erworben wurden und nicht zu den Staaten (Frankreich, Großherzogthum Berg und Königreich Westphalen) gehörten, in denen die Israeliten bereits das volle Staatsbürgerrecht erhalten hatten, noch Schutzverwandte³⁵⁾. Es ist bekannt, daß die preussischen Provinzialstände zwar nicht mit bürren Worten, aber der Sache nach, darauf angetragen haben, die Israeliten durchgängig wieder zu Schutzjuden zu machen (s. das erste Heft des fünften Bandes des A. Müller'schen Archivs der Gesetzgebung. Öffentlich, 1834, S. 114³⁶⁾: „Die Erklärung der Stände unmittelbarer Provinzen der preussischen Monarchie über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“). So trugen die Stände der Rheinprovinz namentlich darauf an, daß den Juden die Erwerbung des Staats- und Gemeindebürgerrechts, womit die Uebernahme von Staats- und Gemeindegeldern verbunden, versagt und sie als Schutzverwandte in den Gemeinden zugelassen würden. In Baiern, welches ungefähr 55,000 Israeliten zählt, deren auf mehreren Landtagen besprochener³⁶⁾ Rechtszustand in den Kreisen diesseits des Rheines hauptsächlich durch ein Edict vom 10. Juni 1813 fixirt, können diese zur Ableistung des durch die Verfassung vorgeschriebenen Unterthaneneides und zur Annahme und Beibehaltung eines stehenden Familiennamens verbundenen Glaubensgenossen, weil sie als solche nicht im Genuße des vollen Staatsbürgerrechts sind, nicht in den Civilstaatsdienst treten, obgleich sie im Militär Officiere werden

33) Scheiblein, Handbuch des österreichischen Privatrechts Th. I. Wien, 14. S. 28. 29.

34) Pfeiffer, Ideen zu einer neuen Civilgesetzgebung für deutsche Staaten. Göttingen, 1815. S. 129.

35) Ter Linden, Grundsätze des Judenrechts nach den Gesetzen für die russischen Staaten. Halle, 1804. Penkel von Donnermark, Darstellung der bürgerlichen Verfassung der Juden in den preussischen Staaten vor den Edicten von 1812. Berlin, 1813. Heinemann, Sammlung der die religiöse und bürgerliche Verfassung der Juden in den königl. preussischen Staaten betreffenden Gesetze 2c. Bd. 1—II. 1822 u. 1831. Dr. L. Hoffmann, die rechtlichen Verhältnisse der Juden in den preussischen Staaten. Berlin, 19. Koch, die Juden im preussischen Staate. Eine geschichtliche Darstellung der politischen, bürgerlichen und privatrechtlichen Verhältnisse der Juden in Preußen, nach den verschiedenen Landesstellen. Marienwerder, 1833.

36) S. v. Soden, der bayerische Landtag v. J. 1819. Nürnberg, 1821. 101—109.

können; die Zahl ihrer Familien soll nicht vermehrt werden. Das Einwandern von Israeliten aus anderen Staaten ist nicht gestattet, und an solchen Orten, wo bisher keine Juden wohnten, dürfen sich keine niederlassen. Den Israeliten in Baiern steht der Zutritt zu allen bürgerlichen Gewerben, mit Ausnahme der Brauerei, der Schenk- und Gastwirthschaft und des Hausirhandels, frei. Ein Obereigenthum, das von dem nugharen Eigenthume getrennt ist, und gutherrliche Gerechtsame können sie nicht erwerben³⁷⁾; eben so wenig (außer bei öffentlichen Versteigerungen und jure delendi) Häuser und liegende Güter zur Speculation, zum Wiederverkauf und zur Verpachtung³⁸⁾. Namentlich sind ihnen Güterzertronnungen verwehrt. In Folge der Auflösung der Judencorporationen sind die Familien der Gemeinde einverleibt, wo sie ihren Wohnsitz haben; sie genießen alle Rechte der Gemeindemitglieder, mit Ausnahme des Zutritts zu Gemeindeämtern. Die Schutzzelder, welche die Juden früher allenthalben erlegen mußten, werden noch in einigen standesherrlichen Gebieten entrichtet und in manchen Gegenden auch von den Gutsherren, unter dem Namen „Herbergsgelder“, erhoben. In der Rheinpfalz, als früherem Bestandtheile des französischen Kaiserreichs, sind die Juden nur durch das bekannte kaiserliche Decret vom Jahre 1808 beschränkt³⁹⁾. Um auf das Königreich Württemberg überzugehen, so zeigt die in so vielen Beziehungen so denkwürdige Geschichte dieses Landes, welches einmal unter dem Herzoge Karl Alexander von einem Schutzjuden, dem berühmten Süß, regiert wurde, keine Spur, welche darauf hindeutete, daß in demselben vor der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts Israeliten gewohnt hätten. Zu dieser Zeit bewohnten die Juden in Stuttgart eine eigene Gasse. Die Grafen von Württemberg standen indessen mit auswärtigen Juden in vielfachem Verkehre und beschloßen später, solche in's Land zu lassen und in den Schutz aufzunehmen. Die erste Aufnahme, welcher weitere Receptionen folgten, geschah im Jahre 1334. Die Befugniß, gegen Entrichtung eines jährlichen beträchtlichen Schutzzelbes so viel Zinsen zu nehmen, als beliebte, führte zu dem bedrückendsten Wucher; die Beschwerden darüber bewogen den Herzog Eberhard zum Verbote der weiteren Aufnahme, dem später die Ausweisung der bereits im Lande wohnenden folgte. Im Jahre 1802 beherbergte das Herzogthum nur 500 Israeliten, zusammengedrängt in vier Kammerstreibereiertorten, während in den neuen Landestheilen, die nach und nach erworben wurden, viele Israeliten, auf welche die bestehenden

37) Der Reichthum privilegiert auch hier. „In Baiern“, sagt Rießer (Verteidigung der bürgerlichen Gleichstellung der Juden gegen die Einwände des Herrn Dr. Paulus. Altona, 1831, S. 59), „übt ein reicher in den Weltberühmter jüdischer Bankier auf seinen Gütern Patrimonialrechte aus.“

38) Zum Ankaufe von Häusern in der Residenz München ist noch besonders die königliche Genehmigung erforderlich.

39) Rechtslexikon, herausgegeben von J. Weiske. Bd. I. Leipzig, 1835. S. 697.

vorösen Gesetze Altwürttembergs nicht angewendet werden konnten, in vielen Orten zerstreut wohnten. Nach manchen mißlungenen legislativen Versuchen kam das schon auf früheren Landtagen angeregte und verathete Gesetz vom 25. April 1828 wegen „der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen“ zu Stande, welches, sich der Gesetzgebung des Großherzogthums Sachsen-Weimar, die sogar Ehen zwischen Christen und Juden gestattet, annähernd, die Israeliten den übrigen Unterthanen in Bezug auf Rechte und Pflichten gleichstellt, soweit nicht durch die Gesetze eine Ausnahme (hergeleitet theils aus der Religion, theils aus dem vorherrschenden Gange zum Handel) begründet ist⁴⁰⁾. Zwar kam auf dem Landtage vom Jahre 1836 die Emanzipation der Juden, die auch ein katholischer Prälat, der Bischof von Rottenburg, unterstützte, zur Sprache; zwar sprach sich der Minister des Inneren, von Schlayer, selbst dahin aus, es widerstrebe dem Rechtsgefühl, daß das Gesetz, indem es die Gleichstellung ausspreche, mit dem nämlichen Athemzuge von Ausnahmen rede. Zwar wurde mit 10 Stimmen gegen 3 auf Abänderung des Gesetzes angetragen, aber es auf diesen Tag sind die Israeliten in Württemberg jener Ausnahmen wegen immer noch Schutzjuden.

Der §. 18 der Verfassungsurkunde des Großherzogthums Baden⁴¹⁾, welches 19,000 Israeliten zählt, sichert jedem Landeseinwohner und so auch dem inländischen Juden ungestörte Gewissensfreiheit und in Ansehung der Art seiner Gottesverehrung gleichen Schutz, und lautet durch den §. 9: „Alle Staatsbürger von den drei christlichen Confessionen haben zu allen Civil- und Militärstellen und Kirchenämtern gleiche Ansprüche“, in Verbindung mit dem §. 10, welcher ausspricht, daß der Unterschied in der Religion keine Ausnahme der Militärdienstpflicht begründe, die publicistische Stellung der Israeliten an, indem, was das Gemeindewesen betrifft, namentlich die Fähigkeit, zu Vorstehern der Gemeinde gewählt zu werden, abgeht, — eine Beschränkung, die, als auf dem Landtage vom Jahre 1831 das Gesetz vom 1. December 1831 über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden⁴²⁾ verathen wurde, Gegenstand ausführlicher und lebhafter

40) S. v. Weishaar, Handbuch des württembergischen Privatrechts. Dritte Ausgabe. Stuttgart, 1831. §. 31. 49. 92—103.

41) Ueber die Gesetzgebung hinsichtlich der Juden in der ehemaligen Markgrafschaft s. Gerstlacher, Sammlung der baden-burlachischen Verordnungen. 2 Bde. Frankfurt, 1773. 1774. Diese Gesetzgebung ist ein Document ihrer Zeit. So heißt es z. B. in einer Verordnung Karl Friedrich's vom Jahre 1722: „Wiederholen wir unsere vorherige Verordnung, daß diejenigen Juden, welche eine Banqueroute spielen, andurch des Schutzes ohne Nachsicht verlustig zu sein und fortgewiesen werden sollen. Außerdem wollen wir auch gestatten, daß in solcher Fallit ohnerachtet seines Schutzverlustes und Fortweisung, in den man gethan und so lange darin behalten sein möge, bis er seine Creditores befriedigt haben wird.“

42) Abgedruckt S. 99 des dritten Bandes des H. Müller'schen Archivs der Gesetzgebung. Mainz, 1832. Es heißt im §. 13: „Wählbar sind alle Gemeindebürger christlicher Religion.“

Discussion war⁴³⁾. Diese Berathung vertagte die Frage der Emancipation, welche auf späteren Landtagen und noch auf dem Landtage vom Jahre 1839 zwar zur Sprache, aber nicht zur Erledigung kam. Noch immer sind auch im Großherzogthume Baden die Israeliten, die zwar bei Wahlen zu Landtagsabgeordneten Wähler und Wahlmänner sein, aber nicht gewählt werden können, Schutzverwandte⁴⁴⁾.

In Hessen genossen bis gegen das Ende des Mittelalters die Juden einen sehr precären Schutz. Unter dem Landgrafen Wilhelm dem Weisen von Hessencassel (ältesten Sohne Philipp's des Großmüthigen und Stammvater dieser Fürstenlinie) und dessen Nachfolger, dem Landgrafen Moriz, war die Lage dieser Schutzgenossen erträglich. Von dem letzteren Regenten, der von 1592—1627 regierte, berichtet K o m m e l im sechsten Bande seiner Geschichte von Hessen (Hamburg, 1837. S. 664. 665): „Gegen die Juden übte er eine Religionstoleranz im Geiste seines Vaters; er verwarf den Vorschlag seiner Rätthe, den Juden ein besonderes Abzeichen zu geben und ihnen den Ankauf liegender Güter oder Häuser zu verbieten. Jeder Handel auswärtiger Juden mit Landesunterthanen blieb nach dem Edicte Landgraf Philipp's untersagt; auch durften sie sich überhaupt nicht in den Bergwerksstädten aufhalten. Außer einem fast doppelten Zolle von jeder Ausfuhr des Leinengarns und Tuches zahlte jeder landesherrliche Schutzjude dem Landgrafen acht Gulden Schutzgeld und zehn Gulden Einzugsgeld, insgesamt statt des bisher in die Münze gelieferten Silbers jährlich 1000 Reichsgulden. — Dafür schirmte sie Landgraf Moriz bei ihrem erlaubten Gewerbe und verbot, sie bei Steueranfragen vor anderen Unterthanen zu übersehen. Um die landesherrliche Gerichtsbarkeit über seine Schutzjuden zu behaupten, gestattete er einen eigenen Landesrabbiner. Unter ihm wurde der erste bekannte Judenlandtag (zur Anordnung der Judensteuer) unter Leitung zweier herrschaftlichen Commissionen gehalten.“ — Unter den späteren Landgrafen von Hessencassel gewannen, nicht ohne einzelne Reactionen, die Rechtsverhältnisse der Juden ein breiteres Fundament. (Judenordnungen vom Jahre 1657 und 1749)⁴⁵⁾. Nachdem in dem Theile von Kurhessen, welcher das

43) S. v. Rotteck, Kritische Bemerkungen zu dem großherzogl. badischen Gesetze über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden (S. 311 ff. des vierten Bandes des A. Müller'schen Archivs) S. 330. Auch die Wahl des Domicils in solchen Orten, wo bisher keine Juden wohnten, ist bedingt durch die Einwilligung der Gemeinde.

44) Sammlung der im Großherzogthume Baden in Bezug auf die Israeliten erschienenen Gesetze und Verordnungen. In chronologischer Folge herausgegeben. Karlsruhe, 1837.

45) E s t o r, deutsche Rechtsgelahrtheit Th. III. (Frankfurt, 1767) §. 101. 104, wo der Verfasser auch hervorhebt, in Marburg dürfe ein jüdischer Student keinen Degen tragen, sondern müsse im Mantel gehen, es sei dann, daß er dem Rector zehn Gulden bezahlte. K o p p, Bruchstücke des deutschen Rechts Th. I. S. 155. Th. II. S. 138. Wiederhold, de statu Judaeorum in Hassia. Marburgi, 1768.

Königreich Westphalen bilden half, die Israeliten im Jahre 1808 für die Emancipation vorgebrungen waren, wurden sie durch die Restauration wieder in ihr früheres Verhältniß als Schutzensgenossen zurückgefordert und zur Wiederentrichtung des Schutzgeldes angehalten. Das Jahr 1830 kam heran, der Art. 29 der Verfassungsurkunde vom Jahre 1831, welcher im §. 30 jedem Einwohner vollkommenste Freiheit des Gewissens und der Religionsübung zusichert, gab diesen Glaubensgenossen eine Garantie durch die Bestimmung: „Die den Israeliten bereits zustehenden Rechte sollen unter den Schutz der Verfassung gestellt sein, und die besonderen Verhältnisse derselben gleichförmig für alle Gebietstheile durch ein Gesetz geordnet werden.“ Es ist bekannt, daß dieses „Gesetz zur gleichförmigen Ordnung der besonderen Verhältnisse der Israeliten“ vom 29. October 1833 (abgedruckt im 5. Bande des A. Müller'schen Archivs der Gesetzgeb. S. 76—87) voranleuchtend zur Emancipation führte.

Im Gegensatz zu seinem Bruder, Wilhelm dem Weisen, zeigte der jüngste Sohn Philipp's des Großmüthigen (der in den ersten Jahren einer Regierung [1524] einmal den in seinen Landen zerstreuten Juden den Schutz auskündigte), Landgraf Georg I., der Stammvater der Linie Hessen-Darmstadt, eine den Juden ungünstige Gesinnung. Gegen die Juden“, sagt Rommel a. a. O. S. 96, „war er unzulänglich (und vertrieb sie, wo er konnte) nicht allein, wie einer seiner eifrigsten Lobredner sagt, „um die Synagogen des Satans zu zerstören“, sondern, weil sie bei geringem Absatze der Landesproducte Handel und Gewerbe ausschließlich an sich zogen, durch Wucher seine Unterthanen ausfogen und unter Privilegien der benachbarten Freiherren sich jährlich vermehrten.“ Unter den späteren Landgrafen fixirten sich und erweiterten sich bei fortschreitender Toleranz die Rechtsverhältnisse der Juden⁴⁶⁾; und als es zur Errichtung des Verfassungswerkes kam, garantirte es im Art. 15 des Staatsgrundgesetzes⁴⁷⁾ den Grundgesetz, daß ein Israelite, als solcher, von seinem Schutzbürgerrechte, welches nach Inhalt des Schutzbriefes nur auf Widerruf ertheilt wird, aber seit dem Jahre 1824 mit keinen „besonderen Abgaben“ mehr verbunden ist, zum vollen Staatsbürgerrechte, dessen Ertheilung bedingt ist durch dazu würdig machende Eigenschaften (Schacher ist z. B. Grund zur

46) Vergl. besonders die Schrift des Staatsministers von Gagern: „De iudaeorum in Hassia, praecipue Darmstadina, juribus atque obligationibus.“ Gießen, 1771. Rühl, das gemeine deutsche Privatrecht, mit vorzüglicher Hinweisung auf die besonderen Privatrechtsquellen im Großherzogthume Hessen. Darmstadt, 1824. §. 84. S. 71. 72, und Weiß, System des öffentlichen Rechts des Großherzogthums Hessen Th. I. Darmstadt, 1837. §. 103: „Von den Juden: ältere Gesetzgebung.“ S. 377—385.

47) „Nichtchristliche Glaubensgenossen haben das Staatsbürgerrecht alsdann, wenn es ihnen das Gesetz verliehen hat, oder wenn es Einzelnen entweder ausdrücklich oder durch Uebertragung eines Staatsamtes stillschweigend verliehen wird.“ Floret, historisch-kritische Darstellung der Verhandl. der Ständeversammlung. d. Großherzogth. Hessen i. J. 1820 u. 1821. Gießen, 1822. S. 112. 113.

Zurückweisung) hinaufsteigen könne, in welchem Falle er in Ansehung seiner bürgerlichen und politischen Rechte den christlichen Staatsbürgern gleichsteht, in so fern nicht singuläre Vorschrift eine Ausnahme begründet, namentlich Gemeindebeamter und selbst Mitglied der Ständeverammlung werden kann⁴⁸⁾. Auf mehreren Landtagen, namentlich auf denen in den Jahren 1833 und 1835—36 erheben sich Anträge wegen Emancipation, die zugleich dadurch sich unterstützt fanden, daß die Israeliten in dem Theile des Großherzogthums, der früher zum französischen Reiche gehörte, in Rheinhessen, längst aufgehört haben, bloße Schußjuden zu sein. Indessen ist auch für Hessen bei Rhein die Emancipation der Juden noch ein Werk der Zukunft.

Auch im Königreiche Sachsen sind, trotz mancher Bemühungen für das Werk der Emancipation, die Israeliten nach Art. 33 des Staatsgrundgesetzes: „Die Mitglieder der im Königreiche aufgenommenen christlichen Kirchengesellschaften genießen gleiche bürgerliche und politische Rechte. Alle anderen Glaubensgenossen haben an den staatsbürgerlichen Rechten nur in der Maße einen Antheil, wie ihnen derselbe vermöge besonderer Gesetze zukommt“ (der Art. 32 sichert jedem Einwohner Gewissensfreiheit und Schutz in der Gottesverehrung seines Glaubens) — noch Schußjuden. Ihre Verhältnisse, als solche, sind theils durch allgemeine Gesetze, besonders aus den Jahren 1746 und 1772, theils durch eigene Judenordnungen der Städte Dresden und Leipzig, wo sich die meisten Juden aufhalten, bestimmt. Nach diesen in neuester Zeit gemilderten Gesetzen, die eine strenge, viele Beschränkungen mit sich führende Aufsicht über den Handel der Israeliten verordnen, sind diese wenigstens in Ansehung derjenigen privatrechtlichen Verhältnisse, welche nicht vom Staatsbürgerrechte abhängen, den christlichen Staatsangehörigen gleichgestellt. Früher waren sämtliche in- und ausländische Juden, wenn sie nicht mit Freipässen versehen waren, auf ihren Reisen sowohl dem Leibzolle, als bestimmten anderen, nur von Israeliten zu entrichtenden Personalsteuern unterworfen; eine Vorschrift, welche im Jahre 1806 zu Gunsten einzelner Nationen und Nachbarstaaten, theils mit, theils ohne Rücksicht auf die Messorte, beschränkt, im Jahre 1814 aber durch das Generalgouvernement ganz aufgehoben wurde⁴⁹⁾.

Ungünstiger, als in den monarchischen deutschen Staaten, ist die Lage der Schußjuden in den sogenannten freien Städten. Während die Stadt Bremen noch bis auf diesen Tag dabei beharrt, keinen Juden als Angesehenen in ihren Mauern zu dulden, beschützt die Stadt Hamburg ihre Juden nur unter Aufrechterhaltung rigoröser G.

48) Weiß a. a. O. §. 104. „Neuere Gesetzgebung.“ S. 385—389. §. 10. „Erwerbung des Ortsbürgerrechts.“ S. 400.

49) Paulold, Lehrbuch des königl. sächsischen Privatrechts. Leipzig, 1820. S. 112—115. Weil, die erste Kammer und die Juden in Sachsen. Hann., 1837.

sey; sie werden nicht zur Erlernung eines Handwerks zugelassen, dürfen kein unbewegliches Gut erwerben, nicht in der Altstadt wohnen (nur in eigenen Gegenden der Neustadt) u. s. w.⁵⁰⁾. Nach der Restauration gab der Staatskanzler Fürst Hardenberg in einem Briefe aus Wien vom 4. Januar 1815 an den preussischen Geschäftsträger den Rath, mit Widerruf der gegen die israelitischen Einwohner, welche durch die französische Herrschaft emancipirt worden waren, gefaßten Beschlüsse, das preussische Edict vom 11. März 1812 zum Muster zu nehmen; es sei unpolitisch, sich diesem Systeme nicht anzuschließen u. s. w. (Acten des Wiener Congresses Bd. I. Heft 4. S. 77 ff.) Allein der Rath blieb unbefolgt. Wie unsicher der Rechtsschutz war, den die Juden in Frankfurt a. M. genossen, ist schon durch Vordrängung einzelner Erscheinungen nachgewiesen worden⁵¹⁾. Kirchner erzählt uns S. 506 des ersten Bandes seiner Geschichte der Stadt Frankfurt weiter, die Richter hätten den jüdischen Arzt Joseph (denn die dortigen Schutjuden durften nur Handel treiben oder die Heilkunst ausüben), „der sich unschicklich gehalten“, im Jahre 1502 zum Zunsabschneiden und Augenausstechen verurtheilt; indessen hätten sie mit ihm handeln lassen, und obgleich sie zweltaußend Goldgülden gefordert hätten, so hätten sie sich doch mit vierhundert begnügt. Der Verfasser theilt uns zugleich (Th. II. S. 376 ff.) die Grundzüge der Vorschriften (in ihrer Gesamtheit, „Stättigkeit“ genannt) mit, unter deren Herrschaft die Frankfurter Israeliten, die durch die Erfüllung dieser Anordnungen den ihnen ertheilten Schutz erkaufen mußten, athmeten. Sie sind, wie sich der Verfasser ausdrückt, eine „lange Reihe von Erniedrigungen.“ Denn es war darin verordnet, die Juden sollten ihr bereits früher vom Papste vorgeschriebenes Zeichen, den runden, gelben Ring, unverdeckt auf der Brust tragen; zur Nachtzeit, wie an Sonn- und Festtagen sollten sie in ihrer Gasse bleiben, und die, welche genöthigt seien, an solchen Tagen auszugehen, sollten dazu die Genehmigung des Bürgermeisters einholen, auf öffentlichen Plätzen sollten sie weder bei Tag, noch bei Nacht einhergehen; und müßten sie, ihrer Nahrung halber, in der Stadt blicken lassen, so dürften ihre nicht mehr, als zwei beisammen sein; die, welche ihres Gewerbes halber nicht durch die Straßen zu gehen hätten, sollten sich bei Strafe einsperren u. s. w. „So war“ — fügt der Verfasser am

50) Hamburg, wie es ist. Von St. Domingo. Leipzig, 1838. Kap. 3. „Juden.“ — Ueber die Schritte der israelitischen Gemeinde in Paderborn, die Vollziehung des Art. 16 der Bundesacte betreffend, s. die Protocolle der Bundesversammlung Bd. XI. S. 111. Bd. XII. S. 63—88.

51) Vergl. im Allgem. Jac. Schudt, jüdische Merkwürdigkeiten, sammt der vollständigen Frankfurter Judenchronik. Frankfurt und Leipzig, 1714—17. 4 Theile, und Senkenberg, *Varia Judaeos Francof. et partim Friedberg. concern.* (in dessen *Select. jur. et histor.* I. 1734. S. 634—705.) Orig., Staatsverfassung der Reichsstadt Frankfurt. Th. I. S. 134 ff. 236 ff.; Th. II. S. 163 ff. 262 ff. 371 ff.

Schlusse hinzu — „das Glück der hiesigen Juden, so der Schutz beschaffen, um dessen Verlängerung sie alle drei Jahre von Neuem einkommen mußten.“ Eine dem blutigen Tage des 23. August 1614 nachhinkende neue „Stättigkeit“ vom Jahre 1616 erhob unter Milde-
rungen die precäre Lage dieser Schützlinge zu einem bleibenden Rechts-
zustande (wenn es erlaubt ist, sich so auszudrücken), und blieb die
Grundlage desselben bis zur Auflösung des deutschen Reichs⁵²⁾. Un-
ter ihren Schutz waren alle die Erniedrigungen gestellt, welche diese
Schützlinge (die Schutz zunächst im Auge hat, indem er im Geiste
seiner Zeit sich dahin äußert: „Wie etliche Länder, sonderlich in denen
hiesigen Theilen von Afrika und Asia, für andern mit Schlangen,
Drachen, Skorpionen, Taranteln und allerhand anderen giftigen Wür-
mern geplagt sind, so geht's auch unserem lieben Deutschland, welches
für vielen anderen Landschaften mit einer großen Menge Juden belä-
stigt und geplagt ist“) gleich einer ehernen Kette nachschleppen muß-
ten. Kein Jude durfte an bestimmten Orten erscheinen, ohne daß ihm
der Hut weggenommen wurde. Für eine Reise an christlichen Sonn-
und Festtagen, für das Passiren des Thors vor Beendigung der Bet-
stunde und das Ausgehen zur Meßzeit mußte jedes Mal ein Gulden
bezahlt werden. In die Stadtpromenaden durften die Frankfurter Pa-
rias sich nicht wagen (dieses Paradies erschloß sich ihnen erst im
Jahre 1806). „Durch ewigen Druck und anhaltende Kränkungen⁵³⁾
abgestumpft“ — sagt Bender a. a. D. — „beschränkten sie sich
auf ihre Religion und nährten, durch Festhalten an alten Gebräuchen,
den tief eingewurzelten Menschen- oder vielmehr Christenhaß, bei schlauer
Verstocktheit.“ — Bald nachdem der Fürst Primas (am 9. Septem-
ber 1806) von der Stadt Frankfurt und ihrem Gebiete Besitz genom-
men hatte, kam es (im November 1807) zu einer neuen Stättigkeit,
welcher im Jahre 1811 die völlige Emancipation folgte⁵⁴⁾ — ein schöner
Traum, der beim Erwachen mit dem Zurücksinken in den Judenschutz
endigte, als die Stadt Frankfurt wieder ihre Selbstständigkeit erlangte.
Ueber diese neuesten, auf eine Rathsverordnung vom 1. September
1824 basirten Zustände⁵⁵⁾ hat sich der Verfasser des Artikels:

52) Bender a. a. D. S. 44 ff.

53) Noch im Jahre 1709 wurde auf öffentliche Kosten ein widriges Spott-
bild, welches früher für 6 Goldgulden am Brückenthurme angebracht worden
war, renovirt.

54) Bender a. a. D. Zweites Capitel. „Zustand der Israeliten unter
der fürstlichen Regierung.“ S. 48 — 64.

55) Bender a. a. D. Drittes Capitel. „Zustand der Israeliten unter
der Freistadt.“ S. 65 — 140. Vergl. auch noch v. Dresch, Betrachtungen
über die Ansprüche der Juden auf das Bürgerrecht, insbesondere in der freien
Stadt Frankfurt. Tübingen, 1816. Rapp, Versuch einer rechtlichen Prü-
fung der sogenannten bürgerlichen Rechte und Verfassungsverhältnisse der Frank-
furter Judengemeinde. Frankfurt, 1817. Rechtliches Gutachten der Juristen-
facultät zu Gießen, die bürgerlichen Verhältnisse der israelitischen Gemeinde in
der freien Stadt Frankfurt betreffend, 1816. Gutachten der Juristenfacultät
zu Marburg über die Ansprüche der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt

„Frankfurt“ (S. 3—13 des sechsten Bandes des Staatslexikons, besonders S. 8.) ausgesprochen. Es ist zu hoffen, daß unter der Einwirkung des viele geistreiche jüdische Gelehrten zu seinen Mitgliedern zählenden Frankfurter Vereins zur Erringung der Emancipation (s. Telegraph 1839. April Nr. 60. S. 478) die Elemente der „Milde und Menschenfreundlichkeit“, die er dort walten sieht, auch zu dem Ziele führen, die der fortschreitende Geist der Humanität unausgesetzt im Auge behält. Ist ja bei unseren Nachbarn im Westen das große Werk der Emancipation schon längst aufgerichtet, auf dem Boden, der einst, wie Deutschland, der Schauplatz der Grausamkeit gegen ein heimatloses Volk war und von seinem Blute getränkt wurde. Die Lage der Israeliten in Frankreich war in den früheren Jahrhunderten nichts weniger als drückend. Kaiser Ludwig der Fromme beschützte sie gegen einzelne Beeinträchtigungen. Als mit dem Sinken der königlichen Macht die Gewalt der Großen des Reiches stieg, traten die Juden ihres Gebiets in deren Schutz, den sie mit schwerem Tribut erkaufen mußten. Diese Barone sahen in ihnen eine Art von Eigenthum, das sie sich durch Pacte mit den Königen sicherten und worüber sie durch Kauf u. s. w. willkürlich verfügten⁵⁶⁾. Von da an beginnt die Zeit ihrer Bedrückung und Herabwürdigung⁵⁷⁾ und, da auch die Geistlichkeit, die immer mächtiger wurde und von ihnen keine Einkünfte bezog, gegen sie predigte, zugleich die Zeit ihrer Verfolgung. Im Jahre 1160 predigte der Bischof von Beziers zur Vorfeier des Palmsonntages über die Leiden Christi, ermahnte das Volk, das Blut des Erlösers in seinen Mördern zu rächen, und riß dasselbe zu Mißhandlungen und zur Ermordung der dortigen Israeliten hin, womit es sich bis nach Ostern vergnügte. Den angesprochenen und spät erteilten Schutz mußten die Verfolgten mit einer Geldsumme und dem Versprechen eines jährlichen Beitrags zur Erhaltung der Kirche erkaufen. König Philipp August kündigte den Juden, die nicht unter der Herrschaft seiner großen Vasallen lebten, den Schutz auf und nöthigte sie zur Auswanderung unter Zurücklassung ihres Vermögens in baarem Gelde, während er ihre unbeweglichen Güter in Besitz nahm; später aber, um die großen Kosten seiner Kriege gegen Richard Löwenherz zu erschwingen, ließ er die Vertriebenen gegen Bezahlung einer großen Geldsumme zurück und nahm sie wieder in seinen Schutz, damit sie, in ihrer Ver-

als Bürgerrecht dieser freien Stadt. 1817. — Historisch-juridische Entwicklung der unveränderten Unterthanspflicht jüdischer Gemeinde zu Frankfurt etc. 817. — Bekanntlich hatte sich die Frankfurter Judengemeinde beschwerend an den Bundestag gewendet, was zunächst das Erscheinen dieser und anderer Druckchriften veranlaßte.

56) Jost, Geschichte etc. Bd. 5. Berlin, 1826. S. 68.

57) So war es z. B. in Toulouse lange Zeit gebräuchlich, daß der Synodus der dortigen Israeliten an den drei christlichen Hauptfesten vor der Pforte der Hauptkirche eine Ohrfeige erhielt. Einmal holte dabei der damit beauftragte Heilige so weit aus, daß der Geschlagene, tödtlich verletzt, entseelt zu Boden stürzte. Jost a. a. O. S. 72. 73.

treibung, wie in ihrer Zurückberufung eine Finanzquelle, sich durch Wucher an seinen Unterthanen wieder ihres Schadens erholen könnten. Den Versuchen Ludwig's des Heiligen, die Juden, denen er, damit sie erkennbar seien, das Tragen eines bestimmten äußeren Zeichens vorschrieb, zum Christenthume zu bekehren, und den dazu angewendeten Mitteln gegenüber wanderten viele Juden, theils freiwillig, theils gezwungen, aus. König Philipp der Dritte kündigte allen Juden, die, von Eduard dem Ersten aus England und dem damals zu England gehörigen Gascogne vertrieben, eingewandert waren, den ferneren Schuß auf und trieb sie aus seinem Reiche, schützte aber die Israeliten in demselben dadurch, daß er der Inquisition nicht gestattete, sie wegen Wuchers vor ihr Gericht zu ziehen, weil sie darum dem weltlichen Richter untergeben seien. Philipp der Schöne benutzte im Anfange seiner Regierung sein Amt als Schutzherr zur Erpressung großer Summen, die er von seinen Schützlingen betrieb, und endigte damit, daß er sie vertrieb. Unter dem Vorwande, das Volk wünsche es, und man finde Gelegenheit zur Bekehrung, aber in der Absicht, Mittel, den leeren Schatz zu füllen, zu gewinnen, rief Ludwig der Zehnte die Vertriebenen zurück. Kaum war dieses geschehen, als im Jahre 1320 die Zurückgekehrten blutigem Verfolgungen erlagen, denen zu entgehen sie sich zuweilen unter einander tödteten. Die spätere Geschichte Frankreichs zeigt unter gräueldollen Einzelheiten ein noch mehrmaliges Austreiben und Zurückberufen der dem Fluche der Heimathlosigkeit Hingegebenen, bis nach und nach der precäre Zustand in einem bestimmten Schußverhältnisse sich consolidirte. Ludwig der Sechzehnte hob im Jahre 1784 den Judenleibzoll, der nur noch im Elsaß erhoben wurde, „als eine die Menschheit erniedrigende Abgabe, welche dem Vieh gleichstelle“ auf⁵⁸). In dem Strome der Revolution ging auch dieses Schußverhältniß unter; sie emancipirte nach dem vorangehenden und leitenden Beispiele der nordamerikanischen Freistaaten die mosaischen Bekenner des Monotheismus. Die Bewohner von Belgien und Holland, vom Strome der französischen Uebermacht und von den Befehlen des Kaiserreichs ergriffen, sehen gleichfalls seit dieser Zeit die bisherigen Schußgenossen in gleichgestellte Staatsbürger verwandelt. (S. dieses Staatslexikon Bd. V. S. 29.)

Die Geschichte Englands fügt dem dunklen Gemälde, das sich uns in dem Blicke auf Deutschland und Frankreich hingegeben hat, als einer Darstellung gemeinsamer Zustände nur Pinselstriche hinzu. Auch dort zogen sich die von den Königen beschützten Juden, besonders durch Wucher, den Haß des ohnehin von Fanatismus erfüllten Volkes zu, der besonders unter Richard I. aufloderte. Unter ihm wurden im Jahre 1189 viele Israeliten, welche dem Könige bei seiner Krönung Geschenke darbringen wollten, in London erschlagen; in anderen Städten wiederholten sich diese Verfolgungen. Zu York stürmte das

58) Scheppler a. a. O. S. 154 — 157.

holl die Burg, worin der Befehlshaber die Verfolgten, um sie zu retten, aufgenommen hatte; diese tödteten sich unter einander. Heinrich III. verkaufte die Juden in seinem Reiche im Jahre 1255 für 5000 Mark an seinem Bruder Richard, dem Herzoge von Cornwall, damit dieser, wie ein alter Chronist ausdrückt, „diejenigen vollends ausweiden möge, denen der König bereits das Fell abgezogen.“ (Du Fresne Glossar. v. Judaei.) Eduard der Erste trieb diese Schützlinge, an 15,000, ab und confiscirte ihr unbewegliches Vermögen⁵⁹⁾. Nach vergeblichen Versuchen unter dem Protector Cromwell, ließen sich unter Karl dem zweiten einige Juden in London nieder, und später folgten andere nach. Es wurde ihnen Schutz und besonders freie Religionsübung zugesichert. Unter den Königen des Hauses Hannover gestalteten sich die Verhältnisse dieser Schutzgenossen noch günstiger⁶⁰⁾. Im Gange seiner Emanzipation wird England auch zur Freilassung seiner israelitischen Schützlinge fortschreiten⁶¹⁾.

Die Geschichte der pyrenäischen Halbinsel, aus welcher die Juden mit grausamem Verfolgungsgeiste vertrieben wurden, zeigt uns ein Nachtstück, das nur von den Flammen des Scheiterhaufens sein Licht aufnimmt⁶²⁾. Die Geschichte der übrigen europäischen Staaten⁶³⁾ ist gleichfalls ein Denkmal der Unterdrückung eines heimathlosen Volkes, das genöthigt war, sich dem oft trügerischen Schutze im Schooße fremder Völker hinzugeben, welche zu den civilisirten gerechnet werden⁶⁴⁾. Welche Lehre der großen Lehrerin Geschichte! Auch von einem Volke läßt sich sagen: Wehe dem, der fremden Schutzes bedarf!

Bopp.

59) Die Geschichte Englands von F. Robin. Zweite Auflage von Heusinger. Bd. I. Dresden, 1827. S. 52.

60) Wendenborn, der Zustand des Staats, der Religion, der Gelehrsamkeit und der Kunst in Großbritannien. Thl. III. Berlin, 1785. S. 388 u. 395. „Juden.“

61) Siehe dieses Verikon Bd. V. S. 27 — 29.

62) Siehe besonders das gedachte ausführliche Geschichtswerk von Jos. Eissabon wurden im Jahre 1506 mehrere tausend Juden erschlagen.

63) Ueber Rußland s. die von einer historischen Einleitung begleitete Mittheilung S. 142 — 158 des zehnten Bandes der kritischen Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes, herausgegeben von Mittemaier und Zacharia. Heidelberg, 1838. „Die neue Verordnung v. J. 1835) über die Hebräer im russischen Reiche, mitgetheilt von M. v. Bolfeldt.“ Ueber Dänemark s. Dr. Steinheim, Meditationen über die Verhandlungen in der holsteinischen Ständekammer in Betreff der Petition mosaischer Glaubensgenossen wegen Ertheilung des Bürgerrechts in der 41sten Sitzung am 22. November 1838. Altona, 1839.

64) Schon vor hundert Jahren erinnerte ein Mann von humaner Denkart, Beck („vom Rechte der Juden.“ Nürnberg, 1741.) die europäischen Nationen an ihre Pflicht, indem er Seite 11 sagt: „Es kommt den Juden das natürliche Recht zu statten, als welches keinen Menschen von der menschlichen Gesellschaft ausschließt, und ist die Toleranz das eigentliche Kennzeichen aller civilisirten Völker, wodurch selbige von den Barbaren unterschieden zu werden pflegen.“

Juliusrevolution, s. Frankreich.

Jura singulorum (Rechte der Einzelnen) sind die den Mitgliedern einer Gesellschaft, in der Eigenschaft als Einzelne, zukommenden Rechte, welche ihnen nämlich entweder ganz unabhängig vom Gesellschaftsverbande zustehen, oder, wenn auch aus demselben fließend, dennoch selbstständig, d. h. der Verfügung der Gesellschaftsgewalt oder des Gesamtwillens nicht unterworfen sind. In jeder Gesellschaft nämlich hat die Gesellschaftsgewalt (mithin, wo nichts Anderes positiv verfügt worden, das natürliche, in der Stimmenmehrheit bestehende Organ des Gesamtwillens) eine gewisse, durch den Gesellschafts-Vertrag, und wo ein solcher, ausdrücklich geschlossen, nicht vorliegt, durch den Gesellschafts-Zweck bestimmte Sphäre der Herrschaft, innerhalb welcher Sphäre also der Einzelne verpflichtet ist, sich den Beschlüssen der Gesamtheit zu fügen, d. h. innerhalb welcher die Gesamtheit, als solche, eigens besteht, nämlich ein Gesamtleben hat, ein Gesamterstreben eines Zweckes äußert, durch Beschlüsse festsetzt, was die Einzelnen solcher Zweckerstrebung willen thun oder unterlassen sollen, ihnen folglich theils positive Leistungen, theils Freiheitsbeschränkungen auflegt und aufzulegen das Recht hat. Es hat jedoch solches Recht seine Grenze, und diese besteht eben in dem vorbehaltenen oder Sonderrechte der Einzelnen, welches dieselben nämlich auch gegenüber der Gesamtheit zu behaupten befugt sind. Zu solchem Sonderrechte oder jus singulorum gehört aber zuvörderst alles das, was die Mitglieder bei ihrem Eintritt in die Gesellschaft nicht eingeworfen haben in die durch den Gesamtwillen zu beherrschende Gemeinschaft, und sodann zweitens alle durch den Gesellschaftsvertrag eigens überkommenen Rechte. Dem in die Gemeinschaft nicht eingeworfenen, folglich zu selbst-eigener freier Verfügung vorbehaltenen Theile der persönlichen Freiheit oder des Besizthums darf die Gesellschaftsgewalt nicht zu nahe treten; sie würde sonst jenseits der dem Gesamtwillen unterstehenden Sphäre, folglich auch jenseits der Grenzen ihrer Vollmacht und daher ohne alles Recht handeln. Aber auch die den Einzelnen, als Gesellschaftsgliedern, vermöge des Gesellschafts-Vertrags zukommenden Rechte sind der Verfügung des Gesamtwillens, eben weil dieser nur in der durch den Vertrag gezeichneten Sphäre rechtlich waltet, entrückt. Was also von Seite irgend eines Organes solches Gesamtwillens oder von Seite der positiv eingesetzten Gesellschaftsgewalt gegen jene Rechte beschlossen oder unternommen würde, geschähe nimmer im Sinne des wahren Gesamtwillens, sondern wäre unbefugte Anmaßung.

Diese im allgemeinen Gesellschaftsrechte gegründete Lehre (s. „Gesellschaft und gesellschaftlicher Gesamtwille“) findet natürlich ihre volle Anwendung auch im Staate, und eben so im Staatenbunde und im Bundesstaate; aber sie ist in diesen größeren Verhältnissen nicht nur von entsprechend größerer Wichtigkeit,

ndern auch von schwierigerer Anwendung. In kleineren Gesellschaften nämlich liegt gewöhnlich ein ausdrücklich geschlossener Vertrag und in bestimmtes Maß von gesellschaftlichen Rechten und Pflichten vor, und ist der Gesellschaftsgewalt eine deutlich bezeichnete Sphäre für ihre Thätigkeit angewiesen. Im Staate dagegen haben wir bloß den von der Vernunft dictirten, folglich gar verschiedenen Auslegungen Raum gebenden Vertrag vor uns; und ist der Gesellschaftszweck ein so wichtiger und so Vieles umfassender, daß, wenn der Gesellschaftsgewalt ein entsprechender Umfang eingeräumt wird, sie in irgend fest bestimmte Grenzen einzuschließen schwer ist. Die allgemeinsten Grundsätze darüber sind jedoch in dem Art. I. „Gesellschaft und gesellschaftlicher Gesamtwille“ bereits aufgestellt worden, wiewegen wir hier uns lediglich darauf berufen. Alles, was nach dem allort Befagten dem Gesamtwillen in Bezug auf die einzelnen Mitglieder zu beschließen nicht zusteht, gehört unter den Begriff von *jura singulorum*; und es wird daraus, in Anwendung auf den Staat, ein unefangenes Urtheil leicht erkennen, daß allererst alle schon vor dem Staate bestandenen und eigens dem Schutze desselben übergebenen Rechte — in so fern ihre Beschränkung nicht nothwendig erscheint zur gemeinschaftlichen Zweckerreichung, und solche Beschränkung nicht auf in alle Mitglieder verbindendes, überhaupt allgemein lautendes Gesetz zurückgeführt werden kann — zu den *jura singulorum* gehören. So z. B. die Gewissensfreiheit, welche, als im Staatsvertrage ganz eigens und unbedingt vorbehalten, für alle Mitglieder, d. h. als nicht eingeworfen in die dem Gesamtwillen übertragenen Herrschaftsbefugnisse zu achten ist; aber nicht minder das allgemeine Recht der persönlichen Freiheit und des Eigenthums, in so fern nicht Beschränkungen von der oben beschriebenen Art Statt fanden. Auch die durch den Staatsvertrag eigens begründeten Rechte der Gesellschaftsglieder, wie jenes auf Rechtshutz, auf Gleichheit der gesellschaftlichen Vortheile und Lasten u. s. w., scheinen gegenüber der Staatsgewalt als *jura singulorum*, und eben so die durch positive Gesetze weiter statuirten, nämlich in so weit, daß sie gleichfalls nur durch Gesetze, nicht aber durch besondere Willensacte (den Fall der Verwirkung, dann etwa das *jus emens* — wobei jedoch Entschädigung zu leisten ist — ausgenommen) können beschränkt oder entzogen werden. Gut übrigens und sehr rathsam ist es, daß, da über die natürlichen Rechtsgrundsätze (aufrichtig oder verstellt) mag gestritten werden, solche *jura singulorum* eigens in die Verfassungsurkunde aufgenommen, und dadurch der Antastung durch die Staatsgewalt (welche nämlich über den Umfang ihrer Befugnisse sich gern das Selbsturtheil herausnimmt) entrückt werden.

Dasselbe, und noch in vollerm Maße, findet Statt beim Bundesstaate oder Staatenbunde. Aus dem Begriffe eines solchen, da er nämlich ein sehr unbestimmter und gar mannigfaltige Ver-

hältnisse in sich fassender ist, geht das Maß der der Bundes- oder Gesamtgewalt zustehenden Befugnisse nicht deutlich hervor. Hier müssen positive Festsetzungen die mangelnde Bestimmtheit herstellen. Auch finden wir namentlich im weiland deutschen Reiche die jura singulorum der Stände ganz ausdrücklich und grundgesetzlich der Reichsgewalt (Kaiser und Reichstag) entzogen. Der westphälische Friede insbesondere verordnet ausdrücklich (J. P. O. art. 5. §. 52), daß bei allen Angelegenheiten, wo die Stände nicht als ein Körper betrachtet werden können, die Mehrheit der Stimmen nicht entscheidend sei, sondern die Sache durch einen gütlichen Vergleich geschlichtet werden solle. Als vorzüglich wichtiges Beispiel solcher Angelegenheiten führt er insbesondere die Religions-Sachen an, nimmt aber sofort auch alle anderen Sachen, bei welchen der nämliche Grund oder das nämliche Verhältniß (daß die Stände dabei nicht als Gesamtheit erscheinen) obwaltet, in dieselbe Bestimmung auf. („In causis religionis, omnibusque aliis negotiis, ubi status tanquam unum corpus considerari nequeunt.... sola amicabile compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.“)

Auch der deutsche Bund erkennt in seinen Grundgesetzen jura singulorum bei den Bundesgliedern an; und auf der gewissenhaften Beachtung solcher Einzelrechte beruht auch die einzige Möglichkeit oder die einzige Hoffnung, das Aufkommen einer despotischen Allgewalt des Bundestages zu verhüten. Die Bundesacte (Art. 7) setzt hierüber fest: „Wo es auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder Religionsangelegenheiten ankommt, kann weder in der engern Versammlung, noch im Pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.“ Und die Schlußacte erläutert solche Bestimmung (im Art. XV.) dahin: „In Fällen, wo die Bundesglieder nicht in ihrer verfassungsmäßigen Einheit, sondern als einzelne, selbstständige und unabhängige Staaten erscheinen, folglich jura singulorum obwalten, oder wo einzelnen Bundesgliedern eine besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistung oder Verwilligung für den Bund zugemuthet werden sollte, kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Betheiligten kein dieselben verbindender Beschluß gefaßt werden.“

In eben dem Maße, als der Zweck (und also auch der Gewaltsumfang) eines Bundesstaates oder gar nur eines Staatenbundes beschränkter ist, als der eines Staates, sind im ersten die jura singulorum ausgedehnter, als im letzten. Denn nur in dem, was der Zweck der Vereinigung wirklich fordert, sind die Mitglieder derselben als eine Gesamtheit zu betrachten, und jenseits der Grenzen solcher Nothwendigkeit fängt sofort das Gebiet der ihnen als Einzelnen zukommenden Rechte an. Sollte daher je die Bundesgewalt des deutschen Bundes den Bundesgliedern etwas zumuthen wollen, was zur

„Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“ es unnöthig zu erkennen wäre, so würde jedes Mitglied mit Berufung auf jus singulorum die Folgeleistung verweigern dürfen. Noch näher liegend oder noch einleuchtender wäre solches Recht, wenn das, was von ihnen verlangt würde, jenem Zwecke sogar zuwiderliefe, B. wenn es der Selbstständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates Eintrag thäte, namentlich wenn (gegen die Verfügung des Art. 53 der Schlußacte) der Bund in die innere Staatseinrichtung oder Staatsverwaltung eines einzelnen Bundesstaates eingreifen wollte. Eben so, wenn durch bloße Stimmenmehrheit etwas verfügt werden wollte, das eine Aenderung des Grundgesetzes involvirte, oder wenn unter dem Titel der bloßen Anwendung bereits feststehender allgemeiner Grundsätze von einem einzelnen Staate etwas geordert würde, das nach Wortlaut und Geist derselben darin nicht enthalten ist, u. s. w.

Wir sagen nicht, daß von Seite der Bundesversammlung so etwas wirklich zu besorgen ist, sondern wir stellen nur ideale Fälle, deren absolute Möglichkeit nicht wohl in Abrede gestellt werden wird, zur Verdeutlichung der Lehre auf. Dieser unbefangenen wissenschaftlichen Lehre, so wie der aufgeklärten öffentlichen Meinung würde auch jedes Mal das Urtheil über die etwa factisch vorkommenden Beispiele leicht anheimfallen. Aber freilich, wenn (wie nach Art. 7 der Bundes- und Art. 11 der Schlußacte behauptet werden mag) die engere Bundesversammlung durch Stimmenmehrheit darüber zu entscheiden hat, ob ein Gegenstand in's Plenum gehöre, folglich auch, ob ein jus singulorum Sprache sei, oder nicht, so ist in der That jener Mehrheit mittelbar auch das jus singulorum unterworfen, oder wenigstens die wirksame Behauptung des Letzten für die kleineren Bundesstaaten schwer.

Was würden nun — die Grundgesetze des Bundes enthalten darüber keine Bestimmung — nach allgemeinen staats- und bundesverfassungsrechtlichen Grundsätzen für Mittel der Rechtsbehauptung einem in dem jus singulorum gekränkten Bundesgliede zustehen? Wir nehmen an, alle Gegenvorstellungen, Protestationen, diplomatischen Verhandlungen u. s. w., überhaupt alle gütlichen Mittel seien fruchtlos geblieben, so ist wohl nicht zu zweifeln, daß, falls der Bund einen in ein großmächtiges Bundesglied gefaßten ungerechten, nämlich des jus singulorum verletzenden Beschluß gewaltsam durchsetzen wollte, selbe gleichfalls zur Gewalt schreiten, daß also Krieg entstehen würde. Da nun (nach Art. 3 der Bundesacte) alle Bundesglieder, solche, gleiche Rechte haben, so muß in thesi auch dem schwächsten derselben eben das erlaubt sein, was dem mächtigsten; und so unzulässig der Widerstand des Schwachen gegen die Uebermacht der verbundenen Starken sein würde: auf das Recht selbst hat das Mißverhältniß der Kräfte keinen Einfluß; und das Bundesglied, welches, falls ein heiliges jus singulorum an ihm verletzt werden wollte, es

auf wirkliche Gewaltsanwendung ankommen ließe, d. h. nur der schon hereingebrochenen Uebermacht weiche, würde, falls diese Uebermacht wirklich ihr Werk vollendete, vor dem Tribunale der öffentlichen Meinung und der Weltgeschichte als mit Unrecht unterdrückt erscheinen. Wahrscheinlich jedoch würde der moralische Effect solcher standhaften Rechts-Behauptung, verbunden mit den alsdann sicherlich auch tretenden politischen Motiven, von der Gewaltsanwendung abhalten, und jedenfalls dem für das heilige Recht unerschütterten Gewalt Entgegentretenden der edelste Ruhm gewiß sein.

Oder gibt es eine andere Rechtsgarantie für die Bundesglieder für den Fall, daß eine Geneigtheit, die Selbstständigkeit derselben zu unterdrücken, unter den großmächtigen Mitgliedern aufkäme? In dem Grundgesetze des Bundes allerdings nicht, so beruhigend einige Artikel der Bundes- und Schlußacte lauten. Denn da lauten wieder andere auf eine die Gewährung der ersten aufhebende oder wesentlich beschränkende Weise. Allerdings ist der Bundeszweck bestimmt (Bundesacte Art. 2, Schlußacte Art. 1) und die Bundesgewalt auf die Erstrebung dieses Zweckes beschränkt (Schlußacte Art. 3). Auch ist (Schlußacte Art. 4 und 9) die der Gesamtheit vorbehaltene Entwicklung und Austildung der Bundesacte auf die Nothwendigkeit zur Zweckerreichung und auf die Uebereinstimmung mit dem Geiste der Bundesacte und dem Grundcharakter des Bundes beschränkt. Allein die Abänderung der bestehenden und die Annahme neuer Grundgesetze ist gleichwohl der Bundesversammlung ausdrücklich erlaubt, und über den Geist der Bundesacte, so wie über den Sinn aller ihrer Festsetzungen, und so auch über die Nothwendigkeit irgend eines Vorschlages Behufs der Zweckerreichung entscheidet allein und ausschließend die Bundesversammlung selbst. Hierdurch wird aber jede sonst ausgesprochene Beschränkung wieder aufgehoben, und die Bundesgewalt, wie Maurerbrecher (Grundzüge des heutigen deutschen Staatsrechts, 1837. §. 114) mit Recht behauptet, in der That zur souveränen Staatsgewalt gemacht; ja es wird dadurch die Möglichkeit einer selbst über alle Grenzen der absolutesten Staatsgewalt gehenden Ausdehnung ihrer Auctorität begründet. Denn die Bundesgewalt ruhet nicht, so wie die eigentliche Staatsgewalt, auf einem (wahren oder doch vorausgesetzten, jedenfalls aber von der rechtlichen Vernunft dictirten) Vertrag der in einer bürgerlichen Gesellschaft sich vereinigenden Einzelnen, deren Gesamtwille, ob auch durch ein despotisches Organ ausgesprochen, gleichwohl immer das Wohl dieser Einzelnen, wenigstens angeblich, zum Gegenstande hat; sondern sie beruhet auf einem zwischen den Herrschern unter sich selbst und allein abgeschlossenen Vertrage, welcher — abgesehen von den im zweiten Abschnitte der Bundesacte verzeichneten Verabredungen über einige ihren Unterthanen oder einzelnen Classen derselben zu gewährende Rechte — von diesen Unterthanen, mithin von der deutschen Nation gar keine Notiz nimmt.

ndern bloß und allein von wechselseitig zwischen den Regierungen
 tuiten Rechten und Pflichten handelt. Die Bundesgewalt ist dem-
 ch — um mit den Worten Maurenbrecher's (§. 112) zu spre-
 en — „eine Social- oder Collegialgewalt“, und zwar eine
 vertragmäßig zwischen den souveränen deutschen Fürsten und
 Städten constituirte Gewalt, welche dadurch besteht, daß jedes
 zehne Bundesglied seinen souveränen Willen, der Gesamt-
 it der übrigen souveränen deutschen Fürsten und Städte, d. h. dem
 sammtwillen derselben, einzuverleihen versprochen hat.“ Diese
 ocial- oder Collegialgewalt nun geht zwar unmittelbar nur gegen die
 undesglieder selbst, d. h. gegen die einzelnen Regierungen, mittelbar
 er, da eben die Regirungs-Handlungen der Verbündeten das
 object jener Gewalt sind, und da ihr überall auch die Gewalt des
 enen Fürsten „einverleibt“ ist, waltet sie auch über die Völ-
 er, ja ganz vorzugsweise über diese.

Hier dringt sich nun die durch nichts abzumwendende oder abzuleh-
 ende Betrachtung auf, daß die bemerkte Gewalt, so wie sie in den
 r mittels der Bundes- und Schlußacte gesetzten Grenzen bloß allein
 urch den Vertrag der Regierungen entstand, auf dieselbe Weise auch
 och erweitert, ja bis in's Unendliche ausgebehnt werden
 nn. Denn die Aenderung oder Erweiterung der Vertragsbestimmun-
 en liegt jedes Mal in dem Belieben der Paciscenten, nur daß alle
 heilnehmer des Vertrages dazu einwilligen müssen. Und was die der
 Bundesgewalt durch die jura singulorum gesteckte Grenze betrifft, so
 können ja diejenigen, denen dieselben zukommen — hier also die Re-
 gierungen — darauf verzichten; alsdann fällt die Schranke weg,
 nd so wird die Bundesgewalt allmächtig. So wie z. B. schon durch
 ie Schlußacte vertragsweise festgesetzt ward (Art. 57. 58), daß die
 esamnte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats, d. h. in den
 ürsten, vereinigt sein und bleiben solle, und daß kein Fürst durch
 ndständische Verfassungen in der Erfüllung seiner bundesmäßigen
 d. h. der von ihm vertragmäßig übernommenen) Verpflichtungen
 ürfe gehindert werden; so konnte auch die etwa von einer landständi-
 chen Kammer zu beschließende Steuerverweigerung als Aufruhr erklärt
 nd der Verfügung des Art. 26 der Schlußacte unterworfen, und es
 onnte festgesetzt werden, daß kein Fürst seinen Landständen oder seinem
 Volke irgend ein mit dem vertragmäßig bestimmten Begriffe des mon-
 archischen Princips unvereinbarliches Recht verleihen dürfe u. s. w.

Auf diesem Wege fortwandelnd, würde man endlich zu der Be-
 auptung gelangen, daß die Bundesgewalt rechtskräftig, nämlich ver-
 öge desselben (Vertrags-) Rechtes, wornach sie entstand, alle
 Volkrepräsentation in den Bundesstaaten aufheben, ja
 mmliche deutsche Völker für leibeigen erklären könne, daß also,
 enn sie es nicht thut, dieses als Aeußerung bloßer Gnade dankend
 anzuerkennen sei. Eine solche Vorstellung wird freilich von jedem Red-
 ichgesinnten, selbst der verschiedensten Farben, mit Unwillen zurückgewie-

sen werden; aber dadurch wird die behauptete Möglichkeit einer solchen Deutung des Bundesrechts nicht widerlegt, und die Forderung einer befriedigenden Garantie dagegen nicht aufgehoben. Humanität und Rechtsinn irgend welcher bestimmter Machthaber sind, als rein persönliche Eigenschaften oder von den Völkern factisch besessene Himmelsgunst, keine juristischen Garantien; und jede gesunde Politik wird nach den letzteren fragen.

Eine auf die Verhältnisse des deutschen Bundes angewandte, vernünftige Deutung der jura singulorum und die solcher Deutung entsprechende Behauptung derselben könnte vielleicht wirksamer, als der von Klüber und Jordan vorgeschlagene Recurs unmittelbar an die Gesamtheit der Bundesglieder, d. h. an die Fürsten persönlich, eine solche Garantie darbieten. Für's Erste nämlich könnte man sagen, daß man zwar auf bloße Rechte verzichten könne, nicht aber auf Pflichten, also auch nicht auf solche Rechte, welche mit Pflichten verbunden sind oder aus Pflichten hervorgehen. Sobald also die jura singulorum, welche von den einzelnen Bundesregierungen, gegenüber der Bundesgewalt, angerufen werden können, von ihnen aus Regierungspflicht gegen ihr eigenes Volk behauptet werden müssen, so findet eine rechtlich gültige Verzichtleistung darauf nicht Statt; und eben darum — weil nämlich je nach Verschiedenheit der Landesverfassungen jene Pflichten der Fürsten nicht gleich sind in allen Bundesländern, so kann eine vollkommene Gleichförmigkeit oder Uebereinstimmung in der Ausübung der Hoheitsrechte ohne Verletzung der jura singulorum durchaus nicht allen Landesfürsten aufgedrungen werden. Sodann ist in Bezug auf die vertragmäßige Errichtung und Erweiterung der Bundesgewalt, so wie überhaupt auf die Bundesbeschlüsse, welche die Natur von Verträgen haben, zu bemerken, daß Verträge *de jure tertii* nicht gültig sind, wenn nicht auch dieser Dritte — hier also das betheiligte Volk oder dessen Repräsentation — als gleichfalls einwilligend betrachtet werden kann und muß. Hiernach wäre das *jus singulorum* überall, wo nicht bloß von fürstlichen oder reinen Regierungsinteressen, sondern auch von Volks-Angelegenheiten und Rechten die Rede ist, auch nicht bloß von den Fürsten persönlich zu verstehen, sondern zugleich vom Lande oder vom Volke; und es hätte der Fürst, als zur Zeit alleiniger Vertreter desselben am Bundestage, die doppelt heilige und zugleich Ehrenpflicht, diese seines Volkes Rechte als eigentliche jura singulorum, daselbst geltend zu machen und gegen Majoritätsbeschlüsse zu verwahren. Es ist diese Pflicht selbst in der Bundesacte dadurch angedeutet oder anerkannt, daß darin die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten (also nicht bloß der Fürsten) eigens als Bundeszwang aufgestellt, und dadurch — weil sie sonst sich selbst widerspräche — eine Collectivauctorität der Mitglieder, welche ein Mehreres den einzelnen Völkern auflegen könnte, als überall auch die eigene Regie-

ung für sich allein zu thun befugt wäre, ausgeschlossen wird. Dieses ist so klar, daß, wer es nicht anerkennt, den Rechtszustand der Nation völlig aufheben und sie lediglich den zwischen ihren Hauptern über sie, wie über eine Sache, zu schließenden Verträgen Preisgeben, folglich selbst eine über sie etwa zu verhängende polnische Theilung gut heißen würde. So weit sind wir nun freilich zurit nicht. Aber es ist ein großer politischer Grundsatz: „*principiis obsta!*“ und wenn irgendwo das Interesse der Fürsten mit jenem ihrer Völker sich innig verbunden zeigt, so ist es hier bei der sorgfältigsten und standhaftesten Wahrung und Behauptung der ihnen bei den zustehenden *jura singulorum*.

Rotted.

Jurisdiction, s. Gerichtsbarkeit.

Jurisprudenz (Rechts- und Staatswissenschaft) und Juristen, ihre Aufgaben, die Mängel unserer deutschen Jurisprudenz, ihr System und die Gefahren ihrer einseitigen Richtungen. — I. Ueber das Wesen des Rechts und der Rechtswissenschaft und über ihr Verhältniß zu der Politik erklärte sich schon die Allgemeine encyclopädische Uebersicht (Bd. I. S. 1 und 20). Dort wurde ihre richtige Verbindung nachgewiesen und auch schon erwähnt, daß Griechen und Römer, daß z. B. Platon's und Cicero's Werke über den Staat und die Gesetze stets Recht und Politik in der wissenschaftlichen Behandlung unzertrennlich mit einander verbanden. Auch noch in der römischen Jurisprudenz zeigt sich diese Verbindung von beiden.

Dabei trifft freilich — zwar nicht die römischen Rechtsgelehrten — aber doch die griechischen und römischen Philosophen der Vorwurf, die eigenthümlichen, selbstständigen Grundsätze von beiden und ihre Grenzen von einander, so wie die Grenzen zwischen ihnen und der Moral nicht scharf genug aufgefaßt zu haben.

Dagegen aber vermeiden sie auch die Einseitigkeit der Neueren, Recht und Politik, welche ähnlich wie für den Menschen Seele und Körper, und Psychologie und Physiologie, so für den Staat nur die zwei verschiedenen Hauptseiten eines und desselben Lebens sind, von einander und beide von dem wirklichen Leben der Nation ganz loszureißen. Und eben so wenig zerrissen sie auch auf eine bei uns so vielfach verderblich gewordene Weise das Band zwischen beiden und der Moral.

In unserem Deutschland wirft man den Juristen und der Jurisprudenz häufig Ideenlosigkeit, Mangel an religiöser und patriotischer Gesinnung, an wahrer Rechtsachtung und Freiheitsliebe vor. Man beschuldigt sie der Herrschsucht, der Inhumanität. Man klagt über Trockenheit, Buchstabenkram, Formalismus und eine sophistische Kunst, Alles zu rechtfertigen, selbst für das Entgegengesetzte stets Gründe in Bereitschaft zu haben. Kurz, man wirft den Juristen vor, daß sie die höheren Ideen und das wahre, ewige und lebendige Recht in todtten

Formen und Formeln und in Chicanen zu Gunsten des Eigennutzes und des Servilismus gegen die Macht untergehen ließen. Und leider, leider! mußten wir wiederholt schon oben ausführlich nachweisen, daß die deutschen Juristen in verschiedenen Zeiten zum großen Theile diese Vorwürfe verdienten und dadurch unserem Volke in vielfachen Beziehungen das größte Unheil bereiteten, daß sie unendlich verderblich wirkten für die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes, für die persönliche Sicherheit und das Eigenthum, wie für die Cultur der Bürger *).

Allein alle diese Fehler sind keineswegs durch das Wesen des Rechts und der Rechtswissenschaft selbst begründet. Sie entstehen nur durch eine einseitige und verkehrte Gestaltung, Auffassung und Anwendung derselben. Sie entstanden bei den deutschen Juristen sämmtlich eben durch jenes Losreißen der Jurisprudenz von dem vaterländischen Leben ihres Volkes und von dessen Freiheit, von seinen religiösen, sittlichen und politischen Ideen und Bestrebungen. Und dieses Losreißen entstand dadurch, daß die deutschen Rechtsgelehrten seit dem Mittelalter, statt ihres vaterländischen Rechts, nur die Rechtsätze einer fremden Nation studirten, deren höhere patriotische Ideen eben so unbeachtet ließen, wie sie die ihres Volkes in sich erstickten, und daß sie nun ihr Volk von der Theilnahme an der Rechtsverwaltung nach diesen, selbst in fremder Sprache geschriebenen fremden Gesetzen immer mehr ausschlossen, rechtsunmündig machten und geringschätzten. Selbst nachdem bereits die Mängel der deutschen Jurisprudenz in neuester Zeit mehr zur Anerkennung kamen, wurde ihnen doch noch keineswegs auf die rechte Weise abgeholfen. Vielmehr zerfielen unsere Juristen in verschiedene Schulen: die rein positive, die historische, die philosophische Juristenschule, welche einseitig von dem ganzen Rechte nur eine einzelne Seite auffaßten, diese an die Stelle des Ganzen setzten, unter einander einen Zerstörungskrieg führten und eine für Wissenschaft und Leben gleich verderbliche Feindschaft zwischen natürlichem, historischem und positivem Rechte begründeten **).

Gerade aber die berühmtesten Juristen der Welt, die römischen, und die anerkannt classische römische Rechtswissenschaft beweisen es, wenn man tiefer in ihr Wesen und ihr Wirken eindringt, zur Genüge, daß jene Mängel keineswegs nothwendig mit der Jurisprudenz verbunden sind. Denn selbst noch in dem schon tief gesunkenen Rom und während bereits im Leben die größte Verworfenheit, Despotie und Sklavengestinnung herrschte, lebte noch in der römischen Jurisprudenz ein hoher, vaterländischer und freier, ein sittlicher und wissenschaftlicher

*) S. oben Bd. I. S. 130. 491. 582. II. S. 252. III. 270—278. IV. 328; eine ausführlichere Darstellung in meinem System Bd. I. S. 707. 717 ff. und bei Beseler, zur Beurtheilung der sieben Göttinger Professoren. Rostock, 1838. 5. Brief.

**) S. mein System Bd. I. S. 698.

ist. Die theoretisch und praktisch gleich tüchtigen römischen Juristen theiligten noch jetzt auf eine Bewunderung und Ehrfurcht gebietende Weise, oftmals selbst bis zum Märtyrertode, mit hohem, muthvollem Muth, die würdigsten Grundsätze der alten römischen Freiheit und Gerechtigkeit, der altrömischen Virtus und Prudentia, und bildeten in dem Festhalten an ihnen das römische Recht zu einem der unvergänglichen Denkmale menschlicher Bildung und Weisheit aus *).

II. Vielleicht lassen sich die wichtigsten Anforderungen an eine richtige und heilsame Behandlung des Rechts, diejenigen, durch deren Befriedigung gerade die größten Einseitigkeiten und Verkehrtheiten ausgeschlossen werden, am Besten veranschaulichen, wenn man, im Gegensatz fehlerhafter moderner Rechtsbehandlung, die Grundansichten der klassischen Jurisprudenz hervorhebt, welche gleich der Anfang der gesetzlichen Pandekten über das Wesen und die Bestimmung des Rechts, der Rechtsgelehrten und der Rechtswissenschaft ausspricht. Gerade diese Grundansichten möchte freilich unsere neuere Jurisprudenz in ihren einseitigen Standpuncten gern als mittheilswerthe, unpraktische, sich selbst widersprechende Kinderbegriffe darstellen. Allein es sind Grundansichten, welche jene praktisch wie theoretisch gleich vollendeten ersten juristischen Meister der Welt an die Spitze ihrer Werke stellten, durch deren Durchführung sie gerade ihre bis jetzt unerreichte Weisheit erlangten. Bei genauer Betrachtung sind sie auch unter sich, wie mit der ganzen römischen Jurisprudenz, in voller, tiefer Harmonie.

Die an die Spitze jenes Hauptwerkes der klassischen römischen Jurisprudenz, so wie an die Spitze der gesetzlichen Institutionen stellten Erklärungen über das Wesen und die Bestimmung des Rechts und des Rechtsgelehrten fassen dieselben wahrhaft lebendig auf**), nicht nach einseitigen und nach abstracten, mechanischen und formalistischen Gesichtspuncten. Sie fassen sie insbesondere zunächst in ihrem lebendigen Zusammenhange mit den natürlichen, sittlichen und politischen Grundideen, so wie mit der Freiheit ihres Volkes auf.

Das Wesen und die Aufgabe des Rechts besteht ihnen darin, die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse ihres Volkes, seinem höchsten sittlichen Endzwecke (dem bonum oder der salus omnium) und im gleichen freien Rechte Aller (dem aequum) entsprechend zu bestimmen und zu leiten (in der ars boni et aequi)**). Sie ließen sich keineswegs, so wie unsere absoluten Staatsphilosophen, das selbstständige Privatrecht in dem öffentlichen Rechte, oder, wie unsere Feudalisten, unsere Hallers u. s. w., dieses, das selbstständige Recht der politischen Gemeinschaft, in jenem untergehen;

*) S. hierüber mein System Bd. I. S. 701 und 539—670.

**) S. darüber mein System Bd. I. S. 694 und oben Bd. I. S. 11.

***) S. hierüber oben Bd. I. S. 21 und mein System Bd. I. S. 551.

aber sie rissen auch beide eben so wenig wie Politik und Recht ganz auseinander.

Sie erniedrigten nicht das Recht zu einem bloß äußerlichen Zwangsmechanismus, zu einer todten Abstraction, zu einer Sammlung bloßer Formen oder zu einem Buchstabenkrame positiver Willkürbefehle oder historischer Observanzen, die Politik dagegen zu einer bloßen Klugheits- und Listenlehre.

Sie faßten auch die philosophische, die historische und positive Seite des Rechts in ihrer organischen Verbindung auf. Dieses beweisen schon die Ueberschriften wie der ganze Inhalt der drei ersten Pandektentitel. So z. B. auch die Bezeichnung ihres *jus naturale, gentium und civile* „als der Grundbestandtheile alles Rechts.“ Das positive Recht wurde daher auch bei ihnen nie, so wie bei uns, zum bloßen Willkürbefehl oder zum bloßen historischen und unabänderlichen Factum, das natürliche nie zum unpraktischen Schulphilosophem.

Eben so wenig endlich dachten sie sich Recht und Politik als gänzlich losgerissen von Religion und Moral. Vielmehr wurden die Gesetze ausdrücklich als aus diesen letzteren abstammend, als göttlichen Ursprungs, dargestellt. Die Rechtsgelehrten aber werden als Priester dieser göttlichen Gerechtigkeit (der *Dea Justitia*) erklärt, welche gleich jeder Priesterschaft in ihrem heiligen Gebiete oder „Tempel“ unantastbar und selbstständig, nur von ihrem göttlichen Gesetze abhängig, ihren hohen Beruf verwalten und dessen hohe Ideen verwirklichen sollen*). Von solchem Standpunkte ausgehend, stellen sie als ihr erstes Rechtsgebot und als Grundidee für die bleibenden, personenrechtlichen Verhältnisse ein ehrbares, die sittliche, rechtliche Achtung bedingendes Leben (die *honestas* und das *honeste vivere*) auf, so wie für das Sachen- und das Verkehrsrecht zunächst die Ideen der *aequitas* und *bona fides*. So forderten sie von allen Rechtsmitgliedern als das Wesen ihrer Gerechtigkeit einen festen und bleibenden Willen, das Gerechte zu thun (*constans atque perpetua voluntas*) **).

Nicht minder aber fassen schon jene ersten Pandektentitel das Wesen und die Bestimmung des Rechts und der Rechtsgelehrten in ihrem lebendigen Zusammenhange mit ihrem Vaterlande, mit ihrem Volke und mit seiner Freiheit und freien Verfassung auf. Hierhin gehört schon der weitere Zusatz in der Bezeichnung des Gesetzes, daß es nicht bloß Ausfluß der göttlichen Gerechtigkeit sei, sondern zugleich auch begründet durch die freie Anerkennung und Einwilligung aller Bürger (*communis reipublicae sponsio*) ***). Ganz analog heißt es auch von dem Naturrechte, es stamme aus der Vernunft, und doch da schon, einige Zeilen weiter, scheinbar wider-

*) L. 1. de Justit. et jur. L. 2 u. C. 4. de legib. Mein System Bd. I. S. 76 u. 761.

**) Mein System Bd. I. S. 593 u. 546.

***) Mein System Bd. I. S. 191. L. 2 de legib.

sprechend, es stamme aus dem Consense der freien Menschen und Völker, werde von ihnen constituiert. Dieses aber will sagen: der durch die Vernunft oder die sittliche Idee gebotene rechtliche Frieden, seine sittliche Idee werde durch die freie gegenseitige Anerkennung juristisch gemacht *). Ferner gehört hierhin eben jene so unendlich wichtige feste Anerkennung und Durchführung der selbstständigen Privatsfreiheit und eines selbstständigen Privatrechts jedes Einzelnen, neben einem selbstständigen, aber freien öffentlichen Rechte, neben dem Rechte der Gemeinschaft aller Bürger (der *respublica* oder *res populi*, der *societas civium*, *utilitatis communione et juris consensu sociata*). Besonders sprechend aber ist es, mit welcher Sorgfalt die ersten Pandektentitel alles Recht, alle Arten der Gesetze und Rechtsquellen, so wie ja selbst die naturrechtlichen Grundsätze in ihrer Entstehung und Fortbildung als auf die Grundbedingung ihrer äußeren juristischen Gültigkeit, auf die Grundverträge (die *communis reipublicae sponsio*) und auf das freie Volksleben und die freie Einwilligung und Anerkennung aller Bürger (*consensus omnium*) zurückführen **). Die römischen Juristen könnten ohne diese Grundlage ein juristisches Recht und eine rechtliche Verbindlichkeit sich gar nicht denken. Und gewiß es war eine der wesentlichsten Grundlagen der Vortrefflichkeit des römischen Rechts und der römischen Jurisprudenz, daß sie hervorgegangen waren aus dem freien römischen Volksleben, aus öffentlichen und volksmäßigen Gerichten, aus dem steten Zusammenwirken der freien, öffentlichen Volksstimme mit der leitenden und ordnenden Thätigkeit juristisch und politisch ausgebildeter Staatsmänner, und daß auch die spätere römische Jurisprudenz stets an diesen ihren Grundlagen und Lebenselementen festhielt. Es war gerade das größte Unglück für unsere moderne Jurisprudenz, daß sie sich zurückzog in dunkle Kammern, daß sie nur durch eine vom Volksleben losgetrennte gelehrte Juristen- und Beamtenkaste aus unnationalen Elementen gebildet wurde, und daß diese Juristenkaste und die durch sie geleitete fürstliche und Beamten Gewalt das Recht aus sich heraus selbst beliebig schaffen und über das Volksleben und seine Freiheit despotisch gebieten wollte, statt aus diesen heraus das Recht zu finden und zu entwickeln.

Dagegen blieb die römische Jurisprudenz, eben durch die freie und volksmäßige Rechtsentwicklung und durch das stete Festhalten an der objectiven Rechts-Form der freien gesellschaftlichen Anerkennung und Genehmigung aller Rechtsnormen (der *salus omnium* nach dem *consensus omnium*) und bei der meisterhaften, acht künstleris-

*) §. 1. u. 2. de Justit. et jure mein System I. S. 122.

**) S. mein System Bd. I. S. 72. 119. 191. 544.

schen Durchführung ihrer volksmäßigen Rechtsgrundlagen, auch weit entfernt von unserer neueren deutschen Vermischung der Gebiete der eigenthümlichen technischen Sphären des Rechts und der Moral. Sie hielt sich frei von einem Aufgeben der selbstständigen juristischen Grundsätze und Grenzen des Rechts.

Auch die an die Spitze des römischen Rechts gestellte Definition der Rechtswissenschaft *) (*divinarum atque humanarum rerum notitia, justī atque injustī scientia*) verdient die großen, ihr von den Neueren gemachten Vorwürfe keineswegs. Sie deutet vielmehr ebenfalls vollkommen den tiefen und hohen Sinn an, in welchem die römischen Juristen ihren Beruf und das Wesen der Rechtswissenschaft auffaßten. Sie schließt ebenfalls schon in ihren wenigen Worten höchst verderbliche Einseitigkeiten der neueren Jurisprudenz aus.

1) Sie fordert nach einer dem römischen Sprachgebrauche und den übrigen Erklärungen der römischen Juristen völlig entsprechenden Auslegung **) in ihrem ersten Satze eine allgemeine Kenntniß der menschlichen Lebensverhältnisse. Und zwar völlig mit Recht. Denn diese Lebensverhältnisse hat ja die Rechts- und Staatsgesetzgebung und die Rechts- und Staatswissenschaft zu ihrem Gegenstande, zu ihrer Aufgabe. Dieselben bilden sogar eine Hauptquelle für sie. Die Gesetzgebung soll dieselben wenigstens von ihrer rechtlichen und politischen Seite, sie soll sie mit Staatskräften und Staatsmitteln und entsprechend den rechtlichen Formen, entsprechend den politischen Zwecken und Verhältnissen bestimmen, leiten und fördern. Die Gesetze selbst entstehen auch unter Herrschaft der höchsten Grundideen aus der Natur und den Bedürfnissen dieser Lebensverhältnisse. Es können also sicherlich auch diese rechtlichen und politischen Bestimmungen ohne eine Kenntniß dieser Lebensverhältnisse, ohne sie beständig vor Augen zu halten, nicht richtig begründet, ausgelegt, angewendet und fortgebildet werden. Daher fordert und gibt auch Cicero an der Spitze seines Werks vom Staate (I, 24) für das Staatsrecht vor Allem eine Kenntniß des Gegenstandes, nämlich des Staats und des Staatslebens. Deshalb bezeichnet er es an einem anderen Orte ***) gerade als charakteristisch für das Wesen der meisterhaften römischen Jurisprudenz, daß die römischen Juristen nicht etwa, als bloße Legulegen, nur die Gesetze, ihre Buchstaben und wörtlichen Vorschriften, sondern als ächte Staatsmänner auch die Verhältnisse und Bedürfnisse des Lebens kannten. Alle die fruchtbaren, römischen juristischen Entwicklungen aus der lebendigen Natur der Institute und aus den Nationen ihrer

*) S. oben Bd. I. S. 13 u. mein System I. S. 119.

**) S. darüber mein System Bd. I. S. 552.

***) De Orator. I, 48.

ethischen Begründung^{*)}), beruhen gerade vorzugsweise auf solcher Kenntniß. In der That, ohne Kenntniß des Staats und des Staatsrechts könnte doch wahrlich Staatsrecht und Politik, ohne Kenntniß der Ehe und des ehelichen und Familienlebens könnte das Ehe- und Familienrecht, ohne Kenntniß des gesellschaftlichen Verkehrs, seiner Verhältnisse und Bedürfnisse endlich könnte das Verkehrs-, das Verleihungs- und Kauf- und Mieth- und Pfandrecht nicht gründlich undksam geschaffen, verstanden, behandelt und fortgebildet werden. Es könnten ohne sie die Juristen nur ungründliche Buchstabenwisser, Leselagen und Abstractionsmänner werden. Ein lebendiges Recht und eine lebendige Rechtswissenschaft sind ohne sie unmöglich. Daß unsere modernen Juristen diese eine Hauptseite unseres Studiums bisher so vernachlässigten, dieses ist eben wiederum eine unglückselige Folge ihrer Absonderung vom Volksleben, ihrer heimlichen, unvolksmäßigen Rechtsprechung. Und es ist zugleich eine Hauptquelle der oben erwähnten Mängel und Vorwürfe gegen sie. Sichtlich verlangten die römischen Juristen nicht, wie man bisher meinte, und wie es Alciat sogar billigte, eine in der Studirstube zu erwerbende, vollständige und philosophische, wissenschaftliche Erkenntniß aller Gegenstände des menschlichen Wissens. Sie wollten nicht, abgeschmackter Weise, alle Wissenschaften als einen Theil der ihnen besonderen Wissenschaft des Rechts aufführen. Vielmehr standen sie unter *notitia* (welche hier im ausdrücklichen Gegensatz zu der *scientia* gestellt wird) außer einer encyclopädischen Kenntniß nur die im Volksleben und im staatsmännischen und juristischen Zusammenwirken mit ihrem Volke erworbene äußere oder Erfahrungskentniß jener Lebensverhältnisse.

2) Die gesetzliche Definition fordert aber eben so vortrefflich in ihrem zweiten Satze eine wahrhafte philosophisch wissenschaftliche, systematische Wissenschaft (*scientia*) der Grundsätze der Gerechtigkeit (*justi*), nach welchen die Lebensverhältnisse gerecht zu bestimmen und zu leiten sind. Sie fordert also hier mit anderen Worten von der Rechtswissenschaft dasselbe, was die Definition des Rechts: *ars boni et aequi* von dem ganzen praktischen Rechte schon erfordert hatte. Die römische Jurisprudenz erstrebte auch in der That eine wahrhaft wissenschaftliche und künstlerische innere und, so weit es mit ihren praktischen Zwecken vereinbarlich war, auch äußerliche systematische Verbindung und Harmonie ihrer Rechtsätze^{**)}. Der natürliche Grund wie die natürliche Folge hiervon aber war, daß sie wirklich die sittliche Idee der Gerechtigkeit und die aus ihr entspringenden, von ihrem Nationalvereine anerkannten, höchsten Grundsätze als den Mittelpunkt des juristischen Wissens, als die wahren *Rationes* aller rechtlichen Bestimmungen, an die

^{*)} Mein System I. S. 73 ff. 544.

^{**)} Mein System I. S. 559.

Spitze stellte und mit einer wahrhaft künstlerischen Technik folgen durchzuführen und alles Widersprechende und Unharmonische möglichst auszuschließen oder doch zu beschränken und unterzuordnen strebt.

III. Wie dürftig erscheinen nun gegen diese römischen Rechtsansichten alle jene oben angedeuteten neueren einseitigen Rechtsansichten und solche Definitionen von der Rechtswissenschaft, welche diese in tiefe und gesunde, diese lebendige und sittliche Auffassung von dem Wesen und der Bestimmung des Rechts und seiner Wissenschaft, nicht die wesentlichen Bestandtheile der letzteren, die Lebensverhältnisse, wie die sittliche Idee, die höheren Grundsätze und das innere Selbst ganz zur Seite lassen? Wie dürftig erscheint eine Jurisprudenz, die schon in der Definition ihres eigenen Wesens, als eines Inbegriffes von Kenntnissen der Zwangsgesetze oder der Gesetze als äußerer Vorschriften, bloß auf die gesetzlichen Buchstaben und ihr liebtes Auswendiglernen hinweist und durch die Aufnahme des Zwangs als des wesentlichen Merkmals des Rechts, fast ähnlich verfährt, als wollte man in der Bestimmung des Wesens des menschlichen Lebens die Arznei oder beinahe den Abtritt an die Spitze stellen.

Doch es scheint, Gottlob, die Zeit gekommen zu sein, in welcher auch unser Recht und unsere Rechtswissenschaft einer gesünderen Entwicklung entgegengehen.

Die Grundbedingung aber, um zu derselben zu gelangen, ist nach dem Bisherigen, daß sie lebendig, national oder volksmäßig werden. Sie müssen aus dem wahren Leben der Nation, aus ihren Gefühlen, Grundideen und Bedürfnissen, aus deren zwar geschichtlich entwickelten, aber gegenwärtig noch lebenskräftigen bestehenden Culturverhältnissen, sie müssen in freier Verfassung und freier Zustimmung der Bürger, unter ihrer Mitwirkung bei Gesetzgebung und Rechtsprechung, von den Rechts- und Staatsmännern entwickelt werden.

Durch Verwirklichung dieser Grundbedingung erfüllen sich dann die drei Hauptforderungen, die wir an unser Recht und unsere Rechtswissenschaft zu machen haben. Dieselben entsprechen genau den oben (Bd. I. S. 11 in der allgemeinen encyclopädischen Uebersicht) angegebenen drei Grundelementen eines gesunden Staats. Und sie lauten folgendermaßen:

1) Recht und Rechtswissenschaft sollen vor Allem stets von den nationalen sittlichen Grundideen, als von ihrem Grundprincipe, ausgehen;

2) sie sollen durch den freien geordneten Volkswillen durch die freie Zustimmung und Mitwirkung der Bürger in jedem Gesellschaftskreise ihre rechtliche Grundform, ihre äußere Rechtsgültigkeit erhalten und behaupten;

3) sie sollen sich endlich durch allseitige harmonische Ver-

*) S. mein System S. 13 u. 557 — 670.

Durch jener Grundideen mit dem freien geordneten Volkswillen durch Verbindung aller Seiten des Rechts, der philosophischen, historischen und positiven, zugleich harmonisch und wissenschaftlich oder praktisch und systematisch gestalten.

Diese drei Hauptforderungen verwirklichen sich in der That von selbst durch jene obige Grundbedingung. Denn ein wahrhaft lebendiges, volksmäßiges und nationales Recht und Rechtssystem, welches stets aus dem Leben einer freien gesitteten Nation entwickelt, durch dasselbe gebildet wird, demselben und seinen Bedürfnissen und Gesetzen entspricht oder in beständiger lebendiger Verbindung und Wechselwirkung mit diesem Leben muß ja natürlich:

(Zu 1.) von dem höchsten Lebenselement dieser Nation ausgehen, aus ihren höchsten nationalen religiösen und sittlichen Ideen, als von ihrem Lebensgeist oder Urgefesse, durchdrungen und beherrscht sein. Es kann gar kein tochter Formalismus, kein niederer Mechanismus und Materialismus werden. Es muß alle einseitigen Ansichten und Richtungen, es muß vor Allem eine religiöse und unsittliche Jurisprudenz ausschließen.

(Zu 2.). Ein solches Recht und Rechtssystem muß auch, so wie jedes, was wahrhaftes Leben haben und behaupten soll, seine besondere eigenthümliche äußere Grundbedingung oder Grundform behaupten. Diese aber besteht für das lebendige Recht, sie besteht für das gemeinschaftliche Leben, für das friedliche und hilfreiche Zusammenwirken aller freien Glieder einer Staatsgesellschaft und für ihr gemeinschaftliches Lebensgesetz in dem freien Zusammenstimmen dieser Glieder, in ihrem freien Consense über die Art der gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Verwirklichung ihrer höheren Grundideen*). Ein solcher Consensus wird allerdings innerlich hervorgerufen durch die gemeinschaftlichen nationalen sittlichen Ideen. Er ist an sich sittlich vernünftig. Er geht aus von der sittlichen Vernunft der Nation. Aber äußerlich und zum äußeren Rechte wird er erst durch das freie Volksleben und sein Zustimmung in der freien äußeren Rechts- und Staatsverfassung. Das eben bildete nach dem Obigen die technisch juristische Meisterschaft der unsterblichen römischen Juristen und aller besseren römischen Staatsmänner, daß sie diese ihre technische Grundform eines solchen freien Consenses für das gemeinschaftliche Recht des ganzen Rechts- und Staatsvereins und für jeden größeren und kleineren gesellschaftlichen Kreis in demselben so musterhaft festhielten und durchführten. Die Briten stehen ihnen unter den neueren Völkern hierin am Nächsten. Sie haben aber eben darum auch, trotz mancher Mängel und Reste aus dem Feudalismus des Mittelalters, den freiesten und lebenskräftigsten Rechts- und Staatsverein.

*) S. oben Bd. I. S. 13.

Auch die britischen Staatsmänner wissen, so wie die römischen, daß zuletzt alle Vernunft der Menschen nur Eine ist, die jedoch stets und überall mehr oder minder getrübt wird durch beigemischten individuellen Irrthum. Aber sie wissen auch, daß der richtige und praktische juristische Weg zur Begründung und Beweisführung für die gemeinschaftlichen Gesetze eines freien Volkes nur darin besteht, aus den Vernunftideen des Volkes zu entwickeln, nicht aus individuellen philosophischen Ansichten und Schultheorien. Aber sie benutzen, wie die römischen Juristen, ihre eigene freie philosophische und wissenschaftliche Bildung zur richtigen Auffassung der Vernunftideen ihres Volkes und um dieses über seine einzelnen Inconsequenzen und Irrthümer aufzuklären. Die deutschen Juristen dagegen übersehen oder verlassen gewöhnlich gänzlich jene technische Grundform des Rechts und des juristischen Wirkens, indem sie bald individuellem, despotischem Regenten- oder Beamtenwillen, bald individuellem, philosophischem oder religiösem Meinen einzelner Gelehrten oder Schulen Rechtsgültigkeit beilegen, und dieselben zu unmittelbaren Grundlagen ihres juristischen Wirkens machen. Die tüchtigen römischen und britischen Meister würden ein solches Verfahren gerade für eben so pfuscherisch halten, als wenn die Arbeiter in anderen Fächern ihre eigenthümlichen Sphären und Grundformen für die Verwirklichung der höchsten Idee aufgeben wollten. Es ist nicht besser, als wenn etwa der Geometer den Raum verlassen, oder wenn der Maler, statt auf der Fläche mit Zeichnung, Farbe, Licht und Schatten vielmehr, gleich dem Bildhauer, mit körperlicher Masse, oder gleich dem Redner und Dichter mit Worten, etwa mit jenen beschriebenen Zetteln in der rohesten Kunstperiode darstellen wollte; es ist nicht besser, als die Kunst jener stümpernden Plastiker, die ihrerseits ihre Idee nur durch das Anmalen ihrer Statuen genügend ausdrücken zu können glaubten. Darin zeigt sich die Größe des Meisters, daß er die eine große göttliche Idee auch in seiner beschränkten besonderen Sphäre und mit treuer Heilighaltung derselben vollständig, erkennbar und wirksam darzustellen weiß. Jene pfuscherische Vermischung unseres selbstständigen Rechts mit Theologie und Moralphilosophie, jene Preisgebung der juristischen Sphäre und Beste des freien lebendigen Volksconsenses in seine Verfassung gibt gerade das Recht der Willkürherrschaft Preis, gleichviel dann, ob der Willkür eines Despoten oder einer Mandarinenkaste, ob der Feudalaristokratie oder dem Jesuitismus, ob dem Jacobinismus oder einem heuchlerischen oder schwachsinnigen Mysticismus.

(Zu 3.). Ein solches Recht soll endlich stets aus dem ganzen, zwar vielgliedrigen und vielseitigen, aber nur durch Harmonie gesunden Leben der zu gemeinschaftlichem Staate vereinigten Nation hervorgehen und diesem vielseitigen harmonischen Leben entsprechen und dasselbe erhalten. Es muß also auch nothwendig harmonisch und wissenschaftlich, es muß wahrhaft praktisch

systematisch werden. Es muß die große Menge einzelner Rechtsbestimmungen über die vielen einzelnen Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens, es muß alle Theile und Seiten derselben der Harmonie des ganzen Lebens anpassen und sie in der Rechtswissenschaft möglichst zu einem innerlich und äußerlich harmonischen oder systematischen Vor- und Abbild des Lebens vereinigen; es muß alles Einseitige und Unharmonische, als praktisch unheilsam und als unwissenschaftlich, unterordnen, umbilden oder austossen. Denn jede Einseitigkeit und Disharmonie wirkt im Leben Störung und Krankheit, im Wissen sich aufhebende Widersprüche und Inconsequenzen. Der gesunde Mensch, wie die gesunde Wissenschaft müssen dieselben stets zu beseitigen und auszustoßen suchen, oder sie erkranken und werden durch jene, ihrerseits ihr feindliches Leben wie wucherndes Unkraut ausbilden, unvermeidlich zerstört. Gesundheit besteht nur in der Vereinigung und inneren Harmonie aller Theile, und diese streben, so lange Gesundheit besteht und bestehen soll, nur harmonisch, der Grundidee und der Grundform und ihrer rechten Vereinigung gemäß zu wirken.

Diese natürliche und nothwendige, harmonisirende und organisirende Kraft in allem wahrhaft gesunden geistigen, wie in allem physischen Leben, diese übersehen diejenigen, welche bisher die Nothwendigkeit und Möglichkeit eines wahren inneren und äußeren, eines wahrhaft wissenschaftlichen Systems des Rechts bestritten. Diese harmonisirende Grundkraft alles Lebens wirkt nämlich auch im Volksleben, ähnlich wie in dem einzelnen Menschen der denkende Geist die geistlichen Widersprüche, das fühlende Gemüth die widersprechenden Empfindungen zu bekämpfen und zu beseitigen sucht. Ueberall in der Geschichte, wo einmal eine Staatsgesellschaft zum Leben und in derselben ein bestimmtes Grundprincip und eine gewisse Grundform — seien sie nun despotisch, theokratisch oder freiheitlich, alodial oder feudal — zur Vorherrschaft gelangt sind, sehen wir jetzt auch ihnen gemäß den allgemeinsten Lebenstrieb, den Trieb nach Harmonie, sich wirksam erweisen. Wir sehen dieses Streben nach Harmonie dahin wirken, daß die einflußreichen Menschen bewußt oder unbewußt die Verhältnisse und Einrichtungen des Lebens diesen Grundideen und Grundformen anzupassen und zu assimiliren, das Widersprechende ihnen unterzuordnen oder zu bekämpfen suchen.

So beherrschten z. B. die sittlichen und männlichen Grundideen des freien Roms, die Grundformen seiner freien municipalen Gesellschaftseinrichtung, so lange noch Römerrecht lebte, die rechtlichen und politischen Gedanken und Bestrebungen seiner Staatsmänner und Rechtsgelehrten. Diese suchten ein denselben entsprechendes harmonisches Rechtssystem zu entwickeln. Sie mußten wenigstens in ihrer gesunden Theorie, so wie die einzelnen widersprechenden despotischen und theokratischen Reste früherer Zeit, so auch widersprechende Bestimmungen des kaiserlichen Despotismus möglichst auszuschneiden oder unterzuordnen und unpraktisch zu ma-

chen. Sie erklärten solche Widersprüche jedenfalls als singuläre Ausnahmen, mithin als dem wahren Systeme fremd, und sie sicherten vortrefflich die Herrschaft der allgemeinen Rechtsgrundsätze und des wahren Systems, indem sie dieses theils und indem sie forderten, daß überall nur für die wahren allgemeinen Rechtsgrundsätze die allgemeine juristische Vermuthung oder Vorausannahme (*praesumptio juris*) streite, daß nur für sie die deh nende Auslegung und Anwendung auf alle gesetzlich nicht bestimmten Fälle gelte, daß dagegen keine Abweichungen von jenen Rechtsgrundsätzen begünstigt und vermuthet, und daß jede Abweichung, Ausnahme, möglichst beschränkt werden müsse *). Deshalb forderten sie denn auch mit solcher Energie, daß gerade auch der praktische Jurist das römische Recht als ein inneres System auffassen und, als solches, stets nach seinen höheren Rationen auslegen und anwenden muß. Deshalb sind auch die einzelnen Bestimmungen und die Theorien des einzelnen Rechtsinstitutes, z. B. des dinglichen oder des Obligationenrechts, des Eigenthums, der Servitut, des Besizes, gar nicht richtig zu verstehen und auszulegen, ohne daß man zu ihren höchsten Grundbegriffen und Grundsätzen, als den nächsten Rationen der einzelnen Theile und Bestimmungen dieser einzelnen Institute, zurückgeht und sie dadurch auch innerlich systematisch gestaltet. So machen es auch unwillkürlich die besten Bearbeiter dieser Lehren, so z. B. Savigny mit dem Besize, Hasse mit der Culpa, Mühlensbruch mit der Cession. Um aber die Grundsätze dieser einzelnen Institute, die ja wieder nur untergeordnete Theile des ganzen römischen Rechts- und Staatsinstitutes sind, selbst richtig aufzufassen und auszulegen — um insbesondere auch hier die beschränkenden bloßen Ausnahmsbestimmungen richtig zu erkennen und zu behandeln, muß man ja offenbar und, wie es ausdrücklich die Römer forderten **), zu den höheren Rationen, zuletzt also zu den höchsten Grundsätzen des ganzen Rechts- und Staatsvereines zurückgehen und von ihnen aus ein inneres System des ganzen Rechts entwickeln suchen ***).

Nicht minder beherrschten auch in der altgermanischen Zeit die einfachen, natürlichen Grundideen und Grundformen der unmittelbar demokratischen genossenschaftlichen Volksverfassung, nach dem alodialen Gausysteme mit seinen unter sich analogen Ober- und Unterabtheilungen, so sehr die Bestrebungen des germanischen Lebens, daß sie dieselben bei ihren Wanderungen in alle Länder mitnahmen, und daß, wie es z. B. Walafrid Strabo nachweist, bei ihrer Aufnahme

*) S. oben „Auslegung“.

**) S. mein System Bd. I. S. 559.

***). Eine Ausführung über die Möglichkeit dieses Systems und ein Verzeichniß dazu in meinem Systeme Bd. I. S. 538—670.

Christenthums auch die ganze kirchliche Verfassung darnach gestaltet. Ueberall bilden sich jetzt nach dem Grundtypus der Abtheilungen weltlichen Genossenschaften, der Gemeinde, der Cent, des Gaus, des Herzogthums oder der Provinz und des Reichs, auch kirchliche Abtheilungen stets mit dem Grundsatz der unmittelbaren Theilnahme der Gesellen, ihrer Wahl der Vorsteher u. s. w.

Umgekehrt aber, als im Mittelalter, bedrängt durch Einflüsse Eroberungsgewalt, durch die Vermischung mit den ehemals römischen Unterthanen und durch die Aufnahme von Luxus und von allen fremden Culturelementen jenes altgermanische System seine innere Consequenz verlor und aufgab, da erlag es, erlagen mit ihm die altgermanischen Staaten der Gewalt und dem theokratisch-aristokratischen Feudalismus.

Nun aber wurde immer mehr von dem Feudalismus, von seinen Grundideen und Grundformen so sehr der thätige und aufrichtige Theil der Gesellschaft ergriffen, daß überall in Europa, und niemals wieder gleichmäßig in der Kirche wie im Staate, sich mit fast unüberwindlicher Uebereinstimmung und Consequenz das ganze gesellschaftliche Verhältniß zu einem inneren und äußeren Systeme des Feudalrechts, zu der geistlichen und weltlichen feudalaristokratischen Lebensherrlichkeit und Vasallenschaft und zur feudalaristokratischen Standtschaft ausbildete.

Als aber endlich auch der Feudalismus seine Consequenz verlor und aufgab, bedrängt vorzüglich durch die Folgen seiner Mißachtung und durch die neuere europäische Cultur, da sanken auch die feudalarischen in sich selbst zusammen.

Vorübergehend schien jetzt wegen des Sturzes der Feudalstände zum Theil ein geistlicher und ein weltlicher despotischer Mechanismus siegen zu wollen. Allein bald ging unter dem Einflusse der Ideen jener neueren Cultur, welche sich aus der Verschmelzung der endlich seiner erfassten christlichen, alterthümlichen und germanischen Grundsätze und Verhältnisse zu einem neuen selbstständigen Leben entwickelt hatte, das neuere allgemein freie, staatsbürgerliche Repräsentativsystem hervor. Es gewann Boden im Leben der Völker. Von Tage zu Tage nun ergreifen und leiten seine Grundideen und Grundformen immer mehr die intelligenten, kräftigen und die einflussreichen Theile der Völker. Der natürliche nothwendige Harmonietrieb strebt nun nach Ausscheidung oder assimilirender Verwandlung oder Unterordnung der widersprechenden Reste des Feudalismus, nach immer consequenterer Ausbildung der allgemeinen freien Repräsentativverfassungen, und zwar theilweis wiederum in der Kirche wie in dem Staate, in freien repräsentativen kirchlichen Synodalversammlungen, wie in freien repräsentativen Land- und Reichsständen. Der bewusste Gedanke der freieren gesünderen Geister, eben so wie das unbewusste Le-

bensgefühl, der Lebensinstinct des gesünderen Theils der Völker arbeitet unermüdet für die Harmonie und die Consequenz dieses Systems. Sie müssen es thun, sollen unsere heutigen Staaten nicht einmal eben so, wie der römische Staat, so wie die altgermanischen und dann die Feudalstaaten zugleich mit der inneren Consequenz, mit dem inneren Systeme ihres Rechts untergehen. Der Feudalismus ist unwiderruflich erstorben. Staaten, die hartnäckig ihn behaupten wollten, sind ebenfalls dem Tode verfallen. Der absolute Monarchismus erschien in seiner Ohnmacht in den überall durch seine Folgen herbeigeführten, stets erneuerten schmachvollen Niederlagen seit der französischen Revolution. Er erklärte sich selbst besiegt, nur unter der Verheißung und unter der Fahne der neuen Freiheit der Völker zur Herstellung und Rettung der Throne und Reiche begünstigt werden konnten. Treue in jener Verheißung oder neue schmachvolle Niederlage ist nun die Loosung. Nur in dem Siege, in der Consequenz und Harmonie des neuen Lebens seiner Grundideen und Grundformen ist bis jetzt Gesundheit und Heil zu finden und zu behaupten.

Wahrlich, für den Lebenstrieb nach Harmonie und Consequenz spricht das natürliche Gesetz des Staaten- und Menschenlebens, und die Geschichte mit merkwürdiger Sicherheit. Was lehrt auch jede neuer gründlichere Forschung in der Geschichte aller europäisch-germanischen Völker deutlicher, als die wunderbare Uebereinstimmung derselben zumal im altgermanischen, dann im Feudalsysteme. Und wer mag jetzt den steten Fortschritt in der Ausbildung und Verbreitung des Repräsentativsystems ableugnen? Nun aber, wenn dieses ist, wenn wirklich die innere Harmonie jenes römischen Municipalsystems, des altgermanischen Genossenschaftssystems, des Feudalsystems und endlich des staatsbürgerlichen Repräsentativsystems, wenn ihre Herrschaft im Leben der Staaten durch ganze Zeitalter hindurch nicht abzuleugnen ist und selbst die Bedingung der Erhaltung dieser Staaten war — alsdann ist wahrlich der Sieg für das System in dem Rechte und der Rechtswissenschaft gewonnen! Wie wäre wohl nunmehr auch nur eine historische richtige Auffassung und Darstellung ihres Inhalts und Geistes, des wahren Sinnes der von ihnen ausgegangenen Rechtsbestimmungen möglich, ohne Auffassung jener Harmonie oder ihres inneren Systems? Und wie ist irgend eine heilsame, eine praktische Behandlung und Ergänzung des durch unsere heutige Cultur begründeten immer mehr nach Herrschaft und größerer Consequenz strebenden Rechts denkbar, ohne sein System, ohne Auslegung und möglichst harmonische Fortbildung nach seinen Grundideen und Grundformen*)?

Das wahre System und seine möglichst consequente Durchführung

*) Ueber diese verschiedenen Grundideen und Grundformen des deutschen Rechts, die altgermanischen, feudalen und die repräsentativen und ihre verschiedenen Systeme vergleiche übrigens oben Th. I. S. 28, und „Allobium“, „deutsche Geschichte und deutsches Staatsrecht“.

! nach dem Bisherigen weit mehr als der Gegenstand einer Schulaufgabe. Es ist, wie wir sahen, sogar lebenserhaltend, es ist eine Grundbedingung für die Erhaltung der Staaten. Es beruht und erhält insbesondere auch allein eine wahre achtbare Rechtswissenschaft und mit ihr und durch sie einen würdigen und achtbaren Juristenstand. Nur dann wird derselbe wahrhafte Achtung vor seiner Wissenschaft und Scheu vor der Verletzung ihrer heiligen Grundsätze haben, sie gegen die Verlockungen der Besetzung, so wie gegen die Angriffe der Gewalt vertheidigen, wenn seine Rechtsbestimmungen, anerkannt von dem Höchsten und Heiligsten, von den religiösen und sittlichen Grundideen seines Vaterlandes, von dem freien und mächtigen ethischen Gesamtwillen seines Volkes ausgehen, wenn sie erkennbar in einer gefestigten geheiligten Verbindung mit einander stehen, daß jede Verletzung und Verdrehung auch nur einzelner Rechtsätze als ein feindlicher Angriff auf das Ganze und seine gesunde Harmonie, als ein Verbruch am Vaterlande und an dem ergriffenen heiligen Verbruche erscheint, wenn endlich die stete harmonische Mitwirkung der Nation das Rechte unterstützt und gegen das Verkehrte der Wächter ist. Hier allein ist die sichere Garantie für würdige und unabhängige Rechtsverwaltung, gegen den Mißbrauch der furchtbaren Gewalt, die den Händen der Justiz anvertraut ist. Daß solche lebendige systematische Auffassung der Rechtsätze und ihres inneren Zusammenhanges auch die Grundbedingung ihres praktischen und gründlichen Erlernens und Behaltens ist, daß sie, bei aller Bemühung für die Gründlichkeit, doch selbst auch ein Studium wie in der Praxis weit leichter zum Ziele führt, als die jetzt meist herrschende unheilvolle handwerksmäßige Juristerei, als das ungründliche Auswendiglernen und mechanische Anwenden von hunderten zusammenhanglosen juristischen Recepten aus einzelnen Commandementsbestimmungen oder Gesetzartikeln — sollte dieses noch einer Beweisführung bedürfen?

Wahrlich also! es ist Zeit, daß nach all' dem furchtbaren Unglücke, welches unserem deutschen Vaterlande bisher ein unheilvoller Rechtszustand brachte, wir endlich jene großen Hauptgebrechen und jene drei Anforderungen an eine gesündere Jurisprudenz ernstlich in Erwägung ziehen! Oder dürfen wir auch ferner unsere Ehre und unsere Existenz preisgeben allen jenen obigen Einseitigkeiten? Muß der deutsche Justizstand nicht endlich auf einen höheren, patriotischeren Standpunkt sich erheben und die Sünden seiner Vorfahren auszulügen suchen? Dürfen wir auch nach den furchtbaren Erschütterungen unserer Zeit noch immer gedankenlos beharren bei jener systemlosen Masse aller bunt zusammengewürfelten, römischen, kanonischen und germanischen Bestimmungen, ohne daß die in unserer heutigen nationalen Cultur und Verfassung anerkannten höchsten Rechtsgrundsätze erforscht, an die Spitze gestellt und, mit Ausscheidung oder Umbildung des Widersprechenden, in Inhalt oder Form Fremdgebliebenen oder des Veralteten, in eis-

nem nationalen Rechte folgerichtig und systematisch durchgeführt und ausgebildet würden?

Noch einmal aber, von allen bisher ange deuteten Verfehrtheiten und ihren vielfach so unheilvollen Folgen wird unser Volk unser Recht und unsere Rechtswissenschaft sich nur frei machen und erhalten, wenn die letzteren wieder volksmäßig werden, wenn in freier Verfassung durch Oeffentlichkeit der Gesetzgebung und Rechtsprechung und durch Geschworenengericht das Volk mit den rechtsgelehrten Staatsbeamten zusammenwirkt. Ohne dieses wird jeder Reformversuch zum erfolglosen Probestück und zum täuschenden Palliativ und jede Hoffnung auf wahre Freiheit vereitelt werden.

E. Th. Welcker.

Jurn, } f. Bd. IX. die nachgetragenen Artikel.
Juste milieu, }

Jus eminens, f. eminens jus.

Justinian, f. Corpus juris.

Justiz; Justiz = Gewalt oder Hoheit; Justizsachen; Justizverwaltung; Justizstellen; Justizministerium; Staats- und Privat-, insbesondere Patrimonialjustiz; hohe und niedere Justiz; Civil- und Criminaljustiz; Administrativjustiz; Justizwissenschaft. — Justiz ist die im Staate bestehende Anstalt zum Erkennen, Handhaben und Vollstrecken des Rechts als solches. Justiz = Gewalt oder Hoheit ist das Recht und die Obliegenheit des Staates zur Errichtung, Pflege und Erhaltung einer solchen Anstalt und zur Fürsorge für deren dem Zweck entsprechende, ungehemmte und vollständige Wirksamkeit. Justizsachen sind alle zur Verhandlung und Entscheidung (in der Regel auch Vollstreckung) durch die Justizbehörden entweder nach allgemeinen Grundsätzen geeignete, oder durch positives Gesetz dahin verwiesene Rechtsachen. Sie sind den politischen oder Administrativ = Sachen (als Polizei-, Finanz- u. s. w. Sachen), die dannämlich durch die politischen Stellen zu verhandeln und zu entscheiden sind, entgegengesetzt; doch über die Merkmale beider, und über ihre Unterscheidung eine durchaus auf die Natur der Gegenstände gegründete oder, wenigstens zum Theil, von positiver Festsetzung abhängende sei, wird gestritten. Die Justizverwaltung im weitesten Sinne — wie überhaupt jede Staatsverwaltungssphäre — setzt die (Justiz-) Gesetzgebung und die (Justiz-) Verwaltung im engeren Sinne in sich. Jene setzt die allgemeinen Normen und Mittel für die Rechtspflege in objectiver und subjectiver Rücksicht organisirend und (materiell wie formell) statuierend fest; diese hat es mit der Ausführung der allgemeinen Vorschriften, also mit der Errichtung, Besetzung, Beaufsichtigung, Controlirung der Gerichte und anderen Justizanstalten (als Advocatur, adeliches Richteramt (?), Gefängnisse und Strafanstalten) und mit den vorkommenden concreten Rechtsfällen (deren Untersuchung und Entscheidung nebst der

Urtheilsvollstreckung die Justizadministration im engeren Sinne ausmache) zu thun. Die Justiz-Gesetzgebung wird in constitutionellen Staaten durch Zusammenwirken von König und Volksrepräsentation ausgeübt, die Justiz-Verwaltung im engeren Sinne steht den verschiedenen Justizstellen zu, deren insbesondere für das Rechtsprechen und den Instanzenzug dreierlei, nämlich untere, mittlere und eine höchste sein müssen. Dieselben werden alle bewacht und in pflichtmäßiger Thätigkeit erhalten durch das Justiz-Ministerium, welches zwar in das Rechtsprechen selbst oder in die Entscheidung concreter Fälle sich durchaus nicht einzumischen, wohl aber im Allgemeinen dafür, daß überall die Gesetzmäßigkeit formell und materiell von den Gerichten beobachtet werde, zu sorgen, auch in den Fällen etwa verweigerter oder offenbar gesetzwidrig gepflogener Justiz fördernd oder heilend — doch jedenfalls sich der selbsteigenen Entscheidung enthaltend — einzuschreiten hat. Die Justiz im eigentlichen und strengen Sinne kann nur vom Staate ausgehend, d. h. als Staatsanstalt oder als Thätigkeitsphäre der Staatsgewalt betrachtet werden. Gleichwohl hat das historische Recht auch verschiedene nicht Staats-, sondern Privat-Justizanstalten und Gerichte geschaffen, als jene der Grundherren, sodann gewisser Corporationen u. s. w. Man hat wohl auch, wie vergleichsweise, eine Theilung der Justizgewalt in die hohe und niedere (die letzte etwa in Civilsachen nur die untere Instanz und in Strafsachen nur die minder schweren Verbrechen umfassend) statuiert, jene in der Regel dem Staate vorbehaltend, und diese den Privatjustizherren überlassend. Das vernünftige oder allgemeine Staatsrecht jedoch verwirft dergleichen Einsetzungen und Theilungen, und mag wohl eine etwa durch Compromiß gegründete Privatgerichtsbarkeit über bestimmte Personen oder Sachen anerkennen, oder auch eine durch Delegation vom Staat überkommene. Jene jedoch bleibt nothwendig und immer der Staatsgerichtsbarkeit, als welche überall, wo Privatrechtsverhältnisse im Staate bestehen, zu walten hat, unterworfen; und diese bleibt — da die Vollmacht der Staatsgewalt nicht auf Veräußerung ihrer Rechte, sondern auf deren zweckgemäße Ausübung geht — immerdar widerruflich, wenn sie auch schon Jahrhunderte hindurch ortbestanden hätte und durch die feierlichsten Verträge (welche nämlich im Widerstreite mit dem vernünftigen Staatsrechte gar nicht können gültig geschlossen werden) wäre bekräftigt worden. (S. „Gerichtsbarkeit“.) Endlich ist noch die „Administrativjustiz“ — als eine Erfindung der neuesten Zeit — anzuführen, welche nämlich zwar wirkliche Rechts-Sachen, d. h. Gegenstände eines zweifelhaften oder streitigen oder verletzten Rechtes zu verhandeln und zu entscheiden hat, jedoch nicht von den eigentlichen Justiz-, sondern von den Administrativ-Behörden ausgeübt wird.

Wir werden nun, nachdem wir den Begriff der im gegenwärtigen Artikel zu behandelnden Gegenstände vorläufig aufgestellt haben, Staats-Verikon, VIII.

diesjenigen derselben, welche einer näheren Erörterung nach unserem Zwecke bedürftig sind, in Folgendem etwas ausführlicher besprechen.

Da der Staat selbst nach seiner ersten und Hauptbestimmung nichts Anderes ist oder sein soll, als eine große und allgemeine Rechtsanstalt; so muß auch (in einheimischen Dingen) seine erste Sorge dahin gerichtet sein, das Recht zu handhaben, d. h. die entstehenden Rechtsstreitigkeiten zwischen seinen Angehörigen mit Auctorität zu entscheiden oder entscheiden zu lassen, und solcher Entscheidung sodann, nöthigenfalls zwangsweise, die Geltung zu sichern. Damit in Verbindung stehend ist die weitere Obliegenheit, die bereits verletzten Rechte thunlichst wiederherzustellen, die geschehenen Beleidigungen durch auferlegte Genugthuung zu heilen und den für die Zukunft zu besorgenden, aus Bosheit oder Fahrlässigkeit entstehenden Rechtsverletzungen durch Straf-Androhung und Vollzug kräftigst zu steuern. Darum ist es auch ganz natürlich, daß in den einfachen Verhältnissen neu entstandener oder noch im unverfeinerten Zustande sich befindender Staaten die Inhaber der Staatsgewalt (seien es Könige oder Priester oder Kriegshäupter, oder auch die Landesgemeinde selbst) die Justizverwaltung mit Inbegriff des Rechtssprechens als ein ihnen persönlich und allernächst obliegendes Geschäft betrachteten, und daher die Richtersprüche gleichmäßig erließen wie vollzogen. Damals mochte von dem Staatshaupte das Schöler'sche: „*Judex, Viudex, Tutor, Dux, Irresistibilis, Inappellabilis, Unus*“ gelten; und noch lange nachher hatten Könige — wie Ludwig IX. unter der Eiche von Vincennes — nichts Arges daran, hielten vielmehr für ihre heilige Pflicht, wie für ihr hebes Recht, in eigener Person die ihnen vorgelegten Rechtsfälle zu entscheiden, überhaupt Allen, die ihrem Throne sich nahen, das verlangte Recht zu spenden, in einer Person also Staatsregenten, Richter und Urtheilsvollstrecker.

Bei dem Voranschreiten der Gesellschaft an politischer Einsicht, bei der steigenden Civilisation und gleichmäßig sich erweiternden Erfahrung konnte dieses nicht so bleiben. Man nahm, so wie die bürgerlichen Verhältnisse mannigfaltiger und complicirter wurden, wahr, daß die Erkenntniß des Rechtes keineswegs eine angeborene oder vererbliche Fertigkeit, daß dazu eine besondere Ausbildung, ein gründliches Studium und durch Uebung geschärfter Tact erforderlich seien, und man erkannte die Gefährlichkeit des Urtheilprechens durch eben den Mann oder durch eben jene Persönlichkeit, welcher, als Inhaberin der Staatsgewalt, das Recht der Vollstreckung, verbunden mit unwiderstehlicher Macht, zukomme. Da gelangte man — und es geschah dieses sehr frühe, namentlich schon in der alten Welt in den freiheitlich regierten Staaten (nur daß dort nebenbei auch Volksgerichte bestanden, d. h. also eine Volks-Justiz, die fast noch schrecklicher ist, als Cabinets-Justiz) — zur Einsicht, daß zum Rechtssprechen, also zur Hauptfunction der Justiz, der Gewaltinhaber selbst nicht genig-

net sei, sondern daß ihm, der da mit seiner Macht das Recht schützen, handhaben, in Vollzug setzen soll, dieses Recht müsse gegeben, d. h. gefunden werden durch eigens dafür aufgestellte, an sorgfältig festgesetzte, feierliche und bestimmte Formen gewiesene, Kunst- (d. h. hier rechts-) verständige, zugleich aber unbetheiligte, selbstständige, insbesondere von der Staatsgewalt unabhängige, nur nach reiner, freier Ueberzeugung sprechende, aus allen diesen Gründen also möglichst zuverlässige Urtheilsschöpfer oder Richter. So natürlich, so von selbst sich darbietend ist diese Idee, daß wir sie auch im finsternen Mittelalter großentheils verwirklicht finden, obgleich weder ausnahmslos, noch in voller Lauterkeit. Denn allerdings saßen gar oft auch die Machthaber selbst (die Könige oder ihre Gewaltsträger) zu Gericht, oder präsidierten wenigstens die Volks- oder Genossen- oder Schöffengerichte; mitunter leiteten auch die Priester vermöge einer vom Himmel abgeleiteten Auctorität. Letzteres indessen steht offenbar in Verbindung mit dem — dunkeln Gefühle wenigstens, wenn auch nicht klarem Erkennen, daß das Recht oder das rechtliche Urtheil nicht durch den Willen des Machthabers dictirt werden dürfe, sondern daß es, unabhängig von menschlicher Willkür, lediglich in der Wahrheit oder in der Vernunft — figürlich in dem Himmel, woher beide stammen — seinen Grund oder seine Entscheidungsquelle habe. Auch die Orakel oder Gottesgerichte, so eindringlich sie für die Barbarei jener Zeiten zeugen, deuten doch darauf hin, daß man die Wahrheit oder das Recht (denn das Recht ist nichts Anderes als eine Wahrheit) nicht vom Ausspruche der Mächtigen der Erde erwartete, sondern eher noch durch ein Wunder unmittelbar vom Himmel zu erhalten hoffte.

Indessen fehlt viel, daß man solcher — Ahnung mehr als klaren Erkenntniß von der Unvereinbarkeit der Macht mit dem Richteramte überall und beharrlich gehuldigt hätte. Verwechselung oder Vermischung der beiden Begriffe begegnet uns häufig, und zwar nicht nur in den Zeiten der erst beginnenden Civilisation, sondern auch noch heute. Es sind nämlich in der Justiz oder Justizverwaltung zwei verschiedene Elemente vorhanden, welche man theoretisch wie praktisch nicht hinreichend zu sondern pflegt. Eines dieser Elemente, nämlich die wirkliche Handhabung oder Vollstreckung des Rechtes, auch die Errichtung und Unterhaltung der zum Erkennen des Rechtes bestimmten Anstalt, — führt allerdings den Begriff der Macht mit sich, ist ein wahres imperium und ein Theil der allgemeinen Staatsgewalt; aber das andere, und zwar das Hauptelement, die judicatio im engeren Sinne, ist bloß ein officium oder eine (losische) Function, ein macht- und willenloses Urtheil, welchem man erst die Staatsgewalt eine praktische Wirksamkeit verleiht, welchem sie also — weit entfernt, daß sie es dictire — vielmehr wirklich dienstbar und in Sachen des eigenen Rechtes selbst unter-

than ist. Für den Verstand sind diese Unterscheidungen klar und augenfällig, und in gewissen Verhältnissen, z. B. beim lediglich urtheilenden Geschworenengericht, auch praktisch durchgeführt. Häufig aber sehen wir beide Functionen in einer und derselben Person oder Behörde, wenigstens theilweise vereinigt und werden dadurch geneigt, die Eigenschaft der einen auch auf die andere zu übertragen. Sehen wir doch das Recht, Recht zu sprechen, oder durch selbstgewählte Richter sprechen zu lassen, sogar als ein Familiengut, oder als eine dem freien Verkehre, wie gemeine Besitzthümer, angehörige Sache, von Hand zu Hand gehen! —

Aus dieser Vermischung oder Verwechselung der Begriffe ist dann auch der fast für ein Axiom ausgegebene Satz geflossen: „Toute justice émane du roi“, d. i. alle Justiz geht vom König aus; ein Satz, welcher, in seinem weitesten Sinne genommen, der Tod aller echten Justiz, d. h. aller Rechtsgarantie, sein würde, und daher einer wesentlichen Beschränkung oder mildernden Unterscheidung bedürftig ist.

Allerdings in so ferne die Justiz als imperium, als Zweig der Staatsgewalt, auftritt, kann sie im absolut-monarchischen Staate nur vom König ausgehen, weil hier in der Person des Monarchen alle Staatsgewalt vereinigt ist; doch in der constitutionellen Monarchie geht wenigstens der sich gesetzgebend äussernde Theil der Justizgewalt gemeinschaftlich von König und Volksrepräsentation aus, und es ist also schon in dieser Beziehung der Satz falsch. Nimmt man ihn aber gar im Sinne der eigentlichen Rechtspflege, d. h. der vom Richter verwalteten Justiz: alsdann ist er völlig absurd und, wie gesagt, der Tod des Rechtes. Wohl mögen die Gerichte im Namen des Königs, d. h. so viel als auf Auftrag des Königs, welcher nämlich solche Gerichte zum Zwecke des Rechtssprechens errichtet, Recht sprechen; und selbst dieses ist nicht nothwendig, weil einmal möglich und nach Umständen gut ist, daß die Gerichte auf andere Art, als durch des Königs Willen, errichtet oder besetzt werden (können doch die streitenden Parteien selbst sich Schiedsrichter erwählen, und kann auch das Gesetz verfügen, daß die Richter etwa durch das Loos, oder durch Volkswahl u. s. w. bestimmt werden sollen), und dann, weil überhaupt das Justizverwaltungsrecht des Königs durch die Constitution auf mannigfaltige Weise beschränkt oder zwischen ihm und anderen Auctoritäten getheilt werden kann. Was aber das Rechtssprechen selbst betrifft, so ist Niemand weniger als der Machthaber dazu geeignet, und besteht gerade nur in der Unabhängigkeit der Gerichte vom Könige wie von jeder anderen Gewalt die Bürgschaft für getreue und zuverlässige Amtsausübung. Der Satz: „Toute justice émane du roi“ ist nach dem Allen eine bloße Phrase, oder eine leere Formel, die wie Lanjuinais sagt, ungefährlich als solche stehen bleiben kann, niemals aber praktisch werden darf.

Worin besteht also das wahre Verhältniß der Justiz zur Staatsgewalt? — Um es gehörig zu bestimmen, ist die fortwährende und genaue Unterscheidung zwischen den beiden wesentlich von einander verschiedenen Functionen der Justiz, nämlich Gewaltausübung (*imperium*) und Rechtssprechen (*jurisdictio*), nothwendig. Die erste, das *imperium*, äußert sich entweder gesetzgebend oder administrirend, d. h. entweder im Allgemeinen oder im Besonderen (in abstracto oder in concreto), und ist in solcher Eigenschaft enthalten in der allgemeinen gesetzgebenden und administrativen Staatsgewalt, und daher keineswegs als drittes Theilungsglied den beiden anderen Haupttheilen beizufügen. Es ist hiernach die seit Montesquieu so beliebte und vielgebrauchte Eintheilung der Staatsgewalt in die gesetzgebende, vollstreckende und richterliche Gewalt unlogisch und daher verwerflich. Die Sphäre der Justiz ist eben eine von den mehreren Sphären (als neben ihr noch jene der Polizei, der Finanz, des Militairwesens, der auswärtigen Angelegenheiten), worin die Thätigkeit der Staatsgewalt sich — gesetzgebend und administrirend — zu äußern hat. Sie bildet also, so wenig als die anderen genannten Sphären, einen eigenen Haupttheil solcher Gewalt. Was aber die andere Function der Justiz, nämlich das Rechtssprechen, die *jurisdictio*, betrifft, so ist diese gar keine Gewalt, mithin auch keine Staatsgewalt, sondern lediglich in Acten der Urtheilskraft bestehend, mithin jede Willens-Thätigkeit ausschließend, mit einem Worte nichts Anderes als Ausspruch von Kunstverständigen, welche der Staat dazu aufgestellt hat, um in Rechtsachen ihren Befund auszusprechen, oder welche er wenigstens — sollten sie auch auf andere Weise zu ihrem Amte gelangt sein — als solche Kunstverständige, als Finder oder Schöpfer des Rechts, anerkennt.

Zu diesen Findern des Rechtes nun befindet sich die Staatsgewalt in einem dreifach verschiedenen Verhältnisse.

1) In Bezug auf Civilsachen, d. h. Streitigkeiten über Privatrechte, theils zwischen Staatsangehörigen unter einander, theils zwischen Privaten und dem Staate selbst (wobei jedoch der Staat nicht eigentlich als solcher, sondern nur schlechthin als Rechtssubject oder juristische Person auftritt), kann der Staat nur den Willen haben, das, was Recht ist, kennen zu lernen, um es sodann zu handhaben oder zu erfüllen. In dem Streite zwischen Privaten unter einander ist er ohnehin ganz unbetheiligt und erkennt sein einziges Interesse in der dem Rechte gemäßen Entscheidung und in der allgemeinen Ueberzeugung von einer solchen. Weil aber diese Entscheidung mit Zuverlässigkeit nur von Männern ausgehen kann, welche die Rechtswissenschaft sich eigen machten, und welche zugleich nach ihrer Stellung unabhängig und der Versuchung der Corruption entrückt sind, der Staat selbst aber, d. h. der Inhaber der Regierungsgewalt, und

eben so die Agenten derselben, jene Rechtskünde und, nach ihrer Stellung, auch jenes Vertrauen nicht besitzen, wie eigens zum Rechtsprechen angestellte Richter: so wendet sich der Staat an diese, um durch ihren Ausspruch zu erfahren, was in jedem vorkommenden Falle Rechtens sei, und welcher der streitenden Parteien demnach der Staatsschutz gebühre. Auch wenn der Staat selbst eine dieser Parteien ist, so bleibt das Verlangen, das Recht zu kennen, um nach diesem sich zu richten, dasselbe. Da er nun selbst das Recht zu finden auch hier sich nicht getraut, so wendet er sich an den Richter. In solchen privatrechtlichen Streitigkeiten also entäußert sich der Staat, der ja seine Angehörigen nicht wird übervorthellen wollen, seines Selbsturtheils und seiner Macht, und bewahrt sich durch Unterwerfung unter den Ausspruch der Gerichte vor dem sonst unvermeidlichen Verdachte, daß er gegen die ihm rechtlich Gleichen, weil nur in privatrechtlichem Verhältnisse zu ihm Stehenden, gleichwohl als Staat, also als Herr, aufzutreten und dergestalt seinen Willen oder sein materielles Interesse auf Kosten des Rechtes geltend zu machen sich erlaube.

2) In Sachen des öffentlichen Rechts, d. h. also, wo der Staat wirklich als Staat auftritt und in solcher Eigenschaft mancherlei Rechtsforderungen gegen seine Angehörigen erhebt, unterwirft er sich in der Regel dem Ausspruche der Gerichte nicht. Wenn er es thäte, so würde er ja diese Gerichte als seine Oberen anerkennen, demnach auf seine höchste Macht, auf die Souveränität seines Willens, verzichten. Das positive Princip seines Handelns in dieser Sphäre ist ohnehin nicht eigentlich das Rechtsgesetz, sondern das Gemeinwohl oder das Gesamtinteresse. Nur negativ oder beschränkend macht hier die Auctorität des Rechts sich geltend, d. h. es hat die Staatsgewalt bei allem ihren Handeln zu beobachten, daß dabei nicht über das Recht hinausgegangen werde. Dieses Recht aber in dem Verhältnisse zu seinen Angehörigen, als solchen, muß der Staat oder die Staatsgewalt kennen, wenn man sie nicht für unmündig achten soll; und auch den Willen, sich innerhalb der Grenzen desselben zu halten, muß man, wenigstens in der Regel, bei ihr voraussetzen, wenn sie nicht als überall alles Zutrauens unwürdig, folglich für ihr Amt durchaus ungeeignet erscheinen soll. — Eine Gattung der dem öffentlichen Recht angehörigen Sachen jedoch ist, welche die Entscheidung durch die Justiz anspricht, weil man wegen ihrer ganz eigenthümlichen Natur das Erkennen darüber auch der bestorganisirten und personificirten Staatsgewalt nicht anvertrauen kann, und weil eine solche sich damit auch gar nicht befassen will. Diese Gattung oder Classe besteht aus den — ernstesten, namentlich peinlichen — Straf-Sachen. Das Recht, zu strafen, ist das furchtbarste, und dennoch ein höchst nothwendiges Attribut der Staatsgewalt, bei dessen Ausübung daher die möglichst zuverlässigen Garantien gegen Mißbrauch oder auch gegen Mißgebrauch durchaus unent-

behrlich sind. Es handelt sich hier um die heiligsten und ganz eigens dem Staatsschutz empfohlenen Güter der Bürger, um Leben, Freiheit, Ehre, körperliche Unverletztheit und Vermögen jedes Einzelnen. Daß diese der Gefahr einer willkürlichen Verletzung entrückt und nur, wo sie als mit Recht vermischt, d. h. einem gerechten Gesetz in Wahrheit verfallen sind, von der Gewalt angetastet werden, ist eine unerläßliche, vom dem Gesamtwillen, so wie von jedem Einzelnen mit höchstem Recht gestellte Forderung. Es kommt dazu, daß die gründliche Entscheidung solcher Strafsachen eine wissenschaftlich-juristische Bildung in Anspruch nimmt, wie man sie von den politischen Agenten der Staatsgewalt, d. h. von den Administrativbeamten, weder verlangen noch erwarten kann. Darum also wendet sich, obschon die Strafsachen (die seltenen Fälle der Privatanklage, z. B. wegen Injurien, ausgenommen) allerdings dem öffentlichen Recht angehören, indem hier der Staat als Staat im Interesse des öffentlichen Wohls und in Ausübung seiner auf Verhütung oder thunliche Heilung der das gemeine Wesen verletzenden oder gefährdenden Verbrechen gehenden Pflicht die Bestrafung der Verbrechen fordert, die Staatsgewalt in allen vorkommenden Fällen zuvörderst an die Justiz, d. h. an die des Rechtes kundigen, die Anschuldigungs- und die Vertheidigungsgründe unparteiisch wägenden Richter, um durch ihren Ausspruch zu erfahren, ob und welcher That der Angeklagte wirklich schuldig und welcher Strafe nach dem Gesetz er verfallen sei; worauf sie dann erst, mit der Ueberzeugung, daß sie dabei recht thue, die ausgesprochene Strafe vollziehen läßt.

3) Bei Straf- wie bei civilrechtlichen Sachen anerkennt, nach dem Gesagten, der Staat freiwillig den Ausspruch der Gerichte, d. h. er selbst verlangt von ihnen solchen Ausspruch, um dadurch das, was er hier allein im Auge hat, nämlich das Recht, mit möglichster Zuverlässigkeit kennen zu lernen und sodann sich darnach richten zu können. Er kann es hier wie dort thun, ohne seinen Regierungsgewalt irgend etwas zu vergeben. In civilrechtlichen Dingen erscheint er nämlich gar nicht als Staat, sondern bloß als juristische Person schlechthin. In strafrechtlichen aber tritt er zwar eigens als Staat auf, allein das öffentliche Interesse, welches er dabei verfolgt und allein verfolgen darf, verlangt, daß vorerst das Recht gefunden werde, welches nur durch den Ausspruch der Kunstverständigen geschehen kann. Der Staat holt also diesen Ausspruch ein; und dann erst fängt eigentlich die Aeußerung seines Willens (der da nämlich auf Vollstreckung des Urtheils sich richtet), oder die Ausübung seiner Gewalt an. Es wird bei dem Criminalproceß nicht eigentlich zwischen zwei Parteien entschieden, so daß man sagen könnte, bei einem den Angeschuldigten losprechenden Urtheile sei der Staat sachfällig geworden und bei dem Verdammungsurtheile habe er obgefragt; sondern der Staat, der da als Ankläger auftrat (oder dessen Diener es in seinem Namen thaten), hat bloß seinen Verdacht gegen den Angeschuldigten ausgesprochen und durch den Richter zu er-

führen verlangt, ob derselbe begründet gewesen oder nicht. Erfolgt ein lossprechendes Urtheil, und wird demnach der Inquisit in Freiheit gesetzt, so geschieht dadurch nicht minder, was die Staatsgewalt eigentlich gewollt hat oder will, als bei einem verdammennden Urtheil und der in dessen Gemäßheit vollstreckten Strafe. Ein ganz anderes Verhältniß aber tritt ein, wenn der Staat auch wegen eigentlicher Regierungshandlungen, d. h. in Fällen, wo er seinen nach einer bestimmten Richtung gehenden Willen bereits ausgesprochen, denselben vor Gericht rechtfertigen und je nach dessen Erkenntnisse sich fügen muß; wo er demnach als Staat oder Staatsgewalt die Rolle des vor Gericht Angeklagten oder wenigstens Beklagten, überhaupt des Gerichtssässigen, spielen muß. Ueber dieses Verhältniß walten gar verschiedene Ansichten ob, und es thut noth, sich dasselbe, weil hier allzu leicht Mißverständnisse unterlaufen, sorgfältigst zu verdeutlichen.

Viele sagen: überall wo wirkliche, wohlermorbene oder gesetzlich bestehende Rechte im Streite befangen oder angegriffen oder verletzt sind, hat auf Verlangen der Betheiligten die Justiz einzuschreiten. Sie ist die allgemeine Gewährleisterin der Rechte; und der Staat oder die Staatsgewalt hat zu seinem obersten Gesetz eben die Handhabung des Rechtes. Es liegt also nichts daran, ob das im Streite befangene oder verletzte Recht privat- oder öffentlich-rechtlicher Natur ist; auch nichts, ob es von Seite irgend eines Privaten oder von jener des Staates selbst angefochten wird. Die Justiz, in einem wie im anderen Falle, hat den Streit zu entscheiden. Unter den Vertheidigern dieser Lehre zeichnen zumal Pfeiffer in den „praktischen Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft“ (schon in Bd. I., insbesondere aber in Bd. III. und V.), Minnigerode, in seinem „Beitrag zur Beantwortung der Frage: Was ist Justiz? und was ist administrative Sache?“ Cherbuliez, in seiner „Théorie des garanties constitutionnelles“, neben mehreren Anderen sich aus. Andere dagegen lehren, daß (mit Ausnahme der Straf-Sachen) nur privat-rechtliche Streitigkeiten vor den Richter gehören, in Sachen des öffentlichen Rechtes aber, oder wo das öffentliche Wohl dabei betheiligt ist, die Entscheidung von den Regierungs- oder Administrativ-Behörden ausgehen müsse. Dahin gehören, außer den meisten französischen Schriftstellern (wie de Gerando, Macarel u. A. m.), Funke („die Verwaltung in ihrem Verhältnisse zur Justiz“), Pfizer („über die Grenzen der Verwaltungs- und Civiljustiz“ und „Prüfung der neuesten Einwendungen gegen die Verwaltungsjustiz“); früher schon Gönner (mit Einschränkung) u. A. Noch Andere, wie insbesondere der Freiherr v. Weiler („über Verwaltung und Justiz und über die Grenzlinie zwischen beiden“), machen einen Vermittlungsversuch durch mehr oder minder scharfsinnige Unterscheidungen und Beschränkungen der gegenseitigen Ansprüche.

Bei der Anwendung der einen wie der anderen strengen Lehre

doch stößt man auf Schwierigkeiten und Zweifel; bei der ersten zumal darüber, welche Rechte eigentlich als wohlverworbene zu achten seien, und bei der zweiten über den Umfang oder die Begriffsbestimmung des Privatrechts. Auch stoßen beide gegen die überall erbrachte Praxis an und sind zu einer strengen Durchführung überall kaum geeignet. Will man die Regierung in allen Sachen, wo Rechte in Sprache sind, an den Ausspruch der Gerichte binden, sei es, daß sie solchen Ausspruch vor ihrem eigenen Handeln (so wie es in Straf-Sachen geschieht) einholen müsse, sei es, daß man den Betheiligten wenigstens den Recurs von der Administrativ-Entscheidung an die Gerichte gestatte: so ist die Regierung um all' ihre Macht und Würde gebracht. Ja, im ersten Falle ist sie gar nicht Regierung mehr, sondern die Gerichtsstellen sind es; und im zweiten wird mindestens ihr Ansehen auf's Aeußerste Preis gegeben und sie in all' ihrem Wirken auf eine für das Gemeinwohl höchst verderbliche Weise gehemmt. Beschränkt man dagegen die Thätigkeit der Justiz streng auf die eigentlich civil- oder privatrechtlichen und auf die Strafsachen, so bleiben gar viele, gleich kostbare, ja mitunter noch kostbarere Rechte, und zwar zum Theil solche, bei welchen gerade die Staatsgewalt eine nähere Versuchung zu Verletzungen hat, der Willkür der Regierung Preis gegeben, und von einer befriedigenden, der reinen Idee des Staates entsprechenden Rechtsicherheit ist dann keine Rede mehr.

Es wird gut sein, diese Ansicht durch einige Beispiele zu verdeutlichen: Wenn die Regierung, z. B. bei der Recrutenaushebung, die Entscheidung der Justiz über den Befreiungsanspruch des Einen oder die Nachrückungspflicht des Anderen anzurufen oder auf Verlangen abzuwarten genöthigt wäre; wenn die Polizeibehörde gegen eine von ihr, etwa wegen Bleichseuche, verhängte Sperre, oder gegen das befohlene Weggießen eines für verfälscht oder sonst für ungesund erkannten Getränkes, oder gegen die Wegweisung eines ihr verdächtig oder gefährlich scheinenden Fremden den Recurs an das Gericht zu gewärtigen hätte; wenn den Gerichtsstellen die Festsetzung, z. B. des Bezirks und des Beitragsverhältnisses einer Concurrencyschaft für Herstellung eines gemeinnützigen Werkes oder für Vertheilung der Kriegskosten u. s. w., zu überlassen und auch in Fällen des dringendsten öffentlichen Bedürfnisses der langwierige Instanzenzug der Justiz einzuhalten wäre; wenn über die Gültigkeit einer Bürgermeister- oder einer Deputirtenwahl das Gericht zu entscheiden, über die Richtigkeit einer Fassion, z. B. für die Classen- oder die Gewerbesteuer, über Ertheilung oder Verweigerung einer neuen Wirthschafts- oder Apotheken- u. s. w. Concession, über Zunftverhältnisse, gemeindebürgerliche Angelegenheiten und Streitigkeiten und hundert andere Dinge ähnlicher Art, die Regierung sich des eigenen Urtheils enthalten und bloß die Weisungen der Gerichte befolgen müßte: was bliebe ihr dann noch weiter übrig? und welche Achtung könnten die Bürger für solch' eine gewissermaßen als unmündig oder als jedes Vertrauens wegen Unlauterkeit unwerth er-

klärte Gewalt noch haben? Bei allen jenen Dingen sind aber doch wahre und gesetzliche Rechte in Sprache, selbst sogenannte wohlverworbene Rechte; es ist also der Satz, daß alle Rechte dieser Art der Entscheidung der Justiz unterstehen, oder daß jeder Streit darüber als eine Justizsache zu betrachten sei, falsch. — Umgekehrt aber ist gewiß sehr wünschenswerth und darum eine wohlbegründete Forderung, daß z. B. die den Staatsdienern in dieser Eigenschaft, folgend vermöge öffentlichen Rechtes, zukommenden Besoldungs- oder Pensions-, nicht minder die Ehren-, etwa auch die Inamovibilitätsansprüche eventuell dem Schutze der Justiz übergeben, daß über active und passive Wahlrechte, über Heimaths- und Bürgerrechte, über Preß-Sachen (z. B. über Zulässigkeit einer Beschlagnahme oder Unterdrückung einer Schrift), über nicht eigentlich peinliche, sondern politische (polizeiliche oder finanzielle), doch immer bedeutendere Straf-Sachen (z. B. bei Zoll- oder Accisdefraudationen), über Entschädigung für Expropriation, über Entmündigung (wegen Verschwendung oder Blödsinn u. s. w.), und über viele andere zwar dem öffentlichen Recht angehörige und mit administrativen Interessen verbundene Sachen, gleichwohl, theils wegen ihrer Verknüpfung mit Privatrechten, theils weil dabei die Gefahr einiger Befangenheit der Regierungsbehörden näher liegt, nicht von diesen, sondern von der Justiz die Entscheidung gegeben werde. Man nimmt deshalb, wenn solche Forderung erfüllt werden soll, entweder die hier in Frage stehenden Bestimmungen in's civilrechtliche Gesetzbuch mit auf, wodurch ihnen eine privatrechtliche Natur neben der politischen positiv beigelegt wird; oder man setzt in den darüber bestehenden besonderen Gesetzen (als im Forst-, Zoll-, Preß-, Staatsdiener-, Gemeinde- u. s. w. Gesetze) ausdrücklich fest, daß hier oder dort die Competenz der Gerichte eintreten solle.

Ein allgemeingültiges Princip oder eine durchgreifende Regel läßt sich für solche Competenzbestimmung wohl nicht aufstellen; schon darum, weil bei gar vielen Gegenständen die öffentlich- und privatrechtliche und die politische Natur dergestalt mit einander vermischt und verknüpft sind, daß man kaum sagen kann, welche dabei vorherrsche, und daß oftmals auch eine genaue Sonderung der verschiedenen Seiten eines und desselben Gegenstandes (und demgemäß eine entsprechende Theilung der Competenz für die Entscheidung) nicht wohl möglich ist. Es bleibt also nur eine positive Festsetzung übrig, deren Motive theils aus rechtlichen, theils aus politischen Interessen fließen, deren Inhalt aber nach den unendlichen Verschiedenheiten der gesammten Verfassung und Organisation, zumal nach der Bildungsweise und Einrichtung der Justiz- und der Administrativstellen, auch nach jenen der Culturstufen, Sitten, Gewohnheiten, gesellschaftlichen Verhältnisse und Einrichtungen u. s. w., in einem Lande nicht sein kann oder soll, wie im anderen, sondern nach eines jeden besonderem Bedürfnisse oder Befähigung zu bestimmen, abzuändern, zu

itern oder zu verengern ist. Die Frage also lautet eigentlich so: **in welchen Dingen ist es, je nach den besonderen Umständen jedes einzelnen Staates, nothwendig, rathlich oder gut, daß die Staatsgewalt vor Fassung eines Entschlusses oder Aeußerung ihres Willens verpflichtet sei, das Gutachten (Urtheil) dazu eigens aufzustellenden juristischen Kunstverständigen (Richter) zuholen und sodann sich darnach zu richten, oder wenigstens nachgütlich die Berufung von ihrer (etwa für sich allein, d. h. ohne eingeholtes Gutachten solcher Kundigen, getroffenen) Entscheidung an Gerichte zu gestatten?** Einigte man sich über solche Fassung der Frage, so würde der Streit darüber, was Justizsache sei und was nicht? aufhören, d. h. seine Entscheidung im positiven Gesetze finden. Justizsachen nämlich sind die der Justiz zur Verhandlung und Entscheidung durch solches Gesetz zugewiesenen Sachen. Zu ihrer Zuweisung nun eignen sich zwar unbedingt die civilrechtlichen und die Criminal-Sachen; in Ansehung der übrigen aber scheiden die besonderen Umstände in jedem einzelnen Staate über die Nothwendigkeit oder Rathlichkeit derselben. Genau bestimmte innere Kriterien dafür lassen sich keine aufstellen. Man kann nur überhaupt sagen: Justizsachen müssen sein: 1) **Rechts-Sachen**, bei deren Entscheidung es sich nämlich bloß um das Recht als solches handelt; 2) **Rechtsachen** von einiger Bedeutung (*minima non curat rector*), weil für geringfügige Streitigkeiten, wenn sie auch wirklich um's Mein und Dein oder um's Vertrags- oder ein anderes eines Privat- und wohlervorbenes Recht gehen, und eben so für geringfügige Strafsachen (die namentlich für die Ehre des zu Verurtheilten ohne Wirkung sind), wie bei kleinen Polizeistrafen u. dergl., die feierlichen und umständlichen Formen der Justiz theils zwecklos, theils zweckwidrig wären; 3) **Streitiges oder verletztes Recht**, weil dem Streite oder der Verletzung nur vorbeugende Anstalten und Strafregelein nicht eigentlich der Justiz, sondern der Polizei angehören (— freilich walten hierüber verschiedene Ansichten ob, und will namentlich wohl die sogenannte „freiwillige Gerichtsbarkeit“ oder das „adeliche Richteramt“ für einen Bestandtheil der Justiz geachtet wissen. Wenn man jedoch das, was den wesentlichen Charakter der Justiz ausmacht, nämlich das Urtheilen oder Richterthum, in's Auge faßt, wird man wohl geneigt sein, die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welcher darum auch sehr passend der Name „Rechtspolizei“ gegeben wird, als natürlich dem Gebiete der Polizei angehörig zu betrachten —); 4) endlich solche Sachen, bei deren Entscheidung die Staatsgewalt entweder gar kein anderes Interesse und keinen anderen Willen hat oder im Allgemeinen haben kann, als daß nach Recht entschieden werde, oder wo sie, ihrem etwaigen Interesse und jedem darauf gehenden Willen entsagend, sich eigens unterworfen hat unter den Ausspruch der Gerichte. Das Erste ist der Fall bei den privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Staatsangehörigen

unter einander; das Zweite allernächst bei eben solchen Streitigkeiten zwischen dem Staate selbst und seinen Angehörigen (oder auch Fremden), bei welchen er nämlich seiner Eigenschaft als Staats-Gewalt sich begibt und bloß als Rechtssubject oder juristische Person schlechthin auftritt. Er ist dieses zu thun schuldig, weil sonst ein gesichertes privatrechtliches Verhältniß zwischen ihm und anderen Personen gar nicht Statt finden könnte; und er kann es thun, ohne dadurch seiner Auctorität etwas zu vergeben, weil eben hier die Unterscheidung seiner privatrechtlichen von der öffentlich-rechtlichen Eigenschaft ganz augenfällig ist. Eine gleiche Schuldigkeit aber hat er auch bei den ernstern, d. h. schwereren oder sogenannten peinlichen Straf-Sachen, weil ohne solche Unterwerfung der Straf-Gewalt unter ein das Maß des Straf-Rechts mit möglichster Zuverlässigkeit aussprechendes, von der Gewalt ganz unabhängiges Organ die Tyrannei erklärt und über alle Staatsangehörigen, dem wesentlichen Inhalt des Staatsvertrags entgegen, eine vollkommene Rechtslosigkeit verhängt wäre. Auch hier übrigens vergibt die Staatsgewalt ihrer Auctorität durch solche Unterwerfung unter den gerichtlichen Ausspruch nichts, weil sie ja erst dann die Bestrafung eines Angeschuldigten wollen kann, wenn seine Schuld juristisch erwiesen, d. h. durch die des Rechtes Kundigen anerkannt ist. Außer diesen zwei Classen von Rechtsfachen aber ist bei keiner andern jene Unterwerfung der Staatsgewalt unter den Ausspruch der Gerichte eine unbedingte Rechts-Nothwendigkeit, wiewohl sie bei Gegenständen der oben angedeuteten und ähnlicher Art politisch höchst rathlich sein mag.

Hier nun tritt erst die eigentliche Beschränkung der Staats- oder Regierungsgewalt, als solcher, ein. Hier erst hat sie eine Superiorität der gerichtlichen über ihre eigene Auctorität anzuerkennen, d. h. theils des selbsteigenen Wollens vor eingeholter gerichtlicher Entscheidung sich zu enthalten, theils selbst ihre bereits gefaßten und erklärten Beschlüsse dem höhern Erkenntnisse der Gerichte zu unterwerfen. In Fällen dieser Art verlangt sie nicht eigentlich so wie in civilrechtlichen und in peinlichen Sachen, für sich selbst, d. h. um sich darüber zu belehren, was das hier allein in Frage stehende Recht fordere oder erlaube, das von ihr alsdann zur Richtschnur zu nehmende Urtheil oder Gutachten der — ihr dabei also wirklich dienstbaren — Gerichte; sondern sie sieht sich auf dem zu Erreichung eines politischen Zweckes bereits angetretenen Wege, d. h. gefaßten Vorhaben oder Entschlüsse, wohl auch schon unternommenen Handeln, Einhalt gethan, wohl auch Rückkehr geboten, durch das von ihren Untergebenen wider sie angerufene Gericht. In solcher Sphäre also ist wirklich dem ihr sonst naturgemäß — weil hier von Dingen selbsteigener Kenntniß wie selbsteigenen Interesses die Rede ist — zustehenden freien Ermessen und Wollen eine Beschränkung gegeben; oder vielmehr sie hat selbst sich eine solche aufgelegt zur Herstellung einer im Verhältnisse der Staatsgesamtheit zu ihren Mit-

jedern sonst nicht bestehenden positiven Rechtsgarantie. Sie ist sich nicht nur in reinen Rechtsachen — wo auch die absolute Staatsgewalt es sein muß — sondern auch in Bezug auf bestimmte Regierungs-Handlungen gerichtsfähig gemacht, d. h. so auf ihre Souveränität verzichtet, oder dieselbe mit den Gerichten getheilt. Fürwahr! ein Staat oder eine Regierung kann souverän sein, wenn auch etwa (z. B. wegen Kleinheit desselben) der oberste Gerichtshof für reine Rechtsachen ein auswärtiger sein sollte. Wenn aber auch Regierungs-Handlungen einem auswärtigen Tribunal unterstehen (wie dieses z. B. das Verhältniß der deutschen Reichsstände zu den Reichsgerichten war), so ist die Souveränität nicht mehr vollständig. Das Tribunal besitzt dann einen Theil davon, und zwar den vorzüglicheren, nämlich die Oberhoheit; und dieses Verhältniß wird in Ansehung der Regierung dadurch nicht geändert, daß in dem hier besprochenen Falle das Tribunal ein inheimisches ist.

Die Erweiterung der gerichtlichen Competenz über Sachen, die auch mit Rechten in Verbindung stehend, doch ihrer vorherrschenden Natur nach zum Kreise der Regierungsthätigkeit gehören, involvirt dennoch immer eine Beschränkung der letzten mittelst Gewaltstheilung; und es ist also, wie bereits oben bemerkt worden, mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit oder der Politik als des strengen Rechtes, wie weit füglich solche Theilung sich zu erstrecken habe. Einige wenige Grundsätze darüber mögen indessen eine allgemeine Anerkennung ansprechen*).

1) Zuvörderst wird den Gerichten durchaus keine Auctorität über die gesetzgebende Gewalt einzuräumen sein. Der Richter hat bloß das bestehende Gesetz anzuwenden; für ihn gilt kein anderes Recht als das auf solchem Gesetze ruhende, und er hat bloß die Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit demselben zu erkennen. Spräche er die Befugniß an, auch die Gesetze selbst, nach ihrem materiellen Inhalte, seinem rechtlichen Urtheile zu unterwerfen, d. h. also nach einer subjectiven (natürlichen) Rechtstheorie sie für rechtsbeständig oder ungültig zu

*) Ich erkenne es als eine sehr gewichtige Befräftigung dieser (von mir bereits in der Fortsetzung des v. Armin'schen „Staatsrechts der constitutionellen Monarchie,“ und sodann in meinem „Lehrbuche des Verwaltungsrechts“ ausgesprochenen) Grundsätze, daß in der neuesten Zeit (s. Archiv für die civilistische Praxis Bd. XXI. Heft II. und Bd. XXII. Heft I.) der gleichermüßete als geistreiche Forscher der Wahrheit, Mittermaier, fast dieselben Grundsätze aufstellt (in der reichhaltigen, namentlich auch neben einer fast vollständigen Literatur die Sammlung der merkwürdigsten neueren Gesetze über die Grenzbestimmung zwischen Justiz und Administration und die Anwendung der Grundsätze auf eine große Zahl von Fällen und Classen von Fällen haltenden Abhandlung: „Ueber das Verhältniß der Justiz zu den Verwaltungssachen u. s. w.“), obschon er in einigen früheren Abhandlungen (in demselben Archiv) einige etwas strengere, d. h. die Ansprüche der Justiz mehr ausdehnende, Ansichten entwickelt hatte. Ich achte diese aus erneueter Prüfung hervorgegangene Zustimmung eines solchen Mannes für einen halben Beweis.

erklären: so wäre die gesetzgebende Gewalt getödtet und die Anarchie legitimirt. Die Staatsgewalt hat in Ansehung der Gesetzgebung keine anderen, für's äußerliche Recht entscheidenden, als die durch die Constitution positiv festgestellten Schranken. Alles, was sie innerhalb dieser Schranken und nach den all dort bestimmten Formen statuit, ist eben für die Staatsangehörigen gültiges Recht; und sie hat ihre dabei etwa gegen das natürliche oder Vernunftrecht begangenen Sünden (in allen Gesetzgebungen der Welt kommen derselben nur zu viele vor) allein vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung oder vor dem des wahren Gesamtwillens zu verantworten. Wenn daher ein in den constitutionellen oder überhaupt gehörigen Formen (wozu in absoluten Staaten eine Cabinetsordre genügt) erlassenes Gesetz z. B. die Abschaffung gewisser Feudalrechte oder die Ablösung derselben zu einem so oder so bestimmten Preis verordnet, so wäre es eine ungeheure Anmaßung der Gerichte, wenn dieselben etwa auf die Reclamation eines früher Berechtigten gegen das Gesetz, als gegen ein ungerechtes, entschieden oder die gesetzlich festgestellte Entschädigung für eine ungenügende erklärten.

2) Dagegen haben allerdings die Gerichte zu entscheiden über die formelle Gültigkeit eines angeblichen Gesetzes. Wenn z. B. einem solchen die durch die Verfassung vorgeschriebene Zustimmung der Kamern mangelte, oder wenn es nicht auf verfassungsmäßige Weise verkündet, oder wenn eine Gesetzauslegung oder Vollzugsverordnung von einer incompetenten Behörde oder dem klaren Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend erlassen wäre u. s. w.: so würden die Gerichte sich damit so wenig als an nackte Cabinetsbefehle zu halten, sondern die vor kommenden Fälle nach den sonst vorhandenen, formell gültigen Gesetzen zu entscheiden haben.

3) So wie einerseits die Competenz der Gerichte durch positive Festsetzung erweitert, d. h. noch über die Grenzen der civil- und der strafrechtlichen Sachen ausgedehnt werden kann, so kann sie auch verengt werden, d. h. es können Gegenstände beider Art, wie sie z. B. eine schnelle Erledigung in Anspruch nehmen, oder aus wegen Geringfügigkeit, ihr entzogen und etwa an die Polizeistellen oder an die Municipalauctoritäten verwiesen werden. Ja, es können, was insbesondere die privatrechtlichen Verhältnisse oder Verbindlichkeiten des Staates betrifft, selbst einige der wichtigsten, insbesondere die eigentlichen Staatsschulden (welche nämlich der Staat nicht schlechthin als juristische Person, sondern eigens als Einzelcontrahent hat), von der Unterwerfung unter die Gerichte ausgenommen werden. Dieses Alles hängt von positiver Festsetzung ab; eine durchgreifende allgemeine Regel dafür aufzustellen ist unmöglich.

4) So wünschenswerth und dem Zwecke der thunlichst vollständigen Rechtsgarantie gemäß es ist, daß gewisse Administrativ-, d. h. eigentliche Regierungs-Sachen, in so weit dabei auch wirkliche Rechte in Frage stehen, zumal wenn oder in so fern die eigentlichen

lechts: von der politischen Frage sich ohne Nachtheil son-
dern läßt, der theils schon vorläufig eintretenden, theils wenigstens
in Wege des Recurses anzurufenden gerichtlichen Entscheidung über-
lassen werden; so würde gleichwohl die Aufstellung der Justiz zur all-
gemeinen und ausschließenden Gewährleisterin aller Rechte eine
Reihe von Uebelständen mit sich führen, ja demselben Zwecke, um
essenwillen man sie forderte, den größten Nachtheil bringen. Die
Rechtfertigung dieses Satzes liegt in nachstehenden Betrachtungen:

a) Die Anwendung des Gesetzes auf die in der Administration
vorkommenden Fälle fordert in der Regel nicht eben große juristische
Kenntniß, sondern mehr nur gesunden Menschenverstand und prakti-
sches Urtheil, welche man doch den Administrativbehörden wohl nicht
weniger als den Gerichten zutrauen darf. Ja, in vielen Dingen, die
im Kreise der Administration gehören, ist die Rechtsfrage so innig mit
der Zweckmäßigkeit oder des öffentlichen Interesses verbunden oder
verwoben, und die Entscheidung der letzten so viel eigentlich politi-
sche Wissenschaft und Erfahrung voraussetzend, daß die Fähigkeit zu
einer richtigen Entscheidung weit eher von den Administrativen, als von
den Justizbehörden erwartet werden kann. Man drückt also ein Miß-
trauen in die rechtliche Gesinnung der Regierung aus, wenn
man in solchen Dingen, anstatt von ihr, von den Gerichten die Ent-
scheidung verlangt. Dieses Mißtrauen mag wohl mitunter begründet
sein; doch es im Allgemeinen und gegen alle Regierungen aus-
zusprechen, was durch den in Frage stehenden Grundsatz geschieht, er-
scheint gleichwohl als hart und fast beleidigend.

b) Freilich ist in Bezug auf die Lauterkeit des Urtheils ein
höheres Zutrauen zu den Richtern darum begründet, weil sie bei dessen
Schöpfung rein an ihre rechtliche Ueberzeugung gewiesen, auch
durch die ihnen nach allgemeiner Forderung zu gewöhnende, unab-
hängigere Stellung den Versuchungen zur Unlauterkeit mehr als
die Regierungsbeamten entzückt sind. Allein es wird zuvörderst solche
Stellung ihnen kaum irgendwo vollständig zu Theil, weil, auch wo
das Gesetz ihnen die Inamovibilität verbürgt, gleichwohl die An-
stellung selbst, sodann das Vorrücken an Rang und Gehalt, auch die
von ihnen selbst gewünschte Versetzung u. s. w. von der Gunst
der Regierung abhängen, und auch sonst dieser so mancherlei Mittel der
Corruption zu Gebote stehen, daß ohne die persönliche Charak-
terfestigkeit — die aber auch bei Regierungsbeamten Statt finden
kann — die gepriesene Selbstständigkeit der richterlichen Stellung fast
am bloßen Schalle wird.

c) Dazu komme, daß die Regierung (wofern sie wirklich Geneig-
theit zu Durchsetzung auch eines ungerechten Willens hat) bei einer
Einrichtung, welche die Competenz der Gerichte auf Gegenstände der
Administration ausdehnt, sich weit mehr versucht fühlt, die Gerichte
zu corrumpiren, als wenn denselben bloß die rein civilrechtlichen
und strafrechtlichen Dinge zugewiesen sind. Keine Regierung wird die

fortwährende Hemmung oder Controllirung ihres Willens in Dingen, die mit politischen Interessen zusammenhängen, durch die Gerichte anders als mit Unwillen aufnehmen. Sie sieht all' ihr Ansehen in Volke zernichtet, wenn sie jeden ihrer Schritte — auf die Beschwerde des muthwilligsten Querulanten — vor Gericht rechtfertigen, und die Aufhebung ihrer vielleicht bestgemeinten und dem wahren Gesamtwillen entsprechenden Acte durch die Auctorität eines etwa in Einseitigkeit befangenen oder auch durch Proceß- und Beweisformen gebundenen Richters besorgen muß; und daher ist nichts natürlich, als daß sie alsdann ihren ganzen Einfluß und alle wie immer in Bewegung zu setzende Mittel aufwendet, um gefügige, ihr eifrig ergebene, auf die Winke von oben mehr als auf das Gesetz achtende Richter zu haben; und es ist kaum zu zweifeln, daß nicht solches Bestreben ihr mehr oder weniger gelingen wird. Dadurch wird aber nicht nur die Rechtssicherheit in der Sphäre, worin man sie durch jene Competenzerweiterung zu begründen hoffte, aufgehoben, sondern es wird die Justiz auch für diejenige Sphäre, worin sie naturgemäß allein zu walten hat, verderbt. Auch eine despotische Regierung, wo fern sie nur verständig ist, will, daß Niemand im Staate außer ihr selbst Unrecht thun könne; und deswegen sieht sie es gern, daß in reinen Civilrechts- und in Strafsachen (dort etwa die Proceß des Fiscus und hier die politischen Vergehen allein ausgenommen) eine gerechte und unparteiische Justiz geübt werde. Wenn aber ihre eigenen Handlungen oder Tendenzen dem Ausspruche der Gerichte unterworfen sein sollen, so ist sie gar sehr geneigt, diese Gerichte schlecht zu machen, um sie zu beherrschen.

d) Ist ihr solches gelungen, so gibt es, selbst in constitutionellen Staaten, kein Mittel mehr, das Recht zu retten oder etwa wiederherzustellen. Die gerichtlichen Erkenntnisse sind natürlich unantastbar für die Volksrepräsentation. Haben also die Gerichte einmal gesprochen, sei es in administrativen, sei es in Rechtsfachen im engeren Sinne, so gilt das Ausgesprochene für Recht, und eine weitere Beschwerde dagegen ist nicht mehr zulässig. Gegen die Beschlüsse der Administrativbehörden aber findet nicht nur — wie bei der Justiz — eine Berufung von den niederen an die höheren Stellen Statt, sondern, wenn auch schon die höchste gesprochen, steht noch der Weg der Beschwerde oder der Petition an den Landtag offen. Ja, es kann dieser auch ohne solche Veranlassung Kenntniß von dem etwa geschehenen Unrechte nehmen und die geeigneten constitutionellen Heilmittel bis zur Anklage der Minister dagegen anwenden.

e) Darin, daß die Richter in ihrem Urtheile unabhängig und in ihrer Stellung selbständig, namentlich auch daß sie inamovibel sind (oder sein sollen), liegt noch keine vollständige Bürgschaft einer immerdar dem Rechte gemäßen Entscheidung. Es könnte sich, wenn einmal die Competenz der Gerichte über die Gebühr erweitert wird, leicht auch ein den Fortschritten der Freiheit oder des vernünftigen

Rechts widerstrebender Corporationsgeist in ihnen ausbilden, überhaupt ein despotischer Geist, der da eben schon in der Inamovibilität und sodann in der Idee, daß das eigene Urtheil für Recht gilt und keine weitere Berufung dagegen zulässig ist, eine besondere Stärkung oder Ermunterung findet. Alle wohlthätigen, vom Zeitgeiste dringendst geforderten Reformen zumal könnten an einer etwa dem Stabilitätsprincipe, überhaupt dem historischen Rechte, starr anhängenden Richterkaste die gefährlichste Hemmung finden oder vollends scheitern.

f) Allerdings sind die umständlicheren Formen der Justiz, wenn sie zweckmäßig geregelt sind, als treffliche Gewährleisterinnen des Rechtes werthvoll. Sie sind kostbare Hülfsmittel zum Auffinden der Wahrheit und halten die Willkür zurück. Aber sie verzögern auch die Entscheidung, und sind also in Fällen, worin — wie gar häufig bei politischen Dingen — die Schnelligkeit der letzten von Wichtigkeit ist, dem Interesse der Betheiligten, wie jenem der Gesellschaft entgegen.

Aus diesen Betrachtungen geht hervor, daß der vernünftige Gesammtwille nicht wohl verlangen kann, daß alle Rechte ohne Ausnahme dem Schutze der Justiz übergeben werden, sondern daß er vielmehr, besonders in einem constitutionellen, somit auch für Regierungs-Acte die nöthigen Rechtsgarantien besitzenden Staate, gar viele, zumal öffentliche Rechte den Regierungsbehörden zur Wahrung und Entscheidung gerne anvertrauen wird. Die Scheidungslinie jedoch braucht nicht überall die ganz gleiche zu sein, sondern es wird (wie schon früher bemerkt worden) die Politik in den besonderen Verhältnissen jedes einzelnen Staates, nach Verfassung, Organisationsystem, Cultur, Sitten u. s. w., die Bestimmungsgründe für die genauere Festsetzung finden. Sie wird die Regierungsgewalt nicht weiter der Justiz, d. h. dem Ausspruche der Gerichte, unterwerfen, als gut und rathlich ist, namentlich als eine wohlgesinnte Regierung selbst wünschen oder gutheißen muß oder ohne Herabwürdigung ihres Ansehens ertragen kann, d. h. sie wird die Justiz nicht zugleich mit der Regierungsgewalt bekleiden, sondern sie — in der Hauptsache, also vorbehaltlich einiger durch besondere Gesetze ihr weiter zuzuweisenden Gegenstände — auf ihr eigentliches Feld, nämlich auf die civilrechtliche und strafrechtliche Sphäre beschränken.

Uebrigens verkennen wir das Gewicht der Gründe nicht, aus welchen so vortreffliche Männer des Rechts wie Feuerbach, Jordan, Minnigerode, Mittermaier (wenigstens in älteren Abhandlungen), Pfeiffer, Puchta und Andere die Competenz der Gerichte auch über Administrativsachen, d. h. über Regierungshandlungen, wodurch Einzelne ihre Privatrechte gekränkt glauben, in einem viel weiteren Umfange, als nach den voranstehenden Betrachtungen zu rechtfertigen ist, oder gar ganz allgemein ausgedehnt haben wollen. Aber wie uns scheint, so fließen ihre Behauptungen theils aus gehäuften

Erfahrungen von administrativer, die Schranken des Gesetzes allzu oft überschreitender Willkür und aus dem verdienstvollen Bestreben, denselben wirksamen Einhalt zu thun, theils aus der durchaus unhaltbaren Ansicht, daß das ehemalige Verhältniß der Reichsgerichte zu der Regierungsgewalt der Territorialherren, d. h. die Competenz der ersten in Streitigkeiten über Regierungshandlungen der Letzten, übergegangen sei auf die einzelnen Landesgerichte gegenüber den — jetzt souveränen — Regierungen der deutschen Staaten. Darum befriedigen auch die, obwohl scharfsinnigen, Ausführungen jener Schriftsteller den ernster prüfenden Leser nicht, ja, man nimmt selbst ein Schwanken und mitunter auch Widersprüche, mindestens sehr schwer unter sich zu vereinbarende Sätze und sehr bedenkliche Behauptungen bei Mehreren derselben wahr. So beruft man sich z. B. (wie Minnigerode) auf den durch die Vernunft bestimmten Inhalt des Subjectionstractates und auf die darin von Seite des Staates übernommene Garantie aller seiner ursprünglichen und noch weiter zu erwerbenden Rechte. Da nun (so erklärt Minnigerode ganz ausdrücklich auf S. 28 ff.) Vertragsverhältnisse zur Cognition des Richters gehören, so gehören zu denselben auch alle Streitigkeiten über die gegenseitigen Rechte und Schuldigkeiten des Staates und seiner Angehörigen. Wo dieses nicht Statt findet, da sind die Letzten rechtlos. Zwar „sollen durch den Recurs an den Richter weder die gesetzgebende noch die administrative Gewalt in ihren Verfügungen aufgehalten werden. Diese gehen ihren Gang fort, und der Richter hat nur zu entscheiden, ob nicht dadurch wohlterworbene Rechte der Einzelnen geschwidrig verletzt sind, und ob und welche Entschädigung dafür gebühre.“ — Also selbst die Acte der gesetzgebenden Gewalt will man dem richterlichen Urtheile unterwerfen! und zwar nicht nur nach den formellen Erfordernissen ihrer Gültigkeit, sondern auch nach ihrem materiellen Inhalte! — Freilich ist diese Lehre eine consequent aus den aufgestellten Hauptgrundsätzen abgeleitete Folgerung, und wenn wirklich, wie Minnigerode behauptet, „alle Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, in welche der Private für sich und als solcher in eigenem Namen kommen kann“ (folglich auch alle mit seinen persönlichen oder Eigenthumsrechten in Verbindung stehenden Verhältnisse zur Staatsgewalt und zu ihren verschiedenen Zweigen) Justizsachen sind; wenn wirklich, „so oft Streit über die Frage entsteht: ob Rechte (und zwar natürliche wie positive), die Jemand in Anspruch nimmt, ihm wirklich zustehen? ob diese Rechte verletzt und wie sie wiederherzustellen seien? der Richter zu entscheiden hat, und alle diese Angelegenheiten in so weit Justizsachen sind“; — so kann auch ohne Inconsequenz kein Unterschied zwischen der Gesetzgebungs- und administrativen Gewalt gemacht werden, weil durch Acte der ersten nicht minder als durch Acte der zweiten jene Rechte verletzt werden können, und hier wie dort die oberste Staats-

gewalt es ist (obgleich nicht in beiderlei Acten durch dieselben Organe ihren Willen verkündend), welche das Unrecht verübte, d. h. das Recht des Staatsangehörigen verletzete.

Die Behauptung, daß der durch ein Gesetz sich in seinen Rechten verletzt glaubende Bürger oder Stand u. s. w. bei den Gerichten dagegen reclamiren und wenigstens seine Entschädigungsansprüche allbort geltend machen könne, will nun zwar durch die beschränkende Clausel gemildert werden, daß, „wenn in dem Gesetze selbst ausdrücklich enthalten ist, daß alle Ansprüche unzulässig und unstatthaft seien, welche etwa Einzelne aus dem Grunde machen wollten, weil ihre Rechte durch das Gesetz verletzt seien und ihnen desfalls Entschädigung gebühre“, alsdann die Reclamation unzulässig sei, weil in solchem Falle vermuthet oder angenommen werden müsse, entweder, daß hier von keinen wohlverordneten Rechten die Rede sein könne, und der Staat wirklich nur in den Grenzen seiner Befugniß gehandelt, oder daß er wenigstens das jus emmens ausgeübt, d. h. nur um das Dasein des Staates zu erhalten, in die Rechte seiner Angehörigen eingegriffen habe. — Dieses übrigens auch auf Administrativ-Acte (der obersten Instanz) anwendbare Raisonnement werden wohl nicht Viele für befriedigend erkennen, und eben so wenig die (S. 76. 77.) vorkommende Bemerkung, daß, hätte man zur Zeit der französischen Revolution sich gegen die wider das historische Recht geschleuderten Decrete der Nationalrepräsentation an die Gerichte wenden können, die vielen Revolutionsgreuel nicht würden Staat gefunden haben.

Die Wahrheit ist: der Staat, also auch die oberste Staatsgewalt, befindet sich zu den einzelnen Bürgern zwar in einem Vertrags-, mithin wahren Rechts-Verhältnisse, doch nur in einem natürlichen, nicht aber bürgerlichen. Im letzten stehen nur diejenigen zu einander, welche sich zur wechselseitigen Rechtsgarantie einer gemeinschaftlichen Obergewalt unterworfen haben. Wie künstlich immer die Politik die Personification jener Staatsgewalt regle oder die Gewalten theile; immer bleibt in Bezug auf die — individuelle oder moralische — Person, welcher die höchste Gewalt zukommt, oder auf die Summe der Personen, welche sich darein theilen, der Satz unumstößlich wahr. So wie also die Regierung in Ansehung der ihr nach ihrem Begriffe zukommenden Gewaltsübung (mehr, als sie vernünftiger Weise selbst wollen kann und also freiwillig anerkennt, oder vielmehr als einen ihr zu erweisenden Dienst fordert) den Gerichten unterworfen, und dergestalt zwischen ihr und den Staatsangehörigen eine Art von bürgerlichem Verhältnisse errichtet ist; so sind eben die Gerichte in solcher Sphäre die höchste Gewalt, und sodann zwischen ihnen und den Bürgern nur noch das natürliche Rechtsverhältniß bestehend. Damit ist dann also nichts gewonnen; es ist bloß statt eines inappellablen Organs ein anderes mit solcher Prærogative bekleidet worden. Denn wo soll man Klage führen, wenn

dann auch die Gerichte Unrecht thun? Man kann nicht über das oberste Gericht ein noch höheres setzen und sodann wieder und so in's Unendliche. Mit der vollständigen Rechtsgarantie im Staate ist es also nichts; man muß sich mit der unvollständigen begnügen; zumal gegenüber der höchsten Staatsgewalt selbst, gegen deren Mißbrauch uns nimmer die Gerichte, sondern nur die allgemeine Constitutions- und Organisationspolitik, namentlich das Repräsentativ-System und vor Allem die Publicität und die freie Presse schützen können.

Ähnliche, theils sich widersprechende, theils durch Mangel an Bestimmtheit unbefriedigende, oder bei der Anwendung da wie dorthin zu deutende, überhaupt zu einem deutlichen und vollständigen Begriffe durchaus nicht zusammenzufassende Vorstellungen finden wir auch bei den Meisten der übrigen Schriftsteller, welche die Domäne der Justiz über das gesammte Rechts-Gebiet ausdehnen wollen. Aber es würde für unseren Zweck zu weit führend und zu vielen Raum in Anspruch nehmend sein, solches im Einzelnen nachzuweisen. Wir beschränken uns demnach hier auf die gegebene Darstellung unserer Hauptansicht über die gegenseitigen Grenzen der der Justiz und der Administration zuzuweisenden Gebiete; unter dem Vorbehalte jedoch, über die insbesondere zwischen der Justiz und der Polizei zu ziehende Scheidungslinie in dem Artikel „Polizei“ noch einiges Nähere vorzutragen.

Administrativjustiz. Mit den voranstehenden Sätzen in natürlicher Verbindung ist auch unsere Ansicht von der Administrativjustiz, einer neuen Schöpfung der französischen, insbesondere der Napoleon'schen Regierungspolitik, wodurch gar viele Gegenstände, welche wirklich die Eigenschaft von Justizsachen an sich tragen, oder aus triftigen Gründen der Justiz sollten überlassen werden, derselben entzogen und eigenen Administrativbehörden, namentlich den Präfecturräthen, in höchster Instanz aber dem Staatsrathe überwiesen wurden. Bei dieser Einsetzung ist die ursprüngliche oder Grundidee wesentlich zu unterscheiden von ihrer späteren Gestaltung und mißbräuchlichen Anwendung.

Der Unterschied der Regierungs- von Justiz-Geschäften ist ein vorlängst im Allgemeinen anerkannter, doch, wenn auch im Begriffe klar zu machender (die ersten haben die *utilitas omnium sive publica*, die letzten die *utilitas*, oder vielmehr das *jus singulorum* zum Gegenstande, und haben also jene das öffentliche Recht und diese das Privatrecht zum obersten Principe), in der Anwendung, zumal wegen der bei gar vielen Gegenständen vorhandenen Vermischung oder Verbindung beider Eigenschaften, Zweifel und Schwierigkeiten ohne Zahl und Maß erzeugender. Die ehedessen in vielen Staaten bestandene gemeinschaftliche Uebertragung beiderlei Geschäftskreise an dieselben Behörden (welche dann etwa abwechselnd als Justiz- und als Regierungscollegien auftraten) trug

ur Vermehrung der Unbestimmtheiten bei; und die in Deutschland am Reich zugestandene Oberhoheit über die Territorialherren, wornach die Reichsgerichte auch in Regierungssachen über erlegte oder bestrittene Rechte erkannten, verursachte noch weitere Verwirrung. Auch in Frankreich herrschte, zu vielfacher Nachtheiligung der öffentlichen wie der Privatinteressen, eine ähnliche Verwirrung in Begriffen und Gewaltsphären, bis die constituirende Nationalversammlung unter den übrigen, die schönere Wiedergeburt des ererbten Reiches bezweckenden Gesetzen auch jenes vom 24. August 1790 erließ, worin bestimmt ward: „Que les juges ne peuvent trouver, de quelque manière que ce soit, les opérations des corps administratifs.“ Bald darauf wurden die Streitigkeiten über Verwaltungssachen in letzter Instanz an den Staatsrath verwiesen. Dieses war der Ursprung einer eigenen Art von sogenannter Justiz, welcher nämlich die Entscheidung der Streitsachen in der administrativen Sphäre eben so zukommen sollte, wie in der privatrechtlichen und peinlichen Sphäre den eigentlichen Justizbeden oder Richtern. Die genauere Regulirung dieser unter dem Namen der Administrativjustiz in den Organismus des französischen Reiches eingeführten Gewalt rührt von Napoleon her, welcher nämlich zur ersten Instanz die Präfecturräthe bestellte, als letzte Instanz aber den Staatsrath bestätigte und mit ausgebreiteter Vollmacht kleidete.

Der Grundgedanke dieser Einrichtung besteht darin: die Staatsgewalt theilt sich — abgesehen von der über allen schwebenden königlichen Gewalt — in die gesetzgebende und die vollstreckende; die letzte aber hat zwei Sphären, die administrative und die gerichtliche, nämlich die den Interessen der Gesamtheit und die denen der Einzelnen gewidmete. In beiden gibt es streitige und nichtstreitige Geschäfte; in beiden also muß eine Justiz bestehen, d. h. eine Auctorität zur Entscheidung der vorkommenden Streitfälle, namentlich also in der Sphäre der Administration eine Administrativjustiz. Nach der Meinung ausgezeichneten französischer Schriftsteller, insbesondere des berühmten de Gerando (m. s. desselben 1830. herausgegebene „Institutes du droit administratif français“, der vielmehr seine Prolegomenen zu diesem, die auf das französische Administrativrecht bezüglichen Gesetze und Verordnungen enthaltenden Werke), ist dieselbe durchaus keine Ausnahmungs-Justiz, sondern für die ihr angewiesene und naturgemäß angehörige Sphäre eben so ordentlich, als die eigentlich gerichtliche Justiz für die ihrige; der eben so ordentlich, als in der letzten wieder die besonderen, für besondere Classen von Fällen oder Gegenständen errichteten Tribunale, wie z. B. die Handelsgerichte. Es sei, behaupten sie ferner, der Grundsatz der gegenseitigen Unabhängigkeit der Administration und der Gerichte für die beiden Gewalten gleich wichtig; und es seien insbesondere die ordentlichen Gerichte gar nicht im Stande, die im Felde

der Administration sich ergebenden Streitfälle, deren Beurtheilung nämlich ganz eigene politische Kenntnisse und Erfahrungen erheische, richtig zu entscheiden. Es sei daher eine große Wohlthat für die Administrierten, daß ihnen, noch außer dem Wege der Gegenvorstellung oder auch des Recurses an die höheren Administrativstellen, worauf sie ihre Billigkeitsansprüche oder auch nur ihre Interessen gegen etwa erfolgte ungünstige Verfügungen der näheren Behörde geltend machen können, auch noch jener der Rechts-Vertheidigung in den Fällen eröffnet bleibe, wo sie ihre wirklichen Rechte durch jene gekränkt erachten.

Das französische Administrativrecht, dessen Handhabung in streitigen Fällen der Administrativjustiz zusteht, besitzt an Quellsammlungen, Hülfsmitteln und wissenschaftlichen Werken bereits eine zahlreiche und schätzenswerthe Literatur, deren Hauptmänner wir in der Encyclopédie des gens du monde (T. VIII. P. II.) unter dem Artikel „droit administratif“ verzeichnet finden. Nebstdem enthält dieser Artikel viele Aufklärungen über den Charakter, den Inhalt und den Umfang des französischen Administrativrechts. Uebrigens fehlt viel, daß durch alle Bemühungen der Theoretiker, wie der Praktiker in Frankreich bereits eine ganz bestimmte Scheidungslinie zwischen Justizsachen im engeren Sinne und Administrativsachen wäre gezogen worden. Vielmehr ist noch heute wahr, was Merlin in dem Répertoire de jurisprudence, unter dem Artikel „acte administratif“ sagt: „Aussi est-on souvent embarrassé sur le point de savoir, si telle affaire est du ressort de l'administration ou si la connaissance en appartient aux tribunaux.“ — Dieselbe Unbestimmtheit herrscht auch, und fast noch in größerem Maße, in Deutschland, und zwar nicht minder in der Wissenschaft als in der Praxis vor, wie wir namentlich auch aus der künstlichen, aber gleichwohl verworrenen und den gesuchten Gegensatz zu Justizsachen keinesweges ausdrückenden Begriffsbestimmung bei Minnigerode ersehen: „Administrativsachen“, sagt er, „sind alle Gegenstände der Thätigkeit der Staatsgewalt, wo von den nicht zum Ressort der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt gehörigen Sachen, sondern von Erreichung der übrigen Zwecke des Staates“ (diese sind ja den ersten nicht entgegengesetzt, vielmehr größtentheils mit denselben — zumal in der Sphäre der Gesetzgebung — identisch und ohnehin wenigstens untrennbar mit ihnen verbunden!) „die Rede ist von Beförderung der Wohlfahrt des Ganzen, so wie auch von Angelegenheiten der Einzelnen in Beziehung auf das Gemeinwohl, nur nicht von erworbenen und verletzten Rechten und deren Wiederherstellung“ (fast jede Thätigkeit der Staatsgewalt steht in Beziehung oder äußert ihre Wirkung auf wahre Rechte der Einzelnen) „und nicht von Ertheilung neuer Gesetze, sondern bloß von deren Ausführung.“ —

Wir sagen: Administrativ- — oder vielmehr politische —

Sachen sind alle Gegenstände der Thätigkeit der Staatsgewalt, in Ansehung derer dieselbe sich dem Urtheile der Gerichte nicht unterwerfen, wo sie demnach, wenn auch dabei von Rechten die Rede ist, das Urtheil darüber oder deren Befriedigung ihrem selbständigen Erkennen und Wollen vorbehalten muß oder soll oder hat. Jene Sachen dagegen, bei denen sie sich dem gerichtlichen Erkenntniß unterwerfen muß oder soll oder positiv unterworfen hat, sind **Rechtssachen** im engeren Sinne oder **Justizsachen**.

Wir kehren zur **Administrativjustiz** zurück. In Ansehung dieses vielbesprochenen und vielbestrittenen Gegenstandes können wir gar wohl der Ansicht **Jordan's** (s. im „**Rechtslexikon für Juristen aller deutschen Staaten**“ [I. Band 1. Lieferung] den von diesem gründlichen Rechtskenner bearbeiteten, vortrefflichen Artikel „**Administrativjustiz**“), welche auch in **L. Minnigerode's** oft angeführter Schrift: „**Beitrag zur Beantwortung der Frage: Was ist Justiz- und was ist Administrativsache?**“ ausgeführt ist, in der Hauptsache beistimmen, der Ansicht nämlich, daß eine **Administrativ-Justiz** im strengen Sinne des Wortes eigentlich etwas sich selbst Widersprechendes, jedenfalls aber etwas Ueberflüssiges und nach Umständen zugleich Gefährliches sei. Wir anerkennen also: 1) daß, da die **Administration** zu ihrem Principe den Willen der Staatsgewalt hat, welcher sich zwar in der gesetzlichen Sphäre bewegen muß, dessenungeachtet aber immerdar Wille bleibt, wogegen die **Justiz** (d. h. hier das Gericht) als ihr Princip lediglich und allein das (aufzufindende und auszusprechende) Recht erkennt und bei ihren Aussprüchen durchaus keinen eigenen Willen äußert, sondern bloß die logische Function des Urtheils ausübt — daß, sagen wir, eine **Administrativjustiz** im strengen Sinne eben so wenig gedacht werden kann, d. h. etwas eben so Ungereimtes ist, als umgekehrt eine richterliche **Administration** wäre, d. h. eine solche, die da mit willenlosen Urtheilssprüchen administrieren wollte; 2) daß, wenn es wirklich in der Sphäre der **Administration** Gegenstände und Interessen gibt, welche, weil sie mit wahren und wichtigeren Rechten der Betheiligten verknüpft sind, eine in gerichtlichen Formen, d. h. auf Art eines lediglich durch das Recht bestimmten Urtheils, zu geschehende Entscheidung in Anspruch nehmen (was allerdings der Fall ist), es alsdann weit einfacher und zweckgemäßer ist, dieselben an die eigentliche **Justiz** zur Entscheidung zu verweisen, als für sie eine bloß sogenannte oder **Zwitter-Justiz** einzusetzen; und daß endlich 3) wo dieses nicht geschieht, sondern die **Administration** selbst mit den Functionen der **Justiz** bekleidet wird, die größte Gefahr obwaltet, daß dann gleichwohl bei ihren Entscheidungen nicht das rein logische Urtheil, sondern der durch Interessen bestimmte Wille sich äußern werde. Mit solcher Verwerfung der **Administrativ-Justiz** jedoch ist gar wohl vereinbar, und in unserer Ansicht wirklich vereinbart, die früher ausgeführte Behauptung, daß der **Administration**

nicht selten, auch wo es sich um Rechte handelt, die Entscheidung oder das Erkenntniß gebühren könne, ja fast nothwendig überlassen werden müsse, wenn nicht eine Lähmung der Regierungsthätigkeit und damit eine Verkümmernng des öffentlichen Wohles eintreten soll, überhaupt also, daß nicht gerade alles und jedes Recht dem Schutze der Justiz unterstehe, sondern daß manches auch bloß den Entscheidungen der Administrativ-Behörden anheimzufallen sei. In so fern also die Wirksamkeit der sogenannten Administrativjustiz auf Gegenstände dieser Art beschränkt, und nur, bei hier gleichwohl auch in Frage stehenden Rechten willen, ein feierlicheres oder förmlicheres, somit der Justiz ähnliches Verfahren dafür vorgeschrieben würde; so dürfte wohl — vorausgesetzt nämlich, daß nicht auch eigentliche Justiz-Sachen, d. h. solche, die nach ihrer Natur ganz eigens vor die Gerichte gehören, ihr überwiesen würden — nicht eben so viel dagegen zu erinnern sein.

Über wie? wenn Streit darüber entsteht, ob eine vorkommende concrete Sache eine der Justiz oder eine der Administration angehörige sei; wer hat den Kompetenzconflict zu entscheiden? — Die Meisten sagen: die Justiz, d. h. das Gericht selbst hat über seine eigene Competenz zu erkennen; und so viel ist klar, daß der Justiz eher als der Administration solche Entscheidung gebührt. Zwar erscheint sie dabei, wenn auch nicht eben als Partei, so doch nicht ganz unbefangen, weil zur Ausdehnung der selbsteigenen Auctorität oder Gewalt immer einige Versuchung verliegt. Doch bei dem zu entscheidenden concreten Falle selbst hat das Gericht durchaus kein anderes Interesse, als daß nach Recht entschieden werde; und es übt, wenn es die Entscheidung gibt, bloß die logische Function des Urtheils aus, nicht aber einen Act des Willens. Die Administration dagegen ist in der Regel bei den ihr vorkommenden Fällen wirklich betheiligt, d. h. hat ein Interesse, nämlich einen administrativen Zweck, bei der Entscheidung; und es ist das Aussprechen derselben, wenn sie von ihr ausgeht, zugleich ein Willensact. Da es nun ohnehin der Justiz an der nöthigen Macht gebricht, um ihre Competenzentscheidung gegen den Willen der Regierung geltend zu machen; und da in der obersten Staatsbehörde die Repräsentanten beider Auctoritäten, jene der Justiz nämlich nicht minder als jene der Administration sitzen: so sagt man, scheine es am Geeignetesten, die Entscheidung solcher Kompetenzconflicte dieser obersten Staatsbehörde, die ja verantwortlich gegenüber der Volksrepräsentation ist, zu übertragen. Es ist jedoch diese Meinung eine gefährliche, weil dennoch die oberste Staatsbehörde immerdar eine Regierungs-Behörde, mithin nach Erweiterung ihrer Uneingeschränktheit naturgemäß strebend und der Auctorität der Gerichte in Sachen, wo sie selbst gern einen Willen äußert und behauptet, abhold ist. Das Wünschenswertheste dürfte hiernach sein, daß allernächst das Gesetz möglichst klar und genau bestimme, was Justiz- und was Administrativsache sein solle,

set zu heben, überhaupt die Wahrheit zuverlässiger inne zu werden suchen. Fällt nun das Urtheil der zweiten Instanz gegen jenes der ersten aus, so ist der erhobene Zweifel noch mehr begründet, ja zur Vermuthung, die erste Instanz habe sich geirrt, gesteigert worden; doch auch für die Richtigkeit des zweiten Urtheils kein genügender Beweis vorhanden. Wenn also der in der zweiten Instanz Sachfällige nicht freiwillig vom weiteren Rechtszuge absteht, und dadurch sein Auerkennniß der Gerechtigkeit des zweiten Urtheils ausspricht: so muß ihm noch die Berufung an eine dritte Instanz gewährt sein. Auf welche Seite nun diese ihren Ausspruch gibt, dieselbe hat jetzt die Mehrheit der (collegial-) richterlichen Stimme für sich; und da durch die Gestattung noch weiterer Berufungen an eine vierte und sodann auch eine fünfte, oder gar noch an eine sechste und sodann auch eine siebente u. s. w. Instanz der Zweck des ganzen Processus durch endlose Verzögerung und Kosspieligkeit vereitelt, und dennoch ein höherer Grad von Zuverlässigkeit nimmermehr erzielt würde: so beschränkt sich die Justizgewalt vernünftiger Weise auf die Errichtung von drei Instanzen und erkennt dergestalt als Recht an, was die dritte gesprochen hat.

Hieraus folgt: 1) daß die Berufung an die dritte Instanz unzulässig sein soll, wenn die beiden ersten Instanzen gleichförmig gesprochen. Wie könnte die eine, dritte, Stimme gewichtiger sein, als die beiden anderen zusammengekommen? Die beiden unteren Instanzen werden herabgewürdigt, als unzuverlässig erklärt, die Staatsgewalt also einer schlechten Besetzung dieser Richterstellen gezeiht, wenn die dritte Instanz zernichten kann, was die beiden ersten für Recht erkannt haben. Eine so außerordentlich gewichtigere Auctorität jener dritten Instanz einzuräumen, dafür gibt es — wofern die beiden unteren nicht wirklich schlecht, und demnach gar keines Zutrauens würdig sind — durchaus keinen triftigen Grund. Vielmehr ist, unter Voraussetzung einer gleichen juristischen Tüchtigkeit bei allen dreien, diejenige, von deren Ausspruch keine weitere Berufung mehr Statt findet, minder zuverlässig als eine, welche weiß, daß von ihrem Urtheil appellirt werden kann. Jene nämlich, in dem stolzen Selbstgeföhle, daß, was immer sie ausspricht, Recht ist, wird leicht minder sorgfältig in der Prüfung und erläßt selbst nicht ungern Dictate unter dem Namen der Urtheile. Also nur zur Aufhebung des Zwiespaltes zwischen zwei ungleichen Erkenntnissen der beiden ersten Instanzen oder zur Bildung einer Majorität der richterlichen (Collegial-) Stimmen ist, wenigstens in der Regel, die dritte Instanz nothwendig. Liegen schon zwei gleichlautende Erkenntnisse vor; so hat, in unserer Voraussetzung, vernünftiger Weise kein weiterer Rechtszug Platz. 2) Ein Anderes ist es freilich, wo solche Voraussetzung nicht zutrifft, wo namentlich die Untergerichte nur mit Einzelrichtern besetzt sind, und die ihnen vorgeschriebene oder gestattete Proceßführung eine mangelhafte und unzuverlässige ist. Alsdann freilich ist die reine

Idee des Instanzenzuges völlig aufgegeben; die erste Instanz fällt nur Scheinerkenntnisse, weil ohne hinreichende Aufhellung der That- und der Rechtsfrage; und der eigentliche Proceß hebt dann erst in der zweiten Instanz an. Dergestalt verlieren die Parteien die Wohltat dreier Instanzen; denn die erste ist — ganz geringfügige Dinge, wo nicht appellirt werden kann, abgerechnet — so viel als gar keine; und auch die zweite, da nun unbedingt bloß das Erkenntniß der dritten gilt, sinkt (sofern die Streitsumme die Oberappellation zuläßt) zur bloß begutachtenden Behörde herab. 3) Es ist demnach von größter Wichtigkeit, schon für die erste Instanz Collegialgerichte einzusetzen und ihnen das auch für die beiden anderen verordnete ordentliche Proceßverfahren vorzuschreiben. Auch ist unbedingt nothwendig — wenn nicht die Appellation alle ihre Bedeutung verlieren soll — daß in den höheren Instanzen Neuerungen vorzubringen, verboten werde. Denn da der mindeste neu vorgebrachte Umstand den ganzen Fall verändern, folglich eine ganz andere Entscheidung begründen kann: so ist, wenn dergleichen bei der Appellationsinstanz vorgebracht werden, jetzt nicht mehr die Frage, ob der Unterrichter den ihm vorgelegenen Fall richtig entschieden habe; sondern es ist jetzt ein ganz anderer Proceß in der Verhandlung, und es spricht demnach die sogenannte zweite Instanz jetzt in der That bloß als erste. Alle diese für die Parteien höchst nachtheiligen Verhältnisse rühren her von der Verwechselung der Begriffe: „zweite und dritte“ Instanz mit „höherer und höchster.“ Man nimmt dann gerne auch eine Stufenleiter der Intelligenz, wie des Ranges, bei solchen Instanzen an, und wird in dieser Vorstellung bestärkt durch die gewöhnlich den Obergerichten über die Untergerichte mitverliehene (Aufsichts- und Zurechtweisungs-) Gewalt. Wir wollen jedoch diese wichtigen Punkte hier bloß andeuten, die weitere Ausführung theils eigenen Artikeln vorbehaltend, theils den juristischen Lehrbüchern überlassend. 4) Eben so wollen wir in Bezug auf die Gerichtskosten bloß die flüchtige Betrachtung hinwerfen, daß — sei es auch, daß die Gerechtigkeit erlaube, die Unkosten der Allen als Schußanstalt wohlthätigen Justiz lediglich allein den um ihr Recht Streitenden zum Tragen zuzuweisen, oder gar noch eine eigene Steuer auf das Proceßführen zu legen — es gleichwohl (einige wenige — idealische mehr als praktische — Fälle etwa ausgenommen) empörend ungerecht bleibt, demjenigen, welcher bereits ein oder gar zwei gerichtliche Urtheile für sich hat, aber dann in der letzten Instanz verliert, die Bezahlung sämtlicher Unkosten aller Instanzen und beider Parteien aufzulegen. Wer einmal das Urtheil eines vom Staate errichteten und besetzten, demnach das Zutrauen der Bürger ansprechenden Gerichtshofes für sich hat, der kann nimmer als muthwillig Streitender betrachtet oder als solcher bestraft werden; und es muß daher — nach dem Ausspruche des vernünftigen Rechts — mindestens eine Compensation der Unkosten Statt finden, sobald

ungleichlautende Urtheile in einem Proceſſe ergangen ſind. Ueberhaupt aber erſcheint die Höhe der Juſtiztaxen und Sporteln, möge der Verlierende allein oder mögen beide Parteien zuſammen ſie zu tragen haben, als eine um deſto härtere Bedrückung, wo immer — was häufig eintritt — der Rechtsſtreit nur eine Folge des unbeſtimmten oder mangelhaften Rechtsgesetzes, und ſeine lange Dauer und Koſtspieligkeit bloß durch Fehler der Proceßordnung oder durch Verſchulden der Richter oder endlich durch Chicanen des am Ende gleichwohl gewinnenden Gegners herbeigeführt iſt. Es wird dadurch eine ungeheure Rechtsungleichheit zwiſchen Reich und Arm hervorgebracht, welcher man durch die Befreiung der ganz Armen nur zum kleinſten Theile ſteuert. 5) Nicht minder iſt die Feſtſetzung einer *summa appellabilis*, obſchon bei hohen Gerichtskosten nothwendig, weil ſonſt dieſe letzten allzu leicht den Streitgegenſtand verſchlängen oder noch weit überwögen, gleichwohl an und für ſich mit dem Principe des Inſtanzenzuges im Wiſderſpruche. Der Streit über ein vergleichungsweiſe geringes Object kann eben ſo ſchwer und ſchwerer zu entſcheiden ſein, als einer über das größte, und eine kleine Summe iſt für den Armen ſo wichtig, als eine zwanzigmal höhere für den Reichen. Findet man alſo überhaupt zur Sicherung des Rechtes nothwendig, daß von dem Erkenntniſſe des einen Richters an jenes eines anderen appellirt werden dürfe; ſo muß dieſes von kleineren Summen wie von größeren gelten, und nur etwa — zur Aufhebung des Mißverhältniſſes — ein minder umſtändliches, alſo auch minder koſtſpieliges Verfahren für jene als für dieſe vorgeſchrieben werden. Und wenn auch angenommen werden kann, daß — wofern die Untergerichte gut beſetzt ſind, ſo wie mit Recht gefordert wird — die Parteien bei geringeren Rechtsſtreiten gerne auf den weiteren Inſtanzenzug verzichten; ſo bleibt doch nach unſerem Principe unerläßlich, daß, wo eine Appellation Statt findet, auch die Oberappellation an eine dritte Inſtanz geſtattet werde, die da, bei Verſchiedenheit der Ausſprüche der beiden erſten, für den einen oder den anderen den Ausſchlag gebe.

II. Weſentlich verſchieden von der Civiljuſtiz nach Principien und Formen iſt und muß ſein die Criminaljuſtiz. Bei der Civiljuſtiz handelt es ſich um Entſcheidung von Rechtsſtreitigkeiten über Mein und Dein, überhaupt über Gegenſtände eines zwiſchen Mehreren ſtreitigen Anſpruchs, wobei das öffentliche Intereſſe nur darin beſteht und die Pflicht des Staates ſich darauf beſchränkt, daß nach dem erſcheinenden oder formalen Recht entſchieden werde. Der Bürger verzichtet beim Eintritt in den Staatsverband auf die zwangsweiſe Behauptung jedes von ihm nicht nach poſitiven Beweisregeln als ihm wirklich zuſtehend darzulegenden Rechtes; und die Gerichte haben bloß den juridiſch erſcheinenden Thatbeſtand zum Grund ihres Rechtserkenntniſſes zu nehmen. Mag auch der wahre Thatbeſtand ein ganz anderer ſein, als aus den vorliegenden Beweiſen und deren nach poſitiven Regeln vorzunehmenden Würdigung hervorgeht:

dennoch bleibt das auf den letzten gebaute Urtheil ein gerechtes; und der aus Mangel an Beweis Sachfällige, kann niemals den Richter (ob auch mitunter den chicanösen oder unredlichen Gegner) eines begangenen Unrechts zeihen. Ganz anders beim Strafgericht. Hier handelt es sich keineswegs nur von Anwendung einer Rechtsregel auf einen erscheinenden, von den Parteien selbst darzulegenden Sachverhalt, oder um einen dem A oder B ein formales Recht zuerkennenden Ausspruch; sondern um Auffindung der wirklichen Wahrheit oder Nichtwahrheit eines angeblich vorgefallenen Verbrechens und der wirklichen Schuldhaftigkeit oder Nichtschuldhaftigkeit eines als Thäter Angeklagten. Hier genügt nicht oder soll nicht genügen ein nach bloß positiven Regeln für wahr anzunehmendes Factum, und handelt es sich nicht bloß um ein auf solche Annahme zu bauendes Erkenntniß über ein mir gebührendes oder nicht gebührendes Recht. Es sind hier Güter und Rechte in Sprache, wie Leben, Freiheit, Ehre, auf welche ich nie und nimmer verzichtet habe noch verzichten darf, und welche ich nur verwirken kann durch wirklich begangene, nicht aber durch bloß als begangen anzunehmende That. Auch ist hier Niemand vorhanden, der mir diese Güter vermöge eigenen Anspruchs nehmen oder sich selbst zueignen will, wo demnach der Richter zwischen den sich widerstreitenden Ansprüchen nach den beiderseits vorgelegten Beweismitteln zu erkennen hätte, und der aus Mangel an Beweis Sachfällige den erlittenen Verlust eben verschmerzen müßte. Hier tritt der Staat oder die Gesamtheit keineswegs klagend oder etwas von dem Inculpaten fordernd vor Gericht, sondern anklagend, d. h. mit der Behauptung oder auf Inzichten gegründeten Vermuthung eines von einer bestimmten Person begangenen Verbrechens; und nur in der Voraussetzung oder unter der Bedingung, daß die gerichtliche Untersuchung die Wahrheit der supponirten Thatsache herausstelle, wird ein Straferkenntniß verlangt. Für den Fall, daß solche Wahrheit nicht in's Licht trete, oder daß die Unschuld des Inculpaten aus der Untersuchung hervorgehe, wird ein lossprechendes verlangt. Der Staat ist also vor dem Criminalgerichte nicht eigentlich Partei, und man kann nicht sagen, daß, wenn eine Verurtheilung erfolgt, er den Proceß gewonnen, und, wenn eine Lossprechung, er ihn verloren habe; sondern in beiden Fällen hat er erlangt, was er allein begehrte und worin allein sein Interesse besteht — die Belehrung über den Sachverhalt und über das daraus für ihn hervorgehende Recht, welches dann auszuüben für die vollstreckende Gewalt in der Regel auch eine Pflicht ist. Ja, was er am Meisten zu fürchten oder für den größten Verlust zu achten hat, das ist ein verurtheilendes (also angeblich für ihn obstiegendes) Urtheil gegen einen Unschuldigen. Ganz verschieden also vom Civilproceß, selbst wo der Fiscus mit einem Privaten im Streit liegt, weil nämlich hier, obschon der (ideale) Staat allerdings nichts Ungerechtes von seinen Angehörigen begehren kann, und darum das

erkenntniß des Richters willig annimmt, gleichwohl aus dem obliegenden Urtheil ein (pecuniärer oder materieller) Gewinn, so wie aus dem wissenden ein Verlust für ihn entsteht.

Aus diesem allgemeinen oder Hauptunterschiede zwischen Civil- und Criminaljustiz fließen ihre besonderen Verschiedenheiten von selbst. Wir wollen nur einige derselben andeuten.

1) Die für den Civilproceß geeigneten Beweisregeln finden im Strafproceß nur eine sehr beschränkte Anwendung. So kann von Aufzwingung eines Eides zum Beweise der Unschuld keine Rede sein, nicht nur weil die Versuchung zur Abschwörung eines falschen Eides zu groß, der verneinend abgeschworne Eid also keinen Glauben erdienend wäre, sondern auch weil die Eidesauftragung einem Verleiche ähnlich, ein solcher aber auf den Begriff des öffentlichen, d. h. des Staats wegen eingeleiteten, Straf-Processes ohne Anwendung

Weiter kann das Geständniß oder Anerkenntniß des Inculpanten, welches im Civilproceße einen vollen Beweis ausmachen würde, im Strafproceße nicht genügen zur Verurtheilung, ohne Uebereinstimmung desselben mit dem davon unabhängig noch eigens zu erhebenden Thatbestande. Auch Urkunden, welche im Civilproceße zur Darstellung einer Schuldigkeit hinreichen, können im Strafproceße, ohne Zusammenhalten mit anderen Umständen, den Beweis der Schuld nicht herstellen. Eben so mit den Zeugen. Mag im Civilproceße die Aussage zweier unbedenklicher Zeugen für einen vollen Beweis gelten (was jedoch bekanntlich das neue französische Recht aus Rücksicht vor Bestechlichkeit nur noch in geringfügigen Streitsachen gestattet) — im Strafproceße hängt die beweisende Kraft ihrer Aussagen von den besonderen Umständen jedes einzelnen Falles ab, und kann nicht (oder soll wenigstens nicht) nach einer im Allgemeinen aufgestellten positiven Regel ermessen oder bestimmt werden. Ueberhaupt ist es in diesem Proceße äußerst gefährlich und darum auch verwerflich, an Beweisregeln gebunden zu sein, weil darin nicht das gemäß positiver Festsetzung für wahr anzunehmende, sondern nur das wirklich Wahre die Grundlage des Urtheils sein soll, die zuverlässige Erkenntniß des wirklich Wahren aber nur aus der verständigen Würdigung sämmtlicher Umstände jedes einzelnen Falles hergehen kann.

2) Im Civilproceße überläßt der Richter die Darstellung und den Beweis des Factums lediglich den Parteien, welchen daher auch das Versäumniß wie jeder sonst verschuldete oder zufällige Mangel an beweismitteln zur Last fällt. Der Richter wendet nämlich bloß auf das von ihnen dargelegte Factum das Rechtsgesetz an, unbekümmert um die etwaige Unrichtigkeit solches Factums. Im Criminalproceße dagegen — auch wo nicht die eigentlich inquisitorische Form, sondern jene des Anklage-Verfahrens besteht — hat der Richter sich nämlich nach den Beweisen der Unschuld wie nach jenen der Schuld zu spähen, und durch selbsteigene Forschung zu ersehen, was etwa der

Ankläger oder der Angeklagte (oder dessen Defensor) würden versäumt haben. Denn der Staat, wenn er auch einen öffentlichen Ankläger bestellt, welcher die Inculpaten vor dem Gerichte auf Strafe zu belangen hat, verlangt gleichwohl nur ein auf Wahrheit gebautes Erkenntniß; und der Streit über den Vorzug des inquisitorischen oder des accusatorischen Verfahrens dreht sich nur um die Frage, welches von beiden geeigneter sei zum Auffinden oder in's Licht Stellen solcher Wahrheit.

3) Die Civiljustiz hat ihren Zweck erreicht, wenn sie die vorkommenden Streitigkeiten nach Normen, welche als in der Regel zur Erkenntniß der Wahrheit führend mögen erkannt werden, schlichtet und dadurch den Friedensstand in der Gesellschaft erhält. Es spendet parteilos das formale Recht dem Kläger wie dem Beklagten und bleibt vorwurfsfrei, wenn auch abwechselnd bald dem Einen bald dem Anderen derselben dadurch am wahren Recht (d. h. an demjenigen, welches aus dem wahren Sachverhalte, wenn er erwiesen vorläge, fließen würde) Eintrag geschieht. Die Criminaljustiz aber beruhigt sich mit einem bloß formalen Rechte nicht; sie will durchaus den wahren Sachverhalt zu Tage fördern und nur diesem entsprechende Rechtserkenntnisse schöpfen. Auch ist sie für den Fall, daß gleichwohl jener wahre Sachverhalt ihr nicht erkennbar würde, und in Folge davon das wahre Recht dem bloß formalen weichen müßte, durchaus nicht gleichgültig dabei, auf welcher Seite solches eintrete. Sie will lieber, daß hundert Schuldige losgesprochen, als daß auch nur ein Unschuldiger verurtheilt werde.

4) Eben darum geht auch ein verdammenendes Urtheil in Strafsachen niemals unwiderruflich in Rechtskraft über. Es wird zwar vollzogen, weil der Staat in gutem Glauben dem Urtheile seiner Gerichte vertraut und das öffentliche Interesse den Vollzug der gerechten Strafe fordert: aber durch das Urtheil kann Unwahrheit nimmer zur Wahrheit werden; und nur unter der Voraussetzung, also auch Bedingung, daß es Wahrheit enthalte, hat der Staat es angenommen. Pflichtgemäß und gern erlaubt er daher, und ohne irgend eine Verjährung dagegen anzurufen, die Revision desselben, wenn und wann immer durch glaubhafte Gründe seine Rechtsgültigkeit — sei es wegen formeller Gebiechen, sei es wegen erweislichen materiellen Unrechts — angefochten wird; und er setzt willig, wenn im Wege der Revision die Unstatthaftigkeit der Verurtheilung erkannt wird, den Verurtheilten, so weit es irgend noch möglich ist, in den vorigen Stand zurück.

5) Im Civilprocesse wird die That-Frage nicht minder als die des Rechts nach positiv-juristischen Regeln entschieden. Nicht was wirklich wahr, sondern was juristisch erscheinend ist, dient dem Rechtserkenntnisse zur Grundlage. That und Recht sind dergestalt so innig mit einander verbunden und verwoben, daß die beiden Fragen durchaus nicht von einander zu trennen, sondern nur zusammen

zu entscheiden sind. Ganz anders im Strafproceſſe. Hier iſt die Thatfrage keine juristische, ſondern einfach hiſtoriſche, weil nicht auf Rechtsgeschäfte ſich beziehende, ſondern auf Verbrechen der überhaupt auf Handlungen oder Begebenheiten, zu deren Innwerden oder Erkennen der gemein menſchliche Verſtand hinreicht, ja geeigneter iſt, als der in den beengenden Formen der poſitiven Jurisprudenz befangene. Hier alſo iſt es thunlich und gut, die Thatfrage von der Rechtsfrage wirklich zu trennen, namentlich alſo vorerſt die erſte — alſo die: ob ſchuldig oder nicht ſchuldig — durch freie, ein vernünftige Ueberzeugung einer Anzahl verſtändiger und redlicher Männer, und ſodann die zweite, nämlich die Anwendung des Geſetzes auf die jezt gefundene That, durch juristiſchkunſtverſtändige Richter entſcheiden zu laſſen. Auf dieſer Idee beruht die Einſetzung des Geſchworengerichts oder der Jury (ſ. d. Art.), welche die glücklichſte Erfindung des menſchlichen Geiſtes in Sachen des Rechtes iſt, und ohne welche kaum eine Möglichkeit der Verhütung ungerechter, weil anſtatt auf wirkliche Wahrheit nur auf trügeriſche juristiſche Erſcheinung gebauter Urtheile übrig bleibt.

6) Gleichwohl genügt auch dieſe, wiewohl überaus koſtbare Einſetzung zur völligen Sicherung des Rechts in peinlichen Sachen nicht. Das Geſchworengericht, das Organ — keineswegs des Volkswillens, weil das Volk hier nichts als das Recht zu wollen, und der Wahrheit oder Unwahrheit niemals der Wille, ſondern nur der Verſtand zu entſcheiden hat, ſondern — des gefunden, rechtlichen Menſchenverſtandes muß, zur thunlichſten Beſeitigung jeder Gefahr der Verirrung oder der Unlauterkeit, unter der Controle derſelben Auctorität ſtehen, in deren Namen es ſpricht, d. h. unter jener der verſtändigen öffentlichen Meinung; und noch unentbehrlicher als bei einem (nach guten Grundſätzen gebildeten) Geſchworengerichte ſolche Controle bei den den Proceß leitenden und das Straferkenntniß unmittelbar ausſprechenden Richtern des Rechts. Dieſe Controle nun liegt allein in der Deffentlichkeit (alſo auch Mündlichkeit) des ganzen Hauptverfahrens. (S. „Deffentlichkeit und Mündlichkeit.“) Nicht nur der Angeklagte, um deſſen heiligſte perſönliche Rechte es ſich handelt, ſondern auch das ganze Volk, deſſen eigene Sache die Verurteilung der Verbrechen iſt, und welches ſowohl durch die Freisprechung der Schuldigen, als durch die Verurtheilung der Unſchuldigen in ſeinen höchſten Interellen gekränkt oder gefährdet wird, hat das Recht, die öffentliche Verhandlung zu fordern; jener, damit er vor der ganzen Geſellſchaft, in deren Namen er angeklagt iſt, ſeine Vertheidigung führen und über jede etwa während der Unterſuchungshaft erfahrene Verletzung klagen könne; dieſes, damit es ſich überzeuge, daß nach Recht und Geſetz gerichtet werde. Auch für die Civiljuſtiz iſt der Grundſatz der Deffentlichkeit und Mündlichkeit gültig; doch hier von unvergleichbar geringerer Wichtigkeit als für die Criminaljuſtiz. Der Civilproceß nämlich iſt bloß Sache der Parteien; und wenn dieſe mit

einer geheimen und einer schriftlichen Verhandlung zufrieden sind, so hat Niemand dagegen Einsprache zu thun. Es können ja die Parteien sogar an selbstgewählte Schiedsrichter sich wenden. So lange also nicht sie selbst das ordentliche Gericht und die Publicität begehren, so geht ihre Sache das Volk nicht an. Strassachen aber, wie schon oben bemerkt worden, sind in zwiefach wichtiger Beziehung zugleich Angelegenheiten der Gesammtheit; und, was den Angeklagten selbst betrifft, so ist die Verweigerung der Oeffentlichkeit ein schreiendes Unrecht. Auch wo keine Geschworenen, sondern nur ständige, über That und Recht zugleich entscheidende Gerichte bestehen, ist die Oeffentlichkeit eine Rechtsforderung, ja hier noch dringlicher. Ein in geheimer Berathung hinter verschlossenen Thüren gehaltenes Gericht — zumal wenn bloß auf den Grund aus der Ferne eingeschickter, nicht einmal hinreichend beglaubigter Untersuchungsacten und über einen abwesenden, den Richtern persönlich unbekannten, von ihnen nie gesehenen noch gehörten Inculpaten gehalten — ist etwas Schauerliches, der Fehle zu Vergleichendes, den Verdacht oder die Furcht grausenhaften Justizmordes Erregendes, weil die Möglichkeit davon mit sich Führendes. Oeffentlichkeit der Strafgerichte, zumal in Zeiten politischer Zwiste und Parteiung, überhaupt wo immer auch nur die entfernteste Gefahr des Gewaltmißbrauchs obwaltet, ist eine von der rechtlichen Vernunft und vom Zeitgeiste mit Entschiedenheit erhobene und ohne die selbstanklagendste Auslehnung gegen beide nimmer zurückzuweisende Forderung.

Von den übrigen Principien des Strafprocesses, so wie von jenen der eigentlichen Strafgesetzgebung, werden wir in dem Artikel „Strafrecht“ sprechen. Von jenen der Civilrechtsgesetzgebung aber wird theils unter der Rubrik „Naturrecht“, theils unter den dem positiven Rechte gewidmeten Artikeln die Rede sein.

Die voranstehenden Ausführungen mögen zugleich als Andeutung des Inhalts und Umfangs der Justizwissenschaft dienen. Diese ist nämlich der Inbegriff derjenigen Rechts- und politischen Grundsätze und Lehren, welche die Begriffsbestimmung, die Gebietsabgrenzung, die Zwecke und die gesammte Thätigkeit der Justizgewalt in gesetzgebender und administrativer Sphäre zum Gegenstande haben. Sie ist, obgleich der Jurisprudenz verwandt oder nahe liegend, dennoch, ihrem Wesen nach, ein Zweig der Staatswissenschaft, nämlich eines jener Hoheitsgebiete regelnd, in welche nach objectivem Theilungsgrunde die allgemeine Staatsgewalt zerfällt, demnach mit den übrigen, solche Gebiete regelnden Disciplinen, als der Polizeiwissenschaft, Staatswirthschaft, Finanzwissenschaft, auswärtigen Politik und Militärwissenschaft — oder wie man sonst diese Gebiete bestimmt und wohl auch unterabtheilt — das Ganze der materiellen, nämlich die Staatszwecke theils direct, theils indirect erstrebenden Politik (verschieden also von der formellen, d. h. bloß den Organismus und die Personification der Staatsgewalten, so wie die Formen ihrer

Thätigkeit regelnden Politik) ausmacht. (Vergl. in meines „Lehrbuchs des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften“ II. Bande den „encyklopädischen Ueberblick der Staatsdisciplinen.“)

Es ist schon oben bemerkt, daß die Justizgewalt, so wie ihre Schwestergewalten, sich in zweierlei Thätigkeitsphären bewege, nämlich in gesetzgebender und in verwaltender. Auch ist der Inhalt beider bereits am Anfange dieses Artikels im Allgemeinen angegeben. Es entsteht jedoch noch die Frage: gehört auch die Rechts-Gesetzgebung für Civil- und für Strafsachen der Justiz an? — Wir antworten: die Justiz ist eine Anstalt zum Erkennen und Handhaben des Rechtes, also nicht eigentlich zum Feststellen oder Bestimmen desselben, in so fern nicht Letzteres zugleich als Bedingung oder Mittel zu Ersterem erscheint. Das Recht nämlich besteht theils schon vor aller Staatsgewalt und unabhängig von derselben, sei es vermöge Vernunftgesetzes, sei es vermöge freier Convention oder überhaupt historischen (der Staatsgewalt nicht entfloßenen) Ursprungs; theils wird es von der Staatsgewalt im Interesse der allgemeinen politischen Zwecke statuiert oder modificirt. Jenes erstgedachte Recht wird also der Staatsgewalt gegeben und ihr zum Schutze und zur Handhabung anvertraut, nicht aber von ihr geschaffen; das der zweiten Art aber wird solches zwar, doch nicht eben von der Justiz-Gewalt, sondern von der allgemeinen Staatsgewalt und im Interesse der verschiedenen besonderen Thätigkeitsphären, worin dieselbe sich äußert (als der Polizei, der Staatswirthschaft u. s. w.). Nur in so fern die Statuirung eigens den Zweck hat, durch Hellung der Mängel und Unbestimmtheiten des natürlichen und des conventionellen Rechts das Erkennen und Handhaben desselben zu erleichtern oder möglich zu machen, überhaupt also bloß subsidia-
risch zu bestimmen, was Recht sein oder vom Staate als solches geachtet werden soll, gehört solche Festsetzung der Justizgewalt an; doch soll sie dabei nicht willkürlich verfahren, sondern nach den Vorschriften einer geläuterten Jurisprudenz, welcher letzten demnach die eigentliche Auctorität dabei zukommt. Dasselbe ist zu sagen von der Straf-Gesetzgebung, welche übrigens weit mehr als jene des Civilrechts dem Willen der Staatsgewalt entfließt, die da nämlich wirkliche Gebote und Verbote (nicht bloße Rechts-Sätze) hier aufstellt und durch Strafandrohung sanctionirt. Diese Straf-Bestimmungen nun sind ihrer vorherrschenden Natur nach wirkliche Justiz-Gesetze, obschon dabei auch noch andere politische Interessen in Betrachtung kommen und bei Festsetzung der Strafart und des Strafmaßes von Einfluß sein können. Eben so ist die Proceß-Gesetzgebung, und zwar die civilrechtliche nicht minder als die strafrechtliche, nach ihrer vorherrschenden Eigenschaft der Justizgewalt angehörig, obschon auch hier verschiedenartige politische Rücksichten sich geltend machen dürfen, im Ganzen aber die vernünftige Jurisprudenz den Stab führen soll.

Wohl dem Staate, worin die Justiz-Gesetzgebung und Verwaltung der reinen Idee derselben entsprechend, d. h. nichts Anderes als die Erkenntniß und Handhabung des wahren Rechtes, und zwar als solches, bezweckend sind! Tausend andere Gebrechen der Staats-Verfassung und Regierung erträgt man mit Ergebung, wenn nur wenigstens das Recht, als solches, gesichert und der Tempel der Themis nicht durch Corruption entweiht ist. Ist aber oder würde einmal in einem Staate die heilige Justiz zur Dienstmagd oder zum schlechten Werkzeuge der Tyrannei, oder auch nur der launenhaften Willkür oder des übermüthigen Parteigeistes mißbraucht und herabgewürdigt, hörte die Unabhängigkeit der Gerichte und die gesicherte Stellung der Richter auf, würden die Richterstellen mit Sklaven der Hofgunst oder mit Creaturen der Minister besetzt, oder würden die Urtheilssprüche den Richtern von der Gewalt dictirt oder wenigstens der Genehmigung dieser Gewalt unterworfen, würden die sogenannten „Finger des Rechts“ in Trabanten der Gewalt verwandelt: alsdann wäre für die Gesellschaft besser, daß sie sich auflöste, und daß ihre Mitglieder in dem im Naturstande bestehenden Selbstvertheidigungsrechte einigen Ersatz für die ihnen vom Staate versagte Rechtsgarantie suchten. Rotted.

Justizverfassung, s. Organisation und Cabinetsjustiz.

Justizverweigerung; die Bedingungen ihres Eintrittes und die des Landes- und des Bundesschutzes gegen dieselbe. — I. Begriff. Unter Justizverweigerung versteht man jede rechtswidrige Verweigerung, Verzögerung oder Verstörung des verfassungsmäßigen richterlichen Schutzes für bestrittenes oder verletztes Recht. Sie kann eine richterliche Justizverweigerung sein, das heißt von den Gerichten selbst und allein ausgehen. Ist dieses der Fall, so sind theils die Obergerichte, theils die Regierung und zunächst das Justizministerium um Schutz anzugehen. Letztere haben alsdann die Gerichte, ohne weitere Einmischung in die Sache selbst oder in den gesetzlichen Gang ihrer Verhandlung, anzuhalten, ihre verfassungsmäßige richterliche Schuldigkeit zu erfüllen und die richterliche Hülfe in der gesetzlichen Zeit und Art zu leisten. Sie haben sogenannte promotoriales und mandata de administranda justitia zu erlassen, und überhaupt auf verfassungsmäßigen Wegen, so weit es nöthig ist, mit Zuziehung der Stände und durch Gesetze und verfassungsmäßige Reformen der Gerichtsorganisation, für die ordnungsmäßige Leistung der Rechtshülfe von guten unabhängigen Gerichten zu sorgen. Hierzu können sie bei Verzögerung und Verweigerung der Justiz von Seiten der Gerichte durch Recurse der Betheiligten aufgefordert werden *).

*) Klüber, öffentliches Recht §. 373.

Bedeutender aber und schwieriger zu behandeln ist die Regierungsjustizverweigerung oder diejenige, welche von der Regierungsgewalt verschuldet wird. Sie kann theils darin bestehen, daß die Regierung, auf erhobene Beschwerde, jene Pflicht, die Gerichte zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten, nicht erfüllt; theils darin, daß sie selbst es verhindert, daß die Rechtsforderung von den Gerichten angenommen oder die Rechtshülfe in der gehörigen Zeit und Art mit richterlicher Unabhängigkeit geleistet, daß das Proceßverfahren ordnungsmäßig zu seinem Ende geführt, das richterliche Urtheil gesprochen und vollzogen wird. Es gehört also hierhin außer der Versagung der Hülfe gegen gerichtliche Justizverweigerung jede Verhinderung einer ordentlichen Leistung der richterlichen Hülfe, insbesondere aber jede mittelbare oder unmittelbare, verschleierte oder unverschleierte, jede auf einen einzelnen Fall beschränkte oder durch Verordnung allgemeiner ausgedehnte Cabinetsjustiz*). Von dieser letzteren wurde bereits oben vollständig gehandelt.

II. Wichtigkeit des Schutzes gegen alle Justizverweigerung. Bestimmungen des deutschen Bundes darüber. Es bedarf hier am Wenigsten weiterer Ausführung, daß unabhängiger Rechtsschutz die erste Forderung der Pflicht, der Ehre und der wahren Politik der Regierungen und Staaten, vor Allem der deutschen Regierungen, ist. Ein wahrer, dieses heißt ein unparteiischer, mithin der ordnungsmäßige unabhängige gerichtliche Rechtsschutz, ist die Grundbedingung aller Sicherheit der Regenten, wie der Bürger, er ist das heiligste Gut und die unentbehrlichste Grundlage der Staaten, er ist der erste und wichtigste Grund für die Begründung und Anerkennung der Regierungsgewalt, die Bedingung endlich der Verzichtleistung freier Menschen auf ihr allgemeinstes natürliches Recht, auf ihre eigene und gewaltsame Selbstvertheidigung und Selbsthülfe. Und diese letztere, jede List und Gewalt der Bürger und jede Revolution wird durch nichts in der Welt mehr herausgefordert als durch Justizverweigerung. Ihre und insbesondere aller Cabinetsjustiz Verhinderung bleibt daher auch die erste und heiligste Aufgabe aller Verfassungen, aller Regierungen und Ständerversammlungen. Es war daher gewiß eine wahre politische Weisheit, daß der deutsche Bund, obwohl er seiner völkerrechtlichen Natur und seinem Zwecke, also der Regel nach die Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten ausschließt, dennoch durch besondere Bestimmungen für unabhängige Rechtsverwaltung, für den Ausschluß aller Justizverweigerung und aller Cabinetsjustiz zu wirken suchte. Es war dieses eine Erinnerung an den schönsten Grundzug unseres früheren vaterländischen Rechtszustandes, an den ersten Grundgedanken der deut-

*) S. Klüber a. a. O. §. 169 und oben Bd. III. S. 178 ff.

schen Reichsverfassung; ja man kann sagen, es war ein politischer Lebensinstinct des neuen deutschen Bundes.

Diese besonderen Bestimmungen aber sind für's Erste der Artikel XII der Bundesacte. Derselbe lautet folgendermaßen:

„Diejenigen Bundesglieder, deren Besitzungen nicht eine Volkszahl von 300,000 Seelen erreichen, werden sich mit den ihnen verwandten Häusern oder anderen Bundesgliedern, mit welchen sie wenigstens eine solche Volkszahl ausmachen, zur Bildung eines obersten Gerichts vereinigen. In den Staaten von solcher Volksmenge, in welchen schon jetzt dergleichen Gerichte dritter Instanz vorhanden sind, werden jedoch diese in ihrer bisherigen Eigenschaft erhalten, wofern nur die Volkszahl, über welche sie sich erstrecken, nicht unter 150,000 Seelen ist. — Den vier freien Städten steht das Recht zu, sich untereinander über die Errichtung eines gemeinschaftlichen obersten Gerichts zu vereinigen.“

„Bei den solchergestalt errichteten gemeinschaftlichen obersten Gerichten soll jeder der Parteien gestattet sein, auf die Verschickung der Acten auf eine deutsche Facultät oder an einen Schöppenstuhl zur Abfassung des Endurtheils anzutragen.“

Dieser Artikel steht an der Spitze aller der „besonderen Bestimmungen“, durch welche, neben den „auf die Feststellung des (völkerrechtlichen) „Bundes gerichteten Puncten“, wenigstens in den allerwesentlichsten Hauptmomenten der nationale deutsche Rechtszustand verbürgt und dem Vereine der nationale Grundcharakter sollt gerettet werden*). Er ist, als die erste aller dieser besonderen Bestimmungen, selbst der Zusicherung der landständischen Verfassung vorangestellt. Durch diese Stellung und durch seinen Inhalt wollte in der That die Bundesacte jenen wesentlichsten Grundsatz des deutschen Reichs, sie wollte die verfassungsmäßige Feststellung der Unabhängigkeit und der Organisation tüchtiger Gerichte und den Ausschluß jeder Cabinetsjustiz heiligen. Zwar bei der großen Scheu gegen Aufnahme staatsrechtlicher Bestimmungen, welche dem deutschen Bunde, als einem seinem rechtlichen Grundcharakter und seinem Bundeszwecke nach völkerrechtlichen Vereine**), sehr natürlich war, unterwirft dieser Artikel nur die Länder unter 300,000 Seelen seiner ausdrücklichen beschränkenden Bestimmung und der zu seiner Erhaltung etwa nöthigen Einschreitung in die inneren Verhältnisse souveräner Bundesstaaten. Er thut dieses, weil die Kleinheit dieser Staaten befürchten ließ, daß sie für sich allein nicht in dem Sinne der alten Reichsgesetzgebung und zum Erfasse der unabhängigen Reichsgerichte, deren Wiederherstellung man vergeblich versucht hatte, mit der gehörigen Anzahl tüchtiger unabhängiger Richter besetzte höchste Gerichte dritter Instanz bilden möchten. Deshalb zwingt er

*) S. hierüber oben Bd. V. S. 351.

**) S. vorige Note.

sich zur gemeinschaftlichen Bildung solcher Gerichte zu vereinigen. Außerdem aber zwingt er sie auch noch neben diesen Gerichten zur billigeren Sicherung unabhängiger Justiz, das für sie so wohlthätige, in dem Deutschen Reiche allgemein verfassungsmäßige Schutzrecht, das Recht nämlich zur Actenversendung*), den Parteien in der dritten Instanz wenigstens frei zu lassen. Nur ein Wenigstes sollte auch der Bundeszwang den Unterthanen sichern. Das Mehrere wurde sich hier, so wie bei Zusicherungen des freien Wegzugs und der Befreiung des Nachdrucks, von den einzelnen Regierungen gehofft und ihnen freigelassen. Die größeren Staaten aber unterwirft deshalb der Artikel keiner ausdrücklichen besonderen Beschränkung, weil er bei ihnen von der Voraussetzung ausging, daß sie die allgemeine deutsche Rechtspflicht der Vorsorge für unabhängige Justiz und insbesondere auch für gehörig unabhängige tüchtige Gerichtshöfe der dritten Instanz von selbst nicht bloß anerkennen, sondern auch ausüben würden. Diese Voraussetzung mußte der Artikel XII nothwendig seiner Bestimmung zu Grunde legen, weil ja, nach der im Artikel III derselben Bundesacte ausdrücklich garantirten Rechtsleichheit für alle Bundesstaaten, für die kleineren keine anderen Rechtsgrundsätze als gültig angenommen werden können, als für die größeren.

Eben deshalb nun konnte sich später auch die Bundesversammlung und dann die Wiener Schlußacte, welche sich selbst an die Bundesacte, als den ersten Grundvertrag des Bundes, gebunden erklären, ermächtigt halten, in Beziehung auf alle deutschen Staaten die unabhängige Rechtsverwaltung in ihrer Durchführung noch unter ihren besonderen Schutz zu stellen. Es läßt sich dieses keineswegs mit Klüber und Anderen aus dem allgemeinen Bundeszwecke ableiten und rechtfertigen, indem dieser ja nach dem Obigen ein rein völkerrechtlicher ist. Vielmehr fließt diese Bestimmung aus dem dem Artikel XII zu Grunde liegenden, in ihm mittelbar anerkannten und geheiligten allgemeinen Rechtsprincip einer völlig unabhängigen unparteiischen Rechtspflege. Die Bestimmung der Schlußacte aber ist der Artikel XXIX. Er lautet folgendermaßen:

„Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, unerwiesene und nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.“

In Gemäßheit dieses Artikels und nach den dem ehemaligen Reichsadel im Artikel XIV der Bundesacte besonders zugesicherten

*) S. oben diesen Artikel.

Rechten verfügt dann noch der Artikel LXIII der Schlußacte, obwohl auch die Streitigkeiten über diese Rechte natürlich an die Landesgerichte gewiesen sind, ausdrücklich:

„— so bleibt denselben doch, im Falle der verweigerten gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechtshülfe oder einer einseitigen zu ihrem Nachtheil erfolgten legislativen Erklärung der durch die Bundesacte ihnen zugesicherten Rechte, der Recurs an die Bundesversammlung vorbehalten; und diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, eine genügende Abhülfe zu bewirken“ *).

III. Nähere Bedingungen des Eintritts einer Justizverweigerung und des Schutzes gegen dieselbe. — Zur Beantwortung der hier nach dem natürlichen und dem positiven deutschen Staatsrechte sich ergebenden Fragen scheint nun für's Erste so viel unbestreitbar, daß jede rechtliche Verfassung und auch die citirten Artikel des deutschen Bundes, so ferne nur von wahren Rechtsachen die Rede ist, gegen jede wirkliche Justizverweigerung in dem zuvor unter I. aufgestellten Umfange des Begriffs Schutz verbürgen.

Es folgt dieses rücksichtlich des Sinnes der Bundesbestimmungen schon aus dem historischen deutschen Staatsrechte, dessen Rechtsschutz hier offenbar der Bund dem Grundsatz nach erneuern wollte, und welches unbestreitbar alle und jede Justizverweigerung umf. ste **). In diesem Sinne gab auch das Bundespräsidium jene wiederholt durch alle Bundesgesandtschaften und die doppelten besonderen Instructionen ihrer Regierungen bestätigte Erklärung gegen Kuthessen, bei Gelegenheit des Recurses wegen Justizverweigerung von Seiten des Dekonomen Hoffmann. Diese ist um so merkwürdiger, da sie schon am 17. März 1817 gegeben wurde, also noch ehe die Schlußacte von 1820 die ausdrückliche Zusicherung des Bundeschutzes gegen Justizverweigerung gegeben hatte. Sie sagt unter Anderem: „Die Bundesversammlung wird, eingedenk der hohen Bestimmung, zu der sie berufen worden, und der Vorschriften und Zwecke der Bundesacte, sich durch keine ungleiche Beurtheilung eines einzelnen Bundesgliedes abhalten lassen, innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken, die sie nie vergessen hat, noch je vergessen wird, selbst bedrängter Unterthanen sich anzunehmen und auch ihnen die Ueberzeugung zu verschaffen, daß Deutschland nur darum mit dem Blute der Völker von fremdem Joche befreit und die Länder ihren rechtmäßigen Regenten zurückgegeben worden, damit überall ein

*) Die früheren allgemeinen Erklärungen der Bundesversammlung bei Klüber §. 169.

**) S. oben Bd. III. 176—185. und die Literatur bei Klüber a. a. O. §. 169.

„rechtlicher Zustand an die Stelle der Willkür treten möge“ *).

Es folgt jenes auch aus den allgemeinen Ausdrücken der *Schlussacte*, welche jede „Verweigerung und Hemmung der Justiz“ oder „der gesetz- und verfassungsmäßigen Rechtshülfe“ umfassen. Sowohl für das Wesen und den Begriff einer Justizverweigerung oder auch des Schutzes gegen Verweigerung der Rechtshülfe, wie für die rechtlichen und politischen Gründe der Bundesbestimmung stehen sich alle verschiedenen, oben unter I. angeedeuteten Arten der Justizverweigerung völlig gleich. Es ist z. B. offenbar einerlei, ob der Regent den Gerichten verbietet, in einer Rechtsache die Klage anzunehmen, indem er sie etwa einseitig zu einer Administrativsache erklärt, oder ob er sie verhindert, dieselbe nach dem bisherigen verfassungsmäßig gültigen Rechte und Proceßgange zu verhandeln und zu entscheiden, oder ob er, wie der Herzog von Braunschweig gegen den Freiherrn von Sierstorpff, die Vollziehung des gültig gesprochenen Urtheils verhindert und dasselbe cassirt. Es ist einerlei, ob er dieses Alles durch bestimmte Beziehung auf einen besonderen Fall geradezu ausspricht, oder ob der Zweck durch allgemeinere rechts- und verfassungswidrige Verfügungen, Einrichtung von Cabinetsinstanzen oder durch Entscheidungen abhängiger Behörden und incompetenter Commissionen, oder auch durch Befehle der Rückwirkungen outhentischer Interpretationen oder anderer neuer Gesetze erreicht werden soll**). Es wäre sogar noch verderblicher und empörender, durch solche schändliche Schleichwege die Würde selbst der Regierung und der Gesetzgebung noch mehr zu missbrauchen und zu entehren, als durch die offenen Machtsprüche der Gewalt. Auch hat die Bundesversammlung stets ausdrücklich ihr Recht und ihre Pflicht anerkannt, ganz nach den Grundsätzen des alten deutschen Reichsrechts: „die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gerichte, ihrer nur durch eine verfassungsmäßige Gesetzgebung zu verändernden Organisation und der Rechtsprechung“ zu schützen, sie insbesondere auch gegen jede Art der Cabinetsjustiz vermittelt verfassungswidriger Gesetze und Rückwirkungen, vermittelt der Administrativjustiz u. s. w. zu schützen***).

IV. Fortsetzung; insbesondere was ist Justizsache im juristischen Sinne oder im Sinne der Justizverweigerung? Schwieriger ist für's Zweite die Frage: welche Sachen denn als wahre Rechtsachen in dem Sinne anzusehen sind, daß

*) Siehe überhaupt die hierher gehörigen Bundeserklärungen bei Klüber, öffentl. Recht §. 217. 218 und 169.

**) Klüber §. 169.

***). S. Klüber §. 169. 217. 239. 366. 373. 391. 474. 535. 550 und oben Bd. III. S. 176 ff. Zu vergleichen sind insbesondere die provisorische Competenzbestimmung 1817 §. 223. Art. 4. n. 4. und der gebilligte Wangenheim'sche Vortrag in der Beilage 8 zum Prot. v. 5. Juni 1823 und das Prot. v. 29. März 1821 §. 88 und die Prot. v. 1818 §. 241. Bd. VI. S. 226. u. v. 1826 §. 75. Bd. XVIII. S. 159.

bei ihnen eine Justizverweigerung angenommen werden kann, ob und in wie weit auch Sachen des öffentlichen Rechts, Streitigkeiten über Verfassungs- und Administrationsverhältnisse? Hier müssen nun vor allen Dingen zwei Hauptfragen wohl unterschieden werden.

Die eine ist die im vorhergehenden Artikel untersuchte politische und legislative Frage: in wie weit es etwa, je nach den besonderen Culturzuständen und Verfassungen, politisch möglich und rathlich sei, durch die besondere positive Gesetzgebung die Rechtsachen den gewöhnlichen ordentlichen Gerichten zu entziehen oder zu belassen? Hier belästigt dann natürlich jener Artikel unbedingt alle Civil- und Criminalsachen der Verhandlung und Entscheidung der möglichst unabhängigen ordentlichen Gerichte, und eben so von anderen öffentlichen Rechtsachen, auch noch außer den Criminalprocessen, diejenigen, bei welchen sich diese Verhandlung und Entscheidung ihrer allgemeinen Natur oder den besonderen Verhältnissen nach wichtig, sichernd und zugleich leicht ausführbar zeigt. Für diese zieht er auch die ordentlichen unabhängigen Gerichte der französischen Erfindung einer sogenannten Administrativjustizinstanz vor. Auch für die Kompetenzconflicte zieht er natürlich die Entscheidung der Gerichte vor, so lange nicht eine völlig unabhängige besondere Gerichtsbehörde für sie gebildet ist. Der Kummer, der Verdruß und die Besorgniß über die jetzige tägliche Minderung der ehrwürdigen früheren richterlichen Unabhängigkeit, wie sie ehemals durch die wahre Inamovibilität der Richter, durch ihre weniger willkürliche Anstellung und Beförderung, durch feste verfassungsmäßige Organisation der Gerichte, durch die ganz unabhängige Reichsjustiz, durch die reichsverfassungsmäßige allgemeine Freiheit der Actenversendung und durch die vergleichungsweise größere Oeffentlichkeit der richterlichen Verhandlungen geschützt wurde — dieser natürlichste patriotische Kummer und Verdruß bewirkt übrigens begreiflich in neueren Zeiten unwillkürlich oft bei Beantwortung jener Fragen manche fast gleichgültige oder geringschätzende Aeußerungen in Beziehung auf den Vorzug der Justizentscheidung, Aeußerungen, welche früher in unserem deutschen Vaterlande unerhört waren.

Die zweite Hauptfrage ist die in diesem gegenwärtigen Artikel zu behandelnde juristische und richterliche Frage: „welche Sachen gehören dem Rechte nach vor die Gerichte, entweder absolut nothwendig oder wenigstens nach dem Naturrechte, nach der allgemeinen Natur eines rechtlichen Zustandes, einer rechtlichen Verfassung, mithin nach der allgemeinen juristischen Voraussetzung, so daß sie im Zweifel als wahre Justizsachen von den Gerichten angenommen werden müssen, und daß jede Störung der unabhängigen richterlichen Verhandlung und Entscheidung derselben als Justizverweigerung anzusehen ist, bis und so weit etwa ausnahmsweise eine erwiesene und streng auszuliegende verfassungsmäßig gültige besondere positive Einrichtung oder Bestimmung sie der Entscheidung der Gerichte entzieht?“

Nur Entscheidung dieser zweiten Hauptfrage nun führen die oben S. 11 ff. und die im Artikel „Cabinetsjustiz“ aufgestellten Hauptgrundsätze:

1) Die Grundlage, die Grundbedingung und die Grundform jeder rechtlichen oder freien Gesellschaft, also auch der Staaten, sobald und so ferne sie rechtlich wurden, ist die Heiligkeit und der rechtliche Schutz der Rechte aller Gesellschaftsglieder, der ursprünglichen so wie derjenigen, welche in den ebenfalls auf der rechtlichen Grundlage ruhenden, an die rechtlichen Grundformen gebundenen politischen Verhältnissen erworben werden. Nur unter dieser Grundbedingung dürfen und mögen freie und gewissenhafte Männer, welche ja ihr Recht zur Behauptung und Verwirklichung ihrer Würde, ihrer Ueberzeugung und ihrer Bestimmung fordern und bedürfen, auf dessen Selbstvertheidigung verzichten und sich zum gemeinschaftlichen Staat verbinden und seiner Gewalt unterwerfen.

2) Der gerechte Schutz für ihre Rechte, dieses heißt aber, im Falle der Rechtsstreitigkeit, die Entscheidung unparteilicher, von allen fremden und politischen Interessen unabhängig, bloß nach dem Recht richtender Dritten — dieses ist mithin das erste und heiligste grundvertragmäßige Recht aller würdigen freien Gesellschaftsglieder. So wie es die Grundbedingung meiner Entsagung auf Selbsthülfe zum Schutze meines heiligen Rechtskreises war, so bleibt dieses Recht der Selbsthülfe aber erwacht in dem Maße, als der rechtliche Schutz nicht geleistet oder als er ohne anderen verfassungsmäßigen Ersatz aufgehoben wird. Schon wie in allen Staaten gestattete Nothwehr und Selbsthülfe in Fällen des Wegfallens gerichtlicher Hülfe erkennt dieses älteste, natürlichste aller Rechte an. Mehr aber noch, als gesetzliche Rechtszugeständnisse oder Verbote, wirkt hier überall die unüberwindliche Natur der Dinge.

3) Dieses selbst noch dem eigentlichen Staate vorausgehende Recht auf unabhängigen richterlichen Schutz ist und bleibt eine besondere selbstständige Hauptaufgabe auch bei aller Organisation der Staatsgewalt. Es ist dabei gleichgültig, wie man diese Staatsgewalt betrachten wolle, entweder in atomistischer und synthetischer Zusammensetzung nach den verschiedenen Hauptbedürfnissen der Gesellschaft, oder auch nach analytischer Entwicklung ihrer Natur und ihrer verschiedenen selbstständigen Hauptfunctionen oder Gewaltsphären, oder auch endlich nach ihrer ursprünglichen und allmäligen historischen Entwicklung. Nach dieser letzteren bildet jene unparteiliche schiedsrichterliche Vermittelung der Streithändel durch unparteiliche Dritte, durch unparteiliche Genossen, häufig unter Vorßiz ausermählter älterer, weiserer, angesehenerer Vorstände, den ersten Hauptbestandtheil für eine Staatseinigung und für Entstehung einer Staatsgewalt. Nur erst mit einer etwas vollkommneren Entwicklung des Organismus des Staatslebens bildet

sich hierneben auch eine selbstständige allgemeine gesetzgebende und eine allgemein regierende Function oder Gewalt aus. In dem Maße aber, wie sie sich, wie sich überhaupt der Organismus des Staatslebens vollkommener entwickelt, bildet sich auch jene ursprüngliche öffentliche Function und Gewalt, die richterliche, in ihrer Würde und Selbstständigkeit aus. Es ist dieses ganz ähnlich in der That, wie stets vollkommener in den stufenweise höheren thierischen Organisationen, am Vollkommensten endlich im Menschen die früher vermischten drei Hauptfunctionen der Ernährungs-, der Bewegungs-, der Nerventhätigkeit mit ihren Hauptorganen und deren Hauptsitzen in Bauch, Brust und Kopf selbstständig neben und aus einander treten und dennoch zugleich, stets neu vereinigt durch die gemeinschaftliche Lebenskraft, harmonisch zusammenwirken. Eben so treten in den vollkommeneren Staatsorganisationen immer selbstständiger aus einander und einigen sich wieder, unter Herrschaft der nationalen Staatsidee und Lebenskraft, die allgemeine Regierung, die Gesetzgebung und die Richtergewalt.

Darüber indessen, daß die für die gerechte richterliche Function wesentliche Unparteilichkeit, noch mehr als der für sie nöthige juristische Kunstverstand, die selbstständige unabhängige Stellung von unparteiischen Dritten fordere, oder eine Richtergewalt frei von Vermischung mit der regierenden und gesetzgebenden Gewalt, frei von deren Einflüssen auf ihr Richten nach dem bestehenden Rechte — darüber ist, auch abgesehen von der theoretischen Begründung, wenigstens dem Resultate nach die civilisirte Welt einig.

Während immer mehr mit Bewußtsein alle vollkommeneren Staatsorganisationen, wie z. B. die von England, Frankreich, Holland, Schweden, vollends die von Amerika, die der neueren schweizerischen, der belgischen, spanischen, portugiesischen Verfassungen, jene drei Gewalten, ihre Selbstständigkeit und ihre organische Vermittelung zu ihrer Grundlage und Hauptaufgabe machen, wollen freilich einzelne neuere Theoretiker gerade die richterliche Function nicht als eine selbstständige dritte Gewalt anerkennen, sie, diese richterliche Gewalt, deren Name doch so alt ist, als die Geschichte civilisirter Staaten, welche selbst älter und vielleicht unentbehrlicher ist, als die regierende und gesetzgebende.

Sie wenden für's Erste ein: die Vollziehung richterlicher Urtheile gehöre der Regierung an, das richterliche Urtheil selbst aber lediglich, eben so wie die Lösung eines mathematischen Problems, eine Function der Urtheilskraft und etwa eines juristischen Kunstverstandes, kein Willensact. Allein es ist schon gegen die Natur der Sache und gegen alle geschichtliche Gerichtseinrichtung, alle Vollziehung gerichtlicher Anordnungen gänzlich von den Gerichten loszureißen. Will man aber auch dieses, so darf man dennoch bloße logische und kunstverständige Urtheile von Nichtrichtern über einzelne Rechts-

Streitigkeiten keineswegs mit den Entscheidungen der Gerichte verwechseln. Nur die letzteren haben ja politische und juristische Kraft und Gewalt. Sie haben dieselbe, weil diese Function und Gewalt den Staatsgerichten als ein Theil der allgemeinen Staatsgewalt zugetheilt ist. Sind denn etwa die Urtheile aller Menschen oder auch aller Juristen, etwa auch die Urtheile einer juristischen Partei selbst oder die eines rechtsgelehrten Regenten oder seines Justizministeriums über einzelne Rechtsstreitigkeiten gerichtliche Urtheile und von gleicher Gewalt? Die Entscheidungen aber des Gerichts: „der angeklagte Verleger B. soll dem Verletzten A. Schadenersatz leisten“, oder: „der Angeklagte soll als schuldlos anerkannt und sogleich in Freiheit gesetzt werden“, oder: „er soll ehrlos sein“, oder: „er soll mit dem Schwerte vom Leben zum Tode gebracht werden“ — diese Entscheidungen und Befehle haben sogar, wenn bloß Kunstverständige Urtheiler, wenn selbst die Regierung und die gesetzgebende Behörde im vorliegenden Falle das Entgegengesetzte urtheilen, im rechtlichen Staate eine unwiderstehliche Gewalt. Die Regierung selbst und die Gesetzgebung darf sie nicht aufheben, muß sie achten, und alle Bürger haben das Recht und die Pflicht, nach ihnen zu handeln, zum Theil auch noch ohne eine besondere Vollziehung etwa mit den Mitteln der Regierung. Sie werden auch gesprochen mit dem wirksamen Willen und Interesse und Zwecke, daß ihnen gemäß das Recht erhalten und hergestellt werde. Eben so gut, wie die richterliche Gewalt, könnte man auch auf solche Art die gesetzgebende wegräsonniren. Man könnte sagen: der Vollzug der Gesetze sei Sache der Regierung, der Ausspruch der gesetzlichen Regel aber nur eine Function der Urtheilskraft und des legislativen Kunstverständes, welche nur die höchsten Staatsgrundsätze und Staatszwecke auf die besonderen untergeordneten Kreise des staatsgesellschaftlichen Lebens zur Bildung der Regeln für sie richtig anzuwenden. Hat man doch vollends die ganze Rechtsgesetzgebung und gerade die beste, die römische, eine juristische Rechenkunst genannt. Bei dem Gesetzgeber bilden, wie bei dem Richter — nur in etwas verschiedenem Verhältnisse, die verfassungsmäßigen Grundsätze und bereits gültigen allgemeinen Gesetze — z. B. über die persönlichen, über die Eigenthums-, über die Vertragsverhältnisse — die Obersätze. Unter diese werden vom Gesetzgeber zum Zwecke richtiger Schlussfolgerungen auf neue allgemeine gesetzliche Regeln — als Untersätze — die besonderen Rechtskreise über Dienst- oder Kaufverträge subsumirt. Von dem Richter dagegen werden unter jene Obersätze zum Zwecke richtiger Schlussfolgerungen auf seine Richterurtheile über individuelle bestrittene Dienst- oder Kaufverträge — als Untersätze — diese individuellen Verträge subsumirt. Nicht minder hat auch selbst die Regierung unter die verfassungsmäßigen natürlichen und positiven Rechts- und politischen Grundsätze und Gesetze — als Obersätze — alle ihre besonderen Regierungs- und Verwaltungs-

tungs- oder Vollziehungsverhältnisse — als Unterfälle — zum Zweck richtiger Schlußfolgen auf ihre Regierungsbeschlüsse zu subsumiren. Und die eigentliche Kraft und Wirksamkeit, die Gewalt liegt ja auch selbst bei der Regierung und ihren Beschlüssen, gerade wie bei denen der Gesetzgebung und der Gerichte, wesentlich darin, daß die Staatsverfassung diesen Behörden die ausschließliche Gewalt verlieh, diese ihre Beschlüsse Namens des Staates oder mit der Auctorität des verfassungsmäßigen Gesellschaftswillens zu erlassen, und daß deshalb die ganze Gesellschaft sich rechtlich durch sie gebunden hält, und Alle in ihrem Kreise sie vollziehen und vollziehen helfen. Die eigentliche Vollziehung, als letzte materielle Gewalt, liegt überall und wenigstens bei freien Völkern in den Bürgern, in ihrem Willen, in ihren Steuern und ihren Diensten. Alle politische Gewalt aber besteht in der einer bestimmten selbstständigen Hauptbehörde durch die Verfassung verliehenen Function zur Fassung gesellschaftlich gültiger Beschlüsse über die Hauptverhältnisse des gesellschaftlichen Lebens, über Gesetzgebung, über Regierung, über Richterverhältnisse. Hier beruht wohl jede Entgegensetzung von Gewalt der einen und von bloßer Urtheilsfunction der anderen nur auf baaren Mißverständnissen und Verwechselungen, welche aber als sicher verderblich doch nicht länger die wichtigsten praktischen Lehren verwirren oder misleiten sollten.

Die Gegner aber setzen der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der richterlichen Gewalt und der damit zusammenhängenden legitimen Herrschaft derselben in ihrem ganzen Gebiete für's Zweite auch noch die Besorgniß entgegen, dieselbe möge herabwürdigend und lähmend für die souveräne gesetzgebende und regierende Staatsgewalt wirken; und sodann für's Dritte endlich die Behauptung, man müsse der Regierung in Streitigkeiten über öffentliche Rechtsverhältnisse gleiche Fähigkeit und gleich guten Willen zur richtigen Entscheidung zutrauen wie den Gerichten. Hier sei auch die gerichtliche Entscheidung nicht so nöthig und wichtig. Gegen die Fehler der höchsten Gerichte habe man keine Hülfe, und die Regierungen würden die Gerichte noch abhängiger machen, wenn denselben die Entscheidung über öffentliche Rechte zustände. Doch dieses Alles beseitigt meist schon ausführlich — und bis jetzt unwiderlegt — der Artikel „Cabinetjustiz“. Diejenigen Gegner, welche nicht etwa zugleich vollkommenen Absolutismus und Despotismus vertheidigen, widersprechen auch bei diesen Einwendungen beständig sich selbst. So wollen ja auch sie, daß die Gerichte, unabhängig und selbstständig organisirt, alle Civil- und Criminalprocesse und andere an sie verfassungsmäßig gewiesene wichtige öffentliche Rechtsfragen mit höchster Staatsauctorität oder souverän entscheiden, und daß die Regierung und die Gesetzgebung diese Entscheidungen als souveräne Entscheidungen zu achten haben. Wie aber, wenn es die Regierung nicht herabwürdigt und lähmt, wenn sie über

ihr Vermögen, über ihre eigenen Domänen muß den Civilrichter entscheiden lassen, ja wenn sie bei eigener Verletzung durch Hochverrath und Majestätsbeleidigung, wenn sie bei Angriffen auf die ganze Staatsordnung nur durch den Ausspruch der Criminalgerichte die öffentliche Genugthuung und Sicherheit für die Zukunft muß bestimmen lassen — wie soll es sie denn nun auf einmal herabwürdigen und ähmen, wenn so, wie im deutschen Reiche, selbst gegen des Kaisers geheiligte Majestät, wenn so wie in Frankreich, in England und Amerika noch in anderen für sie meist weniger wichtigen Streitigkeiten richterlicher Ausspruch gilt? Da sind wenigstens Herr von Haller und das Berliner Wochenblatt consequent, welche nach dem Obigen (Bd. III. S. 186.) ihre despotischen Regierungen, damit sie nicht herabgewürdigt würden, zum eigenen Richter in ihren Angelegenheiten, vor Allem beim Hochverrath und bei angeblicher Majestätsbeleidigung, machen und alle unparteiische selbstständige Rechtspflege gänzlich aufheben. Wie ferner, wenn die Regierungsbehörden, mit Hülfe etwa auch des Justizministers, niemals die nöthige selbstständige unparteiische Stellung und Kunstverständigkeit haben, um die unbedeutenden Privatstreitigkeiten zwischen fremden Privatpersonen zu entscheiden und die Strafen von Dieben und Räubern zu bestimmen — wie sollen sie denn nun auf einmal die rechten, die besten Richter in ihren eigenen Sachen, in den öffentlichen Rechten, in den Streitigkeiten über Verletzungen durch ihre (und ihrer Organe eigene) Maßregeln sein? Am Unbedenklichsten sicher war noch ihr Richter in Privathändeln und so lange es keine öffentlichen gab, bei deren Entstehung eben alle Völker die Richtergewalt selbstständiger zu organisiren für nothwendig fanden. Und will man wirklich sagen, die Rechte auf Freiheit, Ehre, Vermögen, Gesundheit, Leben und etwa auf den ganzen Gewerbs- und Nahrungsstand der Bürger und ihrer Familien seien, so fern sie durch verfassungswidrige Verordnungen und Regierungsmaßregeln, durch rechtsverletzende Finanz-, Polizei-, oder Zoll-, oder Militär-, oder Forstgewalt verletzt wurden, weniger werth, als wenn sie ein Civil- oder Criminalproceß bedroht? Sind nicht offends alle öffentlichen, alle Verfassungsrechte, z. B. die Staats- und Gemeindebürgerrechte, dem edlen Bürger die werthvollsten Güter? Der Schutz unparteiischer Gerichte aber ist doch jedenfalls auch bei aller menschlichen Unvollkommenheit besser, als die Entscheidung parteiischer, ebenfalls menschlicher Behörde. Und wenn man gegen ihre Abhängigmachung von Seiten der Regierung, statt durch verfassungsmäßigere Organisation, vielmehr nur dadurch forren will, daß man ihrem Schutze die wichtigsten öffentlichen Rechte entzieht, muß man ihnen dann nicht auch die Criminalprocesse, zumal die politischen und die Klagen gegen den Fiscus und Anderes, entziehen? Oder haben etwa die politischen Schutzmittel unserer Rechte bisher so wirksam und ausreichend sich bewiesen, daß wir das gute alte Recht des richterlichen Schutzes sorglos Preis geben dürften?

Sodann aber fürchten ja auch die Gegner keine Herabwürdigung und Lähmung der souveränen Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt, wenn diese beiden, eine jede in ihrem Kreise, mit höchster Gewalt ihre Beschlüsse fassen. Könnte ja doch möglicher Weise die Regierung durch ihre Rechte, alle Beamten anzustellen, die Armee zu befehligen, den Parlamentsbeschlüssen ihre Zustimmung zu verweigern, alle gesetzgeberische Absichten des Parlaments lähmen und dasselbe herabwürdigen. Dieses aber könnte nicht minder seinerseits durch die Verweigerung seiner Zustimmungen und Steuerbewilligungen die Regierung eben so lähmen und herabwürdigen. Dennoch aber ziehen selbst die Gegner mit allen würdigen Völkern und Regierungen die Schwierigkeiten und Gefahren der Freiheit und eines vernünftigen Gleichgewichts der Gewalten dem Verderben und der Schande einer despotischen Gewalt vor. Sie rechnen auch bei Collisionen mit Recht auf eine jedesmalige endliche freie Vereinigung der verschiedenen selbstständigen Gewalten durch die höchsten Ideen und Lebenskräfte des Vaterlandes und durch alle organischen Vereinigungsmittel der Verfassung. Die Gewalten gehen mit einander, sagt Montesquieu, weil sie allein gar nicht gehen können.

Dieses gilt aber ganz besonders auch von der richterlichen Gewalt. Diese ist vollends die ungefährlichste wegen der durch ihr Wesen gegebenen Beschränkung ihrer Thätigkeit auf die Entscheidung der einzelnen concreten Rechtsstreitigkeiten nur auf erhobene Klage des Verletzten und bei ihrem Mangel an aller materiellen Gewalt; ferner bei der Ernennung der Richter vom Regenten, bei ihrem Gebundensein an alle verfassungsmäßigen Gesetze, überhaupt bei ihrer Unterordnung unter die gewöhnlich mit der Regierung und der Gesetzgebungsbehörde verbundene allgemeine höchste Verfassungsgewalt und die verfassungsmäßige Reform bei etwaigen irgend bedenklichen eigenwilligen verfassungswidrigen Störungen durch richterliche Verfehrtheit. Wahrlich davon, daß für den Rechtsschutz ohnmächtige und abhängige Gerichte alle Verfassung und allen Rechtszustand, die Sicherheit des Eigenthums und den Wohlstand, die Blüthe und Kraft der Völker zerstörten, die Bürger in die Kerker oder in die Verbannung stießen oder ihr Blut in Strömen vergossen, davon spricht überall die alte und, leider! auch die neuere Staatengeschichte. Ueberall, wo Despotismus und Machiavellismus nach Herrschaft strebten, da würdigten sie zuerst die Gerichte herab. Wo aber ist denn dagegen, vollends in einer gut organisirten freien Verfassung, jemals die selbstständige Gewalt der Gerichte wesentlich verderblich geworden? Etwa da, wo sie die freieste und kräftigste war und ist, in dem freien Norwegen und Schweden, in Holland und Belgien, in England und Frankreich und vollends da, wo sie, wie in unserm deutschen Reiche und in Nordamerika, völlig unabhängig über jede Rechtsbeschwerde, selbst über verfassungswidrige Gesetze und Regierungshandlungen richtete und noch richtet? War nicht die volle Unab-

zändigkeit und Ausdehnung des Rechtsschutzes der deutschen Reichs- und Landesgerichte in Verbindung mit den Actenversendungen an die ganz unabhängigen Schöffenstühle und Spruchcollegien in dem traurigen, durch Bürgerkriege verschuldeten Schiffbruche der Einheit und Freiheit des deutschen Reichs noch der glänzendste und wohlthätigste Punkt? Leidet etwa heute Frankreich dadurch Noth, daß selbst neben einer besonderen Administrativjustizbehörde die ordentlichen Gerichte bei völliger Inamovibilität und Oeffentlichkeit noch in so manchen öffentlichen Rechtsachen entscheiden, die man bei uns den Gerichten entziehen will; z. B. bei der Expropriation für öffentliche Zwecke, bei Streitigkeiten über Personenrechtsverhältnisse, Vormundschaften u. s. w., ferner über verfassungsmäßige Wahlrechte und das Recht, Mitglied der Geschworenen zu werden, oder, wie vor einigen Jahren, über die höchste politische Frage, über den Belagerungszustand von Paris. Dort rettete der Cassationshof, indem er die im Belagerungszustande ausgesprochenen Todesurtheile wegen Verfassungswidrigkeit der Belagerungserklärung cassirte, das Leben vieler Bürger zugleich mit der Verfassung und wahrscheinlich auch das Königthum. Der Staatsstreich der Belagerungserklärung wurde alsbald zurückgenommen. Ja, würde es wohl wirklich gefährlich sein für Frankreich, wenn den ordentlichen Gerichten selbst die von dem despotischen Centralisationseifer Napoleon's dem Staatsrath, als einer besonderen Administrativjustizinstanz, übergebenen öffentlichen Rechtsachen belassen würden? Ist's ja doch längst anerkannt, daß diese Centralisation die Verwaltung zugleich mit der Freiheit verdirbt, an die Stelle warmen heilsamen Gemeingeistes einen inhaltlosen politischen Oppositionsgeist erzieht und das Staatswohl und die Regierung gefährdet!

Wo sich freilich im Allgemeinen oder, nach unseren heutigen Verhältnissen und Verfassungen, eine wesentliche Störung der Regierung und Gesetzgebung durch die richterliche Entscheidung öffentlicher Streitigkeiten oder ein heilsamer und genügender Ersatz des Schutzes der letzteren durch andere Verfassungsmittel nachweisen läßt, da möge dieser Ersatz eintreten. Aber man halte streng an dieser Bedingung, und niemals kann doch dieses im Allgemeinen das natürliche Rechtsprincip der die allgemeine Regel und die rechtliche Präsomption über die gesetzliche Zuständigkeit, kurz über Justizsachen und über Justizverweigerung umstürzen.

4) Aus unseren drei ersten Hauptsätzen ergibt sich nämlich zur Entscheidung unserer Frage von selbst die allgemeine Regel, welche in den im vorigen Artikel citirten Abhandlungen insbesondere Pfeiffer und Minnigerode — zwei wissenschaftlich und praktisch bewährte allgemein verehrte ausgezeichnete Juristen — ausführlich vertheidigen. Nach dieser Regel begründet im Zweifel, das heißt bis zur Nachweisung verfassungsmäßig gültiger Ausnahmen in dem bestimmten Staate, die von einem Rechtsmitgliede gehörig erbetene richterliche Hülfe gegen die angebliche verfassungswidrige Verletzung eines ihm verfassungsmäßig

lig zuständigen oder von ihm wohl erworbenen Rechts eine Justizsache. Es ist für den Begriff an sich einerlei, ob das Verletzte und ob das verletzende Rechtssubject eine physische oder moralische, eine öffentliche oder eine Privatperson ist, ob sie das Recht auf den Grund privatrechtlicher oder öffentlicher Gesetze erworben, ob es seiner Natur nach öffentliches oder Privatrecht ist, und ob es der Beklagte in öffentlicher Eigenschaft oder als Privatmann verletzte. Auch ändert es an dem Begriffe der Justizsache nichts, ob die Klage über die Rechtsverletzung mehr oder minder augenfällig unbegründet ist, ob der richterliche Ausspruch über sie bestehen müsse in einer schon wegen Mangels an einem rechtsgültigen Klagegrunde zu gebenden Abweisung, oder in einer erst nach Veranlassung gegenseitiger Verhandlung zu gebenden Entscheidung. Dieses selbst ist ja bei erhobener Klage eine wesentliche Aufgabe des richterlichen Urtheils. Wer aber dieses Urtheil zum Voraus dem Richter über ganze Classen von Beschwerden nehmen dürfte, der könnte beliebig wirkliche Rechte dem richterlichen Schutze entziehen. Haben die Gerichte hier nicht zu richten, so sind sie nicht mehr wahr, unabhängige Gerichte.

Von selbst aber ergeben sich schon nach der Natur und Begründung dieses Princips, und dann auch nach der allgemeinen Natur jeder geordneten Verfassung sehr wesentliche Beschränkungen für die so übermäßig gefürchtete allzu große Ausdehnung der richterlichen Prozesse.

1) Ausgeschlossen von gerichtlicher Wirksamkeit bleiben namentlich schon nach dem obigen Begriffe und übereinstimmend mit dem Rechtsgrundsatz: „wo kein Kläger ist, da ist kein Richter“ alle Verletzungen, gegen welche nicht von Seiten des verletzten Berechtigten die Rechtshülfe gehörig nachgesucht wurde. Schon aus diesem Grunde war es eine für jede gute Verfassung tadelnswerthe Ueberschreitung der gerichtlichen Gewalt, wenn die alten französischen Parlamente eine wahrhaft ständische Steuerbewilligungs- und Gesetzgebungsgewalt durch ihre eigenmächtige Versagung der Einregistrierung der königlichen Ordonnanz ausübten. Eine solche Usurpation war nur möglich und selbst heilsam in dem fehlerhaften historischen Zustande der französischen Monarchie, und nach dem ihrerseits die Könige die Verfassung und die ständischen Bewilligungen verdrängt hatten. Nur hier konnte der Versuch der Parlamente entstehen, auf ihren früheren historischen Zusammenhang mit den Ständen, mit den politischen Parlamenten, gestützt, ein Gegengewicht gegen die schrankenlose Willkür der Cabinetsordonnanz zu bilden.

2) Eben so müssen die Gerichte selbst auch bei erhobenen Beschwerden wegen mangelnder Rechtsgründe in der Person der Kläger alle diejenigen Einzelnen abweisen, welche wegen angeblicher Verletzungen auftreten, die ihrem Wesen nach eine ganze moralische Person treffen, welche andere verfassungsmäßig Bevollmächtigte zur regelmäßigen Vertheidigung ihrer Rechte hatte. Schon deswegen sind der Regel nach ausgeschlossen alle

Klagen einzelner Bürger oder einzelner Corporationen über die Verletzungen gegen das ganze Volk, da, wo dasselbe durch seine Regierung repräsentirt, oder wo es gegen der Regierung Verletzungen durch repräsentative Stände vertreten werden soll. Freilich da, wo diese fehlen, wie seit der Auflösung der allein verfassungsmäßig gültigen Stände von 1833, da konnten und können Corporationen und Bürger für die ja auch ihnen zustehenden Verfassungsrechte den Schutz anrufen. Die deutsche Reichsverfassung kannte insbesondere auch das Mittel der *Syn dic ate* oder eines Zusammentretens der Bürger, um Jemanden zur Anstellung einer Klage, namentlich bei den Reichsgerichten, z. B. wegen verfassungswidriger Steuerausreibungen, zu bevollmächtigen.

3) Wegen mangelnden Rechtsgrundes in der Sache aber müssen die Gerichte ohne Streitverhandlung abweisen alle Klagen gegen verfassungsmäßige Verfügungen. So müssen sie z. B. abweisen Beschwerden gegen Gesetze und Regierungsmaßregeln, welche einestheils äußerlich rechtlich als solche erscheinen, das heißt in der verfassungsmäßigen Gewaltsphäre der Gesetzgebung oder der Regierung, oder in Beziehung auf Verfassungsänderungen in der Gewaltsphäre der dazu ermächtigten Verfassungsgewalten enthalten waren, und welche zugleich in den verfassungsmäßigen äußeren Formen erlassen wurden, und bei welchen dann noch anderentheils dem Inhalte nach die Verfassungsgrundsätze über die Schranken dieser Gewalten nicht überschritten wurden. Wenn so die Gesetzgebung nach dem ihr überlassenen rechtlichen und politischen Ermessen allgemeine Gesetze für die Zukunft erläßt, so findet natürlich keine Klage Statt, wenn etwa Jemand vermeint, er hätte bei diesem rechtlichen oder politischen Ermessen bessere Bestimmungen machen können, und die erlassenen würden ihm hinderlich oder schädlich werden. Allermeist, zumal da, wo die Factoren der Gesetzgebung auch die Gewalt der Verfassungsänderung in denselben Formen wie die Gesetzgebung auszuüben haben, und wenn nicht, so wie in Amerika, bestimmte Rechte, dort z. B. die der Pressefreiheit, der Volksversammlung, der Glaubensfreiheit, ausdrücklich ihrer Aufhebung entzogen sind, wird dem Inhalte nach ein formell gültiges Gesetz nicht anzugreifen sein. Aber dem Richter auch das Recht zur Prüfung der formellen Verfassungsmäßigkeit der Normen zu entziehen — dieses heißt allen Rechtszustand und die Verfassung der Willkür Preis geben und die Gerichte zu Organen dieser Willkür erniedrigen.

4) Wegen der nothwendigen Selbstständigkeit der drei Hauptfunctionen oder Gewalten können ihre persönlichen Repräsentanten nie persönlich verantwortlich gemacht und verklagt werden über die Art der Ausübung ihrer Functionen. So schon die Stände und die Richter nicht, vollends aber in gar keiner Weise, auch nicht einmal, wegen anderer äußerer Ver-

gehen, die persönliche Majestät des Regenten, was jedoch das deutsche Reichsrecht bekanntlich selbst für den Kaiser nicht anerkannte.

Das positive Verfassungsrecht der Staaten wird außerdem bei größerer Ausdehnung und Verwickelung der Staatsverhältnisse mehr oder minder, um Collisionen vorzubeugen, durch Ausnahmsbestimmungen zur Erledigung mancher Beschwerden den Schuß der ordentlichen Gerichte durch besondere Gerichte oder auch durch andere Verfassungsmittel ersetzen.

Dieses ist zunächst und am Allgemeinsten der Fall bei allen Streitigkeiten zwischen den Ständen und der Regierung wegen Verletzung des öffentlichen Rechts. Hier entscheiden entweder besondere Gerichte, wie der Justiza in den altspanischen Verfassungen, oder wie das besondere Schiedsgericht der mecklenburgischen Verfassung, oder wie das allgemeine Bundesschiedsgericht für alle deutschen Staaten, oder auch, vermittelt der ständischen Anklagen der Beamten und Minister, die obersten Landesgerichte, wie in Baden, oder ein besonderer Staatsgerichtshof, wie in Württemberg, oder das Oberhaus, wie in England und Frankreich. Außerdem gibt auch die Verfassung noch andere politische Schutzmittel, dem Regenten z. B. die Kammerauflösungen, den Ständen Vorstellungs- und Beschwerderechte, beiden die Mittel der Unterhandlung und des Gebrauchs ihrer Verwilligungs- und Verweigerungsrechte, endlich die Oeffentlichkeit und Freiheit der Presse und die Berufung auf die öffentliche Meinung und die Kraft eines gesunden kräftigen Nationalsinnes. Und welche unermessliche Schutzmittel vollends englische, französische, amerikanische, belgische Verfassungen dem Volke für Vertheidigung seiner Verfassungsrechte geben, dieses ist bekannt. Im deutschen Reiche und in dem nordamerikanischen Staatenbunde entschieden und entscheiden auch über öffentliche Rechtsverletzungen der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt der Regierung und der Stände die ordentlichen Reichs- und Bundesgerichte. Einen genügenden Schuß jedenfalls muß die Verfassung sowohl der Regierung wie den Ständen und dem Volke begründen — sonst tritt entweder die Rechtlosigkeit und Verderblichkeit tyrannischer Gewalt oder die gewaltsame Selbsthülfe und zuletzt Beides ein. Je mehr aber dem gerichtlichen Schutze, wenn auch einem besonders organisirten, hier Raum gelassen ist, desto weniger nähert sich auch der Gebrauch anderer Verfassungsmittel der tyrannischen oder der revolutionären Gewalt, desto gesünder ist der Rechtszustand. Gut organisirte, mit inamoviblen Richtern besetzte Gerichtshöfe werden immer eine unparteiische Stellung zwischen den verschiedenen Gewalten und zwischen ihnen und den Bürgern einnehmen können.

Fernere Ausnahmen von der Rechtshülfe der ordentlichen Gerichte begründen die positiven Verfassungen in neuerer Zeit zum großen Theile bei Beschwerden der einzelnen Bürger und Corporationen wegen Verletzungen, nicht bloß des allgemeinen öf-

entlichen Rechts, sondern auch wegen Verletzungen der von ihnen persönlich erworbenen verfassungsmäßigen öffentlichen Rechte. Gegen Verletzungen von Seiten der Regierung oder der Stände glaubt man vorzüglich in Deutschland, seit der despotischen Rheinbundesepoche meist nur durch Vorstellungen bei höheren Verwaltungsstellen, seit der constitutionellen Zeit durch schon oben angedeutete verfassungsmäßige Schutzmittel, durch die Volkswahlrechte, und die Reversé und Petitionen bei den verschiedenen Administrativstellen und zuletzt bei dem Regenten und den Ständen genügend zu schützen. Daß dieser Schutz sehr oft nicht schützt, und daß das deutsche Reich und der nordamerikanische Bund auch hier den Schutz der ordentlichen Reichs- und Bundesgerichte begründeten und nöthig hielten, dieses ist bekannt. So schützten z. B. die deutschen Reichsgerichte noch bis zur Auflösung des deutschen Reichs alle Bürger gegen verfassungswidrige Steuergesetze*), selbst noch gegen die eines Friedrich's des Großen, oder auch alle Beamten gegen willkürliche Entlassung von ihrem Amte. So schützten sie noch kurz vor dieser Auflösung z. B. der Stadt Lahr ihre vorzügliche städtische Verfassung gegen einseitig von der Landesregierung verfügte Abänderungen und erurtheilten diese zu vollständiger Zurücknahme derselben. Auch flossen diese Reichsjustizgrundsätze keineswegs aus dem Gedanken einer Oberhoheit des Reichs über die Landesregenten. Diese hatten die Reichsgerichte als ihre gemeinschaftlichen Gerichte eingesetzt, ernannten die Richter, und selbst gegen des Kaisers Majestät, gegen das geheiligte Reichsverhaupt, galt der gerichtliche Rechtsschutz sogar bis zur persönlichen Beurtheilung**) eben so wie gegen jeden Reichsfürsten, ohne für die geheiligte Würde der Majestät des ersten Souveräns der Christenheit herabwürdigend zu scheinen. Nein, es waren diese die alten ursprünglich deutschen Rechtsgrundsätze, wie sie von jeher vorzüglich in den alten Gau- und Provinz- und Reichsgerichten ausgeübt wurden. Es war die Achtung gegen diese Grundsätze, wornach für die unentbehrliche moralische Grundlage aller Obrigkeit die Heiligkeit des Rechts gehalten wurde. Ohne diesen Gedanken ließe sich selbst noch das Bundesschiedsgericht und der gegen Justizverweigerung, so wie der in den Artikeln 53 und 63 zum Schutze der im Bunde verbürgten deutschen Nationalrechte und besonderen Berechtigungen „allen Betheiligten“ gegen den eigenen Regenten gegebene Recurs an die Bundesgewalt mit der Souveränität nicht vereinigen. Verlegt aber der Schutz eines öffentlichen Rechts die Würde nicht, so thut es auch der eines anderen nicht. In Amerika hat auch die vollste Ausdehnung des gerichtlichen Schutzes noch keine Klagen veranlaßt. Und für ein Beispiel einer schädlichen Einwirkung gleicher Ausdehnung von Seiten der deutschen Reichs-

*) S. oben „deutsches Staatsrecht“ Bd. IV. S. 361. 380.

**) Oben Bd. IV. S. 363.

gerichte ließen sich leichtlich tausend Rechtsverletzungen seit der Aufhebung derselben nachweisen.

Am Allgemeinen lassen mit Recht alle rechtlichen Verfassungen allen einzelnen und moralischen Personen den Schutz der ordentlichen Gerichte nicht bloß für ihre, dem Ursprunge nach privatrechtlichen, sondern auch für die aus öffentlichen Titeln erworbenen Privatrechte. So bleibt dieser Schutz für die Rechte der Persönlichkeit, der Freiheit, der Ehre und des Eigenthums der Bürger auch in dem Criminalprocesse, so den Beamten für ihre Besoldungs- und Pensionsrechte. Es ist sicher höchst mißtrauisch oder verächtlich gegen die Gerichte und Mißtrauen erweckend gegen die Gerechtigkeit der Absicht, es ist geringschätzend und gefährlich für die Rechte der Bürger, ihnen gegen die Verletzungen ihrer persönlichen und Vermögensrechte durch verfassungswidrige Administrativgewalt allen natürlichen gerichtlichen Schutz rauben zu wollen, den Schutz selbst in den wichtigeren Fällen und in der letzten Instanz, ja sogar die alten deutschen Klagen gegen den Fiskus bei den Reichs- und den Landesgerichten auf die Entschädigungen wegen solcher Verletzungen, wenn ihnen die höhere Administrativbehörde nicht abhalf und wenn etwa nach den positiven Gesetzen den Administrativverfügungen ihr Lauf gelassen werden mußte *). Selbst die Verweisung dieser Sachen an eine besondere Administrativjustiz ist nur dann zulässig, wenn diese Administrativrichter richterliche Inamobilität erhielten und so, ähnlich wie ein Gericht für Handelsachen, nur ein besonderes Sachgericht gebildet würde. Bloße Recurse bei den gewöhnlichen Administrativstellen, die hier stets betheiligte und befangene Richter in eigener Sache, bloß abhängige Organe der hier selbst betheiligten Regierungsgewalt bilden, schügen der Natur der Sache und aller Erfahrung nach niemals das Erste und Heiligste der Gesellschaft — den Rechtszustand der Bürger.

V. Die Wichtigkeit des wahren Rechtsprinzips in Beziehung auf Justizsachen und auf Justizverweigerung. — Das Wichtigste ist es vor Allem, die moralische Macht der Grundsätze festzuhalten, mithin dem natürlichen Rechtsprincipe nach im Zweifel alle bestrittenen Rechte unter dem Schutze der unparteiischen Gerichte zu lassen, und nur bei dringender politischer Nothwendigkeit und gegen möglichsten anderweitigen Schutz einzelne, nie zu präsumirende und stets streng auszulegende Ausnahmen zuzulassen. Auch die Entscheidung, ob bei der besonderen Anrufung richterlicher Hülfe dieselbe zuständig, oder ob eine positive Ausnahme nachweisbar ist, die Entscheidung also über die sogenannten Kompetenzconflicte, bleibt natürlich hiernach im Zweifel und so lange den ordentlichen Gerichten, bis sie etwa durch verfassungsmäßige Ausnahmsbestim-

*) Klüber a. a. O. §. 474 u. 391. 550.

ang einer besonderen unabhängigen gerichtlichen Behörde zugewiesen werde. Ein anderes Princip aber für die Justizsachen und die Justizverweigerung, als das aufgestellte, als das uralte des wohlverordneten Rechts, ist nimmer und nimmer zu finden. Man hat so zeigen es alle bisherigen Untersuchungen dieses Gegenstandes — zu wählen zwischen diesem wahren uralten Rechtsprincipe, oder zwischen völliger Principlosigkeit bei der Entscheidung gerade der wichtigsten aller Rechtsfragen, bei der Vorfrage für allen rechtlichen Schutz.

Gibt man nun aber diesen heiligen Rechtsgrundsatz auf, so macht man principlos allen Rechtsschutz, also das Recht selbst von der Politik abhängig, von schwankendem und wechselndem politischen Ermessen und Belieben, läßt man durch dieses gerade die wichtigsten Rechtsfachen dem ordentlichen Rechtsschutze entziehen: dann ist man nicht bloß materiell den ganzen Rechtszustand durchlöchert, man raubt ihm auch seine Heiligkeit und moralische Lebenskraft in den Gemüthern der Menschen, in den Gefühlen der Rechtsgelehrten der Regierung, der Bürger geraubt. Man untergräbt alsdann das Rechtsempfinden der Bürger und ihren höchsten patriotischen Stolz, den auf den wahren Rechtszustand ihres Vaterlandes, man untergräbt die Achtung der Juristen und der Richter gegen sich selbst, gegen ihren hohen und heiligen Beruf, die stärkste und edelste Triebfeder für dessen würdige und glückliche Erfüllung. Sie sollen jetzt nur gut, nur unparteiisch und einsichtig genug sein zur Entscheidung über die unwichtigeren Rechtsfachen, nicht für die über die wichtigsten, über die öffentlichen Rechte. Ihr unparteiisches Urtheil soll nicht die Regel bilden, nicht den ganzen Rechtszustand bewachen, sondern nur die einzelnen, von politischem Belieben ihnen ausnahmsweise zugewiesenen Streitigkeiten, zuletzt etwa nur die Privathändel der Bürger unter einander schlichten. Es soll herabwürdigen, im Falle eines Rechtsstreites ihrem Rechtsausspruche huldigen zu müssen. Der Eine will sie als parteiisch gesinnt für den revolutionären Pöbel, der Andere als knechtisch befangen für die Regierungswillkür darstellen. Wahrlich weit mehr, als alle einzelnen materiellen politischen Störungen, wiegt dieser allgemeine moralische Nachtheil. Wenn irgend etwas, so bedarf, so wie zu Anfange der Pandekten die treffliche römische Jurisprudenz es fordert, das Recht einer heiligen Kirche, deren Priester, die Juristen, sie und ihre Satzungen lebendig erhalten und sie vor Entweihungen durch fremdartige Einmischungen bewahren. Das ist die höchste, die praktisch so folgenreiche Tüchtigkeit römischer Juristen und englischer Patrioten und Staatsmänner, daß sie stets, auch bei dem factischen Siege des Schlechten, doch, zur Rettung der Ehre des Vaterlandes, zur Milderung der bösen und als Lichtpunkte für bessere Zeiten, die moralische Macht der rechten Grundsätze bewahrten. Sie und nicht die materiellen Kräfte beherrschen die Welt, und zwar um so mehr, je mehr, so wie bei uns, die Civilisation steigt. Sie allein

haben dauernden unsterblichen Werth und segensreiches Wirken. Gewiß es war ein Grund und eine Folge und ein Beweis der größten Vortrefflichkeit der römischen Jurisprudenz, daß sie selbst noch in den gesunkensten Zeiten des Vaterlandes sogar den weltherrschenden Imperatoren die wiederholten achtungsvollen Erklärungen abgemann, daß auch diese selbst eben so wenig, wie einst die Volksversammlung und der Senat, mit Gültigkeit etwas Ungerechtes befehlen und „die ewigen unabänderlichen natürlichen Rechtsgrundsätze“ aufheben und verletzen konnten, daß auch sogar sie, die sich Götter schelten ließen, laut das Recht als über aller Staatsgewalt stehend, als deren Quelle und unverlegliche Grundlage anerkannten und es ausdrücklich selbst heiligten: „rechtswidrige fürstliche Vorschriften sollten von keinem Richter befolgt werden“ *); einen Rechtsgrundsatz, den besonders in Beziehung auf die Ungültigkeit aller Cabinetsjustiz die allgemeinen und besonderen deutschen Gesetze so oft wiederholen **). Wo sollen auch den Rechtsgrundsätzen, wo dem Vernunftrechte und den höchsten Rechtsgrundsätzen des Vaterlandes ihre Achtung und die Kraft bleiben, wenn sie keine selbstständige Organisation, keine eigene Macht haben, sich zu erhalten und zu schützen in dem wechselnden leidenschaftlichen parteifüchtigen politischen Getreibe der Menschen, wenn sie und dieser Schutz Preis gegeben werden einem principlosen schwankenden politischen Belieben, wenn sie untergeordnet werden den politischen Tagesinteressen administrativer politischer Behörden? Ihre Achtung und Heiligkeit muß sinken, wie die Achtung und der Glaube für eine Religion und eine religiöse Kirche verloren sind, sobald man ihre Satzungen den politischen Interessen, der politischen Willkür unterstellt. Sollen sie den Bürgern heilig bleiben, und dadurch die festeste sicherste Stütze so wie der Freiheit, so auch der Regierung selbst bilden, so muß auch diese sich ihrem parteilosen Ausspruche beugen.

Blickt doch, ihr kurzichtigen Rathgeber der Könige, die ihr täglich die der Regierungswillkür unbequeme Unabhängigkeit und Ausdehnung des gerichtlichen Rechtsschutzes zu beschränken rathet — blickt, ihr allzu viel den politischen Formen vertrauenden Freiheitsfreunde, die auch ihr die ebenfalls der politischen Parlamentswillkür unbequeme Rechtsmacht der Gerichte Preis gebt — blickt auf das hochgehende, auf das bis in die innersten Tiefen aufgeregte Meer unserer heutigen Gesellschaft — was soll denn bei den ersten unvermeidlichen Stürmen der

*) Bekannt sind außer Justinian's Erklärungen im Titel de jure naturali die Erklärung der Kaiser Theodosius und Valentinian in C. 4. de legib.: „daß es würdig der Majestät sei, sich den Gesetzen unterworfen zu erklären, da auf der Achtung des Rechts auch die Regentengewalt beruhe, und da es größer sei, als Herrschergewalt, daß die fürstliche Regierung sich den Gesetzen unterordne und daß daher gleich einem Orakel heilig ihre Erklärung zu achten sei, über diese Grenze ihrer Gewalt“; und eben so jener Kaiser und des Kaisers Anastasius ausdrückliche Vorschriften: „daß ihre rechtswidrigen Befehle nicht zu achten seien.“ C. 6. si contra jus und C. 7. de precibus.

**) S. oben Bd. III. S. 176 — 182. S. auch Klüber a. a. D. 217. 371.

stehende Damm werden für die Throne und für die Freiheit, für unsere ganze Civilisation, der Damm gegen Pöbelherrschaft und Militarismus — was, wenn es die heilige Macht des Rechts nicht ist? o befestiget ihn denn und beugt euch selbst dem Rechte, damit auch Andern es thun!

VI. Die Mittel zum Schutze gegen Justizverweigerung. Durch das Bisherige sind die Grundsätze festgestellt, nach welchen jedem vorkommenden Falle eine Justizverweigerung oder Verzögerung zuzunehmen ist. Das besondere Verfassungsrecht der einzelnen Staaten muß die inneren Mittel an die Hand geben, wodurch diese wichtigste aller Verfassungsverletzungen zu verhindern und aufzuheben ist. Der Artikel „Execution sordnung“ aber lehrt, was der Bundesversammlung zu thun obliegt, wenn an sie die Beschwerde einer Verzögerung und Verzögerung der Justiz gebracht wird, nachdem die inneren verfassungsmäßigen Mittel nicht zum Ziele führten. Bei Klüber 169 und oben in dem Artikel „Domänenkäufer“ finden sich Nachrichten über die bisher an die Bundesversammlung gebrachten Beschwerden und die dadurch herbeigeführten Bundesverhandlungen und ihre Resultate. Möchten nie die allerdings schon in der Natur eines Bundes unveränderlichen Regierungen und noch mehr in den besonderen deutschen Verhältnissen begründeten Schwierigkeiten für einen wirksamen Schutz der Unterthanen- oder der Volksrechte die wohlthätige Wirkung der ehrenwerthen bundesmäßigen Anerkennung und Verbürgung des wichtigsten aller Verfassungsrechte, des Rechts der Bürger auf eine überall durchreichende unabhängige Justiz, hemmen und verkümmern!

Wenn jedes Volk, das sich selbst nicht aufgeben will, vor Allem seine eigenthümlichen historischen Vorzüge heilig bewahren muß, so achte Deutschland stets seine altherwürdigen Grundsätze über vollen rechtlichen Schutz!

E. Th. Welcker.

Hamburg. *) — Ein Ueberblick der äußeren Geschichte der Stadt ordnet sich von selbst unter die folgenden Gesichtspuncte: 1) Hamburgs Verhältniß zur Hanse; 2) sein Verhältniß zum deutschen Reiche; 3) seine wechselnden Schicksale von der Auflösung des Reichs bis zur Stiftung des deutschen Bundes; 4) sein Verhältniß zum Bunde; 5) seine heutige Bedeutung in der Handelswelt. — Ueber den ersten und den letzten Punct wird Einiges in dem Artikel *Hansa* angeführt werden. Der zweite Punct wird jetzt zu den Antiquitäten gezählt. Der Streit mit Holstein über die Reichsunmittelbarkeit Hamburgs hat, seit der Bundesacte, jede praktische Bedeutung verloren. Dennoch darf dieser Streit, der, Jahrhunderte lang fortdauernd, zu den berühmtesten Rechtshändeln im Reiche gehörte, hier nicht ganz unerwähnt bleiben. Die Erscheinungen, welche derselbe in seinen umfangreichen Acten darbietet, sind für manche Seite des öffentlichen Rechtszustandes im Reiche ungemein charakteristisch. Einmal für die Kraftlosigkeit der feierlichsten Entscheidungen, wenn das In-

*) Den hier folgenden Artikel, welcher wegen zufälliger Hindernisse nicht in der alphabetischen Ordnung eingereicht werden konnte, erlaubt sich die Redaction hier nachträglich anzufügen.

teresse eines nicht unmächtigen Reichsstandes dabei betheiligt war. Seit 1460 war die Stadt zu Reichstagen berufen und zu Reichslasten verpflichtet; der Reichstag von 1510 erklärte sie in allweg für eine Reichsstadt und verwies die Krone Dänemark mit ihren Ansprüchen an das Kammergericht; im Jahre 1618 gab das Kammergericht den Spruch, es sei die Stadt „kaiserlicher Majestät und dem h. Reich ohne Mittel zuständig, unterworfen und verwandt“; und trotz diesem Urtheile, trotz dem wiederholten Bescheide (1630, 1643), daß die von dänischer Seite gesuchte Revision der Vollstreckung des Urtheils nicht hemmend in den Weg treten dürfe, konnte Hamburg nur erst 1768, nach anderweitiger Abfindung mit Dänemark, die wirkliche und ungestörte Ausübung von Sitz und Stimme am Reichstage erlangen. Eben so charakteristisch ist der ganze Hergang für die reichsstädtische Politik, die im Jahre 1603, unmittelbar nachdem der Kaiser bei Strafe der Reichsacht die Huldigung untersagt, eine sogenannte „Annehmung“ des Erbherrn sich abdringen ließ, die nur in Worten und durch einen Revers, daß sie den Rechten des Reichs u. s. w. un- nachtheilig sein sollte, von einer unbedingten Huldigung sich unterschied; die reichsstädtische Politik, die nach gefälligem Spruche des Kammergerichts versprach, dem Reichsfiscal in der Exemtionssache keine Assistenz und eventuell dem Hause Holstein die Huldigung in derselben Art wie bisher wiederum zu leisten; die 1672 vom Kaiser die Huldigung wieder bei Androhung der Reichsacht sich verbieten ließ, aber vom Hause Holstein fast noch ein Jahrhundert hindurch bei jeder Gelegenheit die Fortsetzung eines nichts weniger als erfreulichen status quo mit namhaften Opfern erkaufte. Freilich, der Reichsverband brachte auch wenig Freude und noch weniger Vortheil; die Handelsinteressen wurden auf dem Reichstage durchgängig nicht verstanden und oftmals, so schien es, fast absichtlich hintangesezt; den Pflichten, den Bürden der Reichsstandschafft mußte die Stadt Genüge thun, der Vollgenuß der Rechte, wie viel oder wie wenig nun ihre Stimme hätte bedeuten mögen, blieb ihr versagt; und nicht unerklärlich wäre es, wenn, wenigstens auf Augenblicke, die Stimmung sie wieder beschlichen hätte, in welcher die Hamburger einst (1375) den „Roland“ niederrissen, weil sie ihn für ein Zeichen des Reichsverbandes hielten. Mindestens mußte die Ueberzeugung immer allgemeiner werden, die schon Pufendorf-Monzambano aussprach, daß für die factische Unabhängigkeit Hamburgs weniger vom Reichsschutze zu hoffen sei, als von der Eifersucht anderer norddeutschen Potentaten, welche nimmermehr zugeben könnten, daß der König von Dänemark der Beute sich bemächtige. Was aber soll man von der Politik dieses königlichen Nachbars sagen? Sie verstand die inneren Parteiungen trefflich zu benutzen. Während vorzugsweise der Unpopulärste unter den Parteihäuptern in Wien Schutz und Auszeichnung fand, bot Dänemark den Männern des Volkes Protectorien, und mit ihnen trieb ein Unterhändler, der ihre Schwächen kannte und ihre Leidenschaft anfachte, ein gewissenloses Spiel, das sie endlich, weil die obsiegende Gegenpartei, als Richter in der eigenen Sache, jeden Verdachtsgrund begierig aufgriff, auf die Folterbank und auf das Blutgerüst führte (Snitger und Jastram, 1686). Nicht allein durch Ränke, sondern auch durch

unverstellte Feindseligkeit und offene Gewalt suchte Dänemark sich der Stadt zu bemächtigen, oder doch sie einzuschüchtern und für ihren Mangel an Fügsamkeit büßen zu lassen. Zweimal ward die Stadt belagert (1679 und 1686), mehrmals wurden Kriegsschiffe auf die Elbe gelegt, hamburgische Schiffe angehalten, unerhörte und den Reichsgesetzen nach streng verbotene Hölle begehrt. Viermal ward die Einstellung feindseliger Maßregeln durch große Geldsummen erkaufte, und außer diesen Erpressungen ward noch durch zwei gezwungene Anleihen (1759 und 1762) das eigentliche Motiv jener fortdauernden Ansprüche, nachdem von Huldigung längst nicht mehr im Ernst die Rede gewesen, an den Tag gelegt. Diese Anleihen bahnten endlich den Weg zu einer Abkunft. Die Krone Dänemark ließ sich eine runde Million Thaler, die sie entlehnt hatte, schenken; die übrigen Mitglieder des Hauses Holstein ließen sich auf ähnliche Weise mit Geld abfinden; und dafür entschloß man sich, auf alle Ansprüche zu verzichten, dem vor gerade 150 Jahren ergangenen Spruche des Reichskammergerichts zu gehorsamen und Hamburg als freie Reichsstadt anzuerkennen. So ward durch den Gottorper Vertrag (1768) jede Schwierigkeit beseitigt, und nachdem man über die ihm nachzuweisende Stelle noch etwas verhandelt, nahm am 14. März 1770 der hamburgische Abgesandte seinen Platz auf der rheinischen Städtebank unmittelbar nach dem bremischen und übte am Reichstage die Stimme wirklich aus, von welcher die Publicisten nun einleuchtend erwiesen, daß sie keineswegs suspendirt, sondern nur ruhend gewesen, deshalb auch bei der Einführung jede Feierlichkeit verboten ward. Noch einmal erneuerte sich der Nachklang der alten Verhältnisse durch die militärische Besatzung der Stadt oder, wie man wohlbedächtig unterschied, der Thore und Wälle durch die Dänen, im Jahre 1801. Wohlmeinende Schriften suchten die Stadt auf sehr humane Weise darüber zu belehren, „was sie zu ihrem besten Glücke thun müßte“, aber der Augenblick war dänischen Präensionen nicht günstig, und auch der Schutzbedürftige hätte wohl eher anderwärts Schutz suchen mögen. — Bei der Auflösung des Reichs nahm Hamburg den Namen einer „freien Hansestadt“ an. Abgeordnete der drei Städte, die jetzt in dieser Benennung sich begegneten, traten in Lübeck zusammen, um Protectionsanträge, und namentlich die preußische Aufforderung zum Beitritte zu einer „nordischen Conföderation“, einem Seitenstücke des Rheinbundes, in Berathung zu ziehen. Ihr ablehnendes Gutachten (15. October 1806) war kaum unterzeichnet, als die Kunde des Unglücks von Jena eintraf. Im November desselben Jahres, kurz nach dem Fall Lübecks, ward auch Hamburg von den Franzosen besetzt. Im December 1810 ward die Einverleibung mit Frankreich angekündigt. An wenig Orten hat der Abscheu gegen die Fremdherrschaft bis auf diesen Tag so lebhaft sich erhalten, wie in Hamburg. Kaum irgendwo war der Enthusiasmus so groß, als die Stunde der Befreiung erschien. Der 18. März, der Tag des Einzuges der Russen, ward nach einem Vierteljahrhunderte noch, im Jahre 1838, mit unaussprechlichem Jubel gefeiert. Die Bürgerschaft erklärte sich, als es galt, sich der deutschen Sache anzuschließen,

zu größeren Anstrengungen, zu entschiedenerem Handeln bereit, als der Senat geglaubt hatte, ihr anstinnen zu dürfen. Es waren die Tage der Opfer und der Hingebung. Namenlose Leiden sollten noch kommen, und der Kelch der Unterdrückung bis zur Gese geleert werden, als die Stadt, von den Russen verlassen, dem Feind in die Hände fiel und des Schrecken einer feindlichen Besatzung und einer Belagerung zugleich in dem Winter, der nicht enden wollte, Preis gegeben war. Schwerlich hat die Raubsucht und die Rache der Feinde einem andern Staate im Verhältnisse so große pecuniäre Opfer erpreßt. Von 1806 bis 1814 haben die Franzosen in Hamburg an sich gerissen oder zerstört einen Werth von 130 Millionen Franken, inbegriffen die ehrlose Plünderung der Bank (November 1813), gegen welche die verwaltenden Bürger einen kräftigen Protest au nom de toute l'Europe commercante einlegten. Am 5. Mai 1814 erschien endlich der Tagesbefehl, welcher die Räumung der Stadt durch die Franzosen und die Uebergabe an die Allirten ankündigte. Am 26. Mai hielt der Senat wieder zum ersten Mal eine Sitzung und trat am folgenden Tage mit einem von der Bürgerschaft gewählten Ausschusse von 20 Personen zur Ordnung der dringendsten Angelegenheiten zusammen. Am 31. Mai kehrte die Bürgerwehr, am 30. Juni die hanseatische Legion aus dem Felde heim. In drei Sitzungen der Committee für die deutschen Angelegenheiten (16. Oct., 26. Oct. und 29. Oct. 1814) auf dem Wiener Congresse hielt Baiern sich berechtigt, die Anerkennung der Freiheit, für deren Wiederer kämpfung die Städte doch Gut und Blut eingesetzt, noch zurückzuhalten, worauf kräftige Erwiderungen von Seiten Oesterreichs und Preußens erfolgten, und namentlich daran erinnert ward, daß die Verzichtung des Kaisers auf die Reichskrone den Städten ihre alte Verfassung nicht habe entziehen können; auch daß Hamburg und die hanseatische Legion lange vor dem Beitritte Baierns, lange vor dem Nieder Vertrage den Verbündeten sich thätig angeschlossen. In der dritten Conferenz über die Feststellung des Bundes, am 29. Mai 1815, nahm zum ersten Male der hamburgische Bevollmächtigte seinen Platz ein. — Zufolge der Bundesacte participirt Hamburg mit Lübeck, Frankfurt und Bremen an der 17. Stimme in der engeren Versammlung und führt im Plenum, nach dem der Stimmenreihe auf dem Reichstage möglichst angepaßten Schema, die 69. (letzte) Stimme. Abwechselnd mit den drei anderen Städten pflegt Hamburg, je im 4. Jahre, den Bundestag durch einen Gesandten (einen Syndicus) zu beschicken. Das Contingent ist, unter Voraussetzung einer Bevölkerung von 129,800, auf 1298 Mann festgesetzt. Die Verhältnisse dieses der 2. Division des 10. Armeecorps zugezählten Contingents sind durch vier im Laufe des Jahres 1833 abgeschlossene, von der Bürgerschaft am 20. Febr. 1834 genehmigte Staatsverträge mit benachbarten Staaten, namentlich mit Oldenburg und den beiden Schwesterstädten, näher bestimmt. Zur Bundeskanzleicasse zahlt Hamburg 500 fl., zur Bundesmatriculacasse, je bei verwilligten 30,000 fl., die Quote von 129 fl. 5 fr.

Was die hamburgische Verfassung anbelangt, so muß man

vor allen Dingen vor Augen halten, daß sie, so wie sie ist, nach und nach im Laufe der Jahrhunderte unter dem Einflusse mannigfaltiger Verhältnisse sich gebildet hat. Das Bedürfniß, die Erfahrung hat die Principien allmählig zum Bewußtsein gebracht und festgestellt; die Gebohnheit übte ihre den Gründen oft unzugängliche, selbst den Grundzügen widerstrebende Macht; der Kampf der Parteien, ihr Beharren der ihr Ermatten vertrat die Stelle der ausgleichenden Theorie. Von Reformen war niemals die Rede, wenn nicht erweisliche Mißbräuche oder unabweisbare Ansprüche vorlagen; viel weniger von einem Neubau des Ganzen nach philosophischem Plan oder technischem Systeme. Selbst die definitive Feststellung im Hauptrecesse von 1712, unter Dazwischenkunft einer durch langjährige Zerwürfnisse provocirten kaiserlichen Commission, war keineswegs eine ganz neue Gesetzgebung, sondern nur eine Vermittelung zwischen den Parteien. Dafür aber waren die Reformen, wenn sie eintraten, auch gründlich, wie der Gesamtwille sie verlangte, und die Vermittelung war nicht mehr noch weniger als eine Nothwendigkeit. Fragen wir die Geschichte, auch der monarchischen Staaten, so sind es nicht die schlechtesten Verfassungen, noch die durch Patente zu vernichtenden, die auf solchem Wege entstanden sind.

Die wesentlichen Momente in der Geschichte der Verfassung bis zum Hauptrecesse sind etwa die folgenden. Bereits im 13. Jahrhunderte erscheinen neben dem Rathe die „Wittigesten“ bei der Erledigung ansehnlicher Staatsfachen, z. B. bei der Abfassung des Stadtbuchs. Ein Zeugniß aus dem 14. erklärt die Genehmigung der Werkmeister für nothwendig zur Gültigkeit von Staatsacten. Drei Recesse aus dem 15. Jahrhunderte stellen sich dar als Verträge zwischen dem Rathe und den „gemeinen Bürgern.“ Es läßt sich nachweisen, daß ein Theil von denselben, die im Namen der Letzteren verhandelten, aus Kirchgeschworenen bestand. Der Antheil, der so frühe schon den Werkmeistern und den Kirchgeschworenen an bürgerlichen Angelegenheiten zukam, ist auch für die späteren Einrichtungen von Wichtigkeit geblieben. Ganz besonders entscheidend aber auf die Ausbildung des gesammten Staatsorganismus hat die Reformationsperiode gewirkt. Die Einigkeit unter den Bürgern war so groß, daß die Einführung der neuen Lehre kein weiteres Opfer forderte, als nur die Verweisung von fünf Pfaffen und die Entsetzung eines Bürgermeisters, welchen der Rath gegen den Verdacht der Bürger, der übrigens keineswegs allein seine religiösen Tendenzen traf, zu schützen nicht vermochte. Kein Wunder, wenn die Bürgergemeinde auf der kirchlichen Grundlage nun auch den einfachen Bau derjenigen Formen auführte, deren sie zur geregelten Ausübung und zur Sicherung ihrer Rechte im Allgemeinen zu bedürfen glaubte; kein Wunder, wenn sie zu Verhandlungen mit dem Rathe (unter dem Vorbehalt ihrer Genehmigung) und zur Wahrnehmung der bürgerlichen Interessen überhaupt gerade diejenigen bevollmächtigte, welchen, als Vorstehern des „Gotteshauses,“ die Sorge für das Kirchen- und Armengut und für das im evangelischen Sinne zu ordnende Schulwesen anvertraut war. So ent-

standen die nachmals so genannten bürgerlichen Collegien, in jedem ihrer Züge eine unverkennbare und für den hamburgischen Staat die wichtigste Schöpfung des Reformationszeitalters. Solche Erscheinungen befremden uns nicht, wo sie vorübergehend sind; wenn in Zeiten politischer Aufregung die im Sinn einer Partei orthodoxe Ansicht über eine Zeitfrage, z. B. die Erklärung eines Candidaten über die Bankfrage bei den Wahlen zum Congresse, über die Emancipation der Katholiken oder die Kornbill bei Parlamentswahlen, mehr als jede persönliche Befähigung den Ausschlag gibt. Wenn aber im vorliegenden Fall es nicht um einen vorübergehenden Wahlact, sondern um die Feststellung eines bleibenden Staatsinstitutes sich handelte; wenn die hamburgische Verfassung vorzugsweise diejenigen, die (im Sinne der ältesten Kirche) als *Diaconen* fungiren, zugleich zu einem berathenden Ausschusse der Bürgerschaft bei allen Staatsfachen beruft, so erklärt sich dieses leicht aus dem historischen Grunde des Herkommens. Hatte doch die Bürgergemeinde von Alters her, so weit unsere Kunde reicht, in der Weise ihre Rechte ausgeübt, daß die in einem Kirchspiel Angesehenen sich zusammenfanden, daß jedes Kirchspiel seine eigenen Verordneten oder Sprecher, und daß es sie mindestens zum einen Theil aus der Zahl der Kirchgeschworenen aufstellte. Hier fand man die Elemente einer organischen Verfassung vor; an diese knüpfte man leicht das Neue, was die Zeit erheischte. Doch nicht allein einen organisirenden Einfluß hat die Reformationsperiode geübt, sondern auch einen solchen, von dem es schien, daß er bald ein auflösender werden könnte. Die Bürger hatten so eben eingesehen, was ihre Einigkeit vermocht und daß der Rath (dem sie wohl noch mehr Neigung zum Widerstande, mehr Anhänglichkeit für die alte Lehre zutrauten, als er wirklich besaß) hatte nachgeben müssen. Sofort äußerte sich nun eine Tendenz, die während des nächsten Zeitraums von fast zweihundert Jahren bald mehr, bald minder lebhaft, oft nach längeren Pausen, in mannigfaltigen Erscheinungen, aber immer in dem Sinne sich wiederholt, daß die Bürgerschaft ausschließlich nur sich selbst die Hoheit der Stadt beilegt und vermöge dieser Eigenschaft in ihrer Gesamtheit sich über den Rath stellt. Bald sagt sie dieses mit dürren Worten, bald verlangt sie, daß Rathsmitglieder, welche ihr Amt nicht recht verwalten, öffentlich in der Gemeinde darum sollten zur Rede gestellt werden, bald begehrt sie die Entsetzung von Rathsmitgliedern, bald macht sie eine Art von Reservatrecht geltend, den Rath zu verändern und die Rathswahlen an sich zu ziehen, bald bestreitet sie dem Rathe die Befugniß, einem Bürgerbeschlusse seine Einwilligung zu versagen. Wer erkennt hier nicht, wenn gleich die uns geläufigen Ausdrücke nicht vorkommen, die Lehre von der dem Volk inwohnenden Souveränität, von einer nur vom Volk anvertrauten Gewalt? Allen diesen Behauptungen aber setzt der Rath consequenten Widerspruch entgegen. Nur hin und wieder und nur so lange der Zwang dauert, läßt er sich die Anerkennung einer oder der anderen Behauptung abdringen. Unter den Zwangsmitteln war das beliebteste nicht Verweigerung der Abgaben,

sondern gänzliche Weigerung, irgend eine Proposition des Rathes anzuhören, und namentlich Vorenthaltung des dem Rathe zukommenden Ehrengeltes (*honorarium* ist der technische Ausdruck). Der Rath ward auch wohl eine Zeit lang auf dem Rathhause eingesperrt. Die Maßregeln der Bürgerschaft hatten etwas desto mehr Unförmliches, da, wenigstens vor 1674, nicht einmal gesetzlich genau bestimmt war, welche Erfordernisse zur Ausübung des Stimmrechtes in den bürgerlichen Conventen gehören. Der Rath dagegen, auf welchen Grund widersprach er den Behauptungen der Bürgerschaft? Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er nicht bis auf das andere Extrem ging. Der Rath hat sich selbst die alleinige Hoheit der Stadt nie beigelegt. Es ist ihm auch viel weniger darum zu thun gewesen, ohne die Bürger etwas Neues in's Werk zu richten, als vielmehr zu verhindern, daß die Bürger nicht ohne den Rath etwas Altes abstellten. Zur gütigen Gesetzgebung, behauptete er, gehöre die freie Einwilligung beider Theile, des Rathes und der Bürgerschaft. Seltsam dabei, daß die Bürger immer die Einwilligung des Rathes zu erzwingen suchten, als ob sie sich bewußt wären, daß diese wesentlich dazu gehöre, daß einseitige Bürgerschlüsse ohne den Consens des Rathes keine verfassungsmäßige Geltung haben. Auffallend ist für den Kenner der früheren Verhältnisse ganz besonders die Behauptung der Bürger, daß sie berechtigt, historisch berechtigt seien, die Rathswahl zu verändern. Dieses ist so oft und auf solche Weise behauptet, daß man bald zu der Ueberzeugung gelangt, es sei in gutem Glauben gesprochen. Niemanden würde es befremden, wenn es sich zeigte, daß die Selbstergänzung des Rathes eine spätere Einrichtung, und eine Wahl durch die Bürger die ursprüngliche gewesen. So war es in Holland; bis gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts ward der Rath durch die angesehenen Bürger jeder Stadt gewählt. Da übertrugen zuerst die Bürger von Amsterdam dem zur Zeit sitzenden Rathe die Selbstergänzung, und die anderen Städten folgten dem Beispiele. Aber in Hamburg ist durchaus keine historische Spur eines solchen Uebergangs, keine Spur einer Wahl durch die Bürger. Was den Ursprung seiner Gewalt anlangt, so widersprach der Rath standhaft, daß er sie von der Gemeinde habe; doch nahm er kein göttliches Recht in Anspruch, sondern pflegte zu sagen, er habe seine Gewalt vom Kaiser. Damit gedachte er auch der Verantwortung vor der Gemeinde zu entgehen. Schade nur, daß diese Ansicht niemals populär werden konnte; noch mehr Schade, daß man nicht einsah, wie eine Verantwortlichkeit vor competenten und unabhängigen Gerichten zu begründen, und wie wenig eine so zahlreiche und so wenig geordnete Versammlung, wie die Bürgerschaft, vollends als Partei, als Richterin in der eignen Sache, geeignet sei, jene Verantwortlichkeit geltend zu machen! Gar schlimm ward die Verwirrung, als auch der seit der Reformationszeit angeordnete bürgerliche Ausschuss es dahin brachte, das Vertrauen der Bürger zu verscherzen; als er sich in des Kaisers Namen eigens beloben, eine Specialprotection ertheilen ließ und sich soweit vergaß, anvertraute Gelder zu benützen, um durch einseitige und ge-

heimte Negotiation in Wien die Bestätigung des ihm günstigen Recesses (1674) unter Anfügung einer Pönalclausel auszuwirken. Nun waren die Anker gerissen, die eine geregelte Thätigkeit der bestehenden Behörden dem Staatswesen gewähren konnte; dem überwiegenden Einflusse Einzelner, der einbrechenden Fluth der Factionen war jeder Damm der gewohnten Formen gewichen. Nun erschallte von beiden Seiten das Wort Verrath; Verrath, wie die Einen schrieen, an den Celle'schen Hof oder, so seltsam es klingt, an den Wiener Hof; Verrath, wie die Anderen, die vorherrschende Faction im Rath, als sie temporär die Oberhand gewann, durch Folter und Henkerschwert darzuthun glaubte, Verrath an Dänemark. Unbefangene und mühsame Kritik findet Beweise genug von Gewaltanmaßung und Verblendung auf beiden Seiten; aber keine genügenden Beweise von solcher Absicht, die man Stadtverrath nennen könnte. Wohl aber ist's ein Wunder, daß inmitten solcher Berrwürfnisse die Stadt ihre vielfach bedrohte Unabhängigkeit nicht einbüßte. Man kann nur sagen: die Eifersucht der Mächte draußen und im Inneren der im letzten Augenblick erwachende Instinct der Selbsterhaltung haben das Unglück abgewendet. Denn so oft das Aeußerste drohte, aber auch nur dann, vernahm man den rettenden Ruf der Einigkeit. Rath und Bürger, hieß es dann, stehen ja „in einem Schiffe.“ — Auf die Reaction im Jahre 1686 folgte erst stumme Ergebung, dann heftigere Rückschläge von Seiten der Volkspartei; Unruhen, durch geistliche Streitigkeiten und eifernde Geistliche veranlaßt, kamen hinzu; es war hohe Zeit, daß eine kaiserliche Commission (1708) erschien, um zu vermitteln — ein Geschäft, zu welchem der Graf von Schönborn, der an der Spitze der Commission stand, mehr Geschick, oder größeren Ernst, oder besseres Glück mitbrachte, als ein Menschenalter vor ihm der Graf von Windischgrätz. Von allen Neuerungen, welche die Bürger in dem langen Kampfe dem widerstrebenden Rath abgenöthigt, erhielt sich nur eine einzige, diese aber auch ununterbrochen, in Kraft. Es war die, daß der Rath von der Verwaltung der öffentlichen Gelder gänzlich zurücktrat und dieselbe einem von der Bürgerschaft freigewählten Ausschusse von Bürgern überließ. Diese Einrichtung ist bereits 1563 getroffen worden, in einer Zeit, von welcher ein das Jahr zuvor verfaßter, in seinen Consequenzen und seiner ganzen Sprache dem Rathe höchst anstößiger Receß hinlänglich bezeugt, wie sehr damals die Bürgerpartei die Oberhand gehabt.

Der Hauptrecess vom 15. Octbr. 1712, mit den dazu gehörigen Beilagen, bildet noch heute die Grundlage der bürgerlichen Freiheit und Ordnung. Die fernere Geschichte der Verfassung beschränkt sich auf ergänzende Zusätze und zeitgemäße Abänderungen einzelner Bestimmungen. Merkwürdig ist's, daß nach der Befreiung im Jahre 1814, im Gegensatz zu dem, was in Bremen und Frankfurt vorging, in Hamburg keine Stimme für Abschaffung der alten und die Entwerfung einer ganz neuen Verfassung sich erhob. Auch die kühnsten Vorschläge, die theils in Schriften von patriotischen Bürgern, theils von der „Reorganisationscommission der Zwanziger“ in ihrem nachmals sogenannten politischen

estamente entwickelt wurden, gingen nur von der Idee aus, nach Annahme der Erfahrung und der Zeitbedürfnisse Einzelnes umzugestalten, und dadurch dem Ganzen eine um so längere Dauer zu sichern. Viele der damals vorgeschlagenen Reformen sind im Laufe der letzten 25 Jahre nach und nach in's Leben getreten. Sie sind aber sämmtlich von der Art, daß ihre Erwähnung der Skizze der Verfassung sich leicht anreihen wird, zu welcher wir jetzt übergehen.

I. Von der höchsten Gewalt. — Es ist der oberste Grundsatze der Verfassung, daß, in den Worten des Fundamentalgesetzes von 1712, „das *Ryion*, oder das höchste Recht und die Gewalt bei E. E. Rath und der Erbgesessenen Bürgerschaft inseparabili nexu und zusammen, nicht aber bei einem oder anderm Theil privative bestehe.“ Daraus werden zwei Sätze abgeleitet, erstens: „daß, so lange Rath und Bürgerschaft nicht zu einem einmüthigen und freiwilligen Schluß gekommen, des einen Theils Resolution und Entschließung für keinen gültigen, weder E. E. Rath noch die Erbgesessene Bürgerschaft verbindenden Schluß geachtet werden soll“; und zweitens, mit Bezug auf die dem Rath herkömmlich verbleibenden Gerechtsame (hinsichtlich der Verwaltung, der Amtswürde und der Repräsentation der Staatshoheit nach Außen), das Reservat, „daß die regalia der ganzen Stadt zugehen, und E. E. Rath kraft dieser Reservation nichts privative, sondern mit der Erbgesessenen Bürgerschaft Alles und Jedes cumulative oder gemeinschaftlich besitze.“ Wenn dies Reservat mehr im Lichte einer Rechtsaction erscheint, so ist dagegen jenes Princip von der entschiedensten praktischen Wichtigkeit für die Gesetzgebung.

II. Der Rath besteht aus 24 Personen, unter denen 13 Kaufleute und 11 Rechtsgelehrte sind. (So hat die Praxis ausschließlich sich gestaltet. Der Wahlrecess verlangt nur, der Rath soll halb graduirt, halb aus der Bürgerschaft besetzt, und unter den Bürgern sollen „stets einige sein, welche des Kauf- und Seehandels wohl kundig.“ Wenn auch eine Erweiterung dieser Praxis, nach dem Beispiele anderer Freistaaten, mit dem Buchstaben der Verfassung nicht unvereinbar ist, so wäre doch bei den dem Senat obliegenden Functionen eine Verminderung der Zahl der Rechtsgelehrten eben so wenig wünschenswerth, als, in Bezug auf die eigenthümlichen Staatsinteressen, eine Verminderung der Zahl der Kaufleute.) An der Spitze des Rathes stehen vier Bürgermeister, darunter 3 Rechtsgelehrte und ein Kaufmann. Vier Syndiker mit beratthender Stimme im Senat vertreten gewissermaßen die Stelle der Staatsminister. Außerdem sind 4 Secretarien (darunter einer zugleich Archivar) dem Senat beigegeben. Die Wahl der Bürgermeister und (so fern sie nicht etwa später zu Bürgermeistern gewählt werden) der Senatoren ist für die Lebensdauer des Gewählten. (Von der Verantwortlichkeit der Rathsmitglieder, von den Fällen, welche zu einer Renonction führen könnten, und von dem vorgeschriebenen Gerichtsverfahren siehe unten beim Justizwesen.) Der Rath ergänzt sich selbst. Theoretisch möchte diese Selbstergänzung in einem Freistaate schwer zu recht-

fertigen sein — fast eben so schwer, als in Einherrschaften mit Volkvertretung ein erbliches, oder gar ein von der Regierung ernanntes Oberhaus. Wenn eine republicanische Verfassung jetzt irgendwo neu begründet werden sollte, man würde schwerlich auf diese Einrichtung verfallen. Montesquieu meint, nichts würde geeigneter sein, Mißbräuche zu perpetuiren. Unter den Deutschen war es kein Geringerer, als der Freiherr vom Stein, der in seiner Eigenschaft als Chef des „obersten Verwaltungsdepartements“ (1814) dem Frankfurter Verfassungsentwurfe die Bemerkung entgegensezte, es sei nicht gut, daß der Senat sich selbst ergänze; mehr Achtung, Anhänglichkeit und Vertrauen bei der Bürgerschaft, folglich auch mehr Kraft und Wirksamkeit im Handeln, würd' es ihm gewähren, wenn seine Mitglieder von den Vertretern der Bürgerschaft erwählt würden. Von derselben Ansicht schien der Rath in Bremen auszugehen, als er 1815 unaufgefordert den Bürgern einen gewissen Antheil an den Rathswahlen einräumte, wie dieses auch bei der definitiven Ordnung der Constitution in Frankfurt 1826 geschehen ist. Es steht dahin, ob es ein sehr reeller Einfluß ist, welcher in diesen beiden freien Städten von der Bürgerschaft auf die Rathswahlen ausgeübt wird. Doch mag es immer auffallen, daß das Beispiel in Hamburg nicht nur keine Nachahmung gefunden, sondern nicht einmal den Ausdruck ähnlicher Wünsche von Seiten der Bürger veranlaßt hat. Aber man ist in Hamburg überall nicht gewohnt, an die Abänderung des Bestehenden zu denken, so lange nicht die Erfahrung unleugbare und große Uebelstände nachgewiesen hat. Nicht die Theorie, sondern die Erfahrung, nicht die denkbaren, sondern die wirklichen Folgen mag man daher auch hier in's Auge fassen, wenn es sich um die Vereinbarkeit der Selbstergänzung des Rathes mit einer freien Verfassung handelt. Fürchtet man etwa eine starre Consequenz im Festhalten verjährter Einrichtungen? Diese Besorgniß wird widerlegt durch die Geschichte der letzten 25 Jahre; durch die zahlreichen, in fast jedem Zweige der Verwaltung eingetretenen Reformen, die ohne Ausnahme von der Initiative des Rathes beantragt waren; durch die fortschreitende Oeffentlichkeit in der Discussion innerer Angelegenheiten. Besorgt man eine das bürgerliche Gleichgewicht störende Uebermacht des Rathes? Man wird finden, daß die verfassungsmäßige Beschränkung seiner Prärogativen einem solchen Uebergreifen vorbeugt; daß die Verwaltung der öffentlichen Gelder vom Rathe durchaus unabhängig ist; daß er keine auch nur vorübergehende Verfügung (*Mandata pro nunc*) erlassen, noch „einige Soldatesca, 20 oder 30 Mann,“ auscommandiren lassen kann, ohne Rücksprache mit dem ersten bürgerlichen Collegium. Oder besorgt man eine Familienaristokratie? Von einer solchen findet sich in den ältesten so wenig als in den jüngsten Zeiten irgend eine Spur. Von seinen Ditmarsen pfl egte Niebuhr zu rühmen, daß niemals Leibeigene unter ihnen gewohnt. Ich denke, es ist kein geringerer Ruhm und für die Sache der Freiheit nicht weniger werth, daß wir sagen dürfen: wir haben niemals Patricier gehabt. Die Prätension der angeborenen Fähigkeit, die an-

gestammte Renitenz wider jede Verbesserung, der anererbte Widerwille gegen die Gleichheit, der auch mit der Freiheit sich nur halb verträgt — diese Dinge sind der hamburgischen Geschichte, selbst in den schlimmsten Zeiten, fremd geblieben. Aber freilich die Verhältnisse des hamburgischen Staates sind einer Erbaristokratie so ungünstig als möglich. Sie wurzelt bekanntlich im großen Grundbesitz, in den Latifundien. Die Wechselfälle des Handels, durch welchen jeder bedeutende Wohlstand in einem Staate von so beschränktem Gebiete bedingt ist, lassen sie nicht aufkommen. Daher denn auch das Ergebnis, wenn man die **Fa**sten des hamburgischen Senats durchläuft. Von 1663 bis 1839, im Lauf von fünf Generationen, während deren der ganze Senat sich zehnmal erneuert hat, finden sich in der Liste von 254 Senatoren 17 Namen, welche mehr als zweimal, und 5, welche mehr als dreimal (4 viermal, 1 fünfmal) vorkommen. Damit ist nicht gesagt, daß verwandtschaftlichen Beziehungen in Hamburg aller Einfluß entzogen sei. Die Verfassung ist uns überall nicht bekannt, der dieses gelungen wäre. Doch sind die nächsten Verwandtschaftsgrade durch den Wahlrecess ausgeschlossen; eine ungebührliche Begünstigung würde sich rächen, indem die Wahl eines Unfähigen den Uebrigen überhäufte Beschäftigung und unausbleibliche Geringschätzung zuziehen müßte; und durch die Wahlart scheint geleistet zu sein, was nur durch ein Gesetz geschehen kann, um der Selbstergänzung ihre gehässige Seite zu nehmen. Vier Vorschlagsherren werden ausgelooſet, deren Jeder einen Candidaten nennt; nachdem die im dritten Grade dem Candidaten Verwandten abgetreten, wird durch Zettel herumgestimmt, ob er auf die Liste gebracht werden soll oder nicht; sind auf diese Weise vier Candidaten ausgemittelt, so entscheidet unter den Vieren das Loos. Durch das Loos im ersten und dritten Stadium des Wahlactes ist dem Einflusse der Parteiungen vorgebeugt, durch die prüfende Abstimmung im zweiten ist dafür gesorgt, daß nicht ein dem Urtheile der Mehrzahl nach ungeeignetes Mitglied dem Loose dargeboten werde. Unter den combinirten Wahlformen möchte, wie die weiland venetianische Dogenwahl zu den abenteuerlichsten, so diese noch immer zu den zweckmäßigsten und verständigsten zu zählen sein. — Was die erforderlichen Qualifikationen betrifft, so sagt das Stadtbuch: „in den Rath sollen jugendliche und bedarve Männer gekoren werden.“ Der Wahlrecess erläutert das letztere Prädicat durch „gottesfürchtige und redliche Leute“, und beschränkt das erstere durch die Bestimmung: „es soll Niemand unter dreißig Jahren zu Rathe gezogen werden.“ Nicht wählbar ist, wer Vater oder Sohn oder Bruder, Schwiegervater oder Schwiegersohn eines Rathmanns ist; auch nicht, wer in fremder Herren oder Fürsten Diensten steht, er beglaubige denn seine Entlassung aus solchem Verhältnisse. Durch die Gleichstellung der drei christlichen Confessionen (1814) ist die Beschränkung auf Lutheraner weggefallen; auch ist mit der Wahl von Reformirten der Anfang gemacht. Eingewanderte sind wahlfähig, ohne daß eine Zeitfrist festgesetzt wäre, während deren sie dem Staat angehört haben

müßten. An irgend einen Censur ist die Wahlfähigkeit niemals geknüpft gewesen. Die Wahl muß angenommen werden, bei Verlust „der Stadt Wohnung,“ was ohne Zweifel so viel heißen soll, als bei Verlust des Bürgerrechts. Ähnliches findet sich bekanntlich in mehreren älteren Stadtverfassungen. Wiederholte Erfahrungen haben gezeigt, daß die Bestimmung keineswegs müßig ist. Resigniren kann ein Senator nur mit Einwilligung des Senats.

III. Die Bürgerschaft. — Die Souveränität besteht, wie wir gesehen haben, bei dem Rath und der Bürgerschaft zusammen. Wer ist nun bürgerschaftsfähig? Wer ist zur Ausübung des activen Bürgerrechts, der *Politia* im griechischen Sinne, zur Mitübung der Souveränität, zur Theilnahme an der „höchsten Herrschaft“ berechtigt? Die Bürgerschaft heißt: „die Erbgeseßene.“ Dennoch ist die Erbgeseßene (ein gewisses Maß des Grundbesitzes) nicht die einzige Grundlage der Berechtigung. Auch die Verwaltung gewisser durch Wahl zugetheilter öffentlicher Officien befähigt zum Besuche der Bürgerschaft und zur Ausübung der damit verbundenen Rechte. Mit einer nicht ganz zutreffenden Anwendung einer im früheren deutschen Staatsrechte sehr bekannten Distinction hat man die eine Classe Realisten genannt, die andere Personisten. Das Motiv der gedoppelten Berechtigung ist jedenfalls einleuchtend. Der Grundbesitz (noch mehr als der Censur im Allgemeinen) läßt ein besonderes Interesse am Staatswohle voraussetzen. Die Wahl zu bürgerlichen Ehrenämtern, zu gerichtlichen Functionen oder zu gewissen Graden in der Bürgerwehr ist ein Zeugniß öffentlichen Vertrauens; sie gibt die Präsomption der Fähigkeit und Uebung im Wahrnehmen öffentlicher Interessen. Die näheren Bestimmungen sind folgende: Erbgeseßene ist der Besitz von 1000 Thlr. Species freien Geldes in einem Grundstücke innerhalb der Stadt (d. i. das Grundstück muß, zufolge des letzten Kaufbriefes, 1000 Thlr. mehr Werth sein, als es mit fremdem Gelde beschwert ist), oder der Besitz von 2000 Thlen. Species freien Geldes in einem Grundstücke auf dem der Stadt ausschließlich (nicht gemeinschaftlich mit Lübeck) angehörenden Gebiete. Doch gibt es auch Hindernisse, welche diejenigen, die übrigens die obigen Bedingungen erfüllt haben, von der Bürgerschaft ausschließen. Das dem Hauptrecesse angefügte Reglement der Rath- und Bürgerconvente zählt deren sechs verschiedene auf. Davon ist das erste gänzlich und das letzte zum Theil beseitigt. Das Reglement verlangte nämlich das Lutherische Bekenntniß und zugleich, daß die im Gebiete Erbgeseßenen auch in der Stadt Ringmauern, wenn gleich nicht mit eigenem Besitze, doch mit „eigenem Feuer und Herd“ wohnhaft sein sollten. Seit 1814 sind auch in dieser Hinsicht die drei christlichen Confessionen gleichgestellt. (Ein Vorschlag des Rathes zur Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Juden, wornach diese unter gewissen Modificationen zur Bürgerschaft zugelassen werden sollten, scheiterte 1814 an einem schwer zu vertilgenden Vorurtheile der Mehrzahl der Bürger.) Seit 1833 sind ferner die Bewohner der Vorstädte, die seit 1712 erst entstanden und in den letzten 25 Jahren sehr bedeutend geworden sind, falls sie

die übrigen gesellschaftlichen Bedingungen erfüllen, zum Besuche der Bürgerschaft
 berechtigt. Ausgeschlossen bleiben, ungeachtet sie erbgeseßten sein oder ge-
 seßen sein mögen: 1) die in fremden Diensten stehen; 2) die in Diensten
 der Stadt oder des Rathes stehen, und mit absonderlichen Eiden daher ver-
 pflichtet sind, ohne Unterschied, ob sie ein Salarium genießen oder nicht,
 dergleichen „Bediente“ bei Kirchen, Hospitälern und Schulen; 3) Kunde-
 läre, von ihren Creditoren per concursum oder gar nicht entledigte
 Fälligkeiten, oder die wegen Unglücksfällen in Schulden vertieft und mit ihren
 Gläubigern accordirt; 4) Pfscher oder sogenannte Wirthschaften der „Aemter“
 (Zünfte); 5) die nicht in der Stadt oder den Vorstädten mit eigenem Feuer
 und Herde wohnhaft sind. Die Gründe dieser Bestimmungen liegen sehr
 nahe; im ersten Falle das getheilte Interesse und die getheilte Verpflich-
 tung; im zweiten die abhängigere Stellung gegen die Behörden; im drit-
 ten gegen Individuen, wozu noch die besonderen Verhältnisse eines Han-
 delsstaates kommen; im vierten die Aufrechthaltung der Zunftverfassung,
 nach Beseitigung der meisten Mißbräuche, denen sie früher unterlag;
 im fünften Fall der Umstand, daß die entfernter Wohnenden schwerlich von
 dem Rechte des Erscheinens Gebrauch machen würden — ein Grund, der
 ermutlich gerade so lange Stich halten wird, als die Betreffenden die Auf-
 nahme nicht verlangen. — Dagegen sind zum Besuche der Bürgerschaft be-
 rechtigt, auch ohne Rücksicht auf Grundbesitz: 1) die Werkmeister der Aem-
 ter (erwählte und besoldigte Kelterleute der Zünfte) — ihr Recht ist uralte, war
 niemals bestritten, und ist von der Verfassung ausdrücklich bestätigt; 2)
 die Mitglieder der bürgerlichen Collegien und deren Adjuncten (Hilfen); 3)
 die Rammereibürger (Mitglieder der Verwaltungsbehörde der sämtli-
 chen Staats Einkünfte); 4) Oberlieutenants, Majore und Capitane der
 Bürgerwehr; 5) die Börsenalten und Mitglieder des Commercii (der
 Handelskammer) und die zuvor diese Ehrenämter verwaltet; 6) die Bank-
 träger; 7) sämtliche Richter des Handels- und des Niedergerichts oder
 sie früher in dieser Function gestanden. — Nichts ist allgemeiner, als daß
 politische Rechte, selbst solche, die man eifrig gesucht haben mag, und die
 man um keinen Preis sich entreißen ließe, doch lässiger geübt werden. Die
 Präsenzgelder zur Zeit des Perikles, wie die von Danton für den Besuch
 der „Sectionen“ eingeföhreten; die ungleiche Zahl der Erscheinenden in den
 Römischen Comitien, zumal in den ländlichen Tribus; die Einrichtung im
 Canton Schwyz, daß, wer längere Zeit aus der Landsgemeinde wegbleibt,
 ein Landesrecht einbüßt (vergleiche Spittler's Politik, 72); endlich die so
 häufig vorkommende Nichtausübung des Wahlrechtes in den neueren Re-
 präsentivstaaten mag zum Beweise dienen, daß solche Erscheinungen we-
 ßer an ein Volk, noch an eine besondere Verfassung gebunden sind. So
 wird es denn auch nicht auffallen, daß man für nöthig gefunden hat, unter
 den Berechtigten eine Anzahl zur Theilnahme an der Bürgerversammlung
 ausdrücklich zu verpflichten. Die Verfassung hat dazu nicht die Erbge-
 seßenen ausersehen, sondern die aus anderen Gründen Berechtigten; und
 auch diese nicht alle, sondern nur diejenigen, welche an den vorbereiten-
 den Arbeiten der Gesetzgebung Theil nehmen, die Mitglieder der Bürger-

lichen Collegien. Diese wenigstens, die den Gegenstand bereits kennen und in so fern zur Berathung vorzugsweise ausgerüstet sind, sollen nicht fehlen. Auffallen aber muß es, daß dieses Mittel der Verpflichtung von nicht weniger als 180 Personen nicht auszureichen schien, um die Vollständigkeit einer Versammlung, zu welcher nicht mehr als 195 Anwesende erforderlich erklärt sind, zu sichern; daß in den Jahren 1713—1720 unter 133 angesetzten Versammlungen 105 unvollständig und vergeblich gewesen; und daß man aus diesem Grunde endlich zu der Maßregel sich entschloß, noch 30 Personen mehr (6 aus jedem Kirchspiele) den bürgerlichen Collegien zu adjungiren und zum Besuche der Bürgerschaft zu verpflichten. Der Umstand, daß selbst diese Maßregel Anfangs nicht zu fruchten schien, daß in den nächsten 4 Jahren noch 24 unvollständige Convente vorkamen, weist auf den Grund hin, der auch in manchen anderen Erscheinungen jener Zeit sich verräth: nämlich eine schwer zu bekämpfende Abneigung der Bürger gegen die Theile des neuen Reglements der Convente, die man dem Einflusse der kaiserlichen Commission zuschrieb. Nach und nach, wie diese Abneigung der reiferen Erfahrung oder dem unbefangeneren Urtheile einer anderen Generation wich, verloren sich auch die Spuren jenes Uebels. Von 1727 bis 1756, in welchem Jahr der Fall zum letzten Male vorkam, waren noch 31 Versammlungen unvollständig geblieben. — In Ursachen anderer Art wird man den Grund zu suchen haben, warum noch jetzt die Zahl der wirklich Erscheinenden in keinem Verhältnisse steht zu der Gesamtzahl aller Berechtigten. Wenn man vernimmt, daß ein zehnjähriger Durchschnitt in den Jahren 1821—1830 die Mittelzahl von 250 Anwesenden nachweist, so ist dieses eine Thatfache, die Jeden, der sie vereinzelt und ohne Kenntniß der Verhältnisse betrachten wollte, an dem Vorhandensein alles constitutionellen Lebens in Hamburg irre machen müßte. In der That, es müßte sehr schlecht um den Staat bestellt sein, wenn nur Mangel an Theilnahme, Gleichgültigkeit gegen das Oeffentliche, zu Grunde liegen könnte. Dann müßte der Geist ganz verschwunden sein, der einst das „geheime Schloß,“ die dem Gewissen anheim gestellte Selbstbesteuerung jedes einzelnen Bürgers, zur Bewunderung ausländischer Staatsgelehrten (s. Adam Smith, *Wealth of Nations*, 4, 207.), möglich werden ließ. Aber es ist nicht an dem. Man wird schwerlich einen zweiten Staat finden, in welchem so viele und so mühevollen öffentliche Functionen von den Bürgern ohne Lohn irgend einer Art, ohne die Aussicht, auf einer größeren Bühne sich bemerkbar zu machen, oder außerhalb der Ringmauern auch nur genannt zu werden, mit bedeutenden Opfern (unter welchen dem Geschäftsmanne das Opfer seiner Zeit immer obenansteht) verwaltet werden. Wo diese Gesinnung in Vielen lebt, die doch nur für die Zeit ihrer Verwaltung aus der Mehrzahl hervor-, und nachher wieder in deren Reihen zurücktreten, da wird man der Mehrzahl selbst den Sinn und das Herz für das gemeine Wesen nicht ungeprüft absprechen wollen. Und bei der Prüfung wird man sich überzeugen, daß die Bürger, die nur selten von ihrem eigenen Rechte Gebrauch machen, von dem nicht ungegründeten Vertrauen ausgehen, es werde auch ohne ihre Mitwirkung die bürgerliche Ge-

rechtsame wahrgenommen werden. Wenn das Resultat der Verhandlungen, das auf dem Wege der Oeffentlichkeit zu ihrer Kunde kommt, ein solches wäre, daß Anträge des Senats in der Regel und ohne selbstständige Erwägung von Seiten der Bürgerschaft angenommen würden; oder wenn die Beschlüsse, die ohne ihre Mitwirkung zu Stande kommen, von nachtheiligen Folgen für bürgerliche Freiheit und öffentliches Wohl begleitet wären: dann würden sie nicht säumen, in ihrem eigenen Interesse ihre Stimme, wie sie vollkommen dazu berechtigt sind, am geeigneten Orte zu erheben und einer in ihrer Einsicht beschränkten oder in ihrem Willen unfreien Majorität das Gewicht vereinter Bestrebungen entgegenzusetzen. Nun aber von solchen Dingen nichts erfolgt, auch in einem Staate, der im Ganzen keine widerstreitenden Interessen in sich faßt, der Natur der Sache nach nicht leicht erfolgen kann, wird man das Wegbleiben jener Anderen zwar nicht loben, aber doch auch nicht als an und für sich verwerflich schelten wollen. Vielmehr wird man darin ein Zeichen mehr finden, daß der Staat von Parteiungen wenig berührt ist, weil eben die Interessen der Staatsbürger nicht in der Weise wie anderwärts (man denke an den Conflict von Handel und Fabriken, von Fabriken und Landbau) sich schroff gegenüberstehen. Wollte aber unruhiger Ehrgeiz Parteiungen schaffen, so würde er in den Formen der Bürgerversammlung, wie in dem Zuschnitt und den Verhältnissen des bürgerlichen Wesens überhaupt, auf gar mancherlei Hindernisse stoßen. Die Bürgerschaft beräth nicht in einer großen Versammlung, sondern nach Kirchspielen getheilt und gleichzeitig. Jeder geht hin als zu einem Geschäfte; in demselben Maße, wie das bündige Wort, das zur Sache ist, willkommen sein muß, würde Schönerednerei höchst unbequem und übel angebracht sein. Doch darf auch die Schattenseite dieser Einrichtungen nicht verschwiegen werden. Viele machen ohne Zweifel dar um keinen Gebrauch von ihrem Rechte, weil die Anträge des Senats nicht vor der Versammlung zu ihrer Kunde gelangen, weil bloßes, wenn auch zweimaliges Vorlesen motivirter und längerer, oder unerwarteter Anträge ihnen nicht genügt, um das Einzelne aufzufassen und das Ganze zu würdigen, und weil sie nicht unvorbereitet in wichtigen Dingen ein entscheidendes Stimmrecht ausüben wollen. Diesem sehr fühlbaren Mißstande vorzubeugen, gibt es nur ein Mittel, aber ein leichtes: daß nämlich (wie dieses mit Gesetzentwürfen bereits geschehen ist) in der Regel alle umfassenderen Anträge des Senats vorher publicirt oder mindestens zeitig zur amtlichen Kunde der zum Besuche der Bürgerschaft Berechtigten gebracht würden. Man hat es seit einer Reihe von Jahren durchaus zweckmäßig gefunden, die vorgängige öffentliche Discussion der wichtigeren Angelegenheiten zu begünstigen oder zu veranlassen, und ein Fortgehen auf diesem Wege wird sicherlich die Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten im Allgemeinen fördern und die Zahl der Freiwilligen (das ist der Berechtigten, aber nicht Verpflichteten) in der Bürgerschaft mehrten. Einiges hierher Gehörige wird besser in dem Abschnitte von der Gesetzgebung erörtert werden. Doch wird schon nach dem Gesagten es fast überflüssig sein, dem Miß-

verständnisse vorzubeugen, daß etwa die Bürgerschaft mit einer Versammlung von Volksrepräsentanten verwechseln könnte. Jeder Berechtigte erscheint vielmehr aus eigenem Rechte, nicht mit irgend einer übertragenen Vollmacht, sondern als directer Theilhaber an der höchsten Gewalt.

IV. Die bürgerlichen Collegien. — Weniger überflüssig dürfte es sein, zu bemerken, daß auch diese keineswegs als Volksrepräsentanten zu betrachten sind. Ihre Wahlart eignet sie zu nichts weniger als dazu. Denn ein Collegium ergänzt das andere, das oberste ergänzt sich selbst. Aber ihre Bestimmung ist auch eine ganz andere. Für die bürgerliche Gesetzgebung geht ihre Vollmacht nicht weiter, als nur dahin, daß sie mit dem Rathe die vorbereitenden Unterhandlungen führen, nicht aber ohne die Bürgerschaft abschließen. In bürgerlichen Angelegenheiten geht die Mission der Collegien überhaupt dahin, über die Verfassung und die Vollziehung von Rath- und Bürgerschlüssen zu wachen. Die beiden ersten Collegien sind außerdem noch besonders verpflichtet, bei vorkommenden Mißbräuchen beim Senate die nöthigen Schritte zu thun, auch Beschwerden ihrer Mitbürger anzunehmen und zur verfassungsmäßigen Erledigung zu bringen. Das erste Collegium endlich hat das Präsidat und die Leitung der Verhandlungen in den Bürgerconventen. Dieses erste Collegium — das der Oberalten — besteht aus 15 Männern (aus jedem Kirchspiele 3); diese bilden in Verbindung mit 9 Männern aus jedem Kirchspiele das zweite Collegium, das der Sechsziger; die Sechsziger, zusammen mit ferneren Zwölfen aus jedem der fünf Kirchspiele, bilden das dritte, das Collegium der Hundertundachtziger. Wenn diese Collegien für den Zweck vorberathender Ausschüsse ziemlich zahlreich erscheinen, so muß man sich erinnern, daß ihre Einrichtung aus einer Zeit herrührt, wo den Verhandlungen keine Art von Deffentlichkeit zur Seite stand, und wo es um so mehr Bedürfniß war, daß eine genügende Zahl von Bürgern von allen dem Convente vorzulegenden Angelegenheiten vorgängige, genauere Kenntniß erhielt. — Das zweite Collegium wählt die dem dritten adjungirten 30 Bürger (für jedes Kirchspiel 6), und ergänzt aus der Zahl dieser Adjuncten das dritte Collegium. Das erste Collegium ergänzt aus dem dritten wiederum das zweite, und ergänzt endlich aus dem zweiten Collegium sich selbst. Man sieht, die Verfassung hat ein Vorrücken gewollt, um denen, welchen die wichtigeren Functionen anvertraut sind, den Schatz allmählig erworbener Erfahrung zu sichern. Aber die Verfassung hat auch gewollt, daß immer der Tüchtigste, und nicht, daß immer nur der Älteste gewählt werde. Sie hat ausdrücklich, schon im Jahre 1712, für nöthig gefunden, zu erklären, „weilen aus der Wahl schier eine Succession werden wollen, soll solches hinfüro abgeschafft sein.“ Und dennoch ist es so gekommen, daß, mit unglaublich wenigen Ausnahmen, immer der Älteste, so fern nicht ein unübersteigliches Hinderniß im Wege steht, in die erledigte Stelle tritt. Dieser Uebelstand ist sehr groß. Er hat zur Folge, daß die

Wichtigsten Männer, die als solche in einer Reihe von früheren Verordnungen sich bewährt haben, erst in vorgerückten Jahren in das erste Collegium eintreten, und dann nicht mehr leisten können, was sie im kräftigeren Mannesalter geleistet haben würden. Eine 125jährige Erfahrung läßt nicht erwarten, daß es werde anders werden, so lange nicht der gegenwärtige Wahlmodus abgeändert wird. Es ist dieses wohl die schwächste Seite der Verfassung, und das Bedürfniß ist von der öffentlichen Stimme unzweifelhaft genug anerkannt, um eine Reform zu motiviren. — Dem Collegium der Oberalten ist ein rechtsgelehrter Secretär (zugleich als Consulente) beigegeben, der auch als „Actuar der Bürgerschaft“ fungirt. Man hat diese Stelle mit Recht als eine der wichtigsten im Staate bezeichnet. — Wenn zu den Collegien bis jetzt noch keine Nichtlutheraner gezogen sind, so steht kein Princip im Wege, sondern nur der Umstand, daß ein Theil, eigentlich der frühere Theil ihrer Bestimmungen ein kirchlicher ist (daher auch die Sechsziger, in einem dem Sprachgebrauche des christlichen Alterthums verwandten Sinne, Diakonen heißen), und daß noch keine Einrichtung getroffen ist, um den Eintritt von Mitgliedern zu vermitteln, denen die Sorge für das Kirchliche nicht übertragen werden kann.

V. Von der Gesetzgebung. — Der Rath hat die Initiative. Er darf nichts proponiren, worüber er nicht zuvor mit den Collegien unterhandelt hat; er darf aber auch nichts zurückhalten, was die Collegien zum Vorschlage gebracht wünschen. Sollte der Rath sich dennoch weigern, einen von den Collegien angeregten Punct in seine Proposition aufzunehmen, so ist der präsidirende Oberalte nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet, solchen Punct, als „Rebepositionen“, der Bürgerschaft vorzutragen. Wenn es nun auch nicht anders als zweckmäßig zu nennen ist, daß weder die Bürgerschaft durch den Senat, noch dieser durch jene mit einem unvorhergesehenen Antrage überrascht werden kann; wenn ferner der Willkür des Senats die gänzliche Umgehung bürgerlicher Wünsche entzogen ist: so erscheint doch die vorgeschriebene Form für den Ausdruck der letzteren nur als ein spärlicher Ueberrest der von der Bürgerschaft früher ohne alle Beschränkung ausgeübten Initiative. Um diesen Rückschritt in der Modalität bürgerlicher Befugnisse zu begreifen, muß man die eingerissenen Mißbräuche und ihre jede ersprießliche Verhandlung hemmenden Folgen aus den alten Protocollen selbst kennen gelernt haben. Der Senat übertreibt eben nicht, wenn er in seiner an die kaiserliche Commission (1708) gerichteten Beschwerdeschrift darüber sagt: „Das Jus proponendi ist dergestalt umgekehrt worden, daß wir es für ein sonderbares Stück achten müssen, nicht allein, wenn wir zuweilen auch in Jahr und Tag nur einmal zur Proposition gelangen mögen, sondern auch, wenn wir auf von Anderen mit Ungebühr in die Bürgerschaft gebrachte Sachen und darüber genommene Resolutionen; wiewohl allemal furchtlos, bloß gehört werden können; dahingegen öfters und solches verweigert, deren Vorlesung mit grausamem Geschreie inhibirt, keine Antwort als

allein unser Placet zugelassen, unsere Deputirte bald nicht admittirt, bald schimpflich zurückgewiesen, bald unsere aufgebrachte schriftliche Erklärung wieder zurückzunehmen genöthiget, bald als besetzt und arrestirt gehalten, bald durch Auslöschung der Lichter in Finsterniß gesetzt, bald sonst gar indigne begegnet und tractirt worden." Wer die innere Geschichte jener Zeiten kennt, der weiß freilich auch, daß nicht ohne Verschuldung von seiner Seite der Senat in eine so betrübte Stellung zur Bürgerschaft nach und nach gelangt war. Aber es leuchtet doch ein, daß die kaiserliche Commission verpflichtet war, vor allen Dingen der Wiederkehr entschiedenen Unfugs vorzubeugen. Dieses veranlaßte denn eine Reihe von repressiven Maßregeln, die zum Theile nach dem Entwurfe der Commission noch weiter gingen, als der Senat selbst verlangt hatte, und worüber die im Namen der Bürgerschaft unterhandelnden Ausschüsse ihren Unwillen unzweideutig an den Tag legten. In den wirklich getroffenen, nach weitläufigen Unterhandlungen zum Abschlusse gebrachten Einrichtungen ging die repressive Tendenz ganz so weit, als es nur irgend mit dem obersten Grundsatz der dem Rathe und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zustehenden Souveränität sich zu vertragen schien. Mit unwandelbarer Festhaltung dieses Principes war übrigens die leitende Idee, um jeden Preis der Erneuerung von Scenen der Aufregung und der Gewalt in der Bürgerversammlung erschwerende und beschränkende Formen entgegenzusetzen. Daher denn jene Beschränkung der bürgerschaftlichen Initiative und der Grundsatz, daß durchaus kein Gegenstand in die Bürgerschaft gebracht werden soll, der nicht zuvor in den Collegien berathen worden. Daher das ganze Verfahren in der Bürgerversammlung, so wie es im Wesentlichen noch heute besteht. Außer dem zur Zeit präsidirenden Oberalten soll Niemandem erlaubt sein, an die versammelte Bürgerschaft (ehe sie nach Kirchspielen sich absondert, oder wenn sie nach gefaßten Kirchspielschlüssen wieder zusammentritt) zu reden. Die Anträge werden in jedem der fünf Kirchspielskammern gleichzeitig behandelt, ohne daß eine Kammer mit der anderen durch einzelne Mitglieder communiciren darf. Im Kirchspiele selbst soll bei der Umfrage und Botirung Jeder der Reihe nach seine Meinung und Stimme ablegen. Aus den verschiedenen Kirchspielschlüssen soll nachher (unter der Controle von mehreren rechtsgelehrten und anderen bezeichneten Bürgern aus jedem Kirchspiele und nach bestimmten Normen) der allgemeine Bürgerschluß formirt werden. Es ist nicht zu leugnen, die Verfassung hat nicht allein in der vollen Versammlung, sondern selbst in den Kirchspielen keine eigentliche Discussion, keine freie Debatte vor der Abstimmung gewollt. Zur Beurtheilung solcher Einrichtungen finden wir in den neueren Verfassungen keinen Maßstab. Wir müssen ihn im classischen Alterthume suchen. Hören wir Niebuhr in der römischen Geschichte (I, 503): „Die Freiheiten der Gemeinde, als Theil eines Zweiges der höchsten Gewalt, beschränkten sich darauf, daß, wenn der rechtliche Gang der Dinge nicht durch Gewalt oder List gestört ward, keine allgemeine Obrigkeit

und kein Gesetz gegen ihre entschiedene Verneinung aufgedrungen werden konnte. In ihrer Mitte konnte kein Antrag sich erheben, Niemand vortreten und über das Angetragene reden u. s. w." Und Dahlmann (Politik, 36) über die Centurienversammlung: „Jeder Antrag kam ihr vom Senate; nirgends eine rednerische Bewegung; es war eine stumme Volksversammlung, die der Centurien des Marsfeldes, nur zur Annahme oder Verwerfung befugt. Dennoch übte sie ein großes politisches Recht, das Nein, und es schien den Patriciern zu viel damit gethan.“ Nachher, bei den Comitien der nach Tribus versammelten Volksgemeinde, wirft Dahlmann die Frage auf, wie es gekommen, daß nicht geradezu reine Demokratie eintrat und durch sie Anarchie, sondern vielmehr die Staatsordnung lange Zeit eine ernste und hohe Haltung behielt. Er findet einen Hauptgrund in der Nachwirkung der alten Institutionen auf die öffentliche Sitte, fruchtbar für die Mäßigung und wohlthätige Stätigkeit der neuen. „Datum,“ fährt Dahlmann fort, „daß die römische Volksversammlung nie dahin gerieth, bloß nach Köpfen stimmen zu wollen; darum, daß Anträge zu Beschlüssen oder Gesetzen nie aus der Volksversammlung hervorgingen, sondern von dem Senate ausgingen, oder den Consuln, oder den Volkstribunen.“ Das war die Verfassung, welche Cicero pries, und von der er beklagte, daß sie nicht mehr streng gehalten werde (Rede für den Glaccus, Cap. 7): „Jene unsere weisen und ehrwürdigen Vorfahren wollten durchaus keine aufgeregte Versammlung; Volks- oder Gemeinbeschlüsse sollten nicht in voller, zahlreicher Versammlung gefaßt, sondern in Tribus oder Centurien, nach bestimmten Eintheilungsgründen gesondert, sollte über den Antrag, dessen Motivirung zuvor vernommen, dessen Gegenstand geraume Zeit vorher bekannt war, durch Annahme oder Verwerfung entschieden werden.“ Laßt uns nun zusehen, wie die Sache der Erfahrung sich gestaltet hat, und ob die hamburgische Bürgerschaft auch nichts weiter ist, als eine „stumme Volksversammlung“, die höchstens nur das (an und für sich auch nicht eben zu verachtende) Recht des Veto ausübt. Einmal, was das Verfahren in den Kirchspielen anlangt. Die Courtoisie räumt, seit alter Zeit, den rechtsgelehrten Erbgesessenen gleich nach den drei Oberalten des Kirchspiels die ersten Stimmen ein, so daß nicht leicht irgend eine Seite der Rathsproposition unerörtert bleiben wird, ehe die große Mehrzahl der Stimmenthümer an die Reihe kommt. Ferner steht kein Gesetz im Wege, und die Praxis begünstigt es eher, daß bei besonderen Materien Sachverständigen das Wort gegeben wird, bevor die Umstimmung beginnt, oder daß der, der bereits gestimmt hat, seine Stimme modificirt, wenn später zur Sprache gebrachte Gründe ihn dazu bewegen: so daß die wesentlichen Vortheile der Discussion nicht ganz von dem beobachteten Verfahren ausgeschlossen sind, viel weniger davon ausgeschlossen sein müssen. Zweitens ergibt die Ansicht der publicirten Verhandlungen, wie sehr häufig die Bürgerschaft keineswegs bloß annimmt oder abschlägt, sondern vielmehr mit Modificationen oder Hinzufügung von Bedingun-

gen (Annexis) die Anträge des Senats sich aneignet. Dieses Recht ist niemals bestritten worden, kann auch auf keine Weise bestritten werden. Für einen Fall hat auch die Verfassung selbst dieses vorgesehen; wenn nämlich bei angesonnenen Abgaben die Mehrzahl der Kirchspiele einig ist, daß contribuiert werden soll, die einzelnen Kirchspiele aber von einander abweichende Contributionen verwilligt haben, so soll die geringste Contribution zu Grunde gelegt, „und für der ganzen Bürgerschaft Schluß geachtet werden.“ Einmal, natürlich ausnahmsweise, finden wir, daß die Bürgerschaft eine höhere Summe votirt hat, als worauf der Rath antrug. Es war am 20. März 1813; es galt der Vertheidigung der so eben wiedergewonnenen Freiheit und der Förderung der deutschen Sache. Auch finden sich Bürgerschlüsse, wie der vom 6. Juni 1814, wo der Senat die Prolongation der alten verschiedenartigen Zölle beantragte, die Bürgerschaft aber für eine gleichmäßige Abgabe von allen einkommenden und ausgehenden Waaren, mit Beseitigung aller, den Bürgern namentlich, früher zugestandenen Begünstigungen, sich entschied. Es versteht sich von selbst, daß zu jeder Modification und jedem Zusatz zum ursprünglichen Antrage der Consens des Rathes erst erforderlich ist, ehe der Schluß, in seiner veränderten Gestalt, als Rath- und Bürgerschuß, Gesetzeskraft erlangt. Der Rath kann seinen Consens sogleich erklären; er kann sich weitere Verhandlungen vorbehalten und demnächst seinen früheren Antrag wiederholen, oder modificiren, oder sich der Ansicht der Bürgerschaft eventuell anschließen. Uns ist nicht ein einziger Fall bekannt, in welchem es dem Senate bei einer wesentlichen Differenz gelungen wäre, mit gänzlicher Beseitigung des Begehrens der Bürgerschaft seinen entgegenstehenden Antrag durchzusetzen. Es stehen auch dem Senate viel zu wenig Mittel zu Gebote, etwas der Art ernstlich zu versuchen; und es würde bedenklich sein, die Bürgerschaft zu veranlassen, daß sie ihrerseits nach Mitteln sich umsehe, um ihrer Ansicht Eingang zu verschaffen, da selbst innerhalb ihrer streng verfassungsmäßigen Befugnisse die wiederholte Ablehnung eines Antrages die factische Nothwendigkeit einer Modification desselben gewissermaßen von selbst herbeiführen würde. Aber die Hauptsache bleibt, daß für den Senat kaum ein Interesse denkbar ist, das ihn bestimmen könnte, auf einem Antrage, im entschiedenen Widerspruche mit der Bürgerschaft, zu beharren. Oder man weise die Fälle nach, in welchen die Interessen des Senats von denen der Bürgerschaft abweichen könnten. Gleich eine in anderen Staaten erprobte Quelle von Differenzen ist im Voraus abgeschnitten, da die Abgaben jedes Mitglied des Rathes nach demselben Verhältnisse treffen, wie jeden anderen Bürger; da auch von dem Ertrage der bedeutendsten Abgaben kein Mitglied des Rathes mehr percipirt, als eben seinen festen und gesicherten Ehrengelalt; da auf die specielle Verwendung auch geringer Summen dem Rathe durchaus kein Einfluß zusteht, ohne die Zustimmung der mit der Finanzverwaltung beauftragten Bürger. Was endlich die Weigerung des Senats betrifft, bürgerliche Wünsche in seine

Proposition mit aufzunehmen, so ist der Fall und die dadurch veranlaßte Nebenproposition des präsidiirenden Oberalten seit 1712, so weit uns bekannt, nur ein einziges Mal, im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts, eingetreten. Der Senat wird es auch immer im Interesse seiner eigenen Auctorität gerathener finden, zum Vortrage einer Sache selber die Hand zu bieten, als das Gehässige einer Weigerung auf sich zu nehmen und geschehen zu lassen, was er doch nicht verhindern kann. Die Anregung zeitgemäßer Reformen ist überhaupt, wie die Erfahrung lehrt, im Durchschnitte viel eher vom Senate zu erwarten, der sich aus der Zahl der jüngeren und rüstigeren Bürger ergänzt, als von dem ersten bürgerlichen Collegium, dessen Mitglieder sich schwerer von der gewohnten Bahn entfernen mögen, die sie in ehrenwerther Thätigkeit eine längere Reihe von Jahren gewandelt haben. — Indessen, der Fall ist denkbar, daß Rath und Bürgerschaft sich nicht einigen könnten; daß der Rath in seinem Gewissen es mit seiner Pflicht nicht vereinbar hält, einer bürgerlichen Resolution nachzugeben; daß beide Theile auf ihrer entgegenstehenden Ansicht beharren. Wie dann? Im 17. Jahrhunderte war die Bürgerschaft so weit gegangen, daß sie behauptete, der Rath müsse nachgeben; daß sie ein absolutes Veto nur sich selber, nicht aber dem Rathe beilegte, und dann, freilich inconsequent genug, den Consens des Rathes durch allerlei oben angedeutete, zum Theil sehr verwerfliche Mittel zu erzwingen suchte. Die Verfassung von 1712 erklärt sich sehr bestimmt gegen solche Theorie und Praxis, die allerdings mit dem ausgesprochenen Grundprincip des Hauptrecesses durchaus unvereinbar war. Indem sie sich so erklärte, übernahm die Verfassung zugleich die Verpflichtung, für die Art der Entscheidung in solchem Falle Sorge zu tragen, und den Staat nicht allein gegen die Wiederkehr tumultuarischer Scenen, sondern auch durch die Anordnung eines gesetzlichen Austrags gegen einen Stillstand der Geschäfte und ein unter Umständen vielleicht die Existenz bedrohendes Nichthandeln können der Staatsgewalten zu schützen. Das Bedürfniß eines solchen Austrags war früher wohl empfunden und (im Windischgrätzischen Recesse, 1674) im Allgemeinen ausgesprochen worden; erfüllt ward es erst durch die 1712 angeordnete Entscheidungsdeputation. Es ist dieses einer der interessantesten Züge der Verfassung; interessant auch darum, weil in Hamburg diese Einrichtung so viel früher schon getroffen war, als in dem monarchischen Deutschland das Repräsentativsystem auf den Einfall gerieth, ernstliche Differenzen zwischen den Factoren der Gesetzgebung durch eine Art von Schiedsgericht (Mecklenburg 1817, Kurhessen und Sachsen 1831, Schiedsgericht des deutschen Bundes 1834) auszugleichen. Die Verfassung bezeichnet vor allen Dingen diejenigen Schritte, welche versucht und fruchtlos versucht sein müssen, ehe in einer Sache überall zu dem außerordentlichen Entscheidungsmittel geschritten werden darf. Der Rath hat ungesäumt die Bewegnisse, warum er in den Bürgerbeschluß einzustimmen Bedenken trage, dem Collegio der Sechsziger umständlich vorzustellen und in Ver-

bindung mit den Sechszigern auf Temperamente (das ist auf vermittelnde Vorschläge) bedacht zu sein. Mißlingt diese Vereinbarung, so wird der Versuch in Gemeinschaft mit den Hundertundachtzigern wiederholt. Bleibt auch diese Berathung erfolglos, so geht der unveränderte, wo möglich aber noch umfassender motivirte Antrag des Rathes zum zweiten Male an die Bürgerschaft. Beharrt die Bürgerschaft auf ihrem vorigen Schlusse, und befindet oder erachtet der Rath, daß er, „ohne Hintansetzung der Stadt und deren Gemeinwesen Bestens, oder ohne Verletzung seines Gewissens oder seiner Amtspflichten“ nicht nachgeben könne, so soll für den vorliegenden Fall eine Deputation aus Rath und Bürgerschaft erwählt werden, und zwar in folgender Weise. Die ganze Deputation soll sich nicht über 16 oder 20 Personen erstrecken, die Hälfte aus dem Rathe, die andere Hälfte aus der Bürgerschaft. Letztere wählt aus ihrer Mitte eine dreifache Anzahl (also 24 oder 30), unter denen namentlich Mitglieder der bürgerlichen Collegien sein sollen, und Rechtsgelehrte, falls die Bürgerschaft es wünscht, sein können. Aus dieser Anzahl werden 8 oder 10 ausgelooft und von Bürgerseiten deputirt. Der Rath wählt seine 8 oder 10 Deputirte bloß durch's Loos. Wer „für sich oder die Seinigen“ bei der streitigen Sache durch irgend ein besonderes Interesse betheiligt sein könnte, ist nicht wählbar. Die beiderseitigen Deputirten werden besonders beeidigt und unter Anderem auf lebenslängliches Schweigen über die einzelnen Abstimmungen verpflichtet. Ihre Vollmacht geht auf „der streitigen Punkte gänzliche Abhülfe und unwiderrufliche Entscheidung“; ihr Ausspruch soll „pro lege totius civitatis angenommen, steif gehalten und sofort erequirit werden.“ Sollte Gleichheit der Stimmen eintreten und bei wiederholter Umfrage bleiben, so werden aus der ganzen Deputation fünf Subdeputirte ausgelooft, deren Ausspruch nach einmaliger Conferenz und Umstimmung dieselbe Geltung haben soll, als wäre es der einstimmige Ausspruch der gesammten Deputation. — Ist dieses nun wirklich eine Dictatur, die, wie man auf den ersten Anschein argwohnen müßte, der bürgerlichen Freiheit gefährlich werden kann? Beleuchten wir das Institut von verschiedenen Seiten. Einmal, nicht alle Angelegenheiten können an die Deputation gebracht werden. Ausgenommen sind 1) die Sachen, die überall nicht an die Bürgerschaft zu bringen sind, d. i. Sachen, die nicht zum Reffort der Gesetzgebung, sondern zu dem der Justiz gehören (dieses mit Bezug auf die früher von der Bürgerschaft in gewissen Fällen in Anspruch genommene richterliche Befugniß); 2) Sachen, die Rechte des Senats oder der Bürgerschaft, oder statum regiminis betreffend, also Verfassungssachen. Demnach verbleibt in Bezug auf diese dem Rathe wie der Bürgerschaft ein unbedingtes Veto, und nur durch ihre beiderseitige Einstimmung kann eine Abänderung der Verfassung zu Stande kommen. (Beiläufig gesagt, eine Committee des norwegischen Storthings von 1824, in ihrem Berichte über die beantragte Aufhebung des bekanntlich bloß suspensiven königlichen Verneinungsrechts, sprach ihre Ansicht dahin aus: „daß keine

Veränderung in dem Grundgesetze ohne die gemeinschaftliche Zustimmung der constitutionellen Gewalten Statt finden könne, der König also im Besitze eines absoluten Veto sei, wenn es sich um Veränderungen im Grundgesetze handle.“ S. Steffens, d. norwegische Storting im Jahre 1824). Zweitens, auch bei einem Dissens über andere, sich eignende Materien ist keineswegs vorgeschrieben, daß nach erfolgloser Erschöpfung der oben bezeichneten Mittel die Sache sofort an die Entscheidungsdeputation gebracht werden muß. Beide Theile können einig darüber sein, daß die Sache nicht dringend ist, und daß es vorerst beim Alten bleiben möge. Beide Theile können eine außerordentliche Deputation von Raths- und Bürgerschaftsmitgliedern bezeichnen, welcher nicht die Entscheidung, sondern die Abfassung eines Gutachtens oder die Entwerfung vermittelnder Vorschläge committirt würde. Es würde gegen den Geist der Verfassung sein, ohne dringende Noth auf die Deputation zu provociren. Ist die außerordentliche Entscheidung ein Uebel, so hat die Verfassung nicht wollen können, daß sie jemals in Anwendung komme, außer in Fällen, wo sie als nothwendiges Uebel und als das letzte Mittel erscheint, einem noch größeren Uebel vorzubeugen. Provocirt der eine Theil auf die Deputation, so kann der andere darum noch nicht unbedingt verpflichtet sein, sofort zur Wahl zu schreiten. Vorstellungen bleiben immer vorbehalten; Vorstellungen sind Pflicht, sobald die Nothwendigkeit nicht klar zu Tage liegt. Weigert aber der provocirende Theil auf seiner Ueberzeugung, daß Gefahr auf dem Verzuge hafte, daß gehandelt werden müsse, so würde jedenfalls auf dem verweigernden Theile die Verantwortung für alle dem Staate aus der Weigerung entspringenden Folgen lasten. Eine directe Verletzung der Verfassung in der Weigerung an und für sich zu finden, nehmen wir Anstand, da die Zulässigkeit von Vorstellungen in der Verfassung zwar nicht erwähnt, aber in der Praxis anerkannt und in der Natur der Sache gegründet, und da nichts darüber bestimmt ist, daß etwa nach erfolgloser einmaliger Vorstellung sofort zur Wahl geschritten werden müsse. Wir nehmen also an, die Ueberzeugung der Nothwendigkeit müsse bei beiden Theilen vorhanden sein, um so mehr, da dem Senate so wenig als der Bürgerschaft irgend ein Zwangsmittel zu Gebote steht, um den anderen Theil zur Wahl zu bewegen. Es ist eine Gewissenssache, nach den Umständen zu beurtheilen; Jeder muß wissen, was er verantworten kann. Eine directe Verletzung der Verfassung würde nur dann eintreten, wenn der eine Theil den Versuch machte, mit Umgehung des Entscheidungsmittels seine Ansicht durchzusetzen. Der Gedanke an die Möglichkeit eines solchen Versuchs würde ohne Zweifel hinreichen, im letzten Augenblicke die Weigerung des anderen Theils zu entwaffnen. Drittens: was die Competenz der Deputation anlangt, so zeigt schon die Verpflichtung, binnen längstens vierzehn Tagen zu entscheiden, deutlich genug, daß es einfache und dringende Fragen sind, mit denen sie sich zu beschäftigen hat, daß an eigentliche umfassendere Arbeiten der Gesetzgebung dabei

nicht gedacht ist. Die Deputation ist zu „der streitigen Punkte gänzlicher Abhülfe“ eingesetzt. Nichts verbietet dem Rathe und der Bürgerschaft, jede Rücksicht vielmehr rath beiden Theilen gleich dringend an, die streitigen Punkte so genau zu definiren, die Frage in so engen Grenzen einzuschließen, daß die Deputation, selbst wenn sie's wollte, nicht übergreifen kann. Viertens: was die so bestimmt ausgesprochene, so bedrohlich erscheinende Unwiderruflichkeit der Entscheidung betrifft, so wird Niemand behaupten, daß an eine Entscheidung für alle Folgezeit gedacht sei. Die Verfassung sagt: „sowohl Rath als Bürgerschaft sollen dabei acquiesciren, und weder einer= noch andererseits, sub quocumque prae-textu, direct oder indirect, etwas weiter dagegen attentet oder movet werden.“ Sollten aber Rath und Bürgerschaft nach plötzlich eintretenden Umständen, oder in beiderseitiger Ueberzeugung begründeten Rücksichten auf das Staatswohl augenblicklich einig sein, daß es besser sei, die Verhandlungen auf's Neue aufzunehmen, so kennt die Verfassung so wenig eine Gewalt, als die Vernunft einen Grund dafür auffinden würde, ihnen das Recht dazu streitig zu machen; nur jeder einseitige Versuch, die Entscheidung illusorisch zu machen oder ihre Vollstreckung aufzuhalten, kann und muß durch jene Bestimmung auf's Entschiedenste ausgeschlossen sein. Endlich, wenn das Institut, so wie es ist, einem der beiden Theile die Möglichkeit eines Uebergewichts gewährt, so scheint diese Möglichkeit zu Gunsten der Bürgerschaft sich zu stellen. Die Bürgerschaft wählt zuvörderst diejenigen, aus deren Zahl ihre Deputirten ausgeloset werden sollen. Die Majorität wird dafür zu sorgen wissen, daß solche, die mit der Majorität gestimmt haben, dem Loose dargeboten werden. Die Deputirten des Senats werden mit einem Male ausgeloset. Das Loos kann es fügen, daß auch solche deputirt werden, die etwa mit der Minorität im Senate, also im Sinne der Majorität der Bürgerschaft, gestimmt haben. Dieses Verhältniß wird besonders wichtig für den Fall einer Subdeputation. Um so auffallender ist es, daß nur der Rath es war, der hin und wieder auf die Deputation provocirt hat, während die Bürgerschaft mehrmals sich bemühte, ihm darzuthun, daß der Fall nach der Lage der Sache sich nicht dazu eigne, oder lieber modificirte Anträge erwartete, denen sie sich anschließen konnte, als daß sie dem ungewissen Ausgang einer geheimen und ungewöhnlichen Berathung ihre Sache anvertraut hätte. Seit 1712 ist nämlich im Ganzen sechsmal auf die Deputation provocirt worden, und nur einmal, im Jahre 1829, als die Bürgerschaft eine Herabsetzung des bereits sehr mäßigen Zolls dringend verlangte und die vom Senate angetragene provisorische Verlängerung der früheren Zollordnung auch für die kürzeste Frist beharrlich verweigerte, während der Senat aus finanziellen Gründen eine plötzliche Reduction für unthunlich hielt, nur dieses eine Mal ist es wirklich zur Wahl der Deputation gekommen. Ihr Ausspruch lautete (wie es scheint, im Einklange mit den oben entwickelten Ansichten) auf eine längstens viermonatliche Prolongation der bestehenden Zollordnung, „falls

durch einmüthigen Beschluß E. E. Rathes und Erbgesessener Bürgerschaft bis dahin nicht ein Anderes beliebt werden sollte"; und wirklich war auch vor dem Ablaufe dieser Frist bereits eine den Wünschen der Bürgerschaft entsprechende Reduction durch einmüthigen Beschluß in's Leben getreten, und anderweltige Deckung des voraussichtlichen Ausfalls der Staatseinnahmen gemeinsam ausgemittelt. Die Kritik dieses Falls gehört nicht hierher. Indessen mag erwähnt werden, daß ein Kenner der Verfassung die Ansicht öffentlich ausgesprochen hat: unter allen Fällen, in welchen die Provocation Statt gefunden, sei nur ein einziger gewesen, der Fall von 1801, als Hamburg durch die Dänen bedroht war, auf welchen, nach der Lage der Sache, strenggenommen die Absicht des Gesetzes ihre volle Anwendung gefunden habe. Wenn darüber die Ansichten getheilt sein mögen, so wird dagegen die Anwendbarkeit des vom deutschen Bunde für gewisse Fälle angeordneten Schiedsgerichts auf hamburgische Verhältnisse von Keinem, dem die letzteren nicht ganz fremd sind, behauptet werden. Es wäre Verrath an der Verfassung, den Senat mit dem Staatsoberhaupte, die Bürgerschaft mit Landständen, im Sinne des „monarchischen Princips“, auf gleiche Linie stellen zu wollen. Aber auch die „analoge Anwendung“, wie der Artikel 11 der Beschlüsse vom 30. October 1834 sich vorsichtig ausdrückt, des Schiedsgerichtes auf die inneren Verhältnisse der freien Städte wird in Hamburg, so lange die Verfassung besteht, nicht Statt finden können. Der Artikel 1 jener Beschlüsse läßt das Schiedsgericht nicht eher eintreten, als bis „alle verfassungsmäßigen und mit den Gesetzen vereinbarlichen Wege zur genügenden Beseitigung der Irrungen ohne Erfolg eingeschlagen worden sind.“ Das verfassungsmäßige Mittel der Entscheidungsdeputation aber kann nicht ohne Erfolg bleiben, und der Ausspruch derselben muß sofort vollstreckt werden, so daß jede fernere Procedur nicht allein überflüssig, sondern unbedingt verfassungswidrig, und eben damit unvereinbar sein würde mit der Tendenz jener Beschlüsse selbst, die der Präsidialvortrag vom 30. October 1834 unter Anderem als abzielend auf die Bewahrung der „rechtmäßigen Ordnung in den einzelnen Bundesstaaten“ bezeichnete. Es ist dieses die natürliche Folge davon, daß Hamburg seit langer Zeit ein Institut besitzt, das den meisten, zumal den monarchischen deutschen Verfassungen bisher gefehlt hat. — Vielleicht wird hier der Ort sein, die hin und wieder aufgeworfene Frage zur Sprache zu bringen, ob Hamburg nicht wohlthun würde, den Gang der Gesetzgebung, der mit den Vorberatungen in den Collegien, mit den Abstimmungen in Kirchspielskammern, ohne parlamentarische Discussion in voller Versammlung, unleugbar etwas Schwerfälliges, unserer Zeit höchst Ungewohntes hat, mit dem Repräsentativsysteme zu vertauschen? Wir könnten hier an ein fast vergessenes Wort von Rousseau erinnern. „Die Souveränität“, heißt es im Contrat social, „kann nicht repräsentirt werden, aus demselben Grunde, weshalb sie nicht veräußert werden kann. Die Deputirten des Volks können nicht seine Repräsentanten sein, sie sind nur

seine Commissäre, sie können definitiv nichts schließen. Jedes Gesetz, welches das Volk nicht in Person ratificirt hat, ist nichtig, ist kein Gesetz. Das englische Volk meint frei zu sein; es täuscht sich sehr, es ist nur frei während der Parlamentswahlen; sind diese zu Ende, so ist das Volk unfrei, es ist nichts. Während der kurzen Augenblicke seiner Freiheit macht es davon solchen Gebrauch, daß es wohl verdiente, sie zu verlieren.“ Doch bekennen wir, daß theoretische Aussprüche dieser Art uns sehr wenig rühren. Sobald eine republicanische Verfassung im größeren Maßstabe ausgeführt werden sollte, so sehen wir nicht, wie sie des Repräsentativsystems entbehren könnte. Roms Verfassung war eine Komödie, von dem Tage an, da die Bewohner Italiens den Tribus eingereiht wurden. Aber es handelt sich hier um eine Stadtgemeinde mit genau bestimmten Rechten und festen Institutionen. Der neue Verfassungsentwurf für Bremen schlägt einen mit Benutzung des Repräsentativsystems construirten Bürgerconvent vor. Im Verhältnisse zur jetzigen gesetzlichen Grundlage desselben mag dieses eine Verbesserung sein. Denn seit der „neuen Eintracht“ von 1534 ist es dem Ermessen des bremischen Senats anheimgegeben, wen er zur Bürgerversammlung „fordern und einladen“ will. Allerdings hat eine feste Observanz sich längst gebildet, und der Rath entsagt durchaus der Willkür, die kein Gesetz ihm anzuwenden verbietet. Doch ist es ein ganz anderes Ding, daß beim hamburgischen Bürgerconvent nichts auf der Willkür des Rathes, Alles auf festem, unzweifelhaftem Rechte beruht. Man mag einwerfen: was hilft die klare Berechtigung, wenn sie von so Vielen nicht ausgeübt wird? Dagegen fragen wir: würde das Wahlrecht fleißiger geübt werden? Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Mehrzahl von denen, die nicht zur Bürgerschaft gehen, auch an den Wahlen keinen Antheil nehmen würde. Wer dieses für einen Verdacht, oder für einen Vorwurf halten möchte, der nur die hamburgischen Bürger trafe, der mag sich aus der Geschichte, und wäre es auch nur aus dem Capitel der Miß Martineau über die Indolenz der Nordamerikaner bei Staatswahlen, eines Bessern belehren. Der Hauptvortheil des Repräsentativsystems müßte wohl sein, daß der Geschäftsgang im Ganzen rascher würde. Ohne Zweifel; und wir sind weit entfernt von der Besorgniß, daß die Maschine sich darum in Brand reiben würde. Vielmehr möchten wir ein Beträchtliches wieder in Abzug bringen für die längeren Reden und die größere Lust zu regieren. Denn gewiß, es würde sehr viel mehr gesprochen und unsäglich viel mehr regiert werden als jetzt. Aber die Hauptsache ist uns etwas ganz Anderes. Durch das Repräsentativsystem würde die Stellung der Bürgerschaft, dem Rathe gegenüber, wesentlich verändert werden. Einer Versammlung, in welcher Jeder aus eigenem Rechte erscheint, kann nicht imponirt, sie kann nicht etwa, wenn ihre Richtung dem anderen Factor der Staatsgewalt minder genehm sein sollte, nach Hause geschickt werden. Vergebliche Landtage, aufgelöste Kammern, Wahlumtriebe von beiden Seiten, Rathlosigkeit und Ermattung der Wählenden — diese Dinge

erachten wir in unserer bürgerlichen Einsicht eben für kein großes Glück. Lieber behalten wir, was wir haben — klares, beständiges Recht. Und wir sind überzeugt, daß das Bewußtsein der Berechtigung, selbst wenn sie nicht weiter ausgeübt wird, sehr wirksam ist für die Bewahrung des republicanischen Sinnes, auf den zuletzt Alles ankommt. Vollennds, wenn wir die Geschichte der deutschen Stände seit 1814 zur Hand nehmen, so könnten wir unseren Mitbürgern gewissenhafter Weise den Rath nicht geben, den directen Antheil an der Souveränität, die politische Ebenbürtigkeit mit dem Rathe, für das Einsengericht einer Stimme bei der Wahl eines Repräsentanten hinzugeben.

VI. Von der Justizverfassung. — Der Rath war früher eine Gerichtsbehörde, als er eine Regierungsbehörde geworden. Nach der Hauptrecess legt dem Rathe die Ausübung der Justizhoheit im weitesten Umfange bei. Seit der Befreiung sind durchgreifende Reformen in jedem Zweige des Justizwesens eingetreten. Der Rath hat auf das Präsidat in den Untergerichten verzichtet. Das Niedergericht ist seit 1815 neu geordnet. Es besteht aus einem graduirten (rechtsgelehrten) Präses, zwei graduirten und vier kaufmännischen Richtern. Die drei Ersten sind permanent, die vier Letzteren bleiben je zwei Jahre im Amte. Das Gericht schlägt durch Stimmenmehrheit dem ersten bürgerlichen Collegio und den Rummereibürgern vier Personen vor, um zwei derselben dem Senate zu präsentiren, der durch Stimmenmehrheit eine wählt. Die Anklage- und Vertheidigungsschriften, das Urtheil sammt Entscheidungsgründen werden in öffentlicher Sitzung verlesen. Das Handelsgericht (seit 1815) besteht aus einem Präses und Vicepräses (Beide sind Rechtsgelehrte und permanent) und neun kaufmännischen Richtern (je für drei Jahre). Zur Wahl des Präses oder Vicepräses schlägt das Gericht der Kaufmannschaft vier Personen vor, aus welchen dieselben dem Rathe zwei präsentirt, der eine davon erwählt. Zur Wahl der Richter schlägt das Gericht der Kaufmannschaft zwei Kaufleute vor, von denen sie Einen wählt. Das Verfahren ist öffentlich und mündlich; doch kann das Gericht Schriftsätze zulassen. Wenn diese Gerichte erster Instanz vom Senate gänzlich gesondert und unabhängig sind, so besteht dagegen das Obergericht aus einer Section des Senats (ein rechtsgelehrter Bürgermeister als Präses, fünf rechtsgelehrte und fünf kaufmännische Senatoren). Eine Trennung der Justiz von der Administration würde man dieses nur sehr uneigentlich nennen können, wenn gleich es gegen das, was früher bestand, ein Fortschritt ist. Das Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands besteht seit 1820. Der Präsident wird von den Städten gemeinschaftlich gewählt, und die hamburgische Stimme dabei (zufolge Rath- und Bürgerschlusses) vom Senate geführt. Die Wahl der sechs Räte wird alternirend (für Hamburg vom Senat unter Mitwirkung des ersten bürgerlichen Collegii) vorgenommen. — Was den Instanzenzug betrifft, so sind unter den Grundsätzen über die Appellabilität besonders die folgenden bemerkenswerth. Von zwei conformen Entscheidungen ist überall keine Appel-

lation zulässig, das ist: wenn in zweiter Instanz das Erkenntniß der ersten confirmirt worden, wenn gleich die Entscheidungsgründe abweichen mögen. Es ist dieses ein alter Grundsatz im hamburgischen Justizwesen, den der Rath vertheidigte und auch die Bürgerschaft beibehielt, als man über die Einrichtung der höheren Instanz unterhandelte. Unter den dafür sprechenden Gründen ward auch der eigenthümliche geltend gemacht: von drei Stimmgebern (hier Instanzen) bilden zwei gleichstimmende eine Mehrheit; sobald die Mehrheit entschieden habe, sei ein weiteres Verfahren überflüssig. Für die Beibehaltung des Principes der „duas conformes“ sprach wohl am Lauteften die Gewohnheit, und das Bedürfniß, mit einer Sache zu Ende zu kommen, das in einem Handelsstaate, wo Jeder mehr zu thun hat als zu processiren, Jeder empfindet, und darum lieber sich dabei beruhigt, wenn er auch glauben sollte, daß ihm sein Recht einmal nicht vollkommen geworden sei. Ferner sind öffentliche Sachen, z. B. innere Einrichtungen der Collegien und Verwaltungen, Verhältnisse derselben gegen einander und gegen den Staat, Verhältnisse einzelner Mitglieder zu ihren Collegien in der Verwaltung u. dergl., der Competenz des Oberappellationsgerichts entzogen. Auffallen muß es, daß Criminalsachen (mit Ausnahme der unmittelbaren Verbrechen gegen den Staat) von dem Rechtsmittel der dritten Instanz ausgeschlossen sind. In Criminalsachen wird gewöhnlich die erste summarische Untersuchung von der Polizei eingeleitet; die eigentliche Instruction geht vom Senat aus. Bei minder erheblichen Fällen spricht das Obergericht das Urtheil in erster und letzter Instanz. Auch bei erheblicheren Fällen (doch durchaus nicht bei schweren Verbrechen) kann dem Angeklagten, wenn er es den Formalitäten eines accusatorischen Processes vorzieht, als Vergünstigung verstattet werden, daß er der sogenannten außergerichtlichen Cognition des Obergerichts sich unterwirft. Die übrigen, namentlich alle schwereren Fälle, werden, sobald die Instruction so weit geführt ist, zum fiscalischen Prozesse an's Niedergericht verwiesen. Das Obergericht erkennt dann in zweiter und letzter Instanz. Die Abnormität dieses Verfahrens ist unleugbar; doch ist sie nicht eben größer, als wenn in England dem wegen Felonie Angeklagten kein Rechtsanwalt zur Seite steht. — Sachen unter dem Werth von 500 Mark Banco (250 Thlr. preuß. Cour.) können nicht an das Oberappellationsgericht gebracht werden. Bei geringeren Summen findet übrigens das Restitutionsgesuch beim Obergerichte Statt. — Nichtigkeitsbeschwerden gegen ein Erkenntniß zweiter Instanz können beim Oberappellationsgerichte nur dann angebracht werden, wenn sie auf den Grund eines wesentlichen Mangels hinsichtlich der Gerichtspersonen, oder der Person der Parteien, oder des gerichtlichen Verfahrens sich stützen. — Im Allgemeinen mag hier noch angemerkt werden, daß die Entscheidung über die exceptio fori, die früher dem Senate zustand, seit 1819 lediglich den Gerichten überlassen ist. — Es ist nun noch von den außerordentlichen Maßnahmen zu handeln, welche die Verfassung mit Bezug auf gewisse

Classen von Beschwerden angeordnet hat, um eine fernere Controle der Entscheidungen zweiter Instanz, um gesetzlichen Schutz für bürgerliche oder Privatinteressen, die durch amtliche Verfügungen der Behörden gekränkt sein könnten, und um eine wirksame Verantwortlichkeit der Mitglieder der letzteren bei grobem Mißbrauche der Amtsgewalt zu begründen. Es ist dieses das sogenannte Recursverfahren, eine überaus schwierige Materie. In keinem Stücke sind die Stellen der Verfassungsurkunden so dunkel und so ungenügend. Die vorbereitenden Verhandlungen erklären dies hinlänglich; sie zeigen, wie höchst ungern die Bürger auf ihre früher factisch geltend gemachten Befugnisse verzichteten, deren fortdauernde Ausübung in hergebrachter Art doch mit einem geregelten Zustande des gemeinen Wesens unvereinbar schien, und wie sehr ängstlich besorgt der Senat war, um seiner Auctorität nichts zu vergeben. So ist Manches nur angedeutet, weil man im Grunde sich nicht vollkommen darüber einigte. — Hierher gehört zuvörderst die beim ersten bürgerlichen Collegium anzubringende Nichtigkeitsbeschwerde über Erkenntnisse zweiter Instanz. Wer durch Erkenntniß des Obergerichtes wider klares statutarisches Recht sich beschwert hält, dem steht, außer den gewöhnlichen Rechtsmitteln der Revision, oder, nach Beschaffenheit der Sache, der Appellation (diese ging früher an die Reichsgerichte), auch frei, sich desfalls bei den Oberalten zu beschweren und auf den Artikel des Stadtbuchs oder gültiger Reccesse, wider welche gesprochen, sich zu beziehen. Diese Einrichtung ist unvollständig geblieben; denn, die „neu zu errichtende Gerichtsordnung“, nach welcher weiter verfahren werden soll, falls der erste Schritt erfolglos bliebe, hat niemals Gesetzeskraft erhalten. Die Sache kann nicht weiter gehen, als daß die Oberalten, falls sie die Beschwerde nicht ungegründet finden, sich mit Vorstellungen an den Senat wenden, der ihnen dann wohl die Acten mittheilt. Allerdings verweist ein in Kraft stehendes Verfassungsgesetz (Unionrecess des Senats Art. 10) solche Beschwerden, im weiteren Verlaufe und bei fortwährendem Dissens zwischen dem Rathe und den Collegien, an die Bürgerschaft und eventuell selbst, wie es scheint, an die oben besprochene Entscheidungsdeputation; aber die Praxis hat dieses Verfahren nicht sanctionirt, und es würde erst durch die Analogie anderer genauer bestimmten Procceduren vervollständigt werden müssen. Schwerlich würde man heut zu Tage es zweckmäßig finden, eine Rechtsache auf diesem Wege in dritter Instanz zur Entscheidung zu bringen. Was aber die herkömmliche Beschwerdeführung bei den Oberalten anlangt, so kann derselben, auch nach der Bestellung einer dritten Instanz, nichts im Wege stehen. Das Oberappellationsgericht hat in dieser Beziehung selbst anerkannt (10. Febr. 1827, Ramm c. Bölger), daß „eine Aenderung an den Fundamentalgesetzen nicht leicht anders als nach bestimmter Erwägung und unter ausdrücklicher Erwähnung derselben vorgenommen wird, in so fern nicht etwa eine Aenderung der verfassungsmäßigen Einrichtungen sie von selbst herbeiführt, was hier durchaus nicht der Fall ist.“ Dieses ist hier so wenig der Fall, daß vielmehr das Oberappel-

lationsgericht Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse des Obergerichts, auf den Grund des materiellen Inhalts derselben, nicht annimmt (ein Grundsatz, den es mehrmals umfassend motivirt hat), so daß also den Bürgern ein Rechtsmittel entzogen wäre, ohne ein anderes entsprechendes an die Stelle zu setzen. — Was andere Beschwerden anlangt, so muß, um einigermaßen zu einer klaren Uebersicht zu gelangen, vor Allem unterschieden werden, ob ein Privatinteresse dabei vormaltet, oder ein öffentliches. Ist das Erstere der Fall, soll gegen eine Verfügung einer Regierungs- oder Verwaltungsbehörde ein privatrechtlicher Anspruch (auf Schadenersatz oder dergl.) geltend gemacht werden, so muß auf verfassungsmäßigem Wege (durch den Rath und die bürgerlichen Collegien) die Vorfrage, ob die Sache der Competenz der Gerichte unterliege, bejaht worden sein, bevor die Klage von den Gerichten angenommen werden kann. Es gibt aber auch Beschwerden, bei welchen nicht etwa ein Einzelner sein Privatinteresse verfolgen will, sondern welche gegen die Verfügung einer Behörde erhoben werden, weil dieselbe den bürgerlichen Interessen überhaupt zu nahe zu treten scheint. Solche Beschwerden gehen an den Rath und an die Collegien und, wenn diese sie begründet finden, ohne doch Abhilfe sofort auswirken zu können, an die Bürgerschaft. Falls der Rath sich weigern sollte, sie vorzutragen, so eignen sie sich zur Nebenproposition, auch bei fortdauerndem Dissens des Raths, so fern sie nicht zu den ausgeschlossenen Gegenständen gehören, zur Erledigung durch die Entscheidungsdeputation. — Endlich gibt es eine Beschwerde über Mißbrauch der Amtsgewalt und Ungebühr, wobei es nicht allein um Abstellung und Ausgleichung des Mißbrauchs, sondern auch um Bestrafung des Schuldigen und Sicherstellung des Rechtszustandes, mit einem Wort, um wirksame Geltendmachung einer Verantwortlichkeit sich handelt. Mit dieser Beschwerde beschäftigt der erste Artikel des Hauptrecesses sich sehr ausführlich. Die Vereinbarung darüber war schwieriger, die Verhandlungen haben länger gedauert, als bei irgend einem anderen Punkte der Verfassung. Man vereinigte sich endlich über die Anordnung eines außerordentlichen Gerichtes für solche Fälle. Da ein Uebergewicht der Bürger, trotz aller abwehrenden Versuche von Seiten des Raths, nicht zu vermeiden war, so bemühte man sich, die Einleitung des Verfahrens um so mehr zu erschweren. Vor allen Dingen wird dem Rathe selbst das Recht und die Pflicht der Wandelschaffung und Bestrafung malversirender Rathsmitglieder zugesprochen. Sind gegen Einen aus seiner Mitte solche Corruptelen durch ein zu Recht bestehendes Zeugniß darzuthun, so will der Rath ihn sofort ab officio suspendiren, und fiscaliter auf Absetzung, wie auch auf Genugthuung für den Beleidigten im Niedergerichte anklagen lassen. Kommt die Sache von dort zur Appellation an's Obergericht, so werden die Acten an ein auswärtiges unparteiisches Gericht verschickt, und zwar wird die Verschickung durch zwei Senatoren beschafft, deren Einen die Oberalten, den Anderen der Angeklagte zu benennen hat. Das erfolgende Urtheil wird sofort vollstreckt. Sollte nicht ein Beweis, aber starke Präsumtion der Bestechung vorliegen,

so will der Senat dem angeschuldigten Empfänger sowohl als dem in Verdacht gezogenen Geber den Reinigungsseid auferlegen. Falls der Rath in einem der obigen Stücke sich säumig finden ließe, oder dem Beschwerdeführer sonst nicht hinlänglich vom Rathe geholfen würde, so kann die Beschwerde an die Oberalten gehen und, falls diese sie unbegründet ansehen, auch noch an die Sechsziger. Wenn sowohl die Oberalten als die Sechsziger sie unbegründet erachten, oder wenn doch, beim Widerspruche der Oberalten, die Sechsziger dem Rathe beipslichten, so ist die Sache damit abgethan. Können die Sechsziger sich mit dem Rathe nicht einigen, so geht sie an die Hundertachtziger, und es steht diesen dann zunächst frei, beim Rathe „freundliche Erinnerungen zu thun und die Wandelschaffung zu verlangen.“ „Im Fall nun“, heißt es weiter, „das beschuldigte Rathsglied solche Admonition annimmt, von seinem Unfug absteht, oder sonst die Sache zwischen E. E. Rathe und löblichem Collegio auf eine oder die andere Weise verglichen wird, soll die Sache damit gänzlich abgethan sein. Da aber ein solches Rathsglied halsstarrig auf seinem Sinne verbliebe, seinen Unfug nicht erkennen wollte, auf seinem Irrwege fortginge, oder sonst in seinem Muthwillen verharrete, oder die beschuldigte Rathsperson hätte sich eines Stadt- oder Staatsverbrechens, dadurch die ganze Stadt gefährdet würde, vorsätzlich schuldig gemacht“ — in solchem Falle soll das Rathsglied „auf Gutbefinden“ des Rathes und des Collegii, mit welchem zuletzt verhandelt, ab officio suspendirt und beim Niedergerichte durch den Fiscal angeklagt werden. Ein einseitiges Abolutionsrecht des Senats scheint jedenfalls durch diese Vorschriften ausgeschlossen. Sobald das Niedergericht gesprochen hat, und es soll wenigstens innerhalb Jahresfrist sprechen, so ist der Fiscal schuldig, an das zu constituirende außerordentliche Gericht zu appelliren. Dem Senate liegt ob, aus eigener Bewegniß oder auf Ansuchen der Collegien die Bürgerschaft ungesäumt zu convociren, damit jedes Kirchspiel vier Bürger und dazu vier erbgesessene Rechtsgelehrte erwählt. Die erwählten zwanzig Bürger und die vier Rechtsgelehrten, welche die meisten Stimmen hatten, werden in's Loos gebracht, und demgemäß zehn Bürger und zwei Rechtsgelehrte, also zwölf Personen, zu dem Gerichte von Seiten der Bürgerschaft deputirt. Der Rath deputirt dazu acht aus seiner Mitte ausgelosete Mitglieder. Der Angeklagte kann recusiren, so Viele er will, doch entscheiden die übrigen Mitglieder der Deputation über die Gewichtigkeit seiner Gründe. Die Ausfallenden werden durch's Loos, bei den Bürgern aus den zuvor in's Loos Gebrachten ergänzt. Die Mitglieder des Gerichts werden durch besonderen Eid, unter Anderem auch auf Geheimhaltung der Abstimmungen, verpflichtet. Binnen Monatsfrist, vom Tage der eingereichten Exceptionsschrift an, soll das Urtheil gesprochen werden. Doch ist im Nothfall fernere Handlung den Parteien und dem Gerichte die Actenversendung verstattet, zum Behuf eines consilium informalivum; aber es ist selbst in der Sache zu erkennen schuldig. Gegen das Erkenntniß findet kein Rechtsmittel irgend einer Art Statt; viel weniger sollen Rath, Bürgerschaft oder Collegien sich „einiger weiteren Cognition oder

Änderung in solcher abgeurtheilten Sache anzumassen befugt sein.“ Es ist keinesweges klar, daß das Wort Änderung auch von der Ausübung des dem Rathe zustehenden Begnadigungsrechtes verstanden werden soll. In England ist es bekanntlich eine theoretisch bestrittene Frage, ob nach erfolgter Sentenz beim impeachment der Verurtheilte begnadigt werden kann. Die württembergische Verfassung enthält (§. 205) darüber wenigstens bestimmte Beschränkungen. Was die Besorgniß betrifft, daß der zur Absetzung Verurtheilte in seiner amtlichen Stellung gelassen werden könnte, so verbietet in jedem Rechtsstaate der Einfluß des öffentlichen Rechtsinnes, vielleicht noch bündiger, als ein ausdrückliches Gesetz es vermöchte, eine so monströse und gewissenlose Anwendung des Begnadigungsrechtes. — Nachdem so ausführlich von der Proceßur gegen malversirende Rathsglieder gehandelt ist, sagt die Verfassung in zwei Zeilen, daß auch Bürger, so bürgerliche Officien verwalten und darin und in Sachen, solch' ihr Amt selbst betreffend, wirklich und vorsätzlich sich vergreifen, auf dieselbe Art gerichtet werden sollen. Es wird indessen jede nähere Bezeichnung der einleitenden Schritte vermißt. — Bis jetzt, in 127 Jahren, ist es noch in keinem einzigen Falle bis zur wirklichen Constituirung des außerordentlichen Gerichts gekommen. Die Oberappellationsgerichtsordnung sagt (§. 40): bei unmittelbaren Verbrechen gegen den Staat wird dem Angeklagten die Berufung an das D.-A.-Gericht gestattet. Man hat die Frage aufgeworfen, ob nicht in diesem Falle das jüngere Gesetz das ältere aufhebt. Wir möchten hier, wie oben in ähnlichem Falle einwenden, daß eine Änderung in den Fundamentalgesetzen nicht stillschweigend vorgenommen wird, es sei denn, daß sie mit Nothwendigkeit aus der neuen Einrichtung folgt. Dieses ist hier keineswegs der Fall; denn 1) die geringere Zahl der denkbaren Staatsverbrechen würde sich zum Recursverfahren eignen; die Vorschrift des §. 40 ist also nichts weniger als müßig, wenn man auch gar nicht daran gedacht hat, die Fälle, die im Hauptrecesse bezeichnet sind, darunter zu begreifen; und 2) es wäre erst zu beweisen, daß zum Recursverfahren nur solche Fälle sich eignen, bei denen ein unmittelbares Staatsverbrechen vorliegt; aus den oben angeführten Stellen geht aber, da Staatsverbrechen von anderen Fällen unterschieden werden, das gerade Gegentheil hervor; also würde die Vorschrift des §. 40 auch keineswegs das Recursverfahren ersetzen können. Selbst um im vorkommenden Falle einem Angeklagten die Option zu verstatten, ob er dem im Hauptrecesse angeordneten, oder dem D.-A.-Gerichte sich unterwerfen will, würde wohl erst authentische Interpretation der D.-A.-G.-Ordnung erforderlich sein; und seltsam wär' es, wenn ein Institut, in dessen Besitze die Verfassung so lange gewesen, in Hamburg beseitigt werden sollte, nachdem in anderen deutschen Staaten (Württemberg 1819, Sachsen 1831) ein analoges Institut neu geschaffen worden. Eine andere Frage wär' es, ob nicht bei der Entwerfung eines Strafgesetzbuchs und einer neuen Gerichtsordnung, Arbeiten, die „freilich nicht übereilt, aber auch nicht allzu zögernd“ vorzunehmen sein werden, das ganze Recursverfahren einer Revision zu unterziehen wäre. —

VII. Polizei=Verfassung. Wenn irgendwo, so ist in den hamburgischen Verhältnissen die Polizei ein nothwendiges Uebel. Ein Uebel, weil diese Verwaltung eine Einheit erfordert, die, der Natur der Sache nach, jede collegialische Berathung ausschließt, und weil eben hier, wo Mißgriffe und Unrecht so sehr schwer in ihrer Wirkung wieder ganz auszugleichen sind, ein rascher, in seinen Formen der Willkür sich annähernder Geschäftsgang geradezu Bedürfniß ist. Ein nothwendiges Uebel, weil, abgesehen von den Verhältnissen, die sich überall vorfinden, Hamburg so stark bevölkert, von Fremden jederzeit so stark besucht und dazu noch Hafenstadt und Grenzstadt ist. Es ist ein Opfer, das der Einzelne dem gemeinen Besten und mittelbar dem eigenen Interesse bringt, indem er in dieser Beziehung noch mehr, als die gesellige Ordnung überhaupt es mit sich führt, gewissen Beschränkungen der persönlichen Freiheit sich unterwirft. Eine verständige und heilsame Eifersucht hat bis jetzt die Bürgerschaft bestimmt, die Polizeiordnung und Competenzbestimmung nicht definitiv, sondern immer nur auf eine Reihe von Jahren zu genehmigen. Dem gemeinen Wesen entspringt daraus so wenig ein ersichtlicher Nachtheil, als in England aus der alljährlich wiederkehrenden Erneuerung der Mutiny Bill. — Die allgemeine Polizeibehörde besteht aus zwei vom Rathe dazu deputirten Senatoren, deren Einer ausschließlich die Verwaltung besorgt und nur in Verhinderungsfällen vom Zweiten vertreten wird. Die Dauer der Verwaltung ist sechs Jahre. So fern nicht für vorkommende Vergehungen die Strafe gesetzlich genau bestimmt ist, kann die Polizei nicht auf höhere Strafen erkennen, als 15 Thlr. Geld, oder 2 Monate Gefängniß. Gegen ihre Erkenntnisse kann innerhalb 10 Tagen zu Rathe supplicirt werden. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung und auf die Möglichkeit weiterer Beschwerde wird es immer im Interesse des Rathes liegen, bei der Bestätigung von Erkenntnissen der Polizei mit größter Behutsamkeit zu verfahren. — In gewisser Verbindung mit der Polizei steht eine Reihe von Deputationen (wie z. B. der Gesundheitsrath, die Deputation zur Aufsicht über die Gefängnisse, Detentions- und Arbeitshäuser), bei deren Mehrzahl auch Bürger concurriren. Das Letztere ist nicht der Fall bei der Censurcommission, welche aus dem ältesten Syndicus und den beiden Polizeiherrn besteht. Die Censur der politischen Zeitungen wird von dem ältesten Syndicus besorgt, die Censur aller übrigen, periodisch oder sonst unter 20 Bogen gedruckten Schriften von einem Gelehrten, den der Senat ernennt. Daß ein kleiner Staat, der so mannigfache Interessen seiner Bürger in ihren Beziehungen zum Auslande zu vertreten hat, in der Censur hinsichtlich des Auslandes mit einer gewissen Aengstlichkeit verfährt, wird an und für sich schwerlich getadelt oder mißverstanden werden. Was aber innere Angelegenheiten betrifft, so spricht keine Rücksicht auf wirkliche, innere Staatsinteressen für die Beibehaltung der Censur, die in ihrem Principe vielmehr einer freien Verfassung gänzlich zuwiderläuft. Es ist die Gesetzgebung des deutschen Bundes, die, wie die Erfahrung anderwärts gelehrt hat, der Autonomie der einzelnen Bundesstaaten in dieser Hinsicht als *force majeure* in den Weg tritt. Indessen

zeigt die Erfahrung, daß in Hamburg auch bei dem jetzigen Systeme (das aber dadurch keineswegs gerechtfertigt werden kann) einem Bürger, der für seine Aeußerungen über innere Angelegenheiten die Verantwortlichkeit übernimmt, in der Regel keine Schwierigkeit bei der Publication derselben in den Weg gelegt wird. — Unter dem polizeilichen Gesichtspuncte wäre hier noch zu erwähnen die allberühmte hamburgische Armenanstalt, um so mehr, da ihre wohlthätigste Wirksamkeit (über welche man in des nun verewigten Freiherrn v. Boght Gesch. d. hamb. Armenanstalt, 1838, umfassende Belehrung findet) immer auf die Verhütung des Elends abgezielt hat, welches aus der Arbeitslosigkeit der Arbeitsfähigen, aus der Hilflosigkeit der Arbeitsunfähigen und aus der Verwahrlosung der Zuchtbedürftigen, nicht allein für die Einzelnen, sondern für den Staat selbst erwachsen würde. Sie liefert zugleich ein erfreuliches Beispiel einer Erscheinung, die in Hamburg häufig und immer zum Guten sich wiederholt hat; sie zeigt, was die freie Thätigkeit vereinter Bürger vermag ohne den Staat, welcher erst später hinzutrat, das Erprobte sich aneignete und in größerem Maßstabe ausführte. —

VIII. Staatswirthschaftliche Verfassung, und zwar A. Finanzen. Wie es Hoheitsrechte gibt, die der Rath ausschließlich übt, so ist hier eines, dessen Verwaltung den Bürgern vorzugsweise zusteht. Es ist sehr begreiflich, wenn Napoleon eine analoge Einrichtung der Constitution des Jahres III so unbequem fand, daß er sie als einen falschen, fatalen und den albernsten Gedanken schalt, den die Metaphysik der modernen Gesetzgeber ausgesonnen. Glücklicher Weise gehört die hamburgische Einrichtung dieser Quelle nicht an; sie datirt von 1563, aus einer Zeit, als die hamburgische Bürgerschaft sich unglaublich wenig mit der Metaphysik beschäftigte. Es war die Frucht der gesunden Einsicht und eine treffliche Garantie für alle Folgezeit. Uebrigens fehlte es an ähnlichen Anordnungen nicht, selbst nicht in deutschen Fürstenländern. Im Calenbergischen wurden im 16. Jahrhunderte die Steuern durch Einnehmer eingezogen, die von den Ständen ernannt waren, und von den Ständen verwaltet; zur Abhör der Rechnung alljährlich sandte der Landesherr ein Paar Räthe. Aehnlich war es in Württemberg, bis eine Napoleonische Souveränität sich breit niedersetzte, wo sonst das alte Recht gewohnt hatte. — Die Kammer besteht aus zehn Bürgern, aus jedem Kirchspiele zwei. Sie sind auf zehn Jahre erwählt; jedes Jahr tritt Einer aus. Die Kammer schlägt zur Wahl vier Personen, die zum Besuch der Bürgerconvente berechtigt sind, vor; die Bürgerschaft wählt zwei derselben; eine davon wird ausgeloset. Die Kammer hat die Verwaltung des gesammten Staatsgutes, aller Staatseinnahmen und Ausgaben. Das Princip dieser Verwaltung war früher die Heimlichkeit. Daher das Bedürfniß um so größer, daß Bürger, und im Amte wechselnde Bürger, sie führten. Man hätte es für eine Calamität gehalten, wenn über die Finanzen etwas in's große Publicum, vollends in's Ausland gekommen wäre. Man hielt es für nicht weniger bedenklich, wenn der Wohlstand, als wenn der Uebelstand kund würde. Nur nach und nach kam man zu der Ueberzeugung, daß Oeffentlichkeit

nicht allein die beste Controle der Verwaltung, sondern auch die beste Sicherung des Staatscredits gewähre. Im Allgemeinen darf es in einem Handelsstaate nicht befremden, wenn Keiner sich gern in seine Bücher blicken läßt. — Die einzelnen Verwaltungen, welche eines Zuschusses aus der Staatscasse bedürfen, reichen ihren Entwurf der Budgetcommission ein. Diese (ein Syndicus, ein Senator und die zehn Kammereibürger) formiren daraus und mit Rücksicht auf unvorhergesehene Ausgaben ein Gesamtbudget. Dieses wird von einer Revisionscommission (zwei Senatoren, zwei Oberalten, zwei Kammerbürgern und zwei von der Bürgerschaft eigens dazu je für zehn Jahre gewählten Bürgern) ferner geprüft und sodann dem Rathe zur definitiven Genehmigung vorgelegt. Die Revisionscommission prüft auch nach dem Jahresabschlusse die sämtlichen Jahresrechnungen der Kammer und der Schuldenadministration (welche letztere aus einem Syndicus, drei Senatoren, zwei Oberalten, zwei Kammerbürgern und drei anderen Bürgern besteht, die von der Bürgerschaft je auf sechs Jahre dazu gewählt werden, so daß alle zwei Jahre Einer abgeht). — Im Jahre 1814 war auf den Antrag des Rathes beschlossen worden, daß das Budget vom Senat an die Collegien und an die Bürgerschaft gebracht werden sollte. Zwei Jahre später kam man durch Rath- und Bürgerschuß wieder davon zurück, und zwar, wie es scheint, nicht mit Unrecht. Die auf solchem Wege nicht weniger als siebenfach wiederholte Prüfung des Budgets würde entweder im Einzelnen übereilt, oder über die Gebühr verzögert werden. Die Entwerfung des Budgets dem Senat übertragen und es, gleich andern Propositionen, durch ihn der Bürgerschaft antragen lassen hieße dem Senat einen Einfluß zuwenden, den er jetzt nicht besitzt. Ein mehrjähriges Budget, wenn man sich dadurch helfen wollte, würde eine mehrjährige Steuerverwilligung, eine höchst unpopuläre Maßregel, voraussetzen und außerdem in einem Handels- und Schifffahrtsstaate auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Die Vorlage der gesammten Jahresabrechnung an die Bürgerschaft, für welche immer mehr Stimmen sich erheben, würde den Zweck der Controle noch besser erreichen, als eine Prüfung des Budgets. Bereits sind von Zeit zu Zeit detaillirte und umfassende Mittheilungen der Art gemacht worden. Aber es kommt darauf an, diese Oeffentlichkeit in die Maxime der Finanzverwaltung aufzunehmen. — B. H a n d e l u n d S c h i f f f a h r t. Die Erfahrung hat das Princip an die Hand gegeben, in Handelsangelegenheiten so wenig als möglich einzugreifen. Der Staat übt sein Hoheitsrecht in dieser Hinsicht hauptsächlich nur, wo die Finanzen betheiligt sind, oder durch Vertretung der Handelsinteressen bei auswärtigen Mächten, meistens auf Veranlassung, und niemals ohne vorgängiges Gutachten der Vertreter des Handelsstandes. Diese — die Commerzdeputation — besteht aus sechs Kaufleuten und einem Schifferalten, je auf sechs Jahre erwählt. Für einen abgehenden Kaufmann schlägt die Deputation vier Kaufleute, für den Schifferalten zwei Schiffer vor; die versammelte Kaufmannschaft fügt zu jenen noch vier Kaufleute, zu diesen noch zwei Schiffer hinzu und wählt aus den so zum Vorschlage Gebrachten durch Stimmenmehrheit Einen. Bei

wichtigeren Gelegenheiten beräth die Deputation mit sieben aus der Zahl der abgegangenen Deputirten, welche Altadjungirte heißen. — Die Schiff-fahrts- und Hafendeputation (ein Syndicus, drei Senatoren, der jedes-malige Amtmann zu Rixbüttel, zwei Oberalten, drei Kammerbürger und drei Commerzdeputirte) theilt sich in drei Sectionen und hat, natürlich unter Zuziehung angestellter Sachverständigen, die Aufsicht über die Wasserbauten der Elbe und der Canäle, über die Hafenwerke, die Staatsschiffe und Arsenale, die Signale, das Lootsenwesen, die Deichbauten und die Quarantaine. — C. Gewerwesen. Durch das Reglement der Aemter und Bruderschaften (1835) ist das Zunftwesen, ohne es zu zerstören, neu geordnet, und zeitgemäße Reformen sind auch für die Zukunft vorbehalten. Nur durch Rath- und Bürgerschluß können neue Zünfte gestiftet, eingegangene wieder eingeführt, vorhandene, wenn die Freieibung gemeinnützig erscheint, aufgehoben werden. Neue Erfindungen und Producte der Technik, die jenseits des eigentlichen Handwerks liegt, sind überhaupt ausgenommen. Der Zunftzwang wird ferner beschränkt, indem er auf keine Weise die Importation im Wege des Handels oder den Verkauf zu gros stören darf, indem Jeder durch seine Hausgenossen zünftige Artikel für eigenen Verbrauch anfertigen lassen kann, indem Arbeiter (z. B. bei einem Bau) nicht aufgedrungen werden dürfen. Fabrikmäßige Betreibung zünftiger Gewerbe ist, nach erlangter Concession vom Rath, durchaus zunftfrei. Armen-, Kranken- und Strafarbeitshäuser, wie auch das Waisenhaus, können für ihren Bedarf arbeiten lassen, bei wem sie wollen, und die von ihren Angehörigen verfertigten Artikel im Großen und Kleinen zum Verkaufe bringen. Freimeister kann der Rath zulassen. Jede Zunft findet in einem Senator ihren Patron für Aufrechthaltung ihrer Gerechtsame. Eine eigene Jurisdiction für Streitige Zunftangelegenheiten und Differenzen unter Zunftgenossen, als solchen, empfiehlt sich aus manchen Rücksichten. Haben die Aelterleute den Vergleich vergebens versucht, so entscheidet in erster Instanz der Patron. Appellation steht frei an das Amtsgericht (Zunftgericht — ein Bürgermeister, ein rechtsgelehrtes und ein kaufmännisches Rathsglied, zwei vom Gerichte jährlich gewählte Rechtsgelehrte, zwei Oberalten, zwei je für zwei Jahre vom Gerichte erwählte Aelterleute, zwei Substituten derselben). Confirmirt das Amtsgericht, so findet kein weiteres Rechtsmittel Statt; reformirt es, so kann die Partei, die sich beschwert erachtet, an den Rath, als dritte Instanz in Amtsstreitigkeiten, suppliciren. —

IX. Kirchliche Verfassung. Daß die Hoheit in Kirchensachen dem Rathe und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zusteht, geht mit Nothwendigkeit aus dem obersten Grundsatz der Verfassung hervor und wird, auch was die Ausübung in den wesentlichsten Stücken anlangt, durch die Geschichte bestätigt. Wir erinnern an dasjenige, was oben bereits über die Reformationszeit und deren Bedeutung für die Verfassung kurz angemerkt worden. Mit der Verweisung von fünf, der alten Lehre allein noch anhängenden Geistlichen (übrigens mit freiem, durch die Bürger selbst angebotnem Geleite) durch Rath- und Bürgerschluß im Jahre 1528 war

die Thatsache der Reformation für Hamburg entschieden. Die Staatsgewalt nahm die Kirchengewalt an sich, indem sie einen Act des Reformationsrechts übte. Ob Rath und Bürgerschaft dabei als Inhaber der Staatsgewalt, oder als Repräsentanten der Kirche handelten, darnach zu fragen fiel keinem Menschen ein. Die Kirchenordnung, die Bugenhagen für Hamburg ausgearbeitet, ward durch Rath- und Bürgerschuß zum Gesetz erhoben. Auch die Aepinische Kirchenordnung (über die man indessen nicht ganz in's Reine kam) ward vom Rathe in die Bürgerschaft gebracht. Genug, daß man eine andere Behörde für kirchliche Gesetzgebung nicht kannte, nach einer anderen sich nicht umsah. Wozu hätte man es sollen? Die Reformation war so vollständig, daß es nur eine einzige Kirche im Staate gab, die lutherische. Als Bürger und als Mitglied dieser Kirchengemeinde betrachtete sich jeder Einzelne. Nichts müßiger also, als zu untersuchen, ob man im Sinne des Territorialsystems oder des Collegialsystems habe verfahren wollen. Und wie durchdringen sich von jezt an gegenseitig das kirchliche und das bürgerliche Element der Verfassung! Die kirchlichen Collegien waren zugleich bürgerliche, und sind es noch. Die bürgerliche Freiheit wahrzunehmen hielt man diejenigen am Geeignetesten, denen die äußere Sorge für die Kirchen anvertraut war. Die Gewissensfreiheit, die evangelische Lehre fand, so glaubte man, ihren sichersten Schuß in den Anstalten zur Erhaltung der bürgerlichen Rechte und zur Obhut der Verfassung im Allgemeinen. Freilich verstand man (und in jener Zeit nicht in Hamburg allein) die Gewissensfreiheit nicht anders, als daß das lutherische Bekenntniß die Bedingung zur vollen Ausübung staatsbürgerlicher Rechte sein müsse. Als es anders ward, als (ganz kurz zuvor, ehe die Bundesacte dieses zur Bundespflicht machte) den drei christlichen Confessionen gleiches Staatsbürgerrecht gewährt wurde, da war, bei solchem Stande der Dinge, die neue Ordnung eine Anomalie. Selbstfolge war, daß in allen etwa vorkommenden Religionsangelegenheiten der lutherischen Kirche die Nichtlutheraner ihres Stimmrechts sich begaben. So heißt es in dem Gesetze vom 20. October 1814. (Sollten wir, gegen unsere Gewohnheit, in technischen Ausdrücken dieses umschreiben und distinguiren, so würden wir sagen: die Nichtlutheraner haben keinen Theil, können keinen Theil haben an derjenigen Uebung der Kirchengewalt, welche den Ueberresten der ehemaligen Episcopalgewalt entspricht; unbedenklich aber würden wir hinzufügen: sie participiren an dem *jus majestaticum circa sacra*.) Nun hört man noch immer häufig die Meinung aussprechen, die definitive Gesetzgebung in Kirchensachen stehe dem Rathe und dem zweiten bürgerlichen Collegio (den Sechszigern) zu, ohne Mitwirkung der Bürgerschaft. Der 24. Artikel des Hauptrecesses sagt: die Errichtung einer vollständigen neuen Kirchen- und Schulordnung (die übrigens nun, nach 127 Jahren, noch nicht da ist) sei dem Rathe und den Sechszigern, als *perpetuis ecclesiae mandataris*, überlassen worden. Die Ableitung jener Meinung aus diesen Worten beruht lediglich auf einem

Mißverständnisse. Die umständliche kritische Rechtfertigung dieser Behauptung würde hier nicht am Ort sein. Also hier nur wenige Bemerkungen. Die Geschichte kennt keine andere beständige Vollmacht der Sechsziger in Kirchensachen, als die vom 29. Juni 1528; und die spricht nicht von einer Gesetzgebung ohne Ratification der Bürgerschaft. Ferner: der Entwurf des 24. Artikels enthielt die Worte: die Errichtung der Kirchenordnung sei dem Rathe und den Sechzigern „unter sich selbst“ überlassen. Diese Worte „unter sich selbst“ sind weggenommen, und dafür hinzugefügt: „zu baldigster Vollziehung nach hiesigen Fundamentalgesetzen“, was ganz müßig wäre, wenn es nicht hieße: durch Rath- und Bürgerschuß. Dafür endlich, daß ein solcher zur definitiven Gesetzgebung in Kirchensachen wie in bürgerlichen nothwendig ist, spricht die frühere, die gleichzeitige und die spätere Praxis. Die frühere, im Falle der Bugenhagen'schen Kirchenordnung; die gleichzeitige, indem ein provisorisches Ministerialreglement, dessen der Hauptrecess erwähnt, in die Bürgerschaft gebracht, aber nicht erledigt ward, worüber der Rath 1718 äußerte, es sei nicht gemeinsamlich von Senat und Bürgerschaft „applacibirt“, und das daher nicht volle Gesetzeskraft hat; die spätere Praxis, indem noch im Jahre 1836 eine Beschränkung der Feiertage durch Rath- und Bürgerschuß verfügt wurde. — Vorgängige Mittheilung des Entwurfs an die „Herren Ministerialen“ und billige Rücksicht auf deren etwaige monita wird dem Rathe und den Sechzigern ausdrücklich zur Pflicht gemacht. Dagegen ward der Geistlichkeit die ausschließliche Initiative, mittelst eines von ihr ausgehenden Entwurfs, so wenig als ein Veto in der Kirchengesetzgebung, das sie Anfangs in Anspruch zu nehmen schien, eingeräumt. Es ist nicht zu leugnen, daß, in Ermangelung einer neueren Kirchengesetzgebung, gar Manches, namentlich in dem amtlichen Verhältnisse der Geistlichkeit zu den Staatsbehörden, lediglich auf Observanz beruht. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß Beschwerden der Geistlichen, die beim Rathe unerledigt bleiben, an die Collegien und wenigstens, falls diese mit dem Rathe sich nicht einigen, auch an die Bürgerschaft gebracht werden können. — Dem Senate reservirt der Hauptrecess die (jezt dem Niedergerichte und Obergerichte zustehende) geistliche Jurisdiction, das Dispensationsrecht (die dafür zu entrichtenden Gelder fließen der Stadtbibliothek zu), die Berufung und Einführung erwählter Geistlichen, Rathsgestühlte in den Kirchen und Erwählung im Kirchengebete, wie auch die Wahl des Seniors eines hochachtungswürdigen Ministerii. Die Wahl der Pastoren an den fünf Hauptkirchen wird nach Entwerfung einer Liste (eines Wahlaufsatzes) vom großen Kirchencollegium vorgenommen, das für diesen Zweck aus den in dem Kirchspiele eingepfarrten Bürgermeistern und Senatoren und aus dem gesammten Collegio der Kirchengeschworenen sich bildet, unter Zuziehung des Seniors, der Einen vorschlägt, zuerst stimmt und sofort abtritt. (Bei den Diaconenwahlen entwirft die Bande, das ist, die beiden Leichnamsgeschworenen und die beiden verwaltenden Juraten,

mit dem Pastor der Hauptkirche den Wahlaufsatz). — Die Interessen des Staatsunterrichtswesens vertritt im Senate der Protoscholarch (der jedesmalige älteste Senator), der dem collegio scholarchali (vier Senatoren, den fünf Pastoren der Hauptkirchen und den sämtlichen 15 Mitgliedern des ersten bürgerlichen Collegii) präsidiert. Die Lehrer der altberühmten Gelehrtenschule des Johanneums, der davon neuerdings getrennten Realschule, so wie des (1610 gegründeten, 1837 neu geordneten und durch öffentliche Vorlesungen über gemeinnützige Gegenstände auch dem größeren Publicum gewidmeten) akademischen Gymnasiums werden von dieser Behörde erwählt. Ausschüsse dieser Behörde, denen im betreffenden Falle der Director des Johannei oder der Realschule, oder der jedesmalige Jahresrector des Gymnasii mit Sitz und Stimme zugezählt ist, nehmen die besonderen Angelegenheiten dieser Anstalten, wie auch der Sternwarte, des botanischen Gartens und der Stadtbibliothek wahr. Für Errichtung einer Privatschule ist die Concession des Pastors im betreffenden Kirchspiele erforderlich.

X. Verfassung des Landgebietes. Die Bewohner des Landgebietes, denen kein Antheil an der Landeshoheit zusteht, wurden vor Alters als „Undersaten“ bezeichnet. Ihnen gegenüber wird die Staatshoheit, abgesehen von der gesetzgebenden Gewalt im Allgemeinen, auch jetzt noch durch verordnete Rathsmitglieder (wechselnde, sogenannte Landherren) repräsentirt. Mit Bezug auf die Gebietsverfassung läßt die Frage sich aufwerfen, wie dem 13. Artikel der Bundesacte genügt sei, zumal da bereits im Jahre 1818 die freien Städte am Bundestage die folgende Erklärung abgegeben haben: „Je glücklicher sich die freien Städte in ihrer Lage befinden, um so lebhafter müssen sie sich mit dem Wunsche vereinigen, durch allgemeine Ausführung des §. 13 ein Bedürfniß erfüllt zu sehen, welches sehr dringend zu werden scheint, und dessen Befriedigung eine der sichersten Grundlagen der Kraft des Bundes zu Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit sein wird, die zulezt doch hauptsächlich auf der Zufriedenheit aller Bürger der Bundesstaaten beruhen muß.“ Die Gesetzgebung hat sich mehrfach mit der Ordnung der Gebietsverhältnisse beschäftigt. — Die jetzigen Formen sind im Wesentlichen die folgenden. Das Gebiet (mit Ausnahme des Amtes Nibelsbüttel und des beiderstädtischen Gebiets) zerfällt in zwei Landherrenschaften, die der Geestlande und die der Marschlande. Für jede verordnet der Rath aus seiner Mitte zwei Landherren. Die Communalverfassung war in den Marschlanden schon von Alters her so geordnet, daß eine Theilnahme und Mitberathung in Gemeindesachen durch Landvögte, Landesdeputirte, Vögte, Höfteleute und Deichgeschworene stattfand. Durchgehend ist jetzt die Einrichtung, daß die Höfteleute, die Deputirten und die Vögte, desgleichen die Juraten aus vier durch die Grundeigenthümer des Quartiers aus ihrer Mitte vorgeschlagenen Personen, die Landvögte aus den Höfteleuten vom Landherren erwählt werden. Die Deputirten werden bei Angelegenheiten, und namentlich bei Verfügungen, die das Gemeindeinteresse betreffen, zu Rathe gezogen

und vernommen; auch haben sie Vorstellungen, Wünsche oder Beschwerden in Gemeindeangelegenheiten bei der Obrigkeit anzubringen. Die Prediger des Landgebiets werden von den beiden Landherren, dem Senior der Geistlichkeit und sämtlichen Juraten der betreffenden Kirche erwählt. Ihre besonderen Anliegen können die Bewohner des Landgebiets nicht allein durch die vorhin bezeichneten Organe, sondern auch durch unmittelbare Vorstellungen, sei es bei den Landherren oder beim Rathe, anbringen; bei Beschwerden steht ihnen natürlich der verfassungsmäßige Weg des Recurses offen. Eine directe Theilnahme an der Staatsgesetzgebung ist ihnen noch nicht angewiesen. Wenn bis jetzt auch noch nicht einmal der Wunsch nach einer solchen laut geworden ist, so liegt der Grund wohl nicht allein in dem Vertrauen, daß die Landherren im Rathe, und daß die Bürger in der Sorge für das Staatswohl auch ihre, die Interessen der Landbewohner, vertreten werden, sondern hauptsächlich in der Erfahrung, wie viel besser sie daran sind als ihre Nachbarn. Es ist Sache der Politik, in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung, den Zustand der Zufriedenheit, der mäßigen Belastung und der ungefährdeten persönlichen Freiheit zu erhalten, und so factisch den Zeitpunct fern zu halten, wo Beschwerden zum Verlangen und unbefriedigtes Verlangen zur Unzufriedenheit führen möchte. Sollten zu irgend einer Zeit Mißgriffe das altdeutsche Sprichwort: „Da wir nicht mit rathen, wollen wir auch nicht mit thaten“ in seiner ganzen Bedeutung zum Bewußtsein fördern, dann freilich versteht sich von selbst, daß die unbestreitbare Schwierigkeit der Aufgabe kein Hinderniß sein dürfte, eine möglichst effective Vertretung des Gebiets einzurichten. — Die obrigkeitliche Verwaltung ist durch neuere Gesetze vereinfacht; für die Jurisdiction haben die Gebietsbewohner in den Landherren eine erste Instanz. Das Nexuswesen (die Schutzverwandtschaft) und das Gewerwesen sind gleichfalls besonders geordnet. — Das Amt Rixbüttel, dessen Verwaltung einem vom Rathe dazu auf sechs Jahre deputirten Senator, als Amtmann, übertragen ist, hat größtentheils seine früheren Einrichtungen beibehalten; doch ist das Justizwesen den allgemeinen Grundsätzen gleichförmiger ausgebildet. Das beiderstädtische (Lübeck und Hamburg gemeinsam angehörende) Gebiet ist eine Anomalie, aber eben keine größere, als das Verhältniß der Herrschaft Kniphausen im deutschen Bunde.

XI. Wehrverfassung. Die Grundlage ist die Bürgerbewaffnung, ein alter und höchst wesentlicher Theil der Verfassung. Mag man auch in Zeiten der ungestörten Ruhe über die Bedeutung der Bürgerwehr sich täuschen; möchte vielleicht mancher der Last nicht ungern sich entziehen, halb zürnend der Pflicht und wenig eingedenk des damit verbundenen Rechts; das Institut ist doch in einer freien Verfassung so unentbehrlich, mit vielen ihrer Formen und, was noch mehr ist, mit den Gewohnheiten und dem Selbstgeföhle der Bürger so innig verwebt, daß die Aufhebung desselben geradezu unter die moralischen Unmöglichkeiten gehören würde. Die Dienstpflicht dauert vom

22. bis 45. Jahre; die Verpflichtung zur Waffenübung endet mit dem 35. Erleichterungen treten vielfach ein. Für die Bürgerwehr besteht eine Commission aus dem ältesten Bürgermeister, zwei Senatoren, dem Stadtcommandanten, dem Chef des Bürgermilitärs und sechs Bürgern, die der Senat je auf sechs Jahre aus vier von der Commission präsentirten Bürgern erwählt. Den Chef wählt der Senat aus drei von der Commission präsentirten Candidaten. — Außerdem erheischt die Bundespflicht die Stellung eines Contingents. Man hat, so fern nicht Freiwillige in hinlänglicher Anzahl sich melden, der von der französischen Zeit her verrufenen Ausloosung der Dienstpflichtigen nicht entgehen können. Eine Bewaffnungscommission (vier Rathsmitglieder, acht Bürger) besorgt das Behufige. (Für Stellvertreter ist durch Privatvereine gesorgt.) Bei der Vereinbarung mit anderen Bundesstaaten war nicht auf die Dekonomie allein, sondern auch auf eine politisch sich empfehlende Combination Rücksicht zu nehmen. Eine Garnison ist unbedenklich, bei der oben erwähnten beschränkten Gewalt des Rathes in der Verfügung selbst über den kleinsten Theil der bewaffneten Macht. Das Militärdepartement (der älteste Bürgermeister, die drei ältesten Senatoren, der Stadtcommandant, zwei Oberalte, zwei Kammerbürger, vier Bürger, je für vier Jahre von der Bürgerschaft erwählt) hat die Oberaufsicht. Der Stadtcommandant wird vom Militärdepartement ernannt.

XII. Die äußere Staatshoheit wird vom Senate repräsentirt. Er ernennt die Gesandten und verständigt sich über ihren Gehalt mit der Kammer. Außerordentliche Gesandtschaften verfügt er nach Rücksprache mit dem ersten bürgerlichen Collegium. Die Consuln werden von der Kaufmannschaft erwählt und vom Senate bestätigt. Bei besonderen Unterhandlungen pflegt wohl das erste bürgerliche Collegium von der Bürgerschaft potestivirt zu werden. Staatsverträge erfordern die Mitratification der Bürgerschaft. Man sieht, für geheime Stipulationen, für Verhandlungen mit Auswärtigen, deren Ergebnis dem Sinne oder den Rechten der Bürger zuwiderlaufen könnte, ist in dieser Verfassung kein Raum, und darf keiner sein. Eine ganz andere, und eine ehrenvolle Aufgabe ist dem diplomatischen Verkehre des Handelsfreistaates vorgezeichnet: die freundschaftlichen Beziehungen zum gesammten Auslande, ohne besonderes Anschmiegen an irgend eine Macht, zu cultiviren und Sorge zu tragen für die Sicherstellung und Förderung der Handelsinteressen. Daß diese Aufgabe nicht verkannt und nicht lässig geübt worden ist, wird aus einer Analyse der wichtigsten, mit den Schwesterstädten gemeinsam abgeschlossenen Staatsverträge hervorgehen, die dem Artikel Hansa (s. „Städtebündnisse“) vorbehalten bleibt.

C. F. Wurm.

Erklärung.

In das — Band VII. S. 717 des Staatslexikons — über E. E. Hoffmann von Darmstadt gefällte Urtheil hat sich Unbilliges und auch Unrichtiges eingeschlichen. Letzteres beziehen wir auf den Vorwurf der „Unwahrheit“; auch hat der Verfasser jenes Artikels uns schriftlich erklärt, daß er diesen Ausdruck (welcher übrigens weder an sich, noch in Verbindung mit dem Uebrigen, noch der Absicht gemäß als eine Beleidigung gelten könne oder solle) als einen unrichtig und ungehörig gewählten zurücknehme. Wir, die Herausgeber, machen von seiner Ermächtigung, diese seine Erklärung zu veröffentlichen, um so lieber Gebrauch, da auch wir jenes im Manuscript zufällig übersehene Urtheil bedauern, indem wir Herrn E. E. Hoffmann als einen Mann von vielfachen und patriotischen Verdiensten schätzen, und da auch hochachtbare Landsleute desselben jenes Urtheil keineswegs theilen zu können erklärten.

Die Redaction des Staatslexikons
von Rotteck. Welcker.

Inhalt des achten Bandes.

	Seite		Seite
Historisches Recht; Verhältniß zum natürlichen Rechte, zur gesetzgebenden Gewalt u. zum Reformsysteme. — Von Rotted	3	Infamie, Ehre, Ehrenstrafen. — Ueber Ehre als Princip des Rechtsstaates und der Monarchie und über den Zweikampf als Schuttmittel der Ehre. — Von Weller	310
Hobbes, s. Naturrecht	23	Injurie, Majestätsbeleidigung und durch beide begründete Preßvergehen, Ehrbeleidigung gegen Völker. — Von Weller	350
Hochverrath, s. am Ende des Buchstaben's H.	23	Innehabung, Detention, s. Besitz	376
Hodegetik od. Methodik des Studiums. — Von Scheidler	23	Innung, s. Zunft und Association	376
Hof, Hofstaat, Hofämter, Hofnarr, Hofgericht, Hofkammer u. s. w. — Von C.	26	Inoculation, s. Kuhpocken	376
Hofwyls Bildungsanstalten und deren Stifter Emanuel von Tellenberg. — Von Scheidler	61	Inquisition, s. Auto-da-fé	376
Hohheit, s. Titulatur	85	Instanz, s. Appellation und Gerichtsbarkeit	376
Hohheiten, s. herrenlose Sachen, Regalien und Staats-hohheit	85	Institutionen, s. Corpus juris	424
Hohenzollern, s. am Ende des Buchstaben's H.	85	Insurrection, s. Hochverrath	376
Holland, s. Niederlande	85	Intercession, juristische, s. Verbürgung	377
Holstein, Schleswig-Holstein	85	Intercession, politische, s. Intervention	377
Homöopathie, Hahnemann; staatspolizeiliche Grundsätze über Selbstdispensation, medicinische Praxis und Systemverbote. — Von Werber	141	Interdict, s. Acht und Besig	377
Honthelm (Joh. Ric. v.), genannt Justinius Febronius, Bulla Coenae. — Von D.	162	Interesse, s. ideale und materielle Interessen	377
Hospital, s. Wohlthätigkeitsanstalten	183	Interessen, s. Zinsen	377
Huldigung; Krönung; Kronämter. — Von C.	183	Interpretation, s. Auslegung	377
Hülfswissenschaften für die Staatswissenschaften. — Von Weller	194	Interregnum, s. Zwischenreich	377
Hypothek. — Von Rühl	196	Intervention (völkerrechtlich). — Von Rotted	377
Hochverrath (juristisch). — Von Mittermayer	201	Intoleranz, s. Duldung	394
Hochverrath (politisch). — Von Rotted	221	Invasion, s. Krieg	394
Hohenzollern. — Von F. W.	246	Institutur, s. Lehen und Kirchenverfassung	394
Hugenoten; Kirchenverfassung der französischen Protestanten. — Von Kolb	260	Irland, s. England und Emancipation der Katholiken	394
Ideen, politische, und Ideologie; ideale und materielle Interessen. — Von C.	283	Irenhaus, s. Wohlthätigkeitsanstalten	394
Indirecte und directe Steuern. — Von Rotted	293	Iñbodus, s. Corpus juris canonici	424
		Islem, s. Mahomed und mahomedanische Kirche	394
		Israeliten, s. Hebräer	394
		Italien, s. Desherreich (Kaiserthum)	394
		Italien. — Von C.	394
		Jacobiner, s. Frankreich	424
		Jagdwesen. — Von Behn. v. Weber	424
		Jind	424
		Japan, s. Nipon	437
		Jesuiten, Jesuitismus. — Von Jordan	437
		Jaup (Heinrich Karl). — Von J. J.	538

	Seite		Seite
Jordan (Schloffer). — Von G. Jordan	546	Jury, } f. Ob. IX, die nachgetrag-	
Italien, zweiter Artikel. — Von Loren-		Juste milien, } nen Artikel . . .	720
zio Mamiani	558	Jus eminens, f. Eminens Jus . . .	720
Johanniterritter, f. Ritterorden . . .	638	Justinian, f. Corpus juris . . .	720
Ionische Inseln. — Von Bülow . . .	638	Justiz; Justizgewalt oder Hoheit; Ju-	
Joseph II. — Von Rotted	648	stizsache; Justizverwaltung; Justizstel-	
Journale, f. politische Blätter . . .	677	len; Justizministerium; Staats- und	
Joyeuse Entrée, f. Niederland . . .	677	Prälat-, insbesondere Patrimonialju-	
Juden, f. Hebräer und Emancipation der		stiz; hohe und niedere Justiz; Civil-	
Juden	677	und Criminaljustiz; Administrationsjustiz;	
Judenschuß und Judenabgabe. — Von		Justizwissenschaft. — Von Rotted	720
Bopp	677	Justizverfassung, f. Organisation und Or-	
Juliusrevolution, f. Frankreich . . .	698	binationsjustiz	756
Jura singulorum (Rechte der Einzelnen).		Justizverweigerung; die Bedingungen ih-	
— Von Rotted	705	res Eintritts und die des Landes- und	
Jurisdiction, f. Gerichtsbarkeit . . .	705	des Bundeschutzes gegen dieselbe. —	
Jurisprudenz (Rechts- und Staatswissen-		Von Welter	756
schaft) und Juristen, ihre Aufgaben, die		Hamburg. — Von G. F. Wurm . . .	777
Mängel unserer deutschen Jurisprudenz,			
ihr System und die Gefahren ihrer ein-			
seitigen Richtungen. — Von Welter	705		

NB. Die Leser des Staatslexikons werden freundlich gebeten, die zufälligen Verstöße gegen die alphabetische Reihenfolge der Artikel dieses Hefts und die Nachlieferung der Artikel „Jury“ und „Juste milien“ in dem folgenden gütigst zu entschuldigen.
Die Redaction des Staatslexikons.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
REFERENCE DEPARTMENT

**This book is under no circumstances to be
taken from the Building**

[illegible]



